

Gesundheitsberichterstattung Berlin

Basisbericht 2005

Daten des Gesundheits- und Sozialwesens

Herausgegeben und bearbeitet von der
Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz

Referat Gesundheitsberichterstattung, Epidemiologie, Gemeinsames Krebsregister,
Sozialstatistisches Berichtswesen, Gesundheits- und Sozialinformationssysteme

Berlin 2006
ISSN 1617-9242

Zeichenerklärung

- nichts vorhanden
- / Zahlenwert nicht sicher genug
- () Aussagewert ist eingeschränkt
- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- . Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl
- x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- s geschätzte Zahl
- ... Angabe fällt später an

Abweichungen bei der Summenbildung beruhen auf Abrundungen der Zahlen.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet.

Herausgeber: Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz
Referat Referat Gesundheitsberichterstattung, Epidemiologie,
Gemeinsames Krebsregister, Sozialstatistisches Berichtswesen,
Gesundheits- und Sozialinformationssysteme
Oranienstraße 106, 10969 Berlin
ISSN 1617-9242

Fachliche Auskünfte

Telefon: (030) 9028 2660
Telefax: (030) 9028 2067
E-Mail: Gerhard.Meinlschmidt@sengsv.verwalt-berlin.de
Homepage: <http://www.berlin.de/sen/gsv/statistik/index.html>

Quellennachweis: Der Bericht beruht auf Angaben
der Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz,
des Statistischen Landesamtes Berlin,
der Bezirksämter von Berlin,
der Krankenhäuser in Berlin
sowie weiterer Informationsquellen.

Redaktionsschluss: Juni 2006

Schutzgebühr: 15,- Euro (zuzüglich Porto)

Bezug: Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz
Telefon: (030) 9028 2848
Telefax: (030) 9028 2056

Verzeichnis der am Bericht Beteiligten

- Autorinnen und Autoren: Ansgar Aschfalk, Herbert Backes, Heidi Becker, Dr. Susanne Deining-er, Ingeborg Dillmann, Bärbel Erdmann, Regina Fuchs, Heidemarie Gebhardt, Dr. Christel Geier, Holger Gerecke, Doreen Glauche, Klaus Grimm, Kathleen Häßler, Christian Hecklau, Elke Heimbach genannt Göthe, Dr. Sabine Hermann, Thomas Hesse, Brigitte Jäger, Ulla Kaschuba, Anita Kis, Norbert Koch-Malunat, Jörg-Manuel Koschnick, Brigitte Law, Dagmar Mann, Beate Martonné-Kunarski, Elke Meseberg, Dr. Elisabeth Nusser, Christiane Pfeifer, Jutta Schemmerling, Evelyn Sporn, Heinrich Stocksclaeder, Christiane Struck, Stefan Thiel, Dr. Gisela Unger, Rosmarie Weise, Pia Weiß
Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz, Berlin
- Antje Köhler, Thomas Lahrz, Dr. Markus Piloty
Berliner Betrieb für Zentrale Gesundheitliche Aufgaben, Fachbereich Umwelt- und Gesundheitsschutz, Landesmessstelle für Gefahrstoffrecht und Umwelthygiene
- Berliner Betrieb für Zentrale Gesundheitliche Aufgaben / Institut für Lebensmittel, Arzneimittel und Tierseuchen
- Dr. Christof Schaefer
Berliner Betrieb für Zentrale Gesundheitliche Aufgaben /
Pharmakovigilanz- und Beratungszentrum für Embryonaltoxikologie
- Ingrid Koch, PD Dr. Dagmar Lampe
Berliner Betrieb für Zentrale Gesundheitliche Aufgaben / Institut für Toxikologie - Klinische Toxikologie und Giftnotruf Berlin
- Prof. Dr. Ulrich Bienzle
Berliner Betrieb für Zentrale Gesundheitliche Aufgaben / Institut für Tropenmedizin
- Christel Gudzuhn, Roswitha Kröger, Margitta Lehmann, Dr. habil. Arno Oddoy, Solveig Schönberg
Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit Berlin
- Dr. Frank Rosenbaum, Prof. Dr. Volkmar Schneider
Landesinstitut für gerichtliche und soziale Medizin Berlin
- Gunnar Bartsch
Senatsverwaltung für Inneres
- Kammer für Psychologische Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten im Land Berlin (Schwerpunkt 7.1.11)
- Dr. Ellen Harnisch (Schwerpunkt 6.1.1)
Kassenärztliche Vereinigung Berlin
- Redaktionelle Bearbeitung: Christiane Struck
Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz, Berlin

Vorwort



Der vorliegende Basisbericht der Gesundheitsberichterstattung gibt einen Überblick über den Gesundheitszustand der Berlinerinnen und Berliner und das Gesundheitswesen in der Stadt. Dabei orientiert sich der Bericht an dem „Indikatorensetz für die Gesundheitsberichterstattung der Länder“, der von der Arbeitsgemeinschaft der Obersten Landesgesundheitsbehörden (AOLG) beschlossen wurde und der Vergleichbarkeit der Bundesländer dient. Standard ist hierbei die geschlechter- und migrantensensible Betrachtung ebenso wie der zeitliche und räumliche Vergleich.

Schwerpunkt der Gesundheitsberichterstattung des Landes Berlin ist gegenwärtig die gesundheitliche und soziale Lage der Kinder und Jugendlichen. Die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen ist eine wichtige Ressource, die es zu erhalten und zu schützen gilt. Wissenschaftliche Studien weisen darauf hin, dass der soziale Status der Eltern den Gesundheitszustand der Kinder beeinflusst und dass frühzeitig erworbene Krankheitsbilder sowie Ernährungs- und Bewegungsgewohnheiten Einfluss auf die körperliche und seelische Gesundheit in späteren Jahren haben. Aus diesem Grund widmet meine Verwaltung zusammen mit Fachleuten anderer Ressorts und der Bezirke der gesundheitlichen und sozialen Lage von Kindern und Jugendlichen besondere Aufmerksamkeit.

In vielen Textbeiträgen der Kapitel des vorliegenden Basisberichts werden Kinder und Jugendliche in den Mittelpunkt gestellt: So werden im Kapitel 2 schwerpunktmäßig die Entwicklung der Bevölkerung im Kindes- und Jugendalter und die Lebensformen privater Haushalte mit Kindern dargestellt. Das Kapitel 3 gibt einen Überblick über die gesundheitlichen Probleme von Kindern - angefangen bei ausgewählten ambulanten und stationären Morbiditätsdaten, schwer behinderten Kindern und der Pflegebedürftigkeit bis zur Säuglings- und Kindersterblichkeit. Im Themenfeld 4 - gesundheitsrelevante Verhaltensweisen - werden Übergewicht und Adipositas der Einschülerinnen und Einschüler sowie die sportliche Betätigung von Kindern thematisiert. Die Beeinträchtigung durch Luftschadstoffe in Berliner Schulen bildet einen Schwerpunkt im Kapitel 5. Die zu den Berliner Gesundheitseinrichtungen - Kapitel 6 - gehörende Beratungsstelle für Vergiftungserscheinungen stellt die besondere Vergiftungsgefährdung von Kleinkindern dar und das Beratungszentrum für Embryonaltoxikologie wertet Schwangerschaftsverläufe aus. Auch die Themen zur Inanspruchnahme von Leistungen der Gesundheitsförderung und der Gesundheitsversorgung für Kinder und Jugendliche innerhalb des Kapitels 7 sind vielfältig, sie reichen von der Arbeitsgruppe Prävention der Landesgesundheitskonferenz für diese Zielgruppe, über den mit dem Integrierten Gesundheitsvertrag zur Förderung gesundheitlicher Projekte vereinbarten Innovationsfonds zur Gesundheitsförderung und Prävention für Kinder und Jugendliche, die therapeutische Versorgung von Kindern in Kitas und Schulen bis zur Ende 2004 abgeschlossenen Impfvereinbarung.

Ergänzend werden im Rahmen eines Spezialberichts die Ergebnisse der Einschulungsuntersuchungen in räumlicher Differenzierung dargestellt. Auf Basis der Datenanalyse werden hier Defizite aufgedeckt und Handlungsempfehlungen für die fachlichen und politischen Akteure gegeben.

Mit allen an der Erarbeitung dieses Berliner Gesundheitsberichts Beteiligten würde ich mich freuen, wenn Ihnen die vielen Informationen als Grundlage und Impuls für Ihre Arbeit dienen.



Dr. Heidi Knake-Werner

Senatorin für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz

Gesundheitsberichterstattung Berlin

Basisbericht 2005

Daten des Gesundheits- und Sozialwesens

Inhaltsverzeichnis

<i>Kapitel</i>	<i>Inhalt</i>	<i>Seite</i>
	Vorwort	5
0.	Gesundheitsberichterstattung und Sozialstatistisches Berichtswesen	15
1.	Gesundheitspolitische Rahmenbedingungen	17
2.	Bevölkerung und bevölkerungsspezifische Rahmenbedingungen des Gesundheitssystems	19
2.1	Ausgewählte Schwerpunkte	19
2.1.1	Bevölkerungsstand am 31.12.2004 und Entwicklung der Bevölkerung im Kindes- und Jugendalter von 1990 bis 2020	19
2.1.2	Lebensformen privater Haushalte	23
2.2	Tabellen	27
	Bevölkerung	27
	Bevölkerung nach Strukturmerkmalen	27
	Bevölkerungsbewegung	53
	Wirtschaftliche und soziale Lage	61
	Bildungsstand	61
	Erwerbstätigkeit und Einkommen	63
	Alleinerziehende	66
	Soziale Lage	67

<i>Kapitel</i>	<i>Inhalt</i>	<i>Seite</i>
3.	Gesundheitszustand der Bevölkerung	73
3.1	Ausgewählte Schwerpunkte	73
3.1.1	Gesundheitliche Lage von Kindern in Berlin	73
3.1.1.1	Ausgewählte Daten zur Lebenserwartung und Mortalität	73
3.1.1.2	Ausgewählte Morbiditätsdaten	77
3.2	Tabellen	84
	Allgemeine Übersicht zur Mortalität und Morbidität	84
	Allgemeine Mortalität	84
	Abgeleitete Indikatoren	95
	Lebenserwartung	95
	Verlorene Lebensjahre	97
	Vermeidbare Sterbefälle	98
	Allgemeine Morbidität	104
	Subjektive Morbidität	104
	Ambulante Morbidität	108
	Stationäre Morbidität	113
	Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten	148
	Medizinische Leistungen zur Rehabilitation	150
	Rentenzugänge und -bestand wegen verminderter Erwerbsfähigkeit	154
	Krankheiten / Krankheitsgruppen	160
	Gesundheitszustand von Säuglingen und Vorschulkindern	160
	Infektionskrankheiten	170
	Bösartige Neubildungen	186
	Stoffwechselkrankheiten	202
	Psychische und Verhaltensstörungen, Mortalität bei Suizid und bei alkoholbedingten Krankheiten sowie Drogentote	206
	Krankheiten des Kreislaufsystems	222
	Krankheiten des Atmungssystems	232
	Krankheiten des Verdauungssystems	239
	Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems und des Bindegewebes	246

<i>Kapitel</i>	<i>Inhalt</i>	<i>Seite</i>
	Verletzungen, Vergiftungen, äußere Ursachen	255
4.	Gesundheitsrelevante Verhaltensweisen	269
4.1	Ausgewählte Schwerpunkte	269
4.1.1	Rauchgewohnheiten	269
4.1.2	Ausgewählte gesundheitsrelevante Verhaltensweisen im Kindesalter	277
4.2	Tabellen	279
	Konsum von Tabak und Alkohol	279
	Tabakkonsum	279
	Ernährung	284
	Body Mass Index	284
	Weitere gesundheitsrelevante Verhaltensweisen	285
5.	Umweltbezogener Gesundheitsschutz und Verbraucherschutz im Gesundheitswesen	287
5.1	Ausgewählte Schwerpunkte	287
5.1.1	Gesundheitlich bedenkliche Substanzen in öffentlichen Einrichtungen in Berlin: Abwehr gesundheitlicher Beeinträchtigungen durch Luftschadstoffe in Berliner Schulen - Messprogramm 2003/2004	287
5.1.2	Gesundheitsschädliche Verunreinigungen der Außenluft	298
5.1.3	Umweltbedingte Lärmbelastung	301
5.1.4	Elektromagnetische Felder	302
5.1.5	Trinkwasserschutzzonen	303
5.1.6	Schadstoffe in Lebensmitteln	304
5.1.7	Auf Gesundheitsgefährdung untersuchte Lebensmittel, Bedarfsgegenstände, kosmetische Mittel und Spielwaren sowie Arzneimittel	307
5.1.8	Hygienische Überwachung der Qualität der Badegewässer	314
5.1.9	Einfuhr von Tieren bzw. tierischen Produkten und Tierseuchenbekämpfung	316
5.1.10	Berliner Patientenbeauftragte	317

<i>Kapitel</i>	<i>Inhalt</i>	<i>Seite</i>
5.2	Tabellen	318
	Lebens- und Arbeitsbedingungen	318
	Gesundheitsrisiken durch Schadstoffe in der Außenluft	318
	Belastungen durch Schadstoffe im Trinkwasser	323
	Gesundheitsgefährdung durch Schadstoffe in der Ernährung, Bedarfsgegenstände, kosmetische Mittel und Spielwaren sowie Belastung aus der technischen und Arbeitsumwelt	325
	Belastungen durch Badegewässer	331
6	Einrichtungen des Gesundheitswesens	335
6.1	Ausgewählte Schwerpunkte	335
6.1.1	Ambulante vertragsärztliche und psychotherapeutische Versorgung, ärztlicher Bereitschaftsdienst und Informationen für Patientinnen/Patienten	335
6.1.2	Institut für Toxikologie - Klinische Toxikologie und Giftnotruf Berlin	337
6.1.3	Pharmakovigilanz- und Beratungszentrum für Embryonaltoxikologie	340
6.1.4	Institut für Tropenmedizin Berlin	342
6.1.5	Landesinstitut für gerichtliche und soziale Medizin Berlin	346
6.1.6	Rettungsdienst	347
6.1.7	Stationäre medizinische Versorgung - Krankenhausplanung	348
6.1.7.1	Krankenhausplan und Versorgungsangebot der Krankenhäuser	348
6.1.7.2	Steuerung der Krankenhausversorgung über Bedarfs- und Qualitätskriterien Beispiel Kardiologie: Neugestaltung der kardiologischen Versorgung	349
6.1.7.3	Versorgungskonzept und Evaluierung der stationären psychosomatischen Medizin und Psychotherapie	355
6.1.8	Pflegerische Versorgung und komplementäre Angebote	356
6.1.9	Versorgung psychisch kranker Menschen	363
6.1.10	Sport-Gesundheitspark Berlin e.V. - Synthese von Gesundheitssport und Sportmedizin	365
6.2	Tabellen	368
	Ambulante medizinische Einrichtungen	368
	Ärztliche und psychotherapeutische Praxen	368
	Zahnarztpraxen	371

<i>Kapitel</i>	<i>Inhalt</i>	<i>Seite</i>
	Sonstige medizinische Einrichtungen	372
	Stationäre/teilstationäre medizinische Einrichtungen	375
	Krankenhäuser	375
	Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen	384
	Pflegeeinrichtungen	385
	Weitere Einrichtungen des Gesundheitswesens	388
7.	Inanspruchnahme von Leistungen der Gesundheitsförderung und der Gesundheitsversorgung	391
7.1	Ausgewählte Schwerpunkte	391
7.1.1	Das Gesunde-Städte-Netzwerk - Regionalverbund Berlin / Leitlinien für eine „Gesunde Stadt“ Berlin	391
7.1.2	Landesgesundheitskonferenz	393
7.1.3	Gesundheitsnetzwerk Berlin - Der Integrierte Gesundheitsvertrag (IGV) als Weiterentwicklung der Zuwendungspraxis im Bereich Gesundheit in Berlin	394
7.1.4	Reform des öffentlichen Gesundheitsdienstes	397
7.1.5	Therapeutische Versorgung von Kindern in Kitas und Schulen	399
7.1.6	Impfvereinbarung	401
7.1.7	Impfschutz gegen Grippe	402
7.1.8	Inanspruchnahme von Früherkennungsuntersuchungen und Impfungen im Kindesalter	404
7.1.9	Suchtprävention und Aktionsprogramm „Berlin qualmfrei“	406
7.1.10	Inanspruchnahme der Beratungseinrichtungen für Suchtkranke	408
7.1.11	Ambulante psychotherapeutische Versorgung von psychosekranken Menschen sowie älteren Menschen in Berlin	409
7.1.12	Gesundheitliche Versorgung von Migrantinnen und Migranten - Umfrage zur Verständigung mit nicht deutschsprachigen Patientinnen und Patienten an Berliner Krankenhäusern	415

<i>Kapitel</i>	<i>Inhalt</i>	<i>Seite</i>
7.2	Tabellen	421
	Inanspruchnahme/Leistungen der Gesundheitsförderung und Früherkennung von Krankheiten	421
	Schwangerenbetreuung, Geburten und Schwangerschaftsabbrüche	421
	Krankheitsfrüherkennung für Kinder	433
	Kariesprävalenz und Kariesprophylaxe bei Kindern	434
	Impfungen	439
	Inanspruchnahme von Beratungs- und Behandlungsangeboten des öffentlichen Gesundheitsdienstes für Kinder und Jugendliche	443
	Vorsorgeuntersuchungen	447
	Inanspruchnahme/Leistungen der ambulanten Versorgung	448
	Ambulante Inanspruchnahme ärztlicher, psychotherapeutischer und sozial-psychiatrischer Leistungen	448
	Inanspruchnahme von Rettungsfahrten und Krankentransporten sowie Leistungen und Inanspruchnahme des Ärztlichen Bereitschaftsdienstes und der Erste-Hilfe-Stellen der KV Berlin	454
	Inanspruchnahme und Leistungen der stationären/teilstationären Versorgung	456
	Inanspruchnahme und Leistungen von Krankenhäusern	456
	Inanspruchnahme und Leistungen von Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen	463
	Inanspruchnahme und Leistungen der Versorgung in Pflegeeinrichtungen	464
	Sonstige(r) Leistungen/Bedarf	465
8	Beschäftigte im Gesundheitswesen	467
8.1	Ausgewählte Schwerpunkte	467
8.1.1	Personal im ambulanten, stationären und sonstigen Bereich des Berliner Gesundheitswesens	467
8.2	Tabellen	471
	Beschäftigte im Überblick	471
	Ausgewählte, im ambulanten und stationären Bereich tätige Berufsgruppen	472
	Personal in ambulanten medizinischen Einrichtungen	478
	Ärztinnen/Ärzte, Psychotherapeutinnen/-therapeuten und Zahnärztinnen/-ärzte	478
	Pflegerberufe und sonstige Gesundheitsdienstberufe	484

<i>Kapitel</i>	<i>Inhalt</i>	<i>Seite</i>
	Personal in (teil-)stationären medizinischen Einrichtungen	486
	Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen	486
	Personal in Pflegeeinrichtungen	489
	Personal im öffentlichen Gesundheitsdienst	491
	Personal in Apotheken	492
9.	Ausbildung im Gesundheitswesen	493
9.1	Ausgewählte Schwerpunkte	493
9.1.1	Neue Grundlagen für die Ausbildungen in der Krankenpflege	493
9.1.2	Wegfall der Ausbildungsphase „Arzt im Praktikum“ (AiP)	494
9.2	Tabellen	495
	Auszubildende an Schulen des Gesundheitswesens, Berufsfachschulen und Fachschulen sowie im dualen Ausbildungssystem	495
	Erteilte Erlaubnisse zum Führen einer Berufsbezeichnung ausgewählter Gesundheitsfachberufe	499
	Erteilte Approbationen und Berufserlaubnisse	500
	Weiterbildung	502
10.	Ausgaben und Finanzierung	503
10.1	Ausgewählte Schwerpunkte	503
10.1.1	Umsetzung des Gesundheitsmodernisierungsgesetzes (GMG) - Erste Bilanz für die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) in Berlin	503
10.1.2	Gesundheitsleistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz/ Sozialgesetzbuch XII, dem Bundesversorgungsgesetz-Kriegsopferfürsorge und dem Landespflegegeldgesetz	511
10.1.3	Krankenhausfinanzierung	512

<i>Kapitel</i>	<i>Inhalt</i>	<i>Seite</i>
10.2	Tabellen	514
	Gesundheitsausgaben nach Ausgabenträgern und Leistungsarten	514
	Gesetzliche Krankenversicherung (GKV)	514
	BSHG, BVG-KOF und LPfIGG	517
	Weitere Ausgabenträger	521
	Indikatoren zur Sozialversicherung	524
	Krankenversicherte	524
	Beitragssätze, Grundlohnsummen und RSA	531
11.	Kosten	537
11.1	Ausgewählte Schwerpunkte	537
11.1.1	Vergütungen für Leistungen stationärer Pflegeeinrichtungen	537
11.1.2	Verbraucherpreise für die Gesundheitspflege	540
11.2	Tabellen	547
	Kostenstruktur von ambulanten Gesundheitseinrichtungen	547
	Kostenstruktur von Krankenhäusern	548
	Aufwendungen für Rehabilitation und Pflege	554
	Aufwendungen für Leistungen in Pflegeeinrichtungen	555
	Anhang	559
	Tabellenverzeichnis	559
	Indikatorensatz für die Gesundheitsberichterstattung der Länder (dritte Fassung, 2003) in der Gesundheitsberichterstattung Berlin - Basisbericht 2005	579
	Erläuterungen	589
	Abkürzungen	603
	Sachwortregister	606
	Publikationsverzeichnis	617

0. Gesundheitsberichterstattung und Sozialstatistisches Berichtswesen

Anliegen der Gesundheitsberichterstattung und des Sozialstatistischen Berichtswesens in Berlin ist, die differenzierten Lebensverhältnisse und Lebenslagen sowie die gesundheitliche und soziale Versorgungssituation in ihrem zeitlichen Verlauf und in ihrer kleinräumigen Ausprägung systematisch zu erfassen, darzustellen und zu bewerten. Als Mittel dazu dienen Daten bzw. indikatorgestützte Beschreibungen und Analysen. Soziale Problemlagen in der Berliner Bevölkerung und deren Konzentration im städtischen Raum sind herauszuarbeiten, um eine fundierte Grundlage für die Entwicklung zielgerichteter und passgenauer Handlungsstrategien zu schaffen.

Die Berichterstattung dient als Planungsgrundlage für die Entwicklung und Durchführung von konkreten Maßnahmen und deren Evaluation. Sie informiert das Parlament und die Bürgerinnen und Bürger über die gesundheitliche und soziale Lage der Bevölkerung und sie stellt ihre Datenbestände der Wissenschaft zu Forschungszwecken zur Verfügung. Die Berichterstattung ist in diesem Sinne ein öffentliches Gut.

Bei der *Gesundheitsberichterstattung* handelt es sich um eine verdichtende, zielgruppenorientierte Darstellung und beschreibende Bewertung von Daten und Informationen, die für die Gesundheit der Bevölkerung, das Gesundheitswesen und die die Gesundheitssituation beeinflussenden Lebens- und Umweltbedingungen bedeutsam sind.

Die Berichtsform gliedert sich in Basisberichte, Spezialberichte und Statistische Kurzinformationen:

- Der *Basisbericht* enthält Tabellen, die sich am Indikatorenansatz der Länder orientieren, Erläuterungen sowie Ergebnisbeschreibungen zu ausgewählten Schwerpunkten aus den behandelten Themenfeldern. Die Basisberichte werden jährlich herausgegeben.
- *Spezialberichte* werden zu Schwerpunktthemen erarbeitet und enthalten Analysen, Zusammenhänge und insbesondere Handlungsempfehlungen für den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD), die Verantwortlichen der GBE sowie die politisch Verantwortlichen. Zu den Spezialberichten gehören auch die Sozialstrukturatlanten. Die Spezialberichte erscheinen in unregelmäßiger zeitlicher Folge.
- *Statistische Kurzinformationen* fokussieren in aller Kürze auf aktuellpolitische Themen und dienen als schnelle Information der politisch Verantwortlichen, der Fachebene sowie als Mitteilung an die Öffentlichkeit. Die Kurzinformationen erscheinen in unregelmäßiger zeitlicher Folge.

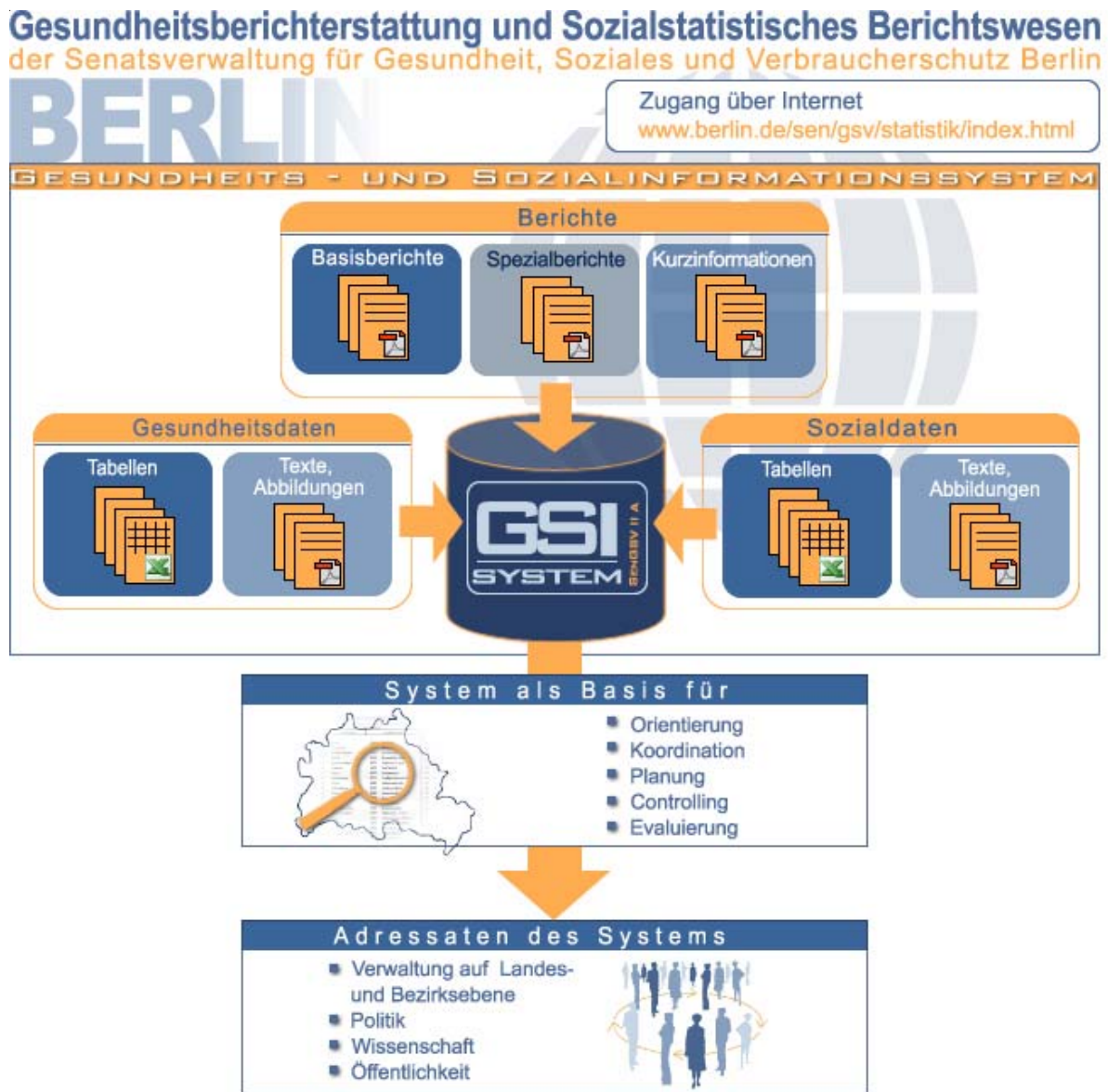
Das *Sozialstatistische Berichtswesen* des Landes Berlin umfasst die systematische und regelmäßige Beobachtung und Auswertung von statistischen Daten auf den Sozialrechtsgebieten des SGB XII, des SGB II, des Asylbewerberleistungsgesetzes, des Landespflegegeldgesetzes und damit im Zusammenhang stehenden sozialen Entwicklungen. Das Sozialstatistische Berichtswesen beinhaltet die Generierung, Aufbereitung und Auswertung der Sozialstatistik des Landes Berlin auf den genannten Rechtsgebieten ebenso wie die Berichterstattung über relevante Entwicklungen von Lebensverhältnissen und Lebenslagen in Berlin. *Ergebnisformen* des Sozialstatistischen Berichtswesens sind Daten und Statistiken und thematische Spezialberichte:

- In der *Sozialstatistik* werden zum einen die nach Leistungsarten differenzierten Einnahmen und Ausgaben und zum anderen die Empfänger der sozialen Leistungen unter Beachtung sozialstruktureller Merkmale betrachtet. Beide Betrachtungsperspektiven werden mit der räumlichen Sichtweise verschränkt.
- *Spezialberichte im Rahmen des Sozialstatistischen Berichtswesens* verfolgen die vertiefende Analyse von Erkenntnissen aus der Sozialstatistik nach unterschiedlichen Themenschwerpunkten. Die Spezialberichte erscheinen in unregelmäßiger zeitlicher Reihenfolge.

Die Ergebnisse der Gesundheitsberichterstattung und des Sozialstatistischen Berichtswesens werden zukünftig in das im Aufbau befindliche Gesundheits- und Sozialinformationssystem (GSI) des Statistik-

referates der Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz eingespeist und sind dann über das Internet unter www.berlin.de/sen/gsv/statistik/index.html zugänglich. Die Nutzer finden hier die Fülle der Informationen thematisch in regionaler und zeitlicher Differenzierung geordnet. Eine einfache Suchfunktion unterstützt das schnelle Auffinden der verfügbaren Texte, Tabellen oder Grafiken.

Einen Überblick über den Aufbau der Gesundheitsberichterstattung und des Sozialstatistischen Berichtswesens gibt folgende Abbildung:



1. Gesundheitspolitische Rahmenbedingungen

Der Senat von Berlin hat sich für den Zeitraum 2001 - 2006 vorgenommen, mit seiner Gesundheitspolitik die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass sich die gesundheitliche und soziale Lebensqualität der Berlinerinnen und Berliner weiter verbessert, die sozialen Sicherungssysteme stabilisiert und die wirtschaftlichen Potenziale des Wachstumsmarktes Gesundheit erschlossen werden können. Dies umfasst insbesondere Rahmenbedingungen für die Vorbeugung vor Krankheiten, die Überwindung von Krankheit sowie die Pflege und dauerhafte Unterstützung bei chronischen Erkrankungen. Der gesundheitliche Verbraucherschutz gewinnt an Bedeutung und wird zur Sicherheit der Bevölkerung weiterentwickelt.

Wichtige Voraussetzungen dafür sind vernetzende integrative Arbeitsformen, die alle in den Gesundheitsbereichen tätigen Akteure - von der Gesundheitsförderung über die ambulante und stationäre Versorgung bis zur Pflege - umfassen müssen.

Im Sinne des Gender-Mainstreaming wird ein gleichberechtigtes Verhältnis zwischen den Geschlechtern in allen Lebens- und Arbeitsbereichen angestrebt. Dies umfasst die geschlechtersensible und geschlechtervergleichende Gesundheitsberichterstattung, die gleichberechtigte Versorgung mit Angeboten und Leistungen des Gesundheitswesens als Patientin und Patient sowie die Wahrnehmung beruflicher Chancen als Beschäftigte im Gesundheitswesen.

Für alle gesundheitspolitischen Vorhaben gilt das Prinzip der Nachhaltigkeit, d. h. verantwortungsvoller Umgang mit Ressourcen, um auch in den nächsten Jahren und für die nachfolgenden Generationen einen gesundheitsförderlichen Lebensraum zu gewährleisten.

Im Berichtszeitraum standen folgende gesundheitspolitische Schwerpunkte im Mittelpunkt, die gegenwärtig weiterentwickelt bzw. umgesetzt werden:

- Berlin hat im Juni 2005 Leitlinien für eine Gesunde Stadt im Rahmen des Regionalverbundes Gesunde-Städte-Netzwerk vorgelegt, in dem die Stadt seit Februar 2003 Mitglied ist. Ziel der Berliner Leitlinien ist es, *Gesundheitsförderung* als Querschnittsaufgabe und wichtiges Element kommunaler Politik zu etablieren.
- Die LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Berlin und die Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz haben die neu ausgehandelten Verträge zur Finanzierung und Weiterentwicklung von überbezirklichen Projekten der sozialen und gesundheitlichen Versorgung in Berlin unterzeichnet, die am 1. Januar 2006 in Kraft getreten sind. Der *Integrierte Gesundheitsvertrag* definiert die vier Handlungsfelder
 - Chronische Erkrankungen und besondere gesundheitliche Bedarfslagen,
 - HIV/AIDS, sexuell übertragbare Erkrankungen und Hepatiden,
 - Verbundsystem Drogen und Sucht und
 - einen Innovationsfonds, der Modellprojekte im Bereich Gesundheitsförderung und Prävention unterstützen soll.
- Die Novellierung des *Gesundheitsdienstgesetzes* (GDG) ist Ergebnis des im Rahmen der „Neuordnungsagenda 2006“ eingerichteten Projekts zur *Neustrukturierung des öffentlichen Gesundheitsdienstes* (ÖGD) in Berlin. Das reformierte GDG tritt am 1. Juli 2006 in Kraft. Der ÖGD achtet zukünftig auf die Stärkung der Eigenverantwortung sowie bürgerschaftliches Engagement und berücksichtigt geschlechtsspezifische und ethnisch-kulturelle Aspekte. Er nimmt die Aufgaben grundsätzlich subsidiär und sozialkompensatorisch wahr.
- Mit den seit November 2004 jährlich stattfindenden *Berliner Landesgesundheitskonferenzen* (LGK) wurde eine Plattform geschaffen, die über geregelte Zusammenarbeitsformen die örtlichen Akteure aus dem Gesundheitswesen, der Politik, der Verwaltung, dem Bildungswesen und weiteren relevanten Bereichen in den Dienst gemeinsam entwickelter Gesundheitsziele mit sozialräumlicher Orientierung stellt. Auf diese Weise sollen Wirksamkeit und Reichweite von gesundheitsfördernden

und präventiven Projekten verbessert werden. Die auf der Konferenz vom 12. September 2005 formulierten Empfehlungen aus den drei Bereichen Gesundheitsziele, Gesundheitsmonitoring, Qualitätssicherung und Evaluation, Migration und Gesundheit sowie Prävention bei Kindern und Jugendlichen bilden die Grundlage für die Arbeitsplanung 2006.

- Das geplante Krankenhausversorgungsangebot wurde zum Ende des Jahres nahezu vollständig umgesetzt. Die neue Fortschreibung wird das erkennbare Veränderungspotential in der Berliner Krankenhauslandschaft und Weiterentwicklungen in der Medizin ebenso berücksichtigen wie die Einführung des DRG (Diagnosis Related Groups)-Fallpauschalensystems bis 2009. Die Verringerung der Regelungstiefe des *Berliner Krankenhausplans* erfolgt in Verbindung mit einer höheren Transparenz im Leistungsgeschehen der Krankenhäuser.
- Im Interesse einer höheren Qualität und Attraktivität der *Ausbildung* wurde das Krankenpflegegesetz mit Wirkung vom 1. Januar 2004 grundlegend geändert. Mit Aufnahme der Ausbildung nach den neuen Ausbildungsvorschriften arbeiten die Berliner Krankenpflegeschulen erstmalig nach einem gemeinsamen verbindlichen Rahmenlehrplan. So wurde z.B. angesichts des demographischen Wandels der außerklinische Ausbildungsanteil erweitert, insbesondere zu Gunsten der Pflege im ambulanten Bereich und in voll- und teilstationären Pflegeeinrichtungen.
- Die Umsetzung des seit 1. Januar 2004 in Kraft getretenen *Gesundheitsmodernisierungsgesetzes* (GMG) zeigt aus Sicht der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) in Berlin nur geringe Spielräume für Beitragssatzsenkungen, so waren beispielsweise die Ausgaben für Arzneimittel und Zahnersatz rückläufig, gestiegen sind jedoch Kosten für Heil- und Hilfsmittel sowie die Ausgaben im Krankenhausbereich. Das GMG hat der GKV zu einer kurzfristigen Stabilisierung und raschen Entschuldung verholfen, weiterer Reformbedarf ist jedoch nötig.

2 Bevölkerung und bevölkerungsspezifische Rahmenbedingungen des Gesundheitssystems

2.1 Ausgewählte Schwerpunkte

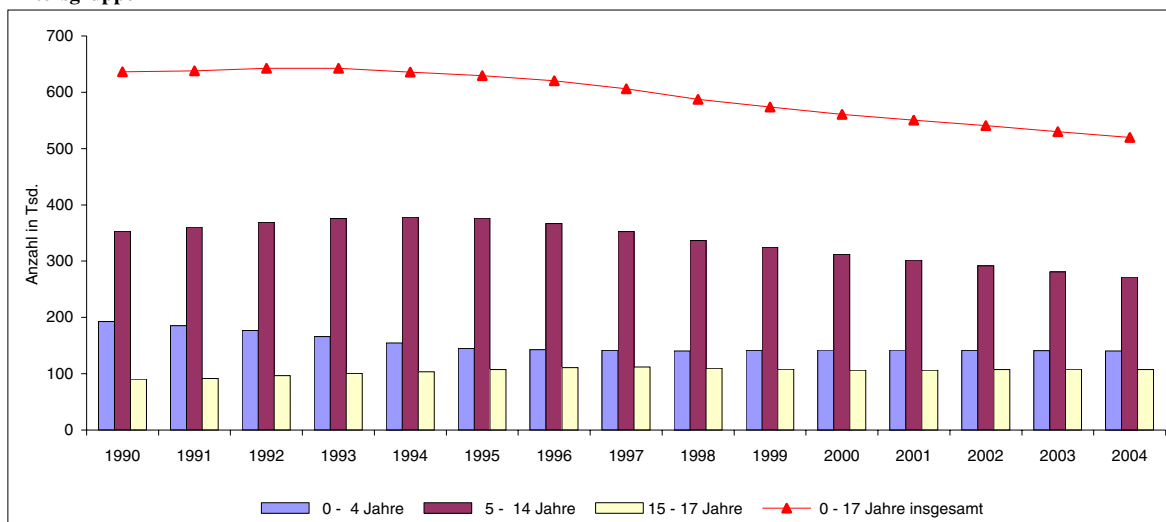
2.1.1 Bevölkerungsstand am 31.12.2004 und Entwicklung der Bevölkerung im Kindes- und Jugendalter von 1990 bis 2020

Ende 2004 lebten in Berlin lt. amtlicher Statistik 3.387.828 Menschen (1.734.771 Frauen und 1.653.057 Männer). 454.545 bzw. 13,4 % von ihnen waren Ausländer (Anteil in Deutschland 8,8 %). Die Zahl der in Berlin lebenden Kinder und Jugendlichen betrug 519.845, d. h. nahezu jede siebte Person gehörte in der Berliner Bevölkerung der Altersgruppe der 0 bis 17-Jährigen an. 79 % (412.477) davon waren Kinder im Alter von 0 bis 14 Jahren und 107.368 Jugendliche im Alter von 15 bis 17 Jahren. Mit 15,3 % an der Gesamtpopulation lag der Kinder- und Jugendanteil in Berlin deutlich unter dem Bundesniveau von 18,0 %. 77.686 Berliner Kinder und Jugendliche zählten zur ausländischen Bevölkerung, damit besitzt unter den in Berlin lebenden Minderjährigen etwa jede siebte Person eine ausländische Staatsangehörigkeit (vgl. Tabellen 2.2.3 und 2.2.4).

Die Zahl der in Berlin lebenden Kinder ist seit Mitte der neunziger Jahre um rund 21 % gesunken, das entspricht einem Rückgang um rund 109.000 Kinder, während der Anteil der Jugendlichen fast gleich geblieben ist. Damit hat sich auch der Anteil Minderjähriger an der Gesamtbevölkerung Berlins erheblich verändert: 1995 waren 18,1 % der Gesamtbevölkerung unter 18 Jahre. Dieser Anteil ist bis zum Jahr 2004 auf 15,4 % gesunken (vgl. Tabellen 2.2.3, 2.2.7 und Abbildung 2.1). Noch drastischer als in Berlin war jedoch der Bevölkerungsrückgang in den neuen Bundesländern: Seit der Wiedervereinigung Deutschlands ist die Zahl der Kinder und Jugendlichen dort um 40 % gesunken. Anders in den Ländern des früheren Bundesgebietes, hier wurde eine Zuwachsrate von 5 % ermittelt.

Zahl und Anteil der Kinder und Jugendlichen in Berlin weiterhin rückläufig

Abbildung 2.1:
Kinder und Jugendliche in Berlin 1990 - 2004 (fortgeschriebene Bevölkerung, Stand: 31.12.) nach ausgewählten Altersgruppen

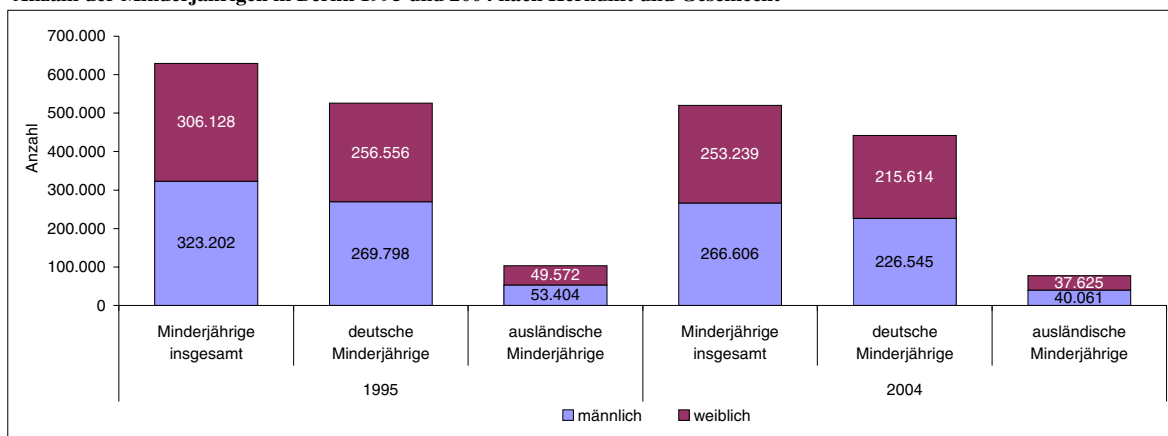


(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung und Darstellung: SenGesSozV - II A -)

Bei der ausländischen minderjährigen Bevölkerung ist die gravierendste Veränderung zu beobachten: 102.976 minderjährigen Ausländern im Jahr 1995 stehen 77.686 am Jahresende 2004 gegenüber, ein Rückgang um 25.290 (24,6 %) Personen (vgl. Abbildung 2.2). Diese Zahlen müssen jedoch vor dem Hintergrund des seit 01.01.2000 geltenden veränderten Staatsangehörigkeitsgesetzes (StAG) relativiert werden. Nach diesem Gesetz erhalten seit dem Stichtag im Inland geborene Kinder ausländischer Eltern zunächst die deutsche Staatsangehörigkeit, meist zusätzlich zu der ihrer Eltern, wenn mindestens ein Elternteil sich wenigstens seit acht Jahren in Deutschland aufhält und über eine Aufenthaltsberechtigung oder seit mindestens drei Jahren über eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis verfügt. Dadurch sind die Angaben über ausländische minderjährige Kinder ab dem Jahr 2000 nicht mit den Angaben vor der Jahrtausendwende vergleichbar. Das statistische Merkmal der Staatsangehörigkeit besitzt insbesondere für die Altersgruppe der seit 2000 Geborenen nur noch eine untergeordnete Bedeutung.

Abbildung 2.2:

Anzahl der Minderjährigen in Berlin 1995 und 2004 nach Herkunft und Geschlecht



(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung und Darstellung: SenGesSozV - II A -)

Im Berliner Bezirk Neukölln leben die meisten Kinder und Jugendlichen

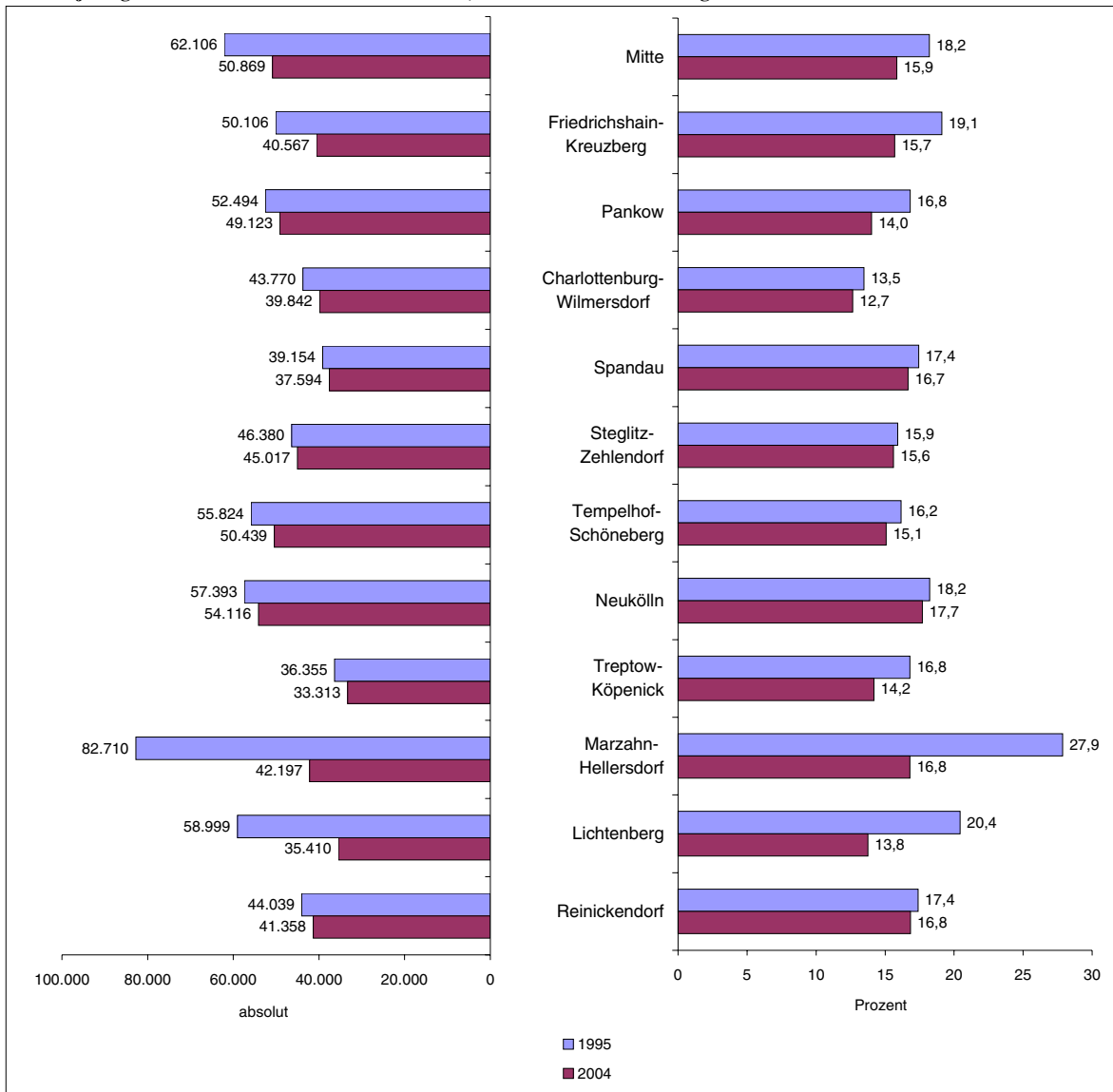
Zum Stichtag 31.12.2004 lebten mit 54.116 Personen zahlenmäßig die meisten Kinder und Jugendlichen in Neukölln, jedoch 3.000 weniger als 1995. Ein äußerst starker Rückgang von etwa 50 % erfolgte in Marzahn-Hellersdorf, wo 1995 noch die meisten Minderjährigen lebten. Dort sank die Anzahl von über 80.000 auf etwa 40.000 Kinder und Jugendliche im Jahr 2004.

Da die Bezirke unterschiedlich groß und unterschiedlich dicht besiedelt sind, ist neben der Betrachtung der absoluten Zahlen auch die prozentuale Verteilung interessant. Anhand dieser zeigt sich, dass sich die Kinder und Jugendlichen ungleichmäßig über die Bezirke verteilen: Neukölln hatte bezogen auf seine Einwohnerzahl mit 17,7 % sowohl zahlenmäßig als auch prozentual den größten Anteil Minderjähriger. Dicht danach folgen Reinickendorf mit 16,9 % und Marzahn-Hellersdorf mit 16,8 % Kindern und Jugendlichen. Charlottenburg-Wilmersdorf hat mit 12,7 % Minderjährigen den geringsten Anteil aller Berliner Bezirke (vgl. Abbildung 2.3 und Tabelle 2.2.7).

Teilt man die Minderjährigen in zwei Gruppen, Kinder bis 14 Jahre und Jugendliche von 15 bis 17 Jahren, findet sich in Marzahn-Hellersdorf eine Besonderheit. Hier macht 2004 die Gruppe der 15- bis 17-Jährigen mit knapp 32 % den größten Anteil an Minderjährigen im Bezirk aus. Damit liegt er deutlich höher als in den anderen Bezirken. Hier zeigen sich wohl Auswirkungen eines zeitgleichen Erstbezugs einer Vielzahl von Wohnungen in dem Siedlungsgebiet.

Weit größere Disparitäten zeigten sich bei der Verteilung der minderjährigen ausländischen Kinder und deren Anteil an der Gesamtzahl minderjähriger Kinder im jeweiligen Bezirk. Während 2004 in

Abbildung 2.3:
Minderjährige in Berlin 1995 und 2004 nach Anzahl, Anteil an der Bevölkerung und Bezirken



(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung und Darstellung: SenGesSozV - II A -)

Mitte der Anteil ausländischer Minderjähriger an der Gesamtheit aller Minderjährigen im Bezirk 33 % betrug (Friedrichshain-Kreuzberg 26,7 %, Neukölln knapp 26 %), waren dies im Bezirk Marzahn-Hellersdorf nur 3,6 % und in Treptow-Köpenick 3,7 %.

Die gegenwärtige Bevölkerungsentwicklung in Deutschland ist gekennzeichnet durch einen tief greifenden demographischen Wandel, der durch zwei entscheidende Momente geprägt ist: Der Zunahme der Lebenserwartung der Menschen und einer Geburtenrate, die nicht ausreichend ist, um die Reproduktion der Gesellschaft aus sich selbst auch zukünftig zu gewährleisten. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes¹ hatten

Demographischer Wandel: steigende Lebenserwartung - sinkende Geburtenzahlen

¹ Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1990, 2005): Statistisches Jahrbuch 1990 bzw. 2005 für die Bundesrepublik Deutschland. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

in den Jahren 1949/1951 Geborene eine Lebenserwartung von durchschnittlich 66,5 Jahren, 1978 Geborene leben im Schnitt 6,5 Jahre länger, also 73 Jahre und im Zeitraum 2001/2003 Geborene haben eine voraussichtliche Lebenserwartung von 78,5 Jahren und leben damit etwa 5,5 Jahre länger als ihre Elterngeneration.

Wachsende Lebenserwartung und sinkende Geburtenzahlen führen zu einer immer älter werden Berliner Bevölkerung. Ausdruck für diese Veränderung sind die so genannten Lastenquotienten, sie weisen den Anteil der Kinder und Jugendlichen bis 17 Jahre bzw. der 65-Jährigen und Älteren je 100 Personen im erwerbsfähigen Alter aus: Der Jugendlastenquotient ist seit 1995 um 4 Prozentpunkte gesunken und betrug 2004 22,54 %. Der Altenlastenquotient hingegen stieg um knapp 4 Prozentpunkte (vgl. Tabellen 2.1 und 2.2.7).

Die Zahl der Lebendgeborenen nimmt in Berlin weiter ab. Für das Jahr 2004 wurden in Deutschland 705.622 Lebendgeborene gemeldet. Das war seit der Wiedervereinigung Deutschlands die bis dahin niedrigste Zahl. Insgesamt ging die Zahl der lebend geborenen Kinder von 1990 bis 2004 um mehr als ein Fünftel (22,1 %) zurück, wobei sich der Rückgang im Gebiet der ehemaligen DDR mit 44,2 % intensiver als im früheren Bundesgebiet (minus 16,5 %) darstellte.

In Berlin wurden im Jahr 2004 nach Wohnortprinzip 29.446 Lebendgeborene (14.243 weiblichen und 15.203 männlichen Geschlechts) registriert. Die Zahl der lebend geborenen Kinder ging in der Stadt seit 1990 um 21,7 % zurück. Allein von 1990 bis 1991 kam es zu einem Rückgang der Lebendgeborenen um knapp 19 %. Er wurde fast ausschließlich durch den starken Geburtenknick in Berlin-Ost von 1990 zu 1991 verursacht. 1990 wurden dort noch 15.446 Lebendgeborene gezählt, im Folgejahr verringerte sich die Zahl um 6.734, was einem Rückgang von 43,6 % entsprach (vgl. Abbildung 2.4).

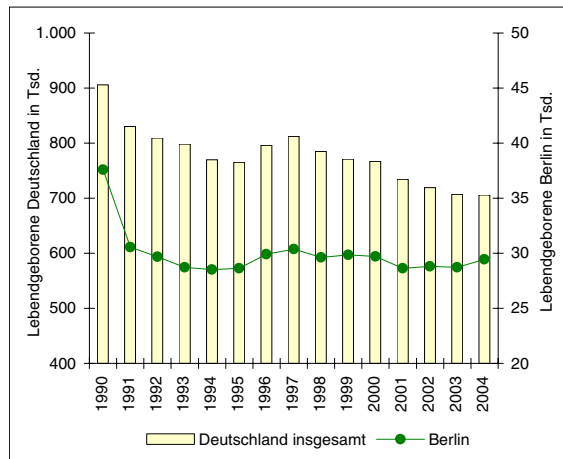
Bis 2003 lag die Geburtenziffer in Berlin noch unter dem Bundesniveau. Im Jahr 2004 lag sie erstmals etwas darüber. Ob die leichte Geburten-erhöhung von 2003 zu 2004 jedoch in Berlin eine Trendwende einläutet, kann derzeit noch nicht beurteilt werden. Die Entwicklung der Geburtenrate (Anzahl der Lebendgeborenen je 1.000 Einwohner) hängt von der Zahl der fertilen Frauen (gebärfähige Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren) ab. Die allgemeine Fruchtbarkeitsziffer ging sowohl in Berlin als auch in Deutschland insgesamt seit der Wiedervereinigung um mehr als ein Fünftel zurück. Die Rate der Berlinerinnen lag jedoch im gesamten Beobachtungszeitraum, wenn auch in den letzten Jahren (etwa 39 je 1.000 per anno) nicht mehr so stark wie in den neunziger Jahren, unter der der Frauen aus dem übrigen Bundesgebiet (durchschnittlich 43 je 1.000 und Jahr).

Tabelle 2.1:
Lastenquotienten 1995 und 2004 in Berlin

Jahr	Alter in Jahren			Jugendlastenquotient	Altenlastenquotient	Lastenquotient
	0 bis 17 Jahre	18 bis 64 Jahre	65 Jahre u. älter			
1995	629.330	2.367.128	474.960	26,6	20,1	46,7
2004	519.845	2.306.083	551.713	22,5	23,9	46,5

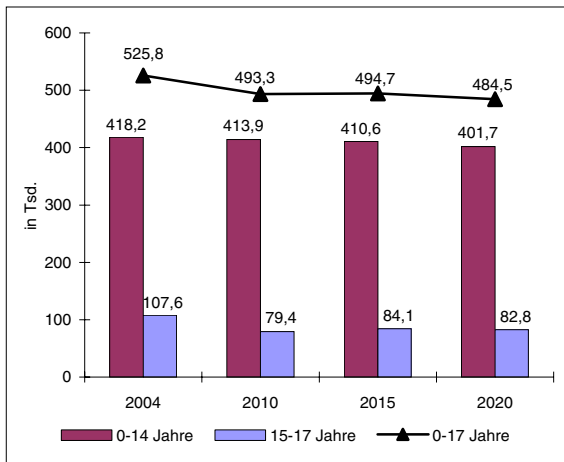
(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung und Darstellung:
SenGesSozV - II A -)

Abbildung 2.4:
Lebendgeborene in Berlin und in Deutschland 1990 - 2004
- absolut



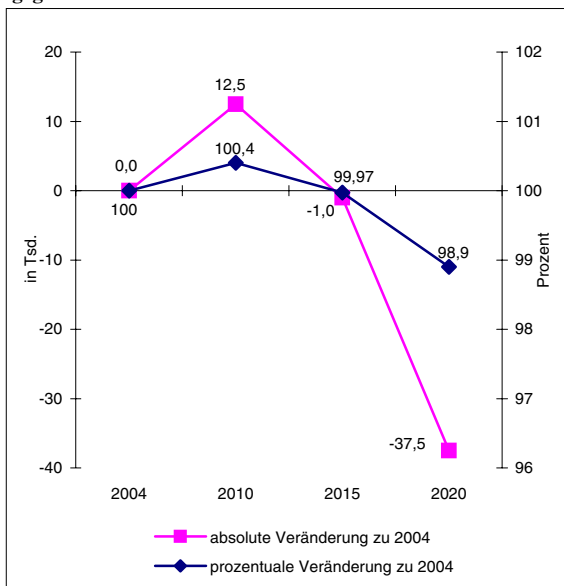
(Datenquelle: StBA / StaLa Berlin / Berechnung und Darstellung:
SenGesSozV - II A -)

Abbildung 2.5:
Bevölkerungsprognose der Kinder und Jugendlichen in Berlin für die Jahre 2010, 2015 und 2020 im Vergleich zu 2004



(Datenquelle: SenStadt Berlin/ Berechnung und Darstellung: SenGesSozV - II A -)

Abbildung 2.6:
Bevölkerungsprognose in Berlin für die Jahre 2010, 2015 und 2020 in absoluter und prozentualer Veränderung gegenüber 2004



(Datenquelle: SenStadt Berlin/ Berechnung und Darstellung: SenGesSozV - II A -)

Bevölkerungsprognose: weiterer Rückgang der Minderjährigen

Nach der von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung vorgelegten Bevölkerungsprognose für Berlin² wird sich die Zahl der Minderjährigen bis zum Jahr 2010 auf dann etwa 493.000 Personen reduzieren, das bedeutet ein Rückgang um etwa 32.500 Personen gegenüber Ende 2004. Der Anteil der Minderjährigen an der Gesamtbevölkerung würde dann 14,4 % betragen. Die Jahre 2015 und 2020 bringen nahezu eine Stabilisierung auf dem 2010 erreichten Niveau. Insgesamt wird sich über die dann folgende Dekade die Zahl der Minderjährigen insgesamt noch einmal um knapp 9.000 Personen reduzieren. Die Minderjährigen bis 14 Jahre verringern sich von 2004 bis 2020 um etwa 16.500 Personen, die 15- bis 17-Jährigen im gleichen Zeitraum um etwa 24.800. Bei der Altersgruppe der 15- bis 17-Jährigen findet der größte Rückgang in den Jahren 2004 bis 2010 statt, danach ist wieder ein geringer Anstieg zu erwarten.

Ein Blick auf die Prognose für die Gesamtbevölkerung lässt erkennen, dass bis 2020 die Einwohnerzahl sich um 37.498 Personen verringern wird, was 1,1 % entspricht (vgl. Abbildungen 2.5 und 2.6).

2.1.2 Lebensformen privater Haushalte

Schlagworte wie Individualisierung, Pluralisierung der Lebensstile und die kinderlose Gesellschaft bestimmen heute teilweise die Diskussion über die Familie. Bis weit in die 60er Jahre hinein galt die so genannte „Normalfamilie“ als kulturelle Selbstverständlichkeit. Gemeint waren damit miteinander verheiratete Eltern mit ihren Kindern. So werden Ehe und Familie auch heute noch oft in einem Atemzug genannt. Nach Artikel 6 Absatz I des Grundgesetzes stehen „Ehe und Familie ... unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung“.

Immer häufiger ist jedoch eine Entkoppelung von Ehe und Familie zu beobachten. Der Familienbericht des Berliner Senats aus dem Jahre 2002 weist zurecht darauf hin, dass Familie heute viele Formen hat. „Neben der klassischen Konstellation der verheirateten Eltern mit Kindern gibt es zahlreiche andere Lebensformen. Kinder wachsen auf bei allein erziehenden Vätern und Müttern, in Stief- oder Adoptivfamilien, bei unverheiratet Zusammenlebenden, aber auch in gleichgeschlechtlichen Partner-

² Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (2004): Bevölkerungsprognose für Berlin 2002-2020 (Prognosevariante „Basis“). Berlin.

schaften“³. Ausgangspunkt einer Familiendefinition ist also das Vorhandensein von Kindern, denn „Familie ist die Lebensgemeinschaft, in der Eltern oder ein Elternteil - und gegebenenfalls auch andere erwachsene Bezugspersonen - mit Kindern und Jugendlichen auf Dauer zusammenleben und für sie sorgen“⁴.

Die Lebensformen privater Haushalte in Berlin und insbesondere die, in denen Kinder aufwachsen, werden nachfolgend mit Ergebnissen der amtlichen Statistik dargestellt. Das Zusammenleben in einer Familie (entsprechend der o.g. Definition) bietet den in ihr Heranwachsenden Schutz und Sicherheit und fordert und fördert ihre soziale Kompetenzen. Das familiäre Zusammenleben ist somit ein Baustein zur Beschreibung der Lebensbedingungen und Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen.

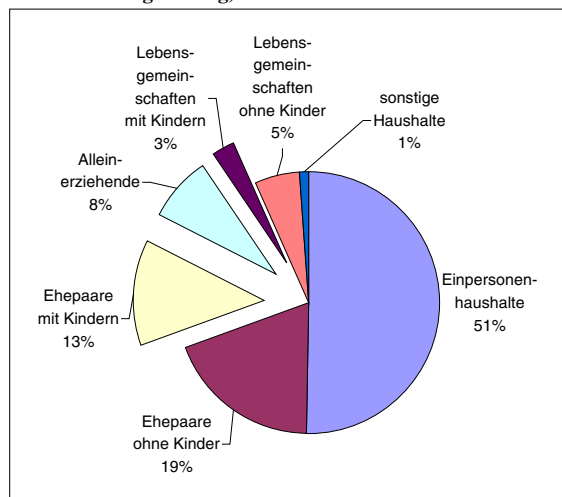
Etwas mehr als die Hälfte, nämlich 50,2 % der Berliner Haushalte sind Einpersonenhaushalte. In weiteren 24,7 % der Haushalte leben Ehepaare ohne Kinder (19,3 %) bzw. nichteheliche Lebensgemeinschaften ohne Kinder (5,4 %). Berücksichtigt man zusätzlich die 1,2 % der nicht näher spezifizierten sonstigen Haushalte, leben in 76,1 % aller Berliner Haushalte heute keine Kinder.

In knapp 25 % der Berliner Haushalte leben Kinder und Jugendliche

Mithin leben lediglich in knapp einem Viertel der Berliner Haushalte Kinder (gemeint sind hier

Kinder ohne Altersbegrenzung), wobei bemerkenswert ist, dass nur in 13 % der Haushalte Ehepaare mit Kindern zusammenleben. In weiteren 8,1 % leben Alleinerziehende und in 2,8 % nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern zusammen. 1995 lebten noch in 28,4 % aller Haushalte Kinder. Der Anteil der Haushalte mit Kindern ist demnach in den letzten 10 Jahren um etwa 4,5 Prozentpunkte zurückgegangen. In absoluten Zahlen ist seit 1995 ein Rückgang von 519.600 Haushalten mit Kindern auf 451.300 Haushalte mit Kindern, also um 68.300, zu verzeichnen. Die Lebensform, in der Kinder eine Rolle spielen, ist somit weiter rückläufig (vgl. Abbildung 2.7).

Abbildung 2.7:
Lebensformen der Privathaushalte in Berlin 2004 (Kinder ohne Altersbegrenzung)



(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung und Darstellung: SenGesSozV - II A -)

Die Lebensformen privater Haushalte in Berlin unterscheiden sich insbesondere in zwei Bereichen gravierend von den Verhältnissen in Deutschland. So fällt auf, dass in Deutschland nur 37,2 % aller Haushalte Singlehaushalte sind, aber immerhin in 23,6 % der Haushalte Ehepaare mit ihren Kindern leben. Überhaupt ist die Lebensform der Ehe, ob mit oder ohne Kinder, für die Haushaltsstrukturen in Deutschland wesentlich prägender als für die Haushaltsstrukturen in Berlin.

Hoher Anteil unehelich geborener Kinder

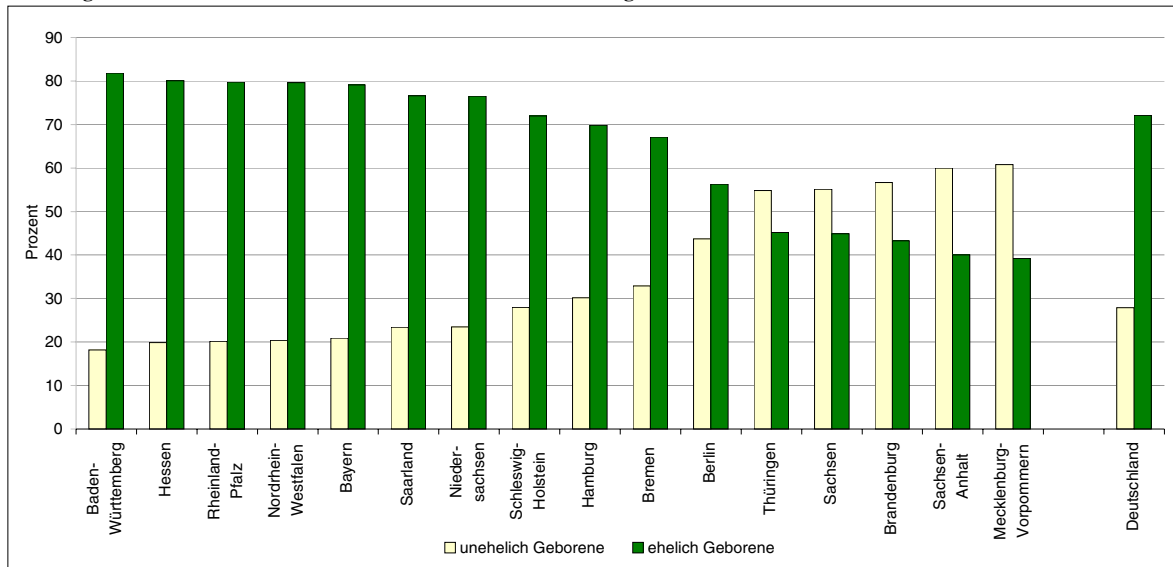
Derzeit wird in der Bundesrepublik Deutschland mehr als jedes vierte Kind unehelich geboren (2004: 27,9 %). In Berlin betrifft das mittlerweile nahezu jedes zweite Kind. Berlin gehört damit aber noch nicht zu den Bundesländern mit den höchsten Anteilen unehelich geborener Kinder. Diese werden mit Abstand in den neuen Bundesländern, allen voran in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt, wo z. B. in den letzten Jahren knapp zwei Drittel aller Kinder der Legitimität nach unehelich geboren wurden,

³ Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport (Hrsg.) (2002): Bericht über die Lage der Familien in Berlin, S. 16

⁴ ebenda, S. 16

registriert. Ganz anders die Situation in Baden-Württemberg. Dort wurde in den letzten Jahren nur ungefähr jedes sechste Kind außerehelich geboren. Aber auch in Hessen, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Bayern kam vergleichsweise nur etwa jedes fünfte Kind „unehelich“ auf die Welt (vgl. Abbildung 2.8).

Abbildung 2.8:
Lebendgeborene in Deutschland 2004 nach Bundesländern und Legitimität



(Datenquelle: StBA / Berechnung und Darstellung: SenGesSozV - II A -)

Der Anteil an unehelich geborenen Kindern ist in den östlichen Bezirken Berlins besonders hoch. Er entspricht dort etwa dem in den neuen Bundesländern. Bereits 1991 lag die Quote der außerehelich Geborenen in Berlin-Ost bei 45 %. Mittlerweile ist sie dort auf über 61 % angestiegen. Der Anteil der Kinder, die außerehelich geboren werden, hat sich aber auch in den westlichen Bezirken der Stadt, wenn auch bei niedriger liegendem Ausgangsniveau, erhöht (z. B. 1991 22 %, 2004 35 %).

Wenn immer mehr Kinder unehelich geboren werden, ist das in einem hohen Maße damit verbunden, dass viele Kinder bei allein Erziehenden Eltern leben. Laut Statistischem Bundesamt wächst in Deutschland derzeit etwa jedes siebte Kind bei allein erziehender Mutter oder allein erziehendem Vater auf. Alleinerziehende und ihre Kinder stellten in Deutschland in den letzten Jahren knapp zehn Prozent der Bevölkerung.

Knapp die Hälfte aller Kinder und Jugendlichen wächst in Berlin bei Alleinerziehenden auf

Allein erziehend ist nach wie vor eine vorwiegend weibliche Lebensform. Über 90 % aller Alleinerziehenden sind Frauen. Die meisten allein Erziehenden Mütter, aber auch Väter, sind geschieden oder getrennt lebend. In Berlin leben derzeit über 156.000 Alleinerziehende mit minderjährigen Kindern. Das entspricht knapp der Hälfte aller Familien mit Kindern unter 18 Jahren. Von nur einem Elternteil werden demzufolge etwa 64.500 unter 5-jährige und 107.000 5- bis unter 18-jährige Kinder und Jugendliche erzogen. Bei diesen Aussagen muss jedoch berücksichtigt werden, dass der Mikrozensus dem Merkmal „Alleinerziehende“ auch nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern zuordnet. Im Jahr 2004 gab es z. B. in Berlin allein 46.400 nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern unter 18 Jahren, die in den 156.400 Haushalten allein Erziehender Personen mit Kindern der entsprechenden Altersgruppe enthalten waren. Insgesamt gesehen ist die Zahl der allein Erziehenden Personen in Berlin seit Anfang der neunziger Jahre um ein Drittel gestiegen. Sie erreichte im Jahr 2004 ihren bis dahin höchsten Stand.

Allein Erziehende Mütter oder Väter haben es häufig schwerer als andere, ihren Lebensalltag und den ihrer Kinder zu meistern. Sie sind wegen ihrer familiären Situation auf nur ein Einkommen angewie-

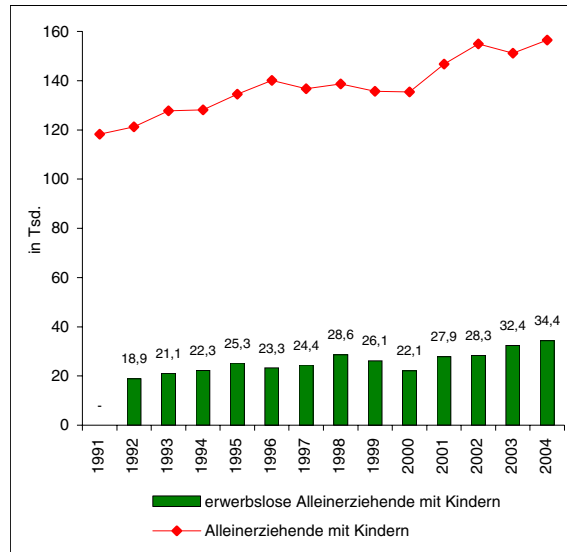
sen, haben größere Schwierigkeiten als Paare, die Betreuung ihrer Kinder während ihrer Berufstätigkeit zu organisieren. Bei Krankheit von kleineren Kindern treten zusätzliche Schwierigkeiten auf. Noch gravierender ist die Tatsache, dass Alleinerziehende besonders häufig von Arbeitslosigkeit bedroht sind. Ende 2004 waren in Berlin 34.400 allein erziehende Frauen und Männer erwerbslos. Die Zahl der erwerbslosen allein erziehenden Sorgeberechtigten hat sich seit 1992 (18.900 gemeldete arbeitslose Alleinerziehende) fast verdoppelt (vgl. Tabelle 2.2.18 und Abbildung 2.9).

Trend zur Kleinfamilie hält an

Der seit Jahren bestehende Trend zur „Kleinfamilie“ hält

auch in Berlin weiter an. In Deutschland wächst derzeit jedes vierte, in Berlin gar mehr als jedes dritte Kind ohne Geschwister auf. Laut Mikrozensusdaten lebte 2004 in fast zwei Dritteln (60,5 %) der Berliner Haushalte mit minderjährigen Kindern nur ein Kind. In knapp jedem dritten Kinderhaushalt (31,2 %) wuchsen zwei Kinder auf. Nur in 28.400 (bzw. 8,4 %) der Haushalte wuchsen mehr als drei Kinder auf. Anfang der neunziger Jahre lebten noch in 35,7 % der Haushalte zwei minderjährige Kinder. Unverändert blieb dagegen der Anteil der Familien (8,4 %), in denen es mehr als drei Kinder gab.

Abbildung 2.9:
Alleinerziehende und erwerbslose Alleinerziehende mit Kindern bis 17 Jahre in Berlin 1991 - 2004



(Datenquelle: StaLa Berlin, Ergebnisse des Mikrozensus / Darstellung: SenGesSozV - II A -)

2.2 Tabellen

Bevölkerung

● Bevölkerung nach Strukturmerkmalen

Tabelle 2.2.1:
Bevölkerung in Berlin 1992 - 2004
nach Bezirken, Geschlecht und Ausländeranteil

Indikator 2.1

Bezirk / Jahr	Bevölkerung am 31.12.						Durchschnittliche Bevölkerung					
	weiblich		männlich	ins- gesamt	darunter: Ausländer		weiblich	männlich	ins- gesamt	darunter: Ausländer		
	absolut	% ¹⁾			absolut	% ¹⁾				absolut	% ¹⁾	
Berlin												
1992	1.809.277	52,2	1.656.471	3.465.748	371.577	10,7	1.806.620	1.647.979	3.454.599	353.799	10,2	
1993	1.810.411	52,1	1.664.981	3.475.392	393.044	11,3	1.809.314	1.661.263	3.470.577	381.449	11,0	
1994	1.803.361	51,9	1.668.648	3.472.009	406.705	11,7	1.808.085	1.669.142	3.477.227	401.564	11,5	
1995	1.797.140	51,8	1.674.278	3.471.418	425.129	12,2	1.799.606	1.671.397	3.471.003	414.453	11,9	
1996	1.785.708	51,6	1.673.055	3.458.763	435.094	12,6	1.791.631	1.674.893	3.466.524	430.456	12,4	
1997	1.766.289	51,6	1.659.470	3.425.759	432.990	12,6	1.776.703	1.668.330	3.445.033	434.745	12,6	
1998	1.750.304	51,5	1.648.518	3.398.822	431.654	12,7	1.758.786	1.655.507	3.414.293	432.489	12,7	
1999	1.742.092	51,4	1.644.575	3.386.667	433.562	12,8	1.745.844	1.647.480	3.393.324	433.369	12,8	
2000	1.738.635	51,4	1.643.534	3.382.169	434.268	12,8	1.740.142	1.643.996	3.384.147	432.956	12,8	
2001	1.740.265	51,4	1.648.169	3.388.434	440.777	13,0	1.739.184	1.645.967	3.385.147	436.690	12,9	
2002	1.740.954	51,3	1.651.471	3.392.425	444.774	13,1	1.740.703	1.649.590	3.390.291	441.637	13,0	
2003	1.737.274	51,3	1.651.203	3.388.477	447.325	13,2	1.739.580	1.651.933	3.391.513	445.103	13,1	
2004	1.734.771	51,2	1.653.057	3.387.828	454.545	13,4	1.735.712	1.651.829	3.387.545	449.418	13,3	
Mitte (bis 2000: Mitte, Tiergarten, Wedding)												
1992	176.065	50,8	170.410	346.475	69.479	20,1	175.249	169.262	344.511	66.442	19,3	
1993	175.833	50,8	170.413	346.246	71.994	20,8	175.904	170.453	346.357	70.366	20,3	
1994	173.704	50,7	168.965	342.669	73.214	21,4	174.897	170.057	344.954	72.894	21,1	
1995	172.000	50,4	168.985	340.985	76.736	22,5	172.945	168.916	341.861	74.688	21,8	
1996	169.464	50,2	167.978	337.442	79.634	23,6	170.801	168.587	339.388	78.167	23,0	
1997	165.060	50,0	164.903	329.963	79.998	24,2	167.313	166.721	334.034	80.043	24,0	
1998	161.502	49,8	162.810	324.312	81.245	25,1	163.249	164.290	327.539	80.810	24,7	
1999	159.355	49,6	161.722	321.077	82.478	25,7	160.452	162.446	322.898	82.145	25,4	
2000	158.622	49,5	161.601	320.223	83.476	26,1	158.914	161.723	320.662	82.935	25,9	
2001	159.262	49,5	162.651	321.913	86.132	26,8	158.875	161.992	320.878	84.669	26,4	
2002	159.360	49,4	163.517	322.877	87.536	27,1	159.332	163.246	322.577	86.886	26,9	
2003	158.187	49,3	162.502	320.689	86.792	27,1	158.728	162.703	321.431	86.558	26,9	
2004	157.792	49,2	163.002	320.794	88.942	27,7	157.839	162.583	320.426	87.596	27,3	
Friedrichshain-Kreuzberg												
1992	132.470	50,3	130.870	263.340	51.415	19,5	132.354	129.998	262.352	50.022	19,1	
1993	132.724	50,2	131.875	264.599	53.948	20,4	132.581	131.412	263.993	52.334	19,8	
1994	131.838	50,0	132.026	263.864	55.510	21,0	132.268	132.014	264.282	54.699	20,7	
1995	130.225	49,7	131.949	262.174	57.373	21,9	131.209	132.064	263.273	56.341	21,4	
1996	128.528	49,5	130.953	259.481	58.565	22,6	129.527	131.596	261.123	57.939	22,2	
1997	125.733	49,3	129.072	254.805	58.808	23,1	127.019	130.198	257.217	58.779	22,9	
1998	123.126	49,2	126.992	250.118	57.798	23,1	124.537	128.040	252.577	58.376	23,1	
1999	122.226	49,2	126.365	248.591	56.401	22,7	122.581	126.680	249.261	57.262	23,0	
2000	122.995	49,2	127.199	250.194	56.053	22,4	122.554	126.649	249.203	55.934	22,4	
2001	123.911	49,2	127.858	251.769	56.218	22,3	123.383	127.567	250.950	55.980	22,3	
2002	124.908	49,2	129.220	254.128	56.865	22,4	124.319	128.432	252.765	56.368	22,3	
2003	125.557	49,1	130.401	255.958	57.457	22,4	125.365	129.874	255.239	57.125	22,4	
2004	126.605	49,0	131.889	258.494	58.319	22,6	126.053	131.111	257.166	57.740	22,5	

noch Tabelle 2.2.1:

Bezirk / Jahr	Bevölkerung am 31.12.						Durchschnittliche Bevölkerung					
	weiblich		männlich	ins- gesamt	darunter: Ausländer		weiblich	männlich	ins- gesamt	darunter: Ausländer		
	absolut	% ¹⁾			absolut	% ¹⁾				absolut	% ¹⁾	
Pankow (bis 2000: Prenzlauer Berg, Weißensee, Pankow)												
1992	160.428	52,5	145.356	305.784	7.999	2,6	160.523	144.052	304.575	6.463	2,1	
1993	160.393	52,0	148.008	308.401	10.852	3,5	160.411	146.823	307.234	9.617	3,1	
1994	160.343	51,7	149.922	310.265	12.739	4,1	160.538	149.124	309.662	11.885	3,8	
1995	160.326	51,4	151.806	312.132	15.056	4,8	160.197	151.112	311.309	14.047	4,5	
1996	161.669	51,1	154.898	316.567	16.824	5,3	160.902	153.540	314.442	16.127	5,1	
1997	163.491	50,8	158.145	321.636	17.560	5,5	162.837	157.025	319.862	17.566	5,5	
1998	165.503	50,7	160.791	326.294	17.600	5,4	164.522	159.707	324.229	17.567	5,4	
1999	168.156	50,7	163.644	331.800	18.624	5,6	166.792	162.266	329.058	18.010	5,5	
2000	170.900	50,7	166.031	336.931	18.953	5,6	169.579	164.974	334.509	18.995	5,7	
2001	172.934	50,6	168.635	341.569	19.782	5,8	171.956	167.423	339.373	19.259	5,7	
2002	175.187	50,7	170.419	345.606	20.252	5,9	174.024	169.438	343.460	19.760	5,8	
2003	176.045	50,6	171.698	347.743	21.028	6,0	175.662	171.325	346.987	20.666	6,0	
2004	177.024	50,5	173.462	350.486	22.373	6,4	176.625	172.588	349.210	21.566	6,2	
Charlottenburg-Wilmersdorf												
1992	177.826	53,9	152.364	330.190	44.712	13,5	178.171	152.451	330.622	43.199	13,1	
1993	177.218	53,8	152.428	329.646	47.231	14,3	177.317	152.380	329.697	45.828	13,9	
1994	175.442	53,7	150.982	326.424	46.755	14,3	176.560	151.928	328.488	47.254	14,4	
1995	174.188	53,6	150.604	324.792	47.438	14,6	174.936	150.736	325.672	46.946	14,4	
1996	172.488	53,5	149.825	322.313	47.852	14,8	173.367	150.365	323.732	47.846	14,8	
1997	170.870	53,5	148.506	319.376	47.937	15,0	171.653	149.201	320.854	47.855	14,9	
1998	170.335	53,4	148.734	319.069	48.571	15,2	170.794	148.820	319.614	48.305	15,1	
1999	169.176	53,3	148.385	317.561	49.073	15,5	169.845	148.722	318.567	48.822	15,3	
2000	168.378	53,2	147.825	316.203	49.826	15,8	168.561	147.967	316.531	49.156	15,5	
2001	168.171	53,2	147.935	316.106	50.969	16,1	168.224	147.931	316.133	50.330	15,9	
2002	167.944	53,2	147.593	315.537	51.997	16,5	168.132	147.803	315.932	51.422	16,3	
2003	167.497	53,1	147.765	315.262	52.749	16,7	167.772	147.742	315.514	52.332	16,6	
2004	166.802	53,0	147.910	314.712	53.197	16,9	167.194	147.837	315.020	52.829	16,8	
Spandau												
1992	116.950	52,2	106.902	223.852	28.962	12,9	116.752	106.548	223.300	27.724	12,4	
1993	116.718	52,3	106.402	223.120	28.603	12,8	116.659	106.472	223.131	28.552	12,8	
1994	116.682	52,3	106.516	223.198	28.718	12,9	116.748	106.489	223.237	28.675	12,8	
1995	116.932	52,1	107.491	224.423	29.735	13,2	116.732	106.966	223.698	29.244	13,1	
1996	116.713	51,9	108.161	224.874	30.365	13,5	116.836	107.937	224.773	30.120	13,4	
1997	116.705	51,9	108.107	224.812	29.723	13,2	116.762	108.309	225.071	30.225	13,4	
1998	115.999	51,8	107.776	223.775	29.073	13,0	116.492	108.018	224.510	29.403	13,1	
1999	115.654	51,9	107.328	222.982	27.988	12,6	115.847	107.778	223.625	28.815	12,9	
2000	116.124	51,9	107.774	223.898	27.680	12,4	115.979	107.492	223.483	27.723	12,4	
2001	116.760	51,9	108.258	225.018	27.768	12,3	116.523	108.078	224.587	27.759	12,4	
2002	117.202	51,9	108.826	226.028	27.825	12,3	117.010	108.580	225.587	27.768	12,3	
2003	117.096	51,8	108.963	226.059	27.834	12,3	117.206	108.933	226.139	27.777	12,3	
2004	116.759	51,7	108.922	225.681	27.877	12,4	116.862	108.941	225.804	27.778	12,3	
Steglitz-Zehlendorf												
1992	157.614	54,5	131.397	289.011	22.412	7,8	157.328	131.057	288.385	21.410	7,4	
1993	158.212	54,5	132.210	290.422	24.128	8,3	157.910	131.828	289.738	23.371	8,1	
1994	158.067	54,4	132.684	290.751	25.098	8,6	158.226	132.588	290.814	24.714	8,5	
1995	158.296	54,3	133.228	291.524	26.014	8,9	158.211	132.958	291.169	25.464	8,7	
1996	158.164	54,2	133.870	292.034	26.356	9,0	158.265	133.643	291.908	26.135	9,0	
1997	157.348	54,2	132.963	290.311	26.040	9,0	157.678	133.443	291.121	26.098	9,0	
1998	156.680	54,2	132.408	289.088	25.956	9,0	156.997	132.685	289.682	25.842	8,9	
1999	156.258	54,2	132.085	288.343	25.651	8,9	156.303	132.208	288.511	25.810	8,9	
2000	156.242	54,2	132.013	288.255	25.845	9,0	156.216	131.943	288.168	25.618	8,9	
2001	156.167	54,1	132.402	288.569	25.771	8,9	156.131	132.250	288.389	25.684	8,9	
2002	155.931	54,1	132.440	288.371	26.062	9,0	156.015	132.302	288.318	25.804	8,9	
2003	155.683	54,0	132.737	288.420	26.530	9,2	155.787	132.585	288.372	26.177	9,1	
2004	155.539	53,9	132.982	288.521	27.072	9,4	155.547	132.927	288.471	26.680	9,2	

noch Tabelle 2.2.1:

Bezirk / Jahr	Bevölkerung am 31.12.						Durchschnittliche Bevölkerung					
	weiblich		männlich	ins- gesamt	darunter: Ausländer		weiblich	männlich	ins- gesamt	darunter: Ausländer		
	absolut	% ¹⁾			absolut	% ¹⁾				absolut	% ¹⁾	
Tempelhof-Schöneberg												
1992	183.584	53,0	162.762	346.346	46.151	13,3	183.222	162.251	345.473	44.625	12,9	
1993	183.731	52,9	163.621	347.352	48.368	13,9	183.636	163.318	346.954	47.150	13,6	
1994	183.003	52,8	163.528	346.531	49.434	14,3	183.494	163.794	347.288	49.034	14,1	
1995	182.247	52,8	163.123	345.370	50.377	14,6	182.519	163.206	345.725	49.694	14,4	
1996	181.245	52,7	162.957	344.202	50.950	14,8	181.793	163.070	344.863	50.668	14,7	
1997	179.164	52,6	161.630	340.794	49.928	14,7	180.174	162.413	342.587	50.401	14,7	
1998	177.891	52,6	160.603	338.494	49.830	14,7	178.570	161.114	339.684	49.833	14,7	
1999	177.258	52,4	160.870	338.128	49.539	14,7	177.534	160.852	338.386	49.574	14,7	
2000	177.114	52,4	161.029	338.143	49.890	14,8	177.184	161.050	338.220	49.584	14,7	
2001	176.819	52,3	161.352	338.171	50.695	15,0	176.992	161.072	338.049	50.270	14,9	
2002	175.934	52,2	161.016	336.950	50.251	14,9	176.430	161.205	337.623	50.395	14,9	
2003	175.088	52,1	160.739	335.827	50.144	14,9	175.458	160.885	336.343	50.173	14,9	
2004	174.254	52,1	160.126	334.380	50.388	15,1	174.618	160.342	334.967	50.057	14,9	
Neukölln												
1992	161.682	51,8	150.345	312.027	53.043	17,0	161.169	149.662	310.831	51.521	16,6	
1993	162.243	51,7	151.309	313.552	54.969	17,5	161.889	150.747	312.636	53.725	17,2	
1994	162.221	51,6	152.076	314.297	56.880	18,1	162.380	151.843	314.223	55.978	17,8	
1995	162.389	51,6	152.527	314.916	58.882	18,7	162.174	152.348	314.522	57.671	18,3	
1996	160.958	51,4	151.960	312.918	60.503	19,3	161.741	152.250	313.991	59.664	19,0	
1997	159.007	51,4	150.630	309.637	61.520	19,9	160.101	151.519	311.620	61.054	19,6	
1998	157.808	51,2	150.239	308.047	62.556	20,3	158.452	150.364	308.816	61.935	20,1	
1999	157.161	51,2	149.952	307.113	63.740	20,8	157.493	150.155	307.648	63.229	20,6	
2000	156.144	51,0	149.973	306.117	64.242	21,0	156.678	149.988	306.642	64.024	20,9	
2001	156.203	50,9	150.691	306.894	65.361	21,3	155.998	150.263	306.277	64.655	21,1	
2002	156.132	50,8	151.179	307.311	65.918	21,4	156.153	150.919	307.067	65.580	21,4	
2003	155.564	50,7	151.234	306.798	66.401	21,6	155.968	151.388	307.356	66.225	21,5	
2004	154.775	50,6	150.926	305.701	66.502	21,8	155.002	150.938	305.952	66.313	21,7	
Treptow-Köpenick												
1992	112.500	52,7	100.988	213.488	4.221	2,0	112.519	100.174	212.693	2.868	1,3	
1993	112.804	52,4	102.541	215.345	6.830	3,2	112.534	101.734	214.268	5.565	2,6	
1994	112.352	52,0	103.592	215.944	7.548	3,5	112.601	103.200	215.801	7.242	3,4	
1995	112.130	51,8	104.304	216.434	8.013	3,7	112.039	103.768	215.807	7.737	3,6	
1996	113.224	51,6	106.357	219.581	8.650	3,9	112.398	105.264	217.662	8.381	3,9	
1997	114.949	51,4	108.657	223.606	8.501	3,8	114.029	107.497	221.526	8.644	3,9	
1998	116.415	51,3	110.467	226.882	8.518	3,8	115.742	109.568	225.310	8.427	3,7	
1999	117.735	51,3	111.669	229.404	8.713	3,8	116.799	110.914	227.713	8.744	3,8	
2000	118.448	51,3	112.554	231.002	8.297	3,6	117.896	111.987	229.887	8.448	3,7	
2001	119.321	51,2	113.744	233.065	7.844	3,4	118.997	113.268	232.267	8.116	3,5	
2002	119.297	51,2	113.677	232.974	7.517	3,2	119.293	113.599	232.891	7.507	3,2	
2003	119.870	51,3	113.935	233.805	7.644	3,3	119.679	113.902	233.581	7.562	3,2	
2004	120.364	51,3	114.337	234.701	7.946	3,4	120.132	114.129	234.259	7.740	3,3	
Marzahn-Hellersdorf												
1992	151.723	50,9	146.379	298.102	8.200	2,8	150.632	144.512	295.144	6.911	2,3	
1993	152.054	50,9	146.596	298.650	8.321	2,8	151.959	146.616	298.575	8.176	2,7	
1994	151.610	50,8	146.736	298.346	9.274	3,1	152.042	147.250	299.292	9.319	3,1	
1995	150.595	50,7	146.323	296.918	9.856	3,3	151.009	146.591	297.600	9.432	3,2	
1996	148.164	50,8	143.704	291.868	9.168	3,1	149.533	145.314	294.847	9.470	3,2	
1997	143.060	50,8	138.653	281.713	8.868	3,1	145.873	141.366	287.239	8.896	3,1	
1998	138.592	50,7	134.567	273.159	8.542	3,1	140.674	136.437	277.111	8.616	3,1	
1999	135.848	50,7	132.134	267.982	8.680	3,2	137.302	133.568	270.870	8.670	3,2	
2000	133.433	50,6	130.280	263.713	8.805	3,3	134.768	131.361	266.120	8.630	3,2	
2001	130.780	50,5	128.006	258.786	8.726	3,4	132.177	129.172	261.348	8.738	3,3	
2002	129.282	50,5	126.711	255.993	8.804	3,4	130.018	127.230	257.255	8.754	3,4	
2003	127.751	50,5	125.190	252.941	8.736	3,5	128.484	125.958	254.442	8.723	3,4	
2004	126.907	50,5	124.466	251.373	8.985	3,6	127.359	124.878	252.213	8.920	3,5	

noch Tabelle 2.2.1:

Bezirk / Jahr	Bevölkerung am 31.12.						Durchschnittliche Bevölkerung					
	weiblich		männlich	ins- gesamt	darunter: Ausländer		weiblich	männlich	ins- gesamt	darunter: Ausländer		
	absolut	% ¹⁾			absolut	% ¹⁾				absolut	% ¹⁾	
Lichtenberg (bis 2000: Lichtenberg, Hohenschönhausen)												
1992	145.910	50,8	141.303	287.213	16.456	5,7	146.268	140.890	287.158	14.791	5,2	
1993	145.576	50,8	141.185	286.761	17.473	6,1	145.801	141.511	287.312	17.349	6,0	
1994	145.320	50,4	143.099	288.419	19.939	6,9	145.474	142.285	287.759	18.756	6,5	
1995	144.533	50,1	144.146	288.679	22.690	7,9	144.922	143.811	288.733	21.171	7,3	
1996	142.284	50,0	142.276	284.560	22.546	7,9	143.447	143.289	286.736	22.561	7,9	
1997	139.507	50,1	139.105	278.612	20.872	7,5	141.045	140.788	281.833	21.435	7,6	
1998	136.249	50,1	135.738	271.987	20.615	7,6	138.082	138.072	276.154	21.060	7,6	
1999	133.323	50,0	133.179	266.502	21.449	8,0	134.903	134.645	269.548	21.067	7,8	
2000	131.215	50,1	130.631	261.846	20.421	7,8	132.319	132.028	264.339	20.920	7,9	
2001	131.184	50,3	129.641	260.825	20.497	7,9	131.085	130.185	261.265	20.319	7,8	
2002	131.180	50,4	129.313	260.493	20.397	7,8	131.302	129.525	260.825	20.238	7,8	
2003	130.472	50,4	128.426	258.898	20.219	7,8	131.040	129.081	260.121	20.201	7,8	
2004	129.819	50,4	127.657	257.476	20.913	8,1	130.100	127.982	258.075	20.297	7,9	
Reinickendorf												
1992	132.525	53,0	117.395	249.920	18.527	7,4	132.435	117.123	249.558	17.820	7,1	
1993	132.905	52,9	118.393	251.298	20.327	8,1	132.713	117.968	250.681	19.415	7,7	
1994	132.779	52,8	118.522	251.301	21.596	8,6	132.857	118.570	251.427	21.110	8,4	
1995	133.279	52,7	119.792	253.071	22.959	9,1	132.714	118.921	251.635	22.017	8,7	
1996	132.807	52,5	120.116	252.923	23.681	9,4	133.021	120.038	253.059	23.378	9,2	
1997	131.395	52,5	119.099	250.494	23.235	9,3	132.219	119.850	252.069	23.749	9,4	
1998	130.204	52,6	117.393	247.597	21.350	8,6	130.675	118.392	249.067	22.315	9,0	
1999	129.942	52,6	117.242	247.184	21.226	8,6	129.993	117.246	247.239	21.221	8,6	
2000	129.020	52,5	116.624	245.644	20.780	8,5	129.523	116.907	246.449	20.918	8,5	
2001	128.753	52,4	116.996	245.749	21.014	8,6	128.841	116.772	245.616	20.860	8,5	
2002	128.597	52,2	117.560	246.157	21.350	8,7	128.688	117.319	246.001	21.123	8,6	
2003	128.464	52,2	117.613	246.077	21.791	8,9	128.456	117.540	245.996	21.539	8,8	
2004	128.131	52,2	117.378	245.509	22.031	9,0	128.401	117.589	245.982	21.860	8,9	

¹⁾ Anteil an Spalte "insgesamt".

(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 2.2.2:
Ausländische Bevölkerung in Berlin 1992 - 2004
nach Bezirken und Geschlecht

Indikator 2.2

Bezirk / Jahr	Bevölkerung am 31.12.				Durchschnittliche Bevölkerung		
	weiblich		männlich	insgesamt	weiblich	männlich	insgesamt
	absolut	% ¹⁾					
Berlin							
1992	169.075	45,5	202.502	371.577	161.376	192.423	353.799
1993	179.215	45,6	213.829	393.044	173.275	208.174	381.449
1994	184.661	45,4	222.044	406.705	182.359	219.205	401.564
1995	191.378	45,0	233.751	425.129	187.105	227.348	414.453
1996	195.301	44,9	239.793	435.094	193.009	237.447	430.456
1997	195.172	45,1	237.818	432.990	195.113	239.632	434.745
1998	195.926	45,4	235.728	431.654	195.132	237.357	432.489
1999	198.353	45,7	235.209	433.562	197.140	236.229	433.369
2000	200.339	46,1	233.929	434.268	198.762	234.194	432.956
2001	204.927	46,5	235.850	440.777	202.060	234.630	436.690
2002	208.578	46,9	236.196	444.774	206.282	235.355	441.637
2003	211.218	47,2	236.107	447.325	209.380	235.723	445.103
2004	215.155	47,3	239.390	454.545	212.515	236.901	449.418
Mitte (bis 2000: Mitte, Tiergarten, Wedding)							
1992	32.078	46,2	37.401	69.479	30.703	35.739	66.442
1993	33.339	46,3	38.655	71.994	32.459	37.907	70.366
1994	33.983	46,4	39.231	73.214	33.699	39.195	72.894
1995	35.469	46,2	41.267	76.736	34.640	40.048	74.688
1996	36.544	45,9	43.090	79.634	35.986	42.181	78.167
1997	36.627	45,8	43.371	79.998	36.623	43.420	80.043
1998	37.049	45,6	44.196	81.245	36.728	44.082	80.810
1999	37.689	45,7	44.789	82.478	37.423	44.722	82.145
2000	38.425	46,0	45.051	83.476	37.970	44.965	82.935
2001	39.916	46,3	46.216	86.132	39.097	45.572	84.669
2002	40.672	46,5	46.864	87.536	40.271	46.615	86.886
2003	40.634	46,8	46.158	86.792	40.474	46.084	86.558
2004	41.633	46,8	47.309	88.942	40.986	46.594	87.596
Friedrichshain-Kreuzberg							
1992	24.187	47,0	27.228	51.415	23.623	26.399	50.022
1993	25.304	46,9	28.644	53.948	24.528	27.806	52.334
1994	25.973	46,8	29.537	55.510	25.607	29.092	54.699
1995	26.514	46,2	30.859	57.373	26.208	30.133	56.341
1996	27.004	46,1	31.561	58.565	26.763	31.176	57.939
1997	26.844	45,6	31.964	58.808	26.880	31.899	58.779
1998	26.327	45,6	31.471	57.798	26.632	31.744	58.376
1999	25.827	45,8	30.574	56.401	26.117	31.145	57.262
2000	25.747	45,9	30.306	56.053	25.629	30.305	55.934
2001	26.107	46,4	30.111	56.218	25.858	30.122	55.980
2002	26.557	46,7	30.308	56.865	26.259	30.109	56.368
2003	26.884	46,8	30.573	57.457	26.694	30.431	57.125
2004	27.335	46,9	30.984	58.319	27.035	30.697	57.740

noch Tabelle 2.2.2:

Bezirk / Jahr	Bevölkerung am 31.12.				Durchschnittliche Bevölkerung		
	weiblich		männlich	insgesamt	weiblich	männlich	insgesamt
	absolut	% ¹⁾					
Pankow (bis 2000: Prenzlauer Berg, Weißensee, Pankow)							
1992	3.132	39,2	4.867	7.999	2.542	3.921	6.463
1993	4.157	38,3	6.695	10.852	3.646	5.971	9.617
1994	4.934	38,7	7.805	12.739	4.615	7.270	11.885
1995	5.789	38,4	9.267	15.056	5.316	8.731	14.047
1996	6.373	37,9	10.451	16.824	6.046	10.081	16.127
1997	6.684	38,1	10.876	17.560	6.556	11.010	17.566
1998	6.943	39,4	10.657	17.600	6.739	10.828	17.567
1999	7.687	41,3	10.937	18.624	7.251	10.759	18.010
2000	8.112	42,8	10.841	18.953	7.906	11.089	18.995
2001	8.641	43,7	11.141	19.782	8.313	10.946	19.259
2002	9.156	45,2	11.096	20.252	8.818	10.942	19.760
2003	9.593	45,6	11.435	21.028	9.341	11.325	20.666
2004	10.198	45,6	12.175	22.373	9.855	11.687	21.566
Charlottenburg-Wilmersdorf							
1992	20.863	46,7	23.849	44.712	20.076	23.123	43.199
1993	22.035	46,7	25.196	47.231	21.343	24.485	45.828
1994	22.017	47,1	24.738	46.755	22.138	25.116	47.254
1995	22.260	46,9	25.178	47.438	22.077	24.869	46.946
1996	22.506	47,0	25.346	47.852	22.438	25.408	47.846
1997	22.709	47,4	25.228	47.937	22.546	25.309	47.855
1998	23.066	47,5	25.505	48.571	22.901	25.404	48.305
1999	23.426	47,7	25.647	49.073	23.211	25.611	48.822
2000	24.023	48,2	25.803	49.826	23.554	25.602	49.156
2001	24.689	48,4	26.280	50.969	24.292	26.038	50.330
2002	25.430	48,9	26.567	51.997	25.010	26.412	51.422
2003	25.863	49,0	26.886	52.749	25.562	26.770	52.332
2004	26.254	49,4	26.943	53.197	25.958	26.860	52.829
Spandau							
1992	12.985	44,8	15.977	28.962	12.418	15.306	27.724
1993	13.029	45,6	15.574	28.603	12.889	15.663	28.552
1994	13.155	45,8	15.563	28.718	13.126	15.549	28.675
1995	13.302	44,7	16.433	29.735	13.237	16.007	29.244
1996	13.466	44,3	16.899	30.365	13.390	16.730	30.120
1997	13.268	44,6	16.455	29.723	13.387	16.838	30.225
1998	12.875	44,3	16.198	29.073	13.086	16.317	29.403
1999	12.536	44,8	15.452	27.988	12.773	16.042	28.815
2000	12.516	45,2	15.164	27.680	12.503	15.220	27.723
2001	12.736	45,9	15.032	27.768	12.649	15.110	27.759
2002	12.819	46,1	15.006	27.825	12.806	14.962	27.768
2003	12.930	46,5	14.904	27.834	12.848	14.929	27.777
2004	13.058	46,8	14.819	27.877	12.935	14.837	27.778
Steglitz-Zehlendorf							
1992	11.021	49,2	11.391	22.412	10.535	10.875	21.410
1993	11.854	49,1	12.274	24.128	11.473	11.898	23.371
1994	12.253	48,8	12.845	25.098	12.085	12.629	24.714
1995	12.714	48,9	13.300	26.014	12.417	13.047	25.464
1996	12.775	48,5	13.581	26.356	12.699	13.436	26.135
1997	12.679	48,7	13.361	26.040	12.686	13.412	26.098
1998	12.857	49,5	13.099	25.956	12.683	13.159	25.842
1999	12.892	50,3	12.759	25.651	12.860	12.950	25.810
2000	13.100	50,7	12.745	25.845	12.928	12.690	25.618
2001	13.149	51,0	12.622	25.771	13.031	12.653	25.684
2002	13.393	51,4	12.669	26.062	13.230	12.574	25.804
2003	13.699	51,6	12.831	26.530	13.470	12.707	26.177
2004	13.962	51,6	13.110	27.072	13.757	12.923	26.680

noch Tabelle 2.2.2:

Bezirk / Jahr	Bevölkerung am 31.12.				Durchschnittliche Bevölkerung		
	weiblich		männlich	insgesamt	weiblich	männlich	insgesamt
	absolut	% ¹⁾					
Tempelhof-Schöneberg							
1992	21.748	47,1	24.403	46.151	20.943	23.682	44.625
1993	22.780	47,1	25.588	48.368	22.116	25.034	47.150
1994	23.329	47,2	26.105	49.434	23.101	25.933	49.034
1995	23.752	47,1	26.625	50.377	23.445	26.249	49.694
1996	23.896	46,9	27.054	50.950	23.802	26.866	50.668
1997	23.448	47,0	26.480	49.928	23.625	26.776	50.401
1998	23.567	47,3	26.263	49.830	23.472	26.361	49.833
1999	23.585	47,6	25.954	49.539	23.505	26.069	49.574
2000	23.892	47,9	25.998	49.890	23.662	25.922	49.584
2001	24.332	48,0	26.363	50.695	24.086	26.184	50.270
2002	24.253	48,3	25.998	50.251	24.245	26.150	50.395
2003	24.331	48,5	25.813	50.144	24.266	25.907	50.173
2004	24.469	48,6	25.919	50.388	24.316	25.746	50.057
Neukölln							
1992	25.253	47,6	27.790	53.043	24.505	27.016	51.521
1993	26.115	47,5	28.854	54.969	25.558	28.167	53.725
1994	26.992	47,5	29.888	56.880	26.597	29.381	55.978
1995	28.008	47,6	30.874	58.882	27.388	30.283	57.671
1996	28.656	47,4	31.847	60.503	28.323	31.341	59.664
1997	29.061	47,2	32.459	61.520	28.874	32.180	61.054
1998	29.456	47,1	33.100	62.556	29.243	32.692	61.935
1999	29.987	47,0	33.753	63.740	29.744	33.485	63.229
2000	30.120	46,9	34.122	64.242	30.077	33.947	64.024
2001	30.595	46,8	34.766	65.361	30.234	34.421	64.655
2002	30.993	47,0	34.925	65.918	30.754	34.826	65.580
2003	31.237	47,0	35.164	66.401	31.090	35.135	66.225
2004	31.254	47,0	35.248	66.502	31.197	35.106	66.313
Treptow-Köpenick							
1992	1.531	36,3	2.690	4.221	1.102	1.766	2.868
1993	2.584	37,8	4.246	6.830	2.039	3.526	5.565
1994	2.581	34,2	4.967	7.548	2.572	4.670	7.242
1995	2.702	33,7	5.311	8.013	2.616	5.121	7.737
1996	2.862	33,1	5.788	8.650	2.705	5.676	8.381
1997	2.874	33,8	5.627	8.501	2.867	5.777	8.644
1998	2.991	35,1	5.527	8.518	2.914	5.513	8.427
1999	3.290	37,8	5.423	8.713	3.197	5.547	8.744
2000	3.143	37,9	5.154	8.297	3.167	5.281	8.448
2001	3.065	39,1	4.779	7.844	3.127	4.989	8.116
2002	3.070	40,8	4.447	7.517	3.007	4.500	7.507
2003	3.238	42,4	4.406	7.644	3.127	4.435	7.562
2004	3.401	42,8	4.545	7.946	3.295	4.432	7.740
Marzahn-Hellersdorf							
1992	2.839	34,6	5.361	8.200	2.482	4.429	6.911
1993	3.067	36,9	5.254	8.321	2.906	5.270	8.176
1994	3.461	37,3	5.813	9.274	3.364	5.955	9.319
1995	3.695	37,5	6.161	9.856	3.456	5.976	9.432
1996	3.675	40,1	5.493	9.168	3.601	5.869	9.470
1997	3.792	42,8	5.076	8.868	3.729	5.167	8.896
1998	3.714	43,5	4.828	8.542	3.713	4.903	8.616
1999	3.883	44,7	4.797	8.680	3.802	4.868	8.670
2000	3.953	44,9	4.852	8.805	3.837	4.793	8.630
2001	3.971	45,5	4.755	8.726	3.942	4.796	8.738
2002	4.134	47,0	4.670	8.804	4.077	4.677	8.754
2003	4.150	47,5	4.586	8.736	4.096	4.627	8.723
2004	4.346	48,4	4.639	8.985	4.275	4.663	8.920

noch Tabelle 2.2.2:

Bezirk / Jahr	Bevölkerung am 31.12.				Durchschnittliche Bevölkerung		
	weiblich		männlich	insgesamt	weiblich	männlich	insgesamt
	absolut	% ¹⁾					
Lichtenberg (bis 2000: Lichtenberg, Hohenschönhausen)							
1992	4.468	27,2	11.988	16.456	3.837	10.954	14.791
1993	5.187	29,7	12.286	17.473	4.977	12.372	17.349
1994	5.623	28,2	14.316	19.939	5.365	13.391	18.756
1995	6.525	28,8	16.165	22.690	5.941	15.230	21.171
1996	6.714	29,8	15.832	22.546	6.558	16.003	22.561
1997	6.583	31,5	14.289	20.872	6.571	14.864	21.435
1998	6.933	33,6	13.682	20.615	6.738	14.322	21.060
1999	7.377	34,4	14.072	21.449	7.125	13.942	21.067
2000	7.213	35,3	13.208	20.421	7.265	13.655	20.920
2001	7.481	36,5	13.016	20.497	7.243	13.076	20.319
2002	7.697	37,7	12.700	20.397	7.486	12.752	20.238
2003	7.968	39,4	12.251	20.219	7.746	12.455	20.201
2004	8.395	40,1	12.518	20.913	8.087	12.197	20.297
Reinickendorf							
1992	8.970	48,4	9.557	18.527	8.607	9.213	17.820
1993	9.764	48,0	10.563	20.327	9.340	10.075	19.415
1994	10.360	48,0	11.236	21.596	10.087	11.023	21.110
1995	10.648	46,4	12.311	22.959	10.364	11.653	22.017
1996	10.830	45,7	12.851	23.681	10.698	12.680	23.378
1997	10.603	45,6	12.632	23.235	10.769	12.980	23.749
1998	10.148	47,5	11.202	21.350	10.283	12.032	22.315
1999	10.174	47,9	11.052	21.226	10.132	11.089	21.221
2000	10.095	48,6	10.685	20.780	10.110	10.808	20.918
2001	10.245	48,8	10.769	21.014	10.141	10.719	20.860
2002	10.404	48,7	10.946	21.350	10.296	10.827	21.123
2003	10.691	49,1	11.100	21.791	10.520	11.019	21.539
2004	10.850	49,2	11.181	22.031	10.746	11.102	21.860

¹⁾ Anteil an Spalte "insgesamt".

(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Indikatoren 2.3/2.5

Tabelle 2.2.3:
Bevölkerung in Berlin 2004
nach Bezirken, Altersgruppen, Geschlecht und Ausländeranteil

Bezirk / Alter in Jahren	Bevölkerung am 31.12.						Durchschnittliche Bevölkerung					
	weiblich		männlich	ins- gesamt	darunter: Ausländer		weiblich	männlich	ins- gesamt	darunter: Ausländer		
	absolut	% ¹⁾			absolut	% ¹⁾				absolut	% ¹⁾	
Berlin												
0	14.216	48,5	15.096	29.312	2.074	7,1	14.063	14.875	28.938	2.153	7,4	
1 - 4	54.475	48,9	56.944	111.419	10.511	9,4	54.782	57.167	111.950	11.767	10,5	
5 - 9	64.858	48,8	67.933	132.791	24.068	18,1	64.459	67.787	132.245	24.286	18,4	
10 - 14	67.361	48,5	71.594	138.955	25.377	18,3	69.849	74.085	143.934	25.424	17,7	
15 - 19	88.498	49,0	91.965	180.463	25.672	14,2	88.654	92.149	180.803	25.362	14,0	
20 - 24	114.778	50,9	110.689	225.467	39.139	17,4	114.913	111.048	225.962	39.039	17,3	
25 - 29	121.952	49,8	122.697	244.649	54.138	22,1	120.250	121.118	241.369	53.721	22,3	
30 - 34	119.642	48,4	127.518	247.160	58.635	23,7	122.316	130.745	253.061	58.147	23,0	
35 - 39	145.579	48,0	157.877	303.456	52.354	17,3	148.708	160.887	309.596	51.461	16,6	
40 - 44	149.107	48,2	160.536	309.643	41.379	13,4	146.690	157.966	304.655	39.824	13,1	
45 - 49	119.267	48,8	125.189	244.456	30.477	12,5	117.991	123.254	241.245	29.754	12,3	
50 - 54	116.647	50,9	112.742	229.389	24.737	10,8	116.984	112.775	229.760	24.636	10,7	
55 - 59	95.802	50,4	94.231	190.033	23.009	12,1	96.160	95.102	191.263	22.341	11,7	
60 - 64	121.169	50,8	117.566	238.735	16.916	7,1	122.474	118.575	241.051	16.627	6,9	
65 - 69	108.654	53,1	96.088	204.742	12.181	5,9	106.653	93.979	200.632	11.718	5,8	
70 - 74	71.581	55,7	56.906	128.487	6.731	5,2	69.583	54.727	124.310	6.358	5,1	
75 - 79	61.654	62,8	36.463	98.117	3.453	3,5	61.502	34.879	96.380	3.301	3,4	
80 - 84	50.825	73,7	18.172	68.997	1.805	2,6	50.918	18.030	68.945	1.713	2,5	
85 u. älter	48.706	79,1	12.851	61.557	1.889	3,1	48.763	12.681	61.446	1.786	2,9	
insges.	1.734.771	51,2	1.653.057	3.387.828	454.545	13,4	1.735.712	1.651.829	3.387.545	449.418	13,3	
Mitte												
0	1.739	49,9	1.749	3.488	477	13,7	1.694	1.733	3.427	480	14,0	
1 - 4	6.035	49,1	6.250	12.285	2.366	19,3	6.062	6.281	12.342	2.677	21,7	
5 - 9	6.393	48,4	6.827	13.220	5.278	39,9	6.335	6.812	13.147	5.233	39,8	
10 - 14	6.194	48,0	6.713	12.907	5.243	40,6	6.381	6.844	13.224	5.284	40,0	
15 - 19	7.489	48,6	7.915	15.404	5.650	36,7	7.554	7.946	15.498	5.528	35,7	
20 - 24	12.771	51,3	12.104	24.875	8.302	33,4	12.787	12.197	24.982	8.244	33,0	
25 - 29	14.793	49,0	15.421	30.214	11.514	38,1	14.605	15.288	29.893	11.301	37,8	
30 - 34	13.301	45,5	15.913	29.214	11.299	38,7	13.408	16.112	29.521	11.120	37,7	
35 - 39	13.649	44,0	17.365	31.014	9.598	30,9	13.937	17.547	31.485	9.386	29,8	
40 - 44	13.349	45,2	16.177	29.526	7.295	24,7	13.092	15.851	28.943	6.931	23,9	
45 - 49	10.148	46,0	11.922	22.070	5.124	23,2	10.028	11.740	21.769	5.009	23,0	
50 - 54	9.355	48,5	9.916	19.271	4.247	22,0	9.382	9.806	19.188	4.226	22,0	
55 - 59	7.658	48,7	8.067	15.725	4.242	27,0	7.615	8.154	15.768	4.151	26,3	
60 - 64	8.550	47,4	9.493	18.043	3.420	19,0	8.692	9.587	18.280	3.393	18,6	
65 - 69	7.994	51,7	7.474	15.468	2.473	16,0	7.896	7.326	15.222	2.359	15,5	
70 - 74	5.741	55,4	4.627	10.368	1.284	12,4	5.679	4.455	10.134	1.213	12,0	
75 - 79	4.892	63,9	2.761	7.653	581	7,6	4.868	2.621	7.489	536	7,2	
80 - 84	3.966	74,5	1.360	5.326	279	5,2	3.997	1.351	5.349	272	5,1	
85 u. älter	3.775	79,9	948	4.723	270	5,7	3.827	932	4.765	253	5,3	
insges.	157.792	49,2	163.002	320.794	88.942	27,7	157.839	162.583	320.426	87.596	27,3	
Friedrichshain-Kreuzberg												
0	1.423	49,5	1.454	2.877	261	9,1	1.399	1.425	2.823	286	10,1	
1 - 4	4.747	48,3	5.081	9.828	1.315	13,4	4.784	5.115	9.898	1.531	15,5	
5 - 9	5.195	48,7	5.475	10.670	3.486	32,7	5.127	5.435	10.562	3.523	33,4	
10 - 14	4.845	48,1	5.235	10.080	3.550	35,2	5.004	5.386	10.392	3.577	34,4	
15 - 19	5.900	49,2	6.085	11.985	3.507	29,3	5.854	6.087	11.940	3.424	28,7	
20 - 24	11.962	53,4	10.440	22.402	5.056	22,6	12.010	10.479	22.490	5.023	22,3	
25 - 29	15.972	50,1	15.899	31.871	7.541	23,7	15.507	15.597	31.104	7.483	24,1	
30 - 34	12.895	45,5	15.421	28.316	7.957	28,1	12.909	15.341	28.249	7.872	27,9	
35 - 39	12.673	45,4	15.217	27.890	6.756	24,2	12.825	15.389	28.215	6.608	23,4	
40 - 44	11.142	44,7	13.802	24.944	5.083	20,4	10.898	13.493	24.392	4.848	19,9	
45 - 49	7.797	44,7	9.645	17.442	3.276	18,8	7.664	9.471	17.136	3.153	18,4	
50 - 54	6.428	47,2	7.183	13.611	2.395	17,6	6.371	7.030	13.402	2.420	18,1	
55 - 59	4.647	47,5	5.146	9.793	2.579	26,3	4.675	5.163	9.838	2.594	26,4	
60 - 64	5.349	48,3	5.722	11.071	2.245	20,3	5.426	5.830	11.260	2.251	20,0	
65 - 69	4.660	51,4	4.398	9.058	1.684	18,6	4.676	4.308	8.985	1.627	18,1	
70 - 74	3.581	57,1	2.686	6.267	894	14,3	3.500	2.635	6.136	829	13,5	
75 - 79	2.920	62,5	1.754	4.674	391	8,4	2.926	1.674	4.600	381	8,3	
80 - 84	2.408	76,4	744	3.152	188	6,0	2.424	741	3.163	171	5,4	
85 u. älter	2.061	80,4	502	2.563	155	6,0	2.074	512	2.581	139	5,4	
insges.	126.605	49,0	131.889	258.494	58.319	22,6	126.053	131.111	257.166	57.740	22,5	

noch Tabelle 2.2.3:

Bezirk / Alter in Jahren	Bevölkerung am 31.12.						Durchschnittliche Bevölkerung					
	weiblich		männlich	ins- gesamt	darunter: Ausländer		weiblich	männlich	ins- gesamt	darunter: Ausländer		
	absolut	% ¹⁾			absolut	% ¹⁾				absolut	% ¹⁾	
Pankow												
0	1.691	47,0	1.906	3.597	69	1,9	1.612	1.792	3.404	69	2,0	
1 - 4	5.926	49,2	6.130	12.056	358	3,0	5.879	6.059	11.939	386	3,2	
5 - 9	5.849	48,9	6.115	11.964	551	4,6	5.725	5.950	11.676	554	4,7	
10 - 14	5.353	48,2	5.759	11.112	612	5,5	5.736	6.095	11.831	588	5,0	
15 - 19	8.570	49,3	8.800	17.370	715	4,1	8.552	8.858	17.410	757	4,3	
20 - 24	12.924	52,6	11.637	24.561	2.473	10,1	13.069	11.771	24.840	2.383	9,6	
25 - 29	17.629	51,6	16.542	34.171	4.316	12,6	17.404	16.356	33.762	4.165	12,3	
30 - 34	17.883	48,4	19.036	36.919	4.451	12,1	18.160	19.496	37.656	4.257	11,3	
35 - 39	18.172	45,5	21.783	39.955	3.292	8,2	18.038	21.684	39.722	3.117	7,8	
40 - 44	14.580	44,6	18.098	32.678	2.110	6,5	14.147	17.467	31.612	2.003	6,3	
45 - 49	10.060	45,6	12.007	22.067	1.278	5,8	9.909	11.731	21.639	1.244	5,7	
50 - 54	9.171	48,3	9.807	18.978	837	4,4	9.111	9.667	18.778	805	4,3	
55 - 59	6.879	50,5	6.739	13.618	516	3,8	7.011	6.822	13.831	487	3,5	
60 - 64	10.670	53,5	9.273	19.943	271	1,4	10.974	9.506	20.480	257	1,3	
65 - 69	10.390	54,7	8.596	18.986	188	1,0	10.259	8.483	18.742	183	1,0	
70 - 74	7.002	56,4	5.402	12.404	138	1,1	6.778	5.222	11.999	125	1,0	
75 - 79	5.602	62,8	3.313	8.915	70	0,8	5.569	3.123	8.692	70	0,8	
80 - 84	4.338	73,8	1.538	5.876	53	0,9	4.363	1.511	5.874	55	0,9	
85 u. älter	4.335	81,5	981	5.316	75	1,4	4.329	995	5.323	61	1,1	
insges.	177.024	50,5	173.462	350.486	22.373	6,4	176.625	172.588	349.210	21.566	6,2	
Charlottenburg-Wilmersdorf												
0	1.073	47,8	1.173	2.246	181	8,1	1.106	1.198	2.304	213	9,2	
1 - 4	4.406	49,5	4.488	8.894	1.101	12,4	4.397	4.527	8.923	1.156	13,0	
5 - 9	5.455	49,4	5.580	11.035	2.027	18,4	5.459	5.566	11.025	2.059	18,7	
10 - 14	5.322	49,3	5.482	10.804	2.129	19,7	5.380	5.523	10.901	2.124	19,5	
15 - 19	5.630	48,8	5.897	11.527	2.094	18,2	5.628	5.858	11.488	2.083	18,1	
20 - 24	8.680	53,0	7.710	16.390	4.090	25,0	8.764	7.756	16.520	4.176	25,3	
25 - 29	10.240	52,0	9.468	19.708	6.147	31,2	10.300	9.444	19.744	6.181	31,3	
30 - 34	11.178	51,0	10.737	21.915	6.935	31,6	11.448	11.103	22.551	6.876	30,5	
35 - 39	14.022	50,1	13.954	27.976	6.086	21,8	14.324	14.264	28.589	6.052	21,2	
40 - 44	14.376	49,9	14.461	28.837	5.084	17,6	14.200	14.223	28.423	4.973	17,5	
45 - 49	12.143	51,3	11.534	23.677	4.022	17,0	12.086	11.343	23.427	3.960	16,9	
50 - 54	13.110	53,3	11.487	24.597	3.663	14,9	13.174	11.698	24.872	3.661	14,7	
55 - 59	11.701	51,1	11.218	22.919	3.360	14,7	11.679	11.356	23.036	3.238	14,1	
60 - 64	13.105	50,8	12.700	25.805	2.235	8,7	13.109	12.596	25.704	2.203	8,6	
65 - 69	10.458	52,5	9.457	19.915	1.683	8,5	10.145	9.151	19.294	1.598	8,3	
70 - 74	6.673	56,7	5.104	11.777	903	7,7	6.533	4.896	11.427	888	7,8	
75 - 79	6.559	63,9	3.703	10.262	659	6,4	6.711	3.609	10.321	639	6,2	
80 - 84	6.313	75,4	2.059	8.372	423	5,1	6.314	2.039	8.351	390	4,7	
85 u. älter	6.358	78,9	1.698	8.056	375	4,7	6.437	1.687	8.120	359	4,4	
insges.	166.802	53,0	147.910	314.712	53.197	16,9	167.194	147.837	315.020	52.829	16,8	
Spandau												
0	826	46,9	936	1.762	95	5,4	819	914	1.733	100	5,8	
1 - 4	3.532	48,3	3.782	7.314	457	6,2	3.638	3.844	7.481	526	7,0	
5 - 9	4.893	48,4	5.218	10.111	1.372	13,6	4.900	5.234	10.136	1.416	14,0	
10 - 14	5.300	47,9	5.755	11.055	1.534	13,9	5.373	5.842	11.217	1.544	13,8	
15 - 19	6.021	49,0	6.271	12.292	1.773	14,4	5.994	6.254	12.250	1.770	14,4	
20 - 24	6.534	50,0	6.546	13.080	2.027	15,5	6.531	6.494	13.028	2.016	15,5	
25 - 29	6.036	50,8	5.840	11.876	2.394	20,2	6.044	5.762	11.807	2.413	20,4	
30 - 34	6.722	50,9	6.490	13.212	3.000	22,7	6.894	6.866	13.760	3.068	22,3	
35 - 39	8.861	49,0	9.214	18.075	3.183	17,6	9.163	9.428	18.592	3.224	17,3	
40 - 44	9.720	49,4	9.958	19.678	2.974	15,1	9.544	9.850	19.395	2.895	14,9	
45 - 49	7.991	49,1	8.271	16.262	2.475	15,2	7.823	8.124	15.949	2.404	15,1	
50 - 54	8.052	51,3	7.631	15.683	1.991	12,7	8.101	7.662	15.762	1.995	12,7	
55 - 59	6.985	50,1	6.970	13.955	1.733	12,4	6.991	7.023	14.015	1.643	11,7	
60 - 64	9.197	50,8	8.913	18.110	1.168	6,4	9.301	8.984	18.285	1.144	6,3	
65 - 69	8.114	52,3	7.386	15.500	797	5,1	7.941	7.239	15.178	775	5,1	
70 - 74	5.425	55,7	4.311	9.736	462	4,7	5.288	4.114	9.402	436	4,6	
75 - 79	4.760	62,5	2.856	7.616	259	3,4	4.715	2.788	7.501	238	3,2	
80 - 84	3.949	72,6	1.488	5.437	104	1,9	4.000	1.458	5.456	96	1,8	
85 u. älter	3.841	78,0	1.086	4.927	79	1,6	3.802	1.061	4.857	75	1,5	
insges.	116.759	51,7	108.922	225.681	27.877	12,4	116.862	108.941	225.804	27.778	12,3	

noch Tabelle 2.2.3:

Bezirk / Alter in Jahren	Bevölkerung am 31.12.						Durchschnittliche Bevölkerung					
	weiblich		männlich	ins- gesamt	darunter: Ausländer		weiblich	männlich	ins- gesamt	darunter: Ausländer		
	absolut	% 1)			absolut	% 1)				absolut	% 1)	
Steglitz-Zehlendorf												
0	1.039	48,6	1.097	2.136	77	3,6	1.059	1.079	2.139	86	4,0	
1 - 4	4.514	49,5	4.613	9.127	553	6,1	4.518	4.640	9.157	602	6,6	
5 - 9	6.057	48,7	6.374	12.431	1.183	9,5	6.049	6.409	12.458	1.225	9,8	
10 - 14	6.353	48,6	6.707	13.060	1.481	11,3	6.362	6.788	13.149	1.472	11,2	
15 - 19	6.597	48,9	6.904	13.501	1.524	11,3	6.614	6.800	13.413	1.458	10,9	
20 - 24	7.372	51,1	7.050	14.422	2.332	16,2	7.375	7.099	14.472	2.320	16,0	
25 - 29	7.453	51,9	6.899	14.352	2.873	20,0	7.455	6.881	14.335	2.819	19,7	
30 - 34	8.839	52,9	7.877	16.716	3.216	19,2	9.159	8.151	17.311	3.198	18,5	
35 - 39	12.638	52,8	11.319	23.957	2.989	12,5	12.928	11.555	24.483	2.931	12,0	
40 - 44	12.985	52,8	11.586	24.571	2.498	10,2	12.665	11.347	24.011	2.427	10,1	
45 - 49	10.568	53,5	9.187	19.755	1.965	9,9	10.401	9.068	19.469	1.907	9,8	
50 - 54	11.222	54,4	9.405	20.627	1.719	8,3	11.442	9.640	21.083	1.754	8,3	
55 - 59	10.497	52,8	9.374	19.871	1.625	8,2	10.536	9.483	20.017	1.565	7,8	
60 - 64	13.325	52,6	11.999	25.324	1.135	4,5	13.334	12.020	25.354	1.086	4,3	
65 - 69	11.031	53,6	9.561	20.592	763	3,7	10.683	9.314	19.997	733	3,7	
70 - 74	6.579	55,2	5.332	11.911	456	3,8	6.432	5.120	11.554	443	3,8	
75 - 79	6.537	62,5	3.926	10.463	279	2,7	6.610	3.808	10.417	275	2,6	
80 - 84	5.982	72,6	2.259	8.241	175	2,1	5.964	2.240	8.206	166	2,0	
85 u. älter	5.951	79,7	1.513	7.464	229	3,1	5.961	1.485	7.446	213	2,9	
insges.	155.539	53,9	132.982	288.521	27.072	9,4	155.547	132.927	288.471	26.680	9,2	
Tempelhof-Schöneberg												
0	1.316	47,9	1.431	2.747	244	8,9	1.329	1.413	2.743	239	8,7	
1 - 4	5.286	48,6	5.589	10.875	1.062	9,8	5.347	5.639	10.987	1.181	10,7	
5 - 9	6.659	48,7	7.026	13.685	2.524	18,4	6.670	7.094	13.764	2.561	18,6	
10 - 14	6.738	47,9	7.335	14.073	2.691	19,1	6.811	7.368	14.180	2.691	19,0	
15 - 19	7.512	49,3	7.729	15.241	2.652	17,4	7.446	7.727	15.173	2.598	17,1	
20 - 24	9.558	51,3	9.090	18.648	3.777	20,3	9.616	9.132	18.749	3.845	20,5	
25 - 29	10.602	51,9	9.813	20.415	5.255	25,7	10.639	9.870	20.510	5.346	26,1	
30 - 34	11.442	49,8	11.529	22.971	6.154	26,8	11.765	11.911	23.677	6.212	26,2	
35 - 39	14.844	49,0	15.458	30.302	6.011	19,8	15.279	15.793	31.071	5.893	19,0	
40 - 44	15.502	49,8	15.610	31.112	4.553	14,6	15.202	15.394	30.596	4.353	14,2	
45 - 49	12.838	50,5	12.577	25.415	3.566	14,0	12.723	12.369	25.092	3.538	14,1	
50 - 54	12.851	52,7	11.524	24.375	3.040	12,5	12.986	11.715	24.701	3.055	12,4	
55 - 59	10.962	50,4	10.793	21.755	3.109	14,3	10.908	10.828	21.737	2.994	13,8	
60 - 64	12.485	49,8	12.579	25.064	2.169	8,7	12.558	12.646	25.203	2.123	8,4	
65 - 69	10.705	52,4	9.728	20.433	1.598	7,8	10.480	9.425	19.906	1.559	7,8	
70 - 74	6.796	56,5	5.236	12.032	1.015	8,4	6.609	5.055	11.666	950	8,1	
75 - 79	6.449	65,1	3.457	9.906	466	4,7	6.510	3.343	9.851	446	4,5	
80 - 84	5.779	74,6	1.970	7.749	189	2,4	5.788	1.983	7.770	182	2,3	
85 u. älter	5.930	78,2	1.652	7.582	313	4,1	5.952	1.637	7.591	291	3,8	
insges.	174.254	52,1	160.126	334.380	50.388	15,1	174.618	160.342	334.967	50.057	14,9	
Neukölln												
0	1.459	48,9	1.525	2.984	410	13,7	1.471	1.538	3.008	418	13,9	
1 - 4	5.681	49,0	5.916	11.597	1.839	15,9	5.771	5.980	11.749	2.104	17,9	
5 - 9	7.152	48,9	7.485	14.637	4.596	31,4	7.169	7.521	14.691	4.610	31,4	
10 - 14	7.515	49,3	7.726	15.241	4.489	29,5	7.647	7.873	15.522	4.563	29,4	
15 - 19	7.909	49,0	8.220	16.129	4.401	27,3	7.866	8.273	16.140	4.463	27,7	
20 - 24	10.290	50,3	10.171	20.461	5.600	27,4	10.235	10.104	20.338	5.620	27,6	
25 - 29	10.426	49,3	10.707	21.133	7.192	34,0	10.315	10.629	20.945	7.231	34,5	
30 - 34	10.391	47,5	11.474	21.865	8.154	37,3	10.630	11.650	22.279	8.098	36,3	
35 - 39	12.615	47,6	13.906	26.521	7.115	26,8	12.912	14.270	27.183	7.105	26,1	
40 - 44	12.709	47,4	14.092	26.801	5.649	21,1	12.580	13.847	26.428	5.430	20,5	
45 - 49	10.101	48,1	10.906	21.007	4.054	19,3	9.944	10.685	20.629	3.953	19,2	
50 - 54	10.072	50,9	9.700	19.772	3.310	16,7	10.209	9.771	19.981	3.320	16,6	
55 - 59	8.807	50,0	8.823	17.630	3.341	19,0	8.787	8.989	17.775	3.272	18,4	
60 - 64	10.607	48,9	11.072	21.679	2.707	12,5	10.717	11.165	21.883	2.680	12,2	
65 - 69	9.267	51,4	8.767	18.034	1.956	10,8	9.067	8.550	17.616	1.879	10,7	
70 - 74	6.152	56,1	4.822	10.974	1.004	9,1	6.013	4.592	10.605	934	8,8	
75 - 79	5.341	64,7	2.912	8.253	384	4,7	5.299	2.803	8.103	361	4,5	
80 - 84	4.225	73,3	1.539	5.764	170	2,9	4.316	1.542	5.859	158	2,7	
85 u. älter	4.056	77,7	1.163	5.219	131	2,5	4.054	1.156	5.218	114	2,2	
insges.	154.775	50,6	150.926	305.701	66.502	21,8	155.002	150.938	305.952	66.313	21,7	

noch Tabelle 2.2.3:

Bezirk / Alter in Jahren	Bevölkerung am 31.12.						Durchschnittliche Bevölkerung					
	weiblich		männlich	ins- gesamt	darunter: Ausländer		weiblich	männlich	ins- gesamt	darunter: Ausländer		
	absolut	% ¹⁾			absolut	% ¹⁾				absolut	% ¹⁾	
Treptow-Köpenick												
0	863	48,0	936	1.799	32	1,8	860	899	1.759	30	1,7	
1 - 4	3.354	48,9	3.507	6.861	174	2,5	3.326	3.545	6.870	191	2,8	
5 - 9	3.828	48,1	4.136	7.964	375	4,7	3.773	4.049	7.822	388	5,0	
10 - 14	4.126	48,7	4.346	8.472	423	5,0	4.419	4.686	9.105	396	4,3	
15 - 19	6.638	48,5	7.045	13.683	422	3,1	6.622	6.985	13.607	405	3,0	
20 - 24	7.165	50,0	7.162	14.327	677	4,7	7.141	7.205	14.347	684	4,8	
25 - 29	6.831	48,0	7.410	14.241	1.054	7,4	6.574	7.199	13.774	1.057	7,7	
30 - 34	6.956	48,4	7.421	14.377	1.241	8,6	7.225	7.704	14.929	1.201	8,0	
35 - 39	9.838	48,3	10.538	20.376	1.091	5,4	9.987	10.848	20.834	1.054	5,1	
40 - 44	10.008	46,4	11.553	21.561	809	3,8	9.743	11.243	20.986	779	3,7	
45 - 49	7.584	47,6	8.362	15.946	561	3,5	7.488	8.129	15.617	537	3,4	
50 - 54	7.282	50,3	7.189	14.471	391	2,7	7.160	7.123	14.282	366	2,6	
55 - 59	5.565	51,1	5.336	10.901	272	2,5	5.740	5.398	11.140	261	2,3	
60 - 64	9.954	54,7	8.252	18.206	137	0,8	10.310	8.553	18.863	122	0,6	
65 - 69	11.047	55,0	9.027	20.074	111	0,6	10.921	8.961	19.883	109	0,5	
70 - 74	6.953	53,5	6.045	12.998	63	0,5	6.641	5.804	12.444	56	0,5	
75 - 79	5.225	59,4	3.576	8.801	54	0,6	5.134	3.366	8.500	52	0,6	
80 - 84	3.797	70,8	1.563	5.360	25	0,5	3.748	1.531	5.279	25	0,5	
85 u. älter	3.350	78,2	933	4.283	34	0,8	3.320	901	4.218	27	0,6	
insges.	120.364	51,3	114.337	234.701	7.946	3,4	120.132	114.129	234.259	7.740	3,3	
Marzahn-Hellersdorf												
0	918	49,1	951	1.869	29	1,6	897	930	1.827	32	1,8	
1 - 4	3.608	48,9	3.776	7.384	187	2,5	3.590	3.743	7.329	210	2,9	
5 - 9	4.128	49,0	4.303	8.431	436	5,2	4.074	4.259	8.332	447	5,4	
10 - 14	5.391	48,8	5.650	11.041	536	4,9	6.043	6.313	12.356	522	4,2	
15 - 19	11.141	49,0	11.602	22.743	520	2,3	11.241	11.709	22.949	520	2,3	
20 - 24	10.133	46,7	11.585	21.718	1.007	4,6	10.091	11.532	21.624	987	4,6	
25 - 29	6.928	45,7	8.248	15.176	1.214	8,0	6.661	7.958	14.617	1.199	8,2	
30 - 34	5.826	48,2	6.258	12.084	1.110	9,2	6.092	6.516	12.608	1.133	9,0	
35 - 39	9.614	51,8	8.935	18.549	1.217	6,6	10.144	9.409	19.553	1.182	6,0	
40 - 44	13.289	51,0	12.767	26.056	977	3,7	13.368	12.910	26.278	982	3,7	
45 - 49	12.089	50,6	11.780	23.869	689	2,9	12.070	11.818	23.886	669	2,8	
50 - 54	10.998	49,6	11.190	22.188	421	1,9	10.744	10.987	21.731	405	1,9	
55 - 59	6.440	48,1	6.955	13.395	211	1,6	6.323	6.808	13.130	188	1,4	
60 - 64	7.386	49,3	7.604	14.990	101	0,7	7.419	7.581	15.000	110	0,7	
65 - 69	6.670	53,9	5.700	12.370	114	0,9	6.510	5.529	12.035	112	0,9	
70 - 74	4.448	55,1	3.630	8.078	75	0,9	4.328	3.497	7.825	72	0,9	
75 - 79	3.464	62,7	2.062	5.526	52	0,9	3.365	1.933	5.298	59	1,1	
80 - 84	2.446	72,6	921	3.367	53	1,6	2.409	916	3.324	49	1,5	
85 u. älter	1.990	78,4	549	2.539	36	1,4	1.990	530	2.511	42	1,7	
insges.	126.907	50,5	124.466	251.373	8.985	3,6	127.359	124.878	252.213	8.920	3,5	
Lichtenberg												
0	957	49,0	998	1.955	112	5,7	927	1.012	1.938	104	5,4	
1 - 4	3.500	48,5	3.722	7.222	576	8,0	3.531	3.659	7.190	608	8,5	
5 - 9	3.796	50,1	3.782	7.578	954	12,6	3.726	3.766	7.490	960	12,8	
10 - 14	4.260	48,4	4.537	8.797	1.118	12,7	4.679	4.953	9.631	1.100	11,4	
15 - 19	8.626	50,0	8.639	17.265	1.030	6,0	8.817	8.844	17.662	1.014	5,7	
20 - 24	10.905	50,3	10.762	21.667	2.231	10,3	10.860	10.853	21.710	2.138	9,8	
25 - 29	9.046	46,4	10.448	19.494	2.499	12,8	8.716	10.152	18.868	2.394	12,7	
30 - 34	7.300	45,3	8.821	16.121	2.445	15,2	7.484	9.053	16.539	2.457	14,9	
35 - 39	9.048	46,2	10.546	19.594	2.523	12,9	9.388	10.801	20.189	2.474	12,3	
40 - 44	11.240	48,0	12.167	23.407	2.444	10,4	11.173	12.212	23.385	2.342	10,0	
45 - 49	9.325	46,8	10.583	19.908	1.921	9,6	9.296	10.494	19.790	1.852	9,4	
50 - 54	9.091	48,9	9.489	18.580	1.353	7,3	9.110	9.311	18.421	1.248	6,8	
55 - 59	7.120	51,1	6.804	13.924	703	5,0	7.245	6.894	14.140	665	4,7	
60 - 64	9.879	52,0	9.108	18.987	399	2,1	9.954	9.273	19.227	375	2,0	
65 - 69	8.862	54,0	7.534	16.396	240	1,5	8.777	7.398	16.174	228	1,4	
70 - 74	6.067	55,1	4.942	11.009	138	1,3	5.847	4.761	10.608	133	1,3	
75 - 79	4.585	61,4	2.888	7.473	99	1,3	4.421	2.693	7.114	93	1,3	
80 - 84	3.206	73,6	1.149	4.355	59	1,4	3.172	1.131	4.302	54	1,3	
85 u. älter	3.006	80,3	738	3.744	69	1,8	2.977	722	3.697	58	1,6	
insges.	129.819	50,4	127.657	257.476	20.913	8,1	130.100	127.982	258.075	20.297	7,9	

noch Tabelle 2.2.3:

Bezirk / Alter in Jahren	Bevölkerung am 31.12.					Durchschnittliche Bevölkerung					
	weiblich		männlich	ins- gesamt	darunter: Ausländer		weiblich	männlich	ins- gesamt	darunter: Ausländer	
	absolut	% ¹⁾			absolut	% ¹⁾				absolut	% ¹⁾
Reinickendorf											
0	912	49,2	940	1.852	87	4,7	891	942	1.833	95	5,2
1 - 4	3.886	48,7	4.090	7.976	523	6,6	3.945	4.138	8.083	596	7,4
5 - 9	5.453	49,3	5.612	11.065	1.286	11,6	5.455	5.689	11.146	1.312	11,8
10 - 14	5.964	48,4	6.349	12.313	1.571	12,8	6.012	6.411	12.423	1.562	12,6
15 - 19	6.465	48,5	6.858	13.323	1.384	10,4	6.464	6.809	13.274	1.343	10,1
20 - 24	6.484	50,2	6.432	12.916	1.567	12,1	6.433	6.426	12.860	1.602	12,5
25 - 29	5.996	50,0	6.002	11.998	2.139	17,8	6.030	5.984	12.012	2.137	17,8
30 - 34	6.909	51,4	6.541	13.450	2.673	19,9	7.140	6.842	13.982	2.658	19,0
35 - 39	9.605	49,9	9.642	19.247	2.493	13,0	9.784	9.901	19.685	2.437	12,4
40 - 44	10.207	49,9	10.265	20.472	1.903	9,3	10.078	10.126	20.204	1.863	9,2
45 - 49	8.623	50,6	8.415	17.038	1.546	9,1	8.559	8.281	16.841	1.525	9,1
50 - 54	9.015	52,3	8.221	17.236	1.370	7,9	9.193	8.367	17.560	1.384	7,9
55 - 59	8.541	51,6	8.006	16.547	1.318	8,0	8.650	8.185	16.835	1.281	7,6
60 - 64	10.662	49,6	10.851	21.513	929	4,3	10.683	10.834	21.514	881	4,1
65 - 69	9.456	52,8	8.460	17.916	574	3,2	9.302	8.295	17.597	559	3,2
70 - 74	6.164	56,4	4.769	10.933	299	2,7	5.935	4.578	10.511	282	2,7
75 - 79	5.320	62,0	3.255	8.575	159	1,9	5.372	3.121	8.495	149	1,8
80 - 84	4.416	73,6	1.582	5.998	87	1,5	4.425	1.587	6.012	85	1,4
85 u. älter	4.053	78,8	1.088	5.141	123	2,4	4.050	1.073	5.115	109	2,1
insges.	128.131	52,2	117.378	245.509	22.031	9,0	128.401	117.589	245.982	21.860	8,9

¹⁾ Anteil an Spalte "insgesamt".

(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 2.2.4:
Ausländische Bevölkerung in Berlin 2004
nach Bezirken, Altersgruppen und Geschlecht

Indikatoren 2.4/2.6

Bezirk / Alter in Jahren	Bevölkerung am 31.12.				insgesamt	Durchschnittliche Bevölkerung		
	weiblich		männlich			weiblich	männlich	insgesamt
	abs.	% ¹⁾	abs.	% ¹⁾				
Berlin								
0	1.003	48,4	1.071	51,6	2.074	1.059	1.094	2.153
1 - 4	5.094	48,5	5.417	51,5	10.511	5.716	6.050	11.767
5 - 9	11.778	48,9	12.290	51,1	24.068	11.816	12.471	24.286
10 - 14	12.257	48,3	13.120	51,7	25.377	12.301	13.124	25.424
15 - 19	12.294	47,9	13.378	52,1	25.672	12.147	13.214	25.362
20 - 24	20.231	51,7	18.908	48,3	39.139	20.048	18.991	39.039
25 - 29	26.798	49,5	27.340	50,5	54.138	26.556	27.164	53.721
30 - 34	27.747	47,3	30.888	52,7	58.635	27.365	30.783	58.147
35 - 39	23.602	45,1	28.752	54,9	52.354	23.009	28.451	51.461
40 - 44	17.530	42,4	23.849	57,6	41.379	16.937	22.890	39.824
45 - 49	13.090	43,0	17.387	57,0	30.477	12.887	16.867	29.754
50 - 54	12.331	49,8	12.406	50,2	24.737	12.432	12.204	24.636
55 - 59	11.402	49,6	11.607	50,4	23.009	10.933	11.409	22.341
60 - 64	7.517	44,4	9.399	55,6	16.916	7.316	9.312	16.627
65 - 69	5.293	43,5	6.888	56,5	12.181	5.085	6.633	11.718
70 - 74	3.108	46,2	3.623	53,8	6.731	2.988	3.370	6.358
75 - 79	1.856	53,8	1.597	46,2	3.453	1.806	1.494	3.301
80 - 84	1.085	60,1	720	39,9	1.805	1.034	679	1.713
85 und älter	1.139	60,3	750	39,7	1.889	1.080	701	1.786
insgesamt	215.155	47,3	239.390	52,7	454.545	212.515	236.901	449.418
Mitte								
0	241	50,5	236	49,5	477	239	241	480
1 - 4	1.136	48,0	1.230	52,0	2.366	1.301	1.376	2.677
5 - 9	2.602	49,3	2.676	50,7	5.278	2.558	2.675	5.233
10 - 14	2.503	47,7	2.740	52,3	5.243	2.511	2.773	5.284
15 - 19	2.651	46,9	2.999	53,1	5.650	2.582	2.944	5.528
20 - 24	4.129	49,7	4.173	50,3	8.302	4.081	4.163	8.244
25 - 29	5.504	47,8	6.010	52,2	11.514	5.401	5.899	11.301
30 - 34	5.127	45,4	6.172	54,6	11.299	5.041	6.080	11.120
35 - 39	4.163	43,4	5.435	56,6	9.598	4.061	5.325	9.386
40 - 44	3.086	42,3	4.209	57,7	7.295	2.946	3.985	6.931
45 - 49	2.271	44,3	2.853	55,7	5.124	2.239	2.771	5.009
50 - 54	2.225	52,4	2.022	47,6	4.247	2.246	1.981	4.226
55 - 59	2.218	52,3	2.024	47,7	4.242	2.133	2.016	4.151
60 - 64	1.513	44,2	1.907	55,8	3.420	1.479	1.913	3.393
65 - 69	1.032	41,7	1.441	58,3	2.473	984	1.374	2.359
70 - 74	593	46,2	691	53,8	1.284	583	630	1.213
75 - 79	304	52,3	277	47,7	581	285	250	536
80 - 84	178	63,8	101	36,2	279	171	99	272
85 und älter	157	58,1	113	41,9	270	145	99	253
insgesamt	41.633	46,8	47.309	53,2	88.942	40.986	46.594	87.596
Friedrichshain-Kreuzberg								
0	136	52,1	125	47,9	261	140	147	286
1 - 4	610	46,4	705	53,6	1.315	726	805	1.531
5 - 9	1.674	48,0	1.812	52,0	3.486	1.686	1.837	3.523
10 - 14	1.671	47,1	1.879	52,9	3.550	1.683	1.895	3.577
15 - 19	1.761	50,2	1.746	49,8	3.507	1.704	1.722	3.424
20 - 24	2.641	52,2	2.415	47,8	5.056	2.613	2.410	5.023
25 - 29	3.690	48,9	3.851	51,1	7.541	3.633	3.851	7.483
30 - 34	3.630	45,6	4.327	54,4	7.957	3.592	4.279	7.872
35 - 39	3.007	44,5	3.749	55,5	6.756	2.905	3.703	6.608
40 - 44	2.022	39,8	3.061	60,2	5.083	1.956	2.892	4.848
45 - 49	1.370	41,8	1.906	58,2	3.276	1.323	1.830	3.153
50 - 54	1.241	51,8	1.154	48,2	2.395	1.287	1.130	2.420
55 - 59	1.329	51,5	1.250	48,5	2.579	1.314	1.280	2.594
60 - 64	1.035	46,1	1.210	53,9	2.245	1.025	1.228	2.251
65 - 69	695	41,3	989	58,7	1.684	669	958	1.627
70 - 74	402	45,0	492	55,0	894	377	450	829
75 - 79	207	52,9	184	47,1	391	204	174	381
80 - 84	116	61,7	72	38,3	188	111	59	171
85 und älter	98	63,2	57	36,8	155	87	47	139
insgesamt	27.335	46,9	30.984	53,1	58.319	27.035	30.697	57.740

noch Tabelle 2.2.4:

Bezirk / Alter in Jahren	Bevölkerung am 31.12.					Durchschnittliche Bevölkerung		
	weiblich		männlich		insgesamt	weiblich	männlich	insgesamt
	abs.	% ¹⁾	abs.	% ¹⁾				
Pankow								
0	32	46,4	37	53,6	69	32	37	69
1 - 4	173	48,3	185	51,7	358	187	198	386
5 - 9	289	52,5	262	47,5	551	294	260	554
10 - 14	273	44,6	339	55,4	612	259	326	588
15 - 19	328	45,9	387	54,1	715	355	401	757
20 - 24	1.397	56,5	1.076	43,5	2.473	1.359	1.024	2.383
25 - 29	2.263	52,4	2.053	47,6	4.316	2.205	1.958	4.165
30 - 34	2.137	48,0	2.314	52,0	4.451	2.026	2.230	4.257
35 - 39	1.348	40,9	1.944	59,1	3.292	1.263	1.852	3.117
40 - 44	726	34,4	1.384	65,6	2.110	704	1.300	2.004
45 - 49	423	33,1	855	66,9	1.278	403	842	1.244
50 - 54	233	27,8	604	72,2	837	225	579	805
55 - 59	201	39,0	315	61,0	516	186	299	487
60 - 64	94	34,7	177	65,3	271	97	159	257
65 - 69	81	43,1	107	56,9	188	76	105	183
70 - 74	74	53,6	64	46,4	138	68	55	125
75 - 79	40	57,1	30	42,9	70	40	29	70
80 - 84	38	71,7	15	28,3	53	38	14	55
85 und älter	48	64,0	27	36,0	75	38	19	61
insgesamt	10.198	45,6	12.175	54,4	22.373	9.855	11.687	21.566
Charlottenburg-Wilmersdorf								
0	83	45,9	98	54,1	181	106	107	213
1 - 4	545	49,5	556	50,5	1.101	562	594	1.156
5 - 9	1.000	49,3	1.027	50,7	2.027	1.000	1.059	2.059
10 - 14	1.043	49,0	1.086	51,0	2.129	1.046	1.080	2.124
15 - 19	1.004	47,9	1.090	52,1	2.094	1.013	1.070	2.083
20 - 24	2.285	55,9	1.805	44,1	4.090	2.321	1.855	4.176
25 - 29	3.240	52,7	2.907	47,3	6.147	3.223	2.957	6.181
30 - 34	3.500	50,5	3.435	49,5	6.935	3.452	3.424	6.876
35 - 39	2.896	47,6	3.190	52,4	6.086	2.843	3.208	6.052
40 - 44	2.261	44,5	2.823	55,5	5.084	2.210	2.763	4.973
45 - 49	1.876	46,6	2.146	53,4	4.022	1.868	2.092	3.960
50 - 54	1.954	53,3	1.709	46,7	3.663	1.924	1.736	3.661
55 - 59	1.609	47,9	1.751	52,1	3.360	1.529	1.707	3.238
60 - 64	988	44,2	1.247	55,8	2.235	968	1.235	2.203
65 - 69	742	44,1	941	55,9	1.683	703	896	1.598
70 - 74	418	46,3	485	53,7	903	414	471	888
75 - 79	360	54,6	299	45,4	659	354	284	639
80 - 84	241	57,0	182	43,0	423	225	165	390
85 und älter	209	55,7	166	44,3	375	197	157	359
insgesamt	26.254	49,4	26.943	50,6	53.197	25.958	26.860	52.829
Spandau								
0	44	46,3	51	53,7	95	42	57	100
1 - 4	224	49,0	233	51,0	457	261	265	526
5 - 9	676	49,3	696	50,7	1.372	697	717	1.416
10 - 14	784	51,1	750	48,9	1.534	770	774	1.544
15 - 19	836	47,2	937	52,8	1.773	842	928	1.770
20 - 24	1.037	51,2	990	48,8	2.027	1.019	998	2.016
25 - 29	1.221	51,0	1.173	49,0	2.394	1.236	1.177	2.413
30 - 34	1.484	49,5	1.516	50,5	3.000	1.463	1.605	3.068
35 - 39	1.440	45,2	1.743	54,8	3.183	1.467	1.757	3.224
40 - 44	1.278	43,0	1.696	57,0	2.974	1.227	1.670	2.895
45 - 49	979	39,6	1.496	60,4	2.475	948	1.457	2.404
50 - 54	942	47,3	1.049	52,7	1.991	960	1.036	1.995
55 - 59	836	48,2	897	51,8	1.733	780	864	1.643
60 - 64	485	41,5	683	58,5	1.168	472	673	1.144
65 - 69	343	43,0	454	57,0	797	334	438	775
70 - 74	204	44,2	258	55,8	462	195	241	436
75 - 79	147	56,8	112	43,2	259	134	104	238
80 - 84	63	60,6	41	39,4	104	56	39	96
85 und älter	35	44,3	44	55,7	79	32	37	75
insgesamt	13.058	46,8	14.819	53,2	27.877	12.935	14.837	27.778

noch Tabelle 2.2.4:

Bezirk / Alter in Jahren	Bevölkerung am 31.12.				insgesamt	Durchschnittliche Bevölkerung		
	weiblich		männlich			weiblich	männlich	insgesamt
	abs.	% ¹⁾	abs.	% ¹⁾				
Steglitz-Zehlendorf								
0	28	36,4	49	63,6	77	40	46	86
1 - 4	271	49,0	282	51,0	553	300	304	602
5 - 9	573	48,4	610	51,6	1.183	585	641	1.225
10 - 14	709	47,9	772	52,1	1.481	710	761	1.472
15 - 19	712	46,7	812	53,3	1.524	697	761	1.458
20 - 24	1.284	55,1	1.048	44,9	2.332	1.289	1.032	2.320
25 - 29	1.510	52,6	1.363	47,4	2.873	1.473	1.347	2.819
30 - 34	1.701	52,9	1.515	47,1	3.216	1.677	1.521	3.198
35 - 39	1.558	52,1	1.431	47,9	2.989	1.513	1.419	2.931
40 - 44	1.284	51,4	1.214	48,6	2.498	1.262	1.165	2.427
45 - 49	1.023	52,1	942	47,9	1.965	993	915	1.907
50 - 54	914	53,2	805	46,8	1.719	930	823	1.754
55 - 59	873	53,7	752	46,3	1.625	834	733	1.565
60 - 64	525	46,3	610	53,7	1.135	498	590	1.086
65 - 69	374	49,0	389	51,0	763	358	374	733
70 - 74	228	50,0	228	50,0	456	219	223	443
75 - 79	149	53,4	130	46,6	279	147	127	275
80 - 84	108	61,7	67	38,3	175	103	62	166
85 und älter	138	60,3	91	39,7	229	129	79	213
insgesamt	13.962	51,6	13.110	48,4	27.072	13.757	12.923	26.680
Tempelhof-Schöneberg								
0	111	45,5	133	54,5	244	119	120	239
1 - 4	523	49,2	539	50,8	1.062	581	600	1.181
5 - 9	1.212	48,0	1.312	52,0	2.524	1.222	1.340	2.561
10 - 14	1.294	48,1	1.397	51,9	2.691	1.303	1.391	2.691
15 - 19	1.272	48,0	1.380	52,0	2.652	1.246	1.354	2.598
20 - 24	1.883	49,9	1.894	50,1	3.777	1.899	1.947	3.845
25 - 29	2.619	49,8	2.636	50,2	5.255	2.674	2.673	5.346
30 - 34	3.026	49,2	3.128	50,8	6.154	3.037	3.175	6.212
35 - 39	2.787	46,4	3.224	53,6	6.011	2.733	3.160	5.893
40 - 44	2.081	45,7	2.472	54,3	4.553	1.991	2.363	4.353
45 - 49	1.683	47,2	1.883	52,8	3.566	1.692	1.845	3.538
50 - 54	1.634	53,8	1.406	46,3	3.040	1.650	1.405	3.055
55 - 59	1.566	50,4	1.543	49,6	3.109	1.492	1.503	2.994
60 - 64	979	45,1	1.190	54,9	2.169	953	1.169	2.123
65 - 69	731	45,7	867	54,3	1.598	711	847	1.559
70 - 74	480	47,3	535	52,7	1.015	451	502	950
75 - 79	260	55,8	206	44,2	466	260	186	446
80 - 84	119	63,0	70	37,0	189	114	68	182
85 und älter	209	66,8	104	33,2	313	188	98	291
insgesamt	24.469	48,6	25.919	51,4	50.388	24.316	25.746	50.057
Neukölln								
0	202	49,3	208	50,7	410	213	205	418
1 - 4	909	49,4	930	50,6	1.839	1.039	1.065	2.104
5 - 9	2.235	48,6	2.361	51,4	4.596	2.230	2.378	4.610
10 - 14	2.253	50,2	2.236	49,8	4.489	2.299	2.262	4.563
15 - 19	2.087	47,4	2.314	52,6	4.401	2.103	2.360	4.463
20 - 24	2.678	47,8	2.922	52,2	5.600	2.672	2.949	5.620
25 - 29	3.349	46,6	3.843	53,4	7.192	3.377	3.854	7.231
30 - 34	3.662	44,9	4.492	55,1	8.154	3.658	4.439	8.098
35 - 39	3.123	43,9	3.992	56,1	7.115	3.074	4.031	7.105
40 - 44	2.452	43,4	3.197	56,6	5.649	2.396	3.033	5.430
45 - 49	1.838	45,3	2.216	54,7	4.054	1.819	2.136	3.953
50 - 54	1.853	56,0	1.457	44,0	3.310	1.882	1.437	3.320
55 - 59	1.704	51,0	1.637	49,0	3.341	1.650	1.622	3.272
60 - 64	1.239	45,8	1.468	54,2	2.707	1.201	1.480	2.680
65 - 69	839	42,9	1.117	57,1	1.956	802	1.075	1.879
70 - 74	442	44,0	562	56,0	1.004	421	513	934
75 - 79	207	53,9	177	46,1	384	197	162	361
80 - 84	99	58,2	71	41,8	170	91	67	158
85 und älter	83	63,4	48	36,6	131	73	38	114
insgesamt	31.254	47,0	35.248	53,0	66.502	31.197	35.106	66.313

noch Tabelle 2.2.4:

Bezirk / Alter in Jahren	Bevölkerung am 31.12.					Durchschnittliche Bevölkerung		
	weiblich		männlich		insgesamt	weiblich	männlich	insgesamt
	abs.	% ¹⁾	abs.	% ¹⁾				
Treptow-Köpenick								
0	13	40,6	19	59,4	32	14	16	30
1 - 4	85	48,9	89	51,1	174	89	101	191
5 - 9	173	46,1	202	53,9	375	185	203	388
10 - 14	202	47,8	221	52,2	423	191	205	396
15 - 19	207	49,1	215	50,9	422	195	209	405
20 - 24	307	45,3	370	54,7	677	298	385	684
25 - 29	498	47,2	556	52,8	1.054	496	561	1.057
30 - 34	534	43,0	707	57,0	1.241	519	683	1.201
35 - 39	496	45,5	595	54,5	1.091	471	584	1.054
40 - 44	294	36,3	515	63,7	809	286	492	779
45 - 49	185	33,0	376	67,0	561	179	355	537
50 - 54	142	36,3	249	63,7	391	130	235	366
55 - 59	81	29,8	191	70,2	272	74	187	261
60 - 64	43	31,4	94	68,6	137	40	82	122
65 - 69	55	49,5	56	50,5	111	52	54	109
70 - 74	27	42,9	36	57,1	63	22	33	56
75 - 79	28	51,9	26	48,1	54	27	25	52
80 - 84	15	60,0	10	40,0	25	14	10	25
85 und älter	16	47,1	18	52,9	34	13	12	27
insgesamt	3.401	42,8	4.545	57,2	7.946	3.295	4.432	7.740
Marzahn-Hellersdorf								
0	17	58,6	12	41,4	29	20	12	32
1 - 4	89	47,6	98	52,4	187	99	112	210
5 - 9	232	53,2	204	46,8	436	233	213	447
10 - 14	256	47,8	280	52,2	536	254	269	522
15 - 19	244	46,9	276	53,1	520	244	276	520
20 - 24	524	52,0	483	48,0	1.007	501	486	987
25 - 29	650	53,5	564	46,5	1.214	626	573	1.199
30 - 34	536	48,3	574	51,7	1.110	527	606	1.133
35 - 39	613	50,4	604	49,6	1.217	598	584	1.182
40 - 44	393	40,2	584	59,8	977	380	605	982
45 - 49	282	40,9	407	59,1	689	284	386	669
50 - 54	182	43,2	239	56,8	421	176	230	405
55 - 59	92	43,6	119	56,4	211	86	104	188
60 - 64	54	53,5	47	46,5	101	56	55	110
65 - 69	53	46,5	61	53,5	114	56	57	112
70 - 74	43	57,3	32	42,7	75	42	31	72
75 - 79	33	63,5	19	36,5	52	38	22	59
80 - 84	26	49,1	27	50,9	53	25	26	49
85 und älter	27	75,0	9	25,0	36	30	16	42
insgesamt	4.346	48,4	4.639	51,6	8.985	4.275	4.663	8.920
Lichtenberg								
0	54	48,2	58	51,8	112	47	57	104
1 - 4	269	46,7	307	53,3	576	290	317	608
5 - 9	477	50,0	477	50,0	954	472	489	960
10 - 14	507	45,3	611	54,7	1.118	512	589	1.100
15 - 19	531	51,6	499	48,4	1.030	524	489	1.014
20 - 24	1.245	55,8	986	44,2	2.231	1.165	973	2.138
25 - 29	1.179	47,2	1.320	52,8	2.499	1.129	1.266	2.394
30 - 34	1.032	42,2	1.413	57,8	2.445	1.020	1.437	2.457
35 - 39	1.023	40,5	1.500	59,5	2.523	973	1.501	2.474
40 - 44	763	31,2	1.681	68,8	2.444	715	1.625	2.342
45 - 49	459	23,9	1.462	76,1	1.921	438	1.415	1.852
50 - 54	278	20,5	1.075	79,5	1.353	263	986	1.248
55 - 59	187	26,6	516	73,4	703	176	489	665
60 - 64	123	30,8	276	69,2	399	119	253	375
65 - 69	94	39,2	146	60,8	240	88	139	228
70 - 74	59	42,8	79	57,2	138	57	75	133
75 - 79	40	40,4	59	59,6	99	38	53	93
80 - 84	36	61,0	23	39,0	59	31	23	54
85 und älter	39	56,5	30	43,5	69	30	21	58
insgesamt	8.395	40,1	12.518	59,9	20.913	8.087	12.197	20.297

noch Tabelle 2.2.4:

Bezirk / Alter in Jahren	Bevölkerung am 31.12.				insgesamt	Durchschnittliche Bevölkerung		
	weiblich		männlich			weiblich	männlich	insgesamt
	abs.	% ¹⁾	abs.	% ¹⁾				
Reinickendorf								
0	42	48,3	45	51,7	87	47	48	95
1 - 4	260	49,7	263	50,3	523	283	312	596
5 - 9	635	49,4	651	50,6	1.286	648	662	1.312
10 - 14	762	48,5	809	51,5	1.571	762	801	1.562
15 - 19	661	47,8	723	52,2	1.384	643	700	1.343
20 - 24	821	52,4	746	47,6	1.567	832	770	1.602
25 - 29	1.075	50,3	1.064	49,7	2.139	1.086	1.049	2.137
30 - 34	1.378	51,6	1.295	48,4	2.673	1.352	1.307	2.658
35 - 39	1.148	46,0	1.345	54,0	2.493	1.107	1.329	2.437
40 - 44	890	46,8	1.013	53,2	1.903	867	995	1.863
45 - 49	701	45,3	845	54,7	1.546	702	826	1.525
50 - 54	733	53,5	637	46,5	1.370	758	626	1.384
55 - 59	706	53,6	612	46,4	1.318	679	603	1.281
60 - 64	439	47,3	490	52,7	929	405	474	881
65 - 69	254	44,3	320	55,7	574	247	311	559
70 - 74	138	46,2	161	53,8	299	134	146	282
75 - 79	81	50,9	78	49,1	159	78	69	149
80 - 84	46	52,9	41	47,1	87	45	39	85
85 und älter	80	65,0	43	35,0	123	71	35	109
insgesamt	10.850	49,2	11.181	50,8	22.031	10.746	11.102	21.860

¹⁾ Anteil an Spalte "insgesamt".

(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 2.2.5:
Deutsche und ausländische Bevölkerung in Berlin 2004
nach Bezirken und Geschlecht

Bezirk	Bevölkerung			Deutsch				Ausländisch			
	insgesamt	weiblich		zusammen		weiblich		zusammen		weiblich	
		absolut	% ¹⁾	absolut	% ¹⁾	absolut	% ²⁾	absolut	% ¹⁾	absolut	% ²⁾
Bevölkerung am 31.12.											
Mitte	320.794	157.792	49,2	231.852	72,3	116.159	50,1	88.942	27,7	41.633	46,8
Friedrichshain-Kreuzberg	258.494	126.605	49,0	200.175	77,4	99.270	49,6	58.319	22,6	27.335	46,9
Pankow	350.486	177.024	50,5	328.113	93,6	166.826	50,8	22.373	6,4	10.198	45,6
Charlottenburg-Wilmersdorf	314.712	166.802	53,0	261.515	83,1	140.548	53,7	53.197	16,9	26.254	49,4
Spandau	225.681	116.759	51,7	197.804	87,6	103.701	52,4	27.877	12,4	13.058	46,8
Steglitz-Zehlendorf	288.521	155.539	53,9	261.449	90,6	141.577	54,2	27.072	9,4	13.962	51,6
Tempelhof-Schöneberg	334.380	174.254	52,1	283.992	84,9	149.785	52,7	50.388	15,1	24.469	48,6
Neukölln	305.701	154.775	50,6	239.199	78,2	123.521	51,6	66.502	21,8	31.254	47,0
Treptow-Köpenick	234.701	120.364	51,3	226.755	96,6	116.963	51,6	7.946	3,4	3.401	42,8
Marzahn-Hellersdorf	251.373	126.907	50,5	242.388	96,4	122.561	50,6	8.985	3,6	4.346	48,4
Lichtenberg	257.476	129.819	50,4	236.563	91,9	121.424	51,3	20.913	8,1	8.395	40,1
Reinickendorf	245.509	128.131	52,2	223.478	91,0	117.281	52,5	22.031	9,0	10.850	49,2
Berlin	3.387.828	1.734.771	51,2	2.933.283	86,6	1.519.616	51,8	454.545	13,4	215.155	47,3
Durchschnittliche Bevölkerung											
Mitte	320.426	157.839	49,3	232.825	72,7	116.833	50,2	87.596	27,3	40.986	46,8
Friedrichshain-Kreuzberg	257.166	126.053	49,0	199.430	77,5	99.020	49,7	57.740	22,5	27.035	46,8
Pankow	349.210	176.625	50,6	327.639	93,8	166.762	50,9	21.566	6,2	9.855	45,7
Charlottenburg-Wilmersdorf	315.020	167.194	53,1	262.183	83,2	141.224	53,9	52.829	16,8	25.958	49,1
Spandau	225.804	116.862	51,8	198.031	87,7	103.907	52,5	27.778	12,3	12.935	46,6
Steglitz-Zehlendorf	288.471	155.547	53,9	261.797	90,8	141.807	54,2	26.680	9,2	13.757	51,6
Tempelhof-Schöneberg	334.967	174.618	52,1	284.914	85,1	150.311	52,8	50.057	14,9	24.316	48,6
Neukölln	305.952	155.002	50,7	239.635	78,3	123.805	51,7	66.313	21,7	31.197	47,0
Treptow-Köpenick	234.259	120.132	51,3	226.515	96,7	116.821	51,6	7.740	3,3	3.295	42,6
Marzahn-Hellersdorf	252.213	127.359	50,5	243.320	96,5	123.104	50,6	8.920	3,5	4.275	47,9
Lichtenberg	258.075	130.100	50,4	237.775	92,1	121.999	51,3	20.297	7,9	8.087	39,8
Reinickendorf	245.982	128.401	52,2	224.121	91,1	117.637	52,5	21.860	8,9	10.746	49,2
Berlin	3.387.545	1.735.712	51,2	2.938.124	86,7	1.523.204	51,8	449.418	13,3	212.515	47,3

¹⁾ Anteil an Spalte "insgesamt".

²⁾ Anteil an Spalte "zusammen".

(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 2.2.6:
Altersstruktur der Bevölkerung in Berlin 2004 (Stand: 31.12.)
nach Bezirken und Geschlecht

Indikator 2.7

Bezirk	Kinder und Jugendliche						Personen im erwerbsfähigen Alter						Ältere Menschen		Hochbetagte		Jugendquotient ¹⁾	Altenquotient ²⁾
	0-5		0-6		0-14		0-17		15-64		18-64		65 u. mehr		80 u. mehr			
	abs.	% ³⁾	abs.	% ³⁾	abs.	% ³⁾	abs.	% ³⁾	abs.	% ³⁾	abs.	% ³⁾	abs.	% ³⁾	abs.	% ³⁾		
	Alter in Jahren		Alter in Jahren		Alter in Jahren		Alter in Jahren		Alter in Jahren		Alter in Jahren		Alter in Jahren		Alter in Jahren			
	insgesamt																	
Mitte	18.639	5,8	21.368	6,7	41.900	13,1	50.869	15,9	235.356	73,4	226.387	70,6	43.538	13,6	10.049	3,1	22,5	19,2
Friedrichshain-Kreuzberg	15.067	5,8	17.219	6,7	33.455	12,9	40.567	15,7	199.325	77,1	192.213	74,4	25.714	9,9	5.715	2,2	21,1	13,4
Pankow	18.380	5,2	20.891	6,0	38.729	11,1	49.123	14,0	260.260	74,3	249.866	71,3	51.497	14,7	11.192	3,2	19,7	20,6
Charlottenburg-Wilmersdorf	13.302	4,2	15.582	5,0	32.979	10,5	39.842	12,7	223.351	71,0	216.488	68,8	58.382	18,6	16.428	5,2	18,4	27,0
Spandau	11.087	4,9	13.053	5,8	30.242	13,4	37.594	16,7	152.223	67,5	144.871	64,2	43.216	19,1	10.364	4,6	25,9	29,8
Steglitz-Zehlendorf	13.636	4,7	16.218	5,6	36.754	12,7	45.017	15,6	193.096	66,9	184.833	64,1	58.671	20,3	15.705	5,4	24,4	31,7
Tempelhof-Schöneberg	16.388	4,9	19.122	5,7	41.380	12,4	50.439	15,1	235.298	70,4	226.239	67,7	57.702	17,3	15.331	4,6	22,3	25,5
Neukölln	17.520	5,7	20.458	6,7	44.459	14,5	54.116	17,7	212.998	69,7	203.341	66,5	48.244	15,8	10.983	3,6	26,6	23,7
Treptow-Köpenick	10.335	4,4	11.970	5,1	25.096	10,7	33.313	14,2	158.089	67,4	149.872	63,9	51.516	21,9	9.643	4,1	22,2	34,4
Marzahn-Hellersdorf	11.058	4,4	12.749	5,1	28.725	11,4	42.197	16,8	190.768	75,9	177.296	70,5	31.880	12,7	5.906	2,3	23,8	18,0
Lichtenberg	10.837	4,2	12.357	4,8	25.552	9,9	35.410	13,8	188.947	73,4	179.089	69,6	42.977	16,7	8.099	3,1	19,8	24,0
Reinickendorf	12.020	4,9	14.109	5,7	33.206	13,5	41.358	16,8	163.740	66,7	155.588	63,4	48.563	19,8	11.139	4,5	26,6	31,2
Berlin	168.269	5,0	195.096	5,8	412.477	12,2	519.845	15,3	2.413.451	71,2	2.306.083	68,1	561.900	16,6	130.554	3,9	22,5	24,4
	weiblich																	
Mitte	9.159	5,8	10.461	6,6	20.361	12,9	24.678	15,6	111.063	70,4	106.746	67,6	26.368	16,7	7.741	4,9	23,1	24,7
Friedrichshain-Kreuzberg	7.357	5,8	8.382	6,6	16.210	12,8	19.621	15,5	94.765	74,9	91.354	72,2	15.630	12,3	4.469	3,5	21,5	17,1
Pankow	8.930	5,0	10.170	5,7	18.819	10,6	23.950	13,5	126.538	71,5	121.407	68,6	31.667	17,9	8.673	4,9	19,7	26,1
Charlottenburg-Wilmersdorf	6.503	3,9	7.675	4,6	16.256	9,7	19.540	11,7	114.185	68,5	110.901	66,5	36.361	21,8	12.671	7,6	17,6	32,8
Spandau	5.353	4,6	6.331	5,4	14.551	12,5	18.143	15,5	76.119	65,2	72.527	62,1	26.089	22,3	7.790	6,7	25,0	36,0
Steglitz-Zehlendorf	6.713	4,3	7.971	5,1	17.963	11,5	21.924	14,1	101.496	65,3	97.535	62,7	36.080	23,2	11.933	7,7	22,5	37,0
Tempelhof-Schöneberg	7.968	4,6	9.286	5,3	19.999	11,5	24.457	14,0	118.596	68,1	114.138	65,5	35.659	20,5	11.709	6,7	21,4	31,2
Neukölln	8.608	5,6	10.045	6,5	21.807	14,1	26.522	17,1	103.927	67,1	99.212	64,1	29.041	18,8	8.281	5,4	26,7	29,3
Treptow-Köpenick	5.007	4,2	5.786	4,8	12.171	10,1	16.152	13,4	77.821	64,7	73.840	61,3	30.372	25,2	7.147	5,9	21,9	41,1
Marzahn-Hellersdorf	5.411	4,3	6.232	4,9	14.045	11,1	20.665	16,3	93.844	73,9	87.224	68,7	19.018	15,0	4.436	3,5	23,7	21,8
Lichtenberg	5.323	4,1	6.065	4,7	12.513	9,6	17.422	13,4	91.580	70,5	86.671	66,8	25.726	19,8	6.212	4,8	20,1	29,7
Reinickendorf	5.900	4,6	6.942	5,4	16.215	12,7	20.165	15,7	82.507	64,4	78.557	61,3	29.409	23,0	8.469	6,6	25,7	37,4
Berlin	82.232	4,7	95.346	5,5	200.910	11,6	253.239	14,6	1.192.441	68,7	1.140.112	65,7	341.420	19,7	99.531	5,7	22,2	29,9

¹⁾ Jugendquotient: Zahl der 0- bis 17-jährigen Personen je 100 18- bis 64-Jährige.

²⁾ Altenquotient: Zahl der 65-jährigen und älteren Personen je 100 18- bis 64-Jährige.

³⁾ Die Anteile der Altersgruppen sind auf die Bevölkerung insgesamt, die der Mädchen/Frauen auf die weibliche Bevölkerung insgesamt bezogen.
(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 2.2.7:
Altersstruktur und Lastenquotienten in Berlin 1990 - 2004 (Stand: 31.12.)
nach Bezirken und Geschlecht

Bezirk / Jahr	Bevölkerung insgesamt							Mädchen / Frauen					Jugend- quotient ¹⁾	Alten- quotient ²⁾
	Alter in Jahren													
	0-5	6-14	15-17	18-34	35-64	65-79	80u.ä.	0-17	18-34	35-64	65-79	80u.ä.		
	Anteil der Altersgruppe in %							Mädchen-/Frauenanteil in %						
Berlin														
1990	6,7	9,2	2,6	28,1	39,2	9,7	4,5	48,7	48,8	50,1	69,0	76,6	27,6	21,1
1991	6,5	9,4	2,7	27,8	39,6	9,4	4,6	48,7	49,0	49,9	68,5	76,8	27,5	20,8
1992	6,2	9,5	2,8	27,6	40,0	9,2	4,6	48,7	49,0	49,7	67,6	77,0	27,4	20,4
1993	5,9	9,7	2,9	27,4	40,4	9,1	4,6	48,7	49,0	49,7	66,5	77,2	27,3	20,2
1994	5,6	9,8	3,0	27,0	41,0	9,1	4,6	48,7	49,0	49,6	65,3	77,4	26,9	20,1
1995	5,3	9,8	3,1	26,7	41,5	9,3	4,4	48,6	48,9	49,4	64,2	77,7	26,6	20,1
1996	5,0	9,7	3,2	26,2	42,2	9,5	4,2	48,6	48,9	49,4	63,2	77,9	26,2	20,0
1997	5,0	9,5	3,3	25,6	43,0	9,8	4,0	48,6	48,9	49,4	62,5	78,1	25,8	20,0
1998	4,9	9,1	3,2	25,1	43,8	10,0	3,8	48,6	49,0	49,4	61,8	78,2	25,1	20,1
1999	5,0	8,8	3,2	24,6	44,2	10,4	3,7	48,6	49,0	49,4	60,7	77,9	24,6	20,6
2000	5,0	8,5	3,1	24,2	44,6	10,8	3,8	48,7	49,2	49,4	59,5	77,5	24,1	21,2
2001	5,0	8,1	3,1	24,0	44,8	11,1	3,9	48,7	49,3	49,4	58,4	77,2	23,6	21,8
2002	5,0	7,8	3,2	23,8	44,8	11,6	3,9	48,8	49,4	49,4	57,6	76,9	23,2	22,5
2003	5,0	7,5	3,2	23,5	44,9	12,1	3,8	48,7	49,6	49,4	56,8	76,7	22,9	23,4
2004	5,0	7,2	3,2	23,3	44,7	12,7	3,9	48,7	49,7	49,3	56,1	76,2	22,5	24,4
Mitte (bis 2000: Mitte, Tiergarten, Wedding)														
1990	7,0	8,5	2,6	32,9	36,4	8,5	4,2	48,6	47,2	48,0	69,5	78,1	26,1	18,4
1991	7,0	8,7	2,6	32,6	36,8	8,3	4,1	48,6	47,7	47,9	68,7	78,3	26,4	17,9
1992	6,9	8,9	2,6	32,4	37,1	8,0	4,1	48,6	48,0	47,7	67,8	78,6	26,6	17,5
1993	6,6	9,1	2,7	31,9	37,6	8,0	4,1	48,7	48,1	47,7	66,7	78,8	26,5	17,3
1994	6,3	9,3	2,7	31,4	38,2	8,0	4,1	48,6	48,3	47,6	65,3	78,9	26,3	17,4
1995	6,0	9,3	2,9	30,8	38,9	8,2	3,9	48,4	48,2	47,4	64,4	78,7	26,1	17,3
1996	5,9	9,3	3,0	30,2	39,6	8,4	3,6	48,3	48,0	47,3	63,6	78,9	26,0	17,3
1997	5,8	9,0	3,1	29,5	40,5	8,7	3,5	48,1	48,0	47,1	63,1	78,8	25,5	17,3
1998	5,7	8,7	3,0	29,1	41,2	8,9	3,3	48,1	47,7	46,9	62,5	79,1	24,8	17,4
1999	5,7	8,4	2,9	28,8	41,7	9,2	3,3	48,1	47,6	46,8	61,1	79,1	24,2	17,6
2000	5,7	8,1	2,8	28,6	42,1	9,3	3,3	48,3	47,9	46,6	59,7	78,8	23,6	17,9
2001	5,8	7,9	2,8	28,6	42,2	9,5	3,3	48,4	47,9	46,6	58,4	78,5	23,2	18,1
2002	5,8	7,6	2,8	28,7	42,2	9,7	3,3	48,4	48,2	46,5	57,4	78,3	22,9	18,2
2003	5,8	7,4	2,9	28,4	42,2	10,1	3,2	48,4	48,4	46,4	56,7	77,7	22,8	18,7
2004	5,8	7,3	2,8	28,3	42,3	10,4	3,1	48,5	48,5	46,2	55,6	77,0	22,5	19,2
Friedrichshain-Kreuzberg														
1990	8,0	9,1	2,6	35,8	33,6	7,4	3,5	48,4	47,9	48,0	70,1	77,4	28,4	15,8
1991	7,7	9,3	2,6	35,4	34,2	7,2	3,5	48,4	47,9	47,8	69,5	77,7	28,3	15,3
1992	7,4	9,5	2,6	35,2	34,8	6,9	3,5	48,6	47,9	47,4	68,3	77,9	27,9	14,9
1993	7,0	9,8	2,7	34,9	35,4	6,8	3,4	48,5	48,1	47,2	66,8	78,3	27,7	14,5
1994	6,7	9,9	2,7	34,4	36,1	6,8	3,3	48,5	48,1	47,0	65,5	78,5	27,5	14,3
1995	6,3	9,9	2,9	33,9	37,0	6,8	3,2	48,4	48,0	46,7	64,3	79,0	27,0	14,1
1996	6,1	9,9	3,0	33,3	37,9	7,0	2,9	48,6	47,9	46,6	63,5	79,1	26,6	13,9
1997	6,0	9,6	3,1	32,7	38,8	7,1	2,7	48,4	47,8	46,5	62,6	79,2	26,1	13,8
1998	6,0	9,2	3,0	32,5	39,6	7,2	2,6	48,4	47,9	46,4	62,0	79,4	25,1	13,6
1999	6,0	8,8	2,9	32,4	40,1	7,4	2,4	48,6	48,1	46,3	61,3	78,9	24,4	13,5
2000	6,0	8,4	2,8	32,6	40,3	7,4	2,5	48,6	48,4	46,1	60,1	79,2	23,6	13,6
2001	5,9	8,0	2,8	33,0	40,4	7,4	2,5	48,7	48,8	46,2	58,9	79,0	22,8	13,5
2002	5,9	7,7	2,8	33,4	40,4	7,5	2,4	48,6	49,1	46,0	57,8	78,8	22,1	13,4
2003	5,8	7,4	2,8	33,6	40,5	7,6	2,3	48,4	49,4	46,0	56,8	78,4	21,6	13,3
2004	5,8	7,1	2,8	33,8	40,5	7,7	2,2	48,4	49,5	45,9	55,8	78,2	21,1	13,4

noch Tabelle 2.2.7:

Bezirk / Jahr	Bevölkerung insgesamt							Mädchen / Frauen					Jugend- quotient ¹⁾	Alten- quotient ²⁾
	Alter in Jahren													
	0-5	6-14	15-17	18-34	35-64	65-79	80u.ä.	0-17	18-34	35-64	65-79	80u.ä.		
	Anteil der Altersgruppe in %							Mädchen-/Frauenanteil in %						

Pankow (bis 2000: Prenzlauer Berg, Weißensee, Pankow)

1990	6,7	9,5	2,5	27,9	39,0	10,0	4,3	48,9	49,1	52,2	68,9	75,3	27,9	21,5
1991	6,2	9,5	2,6	28,6	39,1	9,7	4,3	48,9	48,4	51,8	68,6	75,5	27,0	20,8
1992	5,7	9,5	2,8	29,2	39,1	9,5	4,3	48,9	47,9	51,2	67,9	75,6	26,2	20,2
1993	5,1	9,6	2,9	29,9	38,9	9,3	4,3	48,7	47,4	50,9	66,6	76,2	25,6	19,8
1994	4,6	9,6	3,0	30,3	39,0	9,3	4,2	48,8	47,3	50,4	65,5	76,5	24,9	19,4
1995	4,3	9,5	3,1	30,6	39,1	9,4	4,0	48,9	47,3	49,9	64,2	77,2	24,1	19,3
1996	3,9	9,4	3,1	30,8	39,4	9,5	3,8	48,8	47,4	49,4	63,1	77,7	23,5	19,0
1997	4,1	9,0	3,2	30,9	39,7	9,6	3,5	48,8	47,5	49,1	62,3	78,0	23,1	18,6
1998	4,2	8,6	3,1	31,0	40,1	9,6	3,3	48,7	48,0	48,8	61,7	78,1	22,4	18,2
1999	4,5	8,0	3,0	31,0	40,3	9,9	3,2	48,8	48,4	48,5	60,6	78,1	21,8	18,3
2000	4,6	7,6	3,0	30,9	40,5	10,1	3,3	48,9	49,1	48,3	59,5	77,8	21,3	18,8
2001	4,8	7,1	3,0	30,7	40,8	10,4	3,2	48,9	49,5	47,9	58,7	77,7	20,8	19,1
2002	5,0	6,5	3,0	30,4	41,1	10,7	3,3	48,8	50,1	47,7	58,3	77,8	20,3	19,5
2003	5,1	6,1	3,0	29,9	41,6	11,1	3,2	48,8	50,4	47,5	57,6	77,7	19,9	20,0
2004	5,2	5,8	3,0	29,3	42,0	11,5	3,2	48,8	50,5	47,2	57,0	77,5	19,7	20,6

Charlottenburg-Wilmersdorf

1990	4,8	6,2	2,1	26,7	41,8	12,2	6,2	48,7	49,0	50,0	70,6	78,3	19,0	26,8
1991	4,9	6,3	2,1	26,2	42,3	11,9	6,3	48,7	49,7	50,1	70,1	78,2	19,4	26,4
1992	4,9	6,4	2,1	25,8	42,9	11,5	6,4	48,8	50,0	50,0	69,2	78,1	19,5	25,9
1993	4,9	6,5	2,1	25,5	43,4	11,2	6,4	48,7	50,2	50,1	68,2	78,3	19,6	25,5
1994	4,8	6,6	2,1	24,9	44,2	11,1	6,3	48,7	50,4	50,3	67,2	78,2	19,6	25,1
1995	4,7	6,6	2,2	24,6	44,8	11,0	6,2	48,7	50,4	50,3	66,3	78,6	19,4	24,8
1996	4,6	6,6	2,3	24,1	45,5	11,1	5,9	48,5	50,7	50,3	65,3	78,9	19,3	24,4
1997	4,5	6,5	2,3	23,5	46,3	11,2	5,6	48,8	50,9	50,4	64,5	79,1	19,2	24,2
1998	4,6	6,4	2,2	23,1	47,2	11,3	5,3	48,8	51,1	50,4	63,7	78,9	18,7	23,6
1999	4,5	6,4	2,1	22,5	47,9	11,5	5,2	48,8	51,2	50,5	62,5	78,5	18,5	23,7
2000	4,5	6,3	2,1	21,8	48,4	11,6	5,3	49,0	51,3	50,7	61,3	78,0	18,3	24,0
2001	4,4	6,3	2,1	21,4	48,7	11,8	5,3	49,1	51,5	50,8	59,8	77,6	18,2	24,4
2002	4,4	6,3	2,1	20,9	48,8	12,2	5,3	49,2	51,8	50,9	58,6	77,9	18,3	25,1
2003	4,3	6,3	2,2	20,4	48,9	12,7	5,2	49,1	51,8	51,0	57,5	77,6	18,4	25,9
2004	4,2	6,3	2,2	19,9	48,9	13,3	5,2	49,0	51,8	51,0	56,5	77,1	18,4	27,0

Spandau

1990	5,7	8,2	2,5	25,9	40,9	11,6	5,1	48,8	46,9	49,8	68,3	74,6	24,6	24,9
1991	5,8	8,4	2,6	25,7	41,2	11,2	5,2	48,8	47,5	49,7	67,7	75,1	25,0	24,6
1992	5,8	8,6	2,6	25,3	41,4	11,0	5,3	48,6	47,9	49,6	66,8	75,3	25,5	24,4
1993	5,8	8,7	2,6	24,8	41,8	10,9	5,4	48,6	48,6	49,6	65,5	75,7	25,7	24,4
1994	5,6	8,9	2,7	24,4	42,2	10,9	5,3	48,6	48,9	49,5	64,6	76,1	25,9	24,3
1995	5,6	9,0	2,9	24,0	42,5	11,0	5,1	48,4	48,9	49,5	63,4	76,9	26,2	24,2
1996	5,5	9,1	3,0	23,4	42,9	11,1	4,9	48,3	48,8	49,5	62,7	76,7	26,6	24,1
1997	5,5	9,2	3,1	22,7	43,6	11,3	4,6	48,3	49,3	49,5	61,9	76,9	26,8	24,0
1998	5,3	9,2	3,1	22,1	44,5	11,6	4,4	48,3	49,4	49,5	61,4	77,0	26,4	23,9
1999	5,3	9,1	3,1	21,3	44,9	12,0	4,4	48,4	49,6	49,6	60,2	76,9	26,3	24,7
2000	5,3	9,0	3,1	20,8	45,1	12,4	4,5	48,6	49,6	49,7	59,0	77,0	26,4	25,5
2001	5,2	8,9	3,1	20,3	45,2	12,7	4,5	48,6	49,9	49,8	57,9	76,8	26,4	26,4
2002	5,1	8,8	3,2	19,9	45,3	13,2	4,6	48,6	50,1	49,9	57,1	76,4	26,2	27,2
2003	5,0	8,7	3,2	19,5	45,2	13,9	4,5	48,4	50,2	50,0	56,2	76,1	26,1	28,4
2004	4,9	8,5	3,3	19,1	45,1	14,6	4,6	48,3	50,4	49,9	55,7	75,2	25,9	29,8

noch Tabelle 2.2.7:

Bezirk / Jahr	Bevölkerung insgesamt							Mädchen / Frauen					Jugend- quotient ¹⁾	Alten- quotient ²⁾
	Alter in Jahren													
	0-5	6-14	15-17	18-34	35-64	65-79	80u.ä.	0-17	18-34	35-64	65-79	80u.ä.		
	Anteil der Altersgruppe in %							Mädchen-/Frauenanteil in %						
Steglitz-Zehlendorf														
1990	5,1	7,6	2,5	23,6	42,1	12,6	6,6	48,3	49,2	51,6	68,7	78,3	23,2	29,1
1991	5,2	7,7	2,5	23,3	42,2	12,4	6,6	48,4	50,0	51,6	68,2	78,4	23,6	29,0
1992	5,3	7,8	2,5	23,1	42,4	12,1	6,7	48,5	50,5	51,6	67,3	78,2	23,9	28,7
1993	5,4	7,9	2,6	23,1	42,5	11,9	6,6	48,5	50,8	51,7	66,4	78,3	24,2	28,3
1994	5,3	8,0	2,6	22,9	42,8	11,8	6,6	48,5	50,9	51,7	65,2	78,4	24,2	28,0
1995	5,2	8,0	2,7	22,7	43,3	11,8	6,3	48,6	51,1	51,7	64,5	78,4	24,1	27,5
1996	5,1	8,1	2,8	22,4	43,8	11,8	6,0	48,7	51,1	51,8	63,5	78,7	24,2	27,0
1997	5,0	8,1	2,9	21,8	44,5	12,0	5,8	48,7	51,3	52,1	62,9	78,9	24,1	26,8
1998	5,0	8,1	2,8	21,2	45,4	12,1	5,5	48,7	51,6	52,2	62,1	78,9	23,9	26,4
1999	5,0	8,1	2,8	20,5	45,9	12,4	5,4	48,8	51,6	52,5	60,9	78,9	23,8	26,8
2000	4,9	8,1	2,7	19,8	46,3	12,7	5,5	48,9	51,9	52,6	59,7	78,4	23,8	27,5
2001	4,9	8,1	2,7	19,1	46,6	13,1	5,5	48,8	51,8	52,8	58,7	77,5	23,9	28,4
2002	4,9	8,1	2,7	18,5	46,7	13,6	5,5	48,9	51,9	52,9	57,9	77,0	24,2	29,3
2003	4,8	8,0	2,8	19,6	45,1	14,2	5,4	48,8	52,0	53,0	56,9	76,5	24,2	30,3
2004	4,7	8,0	2,9	17,6	46,5	14,9	5,4	48,7	51,8	53,1	56,2	76,0	24,4	31,7
Tempelhof-Schöneberg														
1990	5,6	7,5	2,5	27,5	40,4	11,0	5,5	48,4	48,7	49,8	70,1	77,8	23,0	24,2
1991	5,7	7,6	2,5	27,1	40,9	10,7	5,5	48,3	49,2	49,8	69,5	77,8	23,3	23,8
1992	5,7	7,8	2,5	26,7	41,3	10,3	5,6	48,2	49,5	49,8	68,9	77,9	23,6	23,5
1993	5,7	7,9	2,5	26,3	41,8	10,1	5,6	48,4	49,6	49,7	68,1	77,8	23,7	23,1
1994	5,7	8,0	2,5	25,9	42,4	10,0	5,6	48,4	49,7	49,7	67,1	78,1	23,6	22,8
1995	5,5	8,0	2,6	25,4	42,9	10,0	5,5	48,4	50,1	49,7	65,9	78,0	23,6	22,6
1996	5,5	8,0	2,8	24,9	43,6	10,0	5,2	48,2	50,1	49,9	64,9	78,2	23,6	22,2
1997	5,4	8,0	2,8	24,2	44,6	10,2	4,9	48,2	50,1	50,0	64,2	78,3	23,6	21,9
1998	5,3	7,9	2,7	23,6	45,5	10,3	4,6	48,4	50,3	50,1	63,4	78,1	23,1	21,7
1999	5,2	7,9	2,6	22,9	46,2	10,6	4,5	48,5	50,3	50,1	62,4	77,7	22,8	21,8
2000	5,2	7,8	2,6	22,5	46,5	10,8	4,6	48,4	50,6	50,1	61,1	77,4	22,7	22,3
2001	5,2	7,7	2,6	21,9	46,8	11,1	4,7	48,3	50,6	50,2	59,8	76,9	22,5	22,9
2002	5,1	7,6	2,6	21,4	47,1	11,5	4,7	48,5	50,5	50,3	58,6	76,6	22,4	23,6
2003	5,0	7,6	2,7	24,5	43,7	12,1	4,6	48,5	50,4	50,3	57,4	76,4	22,3	24,4
2004	4,9	7,5	2,7	20,4	47,3	12,7	4,6	48,5	50,8	50,3	56,5	76,4	22,3	25,5
Neukölln														
1990	6,2	8,1	2,6	29,1	38,8	10,2	4,9	48,6	47,8	48,8	69,2	75,6	25,0	22,3
1991	6,4	8,3	2,7	28,8	39,0	9,8	4,9	48,5	48,3	48,7	68,8	75,5	25,6	21,8
1992	6,5	8,5	2,7	28,7	39,3	9,5	4,9	48,5	48,6	48,7	67,9	76,2	26,0	21,2
1993	6,6	8,6	2,7	28,5	39,5	9,2	4,9	48,6	48,8	48,7	67,1	76,4	26,3	20,7
1994	6,5	8,8	2,7	28,1	40,0	9,1	4,8	48,5	48,9	48,7	66,1	76,5	26,4	20,4
1995	6,4	9,0	2,8	27,5	40,5	9,1	4,6	48,6	49,1	48,7	65,1	76,7	26,8	20,2
1996	6,3	9,1	2,9	26,8	41,3	9,3	4,3	48,6	49,2	48,6	64,2	76,7	26,9	20,0
1997	6,3	9,1	3,0	26,0	42,1	9,5	4,1	48,4	49,3	48,7	63,7	76,8	27,0	19,9
1998	6,2	9,2	3,0	25,1	43,0	9,7	3,8	48,4	49,3	48,6	62,8	77,1	27,0	19,9
1999	6,2	9,2	3,0	24,4	43,4	10,0	3,8	48,6	49,4	48,7	61,3	77,2	27,1	20,3
2000	6,2	9,2	3,0	23,8	43,8	10,3	3,8	48,6	49,2	48,7	60,0	76,6	27,1	20,8
2001	6,0	9,2	3,0	23,4	44,0	10,6	3,8	48,7	49,1	48,6	58,7	76,5	27,0	21,4
2002	6,0	9,1	3,0	23,2	44,0	11,0	3,7	48,9	49,1	48,7	57,6	76,0	26,9	21,9
2003	5,9	9,0	3,1	28,2	38,6	11,6	3,6	48,9	48,8	48,8	56,5	75,8	26,9	22,7
2004	5,7	8,8	3,2	22,9	43,6	12,2	3,6	49,0	49,0	48,7	55,7	75,4	26,6	23,7

noch Tabelle 2.2.7:

Bezirk / Jahr	Bevölkerung insgesamt							Mädchen / Frauen					Jugend- quotient ¹⁾	Alten- quotient ²⁾
	Alter in Jahren													
	0-5	6-14	15-17	18-34	35-64	65-79	80u.ä.	0-17	18-34	35-64	65-79	80u.ä.		
	Anteil der Altersgruppe in %							Mädchen-/Frauenanteil in %						
Treptow-Köpenick														
1990	6,2	8,9	2,6	23,3	43,9	10,9	4,3	48,6	48,6	52,8	66,5	72,6	26,2	22,6
1991	6,0	9,0	2,6	23,5	43,7	10,8	4,4	48,4	48,3	52,4	65,8	73,3	26,2	22,7
1992	5,5	9,2	2,7	23,7	43,5	10,8	4,5	48,2	47,6	52,1	64,8	73,7	25,9	22,7
1993	5,0	9,5	2,9	23,9	43,3	10,9	4,6	48,3	47,2	51,7	63,7	74,1	25,8	23,0
1994	4,4	9,6	3,0	23,8	43,5	11,2	4,6	48,2	46,8	51,3	62,3	74,6	25,3	23,4
1995	4,0	9,8	3,1	23,6	43,5	11,7	4,4	48,3	46,9	51,0	60,8	75,2	25,0	24,0
1996	3,6	9,9	3,2	23,5	43,6	12,1	4,2	48,4	46,9	50,7	59,7	75,9	24,8	24,3
1997	3,6	9,7	3,2	23,2	43,9	12,5	3,9	48,6	47,2	50,4	58,9	76,0	24,6	24,4
1998	3,8	9,3	3,3	22,7	44,4	13,0	3,6	48,5	47,3	50,4	58,1	76,5	24,4	24,7
1999	4,0	8,8	3,3	22,1	44,4	13,7	3,6	48,6	47,8	50,2	57,5	75,8	24,3	26,1
2000	4,2	8,3	3,3	21,6	44,4	14,5	3,8	48,5	47,8	50,1	56,8	75,1	23,9	27,7
2001	4,3	7,7	3,3	21,3	44,2	15,2	3,9	48,5	47,8	49,9	56,2	75,0	23,5	29,1
2002	4,3	7,3	3,5	20,9	44,0	16,1	4,0	48,3	48,2	49,9	55,8	74,5	23,2	30,8
2003	4,4	6,7	3,5	20,9	44,0	17,0	4,0	48,4	48,4	49,9	55,7	74,7	22,8	32,6
2004	4,4	6,3	3,5	20,6	43,2	17,8	4,1	48,5	48,8	49,5	55,5	74,1	22,2	34,4
Marzahn-Hellersdorf														
1990	11,4	17,2	3,4	30,3	32,7	3,6	1,4	48,8	53,6	49,1	67,9	73,9	50,8	7,9
1991	10,1	17,5	3,7	29,4	34,1	3,7	1,4	48,8	53,0	49,1	67,7	74,5	49,4	8,1
1992	8,9	17,4	4,2	28,7	35,4	3,8	1,5	48,8	52,2	48,9	66,7	75,4	47,7	8,2
1993	7,6	17,5	4,8	27,9	36,6	4,1	1,5	48,9	51,9	49,2	65,1	76,3	46,3	8,7
1994	6,3	17,5	5,3	27,0	38,0	4,4	1,6	48,8	51,6	49,2	63,8	76,3	44,6	9,2
1995	5,1	17,2	5,5	26,1	39,6	4,8	1,7	48,7	51,3	49,2	62,5	77,0	42,4	9,8
1996	4,3	16,8	5,6	25,3	41,1	5,2	1,7	48,6	50,9	49,6	61,7	77,6	40,2	10,4
1997	4,0	15,5	5,8	24,4	42,8	5,8	1,7	48,7	50,4	49,8	60,8	78,7	37,6	11,1
1998	3,9	14,1	5,8	23,7	44,4	6,4	1,7	48,8	49,8	49,9	60,2	77,9	35,0	12,0
1999	3,9	12,9	5,7	23,1	45,4	7,1	1,8	48,7	49,1	50,1	59,5	77,5	32,9	13,0
2000	4,0	11,6	5,6	22,8	46,3	7,7	1,9	48,8	48,4	50,1	58,8	77,1	30,7	13,9
2001	4,1	10,4	5,5	22,7	46,9	8,3	2,1	49,0	47,7	50,1	58,0	76,3	28,7	14,9
2002	4,2	9,1	5,6	22,7	47,3	8,9	2,2	49,0	47,2	50,2	57,2	76,4	27,0	15,8
2003	4,3	8,0	5,5	31,0	39,3	9,6	2,3	49,0	48,4	49,9	56,8	75,5	25,2	16,9
2004	4,4	7,0	5,4	23,2	47,4	10,3	2,3	49,0	47,1	50,2	56,1	75,1	23,8	18,0
Lichtenberg (bis 2000: Lichtenberg, Hohenschönhausen)														
1990	11,4	12,2	3,2	28,1	39,7	6,2	2,4	49,1	49,6	50,9	67,7	76,0	34,8	12,7
1991	10,1	12,3	3,3	27,7	40,7	6,2	2,4	49,1	49,0	50,0	67,2	76,0	33,4	12,6
1992	8,9	12,5	3,5	27,3	41,6	6,4	2,5	49,1	48,4	49,4	66,0	76,7	32,3	12,8
1993	7,6	12,7	3,7	27,1	42,0	6,6	2,5	49,3	48,1	49,5	64,8	76,9	31,6	13,2
1994	6,3	12,7	3,8	26,8	42,6	6,9	2,5	49,3	47,7	49,0	63,3	77,0	30,4	13,6
1995	5,1	12,5	3,9	26,5	43,3	7,4	2,5	49,3	47,1	48,7	61,8	77,8	29,3	14,1
1996	4,3	12,3	4,1	25,9	43,8	7,9	2,5	49,2	46,9	48,7	60,6	77,7	28,5	14,9
1997	4,0	11,5	4,1	25,4	44,5	8,4	2,4	49,2	46,9	48,9	60,0	77,9	27,6	15,5
1998	3,9	10,7	4,2	25,1	45,0	9,0	2,4	49,1	46,6	49,0	59,6	78,5	26,4	16,2
1999	3,9	9,9	4,2	24,7	45,3	9,8	2,5	49,1	46,4	48,9	59,0	78,0	25,4	17,5
2000	3,9	8,8	4,2	24,3	45,5	10,5	2,7	49,0	46,8	48,8	58,1	77,9	24,3	18,9
2001	3,9	7,9	4,2	24,4	45,4	11,2	2,9	49,2	47,2	48,8	57,5	77,4	22,9	20,2
2002	4,0	7,0	4,2	24,8	45,1	11,9	3,0	49,5	47,1	48,9	57,0	77,0	21,8	21,4
2003	4,1	6,3	4,1	34,8	34,9	12,7	3,0	49,4	47,3	49,3	56,5	77,1	20,8	22,6
2004	4,2	5,7	3,8	25,1	44,4	13,5	3,1	49,2	47,9	48,7	55,9	76,7	19,8	24,0

noch Tabelle 2.2.7:

Bezirk / Jahr	Bevölkerung insgesamt							Mädchen / Frauen					Jugend- quotient ¹⁾	Alten- quotient ²⁾
	Alter in Jahren													
	0-5	6-14	15-17	18-34	35-64	65-79	80u.ä.	0-17	18-34	35-64	65-79	80u.ä.		
	Anteil der Altersgruppe in %							Mädchen-/Frauenanteil in %						

Reinickendorf

1990	5,5	8,1	2,6	23,4	42,5	12,0	5,8	48,9	47,9	50,2	68,4	75,9	24,5	27,0
1991	5,6	8,2	2,7	23,1	42,9	11,7	5,9	48,7	48,6	50,0	68,0	76,1	24,9	26,6
1992	5,7	8,4	2,7	23,0	43,1	11,4	5,9	48,8	48,8	50,0	67,2	76,6	25,3	26,1
1993	5,7	8,6	2,7	23,0	43,0	11,1	5,8	48,8	48,9	50,0	66,1	76,9	25,7	25,7
1994	5,6	8,9	2,7	22,7	43,3	11,1	5,8	48,6	49,1	50,1	64,9	77,5	26,1	25,5
1995	5,6	9,0	2,8	22,5	43,5	11,1	5,6	48,9	49,0	49,9	64,1	77,6	26,4	25,2
1996	5,5	9,1	2,9	22,1	44,0	11,2	5,2	48,8	49,1	50,0	63,1	77,6	26,5	24,9
1997	5,4	9,1	3,0	21,4	44,7	11,5	4,9	48,9	49,0	50,2	62,6	77,5	26,6	24,7
1998	5,2	9,2	3,0	20,6	45,4	11,9	4,7	48,8	49,6	50,4	61,8	77,8	26,4	25,1
1999	5,2	9,1	3,0	20,0	45,6	12,3	4,7	48,8	49,8	50,5	60,8	77,3	26,5	25,9
2000	5,1	9,1	3,0	19,3	46,0	12,8	4,7	48,9	50,2	50,4	59,5	77,0	26,4	26,7
2001	5,1	9,0	3,1	18,8	46,1	13,2	4,7	48,7	50,2	50,5	58,3	76,6	26,4	27,6
2002	5,0	8,9	3,1	18,5	46,1	13,8	4,6	48,6	50,1	50,5	57,5	76,0	26,4	28,5
2003	4,9	8,8	3,3	29,6	34,4	14,5	4,5	48,5	50,1	50,8	56,7	76,2	26,5	29,7
2004	4,9	8,6	3,3	17,7	45,6	15,2	4,5	48,8	50,3	50,6	56,0	76,0	26,6	31,2

¹⁾ Jugendquotient: Zahl der 0- bis 17-jährigen Personen je 100 18- bis 64-Jährige.²⁾ Altenquotient: Zahl der 65-jährigen und älteren Personen je 100 18- bis 64-Jährige.

(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 2.2.8:
Mädchen- und Frauenanteil an der Bevölkerung in Berlin am 31.12.2004
nach Bezirken und Altersgruppen

Indikator 2.8

Bezirk	Mädchen- und Frauenanteil in %					
	insgesamt	Alter in Jahren				
		0 - 14	15 - 44	45 - 64	65 - 79	80 u. m.
Mitte	49,2	48,6	47,0	47,5	55,6	77,0
Friedrichshain-Kreuzberg	49,0	48,5	47,9	46,7	55,8	78,2
Pankow	50,5	48,6	48,3	49,3	57,0	77,5
Charlottenburg-Wilmersdorf	53,0	49,3	50,8	51,6	56,5	77,1
Spandau	51,7	48,1	49,8	50,3	55,7	75,2
Steglitz-Zehlendorf	53,9	48,9	52,0	53,3	56,2	76,0
Tempelhof-Schöneberg	52,1	48,3	50,1	50,9	56,5	76,4
Neukölln	50,6	49,0	48,4	49,4	55,7	75,4
Treptow-Köpenick	51,3	48,5	48,1	51,0	55,5	74,1
Marzahn-Hellersdorf	50,5	48,9	48,9	49,6	56,1	75,1
Lichtenberg	50,4	49,0	47,8	49,6	55,9	76,7
Reinickendorf	52,2	48,8	50,0	50,9	56,0	76,0
Berlin	51,2	48,7	49,0	50,2	56,1	76,2

(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

● Bevölkerungsbewegung

Tabelle 2.2.9:
Bevölkerungsentwicklung in Berlin 1991 - 2004
nach Staatsangehörigkeit

Indikator 2.9

Jahr	Insgesamt			Deutsche			Ausländer			Staatsan- gehörig- keitsände- rungen
	Bevölke- rungszu- oder -abnahme ¹⁾	Geburten- bzw. Sterbe- (-) über- schuss	Wande- rungs- saldo	Bevölke- rungszu- oder -abnahme ²⁾	Geburten- bzw. Sterbe- (-) über- schuss	Wande- rungs- saldo	Bevölke- rungszu- oder -abnahme ²⁾	Geburten- bzw. Sterbe- (-) über- schuss	Wande- rungs- saldo	
1991	12.336	-13.092	25.428	-12.132	-18.189	-519	24.468	5.097	25.947	6.576
1992	19.717	-12.337	32.054	-11.814	-17.699	-3.811	31.531	5.362	35.865	9.696
1993	9.644	-12.549	22.193	-11.823	-17.993	-8.486	21.467	5.444	30.679	14.656
1994	-3.383	-12.235	8.852	-17.044	-17.913	-12.388	13.661	5.678	21.240	13.257
1995	-591	-10.597	10.006	-19.015	-15.911	-16.196	18.424	5.314	26.202	13.092
1996	-12.655	-8.194	-4.461	-22.620	-13.620	-21.570	9.965	5.426	17.109	12.570
1997	-33.004	-6.078	-26.926	-30.900	-11.178	-29.468	-2.104	5.100	2.542	9.746
1998	-26.937	-5.612	-21.325	-25.601	-10.597	-22.974	-1.336	4.985	1.649	7.970
1999	-12.155	-5.140	-7.015	-14.063	-9.939	-14.563	1.908	4.799	7.548	10.439
2000	-4.498	-3.640	-858	-5.204	-6.106	-7.172	706	2.466	6.314	8.074
2001	6.265	-4.202	10.467	-244	-6.230	-1.151	6.509	2.028	11.618	7.137
2002	3.991	-4.691	8.685	-6	-6.215	-1.488	3.997	1.524	10.173	7.697
2003	-3.948	-4.423	477	-6.499	-5.812	-8.035	2.551	1.389	8.512	7.348
2004	-649	-2.346	1.686	-7.869	-3.656	-11.239	7.220	1.310	12.925	7.015

¹⁾ Unter Berücksichtigung bestandsrelevanter Korrekturen.

²⁾ Unter Berücksichtigung der Staatsangehörigkeitsänderungen.
(Datenquelle: StaLa Berlin)

Tabelle 2.2.10:
Lebendgeborene, Geburtenziffer und Fruchtbarkeitsziffer in Berlin 1990 - 2004
nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Legitimität und Bezirken

Indikator 2.10

Bezirk / Jahr	Lebendgeborene								Geburtenziffer ²⁾			Allgemeine Fruchtbarkeitsziffer		
	ins-gesamt	darunter:						Mutter						
		weiblich		ausländisch		Eltern nicht miteinander verheiratet ¹⁾			mit ausländ. Mutter					
		abs.	%	abs.	%	abs.	%			insgesamt	deutsch	ausländ.	insgesamt ³⁾	deutsch ⁴⁾
Berlin														
1990	37.596	18.245	48,5	.	.	11.081	29,5	.	11,0	.	.	50,3	.	.
1991	30.562	14.880	48,7	5.675	18,6	9.116	29,8	6.690	8,9	8,0	17,4	40,4	35,9	73,6
1992	29.667	14.288	48,2	5.947	20,0	8.653	29,2	7.049	8,6	7,6	16,8	38,8	33,9	72,9
1993	28.724	14.009	48,8	5.964	20,8	8.628	30,0	7.163	8,3	7,4	15,6	37,4	32,4	69,9
1994	28.503	13.675	48,0	6.229	21,9	8.654	30,4	7.533	8,2	7,2	15,5	37,1	31,6	70,8
1995	28.648	13.867	48,4	5.863	20,5	8.920	31,1	7.417	8,3	7,5	14,1	37,4	32,3	68,8
1996	29.905	14.570	48,7	6.058	20,3	9.649	32,3	7.734	8,6	7,9	14,1	39,3	34,1	70,1
1997	30.369	14.672	48,3	5.730	18,9	10.222	33,7	7.657	8,8	8,2	13,2	40,3	35,3	68,9
1998	29.612	14.429	48,7	5.567	18,8	10.628	35,9	7.418	8,7	8,1	12,9	39,7	35,0	66,9
1999	29.856	14.644	49,0	5.440	18,2	11.746	39,3	7.433	8,8	8,2	12,6	40,3	35,7	66,5
2000	29.695	14.493	48,8	3.093	10,4	11.952	40,2	7.421	8,8	9,0	7,1	40,2	35,6	65,7
2001	28.624	13.990	48,9	2.793	9,8	11.929	41,7	6.860	8,5	8,8	6,4	38,6	34,8	59,1
2002	28.801	14.011	48,6	2.338	8,1	12.350	42,9	6.857	8,5	9,0	5,3	38,7	35,2	57,1
2003	28.723	13.975	48,7	2.255	7,9	12.543	43,7	7.042	8,5	9,0	5,1	38,6	34,9	57,2
2004	29.446	14.243	48,4	2.118	7,2	13.081	44,4	7.032	8,7	9,3	4,7	39,7	36,4	55,8
Mitte (bis 2000: Mitte, Tiergarten, Wedding)														
1990	4.313	2.057	47,7	.	.	1.159	26,9	.	12,8	.	.	55,7	.	.
1991	3.907	1.930	49,4	1.199	30,7	1.054	27,0	1.354	11,5	9,7	19,4	49,5	.	.
1992	3.890	1.892	48,6	1.262	32,4	946	24,3	1.467	11,3	9,5	19,0	48,2	38,7	81,6
1993	3.587	1.734	48,3	1.149	32,0	1.007	28,1	1.326	10,4	8,8	16,3	44,0	36,0	70,8
1994	3.570	1.687	47,3	1.196	33,5	981	27,5	1.389	10,3	8,7	16,4	43,9	35,1	72,4
1995	3.517	1.689	48,0	1.101	31,3	1.032	29,3	1.347	10,3	9,0	14,7	43,6	35,5	69,0
1996	3.646	1.712	47,0	1.234	33,8	1.011	27,7	1.495	10,7	9,2	15,8	45,8	36,1	74,5
1997	3.631	1.729	47,6	1.162	32,0	1.108	30,5	1.456	10,9	9,7	14,5	46,6	37,8	71,5
1998	3.552	1.697	47,8	1.274	35,9	1.119	31,5	1.526	10,8	9,2	15,8	46,8	36,5	74,7
1999	3.440	1.674	48,7	1.209	35,1	1.102	32,0	1.504	10,7	9,3	14,7	46,0	35,9	72,4
2000	3.514	1.716	48,8	590	16,8	1.217	34,6	1.522	11,0	12,3	7,1	47,2	37,4	71,8
2001	3.431	1.707	49,8	721	21,0	1.154	33,6	1.437	10,7	11,5	8,5	45,7	37,7	64,8
2002	3.471	1.668	48,1	534	15,4	1.245	35,9	1.440	10,8	12,5	6,1	45,7	38,6	61,9
2003	3.445	1.683	48,9	490	14,2	1.209	35,1	1.460	10,7	12,6	5,7	45,4	38,0	61,8
2004	3.540	1.762	49,8	479	13,5	1.267	35,8	1.491	11,0	13,1	5,5	47,0	40,0	61,8
Friedrichshain-Kreuzberg														
1990	3.810	1.886	49,5	.	.	1.331	34,9	.	14,6	.	.	59,6	.	.
1991	3.202	1.536	48,0	987	30,8	1.109	34,6	1.102	12,2	10,3	20,8	49,4	.	.
1992	2.969	1.413	47,6	995	33,5	1.002	33,7	1.116	11,3	9,3	19,9	45,4	35,8	82,2
1993	2.929	1.430	48,8	966	33,0	1.003	34,2	1.125	11,1	9,3	18,5	44,3	34,6	80,4
1994	2.961	1.429	48,3	1.005	33,9	985	33,3	1.169	11,2	9,3	18,4	44,5	34,5	80,8
1995	2.896	1.420	49,0	890	30,7	1.015	35,0	1.081	11,0	9,7	15,8	43,7	35,1	74,0
1996	3.011	1.472	48,9	937	31,1	1.075	35,7	1.167	11,5	10,2	16,2	45,8	36,2	78,7
1997	2.992	1.448	48,4	921	30,8	1.099	36,7	1.151	11,6	10,4	15,7	46,2	36,9	77,4
1998	2.839	1.376	48,5	844	29,7	1.074	37,8	1.100	11,2	10,3	14,5	44,4	35,3	74,6
1999	2.948	1.449	49,2	810	27,5	1.166	39,6	1.055	11,8	11,1	14,1	46,3	38,5	72,8
2000	2.880	1.413	49,1	441	15,3	1.193	41,4	1.014	11,6	12,6	7,9	44,6	37,2	70,6
2001	2.737	1.316	48,1	345	12,6	1.210	44,2	939	10,9	12,3	6,2	41,5	35,1	63,7
2002	2.716	1.280	47,1	279	10,3	1.232	45,4	863	10,7	12,4	4,9	40,2	35,4	56,5
2003	2.809	1.398	49,8	309	11,0	1.273	45,3	979	11,0	12,6	5,4	40,7	34,4	61,6
2004	2.927	1.425	48,7	273	9,3	1.348	46,1	929	11,4	13,3	4,7	41,8	37,3	56,6

noch Tabelle 2.2.10:

Bezirk / Jahr	Lebendgeborene								Geburtensziffer ²⁾			Allgemeine Fruchtbarkeitsziffer		
	ins- gesamt	darunter:												
		weiblich		ausländisch		Eltern nicht miteinander verheiratet ¹⁾		mit aus- länd. Mutter						
		abs.	%	abs.	%	abs.	%							
insge- samt	deutsch	aus- länd.	insge- samt ³⁾	deutsch ⁴⁾	aus- länd. ⁵⁾									
Pankow (bis 2000: Prenzlauer Berg, Weißensee, Pankow)														
1990	3.574	1.738	48,6	.	.	1.732	48,5	.	11,8	.	.	56,7	.	.
1991	2.088	997	47,7	44	2,1	1.127	54,0	61	6,9	6,9	10,0	32,6	.	.
1992	1.877	934	49,8	69	3,7	1.007	53,6	93	6,2	6,1	10,7	28,7	28,0	57,7
1993	1.826	885	48,5	113	6,2	947	51,9	127	5,9	5,8	11,8	27,3	26,3	54,3
1994	1.939	924	47,7	150	7,7	1.026	52,9	185	6,3	6,0	12,6	28,4	26,9	61,1
1995	2.166	1.044	48,2	168	7,8	1.077	49,7	221	7,0	6,7	12,0	31,2	29,6	62,1
1996	2.306	1.148	49,8	178	7,7	1.189	51,6	242	7,3	7,1	11,0	32,5	30,9	58,7
1997	2.644	1.239	46,9	164	6,2	1.370	51,8	259	8,3	8,2	9,3	36,0	34,7	56,7
1998	2.732	1.349	49,4	136	5,0	1.483	54,3	227	8,4	8,5	7,7	36,1	35,3	47,0
1999	2.979	1.487	49,9	194	6,5	1.701	57,1	305	9,1	9,0	10,8	37,9	36,5	57,6
2000	3.059	1.528	50,0	152	5,0	1.778	58,1	313	9,1	9,2	8,0	37,6	36,3	53,2
2001	3.130	1.549	49,5	99	3,2	1.836	58,7	268	9,2	9,5	5,1	37,2	36,8	42,2
2002	3.236	1.596	49,3	99	3,1	1.891	58,4	299	9,4	9,7	5,0	37,4	36,9	43,4
2003	3.230	1.547	47,9	76	2,4	1.937	60,0	287	9,3	9,7	3,7	36,5	36,3	38,7
2004	3.628	1.699	46,8	70	1,9	2.111	58,2	321	10,4	10,9	3,2	40,6	40,6	40,6
Charlottenburg-Wilmersdorf														
1990	2.924	1.395	47,7	530	18,1	689	23,6	.	8,8	8,2	13,7	40,4	.	.
1991	2.908	1.445	49,7	596	20,5	702	24,1	748	8,8	8,0	14,5	39,8	.	.
1992	2.802	1.361	48,6	530	18,9	704	25,1	678	8,5	7,9	12,3	38,4	35,2	54,4
1993	2.776	1.367	49,2	551	19,8	701	25,3	742	8,4	7,8	12,0	38,4	34,4	56,8
1994	2.756	1.338	48,5	588	21,3	716	26,0	778	8,4	7,7	12,4	38,6	34,0	58,3
1995	2.698	1.293	47,9	529	19,6	695	25,8	770	8,3	7,8	11,3	38,4	33,8	58,6
1996	2.765	1.341	48,5	525	19,0	796	28,8	744	8,5	8,1	11,0	39,9	36,1	56,1
1997	2.794	1.358	48,6	508	18,2	776	27,8	750	8,7	8,4	10,6	41,0	37,2	56,8
1998	2.691	1.341	49,8	456	16,9	801	29,8	694	8,4	8,2	9,4	39,8	36,8	52,3
1999	2.529	1.195	47,3	424	16,8	868	34,3	650	7,9	7,8	8,7	37,6	34,9	48,7
2000	2.503	1.236	49,4	291	11,6	807	32,2	663	7,9	8,3	5,9	37,7	34,7	49,2
2001	2.394	1.174	49,0	289	12,1	809	33,8	658	7,6	7,9	5,7	36,2	33,2	47,2
2002	2.398	1.204	50,2	206	8,6	823	34,3	617	7,6	8,3	4,0	36,3	34,6	42,6
2003	2.425	1.172	48,3	248	10,2	824	34,0	678	7,7	8,3	4,7	37,0	34,5	45,6
2004	2.283	1.079	47,3	188	8,2	775	33,9	619	7,2	8,0	3,6	35,3	33,5	41,1
Spandau														
1990	2.101	1.013	48,2	407	19,4	408	19,4	.	9,6	8,7	16,5	48,1	.	.
1991	2.029	972	47,9	402	19,8	434	21,4	468	9,1	8,3	15,4	45,2	.	.
1992	2.027	973	48,0	432	21,3	438	21,6	513	9,1	8,2	15,6	44,9	40,0	70,0
1993	1.888	882	46,7	401	21,2	427	22,6	482	8,5	7,6	14,0	41,9	37,5	64,2
1994	1.906	929	48,7	426	22,4	433	22,7	505	8,5	7,6	14,9	42,4	37,5	66,9
1995	1.990	957	48,1	391	19,6	464	23,3	489	8,9	8,2	13,4	44,4	40,2	65,2
1996	1.996	939	47,0	357	17,9	497	24,9	459	8,9	8,4	11,9	44,6	41,3	61,2
1997	1.966	954	48,5	347	17,7	552	28,1	474	8,7	8,3	11,5	44,1	40,2	63,8
1998	1.930	962	49,8	327	16,9	574	29,7	437	8,6	8,2	11,1	43,5	40,2	60,4
1999	1.864	912	48,9	260	13,9	628	33,7	398	8,3	8,2	9,0	42,3	39,6	56,2
2000	1.908	961	50,4	112	5,9	648	34,0	425	8,5	9,2	4,0	43,4	40,0	61,3
2001	1.764	848	48,1	102	5,8	632	35,8	372	7,9	8,4	3,7	39,9	37,4	53,3
2002	1.784	870	48,8	93	5,2	682	38,2	359	7,9	8,5	3,3	40,1	38,0	50,8
2003	1.714	811	47,3	105	6,1	632	36,9	422	7,6	8,1	3,8	38,4	34,5	58,9
2004	1.783	835	46,8	103	5,8	718	40,3	405	7,9	8,5	3,7	40,4	37,3	55,8

noch Tabelle 2.2.10:

Bezirk / Jahr	Lebendgeborene								Geburtenziffer ²⁾			Allgemeine Fruchtbarkeitsziffer		
	ins- gesamt	darunter:						mit aus- länd. Mutter						
		weiblich		ausländisch		Eltern nicht miteinander verheiratet ¹⁾								
		abs.	%	abs.	%	abs.	%		insge- sam	deutsch	aus- länd.	insge- sam ³⁾	deutsch ⁴⁾	aus- länd. ⁵⁾
Steglitz-Zehlendorf														
1990	2.571	1.241	48,3	294	11,4	451	17,5	.	8,9	8,4	15,5	44,4	.	.
1991	2.446	1.213	49,6	299	12,2	491	20,1	409	8,5	8,0	14,8	42,0	.	.
1992	2.474	1.213	49,0	307	12,4	520	21,0	407	8,6	8,1	14,3	42,3	39,8	63,3
1993	2.442	1.200	49,1	341	14,0	528	21,6	454	8,4	7,9	14,6	41,7	38,5	65,7
1994	2.399	1.149	47,9	364	15,2	475	19,8	464	8,2	7,6	14,7	41,0	37,7	64,8
1995	2.293	1.124	49,0	302	13,2	544	23,7	417	7,9	7,5	11,9	39,3	36,8	57,2
1996	2.427	1.203	49,6	312	12,9	573	23,6	448	8,3	8,0	11,9	41,6	38,9	60,2
1997	2.423	1.179	48,7	253	10,4	562	23,2	407	8,3	8,2	9,7	41,8	39,9	55,1
1998	2.381	1.170	49,1	272	11,4	593	24,9	421	8,2	8,0	10,5	41,4	39,0	57,4
1999	2.273	1.096	48,2	239	10,5	648	28,5	393	7,9	7,7	9,3	39,7	37,8	53,1
2000	2.189	1.045	47,7	145	6,6	664	30,3	349	7,6	7,8	5,7	38,4	37,1	47,2
2001	2.170	1.065	49,1	123	5,7	639	29,4	345	7,5	7,8	4,8	38,1	36,9	46,6
2002	2.158	1.087	50,4	130	6,0	658	30,5	372	7,5	7,7	5,0	38,0	36,2	49,6
2003	2.115	1.073	50,7	96	4,5	703	33,2	337	7,3	7,7	3,7	37,3	36,3	43,9
2004	2.129	1.033	48,5	85	4,0	667	31,3	337	7,4	7,8	3,2	37,9	37,1	42,6
Tempelhof-Schöneberg														
1990	3.357	1.602	47,7	746	22,2	736	21,9	.	9,8	8,7	18,4	44,5	.	.
1991	3.351	1.604	47,9	730	21,8	753	22,5	872	9,7	8,7	17,2	43,8	.	.
1992	3.360	1.566	46,6	717	21,3	728	21,7	862	9,7	8,8	16,1	43,7	38,8	68,8
1993	3.317	1.585	47,8	743	22,4	801	24,1	911	9,6	8,6	15,8	43,1	37,7	69,7
1994	3.210	1.529	47,6	705	22,0	801	25,0	878	9,2	8,4	14,4	42,0	37,0	65,3
1995	3.055	1.455	47,6	665	21,8	767	25,1	846	8,8	8,1	13,4	40,4	35,5	62,8
1996	3.274	1.680	51,3	663	20,3	874	26,7	884	9,5	8,9	13,1	43,7	38,9	65,4
1997	3.251	1.603	49,3	663	20,4	893	27,5	894	9,5	8,9	13,2	44,0	38,9	67,3
1998	3.061	1.470	48,0	598	19,5	900	29,4	815	9,0	8,5	12,0	41,9	37,5	62,1
1999	3.046	1.497	49,1	570	18,7	1.001	32,9	825	9,0	8,6	11,5	42,0	37,3	63,3
2000	2.994	1.431	47,8	354	11,8	991	33,1	805	8,9	9,1	7,1	41,4	36,9	61,9
2001	2.870	1.379	48,0	349	12,2	1.006	35,1	756	8,5	8,8	6,9	39,8	35,9	56,9
2002	2.855	1.392	48,8	235	8,2	954	33,4	769	8,5	9,1	4,7	39,9	35,9	57,2
2003	2.719	1.328	48,8	236	8,7	995	36,6	690	8,1	8,7	4,7	38,4	35,4	51,0
2004	2.755	1.325	48,1	248	9,0	940	34,1	766	8,2	8,8	5,0	39,4	35,3	56,4
Neukölln														
1990	3.352	1.690	50,4	1.050	31,3	702	20,9	.	11,0	8,9	23,0	50,6	.	.
1991	3.333	1.614	48,4	975	29,3	764	22,9	1.114	10,8	9,1	20,2	49,4	.	.
1992	3.418	1.605	47,0	1.043	30,5	787	23,0	1.208	11,0	9,2	20,2	49,8	40,7	84,4
1993	3.392	1.684	49,6	1.022	30,1	815	24,0	1.186	10,8	9,2	19,0	49,0	40,5	80,3
1994	3.234	1.570	48,5	1.019	31,5	807	25,0	1.235	10,3	8,6	18,2	46,6	36,8	81,3
1995	3.442	1.660	48,2	1.072	31,1	881	25,6	1.299	10,9	9,2	18,6	49,8	39,9	84,4
1996	3.375	1.631	48,3	1.092	32,4	920	27,3	1.314	10,7	9,0	18,3	49,2	38,9	84,2
1997	3.419	1.619	47,4	974	28,5	921	26,9	1.260	11,0	9,8	16,0	50,6	41,6	80,1
1998	3.350	1.620	48,4	1.032	30,8	976	29,1	1.310	10,8	9,4	16,7	50,4	40,2	82,8
1999	3.373	1.698	50,3	1.040	30,8	1.107	32,8	1.332	11,0	9,5	16,4	51,2	41,0	83,1
2000	3.255	1.541	47,3	519	15,9	1.066	32,7	1.291	10,6	11,3	8,1	49,9	40,0	79,7
2001	3.070	1.512	49,3	415	13,5	1.002	32,6	1.216	10,0	11,0	6,4	47,3	38,2	74,2
2002	2.959	1.428	48,3	422	14,3	997	33,7	1.230	9,6	10,5	6,4	45,5	35,9	73,0
2003	3.087	1.500	48,6	429	13,9	1.122	36,3	1.240	10,0	11,0	6,5	47,5	38,6	72,3
2004	2.986	1.460	48,9	409	13,7	1.125	37,7	1.218	9,8	10,8	6,2	46,3	37,4	70,5

noch Tabelle 2.2.10:

Bezirk / Jahr	Lebendgeborene								Geburtenziffer ²⁾			Allgemeine Fruchtbarkeitsziffer		
	ins- gesamt	darunter:						mit aus- länd. Mutter						
		weiblich		ausländisch		Eltern nicht miteinander verheiratet ¹⁾								
		abs.	%	abs.	%	abs.	%							
Treptow-Köpenick														
1990	2.108	1.061	50,3	.	.	903	42,8	.	10,0	.	.	55,2	.	.
1991	1.277	598	46,8	14	1,1	621	48,6	23	6,0	6,0	9,3	33,0	.	.
1992	1.081	531	49,1	41	3,8	489	45,2	47	5,1	5,0	14,3	27,7	27,0	69,3
1993	1.063	538	50,6	95	8,9	464	43,7	108	5,0	4,6	17,1	26,9	25,0	85,9
1994	1.060	512	48,3	110	10,4	452	42,6	125	4,9	4,6	15,2	26,5	24,3	79,3
1995	1.150	562	48,9	84	7,3	507	44,1	115	5,3	5,1	10,9	28,6	26,8	71,4
1996	1.380	667	48,3	95	6,9	589	42,7	121	6,3	6,1	11,3	33,8	32,2	72,6
1997	1.384	671	48,5	93	6,7	615	44,4	137	6,2	6,1	10,8	32,9	31,0	76,4
1998	1.520	726	47,8	88	5,8	717	47,2	120	6,7	6,6	10,4	35,1	33,8	65,3
1999	1.615	775	48,0	94	5,8	826	51,1	140	7,1	6,9	10,8	36,6	35,0	70,0
2000	1.678	786	46,8	71	4,2	884	52,7	152	7,3	7,3	8,4	37,3	35,5	75,2
2001	1.717	837	48,7	46	2,7	942	54,9	119	7,4	7,5	5,7	37,4	36,4	58,4
2002	1.685	794	47,1	33	2,0	939	55,7	139	7,2	7,3	4,4	36,3	34,8	68,5
2003	1.729	859	49,7	31	1,8	964	55,8	129	7,4	7,5	4,1	36,8	35,7	60,4
2004	1.799	873	48,5	32	1,8	1.051	58,4	139	7,7	7,8	4,1	38,0	36,9	61,4
Marzahn-Hellersdorf														
1990	3.923	1.874	47,8	.	.	1.261	32,1	.	13,7	.	.	51,9	.	.
1991	2.167	1.070	49,4	41	1,9	866	40,0	53	7,5	7,5	7,5	28,4	.	.
1992	2.032	983	48,4	77	3,8	855	42,1	93	6,9	6,8	11,1	26,2	25,6	52,1
1993	1.944	965	49,6	96	4,9	818	42,1	115	6,5	6,4	11,7	24,8	23,9	58,1
1994	1.802	843	46,8	105	5,8	784	43,5	122	6,0	5,9	11,3	22,9	22,0	55,9
1995	1.776	854	48,1	128	7,2	749	42,2	127	6,0	5,7	13,6	22,8	21,8	58,8
1996	1.799	895	49,7	103	5,7	791	44,0	143	6,1	5,9	10,9	23,5	22,3	63,8
1997	1.852	908	49,0	115	6,2	852	46,0	155	6,4	6,2	12,9	25,1	23,8	66,3
1998	1.753	878	50,1	95	5,4	872	49,7	141	6,3	6,2	11,0	25,1	23,8	60,5
1999	1.833	876	47,8	90	4,9	996	54,3	129	6,8	6,6	10,4	27,3	26,3	54,4
2000	1.886	939	49,8	107	5,7	1.052	55,8	187	7,1	6,9	12,4	29,1	27,3	76,8
2001	1.715	862	50,3	41	2,4	1.027	59,9	115	6,6	6,6	4,7	27,5	26,7	45,6
2002	1.761	831	47,2	57	3,2	1.114	63,3	152	6,8	6,9	6,5	29,2	27,9	57,6
2003	1.772	860	48,5	44	2,5	1.111	62,7	169	7,0	7,0	5,0	30,1	28,5	62,3
2004	1.827	897	49,1	31	1,7	1.171	64,1	160	7,2	7,4	3,5	31,7	30,5	55,6
Lichtenberg (bis 2000: Lichtenberg, Hohenschönhausen)														
1990	3.321	1.634	49,2	.	.	1.269	38,2	.	11,6	.	.	50,8	.	.
1991	1.719	858	49,9	87	5,1	742	43,2	104	6,0	5,9	7,9	26,4	.	.
1992	1.506	751	49,9	130	8,6	707	46,9	145	5,2	5,1	8,8	23,2	21,9	52,3
1993	1.458	717	49,2	172	11,8	671	46,0	182	5,1	4,8	9,9	22,5	20,8	54,1
1994	1.504	727	48,3	178	11,8	684	45,5	199	5,2	4,9	9,5	23,3	21,4	56,9
1995	1.631	793	48,6	199	12,2	715	43,8	236	5,6	5,4	9,4	25,4	23,1	62,5
1996	1.741	827	47,5	243	14,0	817	46,9	282	6,1	5,7	10,8	27,6	24,7	69,0
1997	1.835	914	49,8	234	12,8	883	48,1	280	6,5	6,1	10,9	29,7	27,0	68,7
1998	1.776	843	47,5	179	10,1	934	52,6	230	6,4	6,3	8,5	29,4	27,6	54,7
1999	1.852	938	50,6	221	11,9	1.001	54,0	276	6,9	6,6	10,5	31,6	29,1	61,4
2000	1.901	921	48,4	205	10,8	1.012	53,2	325	7,2	7,0	9,8	33,2	29,9	70,1
2001	1.737	833	48,0	127	7,3	1.007	58,0	246	6,6	6,7	6,3	30,6	28,7	51,8
2002	1.955	973	49,8	130	6,6	1.143	58,5	266	7,5	7,6	6,4	34,2	32,4	52,9
2003	1.898	889	46,8	92	4,8	1.130	59,5	263	7,3	7,5	4,6	33,2	31,5	50,1
2004	1.939	946	48,8	109	5,6	1.215	62,7	271	7,5	7,7	5,4	34,4	32,8	49,0

noch Tabelle 2.2.10:

Bezirk / Jahr	Lebendgeborene								Geburtenziffer ²⁾			Allgemeine Fruchtbarkeitsziffer		
	ins- gesamt	darunter:						mit aus- länd. Mutter						
		weiblich		ausländisch		Eltern nicht miteinander verheiratet ¹⁾								
		abs.	%	abs.	%	abs.	%		insge- samt	deutsch	aus- länd.	insge- samt ³⁾	deutsch ⁴⁾	aus- länd. ⁵⁾
Reinickendorf														
1990	2.242	1.054	47,0	279	12,4	440	19,6	.	9,0	8,4	17,8	46,2	.	.
1991	2.135	1.043	48,9	301	14,1	453	21,2	382	8,6	7,9	18,0	43,9	.	.
1992	2.231	1.066	47,8	344	15,4	470	21,1	420	8,9	8,1	19,3	45,7	41,5	81,2
1993	2.102	1.022	48,6	315	15,0	446	21,2	405	8,4	7,7	16,2	43,0	39,1	73,3
1994	2.162	1.038	48,0	383	17,7	510	23,6	484	8,6	7,7	18,1	44,3	39,1	83,2
1995	2.034	1.016	50,0	334	16,4	474	23,3	439	8,1	7,4	15,2	42,0	37,5	74,7
1996	2.185	1.055	48,3	319	14,6	517	23,7	435	8,6	8,1	13,6	45,1	41,3	72,2
1997	2.178	1.050	48,2	296	13,6	591	27,1	434	8,6	8,2	12,5	45,3	41,5	72,3
1998	2.027	997	49,2	266	13,1	585	28,9	397	8,1	7,8	11,9	42,8	39,1	70,0
1999	2.104	1.047	49,8	289	13,7	702	33,4	426	8,5	8,0	13,6	44,9	40,6	77,4
2000	1.928	960	49,8	106	5,5	640	33,2	375	7,8	8,1	5,1	41,5	37,8	69,0
2001	1.889	908	48,1	136	7,2	665	35,2	389	7,7	7,8	6,5	40,9	36,8	71,6
2002	1.823	888	48,7	120	6,6	672	36,9	351	7,4	7,6	5,7	39,5	36,2	63,4
2003	1.780	855	48,0	99	5,6	643	36,1	388	7,2	7,5	4,6	38,6	34,4	68,0
2004	1.850	909	49,1	91	4,9	693	37,5	376	7,5	7,8	4,2	40,3	36,8	63,9

¹⁾ Bis Juni 1998: nichtehelich, seit Juli 1998: Kinder nicht miteinander verheirateter Eltern.

²⁾ Lebendgeborene je 1.000 Einwohner der durchschnittlichen Bevölkerung.

³⁾ Lebendgeborene je 1.000 15- bis unter 45-jährige Frauen (durchschnittliche Bevölkerung).

⁴⁾ Lebendgeborene mit deutschen Müttern je 1.000 15- bis unter 45-jährige deutsche Frauen (durchschnittliche Bevölkerung).

⁵⁾ Lebendgeborene mit ausländischen Müttern je 1.000 15- bis unter 45-jährige Ausländerinnen (durchschnittliche Bevölkerung).

(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 2.2.11:
Totgeborene in Berlin 1991 - 2004
nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Legitimität sowie 2003 und 2004 nach Bezirken

Jahr / Bezirk	Totgeborene insgesamt				Darunter:				
	absolut	je 1.000 Geborene	männlich	weiblich	ausländisch			Eltern nicht miteinander verheiratet ¹⁾	
					zusammen	männlich	weiblich	abs.	%
Berlin									
1991	82	2,7	46	36	14	6	8	32	39,0
1992	77	2,6	44	33	16	12	4	34	44,2
1993	79	2,7	26	53	24	8	16	23	29,1
1994	105	3,7	52	53	26	16	10	37	35,2
1995	127	4,4	75	52	36	23	13	56	44,1
1996	163	5,4	74	89	37	12	25	68	41,7
1997	171	5,6	102	69	42	26	16	80	46,8
1998	146	4,9	83	63	33	19	14	58	39,7
1999	166	5,5	80	86	30	15	15	68	41,0
2000	162	4,5	85	77	31	16	15	71	44,3
2001	118	4,1	62	56	25	14	11	55	46,6
2002	131	4,5	57	74	28	12	16	58	44,3
2003	128	4,4	65	63	22	8	14	61	47,7
davon:									
Mitte	8	2,3	6	2	3	2	1	5	62,5
Friedrichshain-Kreuzberg	20	7,1	13	7	4	1	3	9	45,0
Pankow	18	5,5	12	6	-	-	-	16	88,9
Charlottenburg-Wilmersdorf	9	3,7	-	9	1	-	1	2	22,2
Spandau	4	2,3	1	3	-	-	-	-	-
Steglitz-Zehlendorf	5	2,4	2	3	1	-	1	-	-
Tempelhof-Schöneberg	10	3,7	5	5	2	-	2	5	50,0
Neukölln	19	6,1	7	12	7	4	3	6	31,6
Treptow-Köpenick	9	5,2	5	4	1	-	1	5	55,6
Marzahn-Hellersdorf	4	2,3	2	2	-	-	-	3	75,0
Lichtenberg	13	6,8	8	5	1	-	1	7	53,8
Reinickendorf	9	5,0	4	5	2	1	1	3	33,3
2004	156	5,3	85	71	20	10	10	72	46,2
davon:									
Mitte	8	2,3	5	3	3	1	2	3	37,5
Friedrichshain-Kreuzberg	18	6,1	11	7	4	4	-	11	61,1
Pankow	19	5,2	12	7	1	-	1	11	57,9
Charlottenburg-Wilmersdorf	10	4,4	4	6	-	-	-	3	30,0
Spandau	10	5,6	4	6	1	1	-	2	20,0
Steglitz-Zehlendorf	14	6,5	8	6	4	2	2	5	35,7
Tempelhof-Schöneberg	10	3,6	6	4	1	-	1	6	60,0
Neukölln	17	5,7	11	6	1	-	1	9	52,9
Treptow-Köpenick	11	6,1	6	5	-	-	-	4	36,4
Marzahn-Hellersdorf	5	2,7	1	4	-	-	-	4	80,0
Lichtenberg	22	11,2	13	9	3	2	1	10	45,5
Reinickendorf	12	6,4	4	8	2	-	2	4	33,3

¹⁾ Bis Juni 1998: nichtehelich, seit Juli 1998: Kinder nicht miteinander verheirateter Eltern.
(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 2.2.12:

Wanderungen der Bevölkerung über die Bezirks- und Landesgrenzen von Berlin 2004
nach Bezirken

Indikator 2.11

Bezirk	Zuzüge					Fortzüge					Saldo							
	ins-gesamt	Deutsche		Ausländer		ins-gesamt	Deutsche		Ausländer		ins-gesamt	Deutsche		Ausländer				
		je 1.000 Einw. ¹⁾	ab-solut	je 1.000 Einw. ¹⁾	ab-solut		je 1.000 Einw. ¹⁾	ab-solut	je 1.000 Einw. ¹⁾	ab-solut		je 1.000 Einw. ¹⁾	ab-solut	je 1.000 Einw. ¹⁾	ab-solut	je 1.000 Einw. ¹⁾	ab-solut	
																		je 1.000 Einw. ¹⁾
über Bezirks- und Landesgrenzen																		
Mitte	37.126	115,9	21.632	67,5	15.494	48,4	37.794	117,9	25.120	78,4	12.674	39,6	-668	-2,1	-3.488	-10,9	2.820	8,8
Friedrichshain-Kreuzberg	30.852	120,0	21.645	84,2	9.207	35,8	29.515	114,8	21.779	84,7	7.736	30,1	1.337	5,2	-134	-0,5	1.471	5,7
Pankow	30.049	86,0	24.056	68,9	5.993	17,2	28.156	80,6	23.616	67,6	4.540	13,0	1.893	5,4	440	1,3	1.453	4,2
Charlottenburg-Wilmersdorf	27.443	87,1	17.874	56,7	9.569	30,4	26.926	85,5	18.844	59,8	8.082	25,7	517	1,6	-970	-3,1	1.487	4,7
Spandau	13.481	59,7	9.826	43,5	3.655	16,2	13.131	58,2	9.962	44,1	3.169	14,0	350	1,6	-136	-0,6	486	2,2
Steglitz-Zehlendorf	21.373	74,1	16.146	56,0	5.227	18,1	20.120	69,7	15.750	54,6	4.370	15,1	1.253	4,3	396	1,4	857	3,0
Tempelhof-Schöneberg	28.508	85,1	20.121	60,1	8.387	25,0	29.256	87,3	21.940	65,5	7.316	21,8	-748	-2,2	-1.819	-5,4	1.071	3,2
Neukölln	24.249	79,3	15.142	49,5	9.107	29,8	25.425	83,1	17.393	56,8	8.032	26,3	-1.176	-3,8	-2.251	-7,4	1.075	3,5
Treptow-Köpenick	15.088	64,4	12.756	54,5	2.332	10,0	13.746	58,7	11.809	50,4	1.937	8,3	1.342	5,7	947	4,0	395	1,7
Marzahn-Hellersdorf	14.117	56,0	12.022	47,7	2.095	8,3	15.715	62,3	13.923	55,2	1.792	7,1	-1.598	-6,3	-1.901	-7,5	303	1,2
Lichtenberg	19.581	75,9	14.988	58,1	4.603	17,8	20.630	79,9	16.794	65,1	3.836	14,9	-1.039	-4,0	-1.806	-7,0	767	3,0
Reinickendorf	15.164	61,6	11.609	47,2	3.555	14,5	14.941	60,7	12.126	49,3	2.815	11,4	223	0,9	-517	-2,1	740	3,0
Berlin	277.041	81,8	197.817	58,4	79.224	23,4	275.355	81,3	209.056	61,7	66.299	19,6	1.686	0,5	-11.239	-3,3	12.925	3,8
darunter über die Landesgrenze																		
Mitte	17.645	55,1	8.352	26,1	9.293	29,0	14.772	46,1	8.107	25,3	6.665	20,8	2.873	9,0	245	0,8	2.628	8,2
Friedrichshain-Kreuzberg	13.487	52,4	8.392	32,6	5.095	19,8	10.282	40,0	7.026	27,3	3.256	12,7	3.205	12,5	1.366	5,3	1.839	7,2
Pankow	14.084	40,3	9.974	28,6	4.110	11,8	12.977	37,2	10.672	30,6	2.305	6,6	1.107	3,2	-698	-2,0	1.805	5,2
Charlottenburg-Wilmersdorf	11.871	37,7	6.162	19,6	5.709	18,1	11.403	36,2	6.846	21,7	4.557	14,5	468	1,5	-684	-2,2	1.152	3,7
Spandau	5.560	24,6	3.415	15,1	2.145	9,5	6.440	28,5	4.803	21,3	1.637	7,2	-880	-3,9	-1.388	-6,1	508	2,2
Steglitz-Zehlendorf	8.621	29,9	5.430	18,8	3.191	11,1	9.262	32,1	6.927	24,0	2.335	8,1	-641	-2,2	-1.497	-5,2	856	3,0
Tempelhof-Schöneberg	11.002	32,8	6.609	19,7	4.393	13,1	9.875	29,5	6.778	20,2	3.097	9,2	1.127	3,4	-169	-0,5	1.296	3,9
Neukölln	9.206	30,1	4.456	14,6	4.750	15,5	9.283	30,3	5.703	18,6	3.580	11,7	-77	-0,3	-1.247	-4,1	1.170	3,8
Treptow-Köpenick	5.579	23,8	4.304	18,4	1.275	5,4	6.455	27,6	5.499	23,5	956	4,1	-876	-3,7	-1.195	-5,1	319	1,4
Marzahn-Hellersdorf	5.403	21,4	4.130	16,4	1.273	5,0	7.530	29,9	6.703	26,6	827	3,3	-2.127	-8,4	-2.573	-10,2	446	1,8
Lichtenberg	7.798	30,2	4.758	18,4	3.040	11,8	8.777	34,0	6.461	25,0	2.316	9,0	-979	-3,8	-1.703	-6,6	724	2,8
Reinickendorf	5.011	20,4	3.431	13,9	1.580	6,4	6.525	26,5	5.127	20,8	1.398	5,7	-1.514	-6,2	-1.696	-6,9	182	0,7
Berlin	115.267	34,0	69.413	20,5	45.854	13,5	113.581	33,5	80.652	23,8	32.929	9,7	1.686	0,5	-11.239	-3,3	12.925	3,8

¹⁾ Wanderungen insgesamt sowie Wanderungen der deutschen und der ausländischen Bevölkerung wurden jeweils auf die gesamte durchschnittliche Bevölkerung bezogen.
(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Wirtschaftliche und soziale Lage

● Bildungsstand

Tabelle 2.2.13:
Allgemeinbildender Schulabschluss der Bevölkerung und der Erwerbstätigen in Berlin 2004
nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit der Befragten

Indikator 2.13

Geschlecht / Staatsange- hörigkeit	Maßeinheit	Bevölkerung / Erwerbstätige insgesamt	Darunter:				
			mit Angabe zum Schul- abschluss ¹⁾	Abschluss der/mit ...			ohne Schul- abschluss
				Haupt-/ Volksschule	Realschule / Polytechn. Oberschule der ehem. DDR	Fachhoch- schulreife / Abitur	
Bevölkerung ²⁾							
insgesamt	in 1.000	3.386,9	2.680,8	768,7	873,4	914,9	123,8
	%	100,0	79,2	22,7	25,8	27,0	3,7
	%		100,0	28,7	32,6	34,1	4,6
männlich	in 1.000	1.650,0	1.301,8	354,3	405,6	478,3	63,6
	%	100,0	78,9	21,5	24,6	29,0	3,9
	%		100,0	27,2	31,2	36,7	4,9
weiblich	in 1.000	1.736,9	1.379,0	414,4	467,8	436,6	60,2
	%	100,0	79,4	23,9	26,9	25,1	3,5
	%		100,0	30,1	33,9	31,7	4,4
deutsch	in 1.000	2.948,4	2.353,9	675,4	815,0	810,2	53,3
	%	100,0	79,8	22,9	27,6	27,5	1,8
	%		100,0	28,7	34,6	34,4	2,3
ausländisch	in 1.000	438,5	325,1	93,2	56,7	104,7	70,5
	%	100,0	74,1	21,3	12,9	23,9	16,1
	%		100,0	28,7	17,4	32,2	21,7
Erwerbstätige ³⁾							
insgesamt	in 1.000	1.407,7	1.350,3	205,8	532,9	578,6	33,0
	%	100,0	95,9	14,6	37,9	41,1	2,3
	%		100,0	15,2	39,5	42,8	2,4
männlich	in 1.000	736,5	706,9	119,5	261,5	305,0	20,9
	%	100,0	96,0	16,2	35,5	41,4	2,8
	%		100,0	16,9	37,0	43,1	3,0
weiblich	in 1.000	671,2	643,3	86,2	271,4	273,6	12,1
	%	100,0	95,8	12,8	40,4	40,8	1,8
	%		100,0	13,4	42,2	42,5	1,9
deutsch	in 1.000	1.265,7	1.216,2	171,0	504,1	527,9	13,2
	%	100,0	96,1	13,5	39,8	41,7	1,0
	%		100,0	14,1	41,4	43,4	1,1
ausländisch	in 1.000	142,0	134,0	34,7	28,9	50,7	19,7
	%	100,0	94,4	24,4	20,4	35,7	13,9
	%		100,0	25,9	21,6	37,8	14,7

¹⁾ Die Beantwortung der Fragen zum Schulabschluss ist für Personen ab 50 Jahren freiwillig.

²⁾ Befragt wurden nur die Personen, die zum Zeitpunkt der Erhebung keine allgemeinbildende Schule besuchten; in der Spalte "Bevölkerung insgesamt" sind jedoch die Zahlen von noch nicht schulpflichtigen Kindern, Schülern und "ohne Angabe" enthalten.

³⁾ Die Angaben beziehen sich auf die 15- bis unter 65-jährigen Erwerbstätigen.

(Datenquelle: StaLa Berlin, Ergebnisse des Mikrozensus / Berechnung: SenGesSozV- II A -)

Tabelle 2.2.14:
Beruflicher Ausbildungsabschluss der Bevölkerung und der Erwerbstätigen in Berlin 2004
nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Alter der Befragten

Indikator 2.14

Alter / Geschlecht / Staatsangehörigkeit	Maßeinheit	Bevölkerung / Erwerbstätige insgesamt	Darunter:			
			mit Angabe zum berufsbildenden bzw. Hochschul- abschluss ¹⁾	davon:		
				mit berufs- bildendem Abschluss ²⁾	mit Abschluss an einer (Fach-) Hochschule	ohne beruflichen Ausbildungs- abschluss ³⁾
Bevölkerung ⁴⁾						
insgesamt	in 1.000	3.386,9	2.777,6	1.466,9	514,7	796,0
	%	100,0	82,0	43,3	15,2	23,5
	%		100,0	52,8	18,5	28,7
dar. 25 J. u. älter	in 1.000	2.562,4	2.376,8	1.385,9	509,6	481,3
	%		100,0	52,8	18,5	28,7
	%					
männlich	in 1.000	1.650,0	1.353,9	703,9	282,6	367,4
	%	100,0	82,1	42,7	17,1	22,3
	%		100,0	52,0	20,9	27,1
weiblich	in 1.000	1.736,9	1.423,4	762,8	232,0	428,6
	%	100,0	82,0	43,9	13,4	24,7
	%		100,0	53,6	16,3	30,1
deutsch	in 1.000	2.948,4	2.433,8	1.372,7	458,1	603,0
	%	100,0	82,5	46,6	15,5	20,5
	%		100,0	56,4	18,8	24,8
dar. 25 J. u. älter	in 1.000	2.253,5	2.091,4	1.296,7	455,8	338,9
	%		100,0	62,0	21,8	16,2
	%					
ausländisch	in 1.000	438,5	343,7	94,1	56,6	193,0
	%	100,0	78,4	21,5	12,9	44,0
	%		100,0	27,4	16,5	56,2
dar. 25 J. u. älter	in 1.000	308,9	285,2	89,1	53,8	142,3
	%		100,0	27,4	16,5	56,2
	%					
Erwerbstätige ⁵⁾						
insgesamt	in 1.000	1.407,7	1.340,8	734,4	358,1	248,3
	%	100,0	95,2	52,2	25,4	17,6
	%		100,0	54,8	26,7	18,5
männlich	in 1.000	736,5	700,8	370,1	194,1	136,6
	%	100,0	95,2	50,3	26,4	18,5
	%		100,0	52,8	27,7	19,5
weiblich	in 1.000	671,2	640,2	364,3	164,1	111,8
	%	100,0	95,4	54,3	24,4	16,7
	%		100,0	56,9	25,6	17,5
deutsch	in 1.000	1.265,7	1.207,7	689,3	326,9	191,5
	%	100,0	95,4	54,5	25,8	15,1
	%		100,0	57,1	27,1	15,9
ausländisch	in 1.000	142,0	133,3	45,3	31,2	56,8
	%	100,0	93,9	31,9	22,0	40,0
	%		100,0	34,0	23,4	42,6

¹⁾ Die Beantwortung der Fragen zum beruflichen Abschluss ist für Personen ab 50 Jahren freiwillig.

²⁾ Der berufsbildende Abschluss beinhaltet den Abschluss einer Lehr-/Anlernausbildung und einer Fachschule.

³⁾ Bevölkerung: Einschließlich der 15-Jährigen und Älteren, die zum Zeitpunkt der Erhebung noch in einer beruflichen Ausbildung oder einem Studium standen.

⁴⁾ Befragt wurden nur Personen im Alter von 15 Jahren und älter; in der Spalte "Bevölkerung insgesamt" sind jedoch die Zahlen von Personen unter 15 Jahren und "ohne Angabe" enthalten.

⁵⁾ Die Angaben beziehen sich auf die 15- bis unter 65-jährigen Erwerbstätigen.

(Datenquelle: StaLa Berlin, Ergebnisse des Mikrozensus / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

● Erwerbstätigkeit und Einkommen

Tabelle 2.2.15:
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck
in Berlin 1991 - 2004 und in den Bundesländern 2004

Indikator 2.15

Jahr / Bundesland	Verfügbares Einkommen ¹⁾						
	insgesamt				je Einwohner		
	Mio. EUR	Veränderung zum Vorjahr in %	2000 = 100	Anteil an Deutschland in %	EUR	Veränderung zum Vorjahr in %	Index Deutschland = 100
1991	42.836	.	88,5	4,3	12.456	.	99,6
1992	45.072	5,2	93,2	4,2	13.047	4,7	98,0
1993	46.912	4,1	97,0	4,2	13.517	3,6	98,4
1994	47.742	1,8	98,7	4,1	13.730	1,6	96,8
1995	49.467	3,6	102,2	4,2	14.251	3,8	98,0
1996	49.071	-0,8	101,4	4,0	14.156	-0,7	95,6
1997	48.303	-1,6	99,8	3,9	14.021	-1,0	93,3
1998	47.430	-1,8	98,0	3,8	13.892	-0,9	90,9
1999	48.282	1,8	99,8	3,8	14.229	2,4	90,9
2000	48.378	0,2	100	3,7	14.296	0,5	88,9
2001	48.789	0,8	100,8	3,6	14.413	0,8	86,4
2002	48.742	-0,1	100,8	3,5	14.377	-0,2	85,4
2003	49.609	1,8	102,5	3,5	14.627	1,7	85,1
2004	49.924	0,6	103,2	3,4	14.738	0,8	84,0
weitere Bundesländer 2004							
Baden-Württemberg	205.898	2,4	112,4	14,2	19.233	2,2	109,6
Bayern	230.378	2,8	111,8	15,9	18.535	2,5	105,6
Brandenburg	38.168	1,9	108,2	2,6	14.856	2,2	84,7
Bremen	12.941	0,7	103,4	0,9	19.524	0,7	111,3
Hamburg	40.026	4,0	121,7	2,8	23.054	3,8	131,4
Hessen	111.950	2,7	113,0	7,7	18.385	2,7	104,8
Mecklenburg-Vorpommern	24.073	1,1	105,2	1,7	13.950	1,8	79,5
Niedersachsen	134.908	1,9	108,9	9,3	16.868	1,8	96,1
Nordrhein-Westfalen	332.235	2,2	107,8	23,0	18.383	2,2	104,8
Rheinland-Pfalz	68.302	1,7	108,4	4,7	16.828	1,7	95,9
Saarland	18.121	2,9	109,9	1,3	17.114	3,3	97,5
Sachsen	64.094	0,9	106,8	4,4	14.878	1,5	84,8
Sachsen-Anhalt	35.587	0,0	103,3	2,5	14.179	1,1	80,8
Schleswig-Holstein	46.997	1,5	107,7	3,2	16.631	1,2	94,8
Thüringen	33.787	0,0	104,4	2,3	14.290	0,7	81,5
Deutschland	1.447.390	2,1	109,5	100	17.544	2,1	100

¹⁾ Vorläufige Ergebnisse des Arbeitskreises "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder",
 Berechnungsstand: August 2005.

(Datenquelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder / StaLa Baden-Württemberg)

Tabelle 2.2.16:

Indikator 2.17

Privathaushalte, Ehepaare ohne Kinder und Familien mit Kindern unter 18 Jahren in Berlin 2004 nach monatlichem Haushalts-/Familiennettoeinkommen, Altersgruppen und Geschlecht der Bezugsperson

Haushaltsgröße / Alter in Jahren und Geschlecht der Bezugsperson / Familientyp	Haushalte / Familien							
	insgesamt	darunter: mit monatlichem Nettoeinkommen in EUR						
		unter 500	500 - 899	900 - 1299	1.300 - 1499	1.500 - 1999	2.000 - 2599	2600 u. mehr
in 1.000								
Privathaushalte								
unter 25	139,6	19,5	68,1	29,0	7,9	8,1	/	/
25 - 34	318,2	15,0	77,0	77,0	29,6	52,3	34,0	33,2
35 - 44	402,0	7,4	66,9	68,6	32,5	64,5	61,0	100,8
45 - 64	630,4	11,0	103,9	98,5	52,7	96,7	95,5	172,0
65 u. älter	403,8		56,8	103,9	44,5	85,9	63,2	45,8
insgesamt	1.894,0	56,8	372,6	376,9	167,2	307,6	258,0	354,5
dar.: mit weiblicher Bezugsperson	810,6	24,1	185,5	208,6	85,2	127,7	83,9	95,6
Einpersonenhaushalte								
unter 25	102,6	19,4	59,5	17,0	/	/	/	/
25 - 34	180,6	14,7	67,4	46,6	15,0	21,2	9,8	5,9
35 - 44	171,0	7,2	55,3	37,8	13,5	25,2	17,9	13,9
45 - 64	263,4	11,0	93,8	61,5	26,8	31,6	18,5	20,2
65 u. älter	233,7	/	54,3	92,1	31,8	35,3	11,7	/
zusammen	951,3	56,0	330,3	255,0	90,6	115,6	58,3	45,2
dar.: mit weiblicher Bezugsperson								
unter 25	52,9	9,6	30,1	10,7	/	/	-	-
25 - 34	72,2	5,5	26,3	19,6	7,4	8,4	/	/
35 - 44	55,9	/	16,0	12,8	5,1	9,7	6,4	3,6
45 - 64	125,2	/	41,9	32,8	15,5	17,9	7,9	5,4
65 u. älter	186,4	/	45,7	74,6	24,5	28,2	8,1	/
zusammen	492,6	23,6	159,9	150,5	53,9	65,2	25,8	13,7
Familien								
insgesamt	816,8	7,7	45,9	116,5	68,9	167,1	165,1	244,8
darunter:								
ohne Kinder	364,7	/	11,1	36,9	27,0	83,6	93,0	112,5
Familien mit Kindern bis 17 Jahre	339,7	6,5	31,4	67,9	33,1	64,0	50,1	86,0
davon:								
Ehepaare	183,3	/	/	19,2	13,3	34,2	36,9	77,4
Alleinerziehende	156,4	6,4	29,3	48,7	19,8	29,9	13,2	8,6
dar. weiblich	127,8	5,4	24,2	40,6	16,9	24,5	10,2	5,8

/ = Wert nicht sicher genug (< 5,0)

(Datenquelle: StaLa Berlin, Ergebnisse des Mikrozensus)

Tabelle 2.2.17:
Erwerbstätige und Erwerbstätigenquote in Berlin 2004
nach Alter, Geschlecht und Bezirken

Indikator 2.18

Bezirk in neuer und alter Struktur	Erwerbstätige						
	insgesamt in 1.000	darunter: 15 bis 64-Jährige					
		insgesamt		Frauen		Männer	
		in 1.000	Quote ¹⁾ in %	in 1.000	Quote ¹⁾ in %	in 1.000	Quote ¹⁾ in %
Mitte	128,6	127,8	54,2	56,1	49,5	71,8	58,4
Friedrichshain-Kreuzberg	111,3	110,5	54,7	50,7	52,9	59,8	56,3
Pankow	166,0	164,6	63,6	80,5	63,5	84,1	63,7
Charlottenburg-Wilmersdorf	130,7	128,4	58,8	61,5	55,8	66,8	61,9
Spandau	79,7	78,7	53,5	38,4	52,7	40,4	54,4
Steglitz-Zehlendorf	124,6	121,5	60,9	60,6	57,8	60,9	64,2
Tempelhof-Schöneberg	133,3	132,4	57,3	62,9	55,0	69,5	59,7
Neukölln	104,1	103,9	48,3	48,8	48,0	55,1	48,7
Treptow-Köpenick	98,0	96,8	62,7	47,7	62,0	49,1	63,4
Marzahn-Hellersdorf	119,3	119,0	61,1	59,2	60,6	59,8	61,7
Lichtenberg	116,2	115,5	59,6	56,5	59,5	59,0	59,8
Reinickendorf	95,9	95,0	56,6	44,1	52,3	50,8	60,9
Bezirke vor der Gebietsreform ²⁾							
Mitte	40,7	40,6	69,8	17,2	65,5	23,4	73,2
Tiergarten	33,5	33,3	53,0	14,9	48,4	18,5	57,4
Wedding	54,4	53,9	46,9	24,0	42,7	29,9	50,9
Prenzlauer Berg	69,8	69,4	62,1	32,8	61,6	36,6	62,7
Friedrichshain	53,0	52,5	62,7	25,1	64,5	27,4	61,1
Kreuzberg	58,2	58,0	49,0	25,5	44,9	32,5	52,9
Charlottenburg	73,1	71,5	57,7	34,6	55,9	36,9	59,4
Spandau	79,7	78,7	53,5	38,4	52,7	40,4	54,4
Wilmersdorf	57,6	56,9	60,3	26,9	55,8	29,9	65,1
Zehlendorf	39,0	37,1	60,3	18,3	57,6	18,8	63,3
Schöneberg	62,9	62,8	57,5	29,9	55,4	32,9	59,6
Steglitz	85,6	84,4	61,1	42,4	58,0	42,1	64,7
Tempelhof	70,4	69,6	57,2	33,0	54,6	36,5	59,8
Neukölln	104,1	103,9	48,4	48,8	48,0	55,1	48,7
Treptow	49,2	49,1	64,0	23,9	63,1	25,2	64,8
Köpenick	48,8	47,7	61,4	23,8	60,9	23,9	62,0
Lichtenberg	63,0	62,4	57,0	30,8	57,9	31,6	56,1
Weißensee	36,9	36,6	67,3	17,5	65,0	19,1	69,6
Pankow	59,3	58,7	63,2	30,2	65,0	28,5	61,4
Reinickendorf	95,9	95,0	56,6	44,1	52,3	50,8	60,9
Marzahn	60,8	60,6	59,5	30,0	59,6	30,6	59,4
Hohenschönhausen	53,1	53,1	63,1	25,7	61,4	27,4	64,8
Hellersdorf	58,5	58,4	62,9	29,2	61,6	29,2	64,3
Berlin	1.407,7	1.394,0	57,7	667,0	55,9	727,0	59,4

¹⁾ Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung der gleichen Alters- und Geschlechtsgruppe.

²⁾ Ab 2001 wurden die Werte für die 23 Bezirke über die Anteile an den 12 Bezirken nach den Verhältnissen von 2000 hochgerechnet.

(Datenquelle: StaLa Berlin, Ergebnisse des Mikrozensus)

● Alleinerziehende

Tabelle 2.2.18:
Alleinerziehende mit minderjährigen Kindern in Berlin 1992 bis 2004

Indikator 2.19

Jahr	Alleinerziehende ¹⁾ mit Kindern bis 17 Jahre				Darunter: mit Kindern ...							
	insgesamt		darunter erwerbslos		bis 5 Jahre			von 6 bis 17 Jahren				
	1.000	% aller Familien ²⁾	1.000	%	zusammen		darunter erwerbslos		zusammen		darunter erwerbslos	
					1.000	%	1.000	%	1.000	%	1.000	%
1992	121,3	29,4	18,9	15,6	50,4	9,1	18,1	83,2	12,2	14,7		
1993	127,7	30,8	21,1	16,5	49,7	8,9	17,9	91,1	14,4	15,8		
1994	128,1	31,3	22,3	17,4	50,8	10,0	19,7	90,9	15,0	16,5		
1995	134,5	32,4	25,3	18,8	51,0	11,0	21,6	96,9	17,2	17,8		
1996	140,1	34,4	23,3	16,6	48,1	10,2	21,2	104,9	16,0	15,3		
1997	136,8	34,3	24,4	17,8	47,0	10,0	21,3	104,0	18,0	17,3		
1998	138,6	36,5	28,6	20,6	47,8	10,2	21,2	104,2	22,0	21,1		
1999	135,7	37,0	26,1	19,3	45,2	9,2	20,3	102,6	19,5	19,0		
2000	135,4	38,3	22,1	16,3	47,1	8,1	17,2	98,7	16,3	16,5		
2001	146,7	41,7	27,9	19,0	53,1	9,4	17,7	100,6	20,3	20,2		
2002	154,9	43,6	28,3	18,3	57,8	10,9	18,9	109,4	20,7	18,9		
2003	151,1	43,7	32,4	21,4	58,9	14,1	24,0	105,8	22,6	21,4		
2004	156,4	46,0	34,4	22,0	64,4	16,2	25,2	106,6	23,6	22,1		

¹⁾ Alleinerziehende insgesamt können Kinder in beiden aufgeführten Altersgruppen haben, Ergebnisse der Summierung weichen deshalb ab.

²⁾ Mit Kindern bis 17 Jahre.

(Datenquelle: StaLa Berlin, Ergebnisse des Mikrozensus / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

● Soziale Lage

Tabelle 2.2.19:
Arbeitslose und Arbeitslosenquote in Berlin im Jahresdurchschnitt 1991 - 2005

Indikator 2.20

Jahr	Arbeitslose insgesamt		Davon:				Darunter:									
			Männer		Frauen		Langzeit-arbeitslose ¹⁾		Ausländer		Jugendliche				Schwer-behinderte	
	absolut	Quo- te ²⁾	absolut	Quo- te ²⁾	absolut	Quo- te ²⁾	absolut	Quo- te ³⁾	absolut	Quo- te ²⁾	unter 20 Jahre		unter 25 Jahre		absolut	Quo- te ³⁾
1991	179.953	10,6	96.270	10,7	83.682	10,4	.	.	18.909	.	6.005	.	24.193	.	7.473	.
1992	207.058	12,4	108.409	12,3	98.650	12,6	.	.	26.563	.	6.178	.	29.312	.	9.097	.
1993	203.924	12,8	107.988	12,8	95.936	12,8	.	.	30.394	.	4.922	11,5	26.169	.	9.158	.
1994	210.130	13,2	112.305	13,4	97.825	12,9	.	.	31.723	.	4.238	11,1	23.752	.	8.826	.
1995	213.383	13,6	116.033	14,2	97.351	13,0	62.132	.	34.679	.	4.676	13,4	23.152	.	8.777	.
1996	235.999	15,3	129.868	16,1	106.131	14,3	70.037	.	38.637	.	5.233	14,6	25.314	.	9.322	.
1997	265.667	17,3	146.474	18,3	119.193	16,1	80.542	.	43.041	.	6.173	17,1	28.025	.	10.307	.
1998	273.118	17,9	153.040	19,4	120.078	16,3	96.898	.	45.076	33,5	6.524	17,8	29.928	23,2	10.433	.
1999	268.174	17,7	151.918	19,5	116.256	15,8	98.084	.	44.644	33,3	6.036	16,2	27.787	20,4	10.409	.
2000	264.819	17,6	151.782	19,5	113.037	15,5	95.803	.	44.600	33,3	6.625	15,7	30.424	20,7	10.026	.
2001	272.330	17,9	157.584	20,1	114.746	15,6	93.505	.	45.751	34,9	6.760	13,9	32.195	20,6	9.832	.
2002	288.285	18,9	168.668	21,6	119.617	16,2	101.767	.	48.684	37,1	6.766	12,8	35.307	21,8	9.761	.
2003	306.556	20,2	179.948	23,1	126.609	17,1	116.047	.	51.278	37,9	5.771	11,2	35.055	21,8	10.126	.
2004	298.661	19,9	174.698	22,7	123.963	16,9	123.822	.	50.806	37,4	4.838	10,4	31.731	20,2	10.187	.
2005 ⁵⁾	319.177	21,5	180.825	24,0	138.352	19,0	125.787	.	59.515	44,1	8.486	19,8	38.560	23,0	11.029	.

¹⁾ Personen, die ein Jahr und mehr arbeitslos und bei der Arbeitsagentur gemeldet sind.

²⁾ Prozentualer Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen zivilen Erwerbspersonen in der jeweiligen Personengruppe.

³⁾ Aufgrund fehlender Bezugszahl kann keine Quote gebildet werden.

⁴⁾ Revidierte Daten durch die neue Informationstechnik Data Warehouse seit Dezember 1997. Stand: 12.01.2006.

⁵⁾ Die Zusammenlegung der bisherigen Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zur neuen Grundsicherung "Arbeitslosengeld II" nach SGB II seit 01.01.2005 führt zu einem statistischen Effekt der Arbeitslosenzahlen. Vorjahresvergleiche sind nur eingeschränkt möglich.

(Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit - Regionaldirektion Berlin-Brandenburg)

Tabelle 2.2.20:
Arbeitslose in Berlin Ende Dezember 2005
nach Agenturen für Arbeit Berlin und Bezirken

Indikator 2.21

Agentur für Arbeit (AA) / Bezirk	Arbeitslose insgesamt		Davon:				Darunter:									
	absolut	Quote ²⁾	Männer		Frauen		Langzeit- arbeitslose ¹⁾		Ausländer		Jugendliche				Schwer- behinderte	
			absolut	% ³⁾	absolut	% ³⁾	absolut	% ³⁾	absolut	% ³⁾	unter 20 Jahre	unter 25 Jahre	absolut	% ³⁾	absolut	% ³⁾
											absolut	% ³⁾	absolut	% ³⁾	absolut	% ³⁾
Berlin	297.780	20,2	169.457	56,9	128.323	43,1	123.972	41,6	58.017	19,5	7.300	2,5	33.445	11,2	10.709	3,6
AA Berlin Mitte ⁴⁾⁵⁾	113.771	22,3	66.554	58,5	47.217	41,5	52.203	45,9	22.883	20,1	2.920	2,6	14.052	12,4	3.782	3,3
Friedrichshain-Kreuzberg	32.460	27,4	19.331	59,6	13.129	40,4	14.619	45,0	8.502	26,2	591	1,8	2.714	8,4	1.143	3,5
Mitte	32.144	24,8	19.328	60,1	12.816	39,9	15.768	49,1	11.149	34,7	721	2,2	3.276	10,2	907	2,8
Lichtenberg	22.258	17,1	12.975	58,3	9.283	41,7	8.917	40,1	1.930	8,7	575	2,6	3.328	15,0	1.071	4,8
Marzahn-Hellersdorf	26.909	20,4	14.920	55,4	11.989	44,6	12.899	47,9	1.302	4,8	1.033	3,8	4.734	17,6	661	2,5
AA Berlin Nord ⁴⁾⁶⁾	91.585	19,4	51.246	56,0	40.339	44,0	35.908	39,2	14.185	15,5	2.122	2,3	9.528	10,4	3.470	3,8
Charlottenburg-Wilmersdorf	24.767	23,7	13.397	54,1	11.370	45,9	9.577	38,7	5.338	21,6	375	1,5	1.870	7,6	898	3,6
Pankow	27.578	16,0	16.298	59,1	11.280	40,9	10.538	38,2	1.795	6,5	492	1,8	3.043	11,0	885	3,2
Reinickendorf	18.698	18,2	10.286	55,0	8.412	45,0	6.778	36,2	3.309	17,7	521	2,8	2.149	11,5	842	4,5
Spandau	20.542	22,2	11.265	54,8	9.277	45,2	9.015	43,9	3.743	18,2	734	3,6	2.466	12,0	845	4,1
AA Berlin Süd ⁴⁾⁷⁾	92.424	18,9	51.657	55,9	40.767	44,1	35.861	38,8	20.949	22,7	2.258	2,4	9.865	10,7	3.457	3,7
Neukölln	32.846	26,3	19.126	58,2	13.720	41,8	12.907	39,3	11.006	33,5	1.014	3,1	3.930	12,0	1.218	3,7
Treptow-Köpenick	16.937	15,3	9.708	57,3	7.229	42,7	6.612	39,0	876	5,2	386	2,3	2.008	11,9	535	3,2
Steglitz-Zehlendorf	14.607	13,5	7.642	52,3	6.965	47,7	5.152	35,3	2.367	16,2	220	1,5	1.217	8,3	634	4,3
Tempelhof-Schöneberg	28.034	19,2	15.181	54,2	12.853	45,8	11.190	39,9	6.700	23,9	638	2,3	2.710	9,7	1.070	3,8

¹⁾ Personen, die ein Jahr und mehr arbeitslos und bei der Arbeitsagentur gemeldet sind.

²⁾ Prozentualer Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen zivilen Erwerbspersonen.

³⁾ Anteile bezogen auf die Arbeitslosen insgesamt der jeweiligen Region.

⁴⁾ Da bestimmte Fälle datenverarbeitungstechnisch keinem Verwaltungsbezirk zugeordnet werden können, kann die Summe aus den Bezirken geringfügig von den Zahlen der Agentur für Arbeit abweichen.

⁵⁾ Unter Beibehaltung des Namens Agentur für Arbeit Berlin Mitte sind die früheren Agenturen Berlin Mitte und Berlin Ost am 01.05.2005 fusioniert.

⁶⁾ Unter Beibehaltung des Namens Agentur für Arbeit Berlin Nord sind die früheren Agenturen Berlin Nord und Berlin West am 01.12.2002 fusioniert.

⁷⁾ Unter Beibehaltung des Namens Agentur für Arbeit Berlin Süd sind die früheren Agenturen Berlin Süd und Berlin Südwest am 01.04.2005 fusioniert.

(Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit - Regionaldirektion Berlin-Brandenburg / Agenturen für Arbeit Berlin)

Tabelle 2.2.21:
Empfängerinnen und Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb
von Einrichtungen in Berlin 2002 - 2004 (Stand: 31.12.)
nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Altersgruppen und Bezirken

Indikatoren 2.22/2.23

Jahr / Bezirk	Empfängerinnen/Empfänger											
	insgesamt		davon:		darunter:		davon: im Alter von ... Jahren					
	abs.	je 1.000 Einw.	weibl.	männl.	abs.	je 1.000 Einw. ¹⁾	0 - 6	7 - 17	18 - 24	25 - 49	50 - 64	65 u.m.
je 1.000 Einwohner der Altersgruppe												
2002												
Mitte	41.200	128	21.013	20.187	17.863	204	337	247	126	106	93	52
Friedrichshain-Kreuzberg	32.453	128	16.239	16.214	12.408	218	331	234	114	104	100	61
Pankow	16.376	47	8.503	7.873	1.127	56	167	67	64	45	24	11
Charlottenburg-Wilmersdorf	17.090	54	9.158	7.932	5.342	103	137	94	62	49	44	34
Spandau	20.230	90	11.133	9.097	3.951	142	256	155	116	91	48	28
Steglitz-Zehlendorf	9.941	34	5.448	4.493	2.137	82	94	61	49	37	20	11
Tempelhof-Schöneberg	22.480	67	12.174	10.306	7.230	144	184	122	78	59	46	32
Neukölln	39.475	128	20.530	18.945	15.219	231	334	209	150	124	75	43
Treptow-Köpenick	8.816	38	4.545	4.271	609	81	159	57	68	40	15	5
Marzahn-Hellersdorf	14.822	58	7.885	6.937	1.141	130	241	77	87	50	23	11
Lichtenberg	13.410	51	7.094	6.316	1.596	78	221	86	71	48	22	9
Reinickendorf	15.454	63	8.463	6.991	3.129	147	186	107	89	66	33	19
Berlin	251.747	74	132.185	119.562	71.752	161	226	127	91	69	44	25
2003												
Mitte	41.467	129	21.021	20.446	17.497	202	340	259	114	109	96	52
Friedrichshain-Kreuzberg	32.603	127	16.158	16.445	12.095	211	327	245	108	104	101	56
Pankow	17.175	49	8.857	8.318	1.012	48	164	76	66	47	27	9
Charlottenburg-Wilmersdorf	17.555	56	9.282	8.273	5.376	102	140	98	69	51	46	31
Spandau	21.325	94	11.491	9.834	4.106	148	282	169	120	101	52	15
Steglitz-Zehlendorf	10.651	37	5.763	4.888	2.246	85	96	64	54	40	22	13
Tempelhof-Schöneberg	22.026	66	11.893	10.133	6.866	137	187	128	78	60	46	20
Neukölln	41.005	134	21.162	19.843	15.328	231	349	222	158	132	77	34
Treptow-Köpenick	9.347	40	4.801	4.546	637	83	165	60	68	43	18	4
Marzahn-Hellersdorf	16.660	66	8.804	7.856	1.230	141	275	91	98	59	26	6
Lichtenberg	14.152	55	7.465	6.687	1.763	87	227	101	75	54	23	2
Reinickendorf	16.569	67	8.990	7.579	3.314	152	209	124	96	73	34	10
Berlin	260.535	77	135.687	124.848	71.470	160	234	138	93	73	46	20
2004												
Mitte	41.760	130	21.185	20.575	17.683	199	336	277	102	111	100	50
Friedrichshain-Kreuzberg	33.217	129	16.408	16.809	12.253	210	335	263	114	106	99	37
Pankow	17.749	51	9.048	8.701	1.020	46	159	83	74	48	29	7
Charlottenburg-Wilmersdorf	18.365	58	9.560	8.805	5.480	103	150	109	78	56	47	26
Spandau	21.551	95	11.466	10.085	3.972	142	285	175	123	103	54	13
Steglitz-Zehlendorf	11.338	39	6.155	5.183	2.421	89	101	69	59	43	24	11
Tempelhof-Schöneberg	22.478	67	12.021	10.457	6.777	134	196	137	85	63	46	15
Neukölln	43.064	141	21.894	21.170	15.678	236	374	243	169	144	80	21
Treptow-Köpenick	10.034	43	5.108	4.926	655	82	165	69	76	47	20	2
Marzahn-Hellersdorf	17.366	69	9.068	8.298	1.329	148	274	102	107	64	27	3
Lichtenberg	15.320	60	8.054	7.266	2.105	101	244	115	85	59	24	2
Reinickendorf	18.343	75	9.922	8.421	3.766	171	235	139	115	81	37	9
Berlin	270.585	80	139.889	130.696	73.139	161	242	151	99	78	48	16

¹⁾ Ausländische Bevölkerung.

(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 2.2.22:

Indikatoren 2.22/2.23

**Empfängerinnen und Empfänger von Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in Berlin 2002 - 2004 (Stand: 31.12.)
nach Geschlecht, Altersgruppen und Bezirken**

Jahr / Bezirk	Empfängerinnen/Empfänger									
	insgesamt			davon:		davon: im Alter von ... Jahren				
	abs.	je 1.000 Einw.		weibl.	männl.	0 - 6	7 - 17	18 - 24	25 - 49	50 u.m.
		insg. ¹⁾	ausl. ²⁾							
2002										
Mitte	2.498	8	29	1.112	1.386	21	19	10	6	2
Friedrichshain-Kreuzberg	2.099	8	37	937	1.162	23	22	9	6	2
Pankow	1.812	5	89	800	1.012	13	15	9	4	1
Charlottenburg-Wilmersdorf	1.763	6	34	770	993	17	19	10	5	1
Spandau	1.020	5	37	403	617	9	9	9	5	1
Steglitz-Zehlendorf	1.179	4	45	535	644	12	9	9	5	1
Tempelhof-Schöneberg	1.371	4	27	586	785	11	12	8	4	1
Neukölln	961	3	15	446	515	10	6	5	3	1
Treptow-Köpenick	1.352	6	180	626	726	16	15	10	6	1
Marzahn-Hellersdorf	1.331	5	151	556	775	17	8	9	5	1
Lichtenberg	1.279	5	63	590	689	17	11	7	5	1
Reinickendorf	470	2	22	197	273	5	4	4	2	0
Berlin ³⁾	19.786	6	44	8.453	11.333	16	13	10	6	1
2003										
Mitte	2.626	8	30	1.121	1.505	22	21	12	7	2
Friedrichshain-Kreuzberg	2.073	8	36	928	1.145	23	21	9	6	2
Pankow	1.749	5	83	745	1.004	13	14	9	4	1
Charlottenburg-Wilmersdorf	1.611	5	31	682	929	15	18	9	5	1
Spandau	928	4	33	375	553	11	10	8	4	0
Steglitz-Zehlendorf	1.089	4	41	497	592	10	9	8	4	1
Tempelhof-Schöneberg	1.282	4	26	510	772	10	11	7	4	1
Neukölln	799	3	12	371	428	7	5	4	2	1
Treptow-Köpenick	1.323	6	173	601	722	16	14	11	6	1
Marzahn-Hellersdorf	1.250	5	143	510	740	16	8	10	5	1
Lichtenberg	1.102	4	55	483	619	12	11	6	4	1
Reinickendorf	528	2	24	226	302	6	5	4	2	0
Berlin ³⁾	18.053	5	40	7.660	10.393	15	13	9	5	1
2004										
Mitte	1.564	5	18	678	886	11	15	6	4	1
Friedrichshain-Kreuzberg	1.268	5	22	574	694	13	15	6	3	1
Pankow	984	3	44	408	576	7	9	5	2	1
Charlottenburg-Wilmersdorf	1.312	4	25	561	751	12	15	8	4	1
Spandau	417	2	15	165	252	4	5	4	2	0
Steglitz-Zehlendorf	757	3	28	346	411	7	7	6	3	0
Tempelhof-Schöneberg	1.290	4	26	516	774	10	10	6	4	1
Neukölln	664	2	10	311	353	6	5	4	2	1
Treptow-Köpenick	1.115	5	140	503	612	13	13	9	5	1
Marzahn-Hellersdorf	712	3	79	286	426	9	5	6	2	0
Lichtenberg	723	3	35	325	398	9	9	3	3	0
Reinickendorf	444	2	20	190	254	4	4	4	2	0
Berlin ³⁾	12.707	4	28	5.394	7.313	10	10	7	4	1

¹⁾ Bevölkerung insgesamt.

²⁾ Ausländische Bevölkerung.

³⁾ Einschließlich Empfänger, die von der Zentralen Leistungsstelle und der Zentralen Aufnahmeeinrichtung für Asylbewerber betreut werden.

(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 2.2.23:
Empfängerhaushalte von Wohngeld in Berlin 2002 - 2004 (Stand: 31.12.)
nach Bezirken

Indikator 2.24

Bezirk	Empfängerhaushalte von Wohngeld								
	absolut	in %	je 1.000 Privat- haus- halte ¹⁾	absolut	in %	je 1.000 Privat- haus- halte ¹⁾	absolut	in %	je 1.000 Privat- haus- halte ¹⁾
	2002			2003			2004		
Mitte	28.127	11,5	16	33.028	12,8	18	34.173	12,4	18
Friedrichshain-Kreuzberg	27.754	11,4	19	30.517	11,9	19	30.965	11,2	19
Pankow	23.036	9,5	11	24.866	9,7	12	28.342	10,3	14
Charlottenburg-Wilmersdorf	17.211	7,1	9	15.763	6,1	8	18.419	6,7	10
Spandau	19.658	8,1	17	18.151	7,1	16	17.737	6,4	15
Steglitz-Zehlendorf	9.987	4,1	7	10.708	4,2	7	11.507	4,2	7
Tempelhof-Schöneberg	20.932	8,6	11	19.481	7,6	10	21.601	7,8	12
Neukölln	31.452	12,9	19	32.391	12,6	20	36.495	13,2	23
Treptow-Köpenick	14.217	5,8	12	15.178	5,9	12	16.087	5,8	13
Marzahn-Hellersdorf	18.305	7,5	15	21.265	8,3	17	22.639	8,2	18
Lichtenberg	18.763	7,7	13	20.658	8,0	15	22.010	8,0	16
Reinickendorf	13.840	5,7	11	15.110	5,9	12	16.159	5,8	13
Berlin ²⁾	243.535	100,0	13	257.344	100,0	14	276.318	100,0	15

¹⁾ Privathaushalte: Ergebnisse des Mikrozensus.

²⁾ Einschließlich Wohngeldempfänger, die von der Hauptfürsorgestelle betreut werden.

(Datenquelle: StaLa Berlin)

3. Gesundheitszustand der Bevölkerung

3.1 Ausgewählte Schwerpunkte

3.1.1 Gesundheitliche Lage von Kindern in Berlin

Obwohl sich die Kindergesundheit in der Bundesrepublik Deutschland derzeit auf höchstem Niveau befindet, gibt es immer noch (und teilweise sogar neue) ernst zu nehmende Gesundheitsprobleme, denen Kinder in erster Linie im Zusammenhang mit Gesundheitsrisiken und sozialem Umfeld ausgesetzt sind.

Auch wenn Kinder und Jugendliche als „gesündeste Population“ gelten, mehren sich Hinweise darauf, dass sich Gesundheitsstörungen infolge gesundheitsschädigender Verhaltensweisen häufen. Daraus resultieren Schäden wie beispielsweise durch Nikotin, Alkohol, ungesundes Ernährungsverhalten und Bewegungsmangel - zunehmend sind Kinder und Jugendliche derartigen Gesundheitsrisiken ausgesetzt. Besonders betroffen sind hier wiederum Kinder und Jugendliche, die in einem Umfeld mit ungünstigen sozialen Bedingungen oder in Armut aufwachsen¹.

3.1.1.1 Ausgewählte Daten zur Lebenserwartung und Mortalität

Lebenserwartung

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes betrug im Zeitraum von 2002 bis 2004 die durchschnittliche Lebenserwartung eines neugeborenen Mädchens in der Bundesrepublik Deutschland 81,5 Jahre. Nach wie vor beträgt die Differenz zu den neugeborenen Jungen, deren durchschnittliche Lebenserwartung derzeit bei 75,9 Jahren liegt, über fünfeneinhalb Jahre.

Bis Ende der neunziger Jahre lag die Lebenserwartung der Berliner bei beiden Geschlechtern noch unter dem Bundesdurchschnitt. Im Zeitraum von 2002 bis 2004 hatten neugeborene Jungen aus Berlin jedoch Bundesniveau erreicht, auch bei den Mädchen (81,3 Jahre) betrug die Differenz nur noch 0,2 Jahre.

Innerhalb der Berliner Bezirke gibt es hinsichtlich der Lebenserwartung große Unterschiede. Der Einfluss der sozialen Lage auf die Lebenserwartung wird bei einem Regionalvergleich deutlich. Seit Jahren liegt die Lebenserwartung sowohl beim weiblichen als auch beim männlichen Geschlecht in Bezirken, deren Bevölkerung eine hohes Maß an negativen Indizes aufweist (wie z. B. niedriger Schul- und Berufsabschluss, hohe Arbeitslosen- und Sozialhilfequoten), deutlich unter der der Berlinerinnen und Berliner, die in Bezirken leben, denen eine vergleichsweise gute Sozialstruktur bescheinigt wird. Nach wie vor haben z. B. Mädchen und Jungen aus dem Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg (dem Bezirk mit der berlinweit schlechtesten Sozialstruktur) von allen Berliner Bezirken die niedrigste Lebenserwartung. Sie lag auch im Zeitraum 2002 bis 2004 bei den Mädchen mit 79,9 Jahren noch 2,6 Jahre unter den errechneten Werten der Mädchen aus dem Bezirk Treptow-Köpenick (wo von allen Berliner Bezirken Mädchen seit Mitte der neunziger Jahre mit der höchsten Lebenserwartung rechnen können). Noch ungünstiger stellt sich die Differenz bei den Jungen dar. Männliche Neugeborene aus Friedrichshain-Kreuzberg, deren durchschnittliche Lebenserwartung derzeit etwa 73,8 Jahre beträgt, haben beispielsweise mit einer um dreieinhalb Jahre kürzeren Lebenserwartung

Lebenserwartung steht im Kontext mit der sozialen Lage

¹ Schneeweiß, B. (2005): Neue Krankheitsbilder in der Pädiatrie. Symposium MEDICAL - Jahresanalyse 2004/2005, S. 52 - 54.

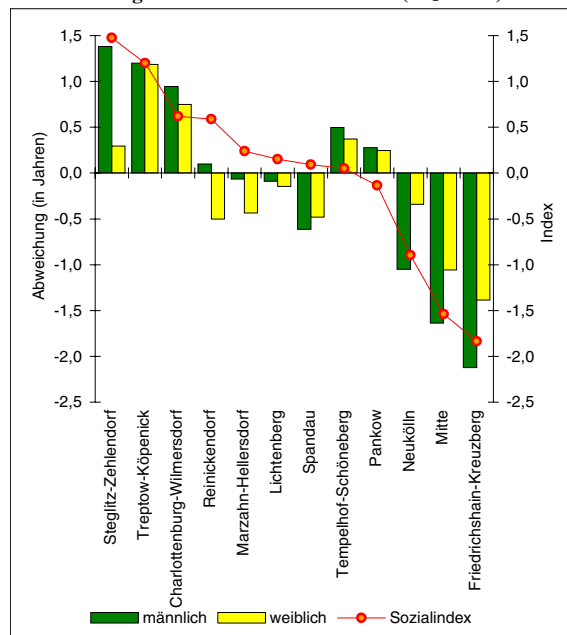
zu rechnen als Jungen aus dem Bezirk Steglitz-Zehlendorf (77,3 Jahre). Von allen Berliner Bezirken haben Jungen aus Steglitz-Zehlendorf seit Anfang der neunziger Jahre die höchste Lebenserwartung (vgl. Abbildung 3.1).

Säuglingssterblichkeit

Mit der Säuglingssterblichkeit wird der Anteil der Säuglinge erfasst, die innerhalb des ersten Lebensjahres sterben. Nach wie vor wird sie als Indikator zur Beurteilung der Gesundheitslage einer Bevölkerung genutzt.

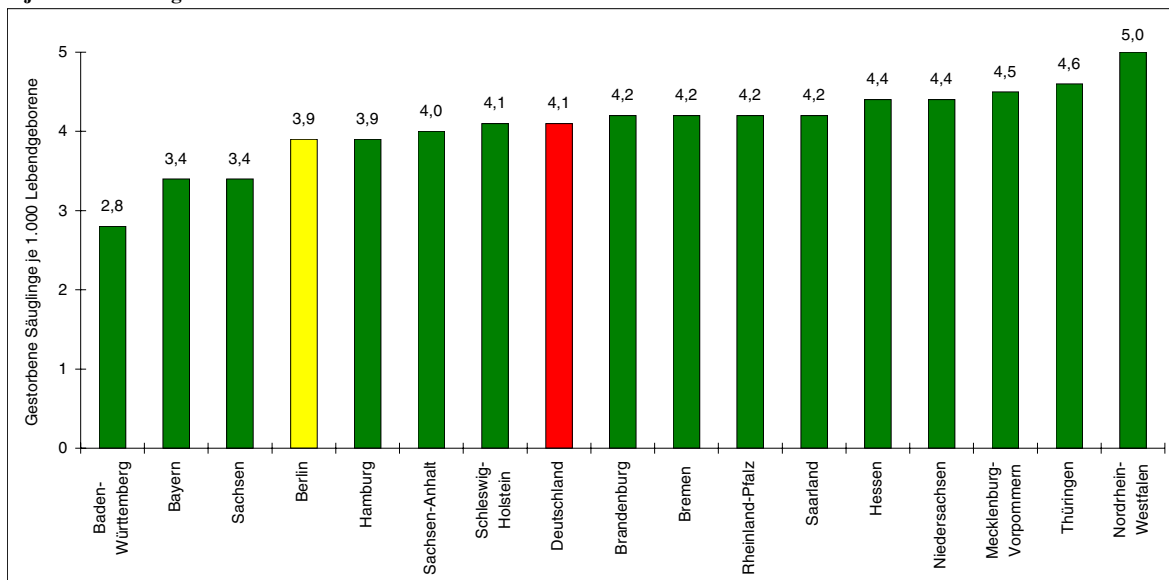
Deutschland gehört weltweit zu den Ländern mit den niedrigsten Säuglingssterblichkeitsquoten. Im Jahr 2004 wurde mit 4,1 gestorbenen Säuglingen je 1.000 Lebendgeborene die bis dahin niedrigste Ziffer erreicht. Berlin gehört wiederum seit Jahren zu den Bundesländern, in denen das Risiko, im ersten Lebensjahr zu sterben, deutlich unter dem Bundesniveau liegt (vgl. Tabelle 3.2.43 und Abbildung 3.2).

Abbildung 3.1:
Zusammenhang zwischen Sozialindex (2003) und durchschnittlicher Lebenserwartung (in Jahren) in Berlin 2002 - 2004 (zusammengefasst) nach Geschlecht und Bezirken - Abweichung vom Berliner Durchschnitt (in Jahren)



(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung und Darstellung: SenGesSozV - II A -)

Abbildung 3.2:
Säuglingssterblichkeit in der Bundesrepublik Deutschland 2004 nach Bundesländern - je 1.000 Lebendgeborene

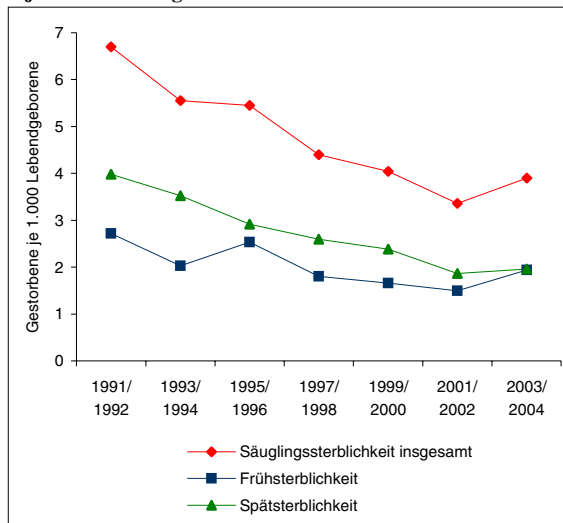


(Datenquelle: StBA / Darstellung: SenGesSozV - II A -)

Neuerlicher Anstieg der Säuglingssterblichkeit

In Berlin wurde, nach einem bis dahin kontinuierlichen Rückgang der Sterbeziffer, im Jahr 2002 mit 3,3 gestorbenen Säuglingen je 1.000 Lebendgeborene die bis dahin niedrigste Rate ermittelt. Danach kam es jedoch wieder zu einem Anstieg der Sterbefälle (von 95 im Jahr 2002 auf immerhin

Abbildung 3.3:
Säuglingssterblichkeit in Berlin 1991 - 2004 (jeweils zwei Jahre zusammengefasst)
- je 1.000 Lebendgeborene



(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung und Darstellung:
 SenGesSozV - II A -)

114 in 2004). Bezogen auf 1.000 Lebendgeborene betrug die Zunahme 0,6 ‰ (vgl. Abbildung 3.3). Jungen haben gegenüber Mädchen ein deutlich höheres Risiko, im ersten Lebensjahr zu sterben. Im Zeitraum von 1991 bis 2004 lag die Sterberate der männlichen Säuglinge rund 30 ‰ über der weiblichen.

Ein höheres Risiko, innerhalb des ersten Lebensjahres zu sterben, haben zudem Säuglinge ausländischer Herkunft. Unter Berücksichtigung der Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes zum 01.01.2000 hatten ausländische Säuglinge in den nachfolgenden Jahren mit 7,4 ‰ ein mehr als doppelt so hohes Sterberisiko als deutsche (3,3 Gestorbene je 1.000 Lebendgeborene). Insgesamt gesehen ging der Anstieg der Säuglingssterblichkeit in Berlin vornehmlich auf eine Zunahme in den Bezirken Mitte, Neukölln und Reinickendorf und hier wiederum auf einen starken Anstieg der Frühsterblichkeit (immerhin 30 ‰) zurück (vgl. Abbildung 3.3).

Das Todesursachenspektrum im Säuglingsalter wird von nur wenigen Todesursachen dominiert. Mehr als jeder zweite Säuglingssterbefall geht zu Lasten von Todesursachen, die ihren Ursprung in der Perinatalperiode haben (z. B. extreme Unreife, schwerwiegende Störungen der Atmung unter der Geburt). Bei mehr als jedem zehnten Säuglingssterbefall sind angeborene Herzfehler die Todesursache. Nahezu jeder zehnte Sterbefall wurde außerdem in den letzten Jahren in Berlin durch den so genannten Plötzlichen Kindstod (SIDS) verursacht. Erfreulicherweise ist die SIDS-Sterblichkeit in Berlin (aber auch bundesweit) rückläufig, während die Zahl derer, bei denen ein zu niedriges Geburtsgewicht als Todesursache kodiert wurde, zugenommen hat.

Perinatalsterblichkeit

Die Perinatalsterblichkeit umfasst die Frühsterblichkeit (Gestorbene in der ersten Lebenswoche) und die Totgeburtlichkeit. Sie ist ein guter Indikator zur Beurteilung der Wirksamkeit der unmittelbaren geburtshilflich-neonatologischen Betreuung. Gleichzeitig liefert sie wichtige Informationen über Qualität und Effektivität der Schwangerenbetreuung.

Von 1992 bis 1994 hatte Berlin bundesweit, bezogen auf 1.000 Geborene, die niedrigste Perinatalsterblichkeit (vgl. Tabelle 3.2.43). Mit der Änderung des Personenstandsgesetzes zum 01.04.1994 (§ 29 legt fest, dass Totgeburten seitdem bereits ab einem Geburtsgewicht von 500 Gramm in das Sterbebuch des zuständigen Standesamtes einzutragen sind) kam es in allen Bundesländern zu einem starken Anstieg der Totgeborenenrate. In Berlin stieg die Perinatalsterblichkeit überproportional an (allein von 1993 bis 1995 um etwa 50 ‰). Bedingt durch rückläufige Raten hatte Berlin im Zeitraum von 2001 bis 2003 erstmals wieder auf Bundesniveau liegende Raten.

Änderung des Personenstandsgesetzes bewirkte Zunahme der Totgeburtlichkeit

Im Jahr 2004 kam es jedoch zu einem neuerlichen starken Anstieg der Totgeborenenrate. Gegenüber dem Vorjahr (128 Totgeborene bzw. 4,4 je 1.000 Geborene) stieg diese um mehr als ein Fünftel an (156 bzw. 5,3 je 1.000).

Wie die Säuglingssterblichkeit liegt auch die perinatale Sterblichkeit innerhalb der ausländischen Population über der der deutschen: Betrachtet nach der Staatsangehörigkeit hatten Ausländer im Zeitraum von 2001 bis 2004 mit durchschnittlich 14,5 Fällen je 1.000 Geborene eine fast dreifach höhere Perinatalsterblichkeit als das bei Deutschen mit 5,5 je 1.000 der Fall war.

Soziale Lage beeinflusst Säuglings- und Perinatalsterblichkeit

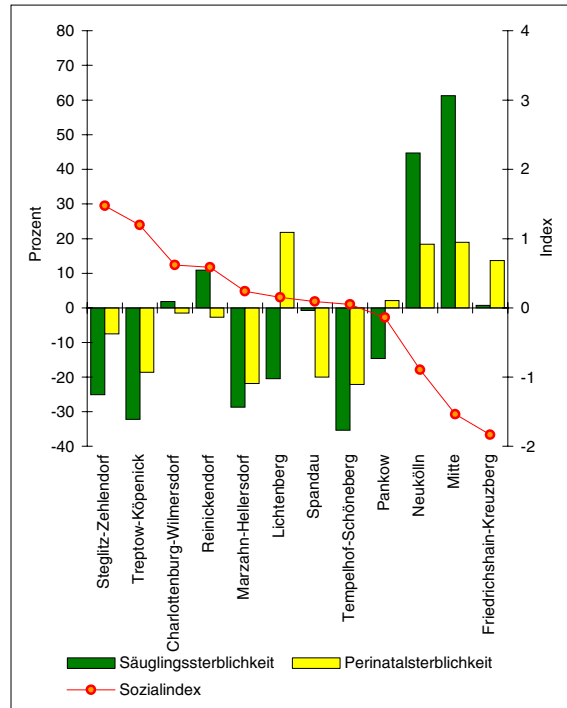
Sowohl Säuglings- als auch Perinatalsterblichkeit reagieren sensibel auf eine Vielzahl von Determinanten. Ein wichtiger Gradient ist die soziale Lage der Bevölkerung, in der die Mutter bzw. die Eltern der gestorbenen Säuglinge leben. Bezug nehmend auf die Sterblichkeitsausmaße haben u. a. Prädiktoren wie persönliche Risiken der Schwangeren (Alter, Geburtenrang, Ehestatus, familiäre Belastung, besondere psychische und/oder soziale Belastung, Nationalität, Staatsangehörigkeit) aber auch verhaltensbedingte Risiken (Gesundheits- und Krankheitsverhalten wie Rauchen, Abusus, Inanspruchnahme von Gesundheits- bzw. Versorgungsangeboten) einen hohen Stellenwert. Die genannten Indikatoren werden wiederum durch schichtspezifische Indizes, z. B. schulische und berufliche Qualifikation, sprachliche und soziostrukturelle Zugangsprobleme zum Gesundheitsversorgungssystem oder die wirtschaftliche Lage (Einkommen, Erwerbsstatus, Anzahl der Sozialhilfeempfänger) beeinflusst.

Dass die Höhe der Säuglings- und Perinatalsterblichkeit im Kontext mit der sozialen Lage steht, wird beim Regionalvergleich deutlich. In Berlin wurden z. B. im Zeitraum von 2000 bis 2004 in den Bezirken mit den ungünstigsten Sozialindizes (Friedrichshain-Kreuzberg, Mitte und Neukölln) deutlich höhere Sterberaten als in den Bezirken mit der günstigsten Sozialstruktur (Steglitz-Zehlendorf, Treptow-Köpenick) beobachtet (vgl. Abbildung 3.4).

Kindersterblichkeit

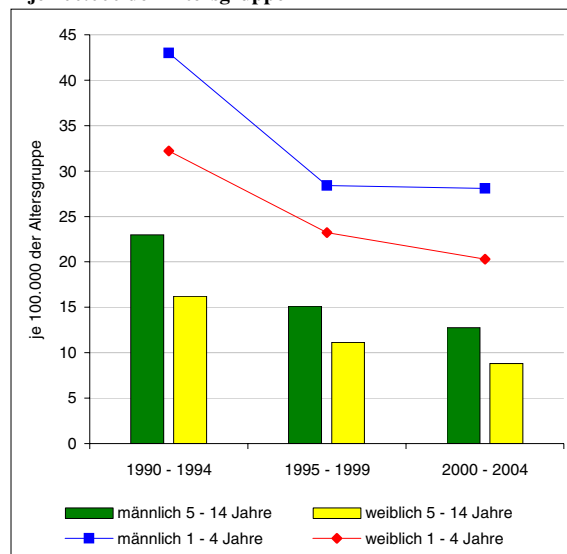
Verglichen mit der Säuglingssterblichkeit ist die Sterblichkeit der Klein-, Vorschul- und Schulkinder (gemeint ist in folgenden Ausführungen die Altersgruppe der 1- bis unter 15-Jährigen) relativ gering. Im Durchschnitt gesehen starben in den letzten fünf Jahren jährlich etwa 24 Mädchen und

Abbildung 3.4:
Zusammenhang zwischen Sozialindex (2003) und Säuglings- und Perinatalsterblichkeit in Berlin 2000 - 2004 (zusammengefasst) nach Bezirken
- Abweichung vom Berliner Durchschnitt (in %)



(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung und Darstellung: SenGesSozV - II A -)

Abbildung 3.5:
Geschlechtsspezifische Kindersterblichkeit in Berlin 1990 - 2004 (jeweils fünf Jahre zusammengefasst) nach ausgewählten Altersgruppen
- je 100.000 der Altersgruppe



(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung und Darstellung: SenGesSozV - II A -)

35 Jungen innerhalb dieser Bevölkerungsgruppe. Die Sterberate der Jungen betrug im Zeitraum 2000 bis 2004 im Durchschnitt gesehen 16,8 Gestorbene je 100.000 der Altersgruppe, die der Mädchen lag bei 12,6 und damit ein Viertel unter der der Knaben.

Nahezu jeder zweite Sterbefall betraf 1- bis unter 5-jährige Kinder, deren Sterbeziffer mit durchschnittlich 25,8 Gestorbenen je 100.000 130 % über der der 5- bis unter 15-Jährigen (10,8 je 100.000) lag.

Aufgrund der relativ geringen Fallzahlen unterliegt die Kindersterblichkeit in Berlin jährlichen Schwankungen. Insgesamt gesehen ging sie aber seit Anfang der neunziger Jahre deutlich zurück. Das betraf Jungen und Mädchen gleichermaßen. Der Sterblichkeitsrückgang war aber bei den Schulkindern (minus 45 %) deutlich intensiver als bei den Kleinkindern (minus 36 %) (vgl. Abbildung 3.5).

Anders als im höheren Erwachsenenalter spielen nichtnatürliche Sterbefälle (z. B. Tod infolge von Verletzungen und Vergiftungen) bei Kindern, Jugendlichen und jüngeren Erwachsenen eine bedeutendere Rolle. Während der Anteil der nichtnatürlichen Sterbefälle bei über 65-Jährigen bei lediglich 2 % liegt, stellen die in die Klassifikation der nichtnatürlichen Sterbefälle fallenden Todesursachen bei Kindern etwa jeden vierten Todesfall.

Wie im Säuglings- wird auch im späteren Kindesalter das Todesursachenspektrum von nur wenigen Ursachen geprägt. Bei den natürlichen Todesursachen stellen Todesfälle infolge von bösartigen Neubildungen (wie etwa Leukämien, Hirntumore und Knochenkrebs) fast jeden dritten Sterbefall. Bei den nichtnatürlichen Todesursachen gehen fast drei Viertel der Sterbefälle zu Lasten von Transportmittel- und häuslichen Unfällen.

Vermeidbare Sterbefälle im Säuglings- und Kindesalter

Nach der von einer EU-Arbeitsgruppe erarbeiteten Definition zu vermeidbaren Todesfällen (derzeit gelten Sterbefälle bei 29 Todesursachen oder Todesursachengruppen innerhalb bestimmter Altersgruppen als vermeidbar) könnte in Berlin immerhin etwa jeder zweite Sterbefall im Säuglingsalter und jeder vierte bei den 1- bis unter 15-Jährigen vermieden werden. Im Säuglingsalter sind es die perinatalen Sterbefälle, also die Gestorbenen in der ersten Lebenswoche und die Totgeborenen, die per definitionem als vermeidbar gelten. Im Kindesalter sind dann hauptsächlich Todesfälle infolge von Transportmittelunfällen und Leukämien zu nennen, die einen vermeidbaren Sterbefall bedingen.

Unter Nichteinbeziehung der Totgeborenen (derzeit in Berlin etwa 138 per anno) sterben jährlich immerhin noch 65 unter 15-jährige Berliner Kinder (27 weiblichen, 38 männlichen Geschlechts) an Krankheiten oder Ereignissen, die dem vermeidbaren Todesursachenspektrum zuzuordnen sind.

3.1.1.2 Ausgewählte Morbiditätsdaten

Das Krankheitsspektrum im Kindes- und Jugendalter hat sich in den westlichen Industriestaaten, insbesondere in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts, entscheidend verändert. Die Veränderung des Morbiditätsspektrums wiederum ging mit einer Verschiebung von den akuten (z. B. Infektionskrankheiten) zu den chronischen Erkrankungen (z. B. Asthma, Allergien) und von den somatischen zu den psychischen Störungen einher².

Meldepflichtige Infektionskrankheiten

Zur wirksamen Bekämpfung von übertragbaren Infektionskrankheiten besteht in der Bundesrepublik Deutschland gemäß Infektionsschutzgesetz (IfSG) (bis 2000 Bundes-Seuchengesetz) eine Meldepflicht für bestimmte Infektionskrankheiten und/oder deren Erreger.

² siehe Fußnote 1.

Meldepflichtige Infektionskrankheiten bei Kindern auf bisher niedrigstem Stand

Infektionskrankheiten, die nach dem IfSG gemeldet werden müssen, spielen im Kindesalter eine wichtige Rolle, denn mehr als jede vierte Meldung betrifft die Altersgruppe der 0- bis unter 15-Jährigen. Für das Jahr 2004 wurden den Berliner Gesundheitsämtern 3.153 an meldepflichtigen Infektionskrankheiten erkrankte Kinder gemeldet. Das war die bis dahin niedrigste Zahl. Mit 756 erkrankten Kindern je 100.000 der Gesamtpopulation lag die Morbiditätsziffer 7 % unter Vorjahresniveau. Am häufigsten erkrankten Kinder im Alter von 1 bis unter 5 Jahren (50 %), weitere 28 % waren im Alter von 5 bis unter 15 Jahren, 22 % der Erkrankten waren im Säuglingsalter (vgl. Tabelle 3.1).

Gastroenteritiden, am häufigsten verursacht durch Rotaviren, betreffen die meisten Meldungen bei Kindern. Zwei Drittel der für das Jahr 2004 insgesamt gemeldeten Infektionskrankheiten bei Kindern waren allein auf Rotavirus-Enteritisfälle zurückzuführen. Etwa jede fünfte Durchfallerkrankung wurde durch Noroviren bzw. Salmonellen verursacht. Insgesamt machten infektiöse Darmerkrankungen etwa 93 % aller Meldungen im Kindesalter aus.

Bösartige Neubildungen

In der Bundesrepublik Deutschland erkranken pro Jahr rund 1.800 Kinder an Krebs. Das ergibt eine Inzidenz von etwa 14 Neuerkrankungen je 100.000 unter 15-Jährige. Der Anteil der bösartigen Neubildungen bei Kindern an allen Erkrankungen im Kindesalter liegt zwar nur bei unter einem Prozent, Sterbefälle infolge bösartiger Neubildungen sind aber bei 1- bis unter 15-jährigen Kindern nach Verletzungen und Vergiftungen Todesursache Nummer zwei. Erfreulicherweise haben sich die Heilungschancen der Kinder weiter verbessert. Derzeit können acht von zehn Erkrankten vollständig geheilt werden.

Das Risiko Berliner Kinder, an Krebs zu erkranken, liegt unter Bundesdurchschnitt

Nach den Angaben des Kinderkrebsregisters in Mainz wurden im Zeitraum von 1994 bis 2003 621 an Krebs erkrankte Kinder aus Berlin gemeldet. Der Anteil an allen Meldungen (17.890 Fälle) betrug damit 3,5 %. Bezogen auf je 100.000 unter 15-Jährige lag die (kumulierte) altersstandardisierte Inzidenzrate der Berliner Kinder mit 13,2 je 100.000 7 % unter dem Bundesdurchschnitt (14,2 je 100.000 der Altersgruppe).

Den 621 im Krebsregister Mainz erfassten Erkrankungsfällen aus Berlin standen 119 (49 Mädchen, 70 Jungen) an bösartigen Neubildungen gestorbene Kinder gegenüber. Anders als im Erwachsenenalter ist bei Kindern noch kein eindeutiger Trend in Richtung Sterblichkeitsrückgang erkennbar. Ob die für das Jahr 2004 bisher niedrigste Zahl der an Krebs gestorbenen Berliner Kinder eine Trendwende einläutet, bleibt daher abzuwarten.

Ausgewählte Daten zum Unfallgeschehen

Unfälle im Säuglings- und Kindesalter zählen zu den wichtigsten Gesundheitsrisiken in diesem Alter. Ein Drittel aller Unfälle im Kindesalter ereignen sich im häuslichen Milieu und in der Freizeit. Mehr als die Hälfte (55 %) der Kinder verunfallen jedoch in Kindergärten und Schulen. Etwas mehr als jeder zehnte Unfall ist auf einen Transportmittelunfall zurückzuführen.

Laut Daten der Berliner Unfallkasse erlitten im Jahr 2004 rund 11.000 (bzw. 8 %) der 135.400 Berliner Kita-Kinder einen Unfall. Obwohl gegenüber dem Vorjahr 3.000 Kinder weniger in den Kindertagesstätten angemeldet waren, blieb die Zahl der Unfälle mit etwas mehr als 40 Unfallmeldungen pro Tag nahezu konstant.

Tabelle 3.1:
Nach dem Infektionsschutzgesetz gemeldete Infektionskrankheiten bei 0- bis unter 15-Jährigen in Berlin 2001 - 2004

Jahr	Gemeldete Neuerkrankungen		
	absolut	je 100.000	Anteil (in %)
2001	3.799	845,6	32,2
2002	3.397	774,2	24,0
2003	3.474	812,1	29,9
2004	3.153	756,0	25,8

(Datenquelle: RKI / Berechnung: SenGesSozV
- II A -)

Auch für Schülerunfälle ist die Unfallkasse Trägerin der gesetzlichen Unfallversicherung. Wie die Auswertungen der Kasse ergaben, ereigneten sich im Jahr 2004 bei rund 340.700 Berliner Schülerinnen und Schülern knapp 52.580 Schulunfälle. Das ergab eine Zahl von durchschnittlich 270 Unfällen pro Schultag.

Kinder haben ein erhöhtes Risiko, im Straßenverkehr zu verunfallen. Auf Berliner Straßen verunglückten im Jahr 2004 1.354 unter 15-Jährige. Bezogen auf je 100.000 der Altersgruppe lag die Unfallrate damit bei 316 je 100.000 unter 15-Jährige. Von den in Berlin verunglückten Kindern erlitten 1.176 (87 %) leichte Verletzungen. 178 Kinder (13 %) wurden jedoch schwer verletzt.

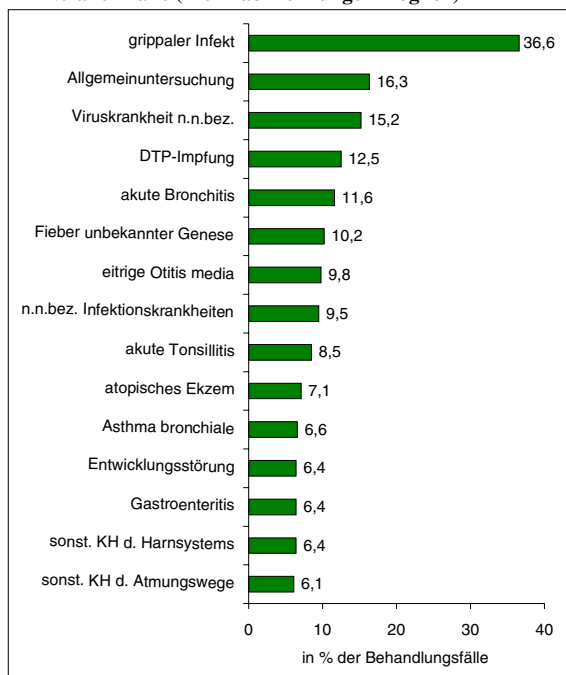
Insgesamt kamen von 1993 bis 2004 auf Berlins Straßen 1.233 Menschen auf Grund von Verkehrsunfällen ums Leben. 94 (darunter 32 Mädchen) waren jünger als 15 Jahre. Etwa jedes vierte gestorbene Kind lebte jedoch nicht in der Stadt. Die Zahl der an den Folgen von *Verkehrsunfällen* gestorbenen Berliner Kinder liegt seit 1999 bei etwa zwei per anno. Die Sterblichkeit der Berliner Kinder ging von 1993 bis 2004 um 79 % zurück und lag in den letzten Jahren bei 0,5 Gestorbenen je 100.000. Im Bundesdurchschnitt ging die Sterblichkeit um 46 % zurück. Mit einer Ziffer von 1,7 gestorbenen Kindern je 100.000 hatten aber auch in den letzten drei Jahren unter 15-Jährige aus dem übrigen Bundesgebiet ein mehrfach höheres Sterberisiko, im Straßenverkehr ums Leben zu kommen, als Gleichaltrige aus Berlin.

Berliner Kinder sterben seltener infolge von Verkehrsunfällen als Kinder aus dem übrigen Bundesgebiet

Ambulante Morbidität

Für die ambulante medizinische Versorgung von Kindern und Jugendlichen steht in der Bundesrepublik Deutschland eine Vielzahl an verschiedenen Einrichtungen zur Verfügung. Hinsichtlich der Beschreibung und Beurteilung der ambulanten Morbidität im Kindesalter ist die Datenlage nach wie vor als defizitär zu bezeichnen. Angaben existieren mehr oder weniger nur zu den gesundheitlichen Rahmenbedingungen im ambulanten Bereich.

Abbildung 3.6:
Die häufigsten Behandlungsdiagnosen in den kinderärztlichen Vertragsarztpraxen in Berlin 2004 (I. Quartal)
- in % aller Fälle (Mehrfachnennungen möglich)



(Datenquelle: KV Berlin / Darstellung: SenGesSozV - II A -)

Bezogen auf die Behandlung von Kindern im niedergelassenen Bereich waren Ende 2004 in Berlin 336 Ärztinnen/Ärzte für Kinderheilkunde und weitere 31 in der Fachrichtung Kinder- und Jugendpsychiatrie/-psychotherapie tätig. Der Versorgungsgrad in der Kinderheilkunde lag bei 79 Kinderärzten und -ärztinnen je 100.000 Kinder. Das diagnosespezifische Behandlungsspektrum in den Kinderarztpraxen spiegelt jedoch nur unzureichend den eigentlichen Gesundheitszustand der Kinder wider. So werden gesundheitsverhaltensbedingte Krankheiten und Gesundheitsstörungen sowie umweltbedingte Krankheiten (abgesehen von in der Praxis durchgeführten Impfungen und von allergenbedingten Krankheitsbildern) kaum erfasst.

Betrachtet nach der Häufigkeit der Behandlungsdiagnosen waren nach Angaben der KV Berlin in den Kinderarztpraxen im I. Quartal 2004 Erkrankungen der oberen Luftwege, diese wiederum angeführt von grippalen Infekten, die mit Abstand häufigsten Gründe einer Kinderarztkonsultation. Aber auch Asthma bronchiale und Neurodermitis zählten vergleichsweise zu den häufigsten Behandlungsanlässen (vgl. Abbildung 3.6).

Stationäre Morbidität

Daten zur stationären Behandlung der Bevölkerung in den Krankenhäusern der Bundesrepublik Deutschland werden im Rahmen der Verordnung über die Bundesstatistik für Krankenhäuser (Krankenhausstatistik-Verordnung, KHStatV-Teil II: Diagnosen) seit 1994 erfasst und ausgewertet.

Den Auswertungen der Krankenhausdiagnosedaten zufolge wurden in den letzten Jahren jährlich etwa 41.200 Berliner Kinder (23.400 Jungen, 17.800 Mädchen) in den Berliner Krankenhäusern vollstationär behandelt. Der Anteil der Kinder an allen im Krankenhaus behandelten Berlinerinnen und Berlinern lag bei knapp sieben Prozent. Die Zahl der im Durchschnitt für die Behandlung von Kindern im Krankenhaus benötigten Betten betrug 613 pro Tag (davon für die Behandlung von Säuglingen etwa 250). Das entsprach 4 % der insgesamt für die stationäre Behandlung der Berliner Bevölkerung am Tag belegten Betten. Mit einer durchschnittlichen Verweildauer von fünfeinhalb Tagen lag diese bei Kindern etwa 4 Tage unter der Liegedauer aller über 15-jährigen Berliner Krankenhauspatienten.

Stationäre Morbiditätsrate im Kindesalter weiter angestiegen

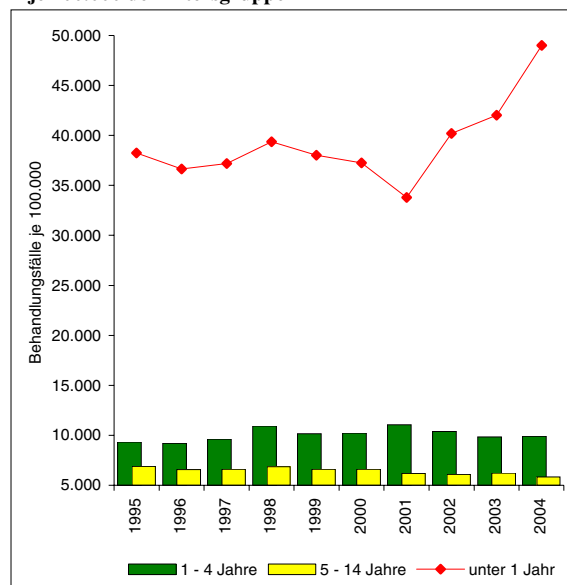
Die absolute Zahl der stationären Behandlungsfälle ging von 1995 bis 2004 um 14 % zurück. Bezogen auf 100.000 der Altersgruppe kann jedoch von einem Rückgang der Krankenhausinanspruchnahme im Kindesalter noch keine Rede sein. Im genannten Zeitraum stieg die Rate um 9 % an und erreichte im Jahr 2004 mit 9.933 Fällen je 100.000 der Altersgruppe ihren bis dahin höchsten Stand. Jungen befanden sich im gesamten Beobachtungszeitraum deutlich häufiger (im Durchschnitt jährlich etwa 10.300 Fälle je 100.000 der Altersgruppe) in stationärer Behandlung als Mädchen (8.410 je 100.000).

Die Häufigkeit von Krankenhausbehandlungen im Kindesalter hängt stark von der Altersgruppe der zu behandelnden Kinder ab. Säuglinge befinden sich mit Abstand am häufigsten im Krankenhaus. Ihre stationäre Morbiditätsrate entspricht etwa der der 70- bis unter 75-jährigen Berliner Krankenhauspatienten und -patientinnen. Die Behandlungsrate der unter 1-Jährigen stieg in den letzten Jahren stark an. Mit 49.022 Behandlungsfällen je 100.000 wurde im Jahr 2004 in Berlin zudem die bis dahin höchste stationäre Morbiditätsrate innerhalb dieser Altersgruppe erreicht. Das bedeutet, dass, statistisch gesehen, jeder zweite Berliner Säugling einmal im Jahr vollstationär in einem Berliner Krankenhaus behandelt wurde.

Anders bei Klein- und Schulkindern: Bei den 1- bis unter 5-Jährigen ist ein Rückgang der Krankenhaushäufigkeit erkennbar. In den Jahren 2003 und 2004 lag die Behandlungsrate mit durchschnittlich 9.880 Fällen je 100.000 der Altersgruppe seit 1997 zudem erstmals wieder unter 10.000. Auch bei den 5- bis unter 15-Jährigen wurde mit 5.847 Behandlungsfällen je 100.000 im Jahr 2004 die bis dahin niedrigste Behandlungsziffer registriert. Das entsprach seit 1995 einem Rückgang von immerhin 15 % (vgl. Abbildung 3.7).

Zwischen den Berliner Bezirken gibt es seit Auswertungsbeginn der Diagnosestatistik bezüglich der Häufigkeitsverteilungen erhebliche Unterschiede. In nahezu allen Altersgruppen ist auch 15 Jahre nach der Wiedervereinigung der Stadt eine unterschiedliche Krankenhausinanspruchnahme zu beobachten.

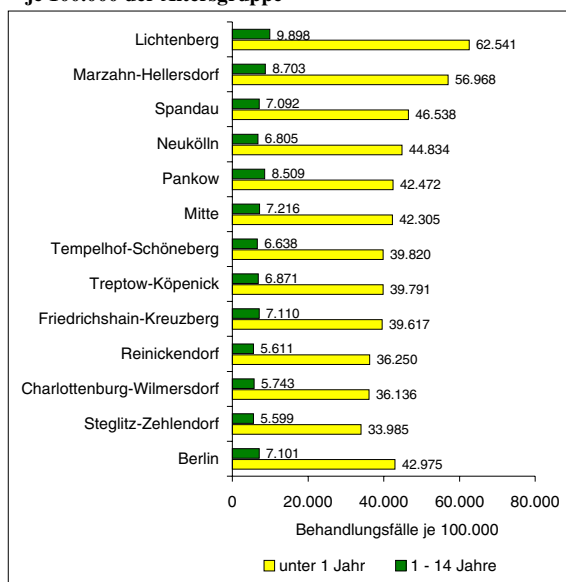
Abbildung 3.7:
Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschl. Sterbefälle) in Berlin (nur Berliner Kinder) 1995 - 2004 nach ausgewählten Altersgruppen - je 100.000 der Altersgruppe



(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil II / Berechnung und Darstellung: SenGesSozV - II A -)

Im gesamten Beobachtungszeitraum (1995 bis 2004) befanden sich Kinder aus den östlichen Bezirken Berlins durchweg häufiger als Kinder aus den westlichen Bezirken der Stadt in stationärer Behandlung. Die höhere Behandlungsmorbidität der Kinder aus (ehemals) Berlin-Ost spiegelt sich in allen betrachteten Altersgruppen wider. Und sie trifft, bis auf Treptow-Köpenick, auf alle Kinder der östlichen Bezirke Berlins zu. Aussagen zur Krankenhaushäufigkeit von Kindern aus dem ehemaligen Ostbezirk „Mitte“ (nach der Bezirksreform mit Wedding und Tiergarten stellt dieser jetzt den „Neubezirk“ Mitte) können an dieser Stelle nicht getroffen werden. Bis zur Bezirksreform hatten aber Kinder aus Mitte deutlich höhere Behandlungsraten als vergleichsweise Kinder aus den Bezirken Wedding und Tiergarten. Selbiges trifft auch auf Kinder aus dem ehemaligen Ostbezirk Friedrichshain zu, der seit 2001 zusammen mit Kreuzberg den Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg bildet.

Abbildung 3.8:
Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschl. Sterbefälle) in Berlin (nur Berliner Kinder) 2002 - 2004 (zusammengefasst) nach Bezirken und ausgewählten Altersgruppen - je 100.000 der Altersgruppe



(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil II / Berechnung und Darstellung: SenGesSozV - II A -)

Bezüglich der stationären Behandlungsraten im Säuglingsalter lag die Schwankungsbreite in den Berliner Bezirken im Zeitraum 2002 bis 2004 zwischen 33.985 in Steglitz-Zehlendorf und 62.541 je 100.000 der Altersgruppe in Lichtenberg. Statistisch gesehen wurden im letztgenannten Bezirk demzufolge etwa zwei Drittel der dort lebenden Kinder im Laufe ihres ersten Lebensjahres vollstationär in einem Krankenhaus behandelt, während das im Bezirk Steglitz-Zehlendorf nur auf etwa jeden dritten Säugling zutraf. Aber auch in den Bezirken Charlottenburg-Wilmersdorf und Reinickendorf hatten Säuglinge eine deutlich unter dem Berliner Durchschnitt liegende Krankenhaushäufigkeit.

Ebenso wie bei den Säuglingen war in den letzten Jahren eine überdurchschnittlich häufige stationäre Behandlung auch bei älteren Kindern aus den Bezirken Lichtenberg (9.898 Fälle je 100.000), Marzahn-Hellersdorf (8.703) und Pankow (8.509) zu beobachten. Gegenüber Kindern aus Steglitz-Zehlendorf (5.599 je 100.000), Reinickendorf (5.611) und Charlottenburg-Wilmersdorf (5.743) hatten sie eine im Durchschnitt 60 % höher liegende Behandlungsrate (vgl. Abbildung 3.8).

Das stationäre Behandlungsspektrum im Säuglings- und Kindesalter ist sehr vielschichtig. Zu einem Drittel der Behandlungsanlässe wird es jedoch von nur wenigen Diagnosen dominiert. Die restlichen zwei Drittel verteilen sich dann aber auf eine Vielzahl von Behandlungsgründen.

Im gesamten Auswertungszeitraum befanden sich Säuglinge am häufigsten wegen zu niedrigem Geburtsgewicht und Unreife (ICD-10 Nr. P 07) im Krankenhaus. An zweiter Stelle der Behandlungsmorbidität standen infektiöse Durchfallerkrankungen, gefolgt von Neugeborenen, die wegen einer Gelbsucht (Neugeborenenikterus) behandelt wurden.

Bei Klein- und Schulkindern sind nach wie vor chronische Krankheiten der Gaumen- und Rachenmandeln der häufigste Grund eines Krankenhausaufenthaltes, gefolgt von Gehirnerschütterungen, infektiösen Durchfallerkrankungen und akuten Appendizitiden. Die Zahl der Behandlungsfälle ist jedoch bei allen genannten Behandlungsanlässen rückläufig.

Bezogen auf die seelische Gesundheit von Kindern bedarf es künftig besonderer Aufmerksamkeit. In den letzten Jahren werden zunehmend Berliner Kinder wegen emotionaler Störungen, Entwicklungsstörungen und schwerer Belastungs- und Anpassungsstörungen im Krankenhaus behandelt. Bei den noch gering anmutenden Zahlen (im Jahr 2000 rund 1.000, 2003 1.100 Fälle) muss auch noch berücksichtigt werden, dass es sich bei den betroffenen Kindern meist um schwere Störungen handelt, die ambulant nicht zu therapieren sind und zudem einen langwierigen medizinischen Betreuungsaufwand benötigen.

Schwer behinderte Kinder

Im Kindesalter ist der Anteil schwer behinderter Personen, gemessen an der Gesamtbehindertenzahl, relativ gering. In der Bundesrepublik Deutschland waren Ende 2003 123.985 Kinder im Besitz eines anerkannt gültigen Schwerbehindertenausweises, der Anteil an der Gesamtbehindertenzahl betrug 1,9 %. In Berlin lebten zu diesem Zeitpunkt 4.593 schwer behinderte unter 15-Jährige. Mit einem Anteil von 1,4 % an allen Schwerbehinderten lag dieser unter Bundesniveau.

Zunahme der Schwerbehindertenrate

Jungen sind häufiger von Behinderungen bedroht als Mädchen (Verhältnis 3:2). Ende 2003 waren 2.681 bzw. 58 % der schwer behinderten Kinder aus Berlin männlichen und 1.912 (42 %) weiblichen Geschlechts.

Bezogen auf die Altersgruppe lag die Prävalenzrate aller schwer behinderten Berliner Kinder mit 1.089 je 100.000 unter 15-Jährige 7 % über dem Bundesniveau (1.019 je 100.000). Statistisch gesehen wohnt demzufolge jedes dreißigste in der Bundesrepublik Deutschland anerkannt schwer behinderte Kind in Berlin. Mit einem Rückgang der Kinderzahlen einhergehend (vgl. Abschnitt 2.1.1) nahm die Schwerbehindertenrate in Berlin im Beobachtungszeitraum zu und erreichte mit 1.089 je 100.000 Kinder Ende 2003 ihren bis dahin höchsten Stand.

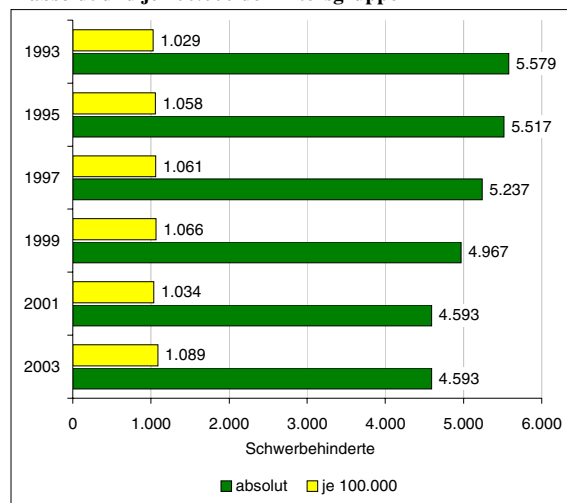
Deutsche Eltern lassen eine mögliche bestehende Behinderung ihrer Kinder häufiger anerkennen als ausländische. In Berlin lebten Ende 2003 nur 639 bzw. 934 je 100.000 schwer behinderte Kinder ausländischer Herkunft, denen 3.954 deutsche bzw. 1.100 je 100.000 der unter 15-jährigen deutschen Kinder gegenüber standen (vgl. Abbildung 3.9).

Als Gründe für die Anerkennung einer Schwerbehinderung werden zerebrale Störungen, geistige und seelische Behinderungen sowie Querschnittslähmungen bei Kindern an vorderster Stelle genannt. Rund 40 % aller Anerkennungen gehen auf die genannten Behinderungsursachen zurück. Relativ häufig sind Behinderungen infolge von Beeinträchtigungen der Funktion von inneren Organen bzw. Organsystemen (17 %). Bei etwa jedem zehnten schwer behinderten Kind sind Störungen der Sinnesorgane (wie Taubheit, Schwerhörigkeit, Blindheit) der Grund für die Anerkennung seiner Behinderung. Mehr als ein Drittel aller Behinderungen im Kindesalter sind angeboren.

Pflegebedürftige Kinder

Angaben zur Pflegebedürftigkeit stehen in der Bundesrepublik Deutschland erst seit dem Jahr 1999 zur Verfügung. Die Erhebungen und Auswertungen erfolgen alle zwei Jahre. Am 15.12.2003 waren in

Abbildung 3.9:
Anerkannt schwer behinderte Kinder (Alter: 0 bis unter 15 Jahre) in Berlin 1993 - 2003 (Stand: 31.12.)
- absolut und je 100.000 der Altersgruppe



(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung und Darstellung:
SenGesSozV - II A -)

der Bundesrepublik Deutschland 2.076.935 Personen im Sinne des Gesetzes pflegebedürftig. In Berlin belief sich die Zahl auf 89.692.

In der überwiegenden Mehrzahl (über 80 %) sind über 65-Jährige von Pflegebedürftigkeit betroffen. Der Anteil der Kinder gemessen an allen Pflegebedürftigen liegt in Deutschland derzeit bei 3 %, in Berlin liegt er mit 2 % sogar noch unter dem Bundesniveau. Bundesweit waren Ende 2003 64.715 (bzw. 532 je 100.000) unter 15-Jährige pflegebedürftig. In Berlin belief sich die Zahl der von Pflegebedürftigkeit betroffenen Kinder auf 1.690 bzw. 401 je 100.000. Demnach lag die Rate derer, die pflegebedürftig sind, in Berlin ein Viertel unter dem Bundesdurchschnitt.

Jungen haben gegenüber Mädchen ein deutlich höheres Risiko, pflegebedürftig zu werden. Im Jahr 2003 waren 1.013 aller pflegebedürftigen Berliner Kinder männlichen und 677 weiblichen Geschlechts. Bezogen auf je 100.000 betrug die Prävalenzrate der Jungen 468 und lag damit 42 % über der der Mädchen (329).

Die Mehrzahl der zu pflegenden Berliner Kinder (2003: 977 bzw. 58 %) erhielt Leistungen gemäß Pflegestufe I. Mehr als jedes vierte Kind (480 Fälle) galt als schwerpflegebedürftig (Pflegestufe II), etwa jedes achte Kind (224 Betroffene) war aber nach Pflegestufe III schwerstpflegebedürftig. Der Anteil in der Pflegestufe III entsprach dem des Erwachsenenalters. Nahezu alle pflegebedürftigen Kinder werden zu Hause von Angehörigen gepflegt. Nur ein einziges Kind (im Säuglingsalter) wurde stationär betreut, weitere acht Kinder erhielten im häuslichen Milieu zusätzliche „ambulante professionelle Pflege“.

3.2 Tabellen

Allgemeine Übersicht zur Mortalität und Morbidität

Allgemeine Mortalität

Tabelle 3.2.1:
Geschlechtsspezifische Gesamtsterblichkeit und vorzeitige Sterblichkeit in Berlin und in Deutschland 1991 - 2004
 - absolut und je 100.000

Indikatoren 3.1/3.5

Region/ Jahr	Sterbefälle					
	insgesamt			darunter 0 - 64 Jahre		
	weiblich	männlich	insgesamt	weiblich	männlich	insgesamt
Berlin						
absolut						
1991	25.810	17.844	43.654	3.490	6.680	10.170
1992	24.578	17.426	42.004	3.365	6.497	9.862
1993	24.027	17.246	41.273	3.129	6.502	9.631
1994	23.750	16.988	40.738	3.223	6.555	9.778
1995	22.693	16.552	39.245	2.964	6.297	9.261
1996	22.309	15.790	38.099	3.052	6.153	9.205
1997	20.960	15.487	36.447	2.911	5.900	8.811
1998	20.466	14.758	35.224	2.897	5.480	8.377
1999	20.250	14.746	34.996	2.750	5.587	8.337
2000	18.850	14.485	33.335	2.649	5.353	8.002
2001	18.723	14.103	32.826	2.484	5.128	7.612
2002	19.108	14.384	33.492	2.638	5.041	7.679
2003	18.706	14.440	33.146	2.448	4.987	7.435
2004	17.672	14.120	31.792	2.316	4.656	6.972
rohe Mortalitätsrate ¹⁾						
1991	1.430,7	1.091,5	1.269,4	239,3	446,6	344,3
1992	1.360,4	1.057,4	1.215,9	229,5	430,7	331,6
1993	1.328,0	1.038,1	1.189,2	212,4	427,8	321,7
1994	1.313,5	1.017,8	1.171,6	218,3	429,9	325,8
1995	1.261,0	990,3	1.130,7	201,3	413,2	309,1
1996	1.245,2	942,7	1.099,1	206,7	403,8	307,6
1997	1.179,7	928,3	1.058,0	199,6	389,7	296,4
1998	1.163,6	891,4	1.031,7	200,4	365,7	284,6
1999	1.159,9	895,1	1.031,3	190,3	372,8	285,7
2000	1.083,2	881,1	985,0	183,3	357,2	276,2
2001	1.076,5	856,8	969,7	175,0	350,2	264,0
2002	1.097,7	872,0	989,4	186,3	345,8	266,3
2003	1.075,3	874,1	977,3	173,7	344,1	260,1
2004	1.018,1	854,8	938,5	165,6	323,9	245,9

noch Tabelle 3.2.1:

Region/ Jahr	Sterbefälle					
	insgesamt			darunter 0 - 64 Jahre		
	weiblich	männlich	insgesamt	weiblich	männlich	insgesamt

noch Berlin

standardisierte Mortalitätsrate ²⁾

1991	738,1	1.193,3	909,1	233,2	452,5	341,2
1992	705,6	1.161,5	874,1	222,9	428,5	324,9
1993	679,2	1.145,8	854,3	203,9	420,5	311,6
1994	674,2	1.120,3	843,9	205,9	414,3	309,6
1995	638,0	1.081,1	807,9	186,4	392,1	289,1
1996	630,1	1.013,6	781,3	189,1	374,8	282,0
1997	595,0	989,9	749,2	177,8	355,2	266,4
1998	584,9	940,8	723,2	172,9	326,1	249,4
1999	576,9	922,8	717,1	164,3	328,9	246,5
2000	538,3	890,7	679,5	157,1	315,9	236,4
2001	529,7	848,4	662,7	146,4	303,4	224,7
2002	547,9	848,2	674,3	157,9	297,2	227,4
2003	539,3	837,4	667,8	146,2	295,9	220,9
2004	512,2	796,3	636,1	139,6	278,4	209,0

Deutschland

standardisierte Mortalitätsrate ²⁾

1991	654,0	1.100,5	830,9	184,3	384,9	283,9
1992	625,4	1.058,2	797,7	176,1	370,8	273,3
1993	627,4	1.058,0	799,5	175,2	365,3	270,3
1994	610,1	1.028,3	778,8	169,8	356,0	263,0
1995	597,1	1.013,1	765,2	166,0	345,2	255,8
1996	592,3	1.002,0	758,3	163,3	338,2	250,8
1997	566,2	951,5	724,1	156,3	321,3	239,0
1998	556,2	926,8	708,7	150,8	306,9	229,0
1999	544,9	902,1	693,3	148,0	298,6	223,3
2000	533,2	887,3	680,9	145,4	292,4	219,0
2001	518,5	845,8	657,6	141,7	283,3	212,6
2002	525,1	841,1	661,0	141,0	278,7	209,9
2003	529,4	840,9	665,2	138,3	275,6	207,0
2004	500,8	790,6	628,6	133,5	262,5	198,0

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

²⁾ Je 100.000 direkt altersstandardisiert an der Eurobev. alt.

(Datenquelle: StBA / StaLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Indikator 3.2

Tabelle 3.2.2:

Geschlechtsspezifische Mortalitätsraten nach Hauptdiagnosegruppen in Berlin 2004
- absolut und je 100.000 / alle Altersgruppen

ICD-10 Kapitel	Hauptdiagnosegruppen	ICD-10 Nrn.	absolut						Sterbefälle je 100.000 ¹⁾											
			weibl.		männl.		insg.		weibl.		männl.		insg.							
I	bestimmte infektiöse und parasitäre Krankheiten	A 00 - B 99	212	206	418	12,2	12,5	12,3	6,7	11,3	8,9	212	206	418	12,2	12,5	12,3	6,7	11,3	8,9
II	Neubildungen	C 00 - D 48	4.039	4.080	8.119	232,7	247,0	239,7	143,5	218,7	172,8	4.039	4.080	8.119	232,7	247,0	239,7	143,5	218,7	172,8
	darunter: Bösartige Neubildungen	C 00 - C 97	3.884	3.975	7.859	223,8	240,6	232,0	139,0	212,8	167,7	3.884	3.975	7.859	223,8	240,6	232,0	139,0	212,8	167,7
III	Krankheiten des Blutes u. d. blutbildenden Organe	D 50 - D 89	33	19	52	1,9	1,2	1,5	1,0	1,0	1,1	33	19	52	1,9	1,2	1,5	1,0	1,0	1,1
IV	Endokrine, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten	E 00 - E 90	621	455	1.076	35,8	27,5	31,8	17,0	25,6	20,9	621	455	1.076	35,8	27,5	31,8	17,0	25,6	20,9
V	psychische und Verhaltensstörungen	F 00 - F 99	374	483	857	21,5	29,2	25,3	11,3	26,6	18,9	374	483	857	21,5	29,2	25,3	11,3	26,6	18,9
VI	Krankheiten des Nervensystems	G 00 - G 99	252	233	485	14,5	14,1	14,3	8,3	13,2	10,2	252	233	485	14,5	14,1	14,3	8,3	13,2	10,2
VII	Krankheiten des Auges und der Augenanhangsgebilde	H 00 - H 59	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
VIII	Krankheiten des Ohres und des Warzenfortsatzes	H 60 - H 95	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IX	Krankheiten des Kreislaufsystems	I 00 - I 99	8.111	4.899	13.010	467,3	296,6	384,1	202,0	285,5	240,6	8.111	4.899	13.010	467,3	296,6	384,1	202,0	285,5	240,6
X	Krankheiten des Atmungssystems	J 00 - J 99	1.019	962	1.981	58,7	58,2	58,5	27,5	55,8	37,9	1.019	962	1.981	58,7	58,2	58,5	27,5	55,8	37,9
XI	Krankheiten des Verdauungssystems	K 00 - K 93	790	820	1.610	45,5	49,6	47,5	26,0	43,8	34,5	790	820	1.610	45,5	49,6	47,5	26,0	43,8	34,5
XII	Krankheiten der Haut und der Unterhaut	L 00 - L 99	12	4	16	0,7	0,2	0,5	0,3	0,2	0,3	12	4	16	0,7	0,2	0,5	0,3	0,2	0,3
XIII	Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems u. d. Bindegewebes	M 00 - M 99	29	16	45	1,7	1,0	1,3	0,8	0,9	0,9	29	16	45	1,7	1,0	1,3	0,8	0,9	0,9
XIV	Krankheiten des Urogenitalsystems	N 00 - N 99	373	242	615	21,5	14,7	18,2	9,4	14,9	11,1	373	242	615	21,5	14,7	18,2	9,4	14,9	11,1
XV	Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett	O 00 - O 99	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
XVI	bestimmte Zustände, die ihren Ursprung in der Perinatalperiode haben	P 00 - P 96	32	30	62	1,8	1,8	1,8	3,6	3,2	3,4	32	30	62	1,8	1,8	1,8	3,6	3,2	3,4
XVII	angeborene Fehlbildungen, Deformitäten und Chromosomenanomalien	Q 00 - Q 99	32	38	70	1,8	2,3	2,1	2,2	3,3	2,7	32	38	70	1,8	2,3	2,1	2,2	3,3	2,7
XVIII	Symptome u. abnorme klinische und Laborbefunde, die anderenorts nicht klassifiziert sind	R 00 - R 99	1.349	903	2.252	77,7	54,7	66,5	36,9	52,2	44,6	1.349	903	2.252	77,7	54,7	66,5	36,9	52,2	44,6
XIX	Verletzungen, Vergiftungen und bestimmte andere Folgen äußerer Ursachen	S 00 - T 98	394	730	1.124	22,7	44,2	33,2	15,7	40,0	27,4	394	730	1.124	22,7	44,2	33,2	15,7	40,0	27,4
XX	äußere Ursachen von Morbidität und Mortalität	V 01 - Y 98	394	730	1.124	22,7	44,2	33,2	15,7	40,0	27,4	394	730	1.124	22,7	44,2	33,2	15,7	40,0	27,4
	alle Todesursachen	A 00 - T 98	17.672	14.120	31.792	1.018,1	854,8	938,5	512,2	796,3	636,1	17.672	14.120	31.792	1.018,1	854,8	938,5	512,2	796,3	636,1

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.²⁾ Je 100.000 direkt altersstandardisiert an der Eurobev. alt.

(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Indikator 3.2

Tabelle 3.2.2 a:
Geschlechtsspezifische Mortalitätsraten nach Hauptdiagnosegruppen in Berlin 2004
- absolut und je 100.000 / Alter 0 - 64 Jahre

ICD-10 Kapitel	Hauptdiagnosegruppen	ICD-10 Nrn.	absolut						Sterbefälle je 100.000 ¹⁾						
			weibl.		männl.		insg.		weibl.		männl.		insg.		
I	bestimmte infektiöse und parasitäre Krankheiten	A 00 - B 99	37	104	141	2,6	7,2	5,0	2,2	6,1	4,2				
II	Neubildungen	C 00 - D 48	1.083	1.377	2.460	77,5	95,8	86,7	63,2	79,9	71,5				
	<i>darunter: Bösartige Neubildungen</i>	C 00 - C 97	1.062	1.354	2.416	75,9	94,2	85,2	62,0	78,6	70,2				
III	Krankheiten des Blutes u. d. blutbildenden Organe	D 50 - D 89	3	4	7	0,5	0,2	0,4	0,5	0,2	0,4				
IV	Endokrine, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten	E 00 - E 90	56	111	167	4,0	7,7	5,9	3,2	6,6	4,9				
V	psychische und Verhaltensstörungen	F 00 - F 99	87	313	400	6,2	21,8	14,1	5,1	19,0	12,1				
VI	Krankheiten des Nervensystems	G 00 - G 99	49	76	125	3,5	5,3	4,4	3,3	4,7	4,0				
VII	Krankheiten des Auges und der Augenanhangsgebilde	H 00 - H 59	-	-	-	-	-	-	-	-	-				
VIII	Krankheiten des Ohres und des Warzenfortsatzes	H 60 - H 95	-	-	-	-	-	-	-	-	-				
IX	Krankheiten des Kreislaufsystems	I 00 - I 99	383	1.109	1.492	27,4	77,1	52,6	21,7	64,7	43,1				
X	Krankheiten des Atmungssystems	J 00 - J 99	84	209	293	6,0	14,5	10,3	4,8	12,0	8,4				
XI	Krankheiten des Verdauungssystems	K 00 - K 93	170	389	559	12,2	27,1	19,7	10,2	22,8	16,5				
XII	Krankheiten der Haut und der Unterhaut	L 00 - L 99	-	2	2	-	0,1	0,1	-	0,1	0,0				
XIII	Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems u. d. Bindegewebes	M 00 - M 99	2	3	5	0,1	0,2	0,2	0,1	0,2	0,2				
XIV	Krankheiten des Urogenitalsystems	N 00 - N 99	11	29	40	0,8	2,0	1,4	0,6	1,6	1,1				
XV	Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett	O 00 - O 99	-	-	-	-	-	-	-	-	-				
XVI	bestimmte Zustände, die ihren Ursprung in der Perinataleperiode haben	P 00 - P 96	32	30	62	2,3	2,1	2,2	4,0	3,6	3,8				
XVII	angeborene Fehlbildungen, Deformitäten und Chromosomenanomalien	Q 00 - Q 99	22	28	50	1,6	1,9	1,8	2,3	3,0	2,6				
XVIII	Symptome u. abnorme klinische und Laborbefunde, die anderenorts nicht klassifiziert sind	R 00 - R 99	130	315	445	9,3	21,9	15,7	7,9	19,8	13,9				
XIX	Verletzungen, Vergiftungen und bestimmte andere Folgen äußerer Ursachen	S 00 - T 98	167	557	724	11,9	38,7	25,5	10,7	34,0	22,4				
XX	äußere Ursachen von Morbidität und Mortalität	V 01 - Y 98	167	557	724	11,9	38,7	25,5	10,7	34,0	22,4				
	alle Todesursachen	A 00 - T 98	2.316	4.656	6.972	165,6	323,9	245,9	139,6	278,4	209,0				

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

²⁾ Je 100.000 direkt altersstandardisiert an der Eurobev. alt.
(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.3:
Geschlechtsspezifische Mortalität in Berlin 1995 - 2004
nach Staatsangehörigkeit
- absolut und je 100.000

Indikatoren 3.3/3.4

Jahr	Sterbefälle								
	insgesamt			Deutsche			Ausländer		
	weiblich	männlich	insgesamt	weiblich	männlich	insgesamt	weiblich	männlich	insgesamt
absolut									
1995	22.693	16.552	39.245	22.520	16.176	38.696	173	376	549
1996	22.309	15.790	38.099	22.083	15.384	37.467	226	406	632
1997	20.960	15.487	36.447	20.736	15.081	35.817	224	406	630
1998	20.466	14.758	35.224	20.273	14.369	34.642	193	389	582
1999	20.250	14.746	34.996	20.018	14.337	34.355	232	409	641
2000	18.850	14.485	33.335	18.540	13.991	32.531	310	494	804
2001	18.723	14.103	32.826	18.434	13.627	32.061	289	476	765
2002	19.108	14.384	33.492	18.812	13.866	32.678	296	518	814
2003	18.706	14.440	33.146	18.365	13.915	32.280	341	525	866
2004	17.672	14.120	31.792	17.388	13.596	30.984	284	524	808
rohe Mortalitätsrate ¹⁾									
1995	1.261,0	990,3	1.130,7	1.396,6	1.120,2	1.266,0	92,5	165,4	132,5
1996	1.245,2	942,7	1.099,1	1.381,4	1.070,2	1.234,1	117,1	171,0	146,8
1997	1.179,7	928,3	1.058,0	1.311,1	1.055,6	1.189,8	114,8	169,4	144,9
1998	1.163,6	891,4	1.031,7	1.296,5	1.013,2	1.161,8	98,9	163,9	134,6
1999	1.159,9	895,1	1.031,3	1.292,6	1.015,9	1.160,7	117,7	173,1	147,9
2000	1.083,2	881,1	985,0	1.202,8	992,4	1.102,3	156,0	210,9	185,7
2001	1.076,5	856,8	969,7	1.199,3	965,5	1.087,4	143,0	202,9	175,2
2002	1.097,7	872,0	989,4	1.226,0	980,5	1.108,2	143,5	220,1	184,3
2003	1.075,3	874,1	977,3	1.200,2	982,6	1.095,6	162,9	222,7	194,6
2004	1.018,1	854,8	938,5	1.141,5	960,9	1.054,5	133,6	221,2	179,8
standardisierte Mortalitätsrate ²⁾									
1995	638,0	1.081,1	807,9	650,9	1.116,1	828,4	212,3	397,6	301,9
1996	630,1	1.013,6	781,3	642,2	1.048,5	801,1	258,1	357,0	313,1
1997	595,0	989,9	749,2	606,3	1.024,0	768,4	234,7	394,8	312,5
1998	584,9	940,8	723,2	597,9	974,4	743,0	193,6	350,1	270,8
1999	576,9	922,8	717,1	589,1	958,0	737,3	216,5	351,3	284,2
2000	538,3	890,7	679,5	546,1	919,7	694,5	281,1	418,4	352,7
2001	529,7	848,4	662,7	538,9	878,9	679,2	263,2	384,1	328,1
2002	547,9	848,2	674,3	559,4	878,3	691,8	254,7	359,5	327,0
2003	539,3	837,4	667,8	549,4	869,5	685,1	279,3	375,2	333,5
2004	512,2	796,3	636,1	525,2	828,6	655,1	230,4	361,1	301,8

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

²⁾ Je 100.000 direkt altersstandardisiert an der Eurobev. alt.

(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.3 a:
Geschlechtsspezifische Mortalität in Berlin 2003 und 2004
nach Staatsangehörigkeit und Bezirken
- absolut

Indikatoren 3.3/3.4

Jahr / Bezirk	Sterbefälle															
	zusammen							Deutsche							Ausländer	
	insgesamt			darunter 0 - 64 Jahre		insgesamt		darunter 0 - 64 Jahre		insgesamt		darunter 0 - 64 Jahre		männlich	weiblich	
	weiblich	männlich	insgesamt	weiblich	männlich	insgesamt	weiblich	männlich	insgesamt	weiblich	männlich	insgesamt	weiblich	männlich	insgesamt	
2003																
Mitte	1.608	1.375	2.983	245	559	1.532	1.277	202	497	76	98	174	43	62		
Friedrichshain-Kreuzberg	1.038	916	1.954	168	407	1.006	845	152	360	32	71	103	16	47		
Pankow	1.640	1.232	2.872	185	405	1.632	1.223	181	398	8	9	17	4	7		
Charlottenburg-Wilmersdorf	2.118	1.433	3.551	225	455	2.063	1.357	207	411	55	76	131	18	44		
Spandau	1.488	1.149	2.637	219	369	1.464	1.121	204	355	24	28	52	15	14		
Steglitz-Zehlendorf	2.287	1.318	3.605	226	341	2.257	1.285	211	318	30	33	63	15	23		
Tempelhof-Schöneberg	2.028	1.442	3.470	212	492	1.991	1.374	199	459	37	68	105	13	33		
Neukölln	1.525	1.382	2.907	224	491	1.485	1.311	197	443	40	71	111	27	48		
Treptow-Köpenick	1.244	1.054	2.298	171	297	1.241	1.042	170	290	3	12	15	-	7		
Marzahn-Hellersdorf	923	869	1.792	179	387	917	860	177	379	6	9	15	2	8		
Lichtenberg	1.248	1.034	2.282	187	392	1.238	1.024	184	383	10	10	20	3	9		
Reinickendorf	1.559	1.236	2.795	208	392	1.539	1.196	203	369	20	40	60	5	23		
Berlin	18.706	14.440	33.146	2.448	4.987	18.365	13.915	2.287	4.662	341	525	866	161	325		
2004																
Mitte	1.479	1.293	2.772	215	492	1.426	1.193	187	434	53	100	153	28	58		
Friedrichshain-Kreuzberg	856	872	1.728	136	370	826	805	124	329	30	67	97	12	41		
Pankow	1.570	1.208	2.778	194	393	1.562	1.200	191	388	8	8	16	3	5		
Charlottenburg-Wilmersdorf	2.009	1.342	3.351	216	419	1.955	1.265	202	374	54	77	131	14	45		
Spandau	1.389	1.123	2.512	169	353	1.371	1.078	158	325	18	45	63	11	28		
Steglitz-Zehlendorf	1.985	1.296	3.281	197	325	1.956	1.266	186	309	29	30	59	11	16		
Tempelhof-Schöneberg	1.949	1.504	3.453	248	480	1.923	1.437	238	445	26	67	93	10	35		
Neukölln	1.530	1.377	2.907	241	502	1.492	1.305	222	458	38	72	110	19	44		
Treptow-Köpenick	1.206	1.040	2.246	149	274	1.205	1.031	149	268	1	9	10	-	6		
Marzahn-Hellersdorf	961	839	1.800	170	320	956	829	166	313	5	10	15	4	7		
Lichtenberg	1.238	1.085	2.323	168	388	1.234	1.075	167	380	4	10	14	1	8		
Reinickendorf	1.500	1.141	2.641	213	340	1.482	1.112	204	325	18	29	47	9	15		
Berlin	17.672	14.120	31.792	2.316	4.656	17.388	13.596	2.194	4.348	284	524	808	122	308		

(Datenquelle: StaLa Berlin)

Tabelle 3.2.4:
Alters- und geschlechtsspezifische Mortalität in Berlin 1995 - 2004
- je 100.000 der entsprechenden Altersgruppe

Indikator 3.6

Alter in Jahren	Sterbefälle je 100.000									
	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
weiblich										
0	473,4	438,3	421,0	332,8	457,8	241,7	267,6	315,1	279,9	341,3
1 - 4	15,3	25,2	27,6	31,5	16,6	23,8	12,7	36,1	19,9	9,1
5 - 9	13,9	9,9	10,5	15,2	9,6	11,9	3,1	7,8	6,2	10,9
10 - 14	12,2	7,8	12,3	12,4	7,9	12,6	9,4	12,4	6,7	5,7
15 - 19	26,1	35,6	31,6	15,7	39,1	26,9	24,8	24,8	27,0	13,5
20 - 24	34,5	37,0	25,0	29,9	32,1	37,7	27,8	36,6	26,2	26,1
25 - 29	49,2	51,2	45,9	38,3	35,6	32,7	28,0	29,6	20,4	28,3
30 - 34	60,3	57,6	48,7	52,7	49,3	42,3	40,7	47,0	44,2	38,4
35 - 39	99,1	97,4	93,9	93,7	84,7	78,8	76,4	79,2	71,3	57,8
40 - 44	156,3	159,6	159,8	150,4	143,5	130,6	142,8	139,0	114,2	92,7
45 - 49	252,2	269,9	227,2	245,5	219,0	203,3	216,0	219,0	213,7	197,5
50 - 54	374,7	417,0	390,0	351,6	339,7	367,0	302,3	324,3	314,9	319,7
55 - 59	572,7	560,8	511,6	532,0	517,1	501,4	473,1	534,1	497,0	473,2
60 - 64	949,3	920,3	917,5	884,8	791,9	765,9	715,9	734,5	708,0	689,9
65 - 69	1.697,8	1.577,5	1.477,1	1.409,1	1.418,7	1.297,0	1.221,9	1.230,3	1.145,3	1.098,0
70 - 74	2.684,7	2.543,2	2.404,5	2.405,8	2.291,5	2.145,1	2.206,7	2.103,7	2.087,6	1.898,5
75 - 79	4.300,6	4.382,7	4.022,4	3.955,9	4.081,1	3.740,2	3.628,6	3.569,3	3.698,1	3.517,0
80 - 84	7.588,2	7.433,8	7.298,8	7.400,3	6.884,0	6.126,1	6.098,2	6.382,3	6.488,6	6.284,6
85 - 89	12.972,0	12.828,4	12.011,3	11.585,1	12.035,8	11.402,2	11.667,9	11.887,2	11.906,5	10.528,7
90 - 94	19.219,4	18.972,0	18.299,1
95 und älter	28.713,5	27.190,9	26.165,9
90 und älter	24.223,6	23.750,1	22.374,9	21.970,8	22.146,3	20.231,5	20.276,3	21.276,2	20.864,2	20.236,2
insgesamt ¹⁾	1.261,0	1.245,2	1.179,7	1.163,6	1.159,9	1.083,2	1.076,5	1.097,7	1.075,3	1.018,1
insgesamt ²⁾	638,0	630,1	595,0	584,9	576,9	538,3	529,7	547,9	539,3	512,2
männlich										
0	638,2	647,1	474,1	536,6	438,4	491,3	404,7	348,1	497,1	443,7
1 - 4	35,2	27,0	39,7	17,4	22,7	19,1	38,0	38,1	22,6	22,7
5 - 9	14,3	8,4	18,9	6,0	22,1	9,8	11,7	8,9	17,7	4,4
10 - 14	15,7	20,0	12,7	19,2	14,0	9,8	16,8	11,8	21,4	13,5
15 - 19	58,8	33,9	44,9	41,3	44,4	50,2	41,0	39,0	32,5	25,0
20 - 24	90,6	91,7	73,4	73,7	76,7	78,3	64,3	87,1	64,8	58,5
25 - 29	105,7	105,0	91,1	96,2	103,9	100,2	65,9	66,0	59,0	68,5
30 - 34	150,8	156,5	125,7	104,6	110,5	108,5	94,5	103,6	74,3	88,0
35 - 39	246,8	224,1	195,5	171,3	173,3	162,2	139,8	151,0	146,3	130,5
40 - 44	334,4	358,6	303,2	292,8	293,3	282,9	256,9	246,9	241,5	223,5
45 - 49	548,3	471,3	478,1	431,7	469,4	453,9	426,1	416,6	411,3	411,3
50 - 54	805,0	812,8	778,7	694,1	662,6	651,4	657,2	605,7	652,1	644,6
55 - 59	1.254,7	1.195,4	1.138,0	1.047,6	1.093,6	1.033,0	1.048,1	1.012,1	957,4	896,9
60 - 64	1.906,1	1.800,7	1.783,4	1.649,5	1.614,7	1.531,4	1.479,9	1.484,3	1.520,2	1.373,0
65 - 69	3.092,7	2.897,7	2.896,6	2.585,8	2.678,8	2.449,3	2.285,1	2.302,7	2.229,5	2.161,1
70 - 74	4.683,2	4.378,5	4.111,0	4.130,3	3.861,1	3.766,4	3.720,3	3.694,1	3.634,9	3.413,3
75 - 79	7.570,9	6.578,1	6.859,8	6.583,0	6.440,8	6.184,0	5.815,1	5.675,6	5.441,4	5.315,5
80 - 84	11.795,0	11.227,1	11.342,5	10.582,6	9.778,5	9.781,3	9.146,2	9.551,6	9.179,5	9.317,8
85 - 89	17.640,7	16.854,6	15.986,1	16.395,1	16.165,3	15.658,7	14.963,2	15.195,8	15.694,9	13.693,5
90 - 94	22.398,8	21.750,7	20.352,5
95 und älter	13.965,1	14.758,9	14.701,1
90 und älter	26.455,5	24.443,9	24.493,1	23.826,2	22.254,4	21.821,0	19.887,6	19.996,4	19.700,1	18.603,1
insgesamt ¹⁾	990,3	942,7	928,3	891,4	895,1	881,1	856,8	872,0	874,1	854,8
insgesamt ²⁾	1.081,1	1.013,6	989,9	940,8	922,8	890,7	848,4	848,2	837,4	796,3

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

²⁾ Je 100.000 direkt altersstandardisiert an der Eurobev. alt.

(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.4 a:
Alters- und geschlechtsspezifische Mortalität in Berlin 2003 und 2004
nach Staatsangehörigkeit
- je 100.000 der entsprechenden Altersgruppe

Indikator 3.6

Alter in Jahren	Sterbefälle											
	Deutsche						Ausländer					
	2003			2004			2003			2004		
	weiblich	männlich	insgesamt	weiblich	männlich	insgesamt	weiblich	männlich	insgesamt	weiblich	männlich	insgesamt
0	249,6	480,0	368,0	307,6	384,6	347,2	626,7	699,3	663,4	755,4	1.188,3	975,4
1 - 4	20,7	22,0	21,4	8,2	21,5	15,0	14,3	27,0	20,8	17,5	33,1	25,5
5 - 9	5,8	18,2	12,2	13,3	5,4	9,3	8,3	15,6	12,1	-	-	-
10 - 14	6,4	19,6	13,2	7,0	16,4	11,8	8,0	30,0	19,3	-	-	-
15 - 19	28,6	31,5	30,1	13,1	24,1	18,7	16,7	39,0	28,2	16,5	30,3	23,7
20 - 24	29,6	64,3	46,7	27,4	64,1	45,5	10,1	67,1	38,3	20,0	31,6	25,6
25 - 29	22,0	68,0	45,0	32,0	69,2	50,6	15,2	29,2	22,3	15,1	66,3	41,0
30 - 34	45,1	76,3	61,1	43,2	101,0	72,9	40,8	67,5	55,1	21,9	45,5	34,4
35 - 39	77,1	159,0	119,0	63,6	142,7	104,2	36,3	84,6	63,5	26,1	73,8	52,5
40 - 44	116,8	260,1	189,9	100,2	241,3	172,2	93,8	129,7	114,5	35,4	118,0	82,9
45 - 49	228,2	450,8	339,8	209,3	444,6	327,7	94,8	155,3	128,7	100,9	201,6	158,0
50 - 54	320,7	685,8	499,8	341,5	693,0	513,8	267,4	375,6	320,5	136,7	245,8	190,8
55 - 59	515,2	1.012,6	762,1	498,7	933,2	713,9	337,1	523,0	434,5	274,4	631,1	456,5
60 - 64	726,0	1.574,6	1.138,1	712,1	1.428,7	1.060,9	410,6	873,7	673,4	341,7	719,5	553,3
65 - 69	1.169,9	2.305,4	1.692,8	1.130,3	2.232,5	1.639,9	639,5	1.209,2	962,2	452,3	1.221,2	887,5
70 - 74	2.132,3	3.744,4	2.826,9	1.953,6	3.524,3	2.637,5	1.022,3	1.781,4	1.414,2	669,3	1.721,1	1.226,8
75 - 79	3.745,8	5.575,6	4.363,7	3.551,4	5.469,7	4.239,4	2.046,8	2.359,2	2.181,1	2.381,0	1.874,2	2.151,5
80 - 84	6.554,5	9.379,2	7.277,5	6.349,0	9.516,4	7.166,3	3.004,3	3.709,7	3.286,1	3.191,5	4.271,0	3.619,4
85 - 89	11.988,0	16.219,0	12.860,2	10.644,3	14.144,7	11.381,1	6.516,3	2.919,7	5.052,0	4.128,4	4.026,8	4.087,2
90 - 94	19.175,2	22.561,9	19.777,9	18.489,0	21.279,8	18.988,1	6.354,5	4.838,7	5.773,2	6.711,4	2.487,6	5.010,0
95 und älter	28.514,3	16.225,0	25.717,2	27.682,5	16.314,2	25.109,4	4.560,3	1.734,1	3.541,7	1.445,1	1.485,1	1.459,9
insgesamt ¹⁾	1.200,2	982,6	1.095,6	1.141,5	960,9	1.054,5	162,9	222,7	194,6	133,6	221,2	179,8
insgesamt ²⁾	549,4	869,5	685,1	525,2	828,6	655,1	279,3	375,2	333,5	230,4	361,1	301,8

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

²⁾ Je 100.000 direkt altersstandardisiert an der Eurobev. alt.
(Datenquelle: StatLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.5:
Geschlechtsspezifische Mortalität in Berlin 1998 - 2004 (jeweils drei Jahre zusammengefasst)
nach Bezirken
- absolut und je 100.000

Indikator 3.7

Bezirk	Sterbefälle																	
	absolut						rohe Mortalitätsrate ¹⁾						DMR ²⁾					
	insgesamt			weiblich			männlich			insgesamt			weiblich			männlich		
	weiblich	männlich	insgesamt	weiblich	männlich	insgesamt	weiblich	männlich	insgesamt	weiblich	männlich	insgesamt	weiblich	männlich	insgesamt	weiblich	männlich	insgesamt
	1998 - 2000																	
Mitte	5.385	4.244	9.629	1.115,8	868,9	991,6	631,1	1.036,4	796,3	107,4	114,1	110,4	1.036,4	796,3	107,4	114,1	110,4	
Friedrichshain-Kreuzberg	3.362	2.964	6.326	909,5	777,2	842,3	635,5	1.109,1	828,5	109,5	123,7	115,9	1.109,1	828,5	109,5	123,7	115,9	
Pankow	4.910	3.773	8.683	980,2	774,8	879,0	548,7	887,3	681,0	95,1	97,0	95,7	887,3	681,0	95,1	97,0	95,7	
Charlottenburg-Wilmersdorf	7.180	4.408	11.588	1.410,1	989,4	1.213,8	555,4	851,9	672,0	98,3	92,6	104,0	851,9	672,0	98,3	92,6	104,0	
Spandau	4.600	3.413	8.013	1.320,6	1.055,7	1.193,1	597,3	951,7	740,5	104,4	103,0	104,0	951,7	740,5	104,4	103,0	104,0	
Steglitz-Zehlendorf	7.633	4.319	11.952	1.625,7	1.088,4	1.379,6	585,5	870,6	693,0	110,4	95,6	104,2	870,6	693,0	110,4	95,6	104,2	
Tempelhof-Schöneberg	6.548	4.587	11.135	1.227,9	949,7	1.095,6	550,2	895,7	686,1	95,4	97,2	95,9	895,7	686,1	95,4	97,2	95,9	
Neukölln	5.270	4.246	9.516	1.115,1	937,5	1.030,8	582,9	972,5	740,5	99,1	106,3	102,4	972,5	740,5	99,1	106,3	102,4	
Treptow-Köpenick	3.545	3.117	6.662	1.011,6	814,4	937,5	481,4	839,6	624,2	85,7	90,7	88,4	839,6	624,2	85,7	90,7	88,4	
Marzahn-Hellersdorf	2.759	2.282	5.041	688,5	588,6	619,2	578,1	888,2	706,7	103,7	94,3	99,4	888,2	706,7	103,7	94,3	99,4	
Lichtenberg	3.272	2.806	6.078	807,3	693,3	750,3	523,5	848,2	651,4	92,6	91,5	92,3	848,2	651,4	92,6	91,5	92,3	
Reinickendorf	5.102	3.830	8.932	1.307,6	1.086,4	1.202,6	557,7	939,4	705,6	98,5	102,1	100,1	939,4	705,6	98,5	102,1	100,1	
Berlin	59.566	43.989	103.555	1.135,7	889,2	1.016,1	566,8	917,7	706,5	100,0	100,0	100,0	917,7	706,5	100,0	100,0	100,0	
	2002 - 2004																	
Mitte	4.719	3.969	8.688	991,6	812,4	900,8	578,3	928,8	732,9	106,2	113,2	109,5	928,8	732,9	106,2	113,2	109,5	
Friedrichshain-Kreuzberg	2.961	2.671	5.632	788,1	685,9	736,0	607,0	983,8	770,0	112,0	120,0	116,0	983,8	770,0	112,0	120,0	116,0	
Pankow	4.836	3.736	8.572	918,8	727,8	824,5	518,8	821,0	642,7	98,0	98,0	98,1	821,0	642,7	98,0	98,0	98,1	
Charlottenburg-Wilmersdorf	6.236	4.233	10.469	1.239,5	954,7	1.106,1	497,7	766,4	611,1	93,8	92,7	93,1	766,4	611,1	93,8	92,7	93,1	
Spandau	4.344	3.421	7.765	1.237,3	1.047,9	1.146,1	555,5	864,2	689,5	103,0	104,9	104,0	864,2	689,5	103,0	104,9	104,0	
Steglitz-Zehlendorf	6.555	4.010	10.565	1.402,6	1.008,0	1.221,2	526,0	759,7	622,3	103,9	91,6	98,6	759,7	622,3	103,9	91,6	98,6	
Tempelhof-Schöneberg	6.114	4.401	10.515	1.161,2	912,2	1.042,2	520,3	799,1	638,8	97,0	96,7	96,8	799,1	638,8	97,0	96,7	96,8	
Neukölln	4.693	4.109	8.802	1.004,7	906,6	956,4	543,3	881,9	691,3	98,7	107,7	102,9	881,9	691,3	98,7	107,7	102,9	
Treptow-Köpenick	3.687	3.093	6.780	1.026,7	905,3	967,6	476,9	744,2	592,4	89,7	88,2	89,7	744,2	592,4	89,7	88,2	89,7	
Marzahn-Hellersdorf	2.872	2.559	5.431	744,3	676,8	710,9	553,4	822,1	675,3	104,4	99,0	102,3	822,1	675,3	104,4	99,0	102,3	
Lichtenberg	3.782	3.140	6.922	963,7	812,2	888,5	537,9	832,9	665,3	102,3	99,3	101,1	832,9	665,3	102,3	99,3	101,1	
Reinickendorf	4.687	3.602	8.289	1.215,7	1.022,0	1.123,2	548,4	824,7	663,1	100,2	99,4	99,9	824,7	663,1	100,2	99,4	99,9	
Berlin	55.486	42.944	98.430	1.063,8	867,0	967,9	533,1	827,0	659,3	100,0	100,0	100,0	827,0	659,3	100,0	100,0	100,0	

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

²⁾ Je 100.000 direkt altersstandardisiert an der Eurobev. alt.

³⁾ Standardized Mortality Ratio - indirekt standardisiert an der Bevölkerung Berlins.
(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.6:
Die häufigsten Sterbefälle in Berlin 2004
nach Einzeldiagnosen, Altersgruppen und Geschlecht
- absolut und Anteil in % / weiblich

Indikator 3.8

Alter in Jahren	Sterbefälle				
	Rang	ICD-10 Nr.	Todesursachen	absolut	in %
0	1	P07	kurze Schwangerschaftsdauer und zu niedriges Geburtsgewicht	22	45,8
	2	R95	Plötzlicher Kindstod	4	8,3
	2	P29	kardiovaskuläre Krankheiten mit Ursprung in der Perinatalperiode	4	8,3
	3	Q24	sonstige angeborene Fehlbildungen des Herzens	2	4,2
	3	P28	sonstige Störungen der Atmung mit Ursprung in der Perinatalperiode	2	4,2
	sonstige			14	29,2
		insgesamt A 00 - T 98	48	100,0	
1 - 14	1	Q90	Down-Syndrom	2	12,5
	1	T75	Schäden durch sonstige äußere Ursachen	2	12,5
	1	G40	Epilepsie	2	12,5
	2	T07	nicht näher bezeichnete multiple Verletzungen	1	6,3
	2	S09	sonstige und nicht näher bezeichnete Verletzungen des Kopfes	1	6,3
	sonstige			8	50,0
		insgesamt A 00 - T 98	16	100,0	
15 - 34	1	T40	Vergiftung durch Betäubungsmittel und Psychodysleptika	11	8,9
	2	S09	sonstige und nicht näher bezeichnete Verletzungen des Kopfes	9	7,3
	3	C49	bösartige Neubildung sonst. Bindegewebes u.and. Weichteilgewebe	5	4,1
	3	G40	Epilepsie	5	4,1
	3	T71	Erstickung	5	4,1
	sonstige			88	71,5
		insgesamt A 00 - T 98	123	100,0	
35 - 64	1	C50	bösartige Neubildung der Brustdrüse	233	10,9
	2	C34	bösartige Neubildung der Bronchien und der Lunge	212	10,0
	3	R99	sonstige ungenau oder nicht näher bezeichnete Todesursachen	95	4,5
	4	I25	chronische ischämische Herzkrankheit	79	3,7
	5	K70	alkoholische Leberkrankheit	69	3,2
	sonstige			1.441	67,7
		insgesamt A 00 - T 98	2.129	100,0	
65 - 79	1	I25	chronische ischämische Herzkrankheit	445	9,6
	2	C34	bösartige Neubildung der Bronchien und der Lunge	293	6,3
	3	C50	bösartige Neubildung der Brustdrüse	280	6,0
	4	I10	essentielle (primäre) Hypertonie	204	4,4
	5	R99	sonstige ungenau oder nicht näher bezeichnete Todesursachen	200	4,3
	sonstige			3.233	69,5
		insgesamt A 00 - T 98	4.655	100,0	
80 und älter	1	I25	chronische ischämische Herzkrankheit	1.725	16,1
	2	I50	Herzinsuffizienz	1.136	10,6
	3	I10	essentielle (primäre) Hypertonie	738	6,9
	4	I70	Atherosklerose	624	5,8
	5	R99	sonstige ungenau oder nicht näher bezeichnete Todesursachen	460	4,3
	sonstige			6.018	56,2
		insgesamt A 00 - T 98	10.701	100,0	

(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.6 a:
Die häufigsten Sterbefälle in Berlin 2004
nach Einzeldiagnosen, Altersgruppen und Geschlecht
- absolut und Anteil in % / männlich

Indikator 3.8

Alter in Jahren	Sterbefälle				
	Rang	ICD-10 Nr.	Todesursachen	absolut	in %
0	1	P07	kurze Schwangerschaftsdauer und zu niedriges Geburtsgewicht	24	36,4
	2	R99	sonstige ungenau oder nicht näher bezeichnete Todesursachen	7	10,6
	3	Q24	sonstige angeborene Fehlbildungen des Herzens	5	7,6
	4	R95	Plötzlicher Kindstod	4	6,1
	5	Q33	angeborene Fehlbildungen der Lunge	3	4,5
			sonstige	23	34,8
		insgesamt A 00 - T 98	66	100,0	
1 - 14	1	R99	sonstige ungenau oder nicht näher bezeichnete Todesursachen	5	19,2
	2	S09	sonstige und nicht näher bezeichnete Verletzungen des Kopfes	3	11,5
	3	Q23	angeborene Fehlbildungen der Aorten- und der Mitralklappe	1	3,8
	3	R98	Tod ohne Anwesenheit anderer Personen	1	3,8
	3	S01	offene Wunde des Kopfes	1	3,8
			sonstige	15	57,7
		insgesamt A 00 - T 98	26	100,0	
15 - 34	1	T40	Vergiftung durch Betäubungsmittel und Psychodysleptika	46	16,1
	2	T71	Erstickung	30	10,5
	3	S09	sonstige und nicht näher bezeichnete Verletzungen des Kopfes	22	7,7
	4	R99	sonstige ungenau oder nicht näher bezeichnete Todesursachen	11	3,8
	5	T07	nicht näher bezeichnete multiple Verletzungen	10	3,5
			sonstige	167	58,4
		insgesamt A 00 - T 98	286	100,0	
35 - 64	1	C34	bösartige Neubildung der Bronchien und der Lunge	401	9,4
	2	I25	chronische ischämische Herzkrankheit	354	8,3
	3	F10	psychische und Verhaltensstörungen durch Alkohol	266	6,2
	4	R99	sonstige ungenau oder nicht näher bezeichnete Todesursachen	200	4,7
	5	K70	alkoholische Leberkrankheit	152	3,6
			sonstige	2.905	67,9
		insgesamt A 00 - T 98	4.278	100,0	
65 - 79	1	I25	chronische ischämische Herzkrankheit	708	12,3
	2	C34	bösartige Neubildung der Bronchien und der Lunge	569	9,9
	3	R99	sonstige ungenau oder nicht näher bezeichnete Todesursachen	228	4,0
	4	I50	Herzinsuffizienz	217	3,8
	5	J44	sonstige chronische obstruktive Lungenkrankheit	197	3,4
			sonstige	3.834	66,6
		insgesamt A 00 - T 98	5.753	100,0	
80 und älter	1	I25	Chronische ischämische Herzkrankheit	588	15,8
	2	I50	Herzinsuffizienz	292	7,9
	3	I10	essentielle (primäre) Hypertonie	180	4,9
	4	I70	Atherosklerose	174	4,7
	5	J18	Pneumonie, Erreger nicht näher bezeichnet	160	4,3
			sonstige	2.317	62,4
		insgesamt A 00 - T 98	3.711	100,0	

(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Abgeleitete Indikatoren

● Lebenserwartung

Tabelle 3.2.7:
Alters- und geschlechtsspezifische Lebenserwartung (in Jahren) in Berlin 1992 - 1994 und 2002 - 2004 (zusammengefasst)

Indikator 3.9

Vollendetes Alter in Jahren	Lebenserwartung (in Jahren)					
	weiblich		männlich		weiblich	männlich
	Berichts- zeitraum 2002/2004	Vergleichs- zeitraum 1992/1994	Berichts- zeitraum 2002/2004	Vergleichs- zeitraum 1992/1994	Veränderung 2002/2004 zu 1992/1994 (in Jahren)	
0	81,3	78,2	75,9	71,6	3,0	4,3
1	80,5	77,7	75,2	71,0	2,9	4,2
5	76,6	73,7	71,3	67,1	2,8	4,1
10	71,6	68,8	66,3	62,2	2,8	4,1
15	66,6	63,8	61,4	57,3	2,8	4,1
20	61,7	58,9	56,5	52,4	2,8	4,0
25	56,8	54,0	51,6	47,7	2,8	4,0
30	51,9	49,2	46,8	43,0	2,7	3,8
35	47,0	44,3	42,0	38,4	2,6	3,6
40	42,1	39,5	37,3	33,8	2,6	3,4
45	37,4	34,9	32,7	29,4	2,5	3,3
50	32,7	30,3	28,3	25,2	2,4	3,1
55	28,2	25,9	24,1	21,2	2,3	3,0
60	23,9	21,6	20,2	17,4	2,2	2,8
65	19,6	17,7	16,5	14,0	1,9	2,5
70	15,6	14,1	13,2	11,0	1,5	2,2
75	12,0	10,9	10,3	8,4	1,1	1,8
80	8,9	8,2	7,7	6,4	0,7	1,3
85 und älter	6,3	6,0	5,9	4,7	0,3	1,2

(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.8:

Indikator 3.10

**Geschlechtsspezifische (mittlere) Lebenserwartung (in Jahren) in Berlin und in Deutschland
1998 - 2004 (jeweils drei Jahre zusammengefasst)
nach Bezirken**

Bezirk / Deutschland	Lebenserwartung (in Jahren)		Abweichung vom Berliner Durchschnitt (in Jahren)	
	weiblich	männlich	weiblich	männlich
1998 - 2000				
Mitte	79,1	72,9	-1,4	-1,6
Friedrichshain-Kreuzberg	79,2	71,9	-1,4	-2,7
Pankow	80,9	74,8	0,4	0,3
Charlottenburg-Wilmersdorf	80,7	75,7	0,2	1,1
Spandau	79,8	73,9	-0,8	-0,7
Steglitz-Zehlendorf	80,4	75,9	-0,1	1,4
Tempelhof-Schöneberg	80,9	74,9	0,3	0,4
Neukölln	80,2	73,4	-0,4	-1,1
Treptow-Köpenick	82,4	75,6	1,9	1,1
Marzahn-Hellersdorf	80,5	75,0	-0,1	0,5
Lichtenberg	81,5	75,7	1,0	1,2
Reinickendorf	80,7	74,4	0,2	-0,2
Berlin	80,5	74,5	x	x
Deutschland	80,8	74,8	0,3	0,3
2002 - 2004				
Mitte	80,2	74,3	-1,1	-1,6
Friedrichshain-Kreuzberg	79,9	73,8	-1,4	-2,1
Pankow	81,5	76,2	0,2	0,3
Charlottenburg-Wilmersdorf	82,0	76,8	0,7	0,9
Spandau	80,8	75,3	-0,5	-0,6
Steglitz-Zehlendorf	81,6	77,3	0,3	1,4
Tempelhof-Schöneberg	81,7	76,4	0,4	0,5
Neukölln	81,0	74,9	-0,3	-1,0
Treptow-Köpenick	82,5	77,1	1,2	1,2
Marzahn-Hellersdorf	80,9	75,8	-0,4	-0,1
Lichtenberg	81,2	75,8	-0,1	-0,1
Reinickendorf	80,8	76,0	-0,5	0,1
Berlin	81,3	75,9	x	x
Deutschland	81,5	75,9	0,2	-
Veränderung seit 1998/2000 (in Jahren)				
Mitte	1,1	1,4	x	x
Friedrichshain-Kreuzberg	0,8	1,9	x	x
Pankow	0,6	1,3	x	x
Charlottenburg-Wilmersdorf	1,3	1,2	x	x
Spandau	1,1	1,4	x	x
Steglitz-Zehlendorf	1,2	1,4	x	x
Tempelhof-Schöneberg	0,8	1,5	x	x
Neukölln	0,8	1,4	x	x
Treptow-Köpenick	0,1	1,5	x	x
Marzahn-Hellersdorf	0,4	0,8	x	x
Lichtenberg	-0,3	0,1	x	x
Reinickendorf	0,1	1,7	x	x
Berlin	0,8	1,4	x	x
Deutschland	0,7	1,1	x	x

(Datenquelle: StBA / StaLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

● **Verlorene Lebensjahre**

Tabelle 3.2.9:
Anzahl der durch Tod verlorenen Lebensjahre (PYLL) (Alter 1 - 64 Jahre) in Berlin 2004
nach Hauptdiagnosegruppen und Geschlecht
- absolut, je 100.000 / altersstand. Eurobev. alt und Anteil (in %)

Indikator 3.12

ICD-10 Kapitel	Hauptdiagnosegruppen	Verlorene Lebensjahre									
		weiblich				männlich				insgesamt	
		absolut	je 100.000	in %	in %	absolut	je 100.000	in %	in %	absolut	je 100.000
I	bestimmte infektiöse und parasitäre Krankheiten darunter: AIDS	661	44,3	2,5	94,3	1.577	94,3	2,8	2.238	69,7	2,7
II	Neubildungen darunter: bösartige Neubildungen	250	14,4	0,9	53,8	899	53,8	1,6	1.149	34,5	1,4
III	Krankheiten des Blutes u. d. blutbildenden Organe	10.614	677,7	40,2	787,3	12.436	787,3	22,0	23.050	732,3	27,8
IV	Endokrine, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten	10.321	658,4	39,1	774,2	12.232	774,2	21,6	22.553	716,1	27,2
V	psychische und Verhaltensstörungen	108	7,0	0,4	3,7	56	3,7	0,1	164	5,3	0,2
VI	Krankheiten des Nervensystems	473	29,5	1,8	73,7	1.194	73,7	2,1	1.667	51,9	2,0
VII	Krankheiten des Auges und der Augenanhangsgebilde	1.086	68,2	4,1	276,2	4.454	276,2	7,9	5.540	173,3	6,7
VIII	Krankheiten des Ohres und des Warzenfortsatzes	1.071	87,1	4,1	97,0	1.361	97,0	2,4	2.432	92,3	2,9
IX	Krankheiten des Kreislaufsystems	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
X	Krankheiten des Atmungssystems	3.749	239,3	14,2	697,3	11.097	697,3	19,6	14.846	469,6	17,9
XI	Krankheiten des Verdauungssystems	932	58,3	3,5	127,1	1.942	127,1	3,4	2.874	93,0	3,5
XII	Krankheiten der Haut und der Unterhaut	1.940	124,8	7,3	290,9	4.772	290,9	8,4	6.712	209,1	8,1
XIII	Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems u. d. Bindegewebes	-	-	-	0,3	6	0,3	0,0	6	0,1	0,0
XIV	Krankheiten des Urogenitalsystems	51	3,6	0,2	2,7	44	2,7	0,1	95	3,2	0,1
XV	Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett	88	5,3	0,3	19,2	302	19,2	0,5	390	12,3	0,5
XVI	bestimmte Zustände, die ihren Ursprung in der Perinatalperiode haben	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
XVII	angeborene Fehlbildungen, Deformitäten und Chromosomenanomalien	28	1,5	0,1	-	-	-	-	28	0,7	0,0
XVIII	Symptome u. abnorme klinische und Laborbefunde, die anderenorts nicht klassifiziert sind	358	34,8	1,4	38,0	399	38,0	0,7	756	36,4	0,9
XIX	Verletzungen, Vergiftungen und bestimmte andere Folgen äußerer Ursachen	1.445	92,0	5,5	274,5	4.091	274,5	7,2	5.536	184,2	6,7
XX	äußere Ursachen von Morbidität und Mortalität darunter: vorsätzliche Selbstbeschädigung Transportmittelunfälle	3.855	272,3	14,6	835,6	12.924	835,6	22,8	16.779	557,3	20,2
	insgesamt	3.855	272,3	14,6	835,6	12.924	835,6	22,8	16.779	557,3	20,2
		26.407	1.742,4	100,0	3.617,3	56.649	3.617,3	100,0	83.055	2.688,8	100,0

(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

● Vermeidbare Sterbefälle

Tabelle 3.2.10:

Vermeidbare Todesfälle in Berlin 1993 - 2004

nach Art der Vermeidbarkeit und prozentualem Anteil an der vorzeitigen und an der Gesamtsterblichkeit sowie an allen vermeidbaren Todesfällen

Indikator 3.13

Jahr	Vermeidbare Todesfälle nach Art der Vermeidbarkeit					
	absolut	darunter ¹⁾	Anteil an ... (in %)			
			VST ²⁾	VST ¹⁾	GTF ³⁾	VTF ⁴⁾
sekundärpräventiv und medizinisch vermeidbar						
1993	655	-	6,8	-	1,6	16,1
1994	745	-	7,5	-	1,8	18,1
1995	683	-	7,3	-	1,7	17,3
1996	714	-	7,6	-	1,9	19,0
1997	712	-	7,9	-	1,9	19,6
1998	668	-	7,8	-	1,9	19,7
1999	667	-	7,8	-	1,9	19,3
2000	639	-	7,8	-	1,9	20,1
2001	545	-	7,0	-	1,7	18,3
2002	606	-	7,8	-	1,8	19,6
2003	558	-	7,4	-	1,7	19,1
2004	580	-	8,1	-	1,8	20,4
tertiärpräventiv vermeidbar						
1993	1.611	-	16,6	-	3,9	39,6
1994	1.610	-	16,3	-	3,9	38,9
1995	1.568	-	16,7	-	4,0	39,7
1996	1.525	-	16,3	-	4,0	39,2
1997	1.435	-	15,9	-	3,9	39,6
1998	1.263	-	14,8	-	3,6	37,2
1999	1.260	-	14,8	-	3,6	36,4
2000	1.069	-	13,1	-	3,2	33,7
2001	982	-	12,7	-	3,0	32,9
2002	1.048	-	13,4	-	3,1	33,9
2003	894	-	11,8	-	2,7	30,6
2004	928	-	13,0	-	2,9	32,6
primärpräventiv vermeidbar						
1993	1.804	1.554	x	16,0	4,4	44,3
1994	1.789	1.558	x	15,8	4,4	43,2
1995	1.703	1.466	x	15,6	4,3	43,1
1996	1.653	1.435	x	15,3	4,3	42,5
1997	1.477	1.306	x	14,5	4,0	40,8
1998	1.466	1.263	x	14,8	4,2	43,2
1999	1.536	1.294	x	15,2	4,4	44,4
2000	1.467	1.259	x	15,4	4,4	46,2
2001	1.456	1.266	x	16,4	4,4	48,8
2002	1.434	1.218	x	15,6	4,3	46,4
2003	1.465	1.238	x	16,4	4,4	50,2
2004	1.341	1.095	x	15,4	4,2	47,1
VTF insgesamt						
1993	4.070	-	x	39,3	9,8	100,0
1994	4.144	-	x	39,6	10,1	100,0
1995	3.954	-	x	39,6	10,0	100,0
1996	3.893	-	x	39,2	10,2	100,0
1997	3.624	-	x	38,3	9,9	100,0
1998	3.397	-	x	37,5	9,6	100,0
1999	3.463	-	x	40,7	9,8	100,0
2000	3.175	-	x	38,9	9,5	100,0
2001	2.983	-	x	36,0	9,0	100,0
2002	3.088	-	x	36,8	9,2	100,0
2003	2.917	-	x	35,7	8,8	100,0
2004	2.849	-	x	36,5	8,9	100,0

¹⁾ Ohne Todesfälle an Kraftfahrzeugunfällen über 65 und an Leberzirrhose von 65 - 74 Jahren.

²⁾ Vorzeitige Todesfälle (inklusive Totgeborene).

³⁾ Gesamttodesfälle (inklusive Totgeborene).

⁴⁾ Vermeidbare Todesfälle.

(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.11:

Alters- und geschlechtsspezifische Mortalitätsraten für vermeidbare Todesfälle und für die Gesamtsterblichkeit in Berlin 2004**- je 100.000 der entsprechenden Altersgruppe und prozentualer Anteil der „vermeidbaren Todesfälle“ an der Gesamtsterblichkeit**

Alter in Jahren	Vermeidbare Todesfälle ¹⁾ je 100.000				Gesamtsterblichkeit je 100.000				In % an der Gesamtsterblichkeit			
	weiblich		männlich		weiblich		männlich		weiblich		männlich	
	VTF	VTF ²⁾	VTF	VTF ²⁾	weiblich	männlich	VTF	VTF ²⁾	VTF	VTF ²⁾	VTF	VTF ²⁾
0	170,7	170,7	235,3	235,3	341,3	443,7	50,0	50,0	50,0	50,0	53,0	53,0
1 - 4	1,8	1,8	5,2	5,2	9,1	22,7	20,0	20,0	20,0	20,0	23,1	23,1
5 - 9	1,6	1,6	1,5	1,5	10,9	4,4	14,3	14,3	14,3	14,3	33,3	33,3
10 - 14	2,9	4,3	1,3	4,0	5,7	13,5	50,0	75,0	50,0	75,0	10,0	30,0
15 - 19	1,1	4,5	4,3	8,7	13,5	25,0	8,3	33,3	8,3	33,3	17,4	34,8
20 - 24	1,7	5,2	12,6	27,0	26,1	58,5	6,7	20,0	6,7	20,0	21,5	46,2
25 - 29	2,5	6,7	7,4	30,5	28,3	68,5	8,8	23,5	8,8	23,5	10,8	44,6
30 - 34	11,4	17,2	11,5	31,4	38,4	88,0	29,8	44,7	29,8	44,7	13,0	35,7
35 - 39	21,5	30,9	36,1	65,9	57,8	130,5	37,2	53,5	37,2	53,5	27,6	50,5
40 - 44	42,3	53,2	76,0	125,3	92,7	223,5	45,6	57,4	45,6	57,4	34,0	56,1
45 - 49	85,6	100,9	162,3	238,5	197,5	411,3	43,3	51,1	43,3	51,1	39,4	58,0
50 - 54	162,4	178,7	245,6	335,2	319,7	644,6	50,8	55,9	50,8	55,9	38,1	52,0
55 - 59	216,3	240,2	425,9	493,2	473,2	896,9	45,7	50,8	45,7	50,8	47,5	55,0
60 - 64	215,6	240,9	329,7	408,2	689,9	1.373,0	31,2	34,9	31,2	34,9	24,0	29,7
65 - 69	49,7	68,4	101,1	183,0	1.098,0	2.161,1	4,5	6,2	4,5	6,2	4,7	8,5
70 - 74	46,0	79,0	91,4	157,1	1.898,5	3.413,3	2,4	4,2	2,4	4,2	2,7	4,6
75 - 79	-	19,5	11,5	71,7	3.517,0	5.315,5	-	0,6	-	0,6	0,2	1,3
80 - 84	11,8	41,2	5,5	61,0	6.284,6	9.317,8	0,2	0,7	0,2	0,7	0,1	0,7
85 und älter	8,2	26,7	7,9	47,3	15.382,6	16.016,1	0,1	0,2	0,1	0,2	0,0	0,3
rohe MR ³⁾	57,6	70,3	101,9	144,5	1.018,1	854,8	5,7	6,9	5,7	6,9	11,9	16,9
standard. MR ⁴⁾	53,5	63,7	92,4	129,4	512,2	796,3	10,4	12,4	10,4	12,4	11,6	16,3
standard. MR ⁵⁾	56,1	64,6	95,8	129,1	139,6	278,4	40,2	46,3	40,2	46,3	34,4	46,4

¹⁾ Ohne Totgeborene.²⁾ Inkl. Sterbefälle an AIDS (ICD-10 / B 20 - B 24), Suizid (ICD-10 / X 60 - X 84), Alkoholismus (ICD-10 / F 10), Drogensucht (ICD-10 / F 19).³⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.⁴⁾ Je 100.000 Altersstand. Eurobev. alt.⁵⁾ Altersstand. Eurobev. alt / Alter 0 - 64 Jahre.

(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.12:

Vermeidbare Todesfälle in Berlin 2001 - 2004
nach Todesursachen und Geschlecht

- absolut und je 100.000 / altersstand. Eurobev. alt

Indikator 3.13

Nr.	Todesursachen/-gruppen	Vermeidbare Todesfälle																
		absolut						je 100.000										
		2001		2002		2003		2004		2001		2002		2003		2004		
weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.			
1	Gebärmutterhalskrebs	52	-	59	-	53	-	48	-	4,0	-	4,7	-	4,1	-	3,7	-	
2	Morbus Hodgkin	1	3	3	4	4	-	-	1	0,1	0,2	0,2	0,3	1,3	0,8	-	0,1	
3	chronische rheumatische Herzkrankheiten	-	1	1	-	-	1	2	4	0,3	0,1	1,0	-	-	-	0,1	0,2	
4	Asthma	3	1	5	9	3	2	3	4	0,3	0,1	0,5	0,9	0,4	0,2	0,3	0,3	
5	perinatale Sterbefälle ¹⁾	72	87	97	79	85	97	95	120	5,1	5,9	6,9	5,3	6,1	6,5	6,6	7,8	
6	Brustkrebs	245	-	265	-	232	-	234	-	23,7	-	25,9	-	23,0	-	23,1	-	
7	Magengeschwür und Ulcus duodeni	7	22	11	20	10	30	6	21	0,7	2,0	1,0	1,9	0,9	3,1	0,6	2,1	
8	ischämische Herzkrankheiten	129	591	127	555	113	493	106	483	16,5	77,9	16,3	71,5	13,8	64,6	13,0	63,9	
9	Hypertonie und Schlaganfall	99	162	128	234	92	195	115	220	12,4	21,1	16,2	30,2	12,3	25,2	15,0	29,4	
10	Lungenkrebs	210	448	194	393	204	453	213	401	15,8	34,1	15,2	29,5	15,9	34,9	16,4	30,5	
11	Leberzirrhose	204	461	238	445	226	443	201	413	13,8	33,0	15,8	31,4	14,9	31,0	13,1	28,4	
12	Transportmittelunfälle	53	80	62	102	47	92	37	76	2,5	4,6	3,2	5,8	2,2	5,4	1,6	4,3	
13	Tuberkulose und deren Spätfolgen	2	10	1	10	3	9	5	9	0,1	0,6	0,2	0,6	0,2	0,6	0,3	0,5	
14	Gebärmutterkrebs	3	-	2	-	1	-	3	3	0,3	-	0,2	-	0,1	-	0,3	-	
15	Hautkrebs	1	-	1	3	-	1	2	2	0,1	-	0,1	0,3	-	0,1	0,2	0,2	
16	Hodenkrebs	-	2	-	5	-	3	-	3	-	0,1	-	0,3	-	0,2	-	0,2	
17	Leukämie	7	12	10	15	10	7	7	7	0,6	1,2	1,1	1,3	1,3	0,8	0,6	0,6	
18	Appendizitis	-	-	-	1	-	-	1	1	-	-	-	-	-	-	-	0,1	0,1
19	angeborene Anomalien des Kreislaufsystems	1	3	1	-	1	2	1	1	0,6	1,6	0,6	-	0,6	1,0	0,6	0,5	-
20	Müttersterblichkeit	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-	0,1	-	-	-	-	-	-
21	Eingeweidebrüche	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
22	Cholelithiasis, Cholezystitis, Cholangitis	3	4	1	2	1	3	1	3	0,2	0,3	0,1	0,1	0,0	0,2	0,1	0,2	-
23	Typhoides Fieber und Paratyphus	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
24	Pertussis	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
25	Tetanus	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
26	Masern	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
27	Osteomyelitis	1	-	1	-	1	-	-	-	0,1	-	0,1	-	0,1	-	-	-	-
28	infektiöse Krankheiten des Verdauungssystems	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
29	Krankheiten der Atmungsorgane ²⁾	1	2	2	1	-	1	-	2	0,6	1,1	1,0	0,5	-	0,5	-	1,0	-
insgesamt		1.094	1.889	1.210	1.878	1.086	1.831	1.080	1.769	53,4	96,8	59,6	94,7	53,5	93,8	53,5	92,4	92,4

¹⁾ Je 1.000 Geborene.²⁾ Exklusive Sterbefälle an Asthma 5 -14 Jahre.

(Datenquelle: StLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.13:
Vermeidbare Todesfälle in Berlin 2000 - 2004
nach Todesursachen und Art der Vermeidbarkeit
- absolut und prozentualer Anteil

Indikator 3.13

Art der Vermeidbarkeit / Todesursachen/-gruppen	Vermeidbare Todesfälle					Anteil (in %)				
	2000	2001	2002	2003	2004	2000	2001	2002	2003	2004
sekundärpräventiv und medizinisch vermeidbar										
<i>vermeidbar durch Impfungen (sekundärpräventiv)</i>										
Pertussis	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Tetanus	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Masern	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
<i>vermeidbar durch Früherkennung (sekundärpräventiv)</i>										
Krebs des Gebärmutterhalses	49	52	59	53	48	7,7	9,5	9,7	8,7	8,3
Perinatale Sterbefälle	207	159	176	182	215	32,4	29,2	29,0	30,0	37,1
Brustkrebs	277	245	265	232	234	43,3	45,0	43,7	38,3	40,3
Müttersterblichkeit	-	-	1	-	-	-	-	0,2	-	0,0
Angeborene Anomalien des Kreislaufsystems	-	4	1	3	2	-	0,7	0,2	0,5	0,3
<i>vermeidbar durch Therapie</i>										
Morbus Hodgkin	8	4	7	4	1	1,3	0,7	1,2	0,7	0,2
Asthma	12	4	14	5	7	1,9	0,7	2,3	0,9	1,2
Magen- und Duodenalgeschwüre	36	29	31	40	27	5,6	5,3	5,1	7,2	4,7
Chronische rheumatische Herzkrankheiten	-	1	1	-	3	-	0,2	0,2	-	0,5
Tuberkulose	11	12	11	12	14	1,7	2,2	1,8	2,2	2,4
Gebärmutterkrebs	5	3	2	1	3	0,8	0,6	0,3	0,2	0,5
Atemwegskrankheiten ¹⁾	4	3	3	1	2	0,6	0,6	0,5	0,2	0,3
Typhus	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Osteomyelitis	1	1	1	1	-	0,2	0,2	0,2	0,2	-
Infektionen des Verdauungssystems	2	-	-	-	1	0,3	-	-	-	0,2
Hodenkrebs	6	2	5	3	3	0,9	0,4	0,8	0,5	0,5
Leukämie	14	19	25	17	14	2,2	3,5	4,1	3,0	2,4
Appendizitis	-	-	1	-	2	-	-	0,2	-	0,3
Eingeweidebrüche	2	-	-	-	-	0,3	-	-	-	-
Cholelithiasis, Cholezystitis, Cholangitis	5	7	3	4	4	0,8	1,3	0,5	0,7	0,7
insgesamt	639	545	606	558	580	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
tertiärpräventiv vermeidbar										
ischämische Herzkrankheiten	724	720	682	606	589	67,7	73,3	65,1	67,8	63,5
Hypertonie und Schlaganfall	342	261	362	287	335	32,0	26,6	34,5	32,1	36,1
sonstige bösartige Neubildung der Haut	3	1	4	1	4	0,3	0,1	0,4	0,1	0,4
insgesamt	1.069	982	1.048	894	928	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
primärpräventiv vermeidbar										
Lungenkrebs	657	658	587	657	614	44,8	45,2	40,9	44,8	45,8
Leberzirrhose	631	665	683	669	614	43,0	45,7	47,6	45,7	45,8
Transportmittelunfälle	179	133	164	139	113	12,2	9,1	11,4	9,5	8,4
insgesamt	1.467	1.456	1.434	1.465	1.341	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

¹⁾ Exklusive Sterbefälle an Asthma 5 -14 Jahre.

(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.14:
Ausgewählte vermeidbare Todesfälle in Berlin 2002 - 2004 (zusammengefasst)
nach Todesursachen, Bezirken und Geschlecht
- absolut, DMR und SMR

Indikator 3.14

Todesursache / Bezirk	Vermeidbare Todesfälle								
	weiblich			männlich			insgesamt		
	abs.	DMR ¹⁾	SMR ²⁾	abs.	DMR ¹⁾	SMR ²⁾	abs.	DMR ¹⁾	SMR ²⁾
Lungenkrebs (ICD-10 Nrn.: C 33 - C 34 / Alter: 15 - 64 Jahre)									
Mitte	59	19,8	124,2	130	39,6	122,3	189	30,1	125,2
Friedrichshain-Kreuzberg	30	15,4	95,6	85	38,0	121,6	115	27,3	115,7
Pankow	44	12,7	85,6	92	27,4	89,9	136	19,8	87,6
Charlottenburg-Wilmersdorf	57	13,4	85,0	105	25,1	79,2	162	19,1	80,9
Spandau	57	21,0	129,4	87	29,9	95,7	144	25,4	106,8
Steglitz-Zehlendorf	56	15,1	88,8	98	26,4	82,7	154	20,4	83,6
Tempelhof-Schöneberg	62	15,0	94,9	124	29,0	93,1	186	22,0	93,9
Neukölln	85	25,2	157,6	161	43,5	139,0	246	34,4	146,4
Treptow-Köpenick	33	11,2	74,6	72	28,4	84,6	105	19,3	79,5
Marzahn-Hellersdorf	33	11,9	75,7	100	34,9	114,6	133	23,5	100,5
Lichtenberg	38	12,7	78,9	93	30,3	95,5	131	21,4	89,7
Reinickendorf	57	17,1	111,9	100	30,7	95,0	157	23,8	100,4
Berlin	611	15,8	100,0	1.247	31,7	100,0	1.858	23,7	100,0
Ischämische Herzkrankheiten (ICD-10 Nrn.: I 20 - I 25 / Alter: 35 - 64 Jahre)									
Mitte	48	26,9	181,6	156	81,8	118,3	204	55,6	133,2
Friedrichshain-Kreuzberg	20	15,8	115,9	112	84,0	126,3	132	51,5	129,5
Pankow	27	13,8	89,9	116	57,3	90,3	143	35,3	89,7
Charlottenburg-Wilmersdorf	34	13,2	91,0	140	57,7	87,1	174	34,9	86,9
Spandau	29	15,6	114,9	125	74,7	113,2	154	45,0	113,5
Steglitz-Zehlendorf	26	10,4	72,4	121	55,3	84,6	147	31,5	79,7
Tempelhof-Schöneberg	39	15,1	107,1	159	66,0	97,8	198	40,3	99,5
Neukölln	31	15,1	102,0	168	79,6	118,7	199	48,0	117,6
Treptow-Köpenick	18	9,2	67,4	68	43,5	65,0	86	25,8	63,8
Marzahn-Hellersdorf	23	13,6	97,1	107	63,5	95,4	130	38,8	96,5
Lichtenberg	25	13,0	91,1	118	64,1	98,3	143	38,4	96,8
Reinickendorf	26	13,3	89,1	141	74,8	111,0	167	43,6	106,7
Berlin	346	14,4	100	1.531	66,7	100,0	1.877	40,4	100,0
Akuter Myokardinfarkt (ICD-10 Nr: I 21 / Alter: 0 - 64 Jahre)									
Mitte	16	4,0	183,1	38	8,6	93,5	54	6,4	113,0
Friedrichshain-Kreuzberg	4	1,3	67,5	29	9,4	103,7	33	5,5	101,1
Pankow	7	1,6	72,3	50	11,0	125,6	57	6,4	114,9
Charlottenburg-Wilmersdorf	10	1,7	83,5	43	7,7	88,9	53	4,7	86,9
Spandau	9	2,4	113,3	34	9,6	102,6	43	6,0	104,6
Steglitz-Zehlendorf	11	1,9	97,6	40	8,3	94,0	51	4,9	91,8
Tempelhof-Schöneberg	14	2,5	119,2	53	9,3	107,9	67	5,9	109,9
Neukölln	11	2,5	112,7	40	8,2	93,6	51	5,4	98,5
Treptow-Köpenick	6	1,7	73,6	21	6,1	66,6	27	3,8	66,4
Marzahn-Hellersdorf	8	2,3	100,9	41	10,1	118,0	49	6,2	115,5
Lichtenberg	10	2,2	114,6	35	8,7	95,8	45	5,4	99,4
Reinickendorf	9	2,1	98,3	41	9,6	108,5	50	5,8	106,1
Berlin	111	2,1	100,0	465	8,9	100,0	576	5,5	100,0

noch Tabelle 3.2.14:

Todesursache / Bezirk	Vermeidbare Todesfälle								
	weiblich			männlich			insgesamt		
	abs.	DMR ¹⁾	SMR ²⁾	abs.	DMR ¹⁾	SMR ²⁾	abs.	DMR ¹⁾	SMR ²⁾
Krankheiten der Leber (ICD-10 Nrn.: K 70 - K 77 / Alter: 15 - 74 Jahre)									
Mitte	62	17,3	117,5	112	30,7	99,0	174	24,0	106,4
Friedrichshain-Kreuzberg	34	14,0	97,3	91	35,8	117,3	125	25,4	113,0
Pankow	66	16,3	110,5	143	38,3	122,1	209	26,8	118,3
Charlottenburg-Wilmersdorf	64	13,2	92,9	108	24,5	83,0	172	18,6	85,9
Spandau	45	14,8	93,7	110	36,5	118,4	155	25,5	110,0
Steglitz-Zehlendorf	50	11,4	75,9	67	16,6	57,0	117	13,9	62,8
Tempelhof-Schöneberg	65	13,3	94,4	117	26,5	87,8	182	19,9	89,8
Neukölln	55	14,0	94,8	115	29,9	98,2	170	21,8	97,6
Treptow-Köpenick	54	15,3	101,7	105	32,5	106,1	159	23,8	104,1
Marzahn-Hellersdorf	48	15,2	102,8	95	29,4	100,4	143	22,2	101,1
Lichtenberg	60	16,7	113,4	133	38,8	128,3	193	27,7	123,4
Reinickendorf	61	16,4	110,6	105	29,8	100,3	166	22,8	103,5
Berlin	665	14,6	100,0	1.301	30,3	100,0	1.966	22,3	100,0

Alkoholische Leberkrankheit (ICD-10 Nr: K70 / Alter: 15 - 74 Jahre)

Mitte	30	8,1	108,3	59	16,1	91,4	89	12,2	98,1
Friedrichshain-Kreuzberg	16	6,8	86,4	53	20,6	118,0	69	14,1	111,0
Pankow	35	9,5	112,5	83	22,2	125,0	118	15,7	121,4
Charlottenburg-Wilmersdorf	43	8,9	117,9	61	13,8	82,8	104	11,2	93,7
Spandau	27	9,0	107,7	61	21,2	117,1	88	15,1	114,0
Steglitz-Zehlendorf	25	5,7	72,2	35	8,7	53,2	60	7,2	58,7
Tempelhof-Schöneberg	38	7,8	104,4	63	14,3	83,4	101	11,0	89,9
Neukölln	26	6,8	85,3	61	16,1	92,1	87	11,3	90,5
Treptow-Köpenick	28	8,6	102,7	63	20,3	115,5	91	14,5	110,8
Marzahn-Hellersdorf	22	7,2	88,5	64	20,0	117,9	86	13,5	108,4
Lichtenberg	23	6,5	83,2	76	22,4	130,2	99	14,4	115,3
Reinickendorf	36	10,1	124,9	56	15,6	95,7	92	12,8	104,9
Berlin	349	7,8	100,0	735	17,2	100,0	1.084	12,4	100,0

Bösartige Neubildung der Brustdrüse (ICD-10 Nr.: C 50 / Alter 25 - 64 Jahre)

Mitte	53	22,1	91,8	1	0,3	190,7	54	10,7	87,9
Friedrichshain-Kreuzberg	37	23,0	94,4	1	0,5	274,7	38	11,2	90,3
Pankow	52	20,1	83,1	-	-	-	52	10,0	82,4
Charlottenburg-Wilmersdorf	68	19,9	85,6	-	-	-	68	10,2	86,5
Spandau	63	28,2	121,0	1	0,5	233,1	64	14,5	122,1
Steglitz-Zehlendorf	80	26,1	108,0	1	0,3	183,5	81	14,0	114,1
Tempelhof-Schöneberg	84	26,5	107,6	1	0,4	159,1	85	13,6	108,5
Neukölln	77	29,7	119,7	1	0,3	180,9	78	14,8	117,8
Treptow-Köpenick	47	21,5	90,0	-	-	-	47	11,0	92,2
Marzahn-Hellersdorf	52	23,9	94,4	-	-	-	52	11,8	94,6
Lichtenberg	36	15,0	62,9	-	-	-	36	7,5	62,3
Reinickendorf	88	36,3	146,4	-	-	-	88	18,5	146,4
Berlin	731	24,0	100,0	6	0,2	100,0	737	12,1	100,0

¹⁾ Je 100.000 direkt altersstandardisiert an der Eurobev. alt.

²⁾ Standardized Mortality Ratio - indirekt standardisiert an der Bevölkerung Berlins.
(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Allgemeine Morbidität

● Subjektive Morbidität

Tabelle 3.2.15:
Selbsteinschätzung des Gesundheitszustandes in Deutschland 2002/2003
nach ausgewählten Altersgruppen, Geschlecht und sozialer Schicht
- in % der Befragten

Indikator 3.15

Altersgruppe / Sozialschicht	Selbsteinschätzung des Gesundheitszustandes in % der Befragten									
	weiblich					männlich				
	sehr gut	gut	mittel- mäßig	schlecht	sehr schlecht	sehr gut	gut	mittel- mäßig	schlecht	sehr schlecht
insgesamt	20,4	49,0	23,8	5,3	1,4	21,8	54,1	18,2	4,9	1,0
Alter in Jahren										
18 - 29	33,6	53,1	11,4	1,5	0,3	33,6	56,5	9,0	0,7	0,2
30 - 39	29,5	55,5	12,4	2,0	0,6	29,3	60,1	8,4	1,8	0,4
40 - 49	20,6	57,6	16,5	4,4	1,0	22,4	57,1	16,0	3,8	0,7
50 - 64	17,0	47,4	28,5	5,7	1,4	14,7	51,3	23,8	8,3	1,8
65 und älter	7,6	36,4	42,1	10,8	3,1	9,3	44,8	34,3	9,5	2,0
Sozialschicht										
untere	13,9	41,7	33,1	8,3	3,0	17,5	50,6	23,4	7,0	1,5
mittlere	22,3	53,4	19,4	4,1	0,8	21,6	55,9	16,9	4,8	0,9
obere	28,7	51,4	17,4	2,2	0,2	26,8	56,0	13,8	2,6	0,7

(Datenquelle: RKI, Telefonischer Gesundheitssurvey 2002/2003, n = 8.318, weiblich: 4.302, männlich: 4.016)

Tabelle 3.2.16:
Beeinträchtigung des Gesundheitszustandes innerhalb der letzten sechs Monate
in Deutschland 2002/2003
nach ausgewählten Altersgruppen, Geschlecht und sozialer Schicht
- in % der Befragten

Indikator 3.17

Altersgruppe / Sozialschicht	Gesundheitliche Beeinträchtigungen in % der Befragten					
	weiblich			männlich		
	stark eingeschränkt	eingeschänkt	nicht eingeschränkt	stark eingeschränkt	eingeschänkt	nicht eingeschränkt
insgesamt	9,6	26,3	64,1	9,0	23,1	67,9
Alter in Jahren						
18 - 29	3,7	20,9	75,4	4,7	17,3	78,1
30 - 39	6,2	19,8	74,0	5,3	19,4	75,3
40 - 49	8,9	20,9	70,2	9,2	19,5	71,2
50 - 64	10,8	29,3	59,9	11,8	26,4	61,9
65 und älter	15,7	36,1	48,2	13,9	33,4	52,7
Sozialschicht						
untere	12,2	30,3	57,5	9,3	27,0	63,7
mittlere	8,7	24,3	66,9	10,1	21,1	68,9
obere	7,0	24,6	68,4	6,8	22,1	71,1

(Datenquelle: RKI, Telefonischer Gesundheitssurvey 2002/2003, n = 8.318, weiblich: 4.302, männlich: 4.016)

Tabelle 3.2.17:

Verteilung von häufigen Krankheiten und Befunden in Deutschland 2002/2003
nach ausgewählten Altersgruppen, Geschlecht und sozialer Schicht
- in % der Befragten

Indikator 3.18

Altersgruppe / Sozialschicht	Häufig genannte Krankheiten und Befunde in % der Befragten							
	Rücken- schmerzen ¹⁾	Gelenkverschleiß (Arthrose)	erhöhtes Cholesterin	Bluthochdruck	Angina pectoris	Diabetes mellitus ²⁾	chronische Bronchitis	Asthma bronchiale
insgesamt	30,0	21,9	27,6	28,0	5,4	6,1	9,5	6,1
Alter in Jahren								
18 - 29	20,8	2,6	7,1	6,8	0,6	0,5	7,5	8,1
30 - 39	26,0	5,0	12,4	11,0	0,6	1,4	8,0	6,8
40 - 49	29,0	13,9	19,5	19,8	0,8	2,4	8,7	6,2
50 - 64	34,5	32,9	39,0	38,4	6,3	6,6	9,7	5,6
65 und älter	35,6	43,5	48,4	51,8	15,0	15,8	12,5	4,5
Sozialschicht								
untere	33,7	27,1	32,7	33,7	9,8	9,6	11,3	6,4
mittlere	30,4	19,9	25,1	25,9	3,2	4,6	9,3	6,0
obere	23,5	17,1	24,1	22,5	2,1	3,5	7,0	6,1
insgesamt	24,3	15,3	30,3	26,1	6,3	5,4	6,7	5,3
Alter in Jahren								
18 - 29	12,7	3,8	5,2	9,4	0,8		5,4	7,3
30 - 39	19,9	8,4	20,8	15,3	1,6	1,0	6,8	4,4
40 - 49	23,3	11,8	31,7	23,6	2,3	2,1	4,9	4,3
50 - 64	32,6	23,2	48,8	34,3	7,9	8,8	8,2	5,1
65 und älter	31,9	29,0	41,6	48,3	19,6	15,2	8,1	5,5
Sozialschicht								
untere	27,0	16,0	27,3	25,2	7,1	5,3	8,1	5,5
mittlere	25,1	14,9	30,3	25,9	6,3	4,8	6,0	5,5
obere	19,8	15,5	34,0	28,1	5,4	6,5	6,1	4,6

¹⁾ Mindestens drei Monate lang.

²⁾ Ohne Gestationsdiabetes.

(Datenquelle: RKI, Telefonischer Gesundheitssurvey 2002/2003, n = 8.318, weiblich: 4.302, männlich: 4.016)

Tabelle 3.2.18:
Einschätzung von ausgewählten körperlichen Aktivitäten bei den über 65-Jährigen
in Deutschland 2002/2003
nach Geschlecht
- in % der Befragten

Indikator 3.16

Art der körperlichen Aktivitäten	Körperliche Aktivitäten bei über 65-Jährigen in % der Befragten									
	weiblich					männlich				
	ohne Schwierigkeiten	mit leichten Schwierigkeiten	mit ziemlichen Schwierigkeiten	gar nicht (mehr)	ohne Schwierigkeiten	mit leichten Schwierigkeiten	mit ziemlichen Schwierigkeiten	gar nicht (mehr)		
Zeitungsartikel lesen, wenn nötig mit Brille	90,5	6,0	2,6	0,9	91,7	6,7	1,1	0,4		
hören, was in einer normalen Unterhaltung gesprochen wird, wenn nötig, mit Hörgerät	83,5	11,9	4,2	0,4	79,2	15,6	5,2	-		
sprechen, nicht vorlesen nur zuordnen	97,3	2,6	0,2	-	97,4	2,6	-	-		
einen Gegenstand von 5 Kilo 10 Meter weit tragen	57,8	17,5	10,2	14,5	86,3	7,1	2,8	3,7		
innerhalb der Wohnung umhergehen	90,0	6,6	2,7	0,7	94,7	3,9	1,0	0,4		
ohne Pause 400 Meter weit gehen	76,3	11,9	5,0	6,8	85,3	7,8	2,6	4,4		
ohne Pause Treppen über ein Stockwerk steigen	65,6	17,8	9,4	7,2	84,7	7,1	4,7	3,5		
aus dem Bett aufstehen und sich ins Bett legen	84,8	11,3	3,5	0,3	90,5	6,8	2,5	0,3		
sich selbst an- und ausziehen	91,1	5,8	2,4	0,7	93,8	4,7	1,2	0,3		
Nahrungsmittel beim Essen schneiden	93,5	3,7	2,1	0,7	96,3	2,0	0,7	1,1		

(Datenquelle: RKI, Telefonischer Gesundheitssurvey 2002/2003, n = 8.318, weiblich: 4.302, männlich: 4.016)

● Ambulante Morbidität

Tabelle 3.2.19:
Die häufigsten Diagnosen in der allgemeinärztlichen Praxis in Berlin 2004 (I. Quartal)
- in % aller Behandlungsfälle (n = 1.081.972)

Indikator 3.19

Rang	ICD-10 Nr.	Behandlungsanlass ¹⁾	In % der Behandlungsfälle
1	I10	essentielle (primäre) Hypertonie	27,1
2	E78	Störungen d.Lipoproteinstoffwechs. u.sonst.Lipidämien	18,6
3	M54	Rückenschmerzen	18,2
4	I25	chronische ischämische Herzkrankheit	9,6
5	J06	akute Infektionen an mehreren oder n. n. bez. Lokalisationen der oberen Atemwege	8,8
6	E11	nicht primär insulinabhängiger Diabetes mellitus (Typ-II-Diabetes)	7,7
7	F32	depressive Episode	6,9
8	K 29	Gastritis und Duodenitis	6,8
9	E66	Adipositas	6,6
10	E04	sonstige nichttoxische Struma	6,3
11	J20	akute Bronchitis	5,5
12	F45	somatoforme Störungen	5,0
13	M53	sonstige Krankheiten der Wirbelsäule und des Rückens, anderenorts nicht klassifiziert	4,9
14	I83	Varizen der unteren Extremitäten	4,9
15	K76	sonstige Krankheiten der Leber	4,8
16	J45	Asthma bronchiale	4,4
17	E14	nicht näher bezeichneter Diabetes mellitus	4,3
18	E79	Störungen des Purin- und Pyrimidinstoffwechsels	4,2
19	M47	Spondylose	4,2
20	J44	sonstige chronische obstruktive Lungenkrankheit	4,0
21	M17	Gonarthrose [Arthrose des Kniegelenkes]	3,8
22	I49	sonstige kardiale Arrhythmien	3,8
23	J30	Vasomotorische und allergische Rhinopathie	3,7
24	K21	Gastroösophageale Refluxkrankheit	3,6
25	I50	Herzinsuffizienz	3,6
26	G43	Migräne	3,5
27	M81	Osteoporose ohne pathologische Fraktur	3,5
28	J40	Bronchitis, nicht als akut oder chronisch bezeichnet	3,2
29	I95	Hypotonie	3,1
30	M51	sonstige Bandscheibenschäden	3,1

¹⁾ Mehrfachzählungen möglich.

(Datenquelle: KV Berlin)

Tabelle 3.2.19 a:
Die häufigsten Diagnosen in der Frauenarztpraxis in Berlin 2004 (I. Quartal)
- in % aller Behandlungsfälle (n = 575.086)

Indikator 3.20

Rang	ICD-10 Nr.	Behandlungsanlass ¹⁾	In % der Behandlungsfälle
1	Z30	kontrazeptive Maßnahmen	42,2
2	Z12	spezielles Screening auf Neubildungen	32,6
3	N89	sonstige nichtentzündliche Krankheiten der Vagina	27,9
4	N95	klimakterische Störungen	24,8
5	N76	sonstige entzündliche Krankheit der Vagina und Vulva	17,8
6	N94	Schmerz und andere Zustände in Zusammenhang mit den weiblichen Genitalorganen und der Menstruation	11,4
7	N92	zu starke, zu häufige oder unregelmäßige Menstruation	8,2
8	R10	Bauch- und Beckenschmerzen	8,0
9	N64	sonstige Krankheiten der Mamma (Brustdrüse)	7,1
10	F45	somatoforme Störungen	6,8
11	N86	Erosion und Ektropium der Cervix uteri	6,0
12	B37	Kandidose	5,3
13	D25	Leiomyom des Uterus	5,2
14	N60	gutartige Mammadysplasie	5,0
15	R87	abnorme Befunde in Untersuchungsmaterialien aus den weiblichen Genitalorganen	5,0
16	N83	nichtentzündliche Krankheiten des Ovars, der Tuba uterina und des Lig. latum uteri	4,3
17	N91	ausgebliebene, zu schwache oder zu seltene Menstruation	4,3
18	E28	ovarielle Dysfunktion	4,2
19	Z34	Überwachung einer normalen Schwangerschaft	4,1
20	N81	Genitalprolaps bei der Frau	4,0
21	F32	depressive Episode	3,4
22	C50	bösartige Neubildung der Brustdrüse (Mamma)	3,4
23	E66	Adipositas	2,9
24	Z01	sonst. Spez. Untersuchungen u. Abklärungen	2,6
25	E34	sonstige endokrine Störungen	2,6
26	N39	sonstige Krankheiten des Harnsystems	2,5
27	N93	sonstige abnorme Uterus- oder Vaginalblutung	2,5
28	L70	Akne	2,4
29	N85	sonstige nichtentzündliche Krankheiten des Uterus, ausgenommen der Zervix	2,4
30	I84	Hämorrhoiden	2,3

¹⁾ Mehrfachzählungen möglich.
(Datenquelle: KV Berlin)

Tabelle 3.2.19 b:
Die häufigsten Diagnosen in der Kinderarztpraxis in Berlin 2004 (I. Quartal)
- in % aller Behandlungsfälle (n = 252.253)

Indikator 3.21

Rang	ICD-10 Nr.	Behandlungsanlass ¹⁾	In % der Behandlungsfälle
1	J06	akute Infektion an mehreren oder n.n.bez. Lokal. der oberen Atemwege	36,3
2	Z00	allgemeine Untersuchung und Abklärung bei Personen ohne Beschwerden o. angegebene Diagnose	16,3
3	B34	Viruskrankheit nicht näher bezeichneter Lokalisation	15,2
4	Z27	Notwendigkeit der Impfung (Immunsisierung) gegen Kombinationen von Infektionskrankheiten	12,5
5	J20	akute Bronchitis	11,6
6	R50	Fieber unbekannter Ursache	10,2
7	H66	eitrige und nicht näher bezeichnete Otitis media	9,8
8	B99	sonstige und nicht näher bezeichnete Infektionskrankheiten	9,5
9	J03	akute Tonsillitis	8,5
10	Z26	Notwendigkeit der Impfung (Immunsisierung) gegen andere einzelne Infektionskrankheiten	7,9
11	L20	Atopisches [endogenes] Ekzem	7,1
12	J45	Asthma bronchiale	6,6
13	R62	Ausbleiben der erwarteten normalen physiologischen Entwicklung	6,4
14	K52	sonstige nichtinfektiöse Gastroenteritis und Kolitis	6,4
15	N39	sonstige Krankheiten des Harnsystems	6,1
16	J98	sonstige Krankheiten der Atemwege	5,9
17	J00	akute Rhinopharyngitis (Erkältungsschnupfen)	5,7
18	H10	Konjunktivitis	5,5
19	F80	umschriebene Entwicklungsstörungen des Sprechens und der Sprache	5,4
20	R11	Übelkeit und Erbrechen	5,4
21	R05	Husten	5,1
22	H65	nichteitrige Otitis media	4,8
23	J44	sonstige chronische obstruktive Lungenkrankheit	4,7
24	J40	Bronchitis, nicht als akut oder chronisch bezeichnet	4,7
25	R10	Bauch- und Beckenschmerzen	4,6
26	J02	akute Pharyngitis	4,4
27	J30	Vasomotorische und allergische Rhinopathie	4,1
28	Z24	Notwendigkeit der Impfung (Immunsisierung) gegen best. einzelne Viruskrankheiten	3,9
29	J18	Pneumonie, Erreger nicht näher bezeichnet	3,8
30	A09	Diarrhoe und Gastronenteritis, vermutlich infektiösen Ursprungs	3,8

¹⁾ Mehrfachzählungen möglich.
(Datenquelle: KV Berlin)

Tabelle 3.2.19 c:
Die häufigsten Diagnosen in der orthopädischen Praxis in Berlin 2004 (I. Quartal)
 - in % aller Behandlungsfälle (n = 325.270)

Indikator 3.22

Rang	ICD-10 Nr.	Behandlungsanlass ¹⁾	In % der Behandlungsfälle
1	M54	Rückenschmerzen	46,2
2	M99	biomechanische Funktionsstörungen, anderenorts nicht klassifiziert	29,5
3	M17	Gonarthrose [Arthrose des Kniegelenkes]	15,9
4	Q66	angeborene Deformitäten der Füße	13,1
5	M51	sonstige Bandscheibenschäden	11,9
6	M47	Spondylose	11,8
7	M53	sonstige Krankheiten der Wirbelsäule und des Rückens, anderenorts nicht klassifiziert	11,7
8	M75	Schulterläsionen	10,8
9	M77	sonstige Enthesopathien	10,4
10	M21	sonstige erworbene Deformitäten der Extremitäten	9,5
11	M16	Koxarthrose (Arthrose des Hüftgelenkes)	8,6
12	M23	Binnenschädigung des Kniegelenkes (internal derangement)	7,8
13	M41	Skoliose	7,3
14	M81	Osteoporose ohne pathologische Fraktur	7,0
15	M19	sonstige Arthrose	6,9
16	M20	erworbene Deformitäten der Finger und Zehen	6,7
17	M42	Osteochondrose der Wirbelsäule	5,6
18	M25	sonstige Gelenkrankheiten, anderenorts nicht klassifiziert	5,5
19	M62	sonstige Muskelkrankheiten	5,0
20	M22	Krankheiten der Patella	3,7
21	F45	somatoforme Störungen	3,4
22	R52	Schmerz, anderenorts nicht klassifiziert	3,4
23	M65	Synovitis und Tenosynovitis	3,3
24	M79	sonstige Krankheiten des Weichteilgewebes, anderenorts nicht klassifiziert	3,0
25	M43	sonstige Deformitäten der Wirbelsäule und des Rückens	2,9
26	M15	Polyarthrose	2,7
27	G56	Mononeuropathie der oberen Extremitäten	2,6
28	M48	sonstige Spondylopathien	2,5
29	M24	sonstige näher bezeichnete Gelenkschädigungen	2,5
30	S83	Luxation, Verstauchung und Zerrung des Kniegelenks und dessen Bänder	2,4

¹⁾ Mehrfachzählungen möglich.
 (Datenquelle: KV Berlin)

Tabelle 3.2.19 d:
Die häufigsten Diagnosen in der nervenärztlichen Praxis in Berlin 2004 (I. Quartal)
- in % aller Behandlungsfälle (n = 201.344)

Indikator 3.23

Rang	ICD-10 Nr.	Behandlungsanlass ¹⁾	In % der Behandlungsfälle
1	F32	depressive Episode	21,9
2	F45	somatoforme Störungen	10,0
3	F41	andere Angststörungen	9,8
4	F43	Reaktionen auf schwere Belastungen und Anpassungsstörungen	9,1
5	F33	rezidivierende depressive Störung	8,2
6	G40	Epilepsie	7,5
7	M54	Rückenschmerzen	7,4
8	F06	andere psychische Störungen aufgrund einer Schädigung oder Funktionsstörung oder einer körperlichen Krankheit	7,4
9	I67	sonstige zerebrovaskuläre Krankheiten	5,5
10	G56	Mononeuropathien der oberen Extremität	5,4
11	F20	Schizophrenie	4,6
12	G43	Migräne	4,3
13	G44	sonstige Kopfschmerzsyndrome	3,9
14	G62	sonstige Polyneuropathien	3,9
15	F34	anhaltende affektive Störungen	3,8
16	F10	psychische und Verhaltensstörungen durch Alkohol	3,4
17	F60	spezifische Persönlichkeitsstörungen	3,3
18	R42	Schwindel und Taumel	3,2
19	G20	primäres Parkinson-Syndrom	3,1
20	G25	sonstige extrapyramidale Krankheiten und Bewegungsstörungen	2,9
21	F48	andere neurotische Störungen	2,8
22	G47	Schlafstörungen	2,8
23	F03	nicht näher bezeichnete Demenz	2,8
24	G45	zerebrale transitorische ischämische Attacken und verwandte Syndrome	2,7
25	R51	Kopfschmerz	2,7
26	M53	sonstige Krankheiten der Wirbelsäule und des Rückens, anderenorts nicht klassifiziert	2,6
27	F90	hyperkinetische Störungen	2,6
28	M51	sonstige Bandscheibenschäden	2,6
29	G35	Multiple Sklerose (Encephalomyelitis disseminata)	2,5
30	I10	essentielle (primäre) Hypertonie	2,5

¹⁾ Mehrfachzählungen möglich.

(Datenquelle: KV Berlin)

● Stationäre Morbidität

Tabelle 3.2.20:
Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle, ohne Stundenfälle) in Berlin 2001 - 2004
 nach ausgewählten Merkmalen

Indikator 3.24

Merkmal	Stationäre Behandlungsfälle								
	insgesamt			Berliner			Nichtberliner		
	weiblich	männlich	insgesamt	weiblich	männlich	insgesamt	weiblich	männlich	insgesamt
2001									
Fälle	371.454	290.975	662.429	330.060	248.346	578.406	41.394	42.629	84.023
Verweildauertage	3.824.146	2.945.590	6.769.736	3.446.490	2.537.043	5.983.533	377.656	408.547	786.203
Ø Verweildauer	10,3	10,1	10,2	10,4	10,2	10,3	9,1	9,6	9,4
standard. Ø Verweildauer	x	x	x	9,4	10,0	9,8	x	x	x
Betten / Tag	10.477	8.070	18.547	9.442	6.951	16.393	1.035	1.119	2.154
Operationen	158.483	112.422	270.905	139.302	93.852	233.154	19.181	18.570	37.751
in % der Fälle	42,7	38,6	40,9	42,2	37,8	40,3	46,3	43,6	44,9
Gestorbene	9.268	7.352	16.620	8.746	6.642	15.388	522	710	1.232
in % der Fälle	2,5	2,5	2,5	2,6	2,7	2,7	1,3	1,7	1,5
in % aller Gestorbenen	x	x	x	46,7	47,1	46,9	x	x	x
2002									
Fälle	371.453	296.371	667.824	328.696	252.317	581.013	42.757	44.054	86.811
Verweildauertage	3.691.440	2.939.366	6.630.806	3.299.346	2.522.085	5.821.431	392.094	417.281	809.375
Ø Verweildauer	9,9	9,9	9,9	10,0	10,0	10,0	9,2	9,5	9,3
standard. Ø Verweildauer	x	x	x	9,1	9,8	9,5	x	x	x
Betten / Tag	10.114	8.053	18.167	9.039	6.910	15.949	1.074	1.143	2.217
Operationen	162.152	118.748	280.900	141.147	98.228	239.375	21.005	20.520	41.525
in % der Fälle	43,7	40,1	42,1	42,9	38,9	41,2	49,1	46,6	47,8
Gestorbene	9.405	7.663	17.068	8.827	6.930	15.757	578	733	1.311
in % der Fälle	2,5	2,6	2,6	2,7	2,7	2,7	1,4	1,7	1,5
in % aller Gestorbenen	x	x	x	46,2	48,2	47,0	x	x	x
2003									
Fälle	369.554	298.185	667.739	326.106	253.629	579.735	43.448	44.556	88.004
Verweildauertage	3.487.287	2.795.127	6.282.414	3.111.097	2.385.196	5.496.293	376.190	409.931	786.121
Ø Verweildauer	9,4	9,4	9,4	9,5	9,4	9,5	8,7	9,2	8,9
standard. Ø Verweildauer	x	x	x	8,6	9,2	8,9	x	x	x
Betten / Tag	9.554	7.658	17.212	8.524	6.535	15.058	1.031	1.123	2.154
Operationen	157.837	117.834	275.671	137.791	98.429	236.220	20.046	19.405	39.451
in % der Fälle	42,7	39,5	41,3	42,3	38,8	40,7	46,1	43,6	44,8
Gestorbene	9.162	7.719	16.881	8.593	6.975	15.568	569	744	1.313
in % der Fälle	2,5	2,6	2,5	2,6	2,8	2,7	1,3	1,7	1,5
in % aller Gestorbenen	x	x	x	45,9	48,3	47,0	x	x	x
2004									
Fälle	364.870	301.518	666.388	320.475	255.418	575.893	44.395	46.100	90.495
Verweildauertage	3.290.145	2.677.706	5.967.851	2.927.158	2.286.059	5.213.217	362.987	391.647	754.634
Ø Verweildauer	9,0	8,9	9,0	9,1	9,0	9,1	8,2	8,5	8,3
standard. Ø Verweildauer	x	x	x	8,3	8,7	8,5	x	x	x
Betten / Tag	9.014	7.336	16.350	8.020	6.263	14.283	994	1.073	2.067
Operationen	155.287	116.340	271.627	134.687	96.080	230.767	20.600	20.260	40.860
in % der Fälle	42,6	38,6	40,8	42,0	37,6	40,1	46,4	43,9	45,2
Gestorbene	8.424	7.229	15.653	7.880	6.503	14.383	544	726	1.270
in % der Fälle	2,3	2,4	2,3	2,5	2,5	2,5	1,2	1,6	1,4
in % aller Gestorbenen	x	x	x	44,6	46,1	45,2	x	x	x

Zu Differenzen zwischen Gesamtsummen und Summenbildung einzelner Spalten/Zeilen siehe Erläuterungen zu "Diagnosedaten".

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil II: Diagnosen / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.20 a:
Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle)
in Berlin 2001 - 2004
nach ausgewählten Merkmalen

Indikator 3.24

Merkmal	Stationäre Behandlungsfälle								
	insgesamt			Berliner			Nichtberliner		
	weiblich	männlich	insgesamt	weiblich	männlich	insgesamt	weiblich	männlich	insgesamt
2001									
Fälle	388.335	304.942	693.277	344.621	260.278	604.899	43.714	44.664	88.378
Verweildauertage	3.824.146	2.945.590	6.769.736	3.446.490	2.537.043	5.983.533	377.656	408.547	786.203
Ø Verweildauer	9,8	9,7	9,8	10,0	9,7	9,9	8,6	9,1	8,9
standard. Ø Verweildauer	x	x	x	8,9	9,5	9,3	x	x	x
Betten / Tag	10.477	8.070	18.547	9.442	6.951	16.393	1.035	1.119	2.154
Operationen	162.855	115.546	278.401	143.143	96.572	239.715	19.712	18.974	38.686
in % der Fälle	41,9	37,9	40,2	41,5	37,1	39,6	45,1	42,5	43,8
Gestorbene	9.969	8.012	17.981	9.412	7.247	16.659	557	765	1.322
in % der Fälle	2,6	2,6	2,6	2,7	2,8	2,8	1,3	1,7	1,5
in % aller Gestorbenen	x	x	x	50,3	51,4	50,7	x	x	x
2002									
Fälle	387.275	309.473	696.748	342.417	263.248	605.665	44.858	46.225	91.083
Verweildauertage	3.691.440	2.939.366	6.630.806	3.299.346	2.522.085	5.821.431	392.094	417.281	809.375
Ø Verweildauer	9,5	9,5	9,5	9,6	9,6	9,6	8,7	9,0	8,9
standard. Ø Verweildauer	x	x	x	8,7	9,3	9,0	x	x	x
Betten / Tag	10.114	8.053	18.167	9.039	6.910	15.949	1.074	1.143	2.217
Operationen	166.669	121.612	288.281	145.096	100.670	245.766	21.573	20.942	42.515
in % der Fälle	43,0	39,3	41,4	42,4	38,2	40,6	48,1	45,3	46,7
Gestorbene	10.121	8.298	18.419	9.497	7.492	16.989	624	806	1.430
in % der Fälle	2,6	2,7	2,6	2,8	2,8	2,8	1,4	1,7	1,6
in % aller Gestorbenen	x	x	x	49,7	52,1	50,7	x	x	x
2003									
Fälle	385.511	310.537	696.048	339.665	263.977	603.642	45.846	46.560	92.406
Verweildauertage	3.487.287	2.795.127	6.282.414	3.111.097	2.385.196	5.496.293	376.190	409.931	786.121
Ø Verweildauer	9,0	9,0	9,0	9,2	9,0	9,1	8,2	8,8	8,5
standard. Ø Verweildauer	x	x	x	8,2	8,8	8,5	x	x	x
Betten / Tag	9.554	7.658	17.212	8.524	6.535	15.058	1.031	1.123	2.154
Operationen	162.351	120.592	282.943	141.785	100.789	242.574	20.566	19.803	40.369
in % der Fälle	42,1	38,8	40,6	41,7	38,2	40,2	44,9	42,5	43,7
Gestorbene	9.824	8.312	18.136	9.226	7.507	16.733	598	805	1.403
in % der Fälle	2,5	2,7	2,6	2,7	2,8	2,8	1,3	1,7	1,5
in % aller Gestorbenen	x	x	x	49,3	52,0	50,5	x	x	x
2004									
Fälle	378.325	312.698	691.023	331.949	264.770	596.719	46.376	47.928	94.304
Verweildauertage	3.290.145	2.677.706	5.967.851	2.927.158	2.286.059	5.213.217	362.987	391.647	754.634
Ø Verweildauer	8,7	8,6	8,6	8,8	8,6	8,7	7,8	8,2	8,0
standard. Ø Verweildauer	x	x	x	7,9	8,4	8,2	x	x	x
Betten / Tag	9.014	7.336	16.350	8.020	6.263	14.283	994	1.073	2.067
Operationen	159.168	118.635	277.803	138.087	98.022	236.109	21.081	20.613	41.694
in % der Fälle	42,1	37,9	40,2	41,6	37,0	39,6	45,5	43,0	44,2
Gestorbene	9.094	7.818	16.912	8.511	7.028	15.539	583	790	1.373
in % der Fälle	2,4	2,5	2,4	2,6	2,7	2,6	1,3	1,6	1,5
in % aller Gestorbenen	x	x	x	48,2	49,8	48,9	x	x	x

Zu Differenzen zwischen Gesamtsummen und Summenbildung einzelner Spalten/Zeilen siehe Erläuterungen zu "Diagnosedaten".
(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil II: Diagnosen / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.21:

Indikator 3.24

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle, ohne Stundenfälle) in Berlin 1994 - 2004 nach Wohnort und Geschlecht - absolut und je 100.000

Jahr	Stationäre Behandlungsfälle								
	insgesamt			Berliner			Nichtberliner		
	weiblich	männlich	insgesamt	weiblich	männlich	insgesamt	weiblich	männlich	insgesamt
absolut									
1994	336.763	251.193	587.956	305.091	216.587	521.678	31.672	34.606	66.278
1995	334.723	254.971	589.694	300.430	217.651	518.081	34.293	37.320	71.613
1996	345.117	263.132	608.249	309.414	224.860	534.274	35.703	38.272	73.975
1997	349.725	270.749	620.474	315.395	233.155	548.550	34.330	37.594	71.924
1998	369.078	283.721	652.799	329.770	243.609	573.379	39.308	40.112	79.420
1999	371.114	288.085	659.202	332.433	247.848	580.281	38.681	40.237	78.921
2000	372.725	291.755	664.480	332.679	249.449	582.128	40.046	42.306	82.352
2001	371.454	290.975	662.429	330.060	248.346	578.406	41.394	42.629	84.023
2002	371.453	296.371	667.824	328.696	252.317	581.013	42.757	44.054	86.811
2003	369.554	298.185	667.739	326.106	253.629	579.735	43.448	44.556	88.004
2004	364.870	301.518	666.388	320.475	255.418	575.893	44.395	46.100	90.495
je 100.000 ¹⁾									
1994	x	x	x	16.873,7	12.975,9	15.002,7	x	x	x
1995	x	x	x	16.694,2	13.022,1	14.926,0	x	x	x
1996	x	x	x	17.270,0	13.425,3	15.412,4	x	x	x
1997	x	x	x	17.751,7	13.975,4	15.922,9	x	x	x
1998	x	x	x	18.749,9	14.715,1	16.793,5	x	x	x
1999	x	x	x	19.041,4	15.044,1	17.100,7	x	x	x
2000	x	x	x	19.117,9	15.173,3	17.201,6	x	x	x
2001	x	x	x	18.977,9	15.088,2	17.086,6	x	x	x
2002	x	x	x	18.882,9	15.295,7	17.137,6	x	x	x
2003	x	x	x	18.746,2	15.353,5	17.093,7	x	x	x
2004	x	x	x	18.463,6	15.462,7	17.000,3	x	x	x
je 100.000 ²⁾									
1994	x	x	x	14.643,6	13.867,4	14.094,3	x	x	x
1995	x	x	x	14.339,4	13.734,6	13.885,6	x	x	x
1996	x	x	x	14.650,8	13.975,1	14.156,7	x	x	x
1997	x	x	x	14.981,3	14.406,8	14.535,6	x	x	x
1998	x	x	x	15.793,2	15.050,4	15.280,6	x	x	x
1999	x	x	x	15.862,1	15.185,3	15.388,7	x	x	x
2000	x	x	x	15.790,7	15.160,7	15.348,9	x	x	x
2001	x	x	x	15.546,2	14.905,6	15.116,0	x	x	x
2002	x	x	x	15.469,2	14.958,1	15.121,5	x	x	x
2003	x	x	x	15.340,1	14.836,4	15.010,0	x	x	x
2004	x	x	x	15.105,1	14.783,8	14.858,5	x	x	x

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

²⁾ Je 100.000 direkt altersstandardisiert an der Eurobev. alt.

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil II: Diagnosen / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.21 a:

**Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle)
in Berlin 2000 - 2004
nach Wohnort und Geschlecht
- absolut und je 100.000**

Indikator 3.24

Jahr	Stationäre Behandlungsfälle								
	insgesamt			Berliner			Nichtberliner		
	weiblich	männlich	insgesamt	weiblich	männlich	insgesamt	weiblich	männlich	insgesamt
absolut									
2000	391.135	306.825	697.960	348.636	262.323	610.959	42.499	44.502	87.001
2001	388.335	304.942	693.277	344.621	260.278	604.899	43.714	44.664	88.378
2002	387.275	309.473	696.748	342.417	263.248	605.665	44.858	46.225	91.083
2003	385.511	310.537	696.048	339.665	263.977	603.642	45.846	46.560	92.406
2004	378.325	312.698	691.023	331.949	264.770	596.719	46.376	47.928	94.304
je 100.000 ¹⁾									
2000	x	x	x	20.034,9	15.956,4	18.053,6	x	x	x
2001	x	x	x	19.815,1	15.813,1	17.869,2	x	x	x
2002	x	x	x	19.671,2	15.958,4	17.864,7	x	x	x
2003	x	x	x	19.525,7	15.979,9	17.798,6	x	x	x
2004	x	x	x	19.124,7	16.028,9	17.615,1	x	x	x
je 100.000 ²⁾									
2000	x	x	x	16.671,2	15.989,1	16.197,4	x	x	x
2001	x	x	x	16.356,3	15.675,1	15.898,7	x	x	x
2002	x	x	x	16.244,5	15.656,2	15.851,9	x	x	x
2003	x	x	x	16.103,6	15.506,0	15.722,5	x	x	x
2004	x	x	x	15.750,0	15.375,2	15.473,1	x	x	x

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

²⁾ Je 100.000 direkt altersstandardisiert an der Eurobev. alt.

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil II: Diagnosen / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.21 b:

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle, ohne Stundenfälle) in Berlin (nur Berliner) 2003 und 2004 nach Bezirken und Geschlecht
- absolut und je 100.000

Indikator 3.27

Bezirk	Stationäre Behandlungsfälle											
	absolut						rohe Morbiditätsrate ¹⁾					
	weiblich			männlich			weiblich			männlich		
	insgesamt	weiblich	männlich	insgesamt	weiblich	männlich	insgesamt	weiblich	männlich	insgesamt	weiblich	männlich
	2003											
Mitte	29.401	23.847	53.248	18.627,2	14.667,6	16.617,9	15.830,0	15.407,4	15.560,5	103,4	104,1	103,5
Friedrichshain-Kreuzberg	19.639	16.244	35.883	15.580,0	12.389,5	13.953,2	14.605,2	14.657,4	14.536,1	94,6	98,3	96,1
Pankow	33.060	25.642	58.702	18.717,6	14.857,3	16.809,9	15.982,6	16.013,6	15.858,2	103,4	105,9	104,4
Charlottenburg-Wilmersdorf	32.216	22.207	54.423	19.268,6	15.021,3	17.276,0	14.168,2	13.235,8	13.689,3	95,3	90,4	93,4
Spandau	24.608	19.141	43.749	21.057,3	17.570,1	19.374,8	16.689,5	15.847,4	16.254,3	107,8	106,8	107,5
Steglitz-Zehlendorf	30.230	21.218	51.448	19.434,6	15.962,1	17.834,7	14.009,6	13.562,0	13.758,5	95,8	93,0	94,8
Tempelhof-Schöneberg	33.706	25.065	58.771	19.302,7	15.632,2	17.545,3	15.345,6	14.416,1	14.838,3	99,4	98,0	98,9
Neukölln	29.754	23.848	53.602	19.195,9	15.799,9	17.519,7	16.220,0	15.322,6	15.685,4	104,0	103,8	103,9
Treptow-Köpenick	23.229	18.721	41.950	19.336,2	16.403,4	17.907,5	15.369,0	14.479,1	14.770,3	98,3	97,8	98,0
Marzahn-Hellersdorf	20.659	17.383	38.042	16.221,1	13.920,0	15.083,3	15.369,7	15.120,4	15.140,2	97,3	98,9	98,0
Lichtenberg	23.005	19.052	42.057	17.682,6	14.886,5	16.296,4	15.442,5	15.184,9	15.193,2	96,0	97,6	96,5
Reinickendorf	26.457	21.090	47.547	20.605,0	17.935,4	19.329,5	15.969,9	15.569,0	15.662,8	104,8	106,6	105,7
Berlin	326.106	253.629	579.735	18.788,0	15.354,4	17.113,7	15.340,1	14.836,4	15.010,0	100,0	100,0	100,0
	2004											
Mitte	28.543	23.501	52.044	18.083,6	14.454,8	16.242,1	15.497,0	15.106,8	15.221,7	102,9	102,5	102,5
Friedrichshain-Kreuzberg	19.538	16.382	35.920	15.499,8	12.494,8	13.967,6	14.662,7	14.639,5	14.551,8	95,7	98,9	97,0
Pankow	31.986	25.144	57.130	18.109,6	14.568,8	16.359,8	15.427,6	15.431,2	15.291,1	101,2	102,8	101,8
Charlottenburg-Wilmersdorf	31.211	22.112	53.323	18.667,5	14.957,0	16.926,9	13.879,2	13.067,7	13.447,8	94,4	89,4	92,4
Spandau	24.307	19.304	43.611	20.799,7	17.719,7	19.313,7	16.405,2	15.574,2	15.939,1	108,2	106,7	107,7
Steglitz-Zehlendorf	29.541	21.374	50.915	18.991,7	16.079,5	17.650,0	13.829,6	13.457,3	13.601,1	95,5	92,6	94,5
Tempelhof-Schöneberg	33.665	26.114	59.779	19.279,2	16.286,4	17.846,2	15.174,7	14.917,7	14.982,5	101,5	101,8	101,7
Neukölln	29.166	24.776	53.942	18.816,5	16.414,7	17.630,9	16.037,8	15.825,4	15.838,0	104,3	107,7	105,8
Treptow-Köpenick	23.235	18.976	42.211	19.341,2	16.626,8	18.018,9	15.186,7	14.395,6	14.665,6	98,9	97,8	98,3
Marzahn-Hellersdorf	20.094	17.302	37.396	15.777,4	13.855,1	14.827,2	14.936,7	14.920,3	14.785,0	95,9	97,6	96,6
Lichtenberg	22.469	19.386	41.855	17.270,6	15.147,4	16.218,2	15.145,3	15.294,6	15.093,4	95,0	98,8	96,5
Reinickendorf	26.578	20.836	47.414	20.699,2	17.719,3	19.275,4	15.915,0	15.302,0	15.542,9	106,9	104,4	105,9
Berlin	320.475	255.418	575.893	18.463,6	15.462,7	17.000,3	15.105,1	14.783,8	14.858,5	100,0	100,0	100,0

Zu Differenzen zwischen Gesamtsummen und Summenbildung einzelner Spalten/Zeilen siehe Erläuterungen zu "Diagnosedaten".

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

²⁾ Je 100.000 direkt altersstandardisiert an der Eurobev. alt.

³⁾ Standardisierte Morbiditätsrate - indirekt standardisiert an der Bevölkerung Berlins.

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatIV-Teil II; Diagnosen / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.21 c:

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle) in Berlin (nur Berliner) 2003 und 2004 nach Bezirken und Geschlecht - absolut und je 100.000

Indikator 3.27

Bezirk	Stationäre Behandlungsfälle											
	absolut			rohe Morbiditätsrate ¹⁾			DMR ²⁾			SMR ³⁾		
	weiblich	männlich	insgesamt	weiblich	männlich	insgesamt	weiblich	männlich	insgesamt	weiblich	männlich	insgesamt
	2003											
Mitte	30.712	24.907	55.619	19.457,8	15.319,6	17.357,8	16.638,8	16.101,1	16.303,1	103,4	104,3	103,6
Friedrichshain-Kreuzberg	20.544	16.923	37.467	16.297,9	12.907,4	14.569,2	15.282,8	15.251,2	15.166,8	94,4	98,0	95,9
Pankow	34.150	26.406	60.556	19.334,7	15.300,0	17.340,9	16.593,4	16.518,5	16.408,1	102,4	104,7	103,3
Charlottenburg-Wilmersdorf	33.780	23.202	56.982	20.204,1	15.694,3	18.088,4	15.072,8	13.947,0	14.495,7	96,1	91,0	94,1
Spandau	26.142	20.112	46.254	22.370,0	18.461,4	20.484,1	17.838,6	16.697,1	17.257,1	110,1	108,0	109,3
Steglitz-Zehlendorf	31.612	22.220	53.832	20.323,1	16.715,9	18.661,1	14.880,7	14.314,0	14.570,8	96,5	93,7	95,6
Tempelhof-Schöneberg	35.227	26.177	61.404	20.173,8	16.325,7	18.331,4	16.231,1	15.136,7	15.636,1	99,9	98,4	99,4
Neukölln	31.088	24.921	56.009	20.056,5	16.510,8	18.306,5	17.080,8	16.081,5	16.489,0	104,2	104,1	104,1
Treptow-Köpenick	23.903	19.237	43.140	19.897,3	16.855,5	18.415,5	15.928,7	14.953,8	15.286,0	97,3	96,7	97,0
Marzahn-Hellersdorf	21.263	18.106	39.369	16.695,3	14.499,0	15.609,4	15.846,3	15.780,8	15.709,2	95,9	98,8	97,1
Lichtenberg	23.523	19.548	43.071	18.080,7	15.274,0	16.689,3	15.841,5	15.642,1	15.615,7	94,2	96,3	94,9
Reinickendorf	27.575	22.034	49.609	21.475,7	18.738,1	20.167,7	16.798,9	16.345,7	16.462,6	105,1	107,2	106,1
Berlin	339.665	263.977	603.642	19.569,2	15.980,9	17.819,5	16.103,6	15.506,0	15.722,5	100,0	100,0	100,0
	2004											
Mitte	29.643	24.562	54.205	18.780,5	15.107,4	16.916,5	16.160,9	15.802,8	15.896,3	102,9	103,2	102,8
Friedrichshain-Kreuzberg	20.297	16.979	37.276	16.102,0	12.950,1	14.494,9	15.240,0	15.179,7	15.105,7	95,4	98,5	96,7
Pankow	33.075	25.786	58.861	18.726,1	14.940,8	16.855,5	16.014,4	15.821,8	15.775,5	100,8	101,6	101,1
Charlottenburg-Wilmersdorf	32.372	23.099	55.471	19.361,9	15.624,6	17.608,7	14.532,0	13.732,8	14.101,8	94,8	90,3	93,0
Spandau	25.735	20.270	46.005	22.021,7	18.606,4	20.373,9	17.457,7	16.387,0	16.876,9	110,8	108,2	109,8
Steglitz-Zehlendorf	30.666	22.305	52.971	19.714,9	16.779,9	18.362,7	14.531,1	14.165,1	14.306,9	96,0	93,4	95,1
Tempelhof-Schöneberg	34.820	27.093	61.913	19.940,7	16.897,0	18.483,3	15.832,7	15.536,0	15.618,6	101,5	101,9	101,8
Neukölln	30.261	25.744	56.005	19.523,0	17.056,0	18.305,2	16.765,7	16.473,7	16.521,0	104,4	107,9	105,9
Treptow-Köpenick	23.767	19.491	43.258	19.784,1	17.078,0	18.465,9	15.651,0	14.878,6	15.135,5	97,8	97,0	97,4
Marzahn-Hellersdorf	20.642	17.780	38.422	16.207,7	14.237,9	15.233,9	15.365,2	15.373,8	15.221,4	94,9	96,7	95,6
Lichtenberg	22.949	19.836	42.785	17.639,5	15.499,1	16.578,5	15.517,2	15.754,1	15.505,4	93,7	97,6	95,2
Reinickendorf	27.563	21.593	49.156	21.466,3	18.363,1	19.983,6	16.675,5	15.984,2	16.232,8	107,2	104,5	106,1
Berlin	331.949	264.770	596.719	19.124,7	16.028,9	17.615,1	15.750,0	15.375,2	15.473,1	100,0	100,0	100,0

Zu Differenzen zwischen Gesamtsummen und Summenbildung einzelner Spalten/Zeilen siehe Erläuterungen zu "Diagnosedaten".

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

²⁾ Je 100.000 direkt altersstandardisiert an der Eurobev. alt.

³⁾ Standardized Mortality Ratio - indirekt standardisiert an der Bevölkerung Berlins.

(Datenquelle: StAaL Berlin, KHStatV-Teil II; Diagnosen / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.22:

**Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle)
in Berlin 1994 - 2004
nach Altersgruppen
- Fälle absolut und Veränderung (in %)**

Indikator 3.25

Alter in Jahren	Stationäre Behandlungsfälle										Veränderung 2004 zu 2003 (in %)	
	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003		2004
0	13.772	12.390	12.134	12.844	13.868	13.221	13.196	11.439	13.749	14.387	16.742	16,4
1 - 4	18.655	14.422	12.073	12.728	14.473	13.583	13.964	15.302	14.626	13.985	13.812	-1,2
5 - 9	19.962	18.210	14.731	13.916	13.382	11.637	10.946	10.033	9.997	9.990	9.850	-1,4
10 - 14	17.195	16.426	15.189	15.249	15.698	15.416	15.333	14.065	13.002	12.597	10.974	-12,9
15 - 19	19.023	19.597	19.423	19.806	21.004	20.965	20.817	20.307	20.111	19.544	19.767	1,1
20 - 24	28.637	26.263	25.152	24.718	25.575	26.507	26.342	26.308	26.419	26.077	25.354	-2,8
25 - 29	43.172	40.950	39.497	38.311	36.148	34.013	32.102	30.002	29.048	29.404	29.105	-1,0
30 - 34	43.136	43.575	44.770	45.848	46.152	43.924	42.125	39.608	37.255	34.985	32.579	-6,9
35 - 39	34.460	34.437	35.851	38.368	41.547	42.006	43.354	43.241	42.874	42.063	38.860	-7,6
40 - 44	34.774	33.620	33.652	33.466	35.461	36.229	36.674	37.452	38.900	40.422	40.063	-0,9
45 - 49	32.229	33.284	35.099	36.807	39.259	39.849	39.259	38.462	38.647	38.178	38.050	-0,3
50 - 54	53.220	51.471	44.844	41.808	41.111	39.285	40.596	41.893	43.392	44.173	43.434	-1,7
55 - 59	51.338	54.832	56.872	59.072	62.562	63.775	60.015	53.689	49.620	47.083	43.748	-7,1
60 - 64	40.078	43.494	45.941	51.435	58.304	62.758	65.681	67.280	69.278	69.084	68.004	-1,6
65 - 69	40.369	43.856	44.221	45.177	47.984	49.973	53.671	56.634	61.578	66.635	70.471	5,8
70 - 74	42.120	41.640	40.502	41.423	44.951	48.531	51.177	52.795	52.944	52.764	53.596	1,6
75 - 79	30.268	31.487	35.622	39.673	44.339	47.977	46.585	45.671	46.458	47.623	50.568	6,2
80 - 84	43.487	41.630	39.670	35.858	33.389	29.955	32.311	36.145	39.809	41.480	43.521	4,9
85 und älter	40.918	41.167	44.610	46.838	50.891	53.788	53.822	52.948	49.041	45.572	42.510	-6,7
insgesamt¹⁾	646.830	642.775	639.853	653.349	686.098	693.393	697.970	693.277	696.748	696.048	691.023	-0,7

¹⁾ Einschließlich Alter unbekannt.

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil II: Diagnosen / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Stichwörter: Indikator, Geschlecht, Altersgruppen, Morbidität, Behandlungsfälle, stationär

Bezug: Berlin

Jahr: 2004

Typ: Jahr

Thema: Allgemeine Morbidität

Unterthema: Stationäre Morbidität

Tabelle 3.2.22 a:

Indikator 3.25

**Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle)
in Berlin 2001 - 2004 nach Altersgruppen und Wohnort
- Fälle absolut und Anteil (in %)**

Alter in Jahren	Stationäre Behandlungsfälle							
	Berliner				Nichtberliner			
	2001	2002	2003	2004	2001	2002	2003	2004
	absolut							
0	9.810	11.502	12.027	14.186	1.629	2.247	2.360	2.556
1 - 4	12.495	11.763	11.103	11.094	2.807	2.863	2.882	2.718
5 - 9	8.092	7.972	7.908	7.609	1.941	2.025	2.082	2.241
10 - 14	10.934	10.136	9.907	8.539	3.131	2.866	2.690	2.435
15 - 19	16.467	16.256	15.762	15.607	3.840	3.855	3.782	4.160
20 - 24	22.782	22.770	22.561	21.669	3.526	3.649	3.516	3.685
25 - 29	26.415	25.599	25.792	25.234	3.587	3.449	3.612	3.871
30 - 34	34.141	31.899	30.184	27.987	5.467	5.356	4.801	4.592
35 - 39	36.754	36.074	35.421	32.454	6.487	6.800	6.642	6.406
40 - 44	31.471	32.476	33.391	32.918	5.981	6.424	7.031	7.145
45 - 49	32.043	31.835	31.581	31.096	6.419	6.812	6.597	6.954
50 - 54	35.896	36.854	37.019	36.059	5.997	6.538	7.154	7.375
55 - 59	46.067	42.808	40.408	37.432	7.622	6.812	6.675	6.316
60 - 64	57.576	58.919	58.907	57.757	9.704	10.359	10.177	10.247
65 - 69	49.296	53.566	57.744	60.957	7.338	8.012	8.891	9.514
70 - 74	47.313	47.325	46.953	47.709	5.482	5.619	5.811	5.887
75 - 79	42.116	42.845	43.866	46.434	3.555	3.613	3.757	4.134
80 - 84	34.205	37.671	39.222	40.974	1.940	2.138	2.258	2.547
85 - 89	31.025	26.908	23.035	20.318	1.261	1.031	982	857
90 - 94	16.354	16.571	16.723	16.323	567	513	577	541
95 und älter	3.645	3.916	4.127	4.350	96	102	128	121
unbekannt	2	-	1	13	1	-	1	2
insgesamt	604.899	605.665	603.642	596.719	88.378	91.083	92.406	94.304
	Anteil (in %)							
0	1,6	1,9	2,0	2,4	1,8	2,5	2,5	2,7
1 - 4	2,1	1,9	1,9	1,9	3,2	3,1	3,1	2,9
5 - 9	1,3	1,3	1,3	1,3	2,2	2,2	2,2	2,4
10 - 14	1,8	1,7	1,7	1,4	3,5	3,1	2,9	2,6
15 - 19	2,7	2,7	2,6	2,6	4,3	4,2	4,0	4,4
20 - 24	3,8	3,8	3,8	3,6	4,0	4,0	3,7	3,9
25 - 29	4,4	4,2	4,3	4,2	4,1	3,8	3,8	4,1
30 - 34	5,6	5,3	5,1	4,7	6,2	5,9	5,1	4,9
35 - 39	6,1	6,0	5,9	5,4	7,3	7,5	7,0	6,8
40 - 44	5,2	5,4	5,6	5,5	6,8	7,1	7,5	7,6
45 - 49	5,3	5,3	5,3	5,2	7,3	7,5	7,0	7,4
50 - 54	5,9	6,1	6,2	6,0	6,8	7,2	7,6	7,8
55 - 59	7,6	7,1	6,8	6,3	8,6	7,5	7,1	6,7
60 - 64	9,5	9,7	9,9	9,7	11,0	11,4	10,8	10,9
65 - 69	8,1	8,8	9,7	10,2	8,3	8,8	9,4	10,1
70 - 74	7,8	7,8	7,9	8,0	6,2	6,2	6,2	6,2
75 - 79	7,0	7,1	7,4	7,8	4,0	4,0	4,0	4,4
80 - 84	5,7	6,2	6,6	6,9	2,2	2,3	2,4	2,7
85 - 89	5,1	4,4	3,9	3,4	1,4	1,1	1,0	0,9
90 - 94	2,7	2,7	2,8	2,7	0,6	0,6	0,6	0,6
95 und älter	0,6	0,6	0,7	0,7	0,1	0,1	0,1	0,1
unbekannt	0,0	-	0,0	0,0	0,0	-	0,0	0,0
insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Zu Differenzen zwischen Gesamtsummen und Summenbildung einzelner Spalten/Zeilen siehe Erläuterungen zu "Diagnosedaten".

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil II: Diagnosen / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.22 b:

Indikator 3.25

**Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle)
in Berlin (nur Berliner) 2003
nach Altersgruppen und Geschlecht
- absolut und je 100.000 der Altersgruppe**

Alter in Jahren	Stationäre Behandlungsfälle					
	absolut			je 100.000		
	weiblich	männlich	insgesamt	weiblich	männlich	insgesamt
einschließlich Sterbefälle, ohne Stundenfälle						
0	5.131	6.528	11.659	36.821,0	44.450,5	40.735,8
1 - 4	4.025	5.614	9.639	7.285,6	9.762,6	8.549,0
5 - 9	2.763	4.158	6.921	4.315,2	6.144,8	5.255,2
10 - 14	4.170	4.870	9.040	5.549,4	6.121,5	5.843,6
15 - 19	8.930	5.920	14.850	10.048,4	6.416,6	8.198,5
20 - 24	14.323	6.952	21.275	12.502,6	6.258,6	9.428,7
25 - 29	16.949	7.400	24.349	14.437,7	6.240,9	10.318,8
30 - 34	18.741	9.734	28.475	14.542,2	7.025,0	10.647,4
35 - 39	18.933	14.537	33.470	12.271,0	8.718,5	10.425,9
40 - 44	16.309	15.602	31.911	11.565,4	10.268,8	10.892,9
45 - 49	14.914	15.371	30.285	12.801,3	12.747,1	12.773,8
50 - 54	17.801	17.785	35.586	15.231,3	15.800,0	15.510,3
55 - 59	18.037	20.820	38.857	18.295,3	21.182,0	19.736,5
60 - 64	25.884	31.003	56.887	20.920,4	25.967,2	23.398,7
65 - 69	26.813	29.147	55.960	26.564,6	33.019,5	29.575,8
70 - 74	23.548	22.220	45.768	34.642,7	42.486,5	38.053,7
75 - 79	26.782	16.248	43.030	43.921,5	51.522,1	46.512,4
80 - 84	27.536	11.012	38.548	54.890,9	62.746,4	56.926,8
85 - 89	17.595	5.103	22.698	66.781,8	72.744,1	68.033,5
90 - 94	13.489	2.972	16.461	72.599,6	71.666,3	72.432,5
95 und älter	3.432	633	4.065	61.759,9	36.780,9	55.853,3
unbekannt	1	-	1	0,1	-	0,0
insgesamt	326.106	253.629	579.735	x	x	x
insgesamt ¹⁾	x	x	x	18.746,2	15.353,5	17.093,7
insgesamt ²⁾	x	x	x	15.340,1	14.836,4	15.010,0
einschließlich Sterbefälle						
0	5.274	6.753	12.027	37.847,1	45.982,6	42.021,6
1 - 4	4.599	6.504	11.103	8.324,6	11.310,3	9.847,5
5 - 9	3.191	4.717	7.908	4.983,6	6.970,9	6.004,7
10 - 14	4.492	5.415	9.907	5.977,9	6.806,5	6.404,0
15 - 19	9.487	6.275	15.762	10.675,1	6.801,4	8.702,0
20 - 24	15.160	7.401	22.561	13.233,2	6.662,8	9.998,6
25 - 29	17.990	7.802	25.792	15.324,5	6.580,0	10.930,3
30 - 34	19.996	10.188	30.184	15.516,1	7.352,6	11.286,5
35 - 39	20.252	15.169	35.421	13.125,9	9.097,6	11.033,7
40 - 44	17.105	16.286	33.391	12.129,9	10.719,0	11.398,2
45 - 49	15.600	15.981	31.581	13.390,1	13.253,0	13.320,5
50 - 54	18.634	18.385	37.019	15.944,1	16.333,1	16.134,9
55 - 59	18.890	21.518	40.408	19.160,5	21.892,1	20.524,3
60 - 64	26.873	32.034	58.907	21.719,8	26.830,7	24.229,6
65 - 69	27.722	30.022	57.744	27.465,2	34.010,8	30.518,6
70 - 74	24.149	22.804	46.953	35.526,8	43.603,1	39.039,0
75 - 79	27.213	16.653	43.866	44.628,3	52.806,3	47.416,0
80 - 84	28.005	11.217	39.222	55.825,8	63.914,5	57.922,2
85 - 89	17.847	5.188	23.035	67.738,3	73.955,8	69.043,6
90 - 94	13.699	3.024	16.723	73.729,8	72.920,2	73.585,3
95 und älter	3.486	641	4.127	62.731,7	37.245,8	56.705,1
unbekannt	1	-	1	0,1	-	0,0
insgesamt	339.665	263.977	603.642	x	x	x
insgesamt ¹⁾	x	x	x	19.525,7	15.979,9	17.798,6
insgesamt ²⁾	x	x	x	16.103,6	15.506,0	15.722,5

Zu Differenzen zwischen Gesamtsummen und Summenbildung einzelner Spalten/Zeilen siehe Erläuterungen zu "Diagnosedaten".

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

²⁾ Je 100.000 direkt altersstandardisiert an der Eurobev. alt.

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil II: Diagnosen / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.22 c:

Indikator 3.25

**Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle)
in Berlin (nur Berliner) 2004
nach Altersgruppen und Geschlecht
- absolut und je 100.000 der Altersgruppe**

Alter in Jahren	Stationäre Behandlungsfälle					
	absolut			je 100.000		
	weiblich	männlich	insgesamt	weiblich	männlich	insgesamt
einschließlich Sterbefälle, ohne Stundenfälle						
0	5.947	7.752	13.699	42.288,3	52.114,3	47.339,1
1 - 4	4.078	5.847	9.925	7.444,1	10.227,9	8.865,6
5 - 9	2.943	3.818	6.761	4.565,7	5.632,3	5.112,5
10 - 14	3.805	4.286	8.091	5.447,5	5.785,2	5.621,3
15 - 19	8.872	5.863	14.735	10.007,4	6.362,5	8.149,8
20 - 24	13.629	6.877	20.506	11.860,3	6.192,8	9.075,0
25 - 29	16.560	7.353	23.913	13.771,3	6.070,9	9.907,2
30 - 34	17.683	8.739	26.422	14.456,8	6.684,0	10.441,0
35 - 39	17.837	12.996	30.833	11.994,6	8.077,7	9.959,1
40 - 44	15.825	15.829	31.654	10.788,1	10.020,5	10.390,1
45 - 49	14.622	15.435	30.057	12.392,5	12.522,9	12.459,1
50 - 54	17.093	17.888	34.981	14.611,4	15.861,7	15.225,0
55 - 59	17.036	19.164	36.200	17.716,3	20.151,0	18.926,8
60 - 64	25.316	30.541	55.857	20.670,5	25.756,7	23.172,3
65 - 69	28.005	31.162	59.167	26.258,1	33.158,5	29.490,3
70 - 74	23.571	23.106	46.677	33.874,7	42.220,5	37.548,9
75 - 79	26.963	18.601	45.564	43.840,9	53.330,1	47.275,4
80 - 84	28.637	11.783	40.420	56.241,4	65.352,2	58.626,4
85 - 89	15.364	4.697	20.061	63.016,3	70.293,3	64.579,6
90 - 94	13.092	3.001	16.093	71.237,3	72.452,9	71.460,9
95 und älter	3.586	680	4.266	59.726,8	36.618,2	54.261,0
unbekannt	11	-	11	0,6	-	0,3
insgesamt	320.475	255.418	575.893	x	x	x
insgesamt ¹⁾	x	x	x	18.463,6	15.462,7	17.000,3
insgesamt ²⁾	x	x	x	15.105,1	14.783,8	14.858,5
einschließlich Sterbefälle						
0	6.132	8.054	14.186	43.603,8	54.144,5	49.022,0
1 - 4	4.530	6.564	11.094	8.269,1	11.482,1	9.909,8
5 - 9	3.296	4.313	7.609	5.113,3	6.362,6	5.753,7
10 - 14	4.030	4.509	8.539	5.769,6	6.086,3	5.932,6
15 - 19	9.419	6.188	15.607	10.624,5	6.715,2	8.632,0
20 - 24	14.382	7.287	21.669	12.515,6	6.562,0	9.589,7
25 - 29	17.514	7.720	25.234	14.564,7	6.373,9	10.454,5
30 - 34	18.821	9.166	27.987	15.387,2	7.010,6	11.059,4
35 - 39	18.946	13.508	32.454	12.740,4	8.396,0	10.482,7
40 - 44	16.478	16.440	32.918	11.233,2	10.407,3	10.805,0
45 - 49	15.123	15.973	31.096	12.817,1	12.959,4	12.889,8
50 - 54	17.645	18.414	36.059	15.083,3	16.328,1	15.694,2
55 - 59	17.590	19.842	37.432	18.292,4	20.863,9	19.571,0
60 - 64	26.249	31.508	57.757	21.432,3	26.572,2	23.960,5
65 - 69	28.792	32.165	60.957	26.996,0	34.225,7	30.382,5
70 - 74	24.022	23.687	47.709	34.522,8	43.282,1	38.379,1
75 - 79	27.453	18.981	46.434	44.637,6	54.419,6	48.178,0
80 - 84	29.043	11.931	40.974	57.038,8	66.173,0	59.430,0
85 - 89	15.546	4.772	20.318	63.762,8	71.415,7	65.406,9
90 - 94	13.272	3.051	16.323	72.216,8	73.660,1	72.482,2
95 und älter	3.653	697	4.350	60.842,8	37.533,7	55.329,4
unbekannt	13	-	13	0,7	-	0,4
insgesamt	331.949	264.770	596.719	x	x	x
insgesamt ¹⁾	x	x	x	19.124,7	16.028,9	17.615,1
insgesamt ²⁾	x	x	x	15.750,0	15.375,2	15.473,1

Zu Differenzen zwischen Gesamtsummen und Summenbildung einzelner Spalten/Zeilen siehe Erläuterungen zu "Diagnosedaten".

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

²⁾ Je 100.000 direkt altersstandardisiert an der Eurobev. alt.

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil II: Diagnosen / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.22 d:

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle)
in Berlin (nur Berliner) 1994 - 2004
nach Bezirken
- absolut und je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung

Bezirk	Stationäre Behandlungsfälle										
	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
	absolut										
Mitte	58.969	56.206	51.806	55.379	58.995	60.091	57.832	57.189	57.115	55.619	54.205
Friedrichshain-Kreuzberg	43.090	44.301	41.309	40.719	38.351	39.294	39.803	38.993	38.643	37.467	37.275
Pankow	51.393	48.554	51.771	53.171	55.347	58.744	59.159	58.908	60.614	60.556	58.849
Charlottenburg-Wilmersdorf	56.435	54.797	54.948	52.780	54.889	54.151	55.550	59.136	57.002	56.982	55.471
Spandau	38.630	36.498	39.392	41.753	45.151	46.544	47.481	46.813	46.931	46.254	46.005
Steglitz-Zehlendorf	49.204	49.639	49.693	51.548	53.872	54.167	55.546	54.467	55.950	53.832	52.971
Tempelhof-Schöneberg	60.609	61.464	60.112	64.930	67.732	68.471	67.437	62.184	60.131	61.404	61.913
Neukölln	55.087	56.404	56.586	57.784	59.929	59.043	57.912	57.069	56.043	56.009	56.005
Treptow-Köpenick	37.874	37.998	38.394	40.239	43.434	44.057	45.786	42.626	41.955	43.140	43.258
Marzahn-Hellersdorf	35.427	34.346	32.363	32.608	35.380	35.071	34.570	37.340	38.669	39.369	38.422
Lichtenberg	38.396	39.370	39.294	39.513	42.694	42.250	40.522	41.490	42.606	43.071	42.785
Reinickendorf	47.040	46.960	45.950	45.913	46.338	48.082	48.981	48.252	49.707	49.609	49.156
Berlin	573.903	566.581	561.891	577.072	602.775	610.354	610.968	604.899	605.665	603.642	596.719
	je 100.000										
Mitte	17.094,7	16.441,2	15.264,5	16.578,9	18.011,6	18.609,9	18.095,2	17.822,7	17.705,9	17.303,6	16.916,5
Friedrichshain-Kreuzberg	16.304,6	16.827,0	15.819,7	15.830,6	15.183,9	15.764,2	15.972,1	15.538,2	15.288,1	14.679,2	14.494,5
Pankow	16.596,5	15.596,7	16.464,4	16.623,1	17.070,3	17.852,2	17.685,3	17.357,9	17.648,1	17.452,0	16.852,0
Charlottenburg-Wilmersdorf	17.180,2	16.825,8	16.973,3	16.449,8	17.173,5	16.998,3	17.543,3	18.706,1	18.042,5	18.060,1	17.608,7
Spandau	17.304,5	16.315,7	17.525,2	18.551,0	20.110,9	20.813,4	21.245,9	20.844,0	20.803,9	20.453,8	20.373,9
Steglitz-Zehlendorf	16.919,4	17.048,2	17.023,5	17.706,7	18.596,9	18.774,7	19.275,6	18.886,6	19.405,7	18.667,6	18.362,7
Tempelhof-Schöneberg	17.452,1	17.778,3	17.430,7	18.952,8	19.939,7	20.294,6	19.998,8	18.395,0	17.810,1	18.256,4	18.483,3
Neukölln	17.531,2	17.933,2	18.021,5	18.543,1	19.406,1	19.191,7	18.885,9	18.633,1	18.251,1	18.222,8	18.305,2
Treptow-Köpenick	17.550,4	17.607,4	17.639,3	18.164,5	19.277,4	19.347,6	19.916,7	18.352,2	18.014,9	18.469,0	18.465,9
Marzahn-Hellersdorf	11.836,9	11.541,0	10.976,2	11.352,2	12.767,4	12.947,5	12.990,4	14.287,5	15.031,4	15.472,7	15.233,9
Lichtenberg	13.343,1	13.635,4	13.703,9	14.020,0	15.460,2	15.674,4	15.329,6	15.880,4	16.335,1	16.558,1	16.578,5
Reinickendorf	18.709,2	18.662,0	18.157,8	18.214,5	18.604,6	19.447,6	19.874,7	19.645,3	20.206,0	20.166,6	19.983,6
Berlin	16.504,6	16.323,3	16.209,1	16.750,8	17.654,5	17.986,9	18.053,8	17.869,2	17.864,7	17.798,6	17.615,1

Zu Differenzen zwischen Gesamtsummen und Summenbildung einzelner Spalten/Zeilen siehe Erläuterungen zu "Diagnosedaten".
(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil II: Diagnosen / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.22 e:

Indikator 3.25

**Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle)
in Berlin (nur Berliner) 2003
nach Bezirken und Altersgruppen
- absolut und je 100.000 der Altersgruppe**

Bezirk	Stationäre Behandlungsfälle																		
	Alter in Jahren																		
	0	1 - 4	5 - 9	10 - 14	15 - 19	20 - 24	25 - 29	30 - 34	35 - 39	40 - 44	45 - 49	50 - 54	55 - 59	60 - 64	65 - 69	70 - 74	75 - 79	80 - 84	85 u. ä.
	absolut																		
Mitte	1.308	1.156	832	990	1.509	2.644	3.069	3.495	3.651	3.198	2.936	3.323	3.612	4.943	4.866	3.924	3.534	3.113	3.715
Friedrichshain-Kreuzberg	989	978	579	610	1.039	2.125	2.825	2.908	2.978	2.491	2.194	2.111	2.088	2.819	2.764	2.173	2.000	1.850	1.946
Pankow	1.285	1.197	857	1.114	1.632	2.363	3.237	3.986	4.212	3.582	3.068	3.063	3.179	5.183	5.834	4.788	4.148	3.691	4.137
Charlottenburg-Wilmersdorf	848	725	551	569	895	1.385	1.899	2.641	3.165	2.703	2.720	3.639	4.437	5.933	5.327	4.325	4.933	4.599	5.688
Spandau	829	701	666	733	1.067	1.546	1.564	1.910	2.449	2.484	2.362	2.889	3.320	4.926	4.777	3.740	3.472	3.356	3.463
Steglitz-Zehlendorf	699	738	530	693	1.043	1.203	1.483	2.148	2.711	2.181	2.249	3.213	4.047	5.800	5.450	4.307	4.996	4.719	5.622
Tempelhof-Schöneberg	1.146	1.047	841	839	1.301	1.868	2.361	2.902	3.651	3.262	3.111	4.095	4.516	6.440	5.716	4.821	4.401	4.307	4.979
Neukölln	1.388	1.217	809	911	1.518	2.539	2.723	2.903	3.269	3.189	3.007	3.471	3.867	5.433	5.109	4.060	3.762	3.338	3.496
Treptow-Köpenick	611	686	427	625	1.152	1.392	1.536	1.928	2.293	2.246	1.926	2.152	2.404	4.639	5.411	4.522	3.554	2.786	2.850
Marzahn-Hellersdorf	1.071	994	623	1.235	1.918	2.067	1.549	1.451	2.278	2.921	2.952	3.150	2.402	3.230	3.170	2.884	2.062	1.718	1.694
Lichtenberg	1.207	1.051	654	875	1.565	1.990	2.030	1.858	2.267	2.560	2.540	2.724	2.748	4.147	4.083	3.434	2.849	2.147	2.342
Reinickendorf	641	607	539	708	1.112	1.415	1.488	2.030	2.464	2.539	2.494	3.166	3.768	5.376	5.420	4.166	4.145	3.588	3.943
Berlin	12.027	11.103	7.908	9.907	15.762	22.561	25.792	30.184	35.421	33.391	31.581	37.019	40.408	58.907	57.744	46.953	43.866	39.222	43.885
	je 100.000																		
Mitte	38.550,0	9.312,1	6.371,1	7.088,1	9.653,9	10.523,8	10.387,5	11.441,0	11.187,4	11.474,3	13.795,0	17.395,2	22.405,6	26.502,6	31.952,3	39.680,5	48.818,9	58.295,9	74.077,8
Friedrichshain-Kreuzberg	36.629,6	9.787,8	5.519,5	5.516,4	8.724,5	9.447,8	9.523,6	10.219,3	10.335,3	10.727,8	13.178,0	16.186,2	20.765,8	24.438,7	31.668,2	35.810,8	45.034,9	58.692,9	70.126,1
Pankow	39.981,3	10.275,6	7.699,2	8.325,9	9.330,0	9.348,0	9.794,0	10.149,2	10.746,5	12.221,1	14.576,2	16.814,9	21.845,8	24.422,8	32.447,2	41.329,3	50.896,7	64.269,5	75.410,1
Charlottenburg-Wilmersdorf	35.917,0	8.050,2	5.008,6	5.123,4	7.882,7	8.261,3	9.611,3	10.999,6	10.681,0	9.877,2	11.763,7	14.319,4	18.985,9	23.487,7	29.814,7	38.744,1	47.648,0	56.071,7	67.674,0
Spandau	47.452,8	9.066,2	6.533,9	6.356,2	8.766,0	12.088,5	13.264,4	12.800,8	12.542,9	13.339,8	15.267,3	18.161,8	22.994,9	26.728,2	33.513,4	41.053,8	48.122,0	62.600,3	70.243,4
Steglitz-Zehlendorf	32.241,7	7.952,6	4.254,0	5.186,0	7.868,7	8.375,1	10.287,2	11.524,2	10.743,9	9.565,0	11.751,5	14.761,6	19.607,6	23.150,0	29.563,3	37.917,1	48.575,6	59.061,3	72.767,3
Tempelhof-Schöneberg	41.312,2	9.313,3	6.045,6	5.791,8	8.633,6	9.924,0	11.430,1	11.383,5	11.345,2	11.042,3	12.609,9	16.285,5	20.445,5	25.621,6	30.820,7	40.624,2	45.634,6	55.877,0	63.386,4
Neukölln	46.282,1	10.036,3	5.432,8	5.706,9	9.462,7	12.640,6	13.125,4	12.384,3	11.485,1	12.503,9	14.849,4	17.041,4	21.079,3	24.559,3	30.819,8	39.605,9	47.984,7	56.432,8	64.418,6
Treptow-Köpenick	35.877,9	10.002,9	5.641,4	6.000,4	8.579,1	9.810,4	11.777,3	11.945,5	10.564,4	11.398,1	12.748,2	15.550,3	20.251,0	23.094,5	28.475,9	38.344,8	45.383,7	54.994,1	67.391,8
Marzahn-Hellersdorf	59.665,7	13.716,0	7.498,8	8.136,8	8.172,8	9.691,0	11.457,1	10.511,4	10.487,5	11.062,7	12.247,4	15.374,9	18.534,0	21.685,1	28.190,3	38.685,4	42.506,7	54.557,0	67.168,9
Lichtenberg	62.120,4	14.948,1	8.784,4	7.601,4	8.525,4	9.180,7	11.432,1	10.564,0	10.498,3	11.016,4	12.889,5	15.090,6	18.396,0	21.386,2	26.500,9	33.852,5	44.068,1	52.073,7	62.353,6
Reinickendorf	35.161,8	7.427,8	4.793,7	5.558,6	8.584,2	11.119,8	12.378,3	13.424,2	12.120,6	13.107,9	15.079,5	17.497,5	21.925,3	25.194,5	32.723,5	41.313,0	50.734,4	60.150,9	75.233,7
Berlin	42.021,6	9.847,5	6.004,7	6.404,0	8.702,0	9.998,6	10.930,3	11.286,5	11.033,7	11.398,2	13.320,5	16.134,9	20.524,3	24.229,6	30.518,6	39.039,0	47.416,0	57.922,2	69.255,3

Zu Differenzen zwischen Gesamtsummen und Summenbildung einzelner Spalten/Zeilen siehe Erläuterungen zu "Diagnosedaten".

(Datenquelle: StLa Berlin, KHStatV-Teil II; Diagnosen / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.22 f:
Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle)
in Berlin (nur Berliner) 2004
nach Bezirken und Altersgruppen
- absolut und je 100.000 der Altersgruppe

Indikator 3.25

Bezirk	Stationäre Behandlungsfälle																		
	Alter in Jahren																		
	0	1 - 4	5 - 9	10 - 14	15 - 19	20 - 24	25 - 29	30 - 34	35 - 39	40 - 44	45 - 49	50 - 54	55 - 59	60 - 64	65 - 69	70 - 74	75 - 79	80 - 84	85 u. ä.
	absolut																		
Mitte	1.700	1.133	766	783	1.440	2.458	3.007	3.216	3.476	3.140	3.004	3.250	3.187	4.539	4.838	4.076	3.626	3.292	3.274
Friedrichshain-Kreuzberg	1.336	1.018	654	613	1.048	2.018	2.796	2.900	2.950	2.398	2.118	2.127	1.905	2.766	2.731	2.230	2.105	1.881	1.681
Pankow	1.609	1.237	746	880	1.644	2.139	3.269	3.733	3.842	3.474	2.887	2.971	2.850	4.889	5.806	4.918	4.398	3.710	3.847
Charlottenburg-Wilmersdorf	972	681	536	516	934	1.268	1.738	2.390	2.902	2.721	2.604	3.452	4.185	5.842	5.610	4.299	4.882	4.767	5.172
Spandau	759	728	542	662	1.038	1.476	1.543	1.821	2.097	2.277	2.249	2.750	3.129	4.989	5.130	3.966	3.999	3.495	3.355
Steglitz-Zehlendorf	811	717	528	648	1.099	1.206	1.465	2.007	2.561	2.316	2.173	2.873	3.527	5.760	5.977	4.175	4.977	4.867	5.284
Tempelhof-Schöneberg	1.173	930	791	823	1.271	1.809	2.259	2.746	3.337	3.263	3.173	4.011	4.524	6.408	6.408	4.697	4.761	4.598	4.994
Neukölln	1.460	1.202	831	972	1.534	2.523	2.667	2.686	3.035	3.300	3.037	3.508	3.732	5.807	5.315	4.074	3.894	3.228	3.200
Treptow-Köpenick	869	744	421	521	1.095	1.414	1.516	1.664	2.095	2.235	2.011	2.170	1.966	4.325	5.802	4.645	4.017	3.019	2.729
Marzahn-Hellersdorf	1.235	917	672	795	1.884	1.892	1.554	1.299	1.912	2.805	2.897	3.265	2.394	3.125	3.288	2.753	2.214	1.876	1.645
Lichtenberg	1.462	1.106	630	708	1.462	2.036	1.836	1.681	2.018	2.463	2.572	2.694	2.492	3.927	4.461	3.638	3.138	2.313	2.148
Reinickendorf	793	671	485	613	1.144	1.400	1.553	1.824	2.203	2.486	2.322	2.956	3.517	5.412	5.564	4.228	4.409	3.918	3.658
Berlin	14.186	11.094	7.609	8.539	15.607	21.669	25.234	27.987	32.454	32.918	31.096	36.059	37.432	57.757	60.957	47.709	46.434	40.974	40.991
	je 100.000																		
Mitte	49.606,1	9.180,0	5.826,4	5.921,1	9.291,5	9.839,1	10.059,2	10.893,9	11.040,2	10.848,9	13.799,4	16.937,7	20.211,8	24.830,4	31.782,9	40.221,0	48.417,7	61.544,2	68.709,3
Friedrichshain-Kreuzberg	47.325,5	10.284,9	6.192,0	5.898,8	8.777,2	8.972,9	8.989,2	10.265,9	10.455,4	9.831,1	12.359,9	15.870,8	19.363,7	24.564,8	30.395,1	36.342,9	45.760,9	59.468,9	65.129,8
Pankow	47.267,9	10.361,0	6.389,2	7.438,1	9.442,8	8.611,1	9.682,5	9.913,4	9.672,2	10.989,5	13.341,7	15.821,7	20.605,9	23.872,1	30.978,6	40.986,7	50.598,3	63.159,7	72.271,3
Charlottenburg-Wilmersdorf	42.187,5	7.632,0	4.861,7	4.733,5	8.130,2	7.675,5	8.802,7	10.598,2	10.150,8	9.573,2	11.115,4	13.879,1	18.167,2	22.728,0	29.076,4	37.621,4	47.301,6	57.083,0	63.694,6
Spandau	43.796,9	9.731,3	5.347,3	5.901,8	8.473,5	11.329,4	13.068,5	13.234,0	11.279,0	11.740,1	14.101,2	17.447,0	22.326,1	27.284,7	33.798,9	42.182,5	53.312,9	64.057,9	69.075,6
Steglitz-Zehlendorf	37.914,9	7.830,1	4.238,2	4.928,1	8.193,5	8.333,3	10.219,7	11.593,8	10.460,3	9.645,6	11.161,3	13.627,1	17.620,0	22.718,3	29.889,5	36.134,7	47.777,7	59.310,3	70.964,3
Tempelhof-Schöneberg	42.763,4	8.464,5	5.746,9	5.803,9	8.376,7	9.648,5	11.014,1	11.597,8	10.739,9	10.664,8	12.645,5	16.238,2	20.812,4	25.175,6	32.191,3	40.262,3	48.330,1	59.176,3	65.788,4
Neukölln	48.537,2	10.230,7	5.656,5	6.262,1	9.504,3	12.405,3	12.733,3	12.056,2	11.165,1	12.486,8	14.722,0	17.556,7	20.995,8	26.536,6	30.171,4	38.415,8	48.056,3	55.094,7	61.326,2
Treptow-Köpenick	49.403,1	10.829,7	5.382,3	5.722,1	8.047,3	9.855,7	11.006,2	11.146,1	10.055,7	10.650,0	12.877,0	15.194,0	17.648,1	22.928,5	29.180,7	37.327,2	47.258,8	57.188,9	64.698,9
Marzahn-Hellersdorf	67.597,2	12.511,9	8.065,3	6.434,1	8.209,5	8.749,5	10.631,5	10.303,0	9.778,6	10.674,3	12.128,4	15.024,6	18.233,1	20.833,3	27.320,3	35.182,1	41.789,4	56.438,0	65.511,7
Lichtenberg	75.438,6	15.382,5	8.411,2	7.351,3	8.277,7	9.378,2	9.730,8	10.163,9	9.995,5	10.532,4	12.996,5	14.624,6	17.623,8	20.424,4	27.581,3	34.294,9	44.110,2	53.765,7	58.101,2
Reinickendorf	43.262,4	8.301,4	4.351,3	4.934,4	8.618,4	10.886,5	12.928,7	13.045,3	11.191,3	12.304,5	13.787,8	16.833,7	20.891,0	25.155,7	31.619,0	40.224,5	51.901,1	65.169,7	71.515,2
Berlin	49.022,0	9.909,8	5.753,7	5.932,6	8.632,0	9.589,7	10.454,5	11.059,4	10.482,7	10.805,0	12.889,8	15.694,2	19.571,0	23.960,5	30.382,5	38.379,1	48.178,0	59.430,0	66.710,6

Zu Differenzen zwischen Gesamtsummen und Summenbildung einzelner Spalten/Zeilen siehe Erläuterungen zu "Diagnosedaten".
 (Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil II; Diagnosen / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.23:
Sterbefälle insgesamt sowie im Krankenhaus gestorbene vollstationäre Behandlungsfälle
in Berlin (nur Berliner) 2002 - 2004
nach Altersgruppen

Indikator 3.25

Alter in Jahren	Gestorbene Berliner								
	insgesamt			darunter: in einem Krankenhaus ^{1) 2)}			Anteil der im Krankenhaus Gestorbenen (in %)		
	2002	2003	2004	2002	2003	2004	2002	2003	2004
¹⁾ ohne Stundenfälle									
0	95	112	114	43	48	50	45,3	42,9	43,9
1 - 4	42	24	18	15	12	9	35,7	50,0	50,0
5 - 9	11	16	10	5	5	3	45,5	31,3	30,0
10 - 14	20	22	14	6	10	1	30,0	45,5	7,1
15 - 19	58	54	35	18	16	8	31,0	29,6	22,9
20 - 24	136	102	95	20	26	17	14,7	25,5	17,9
25 - 29	111	94	117	24	27	26	21,6	28,7	22,2
30 - 34	216	160	162	57	52	56	26,4	32,5	34,6
35 - 39	383	354	296	112	126	93	29,2	35,6	31,4
40 - 44	545	528	489	193	186	155	35,4	35,2	31,7
45 - 49	751	745	740	322	289	295	42,9	38,8	39,9
50 - 54	1.048	1.102	1.101	466	482	437	44,5	43,7	39,7
55 - 59	1.593	1.431	1.308	735	681	591	46,1	47,6	45,2
60 - 64	2.670	2.691	2.473	1.333	1.314	1.221	49,9	48,8	49,4
65 - 69	3.019	3.124	3.202	1.580	1.608	1.592	52,3	51,5	49,7
70 - 74	3.351	3.320	3.189	1.859	1.812	1.596	55,5	54,6	50,0
75 - 79	3.807	3.971	4.017	1.999	2.084	2.052	52,5	52,5	51,1
80 - 84	4.621	4.866	4.880	2.385	2.473	2.387	51,6	50,8	48,9
85 - 89	4.851	4.238	3.482	2.218	1.933	1.584	45,7	45,6	45,5
90 - 94	4.467	4.427	4.206	1.835	1.837	1.653	41,1	41,5	39,3
95 und älter	1.697	1.765	1.844	532	546	557	31,3	30,9	30,2
unbekannt	-	-	-	-	1	-	-	-	-
insgesamt	33.492	33.146	31.792	15.757	15.568	14.383	47,0	47,0	45,2
²⁾ mit Stundenfällen									
0	95	112	114	50	67	100	52,6	59,8	87,7
1 - 4	42	24	18	23	16	10	54,8	66,7	55,6
5 - 9	11	16	10	7	8	3	63,6	50,0	30,0
10 - 14	20	22	14	9	11	1	45,0	50,0	7,1
15 - 19	58	54	35	25	23	10	43,1	42,6	28,6
20 - 24	136	102	95	25	30	26	18,4	29,4	27,4
25 - 29	111	94	117	30	31	31	27,0	33,0	26,5
30 - 34	216	160	162	68	56	65	31,5	35,0	40,1
35 - 39	383	354	296	129	140	99	33,7	39,5	33,4
40 - 44	545	528	489	216	202	185	39,6	38,3	37,8
45 - 49	751	745	740	340	327	313	45,3	43,9	42,3
50 - 54	1.048	1.102	1.101	507	511	470	48,4	46,4	42,7
55 - 59	1.593	1.431	1.308	812	736	634	51,0	51,4	48,5
60 - 64	2.670	2.691	2.473	1.425	1.381	1.303	53,4	51,3	52,7
65 - 69	3.019	3.124	3.202	1.692	1.730	1.698	56,0	55,4	53,0
70 - 74	3.351	3.320	3.189	1.980	1.930	1.718	59,1	58,1	53,9
75 - 79	3.807	3.971	4.017	2.138	2.229	2.189	56,2	56,1	54,5
80 - 84	4.621	4.866	4.880	2.538	2.646	2.571	54,9	54,4	52,7
85 - 89	4.851	4.238	3.482	2.411	2.091	1.709	49,7	49,3	49,1
90 - 94	4.467	4.427	4.206	1.982	1.985	1.792	44,4	44,8	42,6
95 und älter	1.697	1.765	1.844	582	582	612	34,3	33,0	33,2
unbekannt	-	-	-	-	1	-	-	-	-
insgesamt	33.492	33.146	31.792	16.989	16.733	15.539	50,7	50,5	48,9

Zu Differenzen zwischen Gesamtsummen und Summenbildung einzelner Spalten/Zeilen siehe Erläuterungen zu "Diagnosedaten".
(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil II: Diagnosen / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.24:
Durchschnittliche Verweildauer der aus dem Krankenhaus entlassenen vollstationären
Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle) in Berlin (nur Berliner) 2002 - 2004
nach Geschlecht und Altersgruppen

Indikator 3.25

Alter in Jahren	Verweildauer ¹⁾²⁾ (in Tagen)								
	weiblich			männlich			insgesamt		
	2002	2003	2004	2002	2003	2004	2002	2003	2004
	1) ohne Stundenfälle								
0	8,1	7,6	7,3	8,2	7,8	7,1	8,2	7,7	7,2
1 - 4	5,1	4,2	4,1	4,6	4,1	4,1	4,8	4,2	4,1
5 - 9	4,8	4,8	4,6	5,5	5,4	5,0	5,2	5,1	4,8
10 - 14	6,7	6,6	6,3	6,5	6,2	6,3	6,6	6,4	6,3
15 - 19	6,8	6,7	6,5	7,7	7,5	6,9	7,2	7,0	6,6
20 - 24	6,3	6,0	5,8	9,2	8,7	8,3	7,2	6,9	6,7
25 - 29	6,2	5,8	5,5	10,9	8,7	8,2	7,6	6,7	6,3
30 - 34	6,7	6,3	5,9	9,8	8,7	8,4	7,8	7,1	6,8
35 - 39	7,8	7,4	7,0	9,5	9,0	8,6	8,6	8,1	7,7
40 - 44	8,8	8,3	7,8	9,4	8,9	8,4	9,1	8,6	8,1
45 - 49	8,9	8,6	8,4	9,9	9,2	8,8	9,4	8,9	8,6
50 - 54	9,3	8,9	8,7	9,9	9,0	8,6	9,6	9,0	8,6
55 - 59	9,6	9,0	8,8	9,9	9,3	8,7	9,8	9,2	8,7
60 - 64	10,2	9,5	9,0	10,2	9,7	9,0	10,2	9,6	9,0
65 - 69	11,1	10,2	10,0	10,8	10,1	9,5	10,9	10,2	9,7
70 - 74	12,3	11,5	10,7	11,0	10,5	10,0	11,7	11,0	10,3
75 - 79	12,8	12,3	11,7	11,6	11,3	10,7	12,4	11,9	11,3
80 - 84	13,5	13,0	12,5	12,1	11,7	11,4	13,1	12,6	12,2
85 - 89	13,6	13,1	12,7	12,5	11,8	10,9	13,4	12,8	12,3
90 - 94	13,3	12,9	12,4	12,3	11,2	11,6	13,1	12,6	12,2
95 und älter	12,4	12,5	11,5	11,0	11,1	11,1	12,1	12,3	11,5
unbekannt	-	1,0	2,1	-	-	-	-	1,0	2,1
insgesamt	10,0	9,5	9,1	10,0	9,4	9,0	10,0	9,5	9,1
	2) mit Stundenfällen								
0	7,8	7,4	7,1	8,0	7,5	6,9	7,9	7,5	7,0
1 - 4	4,4	3,7	3,7	4,0	3,6	3,6	4,2	3,6	3,6
5 - 9	4,2	4,2	4,1	4,8	4,7	4,4	4,6	4,5	4,3
10 - 14	6,3	6,1	6,0	6,0	5,6	5,9	6,1	5,8	6,0
15 - 19	6,5	6,3	6,1	7,2	7,0	6,6	6,8	6,6	6,3
20 - 24	6,0	5,7	5,5	8,7	8,2	7,9	6,9	6,5	6,3
25 - 29	5,9	5,5	5,2	10,2	8,2	7,8	7,2	6,3	6,0
30 - 34	6,3	5,9	5,6	9,3	8,3	8,0	7,3	6,7	6,4
35 - 39	7,3	6,9	6,6	9,1	8,6	8,3	8,1	7,7	7,3
40 - 44	8,4	7,9	7,4	9,0	8,5	8,1	8,7	8,2	7,8
45 - 49	8,5	8,2	8,1	9,5	8,9	8,5	9,0	8,6	8,3
50 - 54	8,9	8,5	8,4	9,5	8,7	8,3	9,2	8,6	8,4
55 - 59	9,2	8,5	8,5	9,5	9,0	8,4	9,4	8,8	8,4
60 - 64	9,8	9,1	8,7	9,8	9,3	8,8	9,8	9,2	8,7
65 - 69	10,7	9,9	9,7	10,4	9,8	9,2	10,5	9,8	9,4
70 - 74	12,0	11,2	10,5	10,7	10,3	9,8	11,3	10,8	10,1
75 - 79	12,6	12,1	11,5	11,3	11,0	10,5	12,1	11,7	11,1
80 - 84	13,3	12,8	12,3	11,8	11,5	11,2	12,9	12,4	12,0
85 - 89	13,4	12,9	12,5	12,2	11,6	10,7	13,2	12,6	12,1
90 - 94	13,1	12,7	12,2	12,1	11,0	11,4	12,9	12,4	12,1
95 und älter	12,1	12,3	11,3	10,8	11,0	10,8	11,9	12,1	11,2
unbekannt	-	1,0	1,8	-	-	-	-	1,0	1,8
insgesamt	9,6	9,2	8,8	9,6	9,0	8,6	9,6	9,1	8,7

Zu Differenzen zwischen Gesamtsummen und Summenbildung einzelner Spalten/Zeilen siehe Erläuterungen zu "Diagnosedaten".
 (Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil II: Diagnosen / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.24 a:
Durchschnittliche Verweildauer der aus dem Krankenhaus entlassenen vollstationären Behandlungsfälle
in Berlin (nur Berliner) 1994 - 2004
nach Bezirken

Bezirk	Verweildauer (in Tagen)										
	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
einschließlich Sterbefälle, ohne Stundenfälle											
Mitte	16,6	17,0	14,6	12,8	12,0	11,2	10,7	10,2	9,9	9,1	9,0
Friedrichshain-Kreuzberg	16,0	15,9	18,1	11,7	11,2	10,8	10,3	10,1	9,7	9,3	8,7
Pankow	14,2	13,0	12,7	12,8	11,4	11,0	10,2	9,8	9,8	9,3	8,7
Charlottenburg-Wilmersdorf	25,5	24,6	24,3	13,5	12,7	12,1	11,5	10,7	10,3	9,8	9,3
Spandau	28,2	22,7	30,2	14,1	13,6	12,3	11,9	11,0	10,9	9,6	9,2
Steglitz-Zehlendorf	26,3	25,3	30,5	13,2	12,5	11,9	11,5	11,0	11,2	10,3	9,7
Tempelhof-Schöneberg	18,7	18,2	16,4	13,2	12,2	11,7	11,1	10,7	10,1	10,1	9,7
Neukölln	18,7	18,1	16,5	12,3	11,5	10,9	10,5	10,1	9,8	9,4	9,1
Treptow-Köpenick	15,6	17,7	16,1	18,3	12,7	11,4	10,8	10,2	9,6	9,1	8,8
Marzahn-Hellersdorf	10,6	11,2	11,5	11,0	11,1	10,5	10,3	9,6	9,5	8,6	8,2
Lichtenberg	14,9	13,9	15,5	11,6	11,0	10,5	10,4	10,1	10,0	9,4	8,7
Reinickendorf	22,8	23,2	17,4	13,0	12,5	11,7	11,1	10,3	10,0	9,3	9,0
Berlin	19,3	18,7	18,8	13,1	12,1	11,4	10,9	10,3	10,0	9,5	9,1
einschließlich Sterbefälle											
Mitte	15,0	16,2	13,8	12,2	11,3	10,5	10,1	9,7	9,4	8,7	8,6
Friedrichshain-Kreuzberg	14,1	14,9	17,0	11,0	10,6	10,2	9,8	9,6	9,3	8,9	8,4
Pankow	12,3	12,5	12,2	12,3	11,1	10,6	9,8	9,5	9,2	9,1	8,5
Charlottenburg-Wilmersdorf	23,6	23,4	23,1	12,8	12,0	11,4	10,9	10,1	10,1	9,3	9,0
Spandau	25,8	21,4	28,4	13,3	12,9	11,6	11,3	10,4	10,3	9,1	8,7
Steglitz-Zehlendorf	24,6	23,9	28,8	12,5	11,8	11,3	10,9	10,5	10,3	9,9	9,4
Tempelhof-Schöneberg	17,3	17,3	15,5	12,5	11,6	11,1	10,5	10,2	9,9	9,7	9,3
Neukölln	17,1	16,9	15,4	11,5	10,8	10,3	10,0	9,6	9,5	9,0	8,7
Treptow-Köpenick	14,5	17,0	15,5	21,4	12,2	11,0	10,4	9,9	9,4	8,9	8,6
Marzahn-Hellersdorf	9,5	10,8	11,1	10,7	10,8	10,2	10,0	9,4	8,9	8,3	8,0
Lichtenberg	13,4	13,4	15,0	11,3	10,7	10,2	10,2	9,8	9,4	9,2	8,5
Reinickendorf	20,9	21,9	16,4	12,3	11,8	11,1	10,6	9,8	9,2	8,9	8,7
Berlin	17,6	17,7	17,9	12,8	11,5	10,8	10,4	9,9	9,6	9,1	8,7

Zu Differenzen zwischen Gesamtsummen und Summenbildung einzelner Spalten/Zeilen siehe Erläuterungen zu "Diagnosedaten".
(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil II: Diagnosen / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.25:
Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle) in Berlin 2003
nach Fachabteilungen und Wohnort
- absolut

Fachabteilung ¹⁾	Stationäre Behandlungsfälle						
	insgesamt	nur Berliner	Nicht-berliner	davon:			
				Brandenburger	andere neue BL	alte BL	Ausländer
Augenheilkunde	20.378	16.290	4.088	3.040	417	581	50
Chirurgie	149.121	127.578	21.543	15.763	2.520	2.888	372
dar. Gefäßchirurgie	5.559	4.555	1.004	917	37	40	10
Thoraxchirurgie (einschl. Herzchirurgie)	7.087	5.102	1.985	1.175	320	418	72
Unfallchirurgie	33.871	29.092	4.779	3.561	576	571	71
Visceralchirurgie	20.227	19.050	1.177	917	87	166	7
sonstige und allgemeine Chirurgie (einschl. Kinderchirurgie)	82.377	69.779	12.598	9.193	1.500	1.693	212
Frauenheilkunde und Geburtshilfe	79.223	70.011	9.212	7.928	476	731	77
dar. Frauenheilkunde	30.892	26.302	4.590	3.816	277	456	41
Geburtshilfe	26.490	23.770	2.720	2.402	147	145	26
sonst. Frauenheilk. u. Geburtshilfe	21.841	19.939	1.902	1.710	52	130	10
Hals-Nasen-Ohren-Heilkunde	22.670	19.531	3.139	2.635	193	269	42
Haut und Geschlechtskrankheiten	7.186	6.174	1.012	809	93	98	12
Innere Medizin	240.188	213.216	26.972	19.776	3.047	3.570	579
dar. Angiologie	901	859	42	24	9	9	-
Endokrinologie	2.214	1.916	298	229	23	38	8
Gastroenterologie	44.154	39.822	4.332	3.142	521	619	50
Hämatologie u. internist. Onkologie	14.675	11.961	2.714	1.907	475	314	18
Kardiologie (einschl. Kinderkardiologie)	63.723	55.662	8.061	5.550	881	1.360	270
Klinische Geriatrie	18.187	17.448	739	581	51	99	8
Nephrologie	9.610	8.024	1.586	1.086	353	134	13
Pneumologie	16.112	13.395	2.717	2.338	183	162	34
sonstige und allgemeine Innere Medizin (einschl. Rheumatologie)	70.612	64.129	6.483	4.919	551	835	178
Kinderheilkunde	34.692	28.358	6.334	5.289	486	490	69
dar. Neonatologie	3.364	2.851	513	446	41	21	5
sonst. und allg. Kinderheilkunde	31.328	25.507	5.821	4.843	445	469	64
Kinder- und Jugendpsychiatrie u. Kinder- und Jugendpsychotherapie	1.608	1.451	157	134	8	14	1
Mund- Kiefer- Gesichtschirurgie	5.724	4.490	1.234	1.022	117	83	12
Neurochirurgie	9.851	7.446	2.405	1.829	258	285	33
Neurologie	24.188	21.145	3.043	2.226	367	397	53
Nuklearmedizin	2.313	1.874	439	360	60	17	2
Orthopädie (einschl. Rheumatologie)	24.926	20.708	4.218	3.092	544	533	49
Plastische Chirurgie	3.378	2.403	975	714	142	108	11
Psychiatrie und Psychotherapie (einschl. Psychotherapeutische Medizin)	35.331	33.944	1.387	761	178	344	104
Strahlentherapie	3.701	2.582	1.119	801	152	165	1
Urologie	24.750	21.088	3.662	2.785	356	476	45
sonstige Fachbereiche / Krankenhäuser ohne abgegrenzte Fachabteilungen	6.807	5.341	1.466	664	230	561	11
nicht zuordenbar	13	12	1	1	-	-	-
insgesamt	696.048	603.642	92.406	69.629	9.644	11.610	1.523

¹⁾ Fachabteilungen Herzchirurgie, Rheumatologie, Kinderchirurgie, Kinderkardiologie und Psychotherapeutische Medizin sind aus Gründen der statistischen Geheimhaltung nicht gesondert aufgeführt.

BL = Bundesländer.

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil II: Diagnosen)

Tabelle 3.2.25 a:
Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle) in Berlin 2004
nach Fachabteilungen und Wohnort
- absolut

Fachabteilung ¹⁾	Stationäre Behandlungsfälle						
	ins- gesamt	nur Berliner	Nicht- berliner	davon:			
				Branden- burger	andere neue BL	alte BL	Aus- länder
Augenheilkunde	18.207	14.402	3.805	2.861	376	552	16
Chirurgie	148.669	126.191	22.478	16.386	2.524	3.099	469
dar. Gefäßchirurgie	6.658	5.346	1.312	1.013	92	169	38
Thoraxchirurgie (einschl. Herzchirurgie)	7.059	5.080	1.979	1.223	298	363	95
Unfallchirurgie	34.145	28.863	5.282	3.960	550	676	96
Visceralchirurgie	22.685	21.188	1.497	1.157	107	190	43
sonstige und allgemeine Chirurgie (einschl. Kinderchirurgie)	78.122	65.714	12.408	9.033	1.477	1.701	197
Frauenheilkunde und Geburtshilfe	75.314	66.574	8.740	7.395	564	687	94
dar. Frauenheilkunde	27.349	23.298	4.051	3.283	331	392	45
Geburtshilfe	28.816	25.932	2.884	2.483	182	187	32
sonst. Frauenheilk. u. Geburtshilfe	19.149	17.344	1.805	1.629	51	108	17
Hals-Nasen-Ohren-Heilkunde	21.678	18.369	3.309	2.701	253	307	48
Haut und Geschlechtskrankheiten	7.628	6.463	1.165	919	105	120	21
Innere Medizin	243.085	214.888	28.197	20.993	3.216	3.476	512
dar. Angiologie	1.221	1.152	69	45	3	14	7
Endokrinologie	1.187	1.009	178	143	16	18	1
Gastroenterologie	43.659	39.343	4.316	3.203	523	519	71
Hämatologie u. internist. Onkologie	14.332	11.356	2.976	1.932	588	439	17
Kardiologie (einschl. Kinderkardiologie)	62.704	54.800	7.904	5.709	842	1.119	234
Klinische Geriatrie	18.831	18.048	783	639	52	86	6
Nephrologie	9.440	7.757	1.683	1.147	370	152	14
Pneumologie	16.765	13.938	2.827	2.462	146	193	26
sonstige und allgemeine Innere Medizin (einschl. Rheumatologie)	74.946	67.485	7.461	5.713	676	936	136
Kinderheilkunde	33.461	27.360	6.101	5.193	448	397	63
dar. Neonatologie	3.446	2.985	461	364	58	28	11
sonst. und allg. Kinderheilkunde	30.015	24.375	5.640	4.829	390	369	52
Kinder- und Jugendpsychiatrie u. Kinder- und Jugendpsychotherapie	1.564	1.415	149	136	2	9	2
Mund- Kiefer- Gesichtschirurgie	5.840	4.582	1.258	1.074	85	90	9
Neurochirurgie	9.252	6.953	2.299	1.772	266	217	44
Neurologie	25.607	22.406	3.201	2.415	339	386	61
Nuklearmedizin	2.235	1.837	398	319	46	32	1
Orthopädie (einschl. Rheumatologie)	24.166	20.107	4.059	3.180	475	383	21
Plastische Chirurgie	2.773	1.859	914	736	118	59	1
Psychiatrie und Psychotherapie (einschl. Psychotherapeutische Medizin)	36.110	34.449	1.661	1.021	182	387	71
Strahlentherapie	3.913	2.768	1.145	810	151	179	5
Urologie	25.430	21.603	3.827	2.910	375	485	57
sonstige Fachbereiche / Krankenhäuser ohne abgegrenzte Fachabteilungen	6.044	4.461	1.583	681	233	650	19
nicht zuordenbar	47	32	15	4	6	3	2
insgesamt	691.023	596.719	94.304	71.506	9.764	11.518	1.516

¹⁾ Fachabteilungen Herzchirurgie, Rheumatologie, Kinderchirurgie, Kinderkardiologie und Psychotherapeutische Medizin sind aus Gründen der statistischen Geheimhaltung nicht gesondert aufgeführt.

BL = Bundesländer.

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil II: Diagnosen)

Tabelle 3.2.26:

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle)
in Berlin (nur Berliner) 2003
nach Hauptdiagnosegruppen und Geschlecht
- absolut und je 100.000

Indikator 3.26

ICD-10 Kapitel	Hauptdiagnosegruppe	Stationäre Behandlungsfälle									
		absolut		je 100.000 ¹⁾		weibl.		männl.		insg.	
		weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.
I	bestimmte infektiöse u. parasitäre Krankheiten	7.390	6.665	14.055	424,8	403,5	414,4	418,3	468,2	443,8	
II	Neubildungen	38.682	31.058	69.740	2.223,6	1.880,1	2.056,3	1.779,3	1.705,9	1.707,0	
	dar. bösartige Neubildungen	28.141	27.229	55.370	1.617,7	1.648,3	1.632,6	1.244,4	1.491,9	1.395,5	
	in-situ- und gutartige Neubildungen	10.541	3.829	14.370	606,0	231,8	423,7	534,9	214,0	371,5	
III	Krankheiten des Blutes und der blutbildenden Organe	2.519	1.698	4.217	144,8	102,8	124,3	109,1	105,0	107,6	
IV	endokrine, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten	10.532	6.033	16.565	605,4	365,2	488,4	437,3	351,1	398,7	
V	psychische u. Verhaltensstörungen	19.958	24.015	43.973	1.147,3	1.453,8	1.296,6	1.031,2	1.316,3	1.179,5	
VI	Krankheiten des Nervensystems	10.703	10.497	21.200	615,3	635,4	625,1	517,7	624,9	568,5	
VII	Krankheiten des Auges und der Augenanhangsgebilde	9.939	5.744	15.683	571,3	347,7	462,4	362,7	326,9	349,4	
VIII	Krankheiten des Ohres und des Warzenfortsatzes	2.295	2.189	4.484	131,9	132,5	132,2	132,1	140,8	136,5	
IX	Krankheiten des Kreislaufsystems	49.097	50.875	99.972	2.822,3	3.079,7	2.947,7	1.766,1	2.777,9	2.226,3	
X	Krankheiten des Atmungssystems	18.338	19.445	37.783	1.054,2	1.177,1	1.114,0	949,6	1.284,0	1.094,4	
XI	Krankheiten des Verdauungssystems	32.260	31.640	63.900	1.854,5	1.915,3	1.884,1	1.512,5	1.797,8	1.646,3	
XII	Krankheiten der Haut und Unterhaut	4.171	4.379	8.550	239,8	265,1	252,1	213,1	263,5	238,2	
XIII	Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems und des Bindegewebes	26.353	16.752	43.105	1.514,9	1.014,1	1.271,0	1.230,8	916,7	1.087,1	
XIV	Krankheiten des Urogenitalsystems	21.818	12.268	34.086	1.254,2	742,6	1.005,0	1.063,7	711,0	871,9	
XV	Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett ³⁾	37.519	-	37.519	5.036,1	-	x	5.058,2	-	x	
XVI	bestimmte Zustände, die ihren Ursprung in der Perinatalperiode haben ⁴⁾	2.413	3.055	5.468	1.158,1	1.392,3	1.278,3	1.254,7	1.512,3	1.386,9	
XVII	angeborene Fehlbildungen, Deformitäten und Chromosomenanomalien	2.201	2.445	4.646	126,5	148,0	137,0	178,4	217,7	198,7	
XVIII	Symptome u. abnorme klinische und Laborbefunde, die anderweitig nicht klassifiziert sind	7.784	5.199	12.983	447,5	314,7	382,8	382,9	329,4	355,5	
XIX	Verletzungen und Vergiftungen und bestimmte andere Folgen äußerer Ursachen	30.159	26.532	56.691	1.733,7	1.606,1	1.671,6	1.334,3	1.634,9	1.521,0	
XX	äußere Ursachen von Morbidität und Mortalität	x	x	x	x	x	x	x	x	x	
XXI	Faktoren, die den Gesundheitszustand beeinflussen und zur Inanspruchnahme des Gesundheitswesens führen	5.473	3.435	8.908	314,6	207,9	262,7	273,7	198,4	234,6	
	zusammen	339.604	263.924	603.528	19.522,2	15.976,7	17.795,2	15.337,8	14.833,4	15.007,3	
	nicht zuzuordnen	61	53	114	3,5	3,2	3,4	2,3	3,0	2,7	
	insgesamt	339.665	263.977	603.642	19.525,7	15.979,9	17.798,6	15.340,1	14.836,4	15.010,0	

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

²⁾ Je 100.000 direkt alterstandardisiert an der Eurobev. alt.

³⁾ Bevölkerungsbezug: Je 100.000 der 15- bis unter 45-jährigen Frauen.

⁴⁾ Bevölkerungsbezug: Je 100.000 der 0- bis unter 15-Jährigen.

(Datenquelle: Stata Berlin, KHStatV-Teil II: Diagnosen / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.26 a:

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle) in Berlin (nur Berliner) 2004 nach Hauptdiagnosegruppen und Geschlecht - absolut und je 100.000

Indikator 3.26

ICD-10 Kapitel	Hauptdiagnosegruppe	Stationäre Behandlungsfälle											
		absolut					je 100.000 ¹⁾						
		weibl.	männl.	insg.	weibl.	männl.	insg.	weibl.	männl.	insg.	weibl.	männl.	insg.
I	bestimmte infektiöse u. parasitäre Krankheiten	6.931	6.657	13.588	399,3	403,0	401,1	392,0	461,7	425,9			
II	Neubildungen	39.160	32.744	71.904	2.256,1	1.982,3	2.122,6	1.774,1	1.744,1	1.724,1			
	dar. bösartige Neubildungen	29.236	29.065	58.301	1.684,4	1.759,6	1.721,0	1.275,4	1.537,3	1.375,0			
	in-situ- und gutartige Neubildungen	9.924	3.679	13.603	571,8	222,7	401,6	498,8	206,7	349,1			
III	Krankheiten des Blutes und der blutbildenden Organe	2.669	1.757	4.426	153,8	106,4	130,7	111,7	107,3	110,0			
IV	endokrine, Ernährungs- und Stoffwechselerkrankheiten	9.887	6.111	15.998	569,6	370,0	472,3	413,5	350,7	384,2			
V	psychische u. Verhaltensstörungen	19.892	24.080	43.972	1.146,0	1.457,8	1.298,0	1.027,5	1.316,4	1.177,5			
VI	Krankheiten des Nervensystems	10.559	10.500	21.059	608,3	635,7	621,7	503,2	607,3	552,3			
VII	Krankheiten des Auges und der Augenanhängegebilde	8.663	5.258	13.921	499,1	318,3	410,9	317,8	291,6	308,7			
VIII	Krankheiten des Ohres und des Warzenfortsatzes	2.310	2.058	4.368	133,1	124,6	128,9	129,1	129,7	129,5			
IX	Krankheiten des Kreislaufsystems	48.423	51.317	99.740	2.789,8	3.106,7	2.944,3	1.727,2	2.732,2	2.184,2			
X	Krankheiten des Atmungssystems	16.943	18.606	35.549	976,1	1.126,4	1.049,4	905,2	1.217,8	1.039,4			
XI	Krankheiten der Haut und Unterhaut	32.341	31.714	64.055	1.863,3	1.919,9	1.890,9	1.508,9	1.787,5	1.639,8			
XII	Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems und des Bindegewebes	4.278	4.333	8.611	246,5	262,3	254,2	216,2	260,6	238,9			
XIII	Krankheiten des Urogenitalsystems	26.748	16.556	43.304	1.541,0	1.002,3	1.278,3	1.220,3	898,0	1.072,7			
XIV	Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett ³⁾	19.835	12.155	31.990	1.142,8	735,9	944,3	960,0	691,4	810,6			
XV	bestimmte Zustände, die ihren Ursprung in der Perinatalperiode haben ⁴⁾	36.989	-	36.989	4.988,2	-	x	5.024,8	-	x			
XVI	angeborene Fehlbildungen, Deformitäten und Chromosomenanomalien	3.403	4.155	7.558	1.675,1	1.942,4	1.812,2	1.758,8	2.031,0	1.898,7			
XVII	Symptome u. abnorme klinische und Laborbefunde, die anderweitig nicht klassifiziert sind	2.041	2.275	4.316	117,6	137,7	127,4	172,7	210,0	191,9			
XVIII	Verletzungen und Vergiftungen und bestimmte andere Folgen äußerer Ursachen	7.932	6.028	13.960	457,0	364,9	412,1	389,4	376,6	380,8			
XIX	äußere Ursachen von Morbidität und Mortalität	30.028	26.173	56.201	1.730,0	1.584,5	1.659,0	1.320,1	1.609,6	1.497,6			
XX	Faktoren, die den Gesundheitszustand beeinflussen und zur Inanspruchnahme des Gesundheitswesens führen	x	x	x	x	x	x	x	x	x			
XXI	zusammen nicht zuordenbar	2.762	2.272	5.034	159,1	137,5	148,6	147,0	134,7	139,0			
	insgesamt	331.794	264.749	596.543	19.115,7	16.027,6	17.609,9	15.096,2	14.782,5	14.853,5			
		155	21	176	8,9	1,3	5,2	8,9	1,3	5,0			
		331.949	264.770	596.719	19.124,7	16.028,9	17.615,1	15.105,1	14.783,8	14.858,5			

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

²⁾ Je 100.000 direkt altersstandardisiert an der Eurobev. alt.

³⁾ Bevölkerungsbezug: Je 100.000 der 15- bis unter 45-jährigen Frauen.

⁴⁾ Bevölkerungsbezug: Je 100.000 der 0- bis unter 15-jährigen.

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil II: Diagnosen / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.26 b:
Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle)
in Berlin (nur Berliner) 2000 - 2004
nach Hauptdiagnosegruppen
- absolut und je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung

ICD-10 Kapitel	Hauptdiagnosegruppe	Stationäre Behandlungsfälle									
		absolut					je 100.000				
		2000	2001	2002	2003	2004	2000	2001	2002	2003	2004
I	bestimmte infektiöse u. parasitäre Krankheiten	11.798	12.267	13.557	14.055	13.588	348,6	362,4	399,9	414,4	401,1
II	Neubildungen	78.404	74.976	73.921	69.740	71.904	2.316,8	2.214,9	2.180,4	2.056,3	2.122,6
	dar. bösartige Neubildungen	63.356	59.647	59.306	55.370	58.301	1.872,1	1.762,0	1.749,3	1.632,6	1.721,0
III	in-situ- und gutartige Neubildungen	15.048	15.329	14.615	14.370	13.603	444,7	452,8	431,1	423,7	401,6
	Krankheiten des Blutes und der blutbildenden Organe	4.011	3.873	3.832	4.217	4.426	118,5	114,4	113,0	124,3	130,7
IV	endokrine, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten	15.540	16.472	16.060	16.565	15.998	459,2	486,6	473,7	488,4	472,3
V	psychische u. Verhaltensstörungen	41.730	42.012	42.811	43.973	43.972	1.233,1	1.241,1	1.262,8	1.296,6	1.298,0
VI	Krankheiten des Nervensystems	23.420	22.740	21.251	21.200	21.059	692,1	671,8	626,8	625,1	621,7
VII	Krankheiten des Auges und der Augenanhangsgebilde	18.457	17.858	16.693	15.683	13.921	545,4	527,5	492,4	462,4	410,9
VIII	Krankheiten des Ohres und des Warzenfortsatzes	4.914	4.631	4.550	4.484	4.368	145,2	136,8	134,2	132,2	128,9
IX	Krankheiten des Kreislaufsystems	104.960	103.549	102.592	99.972	99.740	3.101,5	3.058,9	3.026,1	2.947,7	2.944,3
X	Krankheiten des Atmungssystems	35.989	35.541	36.662	37.783	35.549	1.063,5	1.049,9	1.081,4	1.114,0	1.049,4
XI	Krankheiten des Verdauungssystems	63.215	61.969	63.271	63.900	64.055	1.868,0	1.830,6	1.866,2	1.884,1	1.890,9
XII	Krankheiten der Haut und Unterhaut	8.516	8.625	8.502	8.550	8.611	251,6	254,8	250,8	252,1	254,2
XIII	Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems und des Bindegewebes	40.898	40.714	41.930	43.105	43.304	1.208,5	1.202,7	1.236,8	1.271,0	1.278,3
XIV	Krankheiten des Urogenitalsystems	34.690	34.122	34.012	34.086	31.990	1.025,1	1.008,0	1.003,2	1.005,0	944,3
XV	Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett ³⁾	40.144	38.299	37.470	37.519	36.989	5.431,7	5.170,3	5.035,7	5.036,1	4.988,2
XVI	bestimmte Zustände, die ihren Ursprung in der Perinataleperiode haben ⁴⁾	4.104	3.989	4.471	5.468	7.558	891,8	887,9	1.019,0	1.278,3	1.812,2
XVII	angeborene Fehlbildungen, Deformitäten und Chromosomenanomalien	4.607	4.698	4.915	4.646	4.316	136,1	138,8	145,0	137,0	127,4
XVIII	Symptome u. abnorme klinische und Laborbefunde, die anderweitig nicht klassifiziert sind	13.618	13.532	13.232	12.983	13.960	402,4	399,7	390,3	382,8	412,1
XIX	Verletzungen und Vergiftungen und bestimmte andere Folgen äußerer Ursachen	58.137	54.993	56.152	56.691	56.201	1.717,9	1.624,5	1.656,3	1.671,6	1.659,0
XX	äußere Ursachen von Morbidität und Mortalität	5	x	x	x	x	0	x	x	x	x
XXI	Faktoren, die den Gesundheitszustand beeinflussen und zur Inanspruchnahme des Gesundheitswesens führen	2.914	9.570	9.312	8.908	5.034	86,1	282,7	274,7	262,7	148,6
	insgesamt	610.968	604.899	605.665	603.642	596.719	18.053,8	17.869,2	17.864,7	17.798,6	17.615,1

Zu Differenzen zwischen Gesamtsummen und Summenbildung einzelner Spalten/Zeilen siehe Erläuterungen zu "Diagnosedaten".

¹⁾ Bevölkerungsbezug: Je 100.000 der 15- bis unter 45-jährigen Frauen.

²⁾ Bevölkerungsbezug: Je 100.000 der 0- bis unter 15-jährigen.

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHSStatV-Teil II; Diagnosen / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.26 c:

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle) in Berlin (nur Berliner) 2003 nach Geschlecht, Hauptdiagnosegruppen und durchschnittlicher Verweildauer (in Tagen)

ICD-10 Kapitel	Hauptdiagnosegruppe	Stationäre Behandlungsfälle											
		weiblich					männlich					insgesamt	
		absolut	in %	durchschnittl. Verweildauer in Tagen	absolut	in %	durchschnittl. Verweildauer in Tagen	absolut	in %	durchschnittl. Verweildauer in Tagen	absolut	in %	
I	bestimmte infektiöse und parasitäre Krankheiten	7.390	2,2	9,2	6.665	2,5	9,2	14.055	2,3	9,2	14.055	2,3	9,2
II	Neubildungen	38.682	11,4	9,2	31.058	11,8	10,2	69.740	11,6	9,7	69.740	11,6	9,7
III	Krankheiten des Blutes und der blutbildenden Organe	2.519	0,7	9,1	1.698	0,6	8,2	4.217	0,7	8,7	4.217	0,7	8,7
IV	endokrine, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten	10.532	3,1	9,6	6.033	2,3	11,3	16.565	2,7	10,2	16.565	2,7	10,2
V	psychische und Verhaltensstörungen	19.958	5,9	21,4	24.015	9,1	16,0	43.973	7,3	18,5	43.973	7,3	18,5
VI	Krankheiten des Nervensystems	10.703	3,2	8,3	10.497	4,0	6,8	21.200	3,5	7,5	21.200	3,5	7,5
VII	Krankheiten des Auges und der Augenanhangsgebilde	9.939	2,9	3,7	5.744	2,2	4,2	15.683	2,6	3,9	15.683	2,6	3,9
VIII	Krankheiten des Ohres und des Warzenfortsatzes	2.295	0,7	5,7	2.189	0,8	5,5	4.484	0,7	5,6	4.484	0,7	5,6
IX	Krankheiten des Kreislaufsystems	49.097	14,5	10,1	50.875	19,3	8,8	99.972	16,6	9,4	99.972	16,6	9,4
X	Krankheiten des Atmungssystems	18.338	5,4	9,1	19.445	7,4	8,6	37.783	6,3	8,9	37.783	6,3	8,9
XI	Krankheiten des Verdauungssystems	32.260	9,5	8,1	31.640	12,0	7,4	63.900	10,6	7,7	63.900	10,6	7,7
XII	Krankheiten der Haut und Unterhaut	4.171	1,2	10,9	4.379	1,7	9,2	8.550	1,4	10,0	8.550	1,4	10,0
XIII	Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems u. d. Bindegewebes	26.353	7,8	10,9	16.752	6,3	9,5	43.105	7,1	10,4	43.105	7,1	10,4
XIV	Krankheiten des Urogenitalsystems	21.818	6,4	5,9	12.268	4,6	6,9	34.086	5,6	6,3	34.086	5,6	6,3
XV	Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett	37.519	11,0	4,1	-	-	-	37.519	6,2	4,1	37.519	6,2	4,1
XVI	bestimmte Zustände, die ihren Ursprung in der Perinatalperiode haben	2.413	0,7	9,8	3.055	1,2	9,6	5.468	0,9	9,7	5.468	0,9	9,7
XVII	angeborene Fehlbildungen, Deformitäten und Chromosomenanomalien	2.201	0,6	5,8	2.445	0,9	6,6	4.646	0,8	6,2	4.646	0,8	6,2
XVIII	Symptome und abnorme klinische und Laborbefunde, die anderweitig nicht klassifiziert sind	7.784	2,3	6,4	5.199	2,0	5,6	12.983	2,2	6,1	12.983	2,2	6,1
XIX	Verletzungen und Vergiftungen und bestimmte andere Folgen äußerer Ursachen	30.159	8,9	11,8	26.532	10,1	8,2	56.691	9,4	10,1	56.691	9,4	10,1
XX	äußere Ursachen von Morbidität und Mortalität	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
XXI	Faktoren, die den Gesundheitszustand beeinflussen und zur Inanspruchnahme des Gesundheitswesens führen	5.473	1,6	2,2	3.435	1,3	2,8	8.908	1,5	2,5	8.908	1,5	2,5
	nicht zuordenbar	61	0,0	13,1	53	0,0	8,1	114	0,0	10,7	114	0,0	10,7
	insgesamt	339.665	100,0	9,2	263.977	100,0	9,0	603.642	100,0	9,1	603.642	100,0	9,1

Zu Differenzen zwischen Gesamtsummen und Summenbildung einzelner Spalten/Zeilen siehe Erläuterungen zu "Diagnosedaten".
(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil II: Diagnosen / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.26 d:
Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle)
in Berlin (nur Berliner) 2004
nach Geschlecht, Hauptdiagnosegruppen und durchschnittlicher Verweildauer (in Tagen)

ICD-10 Kapitel	Hauptdiagnosegruppe	Stationäre Behandlungsfälle											
		weiblich					männlich					insgesamt	
		absolut	in %	durchschnittl. Verweildauer in Tagen	absolut	in %	durchschnittl. Verweildauer in Tagen	absolut	in %	durchschnittl. Verweildauer in Tagen	absolut	in %	
I	bestimmte infektiöse und parasitäre Krankheiten	6.931	2,1	9,1	6.657	2,5	9,0	13.588	2,3	9,0	13.588	2,3	9,0
II	Neubildungen	39.160	11,8	8,6	32.744	12,4	9,3	71.904	12,0	8,9	71.904	12,0	8,9
III	Krankheiten des Blutes und der blutbildenden Organe	2.669	0,8	7,9	1.757	0,7	7,3	4.426	0,7	7,7	4.426	0,7	7,7
IV	endokrine, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten	9.887	3,0	9,4	6.111	2,3	11,1	15.998	2,7	10,0	15.998	2,7	10,0
V	psychische und Verhaltensstörungen	19.892	6,0	21,0	24.080	9,1	15,5	43.972	7,4	18,0	43.972	7,4	18,0
VI	Krankheiten des Nervensystems	10.559	3,2	8,0	10.500	4,0	6,7	21.059	3,5	7,4	21.059	3,5	7,4
VII	Krankheiten des Auges und der Augenanhangsgebilde	8.663	2,6	3,6	5.258	2,0	4,1	13.921	2,3	3,8	13.921	2,3	3,8
VIII	Krankheiten des Ohres und des Warzenfortsatzes	2.310	0,7	5,5	2.058	0,8	5,1	4.368	0,7	5,3	4.368	0,7	5,3
IX	Krankheiten des Kreislaufsystems	48.423	14,6	9,5	51.317	19,4	8,3	99.740	16,7	8,9	99.740	16,7	8,9
X	Krankheiten des Atmungssystems	16.943	5,1	8,6	18.606	7,0	8,3	35.549	6,0	8,4	35.549	6,0	8,4
XI	Krankheiten des Verdauungssystems	32.341	9,7	7,7	31.714	12,0	7,0	64.055	10,7	7,3	64.055	10,7	7,3
XII	Krankheiten der Haut und Unterhaut	4.278	1,3	10,2	4.333	1,6	8,9	8.611	1,4	9,5	8.611	1,4	9,5
XIII	Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems u. d. Bindegewebes	26.748	8,1	10,3	16.556	6,3	9,0	43.304	7,3	9,8	43.304	7,3	9,8
XIV	Krankheiten des Urogenitalsystems	19.835	6,0	5,6	12.155	4,6	6,2	31.990	5,4	5,8	31.990	5,4	5,8
XV	Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett	36.989	11,1	4,0	-	-	-	36.989	6,2	4,0	36.989	6,2	4,0
XVI	bestimmte Zustände, die ihren Ursprung in der Perinatalperiode haben	3.403	1,0	8,4	4.155	1,6	8,2	7.558	1,3	8,3	7.558	1,3	8,3
XVII	angeborene Fehlbildungen, Deformitäten und Chromosomenanomalien	2.041	0,6	5,8	2.275	0,9	6,2	4.316	0,7	6,0	4.316	0,7	6,0
XVIII	Symptome und abnorme klinische und Laborbefunde, die anderweitig nicht klassifiziert sind	7.932	2,4	5,9	6.028	2,3	5,1	13.960	2,3	5,5	13.960	2,3	5,5
XIX	Verletzungen und Vergiftungen und bestimmte andere Folgen äußerer Ursachen	30.028	9,0	11,3	26.173	9,9	8,0	56.201	9,4	9,7	56.201	9,4	9,7
XX	äußere Ursachen von Morbidität und Mortalität	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
XXI	Faktoren, die den Gesundheitszustand beeinflussen und zur Inanspruchnahme des Gesundheitswesens führen	2.762	0,8	3,9	2.272	0,9	4,1	5.034	0,8	4,0	5.034	0,8	4,0
	nicht zuordenbar	155	0,0	2,5	21	0,0	1,6	176	0,0	2,4	176	0,0	2,4
	insgesamt	331.949	100,0	8,8	264.770	100,0	8,6	596.719	100,0	8,7	596.719	100,0	8,7

Zu Differenzen zwischen Gesamtsummen und Summenbildung einzelner Spalten/Zeilen siehe Erläuterungen zu "Diagnosedaten".
(Datenquelle: Stala Berlin, KHStatV-Teil II: Diagnosen / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.26 e:

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle)
in Berlin (nur Berliner) 2003
nach Hauptdiagnosegruppen, Altersgruppen, durchschnittlicher Verweildauer (Ø VWD) und durchschnittlich
belegten Betten je Tag

ICD-10 Kapitel / Hauptdiagnosegruppe	Fälle Ø VWD Betten/Tag	Insgesamt	Alter in Jahren											
			n.z. 1)	0	1 - 4	5 - 14	15 - 24	25 - 34	35 - 44	45 - 54	55 - 64	65 - 74	75 - 84	85 u. ä.
I bestimmte infektiöse und parasitäre Krankheiten	Fälle Ø VWD Betten/Tag	14.055 9,2 353,9	-	1.207 5,3 17,4	1.468 4,1 16,3	912 3,9 9,8	961 5,4 14,2	959 7,5 19,8	1.185 9,7 31,6	1.077 10,1 29,9	1.376 12,4 46,6	1.772 12,6 61,1	1.844 12,5 63,4	1.294 12,3 43,7
II Neubildungen	Fälle Ø VWD Betten/Tag	69.740 9,7 1.844,1	-	243 4,0 2,6	319 4,6 4,0	1.227 3,1 10,5	1.220 6,0 20,1	2.024 6,8 37,7	6.001 7,2 117,9	9.716 8,6 229,7	17.981 9,7 478,2	18.464 10,4 526,2	9.784 12,1 323,0	2.761 12,4 94,1
dar. bösartige Neubildungen	Fälle Ø VWD Betten/Tag	55.370 10,4 1.579,0	-	31 4,4 0,4	245 4,9 3,3	1.024 3,0 8,4	697 7,2 13,7	1.008 8,6 23,8	3.079 8,4 70,7	6.827 9,5 177,3	15.446 10,2 430,4	16.155 10,8 477,1	8.489 12,5 290,1	2.369 12,9 83,8
gutartige Neubildungen	Fälle Ø VWD Betten/Tag	14.370 6,7 265,2	-	212 3,9 0,7	74 3,3 2,1	203 3,7 2,5	523 4,5 6,4	1.016 5,0 14,0	2.922 5,9 47,2	2.889 6,6 52,3	2.535 6,9 47,8	2.309 7,8 49,1	1.295 9,3 32,9	392 9,6 10,3
III Krankheiten des Blutes und der blutbildenden Organe	Fälle Ø VWD Betten/Tag	8,7 10,2 16,565	-	38 5,3 0,6	135 5,8 2,1	275 4,5 3,4	168 6,0 2,7	201 5,2 2,9	282 8,3 6,4	355 7,8 7,6	518 8,2 11,6	766 9,9 20,8	820 11,1 25,0	659 9,9 17,8
IV endokrine, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten	Fälle Ø VWD Betten/Tag	10,2 10,2 43,973	-	44 8,7 3,1	137 4,1 2,2	1.044 6,3 7,8	4.862 8,0 11,0	7.070 6,7 13,0	11.641 6,9 26,5	8.498 8,4 43,9	4.707 10,7 82,4	2.604 11,9 104,4	2.111 12,5 101,9	1.255 11,0 68,2
V psychische u. Verhaltensstörungen	Fälle Ø VWD Betten/Tag	18,5 2,225,2 21,200	-	6,3 0,8 4,93	6,7 2,5 4,31	23,5 67,3 1,046	19,0 253,1 1,030	17,7 342,6 1,223	16,9 538,8 2,443	17,5 406,5 2,942	20,8 267,8 3,854	23,2 165,8 3,623	21,3 123,3 2,813	16,5 56,9 1,302
VI Krankheiten des Nervensystems	Fälle Ø VWD Betten/Tag	7,5 437,0 15,683	-	4,9 6,7 5,7	5,9 7,0 122	6,2 17,8 228	6,2 17,5 221	6,0 19,9 364	5,8 38,7 634	5,8 48,1 949	6,6 69,3 2,234	8,8 86,9 4,089	11,2 86,1 4,950	10,9 39,0 1,834
VII Krankheiten des Auges und der Augenanhangsgebilde	Fälle Ø VWD Betten/Tag	3,9 167,5 4,484	1	3,0 0,5 8,7	2,6 0,9 3,48	3,1 1,9 3,45	4,1 2,5 2,77	4,2 4,2 3,98	4,4 7,6 6,43	4,4 11,6 6,92	4,6 28,0 806	4,0 44,6 547	3,5 48,0 271	3,5 17,7 70
VIII Krankheiten des Ohres und des Warzenfortsatzes	Fälle Ø VWD Betten/Tag	5,6 68,7 99,972	-	5,4 1,3 60	3,5 3,4 94	3,7 3,5 352	4,8 3,6 708	4,9 5,3 1,569	5,6 9,8 4,758	5,6 10,9 9,471	6,2 13,7 21,067	6,5 9,7 26,663	7,8 5,8 23,041	8,8 1,7 12,189
IX Krankheiten des Kreislaufsystems	Fälle Ø VWD Betten/Tag	9,4 2,584,6	-	10,4 1,7	4,2 1,1	3,7 3,6	4,9 9,5	5,1 21,8	6,1 79,6	6,5 169,6	7,7 445,4	9,4 689,8	11,7 741,2	12,6 421,3

noch Tabelle 3.2.26 e:

ICD-10 Kapitel / Hauptdiagnosegruppe	Fälle Ø VWD Betten/Tag	Insgesamt	Alter in Jahren														
			n.z. ¹⁾	0	1 - 4	5 - 14	15 - 24	25 - 34	35 - 44	45 - 54	55 - 64	65 - 74	75 - 84	85 u. ä.			
				1.246	3.205	2.203	2.813	2.805	3.245	2.835	4.513	5.233	5.432	4.253			
X Krankheiten des Atmungssystems	Fälle Ø VWD Betten/Tag	37.783 0,0 916,5	-	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
XI Krankheiten des Verdauungssystems	Fälle Ø VWD Betten/Tag	63.900 7,7 1.354,0	-	4,2	2,3	3,8	4,7	5,0	6,1	7,4	9,4	7,5	7,8	8,9	10,9	10,4	10,4
XII Krankheiten der Haut und Unterhaut	Fälle Ø VWD Betten/Tag	8.550 10,0 233,9	-	14,7	27,2	34,9	1.037	1.147	1.239	1.239	1.057	1.057	1.035	948	781	538	538
XIII Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems und des Bindegewebes	Fälle Ø VWD Betten/Tag	43.105 10,4 1.226,2	-	17	195	752	1.829	2.624	5.530	5.530	6,6	7,6	8,6	12,8	15,6	17,6	17,6
XIV Krankheiten des Urogenitalsystems	Fälle Ø VWD Betten/Tag	34.086 6,3 585,4	-	289	373	676	2.189	3.347	5.025	5.025	114,6	163,7	266,3	306,8	222,8	56,7	56,7
XV Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett	Fälle Ø VWD Betten/Tag	37.519 4,1 419,1	-	3	-	33	9.421	20.355	7.634	7.634	62,8	67,6	95,9	119,2	103,2	57,8	57,8
XVI bestimmte Zustände, die ihren Ursprung in der Perinatalperiode haben	Fälle Ø VWD Betten/Tag	5.468 9,7 145,6	-	2,7	-	3,5	3,9	4,1	4,1	4,1	2,9	2,9	-	3,0	-	-	-
XVII angeborene Fehlbildungen, Deformitäten und Chromosomenanomalien	Fälle Ø VWD Betten/Tag	79,1 6,2 79,1	-	21,1	9,2	14,5	11,3	5,8	6,4	6,4	3,9	3,9	3,4	2,4	0,9	0,1	0,1
XVIII Symptome und abnorme klinische und Laborbefunde, die anderweitig nicht klassifiziert sind	Fälle Ø VWD Betten/Tag	12.983 6,1 216,0	-	356	563	784	878	910	1.213	1.213	1.192	1.192	1.725	1.984	2.056	1.322	1.322
XIX Verletzungen und Vergiftungen und bestimmte andere Folgen äußerer Ursachen	Fälle Ø VWD Betten/Tag	56.691 10,1 1.572,6	-	556	1.647	3.613	5.347	4.794	6.494	6.494	5,833	5,833	6,933	6,955	8,079	6,440	6,440
			-	2,9	2,5	3,3	4,7	5,6	6,9	8,5	10,6	13,9	16,4	16,4	16,7	16,7	16,7
			-	4,4	11,2	32,3	68,8	74,1	122,1	122,1	135,7	135,7	200,4	265,5	363,7	294,3	294,3

noch Tabelle 3.2.26 e:

ICD-10 Kapitel / Hauptdiagnosegruppe	Fälle		Alter in Jahren																																				
	Ø VWD	Betten/Tag	Insgesamt	n.z. ¹⁾	0	1 - 4	5 - 14	15 - 24	25 - 34	35 - 44	45 - 54	55 - 64	65 - 74	75 - 84	85 u. ä.																								
XXI Faktoren, die den Gesundheitszustand beeinflussen und zur Inanspruchnahme des Gesundheitswesens führen	Fälle	8.908	233	191	304	559	1.161	1.337	2.086	1.851	879	175	Ø VWD	21.916,0	826,0	236,0	380,0	884,0	1.634,0	2.601,0	2.879,0	3.584,0	4.420,0	3.472,0	1.000,0	Betten/Tag	60,0	2,3	0,6	1,0	2,4	4,5	7,1	7,9	9,8	12,1	9,5	2,7	
zusammen	Fälle	603.528	12.024	17.814	38.320	55.972	68.799	68.588	99.305	104.672	83.062	43.870	Ø VWD	15.055,0	15.055,0	110,4	256,3	686,2	1.001,2	1.493,6	1.617,0	2.466,4	2.940,3	2.737,5	1.500,3	Betten/Tag	15.055,0	0,0	245,8	110,4	256,3	686,2	1.001,2	1.493,6	1.617,0	2.466,4	2.940,3	2.737,5	1.500,3
nicht zuordenbar	Fälle	114	3	1	3	4	13	12	10	25	26	15	Ø VWD	10,7	4,7	0,5	1,0	0,7	3,3	6,2	8,7	8,3	13,1	12,7	17,8	Betten/Tag	3,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,2	0,3	0,2	0,9	0,9	0,9	0,7	
insgesamt	Fälle	603.642	12.027	17.815	38.323	55.976	68.812	68.600	99.315	104.697	83.088	43.885	Ø VWD	15.058,3	15.058,3	110,4	256,3	686,2	1.001,2	1.493,8	1.617,3	2.466,6	2.941,2	2.738,4	1.501,1	Betten/Tag	15.058,3	0,0	245,8	110,4	256,3	686,2	1.001,2	1.493,8	1.617,3	2.466,6	2.941,2	2.738,4	1.501,1

Zu Differenzen zwischen Gesamtsummen und Summenbildung einzelner Spalten/Zeilen siehe Erläuterungen zu "Diagnosedaten".

¹⁾ Nicht zuordenbar.

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil II: Diagnosen / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.26 f:
Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle)
in Berlin (nur Berliner) 2004
nach Hauptdiagnosegruppen, Altersgruppen, durchschnittlicher Verweildauer (Ø VWD) und durchschnittlich
belegten Betten je Tag

ICD-10 Kapitel / Hauptdiagnosegruppe	Fälle Ø VWD Betten/Tag	Insgesamt	Alter in Jahren											
			n.z. ¹⁾	0	1 - 4	5 - 14	15 - 24	25 - 34	35 - 44	45 - 54	55 - 64	65 - 74	75 - 84	85 u. ä.
				1.039	1.461	903	864	957	1.153	1.036	1.364	1.794	1.825	1.192
I bestimmte infektiöse und parasitäre Krankheiten	Fälle Ø VWD Betten/Tag	13.588 9,0 336,3	- 4,8 13,7	1.461 3,8 15,0	903 3,8 9,4	864 5,3 12,6	957 7,2 18,9	1.153 9,1 28,8	1.036 10,4 29,6	1.364 11,7 43,7	1.794 12,5 61,5	1.825 13,1 65,4	1.192 11,5 37,6	
II Neubildungen	Fälle Ø VWD Betten/Tag	71.904 8,9 58.301	- 4,0 2,8	474 3,1 4,1	687 3,6 6,8	1.066 5,4 15,8	2.017 6,7 37,3	5.731 6,8 106,1	9.962 7,9 215,0	18.137 8,8 437,1	20.233 9,4 521,4	10.759 11,1 326,4	2.582 12,1 85,5	
dar. bösartige Neubildungen	Fälle Ø VWD Betten/Tag	58.301 9,5 1.525,3	- 6,2 0,8	404 3,1 3,4	467 3,8 4,9	616 6,2 10,4	1.112 8,4 25,6	3.115 7,9 67,5	7.178 8,6 168,8	15.779 9,1 395,1	17.957 9,7 478,3	9.417 11,4 294,3	2.210 12,6 76,2	
gutartige Neubildungen	Fälle Ø VWD Betten/Tag	13.603 6,2 232,9	- 3,6 2,1	70 3,4 0,6	220 3,2 1,9	450 4,4 5,4	905 4,7 11,7	2.616 5,4 38,5	2.784 6,1 46,2	2.358 6,5 42,1	2.276 6,9 43,2	1.342 8,7 32,0	372 9,1 9,3	
III Krankheiten des Blutes und der blutbildenden Organe	Fälle Ø VWD Betten/Tag	4.426 7,7 93,1	- 43 0,9	151 4,0 1,7	212 4,6 2,7	173 5,1 2,4	232 6,2 3,9	275 6,4 4,8	321 6,6 5,8	589 7,2 11,7	836 8,6 19,6	924 9,4 23,9	670 8,5 15,6	
IV endokrine, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten	Fälle Ø VWD Betten/Tag	15.998 10,0 438,7	- 7,6 2,9	193 3,9 2,1	453 4,9 6,1	493 6,8 9,2	676 6,1 11,3	1.259 6,6 22,6	1.787 8,7 42,6	2.623 10,0 72,0	3.314 11,9 108,2	3.013 12,3 101,9	2.047 10,7 59,7	
V psychische u. Verhaltensstörungen	Fälle Ø VWD Betten/Tag	43.972 18,0 21.059	- 5,3 2,07	136 7,2 474	987 24,0 996	987 17,9 1,083	4.972 17,1 1,275	6.480 15,9 2,376	8.749 17,0 2,854	4.656 20,1 3.732	2.863 24,0 3.768	2.322 21,7 3.045	1.335 17,1 1.249	
VI Krankheiten des Nervensystems	Fälle Ø VWD Betten/Tag	426,5 13.921 3,8	- 3,1 0,3	7,8 110 2,1	15,4 238 2,5	18,3 243 3,4	19,7 306 3,8	37,9 594 4,1	44,7 875 4,3	65,1 2.078 4,4	85,6 3.645 4,1	89,7 4.403 4,1	36,8 1.392 3,4	
VII Krankheiten des Auges und der Augenanhangsgebilde	Fälle Ø VWD Betten/Tag	144,9 4,368 5,3	- 76 3,4	0,6 314 3,6	1,6 273 3,6	2,2 272 4,6	3,2 340 4,7	6,7 614 4,9	10,2 659 5,3	25,0 827 5,8	40,8 618 6,3	41,1 315 7,7	13,0 60 7,7	
VIII Krankheiten des Ohres und des Warzenfortsatzes	Fälle Ø VWD Betten/Tag	63,6 99,740 8,9	- 51 6,6	3,1 80 5,7	2,7 354 3,5	3,4 747 5,0	4,3 1.380 4,8	8,3 4,271 5,7	9,5 9.189 6,4	13,1 20.182 7,3	10,6 27.744 8,7	6,6 24.530 11,0	1,3 11.212 12,0	
IX Krankheiten des Kreislaufsystems	Fälle Ø VWD Betten/Tag	2.432,1	-	1,3	3,4	10,2	18,1	67,0	160,9	402,5	661,7	737,1	3690	

noch Tabelle 3.2.26 f:

ICD-10 Kapitel / Hauptdiagnosegruppe	Fälle Ø VWD Betten/Tag	Insgesamt	Alter in Jahren												
			n.z. ¹⁾	0	1 - 4	5 - 14	15 - 24	25 - 34	35 - 44	45 - 54	55 - 64	65 - 74	75 - 84	85 u. ä.	
X	Krankheiten des Atmungssystems	35.549	-	1.433	3.105	1.863	2.808	2.705	3.061	2.753	4.130	5.114	5.165	3.412	
	Ø VWD	0,0	-	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
	Betten/Tag	818,9	-	22,2	30,6	41,2	40,0	50,0	57,8	111,4	159,0	175,2	109,2		
XI	Krankheiten des Verdauungssystems	64.055	-	542	772	2.127	4.146	4.356	7.413	8.590	11.488	11.650	8.817	4.154	
	Ø VWD	7,3	-	4,3	2,7	3,5	4,2	4,6	6,0	6,9	7,4	8,6	10,0	10,2	
	Betten/Tag	1.287,8	-	6,4	5,7	20,4	47,7	55,3	121,8	163,5	234,1	274,5	242,7	115,6	
XII	Krankheiten der Haut und Unterhaut	8.611	-	164	297	293	1.049	1.068	1.274	1.038	1.011	1.011	856	550	
	Ø VWD	9,5	-	5,3	4,6	4,6	5,1	5,8	7,0	9,9	11,1	14,1	16,0	16,0	
	Betten/Tag	225,2	-	2,4	3,7	3,7	14,7	17,0	24,3	28,2	30,7	38,9	37,4	24,1	
XIII	Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems und des Bindegewebes	43.304	-	24	161	767	1.645	2.230	5.033	6.966	9.749	9.542	5.830	1.357	
	Ø VWD	9,8	-	11,3	5,0	6,5	6,0	6,3	7,0	7,9	9,0	11,7	14,7	15,3	
	Betten/Tag	1.166,6	-	0,7	2,2	13,7	27,1	38,4	96,2	151,3	240,3	305,4	234,4	56,8	
XIV	Krankheiten des Urogenitalsystems	31.990	-	249	393	641	1.952	2.943	4.552	4.518	4.932	5.760	4.080	1.970	
	Ø VWD	5,8	-	5,5	3,9	3,6	3,6	3,7	4,2	4,6	5,7	6,7	9,1	9,8	
	Betten/Tag	508,4	-	3,7	4,2	6,3	19,4	29,8	52,1	56,6	76,4	105,8	101,3	52,7	
XV	Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett	36.989	-	-	-	32	8.893	20.100	7.887	77	-	-	-	-	
	Ø VWD	4,0	-	-	-	5,3	3,8	4,0	4,2	3,7	-	-	-	-	
	Betten/Tag	402,2	-	-	-	0,5	92,1	219,2	89,7	0,8	-	-	-	-	
XVI	bestimmte Zustände, die ihren Ursprung in der Perinatalperiode haben	7.558	-	7.550	3	2	2	-	-	1	-	-	-	-	
	Ø VWD	8,3	-	8,3	2,3	3,0	4,5	-	-	8,0	-	-	-	-	
	Betten/Tag	172,3	-	172,3	0,0	0,0	0,0	-	-	0,0	-	-	-	-	
XVII	angeborene Fehlbildungen, Deformitäten und Chromosomenanomalien	4.316	-	1.055	661	964	479	265	340	193	190	127	36	6	
	Ø VWD	6,0	-	7,9	5,3	4,7	5,6	5,9	5,6	6,1	6,1	6,4	6,0	6,2	
	Betten/Tag	71,0	-	22,9	9,6	12,4	7,3	4,3	5,2	3,2	3,2	2,2	0,6	0,1	
XVIII	Symptome und abnorme klinische und Laborbefunde, die anderweitig nicht klassifiziert sind	13.960	-	449	497	852	947	884	1.228	1.341	1.874	2.297	2.233	1.358	
	Ø VWD	5,5	-	3,7	2,9	2,7	2,5	3,0	3,7	4,5	5,3	6,6	8,4	9,3	
	Betten/Tag	212,2	-	4,5	4,0	6,4	6,6	7,3	12,6	16,4	27,3	41,3	51,3	34,6	
XIX	Verletzungen und Vergiftungen und bestimmte andere Folgen äußerer Ursachen	56.201	-	519	1.681	3.368	5.185	4.537	6.252	5.634	6.707	7.394	8.680	6.244	
	Ø VWD	9,7	-	2,6	2,6	3,1	4,7	5,5	6,4	7,9	10,1	12,8	15,7	15,9	
	Betten/Tag	1.500,5	-	3,7	12,0	29,1	67,1	68,5	109,1	122,4	186,2	258,6	372,6	271,2	

noch Tabelle 3.2.26 f:

ICD-10 Kapitel / Hauptdiagnosegruppe	Fälle Ø VWD Betten/Tag	Insgesamt	Alter in Jahren											
			n.z. ¹⁾	0	1 - 4	5 - 14	15 - 24	25 - 34	35 - 44	45 - 54	55 - 64	65 - 74	75 - 84	85 u. ä.
XXI Faktoren, die den Gesundheitszustand beeinflussen und zur Inanspruchnahme des Gesundheitswesens führen	Fälle Ø VWD Betten/Tag	5.034 19.989,0 54,8	-	299	131	135	247	419	574	597	915	949	572	196
			-	1.126,0	193,0	282,0	682,0	1.248,0	1.887,0	2.124,0	3.531,0	4.631,0	3.477,0	808,0
			-	3,1	0,5	0,8	1,9	3,4	5,2	5,8	9,7	12,7	9,5	2,2
zusammen	Fälle Ø VWD Betten/Tag	596.543 8,7 14.281,6	-	14.161	11.094	16.147	37.266	53.170	65.331	67.140	95.184	108.659	87.405	40.986
			-	7,0	3,6	5,2	6,3	6,2	7,5	8,3	8,6	9,7	11,5	12,0
			-	270,0	110,9	228,4	642,9	903,2	1.347,8	1.533,0	2.246,0	2.896,6	2.755,1	1.347,6
nicht zuordenbar	Fälle Ø VWD Betten/Tag	176 2,4 1,2	13	25	-	1	10	51	41	15	5	7	3	5
			1,8	3,1	-	1,0	1,5	1,9	2,0	3,2	1,2	4,9	4,3	4,6
			0,1	0,2	-	0,0	0,0	0,3	0,2	0,1	0,0	0,1	0,0	0,1
insgesamt	Fälle Ø VWD Betten/Tag	596.719 8,7 14.282,8	13 1,8 0,1	14.186 7,0 270,2	11.094 3,6 110,9	16.148 5,2 228,4	37.276 6,3 643,0	53.221 6,2 903,5	65.372 7,5 1.348,1	67.155 8,3 1.533,2	95.189 8,6 2.246,0	108.666 9,7 2.896,7	87.408 11,5 2.755,2	40.991 12,0 1.347,6

Zu Differenzen zwischen Gesamtsummen und Summenbildung einzelner Spalten/Zeilen siehe Erläuterungen zu "Diagnosedaten".
¹⁾ Nicht zuordenbar.

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil II: Diagnosen / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.27:

**Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle)
in Berlin (nur Berliner) 2003
nach Rangfolge der 20 häufigsten Einzeldiagnosen und durchschnittlich belegten Betten je Tag
- weiblich**

Stationäre Behandlungsfälle					
Rang	ICD-10 Nrn.	Behandlungsdiagnose	absolut	%	kumu- lativ
insgesamt			339.653	100,0	
1	I50	Herzinsuffizienz	6.792	2,0	2,0
2	C50	bösartige Neubildung der Brustdrüse [Mamma]	6.603	1,9	3,9
3	O80	Spontangeburt eines Einlings	5.926	1,7	5,7
4	H25	Cataracta senilis	5.628	1,7	7,3
5	K80	Cholelithiasis	5.436	1,6	8,9
6	S72	Fraktur des Femurs	5.140	1,5	10,5
7	I20	Angina pectoris	4.863	1,4	11,9
8	J18	Pneumonie, Erreger nicht näher bezeichnet	4.798	1,4	13,3
9	I25	Chronische ischämische Herzkrankheit	4.069	1,2	14,5
10	I63	Hirninfarkt	4.005	1,2	15,7
11	I83	Varizen der unteren Extremitäten	3.755	1,1	16,8
12	D25	Leiomyom des Uterus	3.466	1,0	17,8
13	M20	Erworbene Deformitäten der Finger und Zehen	3.237	1,0	18,8
14	I48	Vorhofflattern und Vorhofflimmern	3.180	0,9	19,7
15	J44	sonstige chronische obstruktive Lungenkrankheit	2.995	0,9	20,6
16	I21	akuter Myokardinfarkt	2.984	0,9	21,5
17	C34	bösartige Neubildung der Bronchien und der Lunge	2.925	0,9	22,3
18	S82	Fraktur des Unterschenkels, einschließlich des oberen Sprunggelenkes	2.904	0,9	23,2
19	E11	nicht primär insulinabhängiger Diabetes mellitus [Typ-II-Diabetes]	2.874	0,8	24,0
20	M23	Binnenschädigung des Kniegelenkes [internal derangement]	2.835	0,8	24,9
		keiner Diagnose zuordenbar	61	0,0	0,0

Betten/Tag					
Rang	ICD-10 Nrn.	Behandlungsdiagnose	absolut	%	kumu- lativ
insgesamt			8.523,4	100,0	
1	S72	Fraktur des Femurs	293,2	3,4	3,4
2	I50	Herzinsuffizienz	250,5	2,9	6,4
3	F20	Schizophrenie	207,3	2,4	8,8
4	F32	depressive Episode	206,9	2,4	11,2
5	I63	Hirninfarkt	169,5	2,0	13,2
6	J18	Pneumonie, Erreger nicht näher bezeichnet	160,2	1,9	15,1
7	M16	Koxarthrose [Arthrose des Hüftgelenkes]	132,9	1,6	16,7
8	C50	bösartige Neubildung der Brustdrüse [Mamma]	125,4	1,5	18,1
9	F33	Rezidivierende depressive Störung	122,2	1,4	19,6
10	M17	Gonarthrose [Arthrose des Kniegelenkes]	118,3	1,4	21,0
11	E11	nicht primär insulinabhängiger Diabetes mellitus [Typ-II-Diabetes]	104,0	1,2	22,2
12	S82	Fraktur des Unterschenkels, einschließlich des oberen Sprunggelenkes	103,4	1,2	23,4
13	J44	sonstige chronische obstruktive Lungenkrankheit	99,5	1,2	24,6
14	K80	Cholelithiasis	97,5	1,1	25,7
15	I70	Atherosklerose	95,7	1,1	26,8
16	C34	bösartige Neubildung der Bronchien und der Lunge	90,4	1,1	27,9
17	I21	akuter Myokardinfarkt	88,7	1,0	28,9
18	I25	chronische ischämische Herzkrankheit	84,9	1,0	29,9
19	T84	Komplikationen durch orthopädische Endoprothesen, Implantate oder Transplantate	82,1	1,0	30,9
20	S42	Fraktur im Bereich der Schulter und des Oberarmes	81,1	1,0	31,8
		keiner Diagnose zuordenbar	2,2	0,0	0,0

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil II: Diagnosen / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.27 a:
Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle)
in Berlin (nur Berliner) 2004
nach Rangfolge der 20 häufigsten Einzeldiagnosen und durchschnittlich belegten Betten je Tag
- weiblich

Stationäre Behandlungsfälle					
Rang	ICD-10 Nrn.	Behandlungsdiagnose	absolut	%	kumu- lativ
insgesamt			331.949	100,0	
1	I50	Herzinsuffizienz	6.372	1,9	1,9
2	C50	bösartige Neubildung der Brustdrüse [Mamma]	6.219	1,9	3,8
3	K80	Cholelithiasis	5.476	1,6	5,4
4	I20	Angina pectoris	5.093	1,5	7,0
5	S72	Fraktur des Femurs	4.954	1,5	8,5
6	O80	Spontangeburt eines Einlings	4.430	1,3	9,8
7	H25	Cataracta senilis	4.351	1,3	11,1
8	I63	Hirninfarkt	4.228	1,3	12,4
9	J18	Pneumonie, Erreger nicht näher bezeichnet	4.008	1,2	13,6
10	I25	chronische ischämische Herzkrankheit	3.549	1,1	14,7
11	I83	Varizen der unteren Extremitäten	3.459	1,0	15,7
12	O68	Komplikationen bei Wehen und Entbindung durch fetalen Distreß [fetal distress] [fetaler Gefahrenzustand]	3.412	1,0	16,7
13	O70	Dammriß unter der Geburt	3.350	1,0	17,7
14	C34	bösartige Neubildung der Bronchien und der Lunge	3.298	1,0	18,7
15	I21	akuter Myokardinfarkt	3.088	0,9	19,7
16	D25	Leiomyom des Uterus	3.059	0,9	20,6
17	I48	Vorhofflattern und Vorhofflimmern	3.059	0,9	21,5
18	O42	Vorzeitiger Blasensprung	3.042	0,9	22,4
19	E11	nicht primär insulinabhängiger Diabetes mellitus [Typ-II-Diabetes]	3.022	0,9	23,3
20	M20	erworbene Deformitäten der Finger und Zehen	3.020	0,9	24,2
		keiner Diagnose zuordenbar	155	0,0	0,0

Betten/Tag					
Rang	ICD-10 Nrn.	Behandlungsdiagnose	absolut	%	kumu- lativ
insgesamt			8.019,6	100,0	
1	S72	Fraktur des Femurs	264,3	3,3	3,3
2	I50	Herzinsuffizienz	226,7	2,8	6,1
3	F20	Schizophrenie	203,9	2,5	8,7
4	F32	Depressive Episode	203,2	2,5	11,2
5	I63	Hirninfarkt	168,8	2,1	13,3
6	F33	Rezidivierende depressive Störung	124,1	1,5	14,9
7	J18	Pneumonie, Erreger nicht näher bezeichnet	123,3	1,5	16,4
8	M16	Koxarthrose [Arthrose des Hüftgelenkes]	122,4	1,5	17,9
9	M17	Gonarthrose [Arthrose des Kniegelenkes]	116,0	1,4	19,4
10	C50	Bösartige Neubildung der Brustdrüse [Mamma]	112,4	1,4	20,8
11	E11	Nicht primär insulinabhängiger Diabetes mellitus [Typ-II-Diabetes]	111,8	1,4	22,2
12	I70	Atherosklerose	99,9	1,2	23,4
13	K80	Cholelithiasis	95,3	1,2	24,6
14	S82	Fraktur des Unterschenkels, einschließlich des oberen Sprunggelenkes	89,5	1,1	25,7
15	I21	Akuter Myokardinfarkt	88,2	1,1	26,8
16	J44	Sonstige chronische obstruktive Lungenkrankheit	87,1	1,1	27,9
17	C34	Bösartige Neubildung der Bronchien und der Lunge	83,1	1,0	28,9
18	T84	Komplikationen durch orthopädische Endoprothesen, Implantate oder Transplantate	81,7	1,0	29,9
19	S32	Fraktur der Lendenwirbelsäule und des Beckens	80,4	1,0	31,0
20	S42	Fraktur im Bereich der Schulter und des Oberarmes	78,8	1,0	31,9
		keiner Diagnose zuordenbar	1,1	0,0	0,0

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil II: Diagnosen / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.27 b:

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle) in Berlin (nur Berliner) 2003 nach Rangfolge der 20 häufigsten Einzeldiagnosen und durchschnittlich belegten Betten je Tag - männlich

Stationäre Behandlungsfälle					
Rang	ICD-10 Nrn.	Behandlungsdiagnose	absolut	%	kumulativ
insgesamt			263.977	100,0	
1	I25	chronische ischämische Herzkrankheit	9.985	3,8	3,8
2	F10	psychische und Verhaltensstörungen durch Alkohol	9.342	3,5	7,3
3	K40	Hernia inguinalis	6.541	2,5	9,8
4	I20	Angina pectoris	6.332	2,4	12,2
5	C34	bösartige Neubildung der Bronchien und der Lunge	5.019	1,9	14,1
6	J18	Pneumonie, Erreger nicht näher bezeichnet	4.354	1,6	15,7
7	I50	Herzinsuffizienz	4.283	1,6	17,4
8	I21	akuter Myokardinfarkt	3.897	1,5	18,8
9	F20	Schizophrenie	3.475	1,3	20,2
10	I70	Atherosklerose	3.404	1,3	21,5
11	I63	Hirminfarkt	2.965	1,1	22,6
12	I48	Vorhofflattern und Vorhofflimmern	2.913	1,1	23,7
13	G47	Schlafstörungen	2.735	1,0	24,7
14	S06	Intrakranielle Verletzung	2.718	1,0	25,7
15	J44	sonstige chronische obstruktive Lungenkrankheit	2.708	1,0	26,8
16	N20	Nieren- und Ureterstein	2.688	1,0	27,8
17	S82	Fraktur des Unterschenkels, einschließlich des oberen Sprunggelenkes	2.621	1,0	28,8
18	C67	bösartige Neubildung der Harnblase	2.502	0,9	29,7
19	M23	Binnenschädigung des Kniegelenkes [internal derangement]	2.495	0,9	30,7
20	E11	nicht primär insulinabhängiger Diabetes mellitus [Typ-II-Diabetes]	2.419	0,9	31,6
		keiner Diagnose zuordenbar	53	0,0	0,0

Betten/Tag					
Rang	ICD-10 Nrn.	Behandlungsdiagnose	absolut	%	kumulativ
insgesamt			6.534,8	100,0	
1	F10	psychische und Verhaltensstörungen durch Alkohol	251,7	3,9	3,9
2	F20	Schizophrenie	251,2	3,8	7,7
3	I25	chronische ischämische Herzkrankheit	179,4	2,7	10,4
4	C34	bösartige Neubildung der Bronchien und der Lunge	157,6	2,4	12,9
5	I50	Herzinsuffizienz	147,7	2,3	15,1
6	J18	Pneumonie, Erreger nicht näher bezeichnet	136,5	2,1	17,2
7	I70	Atherosklerose	131,5	2,0	19,2
8	I63	Hirminfarkt	118,1	1,8	21,0
9	F32	depressive Episode	110,0	1,7	22,7
10	E11	nicht primär insulinabhängiger Diabetes mellitus [Typ-II-Diabetes]	97,8	1,5	24,2
11	I21	akuter Myokardinfarkt	96,7	1,5	25,7
12	J44	sonstige chronische obstruktive Lungenkrankheit	81,8	1,3	26,9
13	S72	Fraktur des Femurs	79,3	1,2	28,1
14	K40	Hernia inguinalis	79,0	1,2	29,4
15	I20	Angina pectoris	75,5	1,2	30,5
16	S82	Fraktur des Unterschenkels, einschließlich des oberen Sprunggelenkes	75,0	1,1	31,7
17	M16	Koxarthrose [Arthrose des Hüftgelenkes]	62,8	1,0	32,6
18	C61	bösartige Neubildung der Prostata	61,7	0,9	33,6
19	M51	sonstige Bandscheibenschäden	61,0	0,9	34,5
20	F43	Reaktionen auf schwere Belastungen und Anpassungsstörungen	55,8	0,9	35,3
		keiner Diagnose zuordenbar	1,2	0,0	0,0

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil II: Diagnosen / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.27 c:
Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle)
in Berlin (nur Berliner) 2004
nach Rangfolge der 20 häufigsten Einzeldiagnosen und durchschnittlich belegten Betten je Tag
- männlich

Stationäre Behandlungsfälle					
Rang	ICD-10 Nrn.	Behandlungsdiagnose	absolut	%	kumu- lativ
insgesamt			264.770	100,0	
1	F10	psychische und Verhaltensstörungen durch Alkohol	9.133	3,4	3,4
2	I25	chronische ischämische Herzkrankheit	8.957	3,4	6,8
3	I20	Angina pectoris	7.145	2,7	9,5
4	K40	Hernia inguinalis	5.934	2,2	11,8
5	C34	bösartige Neubildung der Bronchien und der Lunge	5.719	2,2	13,9
6	I21	akuter Myokardinfarkt	4.489	1,7	15,6
7	I50	Herzinsuffizienz	4.389	1,7	17,3
8	J18	Pneumonie, Erreger nicht näher bezeichnet	3.946	1,5	18,8
9	F20	Schizophrenie	3.697	1,4	20,2
10	I70	Atherosklerose	3.551	1,3	21,5
11	I63	Hirnfarkt	3.171	1,2	22,7
12	J44	sonstige chronische obstruktive Lungenkrankheit	2.993	1,1	23,8
13	I48	Vorhofflattern und Vorhofflimmern	2.979	1,1	25,0
14	E11	nicht primär insulinabhängiger Diabetes mellitus [Typ-II-Diabetes]	2.877	1,1	26,1
15	G47	Schlafstörungen	2.685	1,0	27,1
16	C67	bösartige Neubildung der Harnblase	2.587	1,0	28,0
17	S82	Fraktur des Unterschenkels, einschließlich des oberen Sprunggelenkes	2.504	0,9	29,0
18	K80	Cholelithiasis	2.475	0,9	29,9
19	N20	Nieren- und Ureterstein	2.395	0,9	30,8
20	C61	bösartige Neubildung der Prostata	2.341	0,9	31,7
		keiner Diagnose zuordenbar	21	0,0	0,0

Betten/Tag					
Rang	ICD-10 Nrn.	Behandlungsdiagnose	absolut	%	kumu- lativ
insgesamt			6.263,2	100,0	
1	F20	Schizophrenie	269,6	4,3	4,3
2	F10	psychische und Verhaltensstörungen durch Alkohol	216,6	3,5	7,8
3	I25	chronische ischämische Herzkrankheit	154,7	2,5	10,2
4	C34	bösartige Neubildung der Bronchien und der Lunge	150,0	2,4	12,6
5	I50	Herzinsuffizienz	144,3	2,3	14,9
6	I70	Atherosklerose	121,0	1,9	16,9
7	I63	Hirnfarkt	120,4	1,9	18,8
8	J18	Pneumonie, Erreger nicht näher bezeichnet	114,4	1,8	20,6
9	E11	nicht primär insulinabhängiger Diabetes mellitus [Typ-II-Diabetes]	113,8	1,8	22,4
10	I21	akuter Myokardinfarkt	110,8	1,8	24,2
11	F32	Depressive Episode	104,3	1,7	25,9
12	J44	sonstige chronische obstruktive Lungenkrankheit	88,6	1,4	27,3
13	I20	Angina pectoris	83,9	1,3	28,6
14	S72	Fraktur des Femurs	79,8	1,3	29,9
15	S82	Fraktur des Unterschenkels, einschließlich des oberen Sprunggelenkes	70,2	1,1	31,0
16	K40	Hernia inguinalis	64,9	1,0	32,0
17	F33	rezidivierende depressive Störung	60,4	1,0	33,0
18	M16	Koxarthrose [Arthrose des Hüftgelenkes]	56,5	0,9	33,9
19	M51	sonstige Bandscheibenschäden	56,2	0,9	34,8
20	F43	Reaktionen auf schwere Belastungen und Anpassungsstörungen	55,3	0,9	35,7
		keiner Diagnose zuordenbar	0,1	0,0	0,0

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil II: Diagnosen / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.27 d:

**Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle)
in Berlin (nur Berliner) 2003
nach Rangfolge der 20 häufigsten Einzeldiagnosen und durchschnittlich belegten Betten je Tag
- insgesamt**

Stationäre Behandlungsfälle					
Rang	ICD-10 Nrn.	Behandlungsdiagnose	absolut	%	kumu- lativ
insgesamt			603.642	100,0	
1	I25	chronische ischämische Herzkrankheit	14.054	2,3	2,3
2	F10	psychische und Verhaltensstörungen durch Alkohol	12.112	2,0	4,3
3	I20	Angina pectoris	11.195	1,9	6,2
4	I50	Herzinsuffizienz	11.075	1,8	8,0
5	J18	Pneumonie, Erreger nicht näher bezeichnet	9.152	1,5	9,5
6	C34	bösartige Neubildung der Bronchien und der Lunge	7.944	1,3	10,9
7	H25	Cataracta senilis	7.868	1,3	12,2
8	K80	Cholelithiasis	7.750	1,3	13,4
9	K40	Hernia inguinalis	7.416	1,2	14,7
10	I63	Hirminfarkt	6.970	1,2	15,8
11	I21	akuter Myokardinfarkt	6.881	1,1	17,0
12	S72	Fraktur des Femurs	6.762	1,1	18,1
13	C50	bösartige Neubildung der Brustdrüse [Mamma]	6.633	1,1	19,2
14	F20	Schizophrenie	6.204	1,0	20,2
15	I48	Vorhofflattern und Vorhofflimmern	6.093	1,0	21,2
16	O80	Spontangeburt eines Einlings	5.926	1,0	22,2
17	I70	Atherosklerose	5.711	0,9	23,2
18	J44	sonstige chronische obstruktive Lungenkrankheit	5.703	0,9	24,1
19	I83	Varizen der unteren Extremitäten	5.548	0,9	25,0
20	S82	Fraktur des Unterschenkels, einschließlich des oberen Sprunggelenkes	5.525	0,9	25,9
		keiner Diagnose zuordenbar	114	0,0	0,0
Betten/Tag					
Rang	ICD-10 Nrn.	Behandlungsdiagnose	absolut	%	kumu- lativ
insgesamt			15.058,3	100,0	
1	F20	Schizophrenie	458,5	3,0	3,0
2	I50	Herzinsuffizienz	398,2	2,6	5,7
3	S72	Fraktur des Femurs	372,5	2,5	8,2
4	F10	psychische und Verhaltensstörungen durch Alkohol	328,7	2,2	10,3
5	F32	depressive Episode	316,9	2,1	12,4
6	J18	Pneumonie, Erreger nicht näher bezeichnet	296,6	2,0	14,4
7	I63	Hirminfarkt	287,6	1,9	16,3
8	I25	chronische ischämische Herzkrankheit	264,4	1,8	18,1
9	C34	bösartige Neubildung der Bronchien und der Lunge	248,0	1,6	19,7
10	I70	Atherosklerose	227,2	1,5	21,2
11	E11	nicht primär insulinabhängiger Diabetes mellitus [Typ-II-Diabetes]	201,8	1,3	22,6
12	M16	Koxarthrose [Arthrose des Hüftgelenkes]	195,7	1,3	23,9
13	I21	akuter Myokardinfarkt	185,4	1,2	25,1
14	J44	sonstige chronische obstruktive Lungenkrankheit	181,3	1,2	26,3
15	S82	Fraktur des Unterschenkels, einschließlich des oberen Sprunggelenkes	178,4	1,2	27,5
16	F33	rezidivierende depressive Störung	175,4	1,2	28,7
17	M17	Gonarthrose [Arthrose des Kniegelenkes]	163,6	1,1	29,8
18	I20	Angina pectoris	152,5	1,0	30,8
19	K80	Cholelithiasis	144,3	1,0	31,7
20	F43	Reaktionen auf schwere Belastungen und Anpassungsstörungen	135,5	0,9	32,6
		keiner Diagnose zuordenbar	3,4	0,0	0,0

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil II: Diagnosen / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.27 e:
Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle)
in Berlin (nur Berliner) 2004
nach Rangfolge der 20 häufigsten Einzeldiagnosen und durchschnittlich belegten Betten je Tag
- insgesamt

Stationäre Behandlungsfälle					
Rang	ICD-10 Nrn.	Behandlungsdiagnose	absolut	%	kumu- lativ
insgesamt			596.719	100,0	
1	I25	chronische ischämische Herzkrankheit	12.506	2,1	2,1
2	I20	Angina pectoris	12.238	2,1	4,1
3	F10	psychische und Verhaltensstörungen durch Alkohol	11.901	2,0	6,1
4	I50	Herzinsuffizienz	10.761	1,8	7,9
5	C34	bösartige Neubildung der Bronchien und der Lunge	9.017	1,5	9,5
6	J18	Pneumonie, Erreger nicht näher bezeichnet	7.954	1,3	10,8
7	K80	Cholelithiasis	7.951	1,3	12,1
8	I21	akuter Myokardinfarkt	7.577	1,3	13,4
9	I63	Hirninfarkt	7.399	1,2	14,6
10	K40	Hernia inguinalis	6.783	1,1	15,8
11	S72	Fraktur des Femurs	6.634	1,1	16,9
12	C50	bösartige Neubildung der Brustdrüse [Mamma]	6.259	1,0	17,9
13	F20	Schizophrenie	6.238	1,0	19,0
14	H25	Cataracta senilis	6.110	1,0	20,0
15	I70	Atherosklerose	6.098	1,0	21,0
16	I48	Vorhofflimmern und Vorhofflimmern	6.038	1,0	22,0
17	E11	nicht primär insulinabhängiger Diabetes mellitus [Typ-II-Diabetes]	5.899	1,0	23,0
18	J44	sonstige chronische obstruktive Lungenkrankheit	5.822	1,0	24,0
19	S82	Fraktur des Unterschenkels, einschließlich des oberen Sprunggelenkes	5.207	0,9	24,9
20	I83	Varizen der unteren Extremitäten	5.133	0,9	25,7
		keiner Diagnose zuordenbar	176	0,0	0,0

Betten/Tag					
Rang	ICD-10 Nrn.	Behandlungsdiagnose	absolut	%	kumu- lativ
insgesamt			14.282,8	100,0	
1	F20	Schizophrenie	473,5	3,3	3,3
2	I50	Herzinsuffizienz	371,0	2,6	5,9
3	S72	Fraktur des Femurs	344,2	2,4	8,3
4	F32	depressive Episode	307,5	2,2	10,5
5	I63	Hirninfarkt	289,2	2,0	12,5
6	F10	psychische und Verhaltensstörungen durch Alkohol	281,1	2,0	14,5
7	J18	Pneumonie, Erreger nicht näher bezeichnet	237,7	1,7	16,1
8	C34	bösartige Neubildung der Bronchien und der Lunge	233,1	1,6	17,8
9	E11	nicht primär insulinabhängiger Diabetes mellitus [Typ-II-Diabetes]	225,6	1,6	19,3
10	I25	chronische ischämische Herzkrankheit	224,9	1,6	20,9
11	I70	Atherosklerose	220,9	1,5	22,5
12	I21	akuter Myokardinfarkt	199,0	1,4	23,9
13	F33	rezidivierende depressive Störung	184,5	1,3	25,1
14	M16	Koxarthrose [Arthrose des Hüftgelenkes]	178,9	1,3	26,4
15	J44	sonstige chronische obstruktive Lungenkrankheit	175,7	1,2	27,6
16	S82	Fraktur des Unterschenkels, einschließlich des oberen Sprunggelenkes	159,6	1,1	28,8
17	M17	Gonarthrose [Arthrose des Kniegelenkes]	158,5	1,1	29,9
18	I20	Angina pectoris	158,3	1,1	31,0
19	K80	Cholelithiasis	144,3	1,0	32,0
20	F43	Reaktionen auf schwere Belastungen und Anpassungsstörungen	128,2	0,9	32,9
		keiner Diagnose zuordenbar	1,2	0,0	0,0

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil II: Diagnosen / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

● Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten

Tabelle 3.2.28:
Arbeits- und Wegeunfälle in Berlin und in der Bundesrepublik Deutschland 2002 - 2004
- absolut

Indikator 3.31

Jahr	Arbeits- und Wegeunfälle ¹⁾					
	Arbeitsunfälle		Wegeunfälle		insgesamt	
	meldepflichtig	dar. tödlich	meldepflichtig	dar. tödlich	meldepflichtig	dar. tödlich
Berlin						
2002	37.235	27	11.221	15	48.456	42
2003	32.082	18	10.148	15	42.230	33
2004	33.817	21	10.030	11	43.847	32
Bundesrepublik Deutschland						
2002	1.306.772	1.071	223.304	686	1.530.076	1.757
2003	1.142.775	1.029	202.745	695	1.345.520	1.724
2004	1.088.672	949	190.876	575	1.279.548	1.524

¹⁾ Hochrechnung auf Basis der Unfallanzeigen. Tödliche Unfälle werden vollständig erfasst, die anderen aus einer 10 %-Stichprobe hochgerechnet.

(Datenquelle: Bundesregierung Deutschland, Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit)

Tabelle 3.2.29:
Ausgewählte begutachtete Berufskrankheitenvorgänge in Berlin 1994 - 2004
- absolut und je 100.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Indikator 3.32

Jahr	Berufskrankheiten																				
	insgesamt			darunter:																	
				Bandscheiben- bedingte Erkrankungen (2108 - 2110)			Lärmschwer- hörigkeit (2301)			Silikose (4101)			asbestbe- dingte Erkrankungen (4103 - 4105)			obstruktive Atemwegs- erkrankungen (4301 - 4302)			Haut- krankheiten (5101)		
insg.	w	m	insg.	w	m	insg.	w	m	insg.	w	m	insg.	w	m	insg.	w	m				
begutachtete Berufskrankheitenvorgänge																					
1994	1.836	.	.	459	.	.	248	.	.	16	.	.	171	.	.	169	.	.	368	.	.
1995	2.037	.	.	539	.	.	269	.	.	31	.	.	237	.	.	257	.	.	341	.	.
1996	1.898	.	.	551	.	.	278	.	.	22	.	.	213	.	.	239	.	.	294	.	.
1997	2.206	.	.	742	.	.	247	.	.	30	.	.	238	.	.	195	.	.	301	.	.
1998	2.430	.	.	854	.	.	221	.	.	27	.	.	268	.	.	222	.	.	374	.	.
1999	2.590	.	.	829	.	.	227	.	.	25	.	.	330	.	.	308	.	.	380	.	.
2000	2.748	.	.	1.022	.	.	210	.	.	23	.	.	295	.	.	269	.	.	359	.	.
2001	2.259	.	.	688	.	.	211	.	.	13	.	.	296	.	.	225	.	.	384	.	.
2002	1.971	.	.	515	.	.	186	.	.	9	.	.	276	.	.	222	.	.	391	.	.
2003	1.820	530	1.290	470	131	339	232	8	227	16	1	15	265	14	251	141	60	81	348	227	121
2004	1.806	602	1.204	387	129	258	187	10	177	17	1	16	322	18	304	138	51	87	386	259	127
berufsbedingte Erkrankungen																					
1994	984	.	.	159	.	.	178	.	.	9	.	.	111	.	.	67	.	.	262	.	.
1995	1.066	.	.	160	.	.	166	.	.	13	.	.	168	.	.	107	.	.	299	.	.
1996	846	.	.	117	.	.	154	.	.	11	.	.	134	.	.	107	.	.	196	.	.
1997	718	.	.	91	.	.	121	.	.	11	.	.	117	.	.	76	.	.	149	.	.
1998	622	.	.	39	.	.	122	.	.	9	.	.	141	.	.	52	.	.	185	.	.
1999	651	.	.	37	.	.	135	.	.	4	.	.	139	.	.	49	.	.	191	.	.
2000	516	.	.	22	.	.	97	.	.	5	.	.	107	.	.	62	.	.	154	.	.
2001	597	.	.	29	.	.	98	.	.	3	.	.	138	.	.	50	.	.	180	.	.
2002	526	.	.	22	.	.	90	.	.	4	.	.	136	.	.	38	.	.	179	.	.
2003	535	.	.	10	.	.	124	.	.	4	.	.	144	.	.	22	.	.	188	.	.
2004	526	.	.	9	.	.	94	.	.	5	.	.	152	.	.	19	.	.	202	.	.
anerkannte Berufskrankheiten je 100.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte																					
1994	.	.	.	12,3	.	.	13,8	.	.	0,7	.	.	8,6	.	.	5,2	.	.	20,2	.	.
1995	.	.	.	12,9	.	.	13,5	.	.	1,0	.	.	13,5	.	.	8,6	.	.	24,0	.	.
1996	.	.	.	9,9	.	.	13,0	.	.	1,0	.	.	11,3	.	.	9,0	.	.	16,5	.	.
1997	63,1	.	.	7,9	.	.	10,5	.	.	1,0	.	.	10,2	.	.	6,6	.	.	12,9	.	.
1998	54,9	.	.	3,4	.	.	10,8	.	.	0,8	.	.	12,4	.	.	4,6	.	.	16,3	.	.
1999	57,5	.	.	3,2	.	.	11,7	.	.	0,3	.	.	12,1	.	.	4,3	.	.	16,6	.	.
2000	45,3	.	.	1,9	.	.	8,5	.	.	0,4	.	.	9,4	.	.	5,4	.	.	13,5	.	.
2001	53,0	.	.	2,5	.	.	8,6	.	.	0,3	.	.	12,1	.	.	4,4	.	.	15,8	.	.
2002	47,3	.	.	2,0	.	.	8,1	.	.	0,4	.	.	12,2	.	.	3,4	.	.	16,1	.	.
2003	50,2	.	.	0,9	.	.	11,6	.	.	0,4	.	.	13,5	.	.	2,1	.	.	17,6	.	.
2004	50,5	.	.	0,9	.	.	9,0	.	.	0,5	.	.	14,6	.	.	1,8	.	.	19,4	.	.

(Datenquelle: LAGetSi Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

● Medizinische Leistungen zur Rehabilitation

Tabelle 3.2.30:
Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und sonstige Leistungen zur Teilhabe
in Berlin 1994 - 2004
nach Geschlecht
- absolut und je 100.000

Indikator 3.33

Jahr	Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und sonstige Leistungen zur Teilhabe					
	insgesamt			darunter 0 - 64 Jahre		
	weiblich	männlich	insgesamt	weiblich	männlich	insgesamt
absolut						
1994	14.009	12.405	26.414	12.880	11.915	24.795
1995	21.290	15.427	36.717	19.760	14.718	34.478
1996	22.498	16.299	38.797	20.835	15.511	36.346
1997	14.728	11.327	26.055	13.342	10.549	23.891
1998	13.059	10.878	23.937	11.894	10.181	22.075
1999	14.171	11.980	26.151	12.951	11.157	24.108
2000	17.271	13.543	30.814	15.961	12.588	28.549
2001	17.672	13.729	31.401	16.197	12.675	28.872
2002	17.427	14.229	31.656	15.935	13.062	28.997
2003	17.066	14.327	31.393	15.555	13.113	28.668
2004	15.999	12.831	28.830	14.328	11.596	25.924
je 100.000 aktiv Versicherte						
1994	1.899,7	1.497,6	1.687,0	1.748,1	1.446,2	1.588,7
1995	2.959,0	1.928,2	2.416,3	2.748,8	1.848,1	2.275,4
1996	3.192,3	2.046,7	2.584,5	2.958,7	1.952,2	2.425,1
1997	2.131,9	1.443,3	1.765,7	1.933,0	1.346,7	1.621,3
1998	1.936,3	1.413,7	1.657,8	1.765,0	1.325,2	1.530,7
1999	1.987,1	1.521,3	1.742,7	1.819,0	1.420,3	1.609,9
2000	2.393,6	1.717,3	2.040,5	2.215,4	1.600,0	1.894,2
2001	2.458,2	1.767,8	2.099,7	2.256,6	1.636,0	1.934,4
2002	2.430,2	1.841,4	2.124,8	2.226,1	1.694,6	1.950,6
2003	2.412,4	1.885,3	2.139,4	2.203,0	1.730,9	1.958,6
2004	2.282,7	1.716,4	1.990,4	2.048,4	1.556,3	1.794,6
je 100.000 ¹⁾						
1994	774,8	743,2	759,6	872,5	781,4	826,2
1995	1.183,0	923,0	1.057,8	1.342,2	965,8	1.150,8
1996	1.255,7	973,1	1.119,2	1.418,8	1.018,0	1.214,7
1997	829,0	678,9	756,3	914,7	696,7	803,7
1998	742,5	657,1	701,1	822,9	679,4	749,9
1999	811,7	727,2	770,7	903,3	751,5	826,1
2000	992,5	823,8	910,5	1.120,2	855,0	985,4
2001	1.016,1	834,1	927,6	1.141,1	865,6	1.001,2
2002	1.001,1	862,6	933,7	1.125,5	896,0	1.009,1
2003	981,0	867,3	925,6	1.103,9	904,7	1.002,9
2004	921,8	776,8	851,1	1.024,7	806,7	914,2
je 100.000 ²⁾						
1994	726,5	667,0	695,9	774,3	707,5	739,8
1995	1.106,6	825,1	963,0	1.185,6	867,7	1.023,8
1996	1.167,6	865,7	1.013,9	1.248,3	908,2	1.075,4
1997	763,0	604,7	681,1	803,4	617,1	708,6
1998	680,3	579,0	627,4	718,5	595,7	656,0
1999	744,5	639,5	689,1	788,2	656,0	721,1
2000	919,2	726,0	819,0	981,4	746,9	862,7
2001	937,8	737,6	834,5	996,7	757,0	875,3
2002	925,7	763,8	841,7	983,3	783,1	882,1
2003	903,9	766,1	832,4	959,2	786,7	872,1
2004	841,8	686,4	762,4	884,6	700,0	791,5

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

²⁾ Je 100.000 direkt altersstandardisiert an der Eurobev. alt.
 (Datenquelle: VDR / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.30 a:
Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und sonstige Leistungen zur
Teilhabe (Alter 0 - 64 Jahre) in Berlin 1994 - 2004
nach Regionen und Geschlecht
- absolut und je 100.000

Indikator 3.36

Region / Jahr	Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und sonstige Leistungen zur Teilhabe								
	absolut			je 100.000 aktiv Versicherte			je 100.000 ¹⁾		
	weiblich	männlich	insgesamt	weiblich	männlich	insgesamt	weiblich	männlich	insgesamt
Berlin									
1994	12.880	11.915	24.795	1.748,1	1.446,2	1.588,7	872,5	781,4	826,2
1995	19.760	14.718	34.478	2.748,8	1.848,1	2.275,4	1.342,2	965,8	1.150,8
1996	20.835	15.511	36.346	2.958,7	1.952,2	2.425,1	1.418,8	1.018,0	1.214,7
1997	13.342	10.549	23.891	1.933,0	1.346,7	1.621,3	914,7	696,7	803,7
1998	11.894	10.181	22.075	1.765,0	1.325,2	1.530,7	822,9	679,4	749,9
1999	12.951	11.157	24.108	1.819,0	1.420,3	1.609,9	903,3	751,5	826,1
2000	15.961	12.588	28.549	2.215,4	1.600,0	1.894,2	1.120,2	855,0	985,4
2001	16.197	12.675	28.872	2.256,6	1.636,0	1.934,4	1.141,1	865,6	1.001,2
2002	15.935	13.062	28.997	2.226,1	1.694,6	1.950,6	1.125,5	896,0	1.009,1
2003	15.555	13.113	28.668	2.203,0	1.730,9	1.958,6	1.103,9	904,7	1.002,9
2004	14.328	11.596	25.924	2.048,4	1.556,3	1.794,6	1.024,7	806,7	914,2
Berlin-West									
1994	9.779	9.367	19.146	2.379,8	1.930,3	2.136,4	1.080,0	1.001,2	1.040,0
1995	13.911	11.003	24.914	3.453,2	2.352,0	2.861,5	1.535,2	1.178,7	1.354,3
1996	13.675	10.948	24.623	3.443,4	2.345,2	2.850,0	1.507,4	1.172,5	1.337,6
1997	8.402	6.892	15.294	2.150,7	1.505,0	1.802,3	930,5	742,8	835,4
1998	7.241	6.535	13.776	1.895,7	1.458,7	1.659,8	807,0	711,4	758,7
1999	8.007	6.985	14.992	1.955,4	1.526,5	1.729,0	896,8	766,0	830,7
2000	9.555	7.928	17.483	2.314,8	1.740,8	2.013,7	1.075,4	876,6	975,2
2001	9.709	7.744	17.453	2.368,7	1.732,6	2.036,9	.	.	.
2002	9.460	7.944	17.404	2.321,3	1.795,5	2.047,6	.	.	.
2003	9.248	7.931	17.179	2.306,1	1.831,6	2.059,8	.	.	.
2004	8.658	7.085	15.743	2.179,5	1.661,4	1.911,3	.	.	.
Berlin-Ost									
1994	3.101	2.548	5.649	951,5	752,4	850,1	543,3	432,4	487,0
1995	5.849	3.715	9.564	1.850,9	1.130,7	1.483,8	1.033,2	629,3	827,0
1996	7.160	4.563	11.723	2.331,8	1.392,3	1.846,8	1.275,5	773,5	1.018,3
1997	4.940	3.657	8.597	1.649,1	1.123,8	1.375,6	889,0	623,7	752,8
1998	4.653	3.646	8.299	1.593,9	1.138,5	1.355,7	848,9	628,7	735,7
1999	4.944	4.172	9.116	1.634,5	1.272,2	1.446,0	914,1	728,3	818,5
2000	6.406	4.660	11.066	2.082,1	1.406,4	1.731,7	1.194,2	820,5	1.002,0
2001	6.488	4.931	11.419	2.107,3	1.504,2	1.796,2	.	.	.
2002	6.475	5.118	11.593	2.100,3	1.558,8	1.821,0	.	.	.
2003	6.307	5.182	11.489	2.067,4	1.596,4	1.824,6	.	.	.
2004	5.670	4.511	10.181	1.876,2	1.415,8	1.639,9	.	.	.

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

(Datenquelle: VDR / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.31:
Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und sonstige Leistungen zur
Teilhabe (Alter 0 - 64 Jahre) in Berlin 2001 - 2004
nach ausgewählten Altersgruppen und Geschlecht
- absolut und je 100.000

Indikator 3.34

Jahr / Alter in Jahren	Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und sonstige Leistungen zur Teilhabe								
	absolut			je 100.000 aktiv Versicherte			je 100.000 ¹⁾		
	weiblich	männlich	insgesamt	weiblich	männlich	insgesamt	weiblich	männlich	insgesamt
2001									
0 - 19	19	15	34	69,0	49,0	58,5	6,2	4,6	5,4
20 - 24	166	140	306	224,8	177,7	200,5	153,7	132,4	143,2
25 - 29	312	268	580	428,1	335,8	379,8	273,1	229,3	250,9
30 - 34	810	734	1.544	885,2	708,0	791,1	568,1	478,4	521,6
35 - 39	1.656	1.332	2.988	1.543,8	1.124,9	1.324,0	1.046,2	772,9	903,7
40 - 44	2.131	1.557	3.688	2.335,9	1.615,5	1.965,8	1.653,4	1.120,4	1.376,9
45 - 49	2.536	1.821	4.357	3.130,4	2.266,5	2.700,2	2.165,5	1.539,7	1.851,0
50 - 54	3.307	2.355	5.662	4.292,1	3.162,8	3.737,1	3.011,0	2.180,0	2.599,0
55 - 59	3.764	2.726	6.490	5.606,2	3.965,8	4.776,3	3.379,0	2.431,7	2.903,9
60 - 64	1.496	1.727	3.223	5.280,1	3.964,1	4.482,7	1.231,0	1.496,4	1.360,3
insgesamt	16.197	12.675	28.872	2.256,6	1.636,0	1.934,4	1.141,1	865,6	1.001,2
insgesamt²⁾	x	x	x	x	x	x	996,7	757,0	875,3
2002									
0 - 19	13	21	34	50,7	76,2	63,9	4,3	6,6	5,5
20 - 24	199	158	357	266,9	200,2	232,6	177,6	144,9	161,5
25 - 29	316	336	652	423,9	413,6	418,5	274,9	288,1	281,5
30 - 34	792	746	1.538	912,4	759,9	831,5	582,0	508,5	543,9
35 - 39	1.689	1.365	3.054	1.601,8	1.182,9	1.382,9	1.070,6	798,8	929,2
40 - 44	2.255	1.800	4.055	2.358,1	1.782,0	2.062,2	1.676,7	1.241,4	1.450,9
45 - 49	2.513	1.959	4.472	3.106,5	2.400,5	2.751,9	2.158,3	1.645,5	1.899,0
50 - 54	3.383	2.368	5.751	4.276,4	3.117,4	3.708,6	2.941,2	2.124,9	2.539,5
55 - 59	3.302	2.544	5.846	5.168,7	3.890,3	4.522,1	3.212,2	2.466,2	2.838,6
60 - 64	1.473	1.765	3.238	5.026,8	3.876,0	4.326,6	1.190,3	1.487,7	1.335,8
insgesamt	15.935	13.062	28.997	2.226,1	1.694,6	1.950,6	1.125,5	896,0	1.009,1
insgesamt²⁾	x	x	x	x	x	x	983,3	783,1	882,1
2003									
0 - 19	16	12	28	70,5	48,9	59,3	5,4	3,9	4,6
20 - 24	167	226	393	229,9	294,0	262,9	145,8	203,5	174,2
25 - 29	352	350	702	466,8	429,9	447,6	299,8	295,2	297,5
30 - 34	692	690	1.382	861,0	755,5	804,9	537,0	498,0	516,8
35 - 39	1.565	1.407	2.972	1.537,0	1.261,8	1.393,1	1.014,3	843,8	925,8
40 - 44	2.369	1.969	4.338	2.376,1	1.869,9	2.116,1	1.680,0	1.295,9	1.480,8
45 - 49	2.560	1.967	4.527	3.161,5	2.401,9	2.779,6	2.197,3	1.631,2	1.909,4
50 - 54	3.253	2.341	5.594	4.088,8	3.082,7	3.597,5	2.783,4	2.079,7	2.438,2
55 - 59	2.980	2.393	5.373	4.909,0	3.885,2	4.393,4	3.022,7	2.434,6	2.729,1
60 - 64	1.601	1.758	3.359	4.967,7	3.725,0	4.229,3	1.294,0	1.472,4	1.381,6
insgesamt	15.555	13.113	28.668	2.203,0	1.730,9	1.958,6	1.103,9	904,7	1.002,9
insgesamt²⁾	x	x	x	x	x	x	959,2	786,7	872,1
2004									
0 - 19	13	14	27	58,9	59,3	59,1	4,5	4,6	4,5
20 - 24	148	173	321	205,2	230,7	218,2	128,8	155,8	142,1
25 - 29	328	315	643	422,4	381,4	401,2	272,8	260,1	266,4
30 - 34	598	584	1.182	795,3	685,0	736,7	488,9	446,7	467,1
35 - 39	1.411	1.174	2.585	1.470,2	1.111,6	1.282,4	948,8	729,7	835,0
40 - 44	2.131	1.666	3.797	2.090,2	1.558,3	1.817,9	1.452,7	1.054,7	1.246,3
45 - 49	2.325	1.837	4.162	2.828,2	2.191,7	2.506,9	1.970,5	1.490,4	1.725,2
50 - 54	3.035	2.139	5.174	3.855,2	2.843,5	3.360,9	2.594,4	1.896,7	2.251,9
55 - 59	2.730	2.082	4.812	4.548,8	3.475,3	4.012,5	2.839,0	2.189,2	2.515,9
60 - 64	1.609	1.612	3.221	4.795,1	3.417,4	3.990,0	1.313,7	1.359,5	1.336,2
insgesamt	14.328	11.596	25.924	2.048,4	1.556,3	1.794,6	1.024,7	806,7	914,2
insgesamt²⁾	x	x	x	x	x	x	884,6	700,0	791,5

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

²⁾ Je 100.000 direkt altersstandardisiert an der Eurobev. alt.

(Datenquelle: VDR / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.32:
Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und sonstige Leistungen zur
Teilhabe (Alter 0 - 64 Jahre) in Berlin 2003 und 2004
nach Geschlecht und Hauptdiagnosegruppen
- absolut und je 100.000 aktiv Versicherte

Indikator 3.35

Jahr / ICD-10 Kapitel	Hauptdiagnosegruppen	Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und sonstige Leistungen zur Teilhabe					
		absolut			je 100.000 aktiv Versicherte		
		weibl.	männl.	insg.	weibl.	männl.	insg.
2003							
I	bestimmte infektiöse u. parasitäre Krankheiten	36	42	78	5,1	5,5	5,3
II	Neubildungen	2.542	1.333	3.875	360,0	176,0	264,7
	<i>dar.: bösartige Neubildungen</i>	<i>2.394</i>	<i>1.274</i>	<i>3.668</i>	<i>339,0</i>	<i>168,2</i>	<i>250,6</i>
III	Krankheiten des Blutes und der blutbildenden Organe	21	11	32	3,0	1,5	2,2
IV	endokrine, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten	203	259	462	28,7	34,2	31,6
V	psychische und Verhaltensstörungen	3.391	2.563	5.954	480,2	338,3	406,8
VI	Krankheiten des Nervensystems	302	193	495	42,8	25,5	33,8
VII	Krankheiten des Auges und der Augenanhangsgebilde	16	10	26	2,3	1,3	1,8
VIII	Krankheiten des Ohres und des Warzenfortsatzes	42	27	69	5,9	3,6	4,7
IX	Krankheiten des Kreislaufsystems	833	1.987	2.820	118,0	262,3	192,7
X	Krankheiten des Atmungssystems	371	263	634	52,5	34,7	43,3
XI	Krankheiten des Verdauungssystems	183	181	364	25,9	23,9	24,9
XII	Krankheiten der Haut und Unterhaut	176	115	291	24,9	15,2	19,9
XIII	Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems u. d. Bindegewebes	6.522	5.048	11.570	923,7	666,3	790,5
XIV	Krankheiten des Urogenitalsystems	71	21	92	10,1	2,8	6,3
XV	Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett	1	x	1	0,1	x	0,1
XVI	bestimmte Zustände, die ihren Ursprung in der Perinatalperiode haben	1	-	1	0,1	-	0,1
XVII	angeborene Fehlbildungen, Deformitäten u. Chromosomenanomalien	52	17	69	7,4	2,2	4,7
XVIII	Symptome und abnorme klinische und Laborbefunde, die anderweitig nicht klassifiziert sind	63	35	98	8,9	4,6	6,7
XIX	Verletzungen und Vergiftungen	295	348	643	41,8	45,9	43,9
	insgesamt	15.555	13.113	28.668	2.203,0	1.730,9	1.958,6
2004							
I	bestimmte infektiöse u. parasitäre Krankheiten	32	33	65	4,6	4,4	4,5
II	Neubildungen	2.562	1.294	3.856	366,3	173,7	266,9
	<i>dar.: bösartige Neubildungen</i>	<i>2.390</i>	<i>1.244</i>	<i>3.634</i>	<i>341,7</i>	<i>167,0</i>	<i>251,6</i>
III	Krankheiten des Blutes und der blutbildenden Organe	-	-	-	-	-	-
IV	endokrine, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten	160	199	359	22,9	26,7	24,9
V	psychische und Verhaltensstörungen	3.174	2.345	5.519	453,8	314,7	382,1
VI	Krankheiten des Nervensystems	292	182	474	41,7	24,4	32,8
VII	Krankheiten des Auges und der Augenanhangsgebilde	14	7	21	2,0	0,9	1,5
VIII	Krankheiten des Ohres und des Warzenfortsatzes	32	30	62	4,6	4,0	4,3
IX	Krankheiten des Kreislaufsystems	728	1.758	2.486	104,1	235,9	172,1
X	Krankheiten des Atmungssystems	310	190	500	44,3	25,5	34,6
XI	Krankheiten des Verdauungssystems	139	147	286	19,9	19,7	19,8
XII	Krankheiten der Haut und Unterhaut	149	88	237	21,3	11,8	16,4
XIII	Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems u. d. Bindegewebes	5.711	4.132	9.843	816,5	554,6	681,4
XIV	Krankheiten des Urogenitalsystems	53	30	83	7,6	4,0	5,7
XV	Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett	1	x	1	0,1	x	0,1
XVI	bestimmte Zustände, die ihren Ursprung in der Perinatalperiode haben	-	1	1	-	0,1	0,1
XVII	angeborene Fehlbildungen, Deformitäten u. Chromosomenanomalien	42	27	69	6,0	3,6	4,8
XVIII	Symptome und abnorme klinische und Laborbefunde, die anderweitig nicht klassifiziert sind	74	38	112	10,6	5,1	7,8
XIX	Verletzungen und Vergiftungen	326	396	722	46,6	53,1	50,0
	insgesamt	14.328	11.596	25.924	2.048,4	1.556,3	1.794,6

(Datenquelle: VDR / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

● Rentenzugänge und -bestand wegen verminderter Erwerbsfähigkeit

Tabelle 3.2.33:
Rentenzugänge und -bestand wegen verminderter Erwerbsfähigkeit in Berlin 1994 - 2004
nach Geschlecht
- absolut und je 100.000

Indikator 3.37

Jahr	Rentenzugänge			Rentenbestand		
	wegen verminderter Erwerbsfähigkeit					
	weiblich	männlich	insgesamt	weiblich	männlich	insgesamt
absolut						
1994	6.658	7.279	13.937	43.639	42.058	85.697
1995	6.776	7.769	14.545	45.329	41.448	86.777
1996	7.033	8.180	15.213	49.242	43.542	92.784
1997	6.221	7.376	13.597	49.959	44.230	94.189
1998	5.297	6.364	11.661	50.292	44.847	95.139
1999	4.749	5.655	10.404	49.201	44.267	93.468
2000	4.480	5.190	9.670	48.907	43.769	92.676
2001	4.358	5.014	9.372	48.517	43.542	92.059
2002	3.515	3.886	7.401	47.230	42.330	89.560
2003	3.552	3.905	7.457	45.798	40.832	86.630
2004	3.417	3.783	7.200	43.890	39.051	82.941
je 100.000 aktiv Versicherte						
1994	902,9	878,8	890,1	5.917,9	5.077,6	5.473,4
1995	941,8	971,0	957,2	6.300,1	5.180,5	5.710,6
1996	997,9	1.027,2	1.013,4	6.987,0	5.467,6	6.180,9
1997	900,5	939,9	921,4	7.231,7	5.635,9	6.383,0
1998	785,4	827,0	807,6	7.457,0	5.828,1	6.588,9
1999	665,9	718,1	693,3	6.899,3	5.621,5	6.228,7
2000	620,9	658,1	640,3	6.778,2	5.550,1	6.136,8
2001	606,2	645,6	626,7	6.748,9	5.606,6	6.155,7
2002	490,2	502,9	496,8	6.586,3	5.478,1	6.011,5
2003	502,1	513,9	508,2	6.473,9	5.373,0	5.903,7
2004	487,5	506,1	497,1	6.262,2	5.223,8	5.726,3
je 100.000 der Bevölkerung (Alter: 15 - 64 Jahre)						
1994	548,2	583,0	565,8	3.593,2	3.368,4	3.479,2
1995	557,3	619,9	589,1	3.728,4	3.307,2	3.514,6
1996	577,6	649,9	614,3	4.044,0	3.459,3	3.746,8
1997	512,2	587,2	550,3	4.113,3	3.521,3	3.812,3
1998	438,1	509,5	474,4	4.159,5	3.590,7	3.870,5
1999	394,4	455,1	425,2	4.086,0	3.562,6	3.820,2
2000	373,1	419,8	396,8	4.072,9	3.540,7	3.802,9
2001	363,0	406,4	385,0	4.041,0	3.529,0	3.781,5
2002	292,4	315,2	304,0	3.929,0	3.433,7	3.678,2
2003	295,8	317,5	306,8	3.814,3	3.319,7	3.564,0
2004	285,9	309,2	297,7	3.672,4	3.191,4	3.429,1

(Datenquelle: VDR / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.33 a:
Rentenzugänge wegen verminderter Erwerbsfähigkeit in Berlin 1994 - 2004
nach Regionen und Geschlecht
- absolut und je 100.000 aktiv Versicherte

Indikator 3.40

Jahr	Rentenzugänge wegen verminderter Erwerbsfähigkeit					
	absolut			je 100.000 aktiv Versicherte		
	weiblich	männlich	insgesamt	weiblich	männlich	insgesamt
Berlin						
1994	6.658	7.279	13.937	902,9	878,8	890,1
1995	6.776	7.769	14.545	941,8	971,0	957,2
1996	7.033	8.180	15.213	997,9	1.027,2	1.013,4
1997	6.221	7.376	13.597	900,5	939,9	921,4
1998	5.297	6.364	11.661	785,4	827,0	807,6
1999	4.749	5.655	10.404	665,9	718,1	693,3
2000	4.480	5.190	9.670	620,9	658,1	640,3
2001	4.358	5.014	9.372	606,2	645,6	626,7
2002	3.515	3.886	7.401	490,2	502,9	496,8
2003	3.552	3.905	7.457	502,1	513,9	508,2
2004	3.417	3.783	7.200	487,5	506,1	497,1
Berlin-West						
1994	4.369	4.948	9.317	1.061,7	1.017,5	1.037,8
1995	4.706	5.395	10.101	1.166,4	1.150,7	1.158,0
1996	4.954	5.774	10.728	1.245,7	1.234,4	1.239,6
1997	4.245	4.949	9.194	1.085,1	1.078,8	1.081,7
1998	3.811	4.433	8.244	996,5	987,9	991,8
1999	3.432	3.908	7.340	836,3	851,9	844,5
2000	3.159	3.489	6.648	763,6	764,2	763,9
2001	3.136	3.392	6.528	763,4	756,9	760,0
2002	2.415	2.544	4.959	591,2	573,3	581,9
2003	2.369	2.507	4.876	589,3	577,0	582,9
2004	2.352	2.439	4.791	590,5	569,8	579,8
Berlin-Ost						
1994	2.289	2.331	4.620	702,3	681,6	691,7
1995	2.070	2.374	4.444	655,0	716,7	686,6
1996	2.079	2.406	4.485	677,0	732,2	705,5
1997	1.976	2.427	4.403	659,5	744,4	703,7
1998	1.486	1.931	3.417	508,9	602,0	557,7
1999	1.317	1.747	3.064	435,0	531,5	485,2
2000	1.321	1.701	3.022	429,1	512,3	472,3
2001	1.222	1.622	2.844	396,7	493,8	446,8
2002	1.100	1.342	2.442	356,4	407,9	383,0
2003	1.183	1.398	2.581	387,4	429,5	409,1
2004	1.065	1.344	2.409	352,0	420,7	387,3

(Datenquelle: VDR / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.33 b:

Indikator 3.40

Rentenbestand wegen verminderter Erwerbsfähigkeit in Berlin 1994 - 2004
nach Regionen und Geschlecht
- absolut und je 100.000 aktiv Versicherte

Jahr	Rentenbestand wegen verminderter Erwerbsfähigkeit					
	absolut			je 100.000 aktiv Versicherte		
	weiblich	männlich	insgesamt	weiblich	männlich	insgesamt
Berlin						
1994	43.639	42.058	85.697	5.917,9	5.077,6	5.473,4
1995	45.329	41.448	86.777	6.300,1	5.180,5	5.710,6
1996	49.242	43.542	92.784	6.987,0	5.467,6	6.180,9
1997	49.959	44.230	94.189	7.231,7	5.635,9	6.383,0
1998	50.292	44.847	95.139	7.457,0	5.828,1	6.588,9
1999	49.201	44.267	93.468	6.899,3	5.621,5	6.228,7
2000	48.907	43.769	92.676	6.778,2	5.550,1	6.136,8
2001	48.517	43.542	92.059	6.748,9	5.606,6	6.155,7
2002	47.230	42.330	89.560	6.586,3	5.478,1	6.011,5
2003	45.798	40.832	86.630	6.473,9	5.373,0	5.903,7
2004	43.890	39.051	82.941	6.262,2	5.223,8	5.726,3
Berlin-West						
1994	26.906	25.236	52.142	6.538,5	5.189,5	5.807,8
1995	27.658	25.695	53.353	6.855,0	5.480,6	6.116,3
1996	29.915	27.978	57.893	7.522,2	5.981,4	6.689,4
1997	30.493	28.653	59.146	7.794,6	6.246,0	6.958,8
1998	31.309	29.205	60.514	8.186,7	6.508,2	7.280,5
1999	31.114	28.986	60.100	7.581,8	6.318,5	6.915,0
2000	31.335	28.777	60.112	7.574,1	6.302,7	6.907,1
2001	31.457	28.537	59.994	7.657,2	6.367,5	6.984,3
2002	30.810	27.537	58.347	7.542,4	6.205,6	6.846,4
2003	30.108	26.481	56.589	7.489,1	6.094,9	6.765,0
2004	29.037	25.183	54.220	7.290,1	5.883,2	6.561,3
Berlin-Ost						
1994	16.733	16.822	33.555	5.134,2	4.918,5	5.023,8
1995	17.671	15.753	33.424	5.591,7	4.755,7	5.163,9
1996	19.327	15.564	34.891	6.293,8	4.736,3	5.488,7
1997	19.466	15.577	35.043	6.496,8	4.777,5	5.600,8
1998	18.983	15.642	34.625	6.501,3	4.876,6	5.650,8
1999	18.087	15.281	33.368	5.974,2	4.648,7	5.284,2
2000	17.572	14.992	32.564	5.708,4	4.515,2	5.089,2
2001	17.060	15.005	32.065	5.537,7	4.568,4	5.037,5
2002	16.420	14.793	31.213	5.320,7	4.496,8	4.895,6
2003	15.690	14.351	30.041	5.137,4	4.409,3	4.761,8
2004	14.853	13.868	28.721	4.909,0	4.340,5	4.617,0

(Datenquelle: VDR / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.34:
Rentenzugänge wegen verminderter Erwerbsfähigkeit in Berlin 1994 - 2004
nach Altersgruppen und Geschlecht
- absolut und je 100.000 aktiv Versicherte

Indikator 3.38

Geschlecht / Jahr	Rentenzugänge wegen verminderter Erwerbsfähigkeit							
	Alter in Jahren							
	0 - 34	35 - 39	40 - 44	45 - 49	50 - 54	55 - 59	60 u. ä.	insgesamt
absolut								
weiblich								
1994	307	278	505	882	2.145	2.390	149	6.658
1995	311	300	508	857	2.114	2.494	192	6.776
1996	375	342	593	863	1.918	2.760	172	7.033
1997	341	360	503	881	1.616	2.404	116	6.221
1998	277	257	471	818	1.352	2.029	93	5.297
1999	261	277	367	682	1.195	1.891	76	4.749
2000	229	265	392	666	1.117	1.719	92	4.480
2001	234	287	405	704	1.151	1.501	76	4.358
2002	207	280	371	569	954	1.055	79	3.515
2003	192	293	442	571	952	996	106	3.552
2004	212	262	431	581	875	914	142	3.417
männlich								
1994	320	281	442	794	2.072	2.659	708	7.279
1995	333	296	428	806	2.170	2.896	840	7.769
1996	473	364	529	775	2.075	3.120	811	8.180
1997	432	361	531	796	1.689	2.891	676	7.376
1998	340	366	456	740	1.421	2.556	484	6.364
1999	281	307	429	710	1.150	2.338	440	5.655
2000	266	318	406	691	1.052	2.067	390	5.190
2001	270	344	455	647	1.119	1.823	356	5.014
2002	214	253	380	571	914	1.248	306	3.886
2003	222	294	429	580	845	1.202	333	3.905
2004	243	256	455	591	963	1.007	268	3.783
je 100.000 aktiv Versicherte								
weiblich								
1994	108,5	309,8	557,5	1.184,3	2.188,9	2.895,1	775,4	902,9
1995	113,5	328,9	583,6	1.102,4	2.437,3	3.000,3	973,5	941,8
1996	144,0	368,8	703,7	1.042,2	2.502,4	3.152,1	847,7	997,9
1997	134,1	381,0	616,5	1.065,0	2.264,0	2.806,9	560,9	900,5
1998	113,5	264,4	585,6	996,6	2.032,3	2.443,0	443,2	785,4
1999	98,7	265,6	432,6	816,2	1.778,2	2.252,3	307,3	665,9
2000	85,1	247,7	445,1	811,4	1.551,8	2.237,3	348,8	620,9
2001	88,1	267,6	443,9	869,0	1.493,9	2.235,6	258,1	606,2
2002	79,1	265,5	388,0	703,4	1.205,9	1.651,4	258,3	490,2
2003	76,5	287,7	443,3	705,2	1.196,6	1.640,7	315,8	502,1
2004	85,8	273,0	422,7	706,7	1.111,5	1.522,9	406,1	487,5
männlich								
1994	99,9	278,4	481,7	1.032,4	1.969,3	2.988,3	1.606,4	878,8
1995	105,8	286,2	478,5	1.034,8	2.399,8	3.287,5	2.325,4	971,0
1996	155,5	342,5	593,5	927,4	2.538,2	3.288,0	2.218,4	1.027,2
1997	144,1	329,7	602,6	961,9	2.245,5	3.096,5	1.879,3	939,9
1998	116,2	323,6	523,5	903,1	2.053,4	2.834,1	1.364,5	827,0
1999	93,2	261,6	474,3	866,7	1.693,7	2.651,3	1.095,3	718,1
2000	88,4	266,5	433,1	853,1	1.476,8	2.594,2	911,4	658,1
2001	92,2	290,5	472,1	805,3	1.502,8	2.652,1	784,0	645,6
2002	74,9	219,2	376,2	699,7	1.203,2	1.908,5	644,8	502,9
2003	81,0	263,7	407,4	708,2	1.112,7	1.951,6	672,1	513,9
2004	91,2	242,4	425,6	705,1	1.280,2	1.680,9	539,8	506,1

(Datenquelle: VDR / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.34 a:

Indikator 3.38

**Rentenbestand wegen verminderter Erwerbsfähigkeit in Berlin 1994 - 2004
nach Geschlecht und Altersgruppen
- absolut und je 100.000 aktiv Versicherte**

Geschlecht / Jahr	Rentenbestand wegen verminderter Erwerbsfähigkeit							
	Alter in Jahren							
	0 - 34	35 - 39	40 - 44	45 - 49	50 - 54	55 - 59	60 u. ä.	insgesamt
absolut								
weiblich								
1994	1.590	1.260	2.295	3.270	8.572	14.808	11.844	43.639
1995	1.380	1.316	2.270	3.648	8.414	15.843	12.458	45.329
1996	1.824	1.537	2.518	4.274	7.849	17.474	13.766	49.242
1997	1.786	1.681	2.510	4.510	7.693	17.615	14.164	49.959
1998	1.684	1.745	2.543	4.588	7.354	17.399	14.979	50.292
1999	1.417	1.754	2.549	4.449	6.893	16.657	15.482	49.201
2000	1.230	1.845	2.578	4.320	7.112	15.528	16.294	48.907
2001	1.097	1.888	2.659	4.315	7.720	13.764	17.074	48.517
2002	1.012	1.847	2.751	4.184	7.735	12.697	17.004	47.230
2003	888	1.790	2.947	4.137	7.616	11.677	16.743	45.798
2004	799	1.735	3.007	4.246	7.373	10.794	15.936	43.890
männlich								
1994	1.680	1.174	1.642	2.551	6.906	11.779	16.326	42.058
1995	1.408	1.228	1.708	2.702	6.798	12.719	14.885	41.448
1996	2.084	1.533	1.981	3.210	6.552	14.338	13.844	43.542
1997	2.105	1.692	2.174	3.326	6.361	14.977	13.595	44.230
1998	2.015	1.873	2.366	3.447	6.027	15.206	13.913	44.847
1999	1.672	1.917	2.460	3.487	5.723	14.784	14.224	44.267
2000	1.452	2.035	2.591	3.573	5.792	13.710	14.616	43.769
2001	1.331	2.110	2.795	3.727	6.273	12.036	15.270	43.542
2002	1.211	2.088	2.939	3.851	6.118	10.885	15.238	42.330
2003	1.140	1.963	3.150	3.960	5.977	9.882	14.760	40.832
2004	1.094	1.851	3.302	4.120	5.924	9.164	13.596	39.051
je 100.000 aktiv Versicherte								
weiblich								
1994	562,1	1.404,2	2.533,6	4.390,7	8.747,4	17.937,6	61.636,1	5.917,9
1995	503,8	1.442,6	2.607,8	4.692,7	9.700,6	19.059,2	63.164,8	6.300,1
1996	700,3	1.657,3	2.988,2	5.161,7	10.240,7	19.956,1	67.846,2	6.987,0
1997	702,3	1.778,9	3.076,4	5.452,1	10.778,0	20.567,0	68.484,7	7.231,7
1998	689,8	1.795,0	3.161,7	5.589,9	11.054,3	20.949,0	71.386,4	7.457,0
1999	535,6	1.681,7	3.004,9	5.324,6	10.256,8	19.839,7	62.606,7	6.899,3
2000	456,9	1.724,8	2.927,2	5.263,0	9.880,1	20.210,3	61.771,2	6.778,2
2001	412,8	1.760,1	2.914,7	5.326,4	10.019,7	20.500,4	57.982,1	6.748,9
2002	386,9	1.751,6	2.876,8	5.172,1	9.777,6	19.875,1	55.592,2	6.586,3
2003	353,6	1.757,9	2.955,9	5.109,0	9.572,8	19.235,6	49.888,3	6.473,9
2004	323,4	1.807,8	2.949,4	5.164,9	9.365,5	17.985,2	45.578,3	6.262,2
männlich								
1994	524,3	1.162,9	1.789,4	3.317,0	6.563,8	13.237,8	37.042,2	5.077,6
1995	447,5	1.187,2	1.909,4	3.469,1	7.517,9	14.438,5	41.206,4	5.180,5
1996	685,1	1.442,6	2.222,6	3.841,4	8.014,5	15.110,1	37.868,6	5.467,6
1997	702,0	1.545,2	2.467,0	4.019,1	8.456,9	16.041,7	37.794,3	5.635,9
1998	689,0	1.656,0	2.716,1	4.206,5	8.709,2	16.860,5	39.222,5	5.828,1
1999	554,6	1.633,3	2.719,8	4.256,5	8.428,7	16.765,1	35.409,5	5.621,5
2000	482,6	1.705,7	2.764,2	4.411,0	8.130,6	17.207,0	34.156,7	5.550,1
2001	454,5	1.781,9	2.900,0	4.638,7	8.424,7	17.510,0	33.626,2	5.606,6
2002	423,6	1.809,4	2.909,7	4.718,8	8.054,1	16.645,5	32.109,1	5.478,1
2003	415,8	1.760,4	2.991,5	4.835,6	7.870,8	16.044,3	29.792,3	5.373,0
2004	410,6	1.752,7	3.088,6	4.915,6	7.875,3	15.296,8	27.386,4	5.223,8

(Datenquelle: VDR / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.35:
Rentenzugänge wegen verminderter Erwerbsfähigkeit in Berlin 2003 und 2004
nach Hauptdiagnosegruppen und Geschlecht
- absolut und je 100.000 aktiv Versicherte

Indikator 3.39

Jahr / ICD-10 Kapitel	Hauptdiagnosegruppen	Rentenzugänge wegen verminderter Erwerbsfähigkeit					
		absolut			je 100.000 aktiv Versicherte		
		weibl.	männl.	insg.	weibl.	männl.	insg.
2003							
I	bestimmte infektiöse u. parasitäre Krankheiten	29	125	154	4,1	16,4	10,5
II	Neubildungen	518	538	1.056	73,2	70,8	72,0
	<i>dar.: bösartige Neubildungen</i>	505	522	1.027	71,4	68,7	70,0
III	Krankheiten des Blutes und der blutbildenden Organe	3	6	9	0,4	0,8	0,6
IV	endokrine, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten	41	88	129	5,8	11,6	8,8
V	psychische und Verhaltensstörungen	1.578	1.287	2.865	223,1	169,4	195,2
VI	Krankheiten des Nervensystems	232	162	394	32,8	21,3	26,9
VII	Krankheiten des Auges und der Augenanhangsgebilde	34	36	70	4,8	4,7	4,8
VIII	Krankheiten des Ohres und des Warzenfortsatzes	9	17	26	1,3	2,2	1,8
IX	Krankheiten des Kreislaufsystems	246	549	795	34,8	72,2	54,2
X	Krankheiten des Atmungssystems	82	149	231	11,6	19,6	15,7
XI	Krankheiten des Verdauungssystems	79	117	196	11,2	15,4	13,4
XII	Krankheiten der Haut und Unterhaut	20	15	35	2,8	2,0	2,4
XIII	Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems u. d. Bindegewebes	480	540	1.020	67,9	71,1	69,5
XIV	Krankheiten des Urogenitalsystems	34	52	86	4,8	6,8	5,9
XV	Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett	1	-	1	0,1	-	0,1
XVI	bestimmte Zustände, die ihren Ursprung in der Perinatalperiode haben	-	2	2	-	0,3	0,1
XVII	angeborene Fehlbildungen, Deformitäten u. Chromosomenanomalien	6	6	12	0,8	0,8	0,8
XVIII	Symptome und abnorme klinische und Laborbefunde, die anderweitig nicht klassifiziert sind	111	133	244	15,7	17,5	16,6
XIX	Verletzungen und Vergiftungen	46	80	126	6,5	10,5	8,6
	insgesamt	3.552	3.905	7.457	502,1	513,9	508,2
2004							
I	Bestimmte infektiöse u. parasitäre Krankheiten	37	138	175	5,3	18,5	12,1
II	Neubildungen	493	510	1.003	70,3	68,2	69,2
	<i>dar.: bösartige Neubildungen</i>	467	491	958	66,6	65,7	66,1
III	Krankheiten des Blutes und der blutbildenden Organe	-	-	-	-	-	-
IV	Endokrine, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten	50	90	140	7,1	12,0	9,7
V	Psychische und Verhaltensstörungen	1.590	1.344	2.934	226,9	179,8	202,6
VI	Krankheiten des Nervensystems	231	210	441	33,0	28,1	30,4
VII	Krankheiten des Auges und der Augenanhangsgebilde	19	33	52	2,7	4,4	3,6
VIII	Krankheiten des Ohres und des Warzenfortsatzes	6	11	17	0,9	1,5	1,2
IX	Krankheiten des Kreislaufsystems	199	523	722	28,4	70,0	49,8
X	Krankheiten des Atmungssystems	78	136	214	11,1	18,2	14,8
XI	Krankheiten des Verdauungssystems	70	119	189	10,0	15,9	13,0
XII	Krankheiten der Haut und Unterhaut	13	10	23	1,9	1,3	1,6
XIII	Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems u. d. Bindegewebes	444	410	854	63,3	54,8	59,0
XIV	Krankheiten des Urogenitalsystems	21	37	58	3,0	4,9	4,0
XV	Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett	-	-	-	-	-	-
XVI	Bestimmte Zustände, die ihren Ursprung in der Perinatalperiode haben	-	-	-	-	-	-
XVII	Angeborene Fehlbildungen, Deformitäten u. Chromosomenanomalien	9	4	13	1,3	0,5	0,9
XVIII	Symptome und abnorme klinische und Laborbefunde, die anderweitig nicht klassifiziert sind	106	133	239	15,1	17,8	16,5
XIX	Verletzungen und Vergiftungen	39	65	104	5,6	8,7	7,2
	insgesamt	3.417	3.783	7.200	487,5	506,1	497,1

(Datenquelle: VDR / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Krankheiten / Krankheitsgruppen**Gesundheitszustand von Säuglingen und Vorschulkindern**

Tabelle 3.2.36:
Lebendgeborene in Berlin 1999 - 2004
nach Geburtsgewicht
- absolut und je 1.000 Lebendgeborene

Indikator 3.50

Jahr	Lebendgeborene mit einem Geburtsgewicht von ... Gramm										
	< 500	500 - 999	1.000 - 1.499	1.500 - 1.999	2.000 - 2.499	< 2.500	> 2.500	unbekannt	insgesamt	< 1.500	500 - 2.499
absolut											
1999	17	138	207	428	1.221	2.011	27.755	90	29.856	362	1.994
2000	8	124	188	395	1.164	1.879	27.715	101	29.695	320	1.871
2001	12	98	195	354	1.176	1.835	26.734	55	28.624	305	1.823
2002	12	113	182	388	1.251	1.946	26.817	38	28.801	307	1.934
2003	15	113	190	363	1.203	1.884	26.815	24	28.723	318	1.869
2004	17	139	181	364	1.217	1.918	27.505	23	29.446	337	1.901
je 1.000 Lebendgeborene											
1999	0,6	4,6	6,9	14,3	40,9	67,4	929,6	x	1.000,0	12,1	66,8
2000	0,3	4,2	6,3	13,3	39,2	63,3	933,3	x	1.000,0	10,8	63,0
2001	0,4	3,4	6,8	12,4	41,1	64,1	934,0	x	1.000,0	10,7	63,7
2002	0,4	3,9	6,3	13,5	43,4	67,6	931,1	x	1.000,0	10,7	67,2
2003	0,5	3,9	6,6	12,6	41,9	65,6	933,6	x	1.000,0	11,1	65,1
2004	0,6	4,7	6,1	12,4	41,3	65,1	934,1	x	1.000,0	11,4	64,6

(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.37:
Lebendgeborene in Berlin 2003 und 2004
nach Bezirken und Geburtsgewicht
- absolut und je 1.000 Lebendgeborene

Indikator 3.51

Bezirk	Lebendgeborene					
	2003			2004		
	mit einem Geburtsgewicht bis ... Gramm		insgesamt	mit einem Geburtsgewicht bis ... Gramm		insgesamt
	1.499	2.499		1.499	2.499	
absolut						
Mitte	59	264	3.445	54	274	3.540
Friedrichshain-Kreuzberg	36	171	2.809	36	193	2.927
Pankow	20	168	3.230	38	202	3.628
Charlottenburg-Wilmersdorf	26	163	2.425	25	128	2.283
Spandau	18	123	1.714	14	133	1.783
Steglitz-Zehlendorf	17	141	2.115	25	132	2.129
Tempelhof-Schöneberg	31	188	2.719	23	164	2.755
Neukölln	38	212	3.087	35	210	2.986
Treptow-Köpenick	18	135	1.729	18	106	1.799
Marzahn-Hellersdorf	14	98	1.772	24	120	1.827
Lichtenberg	24	113	1.898	21	127	1.939
Reinickendorf	17	108	1.780	24	129	1.850
Berlin	318	1.884	28.723	337	1.918	29.446
je 1.000 Lebendgeborene						
Mitte	17,1	76,6	1.000,0	15,3	77,4	1.000,0
Friedrichshain-Kreuzberg	12,8	60,9	1.000,0	12,3	65,9	1.000,0
Pankow	6,2	52,0	1.000,0	10,5	55,7	1.000,0
Charlottenburg-Wilmersdorf	10,7	67,2	1.000,0	11,0	56,1	1.000,0
Spandau	10,5	71,8	1.000,0	7,9	74,6	1.000,0
Steglitz-Zehlendorf	8,0	66,7	1.000,0	11,7	62,0	1.000,0
Tempelhof-Schöneberg	11,4	69,1	1.000,0	8,3	59,5	1.000,0
Neukölln	12,3	68,7	1.000,0	11,7	70,3	1.000,0
Treptow-Köpenick	10,4	78,1	1.000,0	10,0	58,9	1.000,0
Marzahn-Hellersdorf	7,9	55,3	1.000,0	13,1	65,7	1.000,0
Lichtenberg	12,6	59,5	1.000,0	10,8	65,5	1.000,0
Reinickendorf	9,6	60,7	1.000,0	13,0	69,7	1.000,0
Berlin	11,1	65,6	1.000,0	11,4	65,1	1.000,0

(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.38:
Bei Geborenen festgestellte Fehlbildungen (Ereignisprinzip) in Berlin 2003 und 2004
nach Art der Fehlbildung

Indikator 3.52

Art der Fehlbildung	Festgestellte Fehlbildungen					
	bei Lebend- geborenen		bei Tot- gebo- renen	bei Lebend- geborenen		bei Tot- gebo- renen
	ab- solut	je 100.000 Lebend- geborene 1)		ab- solut	je 100.000 Lebend- geborene 1)	
	2003			2004		
Fehlbildungen ohne Fehlbildungen der Gliedmaßen						
Acephalus bzw. Anencephalus	7	22,4	1	1	3,1	4
Mikrocephalus	9	28,8	3	5	15,5	3
Hydrocephalus	7	22,4	16	6	18,6	7
Turmschädel	2	6,4	-	6	18,6	1
Down-Syndrom	24	76,7	7	25	77,7	14
Teratome	2	6,4	2	-	0,0	1
Choristome	-	0,0	-	-	0,0	-
Herzfehler	274	876,0	20	183	568,5	26
Spaltbildungen des Gesichts	32	102,3	-	42	130,5	1
Spaltbildungen des Rumpfes	14	44,8	1	21	65,2	4
Spaltbildungen der Wirbelsäule	8	25,6	5	3	9,3	7
Augenfehlbildungen	3	9,6	-	3	9,3	-
Ohrfehlbildungen	14	44,8	-	27	83,9	-
Schiefhals	6	19,2	-	23	71,4	-
Oesophagusatresie	5	16,0	-	8	24,9	1
Analatresie	7	22,4	-	5	15,5	-
Hypospadie	39	124,7	-	41	127,4	-
sonstige Fehlbildungen	217	693,7	12	114	354,1	30
darunter urogenitale Fehlbildungen (außer Hypospadien)	76	243,0	8	62	192,6	6
Fehlbildungen der Gliedmaßen						
fehlende Gliedmaßen und Phokomelien (*)	4	12,8	-	6	18,6	-
Handfehlbildungen, die nicht unter (*) fallen, z.B. Syndaktole, überzählige Finger, Spalthand, Klumphand usw.	19	60,7	-	23	71,4	-
Fußfehlbildungen, die nicht unter (*) fallen, z.B. Syndaktole, überzählige Zehen, Spaltfuß, Klumpfuß usw.	52	166,2	-	36	111,8	-
Hüftgelenkluxation	34	108,7	-	24	74,6	-
partielle Wachstumsstörungen, z.B. Hypoplasien, Radiusplasien	1	3,2	2	1	3,1	1
sonstige Fehlbildungen	6	19,2	2	3	9,3	2
sonstige Schäden						
Spastizität	4	12,8	-	1	3,1	-
schlafte Lähmungen, z.B. Erb'sche Lähmung	8	25,6	-	11	34,2	-
festgestellte Fehlbildungen insgesamt	798	2.551,2	71	618	1.919,7	102
Lebendgeborene mit Fehlbildungen insgesamt	653	2.087,6	69	556	1.727,1	100

¹⁾ Lebendgeborene: 2003: n = 31.280 , 2004: n = 32.192.

(Datenquelle: SenGesSozV Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Indikator 3.53

Tabelle 3.2.39:
Säuglingssterblichkeit in Berlin 1991 - 2004
 nach Früh-, Spät- und Postneonatalsterblichkeit sowie Neonatalsterblichkeit
 - absolut und je 1.000 Lebendgeborene

Jahr	Gestorbene im 1. Lebensjahr													
	Lebendgeborene insgesamt	absolut	je 1.000 Lebendgeborene		davon im Alter von ... bis ...									
			Deutsche	Ausländer	insgesamt ¹⁾		0 bis 6 Tagen (frühe Neonatalsterblichkeit)		7 bis 27 Tagen (späte Neonatalsterblichkeit)		28 bis 364 Tagen (Postneonatalsterblichkeit)		0 bis 27 Tagen (Neonatalsterblichkeit)	
					absolut	je 1.000 Lebendgeborene	absolut	je 1.000 Lebendgeborene	absolut	je 1.000 Lebendgeborene	absolut	je 1.000 Lebendgeborene	absolut	je 1.000 Lebendgeborene
1991	30.562	225	7,2	8,3	7,1	89	2,9	37	1,2	99	3,2	126	4,1	
1992	29.667	188	5,6	9,1	6,3	75	2,5	18	0,6	95	3,2	93	3,1	
1993	28.724	165	5,5	6,7	5,7	59	2,1	25	0,9	81	2,8	84	2,9	
1994	28.503	154	5,4	5,5	5,4	57	2,0	25	0,9	72	2,5	82	2,9	
1995	28.648	159	5,7	4,8	5,6	80	2,8	14	0,5	65	2,3	94	3,3	
1996	29.905	159	5,6	4,3	5,3	68	2,3	14	0,5	77	2,6	82	2,7	
1997	30.369	134	4,6	3,5	4,4	44	1,4	13	0,4	77	2,5	57	1,9	
1998	29.612	130	4,2	5,0	4,4	64	2,2	16	0,5	50	1,7	80	2,7	
1999	29.856	132	4,8	2,6	4,4	54	1,8	15	0,5	63	2,1	69	2,3	
2000	29.695	109	3,1	8,4	3,7	45	1,5	16	0,5	48	1,6	61	2,1	
2001	28.624	98	3,2	5,4	3,4	41	1,4	10	0,3	47	1,6	51	1,8	
2002	28.801	95	2,8	9,4	3,3	45	1,6	11	0,4	39	1,4	56	1,8	
2003	28.723	112	3,7	6,7	3,9	54	1,9	16	0,6	42	1,5	70	2,4	
2004	29.446	114	3,5	8,2	3,9	59	2,0	13	0,4	42	1,4	72	2,4	

¹⁾ Von StaLa Berlin berechnet nach der Methode Rahts.
 (Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.40:
Gestorbene im 1. Lebensjahr in Berlin 1993 - 2004 (jeweils drei Jahre zusammengefasst)
nach Bezirken
- absolut und je 1.000 Lebendgeborene

Indikator 3.54

Bezirk	Gestorbene im ersten Lebensjahr									
	1993 bis 1995	1994 bis 1996	1995 bis 1997	1996 bis 1998	1997 bis 1999	1998 bis 2000	1999 bis 2001	2000 bis 2002	2001 bis 2003	2002 bis 2004
absolut										
Mitte	66	64	56	53	44	56	54	59	57	60
Friedrichshain-Kreuzberg	63	54	52	55	55	45	41	31	31	29
Pankow	29	33	31	29	29	30	31	27	27	30
Charlottenburg-Wilmersdorf	47	50	42	33	23	26	26	30	32	28
Spandau	30	28	23	27	30	40	29	20	14	15
Steglitz-Zehlendorf	37	34	36	34	26	18	14	15	15	21
Tempelhof-Schöneberg	43	49	47	42	32	24	23	19	24	20
Neukölln	60	65	69	69	65	56	47	45	45	47
Treptow-Köpenick	11	7	9	9	9	8	7	8	13	16
Marzahn-Hellersdorf	34	29	32	26	32	25	21	16	15	14
Lichtenberg	23	24	16	16	18	18	21	15	17	18
Reinickendorf	35	35	39	30	33	25	25	17	15	23
Berlin	478	472	452	423	396	371	339	302	305	321
je 1.000 Lebendgeborene										
Mitte	6,2	6,0	5,2	4,9	4,1	5,3	5,2	5,7	5,5	5,7
Friedrichshain-Kreuzberg	7,2	6,1	5,8	6,2	6,3	5,2	4,8	3,7	3,8	3,4
Pankow	4,9	5,1	4,4	3,8	3,5	3,4	3,4	2,9	2,8	3,0
Charlottenburg-Wilmersdorf	5,7	6,1	5,1	4,0	2,9	3,4	3,5	4,1	4,4	3,9
Spandau	5,2	4,8	3,9	4,6	5,2	7,0	5,2	3,7	2,7	2,8
Steglitz-Zehlendorf	5,2	4,8	5,0	4,7	3,7	2,6	2,1	2,3	2,3	3,3
Tempelhof-Schöneberg	4,5	5,1	4,9	4,4	3,4	2,6	2,6	2,2	2,8	2,4
Neukölln	6,0	6,5	6,7	6,8	6,4	5,6	4,8	4,8	4,9	5,2
Treptow-Köpenick	3,4	1,9	2,3	2,1	2,0	1,7	1,4	1,6	2,5	3,1
Marzahn-Hellersdorf	6,2	5,4	5,9	4,8	5,9	4,6	3,9	3,0	2,9	2,6
Lichtenberg	5,0	4,9	3,1	3,0	3,3	3,3	3,8	2,7	3,0	3,1
Reinickendorf	5,6	5,5	6,1	4,7	5,2	4,1	4,2	3,0	2,7	4,2
Berlin	5,6	5,4	5,1	4,7	4,4	4,2	3,8	3,5	3,5	3,7

(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.41:
Perinatale Sterblichkeit in Berlin 1991 - 2004
- absolut und je 1.000 Geborene

Indikator 3.55

Jahr	Lebendgeborene		Totgeborene		Geborene		Gestorbene < 7 Tagen	
	insgesamt	darunter 500 - 999 g	insgesamt	darunter 500 - 999 g	insgesamt	darunter 500 - 999 g	insgesamt	darunter 500 - 999 g
1991	30.562	.	82	.	30.644	.	89	.
1992	29.667	89	77	.	29.744	.	75	.
1993	28.724	89	79	.	28.803	.	59	.
1994 ¹⁾	28.503	106	105	19	28.608	125	57	.
1995	28.648	88	127	50	28.775	138	80	.
1996	29.905	105	163	65	30.068	170	68	.
1997	30.369	108	171	60	30.540	168	44	.
1998	29.612	129	146	51	29.758	180	64	.
1999	29.856	138	166	73	30.022	211	54	.
2000	29.695	124	162	69	29.857	193	45	.
2001	28.624	98	118	59	28.742	157	41	.
2002	28.801	113	131	37	28.932	150	45	.
2003	28.723	113	128	50	28.851	163	54	.
2004	29.446	139	156	33	29.602	172	59	.

Jahr	Gestorbene < 7 Tagen		Totgeborene		Perinatale Sterbefälle	
	insgesamt	je 1.000 Lebend- geborene	insgesamt	je 1.000 Geborene	insgesamt	je 1.000 Geborene
1991	89	2,9	82	2,7	171	5,6
1992	75	2,5	77	2,6	152	5,1
1993	59	2,1	79	2,7	138	4,8
1994 ¹⁾	57	2,0	105	3,7	162	5,7
1995	80	2,8	127	4,4	207	7,2
1996	68	2,3	163	5,4	231	7,7
1997	44	1,4	171	5,6	215	7,0
1998	64	2,2	146	4,9	210	7,1
1999	54	1,8	166	5,5	220	7,3
2000	45	1,5	162	5,4	207	6,9
2001	41	1,4	118	4,1	159	5,5
2002	45	1,6	131	4,5	176	6,1
2003	54	1,9	128	4,4	182	6,3
2004	59	2,0	156	5,3	215	7,3

¹⁾ Seit der Personenstandsgesetzänderung am 01.04.1994 zusätzliche Zählung der Totgeborenen mit einem Geburtsgewicht von 500 - 999 Gramm.

(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.42:
Perinatale Sterblichkeit in Berlin 1993 - 2004 (jeweils drei Jahre zusammengefasst)
nach Bezirken
- absolut und je 1.000 Geborene

Indikator 3.55

Bezirk	Perinatale Sterbefälle									
	1993 bis 1995	1994 bis 1996	1995 bis 1997	1996 bis 1998	1997 bis 1999	1998 bis 2000	1999 bis 2001	2000 bis 2002	2001 bis 2003	2002 bis 2004
absolut										
Mitte	65	78	91	86	81	96	94	87	69	71
Friedrichshain-Kreuzberg	64	63	78	83	84	73	72	59	62	57
Pankow	32	42	41	45	58	70	68	59	56	66
Charlottenburg-Wilmersdorf	40	53	61	63	51	48	43	47	47	47
Spandau	37	46	41	54	53	49	34	26	24	28
Steglitz-Zehlendorf	33	37	40	42	37	41	39	38	25	36
Tempelhof-Schöneberg	66	72	76	70	63	46	44	48	51	44
Neukölln	64	86	84	75	75	76	71	66	72	73
Treptow-Köpenick	13	14	17	22	25	26	20	20	23	33
Marzahn-Hellersdorf	40	42	48	44	46	45	35	34	22	24
Lichtenberg	22	26	31	28	34	36	37	33	35	52
Reinickendorf	31	41	45	44	38	31	29	25	31	42
Berlin	507	600	653	656	645	637	586	542	517	573
je 1.000 Geborene										
Mitte	6,1	7,2	8,4	7,9	7,6	9,1	9,0	8,3	6,6	6,8
Friedrichshain-Kreuzberg	7,3	7,1	8,7	9,3	9,5	8,4	8,4	7,0	7,5	6,7
Pankow	5,4	6,5	5,7	5,8	6,9	7,9	7,4	6,2	5,8	6,5
Charlottenburg-Wilmersdorf	4,8	6,4	7,4	7,6	6,3	6,2	5,8	6,4	6,5	6,6
Spandau	6,4	7,8	6,9	9,1	9,1	8,5	6,1	4,7	4,5	5,3
Steglitz-Zehlendorf	4,6	5,2	5,6	5,8	5,2	6,0	5,9	5,8	3,9	5,6
Tempelhof-Schöneberg	6,9	7,5	7,9	7,3	6,7	5,0	4,9	5,5	6,0	5,3
Neukölln	6,3	8,5	8,2	7,4	7,4	7,6	7,3	7,1	7,9	8,0
Treptow-Köpenick	4,0	3,9	4,3	5,1	5,5	5,4	4,0	3,9	4,5	6,3
Marzahn-Hellersdorf	7,2	7,8	8,8	8,1	8,4	8,2	6,4	6,3	4,2	4,5
Lichtenberg	4,8	5,3	5,9	5,2	6,2	6,5	6,7	5,9	6,2	8,9
Reinickendorf	4,9	6,4	7,0	6,8	6,0	5,1	4,9	4,4	5,6	7,7
Berlin	5,9	6,9	7,3	7,3	7,1	7,1	6,6	6,2	6,0	6,6

(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.43:
Säuglings- und Perinatalsterblichkeit in Deutschland 1994 - 2004
nach Ländern
- je 1.000 Lebendgeborene / Geborene

Bundesland	Sterberaten										
	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Säuglingssterblichkeit je 1.000 Lebendgeborene											
Baden-Württemberg	5,1	4,7	4,6	4,2	4,2	4,3	3,9	3,7	3,4	3,4	2,8
Bayern	5,4	5,0	4,4	4,5	4,3	4,2	3,9	4,1	3,9	3,8	3,4
Berlin	5,4	5,6	5,3	4,4	4,4	4,4	3,7	3,2	3,3	3,9	3,9
Brandenburg	5,6	4,9	5,9	4,9	4,0	3,4	3,7	3,4	4,3	3,4	4,2
Bremen	6,7	5,6	6,0	6,2	4,7	3,1	8,2	6,0	6,0	3,6	4,2
Hamburg	5,3	4,9	6,2	5,9	4,2	4,5	4,5	4,1	3,5	3,6	3,9
Hessen	5,4	4,6	4,8	4,5	4,8	4,5	4,3	4,1	4,3	4,0	4,4
Mecklenburg-Vorpommern	7,4	4,6	5,1	5,7	5,1	4,9	4,4	2,8	4,3	3,2	4,5
Niedersachsen	5,5	5,7	5,0	4,8	4,9	5,3	4,9	5,0	4,7	5,0	4,4
Nordrhein-Westfalen	5,9	5,8	5,2	5,5	5,1	4,8	4,9	5,0	4,8	5,1	5,0
Rheinland-Pfalz	5,4	5,5	5,0	5,2	4,3	4,6	5,1	4,3	4,6	4,9	4,2
Saarland	5,5	6,4	5,9	6,3	4,6	5,6	4,3	5,4	4,7	6,2	4,2
Sachsen	5,9	5,7	5,6	4,5	4,5	4,2	3,7	3,4	3,2	3,6	3,4
Sachsen-Anhalt	6,4	6,2	5,8	5,1	5,3	3,9	4,2	4,0	4,9	4,3	4,0
Schleswig-Holstein	5,0	4,6	4,9	4,9	4,6	3,5	4,2	4,7	4,3	4,0	4,1
Thüringen	6,7	5,8	5,3	5,3	6,3	5,2	4,2	4,2	4,1	4,2	4,6
Deutschland	5,6	5,3	5,0	4,8	4,6	4,5	4,4	4,3	4,2	4,2	4,1
Perinatalsterblichkeit je 1.000 Geborene											
Baden-Württemberg	6,4	6,2	6,3	6,2	5,5	5,0	5,7	5,6	5,2	5,0	...
Bayern	6,0	5,8	6,7	6,3	5,8	5,9	5,6	5,5	5,4	5,6	...
Berlin	5,7	7,2	7,7	7,0	7,1	7,3	6,9	5,5	6,1	6,3	7,3
Brandenburg	7,5	7,1	8,1	6,8	7,8	6,6	5,9	5,5	6,1	7,0	...
Bremen	6,7	8,7	6,8	5,0	5,8	5,6	8,4	6,5	6,2	5,4	...
Hamburg	7,0	6,8	6,8	8,0	5,5	6,8	6,8	6,8	4,1	5,2	...
Hessen	6,3	6,2	6,5	6,5	5,6	6,1	5,9	6,3	5,9	5,7	...
Mecklenburg-Vorpommern	7,5	7,9	7,3	7,8	7,2	7,6	7,0	7,5	5,3	5,8	...
Niedersachsen	6,1	6,4	6,6	5,9	6,0	6,8	6,6	6,4	6,5	6,5	...
Nordrhein-Westfalen	6,5	7,7	7,0	7,0	6,6	6,4	6,2	6,3	6,4	6,3	...
Rheinland-Pfalz	6,8	7,3	6,2	5,4	6,1	6,7	6,4	5,4	5,5	6,2	...
Saarland	7,1	7,3	7,1	6,7	6,7	7,4	6,5	6,3	6,3	7,2	...
Sachsen	7,0	7,4	7,1	6,9	6,7	6,4	4,7	4,7	4,7	5,2	...
Sachsen-Anhalt	8,1	7,5	8,6	6,1	7,1	6,7	6,3	6,2	6,7	6,9	...
Schleswig-Holstein	6,1	6,6	7,0	6,6	6,0	5,6	5,8	6,6	5,9	6,0	...
Thüringen	7,7	8,4	6,5	7,0	7,1	6,5	6,8	5,4	6,6	6,4	...
Deutschland	6,4	6,8	6,8	6,5	6,2	6,2	6,1	5,9	5,8	5,9	5,9

(Datenquelle: StBA)

Tabelle 3.2.44:
Häufigste Todesursachen bei Säuglingen (darunter Plötzlicher Kindstod) in Berlin 2004
nach Geschlecht

Indikator 3.56

Geschlecht / Rang	ICD-10 Nrn.	Todesursache	Fälle insgesamt	Anteil in %
weiblich				
1	P07	kurze Schwangerschaft, niedriges Geburtsgewicht	22	45,8
2	R95	<i>Plötzlicher Kindstod</i>	4	8,3
2	P29	kardiovaskuläre Krankheiten mit Ursprung in der Perinatalzeit	4	8,3
2	Q20-Q28	angeborene Herzfehler	4	8,3
5	P28	sonstige Störungen der Atmung mit Ursprung in der Perinatalzeit	2	4,2
		sonstige Todesursachen	12	25,0
insgesamt	A 00 - T 98	alle Todesursachen	48	100,0
männlich				
1	P07	kurze Schwangerschaft, niedriges Geburtsgewicht	24	36,4
2	R99	sonstige ungenau oder n.n.bez. Todesursachen	7	10,6
2	Q20-Q28	angeborene Herzfehler	7	10,6
4	R95	<i>Plötzlicher Kindstod</i>	4	6,1
5	R98	Tod ohne Anwesenheit anderer Personen	2	3,0
		sonstige Todesursachen	22	33,3
insgesamt	A 00 - T 98	alle Todesursachen	66	100,0

(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.44 a:
Plötzlicher Kindstod (Sudden infant death syndrome (SIDS)) in Berlin 1992 - 2004
nach Geschlecht
- absolut und je 1.000 Lebendgeborene

Indikator 3.56

Jahr	Sterbefälle an SIDS					
	absolut			je 1.000 Lebendgeborene		
	weiblich	männlich	insgesamt	weiblich	männlich	insgesamt
1992	12	18	30	0,8	1,2	1,0
1993	14	19	33	1,0	1,3	1,1
1994	7	13	20	0,5	0,9	0,7
1995	13	18	31	0,9	1,2	1,1
1996	9	11	20	0,6	0,7	0,7
1997	16	15	31	1,1	1,0	1,0
1998	2	13	15	0,1	0,9	0,5
1999	14	8	22	1,0	0,5	0,7
2000	3	12	15	0,2	0,8	0,5
2001	5	10	15	0,4	0,7	0,5
2002	4	8	12	0,3	0,5	0,4
2003	5	11	16	0,4	0,7	0,6
2004	4	4	8	0,3	0,3	0,3

(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Indikator 3.57

Tabelle 3.2.45:
Ausgewählte (gesundheitliche und soziale) Indikatoren bei den Einschulungsuntersuchungen
(nur Einschüler/innen) in Berlin 2002 - 2004
nach Geschlecht

Gesundheits-/Sozialindikator ¹⁾	Untersuchte Einschüler/innen											
	2002			2003			2004					
	insgesamt	darunter: Untersuchte mit Angaben	darunter: Befunden mit Angaben (in %)	insgesamt	darunter: Untersuchte mit Angaben	darunter: Befunden mit Befunden (in %)	insgesamt	darunter: Untersuchte mit Angaben	darunter: Befunden mit Befunden (in %)	insgesamt	darunter: Untersuchte mit Angaben	darunter: Befunden mit Befunden (in %)
weiblich												
kognitive Entwicklungsauffälligkeiten	10.000	9.999	9,0	10.327	10.326	7,3	10.169	10.166	6,0			
Raucher im Haushalt ²⁾	10.000	9.253	49,8	10.327	8.748	55,6	10.169	8.466	54,4			
Adipositas (BMI > 97. Perzentile) ³⁾	10.000	9.964	13,4	10.327	10.283	13,3	10.169	10.132	13,6			
Adipositas (BMI > 97. Perzentile) ⁴⁾	10.000	9.964	4,6	10.327	10.283	4,7	10.169	10.132	5,0			
deutliches Defizit der Grobmotorik	10.000	9.917	7,7	10.327	10.224	7,1	10.169	10.091	6,7			
deutliches Defizit der Feinmotorik	10.000	9.897	8,3	10.327	10.203	8,0	10.169	10.037	7,0			
mangelnde Deutschkenntnisse bei Kindern nichtdeutscher Herkunftssprache ⁵⁾	2.627	2.597	36,7	2.815	2.769	40,2	2.766	2.737	41,5			
männlich												
kognitive Entwicklungsauffälligkeiten	10.915	10.910	14,0	11.518	11.516	11,1	11.645	11.644	9,7			
Raucher im Haushalt ²⁾	10.915	10.041	49,2	11.518	9.732	56,0	11.645	9.697	53,4			
Adipositas (BMI > 97. Perzentile) ³⁾	10.915	10.856	11,1	11.518	11.460	11,6	11.645	11.595	11,8			
Adipositas (BMI > 97. Perzentile) ⁴⁾	10.915	10.856	5,0	11.518	11.460	5,4	11.645	11.595	5,6			
deutliches Defizit der Grobmotorik	10.915	10.788	14,6	11.518	11.391	14,7	11.645	11.512	14,1			
deutliches Defizit der Feinmotorik	10.915	10.755	15,8	11.518	11.349	14,7	11.645	11.465	14,0			
mangelnde Deutschkenntnisse bei Kindern nichtdeutscher Herkunftssprache ⁵⁾	2.995	2.974	44,4	3.149	3.122	42,7	3.239	3.203	46,3			

¹⁾ Mehrfachnennungen sind möglich.

²⁾ Ab 2003: Nur Vater oder Mutter.

³⁾ Nach den Grenzwerten der ECOG (Rolland-Cachera).

⁴⁾ Nach den Grenzwerten von Kromeyer-Hauschild.

⁵⁾ Mangelnde Deutschkenntnisse für die Teilnahme am regulären Schulunterricht verschlechtern die Chancen auf die spätere berufliche Zukunft. Der Indikator ist ein Maß für soziale Gesundheit. (Datenquelle: SenGesSozV / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Infektionskrankheiten

Tabelle 3.2.46:
Nach dem Infektionsschutzgesetz meldepflichtige Infektionskrankheiten in Berlin 2001 - 2004
(Stand: 01.03.2005)
nach Geschlecht
- absolut und je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung

Indikator 3.58

Jahr	Gemeldete Erkrankungen / Erreger		
	weiblich	männlich	insgesamt ²⁾
	absolut		
2001	5.519	6.413	11.943
2002 ¹⁾	7.240	6.865	14.112
2003	5.283	6.219	11.516
2004	6.504	6.756	13.280
	je 100.000		
2001	317,3	389,6	352,8
2002 ¹⁾	415,9	416,2	416,2
2003	303,7	376,5	339,6
2004	374,7	409,0	392,0

¹⁾ Die im Vergleich von 2001 zu 2002 zu beobachtende Zunahme der Meldungen insgesamt ist im Wesentlichen auf eine Zunahme von Norovirus- und Rotavirusinfektionen zurückzuführen (vgl. Basisbericht 2002, Tabelle A 3.38 und Basisbericht 2003, Tabelle 3.2.52).

²⁾ Durch fehlende Zuordnung des Geschlechts sind Differenzen in der Summierung möglich.
 (Datenquelle: RKI / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.47:

Indikator 3.59

**Ausgewählte, nach dem Infektionsschutzgesetz meldepflichtige Infektionskrankheiten
in Berlin 2004 (Stand: 01.03.2005 / Fälle entsprechen der Referenzdefinition)
nach Geschlecht
- absolut und je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung**

Infektionskrankheit	ICD-10 ¹⁾ Nrn.	Gemeldete Erkrankungen / Erreger					
		absolut			je 100.000		
		weiblich	männlich	insgesamt	weiblich	männlich	insgesamt
<i>Infektiöse Darmkrankheiten</i>	A 00 - A 09						
darunter:							
Cholera	A 00	-	-	-	-	-	-
Typhus abdominalis	A 01.0	4	4	8	0,2	0,2	0,2
Paratyphus	A 01. 1 - 4	8	5	13	0,5	0,3	0,4
Salmonellose ²⁾	A 02.0, A 02.1	1.053	998	2.051	60,7	60,4	60,5
Shigellose ³⁾	A 03	36	96	132	2,1	5,8	3,9
EHEC ⁴⁾ -Darminfektion ³⁾	A 04.3	10	14	24	0,6	0,8	0,7
E.-coli ⁵⁾ -Enteritis	A 04.0 - A 04.2, A 04.4	82	71	153	4,7	4,3	4,5
Campylopecter-Enteritis	A 04.5	1.288	1.445	2.733	74,2	87,5	80,7
Yersinien-Enteritis ⁶⁾	A 04.6	101	123	224	5,8	7,4	6,6
Botulismus ⁷⁾	A 05.1	-	-	-	-	-	-
Giardiasis	A 07.1	128	222	350	7,4	13,4	10,3
Kryptosporidiose	A 07.2	21	41	62	1,2	2,5	1,8
Rotavirus-Enteritis	A 08.0	772	737	1.509	44,5	44,6	44,5
Norovirus-Gastroenteritis ⁸⁾	A 08.1	2.104	900	3.004	121,2	54,5	88,7
HUS / TTP ⁹⁾	D 59.3, M 31.1	-	-	-	-	-	-
Tuberkulose	A 15 - A 19	155	227	382	8,9	13,7	11,3
Brucellose	A 23	1	3	4	0,1	0,2	0,1
Leptospirose	A 27	2	4	6	0,1	0,2	0,2
Listeriose	A 32, P 37.2	8	7	15	0,5	0,4	0,4
Meningokokkeninfektion ¹⁰⁾	A 39.0 - 2	9	9	18	0,5	0,5	0,5
Haemophilus-Erkrankungen ¹¹⁾	A 41.3, G 00.0	1	2	3	0,1	0,1	0,1
Legionellose	A 48.1, A 48.2	21	33	54	1,2	2,0	1,6
Syphilis ¹²⁾	A 50 - A 53	24	634	660	1,4	38,4	19,5
Ornithose	A 70	-	-	-	-	-	-
Q-Fieber	A 78	-	1	1	-	0,1	0,0
Creutzfeldt-Jakob-Krankheit ¹³⁾	A 81.0	1	-	1	0,1	-	0,0
FSME ¹⁴⁾	A 84.1	1	1	2	0,1	0,1	0,1
Denguefieber ¹⁵⁾	A 90, A 91	3	6	9	0,2	0,4	0,3
Hantavirus-Erkrankungen ¹⁶⁾	A 98.5	1	-	1	0,1	-	0,0
sonstige VHF ¹⁷⁾	A 92.4, A 95, A 96, A 98, A 99	-	-	-	-	-	-
Masern	B 05	5	6	11	0,3	0,4	0,3
akute Virushepatitis	B 15 - B 17	493	702	1.195	28,4	42,5	35,3
davon:							
Hepatitis A	B 15	61	77	138	3,5	4,7	4,1
Hepatitis B	B 16	20	52	72	1,2	3,1	2,1
Hepatitis C	B 17.1	411	571	982	23,7	34,6	29,0
sonstige akute Virushepatitiden ¹⁸⁾		1	2	3	0,1	0,1	0,1
Adenovirus(kerato)-Konjunktivitis	B 30.0, B 30.1	4	32	36	0,2	1,9	1,1
Malaria ¹⁹⁾	B 50 - B 53	23	51	76	1,3	3,1	2,2
Influenza	J 10	77	87	164	4,4	5,3	4,8
Sonstige ²⁰⁾		1	-	1	0,1	-	0,0
insgesamt	x	6.437	6.461	12.902	370,9	391,1	380,9

Durch fehlende Zuordnung des Geschlechts sind Differenzen in der Summierung möglich.

¹⁾ Kodierung ist nicht Bestandteil des Meldesystems.

²⁾ Salmonellenenteritis oder -sepsis, außer durch *Salmonella typhi* oder *paratyphi*.

³⁾ Außer HUS / TTP.

⁴⁾ *Escherichia coli*, enterohämorrhagische Stämme.

⁵⁾ *Escherichia coli*, darmpathogene Stämme, außer EHEC.

⁶⁾ Enteritis durch *Yersinia enterocolitica*.

⁷⁾ Lebensmittelbedingter Botulismus, Säuglings- und Wundbotulismus, durch *Clostridium botulinum* oder Botulinumtoxin.

noch Tabelle 3.2.47:

- ⁸⁾ Ehemals als Norwalk-ähnliche Viren bezeichnet.
- ⁹⁾ Inkomplettes und komplettes hämolytisch-urämisches Syndrom, thrombotisch-thrombozytopenische Purpura.
- ¹⁰⁾ Akute Meningokokkenmeningitis oder -sepsis, inkl. Waterhouse-Friderichsen-Syndrom.
- ¹¹⁾ Haemophilus influenzae-Meningitis oder -Sepsis.
- ¹²⁾ Nur mit Nachweis von Treponema pallidum, nicht namentlich gemeldet.
- ¹³⁾ Außer familiär-hereditäre Formen.
- ¹⁴⁾ Zentraleuropäische Frühsommer- Meningoenzephalitis.
- ¹⁵⁾ Hämorrhagische und nicht-hämorrhagische Verläufe.
- ¹⁶⁾ Infektionen durch Hantavirus mit klinischer Symptomatik.
- ¹⁷⁾ Sonstige hämorrhagische Viruskrankheiten, d.h. virale hämorrhagische Fieber (VHF) und Erkrankungen mit Viren, die typischerweise hämorrhagische Fieber hervorrufen, außer Denguevirus und Hantavirus; darunter: Rifttalfieber (A 92.4), Gelbfieber (A 95), hämorrhagisches Fieber durch Arenaviren (A 96), hämorrhagisches Krimm-Kongo-Fieber (A 98.0), hämorrhagisches Omsk-Fieber (A 98.1), Kyasanur-Wald-Krankheit (A 98.2), Marburg-Viruskrankheit (A 98.3), Ebola-Viruskrankheit (A 98.4).
- ¹⁸⁾ Im einzelnen: Hepatitis D (B 16.0, B 16.1, B 17.0), Hepatitis E (B 17.2), Virushepatitis Non-A-E (B 17.8).
- ¹⁹⁾ Nur mit Nachweis von Plasmodium sp., nicht namentlich gemeldet.
- ²⁰⁾ Sonstige bedeutsame, aber seltene spezifische meldepflichtige Infektionskrankheiten; im einzelnen: Pest (A 20), Tularämie (A 21), Anthrax (A 22), Lepra (A 30), Diphtherie (A 36), Läuserückfallfieber (A 68.0), epidemisches Fleckfieber durch Rickettsia prowazekii (A 75.0), akute Poliomyelitis (A 80), Tollwut (A 82), Echinokokkose (B 67), Trichinellose (B 75), Rötelnembryopathie (P 35.0), angeborene Toxoplasmose (P 37.1), namentlich und nicht namentlich gemeldet.
- (Datenquelle: RKI / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.48:
Erkrankungen an ausgewählten meldepflichtigen übertragbaren Krankheiten in Berlin 1994 - 2004
(Stand: 01.03.2005)
- absolut und je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung

Infektionskrankheit	Gemeldete Erkrankungen ¹⁾										
	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
absolut											
Salmonellose	4.149	3.636	3.468	3.487	3.556	2.787	2.959	2.950	3.206	2.225	2.051
Shigellose	148	156	86	123	116	102	130	151	155	57	132
Typhus abdominalis	12	7	15	13	8	8	5	7	4	3	8
Malaria	78	102	121	109	112	104	106	69	73	66	76
Meningokokkeninfektion	26	24	34	34	35	16	46	42	33	26	18
Hepatitis A	623	798	472	529	342	221	250	211	126	93	138
Hepatitis B	316	301	274	260	190	151	156	91	76	83	72
Hepatitis C	-	-	-	-	-	-	-	90	147	541	982
je 100.000											
Salmonellose	119,3	104,8	100,0	101,2	104,2	82,1	87,4	87,1	94,6	65,6	60,5
Shigellose	4,3	4,5	2,5	3,6	3,4	3,0	3,8	4,5	4,6	1,7	3,9
Typhus abdominalis	0,3	0,2	0,4	0,4	0,2	0,2	0,1	0,2	0,1	0,1	0,2
Malaria	2,2	2,9	3,5	3,2	3,3	3,1	3,1	2,0	2,2	1,9	2,2
Meningokokkeninfektion	0,7	0,7	1,0	1,0	1,0	0,5	1,4	1,2	1,0	0,8	0,5
Hepatitis A	17,9	23,0	13,6	15,4	10,0	6,5	7,4	6,2	3,7	2,7	4,1
Hepatitis B	9,1	8,7	7,9	7,5	5,6	4,4	4,6	2,7	2,2	2,4	2,1
Hepatitis C	-	-	-	-	-	-	-	2,7	4,3	16,0	29,0

¹⁾ Bis 2000 nach dem Bundes-Seuchengesetz, ab 2001 nach dem Infektionsschutzgesetz.
(Datenquelle: StaLa Berlin (bis 2000) / RKI (ab 2001) / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.49:

Ausgewählte, nach dem Infektionsschutzgesetz meldepflichtige übertragbare Krankheiten in Berlin 2004

(Stand: 01.03.2005)

nach Bezirken

- absolut und je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung

Infektionskrankheit	Gemeidete Erkrankungen in ...												
	Berlin ins- gesamt	Mitte	Friedrichs- hain- Kreuzberg	Pankow	Charlot- tenburg- Wilmers- dorf	Spandau	Steglitz- Zehen- dorf	Tempel- hof- Schöne- berg	Neukölln	Treptow- Köpenick	Marzahn- Hellers- dorf	Lichten- berg	Reinicken- dorf
<i>Gastroenteritiden, darunter:</i>													
Salmonellose	2.051	217	130	247	150	143	124	185	142	178	225	161	149
EHEC-Darminfektion	24	1	3	2	-	-	-	3	5	1	-	6	3
Escherichia coli-Enteritis	153	10	10	23	8	4	3	17	18	4	44	5	7
Campylobacter-Enteritis	2.733	233	261	385	262	117	204	290	224	150	205	202	200
Yersinien-Enteritis	224	21	12	28	10	9	13	24	26	16	18	18	29
Shigellose	132	27	9	17	13	1	8	29	15	1	5	2	5
Norovirus-Gastroenteritis	3.004	194	89	315	175	209	505	371	139	164	434	251	158
Rotavirus-Enteritis	1.509	160	87	252	161	38	52	142	100	117	155	202	43
<i>Akute Virushepatitis, darunter:</i>													
Hepatitis A	138	24	13	13	12	11	8	14	20	3	3	10	7
Hepatitis B	72	16	11	10	5	5	2	8	5	-	-	7	3
Hepatitis C	982	258	158	20	81	57	85	107	28	24	26	46	92
Creutzfeldt-Jakob-Krankheit	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-
Influenza	164	15	33	22	10	7	29	9	16	3	1	3	16
Legionellose	54	4	1	3	6	4	8	11	6	1	-	1	9
Listeriose	15	2	1	-	3	1	2	4	-	-	-	1	1
Masern	11	1	-	1	-	-	7	-	2	-	-	-	-
Meningokokkeninfektion	18	3	1	4	1	1	-	3	1	-	3	1	-
Typhus abdominalis	8	2	2	1	-	-	-	2	-	-	-	-	1
Paratyphus	13	-	-	6	1	3	-	2	1	-	-	-	-
insgesamt	11.306	1.188	821	1.349	898	610	1.050	1.221	748	662	1.119	917	723

noch Tabelle 3.2.49:

Infektionskrankheit	Gemeldete Erkrankungen in ...												
	Berlin ins- gesamt	Mitte	Friedrichs- hain- Kreuzberg	Pankow	Charlot- tenburg- Wilmers- dorf	Spandau	Steglitz- Zehlén- dorf	Tempel- hof- Schöne- berg	Neukölln	Treptow- Köpenick	Marzahn- Hellers- dorf	Lichten- berg	Reinicken- dorf
je 100.000													
<i>Gastroenteritiden, darunter:</i>													
Salmonellose	60,5	67,7	50,6	70,7	47,6	63,3	43,0	55,2	46,4	76,0	89,2	62,4	60,6
EHEC-Darminfektion	0,7	0,3	1,2	0,6	-	-	-	0,9	1,6	0,4	-	2,3	1,2
Escherichia coli-Enteritis	4,5	3,1	3,9	6,6	2,5	1,8	1,0	5,1	5,9	1,7	17,4	1,9	2,8
Campylobacter-Enteritis	80,7	72,7	101,5	110,2	83,2	51,8	70,7	86,6	73,2	64,0	81,3	78,3	81,3
Yersinien-Enteritis	6,6	6,6	4,7	8,0	3,2	4,0	4,5	7,2	8,5	6,8	7,1	7,0	11,8
Shigellose	3,9	8,4	3,5	4,9	4,1	0,4	2,8	8,7	4,9	0,4	2,0	0,8	2,0
Norovirus-Gastroenteritis	88,7	60,5	34,6	90,2	55,6	92,6	175,1	110,8	45,4	70,0	172,1	97,3	64,2
Rotavirus-Enteritis	44,5	49,9	33,8	72,2	51,1	16,8	18,0	42,4	32,7	49,9	61,5	78,3	17,5
<i>Akute Virushepatitis, darunter:</i>													
Hepatitis A	4,1	7,5	5,1	3,7	3,8	4,9	2,8	4,2	6,5	1,3	1,2	3,9	2,8
Hepatitis B	2,1	5,0	4,3	2,9	1,6	2,2	0,7	2,4	1,6	-	-	2,7	1,2
Hepatitis C	29,0	80,5	61,4	5,7	25,7	25,2	29,5	31,9	9,2	10,2	10,3	17,8	37,4
Creutzfeldt-Jakob-Krankheit	0,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,4	-
Influenza	4,8	4,7	12,8	6,3	3,2	3,1	10,1	2,7	5,2	1,3	0,4	1,2	6,5
Legionellose	1,6	1,2	0,4	0,9	1,9	1,8	2,8	3,3	2,0	0,4	-	0,4	3,7
Listeriose	0,4	0,6	0,4	-	1,0	0,4	0,7	1,2	-	-	-	0,4	0,4
Masern	0,3	0,3	-	0,3	-	-	2,4	-	0,7	-	-	-	-
Meningokokkeninfektion	0,5	0,9	0,4	1,1	0,3	0,4	-	0,9	0,3	-	1,2	0,4	-
Typhus abdominalis	0,2	0,6	0,8	0,3	-	-	-	0,6	-	-	-	-	0,4
Paratyphus	0,4	-	-	1,7	0,3	1,3	-	0,6	0,3	-	-	-	-
insgesamt	333,8	370,8	319,2	386,3	285,1	270,1	364,0	364,5	244,5	282,6	443,7	355,3	293,9

(Datenquelle: RKI / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.50:

Ausgewählte, nach dem Infektionsschutzgesetz meldepflichtige übertragbare Krankheiten in Berlin 2004 nach Altersgruppen (Stand: 01.03.2005)

- absolut und je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung

Infektionskrankheit	Erkrankungen insgesamt ¹⁾		Alter in Jahren													
	abs.	je 100.000	0		1 - 4		5 - 14		15 - 24		25 - 44		45 - 64		65 und älter	
			abs.	je 100.000	abs.	je 100.000	abs.	je 100.000	abs.	je 100.000	abs.	je 100.000	abs.	je 100.000	abs.	je 100.000
<i>Gastroenteritiden, darunter:</i>																
Salmonellose	2.051	60,5	53	183,2	327	292,1	293	106,1	271	66,6	503	45,4	364	40,3	240	43,5
EHEC-Darminfektion	24	0,7	2	6,9	9	8,0	1	0,4	1	0,2	2	0,2	2	0,2	7	1,3
Escherichia coli-Enteritis	153	4,5	36	124,4	62	55,4	5	1,8	4	1,0	23	2,1	7	0,8	16	2,9
Campylobacter-Enteritis	2.733	80,7	17	58,7	113	100,9	185	67,0	500	122,9	1.105	99,7	550	60,9	263	47,7
Yersinien-Enteritis	224	6,6	6	20,7	64	57,2	49	17,7	21	5,2	33	3,0	29	3,2	22	4,0
Shigellose	132	3,9	1	3,5	13	11,6	11	4,0	9	2,2	74	6,7	23	2,5	1	0,2
Norovirus-Gastroenteritis	3.004	88,7	70	241,9	389	347,5	139	50,3	127	31,2	451	40,7	327	36,2	1.501	272,1
Rotavirus-Enteritis	1.509	44,5	410	1.416,8	578	516,3	59	21,4	24	5,9	108	9,7	74	8,2	256	46,4
<i>Akute Virushepatitis, darunter:</i>																
Hepatitis A	138	4,1	1	3,5	5	4,5	34	12,3	17	4,2	53	4,8	19	2,1	9	1,6
Hepatitis B	72	2,1	-	-	-	-	2	0,7	6	1,5	44	4,0	14	1,5	6	1,1
Hepatitis C	982	29,0	1	3,5	2	1,8	7	2,5	66	16,2	461	41,6	259	28,7	186	33,7
Creutzfeldt-Jakob-Krankheit	1	0,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	0,2
Influenza	164	4,8	4	13,8	34	30,4	56	20,3	27	6,6	27	2,4	13	1,4	3	0,5
Legionellose	54	1,6	-	-	-	-	-	-	-	-	6	0,5	30	3,3	18	3,3
Listeriose	15	0,4	1	3,5	-	-	-	-	-	-	1	0,1	8	0,9	5	0,9
Masern	11	0,3	4	13,8	1	0,9	-	-	2	0,5	4	0,4	-	-	-	-
Meningokokkeninfektion	18	0,5	4	13,8	1	0,9	3	1,1	5	1,2	4	0,4	-	-	1	0,2
Typhus abdominalis	8	0,2	-	-	-	-	-	-	2	0,5	6	0,5	-	-	-	-
Paratyphus	13	0,4	-	-	-	-	2	0,7	5	1,2	6	0,5	-	-	-	-
insgesamt	11.306	333,8	610	2.108,0	1.598	1.427,4	846	306,3	1.087	267,2	2.911	262,6	1.719	190,3	2.535	459,5

¹⁾ Summendifferenzen sind durch fehlende Alterszuordnung möglich.
(Datenquelle: RKI / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.51:

Indikator 3.60

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle, ohne Stundenfälle) infolge infektiöser und parasitärer Krankheiten in Berlin (nur Berliner) 2003 und 2004 nach Altersgruppen und Geschlecht - absolut und je 100.000

Alter in Jahren	Stationäre Behandlungsfälle wegen infektiöser und parasitärer Krankheiten							
	insgesamt (A 00 - B 99)				darunter: infektiöse Darmerkrankungen (A 00 - A 09)			
	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich
	2003		2004		2003		2004	
	absolut							
0	559	628	436	593	435	488	319	447
1 - 4	668	777	635	791	493	572	490	591
5 - 9	206	278	222	242	138	160	152	140
10 - 14	186	215	209	204	122	139	124	127
15 - 19	268	224	249	175	131	102	123	75
20 - 24	232	200	216	202	118	79	104	83
25 - 29	215	197	213	251	103	60	95	89
30 - 34	213	279	191	270	95	69	76	62
35 - 39	227	357	232	339	70	78	72	84
40 - 44	236	318	200	346	80	64	62	59
45 - 49	199	301	203	262	71	64	59	37
50 - 54	270	270	242	311	90	49	70	51
55 - 59	230	289	237	287	73	50	58	57
60 - 64	341	485	344	477	111	105	87	71
65 - 69	438	484	443	480	124	90	112	104
70 - 74	442	383	431	415	117	89	109	81
75 - 79	570	322	498	364	211	81	169	86
80 - 84	685	240	682	260	250	69	223	66
85 - 89	521	143	424	114	209	55	179	28
90 - 94	410	74	388	102	181	21	159	25
95 und älter	112	18	122	28	50	6	47	10
insgesamt	7.228	6.482	6.817	6.513	3.272	2.490	2.889	2.373
	je 100.000 ¹⁾							
0	4.011,5	4.276,2	3.100,3	3.986,6	3.121,6	3.322,9	2.268,4	3.005,0
1 - 4	1.209,1	1.351,2	1.159,1	1.383,7	892,4	994,7	894,5	1.033,8
5 - 9	321,7	410,8	344,4	357,0	215,5	236,5	235,8	206,5
10 - 14	247,5	270,2	299,2	275,4	162,4	174,7	177,5	171,4
15 - 19	301,6	242,8	280,9	189,9	147,4	110,6	138,7	81,4
20 - 24	202,5	180,1	188,0	181,9	103,0	71,1	90,5	74,7
25 - 29	183,1	166,1	177,1	207,2	87,7	50,6	79,0	73,5
30 - 34	165,3	201,4	156,2	206,5	73,7	49,8	62,1	47,4
35 - 39	147,1	214,1	156,0	210,7	45,4	46,8	48,4	52,2
40 - 44	167,4	209,3	136,3	219,0	56,7	42,1	42,3	37,3
45 - 49	170,8	249,6	172,0	212,6	60,9	53,1	50,0	30,0
50 - 54	231,0	239,9	206,9	275,8	77,0	43,5	59,8	45,2
55 - 59	233,3	294,0	246,5	301,8	74,0	50,9	60,3	59,9
60 - 64	275,6	406,2	280,9	402,3	89,7	87,9	71,0	59,9
65 - 69	433,9	548,3	415,4	510,8	122,9	102,0	105,0	110,7
70 - 74	650,2	732,3	619,4	758,3	172,1	170,2	156,6	148,0
75 - 79	934,8	1.021,1	809,7	1.043,6	346,0	256,8	274,8	246,6
80 - 84	1.365,5	1.367,5	1.339,4	1.442,0	498,4	393,2	438,0	366,1
85 - 89	1.977,5	2.038,5	1.739,1	1.706,1	793,3	784,0	734,2	419,0
90 - 94	2.206,7	1.784,4	2.111,2	2.462,6	974,2	506,4	865,2	603,6
95 und älter	2.015,5	1.045,9	2.032,0	1.507,8	899,8	348,6	782,8	538,5
insgesamt	415,5	392,4	392,7	394,3	188,1	150,7	166,4	143,7
insgesamt ²⁾	408,9	456,0	384,8	451,8	218,8	210,4	196,3	200,6

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

²⁾ Je 100.000 direkt altersstandardisiert an der Eurobev. alt.

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil II: Diagnosen / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.51 a:

Indikator 3.60

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle, ohne Stundenfälle) infolge infektiöser und parasitärer Krankheiten in Berlin (nur Berliner) 2003 und 2004 nach Altersgruppen und Geschlecht - absolut und je 100.000

Alter in Jahren	Stationäre Behandlungsfälle wegen infektiöser und parasitärer Krankheiten							
	insgesamt (A 00 - B 99)				darunter: infektiöse Darmerkrankungen (A 00 - A 09)			
	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich
	2003		2004		2003		2004	
	absolut							
0	564	643	439	600	439	493	322	452
1 - 4	676	792	649	812	497	582	496	600
5 - 9	213	283	231	248	142	162	155	143
10 - 14	192	224	213	211	125	140	128	129
15 - 19	274	232	252	178	135	107	125	76
20 - 24	243	212	225	209	123	83	109	87
25 - 29	229	208	217	265	111	61	97	91
30 - 34	229	293	197	278	104	70	78	63
35 - 39	236	370	242	349	73	79	75	88
40 - 44	245	334	205	357	83	69	64	61
45 - 49	211	318	206	269	74	64	60	39
50 - 54	274	274	246	315	91	52	71	51
55 - 59	239	297	242	290	78	51	59	57
60 - 64	345	495	350	482	112	106	89	71
65 - 69	445	495	447	493	124	94	112	105
70 - 74	446	386	435	419	118	89	110	82
75 - 79	580	327	503	367	211	83	171	87
80 - 84	693	244	688	267	252	69	223	68
85 - 89	526	146	428	117	210	55	179	29
90 - 94	416	74	394	102	183	21	161	25
95 und älter	114	18	122	29	51	6	47	11
insgesamt	7.390	6.665	6.931	6.657	3.336	2.536	2.931	2.415
	je 100.000 ¹⁾							
0	4.047,4	4.378,3	3.121,7	4.033,6	3.150,3	3.356,9	2.289,7	3.038,7
1 - 4	1.223,6	1.377,3	1.184,7	1.420,4	899,6	1.012,1	905,4	1.049,6
5 - 9	332,7	418,2	358,4	365,9	221,8	239,4	240,5	211,0
10 - 14	255,5	281,6	304,9	284,8	166,3	176,0	183,3	174,1
15 - 19	308,3	251,5	284,3	193,2	151,9	116,0	141,0	82,5
20 - 24	212,1	190,9	195,8	188,2	107,4	74,7	94,9	78,3
25 - 29	195,1	175,4	180,5	218,8	94,6	51,4	80,7	75,1
30 - 34	177,7	211,5	161,1	212,6	80,7	50,5	63,8	48,2
35 - 39	153,0	221,9	162,7	216,9	47,3	47,4	50,4	54,7
40 - 44	173,7	219,8	139,8	226,0	58,9	45,4	43,6	38,6
45 - 49	181,1	263,7	174,6	218,2	63,5	53,1	50,9	31,6
50 - 54	234,4	243,4	210,3	279,3	77,9	46,2	60,7	45,2
55 - 59	242,4	302,2	251,7	304,9	79,1	51,9	61,4	59,9
60 - 64	278,8	414,6	285,8	406,5	90,5	88,8	72,7	59,9
65 - 69	440,9	560,8	419,1	524,6	122,9	106,5	105,0	111,7
70 - 74	656,1	738,1	625,2	765,6	173,6	170,2	158,1	149,8
75 - 79	951,2	1.036,9	817,9	1.052,2	346,0	263,2	278,0	249,4
80 - 84	1.381,4	1.390,3	1.351,2	1.480,9	502,3	393,2	438,0	377,1
85 - 89	1.996,4	2.081,3	1.755,5	1.751,0	797,1	784,0	734,2	434,0
90 - 94	2.239,0	1.784,4	2.143,9	2.462,6	984,9	506,4	876,0	603,6
95 und älter	2.051,5	1.045,9	2.032,0	1.561,7	917,8	348,6	782,8	592,4
insgesamt	424,8	403,5	399,3	403,0	191,8	153,5	168,9	146,2
insgesamt ²⁾	418,3	468,2	392,0	461,7	223,0	214,0	199,4	204,0

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

²⁾ Je 100.000 direkt altersstandardisiert an der Eurobev. alt.

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil II: Diagnosen / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.52:
Gemeldete Tuberkulosefälle (alle Formen und offene Lungentuberkulose) in Berlin 1993 - 2004
nach Staatsangehörigkeit (Stand: 01.03.2005)
- absolut und je 100.000

Indikator 3.61

Jahr / Staatsangehörigkeit	Gemeldete Tuberkulosefälle ¹⁾²⁾					
	alle Formen			offene Lungentuberkulose		
	absolut	je 100.000 ³⁾	je 100.000 ⁴⁾	absolut	je 100.000 ³⁾	je 100.000 ⁴⁾
insgesamt						
1993	878	25,3	23,3	515	14,8	13,4
1994	814	23,4	21,8	439	12,6	11,5
1995	729	21,0	19,3	396	11,4	10,3
1996	709	20,5	18,6	418	12,1	10,8
1997	556	16,1	14,8	334	9,7	8,6
1998	525	15,4	13,9	337	9,9	8,7
1999	487	14,4	12,9	291	8,6	7,5
2000	472	13,9	12,3	272	8,0	7,0
2001	420	12,4	8,7	297	8,8	4,8
2002 ⁵⁾	385	11,4	10,2	281	8,3	7,5
2003	368	10,9	9,7	262	7,7	6,9
2004	382	11,3	10,5	231	6,8	6,3
Deutsche						
1993	577	18,7	16,3	351	11,4	9,8
1994	515	16,7	14,9	298	9,7	8,5
1995	468	15,3	13,2	271	8,9	7,6
1996	464	15,3	13,1	291	9,6	8,1
1997	353	11,7	9,8	225	7,5	6,1
1998	323	10,8	8,9	218	7,3	5,9
1999	319	10,8	8,9	203	6,9	5,6
2000	305	10,3	8,5	191	6,5	5,3
2001	259	8,8	6,2	189	6,4	3,5
2002 ⁵⁾	238	8,1	6,7	165	5,6	4,6
2003	223	7,6	6,2	156	5,3	4,4
2004	203	6,9	6,0	133	4,5	3,9
Ausländer						
1993	301	78,9	80,5	164	43,0	43,2
1994	299	74,5	79,8	141	35,1	34,2
1995	261	63,0	62,1	125	30,2	27,0
1996	245	56,9	55,3	127	29,5	28,2
1997	203	46,7	44,7	109	25,1	24,1
1998	202	46,7	42,3	119	27,5	23,3
1999	168	38,8	36,3	88	20,3	18,4
2000	167	38,6	37,8	81	18,7	18,7
2001	161	36,9	23,9	108	24,7	11,5
2002 ⁵⁾	147	33,3	31,6	116	26,3	24,4
2003	145	32,6	32,1	106	23,8	22,3
2004	179	39,8	34,4	98	21,8	19,3

Durch fehlende Angaben der Staatsangehörigkeit sind Differenzen in der Summierung möglich.

¹⁾ Meldungen erfolgten bis 2000 nach dem Bundes-Seuchengesetz, ab 2001 nach dem Infektionsschutzgesetz.

²⁾ Ab 2001 entsprechen Daten der Referenzdefinition des IfSG.

³⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

⁴⁾ Je 100.000 direkt altersstandardisiert an der Eurobev. alt / bis 2000 letzte Altersgruppe 75 Jahre und älter, ab 2001 85 Jahre und älter.

⁵⁾ Die Erhöhung der Inzidenz von 2001 zu 2002 könnte mit der (erstmalig) IT-gestützten Erfassung zusammenhängen.

(Datenquelle: SenGesSozV (bis 2000) / RKI (ab 2001) / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.52 a:

Indikator 3.61

Gemeldete Tuberkulosefälle (alle Formen und offene Lungentuberkulose) in Berlin 1993 - 2004 nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit (Stand: 01.03.2005)
- absolut und je 100.000 / altersstand. Eurobev. alt

Jahr / Staatsangehörigkeit	Gemeldete Tuberkulosefälle ¹⁾²⁾							
	alle Formen				offene Lungentuberkulose			
	absolut		je 100.000 ³⁾		absolut		je 100.000 ³⁾	
	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich
insgesamt								
1993	322	556	15,9	32,0	159	356	7,6	20,4
1994	305	509	14,7	28,2	165	274	7,9	15,7
1995	296	433	14,5	24,7	140	256	6,7	14,5
1996	278	431	13,5	24,8	143	275	6,6	15,8
1997	217	339	10,5	19,2	113	221	5,2	12,2
1998	185	340	8,8	19,3	110	227	5,0	12,8
1999	185	302	9,5	16,9	88	203	4,3	11,4
2000	181	291	9,2	16,2	89	183	4,6	10,1
2001	170	250	7,4	10,3	107	190	3,8	6,0
2002 ⁴⁾	146	239	7,4	13,2	94	187	4,9	10,3
2003	122	246	6,2	13,6	71	191	3,7	10,3
2004	155	227	8,1	13,1	82	149	4,4	8,5
Deutsche								
1993	231	346	11,4	22,5	117	234	5,7	15,2
1994	207	308	10,0	19,2	120	178	5,9	11,7
1995	196	272	9,4	17,6	99	172	4,7	11,2
1996	188	276	9,3	18,0	108	183	5,2	11,9
1997	143	210	6,5	13,3	79	146	3,5	9,0
1998	123	200	5,6	12,7	73	145	3,2	9,1
1999	121	198	6,2	12,5	60	143	2,9	9,0
2000	113	192	5,8	11,9	57	134	2,9	8,2
2001	93	166	5,0	7,8	59	130	2,5	4,7
2002 ⁴⁾	95	143	4,8	8,9	57	108	3,0	6,6
2003	66	157	3,2	9,7	35	121	1,8	7,3
2004	70	133	3,7	8,6	39	94	2,2	6,0
Ausländer								
1993	91	210	53,1	106,4	42	122	23,3	61,0
1994	98	201	62,6	89,0	45	96	28,2	37,9
1995	100	161	58,9	64,4	41	84	22,2	29,7
1996	90	155	44,4	67,6	35	92	17,3	38,1
1997	74	129	36,8	51,7	34	75	19,0	28,3
1998	62	140	29,4	53,3	37	82	16,7	28,7
1999	64	104	29,8	41,2	28	60	12,1	23,1
2000	68	99	29,7	46,0	32	49	14,6	23,7
2001	77	84	26,4	21,9	48	60	13,1	9,6
2002 ⁴⁾	51	96	24,3	38,7	37	79	16,8	31,9
2003	56	89	27,1	36,0	36	70	16,6	26,9
2004	85	94	31,4	36,3	43	55	16,4	21,8

¹⁾ Meldungen erfolgten bis 2000 nach dem Bundes-Seuchengesetz, ab 2001 nach dem Infektionsschutzgesetz.

²⁾ Ab 2001 entsprechen Daten der Referenzdefinition des IFSG.

³⁾ Bis 2000 letzte Altersgruppe 75 Jahre und älter, ab 2001 85 Jahre und älter.

⁴⁾ Die Erhöhung der Inzidenz von 2001 zu 2002 könnte mit der (erstmalig) IT-gestützten Erfassung zusammenhängen.

(Datenquelle: SenGesSozV (bis 2000) / RKI (ab 2001) / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.52 b:
Gemeldete Fälle an offener Lungentuberkulose in Berlin 2002 - 2004 (zusammengefasst)
nach Geschlecht und Bezirken (Stand: 01.03.2005)
- absolut und je 100.000

Indikator 3.62

Bezirk	Gemeldete Fälle an offener Lungentuberkulose								
	absolut			rohe Morbiditätsrate ¹⁾			DMR ²⁾		
	weiblich	männlich	insgesamt	weiblich	männlich	insgesamt	weiblich	männlich	insgesamt
Mitte	46	94	140	9,7	19,2	14,5	9,4	18,4	13,5
Friedrichshain-Kreuzberg	29	60	89	7,7	15,4	11,6	8,2	15,7	11,9
Pankow	16	39	55	3,0	7,6	5,3	2,6	7,4	4,7
Charlottenburg-Wilmersdorf	27	47	74	5,4	10,6	7,8	5,2	10,3	7,7
Spandau	14	27	41	4,0	8,3	6,1	3,8	7,5	5,6
Steglitz-Zehlendorf	12	26	38	2,6	6,5	4,4	2,0	6,0	3,8
Tempelhof-Schöneberg	25	50	75	4,7	10,4	7,4	4,2	8,9	6,5
Neukölln	24	67	91	5,1	14,8	9,9	4,8	13,5	9,1
Treptow-Köpenick	15	25	40	4,2	7,3	5,7	3,4	6,7	4,8
Marzahn-Hellersdorf	14	25	39	3,6	6,6	5,1	3,6	6,6	4,9
Lichtenberg	13	42	55	3,3	10,9	7,1	3,1	10,9	6,9
Reinickendorf	12	25	37	3,1	7,1	5,0	2,6	6,9	4,7
Berlin	247	527	774	4,7	10,6	7,6	4,4	9,7	6,9

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

²⁾ Je 100.000 direkt altersstandardisiert an der Eurobev. alt.

(Datenquelle: RKI / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.53:

**Alters- und geschlechtsspezifische Inzidenz an Tuberkulose in Berlin 2002 - 2004 (zusammengefasst)
nach Staatsangehörigkeit (Stand: 01.03.2005)
- absolut und je 100.000 der Altersgruppe**

Alter in Jahren	Gemeldetete Tuberkulosefälle (alle Formen)						Gemeldetete Fälle an offener Lungentuberkulose					
	insgesamt		Deutsche		Ausländer		insgesamt		Deutsche		Ausländer	
	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.
absolut												
0	-	3	-	-	-	3	-	1	-	-	-	1
1 - 4	12	15	5	8	7	7	6	10	2	5	4	5
5 - 9	2	5	-	4	2	1	1	1	-	-	1	1
10 - 14	5	2	-	1	5	1	2	-	-	-	2	-
15 - 19	13	16	3	2	10	14	11	13	3	2	8	11
20 - 24	29	38	6	10	23	28	19	31	4	9	15	22
25 - 29	40	55	10	15	30	40	23	40	5	12	18	28
30 - 34	41	69	16	14	25	55	26	54	10	13	16	41
35 - 39	31	57	11	28	20	29	20	43	8	24	12	19
40 - 44	30	69	17	45	13	24	22	58	15	40	7	18
45 - 49	27	78	12	57	15	21	24	58	11	40	13	18
50 - 54	22	46	16	33	6	13	13	34	9	24	4	10
55 - 59	31	53	19	41	12	12	16	42	10	33	6	9
60 - 64	31	65	19	53	12	12	13	49	8	39	5	10
65 - 69	21	44	20	35	1	9	9	35	9	30	-	5
70 - 74	23	35	17	29	6	6	9	18	6	15	3	3
75 - 79	20	33	18	29	2	4	13	22	11	19	2	3
80 - 84	16	16	15	16	1	-	7	8	7	8	-	-
85 - 89	14	8	12	8	2	-	7	7	7	7	-	-
90 - 94	13	3	13	3	-	-	5	3	5	3	-	-
95 und älter	2	2	2	2	-	-	1	-	1	-	-	-
insgesamt	423	712	231	433	192	279	247	527	131	323	116	204
je 100.000¹⁾												
0	-	6,8	-	-	-	84,7	-	2,3	-	-	-	28,2
1 - 4	7,3	8,7	3,5	5,3	33,5	31,4	3,6	5,8	1,4	3,3	19,1	22,4
5 - 9	1,0	2,5	-	2,4	5,5	2,6	0,5	0,5	-	-	2,8	2,6
10 - 14	2,2	0,8	-	0,5	13,3	2,5	0,9	-	-	-	5,3	-
15 - 19	4,9	5,8	1,3	0,8	27,9	36,2	4,1	4,7	1,3	0,8	22,3	28,5
20 - 24	8,5	11,5	2,1	3,7	38,7	48,4	5,6	9,4	1,4	3,3	25,2	38,0
25 - 29	11,3	15,4	3,7	5,5	37,9	48,5	6,5	11,2	1,8	4,4	22,8	34,0
30 - 34	10,6	16,6	5,2	4,3	31,0	59,2	6,7	13,0	3,3	4,0	19,8	44,1
35 - 39	6,7	11,4	2,8	6,8	30,2	34,0	4,3	8,6	2,0	5,8	18,1	22,3
40 - 44	7,1	15,2	4,5	11,5	27,1	36,8	5,2	12,8	4,0	10,3	14,6	27,6
45 - 49	7,7	21,5	3,8	18,1	39,2	43,4	6,8	16,0	3,5	12,7	34,0	37,2
50 - 54	6,3	13,7	5,1	11,0	15,8	35,2	3,7	10,1	2,9	8,0	10,5	27,1
55 - 59	10,4	17,9	7,1	15,6	39,6	36,0	5,4	14,2	3,7	12,5	19,8	27,0
60 - 64	8,4	18,2	5,4	16,1	56,6	43,3	3,5	13,7	2,3	11,9	23,6	36,1
65 - 69	7,0	16,7	7,0	14,3	7,1	49,3	3,0	13,3	3,1	12,2	-	27,4
70 - 74	11,1	22,1	8,6	19,4	73,2	68,0	4,4	11,4	3,0	10,0	36,6	34,0
75 - 79	10,9	34,7	10,1	31,8	39,1	101,0	7,1	23,1	6,2	20,8	39,1	75,8
80 - 84	10,8	30,7	10,3	31,8	35,9	-	4,7	15,3	4,8	15,9	-	-
85 - 89	17,2	36,8	15,0	38,2	163,7	-	8,6	32,2	8,7	33,5	-	-
90 - 94	23,4	24,4	23,8	25,6	-	-	9,0	24,4	9,2	25,6	-	-
95 und älter	12,0	38,6	12,7	42,9	-	-	6,0	-	6,3	-	-	-
insgesamt¹⁾	8,1	14,4	5,0	10,2	30,6	39,4	4,7	10,6	2,9	7,6	18,5	28,8
insgesamt²⁾	7,2	13,3	3,9	9,1	27,8	36,5	4,4	9,7	2,3	6,6	16,6	26,5

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

²⁾ Je 100.000 direkt altersstandardisiert an der Eurobev. alt.

(Datenquelle: RKI / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Indikator 3.63

Tabelle 3.2.54:
 Gemeldete AIDS-Erkrankte in Berlin 1998 - 2004 (Stand: 30.06.2005, Nachmeldungen möglich)
 nach Diagnosejahr, Betroffenengruppe und Geschlecht

Betroffenengruppe	AIDS-Erstdiagnosen																	
	1998		1999		2000		2001		2002		2003		2004					
	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.				
	absolut																	
MSM ¹⁾	-	102	102	-	96	96	-	74	74	-	74	74	-	60	60	-	83	83
i. v. Drogenabhängige	14	27	41	13	19	32	10	36	46	11	22	33	6	15	21	7	15	22
Bluterkrankte und Bluttransfusionsempfänger	-	3	3	-	-	-	-	1	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-
heterosexuelle Kontakte (ohne HPL ²⁾)	6	1	7	1	5	6	2	-	2	-	1	1	1	1	1	1	1	2
HPL ²⁾	5	7	12	5	6	11	8	3	11	6	5	11	8	2	10	5	4	9
prä- oder perinatale Infektion	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
keine Angaben / sonstige	4	21	25	13	30	43	6	30	36	16	33	49	10	33	43	16	33	49
insgesamt	29	161	190	32	156	188	26	178	204	33	135	168	25	125	150	29	113	142
	Anteil in %																	
MSM ¹⁾	-	63,4	53,7	-	61,5	51,1	-	60,7	52,9	-	54,8	44,0	-	59,2	49,3	-	53,1	42,3
i. v. Drogenabhängige	48,3	16,8	21,6	40,6	12,2	17,0	38,5	20,2	22,5	33,3	16,3	19,6	24,0	12,0	14,0	24,1	13,3	15,5
Bluterkrankte und Bluttransfusionsempfänger	-	1,9	1,6	-	-	-	-	0,6	0,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-
heterosexuelle Kontakte (ohne HPL ²⁾)	20,7	0,6	3,7	3,1	3,2	3,2	7,7	-	1,0	-	0,7	0,6	4,0	0,8	1,3	3,4	0,9	1,4
HPL ²⁾	17,2	4,3	6,3	15,6	3,8	5,9	30,8	1,7	5,4	18,2	3,7	6,5	32,0	1,6	6,7	17,2	3,5	6,3
prä- oder perinatale Infektion	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
keine Angaben / sonstige	13,8	13,0	13,2	40,6	19,2	22,9	23,1	16,9	17,6	48,5	24,4	29,2	40,0	26,4	28,7	55,2	29,2	34,5
insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

¹⁾ Männer, die Sex mit Männern haben.

²⁾ Personen aus Ländern, in denen HIV-Prävalenz in der allgemeinen Bevölkerung > 1 % liegt. (Datenquelle: RKI, AIDS-Zentrum / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Indikator 3.64

Tabelle 3.2.55:

Gemeldete, gesicherte HIV-Erstdiagnosen in Berlin 1999 - 2005 (Stand: 30.06.2005, Nachmeldungen möglich)
nach Diagnosejahr, Betroffenengruppe und Geschlecht

Betroffenengruppe	HIV-Erstdiagnosen																	
	1999		2000		2001		2002		2003		2004		2005					
	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	insg.	insg.
	absolut																	
MSM ¹⁾	-	142	-	111	-	122	122	-	124	124	-	184	184	-	235	235	-	267
i. v. Drogenabhängige	10	14	24	-	7	7	2	9	11	3	7	10	1	4	5	1	3	4
Bluterkrankte und Bluttransfusionsempfänger	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
heterosexuelle Kontakte (ohne HPL ²⁾)	14	10	24	12	7	19	6	7	13	10	11	21	7	10	17	13	14	27
HPL ²⁾	10	13	23	7	1	8	8	4	12	6	10	16	12	9	21	10	6	16
prä- oder perinatale Infektion	1	-	1	2	-	2	-	1	1	1	1	2	-	-	-	1	1	2
keine Angaben / sonstige	8	21	29	1	10	11	3	33	36	8	25	33	9	49	58	7	37	44
insgesamt	43	200	243	22	136	158	19	176	195	28	178	206	29	256	285	32	296	371
	Anteil in %																	
MSM ¹⁾	-	71,0	58,4	-	81,6	70,3	-	69,3	62,6	-	69,7	60,2	-	71,9	64,6	-	79,4	71,6
i. v. Drogenabhängige	23,3	7,0	9,9	-	5,1	4,4	10,5	5,1	5,6	10,7	3,9	4,9	3,4	1,6	1,8	3,1	1,0	1,2
Bluterkrankte und Bluttransfusionsempfänger	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
heterosexuelle Kontakte (ohne HPL ²⁾)	32,6	5,0	9,9	54,5	5,1	12,0	31,6	4,0	6,7	35,7	6,2	10,2	24,1	3,9	6,0	40,6	4,7	8,2
HPL ²⁾	23,3	6,5	9,5	31,8	0,7	5,1	42,1	2,3	6,2	21,4	5,6	7,8	41,4	3,5	7,4	31,3	2,0	4,9
prä- oder perinatale Infektion	2,3	-	0,4	9,1	-	1,3	-	0,6	0,5	3,6	0,6	1,0	-	-	-	3,1	0,3	0,6
keine Angaben / sonstige	18,6	10,5	11,9	4,5	7,4	7,0	15,8	18,8	18,5	28,6	14,0	16,0	31,0	19,1	20,4	21,9	12,5	13,4
insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

¹⁾ Männer, die Sex mit Männern haben.

²⁾ Personen aus Ländern, in denen HIV-Prävalenz in der allgemeinen Bevölkerung > 1 % liegt.
(Datenquelle: RKI, AIDS-Zentrum / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.56:
Geschlechtsspezifische Mortalität bei infektiösen und parasitären Krankheiten
in Berlin 2003 und 2004
nach Altersgruppen und Geschlecht
- absolut und je 100.000

Indikator 3.65

Alter in Jahren	Sterbefälle an infektiösen und parasitären Krankheiten							
	insgesamt (A 00 - B 99)		dar.: an HIV-Krankheit (B 20 - B 24)		insgesamt (A 00 - B 99)		dar.: an HIV-Krankheit (B 20 - B 24)	
	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich
	2003				2004			
	absolut							
0	-	1	-	-	-	-	-	-
1 - 4	1	1	-	-	-	-	-	-
5 - 9	-	-	-	-	-	-	-	-
10 - 14	-	1	-	-	1	-	-	-
15 - 19	1	-	-	-	1	-	-	-
20 - 24	-	2	-	1	-	-	-	-
25 - 29	1	1	1	1	2	2	1	1
30 - 34	5	5	2	3	1	7	-	5
35 - 39	3	10	2	9	6	6	4	3
40 - 44	3	15	2	11	4	17	3	10
45 - 49	5	17	1	11	4	19	1	14
50 - 54	4	21	1	11	4	13	1	6
55 - 59	8	17	-	7	5	16	-	5
60 - 64	12	28	-	6	9	24	-	4
65 - 69	14	26	-	2	15	22	-	3
70 - 74	20	32	-	1	27	27	-	1
75 - 79	36	25	-	1	29	23	-	1
80 - 84	34	20	-	-	46	10	-	-
85 - 89	19	7	-	-	24	9	-	-
90 - 94	21	7	-	-	25	9	-	-
95 und älter	1	1	-	-	9	2	-	-
insgesamt	188	237	9	64	212	206	10	53
	je 100.000¹⁾							
0	-	6,8	-	-	-	-	-	-
1 - 4	1,8	1,7	-	-	-	-	-	-
5 - 9	-	-	-	-	-	-	-	-
10 - 14	-	1,3	-	-	1,4	-	-	-
15 - 19	1,1	-	-	-	1,1	-	-	-
20 - 24	-	1,8	-	0,9	-	-	-	-
25 - 29	0,9	0,8	0,9	0,8	1,7	1,7	0,8	0,8
30 - 34	3,9	3,6	1,6	2,2	0,8	5,4	-	3,8
35 - 39	1,9	6,0	1,3	5,4	4,0	3,7	2,7	1,9
40 - 44	2,1	9,9	1,4	7,2	2,7	10,8	2,0	6,3
45 - 49	4,3	14,1	0,9	9,1	3,4	15,4	0,8	11,4
50 - 54	3,4	18,7	0,9	9,8	3,4	11,5	0,9	5,3
55 - 59	8,1	17,3	-	7,1	5,2	16,8	-	5,3
60 - 64	9,7	23,5	-	5,0	7,3	20,2	-	3,4
65 - 69	13,9	29,5	-	2,3	14,1	23,4	-	3,2
70 - 74	29,4	61,2	-	1,9	38,8	49,3	-	1,8
75 - 79	59,0	79,3	-	3,2	47,2	65,9	-	2,9
80 - 84	67,8	114,0	-	-	90,3	55,5	-	-
85 - 89	72,1	99,8	-	-	98,4	134,7	-	-
90 - 94	113,0	168,8	-	-	136,0	217,3	-	-
95 und älter	18,0	58,1	-	-	149,9	107,7	-	-
insgesamt	10,8	14,3	0,5	3,9	12,2	12,5	0,6	3,2
insgesamt²⁾	6,4	13,3	0,5	3,4	6,7	11,3	0,5	2,8

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

²⁾ Je 100.000 direkt altersstandardisiert an der Eurobev. alt.

(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Bösartige Neubildungen

Tabelle 3.2.57:
Bösartige Neubildungen in Berlin (nur Berliner) 1995 - 2004
nach ausgewählten Indikatoren und Geschlecht
- absolut

Indikator 3.66

Jahr	Bösartige Neubildungen					
	gemeldete Neuerkrankungen (ohne C 44) ¹⁾		Krankenhausfälle ²⁾		Sterbefälle ³⁾	
	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich
	mit DCO-Fällen			ohne Stundenfälle		
1995	5.932	5.141	26.152	21.166	4.708	4.023
1996	7.386	6.372	26.675	22.149	4.525	3.906
1997	8.065	6.771	26.682	23.277	4.223	3.826
1998	7.866	6.622	29.337	25.085	4.032	3.591
1999	7.450	6.089	29.645	26.333	4.093	3.740
2000	7.183	6.338	29.661	26.608	3.968	3.804
2001	7.096	6.096	28.606	25.581	4.078	3.867
2002	6.874	6.200	29.770	26.611	4.126	3.941
2003	6.798	6.386	27.030	26.121	4.051	4.018
2004	7.171	6.825	26.698	27.060	3.884	3.975
	ohne DCO-Fälle			mit Stundenfällen		
1995	2.371	2.272	28.952	23.356		
1996	3.540	3.481	29.768	24.424		
1997	4.561	3.985	29.775	25.552		
1998	5.096	4.366	33.220	27.324		
1999	4.880	4.101	33.602	29.115		
2000	4.763	4.205	33.897	29.459		
2001	4.621	4.071	31.927	27.720		
2002	4.723	4.376	31.364	27.942		
2003	4.832	4.648	28.141	27.229		
2004	5.359	5.104	29.236	29.065		

Jahr	Bösartige Neubildungen					
	Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und sonstige Leistungen zur Teilhabe ⁴⁾		Rentenzugänge wegen verminderter Erwerbsfähigkeit ⁴⁾		Arbeitsunfähigkeitsfälle ⁵⁾	
	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich
1995	2.340	1.046	755	756	.	.
1996	2.757	1.272	822	787	.	.
1997	2.311	1.113	767	851	.	.
1998	2.266	1.096	687	713	.	.
1999	2.200	1.065	608	648	.	.
2000	2.262	1.127	596	630	.	.
2001	2.382	1.206	447	514	.	.
2002	2.288	1.238	416	471	.	.
2003	2.394	1.274	505	522	.	.
2004	2.390	1.244	467	491	.	.

Datenquellen:

¹⁾ GKR (Stand: 31.05.2006).²⁾ StaLa Berlin, KHStatV-Teil II: Diagnosen.³⁾ StaLa Berlin.⁴⁾ VDR (Alter 0 - 64 Jahre).⁵⁾ BMG, GKV: KG 8-Statistik.

Tabelle 3.2.57 a:
Bösartige Neubildungen in Berlin (nur Berliner) 1995 - 2004
 nach ausgewählten Indikatoren und Geschlecht
 - je 100.000

Indikator 3.66

Jahr	Bösartige Neubildungen					
	gemeldete Neuerkrankungen (C00 - C 97 / ohne C 44)				Sterbefälle	
	mit DCO-Fällen		ohne DCO-Fälle			
	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich
	je 100.000 ¹⁾					
1995	329,6	307,6	131,8	135,9	261,6	240,7
1996	412,3	380,4	197,6	207,8	252,6	233,2
1997	453,9	405,9	256,7	238,9	237,7	229,3
1998	447,2	400,0	289,7	263,7	229,2	216,9
1999	426,7	369,6	279,5	248,9	234,4	227,0
2000	412,8	385,5	273,7	255,8	228,0	231,4
2001	408,0	370,4	265,7	247,3	234,5	234,9
2002	394,9	375,9	271,3	265,3	237,0	238,9
2003	390,8	386,6	277,8	281,4	231,0	245,2
2004	412,2	413,2	308,1	309,0	223,8	240,6
	je 100.000 ²⁾					
1995	226,4	334,2	112,7	142,8	166,5	264,5
1996	289,2	404,2	168,5	214,9	160,6	251,6
1997	317,8	425,5	210,1	244,1	151,4	242,9
1998	317,2	410,6	233,1	262,6	148,7	226,2
1999	299,5	369,0	221,9	241,6	148,0	230,5
2000	285,9	377,0	214,9	242,8	143,8	228,3
2001	281,1	350,9	208,1	228,2	144,6	226,6
2002	274,3	348,5	209,6	240,1	147,0	223,4
2003	270,9	348,6	212,0	248,5	143,2	224,0
2004	283,3	372,1	228,2	272,6	139,0	212,8

Jahr	Bösartige Neubildungen					
	Krankenhausfälle (ohne Stundenfälle)				Krankenhausfälle (incl. Stundenfälle)	
	je 100.000 ¹⁾		je 100.000 ²⁾		je 100.000 ²⁾	
	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich
1995	1.453,2	1.266,4	1.453,2	1.266,4	1.336,5	1.485,1
1996	1.488,9	1.322,4	1.488,9	1.322,4	1.396,3	1.522,3
1997	1.501,8	1.395,2	1.501,8	1.395,2	1.373,5	1.573,2
1998	1.668,0	1.515,2	1.668,0	1.515,2	1.546,2	1.660,4
1999	1.698,0	1.598,4	1.698,0	1.598,4	1.535,7	1.728,6
2000	1.704,5	1.618,5	1.323,1	1.542,2	1.540,2	1.728,5
2001	1.644,8	1.554,2	1.265,1	1.456,7	1.433,3	1.596,1
2002	1.710,2	1.613,2	1.318,4	1.475,1	1.407,0	1.558,9
2003	1.553,8	1.581,2	1.180,1	1.414,0	1.244,4	1.491,9
2004	1.538,2	1.638,2	1.152,0	1.426,4	1.275,4	1.537,3

Jahr	Bösartige Neubildungen					
	Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und sonstige Leistungen zur Teilhabe ³⁾		Rentenzugänge wegen verminderter Erwerbsfähigkeit ³⁾		Arbeitsunfähigkeitsfälle ⁴⁾	
	je 100.000		je 100.000		je 100.000	
	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich
1995	325,5	131,3	104,9	94,5	.	.
1996	391,5	160,1	116,6	98,8	.	.
1997	334,8	142,1	111,0	108,4	.	.
1998	336,3	142,7	101,9	92,7	.	.
1999	309,0	135,6	85,3	82,3	.	.
2000	314,0	143,2	82,6	79,9	.	.
2001	331,9	155,7	62,2	66,2	.	.
2002	318,8	159,8	57,9	60,6	.	.
2003	339,0	168,2	71,4	68,7	.	.
2004	341,7	167,0	66,6	65,7	.	.

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

²⁾ Je 100.000 direkt altersstandardisiert an der Eurobev. alt.

³⁾ Je 100.000 aktiv Versicherte / Alter 0 - 64 Jahre.

⁴⁾ Je 100.000 GKV-Pflichtmitglieder.

(Datenquelle: GKR / StaLa Berlin / VDR / BMG / Berechnungen: SenGesSozV - II A -, für "gemeldete Neuerkrankungen": GKR)

Tabelle 3.2.58:
Gemeldete Neuerkrankungen an bösartigen Neubildungen in Berlin (nur Berliner) 1995 - 2004
nach Geschlecht
- absolut und je 100.000

Indikator 3.67

Jahr	Gemeldete bösartige Neubildungen (C00 - C97 / ohne C44)					
	mit DCO-Fällen			ohne DCO-Fälle		
	weiblich	männlich	insgesamt	weiblich	männlich	insgesamt
absolut						
1995	5.932	5.141	11.073	2.371	2.272	4.643
1996	7.386	6.372	13.758	3.540	3.481	7.021
1997	8.065	6.771	14.836	4.561	3.985	8.546
1998	7.866	6.622	14.488	5.096	4.366	9.462
1999	7.450	6.089	13.539	4.880	4.101	8.981
2000	7.183	6.338	13.521	4.763	4.205	8.968
2001	7.096	6.096	13.192	4.621	4.071	8.692
2002	6.874	6.200	13.074	4.723	4.376	9.099
2003	6.798	6.386	13.184	4.832	4.648	9.480
2004	7.171	6.825	13.996	5.359	5.104	10.463
je 100.000 ¹⁾						
1995	329,6	307,6	319,0	131,8	135,9	133,8
1996	412,3	380,4	396,9	197,6	207,8	202,5
1997	453,9	405,9	430,6	256,7	238,9	248,1
1998	447,2	400,0	424,3	289,7	263,7	277,1
1999	426,7	369,6	399,0	279,5	248,9	264,7
2000	412,8	385,5	399,5	273,7	255,8	265,0
2001	408,0	370,4	389,7	265,7	247,3	256,8
2002	394,9	375,9	385,6	271,3	265,3	268,4
2003	390,8	386,6	388,7	277,8	281,4	279,5
2004	412,2	413,2	412,7	308,1	309,0	308,5
je 100.000 ²⁾						
1995	226,4	334,2	261,3	112,7	142,8	122,7
1996	289,2	404,2	327,2	168,5	214,9	184,5
1997	317,8	425,5	352,2	210,1	244,1	220,0
1998	317,2	410,6	344,7	233,1	262,6	240,0
1999	299,5	369,0	319,9	221,9	241,6	226,1
2000	285,9	377,0	315,6	214,9	242,8	223,0
2001	281,1	350,9	304,4	208,1	228,2	213,3
2002	274,3	348,5	299,7	209,6	240,1	219,5
2003	270,9	348,6	299,3	212,0	248,5	224,8
2004	283,3	372,1	314,7	228,2	272,6	244,0

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

²⁾ Je 100.000 direkt altersstandardisiert an der Eurobev. alt.

(Datenquelle: GKR / Berechnung: GKR, Stand: 31.05.2006)

Tabelle 3.2.59:
Gemeldete Neuerkrankungen an bösartigen Neubildungen in Berlin (nur Berliner) 2000 - 2004
nach Altersgruppen und Geschlecht
- absolut und je 100.000 / ohne DCO-Fälle

Indikator 3.68

Alter in Jahren	Gemeldete bösartige Neubildungen (C 00 - C97 [ohne C 44])														
	2000			2001			2002			2003			2004		
	w.	m.	insg.	w.	m.	insg.	w.	m.	insg.	w.	m.	insg.	w.	m.	insg.
absolut															
0 - 4	14	26	40	10	18	28	23	11	34	8	14	22	15	20	35
5 - 9	8	8	16	14	11	25	6	17	23	7	11	18	2	8	10
10 - 14	10	18	28	14	15	29	8	13	21	10	14	24	14	10	24
15 - 19	16	14	30	8	24	32	11	23	34	14	17	31	17	14	31
20 - 24	20	20	40	16	25	41	25	28	53	25	30	55	21	17	38
25 - 29	43	45	88	37	30	67	36	34	70	43	38	81	39	23	62
30 - 34	72	59	131	76	64	140	80	50	130	78	66	144	60	54	114
35 - 39	150	95	245	149	88	237	144	88	232	167	96	263	164	97	261
40 - 44	220	134	354	219	108	327	227	131	358	208	135	343	268	135	403
45 - 49	304	199	503	294	170	464	284	178	462	299	163	462	291	212	503
50 - 54	377	292	669	414	292	706	392	322	714	406	310	716	421	330	751
55 - 59	618	622	1.240	560	540	1.100	514	489	1.003	515	508	1.023	459	460	919
60 - 64	718	755	1.473	708	812	1.520	718	860	1.578	713	899	1.612	785	976	1.761
65 - 69	574	731	1.305	592	708	1.300	664	802	1.466	692	912	1.604	837	1058	1.895
70 - 74	570	602	1.172	517	614	1.131	527	685	1.212	532	715	1.247	566	770	1.336
75 - 79	497	327	824	426	298	724	472	357	829	503	405	908	594	538	1.132
80 - 84	265	137	402	296	164	460	322	194	516	363	208	571	475	268	743
85 u. ä.	287	121	408	271	90	361	270	94	364	249	107	356	331	114	445
insg.	4.763	4.205	8.968	4.621	4.071	8.692	4.723	4.376	9.099	4.832	4.648	9.480	5.359	5.104	10.463
je 100.000¹⁾															
0 - 4	20,2	35,8	28,2	14,4	24,7	19,7	33,1	15,2	24,0	11,6	19,4	15,6	21,7	27,7	24,8
5 - 9	11,9	11,2	11,5	21,7	16,1	18,8	9,4	25,1	17,5	10,9	16,3	13,7	3,1	11,8	7,6
10 - 14	11,4	19,5	15,6	16,5	16,8	16,6	9,9	15,3	12,7	13,3	17,6	15,5	18,6	12,6	15,5
15 - 19	17,9	15,0	16,4	9,0	25,9	17,6	12,4	24,9	18,8	15,8	18,4	17,1	19,1	15,2	17,1
20 - 24	19,3	19,6	19,4	14,8	23,6	19,2	22,3	25,7	24,0	21,8	27,0	24,4	18,3	15,3	16,8
25 - 29	37,0	37,6	37,3	32,4	25,7	29,0	31,3	29,2	30,2	36,6	32,0	34,3	33,2	19,4	26,3
30 - 34	48,3	36,8	42,3	53,3	41,7	47,3	58,8	34,1	46,0	60,5	47,6	53,8	46,6	39,0	42,6
35 - 39	96,1	55,6	75,0	94,1	51,1	71,7	91,3	51,5	70,6	108,2	57,6	81,9	106,3	58,2	81,3
40 - 44	176,2	100,0	136,8	169,9	77,7	122,1	168,8	90,3	128,1	147,5	88,9	117,1	190,0	88,9	137,6
45 - 49	255,4	167,6	211,6	251,1	143,7	197,1	243,9	149,5	196,2	256,6	135,2	194,9	249,8	175,8	212,2
50 - 54	367,0	283,9	325,4	376,9	270,3	324,1	340,8	288,9	315,3	347,4	275,4	312,1	360,2	293,2	327,3
55 - 59	503,0	502,8	502,9	502,7	481,7	492,2	500,0	474,0	487,0	522,4	516,8	519,6	465,6	468,0	466,8
60 - 64	613,0	685,0	647,9	582,6	703,6	641,5	580,2	724,9	651,0	576,1	753,0	662,9	634,3	817,5	724,2
65 - 69	714,5	1.057,6	873,1	687,0	946,1	807,4	711,6	987,0	839,8	685,6	1.033,1	847,7	829,2	1.198,5	1.001,5
70 - 74	804,9	1.269,5	991,3	739,9	1.228,1	943,5	766,2	1.329,0	1.007,3	782,6	1.367,1	1.036,8	832,7	1.472,3	1.110,8
75 - 79	773,9	1.233,0	908,1	684,3	1.098,9	810,1	773,5	1.243,8	924,0	824,9	1.284,3	981,5	974,1	1.706,0	1.223,6
80 - 84	669,4	1.026,1	759,4	679,4	1.083,8	783,6	677,4	1.167,6	804,3	723,6	1.185,1	843,2	946,9	1.527,0	1.097,2
85 u. ä.	475,9	791,8	539,8	468,3	617,5	498,3	498,4	686,2	536,3	493,2	830,9	561,9	655,7	885,3	702,3
insg.	273,7	255,8	265,0	265,7	247,3	256,8	271,3	265,3	268,4	277,8	281,4	279,5	308,1	309,0	308,5
insg.²⁾	214,9	242,8	223,0	208,1	228,2	213,3	209,6	240,1	219,5	212,0	248,5	224,8	228,2	272,6	244,0

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

²⁾ Je 100.000 direkt altersstandardisiert an der Eurobev. alt.

(Datenquelle: GKR / Berechnung: GKR, Stand: 31.05.2006)

Tabelle 3.2.59 a:

Gemeldete Neuerkrankungen an bösartigen Neubildungen in Berlin (nur Berliner) 2000 - 2004 nach Altersgruppen und Geschlecht
- absolut und je 100.000 / mit DCO-Fällen

Indikator 3.68

Alter in Jahren	Gemeldete bösartige Neubildungen (C 00 - C97 [ohne C 44])														
	2000			2001			2002			2003			2004		
	w.	m.	insg.	w.	m.	insg.	w.	m.	insg.	w.	m.	insg.	w.	m.	insg.
absolut															
0 - 4	15	27	42	11	18	29	23	11	34	8	14	22	15	20	35
5 - 9	9	9	18	14	11	25	6	17	23	7	11	18	2	8	10
10 - 14	10	18	28	14	15	29	8	13	21	11	14	25	14	10	24
15 - 19	16	14	30	8	24	32	11	23	34	14	17	31	17	14	31
20 - 24	20	20	40	17	26	43	26	29	55	26	30	56	22	17	39
25 - 29	44	49	93	38	31	69	37	35	72	43	38	81	40	23	63
30 - 34	78	63	141	79	71	150	82	53	135	80	68	148	63	57	120
35 - 39	160	105	265	153	94	247	153	96	249	173	101	274	166	100	266
40 - 44	231	153	384	248	124	372	243	147	390	223	152	375	279	144	423
45 - 49	333	238	571	331	207	538	307	210	517	329	194	523	314	239	553
50 - 54	423	362	785	459	374	833	435	374	809	448	366	814	466	388	854
55 - 59	712	781	1.493	633	680	1.313	595	632	1.227	580	626	1.206	527	555	1.082
60 - 64	829	1.006	1.835	849	1.083	1.932	857	1.068	1.925	828	1.130	1.958	901	1.187	2.088
65 - 69	726	985	1.711	772	974	1.746	834	1.056	1.890	835	1.161	1.996	993	1.330	2.323
70 - 74	822	905	1.727	760	944	1.704	750	979	1.729	713	989	1.702	737	1.019	1.756
75 - 79	855	655	1.510	782	580	1.362	770	602	1.372	813	667	1.480	857	803	1.660
80 - 84	663	378	1.041	702	401	1.103	716	447	1.163	749	451	1.200	834	533	1.367
85 u. ä.	1.237	570	1.807	1.226	439	1.665	1.021	408	1.429	918	357	1.275	924	378	1.302
insg.	7.183	6.338	13.521	7.096	6.096	13.192	6.874	6.200	13.074	6.798	6.386	13.184	7.171	6.825	13.996
je 100.000 ¹⁾															
0 - 4	21,7	37,1	29,6	15,8	24,7	20,4	33,1	15,2	24,0	11,6	19,4	15,6	21,7	27,7	24,8
5 - 9	13,4	12,6	13,0	21,7	16,1	18,8	9,4	25,1	17,5	10,9	16,3	13,7	3,1	11,8	7,6
10 - 14	11,4	19,5	15,6	16,5	16,8	16,6	9,9	15,3	12,7	14,6	17,6	16,2	18,6	12,6	15,5
15 - 19	17,9	15,0	16,4	9,0	25,9	17,6	12,4	24,9	18,8	15,8	18,4	17,1	19,1	15,2	17,1
20 - 24	19,3	19,6	19,4	15,7	24,6	20,1	23,2	26,6	24,9	22,7	27,0	24,8	19,2	15,3	17,3
25 - 29	37,8	40,9	39,4	33,3	26,5	29,9	32,2	30,0	31,1	36,6	32,0	34,3	34,1	19,4	26,7
30 - 34	52,3	39,3	45,6	55,4	46,3	50,7	60,3	36,1	47,7	62,1	49,1	55,3	48,9	41,1	44,9
35 - 39	102,5	61,5	81,1	96,7	54,5	74,7	97,0	56,2	75,8	112,1	60,6	85,4	107,6	60,0	82,9
40 - 44	185,0	114,2	148,4	192,4	89,2	138,9	180,7	101,4	139,5	158,1	100,0	128,0	197,8	94,8	144,4
45 - 49	279,8	200,4	240,2	282,6	175,0	228,6	263,7	176,4	219,5	282,4	160,9	220,6	269,5	198,2	233,2
50 - 54	411,7	351,9	381,8	417,9	346,2	382,4	378,2	335,6	357,2	383,3	325,1	354,8	398,7	344,7	372,2
55 - 59	579,6	631,3	605,5	568,3	606,6	587,5	578,8	612,7	595,8	588,3	636,9	612,6	534,5	564,6	549,6
60 - 64	707,8	912,7	807,1	698,6	938,4	815,4	692,5	900,2	794,2	669,0	946,4	805,2	728,0	994,2	858,7
65 - 69	903,6	1.425,0	1.144,8	895,9	1.301,6	1.084,4	893,8	1.299,6	1.082,7	827,3	1.315,2	1.054,9	983,8	1.506,7	1.227,7
70 - 74	1.160,8	1.908,5	1.460,7	1.087,6	1.888,2	1.421,5	1.090,4	1.899,4	1.436,9	1.048,9	1.891,0	1.415,1	1.084,2	1.948,4	1.460,0
75 - 79	1.331,3	2.469,8	1.664,1	1.256,1	2.138,7	1.523,9	1.261,9	2.097,4	1.529,2	1.333,3	2.115,1	1.599,8	1.405,4	2.546,4	1.794,4
80 - 84	1.674,9	2.831,0	1.966,5	1.611,2	2.650,0	1.879,0	1.506,2	2.690,3	1.812,9	1.493,1	2.569,7	1.772,1	1.662,5	3.036,9	2.018,7
85 u. ä.	2.051,3	3.729,9	2.390,7	2.118,4	3.011,8	2.298,2	1.884,7	2.978,3	2.105,4	1.818,4	2.772,4	2.012,3	1.830,3	2.935,5	2.054,9
insg.	412,8	385,5	399,5	408,0	370,4	389,7	394,9	375,9	385,6	390,8	386,6	388,7	412,2	413,2	412,7
insg. ²⁾	285,9	377,0	315,6	281,1	350,9	304,4	274,3	348,5	299,7	270,9	348,6	299,3	283,3	372,1	314,7

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

²⁾ Je 100.000 direkt altersstandardisiert an der Eurobev. alt.
(Datenquelle: GKR / Berechnung: GKR, Stand: 31.05.2006)

Tabelle 3.2.60:
Gemeldete Neuerkrankungen an ausgewählten bösartigen Neubildungen in Berlin
(nur Berliner) 2002 - 2004
nach Geschlecht
- absolut und je 100.000

Indikator 3.69

Geschlecht / Krebslokalisation	Gemeldete Neuerkrankungen											
	absolut						mit DCO-Fällen je 100.000 ¹⁾					
	2002			2003			2004			je 100.000 ²⁾		
	2002	2003	2004	2002	2003	2004	2002	2003	2004	2002	2003	2004
weiblich												
alle bösartigen Neubildungen (ohne C 44)	6.874	6.798	7.171	394,9	390,8	412,2	274,3	270,9	283,3	4.723	4.832	5.359
darunter:												
bösartige Neubildungen der Lippe, der Mundhöhle und des Rachens	105	113	104	6,0	6,5	6	4,4	4,9	4,5	83	97	90
Magenkrebs	225	221	243	12,9	12,7	14	7,8	7,3	8,2	121	116	168
Dickdarm-/Mastdarmkrebs	873	861	930	50,2	49,5	53,5	28,8	29	31,7	508	580	662
Bauchspeicheldrüsenkrebs	264	246	259	15,2	14,1	14,9	9,5	8,6	8,9	127	111	126
Lungenkrebs	704	673	639	40,4	38,7	36,7	28,6	26,9	26,1	450	449	413
bösartiges Melanom der Haut	167	171	145	9,6	9,8	8,3	7,6	7,6	6,4	155	159	136
Brustkrebs	1.889	1.932	2.032	108,5	111,1	116,8	81,8	83,7	85,1	1.542	1.598	1.704
Gebärmutterhalskrebs	216	227	234	12,4	13	13,5	10,2	10,7	10,7	182	193	203
bösartige Neubildung des lymphatischen, blutbildenden und verwandten Gewebes	508	508	529	29,2	29,2	30,4	20,7	20,7	21,6	345	324	375
männlich												
alle bösartigen Neubildungen (ohne C 44)	6.200	6.386	6.825	375,9	386,6	413,2	348,5	348,6	372,1	4.376	4.648	5.104
darunter:												
bösartige Neubildungen der Lippe, der Mundhöhle und des Rachens	302	293	294	18,3	17,7	17,8	16,7	15,4	15,7	256	264	250
Magenkrebs	266	262	273	16,1	15,9	16,5	15,2	14,6	14,9	174	192	183
Dickdarm-/Mastdarmkrebs	740	728	892	44,9	44,1	54	41,4	39,9	48,8	533	522	692
Bauchspeicheldrüsenkrebs	202	259	247	12,2	15,7	15	11,4	13,9	13,2	109	150	148
Lungenkrebs	1.207	1.174	1.182	73,2	71,1	71,6	66,5	63,3	63,9	818	763	746
bösartiges Melanom der Haut	159	172	175	9,6	10,4	10,6	8,6	9,3	9,4	146	152	168
Brustkrebs	23	20	25	1,4	1,2	1,5	1,2	1	1,2	17	18	23
Prostatakrebs	1.014	1.099	1.208	61,5	66,5	73,1	58,0	59,8	65,2	722	819	977
bösartige Neubildung des lymphatischen, blutbildenden und verwandten Gewebes	568	546	552	34,4	33,1	33,4	32,8	30,5	31	424	431	421

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

²⁾ Je 100.000 direkt altersstandardisiert an der Eurobev. alt. (Datenquelle: GKR / Berechnung: GKR, Stand: 31.05.2006)

Tabelle 3.2.61:
Gemeldete Neuerkrankungen an Lungenkrebs in Berlin (nur Berliner) 2000 - 2004
nach Altersgruppen und Geschlecht
- absolut und je 100.000 / ohne DCO-Fälle

Indikator 3.70

Alter in Jahren	Gemeldete Fälle an Lungenkrebs (C 33 - C 34)														
	2000			2001			2002			2003			2004		
	w.	m.	insg.	w.	m.	insg.	w.	m.	insg.	w.	m.	insg.	w.	m.	insg.
absolut															
0 - 4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
5 - 9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
10 - 14	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	1
15 - 19	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
20 - 24	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
25 - 29	-	1	1	-	-	-	-	1	1	-	-	-	1	-	1
30 - 34	1	4	5	-	2	2	2	1	3	1	-	1	-	-	-
35 - 39	3	3	6	2	5	7	4	8	12	8	4	12	7	3	10
40 - 44	14	13	27	13	13	26	9	21	30	8	13	21	9	14	23
45 - 49	27	33	60	17	34	51	25	31	56	24	25	49	22	34	56
50 - 54	25	58	83	31	53	84	33	61	94	35	57	92	39	56	95
55 - 59	55	124	179	42	116	158	67	98	165	55	105	160	54	78	132
60 - 64	69	159	228	71	163	234	59	166	225	76	148	224	63	163	226
65 - 69	56	154	210	74	136	210	79	178	257	75	163	238	78	152	230
70 - 74	68	131	199	60	125	185	74	151	225	63	147	210	45	116	161
75 - 79	43	53	96	48	50	98	54	65	119	57	79	136	50	80	130
80 - 84	15	29	44	17	27	44	28	26	54	31	30	61	32	38	70
85 u. ä.	8	15	23	8	10	18	16	11	27	16	12	28	12	12	24
insg.	384	777	1.161	383	734	1.117	450	818	1.268	449	783	1.232	413	746	1.159
je 100.000 ¹⁾															
0 - 4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
5 - 9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
10 - 14	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,3	-	0,6
15 - 19	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
20 - 24	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
25 - 29	-	0,8	0,4	-	-	-	-	0,9	0,4	-	-	-	0,9	-	0,4
30 - 34	0,7	2,5	1,6	-	1,3	0,7	1,5	0,7	1,1	0,8	-	0,4	-	-	-
35 - 39	1,9	1,8	1,8	1,3	2,9	2,1	2,5	4,7	3,7	5,2	2,4	3,7	4,5	1,8	3,1
40 - 44	11,2	9,7	10,4	10,1	9,4	9,7	6,7	14,5	10,7	5,7	8,6	7,2	6,4	9,2	7,9
45 - 49	22,7	27,8	25,2	14,5	28,7	21,7	21,5	26,0	23,8	20,6	20,7	20,7	18,9	28,2	23,6
50 - 54	24,3	56,4	40,4	28,2	49,1	38,6	28,7	54,7	41,5	29,9	50,6	40,1	33,4	49,7	41,4
55 - 59	44,8	100,2	72,6	37,7	103,5	70,7	65,2	95,0	80,1	55,8	106,8	81,3	54,8	79,4	67,0
60 - 64	58,9	144,3	100,3	58,4	141,2	98,8	47,7	139,9	92,8	61,4	124,0	92,1	50,9	136,5	92,9
65 - 69	69,7	222,8	140,5	85,9	181,7	130,4	84,7	219,1	147,2	74,3	184,7	125,8	77,3	172,2	121,6
70 - 74	96,0	276,3	168,3	85,9	250,0	154,3	107,6	293,0	187,0	92,7	281,1	174,6	66,2	221,8	133,9
75 - 79	67,0	199,8	105,8	77,1	184,4	109,7	88,5	226,5	132,6	93,5	250,5	147,0	82,0	253,7	140,5
80 - 84	37,9	217,2	83,1	39,0	178,4	75,0	58,9	156,5	84,2	61,8	170,9	90,1	63,8	216,5	103,4
85 u. ä.	13,3	98,2	30,4	13,8	68,6	24,8	29,5	80,3	39,8	31,7	93,2	44,2	23,8	93,2	37,9
insg.	22,1	47,3	34,3	22,0	44,6	33,0	25,9	49,6	37,4	25,8	47,4	36,3	23,7	45,2	34,2
insg. ²⁾	17,4	44,5	28,9	17,1	40,6	27,3	19,8	44,2	30,5	19,3	41,8	29,1	18,0	39,5	27,2

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

²⁾ Je 100.000 direkt altersstandardisiert an der Eurobev. alt.

(Datenquelle: GKR / Berechnung: GKR, Stand: 31.05.2006)

Tabelle 3.2.61 a:
Gemeldete Neuerkrankungen an Lungenkrebs in Berlin (nur Berliner) 2000 - 2004
nach Altersgruppen und Geschlecht
- absolut und je 100.000 / mit DCO-Fällen

Indikator 3.70

Alter in Jahren	Gemeldete Fälle an Lungenkrebs (C 33 - C 34)														
	2000			2001			2002			2003			2004		
	w.	m.	insg.	w.	m.	insg.	w.	m.	insg.	w.	m.	insg.	w.	m.	insg.
absolut															
0 - 4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
5 - 9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
10 - 14	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	1
15 - 19	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
20 - 24	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
25 - 29	-	1	1	-	-	-	-	1	1	-	-	-	1	-	1
30 - 34	1	4	5	-	2	2	2	1	3	1	-	1	1	-	1
35 - 39	4	4	8	2	6	8	4	8	12	9	4	13	8	3	11
40 - 44	16	17	33	13	15	28	14	22	36	9	17	26	12	16	28
45 - 49	33	46	79	25	44	69	30	36	66	26	34	60	28	44	72
50 - 54	35	75	110	38	77	115	41	77	118	40	74	114	45	76	121
55 - 59	68	181	249	60	153	213	84	137	221	68	139	207	68	104	172
60 - 64	89	229	318	99	244	343	83	229	312	99	210	309	89	223	312
65 - 69	73	215	288	101	199	300	110	241	351	101	245	346	102	237	339
70 - 74	103	209	312	105	217	322	99	223	322	96	216	312	77	196	273
75 - 79	77	105	182	99	101	200	102	109	211	93	132	225	95	147	242
80 - 84	59	76	135	56	66	122	71	79	150	81	66	147	66	89	155
85 u. ä.	75	74	149	62	43	105	64	44	108	50	37	87	46	47	93
insg.	633	1.236	1.869	660	1.167	1.827	704	1.207	1.911	673	1.174	1.847	639	1.182	1.821
je 100.000¹⁾															
0 - 4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
5 - 9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
10 - 14	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,3	-	0,6
15 - 19	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
20 - 24	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
25 - 29	-	0,8	0,4	-	-	-	-	0,9	0,4	-	-	-	0,9	-	0,4
30 - 34	0,7	2,5	1,6	-	1,3	0,7	1,5	0,7	1,1	0,8	-	0,4	0,8	-	0,4
35 - 39	2,6	2,3	2,4	1,3	3,5	2,4	2,5	4,7	3,7	5,8	2,4	4,0	5,2	1,8	3,4
40 - 44	12,8	12,7	12,8	10,1	10,8	10,5	10,4	15,2	12,9	6,4	11,2	8,9	8,5	10,5	9,6
45 - 49	27,7	38,7	33,2	21,3	37,2	29,3	25,8	30,2	28,0	22,3	28,2	25,3	24,0	36,5	30,4
50 - 54	34,1	72,9	53,5	34,6	71,3	52,8	35,6	69,1	52,1	34,2	65,7	49,7	38,5	67,5	52,7
55 - 59	55,4	146,3	101,0	53,9	136,5	95,3	81,7	132,8	107,3	69,0	141,4	105,1	69,0	105,8	87,4
60 - 64	76,0	207,8	139,9	81,5	211,4	144,8	67,1	193,0	128,7	80,0	175,9	127,1	71,9	186,8	128,3
65 - 69	90,9	311,0	192,7	117,2	265,9	186,3	117,9	296,6	201,1	100,1	277,5	182,9	101,1	268,5	179,2
70 - 74	145,5	440,8	263,9	150,3	434,0	268,6	143,9	432,7	267,6	141,2	413,0	259,4	113,3	374,8	227,0
75 - 79	119,9	395,9	200,6	159,0	372,4	223,8	167,2	379,8	235,2	152,5	418,6	243,2	155,8	466,1	261,6
80 - 84	149,0	569,2	255,0	128,5	436,2	207,8	149,4	475,5	233,8	161,5	376,0	217,1	131,6	507,1	228,9
85 u. ä.	124,4	484,2	197,1	107,1	295,0	144,9	118,1	321,2	159,1	99,0	287,3	137,3	91,1	365,0	146,8
insg.	36,4	75,2	55,2	37,9	70,9	54,0	40,4	73,2	56,4	38,7	71,1	54,5	36,7	71,6	53,7
insg.²⁾	25,7	72,4	44,5	26,7	65,9	43,2	28,6	66,5	44,4	26,9	63,3	42,3	26,1	63,9	41,4

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

²⁾ Je 100.000 direkt altersstandardisiert an der Eurobev. alt.

(Datenquelle: GKR / Berechnung: GKR, Stand: 31.05.2006)

Tabelle 3.2.62:
Gemeldete Neuerkrankungen an Brustkrebs (weiblich) und an Prostatakrebs in Berlin
(nur Berliner) 2000 - 2004
nach Altersgruppen
- absolut und je 100.000 / ohne DCO-Fälle

Indikatoren 3.71/3.72

Alter in Jahren	Gemeldete Fälle an ...									
	Brustkrebs (C 50)					Prostatakrebs (C 61)				
	2000	2001	2002	2003	2004	2000	2001	2002	2003	2004
absolut										
0 - 4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
5 - 9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
10 - 14	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
15 - 19	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
20 - 24	-	1	-	1	2	-	-	-	-	-
25 - 29	6	2	9	12	7	-	-	-	-	-
30 - 34	23	25	20	23	12	-	-	-	-	-
35 - 39	49	64	59	67	73	-	-	-	1	-
40 - 44	85	89	97	100	128	-	2	1	-	2
45 - 49	127	131	129	121	142	2	4	5	10	8
50 - 54	157	182	170	177	170	18	17	26	17	26
55 - 59	267	233	198	205	160	75	68	64	72	84
60 - 64	286	290	291	290	263	130	131	163	199	234
65 - 69	189	209	206	231	267	139	167	187	228	274
70 - 74	176	138	135	156	150	113	113	146	170	182
75 - 79	137	107	113	111	147	63	60	83	77	119
80 - 84	64	67	75	72	102	21	28	37	31	37
85 u. ä.	71	69	40	32	81	18	11	10	14	11
insg.	1.637	1.607	1.542	1.598	1.704	579	601	722	819	977
je 100.000¹⁾										
0 - 4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
5 - 9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
10 - 14	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
15 - 19	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
20 - 24	-	0,9	-	0,9	1,7	-	-	-	-	-
25 - 29	5,2	1,8	7,8	10,2	6,0	-	-	-	-	-
30 - 34	15,4	17,5	14,7	17,8	9,3	-	-	-	-	-
35 - 39	31,4	40,4	37,4	43,4	47,3	-	-	-	0,6	-
40 - 44	68,1	69,1	72,1	70,9	90,8	-	1,4	0,7	-	1,3
45 - 49	106,7	111,9	110,8	103,9	121,9	1,7	3,4	4,2	8,3	6,6
50 - 54	152,8	165,7	147,8	151,4	145,5	17,5	15,7	23,3	15,1	23,1
55 - 59	217,3	209,2	192,6	207,9	162,3	60,6	60,7	62,0	73,3	85,5
60 - 64	244,2	238,6	235,1	234,3	212,5	117,9	113,5	137,4	166,7	196,0
65 - 69	235,2	242,5	220,8	228,9	264,5	201,1	223,2	230,1	258,3	310,4
70 - 74	248,5	197,5	196,3	229,5	220,7	238,3	226,0	283,3	325,1	348,0
75 - 79	213,3	171,9	185,2	182,0	241,1	237,6	221,2	289,2	244,2	377,4
80 - 84	161,7	153,8	157,8	143,5	203,3	157,3	185,0	222,7	176,6	210,8
85 u. ä.	117,7	119,2	73,8	63,4	160,5	117,8	75,5	73,0	108,7	85,4
insg.	94,1	92,4	88,6	91,9	98,0	35,2	36,5	43,8	49,6	59,1
insg.²⁾	75,7	74,8	71,4	73,8	75,6	33,6	33,5	39,0	42,2	50,5

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

²⁾ Je 100.000 direkt altersstandardisiert an der Eurobev. alt.

(Datenquelle: GKR / Berechnung: GKR, Stand: 31.05.2006)

Tabelle 3.2.62 a:
Gemeldete Neuerkrankungen an Brustkrebs (weiblich) und an Prostatakrebs in Berlin
(nur Berliner) 2000 - 2004
nach Altersgruppen
- absolut und je 100.000 / mit DCO-Fällen

Indikatoren 3.71/3.72

Alter in Jahren	Gemeldete Fälle an ...									
	Brustkrebs (C 50)					Prostatakrebs (C 61)				
	2000	2001	2002	2003	2004	2000	2001	2002	2003	2004
absolut										
0 - 4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
5 - 9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
10 - 14	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
15 - 19	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
20 - 24	-	2	-	1	3	-	-	-	-	-
25 - 29	6	2	9	12	7	-	-	-	-	-
30 - 34	23	25	20	23	13	-	-	-	-	-
35 - 39	49	64	64	67	73	-	-	-	1	-
40 - 44	86	99	100	105	128	-	2	1	-	2
45 - 49	133	134	135	128	144	2	5	6	10	8
50 - 54	163	190	182	186	179	20	18	27	20	27
55 - 59	276	247	205	218	175	77	74	72	75	88
60 - 64	300	312	310	305	279	145	154	173	216	241
65 - 69	210	228	235	252	293	164	192	204	248	293
70 - 74	201	160	170	176	169	145	152	182	205	203
75 - 79	181	144	154	162	194	137	117	131	136	169
80 - 84	111	106	134	132	165	82	81	99	92	89
85 u. ä.	193	203	171	165	210	162	121	119	96	88
insg.	1.932	1.916	1.889	1.932	2.032	934	916	1.014	1.099	1.208
je 100.000 ¹⁾										
0 - 4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
5 - 9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
10 - 14	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
15 - 19	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
20 - 24	-	1,9	-	0,9	2,6	-	-	-	-	-
25 - 29	5,2	1,8	7,8	10,2	6,0	-	-	-	-	-
30 - 34	15,4	17,5	14,7	17,8	10,1	-	-	-	-	-
35 - 39	31,4	40,4	40,6	43,4	47,3	-	-	-	0,6	-
40 - 44	68,9	76,8	74,4	74,5	90,8	-	1,4	0,7	-	1,3
45 - 49	111,7	114,4	115,9	109,9	123,6	1,7	4,2	5,0	8,3	6,6
50 - 54	158,7	173,0	158,2	159,1	153,2	19,4	16,7	24,2	17,8	24,0
55 - 59	224,7	221,7	199,4	221,1	177,5	62,2	66,0	69,8	76,3	89,5
60 - 64	256,1	256,7	250,5	246,4	225,4	131,6	133,4	145,8	180,9	201,9
65 - 69	261,4	264,6	251,8	249,7	290,3	237,3	256,6	251,1	280,9	331,9
70 - 74	283,8	229,0	247,1	258,9	248,6	305,8	304,0	353,1	392,0	388,2
75 - 79	281,8	231,3	252,4	265,7	318,2	516,6	431,4	456,4	431,3	535,9
80 - 84	280,4	243,3	281,9	263,1	328,9	614,1	535,3	595,8	524,2	507,1
85 u. ä.	320,1	350,8	315,6	326,8	416,0	1.060,1	830,1	868,7	745,5	683,4
insg.	111,0	110,2	108,5	111,1	116,8	56,8	55,7	61,5	66,5	73,1
insg. ²⁾	84,3	84,0	81,8	83,7	85,1	57,5	53,9	58,0	59,8	65,2

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

²⁾ Je 100.000 direkt altersstandardisiert an der Eurobev. alt.
 (Datenquelle: GKR / Berechnung: GKR, Stand: 31.05.2006)

Tabelle 3.2.63:

Indikator 3.73

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle, ohne Stundenfälle) infolge bösartiger Neubildungen in Berlin (nur Berliner) 2003 und 2004 nach Altersgruppen und Geschlecht - absolut und je 100.000

Alter in Jahren	Stationäre Behandlungsfälle infolge bösartiger Neubildungen (C 00 - C 97)					
	absolut			je 100.000 ¹⁾		
	weiblich	männlich	insgesamt	weiblich	männlich	insgesamt
2003						
0	2	18	20	14,4	122,6	69,9
1 - 4	54	88	142	97,7	153,0	125,9
5 - 9	53	121	174	82,8	178,8	132,1
10 - 14	104	269	373	138,4	338,1	241,1
15 - 19	144	113	257	162,0	122,5	141,9
20 - 24	103	197	300	89,9	177,3	133,0
25 - 29	164	194	358	139,7	163,6	151,7
30 - 34	322	289	611	249,9	208,6	228,5
35 - 39	722	548	1.270	467,9	328,7	395,6
40 - 44	1.061	628	1.689	752,4	413,3	576,5
45 - 49	1.483	945	2.428	1.272,9	783,7	1.024,1
50 - 54	2.277	1.850	4.127	1.948,3	1.643,5	1.798,8
55 - 59	2.885	2.858	5.743	2.926,3	2.907,7	2.917,0
60 - 64	4.098	5.126	9.224	3.312,2	4.293,4	3.794,0
65 - 69	4.038	4.895	8.933	4.000,6	5.545,4	4.721,2
70 - 74	3.183	3.665	6.848	4.682,7	7.007,8	5.693,8
75 - 79	2.681	2.268	4.949	4.396,7	7.191,8	5.349,5
80 - 84	2.068	1.303	3.371	4.122,4	7.424,5	4.978,2
85 - 89	936	519	1.455	3.552,6	7.398,4	4.361,1
90 - 94	551	198	749	2.965,6	4.774,5	3.295,8
95 und älter	101	29	130	1.817,5	1.685,1	1.786,2
insgesamt	27.030	26.121	53.151	1.553,8	1.581,2	1.567,2
insgesamt²⁾	x	x	x	1.180,1	1.414,0	1.264,8
2004						
0	16	21	37	113,8	141,2	127,9
1 - 4	84	188	272	153,3	328,9	243,0
5 - 9	51	101	152	79,1	149,0	114,9
10 - 14	97	67	164	138,9	90,4	113,9
15 - 19	122	79	201	137,6	85,7	111,2
20 - 24	122	167	289	106,2	150,4	127,9
25 - 29	190	192	382	158,0	158,5	158,3
30 - 34	328	336	664	268,2	257,0	262,4
35 - 39	644	466	1.110	433,1	289,6	358,5
40 - 44	1.072	665	1.737	730,8	421,0	570,2
45 - 49	1.393	1.116	2.509	1.180,6	905,4	1.040,0
50 - 54	2.147	1.976	4.123	1.835,3	1.752,2	1.794,5
55 - 59	2.653	2.725	5.378	2.758,9	2.865,3	2.811,8
60 - 64	3.960	4.968	8.928	3.233,3	4.189,8	3.703,8
65 - 69	4.349	5.523	9.872	4.077,7	5.876,8	4.920,5
70 - 74	2.984	3.817	6.801	4.288,4	6.974,6	5.471,0
75 - 79	2.948	2.597	5.545	4.793,3	7.445,7	5.753,3
80 - 84	2.068	1.362	3.430	4.061,4	7.554,1	4.975,0
85 - 89	830	454	1.284	3.404,3	6.794,4	4.133,4
90 - 94	526	208	734	2.862,1	5.021,7	3.259,3
95 und älter	114	32	146	1.898,7	1.723,2	1.857,0
insgesamt	26.698	27.060	53.758	1.538,2	1.638,2	1.586,9
insgesamt²⁾	x	x	x	1.152,0	1.426,4	1.258,1

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

²⁾ Je 100.000 direkt altersstandardisiert an der Eurobev. alt.

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil II: Diagnosen / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.63 a:

Indikator 3.73

**Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle)
infolge bösartiger Neubildungen in Berlin (nur Berliner) 2003 und 2004
nach Altersgruppen und Geschlecht
- absolut und je 100.000**

Alter in Jahren	Stationäre Behandlungsfälle infolge bösartiger Neubildungen (C 00 - C 97)					
	absolut			je 100.000 ¹⁾		
	weiblich	männlich	insgesamt	weiblich	männlich	insgesamt
2003						
0	3	28	31	21,5	190,7	108,3
1 - 4	69	176	245	124,9	306,1	217,3
5 - 9	111	206	317	173,4	304,4	240,7
10 - 14	190	517	707	252,9	649,9	457,0
15 - 19	249	136	385	280,2	147,4	212,6
20 - 24	106	206	312	92,5	185,5	138,3
25 - 29	177	198	375	150,8	167,0	158,9
30 - 34	340	293	633	263,8	211,5	236,7
35 - 39	755	563	1.318	489,3	337,7	410,6
40 - 44	1.106	655	1.761	784,3	431,1	601,1
45 - 49	1.567	977	2.544	1.345,0	810,2	1.073,0
50 - 54	2.385	1.898	4.283	2.040,7	1.686,2	1.866,8
55 - 59	2.992	2.958	5.950	3.034,9	3.009,4	3.022,2
60 - 64	4.229	5.267	9.496	3.418,0	4.411,5	3.905,9
65 - 69	4.143	5.001	9.144	4.104,6	5.665,4	4.832,8
70 - 74	3.264	3.747	7.011	4.801,8	7.164,6	5.829,3
75 - 79	2.738	2.312	5.050	4.490,2	7.331,3	5.458,7
80 - 84	2.106	1.333	3.439	4.198,1	7.595,4	5.078,6
85 - 89	953	528	1.481	3.617,1	7.526,7	4.439,0
90 - 94	556	201	757	2.992,5	4.846,9	3.331,0
95 und älter	102	29	131	1.835,5	1.685,1	1.799,9
insgesamt	28.141	27.229	55.370	1.617,7	1.648,3	1.632,6
insgesamt²⁾	x	x	x	1.244,4	1.491,9	1.335,5
2004						
0	16	30	46	113,8	201,7	159,0
1 - 4	105	299	404	191,7	523,0	360,9
5 - 9	83	142	225	128,8	209,5	170,1
10 - 14	143	99	242	204,7	133,6	168,1
15 - 19	222	91	313	250,4	98,8	173,1
20 - 24	126	177	303	109,6	159,4	134,1
25 - 29	200	203	403	166,3	167,6	167,0
30 - 34	357	352	709	291,9	269,2	280,2
35 - 39	741	494	1.235	498,3	307,0	398,9
40 - 44	1.164	716	1.880	793,5	453,3	617,1
45 - 49	1.554	1.187	2.741	1.317,0	963,1	1.136,2
50 - 54	2.379	2.058	4.437	2.033,6	1.824,9	1.931,1
55 - 59	2.920	2.947	5.867	3.036,6	3.098,8	3.067,5
60 - 64	4.495	5.417	9.912	3.670,2	4.568,4	4.112,0
65 - 69	4.764	6.006	10.770	4.466,8	6.390,8	5.368,0
70 - 74	3.147	4.040	7.187	4.522,7	7.382,1	5.781,5
75 - 79	3.136	2.729	5.865	5.099,0	7.824,2	6.085,3
80 - 84	2.176	1.376	3.552	4.273,5	7.631,7	5.151,9
85 - 89	854	458	1.312	3.502,7	6.854,2	4.223,5
90 - 94	536	212	748	2.916,5	5.118,3	3.321,5
95 und älter	118	32	150	1.965,4	1.723,2	1.907,9
insgesamt	29.236	29.065	58.301	1.684,4	1.759,6	1.721,0
insgesamt²⁾	x	x	x	1.275,4	1.537,3	1.375,0

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

²⁾ Je 100.000 direkt altersstandardisiert an der Eurobev. alt.

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil II: Diagnosen / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.64:

Indikator 3.75

Medizinische Rehabilitation und sonstige Leistungen zur Teilhabe wegen bösartiger Neubildungen in Berlin 2003 und 2004 nach ausgewählten Altersgruppen und Geschlecht - absolut und je 100.000 aktiv Versicherte

Jahr / Alter in Jahren	Medizinische Rehabilitation und sonstige Leistungen zur Teilhabe wegen bösartiger Neubildungen				
	insgesamt (C 00 - C 97)		darunter:		
	weiblich	männlich	Lungenkrebs (C 33 - C 34)		Brustkrebs (C 50)
			weiblich	männlich	weiblich
2003	absolut				
0 - 19	-	-	-	-	-
20 - 24	10	11	-	-	-
25 - 29	17	12	-	-	4
30 - 34	46	23	1	-	16
35 - 39	118	52	2	-	53
40 - 44	211	70	6	4	124
45 - 49	304	92	10	4	168
50 - 54	465	157	13	10	270
55 - 59	487	294	27	26	275
60 - 64	736	563	38	38	390
65 und älter ¹⁾	1.414	1.148	53	83	615
insgesamt	3.808	2.422	150	165	1.915
	je 100.000 aktiv Versicherte				
0 - 19	-	-	-	-	-
20 - 24	13,8	14,3	-	-	-
25 - 29	22,5	14,7	-	-	5,3
30 - 34	57,2	25,2	1,2	-	19,9
35 - 39	115,9	46,6	2,0	-	52,1
40 - 44	211,6	66,5	6,0	3,8	124,4
45 - 49	375,4	112,3	12,3	4,9	207,5
50 - 54	584,5	206,7	16,3	13,2	339,4
55 - 59	802,2	477,3	44,5	42,2	453,0
60 - 64	2.283,7	1.192,9	117,9	80,5	1.210,1
65 und älter ¹⁾	x	x	x	x	x
insgesamt	538,3	318,7	21,2	21,7	270,7
2004	absolut				
0 - 19	-	-	-	-	-
20 - 24	11	14	-	-	-
25 - 29	19	11	1	-	5
30 - 34	43	26	-	-	16
35 - 39	134	53	3	2	69
40 - 44	220	58	8	1	112
45 - 49	316	110	12	4	180
50 - 54	445	186	12	20	256
55 - 59	472	257	22	27	264
60 - 64	730	529	33	36	382
65 und älter ¹⁾	1.596	1.178	66	84	693
insgesamt	3.986	2.422	157	174	1.977
	je 100.000 aktiv Versicherte				
0 - 19	-	-	-	-	-
20 - 24	15,3	18,7	-	-	-
25 - 29	24,5	13,3	1,3	-	6,4
30 - 34	57,2	30,5	-	-	21,3
35 - 39	139,6	50,2	3,1	1,9	71,9
40 - 44	215,8	54,3	7,8	0,9	109,9
45 - 49	384,4	131,2	14,6	4,8	219,0
50 - 54	565,3	247,3	15,2	26,6	325,2
55 - 59	786,5	429,0	36,7	45,1	439,9
60 - 64	2.175,5	1.121,5	98,3	76,3	1.138,4
65 und älter ¹⁾	x	x	x	x	x
insgesamt	568,7	324,0	22,4	23,3	282,1

¹⁾ Bei über 65-Jährigen werden Leistungen für medizinische Rehabilitation von der BfA übernommen.
(Datenquelle: VDR / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.65:
Rentenzugänge wegen verminderter Erwerbsfähigkeit infolge ausgewählter bösartiger Neubildungen Berlin 2002 - 2004
nach Geschlecht
- absolut und je 100.000 aktiv Versicherte

Indikator 3.76

Jahr / Krebslokalisation	Rentenzugänge wegen verminderter Erwerbsfähigkeit infolge ausgewählter bösartigen Neubildungen					
	absolut			je 100.000 aktiv Versicherte		
	weiblich	männlich	insgesamt	weiblich	männlich	insgesamt
2002						
alle bösartigen Neubildungen	416	471	887	58,0	61,0	59,5
darunter:						
bösartige Neubildungen der Lippe, der Mundhöhle und des Rachens	19	53	72	2,6	6,9	4,8
Magenkrebs	11	22	33	1,5	2,8	2,2
Dickdarm-/Mastdarmkrebs	32	59	91	4,5	7,6	6,1
Bauchspeicheldrüsenkrebs	6	22	28	0,8	2,8	1,9
Lungenkrebs	39	84	123	5,4	10,9	8,3
bösartiges Melanom der Haut	10	3	13	1,4	0,4	0,9
Brustkrebs	125	1	126	17,4	0,1	8,5
Gebärmutterhalskrebs	18	x	18	2,5	x	x
Prostatakrebs	x	29	29	x	3,8	x
bösartige Neubildung des lymph., blutbild. und verwandten Gewebes	35	47	82	4,9	6,1	5,5
2003						
alle bösartigen Neubildungen	505	522	1.027	71,4	68,7	70,0
darunter:						
bösartige Neubildungen der Lippe, der Mundhöhle und des Rachens	15	69	84	2,1	9,1	5,7
Magenkrebs	12	23	35	1,7	3,0	2,4
Dickdarm-/Mastdarmkrebs	48	51	99	6,8	6,7	6,7
Bauchspeicheldrüsenkrebs	11	24	35	1,6	3,2	2,4
Lungenkrebs	63	132	195	8,9	17,4	13,3
bösartiges Melanom der Haut	11	8	19	1,6	1,1	1,3
Brustkrebs	148	-	148	20,9	-	10,1
Gebärmutterhalskrebs	28	x	28	4,0	x	x
Prostatakrebs	x	29	29	x	3,8	x
bösartige Neubildung des lymph., blutbild. und verwandten Gewebes	38	46	84	5,4	6,1	5,7
2004						
alle bösartigen Neubildungen	467	491	958	66,6	65,7	66,1
darunter:						
bösartige Neubildungen der Lippe, der Mundhöhle und des Rachens	25	64	89	3,6	8,6	6,1
Magenkrebs	8	20	28	1,1	2,7	1,9
Dickdarm-/Mastdarmkrebs	40	51	91	5,7	6,8	6,3
Bauchspeicheldrüsenkrebs	20	13	33	2,9	1,7	2,3
Lungenkrebs	59	95	154	8,4	12,7	10,6
bösartiges Melanom der Haut	10	9	19	1,4	1,2	1,3
Brustkrebs	121	1	122	17,3	0,1	8,4
Gebärmutterhalskrebs	19	x	19	2,7	x	x
Prostatakrebs	x	20	20	x	2,7	x
bösartige Neubildung des lymph., blutbild. und verwandten Gewebes	38	62	100	5,4	8,3	6,9

(Datenquelle: VDR / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.66:
Geschlechtsspezifische Mortalität bei ausgewählten bösartigen Neubildungen
in Berlin 2001 - 2004
- absolut und je 100.000

Indikator 3.77

Krebslokalisation	Gestorbene an bösartigen Neubildungen											
	absolut				je 100.000 ¹⁾				je 100.000 ²⁾			
	2001	2002	2003	2004	2001	2002	2003	2004	2001	2002	2003	2004
	weiblich											
alle bösartigen Neubildungen	4.078	4.126	4.018	3.884	234,5	237,0	231,0	223,8	144,6	147,0	143,2	139,0
darunter:												
bösartige Neubildungen der Lippe, der Mundhöhle u. des Rachens	68	57	61	44	3,9	3,3	3,5	2,5	2,8	2,3	2,4	1,9
Magenkrebs	218	176	207	164	12,5	10,1	11,9	9,4	7,0	5,8	7,0	5,4
Dickdarm-/Mastdarmkrebs	570	603	519	517	32,8	34,6	29,8	29,8	17,8	18,2	15,6	15,9
Bauchspeicheldrüsenkrebs	245	285	265	277	14,1	16,4	15,2	16,0	8,0	9,8	8,6	9,5
Lungenkrebs	620	622	665	609	35,6	35,7	38,2	35,1	24,5	24,6	25,9	24,0
bösartiges Melanom der Haut	55	78	47	36	3,2	4,5	2,7	2,1	2,0	3,1	2,0	1,4
Brustkrebs	654	675	634	689	37,6	38,8	36,4	39,7	25,0	26,0	24,6	26,2
Gebärmutterhalskrebs	88	92	97	96	5,1	5,3	5,6	5,5	3,8	4,2	4,2	4,0
bösartige Neubildungen des Gehirns und sonstiger Teile des ZNS	82	94	79	93	4,7	5,4	4,5	5,4	3,4	4,0	3,2	3,8
bösartige Neubildung des lymph., blutbild. und verwandten Gewebes	340	312	351	259	19,5	17,9	20,2	14,9	11,7	10,8	12,3	9,0
	männlich											
alle bösartigen Neubildungen	3.867	3.941	4.051	3.975	234,9	238,9	245,2	240,6	226,6	223,4	224,0	212,8
darunter:												
bösartige Neubildungen der Lippe, der Mundhöhle u. des Rachens	164	188	199	152	10,0	11,4	12,0	9,2	8,9	10,2	10,6	8,0
Magenkrebs	223	189	212	208	13,5	11,5	12,8	12,6	12,9	10,8	12,0	11,1
Dickdarm-/Mastdarmkrebs	418	433	446	439	25,4	26,2	27,0	26,6	24,8	26,9	24,9	23,8
Bauchspeicheldrüsenkrebs	203	230	249	261	12,3	13,9	15,1	15,8	11,9	12,8	13,3	13,8
Lungenkrebs	1.032	1.092	1.146	1.105	62,7	66,2	69,4	66,9	58,9	60,6	61,7	57,6
bösartiges Melanom der Haut	49	37	57	50	3,0	2,2	3,5	3,0	2,8	2,2	3,1	2,6
Brustkrebs	9	5	6	4	0,5	0,3	0,4	0,2	0,6	0,3	0,3	0,2
Prostatakrebs	395	392	370	333	24,0	23,8	22,4	20,2	25,0	24,1	22,1	19,2
bösartige Neubildungen des Gehirns und sonstiger Teile des ZNS	85	97	113	109	5,2	5,9	6,8	6,6	4,9	5,4	6,2	5,5
bösartige Neubildung des lymph., blutbild. und verwandten Gewebes	321	311	291	308	19,5	18,9	17,6	18,6	18,9	17,8	16,1	17,0
	insgesamt											
alle bösartigen Neubildungen	7.945	8.067	8.069	7.859	234,7	237,9	237,9	232,0	175,3	176,7	175,0	167,7
darunter:												
bösartige Neubildungen der Lippe, der Mundhöhle u. des Rachens	232	245	260	196	6,9	7,2	7,7	5,8	5,6	6,0	6,2	4,7
Magenkrebs	441	365	419	372	13,0	10,8	12,4	11,0	9,4	7,7	8,9	7,8
Dickdarm-/Mastdarmkrebs	988	1.036	965	956	29,2	30,6	28,5	28,2	20,9	21,2	19,3	19,1
Bauchspeicheldrüsenkrebs	448	515	514	538	13,2	15,2	15,2	15,9	9,8	11,3	10,9	11,3
Lungenkrebs	1.652	1.714	1.811	1.714	48,8	50,6	53,4	50,6	38,5	39,2	41,2	37,9
bösartiges Melanom der Haut	104	115	104	86	3,1	3,4	3,1	2,5	2,4	2,6	2,4	1,9
Brustkrebs	663	680	640	693	19,6	20,1	18,9	20,5	14,6	15,0	14,1	14,9
bösartige Neubildungen des Gehirns und sonstiger Teile des ZNS	167	191	192	202	4,9	5,6	5,7	6,0	4,1	4,7	4,7	4,6
bösartige Neubildung des lymph., blutbild. und verwandten Gewebes	661	623	642	567	19,5	18,4	18,9	16,7	14,6	13,6	13,9	11,9

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

²⁾ Je 100.000 direkt altersstandardisiert an der Eurobev. alt.

(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.67:
Alters- und geschlechtsspezifische Mortalität bei ausgewählten bösartigen Neubildungen
in Berlin 2004
- absolut und je 100.000 der entsprechenden Altersgruppe

Indikator 3.77

Alter in Jahren	Gestorbene an bösartigen Neubildungen					
	insgesamt (C 00 - C 97)		darunter:			
			Lungenkrebs (C 33 - C 34)		Brustkrebs (C 50)	
	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich
absolut						
0	-	-	-	-	-	-
1 - 4	-	-	-	-	-	-
5 - 9	1	-	-	-	-	-
10 - 14	-	1	-	-	-	-
15 - 19	-	3	-	-	-	-
20 - 24	4	6	-	-	-	-
25 - 29	7	7	-	-	-	-
30 - 34	13	12	1	-	1	-
35 - 39	25	27	4	4	4	-
40 - 44	53	54	8	11	10	-
45 - 49	93	123	17	35	19	-
50 - 54	197	203	36	63	57	-
55 - 59	247	302	57	84	53	-
60 - 64	422	616	90	204	90	1
65 - 69	546	743	101	227	115	1
70 - 74	445	649	85	201	72	1
75 - 79	597	542	107	141	93	1
80 - 84	584	411	57	95	88	-
85 - 89	309	168	28	28	41	-
90 - 94	266	92	13	10	40	-
95 und älter	75	16	5	2	6	-
insgesamt	3.884	3.975	609	1.105	689	4
je 100.000 ¹⁾						
0	-	-	-	-	-	-
1 - 4	-	-	-	-	-	-
5 - 9	1,6	-	-	-	-	-
10 - 14	-	1,3	-	-	-	-
15 - 19	-	3,3	-	-	-	-
20 - 24	3,5	5,4	-	-	-	-
25 - 29	5,8	5,8	-	-	-	-
30 - 34	10,6	9,2	0,8	-	0,8	-
35 - 39	16,8	16,8	2,7	2,5	2,7	-
40 - 44	36,1	34,2	5,5	7,0	6,8	-
45 - 49	78,8	99,8	14,4	28,4	16,1	-
50 - 54	168,4	180,0	30,8	55,9	48,7	-
55 - 59	256,9	317,6	59,3	88,3	55,1	-
60 - 64	344,6	519,5	73,5	172,0	73,5	0,8
65 - 69	511,9	790,6	94,7	241,5	107,8	1,1
70 - 74	639,5	1.185,9	122,2	367,3	103,5	1,8
75 - 79	970,7	1.553,9	174,0	404,3	151,2	2,9
80 - 84	1.146,9	2.279,5	111,9	526,9	172,8	-
85 - 89	1.267,4	2.514,2	114,8	419,0	168,2	-
90 - 94	1.447,4	2.221,1	70,7	241,4	217,7	-
95 und älter	1.249,2	861,6	83,3	107,7	99,9	-
insgesamt	223,8	240,6	35,1	66,9	39,7	0,2
insgesamt ²⁾	139,0	212,8	24,0	57,6	26,2	0,2

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

²⁾ Je 100.000 direkt altersstandardisiert an der Eurobev. alt.

(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Stoffwechselkrankheiten

Tabelle 3.2.68:
Diabetes mellitus in Berlin (nur Berliner) 1994 - 2004
nach ausgewählten Indikatoren und Geschlecht
- absolut und je 100.000

Indikator 3.78

Jahr	Diabetes mellitus					
	Krankenhausfälle ¹⁾		Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und sonstige Leistungen zur Teilhabe ²⁾		Sterbefälle	
	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich
absolut						
1994	5.379	2.827	126	205	538	261
1995	4.516	2.557	159	261	550	283
1996	3.994	2.234	202	257	620	290
1997	3.852	2.341	107	198	783	373
1998	3.907	2.700	95	150	330	195
1999	3.587	2.543	110	157	439	230
2000	3.666	2.674	181	212	515	294
2001	3.489	2.640	123	189	600	319
2002	3.634	2.912	147	189	618	367
2003	3.715	3.327	127	183	756	440
2004	3.551	3.538	97	153	580	423
je 100.000 ³⁾						
1994	297,5	169,4	17,1	24,9	29,8	15,6
1995	250,9	153,0	22,1	32,8	30,6	16,9
1996	222,9	133,4	28,7	32,3	34,6	17,3
1997	216,8	140,3	15,5	25,3	44,1	22,4
1998	222,1	163,1	14,1	19,5	18,8	11,8
1999	205,5	154,4	15,5	20,0	25,1	14,0
2000	210,7	162,7	25,1	26,9	29,6	17,9
2001	200,6	160,4	17,1	24,4	34,5	19,4
2002	208,8	176,5	20,5	24,5	35,5	22,2
2003	213,6	201,4	18,0	24,2	43,5	26,6
2004	204,6	214,2	13,9	20,5	33,4	25,6
je 100.000 ⁴⁾						
1994	206,5	178,4	x	x	14,9	17,3
1995	176,3	159,8	x	x	14,7	19,0
1996	150,0	136,0	x	x	16,2	19,0
1997	147,4	142,1	x	x	21,4	24,6
1998	147,8	162,6	x	x	8,9	12,5
1999	137,4	152,3	x	x	12,1	14,1
2000	137,8	157,0	x	x	13,5	18,2
2001	131,0	152,3	x	x	15,7	19,4
2002	134,8	166,7	x	x	16,4	21,7
2003	138,6	186,6	x	x	19,6	25,3
2004	131,5	193,4	x	x	15,7	23,6

¹⁾ Bis 1999 ohne Stundenfälle, ab 2000 mit Stundenfällen.

²⁾ Alter 0 - 64 Jahre.

³⁾ Krankenhausfälle und Sterblichkeit je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung, Rehabilitationsmaßnahmen je 100.000 aktiv Versicherte.

⁴⁾ Je 100.000 direkt altersstandardisiert an der Eurobev. alt.

(Datenquelle: StaLa Berlin (Krankenhausfälle (KHStatV-Teil II: Diagnosen) und Sterbefälle) / VDR (Rehabilitationsmaßnahmen) / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.69:

Indikator 3.80

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle, ohne Stundenfälle) wegen Diabetes mellitus in Berlin (nur Berliner) 2003 und 2004 nach Altersgruppen und Geschlecht - absolut und je 100.000

Alter in Jahren	Stationäre Behandlungsfälle wegen Diabetes mellitus							
	insgesamt (E 10 - E 14)				darunter: primär insulinabhängige Fälle (E 10 / TYP I)			
	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich
	2003		2004		2003		2004	
	absolut							
0	-	-	1	2	-	-	-	2
1 - 4	14	10	10	13	14	9	10	12
5 - 9	21	28	17	27	21	28	15	25
10 - 14	61	95	57	67	59	91	54	61
15 - 19	43	59	30	44	39	56	28	43
20 - 24	38	30	28	36	31	27	26	34
25 - 29	25	28	35	31	20	21	27	24
30 - 34	34	47	32	39	18	31	28	29
35 - 39	46	83	44	81	25	38	24	46
40 - 44	68	120	59	140	16	27	22	57
45 - 49	94	177	94	164	18	38	21	35
50 - 54	146	251	134	298	21	36	22	26
55 - 59	173	355	187	297	14	45	10	26
60 - 64	297	516	260	526	19	34	16	25
65 - 69	405	531	394	583	22	38	14	28
70 - 74	429	388	403	464	20	26	16	10
75 - 79	499	279	504	347	20	14	15	9
80 - 84	613	191	587	228	12	13	17	5
85 - 89	399	86	370	85	11	4	10	3
90 - 94	265	47	249	59	8	1	3	3
95 und älter	45	6	56	7	-	-	3	-
insgesamt	3.715	3.327	3.551	3.538	408	577	381	503
	je 100.000 ¹⁾							
0	-	-	7,1	13,4	-	-	-	13,4
1 - 4	25,3	17,4	18,3	22,7	25,3	15,7	18,3	21,0
5 - 9	32,8	41,4	26,4	39,8	32,8	41,4	23,3	36,9
10 - 14	81,2	119,4	81,6	90,4	78,5	114,4	77,3	82,3
15 - 19	48,4	63,9	33,8	47,7	43,9	60,7	31,6	46,7
20 - 24	33,2	27,0	24,4	32,4	27,1	24,3	22,6	30,6
25 - 29	21,3	23,6	29,1	25,6	17,0	17,7	22,5	19,8
30 - 34	26,4	33,9	26,2	29,8	14,0	22,4	22,9	22,2
35 - 39	29,8	49,8	29,6	50,3	16,2	22,8	16,1	28,6
40 - 44	48,2	79,0	40,2	88,6	11,3	17,8	15,0	36,1
45 - 49	80,7	146,8	79,7	133,1	15,5	31,5	17,8	28,4
50 - 54	124,9	223,0	114,5	264,2	18,0	32,0	18,8	23,1
55 - 59	175,5	361,2	194,5	312,3	14,2	45,8	10,4	27,3
60 - 64	240,0	432,2	212,3	443,6	15,4	28,5	13,1	21,1
65 - 69	401,2	601,5	369,4	620,4	21,8	43,0	13,1	29,8
70 - 74	631,1	741,9	579,2	847,8	29,4	49,7	23,0	18,3
75 - 79	818,3	884,7	819,5	994,9	32,8	44,4	24,4	25,8
80 - 84	1.222,0	1.088,3	1.152,8	1.264,6	23,9	74,1	33,4	27,7
85 - 89	1.514,4	1.225,9	1.517,6	1.272,1	41,8	57,0	41,0	44,9
90 - 94	1.426,3	1.133,3	1.354,9	1.424,4	43,1	24,1	16,3	72,4
95 und älter	809,8	348,6	932,7	377,0	-	-	50,0	-
insgesamt	213,6	201,4	204,6	214,2	23,5	34,9	22,0	30,5
insgesamt ²⁾	138,6	186,6	131,5	193,4	25,5	37,3	23,6	32,1

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

²⁾ Je 100.000 direkt altersstandardisiert an der Eurobev. alt.

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil II: Diagnosen / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.69 a:

Indikator 3.80

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle) wegen Diabetes mellitus in Berlin (nur Berliner) 2003 und 2004 nach Altersgruppen und Geschlecht - absolut und je 100.000

Alter in Jahren	Stationäre Behandlungsfälle wegen Diabetes mellitus							
	insgesamt (E 10 - E 14)				darunter: primär insulinabhängige Fälle (E 10 / TYP I)			
	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich
	2003		2004		2003		2004	
	absolut							
0	-	-	1	2	-	-	-	2
1 - 4	15	11	10	13	15	10	10	12
5 - 9	21	29	17	27	21	29	15	25
10 - 14	62	98	58	67	60	93	55	61
15 - 19	44	61	31	45	40	58	28	44
20 - 24	40	30	30	36	31	27	27	34
25 - 29	25	32	35	33	20	24	27	24
30 - 34	35	48	34	42	19	32	29	32
35 - 39	47	88	44	83	25	40	24	47
40 - 44	69	128	63	145	16	32	25	59
45 - 49	96	179	96	168	18	38	22	36
50 - 54	146	254	134	304	21	37	22	26
55 - 59	175	358	188	302	14	45	10	28
60 - 64	298	522	261	530	19	34	16	25
65 - 69	407	540	399	590	22	39	14	29
70 - 74	434	392	403	465	21	27	16	10
75 - 79	503	281	506	350	20	14	15	9
80 - 84	622	192	588	229	13	13	17	5
85 - 89	403	87	370	85	12	4	10	3
90 - 94	266	47	252	59	8	1	3	3
95 und älter	45	6	56	7	-	-	3	-
insgesamt	3.753	3.383	3.576	3.582	415	597	388	514
	je 100.000 ¹⁾							
0	-	-	7,1	13,4	-	-	-	13,4
1 - 4	27,2	19,1	18,3	22,7	27,2	17,4	18,3	21,0
5 - 9	32,8	42,9	26,4	39,8	32,8	42,9	23,3	36,9
10 - 14	82,5	123,2	83,0	90,4	79,8	116,9	78,7	82,3
15 - 19	49,5	66,1	35,0	48,8	45,0	62,9	31,6	47,7
20 - 24	34,9	27,0	26,1	32,4	27,1	24,3	23,5	30,6
25 - 29	21,3	27,0	29,1	27,2	17,0	20,2	22,5	19,8
30 - 34	27,2	34,6	27,8	32,1	14,7	23,1	23,7	24,5
35 - 39	30,5	52,8	29,6	51,6	16,2	24,0	16,1	29,2
40 - 44	48,9	84,2	42,9	91,8	11,3	21,1	17,0	37,3
45 - 49	82,4	148,4	81,4	136,3	15,5	31,5	18,6	29,2
50 - 54	124,9	225,7	114,5	269,6	18,0	32,9	18,8	23,1
55 - 59	177,5	364,2	195,5	317,6	14,2	45,8	10,4	29,4
60 - 64	240,9	437,2	213,1	447,0	15,4	28,5	13,1	21,1
65 - 69	403,2	611,7	374,1	627,8	21,8	44,2	13,1	30,9
70 - 74	638,5	749,5	579,2	849,7	30,9	51,6	23,0	18,3
75 - 79	824,9	891,0	822,7	1.003,5	32,8	44,4	24,4	25,8
80 - 84	1.239,9	1.094,0	1.154,8	1.270,1	25,9	74,1	33,4	27,7
85 - 89	1.529,6	1.240,2	1.517,6	1.272,1	45,5	57,0	41,0	44,9
90 - 94	1.431,6	1.133,3	1.371,2	1.424,4	43,1	24,1	16,3	72,4
95 und älter	809,8	348,6	932,7	377,0	-	-	50,0	-
insgesamt	215,7	204,8	206,0	216,9	23,9	36,1	22,4	31,1
insgesamt ²⁾	140,2	189,8	132,6	195,8	25,9	38,6	24,0	32,7

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

²⁾ Je 100.000 direkt altersstandardisiert an der Eurobev. alt.

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil II: Diagnosen / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.70:
Rentenzugänge wegen verminderter Erwerbsfähigkeit infolge von Diabetes mellitus
in Berlin 1994 - 2004
nach Altersgruppen und Geschlecht
- absolut und je 100.000 aktiv Versicherte

Indikator 3.81

Geschlecht / Jahr	Rentenzugänge wegen Diabetes mellitus							
	Alter in Jahren							
	0 - 34	35 - 39	40 - 44	45 - 49	50 - 54	55 - 59	60 u. älter	insgesamt
absolut								
weiblich								
1994	4	4	5	15	36	67	2	133
1995	1	3	6	12	37	58	8	125
1996	2	-	8	15	22	43	4	95
1997	2	3	4	4	26	40	6	85
1998	4	2	3	8	8	23	5	53
1999	1	1	-	9	10	18	2	41
2000	1	-	2	7	7	25	1	43
2001	2	-	5	8	7	18	1	41
2002	1	-	2	2	11	15	-	31
2003	1	-	1	3	6	10	1	22
2004	3	1	-	3	9	15	2	33
männlich								
1994	5	10	9	21	63	83	21	212
1995	-	2	5	26	52	89	25	199
1996	1	1	4	9	55	85	19	174
1997	1	1	9	16	30	60	18	135
1998	1	4	4	14	43	69	16	151
1999	3	2	5	18	24	74	13	139
2000	1	5	3	14	27	47	13	110
2001	3	4	3	14	30	39	7	100
2002	-	1	5	5	24	31	8	74
2003	3	1	5	10	8	36	9	72
2004	1	2	5	8	16	22	10	64
je 100.000 aktiv Versicherte								
weiblich								
1994	1,4	4,5	5,5	20,1	36,7	81,2	10,4	18,0
1995	0,4	3,3	6,9	15,4	42,7	69,8	40,6	17,4
1996	0,8	-	9,5	18,1	28,7	49,1	19,7	13,5
1997	0,8	3,2	4,9	4,8	36,4	46,7	29,0	12,3
1998	1,6	2,1	3,7	9,7	12,0	27,7	23,8	7,9
1999	0,4	1,0	-	10,8	14,9	21,4	8,1	5,7
2000	0,4	-	2,3	8,5	9,7	32,5	3,8	6,0
2001	0,8	-	5,5	9,9	9,1	26,8	3,4	5,7
2002	0,4	-	2,1	2,5	13,9	23,5	-	4,3
2003	0,4	-	1,0	3,7	7,5	16,5	3,0	3,1
2004	1,2	1,0	-	3,6	11,4	25,0	5,7	4,7
männlich								
1994	1,6	9,9	9,8	27,3	59,9	93,3	47,6	25,6
1995	-	1,9	5,6	33,4	57,5	101,0	69,2	24,9
1996	0,3	0,9	4,5	10,8	67,3	89,6	52,0	21,8
1997	0,3	0,9	10,2	19,3	39,9	64,3	50,0	17,2
1998	0,3	3,5	4,6	17,1	62,1	76,5	45,1	19,6
1999	1,0	1,7	5,5	22,0	35,3	83,9	32,4	17,7
2000	0,3	4,2	3,2	17,3	37,9	59,0	30,4	13,9
2001	1,0	3,4	3,1	17,4	40,3	56,7	15,4	12,9
2002	-	0,9	5,0	6,1	31,6	47,4	16,9	9,6
2003	1,1	0,9	4,7	12,2	10,5	58,4	18,2	9,5
2004	0,4	1,9	4,7	9,5	21,3	36,7	20,1	8,6

(Datenquelle: VDR / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Psychische und Verhaltensstörungen, Mortalität bei Suizid und bei alkoholbedingten Krankheiten sowie Drogentote

Tabelle 3.2.71:

Psychische und Verhaltensstörungen in Berlin (nur Berliner) 1994 - 2004
nach ausgewählten Indikatoren und Geschlecht
- absolut

Indikator 3.82

Jahr	Psychische und Verhaltensstörungen					
	Krankenhausfälle ¹⁾				Sterbefälle ²⁾	
	ohne Stundenfälle		mit Stundenfällen			
	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich
1994	17.723	17.500	18.496	18.546	337	545
1995	18.057	19.248	18.716	20.552	323	473
1996	19.020	20.706	19.706	22.127	315	456
1997	18.122	20.630	18.808	22.051	344	453
1998	18.436	20.806	19.098	22.079	132	344
1999	17.535	21.157	18.225	22.487	240	354
2000	17.679	21.722	18.461	23.269	186	311
2001	17.948	21.984	18.702	23.310	186	365
2002	18.773	22.644	19.247	23.564	188	359
2003	19.359	23.008	19.958	24.015	314	432
2004	19.250	23.059	19.892	24.080	374	483

Jahr	Psychische und Verhaltensstörungen					
	Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und sonstige Leistungen zur Teilhabe ³⁾		Rentenzugänge wegen verminderter Erwerbsfähigkeit ³⁾		Arbeitsunfähigkeitsfälle ⁴⁾	
	weiblich	männlich	weiblich	männlich		
	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich
1994	3.192	3.212	2.228	1.446	.	.
1995	6.116	3.944	2.449	1.714	.	.
1996	7.428	4.584	2.810	1.976	.	.
1997	5.350	3.940	2.518	1.803	.	.
1998	5.202	4.430	2.388	1.722	.	.
1999	5.782	4.698	2.162	1.549	.	.
2000	6.982	4.986	1.876	1.434	.	.
2001	7.182	5.028	1.902	1.501	.	.
2002	7.248	4.996	1.551	1.187	.	.
2003	3.391	2.563	1.581	1.289	.	.
2004	3.174	2.345	1.592	1.345	.	.

Datenquellen:

¹⁾ StaLa Berlin, KHStatV-Teil II: Diagnosen.²⁾ StaLa Berlin.³⁾ VDR (Alter 0 - 64 Jahre).⁴⁾ BMG, GKV: KG 8-Statistik.

Tabelle 3.2.71 a:
Psychische und Verhaltensstörungen in Berlin (nur Berliner) 1994 - 2004
nach ausgewählten Indikatoren und Geschlecht
- je 100.000

Indikator 3.82

Jahr	Psychische und Verhaltensstörungen					
	Krankenhausfälle				Sterbefälle	
	ohne Stundenfälle		mit Stundenfällen			
	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich
je 100.000 ¹⁾						
1994	980,2	1.048,4	1.023,0	1.111,1	18,6	32,7
1995	1.003,4	1.151,6	1.040,0	1.229,6	17,9	28,3
1996	1.061,6	1.236,3	1.099,9	1.321,1	17,6	27,2
1997	1.020,0	1.236,6	1.058,6	1.321,7	19,4	27,2
1998	1.048,2	1.256,8	1.085,9	1.333,7	7,5	20,8
1999	1.004,4	1.284,2	1.043,9	1.364,9	13,7	21,5
2000	1.016,0	1.321,3	1.060,9	1.415,4	10,7	18,9
2001	1.032,0	1.335,6	1.075,3	1.416,2	10,7	22,2
2002	1.078,5	1.372,7	1.105,7	1.428,5	10,8	21,8
2003	1.112,9	1.392,8	1.147,3	1.453,8	18,1	26,2
2004	1.109,1	1.396,0	1.146,0	1.457,8	21,5	29,2
je 100.000 ²⁾						
1994	862,6	964,1	899,9	1.014,9	11,7	31,1
1995	888,1	1.053,6	919,4	1.115,9	10,5	27,9
1996	933,8	1.129,3	966,7	1.198,0	10,8	26,0
1997	903,0	1.120,0	937,4	1.188,8	11,1	25,9
1998	921,2	1.133,4	955,8	1.194,8	5,4	19,6
1999	884,0	1.157,5	918,3	1.225,2	7,4	19,9
2000	902,6	1.200,2	942,3	1.278,0	6,4	17,3
2001	930,4	1.216,0	970,0	1.282,3	6,0	20,0
2002	954,6	1.235,0	985,9	1.285,9	6,8	19,2
2003	997,7	1.260,7	1.031,2	1.316,3	9,6	23,3
2004	990,7	1.259,6	1.027,5	1.316,4	11,3	26,6

Jahr	Psychische und Verhaltensstörungen					
	Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und sonstige Leistungen zur Teilhabe ³⁾		Rentenzugänge wegen verminderter Erwerbsfähigkeit ³⁾		Arbeitsunfähigkeitsfälle ⁴⁾	
	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich
	je 100.000					
1994	433,1	389,8	302,1	174,6	.	.
1995	850,3	495,1	340,4	214,2	.	.
1996	1.054,0	576,7	398,7	248,1	.	.
1997	774,7	502,8	364,5	229,7	.	.
1998	771,5	576,4	354,1	223,8	.	.
1999	811,6	597,8	303,2	196,7	.	.
2000	968,5	633,5	260,0	181,8	.	.
2001	999,9	648,7	264,6	193,3	.	.
2002	1.011,8	647,9	216,3	153,6	.	.
2003	480,2	338,3	223,5	169,6	.	.
2004	453,8	314,7	227,1	179,9	.	.

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

²⁾ Je 100.000 direkt altersstandardisiert an der Eurobev. alt.

³⁾ Je 100.000 aktiv Versicherte / Alter 0 - 64 Jahre.

⁴⁾ Je 100.000 GKV-Pflichtmitglieder.

(Datenquelle: siehe Tabelle 3.2.71 / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.72:

Indikator 3.83

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle) wegen psychischer und Verhaltensstörungen in Berlin (nur Berliner) 2003 nach Altersgruppen
- absolut und je 100.000 / weiblich

Alter in Jahren	Stationäre Behandlungsfälle wegen psychischer und Verhaltensstörungen					
	insgesamt F00 - F99, G30	darunter:				
		psychische u. Verhaltensstörungen durch Alkohol (F 10)	Störungen durch psychotrope Substanzen (F11 - F19)	Schizophrenie (F20 - F29)	affektive Störungen (F30 - F39)	gerontopsychiatr. Krankheiten (F00, F01, F02, F03, G30)
absolut						
0	18	-	-	-	-	-
1 - 4	63	-	-	-	5	-
5 - 9	80	-	-	-	-	-
10 - 14	386	28	12	7	38	-
15 - 19	1.055	53	102	84	169	-
20 - 24	1.396	91	168	230	243	-
25 - 29	1.286	78	126	350	228	-
30 - 34	1.613	133	136	408	334	-
35 - 39	2.271	376	163	611	510	1
40 - 44	2.141	493	97	511	513	1
45 - 49	1.728	455	57	396	413	3
50 - 54	1.621	339	56	415	435	7
55 - 59	1.064	289	25	240	301	6
60 - 64	1.126	209	26	308	334	12
65 - 69	871	121	20	194	307	31
70 - 74	669	56	18	94	267	50
75 - 79	768	34	16	67	241	103
80 - 84	882	14	16	53	236	185
85 - 89	547	1	8	23	79	135
90 - 94	453	-	6	17	43	125
95 und älter	86	-	-	-	3	19
insgesamt	20.124	2.770	1.052	4.008	4.699	678
je 100.000¹⁾						
0	129,2	-	-	-	-	-
1 - 4	114,0	-	-	-	9,1	-
5 - 9	124,9	-	-	-	-	-
10 - 14	513,7	37,3	16,0	9,3	50,6	-
15 - 19	1.187,1	59,6	114,8	94,5	190,2	-
20 - 24	1.218,6	79,4	146,6	200,8	212,1	-
25 - 29	1.095,5	66,4	107,3	298,1	194,2	-
30 - 34	1.251,6	103,2	105,5	316,6	259,2	-
35 - 39	1.471,9	243,7	105,6	396,0	330,5	0,6
40 - 44	1.518,3	349,6	68,8	362,4	363,8	0,7
45 - 49	1.483,2	390,5	48,9	339,9	354,5	2,6
50 - 54	1.387,0	290,1	47,9	355,1	372,2	6,0
55 - 59	1.079,2	293,1	25,4	243,4	305,3	6,1
60 - 64	910,1	168,9	21,0	248,9	270,0	9,7
65 - 69	862,9	119,9	19,8	192,2	304,2	30,7
70 - 74	984,2	82,4	26,5	138,3	392,8	73,6
75 - 79	1.259,5	55,8	26,2	109,9	395,2	168,9
80 - 84	1.758,2	27,9	31,9	105,7	470,4	368,8
85 - 89	2.076,1	3,8	30,4	87,3	299,8	512,4
90 - 94	2.438,1	-	32,3	91,5	231,4	672,8
95 und älter	1.547,6	-	-	-	54,0	341,9
insgesamt	1.156,8	159,2	60,5	230,4	270,1	39,0
insgesamt²⁾	1.035,6	148,1	58,6	209,0	234,3	17,6

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

²⁾ Je 100.000 / altersstand. Eurobev. alt.

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil II: Diagnosen / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.72 a:

Indikator 3.83

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle) wegen psychischer und Verhaltensstörungen in Berlin (nur Berliner) 2004 nach Altersgruppen
- absolut und je 100.000 / weiblich

Alter in Jahren	Stationäre Behandlungsfälle wegen psychischer und Verhaltensstörungen					
	insgesamt F00 - F99, G30	psychische u. Verhaltensstörungen durch Alkohol (F 10)	Störungen durch psychotrope Substanzen (F11 - F19)	Schizophrenie (F20 - F29)	affektive Störungen (F30 - F39)	gerontopsychiatr. Krankheiten (F00, F01, F02, F03, G30)
absolut						
0	13	-	1	-	1	-
1 - 4	59	-	-	-	-	-
5 - 9	108	-	-	-	2	-
10 - 14	360	29	9	-	23	-
15 - 19	1.170	74	111	67	164	-
20 - 24	1.385	69	195	229	191	-
25 - 29	1.179	92	93	330	172	-
30 - 34	1.340	147	110	363	240	-
35 - 39	2.081	343	116	536	455	-
40 - 44	2.156	514	91	527	449	-
45 - 49	1.760	445	42	408	454	2
50 - 54	1.776	371	36	393	512	2
55 - 59	1.040	263	42	227	281	9
60 - 64	1.084	166	34	293	316	27
65 - 69	972	136	32	191	318	40
70 - 74	673	64	16	78	254	59
75 - 79	787	36	13	71	254	114
80 - 84	986	18	13	51	268	207
85 - 89	540	1	9	18	90	129
90 - 94	501	-	5	13	56	128
95 und älter	127	-	1	2	2	34
insgesamt	20.097	2.768	969	3.797	4.502	751
je 100.000¹⁾						
0	92,4	-	7,1	-	7,1	-
1 - 4	107,7	-	-	-	-	-
5 - 9	167,5	-	-	-	3,1	-
10 - 14	515,4	41,5	12,9	-	32,9	-
15 - 19	1.319,7	83,5	125,2	75,6	185,0	-
20 - 24	1.205,3	60,0	169,7	199,3	166,2	-
25 - 29	980,5	76,5	77,3	274,4	143,0	-
30 - 34	1.095,5	120,2	89,9	296,8	196,2	-
35 - 39	1.399,4	230,7	78,0	360,4	306,0	-
40 - 44	1.469,8	350,4	62,0	359,3	306,1	-
45 - 49	1.491,6	377,1	35,6	345,8	384,8	1,7
50 - 54	1.518,2	317,1	30,8	335,9	437,7	1,7
55 - 59	1.081,5	273,5	43,7	236,1	292,2	9,4
60 - 64	885,1	135,5	27,8	239,2	258,0	22,0
65 - 69	911,4	127,5	30,0	179,1	298,2	37,5
70 - 74	967,2	92,0	23,0	112,1	365,0	84,8
75 - 79	1.279,6	58,5	21,1	115,4	413,0	185,4
80 - 84	1.936,4	35,4	25,5	100,2	526,3	406,5
85 - 89	2.214,8	4,1	36,9	73,8	369,1	529,1
90 - 94	2.726,1	-	27,2	70,7	304,7	696,5
95 und älter	2.115,3	-	16,7	33,3	33,3	566,3
insgesamt	1.157,9	159,5	55,8	218,8	259,4	43,3
insgesamt²⁾	1.033,3	148,6	54,7	198,0	221,3	19,7

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

²⁾ Je 100.000 / altersstand. Eurobev. alt.

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil II: Diagnosen / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.72 b:

Indikator 3.83

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle) wegen psychischer und Verhaltensstörungen in Berlin (nur Berliner) 2003 nach Altersgruppen - absolut und je 100.000 / männlich

Alter in Jahren	Stationäre Behandlungsfälle wegen psychischer und Verhaltensstörungen					
	insgesamt F00 - F99, G30	darunter:				
		psychische u. Verhaltensstö- rungen durch Alkohol (F 10)	Störungen durch psychotrope Substanzen (F11 - F19)	Schizophrenie (F20 - F29)	affektive Störungen (F30 - F39)	gerontopsychiatr. Krankheiten (F00, F01,F02, F03, G30)
absolut						
0	26	-	-	1	3	-
1 - 4	74	-	-	-	7	-
5 - 9	210	-	-	-	4	-
10 - 14	368	17	8	4	20	-
15 - 19	803	107	170	165	77	-
20 - 24	1.608	156	374	611	149	-
25 - 29	1.755	313	364	605	137	-
30 - 34	2.416	693	399	668	236	-
35 - 39	3.575	1.507	457	758	355	1
40 - 44	3.654	1.902	306	558	401	1
45 - 49	3.052	1.716	182	379	390	3
50 - 54	2.102	1.152	83	291	280	5
55 - 59	1.422	819	21	164	239	14
60 - 64	1.115	527	22	139	189	30
65 - 69	697	275	15	84	135	38
70 - 74	410	94	2	31	84	62
75 - 79	328	50	4	15	49	67
80 - 84	252	13	1	5	42	71
85 - 89	148	1	6	3	11	46
90 - 94	74	-	-	1	5	27
95 und älter	22	-	1	1	1	3
insgesamt	24.111	9.342	2.415	4.483	2.814	368
je 100.000 ¹⁾						
0	177,0	-	-	6,8	20,4	-
1 - 4	128,7	-	-	-	12,2	-
5 - 9	310,3	-	-	-	5,9	-
10 - 14	462,6	21,4	10,1	5,0	25,1	-
15 - 19	870,4	116,0	184,3	178,8	83,5	-
20 - 24	1.447,6	140,4	336,7	550,1	134,1	-
25 - 29	1.480,1	264,0	307,0	510,2	115,5	-
30 - 34	1.743,6	500,1	288,0	482,1	170,3	-
35 - 39	2.144,1	903,8	274,1	454,6	212,9	0,6
40 - 44	2.405,0	1.251,8	201,4	367,3	263,9	0,7
45 - 49	2.531,0	1.423,1	150,9	314,3	323,4	2,5
50 - 54	1.867,4	1.023,4	73,7	258,5	248,7	4,4
55 - 59	1.446,7	833,2	21,4	166,9	243,2	14,2
60 - 64	933,9	441,4	18,4	116,4	158,3	25,1
65 - 69	789,6	311,5	17,0	95,2	152,9	43,0
70 - 74	784,0	179,7	3,8	59,3	160,6	118,5
75 - 79	1.040,1	158,5	12,7	47,6	155,4	212,5
80 - 84	1.435,9	74,1	5,7	28,5	239,3	404,6
85 - 89	2.109,8	14,3	85,5	42,8	156,8	655,7
90 - 94	1.784,4	-	-	24,1	120,6	651,1
95 und älter	1.278,3	-	58,1	58,1	58,1	174,3
insgesamt	1.459,6	565,5	146,2	271,4	170,3	22,3
insgesamt ²⁾	1.322,1	489,0	131,6	241,6	152,2	22,2

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

²⁾ Je 100.000 / altersstand. Eurobev. alt.

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil II: Diagnosen / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.72 c:

Indikator 3.83

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle) wegen psychischer und Verhaltensstörungen in Berlin (nur Berliner) 2004 nach Altersgruppen
- absolut und je 100.000 / männlich

Alter in Jahren	Stationäre Behandlungsfälle wegen psychischer und Verhaltensstörungen					
	insgesamt F00 - F99, G30	psychische u. Verhaltensstörungen durch Alkohol (F 10)	Störungen durch psychotrope Substanzen (F11 - F19)	Schizophrenie (F20 - F29)	affektive Störungen (F30 - F39)	gerontopsychiatr. Krankheiten (F00, F01,F02, F03, G30)
absolut						
0	15	-	2	-	-	-
1 - 4	77	-	-	-	3	-
5 - 9	190	-	-	-	5	-
10 - 14	329	20	5	9	19	-
15 - 19	769	96	190	145	69	-
20 - 24	1.648	148	412	664	101	-
25 - 29	1.840	285	417	638	154	-
30 - 34	2.121	594	428	598	179	-
35 - 39	3.421	1.398	414	780	344	-
40 - 44	3.786	1.877	357	605	396	1
45 - 49	3.029	1.664	162	431	356	-
50 - 54	2.184	1.238	70	291	296	3
55 - 59	1.389	763	33	164	232	6
60 - 64	1.168	589	21	139	220	26
65 - 69	853	317	10	74	197	43
70 - 74	433	88	4	27	101	72
75 - 79	365	38	3	23	75	70
80 - 84	315	15	8	9	45	69
85 - 89	142	3	1	-	16	25
90 - 94	82	-	-	2	3	20
95 und älter	18	-	1	-	-	4
insgesamt	24.174	9.133	2.538	4.599	2.811	339
je 100.000¹⁾						
0	100,8	-	13,4	-	-	-
1 - 4	134,7	-	-	-	5,2	-
5 - 9	280,3	-	-	-	7,4	-
10 - 14	444,1	27,0	6,7	12,1	25,6	-
15 - 19	834,5	104,2	206,2	157,4	74,9	-
20 - 24	1.484,0	133,3	371,0	597,9	91,0	-
25 - 29	1.519,2	235,3	344,3	526,8	127,1	-
30 - 34	1.622,2	454,3	327,4	457,4	136,9	-
35 - 39	2.126,3	868,9	257,3	484,8	213,8	-
40 - 44	2.396,7	1.188,2	226,0	383,0	250,7	0,6
45 - 49	2.457,5	1.350,1	131,4	349,7	288,8	-
50 - 54	1.936,6	1.097,8	62,1	258,0	262,5	2,7
55 - 59	1.460,5	802,3	34,7	172,4	243,9	6,3
60 - 64	985,0	496,7	17,7	117,2	185,5	21,9
65 - 69	907,6	337,3	10,6	78,7	209,6	45,8
70 - 74	791,2	160,8	7,3	49,3	184,6	131,6
75 - 79	1.046,5	108,9	8,6	65,9	215,0	200,7
80 - 84	1.747,1	83,2	44,4	49,9	249,6	382,7
85 - 89	2.125,1	44,9	15,0	-	239,4	374,1
90 - 94	1.979,7	-	-	48,3	72,4	482,9
95 und älter	969,3	-	53,9	-	-	215,4
insgesamt	1.463,5	552,9	153,6	278,4	170,2	20,5
insgesamt²⁾	1.321,8	476,7	139,9	248,7	150,0	19,2

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

²⁾ Je 100.000 / altersstand. Eurobev. alt.

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil II: Diagnosen / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.73:

Indikator 3.85

Medizinische Rehabilitation und sonstige Leistungen zur Teilhabe wegen psychischer und Verhaltensstörungen in Berlin 2002 - 2004
nach Altersgruppen und Geschlecht
- absolut

Jahr / Alter in Jahren	Medizinische Rehabilitation und sonstige Leistungen zur Teilhabe wegen psychischer und Verhaltensstörungen									
	insgesamt F00 - F99, G30		darunter:							
			psychische und Verhaltens- störungen durch Alkohol (F 10)		Störungen durch psychotrope Substanzen (F11 - F19)		Schizophrenie (F20 - F29)		affektive Störungen (F30 - F39)	
	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich
2002										
0 - 19	4	9	-	-	2	5	-	-	1	1
20 - 24	65	61	2	10	13	37	2	-	9	1
25 - 29	122	113	4	31	11	51	1	6	18	5
30 - 34	257	226	23	103	14	48	4	1	77	23
35 - 39	481	384	53	178	8	50	7	6	151	34
40 - 44	609	479	58	272	10	29	10	2	191	56
45 - 49	655	448	60	222	2	15	9	5	271	50
50 - 54	778	408	47	146	5	6	6	6	315	95
55 - 59	557	280	41	68	1	2	4	-	215	88
60 - 64	96	90	4	15	-	-	-	-	33	30
insgesamt	3.624	2.498	292	1.045	66	243	43	26	1.281	383
2003										
0 - 19	6	4	-	-	2	4	-	-	1	-
20 - 24	46	75	5	12	14	58	1	2	5	1
25 - 29	115	122	10	31	15	57	1	4	20	4
30 - 34	228	220	20	82	19	64	5	5	68	17
35 - 39	435	390	53	199	15	60	13	8	116	38
40 - 44	635	508	98	294	12	27	6	8	214	57
45 - 49	611	474	70	257	11	8	5	5	227	64
50 - 54	704	398	48	166	1	8	13	5	292	87
55 - 59	502	270	37	86	-	-	5	2	212	76
60 - 64	109	102	7	22	-	-	-	-	44	38
insgesamt	3.391	2.563	348	1.149	89	286	49	39	1.199	382
2004										
0 - 19	7	6	2	-	1	6	-	-	1	-
20 - 24	47	64	1	7	14	47	-	1	5	-
25 - 29	111	101	7	26	13	46	5	2	16	5
30 - 34	167	191	14	73	15	61	5	2	39	12
35 - 39	402	359	58	166	13	58	5	9	119	49
40 - 44	605	470	76	277	8	24	11	4	192	56
45 - 49	592	433	78	227	5	12	9	2	215	71
50 - 54	669	375	62	164	5	5	5	2	273	99
55 - 59	480	254	31	80	3	1	3	1	205	67
60 - 64	94	92	8	14	-	-	-	-	42	28
insgesamt	3.174	2.345	337	1.034	77	260	43	23	1.107	387

(Datenquelle: VDR)

Tabelle 3.2.73 a:
Medizinische Rehabilitation und sonstige Leistungen zur Teilhabe wegen psychischer und Verhaltensstörungen in Berlin 2002 - 2004
nach Altersgruppen und Geschlecht
- je 100.000 aktiv Versicherte

Indikator 3.85

Jahr / Alter in Jahren	Medizinische Rehabilitation und sonstige Leistungen zur Teilhabe wegen psychischer und Verhaltensstörungen									
	darunter:									
	insgesamt F00 - F99, G30		psychische und Verhaltens- störungen durch Alkohol (F 10)		Störungen durch psychotrope Substanzen (F11 - F19)		Schizophrenie (F20 - F29)		affektive Störungen (F30 - F39)	
	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich
2002										
0 - 19	15,6	32,7	-	-	7,8	18,1	-	-	3,9	3,6
20 - 24	87,2	77,3	2,7	12,7	17,4	46,9	2,7	-	12,1	1,3
25 - 29	163,7	139,1	5,4	38,2	14,8	62,8	1,3	7,4	24,1	6,2
30 - 34	296,1	230,2	26,5	104,9	16,1	48,9	4,6	1,0	88,7	23,4
35 - 39	456,2	332,8	50,3	154,3	7,6	43,3	6,6	5,2	143,2	29,5
40 - 44	636,9	474,2	60,7	269,3	10,5	28,7	10,5	2,0	199,7	55,4
45 - 49	809,7	549,0	74,2	272,0	2,5	18,4	11,1	6,1	335,0	61,3
50 - 54	983,5	537,1	59,4	192,2	6,3	7,9	7,6	7,9	398,2	125,1
55 - 59	871,9	428,2	64,2	104,0	1,6	3,1	6,3	-	336,5	134,6
60 - 64	327,6	197,6	13,7	32,9	-	-	-	-	112,6	65,9
insgesamt	506,3	324,1	40,8	135,6	9,2	31,5	6,0	3,4	179,0	49,7
2003										
0 - 19	26,5	16,3	-	-	8,8	16,3	-	-	4,4	-
20 - 24	63,3	97,6	6,9	15,6	19,3	75,5	1,4	2,6	6,9	1,3
25 - 29	152,5	149,8	13,3	38,1	19,9	70,0	1,3	4,9	26,5	4,9
30 - 34	283,7	240,9	24,9	89,8	23,6	70,1	6,2	5,5	84,6	18,6
35 - 39	427,2	349,7	52,1	178,5	14,7	53,8	12,8	7,2	113,9	34,1
40 - 44	636,9	482,4	98,3	279,2	12,0	25,6	6,0	7,6	214,6	54,1
45 - 49	754,6	578,8	86,4	313,8	13,6	9,8	6,2	6,1	280,3	78,2
50 - 54	884,9	524,1	60,3	218,6	1,3	10,5	16,3	6,6	367,0	114,6
55 - 59	827,0	438,4	61,0	139,6	-	-	8,2	3,2	349,2	123,4
60 - 64	338,2	216,1	21,7	46,6	-	-	-	-	136,5	80,5
insgesamt	480,2	338,3	49,3	151,7	12,6	37,8	6,9	5,1	169,8	50,4
2004										
0 - 19	31,7	25,4	9,1	-	4,5	25,4	-	-	4,5	-
20 - 24	65,2	85,4	1,4	9,3	19,4	62,7	-	1,3	6,9	-
25 - 29	142,9	122,3	9,0	31,5	16,7	55,7	6,4	2,4	20,6	6,1
30 - 34	222,1	224,0	18,6	85,6	19,9	71,6	6,6	2,3	51,9	14,1
35 - 39	418,9	339,9	60,4	157,2	13,5	54,9	5,2	8,5	124,0	46,4
40 - 44	593,4	439,6	74,5	259,1	7,8	22,4	10,8	3,7	188,3	52,4
45 - 49	720,1	516,6	94,9	270,8	6,1	14,3	10,9	2,4	261,5	84,7
50 - 54	849,8	498,5	78,8	218,0	6,4	6,6	6,4	2,7	346,8	131,6
55 - 59	799,8	424,0	51,7	133,5	5,0	1,7	5,0	1,7	341,6	111,8
60 - 64	280,1	195,0	23,8	29,7	-	-	-	-	125,2	59,4
insgesamt	453,8	314,7	48,2	138,8	11,0	34,9	6,1	3,1	158,3	51,9

(Datenquelle: VDR / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.74:
Rentenzugänge wegen verminderter Erwerbsfähigkeit infolge psychischer und Verhaltensstörungen in Berlin 2003 und 2004
nach Altersgruppen und Geschlecht
- absolut und je 100.000 aktiv Versicherte

Indikator 3.86

Jahr / Alter in Jahren	Rentenzugänge wegen verminderter Erwerbsfähigkeit infolge psychischer und Verhaltensstörungen									
	darunter:									
	insgesamt F00 - F99, G30		psychische und Verhaltens- störungen durch Alkohol (F10)		Störungen durch psychotrope Substanzen (F11 - F19)		Schizophrenie (F20 - F29)		affektive Störungen (F30 - F39)	
	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich
2003										
absolut										
0 - 34	84	108	3	4	-	1	23	69	12	5
35 - 39	144	145	6	19	2	3	39	54	25	20
40 - 44	214	182	11	38	4	4	31	47	69	28
45 - 49	266	205	17	69	-	7	28	26	93	42
50 - 54	455	278	18	78	1	2	41	21	192	72
55 - 59	389	306	21	59	-	1	17	14	168	98
60 und älter	29	65	2	12	-	-	2	4	10	15
insgesamt	1.581	1.289	78	279	7	18	181	235	569	280
je 100.000 aktiv Versicherte										
0 - 34	33,5	39,4	1,2	1,5	-	0,4	9,2	25,2	4,8	1,8
35 - 39	141,4	130,0	5,9	17,0	2,0	2,7	38,3	48,4	24,6	17,9
40 - 44	214,6	172,8	11,0	36,1	4,0	3,8	31,1	44,6	69,2	26,6
45 - 49	328,5	250,3	21,0	84,3	-	8,5	34,6	31,7	114,9	51,3
50 - 54	571,9	366,1	22,6	102,7	1,3	2,6	51,5	27,7	241,3	94,8
55 - 59	640,8	496,8	34,6	95,8	-	1,6	28,0	22,7	276,7	159,1
60 und älter	86,4	131,2	6,0	24,2	-	-	6,0	8,1	29,8	30,3
insgesamt	223,5	169,6	11,0	36,7	1,0	2,4	25,6	30,9	80,4	36,8
2004										
absolut										
0 - 34	123	140	-	5	1	5	46	88	17	10
35 - 39	122	127	2	17	3	5	25	49	32	10
40 - 44	210	207	7	56	1	10	36	47	58	26
45 - 49	284	238	25	80	3	6	40	36	97	49
50 - 54	438	299	24	86	3	3	33	19	193	77
55 - 59	378	272	13	63	1	1	13	13	189	81
60 und älter	37	62	2	17	-	1	1	-	17	19
insgesamt	1.592	1.345	73	324	12	31	194	252	603	272
je 100.000 aktiv Versicherte										
0 - 34	49,8	52,5	-	1,9	0,4	1,9	18,6	33,0	6,9	3,8
35 - 39	127,1	120,3	2,1	16,1	3,1	4,7	26,0	46,4	33,3	9,5
40 - 44	206,0	193,6	6,9	52,4	1,0	9,4	35,3	44,0	56,9	24,3
45 - 49	345,5	284,0	30,4	95,4	3,6	7,2	48,7	43,0	118,0	58,5
50 - 54	556,4	397,5	30,5	114,3	3,8	4,0	41,9	25,3	245,2	102,4
55 - 59	629,8	454,0	21,7	105,2	1,7	1,7	21,7	21,7	314,9	135,2
60 und älter	105,8	124,9	5,7	34,2	-	2,0	2,9	-	48,6	38,3
insgesamt	227,1	179,9	10,4	43,3	1,7	4,1	27,7	33,7	86,0	36,4

(Datenquelle: VDR / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.75:
Alters- und geschlechtsspezifische Mortalität bei Suizid in Berlin 2003 und 2004
- absolut und je 100.000 der entsprechenden Altersgruppe

Indikator 3.88

Alter in Jahren	Suizidsterbefälle							
	2003				2004			
	insgesamt (X 60 - X 84)		darunter: infolge von Medikamenten und Drogen (X 60 - X 64)		insgesamt (X 60 - X 84)		darunter: infolge von Medikamenten und Drogen (X 60 - X 64)	
	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich
absolut								
0	-	-	-	-	-	-	-	-
1 - 4	-	-	-	-	-	-	-	-
5 - 9	-	-	-	-	-	-	-	-
10 - 14	-	1	-	-	1	2	-	-
15 - 19	1	8	-	-	3	4	1	-
20 - 24	11	22	6	12	4	15	2	3
25 - 29	6	25	2	8	4	25	3	6
30 - 34	9	29	2	13	4	16	1	3
35 - 39	15	46	8	17	5	30	2	11
40 - 44	6	51	2	12	7	39	1	6
45 - 49	15	36	7	14	8	24	5	3
50 - 54	10	39	4	6	9	32	4	2
55 - 59	8	23	4	3	6	14	2	2
60 - 64	19	33	7	6	8	31	3	5
65 - 69	8	16	5	-	10	24	3	2
70 - 74	6	8	1	-	10	14	2	2
75 - 79	6	8	1	1	7	10	3	2
80 - 84	9	8	1	2	12	6	3	-
85 - 89	8	8	2	1	7	3	-	-
90 - 94	4	6	2	-	2	2	-	-
95 und älter	1	-	1	-	-	-	-	-
insgesamt	142	367	55	95	107	291	35	47
je 100.000 ¹⁾								
0	-	-	-	-	-	-	-	-
1 - 4	-	-	-	-	-	-	-	-
5 - 9	-	-	-	-	-	-	-	-
10 - 14	1,3	-	-	-	1,4	2,7	-	-
15 - 19	8,7	1,1	-	-	3,4	4,3	1,1	-
20 - 24	19,8	9,6	5,2	10,8	3,5	13,5	1,7	2,7
25 - 29	21,1	5,1	1,7	6,7	3,3	20,6	2,5	5,0
30 - 34	20,9	7,0	1,6	9,4	3,3	12,2	0,8	2,3
35 - 39	27,6	9,7	5,2	10,2	3,4	18,6	1,3	6,8
40 - 44	33,6	4,3	1,4	7,9	4,8	24,7	0,7	3,8
45 - 49	29,9	12,9	6,0	11,6	6,8	19,5	4,2	2,4
50 - 54	34,6	8,6	3,4	5,3	7,7	28,4	3,4	1,8
55 - 59	23,4	8,1	4,1	3,1	6,2	14,7	2,1	2,1
60 - 64	27,6	15,4	5,7	5,0	6,5	26,1	2,4	4,2
65 - 69	18,1	7,9	5,0	-	9,4	25,5	2,8	2,1
70 - 74	15,3	8,8	1,5	-	14,4	25,6	2,9	3,7
75 - 79	25,4	9,8	1,6	3,2	11,4	28,7	4,9	5,7
80 - 84	45,6	17,9	2,0	11,4	23,6	33,3	5,9	-
85 - 89	30,4	114,0	6,0	14,3	28,7	44,9	-	-
90 - 94	21,5	144,7	8,8	-	10,9	48,3	-	-
95 und älter	18,0	-	13,7	-	-	-	-	-
insgesamt	8,2	22,2	3,2	5,8	6,2	17,6	2,0	2,8
insgesamt ²⁾	6,5	19,8	2,6	5,0	4,8	15,4	1,7	2,4

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

²⁾ Je 100.000 direkt altersstandardisiert an der Eurobev. alt.

(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.75 a:
Geschlechtsspezifische Mortalität bei Suizid in Berlin 2002 - 2004 (zusammengefasst)
nach Bezirken
- absolut und je 100.000

Indikator 3.89

Bezirk	Suizidsterbefälle							
	absolut		rohe Mortalitätsrate ¹⁾		DMR ²⁾		SMR ³⁾	
	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich
Suizidsterbefälle (X 60 - X 84)								
Mitte	37	101	7,8	20,7	6,7	18,8	103,9	108,6
Friedrichshain-Kreuzberg	34	79	9,0	20,3	7,7	18,2	129,6	108,3
Pankow	33	87	6,3	16,9	5,4	15,2	82,7	87,5
Charlottenburg-Wilmersdorf	47	96	9,3	21,7	6,4	18,3	108,9	105,4
Spandau	38	72	10,8	22,1	8,7	19,3	132,7	113,8
Steglitz-Zehlendorf	37	58	7,9	14,6	5,8	12,5	93,0	73,8
Tempelhof-Schöneberg	54	86	10,3	17,8	7,7	15,7	125,2	90,1
Neukölln	28	94	6,0	20,7	4,8	18,5	78,2	109,7
Treptow-Köpenick	21	63	5,8	18,4	4,1	16,7	71,1	93,5
Marzahn-Hellersdorf	25	89	6,5	23,5	5,6	21,3	89,4	125,9
Lichtenberg	23	70	5,9	18,1	4,5	16,8	75,3	93,1
Reinickendorf	32	65	8,3	18,4	6,1	16,0	100,9	95,1
Berlin	412	961	7,9	19,4	6,2	17,3	100,0	100,0
darunter: infolge von Medikamenten und Drogen (X 60 - X 64)								
Mitte	16	30	3,4	6,1	2,9	5,1	130,4	149,1
Friedrichshain-Kreuzberg	13	26	3,5	6,7	3,3	4,9	143,4	156,7
Pankow	6	19	1,1	3,7	1,0	3,0	43,9	87,0
Charlottenburg-Wilmersdorf	12	22	2,4	5,0	1,7	4,5	80,1	122,2
Spandau	17	13	4,8	4,0	4,2	3,7	173,2	104,9
Steglitz-Zehlendorf	16	7	3,4	1,8	2,4	1,3	116,8	46,3
Tempelhof-Schöneberg	16	18	3,0	3,7	2,3	3,1	107,0	94,1
Neukölln	11	21	2,4	4,6	1,9	4,2	89,1	119,8
Treptow-Köpenick	5	7	1,4	2,0	0,8	2,0	49,9	52,2
Marzahn-Hellersdorf	7	11	1,8	2,9	1,6	2,7	71,4	76,9
Lichtenberg	9	11	2,3	2,8	1,7	2,4	85,6	71,4
Reinickendorf	13	12	3,4	3,4	2,5	2,9	119,5	91,2
Berlin	142	197	2,7	4,0	2,2	3,5	100,0	100,0

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

²⁾ Je 100.000 direkt altersstandardisiert an der Eurobev. alt.

³⁾ Standardized Mortality Ratio - indirekt standardisiert an der Bevölkerung Berlins.

(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.75 b:
Geschlechtsspezifische Mortalität bei Suizid in Berlin und in Deutschland 1991 - 2004
- absolut und je 100.000 / altersstand. Eurobev. alt

Region / Jahr ¹⁾	Sterbefälle an Suizid							
	absolut				je 100.000			
	alle Altersgruppen		unter 65 Jahre		alle Altersgruppen		unter 65 Jahre	
	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich
Berlin								
1991	210	351	112	276	8,7	20,1	7,0	16,6
1992	211	339	111	270	9,0	19,1	7,0	15,9
1993	191	364	105	288	8,0	20,4	6,3	17,0
1994	202	365	119	288	8,8	20,7	7,2	16,9
1995	206	428	126	343	9,6	24,1	8,0	20,4
1996	199	385	126	334	8,8	20,8	7,6	19,3
1997	170	350	109	305	7,6	18,8	6,6	17,5
1998	153	294	97	244	7,0	16,6	5,7	14,7
1999	162	321	103	273	7,4	17,7	6,3	16,1
2000	144	328	91	263	6,7	18,5	5,7	15,9
2001	124	310	67	251	5,3	17,2	4,1	15,1
2002	163	303	102	246	7,3	16,5	6,2	14,6
2003	142	367	100	313	6,5	19,8	6,0	18,7
2004	107	291	59	232	4,8	15,4	3,7	13,8
Ø 1992 - 1994	201	356	112	282	8,6	20,1	6,9	16,6
Ø 1998 - 2000	153	314	97	260	7,0	17,6	5,9	15,6
Ø 2002 - 2004	137	320	87	264	6,2	17,3	5,3	15,7
Veränderung Ø 2002/2004 zu Ø 1992/1994 (in %)	-31,8	-10,0	-22,1	-6,5	-28,2	-13,7	-22,5	-5,3
Deutschland								
1991	4.355	9.656	2.467	7.287	8,7	20,1	6,8	19,6
1992	4.132	9.326	2.281	7.006	7,9	22,6	6,2	18,6
1993	3.730	8.960	2.175	6.710	7,3	21,5	5,9	17,6
1994	3.588	9.130	2.092	6.898	7,0	21,7	5,7	18,0
1995	3.666	9.222	2.143	6.902	7,1	21,7	5,8	18,0
1996	3.497	8.728	2.067	6.587	6,8	20,6	5,6	17,2
1997	3.421	8.817	2.059	6.623	6,6	20,6	5,5	17,2
1998	3.069	8.579	1.891	6.445	6,0	19,9	5,1	16,8
1999	3.077	8.080	1.865	6.014	5,9	18,6	4,9	15,7
2000	2.934	8.131	1.767	5.980	5,6	18,7	4,7	15,6
2001	2.968	8.188	1.741	6.045	5,6	18,6	4,6	15,8
2002	3.057	8.106	1.794	5.835	5,7	18,2	4,7	15,2
2003	2.971	8.179	1.756	5.862	5,6	18,2	4,7	15,3
2004	2.794	7.939	1.582	5.624	5,1	17,4	4,2	14,7
Ø 1992 - 1994	3.817	9.139	2.183	6.871	7,4	21,9	5,9	18,1
Ø 1998 - 2000	3.027	8.263	1.841	6.146	5,8	19,1	4,9	16,0
Ø 2002 - 2004	2.941	8.069	1.711	5.768	5,5	17,9	4,5	15,1
Veränderung Ø 2002/2004 zu Ø 1992/1994 (in %)	-23,0	-11,7	-21,6	-16,1	-26,3	-18,2	-23,7	-16,6
Berlin im Vergleich zu Deutschland (in %)								
Ø 1992 - 1994	x	x	x	x	16,8	-8,5	15,3	-8,0
Ø 1998 - 2000	x	x	x	x	20,0	-7,9	20,6	-2,8
Ø 2002 - 2004	x	x	x	x	13,9	-3,5	17,2	4,5

¹⁾ Bis 1997 ICD 9, ab 1998 ICD-10.

(Datenquelle: StBA / StaLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.76:
Geschlechtsspezifische Mortalität bei ausgewählten alkoholbedingten Krankheiten in Berlin und Deutschland 1992 - 2004
 - absolut und je 100.000 / altersstand. Eurobev. alt

Region / Jahr ¹⁾	Ausgewählte alkoholbedingte Sterbefälle															
	psychische und Verhaltensstörungen durch Alkohol (ICD-10 Nr. F 10)								alkoholische Leberkrankheit (ICD-10 Nr. K 70)							
	absolut				je 100.000				absolut				je 100.000			
	alle Altersgruppen		0 - 64 Jahre		alle Altersgruppen		0 - 64 Jahre		alle Altersgruppen		0 - 64 Jahre		alle Altersgruppen		0 - 64 Jahre	
	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.
Berlin																
1992	131	344	100	295	6,9	20,4	6,4	18,5	156	240	120	194	8,2	14,8	7,6	12,2
1993	129	443	92	393	6,5	25,6	5,7	24,3	132	281	104	229	6,9	17,1	6,6	14,3
1994	152	463	118	411	7,5	26,4	7,2	25,1	144	270	110	228	7,2	15,8	6,6	14,2
1995	129	385	102	331	6,5	21,8	6,2	20,0	129	240	100	202	6,7	13,9	6,1	12,3
1996	144	374	112	327	7,1	20,9	6,7	19,6	115	281	85	241	5,8	15,7	5,2	14,5
1997	140	369	96	311	6,9	20,6	5,8	18,5	99	204	68	160	4,7	11,6	3,9	9,5
1998	93	311	65	251	4,4	17,4	3,7	14,9	128	220	87	179	6,2	12,1	5,2	10,4
1999	66	276	44	224	3,2	15,1	2,6	13,2	140	268	105	202	6,9	14,8	6,1	11,8
2000	74	242	58	195	3,8	13,3	3,4	11,7	122	238	79	182	6,0	13,2	4,7	10,8
2001	79	316	46	248	3,6	17,1	2,7	14,8	118	258	85	198	5,8	14,0	5,0	11,7
2002	101	311	74	244	5,0	16,3	4,4	14,2	140	259	98	204	6,8	13,6	5,7	11,9
2003	100	340	68	253	4,8	17,6	4,1	14,8	127	261	86	201	6,1	13,8	5,1	12,0
2004	103	359	72	274	4,9	18,8	4,2	16,6	101	241	70	156	4,9	12,4	4,2	9,4
Ø 1992 - 1994	137	417	103	366	7,0	24,1	6,5	22,6	144	264	111	217	7,4	15,9	6,9	13,6
Ø 1998 - 2000	78	276	56	223	4,0	15,5	3,4	13,5	130	242	90	188	6,4	13,4	5,3	11,0
Ø 2002 - 2004	101	337	71	257	4,9	17,6	4,2	15,2	123	254	85	187	5,9	13,3	5,0	11,1
Veränderung																
Ø 2002/2004 zu	30,5	21,8	28,1	15,1	22,0	13,3	23,0	12,6	-5,6	4,8	-6,3	-0,4	-7,1	-0,8	-5,8	0,9
Ø 1998/2000 (in %)																
Deutschland																
1992	1.103	3.917	841	3.373	2,5	9,5	2,3	9,1	2.323	5.987	1.817	4.882	5,2	14,6	5,0	13,2
1993	1.156	4.118	873	3.554	2,5	9,9	2,4	9,5	2.506	6.422	1.920	5.260	5,5	15,4	5,2	14,0
1994	1.169	4.423	858	3.776	2,5	10,5	2,3	10,0	2.595	6.847	1.988	5.535	5,7	16,3	5,4	14,7
1995	1.182	4.308	865	3.594	2,5	10,1	2,3	9,4	2.641	6.968	2.009	5.590	5,7	16,3	5,4	14,6
1996	1.158	4.315	873	3.530	2,5	10,1	2,3	9,3	2.675	7.020	2.026	5.517	5,8	16,4	5,4	14,4
1997	1.225	4.357	882	3.511	2,6	10,0	2,4	9,1	2.750	7.110	1.995	5.414	5,8	16,3	5,3	14,0
1998	1.267	4.497	871	3.558	2,6	10,3	2,3	9,2	2.909	7.304	2.058	5.515	6,0	16,5	5,4	14,1
1999	1.221	4.387	812	3.457	2,4	9,9	2,1	8,8	2.870	7.279	2.087	5.484	6,0	16,3	5,4	13,9
2000	1.053	3.937	748	3.099	2,2	8,8	2,0	7,9	2.891	7.450	2.102	5.541	6,0	16,6	5,4	14,1
2001	958	3.675	629	2.860	1,9	8,1	1,6	7,3	2.981	7.480	2.126	5.432	6,1	16,3	5,5	13,8
2002	990	3.788	706	2.875	2,0	8,2	1,8	7,3	3.030	7.877	2.111	5.625	6,1	16,9	5,4	14,2
2003	1.035	3.897	688	2.873	2,0	8,4	1,8	7,3	2.969	7.752	2.041	5.472	6,0	16,5	5,3	13,8
2004	1.013	3.733	669	2.807	2,0	8,0	1,7	7,2	2.802	7.480	1.934	5.088	5,6	15,7	5,0	12,9
Ø 1992 - 1994	1.143	4.153	857	3.568	2,5	10,0	2,3	9,5	2.475	6.419	1.908	5.226	5,5	15,5	5,2	14,0
Ø 1998 - 2000	1.180	4.274	810	3.371	2,4	9,7	2,1	8,6	2.890	7.344	2.082	5.513	6,0	16,5	5,4	14,0
Ø 2002 - 2004	1.013	3.806	688	2.852	2,0	8,2	1,8	7,2	2.934	7.703	2.029	5.395	5,9	16,4	5,2	13,7
Veränderung																
Ø 2002/2004 zu	-14,2	-10,9	-15,1	-15,4	-16,0	-15,2	-16,1	-16,2	1,5	4,9	-2,6	-2,1	-1,9	-0,6	-3,5	-2,5
Ø 1998/2000 (in %)																
Berlin im Vergleich zu Deutschland (in %)																
Ø 1992 - 1994	x	x	x	x	179,9	142,2	175,0	137,3	x	x	x	x	35,8	3,1	33,8	-2,6
Ø 1998 - 2000	x	x	x	x	67,4	60,7	62,6	56,3	x	x	x	x	6,3	-18,7	-1,6	-21,4
Ø 2002 - 2004	x	x	x	x	143,3	114,7	138,5	110,0	x	x	x	x	0,7	-18,9	-4,0	-18,6

¹⁾ Bis 1997 ICD 9, ab 1998 ICD-10.

(Datenquelle: StBA / StaLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.76 a:
Todesfälle an psychischen und Verhaltensstörungen durch Alkohol (ICD-10 Nr. F 10 / Alter 0 - 64 Jahre)
in Berlin 1998 - 2004 (jeweils drei Jahre zusammengefasst)
nach Bezirken und Geschlecht
- absolut, DMR und SMR

Bezirk	Sterbefälle an psychischen und Verhaltensstörungen durch Alkohol (ICD-10 Nr. F 10)								
	weiblich			männlich			insgesamt		
	abs.	DMR ¹⁾	SMR ²⁾	abs.	DMR ¹⁾	SMR ²⁾	abs.	DMR ¹⁾	SMR ²⁾
1998 - 2000									
Mitte	14	3,3	102,1	77	16,6	125,4	91	10,3	124,6
Friedrichshain-Kreuzberg	11	3,9	115,6	73	22,3	165,9	84	13,6	162,0
Pankow	18	4,0	120,8	76	17,0	128,6	94	10,5	127,2
Charlottenburg-Wilmersdorf	21	4,0	121,4	54	10,1	79,7	75	7,0	87,3
Spandau	15	4,4	129,2	45	13,2	97,8	60	8,8	104,2
Steglitz-Zehlendorf	11	2,1	67,8	37	8,6	63,3	48	5,1	62,4
Tempelhof-Schöneberg	24	4,4	138,0	54	10,4	77,7	78	7,4	89,4
Neukölln	13	2,9	89,0	66	14,4	108,2	79	8,8	105,6
Treptow-Köpenick	16	4,3	126,4	53	15,2	116,1	69	9,8	116,6
Marzahn-Hellersdorf	9	2,4	74,5	39	10,4	77,1	48	6,4	76,5
Lichtenberg	13	3,0	95,9	67	16,3	122,9	80	9,8	118,0
Reinickendorf	11	2,5	81,7	46	11,9	88,3	57	7,1	86,4
Berlin	167	3,2	100,0	670	13,2	100,0	837	8,3	100,0
2002 - 2004									
Mitte	20	4,8	115,7	81	17,9	115,4	101	11,7	118,9
Friedrichshain-Kreuzberg	11	4,1	90,6	72	21,6	140,3	83	13,4	135,4
Pankow	22	5,2	117,2	84	18,5	119,8	106	11,9	120,5
Charlottenburg-Wilmersdorf	29	5,2	125,8	58	10,9	74,1	87	8,0	84,6
Spandau	15	4,3	99,9	52	14,8	98,1	67	9,6	98,2
Steglitz-Zehlendorf	11	1,7	97,6	40	6,5	94,0	51	4,0	91,8
Tempelhof-Schöneberg	27	5,0	118,4	63	12,0	78,4	90	8,4	86,6
Neukölln	12	2,4	63,8	59	13,2	84,4	71	7,9	80,8
Treptow-Köpenick	14	4,2	93,3	63	20,0	123,2	77	12,1	115,4
Marzahn-Hellersdorf	15	4,0	93,9	72	18,4	119,7	87	11,2	114,2
Lichtenberg	22	5,7	132,5	80	20,3	131,9	102	13,0	132,8
Reinickendorf	18	4,3	104,4	57	15,2	96,4	75	9,7	97,4
Berlin	214	4,2	100,0	771	15,2	100,0	985	9,7	100,0
Veränderung 2002/2004 zu 1998/2000 (in %)									
Mitte	42,9	46,2	x	5,2	7,3	x	11,0	13,3	x
Friedrichshain-Kreuzberg	0,0	7,4	x	-1,4	-3,4	x	-1,2	-1,0	x
Pankow	22,2	29,2	x	10,5	8,5	x	12,8	12,5	x
Charlottenburg-Wilmersdorf	38,1	29,7	x	7,4	7,4	x	16,0	13,7	x
Spandau	0,0	-1,4	x	15,6	12,0	x	11,7	8,6	x
Steglitz-Zehlendorf	0,0	-16,0	x	8,1	-24,4	x	6,3	-22,8	x
Tempelhof-Schöneberg	12,5	14,2	x	16,7	15,3	x	15,4	14,2	x
Neukölln	-7,7	-17,3	x	-10,6	-8,5	x	-10,1	-10,4	x
Treptow-Köpenick	-12,5	-0,8	x	18,9	31,8	x	11,6	24,1	x
Marzahn-Hellersdorf	66,7	69,6	x	84,6	76,7	x	81,3	75,5	x
Lichtenberg	69,2	91,8	x	19,4	24,5	x	27,5	32,9	x
Reinickendorf	63,6	74,3	x	23,9	27,5	x	31,6	35,4	x
Berlin	28,1	30,3	x	15,1	14,9	x	17,7	17,9	x

¹⁾ Je 100.000 direkt altersstandardisiert an der Eurobev. alt.

²⁾ Standardized Mortality Ratio - indirekt standardisiert an der Bevölkerung Berlins.

(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.77:
Drogentote in Berlin und Deutschland 1991 - 2004
- absolut

Jahr	Drogentote				
	in Berlin			in Deutschland insgesamt	Anteil Berlin (in %)
	weiblich	männlich	insgesamt		
1991	48	194	242	2.125	11,4
1992	46	171	217	2.099	10,3
1993	24	118	142	1.738	8,2
1994	24	84	108	1.624	6,7
1995	26	98	124	1.596	7,8
1996	36	139	175	1.712	10,2
1997	24	126	150	1.501	10,0
1998	38	122	160	1.674	9,6
1999	47	158	205	1.812	11,3
2000	43	182	225	2.030	11,1
2001	40	149	189	1.835	10,3
2002	27	148	175	1.513	11,6
2003	23	142	165	1.477	11,2
2004	35	157	192	1.385	13,9
Veränderung 2004					
zu 1991 (in %)	-27,1	-19,1	-20,7	-34,8	x
zu 2003 (in %)	52,2	10,6	16,4	-6,2	x

(Datenquelle: PolPräs Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.77 a:
Drogentote in Berlin 1999 - 2004
nach dem letzten Wohnsitz
- absolut

Bezirk	Drogentote					
	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Mitte	28	33	23	21	20	25
Friedrichshain-Kreuzberg	37	35	32	27	23	28
Pankow	8	11	3	9	10	12
Charlottenburg-Wilmersdorf	11	15	16	8	14	18
Spandau	10	10	10	9	8	13
Steglitz-Zehlendorf	9	6	10	2	6	9
Tempelhof-Schöneberg	17	14	12	14	14	18
Neukölln	27	23	24	15	19	13
Treptow-Köpenick	2	6	1	4	5	5
Marzahn-Hellersdorf	3	3	3	1	6	6
Lichtenberg	3	8	9	12	6	6
Reinickendorf	13	22	11	10	7	6
ohne festen Wohnsitz	33	17	29	26	23	15
außerhalb von Berlin	4	19	6	17	4	18
insgesamt	205	225	189	175	165	192

(Datenquelle: PolPräs Berlin)

Tabelle 3.2.77 b:

Drogentote in ausgewählten deutschen Großstädten und in Deutschland 1999 - 2004
 - absolut, in % an allen Drogentoten und 2003 je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung

Stadt	Drogentote												je 100.000 Einwohner
	absolut						in %						
	1999	2000	2001	2002	2003	2004	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2004
Berlin	205	225	189	175	165	192	11,3	11,1	10,3	11,6	11,2	13,9	5,7
Hamburg	115	102	101	77	64	60	6,3	5,0	5,5	5,1	4,3	4,3	3,5
Frankfurt/M.	23	28	36	29	21	34	1,3	1,4	2,0	1,9	1,4	2,5	5,3
Bremen	64	68	71	65	70	62	3,5	3,3	3,9	4,3	4,7	4,5	9,4
Hannover	8	17	19	18	19	15	0,4	0,8	1,0	1,2	1,3	1,1	2,9
München	42	84	61	58	69	61	2,3	4,1	3,3	3,8	4,7	4,4	4,9
Köln	45	58	62	54	44	34	2,5	2,9	3,4	3,6	3,0	2,5	3,5
Stuttgart	27	35	31	20	17	17	1,5	1,7	1,7	1,3	1,2	1,2	2,9
Deutschland	1.812	2.030	1.835	1.513	1.477	1.385	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	1,7

(Datenquelle: PolPräs Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Krankheiten des Kreislaufsystems

Tabelle 3.2.78:
Krankheiten des Kreislaufsystems in Berlin (nur Berliner) 1994 - 2004
 nach ausgewählten Indikatoren und Geschlecht
 - absolut

Indikator 3.90

Jahr	Krankheiten des Kreislaufsystems					
	Krankenhausfälle ¹⁾				Sterbefälle ²⁾	
	ohne Stundenfälle		mit Stundenfällen			
	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich
1994	44.976	38.400	46.890	40.451	12.483	6.927
1995	44.675	42.035	45.920	43.457	11.717	6.750
1996	48.703	45.673	50.064	47.293	11.352	6.422
1997	50.243	48.233	51.604	49.853	10.071	6.179
1998	54.101	50.096	55.611	51.815	9.592	5.730
1999	53.436	51.200	54.893	53.060	9.876	5.762
2000	51.297	50.631	52.603	52.357	8.609	5.104
2001	50.607	49.963	51.803	51.746	8.806	5.112
2002	48.984	50.390	50.253	52.339	8.951	5.295
2003	47.970	49.245	49.097	50.875	8.222	4.942
2004	47.460	49.947	48.423	51.317	8.111	4.899

Jahr	Krankheiten des Kreislaufsystems					
	Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und sonstige Leistungen zur Teilhabe ³⁾		Rentenzugänge wegen verminderter Erwerbsfähigkeit ³⁾		Arbeitsunfähigkeitsfälle ⁴⁾	
	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich
	1994	892	2.124	850	1.891	.
1995	1.144	2.304	819	1.983	.	.
1996	1.232	2.555	857	2.089	.	.
1997	721	1.813	675	1.699	.	.
1998	782	1.936	433	1.332	.	.
1999	778	1.967	348	1.195	.	.
2000	874	2.019	322	833	.	.
2001	884	1.992	301	846	.	.
2002	830	2.066	233	659	.	.
2003	833	1.987	246	549	.	.
2004	728	1.758	199	523	.	.

Datenquellen:

¹⁾ StaLa Berlin, KHStatV-Teil II: Diagnosen.²⁾ StaLa Berlin.³⁾ VDR (Alter 0 - 64 Jahre).⁴⁾ BMG, GKV: KG 8-Statistik.

Tabelle 3.2.78 a:
Krankheiten des Kreislaufsystems in Berlin (nur Berliner) 1994 - 2004
nach ausgewählten Indikatoren und Geschlecht
- je 100.000

Indikator 3.90

Jahr	Krankheiten des Kreislaufsystems					
	Krankenhausfälle				Sterbefälle	
	ohne Stundenfälle		mit Stundenfällen			
	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich
je 100.000 ¹⁾						
1994	2.487,5	2.300,6	2.593,4	2.423,5	690,4	415,0
1995	2.482,5	2.515,0	2.551,7	2.600,0	651,1	403,9
1996	2.718,4	2.726,9	2.794,3	2.823,6	633,6	383,4
1997	2.827,9	2.891,1	2.904,5	2.988,2	566,8	370,4
1998	3.076,0	3.026,0	3.161,9	3.129,9	545,4	346,1
1999	3.060,8	3.107,8	3.144,2	3.220,7	565,7	349,7
2000	2.947,9	3.079,8	3.022,9	3.184,7	494,7	310,5
2001	2.909,8	3.035,5	2.978,6	3.143,8	506,3	310,6
2002	2.814,0	3.054,7	2.886,9	3.172,8	514,2	321,0
2003	2.757,6	2.981,1	2.822,3	3.079,7	472,6	299,2
2004	2.734,3	3.023,7	2.789,8	3.106,7	467,3	296,6
je 100.000 ²⁾						
1994	1.605,9	2.483,1	1.654,0	2.607,4	301,2	468,7
1995	1.615,8	2.659,9	1.636,8	2.748,7	280,2	450,7
1996	1.737,9	2.840,1	1.770,6	2.957,3	274,4	422,7
1997	1.815,9	2.952,3	1.854,4	3.074,1	245,5	405,3
1998	1.975,5	3.027,7	2.023,9	3.153,7	238,8	374,3
1999	1.943,1	3.049,6	1.991,6	3.178,7	238,0	370,3
2000	1.872,9	2.960,0	1.912,9	3.071,1	205,2	322,3
2001	1.832,8	2.865,9	1.860,1	2.968,9	211,3	316,1
2002	1.744,5	2.823,9	1.795,1	2.931,3	217,8	321,9
2003	1.722,0	2.688,8	1.766,1	2.777,9	203,3	297,8
2004	1.690,2	2.658,6	1.727,2	2.732,2	202,0	285,5

Jahr	Krankheiten des Kreislaufsystems					
	Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und sonstige Leistungen zur Teilhabe ³⁾		Rentenzugänge wegen verminderter Erwerbsfähigkeit ³⁾		Arbeitsunfähigkeitsfälle ⁴⁾	
	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich
je 100.000						
1994	121,1	257,8	115,3	228,3	.	.
1995	159,1	289,3	113,8	247,8	.	.
1996	175,0	321,6	121,6	262,3	.	.
1997	104,5	231,4	97,7	216,5	.	.
1998	116,0	252,0	64,2	173,1	.	.
1999	109,3	250,4	48,8	151,8	.	.
2000	121,3	256,6	44,6	105,6	.	.
2001	123,2	257,1	41,9	108,9	.	.
2002	116,0	268,0	32,5	85,3	.	.
2003	118,0	262,3	34,8	72,2	.	.
2004	104,1	235,9	28,4	70,0	.	.

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

²⁾ Je 100.000 direkt altersstandardisiert an der Eurobev. alt.

³⁾ Je 100.000 aktiv Versicherte / Alter 0 - 64 Jahre.

⁴⁾ Je 100.000 GKV-Pflichtmitglieder.

(Datenquelle: StaLa Berlin / VDR / BMG / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.79:

Indikator 3.91

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle, ohne Stundenfälle) wegen Krankheiten des Kreislaufsystems in Berlin (nur Berliner) 2003 nach Altersgruppen und Geschlecht - absolut und je 100.000

Alter in Jahren	Stationäre Behandlungsfälle wegen Krankheiten des Kreislaufsystems					
	insgesamt (I 00 - I 99)		darunter:			
	weiblich	männlich	ischämische Herzkrankheiten (I 20 - I 25)		zerebrovaskuläre Krankheiten (I 60 - I 69)	
weiblich			männlich	weiblich	männlich	
	absolut					
0	32	23	-	-	6	7
1 - 4	34	54	2	-	4	-
5 - 9	48	63	-	-	2	2
10 - 14	95	121	-	2	2	4
15 - 19	114	162	3	2	6	3
20 - 24	176	217	4	18	13	11
25 - 29	261	318	2	32	23	16
30 - 34	410	472	25	79	31	27
35 - 39	744	1.041	72	266	81	58
40 - 44	1.091	1.659	177	616	129	101
45 - 49	1.331	2.202	274	922	161	189
50 - 54	1.983	3.591	494	1.636	223	302
55 - 59	2.623	4.972	753	2.343	287	505
60 - 64	4.488	8.334	1.413	3.683	494	831
65 - 69	5.453	8.412	1.714	3.647	680	964
70 - 74	5.462	6.665	1.667	2.819	841	894
75 - 79	6.852	5.095	1.808	1.908	1.270	767
80 - 84	7.299	3.369	1.554	1.032	1.513	589
85 - 89	4.830	1.444	861	311	1.107	293
90 - 94	3.764	851	587	173	866	168
95 und älter	880	180	118	29	165	31
insgesamt	47.970	49.245	11.528	19.518	7.904	5.762
	je 100.000 ¹⁾					
0	229,6	156,6	-	-	43,1	47,7
1 - 4	61,5	93,9	3,6	-	7,2	-
5 - 9	75,0	93,1	-	-	3,1	3,0
10 - 14	126,4	152,1	-	2,5	2,7	5,0
15 - 19	128,3	175,6	3,4	2,2	6,8	3,3
20 - 24	153,6	195,4	3,5	16,2	11,3	9,9
25 - 29	222,3	268,2	1,7	27,0	19,6	13,5
30 - 34	318,1	340,6	19,4	57,0	24,1	19,5
35 - 39	482,2	624,3	46,7	159,5	52,5	34,8
40 - 44	773,7	1.091,9	125,5	405,4	91,5	66,5
45 - 49	1.142,5	1.826,1	235,2	764,6	138,2	156,7
50 - 54	1.696,7	3.190,2	422,7	1.453,4	190,8	268,3
55 - 59	2.660,6	5.058,4	763,8	2.383,7	291,1	513,8
60 - 64	3.627,4	6.980,3	1.142,0	3.084,8	399,3	696,0
65 - 69	5.402,5	9.529,6	1.698,1	4.131,5	673,7	1.092,1
70 - 74	8.035,4	12.744,0	2.452,4	5.390,2	1.237,2	1.709,4
75 - 79	11.237,0	16.156,1	2.965,1	6.050,2	2.082,8	2.432,1
80 - 84	14.550,0	19.196,6	3.097,8	5.880,3	3.016,0	3.356,1
85 - 89	18.332,3	20.584,5	3.267,9	4.433,4	4.201,6	4.176,8
90 - 94	20.258,3	20.520,9	3.159,3	4.171,7	4.660,9	4.051,1
95 und älter	15.835,9	10.459,0	2.123,4	1.685,1	2.969,2	1.801,3
insgesamt	2.757,6	2.981,1	662,7	1.181,5	454,4	348,8
insgesamt ²⁾	1.722,0	2.688,8	426,0	1.046,0	254,6	322,4

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

²⁾ Je 100.000 / altersstand. Eurobev. alt.

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil II: Diagnosen / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.79 a:

Indikator 3.91

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle, ohne Stundenfälle) wegen Krankheiten des Kreislaufsystems in Berlin (nur Berliner) 2004 nach Altersgruppen und Geschlecht - absolut und je 100.000

Alter in Jahren	Stationäre Behandlungsfälle wegen Krankheiten des Kreislaufsystems					
	insgesamt (I 00 - I 99)		darunter:			
			ischämische Herzkrankheiten (I 20 - I 25)		zerebrovaskuläre Krankheiten (I 60 - I 69)	
weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	
absolut						
0	15	32	-	-	-	2
1 - 4	26	51	-	2	5	1
5 - 9	64	68	1	-	1	-
10 - 14	80	135	-	-	3	-
15 - 19	159	170	1	3	6	5
20 - 24	174	212	2	6	15	9
25 - 29	240	267	10	21	12	14
30 - 34	380	418	27	71	25	27
35 - 39	666	858	66	215	65	62
40 - 44	985	1.601	161	593	115	113
45 - 49	1.279	2.139	273	933	146	140
50 - 54	1.971	3.490	510	1.563	202	311
55 - 59	2.446	4.614	740	2.122	255	471
60 - 64	4.507	8.098	1.358	3.637	501	803
65 - 69	5.598	8.952	1.772	3.836	651	1.047
70 - 74	5.531	7.058	1.638	3.038	794	850
75 - 79	6.875	5.800	1.884	2.326	1.143	769
80 - 84	7.786	3.667	1.690	1.185	1.549	611
85 - 89	4.264	1.348	730	346	934	238
90 - 94	3.509	806	518	163	815	169
95 und älter	905	163	98	20	210	37
insgesamt	47.460	49.947	11.479	20.080	7.447	5.679
je 100.000¹⁾						
0	106,7	215,1	-	-	-	13,4
1 - 4	47,5	89,2	-	3,5	9,1	1,7
5 - 9	99,3	100,3	1,6	-	1,6	-
10 - 14	114,5	182,2	-	-	4,3	-
15 - 19	179,3	184,5	1,1	3,3	6,8	5,4
20 - 24	151,4	190,9	1,7	5,4	13,1	8,1
25 - 29	199,6	220,4	8,3	17,3	10,0	11,6
30 - 34	310,7	319,7	22,1	54,3	20,4	20,7
35 - 39	447,9	533,3	44,4	133,6	43,7	38,5
40 - 44	671,5	1.013,5	109,8	375,4	78,4	71,5
45 - 49	1.084,0	1.735,4	231,4	757,0	123,7	113,6
50 - 54	1.684,8	3.094,7	436,0	1.385,9	172,7	275,8
55 - 59	2.543,7	4.851,6	769,6	2.231,3	265,2	495,3
60 - 64	3.680,0	6.829,4	1.108,8	3.067,3	409,1	677,2
65 - 69	5.248,8	9.525,5	1.661,5	4.081,8	610,4	1.114,1
70 - 74	7.948,8	12.896,7	2.354,0	5.551,2	1.141,1	1.553,2
75 - 79	11.178,5	16.628,9	3.063,3	6.668,8	1.858,5	2.204,8
80 - 84	15.291,3	20.338,3	3.319,1	6.572,4	3.042,1	3.388,8
85 - 89	17.489,0	20.173,6	2.994,1	5.178,1	3.830,9	3.561,8
90 - 94	19.093,5	19.459,2	2.818,6	3.935,3	4.434,7	4.080,2
95 und älter	15.073,3	8.777,6	1.632,2	1.077,0	3.497,7	1.992,5
insgesamt	2.734,3	3.023,7	661,3	1.215,6	429,0	343,8
insgesamt²⁾	1.690,2	2.658,6	420,7	1.049,3	236,6	306,2

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

²⁾ Je 100.000 / altersstand. Eurobev. alt.

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil II: Diagnosen / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.79 b:

Indikator 3.91

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle) wegen Krankheiten des Kreislaufsystems in Berlin (nur Berliner) 2003 nach Altersgruppen und Geschlecht - absolut und je 100.000

Alter in Jahren	Stationäre Behandlungsfälle wegen Krankheiten des Kreislaufsystems					
	insgesamt (I 00 - I 99)		darunter:			
			ischämische Herzkrankheiten (I 20 - I 25)		zerebrovaskuläre Krankheiten (I 60 - I 69)	
weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	
absolut						
0	33	27	-	-	6	10
1 - 4	35	59	2	-	5	1
5 - 9	52	68	-	-	2	2
10 - 14	99	133	-	2	2	4
15 - 19	115	179	3	4	6	4
20 - 24	180	234	4	19	13	13
25 - 29	284	344	2	39	24	16
30 - 34	432	509	31	93	33	29
35 - 39	769	1.095	81	287	84	61
40 - 44	1.140	1.754	199	663	132	106
45 - 49	1.380	2.307	299	993	165	192
50 - 54	2.047	3.737	520	1.717	227	306
55 - 59	2.691	5.165	786	2.446	290	515
60 - 64	4.606	8.605	1.467	3.814	502	846
65 - 69	5.580	8.639	1.774	3.753	685	979
70 - 74	5.591	6.853	1.724	2.914	851	907
75 - 79	6.970	5.207	1.870	1.964	1.282	786
80 - 84	7.429	3.435	1.596	1.059	1.538	594
85 - 89	4.926	1.476	887	321	1.129	295
90 - 94	3.838	867	609	177	882	174
95 und älter	900	182	130	30	165	31
insgesamt	49.097	50.875	11.984	20.295	8.023	5.871
je 100.000 ¹⁾						
0	236,8	183,8	-	-	43,1	68,1
1 - 4	63,4	102,6	3,6	-	9,1	1,7
5 - 9	81,2	100,5	-	-	3,1	3,0
10 - 14	131,7	167,2	-	2,5	2,7	5,0
15 - 19	129,4	194,0	3,4	4,3	6,8	4,3
20 - 24	157,1	210,7	3,5	17,1	11,3	11,7
25 - 29	241,9	290,1	1,7	32,9	20,4	13,5
30 - 34	335,2	367,3	24,1	67,1	25,6	20,9
35 - 39	498,4	656,7	52,5	172,1	54,4	36,6
40 - 44	808,4	1.154,4	141,1	436,4	93,6	69,8
45 - 49	1.184,5	1.913,2	256,6	823,5	141,6	159,2
50 - 54	1.751,5	3.319,9	444,9	1.525,4	194,2	271,8
55 - 59	2.729,5	5.254,8	797,3	2.488,5	294,2	524,0
60 - 64	3.722,7	7.207,3	1.185,7	3.194,5	405,7	708,6
65 - 69	5.528,3	9.786,8	1.757,6	4.251,6	678,7	1.109,1
70 - 74	8.225,2	13.103,5	2.536,3	5.571,8	1.251,9	1.734,3
75 - 79	11.430,5	16.511,3	3.066,7	6.227,8	2.102,4	2.492,4
80 - 84	14.809,1	19.572,6	3.181,5	6.034,2	3.065,9	3.384,6
85 - 89	18.696,6	21.040,6	3.366,6	4.575,9	4.285,1	4.205,3
90 - 94	20.656,6	20.906,7	3.277,7	4.268,1	4.747,0	4.195,8
95 und älter	16.195,8	10.575,2	2.339,4	1.743,2	2.969,2	1.801,3
insgesamt	2.822,3	3.079,7	688,9	1.228,6	461,2	355,4
insgesamt ²⁾	1.766,1	2.777,9	444,0	1.087,8	258,5	328,7

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

²⁾ Je 100.000 / altersstand. Eurobev. alt.

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil II: Diagnosen / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.79 c:

Indikator 3.91

**Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle)
wegen Krankheiten des Kreislaufsystems in Berlin (nur Berliner) 2004
nach Altersgruppen und Geschlecht
- absolut und je 100.000**

Alter in Jahren	Stationäre Behandlungsfälle wegen Krankheiten des Kreislaufsystems					
	insgesamt (I 00 - I 99)		darunter:			
			ischämische Herzkrankheiten (I 20 - I 25)		zerebrovaskuläre Krankheiten (I 60 - I 69)	
	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich
	absolut					
0	16	35	-	-	-	3
1 - 4	28	52	-	2	6	1
5 - 9	66	70	1	-	1	-
10 - 14	80	138	-	-	3	1
15 - 19	165	177	1	3	6	5
20 - 24	184	221	2	8	16	10
25 - 29	250	282	10	23	13	14
30 - 34	393	455	29	81	27	28
35 - 39	682	894	68	226	67	64
40 - 44	1.015	1.680	169	630	118	117
45 - 49	1.313	2.218	280	965	152	147
50 - 54	2.025	3.633	532	1.638	206	322
55 - 59	2.498	4.766	757	2.196	259	479
60 - 64	4.615	8.303	1.390	3.741	514	814
65 - 69	5.716	9.158	1.814	3.934	656	1.058
70 - 74	5.649	7.221	1.688	3.116	806	863
75 - 79	6.999	5.919	1.932	2.390	1.162	780
80 - 84	7.893	3.719	1.730	1.213	1.573	612
85 - 89	4.327	1.379	756	355	938	242
90 - 94	3.583	825	540	169	836	171
95 und älter	926	172	102	22	214	38
insgesamt	48.423	51.317	11.801	20.712	7.573	5.769
	je 100.000 ¹⁾					
0	113,8	235,3	-	-	-	20,2
1 - 4	51,1	91,0	-	3,5	11,0	1,7
5 - 9	102,4	103,3	1,6	-	1,6	-
10 - 14	114,5	186,3	-	-	4,3	1,3
15 - 19	186,1	192,1	1,1	3,3	6,8	5,4
20 - 24	160,1	199,0	1,7	7,2	13,9	9,0
25 - 29	207,9	232,8	8,3	19,0	10,8	11,6
30 - 34	321,3	348,0	23,7	62,0	22,1	21,4
35 - 39	458,6	555,7	45,7	140,5	45,1	39,8
40 - 44	691,9	1.063,5	115,2	398,8	80,4	74,1
45 - 49	1.112,8	1.799,5	237,3	782,9	128,8	119,3
50 - 54	1.731,0	3.221,5	454,8	1.452,4	176,1	285,5
55 - 59	2.597,8	5.011,5	787,2	2.309,1	269,3	503,7
60 - 64	3.768,1	7.002,3	1.134,9	3.155,0	419,7	686,5
65 - 69	5.359,4	9.744,7	1.700,8	4.186,0	615,1	1.125,8
70 - 74	8.118,4	13.194,6	2.425,9	5.693,7	1.158,3	1.576,9
75 - 79	11.380,1	16.970,1	3.141,4	6.852,3	1.889,4	2.236,3
80 - 84	15.501,4	20.626,7	3.397,6	6.727,7	3.089,3	3.394,3
85 - 89	17.747,4	20.637,5	3.100,8	5.312,8	3.847,3	3.621,7
90 - 94	19.496,1	19.917,9	2.938,3	4.080,2	4.548,9	4.128,4
95 und älter	15.423,1	9.262,3	1.698,9	1.184,7	3.564,3	2.046,3
insgesamt	2.789,8	3.106,7	679,9	1.253,9	436,3	349,2
insgesamt²⁾	1.727,2	2.732,2	432,5	1.082,8	240,9	311,3

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

²⁾ Je 100.000 / altersstand. Eurobev. alt.

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil II: Diagnosen / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.80:

Indikator 3.93

Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und sonstige Leistungen zur Teilhabe wegen Krankheiten des Kreislaufsystems in Berlin 2003 und 2004 nach Altersgruppen und Geschlecht - absolut und je 100.000 aktiv Versicherte

Jahr / Alter in Jahren	Medizinische Rehabilitation und sonstige Leistungen zur Teilhabe wegen Krankheiten des Kreislaufsystems					
	insgesamt (I 00 - I 99)		darunter:			
			ischämische Herzkrankheiten (I 20 - I 25)		zerebrovaskuläre Krankheiten (I 60 - I 69)	
	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich
2003	absolut					
0 - 19	1	1	-	-	-	-
20 - 24	1	12	-	1	-	3
25 - 29	6	7	-	3	4	2
30 - 34	19	27	1	13	8	8
35 - 39	46	69	6	42	13	13
40 - 44	100	195	23	103	36	26
45 - 49	132	278	46	181	41	42
50 - 54	199	495	52	294	43	71
55 - 59	227	531	66	332	49	63
60 - 64	102	372	40	227	16	47
insgesamt	833	1.987	234	1.196	210	275
	je 100.000 aktiv Versicherte					
0 - 19	4,4	4,1	-	-	-	-
20 - 24	1,4	15,6	-	1,3	-	3,9
25 - 29	8,0	8,6	-	3,7	5,3	2,5
30 - 34	23,6	29,6	1,2	14,2	10,0	8,8
35 - 39	45,2	61,9	5,9	37,7	12,8	11,7
40 - 44	100,3	185,2	23,1	97,8	36,1	24,7
45 - 49	163,0	339,5	56,8	221,0	50,6	51,3
50 - 54	250,1	651,8	65,4	387,2	54,0	93,5
55 - 59	373,9	862,1	108,7	539,0	80,7	102,3
60 - 64	316,5	788,2	124,1	481,0	49,6	99,6
insgesamt	118,0	262,3	33,1	157,9	29,7	36,3
2004	absolut					
0 - 19	-	1	-	1	-	-
20 - 24	6	4	1	-	2	1
25 - 29	7	9	-	5	2	2
30 - 34	17	22	2	10	8	3
35 - 39	46	63	11	29	11	13
40 - 44	77	179	22	113	23	25
45 - 49	110	281	35	184	24	29
50 - 54	184	425	55	260	41	70
55 - 59	185	466	65	271	32	70
60 - 64	96	308	29	185	13	45
insgesamt	728	1.758	220	1.058	156	258
	je 100.000 aktiv Versicherte					
0 - 19	-	4,2	-	4,2	-	-
20 - 24	8,3	5,3	1,4	-	2,8	1,3
25 - 29	9,0	10,9	-	6,1	2,6	2,4
30 - 34	22,6	25,8	2,7	11,7	10,6	3,5
35 - 39	47,9	59,7	11,5	27,5	11,5	12,3
40 - 44	75,5	167,4	21,6	105,7	22,6	23,4
45 - 49	133,8	335,3	42,6	219,5	29,2	34,6
50 - 54	233,7	565,0	69,9	345,6	52,1	93,1
55 - 59	308,3	777,9	108,3	452,4	53,3	116,8
60 - 64	286,1	652,9	86,4	392,2	38,7	95,4
insgesamt	104,1	235,9	31,5	142,0	22,3	34,6

(Datenquelle: VDR / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.81:
Rentenzugänge wegen verminderter Erwerbsfähigkeit infolge von Krankheiten des
Kreislaufsystems in Berlin 2003 und 2004
nach Altersgruppen und Geschlecht
- absolut und je 100.000 aktiv Versicherte

Indikator 3.94

Jahr / Alter in Jahren	Rentenzugänge wegen verminderter Erwerbsfähigkeit infolge von Krankheiten des Kreislaufsystems								
	insgesamt (I 00 - I 99)			darunter:					
				ischämische Herzkrankheiten (I 20 - I 25)			zerebrovaskuläre Krankheiten (I 60 - I 69)		
	weiblich	männlich	insgesamt	weiblich	männlich	insgesamt	weiblich	männlich	insgesamt
2003									
absolut									
0 - 34	5	5	10	-	-	-	4	2	6
35 - 39	10	15	25	1	1	2	5	7	12
40 - 44	23	24	47	4	3	7	13	5	18
45 - 49	41	76	117	5	18	23	23	25	48
50 - 54	65	133	198	9	44	53	32	43	75
55 - 59	89	222	311	9	70	79	29	53	82
60 und älter	13	74	87	5	24	29	3	16	19
insgesamt	246	549	795	33	160	193	109	151	260
je 100.000 aktiv Versicherte									
0 - 34	2,0	1,8	1,9	-	-	-	1,6	0,7	1,1
35 - 39	9,8	13,5	11,7	1,0	0,9	0,9	4,9	6,3	5,6
40 - 44	23,1	22,8	22,9	4,0	2,8	3,4	13,0	4,7	8,8
45 - 49	50,6	92,8	71,8	6,2	22,0	14,1	28,4	30,5	29,5
50 - 54	81,7	175,1	127,3	11,3	57,9	34,1	40,2	56,6	48,2
55 - 59	146,6	360,4	254,3	14,8	113,7	64,6	47,8	86,1	67,0
60 und älter	38,7	149,4	104,7	14,9	48,4	34,9	8,9	32,3	22,9
insgesamt	34,8	72,2	54,2	4,7	21,1	13,2	15,4	19,9	17,7
2004									
absolut									
0 - 34	3	9	12	-	1	1	3	3	6
35 - 39	12	10	22	1	2	3	4	1	5
40 - 44	19	34	53	-	11	11	13	7	20
45 - 49	28	61	89	6	14	20	16	21	37
50 - 54	51	154	205	7	41	48	18	42	60
55 - 59	67	196	263	8	61	69	30	59	89
60 und älter	19	59	78	5	16	21	7	22	29
insgesamt	199	523	722	27	146	173	91	155	246
je 100.000 aktiv Versicherte									
0 - 34	1,2	3,4	2,3	-	0,4	0,2	1,2	1,1	1,2
35 - 39	12,5	9,5	10,9	1,0	1,9	1,5	4,2	0,9	2,5
40 - 44	18,6	31,8	25,4	-	10,3	5,3	12,8	6,5	9,6
45 - 49	34,1	72,8	53,6	7,3	16,7	12,0	19,5	25,1	22,3
50 - 54	64,8	204,7	133,2	8,9	54,5	31,2	22,9	55,8	39,0
55 - 59	111,6	327,2	219,3	13,3	101,8	57,5	50,0	98,5	74,2
60 und älter	54,3	118,8	92,2	14,3	32,2	24,8	20,0	44,3	34,3
insgesamt	28,4	70,0	49,8	3,9	19,5	11,9	13,0	20,7	17,0

(Datenquelle: VDR / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.82:

Indikator 3.95

Alters- und geschlechtsspezifische Mortalität bei Krankheiten des Kreislaufsystems in Berlin 2004
- absolut und je 100.000 der entsprechenden Altersgruppe

Alter in Jahren	Sterbefälle an Krankheiten des Kreislaufsystems					
	insgesamt (I 00 - I 99)		darunter:			
	weiblich	männlich	ischämische Herzkrankheiten (I 20 - I 25)		zerebrovaskuläre Krankheiten (I 60 - I 69)	
weiblich			männlich	weiblich	männlich	
absolut						
0	-	-	-	-	-	-
1 - 4	-	1	-	-	-	-
5 - 9	1	-	-	-	1	-
10 - 14	-	1	-	-	-	-
15 - 19	-	2	-	-	-	-
20 - 24	5	3	-	1	-	-
25 - 29	4	3	1	-	-	-
30 - 34	5	12	-	-	3	3
35 - 39	11	31	2	10	4	7
40 - 44	15	73	4	31	4	7
45 - 49	42	112	5	63	10	6
50 - 54	52	195	7	82	16	20
55 - 59	66	224	23	91	14	27
60 - 64	182	452	65	206	28	39
65 - 69	289	625	91	268	42	67
70 - 74	449	623	167	263	51	84
75 - 79	875	739	293	324	113	86
80 - 84	1.613	744	544	277	211	86
85 - 89	1.468	455	431	167	201	44
90 - 94	2.063	462	649	167	194	45
95 und älter	971	142	300	51	92	14
insgesamt	8.111	4.899	2.582	2.001	984	535
je 100.000 ¹⁾						
0	-	-	-	-	-	-
1 - 4	-	1,7	-	-	-	-
5 - 9	1,6	-	-	-	1,6	-
10 - 14	-	1,3	-	-	-	-
15 - 19	-	2,2	-	-	-	-
20 - 24	4,4	2,7	-	0,9	-	-
25 - 29	3,3	2,5	0,8	-	-	-
30 - 34	4,1	9,2	-	-	2,5	2,3
35 - 39	7,4	19,3	1,3	6,2	2,7	4,4
40 - 44	10,2	46,2	2,7	19,6	2,7	4,4
45 - 49	35,6	90,9	4,2	51,1	8,5	4,9
50 - 54	44,5	172,9	6,0	72,7	13,7	17,7
55 - 59	68,6	235,5	23,9	95,7	14,6	28,4
60 - 64	148,6	381,2	53,1	173,7	22,9	32,9
65 - 69	271,0	665,0	85,3	285,2	39,4	71,3
70 - 74	645,3	1.138,4	240,0	480,6	73,3	153,5
75 - 79	1.422,7	2.118,8	476,4	928,9	183,7	246,6
80 - 84	3.167,8	4.126,5	1.068,4	1.536,3	414,4	477,0
85 - 89	6.021,1	6.809,3	1.767,8	2.499,3	824,4	658,5
90 - 94	11.225,4	11.154,0	3.531,4	4.031,9	1.055,6	1.086,4
95 und älter	16.172,6	7.646,7	4.996,7	2.746,4	1.532,3	753,9
insgesamt	467,3	296,6	148,8	121,1	56,7	32,4
insgesamt ²⁾	202,0	285,5	64,3	115,1	25,8	31,0

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

²⁾ Je 100.000 direkt altersstandardisiert an der Eurobev. alt.

(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.83:
Alters- und geschlechtsspezifische Mortalitätsraten bei bösartigen Neubildungen und Krankheiten
des Kreislaufsystems in Berlin und Deutschland 1992 - 2004
 - je 100.000 / altersstand. Eurobev. alt

Altersgruppe / Jahr ¹⁾	Sterbefälle							
	infolge bösartiger Neubildungen				infolge von Herz-Kreislaufkrankheiten			
	weiblich		männlich		weiblich		männlich	
	Berlin	Deutsch-land	Berlin	Deutsch-land	Berlin	Deutsch-land	Berlin	Deutsch-land
alle Altersgruppen								
1992	171,1	162,1	259,6	271,9	319,8	298,9	501,7	473,4
1993	170,1	162,2	265,9	270,7	305,5	297,3	495,4	472,0
1994	173,2	159,2	276,7	265,7	301,2	286,8	468,7	451,9
1995	166,5	156,6	264,5	263,2	280,2	278,8	450,7	443,7
1996	160,6	155,6	251,6	261,1	274,4	274,6	422,7	392,5
1997	151,4	150,6	242,9	251,5	245,5	262,8	405,3	412,1
1998	148,7	150,6	226,2	249,9	238,8	258,1	374,3	401,4
1999	148,0	147,4	230,5	243,4	238,0	250,3	370,3	387,4
2000	143,8	151,7	228,3	242,9	205,2	240,8	322,3	370,1
2001	144,6	140,5	226,6	231,1	211,3	234,4	316,1	354,6
2002	147,0	140,3	223,4	228,8	217,8	236,6	321,9	348,8
2003	143,2	137,5	224,0	225,3	203,3	238,8	297,8	346,0
2004	139,0	135,4	212,8	219,3	202,0	218,6	285,5	315,2
Ø 1992 - 1994	171,5	161,2	267,4	269,4	308,8	294,3	488,6	465,7
Ø 1998 - 2000	146,8	149,9	228,3	245,4	227,4	249,7	355,1	386,3
Ø 2002 - 2004	143,1	137,7	220,0	224,5	207,7	231,3	301,4	336,5
Veränderung Ø 2002/2004 zu Ø 1992/1994 (in %)	-16,6	-14,5	-17,7	-16,7	-32,7	-21,4	-38,3	-27,7
0 - 64 Jahre								
1992	79,2	72,2	100,6	105,0	44,5	35,9	112,3	105,2
1993	77,0	72,7	104,7	103,9	37,8	35,3	108,9	102,8
1994	79,1	70,6	103,8	100,5	41,3	34,5	108,6	98,8
1995	73,4	70,1	98,4	98,4	37,8	32,9	105,4	95,2
1996	74,1	69,3	96,7	97,5	36,7	31,9	98,5	91,5
1997	68,1	66,9	94,5	93,9	35,1	30,2	95,5	86,9
1998	70,0	65,7	86,3	91,7	35,1	29,4	84,2	82,8
1999	63,4	64,6	87,9	90,0	29,4	27,5	86,4	78,8
2000	64,1	71,5	86,4	88,7	25,6	25,9	71,8	74,5
2001	62,3	62,8	85,1	86,0	24,1	25,1	70,1	72,7
2002	64,7	62,4	83,1	85,8	25,5	25,2	72,0	70,4
2003	62,4	61,6	86,8	83,9	21,3	24,2	62,0	69,3
2004	62,0	60,4	78,6	91,3	21,7	22,7	64,7	64,8
Ø 1992 - 1994	78,4	71,8	103,0	103,1	41,2	35,2	109,9	102,3
Ø 1998 - 2000	65,8	67,3	86,9	90,1	30,0	27,6	80,7	78,7
Ø 2002 - 2004	63,0	61,4	82,9	83,6	22,8	24,0	66,3	68,2
Veränderung Ø 2002/2004 zu Ø 1992/1994 (in %)	-19,7	-14,5	-19,6	-18,9	-44,6	-31,8	-39,7	-33,4

¹⁾ Bis 1997 ICD 9, ab 1998 ICD-10.

(Datenquelle: StBA / StaLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Krankheiten des Atmungssystems

Tabelle 3.2.84:
Krankheiten des Atmungssystems in Berlin (nur Berliner) 1994 - 2004
nach ausgewählten Indikatoren und Geschlecht
- absolut

Indikator 3.96

Jahr	Krankheiten des Atmungssystems					
	Krankenhausfälle ¹⁾				Sterbefälle ²⁾	
	ohne Stundenfälle		mit Stundenfällen			
	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich
1994	16.836	18.542	18.205	20.407	1.187	1.004
1995	16.454	17.350	17.073	18.149	1.245	1.066
1996	16.032	16.817	16.631	17.641	1.388	1.018
1997	15.610	16.476	16.209	17.300	1.052	932
1998	16.592	17.624	17.347	18.517	1.138	945
1999	17.148	17.710	17.820	18.523	1.302	1.010
2000	17.036	17.579	17.681	18.308	1.103	1.009
2001	16.642	17.468	17.246	18.295	1.177	973
2002	17.105	18.189	17.708	18.954	1.202	1.002
2003	17.752	18.654	18.338	19.445	1.287	1.016
2004	16.532	18.084	16.943	18.606	1.019	962

Jahr	Krankheiten des Atmungssystems					
	Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und sonstige Leistungen zur Teilhabe ³⁾		Rentenzugänge wegen verminderter Erwerbsfähigkeit ³⁾		Arbeitsunfähigkeitsfälle ⁴⁾	
	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich
	1994	672	452	246	353	.
1995	999	616	218	326	.	.
1996	986	593	208	319	.	.
1997	563	311	139	294	.	.
1998	440	300	139	203	.	.
1999	442	290	116	199	.	.
2000	546	340	197	218	.	.
2001	519	350	255	236	.	.
2002	468	288	114	147	.	.
2003	371	263	82	149	.	.
2004	310	190	78	136	.	.

Datenquellen:

¹⁾ StaLa Berlin, KHStatV-Teil II: Diagnosen.²⁾ StaLa Berlin.³⁾ VDR (Alter 0 - 64 Jahre).⁴⁾ BMG, GKV: KG 8-Statistik.

Tabelle 3.2.84 a:
Krankheiten des Atmungssystems in Berlin (nur Berliner) 1994 - 2004
nach ausgewählten Indikatoren und Geschlecht
- je 100.000

Indikator 3.96

Jahr	Krankheiten des Atmungssystems					
	Krankenhausfälle				Sterbefälle	
	ohne Stundenfälle		mit Stundenfällen			
	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich
je 100.000 ¹⁾						
1994	931,2	1.110,9	1.006,9	1.222,6	65,6	60,2
1995	914,3	1.038,1	948,7	1.085,9	69,2	63,8
1996	894,8	1.004,1	928,3	1.053,3	77,5	60,8
1997	878,6	987,6	912,3	1.037,0	59,2	55,9
1998	943,4	1.064,6	986,3	1.118,5	64,7	57,1
1999	982,2	1.075,0	1.020,7	1.124,3	74,6	61,3
2000	979,0	1.069,3	1.016,1	1.113,6	63,4	61,4
2001	956,9	1.061,3	991,6	1.111,5	67,7	59,1
2002	982,6	1.102,6	1.017,3	1.149,0	69,1	60,7
2003	1.020,5	1.129,2	1.054,2	1.177,1	74,0	61,5
2004	952,5	1.094,8	976,1	1.126,4	58,7	58,2
je 100.000 ²⁾						
1994	948,9	1.278,5	1.043,4	1.407,7	31,1	69,3
1995	904,7	1.194,3	944,2	1.252,0	33,1	72,4
1996	850,8	1.141,7	892,8	1.206,7	35,7	68,3
1997	845,8	1.120,5	890,3	1.190,8	27,7	62,1
1998	907,5	1.211,5	967,9	1.292,2	30,5	62,8
1999	882,0	1.198,0	934,7	1.275,6	34,9	66,0
2000	883,0	1.176,1	934,4	1.243,4	29,6	64,4
2001	867,7	1.172,4	918,8	1.247,8	31,4	60,8
2002	910,4	1.216,3	960,3	1.283,6	32,4	61,4
2003	903,2	1.213,9	949,6	1.284,0	35,5	60,8
2004	875,3	1.175,4	905,2	1.217,8	27,5	55,8

Jahr	Krankheiten des Atmungssystems					
	Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und sonstige Leistungen zur Teilhabe ³⁾		Rentenzugänge wegen verminderter Erwerbsfähigkeit ³⁾		Arbeitsunfähigkeitsfälle ⁴⁾	
	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich
	je 100.000					
1994	91,2	54,9	33,4	42,6	.	.
1995	139,0	77,4	30,3	40,7	.	.
1996	140,0	74,6	29,5	40,1	.	.
1997	81,6	39,7	20,1	37,5	.	.
1998	65,3	39,1	20,6	26,4	.	.
1999	62,1	36,9	16,3	25,3	.	.
2000	75,8	43,2	27,3	27,6	.	.
2001	72,3	45,2	35,5	30,4	.	.
2002	65,4	37,4	15,9	19,0	.	.
2003	52,5	34,7	11,6	19,6	.	.
2004	44,3	25,5	11,1	18,2	.	.

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

²⁾ Je 100.000 direkt altersstandardisiert an der Eurobev. alt.

³⁾ Je 100.000 aktiv Versicherte / Alter 0 - 64 Jahre.

⁴⁾ Je 100.000 GKV-Pflichtmitglieder.

(Datenquelle: StaLa Berlin / VDR / BMG / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.85:

Indikator 3.97

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle, ohne Stundenfälle) wegen Krankheiten des Atmungssystems in Berlin (nur Berliner) 2003 und 2004 nach Altersgruppen und Geschlecht - absolut und je 100.000

Alter in Jahren	Stationäre Behandlungsfälle wegen Krankheiten des Atmungssystems							
	insgesamt (J 00 - J 99)				darunter: chronische Krankheiten der unteren Atemwege (J 40 - J 47)			
	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich
	2003		2004		2003		2004	
	absolut							
0	454	756	519	888	28	58	17	43
1 - 4	1.081	1.614	1.141	1.685	62	102	39	92
5 - 9	479	638	498	578	26	45	39	50
10 - 14	476	351	358	299	31	42	27	32
15 - 19	828	587	825	521	31	22	22	16
20 - 24	758	604	737	698	34	9	27	19
25 - 29	620	680	685	644	25	12	29	13
30 - 34	659	805	629	709	48	27	26	19
35 - 39	730	959	680	843	60	40	45	37
40 - 44	594	896	594	899	94	68	82	72
45 - 49	535	727	524	761	107	80	94	93
50 - 54	658	832	630	790	163	168	141	166
55 - 59	684	1.033	637	879	221	251	199	243
60 - 64	1.002	1.708	979	1.547	375	478	367	536
65 - 69	980	1.638	998	1.665	344	529	406	608
70 - 74	1.124	1.411	988	1.362	494	526	432	519
75 - 79	1.483	1.280	1.224	1.355	605	413	482	490
80 - 84	1.586	994	1.537	975	497	252	491	305
85 - 89	1.308	606	983	480	287	119	228	97
90 - 94	1.302	424	989	405	219	62	177	61
95 und älter	411	111	377	101	65	11	54	8
insgesamt	17.752	18.654	16.532	18.084	3.816	3.314	3.424	3.519
	je 100.000 ¹⁾							
0	3.258,0	5.147,8	3.690,5	5.969,7	200,9	394,9	120,9	289,1
1 - 4	1.956,7	2.806,7	2.082,8	2.947,5	112,2	177,4	71,2	160,9
5 - 9	748,1	942,9	772,6	852,7	40,6	66,5	60,5	73,8
10 - 14	633,5	441,2	512,5	403,6	41,3	52,8	38,7	43,2
15 - 19	931,7	636,2	930,6	565,4	34,9	23,8	24,8	17,4
20 - 24	661,7	543,8	641,4	628,6	29,7	8,1	23,5	17,1
25 - 29	528,1	573,5	569,6	531,7	21,3	10,1	24,1	10,7
30 - 34	511,4	581,0	514,2	542,3	37,2	19,5	21,3	14,5
35 - 39	473,1	575,2	457,3	524,0	38,9	24,0	30,3	23,0
40 - 44	421,2	589,7	404,9	569,1	66,7	44,8	55,9	45,6
45 - 49	459,2	602,9	444,1	617,4	91,8	66,3	79,7	75,5
50 - 54	563,0	739,1	538,5	700,5	139,5	149,2	120,5	147,2
55 - 59	693,8	1.051,0	662,4	924,3	224,2	255,4	206,9	255,5
60 - 64	809,9	1.430,6	799,4	1.304,7	303,1	400,4	299,7	452,0
65 - 69	970,9	1.855,6	935,7	1.771,7	340,8	599,3	380,7	647,0
70 - 74	1.653,6	2.697,9	1.419,9	2.488,7	726,7	1.005,8	620,8	948,3
75 - 79	2.432,1	4.058,9	1.990,2	3.884,9	992,2	1.309,6	783,7	1.404,9
80 - 84	3.161,6	5.663,8	3.018,6	5.407,7	990,7	1.435,9	964,3	1.691,6
85 - 89	4.964,5	8.638,6	4.031,8	7.183,5	1.089,3	1.696,4	935,2	1.451,7
90 - 94	7.007,5	10.224,3	5.381,4	9.777,9	1.178,7	1.495,1	963,1	1.472,7
95 und älter	7.396,1	6.449,7	6.279,1	5.438,9	1.169,7	639,2	899,4	430,8
insgesamt	1.020,5	1.129,2	952,5	1.094,8	219,4	200,6	197,3	213,0
insgesamt ²⁾	903,2	1.213,9	875,3	1.175,4	153,4	195,2	136,0	198,0

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

²⁾ Je 100.000 / altersstand. Eurobev. alt.

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil II: Diagnosen / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.85 a:

Indikator 3.97

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle) wegen Krankheiten des Atmungssystems in Berlin (nur Berliner) 2003 und 2004 nach Altersgruppen und Geschlecht - absolut und je 100.000

Alter in Jahren	Stationäre Behandlungsfälle wegen Krankheiten des Atmungssystems							
	insgesamt (J 00 - J 99)				darunter: chronische Krankheiten der unteren Atemwege (J 40 - J 47)			
	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich
	2003		2004		2003		2004	
	absolut							
0	471	775	528	905	28	58	17	43
1 - 4	1.272	1.933	1.258	1.847	62	105	41	97
5 - 9	571	772	549	645	26	46	39	51
10 - 14	493	367	364	305	33	44	28	33
15 - 19	833	600	833	527	34	23	24	16
20 - 24	768	612	747	701	39	10	30	19
25 - 29	628	693	690	655	25	13	29	15
30 - 34	667	817	637	723	49	29	27	20
35 - 39	750	976	689	858	65	44	46	42
40 - 44	610	909	604	910	98	70	84	74
45 - 49	549	754	537	768	110	84	97	94
50 - 54	674	858	639	809	164	175	143	168
55 - 59	700	1.055	648	909	222	258	200	248
60 - 64	1.020	1.738	997	1.576	379	485	369	544
65 - 69	995	1.674	1.016	1.703	346	537	408	614
70 - 74	1.136	1.428	1.007	1.388	496	530	434	524
75 - 79	1.499	1.306	1.239	1.377	607	418	486	495
80 - 84	1.617	1.010	1.561	988	501	253	493	306
85 - 89	1.332	619	1.003	494	291	120	231	98
90 - 94	1.334	437	1.009	414	222	62	178	61
95 und älter	419	112	388	104	65	11	54	9
insgesamt	18.338	19.445	16.943	18.606	3.862	3.375	3.458	3.571
	je 100.000 ¹⁾							
0	3.380,0	5.277,1	3.754,5	6.084,0	200,9	394,9	120,9	289,1
1 - 4	2.302,4	3.361,4	2.296,4	3.230,9	112,2	182,6	74,8	169,7
5 - 9	891,8	1.140,9	851,7	951,5	40,6	68,0	60,5	75,2
10 - 14	656,1	461,3	521,1	411,7	43,9	55,3	40,1	44,5
15 - 19	937,3	650,3	939,6	571,9	38,3	24,9	27,1	17,4
20 - 24	670,4	551,0	650,1	631,3	34,0	9,0	26,1	17,1
25 - 29	535,0	584,5	573,8	540,8	21,3	11,0	24,1	12,4
30 - 34	517,6	589,6	520,8	553,0	38,0	20,9	22,1	15,3
35 - 39	486,1	585,4	463,3	533,3	42,1	26,4	30,9	26,1
40 - 44	432,6	598,3	411,8	576,1	69,5	46,1	57,3	46,8
45 - 49	471,2	625,3	455,1	623,1	94,4	69,7	82,2	76,3
50 - 54	576,7	762,2	546,2	717,4	140,3	155,5	122,2	149,0
55 - 59	710,0	1.073,3	673,9	955,8	225,2	262,5	208,0	260,8
60 - 64	824,4	1.455,7	814,1	1.329,1	306,3	406,2	301,3	458,8
65 - 69	985,8	1.896,4	952,6	1.812,1	342,8	608,3	382,5	653,3
70 - 74	1.671,2	2.730,5	1.447,2	2.536,2	729,7	1.013,4	623,7	957,5
75 - 79	2.458,3	4.141,3	2.014,6	3.947,9	995,5	1.325,5	790,2	1.419,2
80 - 84	3.223,4	5.755,0	3.065,7	5.479,8	998,7	1.441,6	968,2	1.697,2
85 - 89	5.055,6	8.823,9	4.113,9	7.393,0	1.104,5	1.710,6	947,5	1.466,6
90 - 94	7.179,8	10.537,7	5.490,3	9.995,2	1.194,8	1.495,1	968,5	1.472,7
95 und älter	7.540,0	6.507,8	6.462,4	5.600,4	1.169,7	639,2	899,4	484,7
insgesamt	1.054,2	1.177,1	976,1	1.126,4	222,0	204,3	199,2	216,2
insgesamt ²⁾	949,6	1.284,0	905,2	1.217,8	155,5	198,8	137,7	201,1

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

²⁾ Je 100.000 / altersstand. Eurobev. alt.

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil II: Diagnosen / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.86:

Indikator 3.99

Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und sonstige Leistungen zur Teilhabe wegen Krankheiten des Atmungssystems in Berlin 2003 und 2004 nach Altersgruppen und Geschlecht - absolut und je 100.000 aktiv Versicherte

Jahr / Alter in Jahren	Medizinische Rehabilitation und sonstige Leistungen zur Teilhabe wegen Krankheiten des Atmungssystems			
	insgesamt (J 00 - J 99)		darunter: chronische Krankheiten der unteren Atemwege (J 40 - J 47)	
	weiblich	männlich	weiblich	männlich
2003	absolut			
0 - 19	1	-	-	-
20 - 24	6	6	5	1
25 - 29	9	10	6	6
30 - 34	18	13	17	9
35 - 39	47	25	30	16
40 - 44	58	32	46	22
45 - 49	62	34	53	25
50 - 54	72	52	62	37
55 - 59	67	58	58	47
60 - 64	31	33	24	30
insgesamt	371	263	301	193
	je 100.000 aktiv Versicherte			
0 - 19	4,4	-	-	-
20 - 24	8,3	7,8	6,9	1,3
25 - 29	11,9	12,3	8,0	7,4
30 - 34	22,4	14,2	21,2	9,9
35 - 39	46,2	22,4	29,5	14,3
40 - 44	58,2	30,4	46,1	20,9
45 - 49	76,6	41,5	65,5	30,5
50 - 54	90,5	68,5	77,9	48,7
55 - 59	110,4	94,2	95,5	76,3
60 - 64	96,2	69,9	74,5	63,6
insgesamt	52,5	34,7	42,6	25,5
2004	absolut			
0 - 19	-	-	-	-
20 - 24	5	2	4	-
25 - 29	7	4	3	4
30 - 34	13	13	10	7
35 - 39	32	14	29	12
40 - 44	55	25	49	20
45 - 49	51	36	42	25
50 - 54	61	34	52	28
55 - 59	62	34	57	31
60 - 64	24	28	17	23
insgesamt	310	190	263	150
	je 100.000 aktiv Versicherte			
0 - 19	-	-	-	-
20 - 24	6,9	2,7	5,5	-
25 - 29	9,0	4,8	3,9	4,8
30 - 34	17,3	15,2	13,3	8,2
35 - 39	33,3	13,3	30,2	11,4
40 - 44	53,9	23,4	48,1	18,7
45 - 49	62,0	43,0	51,1	29,8
50 - 54	77,5	45,2	66,1	37,2
55 - 59	103,3	56,8	95,0	51,7
60 - 64	71,5	59,4	50,7	48,8
insgesamt	44,3	25,5	37,6	20,1

(Datenquelle: VDR / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.87:
Rentenzugänge wegen verminderter Erwerbsfähigkeit infolge von Krankheiten des
Atmungssystems in Berlin 2003 und 2004
nach Altersgruppen und Geschlecht
- absolut und je 100.000 aktiv Versicherte

Indikator 3.100

Jahr / Alter in Jahren	Rentenzugänge wegen verminderter Erwerbsfähigkeit infolge von Krankheiten des Atmungssystems					
	insgesamt (J 00 - J 99)			darunter: chronische Krankheiten der unteren Atemwege (J 40 - J 47)		
	weiblich	männlich	insgesamt	weiblich	männlich	insgesamt
2003	absolut					
0 - 34	2	3	5	2	-	2
35 - 39	4	6	10	3	4	7
40 - 44	4	6	10	3	5	8
45 - 49	15	23	38	11	18	29
50 - 54	20	36	56	18	32	50
55 - 59	33	53	86	27	40	67
60 und älter	4	22	26	3	17	20
insgesamt	82	149	231	67	116	183
	je 100.000 aktiv Versicherte					
0 - 34	0,8	1,1	1,0	0,8	-	0,4
35 - 39	3,9	5,4	4,7	2,9	3,6	3,3
40 - 44	4,0	5,7	4,9	3,0	4,7	3,9
45 - 49	18,5	28,1	23,3	13,6	22,0	17,8
50 - 54	25,1	47,4	36,0	22,6	42,1	32,2
55 - 59	54,4	86,1	70,3	44,5	64,9	54,8
60 und älter	11,9	44,4	31,3	8,9	34,3	24,1
insgesamt	11,6	19,6	15,7	9,5	15,3	12,5
2004	absolut					
0 - 34	2	1	3	1	-	1
35 - 39	5	5	10	2	3	5
40 - 44	4	7	11	3	3	6
45 - 49	11	12	23	8	9	17
50 - 54	25	37	62	21	28	49
55 - 59	29	54	83	23	42	65
60 und älter	2	20	22	-	15	15
insgesamt	78	136	214	58	100	158
	je 100.000 aktiv Versicherte					
0 - 34	0,8	0,4	0,6	0,4	-	0,2
35 - 39	5,2	4,7	5,0	2,1	2,8	2,5
40 - 44	3,9	6,5	5,3	2,9	2,8	2,9
45 - 49	13,4	14,3	13,9	9,7	10,7	10,2
50 - 54	31,8	49,2	40,3	26,7	37,2	31,8
55 - 59	48,3	90,1	69,2	38,3	70,1	54,2
60 und älter	5,7	40,3	26,0	-	30,2	17,7
insgesamt	11,1	18,2	14,8	8,3	13,4	10,9

(Datenquelle: VDR / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.88:

Indikator 3.101

Alters- und geschlechtsspezifische Mortalität bei Krankheiten des Atmungssystems
in Berlin 2003 und 2004
- absolut und je 100.000

Alter in Jahren	Sterbefälle an Krankheiten des Atmungssystems							
	insgesamt (ICD-10 Nrn. J 00 - J 99)		dar.: chron. Krankheiten der unteren Atemwege (ICD-10 Nrn. J 40 - J 47)		insgesamt (ICD-10 Nrn. J 00 - J 99)		dar.: chron. Krankheiten der unteren Atemwege (ICD-10 Nrn. J 40 - J 47)	
	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich
	2003				2004			
	absolut							
0	1	2	1	-	-	-	-	-
1 - 4	-	-	-	-	-	1	-	-
5 - 9	-	1	-	-	-	-	-	-
10 - 14	-	-	-	-	-	1	-	-
15 - 19	2	-	2	-	-	1	-	-
20 - 24	2	4	-	1	1	-	-	-
25 - 29	-	2	-	-	-	-	-	-
30 - 34	-	-	-	-	2	3	2	1
35 - 39	1	4	-	-	2	5	2	2
40 - 44	4	10	3	4	8	9	3	3
45 - 49	13	14	5	7	11	22	5	12
50 - 54	18	18	9	11	14	22	9	9
55 - 59	18	36	10	25	13	43	11	22
60 - 64	41	104	26	64	33	102	25	61
65 - 69	71	120	49	76	56	113	41	76
70 - 74	118	167	79	117	73	139	46	85
75 - 79	190	162	115	88	137	158	86	85
80 - 84	219	152	113	77	208	148	115	72
85 - 89	231	100	92	39	164	87	64	37
90 - 94	253	86	83	32	204	78	91	32
95 und älter	105	34	30	11	93	30	29	11
insgesamt	1.287	1.016	617	552	1.019	962	529	508
	je 100.000 ¹⁾							
0	7,2	13,6	7,2	-	-	-	-	-
1 - 4	-	-	-	-	-	1,7	-	-
5 - 9	-	1,5	-	-	-	-	-	-
10 - 14	-	-	-	-	-	1,3	-	-
15 - 19	2,3	-	2,3	-	-	1,1	-	-
20 - 24	1,7	3,6	-	0,9	0,9	-	-	-
25 - 29	-	1,7	-	-	-	-	-	-
30 - 34	-	-	-	-	1,6	2,3	1,6	0,8
35 - 39	0,6	2,4	-	-	1,3	3,1	1,3	1,2
40 - 44	2,8	6,6	2,1	2,6	5,5	5,7	2,0	1,9
45 - 49	11,2	11,6	4,3	5,8	9,3	17,8	4,2	9,7
50 - 54	15,4	16,0	7,7	9,8	12,0	19,5	7,7	8,0
55 - 59	18,3	36,6	10,1	25,4	13,5	45,2	11,4	23,1
60 - 64	33,1	87,1	21,0	53,6	26,9	86,0	20,4	51,4
65 - 69	70,3	135,9	48,5	86,1	52,5	120,2	38,4	80,9
70 - 74	173,6	319,3	116,2	223,7	104,9	254,0	66,1	155,3
75 - 79	311,6	513,7	188,6	279,0	222,8	453,0	139,8	243,7
80 - 84	436,6	866,1	225,3	438,7	408,5	820,9	225,9	399,3
85 - 89	876,8	1.425,5	349,2	556,0	672,7	1.302,0	262,5	553,7
90 - 94	1.361,7	2.073,8	446,7	771,6	1.110,0	1.883,1	495,2	772,6
95 und älter	1.889,5	1.975,6	539,9	639,2	1.549,0	1.615,5	483,0	592,4
insgesamt	74,0	61,5	35,5	33,4	58,7	58,2	30,5	30,8
insgesamt ²⁾	35,5	60,8	18,4	32,0	27,5	55,8	15,2	28,5

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

²⁾ Je 100.000 direkt altersstandardisiert an der Eurobev. alt.

(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Krankheiten des Verdauungssystems

Tabelle 3.2.89:
Krankheiten des Verdauungssystems in Berlin (nur Berliner) 1994 - 2004
nach ausgewählten Indikatoren und Geschlecht
- absolut

Jahr	Krankheiten des Verdauungssystems					
	Krankenhausfälle ¹⁾				Sterbefälle ²⁾	
	ohne Stundenfälle		mit Stundenfällen		weiblich	männlich
	weiblich	männlich	weiblich	männlich		
1994	27.924	26.127	29.482	27.945	1.026	953
1995	26.328	24.217	26.918	24.923	981	861
1996	27.161	25.781	27.846	26.594	978	880
1997	28.659	27.318	29.344	28.131	870	767
1998	30.288	27.942	30.955	28.701	847	785
1999	29.891	28.353	30.854	29.394	885	852
2000	31.692	29.220	32.807	30.408	823	806
2001	31.015	28.806	32.039	29.930	797	878
2002	31.391	29.786	32.411	30.860	888	820
2003	31.200	30.559	32.260	31.640	869	822
2004	31.458	30.696	32.341	31.714	790	820

Jahr	Krankheiten des Verdauungssystems					
	Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und sonstige Leistungen zur Teilhabe ³⁾		Rentenzugänge wegen verminderter Erwerbsfähigkeit ³⁾		Arbeitsunfähigkeitsfälle ⁴⁾	
	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich
	1994	181	240	162	291	.
1995	291	295	156	293	.	.
1996	257	242	139	222	.	.
1997	187	171	129	228	.	.
1998	158	161	120	180	.	.
1999	175	155	98	160	.	.
2000	216	191	99	164	.	.
2001	207	176	87	138	.	.
2002	205	173	78	135	.	.
2003	183	181	79	117	.	.
2004	139	147	70	119	.	.

Datenquellen:

¹⁾ StaLa Berlin, KHStatV-Teil II: Diagnosen.

²⁾ StaLa Berlin.

³⁾ VDR (Alter 0 - 64 Jahre).

⁴⁾ BMG, GKV: KG 8-Statistik.

Tabelle 3.2.89 a:
Krankheiten des Verdauungssystems in Berlin (nur Berliner) 1994 - 2004
nach ausgewählten Indikatoren und Geschlecht
- je 100.000

Jahr	Krankheiten des Verdauungssystems					
	Krankenhausfälle				Sterbefälle	
	ohne Stundenfälle		mit Stundenfällen			
	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich
je 100.000 ¹⁾						
1994	1.544,4	1.565,3	1.630,6	1.674,2	56,7	57,1
1995	1.463,0	1.448,9	1.495,8	1.491,1	54,5	51,5
1996	1.516,0	1.539,3	1.554,2	1.587,8	54,6	52,5
1997	1.613,0	1.637,4	1.651,6	1.686,2	49,0	46,0
1998	1.722,1	1.687,8	1.760,0	1.733,7	48,2	47,4
1999	1.712,1	1.721,0	1.767,3	1.784,2	50,7	51,7
2000	1.821,2	1.777,4	1.885,3	1.849,6	47,3	49,0
2001	1.783,3	1.750,1	1.842,2	1.818,4	45,8	53,3
2002	1.803,4	1.805,7	1.861,9	1.870,8	51,0	49,7
2003	1.793,5	1.849,9	1.854,5	1.915,3	50,0	49,8
2004	1.812,4	1.858,3	1.863,3	1.919,9	45,5	49,6
je 100.000 ²⁾						
1994	1.407,0	1.622,6	1.493,6	1.736,9	34,7	59,0
1995	1.315,8	1.483,7	1.349,8	1.529,0	33,3	53,9
1996	1.346,5	1.558,3	1.386,3	1.612,5	32,4	53,0
1997	1.434,9	1.653,5	1.473,0	1.709,6	29,5	46,0
1998	1.507,7	1.686,9	1.544,8	1.739,0	29,3	46,7
1999	1.476,0	1.710,1	1.535,9	1.780,8	30,3	49,9
2000	1.551,3	1.744,1	1.618,6	1.825,7	28,0	47,0
2001	1.475,9	1.683,4	1.539,4	1.760,0	26,2	49,6
2002	1.471,9	1.709,0	1.542,8	1.786,3	29,8	45,8
2003	1.440,1	1.721,8	1.512,5	1.797,8	28,6	45,1
2004	1.447,5	1.714,6	1.508,9	1.787,5	26,0	43,8

Jahr	Krankheiten des Verdauungssystems					
	Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und sonstige Leistungen zur Teilhabe ³⁾		Rentenzugänge wegen verminderter Erwerbsfähigkeit ³⁾		Arbeitsunfähigkeitsfälle ⁴⁾	
	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich
	je 100.000					
1994	24,6	29,1	22,0	35,1	.	.
1995	40,5	37,0	21,7	36,6	.	.
1996	36,5	30,5	19,7	27,9	.	.
1997	27,1	21,8	18,7	29,1	.	.
1998	23,4	21,0	17,8	23,4	.	.
1999	24,6	19,7	13,7	20,3	.	.
2000	30,0	24,3	13,7	20,8	.	.
2001	28,8	22,7	12,1	17,8	.	.
2002	28,6	22,4	10,9	17,5	.	.
2003	25,9	23,9	11,2	15,4	.	.
2004	19,9	19,7	10,0	15,9	.	.

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

²⁾ Je 100.000 direkt altersstandardisiert an der Eurobev. alt.

³⁾ Je 100.000 aktiv Versicherte.

⁴⁾ Je 100.000 GKV-Pflichtmitglieder.

(Datenquelle: StaLa Berlin / VDR / BMG / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.90:

Indikator 3.103

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle, ohne Stundenfälle) wegen Krankheiten des Verdauungssystems in Berlin (nur Berliner) 2003 nach Geschlecht und Altersgruppen - absolut und je 100.000

Alter in Jahren	Stationäre Behandlungsfälle wegen Krankheiten des Verdauungssystems							
	insgesamt (K 00 - K 93)		darunter:					
			Krankheiten der Leber (K 70 - K 77)		darunter:			
	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich
	absolut							
0	120	293	1	9	-	-	-	1
1 - 4	189	329	3	2	-	-	-	-
5 - 9	285	332	-	2	-	-	-	1
10 - 14	702	635	8	8	-	-	1	1
15 - 19	1.120	672	23	11	1	-	1	1
20 - 24	1.094	804	4	12	-	1	-	1
25 - 29	1.011	892	16	20	2	3	3	6
30 - 34	1.102	1.277	22	47	7	15	2	5
35 - 39	1.508	2.058	52	149	20	89	11	20
40 - 44	1.677	2.324	105	145	46	79	26	36
45 - 49	1.611	2.335	117	231	40	127	41	63
50 - 54	2.000	2.462	160	239	60	128	46	68
55 - 59	2.013	2.753	137	209	40	117	40	51
60 - 64	3.000	3.838	243	324	94	148	71	93
65 - 69	2.888	3.466	200	280	66	126	59	74
70 - 74	2.360	2.471	126	179	20	57	47	56
75 - 79	2.541	1.705	139	70	14	19	73	27
80 - 84	2.588	1.070	88	42	15	3	38	22
85 - 89	1.715	507	35	17	-	2	15	9
90 - 94	1.315	274	19	3	-	1	10	-
95 und älter	361	62	4	1	1	-	-	1
insgesamt	31.200	30.559	1.502	2.000	426	915	484	536
	je 100.000¹⁾							
0	861,1	1.995,1	7,2	61,3	-	-	-	6,8
1 - 4	342,1	572,1	5,4	3,5	-	-	-	-
5 - 9	445,1	490,6	-	3,0	-	-	-	1,5
10 - 14	934,2	798,2	10,6	10,1	-	-	1,3	1,3
15 - 19	1.260,3	728,4	25,9	11,9	1,1	-	1,1	1,1
20 - 24	955,0	723,8	3,5	10,8	-	0,9	-	0,9
25 - 29	861,2	752,3	13,6	16,9	1,7	2,5	2,6	5,1
30 - 34	855,1	921,6	17,1	33,9	5,4	10,8	1,6	3,6
35 - 39	977,4	1.234,3	33,7	89,4	13,0	53,4	7,1	12,0
40 - 44	1.189,2	1.529,6	74,5	95,4	32,6	52,0	18,4	23,7
45 - 49	1.382,8	1.936,4	100,4	191,6	34,3	105,3	35,2	52,2
50 - 54	1.711,3	2.187,2	136,9	212,3	51,3	113,7	39,4	60,4
55 - 59	2.041,8	2.800,9	139,0	212,6	40,6	119,0	40,6	51,9
60 - 64	2.424,7	3.214,6	196,4	271,4	76,0	124,0	57,4	77,9
65 - 69	2.861,2	3.926,5	198,1	317,2	65,4	142,7	58,5	83,8
70 - 74	3.471,9	4.724,8	185,4	342,3	29,4	109,0	69,1	107,1
75 - 79	4.167,1	5.406,5	228,0	222,0	23,0	60,2	119,7	85,6
80 - 84	5.159,0	6.096,9	175,4	239,3	29,9	17,1	75,8	125,4
85 - 89	6.509,3	7.227,4	132,8	242,3	-	28,5	56,9	128,3
90 - 94	7.077,5	6.607,2	102,3	72,3	-	24,1	53,8	-
95 und älter	6.496,3	3.602,6	72,0	58,1	18,0	-	-	58,1
insgesamt	1.793,5	1.849,9	86,3	121,1	24,5	55,4	27,8	32,4
insgesamt²⁾	1.440,1	1.721,8	68,7	106,2	20,3	47,6	20,8	28,7

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

²⁾ Je 100.000 / altersstand. Eurobev. alt.

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil II: Diagnosen / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.90 a:

Indikator 3.103

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle, ohne Stundenfälle) wegen Krankheiten des Verdauungssystems in Berlin (nur Berliner) 2004 nach Geschlecht und Altersgruppen - absolut und je 100.000

Alter in Jahren	Stationäre Behandlungsfälle wegen Krankheiten des Verdauungssystems							
	insgesamt (K 00 - K 93)		darunter:					
			Krankheiten der Leber (K 70 - K 77)		darunter:			
	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich
	absolut							
0	141	383	5	6	-	-	-	-
1 - 4	221	307	4	3	-	-	-	-
5 - 9	288	316	3	5	-	-	1	1
10 - 14	611	570	4	6	-	-	1	-
15 - 19	1.206	762	16	5	-	-	-	2
20 - 24	1.155	802	13	9	1	1	1	-
25 - 29	1.004	912	15	22	3	4	1	6
30 - 34	1.029	1.185	20	37	7	20	2	5
35 - 39	1.339	1.834	59	106	28	77	8	12
40 - 44	1.723	2.283	104	159	53	108	20	18
45 - 49	1.635	2.339	151	213	70	128	42	34
50 - 54	1.884	2.557	158	281	73	186	34	34
55 - 59	2.012	2.539	136	275	65	176	22	41
60 - 64	2.877	3.881	229	348	94	204	64	77
65 - 69	3.049	3.560	242	300	84	168	78	50
70 - 74	2.480	2.433	150	139	46	55	49	34
75 - 79	2.737	1.967	130	100	15	26	70	38
80 - 84	2.791	1.240	90	43	7	12	54	15
85 - 89	1.535	458	29	7	-	2	18	2
90 - 94	1.376	296	21	4	-	-	12	2
95 und älter	365	72	5	2	-	1	1	-
insgesamt	31.458	30.696	1.584	2.070	546	1.168	478	371
	je 100.000¹⁾							
0	1.002,6	2.574,8	35,6	40,3	-	-	-	-
1 - 4	403,4	537,0	7,3	5,2	-	-	-	-
5 - 9	446,8	466,2	4,7	7,4	-	-	1,6	1,5
10 - 14	874,7	769,4	5,7	8,1	-	-	1,4	-
15 - 19	1.360,3	826,9	18,0	5,4	-	-	-	2,2
20 - 24	1.005,1	722,2	11,3	8,1	0,9	0,9	0,9	-
25 - 29	834,9	753,0	12,5	18,2	2,5	3,3	0,8	5,0
30 - 34	841,3	906,3	16,4	28,3	5,7	15,3	1,6	3,8
35 - 39	900,4	1.139,9	39,7	65,9	18,8	47,9	5,4	7,5
40 - 44	1.174,6	1.445,2	70,9	100,7	36,1	68,4	13,6	11,4
45 - 49	1.385,7	1.897,7	128,0	172,8	59,3	103,9	35,6	27,6
50 - 54	1.610,5	2.267,3	135,1	249,2	62,4	164,9	29,1	30,1
55 - 59	2.092,3	2.669,8	141,4	289,2	67,6	185,1	22,9	43,1
60 - 64	2.349,1	3.273,0	187,0	293,5	76,8	172,0	52,3	64,9
65 - 69	2.858,8	3.788,1	226,9	319,2	78,8	178,8	73,1	53,2
70 - 74	3.564,1	4.445,7	215,6	254,0	66,1	100,5	70,4	62,1
75 - 79	4.450,3	5.639,5	211,4	286,7	24,4	74,5	113,8	108,9
80 - 84	5.481,4	6.877,4	176,8	238,5	13,7	66,6	106,1	83,2
85 - 89	6.295,9	6.854,2	118,9	104,8	-	29,9	73,8	29,9
90 - 94	7.487,2	7.146,3	114,3	96,6	-	-	65,3	48,3
95 und älter	6.079,3	3.877,2	83,3	107,7	-	53,9	16,7	-
insgesamt	1.812,4	1.858,3	91,3	125,3	31,5	70,7	27,5	22,5
insgesamt²⁾	1.447,5	1.714,6	72,5	109,0	26,7	60,6	19,3	19,4

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

²⁾ Je 100.000 / altersstand. Eurobev. alt.

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil II: Diagnosen / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.90 b:

Indikator 3.103

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle) wegen Krankheiten des Verdauungssystems in Berlin (nur Berliner) 2003 nach Geschlecht und Altersgruppen - absolut und je 100.000

Alter in Jahren	Stationäre Behandlungsfälle wegen Krankheiten des Verdauungssystems							
	insgesamt (K 00 - K 93)		darunter:					
			Krankheiten der Leber (K 70 - K 77)		darunter:			
	weiblich	männlich	weiblich	männlich	alkoholische Leber- krankheit (K 70)		Fibrose und Zirrhose der Leber (K 74)	
weiblich					männlich	weiblich	männlich	
absolut								
0	123	305	1	9	-	-	-	1
1 - 4	331	486	3	3	-	-	-	1
5 - 9	374	451	-	2	-	-	-	1
10 - 14	783	690	8	8	-	-	1	1
15 - 19	1.194	717	23	11	1	-	1	1
20 - 24	1.165	865	4	15	-	2	-	1
25 - 29	1.078	953	17	21	2	3	3	6
30 - 34	1.149	1.338	23	47	7	15	2	5
35 - 39	1.562	2.143	53	154	20	91	12	22
40 - 44	1.737	2.393	107	150	47	82	26	37
45 - 49	1.662	2.394	121	242	41	134	43	65
50 - 54	2.045	2.509	163	242	60	130	46	68
55 - 59	2.067	2.818	141	214	40	119	41	54
60 - 64	3.039	3.910	248	328	95	150	74	94
65 - 69	2.927	3.521	202	285	67	126	59	78
70 - 74	2.392	2.498	127	182	20	58	48	56
75 - 79	2.569	1.723	139	71	14	20	73	27
80 - 84	2.626	1.078	89	43	16	3	38	23
85 - 89	1.739	512	35	17	-	2	15	9
90 - 94	1.330	274	19	3	-	1	10	-
95 und älter	368	62	4	1	1	-	-	1
insgesamt	32.260	31.640	1.527	2.048	431	936	492	551
je 100.000¹⁾								
0	882,7	2.076,8	7,2	61,3	-	-	-	6,8
1 - 4	599,1	845,1	5,4	5,2	-	-	-	1,7
5 - 9	584,1	666,5	-	3,0	-	-	-	1,5
10 - 14	1.042,0	867,3	10,6	10,1	-	-	1,3	1,3
15 - 19	1.343,5	777,1	25,9	11,9	1,1	-	1,1	1,1
20 - 24	1.016,9	778,7	3,5	13,5	-	1,8	-	0,9
25 - 29	918,3	803,7	14,5	17,7	1,7	2,5	2,6	5,1
30 - 34	891,6	965,6	17,8	33,9	5,4	10,8	1,6	3,6
35 - 39	1.012,4	1.285,3	34,4	92,4	13,0	54,6	7,8	13,2
40 - 44	1.231,8	1.575,0	75,9	98,7	33,3	54,0	18,4	24,4
45 - 49	1.426,6	1.985,3	103,9	200,7	35,2	111,1	36,9	53,9
50 - 54	1.749,8	2.229,0	139,5	215,0	51,3	115,5	39,4	60,4
55 - 59	2.096,6	2.867,0	143,0	217,7	40,6	121,1	41,6	54,9
60 - 64	2.456,2	3.274,9	200,4	274,7	76,8	125,6	59,8	78,7
65 - 69	2.899,9	3.988,8	200,1	322,9	66,4	142,7	58,5	88,4
70 - 74	3.519,0	4.776,4	186,8	348,0	29,4	110,9	70,6	107,1
75 - 79	4.213,1	5.463,6	228,0	225,1	23,0	63,4	119,7	85,6
80 - 84	5.234,7	6.142,5	177,4	245,0	31,9	17,1	75,8	131,1
85 - 89	6.600,4	7.298,6	132,8	242,3	-	28,5	56,9	128,3
90 - 94	7.158,2	6.607,2	102,3	72,3	-	24,1	53,8	-
95 und älter	6.622,3	3.602,6	72,0	58,1	18,0	-	-	58,1
insgesamt	1.854,5	1.915,3	87,8	124,0	24,8	56,7	28,3	33,4
insgesamt²⁾	1.512,5	1.797,8	70,0	108,8	20,5	48,8	21,2	29,6

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

²⁾ Je 100.000 / altersstand. Eurobev. alt.

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil II: Diagnosen / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.90 c:

Indikator 3.103

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle) wegen Krankheiten des Verdauungssystems in Berlin (nur Berliner) 2004 nach Geschlecht und Altersgruppen - absolut und je 100.000

Alter in Jahren	Stationäre Behandlungsfälle wegen Krankheiten des Verdauungssystems							
	insgesamt (K 00 - K 93)		darunter:					
			Krankheiten der Leber (K 70 - K 77)		darunter:			
	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich
	absolut							
0	147	395	5	8	-	-	-	-
1 - 4	335	437	4	3	-	-	-	-
5 - 9	384	450	3	5	-	-	1	1
10 - 14	664	629	5	6	-	-	1	-
15 - 19	1.275	821	16	5	-	-	-	2
20 - 24	1.209	841	13	9	1	1	1	-
25 - 29	1.061	969	15	22	3	4	1	6
30 - 34	1.077	1.249	20	37	7	20	2	5
35 - 39	1.383	1.903	61	110	28	79	8	12
40 - 44	1.769	2.358	108	164	54	110	20	18
45 - 49	1.679	2.400	154	215	72	130	43	34
50 - 54	1.913	2.598	160	284	74	187	34	35
55 - 59	2.050	2.595	140	280	66	178	22	41
60 - 64	2.916	3.927	235	357	95	210	69	79
65 - 69	3.082	3.597	243	302	85	170	78	50
70 - 74	2.500	2.471	153	143	46	56	49	35
75 - 79	2.756	1.989	132	101	15	26	71	39
80 - 84	2.820	1.252	90	43	7	12	54	15
85 - 89	1.550	463	29	7	-	2	18	2
90 - 94	1.397	298	21	4	-	-	12	2
95 und älter	374	72	5	2	-	1	1	-
insgesamt	32.341	31.714	1.612	2.107	553	1.186	485	376
	je 100.000¹⁾							
0	1.045,3	2.655,5	35,6	53,8	-	-	-	-
1 - 4	611,5	764,4	7,3	5,2	-	-	-	-
5 - 9	595,7	663,8	4,7	7,4	-	-	1,6	1,5
10 - 14	950,6	849,0	7,2	8,1	-	-	1,4	-
15 - 19	1.438,2	890,9	18,0	5,4	-	-	-	2,2
20 - 24	1.052,1	757,3	11,3	8,1	0,9	0,9	0,9	-
25 - 29	882,3	800,0	12,5	18,2	2,5	3,3	0,8	5,0
30 - 34	880,5	955,3	16,4	28,3	5,7	15,3	1,6	3,8
35 - 39	930,0	1.182,8	41,0	68,4	18,8	49,1	5,4	7,5
40 - 44	1.205,9	1.492,7	73,6	103,8	36,8	69,6	13,6	11,4
45 - 49	1.423,0	1.947,2	130,5	174,4	61,0	105,5	36,4	27,6
50 - 54	1.635,3	2.303,7	136,8	251,8	63,3	165,8	29,1	31,0
55 - 59	2.131,9	2.728,6	145,6	294,4	68,6	187,2	22,9	43,1
60 - 64	2.380,9	3.311,8	191,9	301,1	77,6	177,1	56,3	66,6
65 - 69	2.889,7	3.827,5	227,8	321,3	79,7	180,9	73,1	53,2
70 - 74	3.592,8	4.515,1	219,9	261,3	66,1	102,3	70,4	64,0
75 - 79	4.481,2	5.702,6	214,6	289,6	24,4	74,5	115,4	111,8
80 - 84	5.538,3	6.944,0	176,8	238,5	13,7	66,6	106,1	83,2
85 - 89	6.357,4	6.929,1	118,9	104,8	-	29,9	73,8	29,9
90 - 94	7.601,5	7.194,6	114,3	96,6	-	-	65,3	48,3
95 und älter	6.229,2	3.877,2	83,3	107,7	-	53,9	16,7	-
insgesamt	1.863,3	1.919,9	92,9	127,6	31,9	71,8	27,9	22,8
insgesamt²⁾	1.508,9	1.787,5	73,9	111,0	27,0	61,5	19,6	19,6

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

²⁾ Je 100.000 / altersstand. Eurobev. alt.

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil II: Diagnosen / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.91:
Alters- und geschlechtsspezifische Mortalität bei Krankheiten des Verdauungssystems
in Berlin 2004
- absolut und je 100.000

Alter in Jahren	Sterbefälle an Krankheiten des Verdauungssystems							
	insgesamt (K 00 - K 93)		darunter:					
			Krankheiten der Leber (K 70 - K 77)		darunter:			
	weiblich	männlich	weiblich	männlich	alkoholische Leber- krankheit (K 70)		Fibrose und Zirrhose der Leber (K 74)	
				weiblich	männlich	weiblich	männlich	
absolut								
0	-	-	-	-	-	-	-	-
1 - 4	-	-	-	-	-	-	-	-
5 - 9	-	-	-	-	-	-	-	-
10 - 14	-	-	-	-	-	-	-	-
15 - 19	1	-	-	-	-	-	-	-
20 - 24	-	1	-	-	-	-	-	-
25 - 29	1	1	1	1	1	-	-	-
30 - 34	3	7	3	6	-	4	2	2
35 - 39	5	17	3	14	1	7	2	6
40 - 44	12	44	9	29	5	13	3	14
45 - 49	23	67	19	50	9	35	6	14
50 - 54	37	70	27	54	17	30	7	22
55 - 59	36	62	27	48	16	30	9	14
60 - 64	52	120	36	74	21	37	15	34
65 - 69	68	138	45	90	16	54	25	31
70 - 74	82	96	31	47	10	20	14	23
75 - 79	107	81	27	35	2	5	22	30
80 - 84	124	60	21	15	2	5	15	9
85 - 89	97	26	11	2	1	1	8	1
90 - 94	106	19	7	2	-	-	5	2
95 und älter	36	11	2	1	-	-	2	1
insgesamt	790	820	269	468	101	241	135	203
je 100.000 ¹⁾								
0	-	-	-	-	-	-	-	-
1 - 4	-	-	-	-	-	-	-	-
5 - 9	-	-	-	-	-	-	-	-
10 - 14	-	-	-	-	-	-	-	-
15 - 19	1,1	-	-	-	-	-	-	-
20 - 24	-	0,9	-	-	-	-	-	-
25 - 29	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	-	-	-
30 - 34	2,5	5,4	2,5	4,6	-	3,1	1,6	1,5
35 - 39	3,4	10,6	2,0	8,7	0,7	4,4	1,3	3,7
40 - 44	8,2	27,9	6,1	18,4	3,4	8,2	2,0	8,9
45 - 49	19,5	54,4	16,1	40,6	7,6	28,4	5,1	11,4
50 - 54	31,6	62,1	23,1	47,9	14,5	26,6	6,0	19,5
55 - 59	37,4	65,2	28,1	50,5	16,6	31,5	9,4	14,7
60 - 64	42,5	101,2	29,4	62,4	17,1	31,2	12,2	28,7
65 - 69	63,8	146,8	42,2	95,8	15,0	57,5	23,4	33,0
70 - 74	117,8	175,4	44,6	85,9	14,4	36,5	20,1	42,0
75 - 79	174,0	232,2	43,9	100,3	3,3	14,3	35,8	86,0
80 - 84	243,5	332,8	41,2	83,2	3,9	27,7	29,5	49,9
85 - 89	397,9	389,1	45,1	29,9	4,1	15,0	32,8	15,0
90 - 94	576,8	458,7	38,1	48,3	-	-	27,2	48,3
95 und älter	599,6	592,4	33,3	53,9	-	-	33,3	53,9
insgesamt	45,5	49,6	15,5	28,3	5,8	14,6	7,8	12,3
insgesamt ²⁾	26,0	43,8	11,4	24,3	4,9	12,4	5,2	10,6

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

²⁾ Je 100.000 / altersstand. Eurobev. alt.

(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems und des Bindegewebes

Tabelle 3.2.92:

Indikator 3.104

Krankheiten des Muskel- und Skelettsystems und des Bindegewebes in Berlin (nur Berliner)
1994 - 2004
nach ausgewählten Indikatoren und Geschlecht
- absolut

Jahr	Krankheiten des Muskel- und Skelettsystems und des Bindegewebes					
	Krankenhausfälle ¹⁾				Sterbefälle ²⁾	
	ohne Stundenfälle		mit Stundenfällen			
	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich
1994	16.174	12.492	16.834	13.170	40	11
1995	15.956	12.017	16.357	12.397	22	6
1996	16.848	12.372	17.248	12.724	21	7
1997	19.584	13.802	19.984	14.154	15	2
1998	21.911	15.265	22.337	15.603	16	3
1999	23.049	16.044	23.432	16.334	26	7
2000	24.187	15.991	24.589	16.309	26	11
2001	24.278	15.902	24.553	16.161	32	16
2002	25.161	16.188	25.448	16.482	29	10
2003	26.081	16.510	26.353	16.752	30	14
2004	26.529	16.308	26.748	16.556	29	16

Jahr	Krankheiten des Muskel- und Skelettsystems und des Bindegewebes					
	Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und sonstige Leistungen zur Teilhabe ³⁾		Rentenzugänge wegen verminderter Erwerbsfähigkeit ³⁾		Arbeitsunfähigkeitsfälle ⁴⁾	
	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich
	1994	6.328	5.439	1.433	1.288	.
1995	8.835	6.530	1.374	1.437	.	.
1996	8.766	6.718	1.221	1.341	.	.
1997	4.306	3.381	1.026	1.173	.	.
1998	4.266	3.394	858	1.112	.	.
1999	4.874	3.774	782	992	.	.
2000	6.654	4.669	690	868	.	.
2001	6.719	4.742	730	923	.	.
2002	6.713	5.006	568	610	.	.
2003	6.522	5.048	480	540	.	.
2004	5.711	4.132	444	410	.	.

Datenquellen:

¹⁾ StaLa Berlin, KHStatV-Teil II: Diagnosen.²⁾ StaLa Berlin.³⁾ VDR (Alter 0 - 64 Jahre).⁴⁾ BMG, GKV: KG 8-Statistik.

Tabelle 3.2.92 a:
Krankheiten des Muskel- und Skelettsystems und des Bindegewebes in Berlin (nur Berliner)
1994 - 2004
nach ausgewählten Indikatoren und Geschlecht
- je 100.000

Indikator 3.104

Jahr	Krankheiten des Muskel- und Skelettsystems und des Bindegewebes					
	Krankenhausfälle				Sterbefälle	
	ohne Stundenfälle		mit Stundenfällen			
	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich
	je 100.000 ¹⁾					
1994	894,5	748,4	931,0	789,0	2,2	0,7
1995	886,6	719,0	908,9	741,7	1,2	0,4
1996	940,4	738,7	962,7	759,7	1,2	0,4
1997	1.102,3	827,3	1.124,8	848,4	0,8	0,1
1998	1.245,8	922,1	1.270,0	942,5	0,9	0,2
1999	1.320,2	973,9	1.342,2	991,5	1,5	0,4
2000	1.389,9	972,7	1.413,0	992,0	1,5	0,7
2001	1.395,9	966,1	1.411,8	981,9	1,8	1,0
2002	1.445,5	981,3	1.461,9	999,2	1,7	0,6
2003	1.499,3	999,4	1.514,9	1.014,1	1,7	0,8
2004	1.528,4	987,3	1.541,0	1.002,3	1,7	1,0
	je 100.000 ²⁾					
1994	779,0	726,5	811,1	761,1	1,2	0,7
1995	760,7	695,3	777,2	715,0	0,7	0,4
1996	805,5	708,2	826,0	729,0	0,8	0,5
1997	937,6	788,8	961,1	809,0	0,5	0,1
1998	1.045,9	869,4	1.071,1	890,6	0,6	0,2
1999	1.096,4	908,5	1.119,1	926,3	0,8	0,5
2000	1.146,0	897,9	1.168,4	917,5	0,9	0,7
2001	1.133,1	888,0	1.148,5	903,9	1,1	1,0
2002	1.169,8	897,4	1.184,9	914,1	0,9	0,6
2003	1.216,2	902,4	1.230,8	916,7	1,0	0,7
2004	1.209,1	883,6	1.220,3	898,0	0,8	0,9

Jahr	Krankheiten des Muskel- und Skelettsystems und des Bindegewebes					
	Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und sonstige Leistungen zur Teilhabe ³⁾		Rentenzugänge wegen verminderter Erwerbsfähigkeit ³⁾		Arbeitsunfähigkeitsfälle ⁴⁾	
	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich
		je 100.000				
1994	858,8	660,2	194,3	155,5	.	.
1995	1.229,0	820,0	191,0	179,6	.	.
1996	1.244,8	845,5	173,2	168,4	.	.
1997	623,9	431,6	148,5	149,5	.	.
1998	633,0	441,8	127,2	144,5	.	.
1999	684,6	480,4	109,7	126,0	.	.
2000	923,6	593,4	95,6	110,1	.	.
2001	936,1	612,0	101,5	118,8	.	.
2002	937,8	649,5	79,2	78,9	.	.
2003	923,7	666,3	67,9	71,1	.	.
2004	816,5	554,6	63,3	54,8	.	.

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

²⁾ Je 100.000 direkt altersstandardisiert an der Eurobev. alt.

³⁾ Je 100.000 aktiv Versicherte / Alter 0 - 64 Jahre.

⁴⁾ Je 100.000 GKV-Pflichtmitglieder.

(Datenquelle: StaLa Berlin / VDR / BMG / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.93:

Indikator 3.105

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle, ohne Stundenfälle) wegen Krankheiten des Muskel- und Skelettsystems und des Bindegewebes in Berlin (nur Berliner) 2003 nach Geschlecht und Altersgruppen - absolut und je 100.000

Alter in Jahren	Stationäre Behandlungsfälle wegen Krankheiten des Muskel- und Skelettsystems und des Bindegewebes					
	insgesamt (M 00 - M 99)		darunter:			
			Athropathien (M 00 - M 25)		Krankheiten der Wirbelsäule und des Rückens (M 40 - M 54)	
	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich
absolut						
0	8	9	1	1	2	1
1 - 4	83	96	57	59	1	6
5 - 9	69	131	44	70	7	1
10 - 14	300	226	137	103	58	21
15 - 19	518	392	298	196	63	40
20 - 24	460	408	228	185	64	50
25 - 29	565	502	247	213	122	104
30 - 34	715	791	289	305	235	236
35 - 39	1.232	1.299	472	443	437	424
40 - 44	1.517	1.413	630	503	477	508
45 - 49	1.626	1.382	690	517	532	436
50 - 54	2.269	1.566	1.188	651	524	421
55 - 59	2.640	1.766	1.545	767	515	448
60 - 64	3.318	2.250	2.109	993	569	585
65 - 69	3.200	1.683	2.053	799	588	427
70 - 74	2.582	1.217	1.665	670	495	281
75 - 79	2.292	788	1.372	407	465	198
80 - 84	1.671	434	936	229	372	108
85 - 89	626	109	280	47	170	31
90 - 94	332	45	121	18	92	7
95 und älter	58	3	14	1	14	-
insgesamt	26.081	16.510	14.376	7.177	5.802	4.333
je 100.000¹⁾						
0	57,4	61,3	7,2	6,8	14,4	6,8
1 - 4	150,2	166,9	103,2	102,6	1,8	10,4
5 - 9	107,8	193,6	68,7	103,4	10,9	1,5
10 - 14	399,2	284,1	182,3	129,5	77,2	26,4
15 - 19	582,9	424,9	335,3	212,4	70,9	43,4
20 - 24	401,5	367,3	199,0	166,5	55,9	45,0
25 - 29	481,3	423,4	210,4	179,6	103,9	87,7
30 - 34	554,8	570,9	224,3	220,1	182,4	170,3
35 - 39	798,5	779,1	305,9	265,7	283,2	254,3
40 - 44	1.075,8	930,0	446,8	331,1	338,3	334,4
45 - 49	1.395,7	1.146,1	592,3	428,7	456,6	361,6
50 - 54	1.941,5	1.391,2	1.016,5	578,3	448,4	374,0
55 - 59	2.677,8	1.796,7	1.567,1	780,3	522,4	455,8
60 - 64	2.681,7	1.884,5	1.704,6	831,7	459,9	490,0
65 - 69	3.170,4	1.906,6	2.034,0	905,2	582,6	483,7
70 - 74	3.798,5	2.327,0	2.449,5	1.281,1	728,2	537,3
75 - 79	3.758,8	2.498,7	2.250,0	1.290,6	762,6	627,9
80 - 84	3.331,0	2.472,9	1.865,8	1.304,8	741,6	615,4
85 - 89	2.376,0	1.553,8	1.062,7	670,0	645,2	441,9
90 - 94	1.786,9	1.085,1	651,2	434,0	495,2	168,8
95 und älter	1.043,7	174,3	251,9	58,1	251,9	-
insgesamt	1.499,3	999,4	826,4	434,5	333,5	262,3
insgesamt²⁾	1.216,2	902,4	663,4	396,8	269,8	228,6

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

²⁾ Je 100.000 / altersstand. Eurobev. alt.

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil II: Diagnosen / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.93 a:

Indikator 3.105

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle, ohne Stundenfälle) wegen Krankheiten des Muskel- und Skelettsystems und des Bindegewebes in Berlin (nur Berliner) 2004 nach Geschlecht und Altersgruppen - absolut und je 100.000

Alter in Jahren	Stationäre Behandlungsfälle wegen Krankheiten des Muskel- und Skelettsystems und des Bindegewebes					
	insgesamt (M 00 - M 99)		darunter:			
			Athropathien (M 00 - M 25)		Krankheiten der Wirbelsäule und des Rückens (M 40 - M 54)	
weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	
absolut						
0	17	7	2	-	1	-
1 - 4	68	81	42	49	3	3
5 - 9	100	126	50	82	3	5
10 - 14	290	231	145	109	49	15
15 - 19	462	388	265	201	44	28
20 - 24	419	342	203	165	59	42
25 - 29	461	427	199	195	105	93
30 - 34	645	646	264	230	172	199
35 - 39	1.116	1.126	414	396	379	399
40 - 44	1.372	1.337	535	412	450	524
45 - 49	1.630	1.449	723	534	485	475
50 - 54	2.236	1.578	1.152	602	513	507
55 - 59	2.415	1.585	1.406	674	469	453
60 - 64	3.420	2.241	2.092	997	659	587
65 - 69	3.536	1.824	2.185	866	739	480
70 - 74	2.760	1.349	1.682	686	610	368
75 - 79	2.527	881	1.457	430	593	261
80 - 84	1.928	464	969	200	518	161
85 - 89	666	135	268	45	207	40
90 - 94	381	77	108	31	126	25
95 und älter	80	14	18	5	31	1
insgesamt	26.529	16.308	14.179	6.909	6.215	4.666
je 100.000 ¹⁾						
0	120,9	47,1	14,2	-	7,1	-
1 - 4	124,1	141,7	76,7	85,7	5,5	5,2
5 - 9	155,1	185,9	77,6	121,0	4,7	7,4
10 - 14	415,2	311,8	207,6	147,1	70,2	20,2
15 - 19	521,1	421,1	298,9	218,1	49,6	30,4
20 - 24	364,6	308,0	176,7	148,6	51,3	37,8
25 - 29	383,4	352,5	165,5	161,0	87,3	76,8
30 - 34	527,3	494,1	215,8	175,9	140,6	152,2
35 - 39	750,5	699,9	278,4	246,1	254,9	248,0
40 - 44	935,3	846,4	364,7	260,8	306,8	331,7
45 - 49	1.381,5	1.175,6	612,8	433,3	411,0	385,4
50 - 54	1.911,4	1.399,2	984,8	533,8	438,5	449,6
55 - 59	2.511,4	1.666,6	1.462,1	708,7	487,7	476,3
60 - 64	2.792,4	1.889,9	1.708,1	840,8	538,1	495,0
65 - 69	3.315,4	1.940,9	2.048,7	921,5	692,9	510,8
70 - 74	3.966,5	2.465,0	2.417,3	1.253,5	876,7	672,4
75 - 79	4.108,8	2.525,9	2.369,0	1.232,8	964,2	748,3
80 - 84	3.786,5	2.573,5	1.903,1	1.109,3	1.017,3	893,0
85 - 89	2.731,6	2.020,4	1.099,2	673,5	849,0	598,6
90 - 94	2.073,1	1.859,0	587,7	748,4	685,6	603,6
95 und älter	1.332,4	753,9	299,8	269,3	516,3	53,9
insgesamt	1.528,4	987,3	816,9	418,3	358,1	282,5
insgesamt ²⁾	1.209,1	883,6	644,0	377,9	274,6	245,1

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

²⁾ Je 100.000 / altersstand. Eurobev. alt.

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil II: Diagnosen / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.93 b:

Indikator 3.105

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle) wegen Krankheiten des Muskel- und Skelettsystems und des Bindegewebes in Berlin (nur Berliner) 2003 nach Geschlecht und Altersgruppen - absolut und je 100.000

Alter in Jahren	Stationäre Behandlungsfälle wegen Krankheiten des Muskel- und Skelettsystems und des Bindegewebes					
	insgesamt (M 00 - M 99)		darunter:			
	weiblich	männlich	Athropathien (M 00 - M 25)		Krankheiten der Wirbelsäule und des Rückens (M 40 - M 54)	
			weiblich	männlich	weiblich	männlich
	absolut					
0	8	9	1	1	2	1
1 - 4	92	103	64	64	2	6
5 - 9	73	136	46	73	7	2
10 - 14	306	237	141	104	59	21
15 - 19	527	404	302	201	63	40
20 - 24	474	424	235	192	65	53
25 - 29	576	515	249	220	125	106
30 - 34	727	806	294	312	238	239
35 - 39	1.252	1.314	479	446	443	431
40 - 44	1.531	1.433	636	510	482	514
45 - 49	1.642	1.399	695	524	537	442
50 - 54	2.290	1.591	1.196	660	529	427
55 - 59	2.671	1.793	1.559	779	521	456
60 - 64	3.344	2.272	2.122	999	572	591
65 - 69	3.238	1.700	2.079	808	595	428
70 - 74	2.598	1.224	1.674	671	498	285
75 - 79	2.305	794	1.380	408	469	202
80 - 84	1.678	441	941	232	372	112
85 - 89	629	109	281	47	171	31
90 - 94	334	45	122	18	93	7
95 und älter	58	3	14	1	14	-
insgesamt	26.353	16.752	14.510	7.270	5.857	4.394
	je 100.000¹⁾					
0	57,4	61,3	7,2	6,8	14,4	6,8
1 - 4	166,5	179,1	115,8	111,3	3,6	10,4
5 - 9	114,0	201,0	71,8	107,9	10,9	3,0
10 - 14	407,2	297,9	187,6	130,7	78,5	26,4
15 - 19	593,0	437,9	339,8	217,9	70,9	43,4
20 - 24	413,8	381,7	205,1	172,8	56,7	47,7
25 - 29	490,7	434,3	212,1	185,5	106,5	89,4
30 - 34	564,1	581,7	228,1	225,2	184,7	172,5
35 - 39	811,5	788,1	310,5	267,5	287,1	258,5
40 - 44	1.085,7	943,2	451,0	335,7	341,8	338,3
45 - 49	1.409,4	1.160,2	596,5	434,6	460,9	366,5
50 - 54	1.959,4	1.413,4	1.023,4	586,3	452,6	379,3
55 - 59	2.709,3	1.824,2	1.581,3	792,5	528,5	463,9
60 - 64	2.702,7	1.903,0	1.715,1	836,7	462,3	495,0
65 - 69	3.208,0	1.925,9	2.059,7	915,4	589,5	484,9
70 - 74	3.822,0	2.340,4	2.462,7	1.283,0	732,6	544,9
75 - 79	3.780,1	2.517,8	2.263,1	1.293,8	769,1	640,5
80 - 84	3.345,0	2.512,8	1.875,8	1.321,9	741,6	638,2
85 - 89	2.387,4	1.553,8	1.066,5	670,0	649,0	441,9
90 - 94	1.797,6	1.085,1	656,6	434,0	500,5	168,8
95 und älter	1.043,7	174,3	251,9	58,1	251,9	-
insgesamt	1.514,9	1.014,1	834,1	440,1	336,7	266,0
insgesamt²⁾	1.230,8	916,7	670,5	402,4	272,6	232,0

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

²⁾ Je 100.000 / altersstand. Eurobev. alt.

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil II: Diagnosen / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.93 c:

Indikator 3.105

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle) wegen Krankheiten des Muskel- und Skelettsystems und des Bindegewebes in Berlin (nur Berliner) 2004 nach Geschlecht und Altersgruppen - absolut und je 100.000

Alter in Jahren	Stationäre Behandlungsfälle wegen Krankheiten des Muskel- und Skelettsystems und des Bindegewebes					
	insgesamt (M 00 - M 99)		darunter:			
	weiblich	männlich	Athropathien (M 00 - M 25)		Krankheiten der Wirbelsäule und des Rückens (M 40 - M 54)	
			weiblich	männlich	weiblich	männlich
	absolut					
0	17	7	2	-	1	-
1 - 4	73	88	43	51	4	3
5 - 9	104	136	52	90	4	5
10 - 14	293	234	146	111	49	15
15 - 19	470	396	269	203	45	28
20 - 24	424	355	207	172	60	43
25 - 29	468	442	202	200	108	96
30 - 34	656	664	269	235	174	205
35 - 39	1.135	1.141	422	404	384	400
40 - 44	1.388	1.369	540	423	453	536
45 - 49	1.635	1.467	724	542	488	481
50 - 54	2.253	1.611	1.161	614	516	524
55 - 59	2.433	1.603	1.410	678	481	455
60 - 64	3.451	2.262	2.106	1.004	672	591
65 - 69	3.567	1.839	2.200	875	752	483
70 - 74	2.778	1.358	1.691	690	614	370
75 - 79	2.541	889	1.464	433	599	263
80 - 84	1.931	469	971	202	518	163
85 - 89	670	135	269	45	208	40
90 - 94	381	77	108	31	126	25
95 und älter	80	14	18	5	31	1
insgesamt	26.748	16.556	14.274	7.008	6.287	4.727
	je 100.000 ¹⁾					
0	120,9	47,1	14,2	-	7,1	-
1 - 4	133,3	153,9	78,5	89,2	7,3	5,2
5 - 9	161,3	200,6	80,7	132,8	6,2	7,4
10 - 14	419,5	315,9	209,0	149,8	70,2	20,2
15 - 19	530,2	429,7	303,4	220,3	50,8	30,4
20 - 24	369,0	319,7	180,1	154,9	52,2	38,7
25 - 29	389,2	364,9	168,0	165,1	89,8	79,3
30 - 34	536,3	507,9	219,9	179,7	142,3	156,8
35 - 39	763,2	709,2	283,8	251,1	258,2	248,6
40 - 44	946,2	866,6	368,1	267,8	308,8	339,3
45 - 49	1.385,7	1.190,2	613,6	439,7	413,6	390,3
50 - 54	1.925,9	1.428,5	992,4	544,4	441,1	464,6
55 - 59	2.530,2	1.685,6	1.466,3	712,9	500,2	478,4
60 - 64	2.817,7	1.907,7	1.719,5	846,7	548,7	498,4
65 - 69	3.344,5	1.956,8	2.062,8	931,1	705,1	513,9
70 - 74	3.992,4	2.481,4	2.430,2	1.260,8	882,4	676,1
75 - 79	4.131,6	2.548,8	2.380,4	1.241,4	974,0	754,0
80 - 84	3.792,4	2.601,2	1.907,0	1.120,4	1.017,3	904,0
85 - 89	2.748,0	2.020,4	1.103,3	673,5	853,1	598,6
90 - 94	2.073,1	1.859,0	587,7	748,4	685,6	603,6
95 und älter	1.332,4	753,9	299,8	269,3	516,3	53,9
insgesamt	1.541,0	1.002,3	822,4	424,3	362,2	286,2
insgesamt ²⁾	1.220,3	898,0	648,7	383,7	278,2	248,4

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

²⁾ Je 100.000 / altersstand. Eurobev. alt.

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil II: Diagnosen / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.94:

Indikator 3.107

Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und sonstige Leistungen zur Teilhabe wegen Krankheiten des Muskel- und Skelettsystems und des Bindegewebes in Berlin 2003 und 2004 nach ausgewählten Altersgruppen und Geschlecht - absolut und je 100.000 aktiv Versicherte

Jahr / Alter in Jahren	Medizinische Rehabilitation und sonstige Leistungen zur Teilhabe wegen Krankheiten des Muskel- und Skelettsystems und des Bindegewebes					
	insgesamt (M 00 - M 99)		darunter:			
			Athropathien (M 00 - M 25)		Krankheiten der Wirbelsäule u. des Rückens (M 40 - M 54)	
	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich
2003	absolut					
0 - 19	2	2	2	1	-	1
20 - 24	38	41	14	14	19	25
25 - 29	114	107	23	20	85	81
30 - 34	244	238	25	25	209	204
35 - 39	641	584	69	52	529	506
40 - 44	986	814	117	93	790	667
45 - 49	1.142	800	158	142	895	611
50 - 54	1.466	944	283	179	1.049	695
55 - 59	1.397	982	349	266	949	653
60 - 64	492	536	122	144	332	353
insgesamt	6.522	5.048	1.162	936	4.857	3.796
	je 100.000 aktiv Versicherte					
0 - 19	8,8	8,1	8,8	4,1	-	4,1
20 - 24	52,3	53,3	19,3	18,2	26,2	32,5
25 - 29	151,2	131,4	30,5	24,6	112,7	99,5
30 - 34	303,6	260,6	31,1	27,4	260,0	223,4
35 - 39	629,5	523,7	67,8	46,6	519,5	453,8
40 - 44	989,0	773,1	117,4	88,3	792,4	633,4
45 - 49	1.410,3	976,9	195,1	173,4	1.105,3	746,1
50 - 54	1.842,7	1.243,1	355,7	235,7	1.318,5	915,2
55 - 59	2.301,3	1.594,4	574,9	431,9	1.563,3	1.060,2
60 - 64	1.526,6	1.135,7	378,6	305,1	1.030,2	748,0
insgesamt	923,7	666,3	164,6	123,5	687,9	501,1
2004	absolut					
0 - 19	1	-	1	-	-	-
20 - 24	34	24	7	6	26	15
25 - 29	90	83	19	16	65	63
30 - 34	215	166	28	27	172	132
35 - 39	552	450	72	53	447	378
40 - 44	829	651	102	66	669	546
45 - 49	934	672	143	117	694	519
50 - 54	1.301	799	254	175	925	571
55 - 59	1.233	789	328	210	811	520
60 - 64	522	498	181	140	297	313
insgesamt	5.711	4.132	1.135	810	4.106	3.057
	je 100.000 aktiv Versicherte					
0 - 19	4,5	-	4,5	-	-	-
20 - 24	47,1	32,0	9,7	8,0	36,0	20,0
25 - 29	115,9	100,5	24,5	19,4	83,7	76,3
30 - 34	285,9	194,7	37,2	31,7	228,8	154,8
35 - 39	575,2	426,1	75,0	50,2	465,8	357,9
40 - 44	813,1	608,9	100,0	61,7	656,2	510,7
45 - 49	1.136,1	801,8	173,9	139,6	844,2	619,2
50 - 54	1.652,6	1.062,2	322,6	232,6	1.175,0	759,1
55 - 59	2.054,5	1.317,0	546,5	350,5	1.351,3	868,0
60 - 64	1.555,7	1.055,7	539,4	296,8	885,1	663,5
insgesamt	816,5	554,6	162,3	108,7	587,0	410,3

(Datenquelle: VDR / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.95:
Rentenzugänge wegen verminderter Erwerbsfähigkeit infolge von Krankheiten des Muskel- und Skelettsystems und des Bindegewebes in Berlin 2003 und 2004
 nach Altersgruppen und Geschlecht
 - absolut und je 100.000 aktiv Versicherte

Indikator 3.108

Jahr / Alter in Jahren	Rentenzugänge wegen verminderter Erwerbsfähigkeit infolge von Krankheiten des Muskel- und Skelettsystems und des Bindegewebes					
	insgesamt (M 00 - M 99)		darunter:			
			Athropathien (M 00 - M 25)		Krankheiten der Wirbelsäule u. des Rückens (M 40 - M 54)	
	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich
2003						
absolut						
0 - 34	28	13	7	1	17	8
35 - 39	30	22	8	3	14	17
40 - 44	48	51	11	14	21	30
45 - 49	67	71	29	16	29	50
50 - 54	133	129	55	37	65	83
55 - 59	162	201	64	60	84	124
60 und älter	12	53	5	18	4	31
insgesamt	480	540	179	149	234	343
je 100.000 aktiv Versicherte						
0 - 34	11,2	4,7	2,8	0,4	6,8	2,9
35 - 39	29,5	19,7	7,9	2,7	13,7	15,2
40 - 44	48,1	48,4	11,0	13,3	21,1	28,5
45 - 49	82,7	86,7	35,8	19,5	35,8	61,1
50 - 54	167,2	169,9	69,1	48,7	81,7	109,3
55 - 59	266,9	326,3	105,4	97,4	138,4	201,3
60 und älter	35,8	107,0	14,9	36,3	11,9	62,6
insgesamt	67,9	71,1	25,3	19,6	33,1	45,1
2004						
absolut						
0 - 34	14	6	4	1	8	1
35 - 39	30	14	12	6	11	7
40 - 44	43	39	14	6	20	28
45 - 49	63	76	22	16	36	54
50 - 54	115	121	41	40	56	74
55 - 59	152	119	58	30	80	77
60 und älter	27	35	9	11	15	19
insgesamt	444	410	160	110	226	260
je 100.000 aktiv Versicherte						
0 - 34	5,7	2,3	1,6	0,4	3,2	0,4
35 - 39	31,3	13,3	12,5	5,7	11,5	6,6
40 - 44	42,2	36,5	13,7	5,6	19,6	26,2
45 - 49	76,6	90,7	26,8	19,1	43,8	64,4
50 - 54	146,1	160,9	52,1	53,2	71,1	98,4
55 - 59	253,3	198,6	96,6	50,1	133,3	128,5
60 und älter	77,2	70,5	25,7	22,2	42,9	38,3
insgesamt	63,3	54,8	22,8	14,7	32,2	34,8

(Datenquelle: VDR / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.96:

Indikator 3.109

**Ausgewählte rheumatische Erkrankungen (Polyarthritis) bei Patienten der rheumatischen
Schwerpunkteinrichtungen in Berlin 2001 - 2003
nach ausgewählten Altersgruppen und Geschlecht**

Jahr / Alter in Jahren	Ausgewählte rheumatische Erkrankungen							
	chronische Polyarthritis (M 05 und M 06)				darunter: seropositive Polyarthritis (M 05)			
	weiblich	männlich	insgesamt	dar.: mit starken Funktionseinschränkungen (in %)	weiblich	männlich	insgesamt	dar.: mit starken Funktionseinschränkungen (in %)
2001								
15 - 19	2	-	2	-	1	-	1	-
20 - 24	7	-	7	14,3	4	-	4	-
25 - 29	12	3	15	33,3	7	-	7	40,0
30 - 34	25	9	34	42,3	15	2	17	33,3
35 - 39	59	14	73	32,1	30	6	36	28,0
40 - 44	75	17	92	37,9	47	8	55	47,2
45 - 49	122	30	152	41,4	72	19	91	34,4
50 - 54	144	40	184	49,6	87	28	115	45,7
55 - 59	211	66	277	52,4	121	35	156	52,4
60 - 64	309	103	412	53,2	171	57	228	55,5
65 - 69	239	71	310	57,3	148	46	194	58,5
70 - 74	185	58	243	54,5	106	33	139	50,0
75 - 79	138	32	170	61,0	83	16	99	69,9
80 - 84	72	14	86	71,7	38	7	45	76,7
85 u. älter	22	5	27	88,9	10	1	11	87,5
insgesamt	1.622	462	2.084	52,5	940	258	1.198	52,7
2002								
15 - 19	-	-	-	-	-	-	-	-
20 - 24	6	-	6	25,0	4	-	4	50,0
25 - 29	9	5	14	-	8	2	10	-
30 - 34	22	3	25	45,5	16	2	18	50,0
35 - 39	35	14	49	27,8	17	7	24	35,0
40 - 44	91	17	108	44,2	57	11	68	45,8
45 - 49	96	21	117	41,6	57	14	71	40,0
50 - 54	130	27	157	58,4	82	19	101	54,2
55 - 59	179	38	217	57,7	92	19	111	52,6
60 - 64	260	83	343	53,4	158	54	212	52,2
65 - 69	203	66	269	54,0	125	47	172	54,5
70 - 74	134	54	188	55,1	91	36	127	58,7
75 - 79	109	24	133	60,0	61	13	74	69,2
80 - 84	46	11	57	77,8	25	7	32	84,6
85 u. älter	15	2	17	78,6	8	-	8	83,3
insgesamt	1.335	365	1.700	53,5	801	231	1.032	53,9
2003								
15 - 19	2	2	4	-	1	-	1	-
20 - 24	10	2	12	12,5	4	1	5	-
25 - 29	10	4	14	-	2	1	3	-
30 - 34	12	1	13	27,3	8	1	9	28,6
35 - 39	42	9	51	21,1	22	3	25	11,1
40 - 44	79	8	87	32,3	48	4	52	35,3
45 - 49	85	22	107	46,2	52	13	65	46,7
50 - 54	162	33	195	53,8	96	21	117	55,6
55 - 59	166	41	207	56,2	93	26	119	54,3
60 - 64	227	76	303	48,0	118	48	166	46,8
65 - 69	234	87	321	46,1	136	61	197	46,2
70 - 74	147	51	198	52,4	88	33	121	54,2
75 - 79	97	28	125	41,4	47	16	63	44,2
80 - 84	62	12	74	86,3	35	7	42	93,1
85 u. älter	12	3	15	90,9	5	-	5	100,0
insgesamt	1.347	379	1.726	48,7	755	235	990	49,6

(Datenquelle: Deutsches Rheumaforschungszentrum Berlin)

Verletzungen, Vergiftungen, äußere Ursachen

Tabelle 3.2.97:
Verletzungen und Vergiftungen in Berlin (nur Berliner) 1994 - 2004
nach ausgewählten Indikatoren und Geschlecht
- absolut

Indikator 3.110

Jahr	Verletzungen und Vergiftungen (S 00 - T 98)					
	Krankenhausfälle ¹⁾				Sterbefälle ²⁾	
	ohne Stundenfälle		mit Stundenfällen			
	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich
1994	25.951	24.088	27.797	27.126	625	1.002
1995	26.252	23.779	27.616	25.878	567	1.045
1996	26.254	24.633	27.430	26.416	557	935
1997	27.113	25.472	28.289	27.255	431	839
1998	28.425	25.833	29.626	27.695	392	768
1999	28.357	25.921	29.490	27.661	472	854
2000	29.386	26.139	30.397	27.740	504	927
2001	28.252	24.483	29.118	25.875	454	831
2002	29.004	25.184	29.813	26.339	536	828
2003	29.375	25.379	30.159	26.532	475	730
2004	29.351	25.160	30.028	26.173	394	730

Jahr	Verletzungen und Vergiftungen (S 00 - T 98)					
	Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und sonstige Leistungen zur Teilhabe ³⁾		Rentenzugänge wegen verminderter Erwerbsfähigkeit ³⁾		Arbeitsunfähigkeitsfälle ⁴⁾	
	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich
1994	169	200	105	183	.	.
1995	211	244	135	177	.	.
1996	214	207	90	188	.	.
1997	135	178	110	168	.	.
1998	179	181	65	147	.	.
1999	163	227	71	139	.	.
2000	225	263	67	134	.	.
2001	259	275	64	99	.	.
2002	283	361	35	73	.	.
2003	295	348	46	80	.	.
2004	326	396	39	65	.	.

Datenquellen:

¹⁾ StaLa Berlin, KHStatV-Teil II: Diagnosen.²⁾ StaLa Berlin.³⁾ VDR (Alter 0 - 64 Jahre).⁴⁾ BMG, GKV: KG 8-Statistik.

Tabelle 3.2.97 a:
Verletzungen und Vergiftungen in Berlin (nur Berliner) 1994 - 2004
nach ausgewählten Indikatoren und Geschlecht
- je 100.000

Indikator 3.110

Jahr	Verletzungen und Vergiftungen (S 00 - T 98)					
	Krankenhausfälle				Sterbefälle	
	ohne Stundenfälle		mit Stundenfällen			
	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich
je 100.000 ¹⁾						
1994	1.435,3	1.443,1	1.537,4	1.625,1	34,6	60,0
1995	1.458,8	1.422,7	1.534,6	1.548,3	31,5	62,5
1996	1.465,4	1.470,7	1.531,0	1.577,2	31,1	55,8
1997	1.526,0	1.526,8	1.592,2	1.633,7	24,3	50,3
1998	1.616,2	1.560,4	1.684,5	1.672,9	22,3	46,4
1999	1.624,3	1.573,4	1.689,2	1.679,0	27,0	51,8
2000	1.688,7	1.590,0	1.746,8	1.687,4	29,0	56,4
2001	1.624,4	1.487,5	1.674,2	1.572,0	26,1	50,5
2002	1.666,2	1.526,7	1.712,7	1.596,7	30,8	50,2
2003	1.688,6	1.536,3	1.733,7	1.606,1	27,3	47,8
2004	1.691,0	1.523,2	1.730,0	1.584,5	22,7	44,2
je 100.000 ²⁾						
1994	1.148,1	1.474,9	1.242,0	1.650,9	24,8	57,4
1995	1.148,2	1.453,0	1.209,7	1.575,4	22,3	59,7
1996	1.167,7	1.503,9	1.225,7	1.609,1	23,2	51,2
1997	1.205,3	1.560,6	1.265,6	1.668,7	18,6	46,1
1998	1.277,5	1.606,5	1.345,9	1.722,6	17,2	43,0
1999	1.286,5	1.620,2	1.354,7	1.730,3	21,0	47,8
2000	1.318,6	1.629,2	1.379,4	1.730,8	21,4	52,4
2001	1.242,7	1.517,3	1.289,4	1.606,5	18,0	46,8
2002	1.264,0	1.551,4	1.313,7	1.625,7	50,2	46,3
2003	1.284,5	1.560,6	1.334,3	1.634,9	18,4	43,8
2004	1.277,0	1.541,9	1.320,1	1.609,6	15,7	40,0

Jahr	Verletzungen und Vergiftungen (S 00 - T 98)					
	Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und sonstige Leistungen zur Teilhabe ³⁾		Rentenzugänge wegen verminderter Erwerbsfähigkeit ³⁾		Arbeitsunfähigkeitsfälle ⁴⁾	
	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich
je 100.000						
1994	22,9	24,3	14,2	22,1	.	.
1995	29,4	30,6	18,8	22,1	.	.
1996	30,4	26,1	12,8	23,6	.	.
1997	19,6	22,7	15,9	21,4	.	.
1998	26,6	23,6	9,6	19,1	.	.
1999	22,9	28,9	10,0	17,7	.	.
2000	31,2	33,4	9,3	17,0	.	.
2001	36,1	35,5	8,9	12,7	.	.
2002	39,5	46,8	4,9	9,4	.	.
2003	41,8	45,9	6,5	10,5	.	.
2004	46,6	53,1	5,6	8,7	.	.

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

²⁾ Je 100.000 direkt altersstandardisiert an der Eurobev. alt.

³⁾ Je 100.000 aktiv Versicherte / Alter 0 - 64 Jahre.

⁴⁾ Je 100.000 GKV-Pflichtmitglieder.

(Datenquelle: StaLa Berlin / VDR / BMG / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.98:

Indikator 3.111

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle, ohne Stundenfälle) wegen Verletzungen und Vergiftungen in Berlin (nur Berliner) 2003 und 2004 nach Altersgruppen und Geschlecht - absolut und je 100.000

Alter in Jahren	Stationäre Behandlungsfälle wegen Verletzungen und Vergiftungen (S 00 - T 98)					
	weiblich	männlich	insgesamt	weiblich	männlich	insgesamt
	2003			2004		
	absolut					
0	235	288	523	210	277	487
1 - 4	654	856	1.510	646	889	1.535
5 - 9	562	882	1.444	542	827	1.369
10 - 14	679	1.284	1.963	641	1.171	1.812
15 - 19	881	1.725	2.606	860	1.692	2.552
20 - 24	737	1.661	2.398	729	1.611	2.340
25 - 29	678	1.449	2.127	698	1.437	2.135
30 - 34	795	1.566	2.361	705	1.472	2.177
35 - 39	1.016	2.105	3.121	983	1.849	2.832
40 - 44	1.071	1.988	3.059	1.087	2.075	3.162
45 - 49	1.034	1.650	2.684	1.066	1.537	2.603
50 - 54	1.377	1.566	2.943	1.308	1.547	2.855
55 - 59	1.341	1.502	2.843	1.335	1.348	2.683
60 - 64	2.026	1.892	3.918	2.003	1.884	3.887
65 - 69	2.118	1.596	3.714	2.225	1.727	3.952
70 - 74	2.028	1.103	3.131	2.129	1.193	3.322
75 - 79	2.869	795	3.664	2.894	1.071	3.965
80 - 84	3.641	711	4.352	3.852	785	4.637
85 - 89	2.667	385	3.052	2.378	395	2.773
90 - 94	2.325	307	2.632	2.334	294	2.628
95 und älter	641	68	709	726	79	805
insgesamt	29.375	25.379	54.754	29.351	25.160	54.511
	je 100.000 ¹⁾					
0	1.686,4	1.961,1	1.827,3	1.493,3	1.862,2	1.682,9
1 - 4	1.183,8	1.488,6	1.339,2	1.179,2	1.555,1	1.371,1
5 - 9	877,7	1.303,4	1.096,5	840,8	1.220,0	1.035,2
10 - 14	903,6	1.614,0	1.268,9	917,7	1.580,6	1.258,9
15 - 19	991,3	1.869,7	1.438,7	970,1	1.836,2	1.411,5
20 - 24	643,3	1.495,3	1.062,8	634,4	1.450,7	1.035,6
25 - 29	577,5	1.222,0	901,4	580,5	1.186,4	884,5
30 - 34	616,9	1.130,2	882,8	576,4	1.125,9	860,3
35 - 39	658,5	1.262,5	972,2	661,0	1.149,3	914,7
40 - 44	759,5	1.308,4	1.044,2	741,0	1.313,6	1.037,9
45 - 49	887,5	1.368,3	1.132,1	903,5	1.247,0	1.079,0
50 - 54	1.178,2	1.391,2	1.282,7	1.118,1	1.371,8	1.242,6
55 - 59	1.360,2	1.528,1	1.444,0	1.388,3	1.417,4	1.402,8
60 - 64	1.637,5	1.584,7	1.611,5	1.635,4	1.588,9	1.612,5
65 - 69	2.098,4	1.808,0	1.962,9	2.086,2	1.837,6	1.969,8
70 - 74	2.983,5	2.109,0	2.603,3	3.059,7	2.179,9	2.672,4
75 - 79	4.705,1	2.520,9	3.960,5	4.705,5	3.070,6	4.113,9
80 - 84	7.258,0	4.051,3	6.426,9	7.565,1	4.353,9	6.725,7
85 - 89	10.122,6	5.488,2	9.147,9	9.753,5	5.911,4	8.926,7
90 - 94	12.513,5	7.402,9	11.581,4	12.700,0	7.098,0	11.669,6
95 und älter	11.535,0	3.951,2	9.741,7	12.091,9	4.254,2	10.239,1
insgesamt	1.688,6	1.536,3	1.614,4	1.691,0	1.523,2	1.609,2
insgesamt ²⁾	1.284,5	1.560,6	1.458,9	1.277,0	1.541,9	1.442,2

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

²⁾ Je 100.000 / altersstand. Eurobev. alt.

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil II: Diagnosen / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.98 a:

Indikator 3.111

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle) wegen Verletzungen und Vergiftungen in Berlin (nur Berliner) 2003 und 2004 nach Altersgruppen und Geschlecht - absolut und je 100.000

Alter in Jahren	Stationäre Behandlungsfälle wegen Verletzungen und Vergiftungen (S 00 - T 98)					
	weiblich	männlich	insgesamt	weiblich	männlich	insgesamt
	2003			2004		
	absolut					
0	254	302	556	222	297	519
1 - 4	717	930	1.647	704	977	1.681
5 - 9	606	943	1.549	594	889	1.483
10 - 14	708	1.356	2.064	665	1.220	1.885
15 - 19	950	1.803	2.753	899	1.777	2.676
20 - 24	808	1.786	2.594	782	1.727	2.509
25 - 29	721	1.556	2.277	752	1.511	2.263
30 - 34	847	1.670	2.517	732	1.542	2.274
35 - 39	1.074	2.201	3.275	1.023	1.938	2.961
40 - 44	1.129	2.090	3.219	1.136	2.155	3.291
45 - 49	1.067	1.716	2.783	1.101	1.595	2.696
50 - 54	1.423	1.627	3.050	1.346	1.592	2.938
55 - 59	1.372	1.549	2.921	1.365	1.383	2.748
60 - 64	2.069	1.943	4.012	2.039	1.920	3.959
65 - 69	2.147	1.639	3.786	2.258	1.773	4.031
70 - 74	2.044	1.125	3.169	2.147	1.216	3.363
75 - 79	2.892	803	3.695	2.927	1.085	4.012
80 - 84	3.659	725	4.384	3.872	796	4.668
85 - 89	2.687	389	3.076	2.387	399	2.786
90 - 94	2.340	309	2.649	2.348	299	2.647
95 und älter	645	70	715	729	82	811
insgesamt	30.159	26.532	56.691	30.028	26.173	56.201
	je 100.000¹⁾					
0	1.822,7	2.056,4	1.942,6	1.578,6	1.996,6	1.793,5
1 - 4	1.297,8	1.617,3	1.460,8	1.285,1	1.709,0	1.501,6
5 - 9	946,4	1.393,6	1.176,2	921,5	1.311,5	1.121,4
10 - 14	942,2	1.704,5	1.334,2	952,1	1.646,8	1.309,6
15 - 19	1.069,0	1.954,2	1.519,9	1.014,1	1.928,4	1.480,1
20 - 24	705,3	1.607,9	1.149,6	680,5	1.555,2	1.110,4
25 - 29	614,2	1.312,3	965,0	625,4	1.247,5	937,6
30 - 34	657,2	1.205,2	941,2	598,4	1.179,4	898,6
35 - 39	696,1	1.320,0	1.020,2	687,9	1.204,6	956,4
40 - 44	800,6	1.375,6	1.098,8	774,4	1.364,2	1.080,2
45 - 49	915,8	1.423,1	1.173,8	933,1	1.294,1	1.117,5
50 - 54	1.217,6	1.445,4	1.329,4	1.150,6	1.411,7	1.278,7
55 - 59	1.391,7	1.575,9	1.483,7	1.419,5	1.454,2	1.436,8
60 - 64	1.672,2	1.627,4	1.650,2	1.664,8	1.619,2	1.642,4
65 - 69	2.127,1	1.856,8	2.001,0	2.117,1	1.886,6	2.009,2
70 - 74	3.007,0	2.151,1	2.634,9	3.085,5	2.221,9	2.705,3
75 - 79	4.742,8	2.546,3	3.994,0	4.759,2	3.110,8	4.162,7
80 - 84	7.293,9	4.131,1	6.474,2	7.604,4	4.414,9	6.770,6
85 - 89	10.198,5	5.545,3	9.219,8	9.790,4	5.971,3	8.968,6
90 - 94	12.594,2	7.451,2	11.656,3	12.776,1	7.218,7	11.754,0
95 und älter	11.607,0	4.067,4	9.824,1	12.141,9	4.415,7	10.315,4
insgesamt	1.733,7	1.606,1	1.671,6	1.730,0	1.584,5	1.659,0
insgesamt²⁾	1.334,3	1.634,9	1.521,0	1.320,1	1.609,6	1.497,6

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

²⁾ Je 100.000 / altersstand. Eurobev. alt.

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil II: Diagnosen / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.99:
Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und sonstige Leistungen zur Teilhabe wegen Verletzungen und Vergiftungen in Berlin 2003 und 2004 nach ausgewählten Altersgruppen und Geschlecht - absolut und je 100.000 aktiv Versicherte

Indikator 3.113

Jahr / Alter in Jahren	Medizinische Rehabilitation und sonstige Leistungen zur Teilhabe wegen Verletzungen und Vergiftungen		
	weiblich	männlich	insgesamt
2003	absolut		
0 - 19	-	4	4
20 - 24	7	22	29
25 - 29	8	27	35
30 - 34	11	33	44
35 - 39	46	56	102
40 - 44	43	53	96
45 - 49	47	48	95
50 - 54	59	47	106
55 - 59	45	41	86
60 - 64	29	17	46
insgesamt	295	348	643
	je 100.000 aktiv Versicherte		
0 - 19	-	16,3	8,5
20 - 24	9,6	28,6	19,4
25 - 29	10,6	33,2	22,3
30 - 34	13,7	36,1	25,6
35 - 39	45,2	50,2	47,8
40 - 44	43,1	50,3	46,8
45 - 49	58,0	58,6	58,3
50 - 54	74,2	61,9	68,2
55 - 59	74,1	66,6	70,3
60 - 64	90,0	36,0	57,9
insgesamt	41,8	45,9	43,9
2004	absolut		
0 - 19	1	3	4
20 - 24	8	23	31
25 - 29	16	33	49
30 - 34	28	32	60
35 - 39	34	45	79
40 - 44	41	65	106
45 - 49	53	67	120
50 - 54	55	58	113
55 - 59	54	38	92
60 - 64	36	32	68
insgesamt	326	396	722
	je 100.000 aktiv Versicherte		
0 - 19	4,5	12,7	8,8
20 - 24	11,1	30,7	21,1
25 - 29	20,6	40,0	30,6
30 - 34	37,2	37,5	37,4
35 - 39	35,4	42,6	39,2
40 - 44	40,2	60,8	50,8
45 - 49	64,5	79,9	72,3
50 - 54	69,9	77,1	73,4
55 - 59	90,0	63,4	76,7
60 - 64	107,3	67,8	84,2
insgesamt	46,6	53,1	50,0

(Datenquelle: VDR / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.100:

Indikator 3.114

**Rentenzugänge wegen verminderter Erwerbsfähigkeit infolge von Verletzungen und Vergiftungen
in Berlin 2003 und 2004
nach Altersgruppen und Geschlecht
- absolut und je 100.000 aktiv Versicherte**

Jahr / Alter in Jahren	Rentenzugänge wegen verminderter Erwerbsfähigkeit infolge von Verletzungen und Vergiftungen		
	weiblich	männlich	insgesamt
2003			
	absolut		
0 - 34	2	13	15
35 - 39	2	9	11
40 - 44	5	15	20
45 - 49	10	7	17
50 - 54	15	9	24
55 - 59	9	22	31
60 und älter	3	5	8
insgesamt	46	80	126
	je 100.000 aktiv Versicherte		
0 - 34	0,8	4,7	2,9
35 - 39	2,0	8,1	5,2
40 - 44	5,0	14,2	9,8
45 - 49	12,3	8,5	10,4
50 - 54	18,9	11,9	15,4
55 - 59	14,8	35,7	25,3
60 und älter	8,9	10,1	9,6
insgesamt	6,5	10,5	8,6
2004			
	absolut		
0 - 34	6	10	16
35 - 39	2	3	5
40 - 44	6	13	19
45 - 49	4	11	15
50 - 54	8	13	21
55 - 59	8	12	20
60 und älter	5	3	8
insgesamt	39	65	104
	je 100.000 aktiv Versicherte		
0 - 34	2,4	3,8	3,1
35 - 39	2,1	2,8	2,5
40 - 44	5,9	12,2	9,1
45 - 49	4,9	13,1	9,0
50 - 54	10,2	17,3	13,6
55 - 59	13,3	20,0	16,7
60 und älter	14,3	6,0	9,5
insgesamt	5,6	8,7	7,2

(Datenquelle: VDR / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.101:
Gestorbene infolge äußerer Ursachen von Morbidität und Mortalität in Berlin 2004
nach Altersgruppen und Geschlecht
- absolut und je 100.000

Indikator 3.115

Alter in Jahren	Sterbefälle infolge äußerer Ursachen von Morbidität und Mortalität					
	insgesamt (V 01 - Y 98)		darunter:			
			Transportmittelunfälle (V 01 - V 99)		häusliche Unfälle (Teile aus W 00 - X 59)	
	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich
absolut						
0	-	-	-	-	-	-
1 - 4	2	4	-	1	-	1
5 - 9	1	1	1	1	-	1
10 - 14	3	3	1	-	-	-
15 - 19	6	11	1	3	-	-
20 - 24	11	44	1	12	-	1
25 - 29	14	56	2	6	-	1
30 - 34	12	48	-	2	-	-
35 - 39	18	71	2	8	-	2
40 - 44	20	82	3	7	1	2
45 - 49	23	51	3	1	1	3
50 - 54	20	70	2	8	-	4
55 - 59	15	55	1	7	2	3
60 - 64	22	61	1	6	1	2
65 - 69	30	48	8	5	4	4
70 - 74	28	35	1	3	4	4
75 - 79	34	30	-	4	8	5
80 - 84	48	29	6	1	15	10
85 - 89	38	14	3	1
90 - 94	33	14	-	-
95 und älter	16	3	1	-
85 und älter	87	31	4	1	49	16
insgesamt	394	730	37	76	85	59
je 100.000¹⁾						
0	-	-	-	-	-	-
1 - 4	3,7	7,0	-	1,7	-	1,7
5 - 9	1,6	1,5	1,6	1,5	-	1,5
10 - 14	4,3	4,0	1,4	-	-	-
15 - 19	6,8	11,9	1,1	3,3	-	-
20 - 24	9,6	39,6	0,9	10,8	-	0,9
25 - 29	11,6	46,2	1,7	5,0	-	0,8
30 - 34	9,8	36,7	-	1,5	-	-
35 - 39	12,1	44,1	1,3	5,0	-	1,2
40 - 44	13,6	51,9	2,0	4,4	0,7	1,3
45 - 49	19,5	41,4	2,5	0,8	0,8	2,4
50 - 54	17,1	62,1	1,7	7,1	-	3,5
55 - 59	15,6	57,8	1,0	7,4	2,1	3,2
60 - 64	18,0	51,4	0,8	5,1	0,8	1,7
65 - 69	28,1	51,1	7,5	5,3	3,8	4,3
70 - 74	40,2	64,0	1,4	5,5	5,7	7,3
75 - 79	55,3	86,0	-	11,5	13,0	14,3
80 - 84	94,3	160,8	11,8	5,5	29,5	55,5
85 - 89	155,9	209,5	12,3	15,0
90 - 94	179,6	338,0	-	-
95 und älter	265,5	161,6	16,7	-
85 und älter	178,4	244,5	8,2	7,9	100,5	126,2
insgesamt	22,7	44,2	2,1	4,6	4,9	3,6
insgesamt²⁾	15,7	40,0	1,6	4,3	2,2	3,7

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung.

²⁾ Je 100.000 direkt altersstandardisiert an der Eurobev. alt.

(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.102:
Im Straßenverkehr verunglückte Personen in Berlin 1991 - 2004
nach Geschlecht
- absolut und je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung

Indikator 3.116

Jahr	Straßenverkehrsunfälle in Berlin						
	absolut	darunter: verunglückte Personen					
		insgesamt			darunter: tödlich		
		weiblich	männlich	insgesamt	weiblich	männlich	insgesamt
absolut							
1991	159.545	8.069	12.515	20.686	69	128	198
1992	169.247	8.737	13.123	21.996	61	120	184
1993	159.785	8.035	11.772	19.947	43	120	163
1994	160.207	8.262	12.357	20.726	57	92	149
1995	153.161	8.400	12.159	20.699	45	97	143
1996	154.809	8.017	11.251	19.394	50	70	120
1997	151.588	8.486	11.835	20.366	34	53	87
1998	142.166	8.016	10.626	18.665	28	57	85
1999	153.385	8.610	11.361	19.993	41	62	103
2000	148.107	8.407	11.127	19.547	28	61	89
2001	142.078	7.735	10.173	17.913	27	38	65
2002	135.575	7.791	9.813	17.604	36	46	82
2003	127.986	7.269	9.461	16.770	27	50	77
2004	124.514	7.240	9.358	16.599	28	42	70
je 100.000							
1991	4.639,5	447,3	765,6	601,5	3,8	7,8	5,8
1992	4.899,2	483,6	796,3	636,7	3,4	7,3	5,3
1993	4.604,0	444,1	708,6	574,7	2,4	7,2	4,7
1994	4.607,3	456,9	740,3	596,0	3,2	5,5	4,3
1995	4.412,6	466,8	727,5	596,3	2,5	5,8	4,1
1996	4.465,8	447,5	671,7	559,5	2,8	4,2	3,5
1997	4.400,2	477,6	709,4	591,2	1,9	3,2	2,5
1998	4.163,8	455,8	641,9	546,7	1,6	3,4	2,5
1999	4.520,2	493,2	689,6	589,2	2,3	3,8	3,0
2000	4.376,5	483,1	676,8	577,6	1,6	3,7	2,6
2001	4.197,1	444,7	618,1	529,2	1,6	2,3	1,9
2002	3.998,9	447,6	594,9	519,2	2,1	2,8	2,4
2003	3.773,7	417,9	572,7	494,5	1,6	3,0	2,3
2004	3.675,6	417,1	566,5	490,0	1,6	2,5	2,1

(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Indikator 3.117

Tabelle 3.2.103:
Im Straßenverkehr verunglückte Personen in Berlin 2004
nach Altersgruppen und Geschlecht
- absolut

Alter in Jahren	Im Straßenverkehr verunglückte Personen ¹⁾													
	insgesamt							darunter:						
	insgesamt		Leichtverletzte		Schwerverletzte		Getötete		insgesamt		Schwerverletzte		Getötete	
	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich
0	17	16	33	14	14	28	3	2	5	-	-	-	-	-
1 - 4	71	102	173	88	88	147	12	14	26	-	-	-	-	-
5 - 9	181	301	482	265	265	426	20	35	55	-	-	-	1	1
10 - 14	273	393	666	336	336	574	35	57	92	-	-	-	-	-
15 - 19	510	726	1.236	646	646	1.108	47	77	124	1	3	3	4	4
20 - 24	879	1.062	1.941	929	929	1.743	65	127	192	-	-	6	6	6
25 - 29	771	1.032	1.803	918	918	1.621	66	110	176	2	4	4	6	6
30 - 34	690	968	1.658	869	869	1.509	50	99	149	-	-	-	-	-
35 - 39	733	1.033	1.766	924	924	1.611	45	105	150	1	4	4	5	5
40 - 44	710	1.027	1.737	898	898	1.559	47	123	170	2	6	6	8	8
45 - 49	518	785	1.303	696	696	1.168	46	87	133	-	-	2	2	2
50 - 54	489	562	1.051	486	486	912	61	74	135	2	2	2	4	4
55 - 59	348	418	766	367	367	677	36	45	81	2	6	6	8	8
60 - 64	338	393	731	354	354	644	47	39	86	1	-	-	1	1
65 - 69	271	245	516	208	208	432	41	35	76	6	2	2	8	8
70 - 74	151	114	265	95	95	214	30	18	48	2	1	1	3	3
75 - 79	106	89	195	64	64	141	29	22	51	-	-	3	3	3
80 - 84	104	47	151	37	37	112	24	9	33	5	1	1	6	6
85 - 89	33	15	48	9	9	26	13	5	18	3	1	1	4	4
90 - 94	24	6	30	6	6	21	9	-	9	-	-	-	-	-
95 und älter	3	-	3	-	-	1	1	-	1	1	-	-	1	1
unbekannt	20	24	45	23	23	44	-	1	1	-	-	-	-	-
insgesamt	7.240	9.358	16.599	8.232	8.232	14.718	727	1.084	1.811	28	42	42	70	70

¹⁾ Summendifferenzen wegen fehlender Angaben möglich.
 (Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.103 a:
Im Straßenverkehr verunglückte Personen in Berlin 2004
nach Altersgruppen und Geschlecht
- je 100.000

Indikator 3.117

Alter in Jahren	Im Straßenverkehr verunglückte Personen												
	insgesamt						darunter:						
	weiblich		männlich		insgesamt		Leichtverletzte		Schwerverletzte		Getötete		
	weiblich	männlich	insgesamt	weiblich	männlich	insgesamt	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	insgesamt
0	120,9	107,6	114,0	99,6	94,1	96,8	21,3	13,4	17,3	-	-	-	-
1 - 4	129,6	178,4	154,5	107,7	153,9	131,3	21,9	24,5	23,2	-	-	-	-
5 - 9	280,8	444,0	364,5	249,8	390,9	322,1	31,0	51,6	41,6	-	-	1,5	0,8
10 - 14	390,8	530,5	462,7	340,7	453,5	398,8	50,1	76,9	63,9	-	-	-	-
15 - 19	575,3	787,9	683,6	521,1	701,0	612,8	53,0	83,6	68,6	-	-	3,3	2,2
20 - 24	764,9	956,3	859,0	708,4	836,6	771,4	56,6	114,4	85,0	-	-	5,4	2,7
25 - 29	641,2	852,1	747,0	584,6	757,9	671,6	54,9	90,8	72,9	-	-	3,3	2,5
30 - 34	564,1	740,4	655,2	523,2	664,7	596,3	40,9	75,7	58,9	-	-	-	-
35 - 39	492,9	642,1	570,4	462,0	574,3	520,4	30,3	65,3	48,5	-	-	2,5	1,6
40 - 44	484,0	650,1	570,2	450,6	568,5	511,7	32,0	77,9	55,8	-	-	3,8	2,6
45 - 49	439,0	636,9	540,1	400,0	564,7	484,2	39,0	70,6	55,1	-	-	1,6	0,8
50 - 54	418,0	498,3	457,4	364,2	430,9	396,9	52,1	65,6	58,8	-	-	1,8	1,7
55 - 59	361,9	439,5	400,5	322,4	385,9	354,0	37,4	47,3	42,4	-	-	6,3	4,2
60 - 64	276,0	331,4	303,3	236,8	298,5	267,2	38,4	32,9	35,7	-	-	0,8	0,4
65 - 69	254,1	260,7	257,2	210,0	221,3	215,3	38,4	37,2	37,9	-	-	2,1	4,0
70 - 74	217,0	208,3	213,2	171,0	173,6	172,2	43,1	32,9	38,6	-	-	2,9	2,4
75 - 79	172,4	255,2	202,3	125,2	183,5	146,3	47,2	63,1	52,9	-	-	8,6	3,1
80 - 84	204,2	260,7	219,0	147,3	205,2	162,4	47,1	49,9	47,9	-	-	9,8	8,7
85 - 89	135,4	224,5	154,5	69,7	134,7	83,7	53,3	74,8	57,9	-	-	15,0	12,9
90 - 94	130,6	144,9	133,2	81,6	144,9	93,3	49,0	-	40,0	-	-	-	-
95 und älter	50,0	-	38,2	16,7	-	12,7	16,7	-	12,7	-	-	16,7	12,7
insgesamt ¹⁾	416,0	565,1	488,7	379,2	502,2	433,2	41,9	65,6	53,4	1,6	2,5	2,1	2,1
insgesamt ²⁾	422,7	553,8	488,9	380,2	486,4	433,7	41,4	65,0	53,4	1,1	2,4	1,8	1,8

¹⁾ Je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung / exkl. der dem Alter nicht zuordenbare Fälle.

²⁾ Je 100.000 direkt altersstandardisiert an der Eurobev. alt / exkl. der dem Alter nicht zuordenbare Fälle.
(Datenquelle: StLaLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.104:
Im Straßenverkehr verunglückte Personen in Berlin 2003 und 2004
nach Bezirken und Geschlecht
- absolut und je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung

Indikator 3.118

Bezirk	Im Straßenverkehr verunglückte Personen ¹⁾					
	2003			2004		
	weiblich	männlich	insgesamt	weiblich	männlich	insgesamt
absolut						
Mitte	1.060	1.444	2.504	1.129	1.538	2.667
Friedrichshain-Kreuzberg	546	822	1.368	584	787	1.371
Pankow	779	984	1.763	805	861	1.666
Charlottenburg-Wilmersdorf	945	1.120	2.065	828	1.075	1.903
Spandau	444	558	1.002	429	563	992
Steglitz-Zehlendorf	626	646	1.272	568	650	1.218
Tempelhof-Schöneberg	740	938	1.678	753	962	1.715
Neukölln	516	711	1.227	446	683	1.129
Treptow-Köpenick	439	674	1.113	485	684	1.169
Marzahn-Hellersdorf	384	451	835	374	489	863
Lichtenberg	344	504	848	366	451	817
Reinickendorf	457	633	1.090	473	615	1.088
Berlin	7.280	9.485	16.765	7.240	9.358	16.598
je 100.000						
Mitte	667,8	887,5	779,0	715,3	946,0	832,3
Friedrichshain-Kreuzberg	435,5	632,9	536,0	463,3	600,3	533,1
Pankow	443,5	574,3	508,1	455,8	498,9	477,1
Charlottenburg-Wilmersdorf	563,3	758,1	654,5	495,2	727,2	604,1
Spandau	378,8	512,2	443,1	367,1	516,8	439,3
Steglitz-Zehlendorf	401,8	487,2	441,1	365,2	489,0	422,2
Tempelhof-Schöneberg	421,8	583,0	498,9	431,2	600,0	512,0
Neukölln	330,8	469,6	399,2	287,7	452,5	369,0
Treptow-Köpenick	366,8	591,7	476,5	403,7	599,3	499,0
Marzahn-Hellersdorf	298,9	358,0	328,2	293,7	391,6	342,1
Lichtenberg	262,5	390,4	326,0	281,3	352,4	316,6
Reinickendorf	355,8	538,6	443,1	368,4	523,0	442,3
Berlin	417,9	572,7	493,3	416,0	565,1	488,7

¹⁾ Summendifferenzen wegen fehlender Angaben möglich.

(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.104 a:
Im Straßenverkehr tödlich verunglückte Personen in Berlin 2003 und 2004
nach Bezirken und Geschlecht
- absolut und je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung

Indikator 3.118

Bezirk	Im Straßenverkehr tödlich verunglückte Personen					
	2003			2004		
	weiblich	männlich	insgesamt	weiblich	männlich	insgesamt
absolut						
Mitte	2	3	5	4	2	6
Friedrichshain-Kreuzberg	3	2	5	3	3	6
Pankow	5	8	13	3	2	5
Charlottenburg-Wilmersdorf	3	4	7	-	5	5
Spandau	-	3	3	1	5	6
Steglitz-Zehlendorf	1	1	2	-	5	5
Tempelhof-Schöneberg	2	6	8	5	6	11
Neukölln	1	4	5	1	2	3
Treptow-Köpenick	3	6	9	2	7	9
Marzahn-Hellersdorf	1	3	4	6	2	8
Lichtenberg	4	4	8	1	3	4
Reinickendorf	2	6	8	2	-	2
Berlin	27	50	77	28	42	70
je 100.000						
Mitte	1,3	1,8	1,6	2,5	1,2	1,9
Friedrichshain-Kreuzberg	2,4	1,5	2,0	2,4	2,3	2,3
Pankow	2,8	4,7	3,7	1,7	1,2	1,4
Charlottenburg-Wilmersdorf	1,8	2,7	2,2	-	3,4	1,6
Spandau	-	2,8	1,3	0,9	4,6	2,7
Steglitz-Zehlendorf	0,6	0,8	0,7	-	3,8	1,7
Tempelhof-Schöneberg	1,1	3,7	2,4	2,9	3,7	3,3
Neukölln	0,6	2,6	1,6	0,6	1,3	1,0
Treptow-Köpenick	2,5	5,3	3,9	1,7	6,1	3,8
Marzahn-Hellersdorf	0,8	2,4	1,6	4,7	1,6	3,2
Lichtenberg	3,1	3,1	3,1	0,8	2,3	1,5
Reinickendorf	1,6	5,1	3,3	1,6	-	0,8
Berlin	1,6	3,0	2,3	1,6	2,5	2,1

(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 3.2.105:
Straßenverkehrsunfälle, bei denen Alkohol eine verursachende Rolle gespielt hat,
in Berlin 1992 - 2004

Indikator 3.119

Jahr	Alkoholbedingte Unfälle mit Personenschaden							
	insgesamt		darunter: Verunglückte					
	absolut	je 100 Unfälle mit Personenschaden	Getötete		Verletzte		insgesamt	
			absolut	in % aller Getöteten	absolut	in % aller Verletzten	absolut	in % aller Verunglückten
1992	1.519	8,3	26	14,1	1.967	9,0	1.993	9,1
1993	1.460	8,8	28	17,2	1.869	9,4	1.897	9,5
1994	1.401	8,2	21	14,1	1.797	8,7	1.818	8,8
1995	1.403	8,2	31	21,7	1.789	8,7	1.820	8,8
1996	1.288	8,0	19	15,8	1.662	8,6	1.681	8,7
1997	1.107	6,5	13	14,9	1.395	6,9	1.408	6,9
1998	894	5,8	16	18,8	1.150	6,2	1.166	6,2
1999	961	5,8	18	17,5	1.219	6,1	1.237	6,2
2000	950	5,9	12	13,5	1.208	6,2	1.220	6,2
2001	773	5,2	7	10,8	981	5,5	988	5,5
2002	765	5,2	13	15,9	981	5,6	994	5,6
2003	727	4,4	10	13,0	899	5,1	909	5,4
2004	649	3,9	10	14,3	831	5,0	841	5,1

(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

4. Gesundheitsrelevante Verhaltensweisen

4.1 Ausgewählte Schwerpunkte

4.1.1 Rauchgewohnheiten

Nach Angaben der WHO stirbt weltweit alle 10 Sekunden ein Mensch an den Folgen des Tabakkonsums.

Der Tabakkonsum ist eines der bedeutendsten und *individuell vermeidbaren Gesundheitsrisiken*. Mehr als 1,1 Milliarden Menschen weltweit rauchen. Rund 500.000 Menschen sterben europaweit pro Jahr an den Folgen des Rauchens, nach Schätzungen der WHO weltweit fast 5 Millionen Menschen. In Deutschland starben 1999 täglich 270 Menschen an den Folgen des Rauchens, aber nur 21 Menschen an den Folgen eines Verkehrsunfalls (siehe auch Themenfeld 3, Tabellen 3.2.12, 3.2.13 und 3.2.14 bzw. Indikatoren 3.13 und 3.14). Experten der WHO ermittelten für Deutschland jährlich einen *volkswirtschaftlichen Schaden von mindestens 17,5 Milliarden Euro*. Diese Summe errechnet sich aus den Kosten der Behandlung von Folgeerkrankungen, des Produktivitätsausfalls sowie der Arbeits- und Erwerbsunfähigkeit bei Rauchern. Jährliche Einnahmen aus der Tabaksteuer betragen dagegen nur 13,8 Milliarden Euro.¹

Jährlich sterben weltweit fast 5 Mio. Menschen an den Folgen des Tabakkonsums

Bereits in vielen Ländern Europas (z. B. Norwegen, Schweden, Österreich, Niederlande, Italien) gibt es seit geraumer Zeit *gesetzliche Regelungen für den Nichtraucherschutz*. In Deutschland ist per Gesetz nur das Rauchen am Arbeitsplatz geregelt (durch Änderung der Arbeitsstättenverordnung, in Kraft getreten am 03.10.2002). Seit September 2004 läuft in Berlin das Aktionsprogramm „Berlin qualmfrei“ der Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz und den Berliner Bezirken mit Unterstützung der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport. Mit diesem Aktionsprogramm soll die derzeitige Situation umfassend verändert und ein Klima geschaffen werden, in dem das Nichtrauchen selbstverständlich wird. Das Programm verfolgt einen mehrdimensionalen, integrierten Ansatz, der mit einem weit gefächerten Bündel von Maßnahmen zu einem flächendeckenden Synergieeffekt führen soll (nähere Informationen siehe Themenfeld 7, Schwerpunkt: 7.1.9).²

Nach den aktuell vorliegenden Daten des Telefonischen Gesundheitssurveys 2002/2003 des Robert Koch-Institutes (RKI) rauchen derzeit in Deutschland 28 % der Frauen und 37 % der Männer (18-jährige und ältere Bevölkerung). Von den täglichen Zigarettenraucherinnen und -rauchern konsumieren fast die Hälfte der Männer und ein Drittel der Frauen mehr als 20 Zigaretten am Tag. In der Altersgruppe der 18- bis unter 30-Jährigen finden sich sowohl bei den Frauen mit 34,6 % als auch bei den Männern mit 53,7 % die größten Raucheranteile. Mit steigendem Alter sinkt der Anteil der Raucher und Raucherinnen kontinuierlich (vgl. Tabelle 4.2.2).³

28 % der Frauen und 37 % der Männer in Deutschland rauchen

Bei der Betrachtung der Ergebnisse des Mikrozensus der Jahre 1999 und 2003 in den Bundesländern ist festzustellen, dass der Raucheranteil fast überall leicht angestiegen ist. Nur die Länder Hamburg, Saarland und Sachsen-Anhalt wiesen einen leichten Rückgang des Raucheranteils auf.

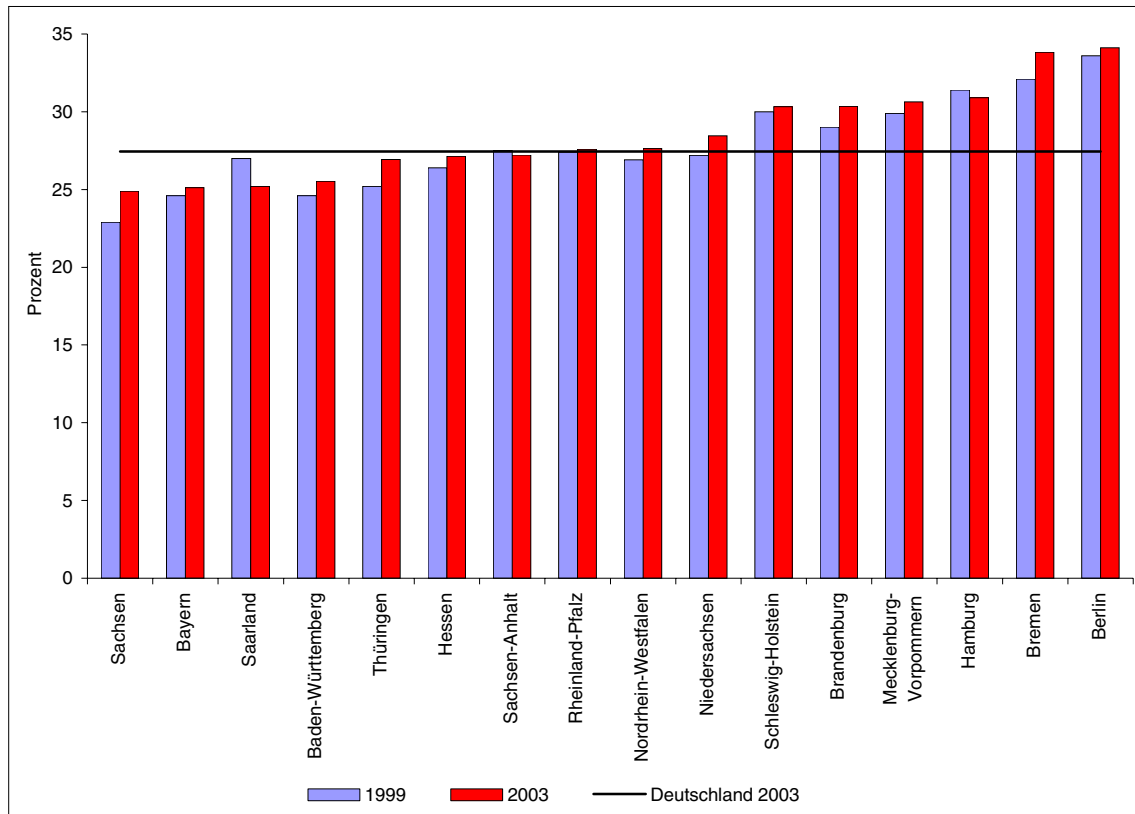
¹ Initiativkreis für rauchfreie Arbeitsplätze (2006): Daten und Fakten zum Rauchen, Passivrauchen und zum Nichtraucherschutz. www.who-nichtrauchertag.de/html/nrs_ikra_daten.html (24.03.2006).

² Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz (2006): Neues zum Aktionsprogramm „Berlin qualmfrei“. www.berlin.de/sengsv/drogen_und_sucht/qf_start.html (24.03.2006).

³ Lampert, T.; Burger, M. (2004): Rauchgewohnheiten in Deutschland - Ergebnisse des Telefonischen Gesundheitssurveys 2002/2003. Das Gesundheitswesen 66, S. 511-517. http://www.rki.de/clin_006/nn_225840/DE/Content/GBE/Auswertungsergebnisse/Gesundheitsverhalten/Rauchen/rauchen_inhalt.html (24.03.2006).

Insgesamt ist der *Raucheranteil in den drei Stadtstaaten am höchsten*. Berlin führt mit 34,1 %. An zweiter Stelle folgt Bremen (33,8 %) und schließlich Hamburg (30,9 %). 7 Bundesländer liegen unter dem Bundesdurchschnitt von 27,4 % (vgl. Abbildung 4.1).

Abbildung 4.1:
Raucheranteil in Deutschland 1999 und 2003 nach Bundesländern

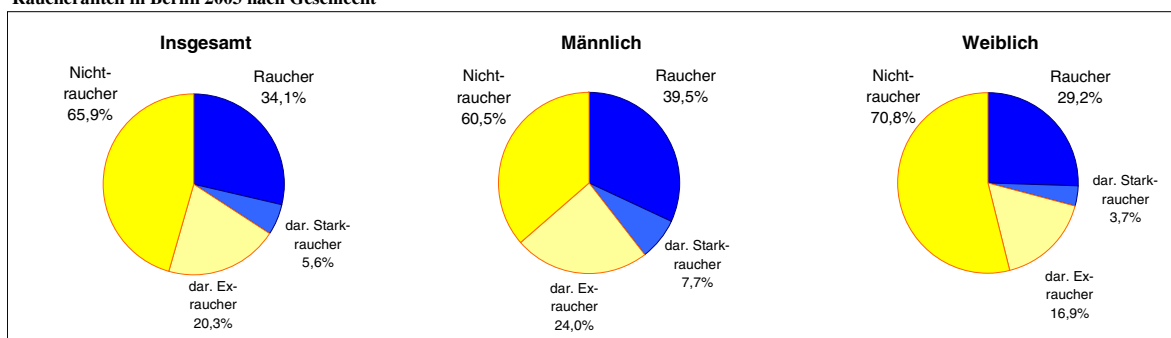


(Datenquelle: StaLa Berlin, Ergebnisse des Mikrozensus / Berechnung und Darstellung: SenGesSozV - II A -)

Rauchgewohnheiten in Berlin

Insgesamt ist in Berlin nach Angaben des Mikrozensus der Raucheranteil von 33,6 % im Jahr 1999 auf 34,1 % im Jahr 2003 (bezogen auf die Bevölkerung ab 15 Jahre) weiterhin leicht gestiegen. Diese Entwicklung zeigt sich sowohl bei den Männern (1999: 39,0 %; 2003: 39,5 %) als auch bei den Frauen (1999: 28,7 %; 2003: 29,2 %). *Unter den Männern gibt es mehr als doppelt so viele stark rauchende als unter den Frauen* (nach WHO-Definition zählt ein Raucher bzw. eine Raucherin zu den starken Tabakkonsumenten, wenn mehr als 20 Zigaretten täglich geraucht werden) (vgl. Abbildung 4.2).

Abbildung 4.2:
Raucheranteil in Berlin 2003 nach Geschlecht



(Datenquelle: StaLa Berlin, Ergebnisse des Mikrozensus / Berechnung und Darstellung: SenGesSozV - II A -)

Die Entwicklung des Raucheranteils von 1999 bis 2003 stellt sich in den einzelnen Bezirken unterschiedlich dar. In 14 von 23 ehemaligen Bezirken ist der Anteil der Raucher und Raucherinnen insgesamt gesunken. In Tiergarten ging der Anteil sogar um 10,0 Prozentpunkte zurück. Deutliche Rückgänge des Raucheranteils der Berliner Bevölkerung waren auch in Schöneberg mit 8,5 Prozentpunkten und in Charlottenburg mit 7,1 Prozentpunkten zu beobachten. Dagegen wies den höchsten Anstieg der Raucheranteile mit 5,9 Prozentpunkten Spandau auf. Obwohl sich in Zehlendorf ebenfalls die Zahl der Raucher und Raucherinnen stark erhöhte (um 4,4 Prozentpunkte), ist dieser Bezirk noch der mit der geringsten Raucherquote von 22,6 %, gefolgt von Köpenick mit 25,1 % und Treptow mit 26,8 %. In den letztgenannten Bezirken ist der Raucheranteil im Vergleich zu 1999 sogar geringfügig zurückgegangen. *Die meisten Raucher und Raucherinnen wohnen gegenwärtig in den Bezirken Wedding (39,3 %), Friedrichshain (38,6 %) und Mitte (38,3 %).* 1999 hatten noch Neukölln, Schöneberg und Tiergarten die höchsten Raucheranteile.

Rauchgewohnheiten nach Erwerbstätigkeit und Berufsgruppen

Der vom RKI durchgeführte telefonische Gesundheitssurvey 2003 ergab, dass in Deutschland in der Gruppe der 20- bis 59-Jährigen fast zwei Drittel der kurzzeit- und der langzeitarbeitslosen Männer, aber nur knapp über 40 % der erwerbstätigen Männer rauchen. Noch deutlicher wird die Differenz bei Betrachtung der Dauer der Arbeitslosigkeit. *Männer, die seit mehr als einem Jahr arbeitslos sind, rauchen 2,7-mal häufiger im Vergleich zu erwerbstätigen Männern.* Bis zu einem Jahr arbeitslose Männer (Kurzzeitarbeitslose) rauchen bis zu 1,9-mal häufiger als erwerbstätige Männer.

Nach Angaben des Mikrozensus ist auch in Berlin der Anteil der Raucher und Raucherinnen unter den Erwerbslosen deutlich höher als unter den Erwerbstätigen bzw. den Nichterwerbspersonen. Insgesamt liegt bei der erwerbslosen Bevölkerung der Raucheranteil bei 51,2 %. Bei den Berliner Männern liegt der Anteil unabhängig von der Altersgruppe bei ca. 55,5 %. Bei den erwerbslosen Berlinerinnen ist der Anteil der Raucherinnen bei den 40- bis unter 65-Jährigen mit 40,9 % deutlich geringer als bei den 15- bis unter 40-Jährigen mit 49,5 %.

Jede/r zweite Erwerbslose in Berlin raucht

Der Anteil der Raucher und Raucherinnen unter den Berliner Erwerbstätigen liegt bei 40,3 %. Hier finden sich jedoch bei beiden Geschlechtern erhebliche Unterschiede in den Altersgruppen. Bei den 40- bis unter 65-jährigen Erwerbstätigen ist der Anteil der Raucher sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen ca. 8 Prozentpunkte geringer als bei den 15- bis unter 40-jährigen.

In Deutschland liegt der größte Raucheranteil bei den Männern im *Berufsbereich* der Bergleute und Mineralgewinner (55,4 %). Aber auch im Bereich der Fertigungsberufe raucht jeder zweite Beschäftigte bei den Hoch-, Tief- und Ausbauberufen. Hier ist ebenfalls der Anteil der starken Raucher mit 15,5 % sehr hoch. Ein genauso hoher Anteil starker Raucher findet sich bei den Verkehrsberufen (vgl. Abbildung 4.3).

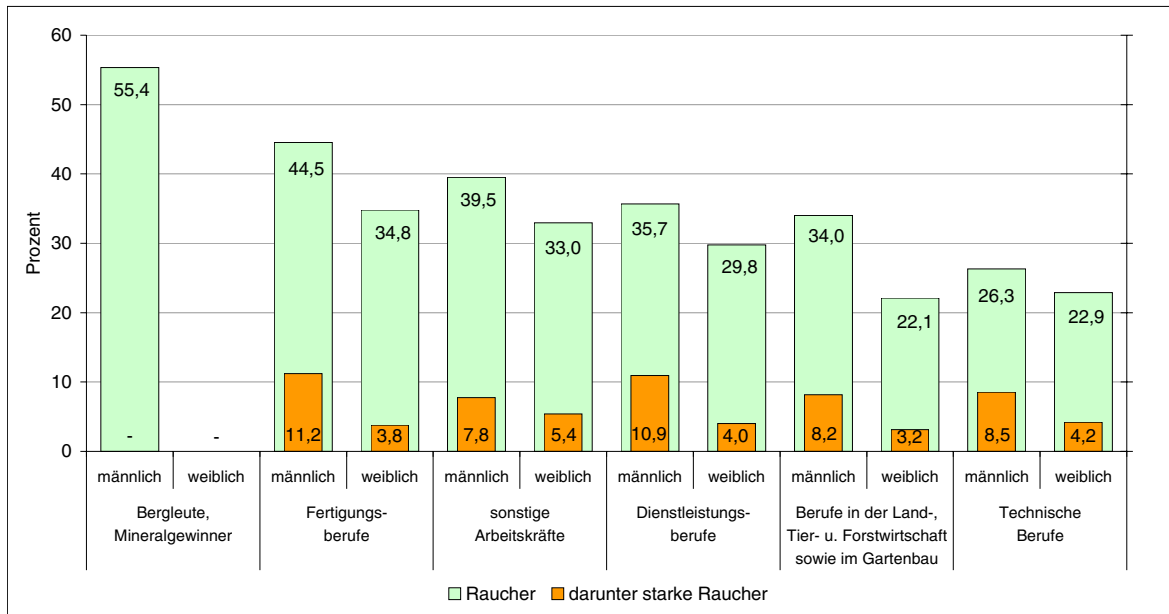
Die wenigsten Raucher gibt es bei den Männern unter den Ingenieuren (19,2 %), Lehrern (20,0 %) und Ärzten/Apothekern (20,2 %).

Bei den Frauen zeichnet sich im gesamten Bundesgebiet ein ähnliches Bild. Hier ist der Anteil der Raucherinnen im Berufsbereich der Verkehrsberufe mit 38,0 % am höchsten - ebenso der Anteil der starken Raucherinnen mit 6,4 %. Ein hoher Raucheranteil findet sich ebenso beim Verkaufspersonal (36,5 %). Aber auch nahezu jede dritte Krankenschwester/Hebamme raucht.

Wie bei den Männern findet sich auch bei den Frauen der geringste Anteil an Raucherinnen bei den Ärztinnen/Apothekerinnen (13,0 %), Lehrerinnen (15,8 %) und den Ingenieurinnen (16,0 %).

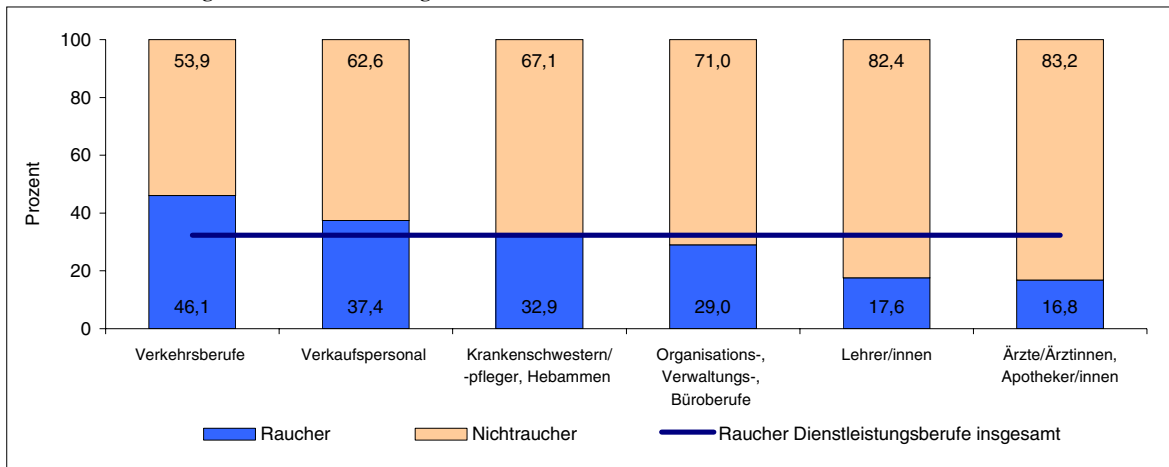
Betrachtet man ausgewählte Berufe aus den *Dienstleistungsberufen*, ergibt sich ein sehr stark differenziertes Bild. Es reicht von einem Raucheranteil von 46 % bei den Verkehrsberufen bis zu einem Anteil von 17 % unter den Ärzten und Ärztinnen sowie Apothekern und Apothekerinnen (vgl. Abbil-

Abbildung 4.3:
Raucheranteil in Deutschland 2003 nach Berufsbereichen und Geschlecht



(Datenquelle: StaLa Berlin, Ergebnisse des Mikrozensus / Berechnung und Darstellung: SenGesSozV - II A -)

Abbildung 4.4:
Raucheranteil in ausgewählten Dienstleistungsberufen in Deutschland 2003



(Datenquelle: StaLa Berlin, Ergebnisse des Mikrozensus / Berechnung und Darstellung: SenGesSozV - II A -)

dung 4.4). In Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung wurde ein Konzept zum rauchfreien Krankenhaus (Projekthandbuch „Rauchfrei im Krankenhaus“) erarbeitet. Dazu wurde Mitte der neunziger Jahre eine Befragung in 7 Allgemeinkrankenhäusern durchgeführt. Der Raucheranteil beim ärztlichen Personal lag bei 21 % (Pflegedienst 40 % Raucherquote). Jedoch gab es unter den rauchenden Ärzten und Ärztinnen 54 % Aufhörwillige.⁴

Bei der Betrachtung der Berufsbereiche und -gruppen zeigt sich eindeutig die Tendenz, dass *Persone*n in akademischen Berufen weniger rauchen als die Beschäftigten in Berufen mit einem geringeren Sozialstatus. Diese prägende Wirkung auf das persönliche Lebensumfeld und die individuellen

⁴ Initiativkreis für rauchfreie Arbeitsplätze (Hrsg.) (2002): Das rauchfreie Krankenhaus, WHO-Partnerschaftsprojekt Tabakabhängigkeit 1999-2002. www.who-nichtrauchertag.de/html/fohlenkhh.html (10.03.2006).

Verhaltensweisen ist aus gesundheitspolitischer Sicht von wesentlicher Bedeutung. Das berufliche Umfeld bietet für Prävention im Sinne eines Settings vielerlei Ansatzpunkte für Erfolg versprechende Maßnahmen.⁵

Es gibt umfassende Konzepte und Musterbetriebsvereinbarungen für *rauchfreie Betriebe*. In vielen großen Unternehmen wurden bereits verschiedene Varianten getestet. So wird in einer Abteilung der Siemens AG in Berlin Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zwei Jahre lang eine monatliche Sonderzahlung überwiesen, wenn sie in der Zeit nicht rauchen (weder dienstlich noch privat). In einem anderen Standort der Siemens AG (Bocholt) wurde das Projekt Apfelecke eingerichtet. In abgetrennten Bereichen des Büros gibt es Äpfel, Wasserspender und die Möglichkeit, kurz abzuschalten. Viele Raucher/innen sind dort bereits von Nikotin auf Vitamine umgestiegen. Aber es gibt auch Unternehmen, die jeder Nichtraucherin und jedem Nichtraucher in der Belegschaft eine monatliche Prämie zahlen. Es steht jeder und jedem Rauchenden frei, sich für das Nichtrauchen zu verpflichten und diese Prämie zu erhalten.

Bei Philips Semiconductors Hamburg, Siemens Nixdorf Frankfurt, Opel, der Berliner Bank und anderen gibt es Betriebsvereinbarungen zum Nichtraucherschutz, in denen beispielsweise ein generelles Rauchverbot in Arbeits- und Büroräumen geregelt ist.

Weitere Informationen zum Konzept für Betriebe zur Umsetzung eines rauchfreien Arbeitsplatzes finden sich unter www.rauchfrei-am-arbeitsplatz.de, www.who-nichtrauchertag.de, www.bzga.de.

Rauchgewohnheiten und Sozialstruktur

Soziale Komponenten wie z. B. Schulabschluss, berufliche Situation und Familienstand haben einen nachweisbaren Einfluss auf das Rauchverhalten.

Abbildung 4.5 lässt einen deutlichen Zusammenhang zwischen dem Raucheranteil in den ehemaligen Bezirken und dem Sozialindex erkennen (Korrelationskoeffizient -0,7426).

Darin zeigt sich auch, dass es *beim Rauchen eine deutliche Verschiebung zu sozial benachteiligten Gruppen* gibt. Hohe Raucheranteile weisen demnach vor allem Bevölkerungsgruppen mit geringerer Bildung, geringem Einkommen und niedrigem beruflichem Status sowie Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger auf. In der Literatur ist belegt, dass in Bevölkerungsgruppen, die mehrere dieser Risikomerkmale auf sich vereinigen, die Raucherquote im Vergleich zu sozial und ökonomisch besser gestellten Bevölkerungsgruppen um das Vier- bis Sechsfache höher liegt.⁶

Bildung

Der Bildung kommt im Gesundheitsverhalten ein übergeordneter Stellenwert zu, da über die Bildung bestimmte gesundheitsbezogene Einstellungen vermittelt werden. Die Ergebnisse des Gesundheitssurveys 2003 ergeben, dass die Raucherprävalenz bei Männern und Frauen je nach Alter und Bildungsabschluss variiert. Bei den Männern im Bundesgebiet zeigen sich in allen angegebenen Altersgruppen starke Unterschiede zwischen den einzelnen Schulbildungen. So liegt beispielsweise bei den Männern in der Altersgruppe der 30- bis unter 40-Jährigen der Raucheranteil bei den Abiturienten bei 33,4 % und bei den Männern mit Volks-/Hauptschulabschluss bei 58,3 %. Auch bei den Frauen sind die Unterschiede bis zum Alter von 59 Jahren eindeutig zu erkennen. Hier ist - ebenso wie bei den Männern - in der Altersgruppe der 30- bis unter 40-Jährigen die Differenz am höchsten (Abitur: 29,4 %, Volks-/Hauptschulabschluss: 56,8 %) (vgl. Tabelle 4.1).

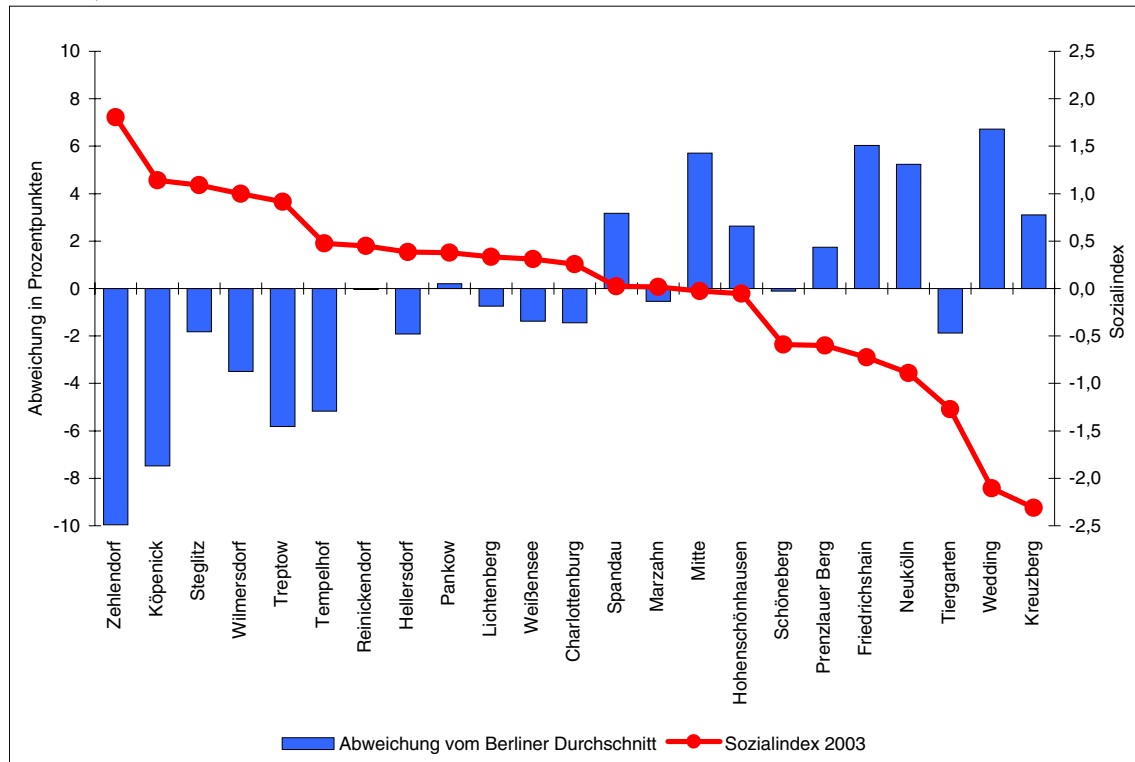
Deutliche Unterschiede der Raucherprävalenz nach den Bildungsabschlüssen

⁵ Lampert, T.; Ziese, T. (2005): Armut, soziale Ungleichheit und Gesundheit, Expertise des Robert Koch-Institutes zum 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. RKI, Berlin.

⁶ siehe Fußnote ¹.

Abbildung 4.5:

Zusammenhang zwischen Sozialindex 2003 und Raucheranteil (bezogen auf alle Altersgruppen) nach Bezirken (alte Struktur)



(Datenquelle: StaLa Berlin, Ergebnisse des Mikrozensus / Berechnung und Darstellung: SenGesSozV - II A -)

Betrachtet man nur die starken Raucher/innen, so ist auch hier eindeutig der Zusammenhang zur Schulbildung zu erkennen. 42 % der männlichen Raucher mit Volks-/Hauptschulabschluss werden zu den starken Rauchern gezählt (täglich 20 Zigaretten und mehr). Bei den Frauen liegt der Anteil mit 31 % ebenfalls sehr hoch. Dagegen ist der Anteil starken Tabakkonsums unter den Raucherinnen und Rauchern mit Abitur deutlich geringer (Männer: 26 % ; Frauen: 21 %).

Familienstand

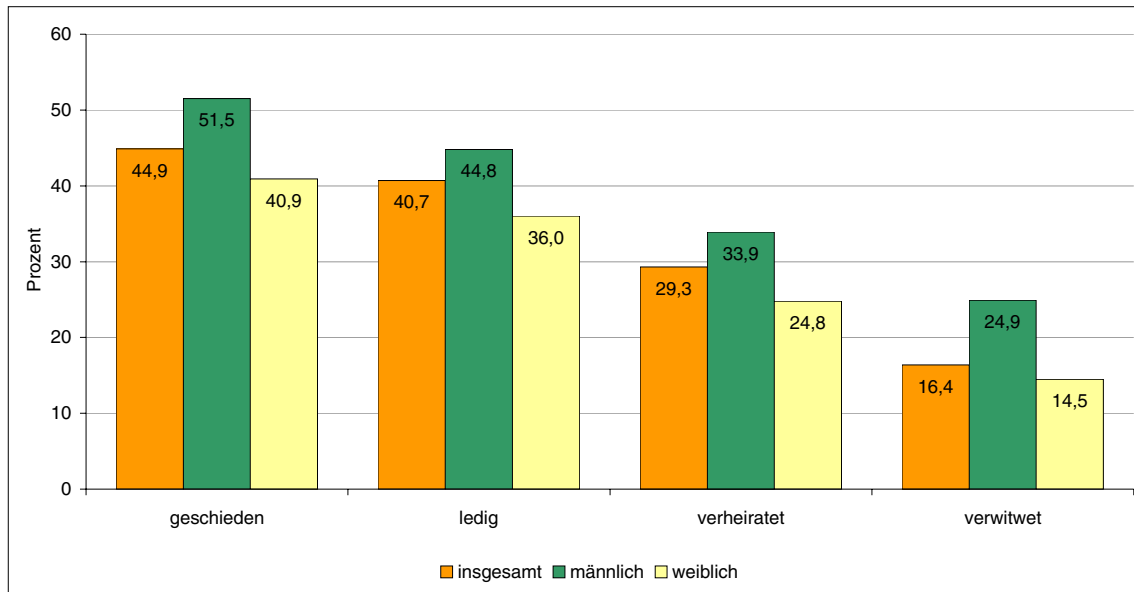
Jeder zweite geschiedene Mann in Berlin ist, wie aus den Ergebnissen des Mikrozensus hervorgeht, ein Raucher, das sind mehr als doppelt so viele Raucher als unter den verwitweten Männern. Auch bei den Berliner Frauen ist der Anteil unter den geschiedenen mit 40,9 % am höchsten. Der Raucheranteil ist bei den verheirateten (jeder dritte) und verwitweten (jeder sechste) Berlinern und Berlinerinnen am geringsten (vgl. Abbildung 4.6). Insgesamt verteilen sich in Deutschland die Raucheranteile wie folgt: ledig: 35,0 %, verheiratet: 24,6 %, verwitwet: 11,8 %, geschieden: 42,4 %. Bei den Geschiedenen ist der Unterschied zwischen den Männern und Frauen mit 50,2 % zu 36,9 % besonders hoch. Die Daten der Einschulungsuntersuchung (ESU) in Berlin aus dem Jahr 2004 ergaben, dass in Haushalten der Einschulkinder mit einem allein erziehenden Elternteil der Raucheranteil sogar 51,3 % beträgt.

Tabelle 4.1:
Raucheranteil in Deutschland 2003 nach Alter, Geschlecht und Schulbildung

Alter in Jahren	Raucheranteil in % der Bevölkerung					
	Männer			Frauen		
	Volks-/Hauptschule	mittlere Reife	Abitur	Volks-/Hauptschule	mittlere Reife	Abitur
18 - 29	67,8	59,9	43,7	61,9	51,6	35,7
30 - 39	58,3	48,4	33,4	56,8	37,8	29,4
40 - 49	45,6	45,6	38,3	46,9	37,9	26,6
50 - 59	33,5	33,5	26,4	33,3	27,2	22,8
60 - 69	22,6	19,6	18,2	15,7	13,8	14,1
70 u. älter	19,9	12,2	9,2	6,9	6,4	4,5
insgesamt	37,9	42,1	31,8	26,2	31,7	25,5

(Datenquelle: RKI, Telefonischer Gesundheitssurvey 2002/2003)

Abbildung 4.6:
Raucheranteile in Berlin 2003 nach Geschlecht und Familienstand



(Datenquelle: StaLa Berlin, Ergebnisse des Mikrozensus / Berechnung und Darstellung: SenGesSozV - II A -)

Einkommen

Sowohl bei den Frauen als auch bei den Männern in Deutschland zeigt sich nach Ergebnissen des Sozio-ökonomischen Panels 2002 ein *deutlicher Zusammenhang zwischen Einkommen und Rauchverhalten*. Ausgehend vom Haushaltsnettoeinkommen wurde ein Äquivalenzeinkommen berechnet, das ein Maß für relative Einkommensarmut oder Wohlstand bildet. Bei der Berechnung des Äquivalenzeinkommens wird das Haushaltsnettoeinkommen nicht durch die Anzahl der Haushaltsmitglieder geteilt, vielmehr werden diesen unterschiedliche Personengewichte zugewiesen.⁷ Entsprechend einer EU-Konvention gelten Personen bzw. Haushalte, die über 60 % oder weniger des Äquivalenzeinkommens verfügen, als arm. In Deutschland lag diese Armutsrisikogrenze bei 746 Euro, während das durchschnittlich verfügbare monatliche Äquivalenzeinkommen (Median) der Bevölkerung in Privathaushalten 1.243 Euro betrug. Als Risikogruppe gelten auch Personen mit einem Äquivalenzeinkommen zwischen 60 und 80 %, da diese bei Arbeitslosigkeit, längerer Krankheit oder Überschuldung wenig Ausgleichspotentiale haben. Personen, die monatlich über 150 % und mehr des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens verfügen, gelten danach als einkommensreich.

Der Zusammenhang zwischen Einkommen und Rauchen ist für die jungen und mittleren Lebensaltersstufen besonders deutlich: Je niedriger das Einkommen, desto höher ist der Anteil der Raucher und Raucherinnen (vgl. Abbildung 4.7). Bei den 30- bis unter 45-jährigen Männern ist der Raucheranteil in der Armutsrisikogruppe (60 % und weniger des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens) mit 61,4 % besonders hoch. Männer aus dieser Armutsgruppe rauchen etwa 2,1-mal, in der nächst folgenden Gruppe (60 – 80 % des Äquivalenzeinkommens) 1,5-mal häufiger als Männer mit den höchsten Einkommen. Bei den Frauen ist die Raucherprävalenz in den beiden unteren Einkommensgruppen um den Faktor 1,3 bzw. 1,1 erhöht.⁸

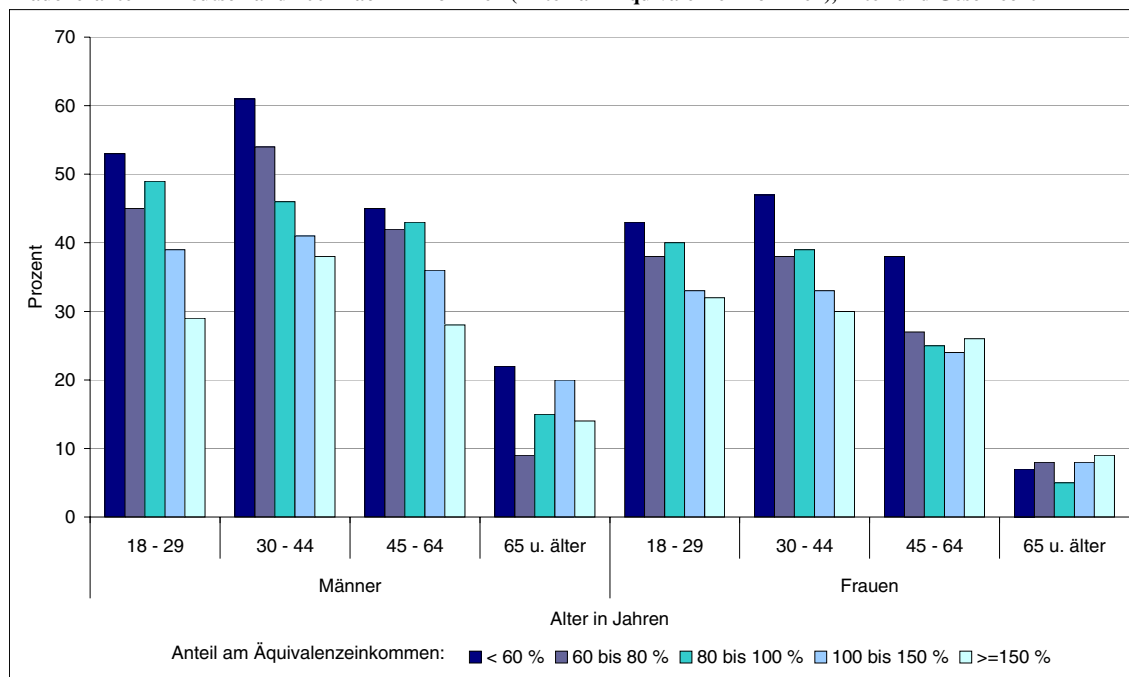
Je niedriger das Einkommen, desto höher der Raucheranteil

⁷ Berechnungsbasis ist die neue OECD-Äquivalenzskala. Danach wird dem Haushaltsvorstand ein Bedarfsgewicht von 1,0 zugewiesen, jeder weiteren Person ab 15 Jahren ein Gewicht von 0,5 sowie Kindern und Jugendlichen unter 15 Jahren ein Gewicht von 0,3.

⁸ Lampert, T.; Kroll, L.E. (2005): Einfluss der Einkommensposition auf die Gesundheit und Lebenserwartung. Discussion Papers 527. DIW, Berlin.

Abbildung 4.7:

Raucheranteil in Deutschland 2002 nach Einkommen (Anteil am Äquivalenzeinkommen), Alter und Geschlecht



(Datenquelle: DIW, Sozio-oekonomisches Panel 2002 / Darstellung: SenGesSozV - II A -)

Rauchverhalten im Haushalt

Fast jedes zweite Berliner Kind lebt in einem Raucherhaushalt

Die Drogenaffinitäts-Studie 2004 der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) hat den Einfluss des sozialen Umfeldes der Jugendlichen (12 bis 25 Jahre) auf das Rauchverhalten untersucht. Ab einem Alter von 20 Jahren leben bereits viele Jugendliche nicht mehr in der elterlichen Wohnung, sondern alleine, mit Partnern oder Partnerinnen oder in Wohngemeinschaften. In mehr als der Hälfte (55 %) der Haushalte, in denen die 12- bis 25-jährigen Jugendlichen leben, wird geraucht. Dazu gehören aber auch solche Haushalte, in denen ausschließlich die befragten Jugendlichen rauchen, beispielsweise die Singlehaushalte. Wenn es um den sozialen Einfluss geht, der vom Haushalt auf die Entscheidung zu rauchen oder nicht zu rauchen ausgeht, ist es wichtiger zu wissen, wie hoch der Anteil der Jugendlichen ist, die in einem Haushalt mit mindestens einem anderen Raucher oder einer anderen Raucherin zusammen leben. Das trifft nach dieser Studie auf weniger als der Hälfte (46 %) der 12 bis 25-Jährigen in Deutschland zu. Aus den Daten der ESU geht hervor, dass in Berlin 2004 bereits 47,6 % der untersuchten Einschulkinder in einem Raucherhaushalt leben. Für die Hälfte der Jugendlichen ist Rauchen also schon allein deshalb ein selbstverständlicher Teil ihres alltäglichen Lebens, weil sie in ihrer Familie, Partnerschaft oder Wohngemeinschaft mit Rauchern und Raucherinnen zusammen leben.

Es zeigt sich auch deutlich, dass es einen *Zusammenhang zwischen dem Raucheranteil unter den Jugendlichen und weiteren Rauchern und Raucherinnen im Haushalt* gibt. Die Ergebnisse der Drogenaffinitätsstudie ergaben, dass 22 % der Jugendlichen, die mit Nichtrauchern und Nichtraucherinnen zusammen leben, rauchen. Wenn es nur einen weiteren Tabakkonsumenten im Haushalt gibt, steigt der Raucheranteil auf das Doppelte (43 %), bei mehreren sogar auf 47 %. Auch zeigt sich, dass die Bereitschaft der Jugendlichen, mit dem Rauchen anzufangen, stark von den Rauchgewohnheiten der im Haushalt Lebenden beeinflusst wird. Von jugendlichen Nichtrauchern und Nichtraucherinnen, bei denen zu Hause nicht geraucht wird, können sich 11 % vorstellen, in den nächsten 12 Monaten zu rauchen. Gibt es einen Raucher oder eine Raucherin im Haushalt, steigt die Bereitschaft auf 15 %; bei mehreren ist der Anteil der potenziellen Einsteiger mit 21 % fast doppelt so hoch.

4.1.2 Ausgewählte gesundheitsrelevante Verhaltensweisen im Kindesalter

Übergewicht und Adipositas

Die Prävalenz des *Übergewichtes und der Adipositas* nimmt weltweit epidemische Ausmaße an. Schätzungen der WHO zufolge sind mittlerweile weltweit mehr als die Hälfte der Menschheit übergewichtig oder gar adipös.⁹

Die Basis für Übergewicht wird bereits in frühester Kindheit gelegt. In der Bundesrepublik Deutschland sind je nach Definition zehn bis zwanzig Prozent aller Kinder und Jugendlichen übergewichtig. Etwa zwei Drittel gehen bei den von Übergewicht Betroffenen zu Lasten der Fettsucht.

Der Definition nach Kromeyer-Hauschild folgend waren den Auswertungen der Berliner Einschulungsuntersuchungen des Jahres 2004 zufolge insgesamt 12,2 % der untersuchten Einschülerinnen und -schüler übergewichtig. Dabei galten 6,8 % der untersuchten Kinder als (mäßig) übergewichtig. Jedes zwanzigste Kind musste jedoch bereits als adipös (oder fettsüchtig) eingestuft werden. Hinsichtlich der Geschlechterverteilung gab es insgesamt gesehen kaum Unterschiede. Lediglich bei türkischen und Kindern aus osteuropäischen Ländern lagen die Prävalenzraten der Jungen noch leicht erkennbar über der der Mädchen.

Hinsichtlich der Ausprägung von Übergewicht im Kindesalter kann für Berlin festgestellt werden, dass sich der Anteil der zu dicken Kinder in den letzten Jahren nicht weiter erhöht hat. Das trifft aber hauptsächlich auf deutsche Kinder zu. Von den untersuchten deutschen „Erstklässern“ galt beispielsweise 2004 in Berlin etwa jeder Zehnte als übergewichtig.

Kinder ausländischer Herkunft sind stärker von Übergewicht betroffen als deutsche

Bei den Auswertungen des Jahres 1999 war noch jedes neunte einzuschulende Kind deutscher Herkunft zu dick. Kinder ausländischer Herkunft leiden häufiger als deutsche an Übergewicht. Im Jahr 2004 waren z. B. 22,9 % der Erstklässler türkischer Herkunft übergewichtig. Aber auch bei den anderen ausländischen Kindern wurden 15,8 % der Untersuchten als zu dick eingestuft.

Sportliche Betätigung

Die Lebensgewohnheiten von Kindern und Erwachsenen haben sich in den letzten Jahrzehnten stark verändert. Der natürliche Bewegungsdrang eines Kindes wird im Verlauf seiner Sozialisation eingeschränkt. Bereits im Kindergarten nimmt der Anteil der Beschäftigungsarten zu, die im Sitzen verrichtet werden. In der Schule nimmt der Anteil der körperlichen Inaktivität, vom Sportunterricht abgesehen, weiter zu. Bewegung und körperliche Aktivität bleiben somit meistens der Freizeit vorbehalten. Während immer mehr Kinder körperlich inaktiv sind, weisen die Statistiken der Sportvereine eine zunehmende Zahl von Mitgliedern im Kindes- und Jugendalter aus.^{10, 11}

In Berlin wurde im Jahr 2004 die bis dahin höchste Zahl an Mitgliedern in Sportvereinen registriert. Insgesamt waren zu diesem Zeitpunkt in Berlin 100.715 unter 15-Jährige (37.595 Mädchen und 63.120 Jungen) als Vereinsmitglieder angemeldet. Diesen Zahlen nach zu urteilen war fast jedes dritte (30 %) in Berlin lebende 3- bis unter 15-jährige Kind in einem Sportverein organisiert. Der Anteil der Kinder an allen in Sportvereinen organisierten Personen lag bei knapp 23 %. Bezogen auf je 100.000 der 3- bis unter 15-Jährigen lag die Rate der in einem Sportverein organisierten Mädchen mit 22.897 je 100.000 37 % unter der der Jungen (36.493 je 100.000 der genannten Altersgruppe).

30 % der 3- bis unter 15-jährigen Berliner Kinder sind Mitglieder eines Sportvereins

⁹ Dubius, P (2002): Adipositas im Kindesalter: Täglich Brot des Pädiaters ? PAEDIATRICA, Vol 13, No. 1 2002, S. 9 - 13.

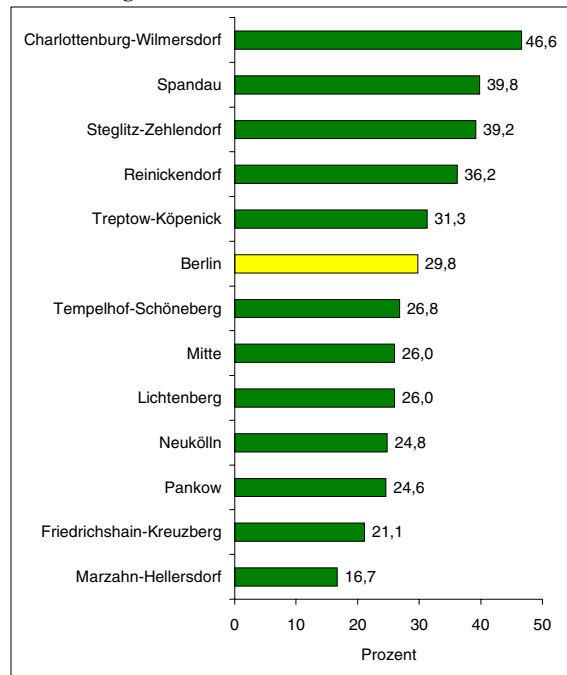
¹⁰ Kriemler, S. (2005): Sport im Kindesalter - von „zu wenig“ bis „zu viel“. PAEDIATRICA, Vol. 16, No. 1, 2005., S. 22 - 24.

¹¹ Statistisches Landesamt Berlin (2005): Sportvereine in Berlin 1995 - 2004. Statistische Berichte B V/S.

Deutsche Kinder sind häufiger als ausländische Mitglied eines Sportvereins. Nur 7.318 bzw. 7 % der Kinder waren ausländischer Herkunft.

Je nach Wohnort der Kinder ist die Zahl derer, die einer sportlich organisierten Betätigung nachgehen, unterschiedlich. Generell ist die Stadt hinsichtlich des Vereinslebens noch gespalten. In nahezu allen östlichen Bezirken liegt die Rate der einem Sportverein angehörenden Kinder deutlich unter der von Berlin-West. Bei Betrachtung nach Bezirken wurde der höchste Organisationsgrad in den Bezirken Charlottenburg-Wilmersdorf, Spandau und Steglitz-Zehlendorf ermittelt. Die Raten liegen dort zweieinhalbmal so hoch wie vergleichsweise in Marzahn-Hellersdorf und Friedrichshain-Kreuzberg. In diesen Bezirken waren berlinweit die wenigsten Kinder als Mitglieder in Sportvereinen registriert (vgl. Abbildung 4.8).

Abbildung 4.8:
Mitglieder (Alter: 3- bis unter 15 Jahre) in Sportvereinen in Berlin 2004 nach Anteil an der 3- bis unter 15-jährigen Bevölkerung und Bezirken



(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung und Darstellung: SenGesSozV - II A -)

4.2 Tabellen

Konsum von Tabak und Alkohol

● Tabakkonsum

Tabelle 4.2.1:
Rauchverhalten in Deutschland 2003
nach Alter, Sozialschicht und Geschlecht

Indikator 4.1

Altersgruppe / Sozialschicht	Rauchverhalten in % der Befragten					
	Raucherin		Nichtraucherin	Raucher		Nichtraucher
	täglich	gelegentlich		täglich	gelegentlich	
Alter in Jahren						
18 - 29	33,7	10,9	55,4	39,3	14,4	46,3
30 - 39	29,9	7,4	62,6	36,8	8,4	54,8
40 - 49	28,1	8,0	63,9	34,7	8,5	56,8
50 - 59	24,0	4,4	71,6	24,7	6,9	68,4
60 - 69	11,4	3,4	85,2	16,1	4,5	79,4
70 - 79	4,3	1,8	93,9	12,3	2,9	84,8
18 - 79	22,7	6,2	71,1	29,6	8,2	62,3
Sozialschicht (Alter 18 - 79 Jahre)						
obere	17,1	5,3	77,6	17,8	8,1	74,2
mittlere	22,8	7,2	70,0	31,7	8,4	59,9
untere	26,3	5,3	68,4	36,6	8,1	55,3

(Datenquelle: RKI, Telefonischer Gesundheitssurvey 2002/2003, n = 8.318, weiblich: 4.302, männlich: 4.016)

Tabelle 4.2.2:
Rauchverhalten in Berlin im Mai 2003
nach Alter und Geschlecht

Indikator 4.1

Alter in Jahren	Rauchverhalten in % der Befragten					
	Raucherin		Nichtraucherin	Raucher		Nichtraucher
	täglich	gelegentlich		täglich	gelegentlich	
15 - 19	23,9	/	71,3	21,0	6,2	72,8
20 - 24	33,6	/	61,6	42,9	6,9	50,2
25 - 29	33,2	6,1	60,7	43,1	6,5	50,4
30 - 34	32,2	/	63,4	45,0	/	51,2
35 - 39	38,0	4,4	57,6	43,7	/	52,3
15 - 40	32,8	4,9	62,3	39,8	5,3	54,9
40 - 44	34,0	4,9	61,1	47,8	/	48,3
45 - 49	33,7	/	61,2	45,0	/	51,7
50 - 54	31,6	/	65,3	37,4	/	58,0
55 - 59	20,9	/	75,5	36,6	/	59,4
60 - 64	13,9	/	82,9	24,5	/	73,5
40 - 64	26,8	3,9	69,2	38,1	3,5	58,3
65 - 69	13,9	/	82,6	20,1	/	78,2
70 - 74	12,5	/	87,2	19,5	/	78,4
75 und mehr	4,7	/	93,6	9,9	/	88,7
65 und mehr	9,4	2,0	88,6	16,7	/	81,6
insgesamt	25,3	3,9	70,8	35,6	4,0	60,5

/ = Wert nicht sicher genug (< 5.0).

(Datenquelle: StaLa Berlin, Ergebnisse des Mikrozensus)

Tabelle 4.2.3:
Rauchverhalten der täglichen Raucherinnen und Raucher in Deutschland 2003
nach Alter, Sozialschicht und Geschlecht

Indikator 4.2

Altersgruppe / Sozialschicht	Rauchverhalten in % der Befragten					
	weiblich			männlich		
	täglich 20 Zigaretten und mehr	täglich weniger als 20 Zigaretten	täglich andere Tabakwaren	täglich 20 Zigaretten und mehr	täglich weniger als 20 Zigaretten	täglich andere Tabakwaren
Alter in Jahren						
18 - 29	5,7	27,3	0,2	11,9	25,0	2,4
30 - 39	10,2	19,4	0,1	17,0	17,6	2,0
40 - 49	10,6	17,0	0,1	16,8	13,9	3,7
50 - 59	9,5	13,6	0,4	12,9	6,8	5,0
60 - 69	3,8	7,6	0,0	6,1	7,9	2,1
70 - 79	0,5	3,8	0,0	3,6	6,6	2,1
18 - 79	7,0	15,3	0,1	12,5	14,1	2,9
Sozialschicht (Alter 18 - 79 Jahre)						
obere	6,1	10,3	0,4	7,0	7,2	3,5
mittlere	6,4	16,0	0,2	13,7	15,0	2,9
untere	8,5	17,5	0,0	15,4	18,6	2,5

(Datenquelle: RKI, Telefonischer Gesundheitssurvey 2002/2003, n = 8.318, weiblich: 4.302, männlich: 4.016)

Tabelle 4.2.4:
Rauchverhalten der täglichen Raucherinnen und Raucher in Berlin im Mai 2003
nach Alter und Geschlecht

Indikator 4.2

Alter in Jahren	Rauchverhalten in % derer, die Angaben zum Rauchen gemacht haben					
	weiblich			männlich		
	täglich 20 Zigaretten und mehr	täglich weniger als 20 Zigaretten	täglich andere Tabakwaren	täglich 20 Zigaretten und mehr	täglich weniger als 20 Zigaretten	täglich andere Tabakwaren
15 - 39	3,3	33,4	0,4	7,0	36,5	0,9
40 - 64	5,7	24,5	0,1	9,7	28,6	2,9
65 und mehr	1,0	10,2	0,2	3,8	12,0	1,9
insgesamt	3,7	24,7	0,3	7,7	29,4	1,9

(Datenquelle: StaLa Berlin, Ergebnisse des Mikrozensus)

Tabelle 4.2.5:
Nichtraucherinnen und Nichtraucher in Deutschland 2003
nach Alter, Sozialschicht und Geschlecht

Indikator 4.3

Altersgruppe / Sozialschicht	Nichtraucher in % der Befragten					
	weiblich			männlich		
	Nichtraucher	füherer Raucher	Nieraucher	Nichtraucher	füherer Raucher	Nieraucher
Alter in Jahren						
18 - 29	55,4	14,5	40,9	46,3	14,7	31,6
30 - 39	62,7	23,5	39,2	54,8	21,6	33,2
40 - 49	63,9	25,6	38,3	56,8	30,8	26,0
50 - 64	76,0	25,3	50,7	70,9	39,6	31,3
65 u. m.	92,5	21,2	71,3	84,5	52,1	32,4
insgesamt	72,0	22,3	49,7	62,7	31,8	30,9
Sozialschicht (Alter 18 - 79 Jahre)						
obere	77,9	28,1	49,8	74,3	34,7	39,6
mittlere	70,6	23,2	47,4	60,3	31,8	28,5
untere	69,8	18,2	51,6	56,2	29,3	26,9

(Datenquelle: RKI, Telefonischer Gesundheitssurvey 2002/2003, n = 8.318, weiblich: 4.302, männlich: 4.016)

Tabelle 4.2.6:
Nichtraucherinnen und Nichtraucher in Berlin im Mai 2003
nach Alter und Geschlecht

Indikator 4.3

Alter in Jahren	Nichtraucher in % der Befragten					
	weiblich			männlich		
	Nichtraucher	früherer Raucher	Nieraucher	Nichtraucher	früherer Raucher	Nieraucher
15 - 20	71,3	3,9	67,4	72,8	2,2	70,6
20 - 25	61,6	8,9	52,7	50,2	8,5	41,7
25 - 30	60,7	14,6	46,0	50,4	13,5	36,9
30 - 35	63,4	14,8	48,6	51,2	16,8	34,4
35 - 40	57,6	17,4	40,1	52,3	15,5	36,8
15 - 40	62,3	12,5	49,7	54,9	11,9	43,0
40 - 45	61,1	21,3	39,8	48,3	19,5	28,7
45 - 50	61,2	18,8	42,4	51,7	24,6	27,1
50 - 55	65,3	21,1	44,2	58,0	28,4	29,6
55 - 60	75,5	22,6	52,9	59,4	29,9	29,5
60 - 65	82,9	18,7	64,2	73,5	38,7	34,8
40 - 65	69,2	20,4	48,8	58,3	28,3	30,1
65 - 70	82,6	18,0	64,7	78,2	40,3	37,9
70 - 75	87,2	21,5	65,6	78,4	47,2	31,2
75 und mehr	93,6	16,7	76,9	88,7	51,2	37,5
65 und mehr	88,6	18,1	70,4	81,6	45,3	36,3
insgesamt	70,8	16,9	53,9	60,5	24,0	36,5

(Datenquelle: StaLa Berlin, Ergebnisse des Mikrozensus / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 4.2.7:
Durchschnittliches Alter der Raucherinnen und Raucher bei Rauchbeginn in Deutschland 2003
nach Alter und Geschlecht

Indikator 4.5

Alter in Jahren	Durchschnittliches Alter der Raucher bei Rauchbeginn in Jahren		
	weiblich	männlich	insgesamt
18 - 29	15,9	16,1	16,0
30 - 39	16,8	17,2	17,0
40 - 49	17,5	17,5	17,5
50 - 59	20,1	18,1	19,0
60 - 69	21,1	19,4	20,2
70 - 79	26,0	18,6	21,6
18 - 79	17,8	17,3	17,6

(Datenquelle: RKI, Telefonischer Gesundheitssurvey 2002/2003, n = 8.318, weiblich: 4.302, männlich: 4.016)

Tabelle 4.2.8:
Durchschnittliches Alter der Raucherinnen und Raucher bei Rauchbeginn in Berlin im Mai 2003
nach Alter und Geschlecht

Indikator 4.5

Alter in Jahren	Durchschnittliches Alter der Raucher bei Rauchbeginn in Jahren		
	weiblich	männlich	insgesamt
15 - 20	14,6	15,1	14,9
20 - 25	15,8	16,1	16,0
25 - 30	17,0	17,2	17,1
30 - 35	17,5	17,6	17,6
35 - 40	17,5	16,9	17,2
15 - 40	16,8	16,8	16,8
40 - 45	17,6	17,0	17,3
45 - 50	18,6	17,9	18,2
50 - 55	19,5	18,0	18,7
55 - 60	19,7	18,6	19,0
60 - 65	20,5	18,5	19,2
40 - 65	19,0	17,9	18,4
65 - 70	22,7	18,3	20,0
70 - 75	23,0	18,6	20,5
75 und mehr	23,5	19,5	21,2
65 und mehr	23,0	18,7	20,5
insgesamt	18,6	17,6	18,1

(Datenquelle: StaLa Berlin, Ergebnisse des Mikrozensus)

Ernährung

● Body Mass Index

Tabelle 4.2.9:
Body Mass Index (BMI) der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland im Mai 2003
nach Alter und Geschlecht

Indikator 4.8

Alter in Jahren	Body Mass Index (BMI) in % der Befragten							
	weiblich				männlich			
	bis 18,4	18,5 - 24,9	25,0 - 29,9	>= 30,0	bis 18,4	18,5 - 24,9	25,0 - 29,9	>= 30,0
18 - 20	12,7	74,9	10,1	2,3	6,3	76,4	14,4	2,9
20 - 25	10,7	73,3	12,3	3,7	3,4	71,8	20,5	4,2
25 - 30	7,1	70,3	16,4	6,2	1,1	59,2	32,6	7,1
30 - 35	4,5	69,2	19,3	7,1	0,8	50,9	39,3	9,0
35 - 40	4,3	67,0	20,4	8,3	0,4	46,7	41,6	11,2
40 - 45	2,7	63,0	24,2	10,1	0,5	41,7	44,6	13,2
45 - 50	2,3	56,7	27,9	13,0	0,4	35,1	48,4	16,0
50 - 55	2,0	49,2	33,7	15,1	0,5	31,2	50,8	17,5
55 - 60	1,6	46,2	36,0	16,1	0,5	28,9	52,0	18,5
60 - 65	1,4	43,3	37,8	17,6	0,3	28,2	52,5	19,1
65 - 70	1,3	37,7	41,2	19,9	0,4	25,9	53,3	20,4
70 - 75	1,3	37,0	42,1	19,6	0,5	29,3	51,6	18,7
75 und mehr	3,7	48,4	35,4	12,4	1,2	38,8	48,9	11,1
insgesamt	3,6	55,2	28,9	12,3	0,9	41,4	44,1	13,6

(Datenquelle: StaLa Berlin, Ergebnisse des Mikrozensus)

Tabelle 4.2.10:
Body Mass Index (BMI) bei Kindern zum Zeitpunkt der Einschulungsuntersuchungen in Berlin 2004
nach Geschlecht

Indikator 4.9

Geschlecht	Untersuchte Kinder ¹⁾					insgesamt
	in der Gewichtsgruppe ... nach BMI-Perzentilen ²⁾					
	deutlich untergewichtig	untergewichtig	normal- gewichtig	übergewichtig	adipös	
Anzahl						
weiblich	219	545	8.184	682	502	10.132
männlich	268	577	9.291	806	653	11.595
insgesamt	487	1.122	17.475	1.488	1.155	21.727
in Prozent						
weiblich	2,2	5,4	80,8	6,7	5,0	100,0
männlich	2,3	5,0	80,1	7,0	5,6	100,0
insgesamt	2,2	5,2	80,4	6,8	5,3	100,0

¹⁾ Nur Kinder mit gültigen Angaben für BMI und Geschlecht. Die Zahl aller untersuchten Kinder betrug 21.816.

²⁾ BMI-Grenzwerte nach Kromeyer-Hauschild.

(Datenquelle: SenGesSozV Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Weitere gesundheitsrelevante Verhaltensweisen

Tabelle 4.2.11:
Anteil der Bevölkerung mit sportlicher Betätigung in Deutschland 2003
nach Umfang pro Woche, Alter, Sozialschicht und Geschlecht

Indikator 4.13

Altersgruppe / Sozialschicht	Anteil der Bevölkerung mit sportlicher Betätigung in % der Befragten					
	weiblich			männlich		
	keine sportl. Betätigung	weniger als 2 Stunden	2 Stunden und mehr	keine sportl. Betätigung	weniger als 2 Stunden	2 Stunden und mehr
Alter in Jahren						
18 - 29	28,3	29,2	42,5	25,2	18,8	56,0
30 - 39	37,1	30,0	32,8	34,0	20,4	45,6
40 - 49	36,1	29,6	34,3	37,8	25,1	37,1
50 - 59	35,1	31,6	33,2	38,4	25,3	36,3
60 - 69	35,4	27,6	37,0	43,9	16,0	40,2
70 - 79	53,0	24,9	22,2	50,9	19,5	29,5
18 - 79	37,2	28,9	33,9	36,8	21,0	42,1
Sozialschicht (Alter 18 - 79 Jahre)						
obere	26,9	33,7	39,4	27,6	27,5	44,8
mittlere	35,2	29,3	35,5	37,1	19,9	43,0
untere	45,3	25,7	29,0	44,5	16,9	38,5

(Datenquelle: RKI, Telefonischer Gesundheitssurvey 2002/2003, n = 8.318, weiblich: 4.302, männlich: 4.016)

5. Umweltbezogener Gesundheitsschutz und Verbraucherschutz im Gesundheitswesen

5.1 Ausgewählte Schwerpunkte

5.1.1 Gesundheitlich bedenkliche Substanzen in öffentlichen Einrichtungen in Berlin: Abwehr gesundheitlicher Beeinträchtigungen durch Luftschadstoffe in Berliner Schulen - Messprogramm 2003/2004

Der folgende Beitrag nimmt Bezug auf den Abschlussbericht der Landesmessstelle für Gefahrstoffrecht und Innenraumlufthygiene des Instituts für Lebensmittel, Arzneimittel und Tierseuchen (ILAT) im Berliner Betrieb für Zentrale Gesundheitliche Aufgaben (BBGes).

Der Mensch unserer modernen Industriegesellschaft verbringt 80 - 90 % des Tages in Innenräumen am Arbeitsplatz, zu Hause oder in Verkehrsmitteln. Selbst Freizeitangebote und sportliche Aktivitäten finden zunehmend in geschlossenen Räumen statt. Ein gesundes Raumklima zu gewährleisten und Luftschadstoffe in Innenräumen zu minimieren, muss daher im Sinne des vorbeugenden Gesundheitsschutzes als grundsätzliches Erfordernis angesehen werden.

Vorbeugender Gesundheitsschutz erfordert Gewährleistung eines gesunden Raumklimas

Gestützt auf die „Konzeption der Bundesregierung zur Verbesserung der Luftqualität in Innenräumen“ (Bundesregierung 1992) und das Aktionsprogramm „Umwelt und Gesundheit“ des Bundesministeriums für Gesundheit und des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMG/BMU 1999) wurden in den neunziger Jahren verstärkt in Innenräumen Studien zur qualitativen und quantitativen Erfassung ihrer Belastung mit Luftschadstoffen durchgeführt.

Im Raum Berlin untersuchte im Auftrag des Landesamtes für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit (LAGetSi) die Landesmessstelle am Institut für Lebensmittel, Arzneimittel und Tierseuchen (ILAT) des Berliner Betriebes für zentrale gesundheitliche Aufgaben (BBGes) schwerpunktmäßig *in einem mehrjährigen Messprogramm die Luftgüte in öffentlichen und privaten Innenräumen.*

Wegen der besonderen Schutzbedürftigkeit von Kindern vor umweltbedingten Gesundheitsrisiken und ihrer erhöhten Sensibilität gegenüber luftgetragener Schadstoffe wurde im Winterhalbjahr 2000/2001 die Belastung durch *gesundheitlich relevante Luftverunreinigungen in 74 innerstädtischen Kindertagesstätten* erfasst und problemorientiert ausgewertet (vgl. Schwerpunkt 5.1.1 im Basisbericht 2003/2004).

In Fortsetzung des Schwerpunktprogramms „Gesundheitlich bedenkliche Substanzen in öffentlichen Einrichtungen Berlins“ und vor dem Hintergrund einer sich deutlich verschlechternden Reinigungssituation an Schulen wurden im Winterhalbjahr 2002/2003 zur Ergänzung und Verifizierung der bisherigen Erkenntnisse 40 typische Klassenräume in Grundschulen des Berliner Stadtgebietes und 5 Turnhallen untersucht.

Untersuchung der Luftqualität in Klassenräumen und Turnhallen von Berliner Grundschulen

Durch die „Schulstudie“ konnten die Ergebnisse und Tendenzen aus der „Kita-Studie“ prinzipiell bestätigt und untermauert werden, *nachfolgende Aussagen lassen sich zusammenfassen:*

- Die Bewertung der ermittelten Konzentrationen organischer Schadstoffe aus dem Bereich der polycyclischen aromatischen Kohlenwasserstoffe (PAH), der flüchtigen organischen Verbindungen (VOC/TVOC), der Carbonyle (Formaldehyd, Aceton etc.) sowie des Dieselrußes (EC) ergab eine

Gehalte an Kohlendioxid und Feinstaub signalisieren unzureichende Luftqualität in den Klassenräumen

überwiegend befriedigende Qualität der Innenraumluft. Zur Klärung auffälliger Einzelbefunde wurden Nachuntersuchungen empfohlen.

- Die Konzentration an Kohlendioxid (CO₂) - dem klassischen Leitparameter für die Luftqualität in Innenräumen - und der Gehalt an alveolärem Feinstaub signalisierten insbesondere in den Klassenräumen einen fast durchweg mangelhaften Zustand.

Problemparameter Kohlendioxid

Die Bedeutung von Kohlendioxid (CO₂) als Leitsubstanz menschlicher Ausdünstungen (Stoffwechselprodukte, Gerüche) in Innenräumen wurde bereits Mitte des 19. Jahrhunderts von Pettenkofer erkannt, verbunden mit der Empfehlung, einen Wert von 0,1 Vol.-% (Pettenkoferzahl) aus Gründen der Hygiene nicht zu überschreiten. Diese Empfehlung wird auch heute noch als Richtwert verwendet.

Der vom Umweltbundesamt herausgegebene „Leitfaden für die Innenraumlufthygiene in Schulgebäuden“ (Umweltbundesamt 2000) bezieht sich auf einen Richtwert von 0,15 Vol.-%, der nach DIN 1946 Teil 2 für Räume mit raumlufttechnischen Anlagen eingehalten werden soll. Schon ab 0,07 bis 0,08 Vol.-% CO₂ können Klagen über eine unzureichende Raumluftqualität auftreten, bei einem Wert von 0,15 Vol.-% CO₂ geben bereits ca. 35 % der Raumnutzer Unzufriedenheiten mit der Luftqualität an. Bei höheren Konzentrationen ist mit Müdigkeit und Konzentrationsschwäche sowie einer Belästigung durch Körpergerüche zu rechnen.

Zu hohe CO₂-Konzentrationen in 90 % der untersuchten Schulräume

In etwa 90 % der untersuchten Schulräume lagen im Tagesmittel trotz Pausen und stundenweiser Nichtnutzung die gemessenen CO₂-Konzentrationen oberhalb der Pettenkoferzahl. Während des Unterrichtes ergaben sich in allen Fällen Überschreitungen der Pettenkoferzahl und, mit Ausnahme von zwei Räumen, auch der Vorgaben nach DIN 1946, Teil 2.

Die angetroffenen Lüftungsverhältnisse in den Klassenräumen, in denen Kinder dem Unterricht mit Aufmerksamkeit folgen sollen, erfüllen in aller Regel nicht die Anforderungen der Arbeitsstättenverordnung (ArbstättV 2004, BGBl. Nr. 44) nach „ausreichend gesundheitlich zuträglicher Atemluft“.

Im Vergleich werden für Büroräume mittlere CO₂-Konzentrationen im Bereich von 0,06¹ bis 0,08 Vol.-%² angegeben.

CO₂-Konzentrationen über 0,15 Vol.-% würden nach Arbeitsstättenverordnung alter Fassung (ArbstättV 1975) und der übergangsmäßig noch geltenden Arbeitsstättenrichtlinie (Lüftung - ASR 5) zu beanstanden sein. In Überarbeitung dieser Richtlinien wird ein Handlungswert von 0,14 Vol.-% diskutiert, bei dessen Überschreiten Maßnahmen zur Reduzierung des CO₂-Gehaltes durchzuführen sind.

Problemparameter Feinstaub

Die in der Luft enthaltenen Schwebstoffe gelangen im wesentlichen abhängig von ihrer Größe über die Atemwege unterschiedlich weit in den menschlichen Körper, wo sie am Ort ihrer Ablagerung schädigende Auswirkungen haben können.

Der Begriff „Feinstaub“ ist keiner einheitlichen, streng definierten Staubfraktion oder Partikelgröße zugeordnet und sollte daher nur mit erklärenden Zusätzen verwendet werden.

¹ ProKlimA-Studie (2003): Positive und negative Auswirkungen raumlufttechnischer Anlagen auf Gesundheit, Befindlichkeit und Leistungsfähigkeit. Interdisziplinäre Multicenterstudie. Frauenhofer IRB-Verlag, Stuttgart.

² Schlechter, N. et al. (2004): Beurteilung der Raumluftqualität an Büroarbeitsplätzen. Gefahrstoffe - Reinhaltung der Luft, 64 (3), S. 95 - 99.

Von besonderer gesundheitlicher Relevanz sind die Schwebstaubpartikel, die aufgrund ihrer Eigenschaften bis in den alveolären Bereich der Atemwege vordringen können. Der Massenanteil dieser eingeatmeten Partikel wird als alveolengängige Fraktion bezeichnet.

Das *gesundheitsgefährdende Potential einatembarer Schwebstaubpartikel* erfuhr in den letzten Jahren durch zahlreiche Studien verstärkte Anerkennung. Aufgrund welcher pathophysiologischer Wirkungsmechanismen gesundheitsschädigende Effekte durch feine Partikel hervorgerufen werden, ist zum Teil noch Gegenstand aktueller, teils kontroverser toxikologischer Diskussion.

Einen *Zusammenhang zwischen dem Anstieg der Luftbelastung durch atembare Partikel*, die über den Kehlkopf hinaus vordringen (thorakale Partikelfraktion PM 10, PM = particular matter), und *gesundheitlichen Auswirkungen bezüglich Bronchitis und Bronchialasthma* konnte Künzli³ in quantitativer Risikoabschätzung nachweisen.

In epidemiologischen Untersuchungen⁴ ließen sich eindeutige Korrelationen zwischen der Schwebstaubkonzentration in der Umgebungsluft (PM 10, PM 2,5) und Gesundheitseffekten herstellen.

In Bewertung des aktuellen wissenschaftlichen Kenntnisstandes zur gesundheitlichen Wirkung von Partikeln in der Luft wird ausgeführt⁵:

„Langzeit-Exposition gegenüber PM über Jahre oder Jahrzehnte ist mit ernstesten gesundheitlichen Auswirkungen assoziiert. In Hinblick auf die Sterblichkeit gilt dies für die Gesamtmortalität, die kardio-pulmonale und die Lungenkrebsmortalität ebenso wie für die Kindersterblichkeit, woraus sich eine relevante Verkürzung der Lebenserwartung ergibt. Auswirkungen von PM auf die Morbidität wurden für Atemwegssymptome, das Lungenwachstum und die Funktion des Immunsystems gefunden.“

In Bezug auf Kurzzeiteffekte zeigen zahlreiche Studien „signifikante Assoziationen zwischen PM-Exposition und Mortalität und Morbidität. Kardiovaskuläre und respiratorische Erkrankungen sind dabei am wichtigsten. Schon eine kleine Reduktion der PM-assozierten respiratorischen und kardiovaskulären Erkrankungen würde eine große Zahl von Fällen vermeiden.“

In einem Review über Gesundheitseffekte durch Schwebstaub⁶ fasst Schneider die wichtigsten Ergebnisse (WHO, 2003) zusammen:

- Die Evidenz über einen Zusammenhang der Exposition gegenüber Schwebstaub und teilweise schwerwiegender Gesundheitsauswirkungen ist weit stärker als vor wenigen Jahren.
- PM 2.5 ist ein geeigneter Indikator zur Beschreibung der durch PM-Exposition verursachten Effekte, insbesondere in Bezug auf Mortalität sowie Herz- Kreislauferkrankungen.
- Obwohl Feinstaub einen stärkeren Zusammenhang zu gesundheitsschädigenden Auswirkungen zeigt als Grobstaub, gibt es Hinweise, dass auch die grobe Fraktion (PM 10 minus PM 2.5) mit bestimmten Gesundheitsauswirkungen in Verbindung zu bringen ist.
- Bislang konnte keine Schwellenkonzentration abgeleitet werden, unter der keine gesundheitliche Gefährdung anzunehmen ist.

Gesundheitseffekte
durch Schwebstaub
nach WHO-Review

³ Künzli, N. et al. (2001): Quantitative Risikoabschätzung - Luft. In: Handbuch der Umweltmedizin, 22. Erg.-Lfg 7/01, Kap. III - 1.5.2. Ecomed Verlagsgesellschaft, Landsberg.

⁴ Wichmann, H. E. et al. (2002): Gesundheitliche Wirkungen von Feinstaub. Reihe: Fortschritte in der Umweltmedizin. Ecomed Verlagsgesellschaft, Landsberg.

⁵ Arbeitsgruppe „Wirkungen von Feinstaub auf die menschliche Gesundheit“ der KRdL (Kommission Reinhaltung der Luft im VDI) und DIN; Kappos, A. et al. (2003): Bewertung des aktuellen wissenschaftlichen Kenntnisstandes zur gesundheitlichen Wirkung von Partikeln in der Luft. Umweltmedizin in Forschung und Praxis, 8 (5), S. 257 - 278.

⁶ Schneider, J. (2004): Gesundheitseffekte durch Schwebstaub, WHO-Review. Bericht zum Workshop PMx - Quellenidentifizierung am 22./23.01.2004 in Mülheim/Ruhr. Umweltbundesamt, Dessau.

- Bei den Auswirkungen auf die Mortalität handelt es sich nicht (nur) um vorgezogene Sterblichkeit („Harvesting“).
- Es ist davon auszugehen, dass Schwebstaub per se für die Effekte verantwortlich ist.
- Einige Studien zeigen einen Zusammenhang zwischen einer Reduktion der PM-Belastung und einer Abnahme von Gesundheitseffekten.

In Anbetracht der vergleichsweise langen Aufenthaltsdauer der sensiblen Personengruppe Kinder in Innenräumen öffentlicher Einrichtungen wie Kindertagesstätten und Schulen ist eine hohe Belastung der Innenraumluft durch Schwebstaubpartikel von besonderer gesundheitlicher Relevanz.

Die in den untersuchten Schulräumen ermittelten Konzentrationen an alveolengängigem „Feinstaub“ lag mit einem Mittelwert von $60 \mu\text{g}/\text{m}^3$ etwa doppelt so hoch wie in der städtischen Außenluft und in anderen vergleichbaren Berliner Innenräumen (Büroarbeitsplätze und Nichtraucherwohnungen).

Dieser mittlere Gehalt entspricht im Vergleich einer PM 10-Belastung von ca. $100 \mu\text{g}/\text{m}^3$. Die ab Januar 2005 für Außenluft verbindlichen Grenzwerte von $40 \mu\text{g}/\text{m}^3$ im Jahresmittel bzw. $50 \mu\text{g}/\text{m}^3$ PM 10 im Tagesmittel (nicht öfter als 35-mal im Jahr) wurden während des Unterrichtsverlaufes in mehr als 90 % der Klassenräume überschritten.

Belastung der Kinder durch Schwebstaub in den Klassenräumen stellt ein gesundheitliches Risiko dar

Vor dem Hintergrund der Einschätzung von Schwebstaub (PM 2,5 und PM 10) als gesundheitlichen Risikofaktor sind die angetroffenen Verhältnisse dringend verbesserungsbedürftig.

Das gilt um so mehr, da Regelungen, die sich auf die Partikelmasse beziehen, feine und ultrafeine Partikel nicht angemessen bewerten. Neuen Erkenntnissen zufolge sind feine Partikel (Durchmesser $< 2,5 \mu\text{m}$) und ultrafeine Teilchen (Durchmesser $< 0,1 \mu\text{m}$) als Schadstoffe zu betrachten (Umweltbundesamt 2000).

Schwerpunktmessprogramm zu den Problemfeldern Kohlendioxid und Lüftung sowie Feinstaub und Reinigung

Aufgrund dieser in ihrem Ausmaß bislang nicht genügend bekannten Situation wurde im Sinne des vorbeugenden Gesundheitsschutzes das *Schwerpunktmessprogramm in zwei ausgewählten Unterrichtsräumen*, deren Luftqualität nach der Voruntersuchung als eher unterdurchschnittlich einzuschätzen war, fortgesetzt mit einer punktuellen Bearbeitung der Problemfelder Kohlendioxid und Lüftung sowie Feinstaub (incl. Partikelzahlen) und Reinigung mit der *Zielstellung*, in praktikabler Weise und angemessenem Aufwand

- die Lüftung derartig zu verbessern, dass Kindern und Lehrern ausreichend frische Atemluft zur Verfügung steht, deren CO_2 -Konzentration 0,15 Vol-% nicht überschreitet und die sog. Pettenkoferzahl von 0,1 Vol-% CO_2 möglichst erreicht,
- die „Feinstaub“-Belastung auf das Niveau normaler Innenräume bzw. der Außenluft zu senken, um in Klassenräumen während des Unterrichtes Bedingungen zu gewähren, die die Einhaltung der ab 01.01.2005 für Außenluft verbindlichen „Feinstaub“-Begrenzungen von maximal $50 \mu\text{g}/\text{m}^3$ PM 10 ermöglichen.

Dabei sollten aus Gründen gesundheitlicher Vorsorge auch die Partikelzahlen einer näheren Betrachtung unterzogen werden.

Die *Untersuchungen erfolgten im Winterhalbjahr 2003/2004* unter realen Unterrichtsbedingungen jeweils über fünf Wochen (mit mindestens vier Unterrichtstagen pro Woche) nach einem gleichartigen, kontrollierten Protokoll:

1. Woche: Normalbedingungen (Erfassung des Istzustandes)

Keine Einflussnahme auf die in den Klassenräumen normalerweise praktizierte Lüftung und Reinigung. Die Lüftung erfolgte nicht

Untersuchungsprotokoll

Woche	Lüftungsbedingungen	Reinigungsbedingungen
1	normal	normal
2	Stoßlüftung	normal
3	Dauerlüftung	normal
4	normal	nach DIN 77400
5	normal	feuchte Reinigung (täglich)

systematisch, sondern individuell nach dem persönlichen Empfinden von Lehrern und Schülern. Die Reinigung wurde nach dem jeweiligen schulüblichen Reinigungsplan durchgeführt.

2. Woche: Stoßlüftung

Gründliche Lüftung mit Öffnung von Fenstern und Tür vor und nach dem Unterricht sowie in jeder Pause. Während des Unterrichtes wurden die Fenster geschlossen gehalten. In jedem Fall war darauf zu achten, dass durch die Lüftung die CO₂-Konzentration den Wert von 0,10 % deutlich unterschreitet.

3. Woche: Dauerlüftung

Ständige Öffnung von 2 Kippfenstern während des gesamten Unterrichts, gründliche Lüftung vor und nach dem Unterricht.

4. Woche: Reinigung in Anlehnung an DIN 77400

In der im September 2003 veröffentlichten DIN 77400 „Schulgebäude - Anforderungen an die Reinigung“ wird als „Mindestanforderung“ für Klassenräume eine Reinigung 2-mal wöchentlich angegeben:

„Fußboden nicht-textile Bodenbeläge: Entfernen nicht haftender Verschmutzungen 1 x wöchentlich / Entfernen nicht haftender und haftender Verschmutzungen mit vorheriger Grobschmutzentfernung 1 x wöchentlich / Tischoberflächen, Ablagen 2 x wöchentlich“.

Dementsprechend wurden für die untersuchten Klassenräume 2 Reinigungen (jeweils fegen und feucht wischen) veranlasst.

5. Woche: Reinigung feucht (staubbindend)

Tägliches Staub bindendes feuchtes Fegen, gefolgt von üblichem Nasswischen. Es sollte nicht trocken gefegt werden, auch nicht durch Schülerdienste. Es sollte die Staublast und die Möglichkeit der Aufwirbelung als Beitrag zum Schwebstaubgehalt der Luft möglichst gering gehalten werden.

Die Reinigungsbedingungen der 4. und 5. Woche wurden mit den Hausmeistern und Reinigungsmitarbeitern besprochen und im Rahmen der Möglichkeiten hinsichtlich der Durchführung im Zusammenwirken mit den Hausmeistern kontrolliert.

Die Klassenräume entsprachen in ihrer Ausstattung üblichen Standards.

Schule A befindet sich im Bezirk Mitte, am Rande städtisch dichter Bebauung (Spreeufer) und relativ nahe einer sehr verkehrsreichen Straße. Der Klassenraum liegt im 1. Obergeschoss des Neubauflügels der Schule, wobei auch der Altbau nach Entkernung völlig neu hergestellt wurde. Somit kann - auch wenn grundsätzlich die alte Außenfassade erhalten blieb - der gesamte Bau als Neubau eingestuft werden.

Untersuchte Klassenräume von Schulen in den Bezirken Mitte und Pankow

Schule B befindet sich im Bezirk Pankow, in städtisch dichter Bebauung, nahe zweier relativ wenig befahrener Straßen und in der Nähe zu einem S-Bahnhof. Der Klassenraum liegt im 4. Obergeschoss des Altbaugebäudes, vom Treppenhaus durch eine Zwischentür abgegrenzt (vgl. Tabelle 5.1).

Darstellung und Bewertung der Ergebnisse

Kohlendioxid (CO₂) und Lüftung

„Normalbedingungen“

Die „Pettenkoferzahl“ von 0,1 Vol.-% als Richtwert für einen ausreichend gelüfteten Raum wurde in beiden Schulen im Tagesmittel in allen drei Wochen überschritten, in Schule A in der ersten Woche fast während des gesamten Unterrichtszeitraumes, hier überschritten die durchschnittlichen Tageskonzentrationen aus dem Wochenmittel auch die Vorgaben der DIN 1946, Teil 2. In Schule A lagen 75 % und in Schule B etwa 40 % der Messwerte über 0,15 Vol.-%. Die gemessenen CO₂-Konzentra-

Tabelle 5.1:
Charakteristika der auf Luftqualität untersuchten Klassenräume im Schwerpunktmessprogramm in Berlin 2003/2004

Merkmal	Schule A		Schule B	
	Charakteristika	Anmerkungen	Charakteristika	Anmerkungen
Nutzung	ausschließlich Unterricht	auch Musik	Unterricht	Gesangsgruppe 1 x wöchentlich abends
Größe	ca. 69 m ² (8 x 8,6 x 3 m)		ca. 56 m ² (6,1 x 9,2 x 3,9 m)	
Raumvolumen	ca. 206 m ³		ca. 219 m ³	
Lage	Nordost (Fensterfront)	Eckraum	West (Fensterfront)	
Klassenstufe	5		6	
Anzahl der Nutzer/ Nutzerinnen	überwiegend 16 - 18 (Klassenstärke: 18), zeitweise 2 - 6 (Förderunterricht)	je nach Art des Unterrichts zusätzlich 1 Lehrer, 1 Probenehmer	überwiegend 23 - 27 (Klassenstärke: 27), zeitweise weniger, variabel	je nach Art des Unterrichts zusätzlich 1 Lehrer, 1 Probenehmer
Raumvolumen / Fläche	ca. 12 m ³ / Kind ca. 4 m ² / Kind		ca. 9 m ³ / Kind ca. 2,2 m ² / Kind	
Unterrichtsstunden	4 - 7, durchschnittlich 5		4 - 6	teilweise Förderunterricht
Möbiliar	Tafel, Schrank, 4 Regale, 8 Tische		Tafel, Unterschränke, 3 Regale, 18 Tische	
Boden	Linoleum, neu		PVC o. ä., alt	
Türen	2 (Eingang und Notausgang)		1	
Fenster	7 Fensterflügel, Fläche ca. 9 m ²	gut dichtende Thermopfenster	6 Fensterflügel mit Kindersicherung, nur als Kippfenster nutzbar. 6 Oberlichter, davon 2 mit Kippfenstermechanik	Thermopfenster, Fensterfläche ca. 12 m ²
Lüftungsmöglichkeit	2 Fenster (Kipp, Flügel)		6 Fenster (Kipp), 2 Oberlichtfenster (Kipp)	
Reinigung normal	5 x Fegen, 5 x feucht wischen	Fegen durch Schüler nach Unterricht	5 x Fegen, 2 x feucht wischen	kein Fegen durch Schüler
Abstand zur Straße	ca. 50 m	verkehrsreich	ca. 100 m	verkehrsarm
Verkehrsdichte	hoch		gering bis mittel	zusätzlich Flugverkehr
Heizung	Zentralheizung, regelbar		Zentralheizung, regelbar	
Alter des Gebäudes	als Neubau einzustufen		> 100 Jahre	

(Datenquelle: LAGetSi)

tionen ergaben über den betrachteten Zeitraum von drei Wochen einen Tagesmittelwert von 0,20 Vol.-% für Schule A und 0,15 Vol.-% für Schule B.

Stoßlüftung

In Schule A wurden vor und nach dem Unterricht sowie während jeder Pause für ca. 5 Minuten gleichzeitig zwei Fensterflügel und die Eingangstür geöffnet. In Schule B wurden vor und nach dem Unterricht sowie während jeder Pause für ca. 10 Minuten alle verfügbaren Fenster und zwei Oberlichter in Kippstellung (vollständige Fensteröffnung aus Sicherheitsbedenken nicht möglich) sowie die Eingangstür geöffnet. Während dieser Lüftungsphasen konnte der Richtwert nach Pettenkofer deutlich unterschritten werden. Es wurden in Schule A Minimal-Konzentrationen zwischen 0,04 und 0,06 Vol.-% CO₂, in Schule B zwischen 0,05 und 0,06 Vol.-% CO₂ erreicht. Unter diesen Lüftungsbedingungen betrug der durchschnittliche Tagesgehalt (Wochenmittel) 0,13 Vol.-% in Schule A und 0,14 Vol.-% in Schule B.

In Schule A führte Stoßlüftung zu einer erheblichen Verbesserung der Luftqualität. Da die gemessenen Maximalwerte noch immer durchweg über 0,20 Vol.-% lagen und während etwa 1/3 der Unterrichtszeit oberhalb 0,15 Vol.-%, die Pettenkoferzahl hingegen nur während ca. 30 % des Messzeitraums unterschritten wurde, muss die erreichte Luftgüte weiterhin als ungenügend eingestuft werden.

In Schule B führte Stoßlüftung in der beschriebenen Art im Vergleich zu der in diesem Klassenraum angewandten üblichen Lüftungsweise nicht zu erheblicher Verbesserung der Luftqualität. Während etwa 37 % der Unterrichtszeit lagen die CO₂ - Konzentrationen oberhalb von 0,15 Vol.-% im Bereich

ungenügender Luftgüte. Bei der Bewertung dieser Ergebnisse ist zu berücksichtigen, dass der Lüftungsvorgang in Schule B (von niedrigeren Ausgangskonzentrationen unter „Normalbedingungen“ ausgehend) nur über das Öffnen der Fenster in Kippstellung realisiert werden konnte.

Dauerlüftung

Es wurde vor und nach dem Unterricht wie beschrieben stoßgelüftet. Während des gesamten Unterrichtstages einschließlich der Pausen blieb in Schule A ein Kippfenster kontinuierlich geöffnet, in Schule B verblieben die beiden Oberlichtfenster in Kippstellung. Unter diesen Bedingungen betrug der durchschnittliche Tagesgehalt (Wochenmittel) 0,16 Vol.-% CO₂ im Klassenraum der Schule A und 0,12 Vol.-% CO₂ in dem der Schule B.

Die Anfangslüftung ermöglichte in Schule A zwar einen Start in den Tag bei CO₂-Konzentrationen deutlich unterhalb der Pettenkoferzahl von 0,1 Vol.-%, dennoch herrschte während ca. 2/3 der Unterrichtszeit eine ungenügende Luftqualität mit CO₂-Konzentrationen über 0,15 Vol.-%.

Im Klassenraum der Schule B war das Dauerlüftungsverfahren hinsichtlich der CO₂-Belastung am wirksamsten. Der Richtwert nach DIN 1946, Teil 2 wurde im Wochenmittel „nur“ während 16 % der Unterrichtszeit überschritten.

Bei Beurteilung eines Luftgüteindex aus Überschreitungshöhe und -dauer wird deutlich, dass der Maximalwert von 15.000 für eine „gerade noch befriedigende“ Luftqualität unter den Bedingungen der Schule A allein durch Stoßlüftung unterschritten werden konnte, unter den Bedingungen von Schule B nur durch Dauerlüftung. Die individuellen Verhältnisse vor Ort können mithin für die Effektivität eines Lüftungsregimes von erheblicher Bedeutung sein.

„Gerade noch befriedigende“ Luftqualität durch veränderte Lüftungspraxis

Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Hinsichtlich der Konzentrationen des klassischen Leitparameters für die Luftqualität in Innenräumen, dem Kohlendioxid (CO₂), bestätigte sich auch mit dieser Untersuchung der mangelhafte Lüftungszustand in Klassenräumen.

Unter „Normalbedingungen“ der üblichen Lüftungspraxis in den Klassenräumen wird nicht nur der Richtwert nach Pettenkofer (0,1 Vol.-%), sondern auch die gesundheitstechnische Anforderung der DIN 1946 (0,15 Vol.-% CO₂) regelmäßig und über weite Teile der Unterrichtszeit überschritten. *Die angetroffenen Lüftungsverhältnisse* in Klassenräumen entsprechen in aller Regel nicht der Arbeitsstättenverordnung und mithin erst recht nicht den Anforderungen an Schulräume. Häufig sind bereits die Anfangskonzentrationen des Kohlendioxides zu hoch, da nach dem Unterricht fast nie und vor dem Unterricht nur selten gelüftet wird. Auch eine Pausenlüftung findet nur unregelmäßig statt. Die Durchführung von Lüftungsmaßnahmen erfolgt eher zufällig bzw. nach individuellen Gesichtspunkten.

Nur mit an die spezifischen Bedingungen der Schulräume angepassten und in der Praxis durchführbaren Lüftungsplänen besteht eine realistische Aussicht auf Verbesserung des mangelhaften Lüftungszustandes. Es ist dringend anzuraten, nicht nur Empfehlungen wie „...bitte besser lüften...“ auszusprechen, sondern Lüftungsanweisungen mit definierten Zielsetzungen zu erstellen und in geeignete *Schullüftungspläne* umzusetzen. Nach den bisher vorliegenden Erkenntnissen ergeben sich folgende Kernpunkte und Qualitätsziele für eine allgemeine Lüftungsanweisung:

Verbesserung der Luftqualität durch Lüftungsanweisungen mit definierten Zielsetzungen

- Luftaustausch durch Stoßlüftung (Querlüftung) vor und nach dem Unterricht mit dem Ziel, annähernd Außenluftqualität zu erreichen. In der Praxis sollten 0,06 Vol.-% CO₂ erreicht werden.
- Lüftung in jeder Pause durch Stoßlüftung (Querlüftung) mit dem Ziel, annähernd Außenluftqualität zu erreichen. Als Mindestziel sollten 0,08 Vol.-% CO₂ erreicht werden.

- Die Einhaltung des Richtwertes nach Pettenkofer (0,1 Vol.-%) sollte als Ziel definiert werden und während der Unterrichtszeit nicht überwiegend überschritten werden.
- Als praktikablere Mindestanforderung sollte der Wert nach DIN 1946, Teil 2 von 0,15 Vol.-% CO₂ als Handlungswert, bei dessen Überschreiten Lüftungsmaßnahmen zur Reduzierung durchgeführt werden müssen, definiert werden.
- Die Durchführung dieser Maßnahmen kann je nach baulichen Bedingungen, Fensterkonstruktionen, räumlichen Voraussetzungen, Schüleranzahl und Unterrichtsorganisation durchaus individuell unterschiedlich sein und muss die klimatischen Bedingungen sowie Zugerscheinungen berücksichtigen.

Für die Beratung bei der Erstellung spezifischer „Schullüftungspläne“ und der Erfolgskontrolle der durchgeführten Maßnahmen sollten das Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit (LAGeSi) und die Landesmessstelle im Institut für Lebensmittel, Arzneimittel und Tierseuchen (ILAT) des BGGes mit ihren Erfahrungen und Möglichkeiten zur Verfügung stehen.

Feinstaubbelastung und Reinigung

Alveolengängiger Feinstaub nach Johannesburger Konvention

Die Konzentrationen der alveolengängigen Fraktion während der Unterrichtszeit (Tagesmittelwerte) lagen für Schule A zwischen 41 und 89 µg/m³ und für Schule B zwischen 30 und 213 µg/m³. Der durchschnittliche Gehalt des alveolengängigen Staubes nach Johannesburger Konvention über alle Messungen ohne Unterscheidung der verschiedenen Lüftungs- und Reinigungsbedingungen betrug 61 µg/m³ Innenraumluft in Schule A und in Schule B 73 µg/m³ Innenraumluft. Die mittlere innenraumbedingte Zunahme gegenüber der Außenluft lag für Schule A bei 29 µg/m³, für Schule B bei 43 µg/m³.

- Unter „Normalbedingungen“ und unter den Bedingungen der minimierten Reinigungsaktivität nach DIN 77400 war der mittlere innenraumbedingte Beitrag zur Belastung mit alveolengängigem Staub am höchsten, 41 bzw. 40 µg/m³ für Schule A, 39 µg/m³ bzw. 49 µg/m³ für Schule B.
- Bessere Bedingungen wurden prinzipiell in beiden Schulen durch die Lüftungsmaßnahmen in der 2. und 3. Woche erreicht (Schule A: 26 bzw. 29 µg/m³, Schule B: 28 bzw. 32 µg/m³). Messtage mit außergewöhnlicher Belastung der Außenluft mit 90 bzw. 100 µg/m³ wurden nicht berücksichtigt.
- Die mit Abstand geringste Mehrbelastung gegenüber der Außenluft wurde in Schule A mit 10 µg/m³ in der Woche mit der Staub bindenden feuchten Reinigung festgestellt. Demgegenüber zeigte sich für Schule B überraschenderweise die höchste gemessene Mehrbelastung bei diesem Reinigungsregime (65 µg/m³). Auf Nachfrage bei der Reinigungsfirma wurde eingeräumt, dass das Reinigungskonzept nicht eingehalten wurde. Infolgedessen sind die Staubmesswerte dieser Woche nicht aussagekräftig zu bewerten.

Staubbelastung durch regelmäßige Staub bindende Reinigung zu reduzieren

Abgesehen von der Verbesserung der Staubsituation durch Frischluftzufuhr wird deutlich, dass nur durch die regelmäßige Staub bindende Reinigung unabhängig von der Lüftungssituation die zusätzliche Staubbelastung im Klassenraum in der Nähe der Außenluftkonzentrationen gehalten werden konnte.

Die Gehalte des alveolengängigen Feinstaubes (nach Johannesburger Konvention) in der Luft der untersuchten Schulräume und Turnhallen der vorangegangenen „Schulstudie“ lagen in einer Bandbreite von 17 bis 106 µg/m³ und bei einem Mittelwert von 60 µg/m³ auf deutlich erhöhtem Niveau. Parallel durchgeführte Messungen von Außenluft wiesen demgegenüber einen mittleren Gehalt von 25 µg/m³ auf. Diese relativ hohen Belastungen in Klassenräumen wurden durch die jetzigen Untersuchung mit Mittelwerten an alveolärem Feinstaub von 61 µg/m³ (Schule A) und 73 µg/m³ (Schule B) bestätigt. Die zeitgleich untersuchte Außenluft zeigte einen mit 35 bzw. 30 µg/m³ ebenfalls deutlich niedrigeren Gehalt.

Bei Messungen an Berliner Büroarbeitsplätzen als vergleichbaren Arbeitsstätten ergaben unsere Messungen einen Median von $29 \mu\text{g}/\text{m}^3$ alveolengängigem Feinstaub. In der Luft von Nichtraucherwohnungen wurden in den Jahren 1998 und 2000 mittlere Gehalte von 27 bzw. $30 \mu\text{g}/\text{m}^3$ alveolengängigen Feinstaubes gemessen, in Raucherwohnungen (ohne direktes Rauchen während der Messung) 66 bzw. $57 \mu\text{g}/\text{m}^3$. Die Luft in Klassenräumen weist im Vergleich zu anderen Innenräumen (Büros, Wohnungen) sowie auch zur städtischen Außenluft eine ca. doppelt so hohe Belastung mit alveolengängigem Feinstaub auf und ist bezüglich dieser Belastung Raucherwohnungen vergleichbar.

Belastung durch Feinstaub in Schulräumen vergleichbar mit der in Raucherwohnungen

Thorakale Fraktion des Schwebstaubes - PM 10

Die Konzentrationen der PM 10 Fraktion wurden während der Unterrichtszeit (Tagesmittelwerte) in einem Bereich zwischen 67 bis $153 \mu\text{g}/\text{m}^3$ in Schule A und zwischen 56 bis $191 \mu\text{g}/\text{m}^3$ (maximal bei $273 \mu\text{g}/\text{m}^3$ bei extremer Außenbelastung) in Schule B gemessen. Damit wurde während des Unterrichts an allen Messtagen eine mittlere Belastung durch Schwebstaubpartikel der Fraktion PM 10 deutlich über dem 24-Stunden Grenzwert nach der 22. Bundesimmissionsschutz-Verordnung (BImSchV) für Außenluft von $50 \mu\text{g}/\text{m}^3$ gefunden. Der durchschnittliche Gehalt der thorakalen Partikel PM 10 über alle Messungen ohne Unterscheidung verschiedener Lüftungs- und Reinigungsbedingungen betrug in Schule A $100 \mu\text{g}/\text{m}^3$, in Schule B $124 \mu\text{g}/\text{m}^3$. Die mittlere Erhöhung gegenüber Außenluft lag bei $62 \mu\text{g}/\text{m}^3$ in Schule A und bei $86 \mu\text{g}/\text{m}^3$ in Schule B.

- Die höchsten Beiträge zur Staubbelastung durch die Fraktion PM 10 wurden unter Normalbedingungen (Schule A: $92 \mu\text{g}/\text{m}^3$, prozentuale Zunahme 256 %; Schule B $89 \mu\text{g}/\text{m}^3$, prozentuale Zunahme 311 %) und bei reduzierter Reinigungsaktivität nach DIN 77400 gemessen (Schule A: $77 \mu\text{g}/\text{m}^3$, Zunahme 279 %; Schule B: $99 \mu\text{g}/\text{m}^3$, Zunahme 730 % bei sehr niedrigen Außenluftgehalten). Die höchste absolute Zunahme mit $118 \mu\text{g}/\text{m}^3$ (526 %) ergab sich - wie schon bei der alveolengängigen Fraktion ausgeführt - wegen Nichteinhaltung des Reinigungskonzeptes in der nicht bewertbaren 5. Messwoche in der Schule B.
- In der 2. und 3. Woche mit verbesserten Lüftungsbedingungen liegt der Innenraumbeitrag der PM 10 - Fraktion mit etwa $55 \mu\text{g}/\text{m}^3$ (165 %) in Schule A und $57 \mu\text{g}/\text{m}^3$ (254 %) bzw. $75 \mu\text{g}/\text{m}^3$ (160 %) in Schule B immer noch auf hohem Niveau, signalisiert jedoch eine verbesserte Situation (die Daten der Tage mit extrem hoher Außenbelastung wurden nicht berücksichtigt).
- Unter den Bedingungen Staub bindender Reinigung wurde in Schule A ein deutlich geringerer Innenraumbeitrag mit einer relativ moderaten Erhöhung von $24 \mu\text{g}/\text{m}^3$ (45 %) im Wochenmittel beobachtet. Schule B konnte nicht bewertet werden.

Die mittleren Gehalte der der thorakalen Fraktion des Schwebstaubes (PM 10) in der Luft der Schulräume und Turnhallen der vorangegangenen „Schulstudie“ lagen nach Umrechnung aus den Daten der alveolengängigen Fraktion bei ca. $100 \mu\text{g}/\text{m}^3$. Parallel durchgeführte PM 10-Messungen von Außenluft wiesen einen mittleren Gehalt von $32 \mu\text{g}/\text{m}^3$ auf.

Die hohen PM 10-Belastungen in Klassenräumen wurden durch diese Untersuchung mit durchschnittlich $100 \mu\text{g}/\text{m}^3$ (Schule A) und $124 \mu\text{g}/\text{m}^3$ (Schule B) bestätigt. Die zeitgleich untersuchte Außenluft wies einen mit 37 bzw. $30 \mu\text{g}/\text{m}^3$ ebenfalls deutlich niedrigeren Gehalt an PM 10-Staub auf.

Die Jahresmittelwerte des Feinstaubes (PM 10) in der Berliner Außenluft betragen je nach Standort der Messstationen für den städtischen Hintergrund 26 bis $37 \mu\text{g}/\text{m}^3$ (SenStadt 2003). Insgesamt weist die Luft in Klassenräumen im Vergleich zur Außenluft eine ca. dreifach höhere Belastung durch die PM 10-Fraktion des Schwebstaubes auf.

PM 10-Belastung in Klassenräumen dreimal höher als in der Außenluft

Der ab 1. Januar 2005 verbindliche Immissionsgrenzwert für PM 10 in der Außenluft von $40 \mu\text{g}/\text{m}^3$ im Jahresmittel bzw. $50 \mu\text{g}/\text{m}^3$ in 24 Stunden (35-mal/Jahr) wurde in der vorangegangenen „Schulstudie“ in über 90 % der untersuchten Räume mit Messwerten über $50 \mu\text{g}/\text{m}^3$ überschritten. Nach der

jetzigen Studie konnte der BImSchV-Grenzwert unabhängig von Lüftungs- und Reinigungsbedingungen an keinem der Messtage in keiner der beiden Klassenräume eingehalten werden. Lediglich der Grad der Überschreitung konnte durch die Lüftung und den Reinigungsvorgang reduziert werden.

Partikelzahlen / Partikelverteilung

Die *Gesamtzahl der Schwebstaubpartikel* ($> 0,3 \mu\text{m}$) der Raumluft der beiden Klassenräume lag während des Unterrichtes („Tagesmittel“) zwischen 40.000 und 450.000/Liter in Schule A und zwischen 20.000 und 1.200.000/Liter in Schule B. Die größeren Schwankungen der Partikelzahlen in Schule B widerspiegeln stärker schwankende Schwebstaubkonzentrationen der Außenluft mit teils extrem hohen Werten.

- Die höchsten Partikelzahlen wurden in beiden Fällen unter den Bedingungen der Dauerlüftung und die niedrigsten in der Woche mit der geringsten Reinigungsaktivität gemessen.
- Eine Verbesserung ist weder durch intensivierete Lüftung noch verstärkte Reinigung herzustellen.

Haupteinflussfaktor für die Gesamtzahl der Schwebstaubpartikel ist im Bereich der Außenluft zu suchen

Dies legt nahe, dass die Parameter des Innenraumes auf die Gesamtpartikelzahlen nur eine untergeordnete Bedeutung haben und der Haupteinflussfaktor im Bereich der Außenluft zu suchen ist. Eine Betrachtung der Partikelverteilung und entsprechende statistische Korrelationsberechnungen bestätigen diese Vermutung.

- Die Untersuchung der *Partikelverteilung* zeigte, dass der überwiegende Anteil des Schwebstaubes durch sehr feine Partikel mit relativ geringer Masse geprägt ist. 96 % (Schule A) bzw. 93 % (Schule B) aller Partikel entfallen auf die „feinen“ Partikel zwischen $0,3$ und $1,0 \mu\text{m}$. 67 % (Schule A) bzw. 63 % (Schule B) aller gezählten Partikel finden sich allein im Partikelgrößenkanal von $0,3$ bis $0,4 \mu\text{m}$.

Durch enge Korrelation der entsprechenden Messergebnisse in beiden Schulräumen kann geschlossen werden, dass die Partikel im Bereich von 1 bis $10 \mu\text{m}$ für die massenbezogene alveolengängige und thorakale Fraktion die entscheidenden Partikelgrößen sind. Diese Partikel sind überwiegend „innenraumbedingt“ und lassen sich am ehesten durch Lüftung und Reinigung beeinflussen, während die Anzahl sehr feiner Partikel, vorwiegend bis $0,5 \mu\text{m}$, in erster Linie *von der Qualität der Außenluft (Verkehr etc.) abhängt*.

Wegen unzureichender Datenlage noch keine Grenzwerte für feine und ultrafeine Partikel festgelegt

Für eine Bewertung der Anzahlkonzentration feiner Partikel liegen zur Zeit noch keine allgemein gültigen Kriterien vor. Hinsichtlich einer gesundheitsschädlichen Wirkung wird ihnen jedoch steigende Bedeutung zugemessen. Neue Erkenntnisse der Epidemiologie über die Wirkung von Feinstaub und die Bedeutung von Nanopartikeln weisen darauf hin, dass *feine und ultrafeine Partikel als Schadstoffe aufzufassen* sind (Umwelt-

bundesamt 2000). Um Grenzwerte für feine und ultrafeine Partikel in Form einer Begrenzung der Anzahlkonzentration festzulegen, ist die Datenlage zur Zeit noch nicht ausreichend. Die Arbeitsgruppe „Wirkungen von Feinstaub auf die menschliche Gesundheit“ der Kommission Reinhaltung der Luft im VDI und DIN empfiehlt deshalb „gezielt Untersuchungen zu fördern, die eine bessere Einschätzung der Expositionssituation und der gesundheitlichen Bedeutung ultrafeiner Partikel ermöglichen.“

Auch für eine vergleichende Einschätzung liegen gegenwärtig noch keine geeigneten Daten aus typischen Innenräumen vor. Ebenso fehlen Daten von zeitgleich durchgeführten Partikelzählungen in den Klassenräumen und der umgebenden Außenluft, um den Einfluss der Innenraumbedingungen von denen der äußeren Umgebung abgrenzen zu können.

Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Hinsichtlich der Gehalte des alveolengängigen Feinstaubes und der thorakalen Fraktion (PM 10) des Schwebstaubes in der Luft von Klassenräumen bestätigte sich auch in dieser Untersuchung die hohe Belastung durch lungengängige Partikel.

Die Luft in Klassenräumen weist im Vergleich zu anderen Innenräumen (Büros, Wohnungen) sowie auch zur städtischen Außenluft eine *ca. doppelt so hohe Belastung mit alveolengängigem Feinstaub* auf.

Die *PM 10-Fraktion des Schwebstaubes* ist im Vergleich zur Außenluft *ca. dreifach so hoch*. In den beiden jetzt untersuchten Schulen konnte der *Immissionsgrenzwert für die PM 10-Fraktion* von 50 µl/m³ (24 h - Mittel) - unabhängig von den praktizierten Lüftungs- und Reinigungsbedingungen - *an keinem der Messtage eingehalten* werden.

Nach den vorliegenden Daten ist die erhöhte *Schwebstaubbelastung in den Schulen im wesentlichen als ein Problem der Innenräume* zu betrachten und nicht auf die Außenluftsituation zurückzuführen.

Vor dem Hintergrund der *als Risikofaktor erkannten gesundheitlichen Relevanz erhöhter „Feinstaub“-Konzentrationen* sind die angetroffenen *Verhältnisse dringend verbesserungsbedürftig*.

Da bislang keine Schwellenkonzentration abgeleitet werden konnte, unter der keine Gefahr für die Gesundheit besteht, *sollte die „Feinstaub“-Belastung nicht nur im Immissionsbereich, sondern auch im Rahmen des öffentlichen Gesundheitsdienstes gemäß Gesundheitsdienst-Gesetz (GDG) insbesondere für empfindliche Bevölkerungsgruppen (Kinder) soweit wie möglich reduziert* werden.

Es scheint daher dringend geboten, in einem ersten Schritt Ziele zu definieren, die das zusätzliche Risiko einschränken bzw. möglichst minimieren:

- Hinsichtlich der „Feinstaub“-Gehalte sollte sowohl für den *alveolengängigen Staub* als auch die *thorakale Fraktion* (PM 10-Staub) der Zustand der *Außenluft als Zielvorgabe* definiert werden.
- Die allgemeinen „*Lüftungsanweisungen*“ bzw. *Lüftungspläne* (vgl. Abschnitt „Kohlendioxid und Lüftung“ dieses Schwerpunktes) *sind einzuhalten*, um durch Frischluftzufuhr bereits eine Senkung der „Feinstaub“-Belastung zu erwirken.
- Die *Staublast* in Klassenräumen sollte *durch angepasste Reinigungsstrategien und -verfahren* verringert, nach Möglichkeit *minimiert* werden:
 - keine Reinigungstätigkeiten von Schülern in Form von trockenem Fegen zur Verringerung der Staublast durch Vermeidung von Aufwirbelungen,
 - tägliche Reinigung mit staubbindenden Verfahren (nur feuchte Reinigungsschritte oder saugende Verfahren mit entsprechender Abluftfilterung),
 - Verringerung des „Schmutzeintrages“ von außen durch möglichst frühzeitiges Abscheiden bereits im Eingangsbereich.
- Eine *Verringerung der Reinigungsaktivitäten in den Schulen* auf die Mindestanforderungen der DIN 77400 („Schulgebäude - Anforderungen an die Reinigung“), wie gegenwärtig vor allem als Einsparmaßnahme diskutiert, beinhaltet nach gegenwärtigem Wissensstand *das Risiko eines erhöhten Innenraumbeitrages zur Schwebstaubbelastung*, deren gesundheitsschädigende Wirkung nicht ausgeschlossen werden kann.
- Da das Erreichen der Zielvorgabe „Außenluftqualität“ in Klassenräumen ein anzustrebendes Kriterium, aber nach den bisherigen Untersuchungen in der Praxis nicht in vollem Umfang umsetzbar ist, sollten *vorläufige Richtwerte bzw. Toleranzen zur Außenluftbelastung im Sinne eines pragmatischen Minimierungskonzeptes* erstellt werden. Hier bieten die Ergebnisse dieser Untersuchungen eine erste Ansatzmöglichkeit.

Zur Minimierung der Staubbelastung in Klassenräumen sollten Zielvorgaben festgelegt werden

Die Untersuchung der *Partikelgrößenverteilung* in der Luft von Klassenräumen zeigte die zahlenmäßige Dominanz der feinen Partikel unter 1,0 µm insbesondere der Fraktionen von 0,3 bis 0,5 µm. *Die Anzahl dieser sehr feinen Partikel ist auch im Innenraum nach den bisherigen Ergebnissen weitgehend abhängig vom Zustand der Außenluft.*

Für Partikelgrößen ab 0,5 µm, insbesondere für den Bereich von 1,0 bis 10 µm, ließ sich eine statistisch signifikante Korrelation zum alveolengängigen „Feinstaub“ und der PM 10-Fraktion und damit eine „innenraumbedingte“ Abhängigkeit nachweisen.

Für eine Bewertung der Anzahlkonzentration feiner Partikel liegen zur Zeit noch keine allgemein gültigen Kriterien vor. Zur Festlegung möglicher Grenz- oder Richtwerte ist die Datenlage noch unzureichend. Nach Empfehlungen der Arbeitsgruppe „Wirkungen von Feinstaub auf die menschliche Gesundheit“ der Kommission Reinhaltung der Luft im VDI und DIN sind zur ausreichenden Einschätzung der Expositionssituation und der gesundheitlichen Bedeutung feiner und ultrafeiner Partikel weitere vertiefende Untersuchungen erforderlich.

Unter dem Gesichtspunkt des *vorbeugenden Gesundheitsschutzes* und vor dem Hintergrund der *besonderen Schutzbedürftigkeit von Kindern*, die täglich mehrere Stunden in Schulräumen als ihrer „Arbeitsstätte“ verbringen müssen, sollten unabhängig vertiefter Untersuchungen *zumindest die Partikel minimiert werden, die durch Maßnahmen zur Verbesserung der Innenraumluftqualität (Lüftung und Reinigung) im Zusammenhang mit den Schwebstaubfraktionen beeinflusst werden können.*

In zwei mit der Landesmessstelle gemeinsam durchgeführten Veranstaltungen informierte das LAGetSi die zuständigen Gesundheits- und Schulbehörden umfassend über die Ergebnisse der Untersuchungen und vermittelte den *dringenden Handlungsbedarf*.

Im April 2005 organisierten LAGetSi und BBGes ein *Arbeitsforum „Gesunder Tisch - Schulluft“*, zu dem namentlich die zuständigen Vertreter/innen der Schul- und Gesundheitsbehörden eingeladen waren, außerdem Vertreter/innen der Unfallkasse - Abt. Prävention, des Arbeitsmedizinischen Dienstes (AMZV), der Senatsverwaltung für Finanzen, des Gesamtpersonalrates - allgemein bildende Schulen sowie Fachjournalisten ausgewählter Berliner Tageszeitungen. Eine „Zusammenfassung der Ergebnisse und Schlussfolgerungen“ beider Untersuchungsprogramme sowie ein vom BBGes als Tischvorlage erstelltes Arbeitspapier „Vorschläge zur Verbesserung der Innenraumluftqualität und Verminderung gesundheitlicher Risiken in Schulen“ ergänzten die problemorientierten Kurzvorträge und bildeten fundierte Grundlagen zur Diskussion und Meinungsbildung.

Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport hat aufgrund der vorgestellten Ergebnisse den grundsätzlichen Handlungsbedarf eingeräumt und im September 2005 in einem Rundschreiben an alle Schulleiter, die Schulaufsicht und die zuständigen Bezirksstadträte über die Feinstaubproblematik informiert sowie Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der Raumluftqualität in den Schulen gegeben.

5.1.2 Gesundheitsschädliche Verunreinigungen der Außenluft

Beurteilung und Kontrolle der Luftqualität EU-weit einheitlich festgelegt

Die Europäischen Richtlinien zum Schutz vor schädlichen Luftverunreinigungen, ausführlich beschrieben in den Basisberichten 2002 (Kapitel 5, Gesundheitsschädliche Luftverunreinigungen) und 2003/2004 (Schwerpunkt 5.1.2) sind mit der Novellierung der 22. Bundesimmissionschutz-Verordnung (22. BImSchV) über Immissionsgrenzwerte für Schwefeldioxid, Stickstoffdioxid, Schwebstaub sowie Partikel-PM 10, Benzol, Kohlenmonoxid und Blei am 11.09.2002, geändert am 13.07.2004 und der 33. BImSchV über Immissionsgrenzwerte für Ozon zur Vermeidung von Sommersmog, Versauerung und Nährstoffeinträgen am 13.07.2004 in nationales Recht überführt worden. Damit wurde für diese Schadstoffe die Grundlage für eine einheitliche Beurteilung und Kontrolle der Luftqualität in allen Städten der Europäischen Union geschaffen.

Wie viele deutsche und europäische Großstädte steht auch *Berlin bezüglich der Einhaltung der strengen Grenzwerte ab 01.01.2005 vor einer Herausforderung*. Wird eine unzulässig hohe Luftbelastung festgestellt, ist ein Luftreinhalteplan zu erstellen.

Da mit der Umsetzung der Luftreinhalteplanung in den Jahren 1994 bis 2000 bereits erhebliche Emissionsminderungen in der Industrie sowie im Hausheizungs- und Verkehrsbereich erzielt worden sind, ist die Belastung der Berliner Luft mit den Schadstoffen Schwefeldioxid, Kohlenmonoxid und Benzol schon seit Jahren kein Problem mehr. Die Immissionsgrenzwerte für diese Schadstoffe werden überall in Berlin eingehalten bzw. teilweise weit unterschritten. Die Daten hierfür liefert das automatische *Berliner Luftgüte-Messnetz (Blume)* der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung. Die Standorte der Messstationen sowie die gesundheitlich relevanten Kenngrößen der „klassischen“ Luftschadstoffe sind in den Tabellen 5.2.1 - 5.2.5 aufgeführt.

Belastung durch Schwefeldioxid, Kohlenmonoxid und Benzol in Berlin seit Jahren kein Problem mehr

Durch Verbesserung der Abgastechnik und den Einsatz von erdgasbetriebenen Fahrzeugen in den zurückliegenden Jahren ist es auch gelungen, die *kanzerogenen Dieselrußimmissionen* in den vergangenen sechs Jahren *um etwa 40 % zu reduzieren*. Gemessen an der PM 10-Belastung ist die Wirkung allerdings eher gering, da die Auspuffemissionen von Dieselfahrzeugen weniger als 20 % der PM 10-Feinstaub-Gesamtkonzentration ausmachen.

Verbesserung der Fahrzeugflotte in Berlin

1.000 von 1.400 Linienbussen der BVG und 150 Fahrzeuge der Polizei sind mit Rußfiltern ausgestattet. 1.850 Fahrzeuge fahren mit Erdgas, darunter etwa 800 Taxen, 80 Fahrschulfahrzeuge, 54 Müllfahrzeuge der BSR, 9 Busse von Privatunternehmen, 212 Fahrzeuge der GASAG.

Mit dem Förderprogramm „TUT - Tausend Umwelt-Taxi für Berlin“ wird die Anzahl der erdgasbetriebenen Taxi und Fahrschulfahrzeuge in nächster Zeit auf 1.100 Fahrzeuge ansteigen.

TUT ist ein gemeinsames Projekt des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen sowie der Gaswirtschaft. Es wird unterstützt von dem Berliner Taxigewerbe, den Automobilherstellern, dem Automobilhandel sowie den Tankstellengesellschaften.

Im Rahmen des von der EU und dem Senat geförderten Mehrstädte-Programms „TELLUS“ (Transport and Environment alliance for Urban Sustainability) werden in Berlin Nutzfahrzeuge mit Erdgasantrieb, die für die Güterverteilung im Stadtgebiet eingesetzt werden, finanziell gefördert.

Ziel der Europäischen Kommission ist es, *bis zum Jahr 2020 etwa 20 % der herkömmlichen Kraftstoffe* durch die Nutzung von Alternativen *zu ersetzen*.

Feinstaub, Stickstoffdioxid und Ozon

Als Problemfelder der Luftreinhaltung in Berlin bleiben Feinstaub (gemessen als PM 10), Stickstoffdioxid und Ozon.

Feinstaub-PM 10

Die Feinstaubbelastung war 2003 höher als in den zurückliegenden Jahren. Es ist zu beobachten, dass nicht nur an Verkehrsmessstellen Überschreitungen des 24-Stunden-Grenzwertes von 50 µg/m³ auftraten, sondern erstmals auch an allen Wohngebietsstationen, in den Bezirken Mitte und Pankow sogar an 69 Tagen. An der Stadtautobahn mussten an 117 Tagen Überschreitungen registriert werden.

Vor allem die Monate Januar bis April fielen durch erhöhte Feinstaubkonzentrationen auf. Als Gründe für die höheren Belastungen kommen ungünstige Wetterlagen in Betracht, denn diese Monate waren

durch einen hohen Anteil von Hochdruckwetterlagen und einen überdurchschnittlichen Anteil von östlichen bis südöstlichen Windrichtungen gekennzeichnet.

PM 10-Grenzwerte
2004 unzulässig häufig
überschritten

Die Messwerte aus dem Jahr 2004 zeigen im Vergleich zu 2003 eine deutliche Minimierung der PM 10-Belastung. Der Jahresmittel-Grenzwert von $40 \mu\text{g}/\text{m}^3$ konnte an allen Wohngebiets- und Verkehrsmessstationen der Stadt eingehalten werden. Auch hinsichtlich des 24-Stunden-Grenzwertes hat die Häufigkeit der Überschreitungen 2004 im Vergleich zu den Werten der Jahre 2002/2003 deutlich abgenommen. Allerdings wurde auch 2004 der Grenzwert an den drei Straßenmessstellen unzulässig häufig überschritten. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung ist deshalb verpflichtet, einen Luftreinhalteplan mit Maßnahmenvorschlägen aufzustellen, die zu einer nachhaltigen Verbesserung der Immissionssituation beitragen müssen.

Aktuelle Daten der WHO zu Gesundheitsgefahren durch Feinstaub:

- Erhöhung des Atemtodrisikos bei Kleinkindern von unter einem Jahr, Ursache für Husten und Bronchitis insgesamt bei Kindern,
- Verminderte Lungenfunktion bei Kindern und Erwachsenen,
- Verkürzung der Lebenserwartung hauptsächlich durch Herz-Lungen-Erkrankungen und möglicherweise von Lungenkrebs.

Die Europäische Union hat daher eine weitere *Verschärfung der Grenzwerte für Feinstaub-PM 10 im Jahre 2010* festgesetzt: Der Jahresmittelgrenzwert wird auf $20 \mu\text{g}/\text{m}^3$ halbiert und der 24-Stunden-Grenzwert darf nicht häufiger als 7-mal im Jahr überschritten werden (bis dahin 35-mal).

Seit 1998 ist die Ermittlung des Feinstaubes-PM 10 im Luftgüte-Messprogramm der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung integriert. Bereits im Jahre 2000 wurden Untersuchungen zur Ermittlung der *Herkunft der Feinstaub-PM10-Belastung und der Verursacheranteile* in Auftrag gegeben:

- lokaler Verkehr 26 % (11 % aus dem Auspuff, 15 % aus Abrieb von Fahrbahnoberflächen, Reifen und Bremsen, Aufwirbelung von Straßenstaub),
- Quellen im übrigen Stadtgebiet 27 % (Industrie, Hausheizung, Staub auf Baustellen, biologisches Material),
- überregionaler Ferntransport 47 % (Industrie, Verkehr, Kraftwerke, Hausheizung, Landwirtschaft, biologisches Material).

Da der Feinstaub sich über weite Strecken - also auch grenzüberschreitend - ausbreitet, stammt ein erheblicher Teil der Konzentrationen aus den Emissionen anderer Länder. Knapp die Hälfte der *PM 10-Belastung in Berlin, nämlich 47 %*, sind nicht „hausgemacht“, sondern *stammen aus o. g. Quellen des Umlandes*. Daraus resultiert, dass die Feinstaubsituation in Berlin nicht allein ein lokales Verkehrsproblem darstellt.

Mit dem Inkrafttreten der neuen - strengeren - Grenzwerte ist die Luftreinhalteplanung, insbesondere im Hinblick auf das Problem der Feinstäube-PM 10, verstärkt in das Interesse der Bevölkerung gerückt.

Verbesserung der
Luftgüte durch Luft-
reinhalte- und Akti-
onsplan für den Zeit-
raum 2005 bis 2010

In dem von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung vorgelegten Luftreinhalte- und Aktionsplan für den Zeitraum 2005 bis 2010 werden in einer komplexen Herangehensweise die *Feinstaubproblematik umfassend analysiert und realistische Lösungswege zu einer nachhaltigen Verbesserung der Luftgüte* vorgegeben. Die Verminderung der langfristigen Feinstaubkonzentrationen und -belastung hat dabei Priorität.

Aus fachlicher Sicht werden die *Maßnahmenvorschläge*, u. a. die Option, das Befahren der Innenstadt ab 2008 nur noch Dieselfahrzeugen mit Rußfiltern zu gestatten, von der Gesundheitsverwaltung

besonders unterstützt. Damit wären auch die von außen einfahrenden (Fremd-)Fahrzeuge erfasst und nicht nur ein Teil der in Berlin zugelassenen. Kurzfristige Einzelmaßnahmen, wie lokale Verkehrsbeschränkungen, sind dagegen wenig geeignet, die Luftgüte im gesamten Stadtgebiet nachhaltig zu verbessern. Auch die Umsetzung der Maßnahmen im „Stadtentwicklungsprogramm Verkehr (StEP Verkehr)“, über die im Basisbericht 2002 auf Seite 117 informiert wurde, können die Zielstellung der Luftschadstoffminderung wirksam unterstützen. Die dort vorgeschlagenen Maßnahmen wirken grundsätzlich nicht kurzfristig, sondern mittel- und langfristig.

Stickstoffdioxid NO_2

Die NO_2 -Belastung 2004 zeigt im Vergleich zu den Daten von 2003 einen leichten Rückgang der städtischen Hintergrundbelastung, während der Verkehrsbeitrag trotz Verbesserungen der Abgasminderungstechnik an Berliner Fahrzeugen im Wesentlichen unverändert sehr hoch ist. Der Jahresmittelgrenzwert von $40 \mu g/m^3$, der ab 2010 nicht mehr überschritten werden darf, konnte an allen Verkehrsmessstationen *nicht eingehalten* werden, wobei für die Schildhornstraße seit 2001 mit 55 und $59 \mu g/m^3$ die höchsten Konzentrationen vorliegen. Hauptverursacher sind die Dieselfahrzeuge, zu etwa 80 % schwere Lkw. Die NO_2 -Belastung ist dennoch kein lokales Problem, das durch den Senat im Alleingang zu lösen wäre. Vielmehr müssen im Rahmen der europäischen Abgasvorschriften Abgasgrenzwerte festgelegt werden, die europaweit zu einer tatsächlichen Minderung der NO_2 -Konzentrationen in der Praxis führen.

Verkehrsbeitrag
zur NO_2 -Belastung
unverändert hoch

Ozon

Die Bildung von Ozon ist ein großräumiges Problem und muss (weiterhin) im nationalen und europäischen Rahmen gelöst werden. Nach reichlich einem Jahrzehnt rückläufiger Ozonspitzenwerte in der Bundesrepublik gab es im Jahre 2003 *mehr Ozon-Schwellenwert-Überschreitungen*. Als Grund hierfür wird die extrem hohe Hitze angegeben. Der von der WHO vorgeschlagene und in der 33. BImSchV festgesetzte Grenzwert zum Schutz der menschlichen Gesundheit von $120 \mu g/m^3$ Ozon als Acht-Stunden-Mittel wurde an den Stadtrandmessstellen in Berlin an bis zu 46 Tagen überschritten. Der EU-Zielwert sieht maximal 20 Überschreitungstage im Jahre 2010 vor. Um Gesundheitsgefahren zukünftig auszuschließen, ist europaweit eine weitere Verringerung des Ausstoßes der Ozon-Vorläufer-substanzen erforderlich.

5.1.3 Umweltbedingte Lärmbelastung

Auf Grund der beachtlichen städtebaulichen Verdichtung und der daraus resultierenden Nutzungsintensivierung bzw. Nutzungsüberlagerung ist der Lärm in Berlin zu einem ständigen Bestandteil des täglichen Lebens geworden.

Die unterschiedlichen Nutzungen auf engem Raum wie Wohnen, Arbeiten und Verkehr führen nahezu zwangsläufig zu Konflikten über die Lärm-Zumutbarkeit bzw. -Unzumutbarkeit. Der *Kraftfahrzeugverkehr* stellt dabei nach wie vor den *Hauptverursacher* dar.

Über das Ausmaß der von Verkehrslärm betroffenen Bevölkerung und die möglichen gesundheitlichen Wirkungen wurde im Basisbericht 2003/2004 (Schwerpunkt 5.1.3) ausführlich berichtet. Aus der jüngsten Ausgabe der von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung vorgelegten Verkehrslärmkarte von 2005 geht leider eine weitere Verschlechterung der Lärmsituation insbesondere in den Nachtstunden hervor. So sind etwa 85 % der an Hauptverkehrsstraßen Wohnenden nachts Pegeln von mehr als 55 dB(A) ausgesetzt. Das sind im Vergleich mit der Verkehrslärmkarte aus dem Jahre 2002 etwa 5 % mehr Betroffene.

Verschlechterung
der Lärmsituation
insbesondere in den
Nachtstunden

Diese Zahlen belegen den notwendigen *Handlungsbedarf zur Lärminderung*, denn nächtliche Schlafstörungen können in besonderem Maße zu Belastungen des Herz-Kreislauf-Systems führen.

Lärminderungsplanung für Berlin

Lärminderungspläne werden zunächst für Mitte und die Altstadt Köpenick erstellt

Der Senat hat zunächst für zwei Bereiche mit hohem Handlungsbedarf - Mitte und Altstadt Köpenick - die Erstellung von zwei Lärminderungsplänen in Auftrag gegeben. Den Schwerpunkt bildet die Entwicklung von konkreten Handlungskonzepten unter Berücksichtigung der stadt- und verkehrsplanerischen Aspekte, die rasch zu einer spürbaren Verbesserung der Wohnqualität und des Lebensumfeldes im öffentlichen Raum beitragen müssen.

Auch die vorstehend (vgl. Schwerpunkt 5.1.2) beschriebenen Maßnahmen und Projekte zur Verbesserung der Fahrzeugflotte in Berlin leisten hierzu durch Minimierung der Lärmemissionen bei den Berliner Fahrzeugen einen Beitrag.

Das im Basisbericht 2003/2004 angekündigte und in Schwerpunkten dargestellte Landes-Immissionsschutzgesetz befindet sich noch immer im Rechtssetzungsprozess.

Umgebungsärm reduzieren - Umsetzung der EG-Richtlinie 2002/49 EG in nationales Recht

Das Gesetz zur Umsetzung der EG-Richtlinie 2002/49 EG über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungsärm ist am 30. Juni 2005 in Kraft getreten. Nun müssen noch die Verordnungen zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes, nämlich die Verordnung über die strategische Lärmkartierung und die Verordnung über Lärmaktionspläne, verabschiedet werden.

Für alle Hauptverkehrsstraßen, Haupteisenbahnstrecken und Hauptverkehrsflughäfen sowie in Ballungsräumen auch für sonstige *Hauptärmquellen müssen zukünftig Lärmkarten erstellt* und die Bevölkerung über die Lärmbelastung informiert werden. Die Ergebnisse sollen zugleich auf EU-Ebene eine Grundlage für die Einführung von Gemeinschaftsmaßnahmen zur Lärminderung bei den Hauptärmquellen (Straßen- und Schienenfahrzeuge, Flugzeuge, Geräte und Industrieausrüstung) darstellen.

Mit der Erstellung der Lärminderungspläne für Berlin Mitte und die Altstadt Köpenick kommt die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung bereits den Verpflichtungen des Gesetzes nach.

5.1.4 Elektromagnetische Felder

Die Frage, ob Mobilfunksendestationen für die in ihrer Umgebung wohnenden Menschen gesundheitliche Risiken mit sich bringen, ist neben Fragen zur Bedeutung der Nutzung von Handys für die Gesundheit und zur Belastung von Personen, die sich in der Nähe von Hochspannungsleitungen aufhalten, gegenwärtig Hauptthema der Diskussion um die Bewertung elektromagnetischer Felder und ein entsprechender Schwerpunkt in der internationalen Forschung.

Der Stand der international geführten Diskussion über Grenzwertsetzungen und über die Interpretation von Studienergebnissen wurde im Basisbericht 2003/2004 dargestellt.

Auch in Berlin beziehen sich Bürgeranfragen immer wieder auf Besorgnisse, die durch die unmittelbare Nähe von Mobilfunksendeanlagen zu Wohnungen, Kitas und Schulen entstehen. Zur Klärung dieser Fragen können die *Ergebnisse der im Folgenden beschriebenen Studie* beitragen:

Im Frühjahr 2004 wurden unter dem Namen „EMF-Messprojekt Berlin“ durch das EM-Institut Regensburg umfangreiche Untersuchungen in der Umgebung von GSM- und UMTS-Mobilfunksendeanlagen im Stadtgebiet von Berlin durchgeführt. Dabei war es nicht die Aufgabe der Messaktion, die durchschnittliche Immission der Bürger Berlins bezüglich hochfrequenter Felder zu bestimmen, sondern

es war Ziel des Projektes, *Immissionsmessungen an Orten in unmittelbarer Umgebung von Mobilfunksendeanlagen* (Abstand bis zu 150 m) durchzuführen. Die Messungen erfolgten also bewusst in Bereichen, in denen mit überdurchschnittlich hohen Immissionen zu rechnen war.

Dazu legte die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung gemeinsam mit den Bezirksämtern insgesamt 25 Messorte fest, an denen Messungen an insgesamt 55 Punkten durchgeführt wurden. An 7 Messpunkten fanden Langzeitmessungen von bis zu 7 Tagen statt.

Im Ergebnis der Untersuchungen zeigten sich Immissionswerte, die im Durchschnitt etwa 4,8 % vom Grenzwert betragen. An drei von 55 Messpunkten wurden Immissionen von mehr als 10 % vom Grenzwert ermittelt (Maximalwert 15,6 %). Der Wert von durchschnittlich 4,8 % ist ausdrücklich nicht als repräsentativ für das Berliner Stadtgebiet anzusehen, da sich die Messpunkte, wie schon erläutert, in der unmittelbaren Umgebung von Sendeanlagen befanden. Im Mittel wird in Berlin eine deutlich geringere Immission durch Mobilfunk auftreten.

Immissionswerte in der Nähe von Mobilfunksendeanlagen betragen im Mittel 4,8 % des Grenzwertes

Weiterhin konnte gezeigt werden, dass die alleinige Betrachtung des horizontalen Abstandes zwischen Sendeanlage und Messpunkt kein geeignetes Kriterium zur Beurteilung der Immissionsgröße ist. Erwartungsgemäß spielt dabei der Vertikalwinkel, unter dem der Messpunkt von der Antenne der Anlage aus gesehen wird, eine ebenso wichtige Rolle.

Von Anwohnern wird oft auch die *Anzahl der in der Umgebung installierten Sendeanlagen* für die Bewertung der Größe der Immissionen genannt und eine größere Zahl von Antennen mit einer hohen Belastung gleichgesetzt. Die Messergebnisse konnten einen solchen Zusammenhang nicht belegen.

Die Ergebnisse des Projektes unterstützen die Senatsverwaltungen und die Bezirksämter bei der Beantwortung häufig gestellter Bevölkerungsanfragen bezüglich der Größenordnung und der räumlichen Verteilung von Immissionen durch Mobilfunksender.

5.1.5 Trinkwasserschutzzonen

Die mit Inkrafttreten der neuen Trinkwasserverordnung (TrinkwV 2001) sowie der Ausführungsvorschriften zur Durchführung der Trinkwasserverordnung (AVTrinkwV) am 1. Januar 2003 festgelegte *Neuregelung der Überwachung der Trinkwasserschutzzonen* wurde im Basisbericht 2003/2004 (Schwerpunkt 6.1.13) dargestellt.

Die Kontrolle der Trinkwasserschutzzonen findet in Abstimmung mit den Berliner Wasserbetrieben (BWB) durch örtliche Schutzzonenkommissionen statt. In gemeinsamen Beratungen der Kommissionen werden dabei Festlegungen zur Durchsetzung der Schutzzonenverordnungen erarbeitet. Erwartungsgemäß unterscheiden sich die behandelten Probleme nach den örtlichen Gegebenheiten. Sie betreffen insbesondere Müllablagerungen, Munitionsbergung, Altlastensanierung, nicht angemeldete Baumaßnahmen bzw. Baustelleneinrichtungen, fehlende Toiletten an Badestellen, Beschilderung der Schutzzonen, Tierhaltung, Parkprobleme und die Abwasserentsorgung, wobei sowohl das Parken auf unbefestigtem Boden in den Schutzzonen als auch die Frage einer ordnungsgemäßen Abwasserbeseitigung als Hauptprobleme einzuschätzen sind. Bei Bedarf werden im Verlauf des Jahres ggf. Ortstermine zur Klärung von Problemfällen durchgeführt.

Die Erfahrung der letzten drei Jahre zeigte, dass durch die Einrichtung der Schutzzonenkommissionen für jedes einzelne Wasserwerk und die dadurch ermöglichte enge Zusammenarbeit der zuständigen Behörden in vielen Bereichen bereits eine deutliche Verbesserung der Situation in den Schutzzonen erreicht werden konnte.

Verbesserung der Situation in den Schutzzonen durch Neuregelung erreicht

5.1.6 Schadstoffe in Lebensmitteln

Rückstände von Pflanzenschutzmitteln in und auf Lebensmitteln

Pflanzenschutzmittel sind Stoffe, die Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse während der landwirtschaftlichen Produktion und bei der Lagerung vor Schadorganismen und Krankheiten schützen sollen. Am häufigsten werden Mittel gegen Insekten (Insektizide), gegen Pilzkrankungen (Fungizide) und gegen Unkräuter (Herbizide) verwendet.

Pflanzenschutzmittel dürfen nur vertrieben und angewendet werden, wenn sie zugelassen sind.

Im *Pflanzenschutzgesetz* werden hohe Anforderungen an die Zulassung und die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln gestellt. Hierbei soll ein ausreichender Schutz der Pflanzen bei Vermeidung schädlicher Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt erreicht werden.

Für Rückstände von Pflanzenschutzmitteln in/auf Lebensmitteln sind Höchstmengen verbindlich in der *Rückstands-Höchstmengenverordnung* festgeschrieben.

Im Rahmen der *amtlichen Lebensmittelüberwachung* wird die Einhaltung dieser Höchstmengen regelmäßig überprüft. Hierbei ist festzustellen, dass durch die wesentlich *verbesserte Analysetechnik* routinemäßig ein breites Stoffspektrum erfasst wird und auch kleinste Spuren nachgewiesen werden können. Auf Grund dieser Nachweismöglichkeiten entsteht mitunter der Eindruck einer Zunahme der Belastung der Lebensmittel mit Pflanzenschutzmittelrückständen.

6 % der Obst- und Gemüseproben wegen zu hoher Pflanzenschutzmittelrückstände beanstandet

Im Jahr 2004 wurden im Berliner Betrieb für Zentrale Gesundheitliche Aufgaben (BBGes), Institut für Lebensmittel, Arzneimittel und Tierseuchen (ILAT) ca. 480 Obst- und Gemüseproben auf Pflanzenschutzmittelrückstände überprüft. Davon wurden 30 Proben wegen *Höchstmengenüberschreitung* beanstandet, dies entspricht 6,25 %. Detaillierte Angaben sind Tabelle 5.2.9 zu entnehmen.

Bei den Beanstandungen muss berücksichtigt werden, dass für in Deutschland nicht zugelassene und in der EU noch nicht einheitlich geregelte Wirkstoffe im Sinne eines vorbeugenden Gesundheitsschutzes nach der Rückstands-Höchstmengenverordnung überwiegend eine Höchstmenge von 0,01 mg/kg festgelegt ist. In den Herkunftsländern können diese Wirkstoffe jedoch zugelassen und auf Grund der toxikologischen Rückstandsbewertung auch höhere Höchstmengen erlaubt sein.

Eine *Höchstmengenüberschreitung* bedeutet deshalb nicht unbedingt eine gesundheitliche Gefährdung. Sie kann auch ein Hinweis auf einen Verstoß gegen die gute landwirtschaftliche Praxis sein bzw. in dem Herkunftsland den dortigen Regelungen entsprechen.

Vereinheitlichung der in EU-Ländern zulässigen Rückstandshöchstgehalte durch Verordnung geregelt

2005 wurde die Verordnung (EG) Nr. 396/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates über Höchstgehalte an Pestizidrückständen in oder auf Lebens- und Futtermittel pflanzlichen und tierischen Ursprungs und zur Änderung der Richtlinie 91/414/EWG des Rates verabschiedet. Mit dieser Verordnung werden die Höchstmengenregelungen innerhalb der EU schrittweise harmonisiert. Besonders zu begrüßen ist, dass mit der Verordnung in allen Mitgliedstaaten für nicht zugelassene Wirkstoffe eine allgemeine Höchstmenge von 0,01 mg/kg festgeschrieben ist und durch die anstehende Harmonisierung einheitliche Rückstandshöchstgehalte gelten werden.

Untersuchungsprogramm „Rückstände in Fischen aus Berliner Gewässern“

Seit 1995 werden *Fische aus fischereigewerblich genutzten Berliner Gewässern* im Rahmen der amtlichen Lebensmittelüberwachung insbesondere auf Rückstände, Schadstoffe sowie Schwermetalle untersucht.

Noch bei der Auswertung der Ergebnisse aus den Jahren 1995 bis 2001 zeigte sich, dass Rückstandshöchstmengensüberschreitungen bei Aalen (insbesondere DDT, PCBs) festzustellen waren und sich bei den übrigen Fischen diesbezüglich kein Grund zur Beanstandung ergab.

Im zurückliegenden Jahr 2004 hingegen waren weder Aale noch sonstige Fische aufgrund der Untersuchungen auf DDT oder PCB zu beanstanden. Auch die Untersuchungen auf *Moschusverbindungen* und *Schwermetalle* führten jeweils zu keiner Beanstandung.

Bei den Untersuchungen auf *Organozinnverbindungen*, *TNT*, die seit 2003 im Rahmen entsprechender Untersuchungen nach dem Monitoring-Untersuchungsplan erfolgt sind, wurden vereinzelt erhöhte Werte bei Zander und Plötze festgestellt. Da Untersuchungen auf TNT bereits im Monitoring-Untersuchungsplan vorgesehen sind, wurden die Untersuchungen von Fischen auf TNT im Rahmen des Untersuchungsprogramms „Rückstände in Fischen aus Berliner Gewässern“ zu Gunsten von Untersuchungen auf bromhaltige Flammenschutzmittel im Jahr 2005 ausgesetzt (vgl. auch oben stehenden Abschnitt „Rückstände in Lebensmitteln“ des Schwerpunkts 5.1.6).

Rückläufige
Beanstandungsrate
bei Fischen aus
Berliner Gewässern

Insgesamt zeigten die Untersuchungsergebnisse eine weiterhin rückläufige Beanstandungsrate.

Das Untersuchungsprogramm wurde im Jahre 2005 im Rahmen der amtlichen Lebensmittelüberwachung fortgeführt, wobei die Anzahl der Proben aufgrund der rückläufigen Beanstandungsrate bei Aalen reduziert wurde.

Untersuchung und Kennzeichnung gentechnisch veränderter Lebensmittel

Gentechnisch veränderte Lebensmittel oder Futtermittel dürfen in den 25 Mitgliedstaaten der EU nur angeboten werden, wenn

1. eine Zulassung für diese Pflanze in der EU vorliegt und
2. das Lebensmittel entsprechend gekennzeichnet ist.

Im Jahr 2004 untersuchte das Institut für Lebensmittel, Arzneimittel und Tierseuchen (ILAT, im Berliner Betrieb für Zentrale Gesundheitliche Aufgaben, BBGes) 408 Lebensmittel auf gentechnische Veränderungen. In 13 der 182 *Soja* enthaltenden Erzeugnisse war genetisch verändertes Roundup Ready TM Soja nachweisbar, allerdings bei 10 Proben in einer Menge von < 0,9 %. Dagegen wurde in keinem der 183 untersuchten, mit *Mais* hergestellten Lebensmittel gentechnisch veränderter Mais gefunden. Tomatensuppen/-soßen und Kindernahrung, hergestellt mit gentechnisch veränderten *Tomaten*, werden offensichtlich nicht angeboten (16 Proben). Literaturhinweisen auf gentechnisch veränderte Papaya, Mungobohnen, Spinat, Hirse und andere Lebensmittel wurde nachgegangen. Sie konnten jedoch nicht bestätigt werden (27 Proben).

Wenige Proben wiesen
nicht gekennzeichnete
gentechnische
Veränderungen auf

Insgesamt 20 *Futtermittel* wurden auf Soja bzw. Mais untersucht. Bei je zwei Proben wurde gentechnisch verändertes Soja bzw. Mais in geringer Menge, d. h. < 0,9 % festgestellt.

Wenn ein Lebensmittel oder Futtermittel < 0,9 %, bezogen auf die jeweilige Zutat, an gentechnisch veränderter Ware enthält, ist *keine Kennzeichnung erforderlich*, weil dieser Gehalt zufällige oder technisch nicht vermeidbare Ursachen haben kann. Voraussetzung ist allerdings, dass der Unternehmer dem Veterinär- und Lebensmittelaufsichtsamt nachweisen kann, dass er geeignete Schritte unternommen hat, um das Vorhandensein derartiger Materialien zu vermeiden.

Seit dem 19. April 2004 sind Öl, Lecithin, Zucker, Stärke usw., die aus einer gentechnisch veränderten Pflanze, ihren Früchten oder Samen gewonnen werden, zu kennzeichnen, auch wenn darin die genetische Veränderung nicht nachweisbar ist. Diese *Überprüfung kann nur in den Betrieben anhand*

Kennzeichnungspflicht nicht nachweisbarer gentechnischer Veränderungen u. a. bei Öl, Zucker, Stärke

der Unterlagen erfolgen. In Berlin wurde an mehreren Kiosken Öl zum Fritieren benutzt, das als „genetisch verändert“ hätte gekennzeichnet werden müssen. Die Betreiber haben es ausnahmslos vorgezogen, daraufhin Öl zu verwenden, das nicht aus Samen gentechnisch veränderter Pflanzen gewonnen wurde.

Ergebnisse aus dem Schnellwarnsystem der Europäischen Gemeinschaften (EG)

Mit der Einrichtung des Schnellwarnsystems (RASFF - Rapid Alert System for Food and Feed) der Europäischen Gemeinschaften (EG) wurde für die Lebensmittel- und Futtermittelüberwachungsbehörden der Mitgliedstaaten der EG *in Fällen einer bestehenden Gefahr für die Gesundheit der Verbraucher ein Instrument zum effektiven Austausch von Informationen und der eingeleiteten Maßnahmen* eingerichtet. Das Schnellwarnsystem basiert auf der Verordnung der EU Nr. 178/2002.

Es werden hier die 25 Mitgliedstaaten der EU und 3 EFTA-Staaten (Norwegen, Island und Lichtenstein), die Europäische Kommission und die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit zu einem Netzwerk zusammengeführt.

Nutzung des Schnellwarnsystems mit stark steigender Tendenz

Die Nutzung des Schnellwarnsystems der EG zeigt anhand der Anzahl der ausgetauschten Mitteilungen seit seiner Einrichtung eine stark ansteigende Tendenz. Im Jahr 1999 wurden noch 698 Mitteilungen ausgetauscht. Diese Anzahl hat sich bereits 2 Jahre später verdoppelt und ist im Jahr 2004 nahezu achtmal so hoch gewesen.

2004 wurden 5.562 Mitteilungen über das Schnellwarnsystem der EG ausgetauscht. Darunter waren 691 Warnmeldungen (für Produkte, die sich auf dem Markt befinden und ein Verbraucherrisiko darstellen) und 1.897 Informationsmitteilungen (über Produkte, die zwar ein Verbraucherrisiko darstellen, die sich jedoch nicht auf dem Markt befinden oder das Risiko begrenzt ist).

Die von den Warnmeldungen am häufigsten betroffenen Produktgruppen waren Fische, Krustentiere und Muscheln (24 %), Fleisch und Geflügelfleisch und Erzeugnisse daraus (18 %) sowie Kräuter und Gewürze (15 %).

Die häufigsten Gründe für Warnmeldungen waren chemische (39 %) und mikrobiologische (31 %) Kontaminationen bzw. Belastungen.

Bei den Informationsmitteilungen ist insbesondere die Produktgruppe Nüsse und Erzeugnisse daraus (40 %) hervorzuheben. Der häufigste Grund für Informationsmeldungen war der Nachweis von Mycotoxinen (44 %).

Aus den Warnmeldungen und Informationsmitteilungen für 2004 ergibt sich im einzelnen:

- Die Kontrolle von Nüssen auf Mycotoxine (insbesondere Aflatoxine) an den Grenzkontrollstellen bleibt aufgrund der wieder gestiegenen Anzahl von Informationsmitteilungen (844) auch künftig von Bedeutung.
- Mitteilungen zu unerlaubten Farbstoffen, wie Sudan I und IV, in Chili und Erzeugnissen mit Chili sowie Currypulver oder auch Palmöl zeigen, dass nach wie vor die Kontrolle diesbezüglich von Bedeutung ist.
- Salmonellen stellen bei den mikrobiologischen Kontaminationen mit 47 % den Hauptgrund für Mitteilungen an das Schnellwarnsystem dar, wodurch die besondere Bedeutung für die Überwachung der Lebensmittelhygiene deutlich wird.
- *Listeria monocytogenes* in Fischereierzeugnissen wurden insgesamt in 41 Mitteilungen gemeldet. Davon betrafen 29 Mitteilung geräucherten Lachs. Für die Bewertung gibt es derzeit noch keine einheitlichen mikrobiologischen Kriterien in der EG, so dass auch Mitteilungen in das

Schnellwarnsystem eingestellt werden, die auf den bloßen Nachweis (in 25 g) basieren. Dabei wurde der Grad der Kontamination nicht bestimmt.

- Mitteilungen zu Tierarzneimittelrückständen in Erzeugnissen aus Drittländern sind zurückgegangen. Diese Entwicklung wird den dort durchgeführten Maßnahmen zugeschrieben. Dem gegenüber sind in Erzeugnissen aus Mitgliedstaaten, insbesondere bei Honig, mehr Mitteilungen zu Tierarzneimittelrückständen gegenüber 2003 an das Schnellwarnsystem gemeldet worden.
- Mitteilungen zu Cadmium in Fischereierzeugnissen haben sich gegenüber dem Vorjahr mehr als halbiert und sind von 103 auf 43 gesunken. Über Quecksilber in Schwertfisch wurde insgesamt in 30 Mitteilungen berichtet, das bedeutet einen leichten Anstieg zum Vorjahr.

In jedem Fall liegt es in der Verantwortung des jeweiligen Mitgliedstaates zu prüfen, inwieweit das eigene Land betroffen ist und welche Maßnahmen zur Sicherung des gesundheitlichen Verbraucherschutzes zu veranlassen sind.

5.1.7 Auf Gesundheitsgefährdung untersuchte Lebensmittel, Bedarfsgegenstände, kosmetische Mittel und Spielwaren sowie Arzneimittel

Lebensmitteluntersuchungen

Einen Überblick über die im Institut für Lebensmittel, Arzneimittel und Tierseuchen (ILAT) des Berliner Betriebs für Zentrale Gesundheitliche Aufgaben (BBGes) im Rahmen der Lebensmittelüberwachung durchgeführten Untersuchungen und deren Ergebnisse nach Produktgruppen, Art der Beanstandungen und rechtlichen Grundlagen aus dem Jahr 2004 ergibt sich aus Tabelle 5.2.10. Dabei handelt es sich um die Untersuchung und Beurteilung von Planproben, Verdachts- und Verfolgsproben, Proben zur Feststellung des Hygienestatus sowie Beschwerdeproben u. a. Von den insgesamt 20.132 im Jahr 2003 untersuchten Proben gaben 3.166 Proben, d. h. 15,7 %, Anlass zu Beanstandungen. Im Jahr 2004 wurden insgesamt 20.325 Proben untersucht, wovon 3.072, d. h. 15,1 %, beanstandet wurden.

Tabelle 5.2:

Im Rahmen der Lebensmittelüberwachung vom ILAT untersuchte Proben und Beanstandungsrate in Berlin 2003 - 2004

Probenart	Einsendungen insgesamt		Planproben		Verdachts-/Verfolgs-/Beschwerdeproben		Hygienestatus		sonstige Proben	
	Anzahl	beanst. in %	Anzahl	beanst. in %	Anzahl	beanst. in %	Anzahl	beanst. in %	Anzahl	beanst. in %
2003										
Lebensmittel	17.308	15,9	14.065	11,8	3.167	33,8	-	-	76	31,6
Erzeugnisse des Weinrechts	1.042	10,2	894	2,8	111	39,6	-	-	37	100,0
Bedarfsgegenstände, kosmetische Mittel	1.385	17,0	1.283	13,3	78	55,1	24	91,7	-	-
Tabakerzeugnisse	180	3,9	179	3,4	1	100,0	-	-	-	-
sonstige Proben	217	26,7	-	-	1	-	214	27,1	2	-
insgesamt	20.132	15,7	16.421	11,4	3.358	34,5	238	33,6	115	53,0
2004										
Lebensmittel	17.080	15,2	14.033	10,9	2.972	35,4	-	-	75	16,0
Erzeugnisse des Weinrechts	1.067	5,7	1.013	4,7	51	25,5	-	-	3	-
Bedarfsgegenstände, kosmetische Mittel	1.714	20,4	1.546	15,7	152	61,8	15	86,7	1	-
Tabakerzeugnisse	226	1,3	220	-	3	33,3	-	-	3	66,7
sonstige Proben	238	28,6	1	-	1	-	236	28,8	-	-
insgesamt	20.325	15,1	16.813	10,8	3.179	36,5	251	32,3	82	17,1

(Datenquelle und Berechnung: BBGes/ILAT)

Wie bereits in den Vorjahren lag die Beanstandungsrate bei den Planproben mit 11,4 % im Jahr 2003 bzw. 10,8 % im Jahr 2004 deutlich unter der bei den Verdachts-, Verfolgs- und Beschwerdeproben, welche im Jahr 2003 34,5 % und im Jahr 2004 36,5 % betrug (vgl. Tabelle 5.2). Auch wenn die Beanstandungsgründe überwiegend nicht von gesundheitlicher Bedeutung waren, sondern im Bereich des laueren Wettbewerbs lagen, musste dennoch eine beträchtliche Anzahl von Lebensmittelproben als gesundheitsschädlich, gesundheitsgefährdend oder als nicht zum Verzehr geeignet beurteilt werden.

Aus der Vielzahl der Untersuchungen haben sich die folgenden Besonderheiten ergeben:

Lebensmittel- vergiftungen

Unter dem Verdacht, ursächlich an Lebensmittelvergiftungen beteiligt gewesen zu sein, wurden im Berichtszeitraum bei 203 (2003) bzw. 175 (2004) vermuteten Ausbrüchen 284 (2003) bzw. 350 (2004) Lebensmittel als Verdachts- oder Verfolgsproben sowie 439 bzw. 468 Einzeltupfer aus Umgebungsuntersuchungen von Lebensmittelbetrieben mikrobiologisch untersucht. Die am häufigsten eingesandten Lebensmittelgruppen waren Fertiggerichte, auch in Form von Rückstellproben aus Gemeinschaftsverpflegungsbetrieben wie Kindertagesstätten, Altenheimen und Restaurants (2003: 39 %; 2004: 29 %), Backwaren, Desserts und Speiseeis sowie Süßwaren (insgesamt 11 % in beiden Jahren), Fleisch und Fleischerzeugnisse inkl. Wild und Geflügel (2003: 10 %; 2004: 15 %), Feinkostprodukte (5 bzw. 6 %) sowie Fisch und Fischerzeugnisse (2003: 10 %; 2004: 7 %). Eine Beanstandung wegen der Eignung zur Gesundheitsschädigung bzw. Gesundheitsgefährdung nach §§ 8 bzw. 9 Lebensmittel- und Bedarfsgegenstände-gesetz (LMBG) erfolgte 2003 in 6 und 2004 in 7 Fällen. Darunter waren 3 (2003) bzw. 4 (2004) Proben, bei denen nach Erkrankungen Keime der Gattung *Salmonella* in den eingesandten Lebensmitteln als Ursache ermittelt werden konnten. Die anderen Beanstandungen betrafen zwei Lebensmittelproben, bei denen ein überaus hoher Gehalt an Histamin bestimmt wurde und ein Lebensmittel (Geflügel), in dem *Campylobacter*-Keime enthalten waren (2003). Im Jahr 2004 wiesen 3 Lebensmittelproben eine sehr hohe Konzentration an Keimen der *Bacillus cereus*-Gruppe (> 106/g) auf.

Besonders hervorzuheben ist ein *Salmonellen-Ausbruch* aus dem Jahr 2003 mit 16 Erkrankten, von denen drei stationär behandelt werden mussten. Diese Personen hatten bei einer Feierlichkeit eine in einem Restaurant hergestellte und im Haushalt über mehrere Stunden warm gehaltene Speise verzehrt. Weiterhin musste ein 11-jähriges Kind nach sekundärer Infektion drei Tage auf der Intensivstation eines Krankenhauses behandelt werden. Sowohl im Lebensmittel als auch aus dem Stuhl der Erkrankten wurden *Salmonellen* nachgewiesen. Bei allen Isolaten handelte es sich um *Salmonella* Enteritidis PT 21. Das Ergebnis der molekularbiologischen Feindifferenzierung ließ den Schluss zu, dass die Stämme ausnahmslos von einem einheitlichen Geschehen stammten. Aus Tupferproben, die im Zusammenhang mit unklaren Erkrankungen entnommen worden waren, konnten im Berichtszeitraum in einem Fall *Salmonella* Enteritidis PT 8 und in jeweils 2 Fällen *Listeria monocytogenes* und *Bacillus cereus* festgestellt werden.

Salmonellen in Kindertee

Bereits im Mai des Jahres 2003 berichtete das Robert Koch-Institut (Epidemiologisches Bulletin Nr. 21, S. 164-165) über Hinweise auf das gehäufte Auftreten von *Salmonella*-Agona-Infektionen bei Kleinkindern, die u. a. auf Fencheltee verschiedener Hersteller zurückzuführen waren. Im Juli begann die Entnahme und Untersuchung von sog. Verdachtsproben auf dem Berliner Markt, nachdem die Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz Kenntnis von *Salmonellen*nachweisen in Kindertees aus anderen Bundesländern erhalten hatte. In einer Pressemitteilung wurde über diese Aktivitäten berichtet und auf die sorgfältige Zubereitung hingewiesen. Die meisten der eingesandten Erzeugnisse enthielten neben Fenchel noch Anis und/oder Kümmel, es wurden vereinzelt auch Tees aus Kamille, Pfefferminze oder Kräutermischungen sowie Früchtetees entnommen. Die Produkte waren überwiegend als für Kinder bzw. Kleinkinder oder Säuglinge geeignet deklariert.

Von insgesamt 106 untersuchten Proben bzw. Teepackungen konnten bei insgesamt 121 Anreicherungen 8-mal *Salmonellen* (11 Isolate) nachgewiesen werden. Bei sechs der positiven Proben handelte es sich um Anis-Fenchel-Kümmeltee und je einmal um Kräuter- bzw. Kamillentee. *Salmonella*

Agona allein oder zusammen mit anderen Salmonella-Serovaren kamen 5-mal vor, die übrigen Stämme wurden als S. Corvallis (3x), S. Montevideo, S. Weltevreden und Gruppe D1-Salmonella (je 1x) identifiziert. Alle Salmonellen positiven Proben wurden unter Hinweis auf die risikobehaftete Zubereitung als gesundheitsgefährdend beurteilt.

Insgesamt wurden im Jahr 2004 174 Proben auf den *Aflatoxingehalt* untersucht. Darunter waren u. a. Erdnüsse, Erdnusscremes, Mandeln, getrocknete Feigen, Gewürze, Müsliriegel, Reis, Haselnüsse, Pistazien, Walnüsse. 7 Planproben (Pistazien, Erdnüsse, Haselnüsse, Feigen) waren wegen erhöhter Aflatoxingehalte zu beanstanden. Im Berichtszeitraum wurden des Weiteren insgesamt 78 Proben aufgrund von Sondervorschriften für die Einfuhr von Feigen, Haselnüssen, Pistazien und bestimmten hieraus hergestellten Erzeugnissen, deren Ursprung oder Herkunft die Türkei ist, auf Aflatoxine untersucht. Ebenso wurden Erzeugnisse (überwiegend Pistazien, aber auch Haselnusskerne, Nussmischungen und Nusspasten) in erster Linie aus der Türkei, aus dem Iran und Georgien untersucht. Davon lagen 8 Proben über den festgesetzten Höchstwerten. Vereinzelt hatten diese Proben ein Zertifikat über durchgeführte Kontrollen mit negativem Ergebnis. Im Jahr 2003 wurde Erdnussbutter auf ihren Gehalt an Mycotoxinen (Aflatoxine) untersucht, dabei wurden zwei Proben aufgrund der erheblichen Überschreitung der zulässigen Höchstmengen gemäß VO (EG) Nr. 466/2001 zur Festsetzung von Höchstgehalten für bestimmte Kontaminanten in Lebensmitteln beanstandet.

Mykotoxine

188 Proben wurden auf ihren Gehalt an *Ochratoxin A* überprüft (Kakao, Lakritze, Rotwein, Röstkaffee, Malzbier, Getreide, Brotbackmischungen, Toastbrot, Rosinen). Es ergaben sich keine Auffälligkeiten, d. h. Ochratoxin A war jeweils nicht nachweisbar bzw. waren Gehalte bestimmbar, die jeweils unter den festgelegten bzw. diskutierten Höchstmengen lagen. Bei den im Rahmen des bundesweiten Monitoring untersuchten 40 Proben (Frühstückscerealien, Müsli) war bei 20 Proben Ochratoxin A nicht nachweisbar, bei 18 Proben war Ochratoxin A nicht bestimmbar, bei 2 Proben lagen die Gehalte zwischen bei 1 und 2,2 µg/kg.

53 Proben (Apfelsäfte, Birnensäfte, Apfelmus, Kinderbreie mit Apfelanteil) wurden auf ihren Gehalt an *Patulin* überprüft. 2 Äpfelsäfte fielen mit erhöhten Patulingehalten von 41 und 68 µg/l auf. Bei den restlichen Proben ergaben sich keinerlei Auffälligkeiten.

19 Planproben (Maismahl, Popcorn, Tortillachips) und 40 Monitoringplanproben (Frühstückscerealien, Müsli) wurden auf ihren Gehalt an *Zearalenon* überprüft. Es ergaben sich keinerlei Auffälligkeiten.

71 Planproben (Brotbackmischungen, Getreide, Popcorn, Tortillachips) und 40 Monitoringplanproben (Frühstückscerealien, Müsli) wurden auf ihren Gehalt an *Deoxynivalenol* überprüft. 3 Proben der im Rahmen des bundesweiten Monitoring untersuchten Proben Frühstückscerealien fielen mit erhöhten Werten zwischen 77 und 263 µg/kg auf. Bei den restlichen Proben ergaben sich keine Auffälligkeiten.

21 Proben (Popcornmais, Maismehl) wurden auf ihren Gehalt an *Fumonisin* überprüft. Eine Probe Popcornmais mit 2.172 µg/kg und eine Probe Maisgrieß mit 793 µg/kg für die Summe aus Fumonisin B1 und B2 waren zu beanstanden, da die Gehalte jeweils über dem für die Summe aus Fumonisin B1 und B2 in Maiseerzeugnissen nach der Mykotoxin-HöchstmengenVO festgelegten Höchstwert von 500 µg/kg lagen. Bei den restlichen Proben ergaben sich keine Auffälligkeiten.

Im Jahr 2004 wurden insgesamt 24 Proben *Futtermittel auf ihren Gehalt an Mykotoxinen* (Aflatoxine, Ochratoxin A, Zearalenon, Deoxynivalenol, Fumonisine) untersucht. Es ergaben sich keine Auffälligkeiten.

Über Rückstände von Pflanzenschutzmitteln in *pflanzlichen Lebensmitteln* wird im Schwerpunkt 5.1.6 berichtet. *Lebensmittel tierischen Ursprungs*: Im Rahmen der Untersuchung von Plan- und Verdachtsproben wurden 110 Proben Fleisch, Fleisch- und Wursterzeugnisse sowie Fisch untersucht, davon 10 Monitoringproben. Im Rahmen der Untersuchung von Fischen aus Berliner Gewässern (Gesamtprobenzahl 34) wurden im Jahr 2004 erstmals keine Höchstmengenüberschreitungen festgestellt (vgl. auch Schwerpunkt 5.1.6). Im Rahmen des Monitoring wurden zusätzlich 15 Proben Muscheler-

Rückstände in Lebensmitteln

zeugnisse auf ihren Gehalt an Organozinn-Verbindungen untersucht. Für diese Verbindungen wurden noch keine Grenzwerte festgelegt, auffällig hohe Gehalte wurden aber nicht ermittelt.

2004 wurden 746 Proben tierischer Herkunft (Milch- und Milcherzeugnisse, Eier, Fleisch, Fisch und Krustentiere, Honig) auf *Rückstände von Tierarzneimitteln oder anderer pharmakologisch wirksamer Stoffe* untersucht. Es wurden 485 Untersuchungen auf Antibiotika-Rückstände, 108 Untersuchungen auf Antiparasitika-Rückstände, 216 Untersuchungen auf Rückstände weiterer Tierarzneimittel und 7 Untersuchungen auf Hormon-Rückstände, sowie zusätzlich an 405 Gewebeproben der mikrobiologische Hemmstofftest als Screening auf Antibiotika-Rückstände durchgeführt.

In je einer Probe Schaf- und Ziegendärme aus der Mongolei wurden Chloramphenicol-Gehalte von 1,0 µg/kg bzw. 14,3 µg/kg nachgewiesen. In einer Folgeprobe Schafdärme wurden in zwei von drei Teilproben ebenfalls CAP-Gehalte von 0,5 bzw. 0,9 µg/kg bestimmt. Das *Antibiotikum Chloramphenicol* wurde 1994 in den Anhang IV (Verzeichnis der pharmakologisch wirksamen Stoffe, für die keine Höchstmengen festgelegt werden können) der VO (EWG) Nr. 2377/90 des Rates vom 26. Juni 1990 zur Schaffung eines Gemeinschaftsverfahrens für die Festsetzung von Höchstmengen für Tierarzneimittelrückstände in tierischen Nahrungsmitteln aufgenommen. Damit besteht nach Artikel 5 dieser VO in der gesamten Europäischen Union seit dem 23. August 1994 ein totales *Anwendungsverbot* bei allen Tieren, die zur Nahrungsmittelerzeugung genutzt werden.

In beiden Proben Schafdärme wurde der Nitrofurazon-Metabolit Semicarbazid mit Gehalten über 1 µg/kg nachgewiesen. Das *Tierarzneimittel Nitrofurazon* wurde mit der VO (EWG) 1993 in den Anhang IV der VO (EWG) Nr. 2377/90 aufgenommen. Damit besteht auch für dieses Arzneimittel ein totales *Anwendungsverbot* bei allen Tieren, die zur Nahrungsmittelerzeugung genutzt werden. Allerdings ist bekannt, dass Semicarbazid in Lebensmitteln auch über andere Wege gebildet werden kann. Deshalb kann der Nachweis von Semicarbazid in verarbeiteten tierischen Erzeugnissen nicht eindeutig auf eine Behandlung mit Nitrofurazon zurückgeführt werden.

In einer Probe „Garnelenringe“ wurde der Furazolidon-Metabolit AOZ (3-Amino-2-oxazolidon) nachgewiesen. Das Tierarzneimittel Furazolidon wurde 1995 in den Anhang IV der VO (EWG) Nr. 2377/90 aufgenommen und ist damit ebenfalls zur Anwendung am Lebensmittel liefernden Tier verboten.

Wie bereits erwähnt, gibt es für den Stoff Semicarbazid neben der möglichen Bildung aus Nitrofurazon noch andere Möglichkeiten in Lebensmittel zu gelangen, zum Beispiel aus Deckeldichtungen. Deshalb wurden im Rahmen eines bundesweiten Schwerpunktprogramms 20 Proben Säuglings- und Kindernahrung sowie 5 Honigproben aus Gläsern mit Twist-Off-Deckeln untersucht. Bei 5 Komplettmahlzeiten für Säuglinge und Kleinkinder wurden in allen Deckeldichtungen deutliche *Gehalte an Semicarbazid* bestimmt und in den Mahlzeiten Gehalte zwischen 19,7 und 60,8 µg/kg ermittelt. Auch aus Beikost auf Obst- und/oder Gemüsebasis war ein deutlicher Übergang des Semicarbazids aus den Deckeldichtungen zu verzeichnen (im Brei wurden Gehalte von 7,3 bis 32,5 µg/kg gemessen), nur in 3 von 10 Proben war weder in der Deckeldichtung noch im Brei Semicarbazid messbar. Bei den 5 Honigen war festzustellen, dass in allen Deckeldichtungen Semicarbazid nachweisbar war, der Übergang in den Honig jedoch nur bei 2 Proben festgestellt wurde.

Schwerpunktmäßige Überprüfung auf Nitrit/Nitrat

Im Jahre 2004 wurden 35 Kartoffelproben auf Nitrat untersucht. Es ergaben sich Nitratgehalte zwischen 12 und 445 mg/kg. Ferner erfolgte bei insgesamt 125 weiteren Proben (u. a. Rucola, Kopfsalat, frischer Spinat, Petersilie, Feldsalat, Radieschen, Wirsingkohl) schwerpunktmäßig eine Untersuchung auf Nitrat. Bei 5 Proben frischem Spinat war der nach der KontaminantenVO gültige Höchstwert für Nitrat in frischem Spinat überschritten. Des Weiteren wurden 20 Proben frischer Spinat auf ihren Nitritgehalt untersucht. Die Gehalte waren insgesamt als unauffällig zu bezeichnen.

Bestrahlung

Bei der Untersuchung auf Bestrahlung gab es 2003 zum ersten Mal positive Befunde bei 2 Tees, 2 Gewürzen und 5 Würzmischungen. 2004 wurden 6 Proben als bestrahlt identifiziert, 2 Gewürze und 4 Würzmittelan-

teile von Instant-Nudelsuppen, welche aufgrund einer Schnellwarnung entnommen worden waren. Bei keiner Probe war die Behandlung entsprechend der BestrahlungsVO gekennzeichnet.

In den beiden letzten Quartalen des Jahres 2003 wurden aufgrund von wiederholten Schnellwarnungen 132 Proben, überwiegend reines Chili-Gewürz, aber auch Würzmischungen und Würzsoßen mit Chili auf den *als genotoxisches Karzinogen eingestuften Farbstoff Sudanrot I* untersucht. 10 Produkte enthielten den Farbstoff in unterschiedlichen Konzentrationen. Dem ILAT war es innerhalb kürzester Zeit gelungen, ein neues Untersuchungsverfahren aufzustellen, sodass die ersten positiven Befunde von Berlin aus gemeldet wurden. Auf Grund der Entscheidung 2004/92/EG der Kommission vom Januar 2004 wurde das Untersuchungsspektrum insbesondere auf Sudanrot I bis IV erweitert. Im Berichtszeitraum wurden 124 Proben Chili, Paprika und Erzeugnisse daraus auf diese synthetischen Farbstoffe untersucht. Es ergaben sich 9 positive Befunde, die im Rahmen der Berichtspflicht an die EU gemeldet wurden. Aufgrund von Schnellwarnungen im Jahr 2004 bzgl. des Vorkommens des krebserregenden Azofarbstoffes Sudan Rot IV in Palmölen aus Westafrika wurde bei 10 der 15 untersuchten Proben der Farbstoff nachgewiesen und die Proben wegen des nicht zugelassenen Zusatzstoffes i. S. von § 11 (1) des LMBG beanstandet. Da aus Versuchsdaten hervorgeht, dass es sich bei Sudan Rot IV um ein genotoxisches Karzinogen handeln könnte, wäre auch eine mögliche Gesundheitsschädigung i. S. des § 8 LMBG zu prüfen.

Sudanrot

Im Rahmen des zwischen Bund und Ländern vereinbarten dynamischen Minimierungskonzeptes für Acrylamid in Lebensmitteln wurden 2003/2004 neben 30 Proben Kaffee (auch aus Berliner Röstereien) und Kaffee-Ersatzstoffen, 6 Proben süße Mandeln, 4 Proben Kartoffelsticks mit Paprika sowie eine Probe zubereitete Pommes frites untersucht. Bei 6 Kaffee-Erzeugnissen sowie bei allen Kartoffelprodukten wurde eine Signalwertüberschreitung festgestellt.

Acrylamid

Vier Proben getrocknete Algen bzw. Seetang wurden aufgrund sehr hoher Jodgehalte in Verbindung mit unzureichender Kennzeichnung beanstandet. Besonders auffällig war in diesem Zusammenhang eine Probe eingelegerter Meerkohl aus Litauen, der einen Gehalt von 36 mg/kg Jod aufwies und dessen Verzehr somit geeignet war, die Gesundheit zu schädigen.

Jod

Untersuchungen von kosmetischen Mitteln, sonstigen Bedarfsgegenständen und Spielwaren

Bei kosmetischen Mitteln verteilen sich die vielfältigen Beanstandungsgründe wegen falscher oder fehlender Kennzeichnung, irreführender Werbung oder der Verwendung unzulässiger Bestandteile auf viele Produktkategorien. Gravierende Mängel waren wie in den Jahren zuvor vor allem bei Importerzeugnissen festzustellen.

Kosmetische Mittel

Als gesundheitsschädlich mussten wiederum hydrochinonhaltige *Bleichcremes* beanstandet werden. Bei einzelnen Importerzeugnissen (Haaröl, Lipgloss für Kinder) war die Verwendung unzulässiger Farbstoffe zu beanstanden. Dies betraf auch hennahaltige Zubereitungen zur Hautfärbung. Henna ist derzeit wegen unzureichender Unterlagen zur Sicherheitsbewertung auch als Haarfärbemittel in der Diskussion. Als bedenklich erweisen sich gelegentlich auch als „Spielzeug“ vertriebene Kosmetika für Kinder. Die Verwendung von Toluol als Lösungsmittel in einem Nagellack ist für diese Zielgruppe nicht akzeptabel.

Die gesetzlich vorgeschriebene Meldepflicht für Kosmetikerhersteller und -importeure belegt, dass Berlin vor allem für Einfuhren aus Drittstaaten ein interessanter Markt ist. Bei den in diesem Zusammenhang durchgeführten Betriebskontrollen zeigt sich, dass viele Vertreiber die gem. § 5 b der Kosmetikverordnung geforderten Produktunterlagen nicht vorlegen können. Auffällig ist, dass den Verantwortlichen häufig die einschlägigen *Vorschriften des Kosmetikrechts gar nicht bekannt* sind. Insbesondere die für alle kosmetischen Mittel zwingend vorgeschriebene Bewertung der Sicherheit für die menschliche Gesundheit fehlt oder ist in ihren Schlussfolgerungen nicht nachvollziehbar.

Als Besonderheit erwies sich im Berichtszeitraum die Kontrolle sog. *handgefertigter „Frischkosmetik-Gesichtsmasken“*, die ausschließlich aus Naturstoffen (vor allem Lebensmitteln) und unter bewusstem Verzicht auf den Einsatz von Konservierungsstoffen hergestellt werden. Diese Produkte sind bereits von Natur aus mikrobiologisch stark kontaminiert. Es zeigte sich, dass sich der mikrobiologische Status solcher als lose Ware angebotenen Produkte - in Abhängigkeit von der Handhabung im Verkaufsraum (Lagerbedingungen, Verpackung, Abfüllung für den Kunden) - rasch verschlechtern kann. So zeigte eine Probe bereits in der Verkaufskühltheke vor Ablauf der angegebenen Mindesthaltbarkeit Schimmelpilzwachstum, eine Probe wies gesundheitlich bedenkliche Keime der Gattung *Penicillium* auf. Anlässlich einer Kontrolle vor Ort konnte der verantwortliche Geschäftsinhaber davon überzeugt werden, alle betroffenen Produkte bis auf weiteres bundesweit vom Markt zu nehmen.

Bedarfsgegenstände

Einige *Küchengeräte* aus Polyamid, wie Bratenwender, Kartoffelstampfer oder Schaumkellen zeigten eine unzulässige Abgabe von aromatischen Aminen. Der Grenzwert von 20 µg aromatische Amine pro Liter Migrationslösung wurde in 3 Fällen um mehr als das 10-fache überschritten, der Höchstwert betrug 2.940 µg. Ein Bratenwender aus Melamin schmolz bei haushaltsüblicher Gebrauchstemperatur, aus einem Schaumlöffel löste sich ein fettlöslicher roter Farbstoff.

Von elf *Trinkgläsern* mit Goldrand gaben ein Teeglas und ein Likörglas mit 111 bzw. 35 mg Blei pro Trinkrand deutlich überhöhte Schwermetallmengen ab (Grenzwert: 2,0 mg Blei/Trinkrand).

Nach § 31 Abs. 1 LMBG sind solche Gegenstände, die gesundheitlich, geruchlich oder geschmacklich bedenkliche Stoffe an Lebensmittel abgeben, als nicht verkehrsfähig zu beurteilen.

Ein doppelwandiger *Zahnputzbecher* war im Zwischenraum mit gesundheitsschädlichem Petroleum/Lampenöl gefüllt, welches in das Zahnputzwasser/Trinkwasser austrat.

Ein Schwerpunkt bei *Bekleidungsgegenständen* stellten Untersuchungen auf gesundheitsschädliche Farbstoffe dar. In ca. 25 % der untersuchten Proben waren Allergie auslösende Dispersionsfarbstoffe nachweisbar. Auffällig waren hierbei insbesondere schwarze Unterwäsche sowie Fahrrad- bzw. Motorradhandschuhe. Vereinzelt sind darüber hinaus auch noch Produkte anzutreffen, die verbotene Azofarbstoffe enthalten, welche krebserregende aromatische Amine abspalten können, wie z. B. o-Toluidin oder 3,3'-Dimethoxybenzidin.

Bei *Uhrenarmbändern* aus Metall wurde die Nickellässigkeit geprüft. Bei 3 von 7 Proben wurde der Grenzwert von 0,5 µg/cm²/Woche deutlich überschritten, der Maximalwert betrug 35,9 µg/cm²/Woche.

Spielwaren

Bei Spielzeug wiesen Importprodukte aus Drittländern nach wie vor auffallend häufig Mängel auf. Zahlreiche *Spielzeugartikel aus Weich-PVC* mussten wegen unzulässiger Gehalte an phthalsäureesterhaltigem Weichmacher beanstandet werden. Insbesondere die Stoffe Diethylhexylphthalat (DEHP) und Dibutylphthalat (DBP) sind hierbei als besonders kritisch anzusehen, da sie als reproduktionstoxisch eingestuft werden. Für diese Stoffe wurde im Tierversuch nachgewiesen, dass sie die Fortpflanzungsfähigkeit beeinträchtigen bzw. fruchtschädigend wirken. So überschwemmtem kurzzeitig sogenannte Scoubidou- („Knüpf“-)Bänder den Spielzeugmarkt, die bis zu 30 % DEHP bzw. DBP enthielten. Inzwischen liegt ein Richtlinienentwurf der EU vor, der ein generelles Verwendungsverbot für bestimmte Phthalsäureester wie DEHP und DBP in Spielzeug vorsieht.

Arzneimitteluntersuchungen

Im Rahmen der Kontrolle von in Berlin hergestellten bzw. in den Verkehr gebrachten Arzneimitteln wurden im Institut für Lebensmittel, Arzneimittel und Tierseuchen (ILAT) des Berliner Betriebs für Zentrale Gesundheitliche Aufgaben (BBGes) 387 (2003) bzw. 423 (2004) Proben untersucht; weitere 340 (2003) bzw. 296 (2004) Proben stammten aus anderen Bundesländern. Die Entnahme und Einsendung der Proben aus dem Land Berlin erfolgte überwiegend durch das LAGetSi, Fachgruppe Pharmaziewesen. Weitere Proben wurden von den Veterinär- und Lebensmittelaufsichtsämtern und bei entsprechenden Fragestellungen durch das Landeskriminalamt eingeliefert. Insgesamt wurden im

Jahr 2003 727 Proben und im Jahr 2004 719 Proben untersucht und beurteilt, bei denen ohne Berücksichtigung von Kennzeichnungsmängeln 92 (2003) bzw. 81 (2004) Beanstandungen ausgesprochen wurden (vgl. Tabelle 5.3).

Bei den Proben handelt es sich fast ausschließlich um Humanarzneimittel gemäß § 2 (1) und (2) Nr. 1 Arzneimittelgesetz (AMG) bzw. Medizinprodukte i. S. des Medizinproduktegesetzes (MPG).

Einen nicht unerheblichen Arbeitsauftrag bildeten Proben, die als Lebensmittel bzw. Kosmetika in den Verkehr kamen und durch die Veterinär- und Lebensmittelaufsichtsämter der Bezirke gezogen oder durch das Landeskriminalamt eingeliefert wurden (98 Proben 2003, 67 Proben 2004). Diese wurden durch die lebensmittelchemischen und pharmazeutischen Sachverständigen gemeinsam geprüft, wobei es in der überwiegenden Zahl der Fälle zu einer *Einstufung als Arzneimittel bzw. Medizinprodukt* gekommen ist. Arzneimittel dürfen nach den Bestimmungen des Arzneimittelgesetzes nur mit einer Zulassung durch die zuständige Bundesoberbehörde in den Verkehr gebracht werden. Diese kostspielige und zeitaufwendige Prozedur wird gerne umgangen, indem fragliche Produkte z. B. als Nahrungsergänzungsmittel ausgelobt werden. Besonders problematisch sind ehemalige Arzneimittel, die nach dem Auslaufen der Übergangsbestimmungen des Arzneimittelgesetzes (AMG) weiter als „Nahrungsergänzungsmittel“ oder

Als Lebensmittel bzw. Kosmetika in Verkehr gebrachte Arzneimittel umgehen das Arzneimittelgesetz

Tabelle 5.3:
Im Rahmen der Arzneimittelüberwachung vom ILAT untersuchte Proben und Beanstandungsgründe in Berlin 2003 und 2004

Herkunft / Probencode / Beanstandungsgründe	Anzahl	
	2003	2004
<i>untersuchte Arzneimittel insgesamt</i>	727	719
<i>darunter in Berlin hergestellte bzw. in den Verkehr gebrachte Arzneimittel</i>	387	423
<i>Herkunft der Proben</i>		
Hersteller (außer Apotheken)	296	306
Apotheken, Krankenhausapotheken	29	46
Einzelhandel (außer Apotheken)	50	46
Großhandel	12	11
sonstige	-	14
<i>Aufteilung nach dem Probencode der Arzneimitteluntersuchungsstellen</i>		
Ausgangsstoffe	45	28
Zwischenprodukte	3	4
Fertigarzneimittel	300	352
Rezeptur-/Defekturarzneimittel	18	33
Medizinprodukte	4	6
keine oder sonstige Angabe	17	-
<i>Beanstandungsgründe (Mehrfachnennungen möglich)</i>		
<i>insgesamt</i>	125	138
Stoffliche Beschaffenheit	24	14
Biologische/mikrobiologische Reinheit	2	5
Physikalische/technologische Beschaffenheit	2	-
Kennzeichnung/Packungsbeilage	33	57
Verdacht auf Irreführung	-	4
Verdacht auf Dopingmittel	-	-
Verdacht auf ein bedenkliches Arzneimittel	-	-
fehlende Zulassung oder Registrierung	53	50
sonstige	11	8

(Datenquelle: BBGes/ILAT)

als „Ergänzende bilanzierte Diät“ auf dem Markt gehalten werden. Diese „Umwidmung“ führt in Einzelfällen zu einer Umgehung des Arzneimittelgesetzes. Insbesondere fehlen im Regelfall Langzeitstudien, Wirksamkeitsnachweise und Untersuchungen zu den Risiken der Anwendung. Die *Einstufung dient also unmittelbar dem Verbraucherschutz*. Die Gutachten werden über die Einsender an die zuständigen Arzneimittelüberwachungsbehörden zur weiteren Verfolgung weitergereicht.

Insgesamt nahmen die qualitativen Anforderungen an die *Untersuchung von Fertigarzneimitteln* zu, da die Pharmazeutischen Unternehmen nunmehr umfangreiche Dokumentationen zur Prüfung ihrer Produkte mit teilweise erheblich anspruchsvolleren Untersuchungsvorschriften vorlegen. Ebenso sind die Anforderungen des Arzneibuches deutlich gestiegen.

Die Arzneimitteluntersuchungsstelle (Fachbereich 11 des BBGes/ILAT) ist Teil des europäischen

Arzneimitteluntersuchungsstelle ist Teil des europäischen Netzwerkes OMCL

Netzwerkes OMCL, das vom European Directorate for the Quality of Medicines (EDQM), einer Gliederung des Europarates in Straßburg, organisiert wird. In diesem Netzwerk wurden und werden fortlaufend Ringversuche und Marktüberwachungsstudien organisiert. Neben der bestehenden Akkreditierung sichern die europaweiten Aktivitäten des EDQM die *Quali-*

tät der Arzneimitteluntersuchung in Berlin zusätzlich ab. Unter diesem Aspekt und bei einem gleichzeitig zunehmenden Kostendruck ist anzustreben, dass die Arzneimitteluntersuchungsstelle, die bereits jetzt auch die amtlichen *Proben des Landes Brandenburg sowie des Freistaats Thüringen* bearbeitet, durch vertragliche Bindung weiterer Bundesländer zu einer Schwerpunkteinrichtung Ost ausgebaut wird.

5.1.8 Hygienische Überwachung der Qualität der Badegewässer

Anhand der Untersuchungsparameter, die bereits im Basisbericht 2002 (S. 119 ff.) näher beschrieben wurden, erfolgte analog für die Badesaison 2003 und 2004 eine Beurteilung der Qualität der Berliner Badegewässer hinsichtlich der Mikrobiologie als auch hinsichtlich dem Auftreten hoher Populationsdichten potentiell Toxin bildender Blaualgen.

Mikrobiologische Untersuchungen ergaben weniger Grenzwertüberschreitungen als in den Vorjahren

In der Tabelle 5.2.13 sind die mikrobiologischen Untersuchungsergebnisse, die während der jeweiligen Badesaison von 1999 bis einschließlich 2004 an den ausgewiesenen Badegewässern in 14-tägigen Abständen erhoben worden sind, zusammengefasst. 2003 und 2004 wurden im Vergleich zu den Vorjahren deutlich weniger Grenz- und Richtwertüberschreitungen festgestellt. Dies ist zurückzuführen auf geringere Regenwasserzulaufmengen aus der Misch- und Trennwasserkanalisation in die Gewässer als auch verringerter diffuser Einträge durch Abschwemmungen während dieser Zeit. Insbesondere im Trockenjahr 2003, in dem die Niederschlagsmengen deutlich unter den mittleren Monats- und Jahressummen der Vorjahre lagen, wurden sehr geringe Keimkonzentrationen von Indikatororganismen nachgewiesen.

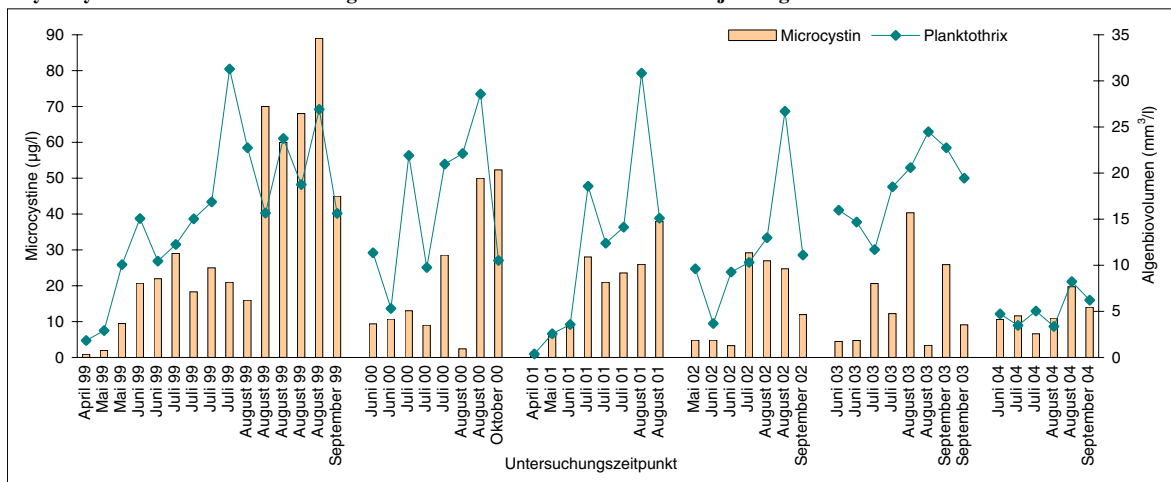
Kurzzeitige Grenzwertüberschreitungen traten während der Badesaison 2003 und 2004 an den Badestellen am Weißen See, am Jungfernhaideteich und am Heiligensee auf. Sofortige Nachkontrollen ergaben keine weiteren Beanstandungen. Die Untersuchungsergebnisse - verbunden mit einer Bewertung für die Badegäste - wurden auf der Homepage des Landesamtes für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit Berlin (LAGetSi) tagesaktuell veröffentlicht. Über die aktuelle Qualität der Berliner Badegewässer informierte das LAGetSi auch über das Badegewässertelefon.

Kurzzeitige Grenzwertüberschreitungen traten während der Badesaison 2003 und 2004 an den Badestellen am Weißen See, am Jungfernhaideteich und am Heiligensee auf. Sofortige Nachkontrollen ergaben keine weiteren Beanstandungen. Die Untersuchungsergebnisse - verbunden mit einer Bewertung für die Badegäste - wurden auf der Homepage des Landesamtes für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit Berlin (LAGetSi) tagesaktuell veröffentlicht. Über die aktuelle Qualität der Berliner Badegewässer informierte das LAGetSi auch über das Badegewässertelefon.

In fast allen rückgestauten Flusseen Berlins dominieren in der Sommerzönose Blaualgen. Um Badende vor Blaualgen und ihren Toxinen zu warnen, werden seit 6 Jahren besonders gefährdete Badestellen hinsichtlich der *Blaualgenbiomassen und ihrer Toxine (Microcystine)* überwacht.

Abbildung 5.1:

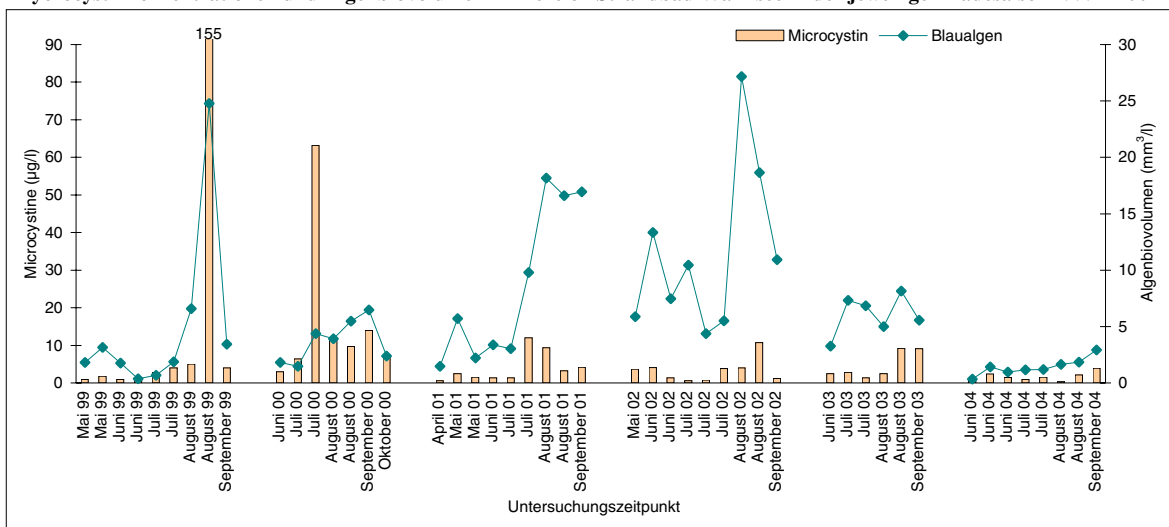
Microcystinkonzentrationen und Algenbiovolumen im Zeuthener See in der jeweiligen Badesaison 1999 - 2004



(Datenquelle und Darstellung: LAGetSi)

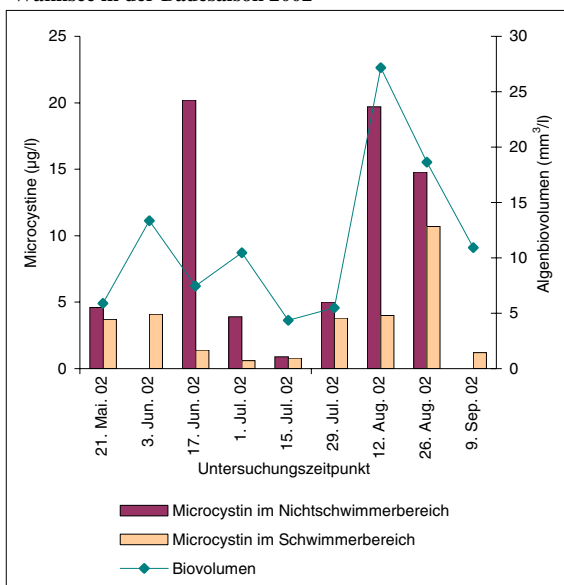
In den untersuchten Berliner Gewässern zeigt sich die gesamte Vielfalt von Expositionsmöglichkeiten von *Algenticinen* durch die unterschiedliche Horizontal- und Vertikalverteilung der Blaualgen. Diese Verteilungsmuster sind primär von der Blaualgenart und ihrer Stellung im ökologischen System abhängig. In Abhängigkeit von Zooplankton, Uferstruktur, Windeinfluss und anderen biotischen und abiotischen Faktoren treten die Blaualgenspezies in sehr unterschiedlichen Erscheinungsbildern auf. So kommen z. B. *Planktothrix agardhii*, *Limnothrix redeckei* und zum Teil auch *Aphanizomenon* in der Dahme (Zeuthener See, Langer See) in dichten Suspensionen vor, die zu besonders geringen Sichttiefen führen, während andere (z. B. *Aphanizomenon* im Großen Müggelsee) große Bündel bilden können, die bei strahlungsreichem, windarmem Wetter aufräumen. In den seenartigen Erweiterungen der Unterhavel dominieren hingegen meistens *Microcystis*-Arten, die als große Aggregate an die Badestellen treiben.

Abbildung 5.2:
Microcystinkonzentrationen und Algenbiovolumen im Bereich Strandbad Wannsee in der jeweiligen Badesaison 1999 - 2004



(Datenquelle und Darstellung: LAGetSi)

Abbildung 5.3:
Microcystinkonzentrationen im Nichtschwimmer- und Schwimmerbereich sowie Algenbiovolumen im Strandbad Wannsee in der Badesaison 2002



(Datenquelle und Darstellung: LAGetSi)

Im Untersuchungszeitraum korrelierte in den Dahmeseen das zellgebundene Toxin gut mit dem Algenbiovolumen von *Planktothrix agardhii*-Blüten. Ab Juni gleichmäßig ansteigend bis September bildeten sich in den *Planktothrix*-dominierten Dahmeseen relativ einheitliche Jahrgänge, wobei die mittleren Toxinkonzentrationen in den Jahren unterschiedlich hoch waren. Die Spitzenwerte lagen bei 90 µg/l Microcystin. Beispielhaft befindet sich in der Abbildung 5.1 der Jahrgang von Microcystinkonzentrationen während einer *Planktothrix*-Blüte im Zeuthener See.

Die Toxingehalte bei *Microcystis*-Arten können hingegen sehr unterschiedlich sein. Sie erreichten am Großen Müggelsee (*M. aeruginosa*) und an der Oberhavel (*M. wesenbergii*) kurzfristig sehr hohe intrazelluläre Konzentrationen, die durch die Aufräumung vieler Kolonien an den Badestellen soweit erhöht wurden, dass der Richtwert von 100 µg/l überschritten wurde. Jedoch auch bei

vergleichbarer Biomasse wurden sehr unterschiedliche Toxinkonzentrationen im gleichen Gewässer ermittelt. Am Großen Wannsee wurden z. B. sowohl hohe Microcystis-Blüten mit sehr geringen Toxingehalten als auch längere Perioden mit toxischem Microcystin-LR registriert (vgl. Abbildung 5.2).

Im Rahmen einer Bewertung des Expositionsrisikos ist ebenfalls zu berücksichtigen, dass sich Wasserblüten häufig im Uferbereich ansammeln und somit die Toxinkonzentrationen um ein Vielfaches über denen im Schwimmbereich liegen können. Im Strandbad Wannsee wurden deshalb Parallelmessungen im Flachbereich der Kinderbadestelle und im Schwimmbereich durchgeführt. Trotz der geringen Algendichte zeigte sich immer eine *höhere Konzentration von Microcystinen im Strandbereich*. Die Spitzenkonzentrationen lagen hier im Untersuchungszeitraum bei 20 µg/l (vgl. Abbildung 5.3).

5.1.9 Einfuhr von Tieren bzw. tierischen Produkten und Tierseuchenbekämpfung

Heimtierausweis

EU-Regelung zur Bekämpfung der Tollwut

Im Jahre 2004 kam es zu einer grundlegenden Umstrukturierung der Einreise- und Verbringungsbestimmungen für fleischfressende Haustiere (Hund, Katze und Frettchen). Diese basieren auf den Regelungen einer EU-Verordnung, die die Einschleppung und Verbreitung der Tollwut in der Gemeinschaft mit harmonisierenden Maßnahmen verhindern soll (Verordnung der Europäischen Union Nr. 998/2003).

Für Hunde, Katzen und Frettchen, die aus der EU stammen, muss bei Reisen in andere Mitgliedsstaaten bzw. in Drittländer seither ein sogenannter *Heimtierausweis* mitgeführt werden. Dieser entspricht einem europaweit einheitlichen Muster und enthält Angaben über das Tier, seinen Besitzer und den Impfstatus bezüglich Tollwut. Zur eindeutigen Identifizierung muss das Tier mittels Mikrochip oder Tätowierung gekennzeichnet und die Daten im Pass eingetragen werden. Ausgestellt werden diese Ausweise in Deutschland von den praktizierenden Tierärzten.

Bei Reisen in Länder außerhalb der EU, die einen negativen Tollwutstatus aufweisen (darunter beliebte Ferienzele wie z. B. die Türkei, Marokko und Ägypten), muss der Erfolg der Impfung vorab durch eine Bluttitertestbestimmung bestätigt und das Ergebnis im Heimtierpass vermerkt werden. Entsprechende Anforderungen werden auch beim innergemeinschaftlichen Verbringen nach Mitgliedsstaaten gestellt, die als tollwutfrei eingestuft sind (hierunter Malta, Großbritannien und Schweden).

Bei der Ersteinreise aus Drittländern müssen die genannten Bedingungen mit einer amtlichen Gesundheitsbescheinigung (gemäß der Entscheidung der Kommission Nr. 2004/203/EG) nachgewiesen werden.

Werden die Einreisebedingungen nicht erfüllt, so werden von der zuständigen Behörde Maßnahmen verhängt, die von Zurückweisung über mehrmonatige (sehr kostenintensive) Quarantänisierung bis hin zur Einschläferung des Tiers reichen können (bei Krankheitsverdacht).

Tollwut

Die Tollwut ist eine ansteckende, schnell verlaufende und immer tödlich endende virusbedingte Krankheit. Sie kommt bei Säugetieren und dem Menschen vor und wird von Tier zu Tier, aber auch vom Tier auf den Menschen übertragen. Die Ansteckung erfolgt nahezu ausschließlich durch den Biss tollwutkranker Tiere. Tollwut stellt weiterhin eine große Gefahr für Mensch und Tier dar, da sie nicht zu therapieren ist. Entgegen der Situation *in Deutschland, wo der Fuchs nach wie vor Hauptvirus-träger der Tollwut* ist, führt der Hauptübertragungsweg in vielen Drittländern, die oftmals beliebte Reiseziele darstellen, über den Biss eines tollwutinfizierten Hundes. Jährlich sterben in diesen betroffenen Ländern mehr als 50.000 Menschen an den Folgen der Infektion mit Tollwut. Eine Gefähr-

dung besteht neben dem direkten Kontakt zu Tieren in diesen Ländern insbesondere durch deren Einfuhr in die EU. Abgesehen von einigen wenigen Ausbrüchen im Bundesgebiet ist die *Tollwut-situation in Deutschland weiterhin sehr günstig*. So ist in Berlin der letzte Tollwutfall im Jahre 1995 festgestellt worden. Zur Aufrechterhaltung dieser vorteilhaften Situation tragen neben der Überwachung der einheimischen Fuchspopulation die verschärften Einreise- und Verbringungsbestimmungen für fleischfressende Haustiere in entscheidendem Maße bei.

5.1.10 Berliner Patientenbeauftragte

Der Senat von Berlin hat am 5. Oktober 2004 die Einsetzung einer Berliner Patientenbeauftragten beschlossen. Seit dem 1. November 2004 wird diese in der Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz angesiedelte Aufgabe wahrgenommen.

Mit der Einsetzung einer Patientenbeauftragten sollen die bestehenden umfassenden Angebote zur Beratung und Information vervollständigt und die Belange von Patientinnen und Patienten verstärkt in der Gesundheitspolitik zur Geltung kommen. Damit übernimmt Berlin eine Vorreiterposition unter den Bundesländern. *Ziel ist, die Rechte der Patientinnen und Patienten zu stärken und für sie mehr Transparenz im Gesundheitswesen zu schaffen*. Orientierungshilfen - zugeschnitten auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der vielfältigen Patientengruppen - gehören ebenso wie wohnortnahe Informations- und Beratungsmöglichkeiten zu den zentralen Aufgaben des Verbraucherschutzes und der Gesundheitspolitik.

Die Patientenbeauftragte berät die Senatorin in Fragen, die Patientenbelange betreffen. Hierbei sollen vor allem die Koordinierung und die Vernetzung der vielfältigen Aktivitäten, die es in Berlin zur Patientenorientierung im Gesundheitswesen gibt, unterstützt und weiterentwickelt werden. Die Patientenbeauftragte ist darüber hinaus Ansprechpartnerin für Patienteninitiativen und -organisationen als Schnittstelle zur Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz.

Mit der Einsetzung einer Patientenbeauftragten ist im Land Berlin ein wichtiger Schritt hin zu einem besseren Verbraucherschutz im Gesundheitswesen und mehr Patientensouveränität gelungen.

5.2 Tabellen

Lebens- und Arbeitsbedingungen

● Gesundheitsrisiken durch Schadstoffe in der Außenluft

Tabelle 5.2.1:
Stickstoffdioxid in der Außenluft in Berlin 2003 und 2004
nach Messstationen

Indikator 5.1

Lfd. Nr.	Messstation	Stickstoffdioxid (NO ₂)			
		2003		2004	
		Jahres- mittelwert (in µg/m ³)	Häufigkeit Grenzwert- überschreitungen der 22. BImSchV zulässig: 18/Jahr 1-Stunden-Mittelwert	Jahres- mittelwert (in µg/m ³)	Häufigkeit Grenzwert- überschreitungen der 22. BImSchV zulässig: 18/Jahr 1-Stunden-Mittelwert
Grenzwert: 40 µg/m ³	Grenzwert: 200 µg/m ³	Grenzwert: 40 µg/m ³	Grenzwert: 200 µg/m ³		
Wohngebietsstation					
1	010 Wedding	31	0	29	0
2	018 Schöneberg	31	0	29	0
3	042 Neukölln	29	0	29	0
4	071 Mitte	34	0	-	-
5	171 Mitte	27	0	28	0
6	072 Pankow	30	0	-	-
7	282 Karlshorst	22	0	21	0
Verkehrsmessstation					
1	014 Stadtautobahn	48	0	43	0
2	117 Schildhornstraße	59	1	55	0
3	143 Silbersteinstraße	61	21	48	0
4	174 Frankfurter Allee	47	1	42	0
5	220 Karl-Marx-Str.	51	6	43	0
6	115 Hardenbergplatz	-	-	50	2
Stadtrandmessstation					
1	027 Marienfelde	20	0	16	0
2	032 Grunewald	17	0	15	0
3	077 Buch	16	0	16	0
4	085 Friedrichshagen	15	0	13	0
5	145 Frohnau	17	0	14	0

- keine Messung

(Datenquelle: SenStadt Berlin, Berliner-Luftgüte-Messnetz / Berechnung: LAGetSi)

Tabelle 5.2.2:
Schwefelstoffdioxid in der Außenluft in Berlin 2003 und 2004
nach Messstationen

Indikator 5.2

Lfd. Nr.	Messstation	Schwefelstoffdioxid (SO ₂)					
		2003		2004			
		Häufigkeit Grenzwertüberschreitungen der 22. BImSchV					
		zulässig: 3/Jahr (24-Stunden- Mittelwert)	zulässig: 24/Jahr (1-Stunden- Mittelwert)	zulässig: 3/Jahr (24-Stunden- Mittelwert)	zulässig: 24/Jahr (1-Stunden- Mittelwert)		
Grenzwert: 125 µg/m ³		Grenzwert: 350 µg/m ³		Grenzwert: 125 µg/m ³		Grenzwert: 350 µg/m ³	
Wohngebietsstation							
1	010 Wedding	5	0	4	0		
2	018 Schöneberg	-	-	-	-		
3	042 Neukölln	6	0	4	0		
4	071 Mitte	-	-	-	-		
5	171 Mitte	4	0	3	0		
6	072 Pankow	-	-	-	-		
7	282 Karlshorst	4	0	3	0		
Verkehrsmessstation							
1	014 Stadtautobahn	8	0	6	0		
2	117 Schildhornstraße	7	0	5	0		
3	143 Silbersteinstraße	-	-	-	-		
4	174 Frankfurter Allee	6	1	4	0		
5	220 Karl-Marx-Str.	-	-	-	-		
6	115 Hardenbergplatz	-	-	-	-		
Stadtrandmessstation							
1	027 Marienfelde	5	0	-	-		
2	032 Grunewald	4	0	3	0		
3	077 Buch	-	-	-	-		
4	085 Friedrichshagen	-	-	-	-		
5	145 Frohnau	4	0	-	-		

- keine Messung

(Datenquelle: SenStadt Berlin, Berliner-Luftgüte-Messnetz / Berechnung: LAGetSi)

Tabelle 5.2.3:
Feinstaub in der Außenluft in Berlin 2003 und 2004
nach Messstationen

Indikator 5.3

Lfd. Nr.	Messstation	Feinstaub (PM ₁₀)			
		2003		2004	
		Jahres- mittelwert (in µg/m ³)	Häufigkeit Grenzwert- überschreitungen der 22. BImSchV zulässig: 35/Jahr 24-Stunden-Mittelwert	Jahres- mittelwert (in µg/m ³)	Häufigkeit Grenzwert- überschreitungen der 22. BImSchV zulässig: 35/Jahr 24-Stunden-Mittelwert
		Grenzwert: 40 µg/m ³	50 µg/m ³	Grenzwert: 40 µg/m ³	Grenzwert: 50 µg/m ³
Wohngebietsstation					
1	010 Wedding	30	43	24	18
2	018 Schöneberg	30	39	24	19
3	042 Neukölln	31	42	26	18
4	071 Mitte	37	69	-	-
5	171 Mitte	33	38	27	21
6	072 Pankow	35	69	-	-
7	282 Karlshorst	-	-	-	-
Verkehrsmessstation					
1	014 Stadtautobahn	47	117	36	62
2	117 Schildhornstraße	41	80	34	39
3	143 Silbersteinstraße	-	-	-	-
4	174 Frankfurter Allee	43	96	34	41
5	220 Karl-Marx-Str.	-	-	-	-
Stadtrandmessstation					
1	027 Marienfelde	27	29	22	15
2	032 Grunewald	26	28	19	5
3	077 Buch	28	36	21	15
4	085 Friedrichshagen	26	29	20	7
5	145 Frohnau	28	32	-	-

- keine Messung

(Datenquelle: SenStadt Berlin, Berliner-Luftgüte-Messnetz / Berechnung: LAGetSi)

Tabelle 5.2.4:
Ozon in der Außenluft in Berlin 2003 und 2004
nach Messstationen

Indikator 5.4

Lfd. Nr.	Messstation	Ozon (O ₃)			
		Häufigkeit Zielwertüberschreitungen der 33. BImSchV			
		(8-Stunden-Mittelwert)			
		Zielwert: 120 µg/m ³			
		2001	2002	2003	2004
Wohngebietsstation					
1	010 Wedding	14	12	21	8
4	071 Mitte	1	3	4	-
3	042 Neukölln	9	22	31	5
Verkehrsmessstation					
1	014 Stadtautobahn	1	0	0	0
Stadtrandmessstation					
1	027 Marienfelde	23	34	46	9
2	032 Grunewald	10	9	20	7
3	077 Buch	19	22	31	6
4	085 Friedrichshagen	15	40	45	11
5	145 Frohnau	12	19	23	7

- kein Messwert

(Datenquelle: SenStadt Berlin, Berliner-Luftgüte-Messnetz / Berechnung: LAGetSi)

Tabelle 5.2.5:
Benzol und Ruß in der Außenluft in Berlin 2003 und 2004
nach Messstationen

Indikator 5.5

Lfd. Nr.	Messstation	Benzol ¹⁾		Ruß ²⁾	
		Jahresmittelwerte ($\mu\text{g}/\text{m}^3$)			
		Grenzwert: $5 \mu\text{g}/\text{m}^3$		Prüfwert: $8 \mu\text{g}/\text{m}^3$	
		2003	2004	2003	2004
Wohngebietsstation					
1	010 Wedding	-	-	2,0	2,6
2	018 Schöneberg	-	-	1,9	2,3
3	042 Neukölln	1,7	1,4	1,6	2,5
4	071 Mitte	2,1	-	2,6	-
5	171 Mitte	-	-	3,0	2,5
6	072 Pankow	-	-	2,6	-
7	282 Karlshorst	-	-	-	-
Verkehrsmessstation					
1	014 Stadtautobahn	2,4	1,7	4,5	5,4
2	117 Schildhornstraße	3,7	3,4	4,5	6,0
3	143 Silbersteinstraße	-	-	-	-
4	174 Frankfurter Allee	3,1	2,6	4,2	5,0
5	220 Karl-Marx-Str.	-	-	-	-
6	115 Hardenbergplatz	-	2,0	.	3,8
Stadtrandmessstation					
1	027 Marienfelde	-	-	1,3	1,6
2	032 Grunewald	-	-	1,6	1,4
3	077 Buch	-	-	1,6	1,7
4	085 Friedrichshagen	-	-	1,7	1,7
5	145 Frohnau	1,2	-	1,7	-

- keine Messung

¹⁾ Grenzwert der 22. BImSchV: $5 \mu\text{g}/\text{m}^3$.

Zielwert des Länderausschusses für Immissionsschutz (LAI): $2,5 \mu\text{g}/\text{m}^3$.

Prüfwert der 23. BImSchV: $10 \mu\text{g}/\text{m}^3$ (seit 01.01.2005 außer Kraft).

²⁾ Prüfwert der 23. BImSchV: $8 \mu\text{g}/\text{m}^3$ (seit 01.01.2005 außer Kraft).

Zielwert des Länderausschusses für Immissionsschutz (LAI): $1,5 \mu\text{g}/\text{m}^3$.

(Datenquelle: SenStadt Berlin, Berliner-Luftgüte-Messnetz / Berechnung: LAGetSi)

● Belastungen durch Schadstoffe im Trinkwasser

Tabelle 5.2.6:
Belastung des Trinkwassers mit Nitrat, Pestiziden, Blei, Kupfer und Trihalogenmethan
in Berlin 2004

Indikatoren 5.6/5.7

Substanz	Herkunft des Wassers	Anzahl der untersuchten Wasserversorgungsanlagen	
		insgesamt	darunter mit Grenzwertüberschreitungen
Nitrat	Anlagen mit einer Abgabe > 1.000 m ³ /Jahr	9 ^{1) 2) 3)}	0
	Anlagen mit einer Abgabe < 1.000 m ³ /Jahr	. ^{3) 4)}	.
Pestizide ⁵⁾	Anlagen mit einer Abgabe > 1.000 m ³ /Jahr	9 ^{1) 2) 3)}	0
Blei	Hausinstallationen, Hausanschlussleitungen	311 ^{3) 4) 6)}	7
Kupfer	Anlagen mit einer Abgabe < 1.000 m ³ /Jahr	. ^{3) 4)}	.
Trihalogenmethan	Anlagen mit einer Abgabe < 1.000 m ³ /Jahr	. ^{3) 4)}	.

¹⁾ Die Angaben beziehen sich nur auf die zentralen Wasserversorgungsanlagen der Berliner Wasserbetriebe (BWB). Sie versorgen mehr als 99 % der Berliner Bevölkerung mit Trinkwasser. 2004 betrug die Abgabemenge der 9 Wasserwerke der BWB 201,7 Mio. m³.

²⁾ Die Überwachung anderer Anlagen, die ebenfalls mehr als 1000 m³/Jahr abgeben und die nicht Teil der zentralen Trinkwasserversorgung sind, fällt in die Zuständigkeit der Gesundheitsämter der Bezirke.

³⁾ Zu diesen Anlagen werden dem LAGetSi erst nach Fertigstellung entsprechender Datenbankstrukturen gemäß TrinkwV 2001 in Verbindung mit den Ausführungsvorschriften zu dieser Verordnung entsprechende Daten zur Verfügung stehen.

⁴⁾ Die Überwachung dieser Anlagen fällt in die Zuständigkeit der Gesundheitsämter der Bezirke.

⁵⁾ Pflanzenbehandlungs- und Schädlingsbekämpfungsmittel insgesamt.

⁶⁾ Bei ca. 28.000 Hausanschlussleitungen erfolgt die Trinkwasserversorgung noch durch Bleirohre. Aufgrund von Schätzungen wurde im Jahre 2002 davon ausgegangen, dass der Anteil der Haushalte und öffentlichen Gebäude mit Bleirohrleitungen sich auf ca. 20 % der Altbauten beläuft.

(Datenquelle: LAGetSi Berlin)

Tabelle 5.2.7:
Belastung des Trinkwassers mit Escherichia coli und Enterokokken in Berlin 2004

Indikator 5.8

Substanz	Herkunft des Wassers	Anzahl der untersuchten Wasserversorgungsanlagen	
		insgesamt	darunter mit Grenzwertüberschreitungen
Escherichia coli	Anlagen mit einer Abgabe > 1.000 m ³ /Jahr	9 ^{1) 2)}	0
	Anlagen mit einer Abgabe ³⁾ < 1.000 m ³ /Jahr	. ^{2) 4)}	.
	Anlagen mit einer Entnahme ³⁾ < 1.000 m ³ /Jahr	. ^{2) 4)}	.
Enterokokken	Anlagen mit einer Abgabe > 1.000 m ³ /Jahr	9 ^{1) 2)}	4
	Anlagen mit einer Abgabe ³⁾ < 1.000 m ³ /Jahr	. ^{2) 4)}	.
	Anlagen mit einer Entnahme ³⁾ < 1.000 m ³ /Jahr	. ^{2) 4)}	.

¹⁾ Die Angaben beziehen sich nur auf die zentralen Wasserversorgungsanlagen der Berliner Wasserbetriebe (BWB). Sie versorgen mehr als 99 % der Berliner Bevölkerung mit Trinkwasser. 2004 betrug die Abgabemenge der 9 Wasserwerke der BWB 201,7 Mio. m³.

Die Überwachung anderer Anlagen, die ebenfalls mehr als 1000 m³/Jahr abgeben und die nicht Teil der zentralen Trinkwasserversorgung sind, fällt in die Zuständigkeit der Gesundheitsämter der Bezirke.

²⁾ Zu diesen Anlagen werden dem LAGetSi erst nach Fertigstellung entsprechender Datenbankstrukturen gemäß TrinkwV 2001 in Verbindung mit den Ausführungsvorschriften zu dieser Verordnung entsprechende Daten zur Verfügung stehen.

³⁾ Anlagen mit einer Abgabe bedeutet, dass das Trinkwasser vom Inhaber/Betreiber an Verbraucher abgegeben wird, Entnahme meint, dass der Inhaber/Betreiber eine Wasserversorgungsanlage in seinem Haushalt nutzt.

⁴⁾ Die Überwachung dieser Anlagen fällt in die Zuständigkeit der Gesundheitsämter der Bezirke.

(Datenquelle: LAGetSi Berlin)

● **Gesundheitsgefährdung durch Schadstoffe in der Ernährung, Bedarfsgegenstände, kosmetische Mittel und Spielwaren sowie Belastung aus der technischen und Arbeitsumwelt**

Tabelle 5.2.8:
Dioxine und Polychlorierte Biphenyle (PCB) in der Kuhmilch in Deutschland 2002 - 2004

Indikatoren 5.10/5.11

Jahr / Substanz	Anzahl der Proben	Minimalwert	Maximalwert	Median ¹⁾	Mittelwert ²⁾
Gehalte in internationalen Toxitätsäquivalenten in ng I-TEq/kg Milchfett					
Dioxine ³⁾					
2002 ⁴⁾	18	0,252	0,598	0,463	.
2003	181	0,088	1,090	0,300	.
PCB in µg/kg Milchfett					
PCB-138					
2002	292	0,25	15,00	2,50	4,30
2003	424	0,50	29,00	2,00	2,37
2004	477	0,50	31,00	1,50	2,07
PCB-153					
2002	292	0,25	28,00	2,50	4,65
2003	424	0,50	26,00	2,50	3,05
2004	478	0,50	32,00	2,00	2,45
PCB-180					
2002	292	0,50	15,00	2,50	3,82
2003	424	0,50	15,00	1,00	1,56
2004	478	0,50	12,00	1,50	1,53
PCB insgesamt					
2002	292	1,64	73,80	12,30	20,94
2003	424	2,46	104,96	8,20	11,46
2004	478	2,46	123,00	7,38	9,90

¹⁾ Unter Einbeziehung der Ergebnisse unter der Bestimmungsgrenze (mit dem Wert der halben Bestimmungsgrenze).

²⁾ Arithmetischer Mittelwert unter Einbeziehung der Ergebnisse unter der Bestimmungsgrenze (mit dem Wert der halben Bestimmungsgrenze).

³⁾ Polychlorierte Dibenzo-p-dioxine (PCDD) und Dibenzofurane (PCDF).

⁴⁾ Alle Proben stammen aus Baden-Württemberg.

(Datenquelle: Umweltbundesamt / Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit)

Tabelle 5.2.9:
Höchstmengeüberschreitungen in pflanzlichen Lebensmitteln in Berlin 2004
nach Richtlinie 90/642/EWG

Lfd. Nr.	Lebensmittel ¹⁾	Herkunftsland	Höchstmengeüberschreitung		Höchstmenge mg/kg
			Wirkstoff	Gehalt mg/kg	
1	Weinblätter	Türkei	Endosulfan	2,82	0,05
2	Erdbeeren	Spanien	Mepanipirim	0,09	0,01
3	Erdbeeren	Spanien	Mepanipirim	0,27	0,01
4	Erdbeeren	Spanien	Mepanipirim	0,37	0,01
5	Paprika	Griechenland	Methamidophos	1,31	0,01
			Endosulfan	2,02	1
6	Paprika	Spanien	Acetamidiprid	0,07	0,01
			Methiocarb	0,16	0,1 ²⁾
7	Weintrauben, grün	Indien	Methomyl	0,9	0,05
8	Paprika	Türkei	Acetamidiprid	0,11	0,01
			Trifloxystrobin	0,07	0,02
9	Grüner Tee	China	Fenvalerat u. Esfenvalerat RR- und SS-Isomere	0,21	0,05
			RS- und SR-Isomere	0,21	0,05
			Fenprothrin	0,26	0,05
			Buprofezin	0,18	0,02
			Triazophos	0,07	0,05
10	Erdbeeren	Belgien	Mepanipirim	0,13	0,01
11	Johannisbeeren	Deutschland	Summe aus Oxydemetonmethyl und Demeton-S-methylsulfon, berechnet als Oxydemeton-S-methyl	0,79	0,02
12	Erdbeeren	Belgien	Mepanipirim	0,13	0,01
13	Stachelbeeren	Deutschland	Fenpropimorph	0,25	0,05
			Quinoxifen	0,05	0,01
14	Johannisbeeren	Deutschland	Tebufenozid	0,08	0,02
15	Weintrauben	Türkei	Quinalphos	0,19	0,05
16	Petersilie		Diazinon	0,2	0,02
			Azinphos-methyl	1,50	0,5
17	Petersilie		Fenitrothion	0,69	0,5
			Tau-Fluvalinat	0,03	0,01
			Fenhexamid	0,35	0,05
18	Nektarinen	Italien	Etofenprox	0,13	0,01 ³⁾
19	Paprika-Pulver	Spanien	2-Chlorethanol	1,3	0,01
20	Weintrauben	Griechenland	Indoxacarb	0,18	0,02
			Cypermethrin	5,03	2,5
21	Chilli Pulver	Singapur	Dicofol	0,62	0,1
			Triazophos	1,48	0,1
			Ethion	2,76	0,5
22	Chilli Pulver	Indien	Dicofol	1,08	0,1
			Triazophos	0,68	0,1
			Ethion	4,35	0,5
23	Chilli Pulver	Thailand	Dicofol	0,32	0,1
			Prothiophos	0,10	0,1
24	Chilli Pulver		Fenvalerat u. Esfenvalerat RR- u. SS-Isomere	0,37	0,1
			RS- u. SR-Isomere	0,40	0,1
			Dicofol	0,15	0,1
			Triazophos	0,22	0,1
			Dicofol	0,44	0,1
25	Chillies gemahlen		Fenvalerat u. Esfenvalerat RR- u. SS-Isomere	0,20	0,1
			RS- u. SR-Isomere	0,14	0,1
26	Haselnüsse	USA	Bromid	119,2	50
27	Paprika	Spanien	Acetamidiprid	0,04	0,01
			Tebufenozid	0,03	0,02
28	Zucchini	Spanien	Imidacloprid ⁴⁾	0,38	0,05
29	Zucchini	Spanien	Imidacloprid ⁴⁾	0,14	0,05
30	Weintrauben, hell	Italien	Fenazaquin	0,09	0,01

¹⁾ Untersucht wurden ca. 480 Obst- und Gemüseproben.

²⁾ Nach dem Zeitpunkt der Probenahme ab 28.6.04 (§ 47a: 0,5).

³⁾ 0,5 für Pfirsiche (§ 47a).

⁴⁾ einschließlich der Abbau- u. Reaktionsprodukte.

(Datenquelle: BBGes - ILAT Berlin)

Tabelle 5.2.10:

Im ILAT untersuchte Lebensmittel, Bedarfsgegenstände, kosmetische Mittel, Tabakerzeugnisse, Erzeugnisse des Weinrechtes und Hygieneproben in Berlin 2004 nach Produktgruppen und Beanstandungsgründen

Lebensmittel	Proben			Beanstandungen (Codierung der Beanstandungsgründe auf Seite 3 dieser Tabelle)																				
	insgesamt	darunter beanstandet		zus.	01	02	03	04	05	06	07	08	09	11	12	13	14	16	17	18	19	20	21	
		abs.	%																					
Milch	336	37	11,0	43	-	-	8	-	2	2	4	4	-	-	5	-	-	-	-	-	-	18	-	-
Milchprodukte	439	78	17,8	80	-	-	-	-	5	-	1	6	-	-	8	1	-	-	-	-	-	33	1	25
Käse	549	75	13,7	81	-	-	-	-	12	4	8	23	-	-	28	-	1	-	-	-	-	5	-	-
Butter	121	24	19,8	26	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	19	-	-	-	-	-	-	3	-	1
Eier, Eiprodukte	601	61	10,1	116	-	-	-	-	-	-	24	43	-	-	44	-	-	-	-	-	-	1	-	-
Fleisch warmblütiger Tiere	1.225	271	22,1	310	-	-	61	-	15	8	18	64	-	-	52	1	1	-	2	13	39	-	36	
Fleischerzeugn. warmblütiger Tiere	751	224	29,8	315	-	-	14	-	5	11	20	87	-	-	74	41	1	-	1	6	28	-	27	
Wurstwaren	1.437	265	18,4	342	-	-	3	-	8	2	51	92	-	-	119	36	-	-	-	9	20	-	2	
Fische, Fischzuschnitte	225	45	20,0	54	-	-	-	-	3	3	3	8	-	-	19	1	-	-	-	6	9	1	1	
Fischerzeugnisse	530	87	16,4	102	-	-	3	-	1	4	6	13	-	-	18	1	3	-	-	1	19	-	33	
Krusten-, Schalen-, Weich- und sonstige Tiere und Erzeugnisse	148	31	20,9	38	-	-	-	-	1	-	5	1	-	-	21	1	3	-	1	2	2	-	1	
Fette, Öle	392	74	18,9	119	-	-	-	-	1	36	1	24	-	-	45	-	10	-	-	-	-	1	-	
Suppen, Soßen	130	9	6,9	9	-	-	-	-	-	-	2	1	-	-	3	2	-	-	-	-	-	1	-	
Getreide	82	2	2,4	2	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	
Getreideprodukte, Backvormischungen, Brotteige, Massen, Teige für Backwaren	377	14	3,7	15	-	-	-	1	-	5	1	2	-	-	5	-	1	-	-	-	-	-	-	
Brot, Kleingebäcke	340	19	5,6	25	-	-	-	-	-	5	2	3	-	-	12	3	-	-	-	-	-	-	-	
Feine Backwaren	664	133	20,0	181	-	-	-	-	8	5	30	25	-	-	27	41	1	-	-	-	29	-	15	
Mayonnaisen, emulgierte Soßen, kalte Fertigsoßen, Feinkostsalate	670	99	14,8	123	-	-	1	-	9	2	10	19	-	-	15	26	4	-	-	-	30	-	7	
Puddinge, Kremspeisen, Desserts, süße Soßen	189	10	5,3	11	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	2	-	-	-	-	5	-	1	
Teigwaren	156	4	2,6	4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-	3	-	
Hülsenfrüchte, Ölsamen, Schalenobst	375	48	12,8	61	-	-	-	5	7	10	-	10	-	-	16	-	1	1	-	1	3	6	1	
Kartoffeln, stärkereiche Pflanzenteile	349	8	2,3	12	-	-	-	-	-	3	-	3	-	-	1	2	-	-	-	-	2	1	-	
Frischgemüse, außer Rhabarber	442	54	12,2	67	-	-	-	5	7	3	10	6	-	-	11	-	-	8	-	-	11	5	1	
Gemüseerzeugnisse, -zubereitungen	324	44	13,6	55	-	4	-	-	2	2	2	2	-	-	20	7	3	1	-	-	11	-	1	
Pilze	23	1	4,3	1	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Pilzzeugnisse	82	20	24,4	23	-	-	2	-	1	-	-	1	-	-	14	-	-	-	-	-	1	-	4	
Frischobst, einschließlich Rhabarber	431	48	11,1	55	-	-	-	-	6	5	2	8	-	-	18	-	1	11	-	-	-	4	-	
Obstprodukte	310	21	6,8	31	-	-	-	-	-	2	-	-	-	-	14	12	-	-	-	-	1	-	1	
Fruchtsäfte, -nektare, -sirupe, Fruchtsäfte getrocknet	396	49	12,4	57	-	-	-	-	1	5	1	5	-	-	23	-	-	-	-	-	4	15	-	3
Alkoholfreie Getränke, Getränkeansätze, Getränkepulver	386	43	11,1	66	-	-	-	-	2	1	-	12	-	-	34	5	-	-	-	11	1	-	-	
Weinähnliche Getränke	5	3	60,0	5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	1	-	2	
Biere, bierähnliche Getränke, Rohstoffe für die Bierherstellung	90	9	10,0	11	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	9	-	-	-	-	1	-	
Spirituosen, spirituosenhaltige Getränke	151	16	10,6	27	-	-	-	-	-	-	-	-	-	10	-	-	9	3	2	-	-	3	-	
Zucker	36	3	8,3	4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-	-	-	-	-	2	-	-	
Honige, Blütenpollen, -zubereitungen, Brotaufstriche	145	4	2,8	6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	-	-	-	-	-	1	2	-	
Konfitüren, Gelees, Marmeladen, Fruchtzubereitungen	62	6	9,7	10	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-	6	2	-	-	-	-	-	-	
Speiseeis, Speiseeis halberzeugnisse	648	282	43,5	307	-	-	-	-	-	-	-	14	1	-	12	14	-	-	-	-	266	-	-	
Süßwaren	438	51	11,6	77	-	-	-	2	-	-	6	4	-	-	46	11	4	-	-	-	4	-	-	
Schokoladen, Schokoladenwaren	504	17	3,4	26	-	-	-	-	-	1	3	6	-	-	14	-	-	-	-	-	1	-	-	
Kakao	88	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Kaffee, Kaffee-Ersatzstoffe, -zusätze	97	2	2,1	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-	-	-	-	-	-	-	-	
Tee, teeähnliche Erzeugnisse	122	14	11,5	22	-	-	-	-	-	1	-	3	-	-	11	-	6	1	-	-	-	-	-	
Säuglings- u. Kleinkindernahrung	364	12	3,3	13	-	-	4	-	2	-	-	3	-	-	4	-	-	-	-	-	-	-	-	
Diätetische Lebensmittel	256	19	7,4	31	1	-	-	-	2	4	4	-	-	-	14	2	-	-	-	-	3	-	1	
Fertiggerichte, zubereitete Speisen	777	98	12,6	118	5	1	1	1	4	10	15	18	-	-	39	3	3	-	-	-	14	-	4	
Nährstoffkonzentrate, Ergänzungsnahrung	48	17	35,4	44	-	-	-	-	-	-	-	-	-	14	-	1	10	4	9	-	5	-	1	
Würzmittel	212	39	18,4	54	-	8	-	-	-	-	1	5	-	-	28	2	9	-	-	-	1	-	-	
Gewürze	149	27	18,1	29	-	-	-	-	-	2	-	-	-	-	13	-	1	6	-	-	-	-	7	
Aromastoffe	14	3	21,4	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	
Hilfsmittel aus Zusatzstoffen	53	1	1,9	1	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Zusatzstoffe, wie Zusatzstoffe verwendete Lebensmittel, Vitamine	46	1	2,2	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	
verpacktes Trinkwasser, Mineralwasser, Tafelwasser, Quellwasser	295	68	23,1	71	-	-	-	-	-	6	4	3	-	-	18	-	-	-	-	-	2	38	-	
insgesamt	17.080	2.590	15,2	3.286	6	13	97	15	103	141	235	553	2	7	908	224	64	28	4	70	619	22	175	

noch Tabelle 5.2.10:

Bedarfsgegenstände / Kosmetische Mittel	Untersuchte Proben			Beanstandungen ¹⁾																											
	insge- samt	dar. bean- standet		zus.	18	19	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	50	51	52	53	54	55	56	57	58						
		abs.	%																												
Bedarfsgegenstände mit Körperkontakt	254	54	21,3	59	-	-	1	-	-	-	4	2	2	13	32	5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedarfsgegenstände zur Reinigung/Pflege	101	18	17,8	19	-	-	-	1	-	-	-	-	1	12	3	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kosmetische Mittel und Stoffe zu deren Herstellung	656	145	22,1	196	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	4	66	77	8	6	4	9	20	1	-	-	-	-	-	-
Spielwaren und Scherzartikel	242	62	25,6	82	-	-	-	-	-	-	6	6	23	42	-	3	-	1	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Bedarfsgegenstände mit Lebensmittelkontakt	461	71	15,4	78	1	1	1	-	13	16	1	33	-	-	7	5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
insgesamt	1.714	350	20,4	434	1	1	2	1	13	16	11	41	26	68	42	15	4	67	78	8	6	4	9	20	1						

Erzeugnisse des Weinrechts	Proben insges.	dar. beanst.		Beanstandungen ¹⁾				
		abs.	%	zus.	71	72	76	77
Weine, Traubenmoste	970	57	5,9	74	16	5	19	34
Erzeugnisse aus Wein, Vor- und Nebenprodukte der Weinbereitung	97	4	4,1	5	-	-	1	4
insgesamt	1.067	61	5,7	79	16	5	20	38

Tabakerzeugnisse	Proben insges.	dar. beanst.		Beanstand. ¹⁾		
		abs.	%	zus.	19	62
Rohtabake, Tabaker- zeugnisse, Tabakersatz	226	3	1,3	3	1	2

Sonstige Proben	Proben insges.	dar. beanst.		Beanst. ¹⁾	
		abs.	%	zus.	34
Hygieneproben	236	67	28,4	64	64
sonstige Proben	2	1	50,0	1	1
insgesamt	238	68	28,6	65	65

¹⁾ Codierung der Beanstandungsgründe auf Seite 3 dieser Tabelle.

noch Tabelle 5.2.10:

Codierung der Beanstandungsgründe:

- 01 § 8 LMBG: gesundheitsschädlich (mikrobiologische Verunreinigung)
- 02 § 8 LMBG: gesundheitsschädlich (andere Ursachen)
- 03 VO nach § 9 (1) LMBG: gesundheitsgefährdend (mikrobiologische Verunreinigung)
- 04 VO nach § 9 (1) LMBG: gesundheitsgefährdend (andere Ursachen)
- 05 § 17 (1) Nr. 1 LMBG: nicht zum Verzehr geeignet (mikrobiologische Verunreinigung)
- 06 § 17 (1) Nr. 1 LMBG: nicht zum Verzehr geeignet (andere Ursachen)
- 07 § 17 (1) Nr. 2 LMBG: nachgemacht, wertgemindert
- 08 § 17 (1) Nr. 5 LMBG: irreführend
- 09 § 17 (1) Nr. 4 LMBG: unzulässiger Hinweis auf "naturrein" o.ä.
- 10 § 18 LMBG: unzulässige gesundheitsbezogene Angaben
- 11 VO nach § 19 LMBG: Verstöße gegen Kennzeichnungsvorschriften
- 12 § 16 LMBG: Zusatzstoffe, fehlende Kenntlichmachung
- 13 § 11 (1) LMBG: Zusatzstoffe, unzulässige Verwendung
- 14 § 14 (1) Nr. 1 LMBG: Pflanzenschutzmittel, Höchstmengen-Überschreitung
- 15 § 14 (1) Nr. 2 LMBG: Pflanzenschutzmittel, unzulässige Anwendung
- 16 § 15 LMBG, FleischhygieneV: pharmakologisch wirksame Stoffe, Überschreitungen
- 17 VO nach § 9 (4) LMBG: Schadstoffe, Höchstmengen-Überschreitung
- 18 Verstöße gegen sonstige Vorschriften des LMBG oder darauf gestützte VO
- 19 Verstöße gegen sonstige, Lebensmittel betreffende nationale Rechtsvorschriften
- 20 Verstöße gegen unmittelbar geltendes EG-Recht (ausgenommen Kennzeichnung)
- 21 Keine Übereinstimmung mit Hilfsnormen, stoffliche Beschaffenheit
- 22 § 13 LMBG: Verstöße gegen Bestrahlungsverbot
- 30 § 30 Nr. 1 bis 3 LMBG: gesundheitsschädlich (mikrobiologische Verunreinigung)
- 31 § 30 Nr. 1 bis 3 LMBG: gesundheitsschädlich (andere Ursachen)
- 32 § 8 LMBG: gesundheitsgefährdend aufgrund Verwechslungsgefahr mit Lebensmitteln
- 33 § 31 LMBG: Übergang von Stoffen auf Lebensmittel
- 34 Hygiene-V i.V. mit ggf. nach § 17 (1) LMBG zu beanstandenden Lebensmitteln: unappetitliche und ekelerregende Beschaffenheit
- 35 Produkt-Verordnungen nach § 32 LMBG: Verstöße gegen sonstige Rechtsvorschriften, stoffliche Beschaffenheit
- 36 Produkt-Verordnungen nach § 32 LMBG: Verstöße gegen sonstige Rechtsvorschriften, Aufmachung
- 37 WRMG, GefahrstoffV, GerätesicherheitsG: Verstöße gegen sonstige Rechtsvorschriften, stoffliche Beschaffenheit
- 38 WRMG, GefahrstoffV, GerätesicherheitsG: Verstöße gegen sonstige Rechtsvorschriften, Aufmachung
- 39 BGA, DFG, DIN u.a.: keine Übereinstimmung mit Hilfsnormen, stoffliche Beschaffenheit
- 40 BGA, DFG, DIN u.a.: keine Übereinstimmung mit Hilfsnormen, Aufmachung
- 49 § 8 LMBG: gesundheitsgefährdend aufgrund Verwechslungsgefahr mit Lebensmitteln
- 50 § 24 LMBG: gesundheitsschädlich
- 51 § 27 LMBG: irreführend
- 52 Verordnung nach § 29 Nr. 1 LMBG: Verstöße gegen Kennzeichnungsvorschriften
- 53 § 4 (2) KosmetikV: Verstöße gegen Kennzeichnungsvorschriften (Warnhinweise u.a.)
- 54 § 25 LMBG, § 26 (2), §§ 1-3 KosmetikV: Verwendung verschreibungspflichtiger oder verbotener Stoffe
- 55 TRG, IKW-, BGA-Empfehlungen u.a.: Verstöße gegen sonstige Kennzeichnungsvorschriften oder Hilfsnormen
- 56 TRG, IKW-, BGA-Empfehlungen u.a.: Verstöße gegen sonstige Rechtsvorschriften oder Hilfsnormen, stoffliche Beschaffenheit
- 57 § 5 KosmetikV: Verstöße gegen Vorschriften zur Bereithaltung von Unterlagen
- 58 § 8 (3) LMBG: gesundheitsgefährdend aufgrund Verwechslungsgefahr mit Lebensmitteln
- 60 § 20 LMBG: Verwendung nicht zugelassener Stoffe
- 61 § 22 LMBG: Werbeverbote
- 62 §§ 1, 2, 3 und 5 TabakV: stoffliche Zusammensetzung
- 63 § 3, § 5 Nr. 5 TabakV: Zusatzstoffe, fehlende Kenntlichmachung
- 64 §§ 3 a und 4 TabakV: Kennzeichnung
- 65 § 23 LMBG: Verstoß gegen sonstige Vorschriften des LMBG
- 70 § 8 LMBG entsprechende gesundheitlich bedenkliche Beschaffenheit
- 71 VO (EWG) Nr. 822/87 Art. 73 Abs. 1: nicht handelsübliche Beschaffenheit, sensorische Mängel
- 72 VO (EWG) Nr. 822/87 Art. 73 Abs. 1: unzulässige Behandlungsmethoden oder Verfahren
- 73 VO (EWG) Nr. 822/87 Art. 18, 19, 65, 66, § 6 Weingesetz: Über- bzw. Unterschreitung von Grenz- oder Richtwerten für Bestandteile, Zutaten
- 74 VO (EWG) Nr. 822/87 Anhang VI: Über- bzw. Unterschreitung von Grenz- oder Richtwerten für Zusatzstoffe
- 75 § 2 WeinVO: Überschreitung von Grenz- oder Richtwerten für Rückstände und Verunreinigungen
- 76 VO (EWG) Nr. 2392/89 Art. 13, § 46 Weingesetz: irreführende Bezeichnung, Aufmachung
- 77 VO (EWG) Nr. 2392/89 Art. 44, VO (EWG) Nr. 3309/85 Art. 15, § 52 Weingesetz: nichtvorschriftsmäßige Bezeichnung oder Aufmachung
- 78 Verstoß gegen nationale Vorschriften anderer EG-Länder oder Drittländer
- 79 Verstöße gegen sonstige Rechtsvorschriften
- 87 Nicht zum Verzehr für den Menschen geeignete Fleischteile

(Datenquelle: BBGes - ILAT Berlin)

Tabelle 5.2.11:
Durch meldepflichtige Störfälle und Störungen in verfahrenstechnischen Anlagen verletzte und getötete Personen in Deutschland 2002, 2004 und 2005

Indikator 5.13

Jahr / Status	Verletzte		Getötete	
	absolut	je 1 Mio. Einw.	absolut	je 1 Mio. Einw.
2002				
Auswirkungen innerhalb der Anlage				
Beschäftigte	23	0,28	10	0,12
Einsatzkräfte	5	0,06	-	-
Auswirkungen außerhalb der Anlage				
Beschäftigte	-	-	-	-
Einsatzkräfte	-	-	-	-
Bevölkerung	-	-	-	-
2004				
Auswirkungen innerhalb der Anlage				
Beschäftigte	18	0,22	2	0,02
Einsatzkräfte	2	0,02	-	-
Auswirkungen außerhalb der Anlage				
Beschäftigte	-	-	-	-
Einsatzkräfte	-	-	-	-
Bevölkerung	5	0,06	-	-
Auswirkungen innerhalb und außerhalb der Anlage				
insgesamt	25	0,30	2	0,02
2005				
Auswirkungen innerhalb der Anlage				
Beschäftigte	24	0,29	1	0,01
Einsatzkräfte	-	-	-	-
Auswirkungen außerhalb der Anlage				
Beschäftigte	4	0,05	-	-
Einsatzkräfte	1	0,01	-	-
Bevölkerung	5	0,06	-	-
Auswirkungen innerhalb und außerhalb der Anlage				
insgesamt	34	0,41	1	0,01

(Datenquelle: Umweltbundesamt)

● Belastungen durch Badegewässer

Tabelle 5.2.12:
Ergebnisse der Badegewässerüberwachung in Berlin 2002 - 2004

Indikator 5.14

Jahr / Erreger: Leitwert (L) ¹⁾ Grenzwert (G) ¹⁾	Anzahl der untersuchten Badegewässer und der Erreger	Anzahl von Überschreitungen des			
		Leitwerts		Grenzwerts	
		absolut	in %	absolut	in %
2002	54 Badestellen				
Coliforme Keime L = 500 / G = 10.000	550	62	11,3	13	2,4
Fäkalcoliforme Keime L = 100 / G = 2.000	550	47	8,5	1	0,2
Streptokokken L = 100	550	8	1,5	-	-
2003	53 Badestellen				
Coliforme Keime L = 500 / G = 10.000	528	32	6,1	2	0,4
Fäkalcoliforme Keime L = 100 / G = 2.000	528	37	7,0	4	0,8
Streptokokken L = 100	528	19	3,6	-	-
2004	41 Badestellen				
Coliforme Keime L = 500 / G = 10.000	422	8	1,9	1	0,2
Fäkalcoliforme Keime L = 100 / G = 2.000	422	12	2,8	-	-
Streptokokken L = 100	422	4	0,9	-	-

¹⁾ Anzahl je 100 ml.

(Datenquelle: LAGetSi Berlin / BBGes - ILAT Berlin)

Tabelle 5.2.13:

Jahresauswertung der während der jeweiligen Badesaison 14-tägig durchgeführten mikrobiologischen Untersuchungen von Berliner Badegewässern 1999 - 2004

Badegewässer	Untersuchungsergebnis ¹⁾					
	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Dämmeritzsee	++	++	++	+++	+++	+++
Kleiner Müggelsee	+++	++	+	+++	+++	+++
Freibad Müggelsee	++	+++	+++	+++	+++	+++
FKK Strandbad Müggelsee	+++	++	+++	+++	+++	+++
Freibad Friedrichshagen	++	+++	+++	+++	+++	+++
Zeuthener See	++	++	+++	+++	+++	+++
Schmöckwitz / Dahme	+	++	+	+	+++	+++
Seddinsee	+++	+++	+	+++	+++	+++
Große Krampe	+++	++	+	+	+++	+++
Bammelecke / Dahme	++	+++	+++	+++	+++	+++
Freibad Grünau	+++	+++	+	+++	+++	+++
Freibad Wendenschloß	+++	+++	+++	+++	+++	+++
Flußbad Gartenstraße	++	++	+++	+++	+++	+++
Sandhauser Straße / Oberhavel	+++	+	+++	+++	+++	+++
Rohrweißstraße / Oberhavel	+++	++	+++	+++	+++	+++
Bürgerablage / Oberhavel	++	+++	+	+++	+++	+++
Freibad Tegelsee	+++	+++	+	+++	+++	+++
Fähre Scharfenberg	+++	+++	+++	+++	+++	+++
gegenüber Reiswerder / Tegeler See	+++	+++	+++	+++	+++	+++
Saatwinkel / Tegeler See	+++	+	+++	+++	+++	+++
Reiherwerder / Tegeler See	+++	+	++	+++	+++	+++
Große Badewiese / Unterhavel	+	+	+++	+++	+++	+++
Grunewaldturm / Unterhavel	+++	+	+++	+++	+++	+++
Lieper Bucht / Unterhavel	++	++	++	+++	+++	+++
Breitehorn / Unterhavel	++	+	+++	+++	+++	+++
Großes Fenster / Unterhavel	+++	+++	+++	+++	+++	+++
Alter Hof / Unterhavel	+++	+++	+++	+++	+++	+++
Radfahrerwiese / Unterhavel	+++	+++	++	+++	+++	+++
Strandbad Wannsee	+++	+++	+++	+++	+++	+++
Seebadeanstalt am Weißensee	++	+++	+	++	+	+++
Strandbad Orankesee	++	++	+++	++	++	+++
Freibad Plötzenssee	++	++	+	+++	++	+++
Flughafensee	+	+	+	++	++	+++
Freibad Jungfernheide	++	++	++	+++	+	+
Freibad Heiligensee	++	++	+	+++	+	+++
Freibad Lübars	++	++	++	+++	+++	+++
Freibad Halensee	+	+	+	+	+	+
Teufelssee	+	+	++	+++	++	+++
Grunewaldsee	+	++	+	++	+++	+++
Krumme Lanke	++	++	++	+++	+++	+++
Schlachtensee	++	+++	++	+++	+++	+++
Großer Glienicker See, nördlich	+++	++	+++	+	+++	+++
Großer Glienicker See, südlich	+++	+++	+++	+++	+++	+++

¹⁾ +++ Die Richtwerte der EG-Badegewässerrichtlinie wurden eingehalten.

++ Die Grenzwerte der EG-Badegewässerrichtlinie wurden eingehalten.

+ Keine Konformität gemäß EG-Badegewässerrichtlinie (vereinzelte Überschreitungen der Grenzwerte sind aufgetreten).

(Datenquelle: LAGetSi Berlin)

Tabelle 5.2.14:
Jahresauswertung der während der Badesaison 14-tägig durchgeführten Sichttiefenmessungen in Berliner Badegewässern 2004

Badegewässer	Anzahl der Messungen	Sichttiefe	
		unter dem Grenzwert ¹⁾ (1 m)	unter dem Richtwert ¹⁾ (2 m)
Dämmeritzsee	11	9	11
Kleiner Müggelsee	11	4	11
Freibad Müggelsee	11	-	6
FKK Strandbad Müggelsee	11	-	8
Freibad Friedrichshagen	11	1	8
Zeuthener See	11	11	11
Schmöckwitz / Dahme	11	11	11
Seddinsee	11	9	11
Große Krampe	11	11	11
Bammelecke / Dahme	11	10	11
Freibad Grünau	11	11	11
Freibad Wendenschloß	11	11	11
Flußbad Gartenstraße	11	11	11
Sandhauser Straße / Oberhavel	10	10	10
Rohrweihstraße / Oberhavel	10	9	10
Bürgerablage / Oberhavel	10	9	10
Freibad Tegelsee	10	1	7
Fähre Scharfenberg	10	1	10
gegenüber Reiserwerder / Tegeler See	10	1	10
Saatwinkel / Tegeler See	10	3	10
Reiherwerder / Tegeler See	10	-	7
Große Badewiese / Unterhavel	10	10	10
Grunewaldturm / Unterhavel	10	10	10
Lieper Bucht / Unterhavel	10	10	10
Breitehorn / Unterhavel	10	10	10
Großes Fenster / Unterhavel	10	7	10
Alter Hof / Unterhavel	10	7	10
Radfaherwiese / Unterhavel	10	9	10
Strandbad Wannsee	10	6	8
Seebadeanstalt am Weißensee	10	-	4
Strandbad Orankesee	10	3	9
Freibad Plötzensee	10	6	10
Flughafensee	10	-	²⁾
Freibad Jungfernheide	10	5	²⁾
Freibad Heiligensee	10	2	7
Freibad Lübars	9	-	9
Teufelssee	10	10	10
Krumme Lanke	10	1	6
Schlachtensee	10	-	3
Großer Glienicker See, nördlich	10	-	1
Großer Glienicker See, südlich	10	-	-

¹⁾ Unter dem Grenzwert/Richtwert der EG-Badegewässerrichtlinie.

²⁾ Nicht auswertbar.

(Datenquelle: LAGetSi Berlin / BBGes - ILAT Berlin)

6 Einrichtungen des Gesundheitswesens

6.1 Ausgewählte Schwerpunkte

6.1.1 Ambulante vertragsärztliche und psychotherapeutische Versorgung, ärztlicher Bereitschaftsdienst und Informationen für Patientinnen/Patienten

Zur Sicherstellung der vertragsärztlichen und -psychotherapeutischen Versorgung der Versicherten wirken Ärztinnen/Ärzte, Psychologische/Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen/-psychotherapeuten und Krankenkassen zusammen. Zum Stand 01.01.2005 nahmen in Berlin an der ambulanten Versorgung der gesetzlich Versicherten 6.202 in freier Praxis niedergelassene, 164 in Einrichtungen nach § 311 SGB V angestellte, 20 in Medizinischen Versorgungszentren tätige bzw. angestellte Ärztinnen/Ärzte und 265 zur ambulanten Versorgung ermächtigte Krankenhausärztinnen/-ärzte teil, außerdem 1.572 zugelassene und 22 im Rahmen der Nachqualifikation bedarfsunabhängig ermächtigte Psychologische und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen/-psychotherapeuten sowie ein zur ambulanten Versorgung bedarfsabhängig ermächtigter Psychologischer Psychotherapeut (vgl. Tabellen 6.2.1 und 6.2.2).

Mit Inkrafttreten des Gesundheitsmodernisierungsgesetzes am 01.01.2004 können Medizinische Versorgungszentren (MVZ) als neue Kooperationsform zugelassen werden. Nach der Vorstellung des Gesetzgebers soll damit ermöglicht werden, eine ambulante und fachübergreifende Versorgung aus einer Hand in einheitlicher Trägerschaft anzubieten. Ein MVZ ist eine ärztlich geleitete Einrichtung, in der Ärzte als angestellte oder als freiberufliche Vertragsärzte fachübergreifend tätig sind. Mit Stand Februar 2006 gibt es in Berlin 41 zugelassene MVZs (vgl. auch Tabelle 6.2.2 und Schwerpunkt 10.1.1).

Neu in der ambulanten Versorgung: fachübergreifend tätige Medizinische Versorgungszentren (MVZ)

Fast alle ambulanten medizinischen Fachgruppen sind in Berlin ausreichend vertreten. Im Planungsbereich Berlin sind alle Fachgruppen - mit Ausnahme der Anästhesistinnen/Anästhesisten und der ärztlichen Psychotherapeutinnen/Psychotherapeuten - wegen Überversorgung für weitere Niederlassungen gesperrt. Die im Landesausschuss Ärzte und Krankenkassen gefassten Beschlüsse zur Unter- oder Überversorgung mit entsprechenden *Zulassungssperren* gelten in der Regel für ein halbes Jahr (vgl. Tabelle 6.2.3).

Seit der Einführung der *Praxisgebühr* am 01.01.2004 zeigt sich ein deutlicher *Rückgang der ärztlichen Behandlungsfälle* insgesamt, aber auch der Behandlungsfälle je Arzt. Über nahezu alle Fachgruppen wird diese verringerte Inanspruchnahme ambulanter ärztlicher Leistungen für das Jahr 2004 gegenüber 2003 - sowohl absolut je Fachgruppe als auch je Arzt - sichtbar (vgl. Tabellen 7.2.29 und 7.2.30 und Schwerpunkt 10.1.1 - Ausgabenentwicklung in ausgewählten Leistungsbereichen).

Laut §§ 75 Abs. 1 und 311 (4 d) SGB V ist die Kassenärztliche Vereinigung für die Sicherstellung eines Notdienstes verantwortlich. Der *Ärztliche Bereitschaftsdienst (ÄBD) der KV Berlin* ist ein zentral geregelter Hausbesuchsdienst mit KV-eigener Leitstelle. Er steht der Bevölkerung rund um die Uhr zur Verfügung. Rd. 440 Ärztinnen/Ärzte sind insgesamt im Ärztlichen Bereitschaftsdienst tätig. Davon sind in den Erste-Hilfe-Stellen der KV 46 Ärztinnen/Ärzte für Erwachsene und 86 für Kinder eingesetzt. Im fahrenden Dienst sind rd. 330 Ärztinnen/Ärzte schichtweise im Einsatz; 90 % von ihnen sind Vertragsärztinnen/Vertragsärzte, dabei handelt es sich bis auf wenige Ausnahmen um (allgemeinmedizinische und internistische) Hausärztinnen/Hausärzte. Daneben arbeiten auch Ärztinnen/Ärzte aus Krankenhäusern und dem öffentlichen Gesundheitsdienst im ÄBD. Alle Beteiligten durchlaufen regelmäßig *Qualitätssicherungskurse zur Notfallmedizin*. Seit 01.01.1995 besteht die gesetzliche Pflicht zur Fortbildung für ärztlich Tätige im Bereitschaftsdienst. Die KV Berlin führt regelmäßig 6

bis 7 Qualitätssicherungskurse in Zusammenarbeit mit Medifan Institut für angewandte Notfallmedizin GmbH durch und erteilt Zertifikate. Jede ÄBD-Ärztin/jeder ÄBD-Arzt muss alle 2 Jahre einen solchen Kurs absolvieren.

Eigenständiger
Leichenschauendienst
innerhalb des ÄBD
seit Mai 2004

Seit dem 01.05.2004 wird durch den Ärztlichen Bereitschaftsdienst ein eigenständiger Leichenschauendienst durchgeführt. Zuvor waren die Leichenschauen in den Hausbesuchen enthalten. 48 Ärzte sind im Todesfeststellungs- bzw. Leichenschauendienst tätig.

Im *telefonischen Beratungsdienst des ÄBD*, der neben den ärztlichen Hausbesuchsdiensten angeboten wird, sind insgesamt 32 Ärztinnen/-ärzte tätig. Jede interessierte Person kann zudem in der Leitstelle über ein EDV-gestütztes Abfragesystem die Adresse einer wohnortnahen Haus- oder Facharztpraxis erfragen, an Wochenenden und Feiertagen zusätzlich die Adressen dienstbereiter Praxen (vgl. Tabelle 7.2.36).

Die KV Berlin unterhält gegenwärtig zwei eigene *Erste-Hilfe-Stellen*, und zwar in Kreuzberg sowie in Lichtenberg. Die Erste-Hilfe-Stelle in Kreuzberg ist für die allgemeinmedizinische und chirurgische Erstversorgung ausgerüstet und hat täglich von 10 bis 22 Uhr geöffnet. Außerdem bietet sie kinderärztliche Bereitschaftsdienste mittwochs und freitags von 15 bis 22 Uhr sowie an Wochenenden und Feiertagen von 11 bis 22 Uhr an. Lichtenberg unterhält ausschließlich einen kinderärztlichen Bereitschaftsdienst (mittwochs 15 - 22 Uhr, am Wochenende und feiertags 8 - 22 Uhr). Seit 1997 bestehen Kooperationsverträge zwischen der KV Berlin und Berliner Kliniken. Niedergelassene Hausärztinnen/Hausärzte sowie Kinderärztinnen/Kinderärzte haben danach regelmäßig Dienste in den dortigen Erste-Hilfe-Stellen übernommen: eine allgemeinmedizinische und internistische Erstversorgung sowie kinderärztliche Bereitschaftsdienste in der DRK-Klinik Mark Brandenburg (Wedding), ausschließlich kinderärztliche Bereitschaftsdienste in der DRK-Klinik Köpenick, in der DRK-Klinik Westend (Charlottenburg) sowie in St. Joseph (Tempelhof) (vgl. Tabellen 7.2.37 und 7.2.38).

Information im Internet über qualitätsgesicherte Leistungen der vertragsärztlich und vertragspsychotherapeutisch Tätigen

Knapp 50 % der
von Krankenkassen
bezahlten ambulanten
Leistungen sind
qualitätsgesichert

Seit Ende August 2005 können sich Interessierte auf der Internet-Seite der KV Berlin www.kvberlin.de im kompletten elektronischen „Nachschlagewerk“ aller ambulant tätigen Ärztinnen/Ärzte (zugelassene, ermächtigte und nur privat abrechnende) und der Psychologischen und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen/-psychotherapeuten mit Versorgungsvertrag auch über alle qualitätsgesicherten Leistungen (QS-Leistungen)

der Vertragsärztinnen/-ärzte und Vertragspsychotherapeutinnen/-psychotherapeuten informieren. Mittlerweile sind annähernd die Hälfte aller ambulanten Leistungen, die von den Krankenkassen bezahlt werden, qualitätsgesichert. Rund 80 % der in Berlin vertragsärztlich und vertragspsychotherapeutisch Tätigen haben der Veröffentlichung ihrer QS-Leistungen bereits zugestimmt. Die Patientin/der Patient kann jetzt auch gezielt nach QS-Leistungen bei den Krankheitsbildern suchen. Durch die Anzeige eines QS-Symbols ist in den Trefferlisten zu erkennen, wo QS-Leistungen erbracht werden. Die detaillierte Suche nach Qualifikationen (Facharzttiteln, Schwerpunkt- und Zusatzbezeichnungen), hausärztlicher Versorgung, Praxisadressen, Sprechzeiten, Sprachkenntnissen, aber auch nach Rollstuhlgerechtigkeit der Praxen, Dialysen, ambulanten Operationen und D-Ärzten bleibt bestehen.

Bereits seit 1988 betreibt die KV *einen eigenen telefonischen Gesundheitslotsendienst*. Er ist ein Medizin-Wegweiser für jedermann und wird von Patientinnen/Patienten und Ärztinnen/Ärzten zum Ortstarif kostenlos direkt genutzt (vgl. Basisbericht 2003/2004, Schwerpunkt 6.1.1). Mit den Jahren erfreut sich dieser Service wachsender Inanspruchnahme. Wurden 1997 insgesamt 18.049 Anrufe registriert, so waren es im Jahr 2000 bereits 29.573 und im Jahr 2004 34.733 Nachfragen.

6.1.2 Institut für Toxikologie - Klinische Toxikologie und Giftnotruf Berlin

Im Jahr 2003 sind innerhalb des Berliner Betriebes für Zentrale Gesundheitliche Aufgaben (BBGes) der Fachbereich Klinische Toxikologie und Pharmakologie und die Beratungsstelle für Vergiftungserscheinungen als toxikologisches Kompetenzzentrum unter der gemeinsamen Bezeichnung „Institut für Toxikologie - Klinische Toxikologie und Giftnotruf Berlin“ zusammengeführt worden (vgl. Basisbericht 2003/2004, Schwerpunkt 6.1.3). Die gemeinsame Adresse ist:

Berliner Betrieb für Zentrale Gesundheitliche Aufgaben (BBGes)
Institut für Toxikologie - Klinische Toxikologie und Giftnotruf Berlin
Oranienburger Str. 285
13437 Berlin
E-Mail-Adressen: toxikologie@bbges.de/tox und mail@giftnotruf.de
Home pages: <http://www.bbges.de/tox> und <http://www.giftnotruf.de>

Alle Telefonnummern sind beibehalten worden (rund um die Uhr):
Klinische Toxikologie: (030) 41 94 55 29, Giftnotruf: (030) 192 40).

Fachbereich Klinische Toxikologie und Pharmakologie

Das Arbeitsgebiet der Klinischen Toxikologie und Pharmakologie sind Fremdstoffuntersuchungen in menschlichem Untersuchungsmaterial. Es gibt folgende Aufgabenschwerpunkte: Aufklärung akuter Vergiftungen, Vorbereitung zur Hirntoddiagnostik, Therapeutisches Drug Monitoring und Drogenkontrolluntersuchungen.

Im Jahr 2004 wurde in 1.640 Fällen ein toxikologisches Screening („general unknown“), das ca. 1.000 Substanzen (Arzneimittel, Drogen, Lösemittel, Pestizide, Pflanzengifte) umfasst, durchgeführt und ein Befund mit pharmako- und toxikokinetischen Referenzdaten erstellt. Auftraggeber waren die Rettungsstellen und Notaufnahmen der Krankenhäuser in Berlin und Brandenburg. 4.003-mal wurden insgesamt 252 verschiedene Substanzen im Blut quantifiziert. Am häufigsten missbräuchlich, akzidentell oder in suizidaler Absicht eingenommen wurden Ethanol, Tranquilizer wie Benzodiazepine (z. B. Diazepam), Analgetica (z. B. Paracetamol, Salicylsäure), „Schlafmittel“ (z. B. Diphenhydramin, Doxylamin), Antidepressiva (z. B. Doxepin, Amitriptylin) und Antikonvulsiva (z. B. Carbamazepin, Valproinsäure).

Aufklärung akuter
Intoxikationen rund
um die Uhr

Ebenso ungewöhnlich wie schwer waren 2004 Intoxikationen mit Liponsäure, dem Maiglöckchengift Convallatoxin (durch Verwechslung der Pflanze mit Bärlauch) und den für die Ratten- und Mäusebekämpfung vorgesehenen Substanzen Bromadiolon und Coumatetralyl. In ca. 10 % der Fälle waren illegale Drogen die Intoxikationsursache. Der häufiger geäußerte Verdacht auf Vergiftung mit Knollenblätterpilzen konnte 2004 in keinem Fall bestätigt werden.

21 Substanzen sind 2004 neu in das Analysenprogramm aufgenommen worden: Acenocoumarol, Aripiprazol, Atovaquon, Brodifacoum, Buformin, Chlorphazinon, Convallatoxin, Coumachlor, Cycloguanil, Difenacoum, Difethialon, Galantamin, Glimepirid, Metformin, Neomycin, Proguanil, Rofecoxib, Ropivacain, Streptomycin, Zonisamid, Ziprasidon.

Ein Sonderfall des toxikologischen Screenings sind Untersuchungen im Rahmen der Hirntoddiagnostik (HTD). Im Auftrag der Intensivstationen im UKB und der Charité wurden ca. 100 Patientinnen/Patienten auf zentral-wirksame Arzneimittel in diesem Zusammenhang untersucht.

Untersuchungen
im Rahmen der
Hirntoddiagnostik /
Therapeutisches Drug
Monitoring

Das Therapeutische Drug Monitoring (TDM) umfasst mehr als 200 Arzneimittel und deren wirksame Metabolite, bei denen auf eine konzentrationsgestützte Therapieführung und Überwachung insbesondere bei kritisch Kranken nicht verzichtet werden kann. Es wurden 2004

insgesamt 21.014 Arzneimittelkonzentrationsbestimmungen durchgeführt, wobei der Anteil an aufwendigen chromatographischen Analysen (GC, HPLC, LC/MS, LC/MS/MS) inzwischen mehr als 90 % beträgt.

Besonders hervorzuheben ist der weitere Aufbau der LC/MS- und LC/MS/MS-Analysemethoden, mit denen Substanzen um den Faktor 100 empfindlicher gemessen werden können als mit „konventionellen“ Methoden. Darüber hinaus lassen sich kurze Analysezeiten realisieren bei gleichzeitig hohem Automatisierungsgrad (Auslastung der Nachtstunden). Die Analysezahlen im TDM konnten so ohne zusätzlichen Personalbedarf 2004 im Verhältnis zu 2003 um fast 50 % gesteigert werden.

Drogenkontrolluntersuchungen

Im Zusammenhang mit Drogenkontrolluntersuchungen wurden 36.192 Analysen im Auftrag von Haftanstalten, Drogentherapieeinrichtungen, Suchtstationen in Krankenhäusern usw. durchgeführt; ca. 500 Urine wurden unter Sichtkontrolle abgenommen. Zur Prüfung auf länger zurückliegenden Drogenkonsum wurden 153 Haarproben untersucht. Um eine mögliche Drogenexposition des ungeborenen Kindes während der Schwangerschaft beurteilen zu können, wurden in ca. 20 Fällen Meconiumuntersuchungen durchgeführt.

Die Teilnahme an internationalen Ringversuchen zur externen *Qualitätskontrolle* ist obligatorisch. 80 der ca. 200 im TDM-Programm enthaltenen Substanzen werden 4- bis 12-mal pro Jahr in Ringversuchen kontrolliert. Insgesamt werden auf den Arbeitsgebieten „Toxikologie“, „TDM“ und „Drogenkontrolluntersuchungen“ in Blut, Urin, und Haaren ca. 250 Ringversuche im Jahr durchgeführt.

Beratungsstelle für Vergiftungserscheinungen (Giftnotruf Berlin)

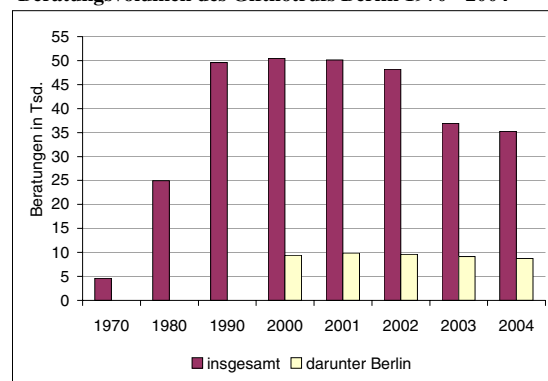
Der Giftnotruf Berlin wurde am 23.03.1963 in der städtischen Kinderklinik in Berlin Charlottenburg als erstes Giftnotrufzentrum in der Bundesrepublik Deutschland gegründet. Seit 1995 ist die Beratungsstelle für Vergiftungserscheinungen in den Berliner Betrieb für Zentrale Gesundheitliche Aufgaben (BBGes) integriert.

Die Beratungsstelle ist nach § 16 e des Chemikaliengesetzes das zuständige Giftnotrufzentrum für die Länder Berlin und Brandenburg. Arbeitsgebiet ist die *Notfallberatung im Vergiftungsfall*. Unter der **Notrufnummer 030/192 40** werden im 24-Stunden-Betrieb an 365 Tagen im Jahr Laien, Ärztinnen/Ärzte in der Praxis und im Krankenhaus, Notärztinnen/Notärzte, Polizei, Feuerwehr, Apotheken, Rettungsleitstellen, Tierärztinnen/Tierärzte, Gesundheitsbehörden, Schulen, Kindergärten, Altenheime usw. zu Vergiftungsunfällen beraten. Das Beratungsvolumen im Zeitverlauf zeigt Abbildung 6.1; die Zahlen für Berlin sind erst ab 2000 gesondert ausgewiesen.

2002 eingeführte
Kostenpflicht
verursacht Rückgang
der Beratungszahlen

Während die Beratungszahlen von 1990 bis 2002 annähernd konstant blieben, nahm die Anzahl der beantworteten Anfragen ab dem Jahr 2003 um ca. 30 % ab. Ursächlich hierfür sind die seit 2002 eingeführte Kostenpflicht der Anfragen von Kliniken und seit 2004 von Arztpraxen außerhalb Berlins und Brandenburgs sowie eine Reduktion der Beratungsarztstellen. Durch den Rückgang der Anrufe stieg der prozentuale Anteil Berliner Anfragen von 18 % im Jahr 1999 auf jetzt 25 %.

Abbildung 6.1:
Beratungsvolumen des Giftnotrufs Berlin 1970 - 2004



(Datenquelle und Darstellung: BBGes - Giftnotruf Berlin)

Da der Giftnotruf Berlin die erste Beratungsstelle in der Bundesrepublik für Vergiftungsunfälle im Kindesalter war, übernahm sie von Beginn an *überregionale Aufgaben*. Die weiterhin hohe Akzeptanz des Berliner Giftnotrufes in Deutschland belegt die Anzahl der kostenpflichtigen Anrufe aus Kinder- und Erwachsenenkliniken, im Berichtszeitraum in 9.683 Fällen (27 %). Diese hohe Zahl der Anfragen zu oft schweren Vergiftungen sichert eine schnelle und kontinuierliche Erweiterung unserer toxikologischen Erfahrung.

Im Jahr 2004 wurden 35.217 telefonische Beratungen durchgeführt. Bei 34.103 ging es um Vergiftungsunfälle, bei 829 toxikologischen oder medizinischen Anfragen handelte es sich um die Differentialdiagnose unklarer Krankheitsbilder, die nicht notwendigerweise durch eine Vergiftung hervorgerufen wurden. Bei 285 Anrufen waren es Anfragen zu Vergiftungen bei Tieren.

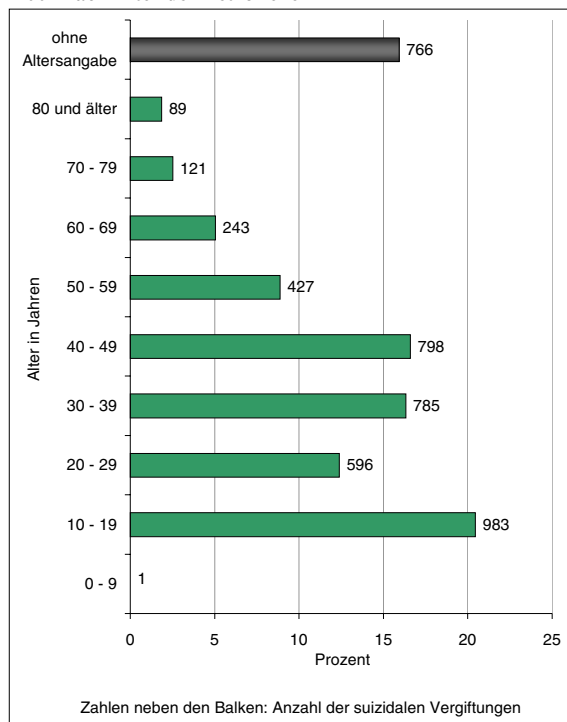
Mehr als jede zweite Anfrage (51,8 %) kam von *den Betroffenen selbst oder deren Angehörigen*. Die Beratung trägt hier im Wesentlichen dazu bei, überflüssige Arztvorstellungen oder Krankenhausaufnahmen zu vermeiden. 38 % aller Anfragen kamen von Krankenhausärztinnen/-ärzten. Jede 15. Anfrage kam aus Arztpraxen, am häufigsten ließen sich Kinderärztinnen/-ärzte beraten.

Art und Möglichkeit der Vergiftung sind vom Lebensalter abhängig. Während es sich bei den Kindern bis zum 14. Lebensjahr in über 99 % der Fälle um akzidentelle Ingestionen handelt, sind fast 50 % der Anfragen im Erwachsenenalter Suizidversuche.

Kleinkinder sind besonders vergiftungsgefährdet. 80 % aller Vergiftungsunfälle im Kindesalter (0 - 14 Jahre) ereignen sich in der Altersgruppe von 1 - 3 Jahren. Die Erklärung dafür ist u. a. die „Schluckneugier“, d. h. diese Kinder stecken alle Gegenstände, die sie interessieren - z. B. da sie gut duften - zunächst in den Mund. Der häufigste Grund einer Vergiftung ist deshalb versehentliches Verschlucken von Publikums-

Kleinkinder besonders
vergiftungsgefährdet

Abbildung 6.2:
Anfragen zu suizidalen Vergiftungen beim Giftnotruf Berlin
2004 nach Alter der Betroffenen



(Datenquelle und Darstellung: BBGes - Giftnotruf Berlin)

mitteln mit ca. 24 %. Erst ab dem 3. und sicher ab dem 4. Lebensjahr lernen die Kinder, Lebensmittel von Fremdstoffen zu unterscheiden und nicht mehr alles in den Mund zu stecken. 90 % aller kindlichen Vergiftungsunfälle geschehen im Haushalt.

Nachdem die Bundesbehörden und der Giftnotruf Berlin seit 1990 wiederholt vor den besonderen Gefahren der *Ingestionsunfälle mit Lampenpetroleum* gewarnt haben, nahm der Anteil dieser Vergiftungsunfälle langsam ab. Seit dem Jahr 2000 haben die Unfälle mit Grillanzündern auf Petroleumbasis jedoch kontinuierlich zugenommen, sodass trotz aller Bemühungen kein Rückgang der Vergiftungen mit dieser Substanzgruppe verzeichnet werden kann.

Der Giftnotruf Berlin unterstützt deshalb das Bundesinstitut für Risikobewertung in seinen Bestrebungen, die Industrie davon zu überzeugen, Lampenöle auf Petroleumbasis vom Markt zu nehmen und Grillanzünder nur mit hoher Viskosität herzustellen. Dadurch würde der Gebrauchswert nicht beeinträchtigt, aber eine eventuell schwerwiegende Gesundheitsgefährdung erheblich verringert.

Zu Selbstmordversuchen angefragte Substanzen sind zu 94 % Medikamente

Bei den zu Selbstmordversuchen nachgefragten Substanzen handelt es sich ganz überwiegend um Medikamente (94 %), nur in Einzelfällen, dann jedoch häufig mit einem dramatischen Vergiftungsbild, um Schädlingsbekämpfungsmittel, chemische Substanzen oder Drogen. Am häufigsten wurden Benzodiazepine, trizyklische Antidepressiva und sedierend wirkende Antihistaminika eingenommen. Das rezeptfrei in der Apotheke erhältliche Paracetamol ist mit knapp 9 % bei Suizidversuchen mit Medikamenten beteiligt.

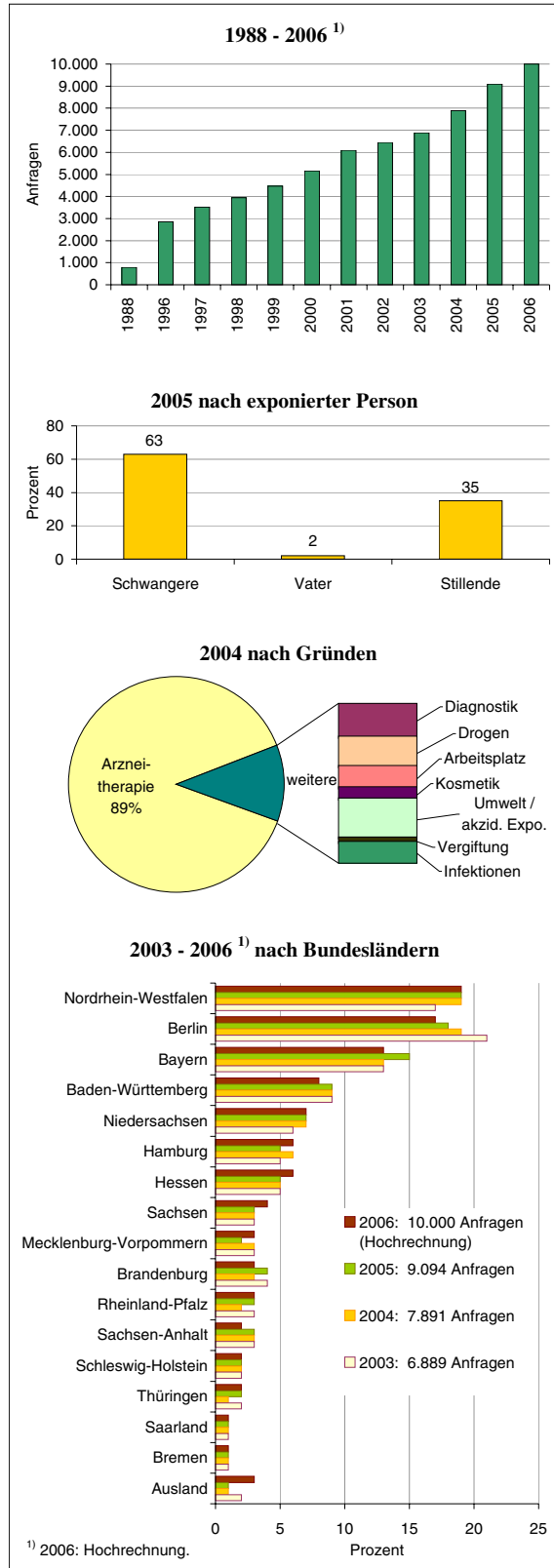
Der bis 2002 beobachtete Trend, nachdem Suizidversuche mit immer niedrigerem Lebensalter zu registrieren waren, ist seit 2003 rückläufig. Aber auch im Jahr 2004 überstieg die Altersgruppe der 10- bis 19-Jährigen diejenigen höheren Alters in der Häufigkeit dieser Anfragen. Annähernd 20 % aller Beratungen zu Suizidversuchen betrafen Kinder und Jugendliche unter 20 Jahren, nur ein Fall betraf ein Kind unter 10 Jahren (vgl. Abbildung 6.2).

6.1.3 Pharmakovigilanz- und Beratungszentrum für Embryonaltoxikologie

Das Berliner Pharmakovigilanz- und Beratungszentrum für Embryonaltoxikologie dient bundesweit Ärztinnen und Ärzten in Klinik und Praxis, Apothekerinnen und Apothekern, Hebammen, Schwangeren und Stillenden, Länder- und Bundesbehörden als *Informationszentrum zum Risiko von Arzneimitteln, diagnostischen Anwendungen (Röntgen, Szintigraphie), Drogenkonsum, Schad- und Arbeitsstoffen in Schwangerschaft und Stillzeit*. Gleichzeitig wertet die Einrichtung als Pharmakovigilanzzentrum Schwangerschaftsverläufe nach Arzneitherapie aus.

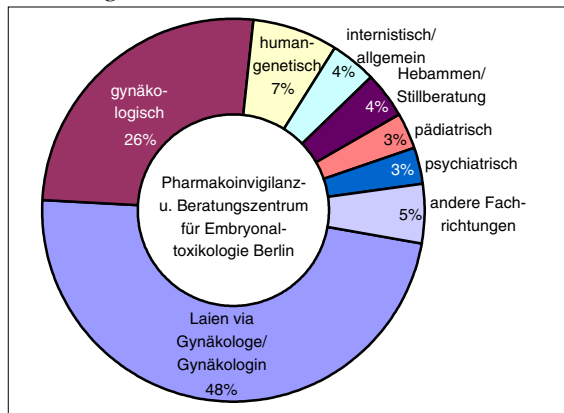
Die Beratungsstelle für Embryonaltoxikologie besteht seit 1988. Mit weiter steigender Tendenz werden heute bis zu 80 Anfragen am Tag beantwortet, 2005 waren es insgesamt 9.094. Diese betreffen zu zwei Dritteln die Schwangerschaft und zu einem Drittel die Stillzeit. In 89 % der Fälle geht es um Arzneimittel, die restlichen 11 % der Anfragen werden u. a. zu Drogen, Schadstoff-

Abbildung 6.3: Anfragen an das Pharmakovigilanz- und Beratungszentrum für Embryonaltoxikologie Berlin



(Datenquelle und Darstellung: BBGes - Pharmakovigilanz- und Beratungszentrum für Embryonaltoxikologie Berlin)

Abbildung 6.4:
Anfragen an das Pharmakovigilanz- und Beratungszentrum für Embryonaltoxikologie Berlin 2005 nach Fachrichtung der Antragenden



(Datenquelle und Darstellung: BBGes - Pharmakovigilanz- und Beratungszentrum für Embryonaltoxikologie Berlin)

Tabelle 6.1:
Die häufigsten zur Anfrage an das Pharmakovigilanz- und Beratungszentrum für Embryonaltoxikologie Berlin führenden Behandlungsindikationen bzw. Gründe 2005

Anfragegrund	Rang	Anfragehäufigkeit
psychiatrische Erkrankungen	1	1.373
Atemwegserkrankungen (außer Asthma und Allergien)	2	806
allergische Erkrankungen (einschl. Asthma)	3	620
Schmerzen einschl. Migräne	4	516
Hauterkrankungen (außer Atopien/Allergien)	5	496
Magen-/Darmerkrankungen	6	480
Infektiosen/Parasitosen	7	370
Herz-/Kreislaufkrankungen	8	334
Zahnerkrankungen	9	325
Gelenk-/Skelett- und Autoimmunerkrankungen	10	279
Impfungen	11	248
gynäkologische Erkrankungen	12	246
Epilepsie	13	235
Diagnostik, insbesondere Röntgen	14	193
Drogen	15	189
Chemikalien Arbeitsplatz/Umwelt	16	167
Schilddrüsenerkrankungen	17	149
Koagulopathien	18	147
Operationen / Narkose	19	134
multiple Sklerose	20	87
zusammen		7.394
Anteil an allen Anfragen in %		81,3

(Datenquelle: BBGes - Pharmakovigilanz- und Beratungszentrum für Embryonaltoxikologie Berlin)

Grundlage der 12. Arzneimittelgesetznovelle und in Kooperation mit anderen europäischen Zentren der Verlauf beratener Schwangerschaften dokumentiert und ausgewertet. Zweck ist die Verbesserung der Arzneimittelsicherheit. 2004 und 2005 wurden aus den Beratungen jeweils etwa 2.500 Falldokumentationen mit 8.000 relevanten Expositionen generiert. Diese Berichte werden im Falle einer kindlichen Schädigung nach suspekter Arzneitherapie einer Plausibilitätsprüfung unterzogen. Außerdem wird in so genannten Observationsstudien das Risiko gegenüber einer Kontrollgruppe ohne Einnahme suspekter Arzneimittel statistisch geprüft.

fen und ionisierenden Strahlen (Röntgen) gestellt. Knapp 20 % der Anfragen kommen aus Berlin, der Rest verteilt sich auf alle übrigen Bundesländer, vor allem Nordrhein-Westfalen, Bayern, Baden-Württemberg, Niedersachsen und Hamburg (vgl. Abbildung 6.3).

In 48 % der Fälle wird die Schwangere/Stillende selbst beraten, meist auf Anregung ihrer Gynäkologin/ihrer Gynäkologen. Die übrigen Anfragen verteilen sich auf Ärztinnen/Ärzte verschiedener Fachrichtungen (vor allem Gynäkologie und Humangenetik) sowie Apotheker/innen, Giftinformationszentren, andere Einrichtungen des Gesundheitswesens sowie Länder- und Bundesbehörden (vgl. Abbildung 6.4).

Die 20 häufigsten zur Kontaktaufnahme mit dem Pharmakovigilanzzentrum führenden Behandlungsindikationen bzw. Gründe für eine Exposition sind in Tabelle 6.1 zusammengefasst.

Ärztinnen/Ärzten und Laien primär zur Verfügung stehende Informationen der Hersteller (Beipackzettel) und in Pharmakologiebüchern sind von haftungsrechtlichen Erwägungen beeinflusst und wissenschaftlich oft nicht aktuell. Daraus resultiert häufig ein Überschätzen des Medikamentenrisikos mit der Folge, dass

- notwendige Behandlungen nicht verschrieben oder nicht eingenommen werden oder
- nach bereits erfolgter Einnahme erwünschte und intakte Schwangerschaften abgebrochen werden oder
- überzogene Diagnostik durchgeführt wird.

Andererseits kann ein Informationsmangel zum Einsatz von unzureichend erprobten oder riskanten Arzneimitteln mit einem erhöhten Fehlbildungsrisiko führen.

Zu vielen Medikamenten gibt es keine für eine differenzierte Risikobewertung ausreichenden Daten. Daher wird im Rahmen eines *Pharmakovigilanz-Projektes* des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) auf der

Schwerpunkte im wissenschaftlichen Bereich waren 2004/2005 Cumarin-Antikoagulanzen, Calcium-Antagonisten in der Frühschwangerschaft, atypischen Neuroleptika, selektive Serotonin-Wiederaufnahme-Hemmstoffe (SSRI) und neue Antiepileptika.

Gemeinsam mit der Abteilung für gynäkologische Psychosomatik der Universitätsklinik Bonn wird seit 2004 das Internetportal <http://www.frauen-und-psychiatrie.de> betrieben, das für Ärztinnen/Ärzte und Laien Informationen zu frauenspezifischen psychischen Erkrankungen und zu Auswirkungen von Psychopharmaka auf den Menstruationszyklus, die Fruchtbarkeit, die vorgeburtliche Entwicklung, das gestillte Kind sowie Interaktionen mit hormonellen Kontrazeptiva bietet. Außerdem sind über dieses Portal mittels Fragebogen individuelle Beratungen zur Arzneisicherheit in unserem Pharmakovigilanzzentrum möglich.

Die Fachöffentlichkeit wird durch das Buch des Pharmakovigilanz- und Beratungszentrums Embryonaltoxikologie zur „Arzneiverordnung in Schwangerschaft und Stillzeit“ sowie durch zahlreiche Veröffentlichungen in Zeitschriften verschiedener Fachgesellschaften und durch Vortragsveranstaltungen angesprochen. Des Weiteren werden Kooperationsprojekte mit verschiedenen Abteilungen der Charité und anderen Kliniken unterhalten.

Neue und alte Arzneimittel bedürfen einer kontinuierlichen Erfassung ihrer Nebenwirkungen

Zusammenfassend ist festzustellen, dass neue und alte Arzneimittel einer kontinuierlichen Erfassung ihrer Nebenwirkungen bedürfen. Der Erkenntnisprozess zu Arzneimittelrisiken ist ein dynamischer, der weder zum Zeitpunkt der Arzneimittelzulassung durch vorangehende Studien noch zu einem bestimmten Zeitpunkt danach abgeschlossen ist. Bisherige Erfahrungen zeigen, dass bestimmte Nebenwirkungen (auf das Ungeborene) erst viele Jahre nach Markteinführung erkannt wurden, insbesondere bei selten genutzten Mitteln. Andererseits kann es ebenfalls lange dauern, bis Verdachtsmomente sich ausräumen lassen. Wissenschaftlich und ökonomisch gibt es keine Alternativen zur Kopplung von Beratung und Erfassung/Auswertung von Arzneimittelwirkungen bei Schwangeren und Stillenden. Dies alles ist unerlässlich für eine fundierte individuelle Risikoberatung als Grundlage für informierte Entscheidungen bei der Behandlung von Schwangeren und Stillenden.

6.1.4 Institut für Tropenmedizin Berlin

Das Institut für Tropenmedizin ist 1984 aus der Landesimpfanstalt Berlin hervorgegangen. Heutige Aufgaben beinhalten unter anderem die *tropen- und reisemedizinische Versorgung der Berliner Bevölkerung und eine anonyme HIV-Beratungssambulanz*. Das Tropeninstitut ist Bestandteil des Berliner Betriebes für zentrale gesundheitliche Aufgaben (BBGes). Auf der Basis eines Kooperationsvertrages zwischen der Humboldt-Universität zu Berlin und der Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz ist die Charité für Forschung und Lehre zuständig. Hierfür wurde eine Stiftungsprofessur eingerichtet, die mit der Leitung des Institutes verknüpft ist.

Das Berliner Institut für Tropenmedizin ist die größte reisemedizinische Einrichtung Europas

Das Spektrum der Arbeit des Institutes für Tropenmedizin hat sich in den letzten Jahren wesentlich erweitert. Die Zunahme des internationalen Reiseverkehrs und die Gefahr der Einschleppung von Infektionskrankheiten machten eine Neudefinition der Aufgaben erforderlich. Tropen- und Reisemedizin, infektionsmedizinischer Katastrophenschutz, tropenmedizinische Forschung und die Ausbildung von Studentinnen/Studenten und Tropenmedizinerinnen/-mediziner wurden Bestandteil des Arbeitsspektrums. Heute ist das Institut für Tropenmedizin die größte reisemedizinische Einrichtung Europas.

Anfang des Jahres 2003 wurden das europäische Netzwerk (47 Zentren für Infektions- und Tropenmedizin) zur Erfassung und Erforschung importierter Infektionskrankheiten (TropNetEurop) und das deutsche Sentinel Surveillance System zur Dokumentation importierter Infektionen (SIMPID) am Institut etabliert. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

hat dem Institut die Koordination und Implementierung eines 5-Jahre-Projektes zur Reduktion und Verhinderung der HIV Mutter-Kind Transmission in Ost- und Südafrika übertragen. Über die Prävention und ärztliche Versorgung hinaus wurde die wissenschaftliche Tätigkeit intensiviert und durch die Einrichtung einer Außenstation im Norden Ghanas (Tamale) die Möglichkeit zur Feldforschung eröffnet. Der Schwerpunkt der Arbeit liegt auf dem Gebiet der Malaria. Alle wissenschaftlichen Projekte werden ausschließlich aus Drittmitteln finanziert. Das Institut hat zusammen mit den europäischen Tropeninstituten einen Master of Science-Ausbildungsgang „International Health“ entwickelt, der anfänglich von der Europäischen Kommission und später von der Bundesregierung finanziell gefördert wurde und heute Bestandteil des international ausgerichteten Lehrangebots der Charité ist.

Klinische Ambulanzen

Tabelle 6.2:
Leistungszahlen der Tropenmedizinischen Ambulanz in Berlin 2003 und 2004

Patienten / Leistungen	2003	2004
Patienten insgesamt	9.832	10.218
Leistungen insgesamt	12.200	12.951
Tropenmedizinische Konsultationen	6.125	7.163
Neuaufnahmen	2.368	2.733
HIV-Beratung	2.706	1.980
Tollwutsprechstunde	1.001	1.075

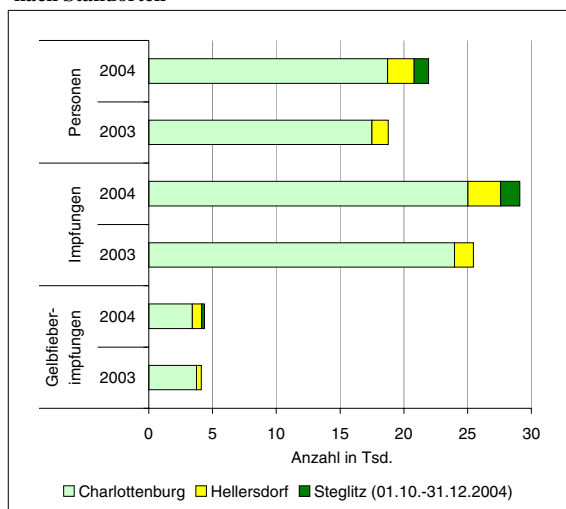
(Datenquelle: BBGes - Institut für Tropenmedizin Berlin)

Die *tropenmedizinische Ambulanz* verfügt über die Zulassung zu allen Krankenkassen im Rahmen eines Institutsvertrages. Die Patientinnen/Patienten stellen sich selbst in der Ambulanz vor oder werden von niedergelassenen Kolleginnen/Kollegen oder Kliniken überwiesen. Neben der Versorgung von Patientinnen/Patienten mit Krankheitserscheinungen werden auch arbeitsmedizinische Untersuchungen vor und nach Tropenaufenthalt durchgeführt (vgl. Tabelle 6.2).

Das Institut bietet die Möglichkeit zur *anonymen HIV-Beratung* und -Testung an. Dieser Service wird jedes Jahr von ca. 3.000 Personen in Anspruch genommen.

Das Tropeninstitut ist im neu geschaffenen *Kompetenzzentrum hochkontagiöse Infektionskrankheiten* der Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz des Landes Berlin vertreten und aktiv an allen Maßnahmen der Infektionsprävention beteiligt. Im Jahr 2003 wurden während der Ausbrüche von SARS und der Geflügel-Influenza spezielle Beratungsdienste für die Öffentlichkeit eingerichtet.

Abbildung 6.5:
Leistungszahlen der reisemedizinischen Ambulanz des Instituts für Tropenmedizin Berlin 2003 und 2004 nach Standorten



(Datenquelle und Darstellung: BBGes - Institut für Tropenmedizin Berlin)

Die *Reisemedizinische Ambulanz* berät in großem Umfang Kurz- und Langzeitreisende über die erforderlichen Vorsichts- und Präventionsmaßnahmen und führt alle reisemedizinisch relevanten und erforderlichen Impfungen durch. Seit vielen Jahren ist das Institut als offizielle Gelbfieberimpfstelle registriert. Es handelt sich mit Abstand um die größte reisemedizinische Ambulanz in Deutschland und die größte Einrichtung dieser Art in Europa (vgl. Abbildung 6.5). Eine im Jahr 2004 in der Reisemedizinischen Ambulanz erhobene Umfrage hat ergeben, dass sich die Reisenden sehr kompetent und umfassend beraten fühlen (vgl. Tabelle 6.3). Auch im Bereich der *reisemedizinischen Fort- und Weiterbildung* ist das Institut aktiv engagiert und veranstaltet jährlich zahlreiche Fortbildungsveranstaltungen. Das Institut bietet seit Jahren kostenpflichtig einen *schriftlichen reisemedizinischen Beratungsservice* für Fernreisende an, der auch überregional gut genutzt wird.

Tabelle 6.3:

Ergebnisse der Besucherumfrage (n=660) in der Reisemedizinischen Ambulanz des Instituts für Tropenmedizin Berlin im Zeitraum vom 01.07.2004 bis 03.09.2004

Fragenkomplexe	Antworten	Bewertung					Durchschnitt / Antworten
		sehr gut	gut	befriedigend	genügend	ungenügend	
		1	2	3	4	5	
Ärztliche Beratung							
Wie fühlen Sie sich über Ihre Reise beraten?	647	402	210	27	7	1	1,45
Verständlichkeit der Beratung	645	448	168	24	4	1	1,36
Zeit für die Beratung	650	386	219	26	17	2	1,51
Freundlichkeit des/der beratenden Arztes/Ärztin	650	532	103	15	0	0	1,20
Kompetenz des/der beratenden Arztes/Ärztin	623	414	182	24	1	2	1,39
Wie beurteilen Sie die Durchführung der Impfung?	513	387	120	6	0	0	1,25
Organisation							
Wie beurteilen Sie die Wartezeiten?	653	236	274	101	27	15	1,94
Wie beurteilen Sie die Öffnungszeiten?	629	104	332	138	37	18	2,28
Wie beurteilen Sie den organisatorischen Ablauf (Wartemarke, Anmeldung, Beratung, Impfung, Kasse)?	645	261	321	48	8	7	1,73
Wie beurteilen Sie das Informationsmaterial (Tafeln und Infoblätter)?	521	208	228	61	16	8	1,85
Welchen Gesamteindruck haben Sie von Ihrem Besuch bei uns?	644	297	316	28	3	0	1,60
Wie sind Sie auf unser Institut aufmerksam geworden?							
Komme schon seit Jahren	162	Kürzere Wartezeiten					8
Empfehlungen durch Freunde	200	Bessere Anfahrtsskizze					3
Telefon/Branchenbuch	62	Öffnungszeiten					12
Internet	157	Internet					4
Radio/Fernsehen	12	Telefonische Erreichbarkeit/Auskünfte					10
Zeitungsartikel	8	Mehr Informationsmaterial					5
Informationsveranstaltungen	3	Preise senken					9
Sonstiges (u.a.: 15x Hausarzt, 4x Reiseführer)	71	Nichts / Positive Äußerungen					26
Was könnte Ihrer Meinung nach verbessert werden?							

(Datenquelle: BBGes - Institut für Tropenmedizin Berlin)

Die *Tollwutsprechstunde* des Landes Berlin ist am Tropeninstitut angesiedelt. Die Einrichtung verfügt über eine allgemeine Kassenzulassung für diesen Bereich. Betroffenen werden ohne Terminabsprache an allen Werktagen, Wochenenden und Feiertagen eine Beratung und die postexpositionelle Prophylaxe angeboten. 2004 wurden 1.075 Erstberatungen durchgeführt.

Maßnahmen zur Seuchenbekämpfung nach bioterroristischen Anschlägen: Unter Federführung des Robert Koch-Institutes (RKI) wurde ein Bund-Länder-Rahmenkonzept zu notwendigen fachlichen Vorbereitungen und Maßnahmen zur Seuchenbekämpfung nach bioterroristischen Anschlägen - Teil Pocken - erarbeitet. Die dafür notwendigen Aufgaben bei der Durchführung von Impfungen und anderer Schutz- und Einsatzmaßnahmen werden fortlaufend im Berliner Rahmenplan Bioterrorismus festgeschrieben. Dieser sieht das Institut für Tropenmedizin als primäre Impfstelle für den Fall einer erneuten Pockenimpfung vor.

Des Weiteren müssen frühzeitig die fachlichen Voraussetzungen für das medizinische Personal in den für den Notfall geplanten 136 Impfstellen Berlins geschaffen werden. In diesem Zusammenhang ist das Institut seit 2003 Mitglied der Arbeitsgruppe „Biologische Gefahren“ der Senatsverwaltung Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz, Abteilung Notfallversorgung und Katastrophenschutz. Das gemäß Berliner Rahmenplan von der Arbeitsgruppe entwickelte Ausbildungsprogramm im Zusammenhang mit dem Thema Pocken wurde auch 2004 in zahlreichen Fortbildungsveranstaltungen für medizinisches Fachpersonal umgesetzt.

Seit Jahren nimmt die *Öffentlichkeitsarbeit* des Institutes einen großen Stellenwert ein. Das Tropeninstitut ist auch erste Anlaufstelle bei reise- und tropenmedizinischen Fragen von besorgten Bürgerinnen und Bürgern, zum Beispiel nach entsprechenden Berichterstattungen in den Medien. Selbst

das Robert Koch-Institut und verschiedene Senatsstellen verweisen bei reise- und tropenmedizinischen oder sonstigen „medizinisch-exotischen“ Anfragen aus Bevölkerung und Presse an das Institut.

Laborleistungen

Die Leistungen umfassen parasitologische, bakteriologische, virologische, serologische, molekularbiologische und laborchemische Diagnostik bei Tropenreisenden, Herstellung von eigenen serologischen Testsystemen mittels Antigenpräparation und Aufarbeitung sowie Beratung von Arztpraxen und anderen diagnostischen Einrichtungen bei tropenmedizinischer Diagnostik.

Im September 2001 wurde eine *Dokumentations- und Referenzstelle für importierte Leishmaniosen* am Institut für Tropenmedizin Berlin eingerichtet mit dem Ziel, Häufigkeiten, Herkunft und Art der importierten Leishmaniosen zu erfassen, in Kliniken tätige und niedergelassene Ärztinnen/Ärzte zu Diagnostik und Therapie zu beraten und Informationen für Reisende in endemische Regionen zu verbessern. Die Referenzstelle kooperiert eng mit der Abteilung für Parasitologie am Institut für Mikrobiologie der Charité. In einem Zeitraum von 2 Jahren wurden 70 Leishmaniosen (43 kutane/mukokutane, 27 viszerale) dokumentiert. Für 58 Fälle lagen detaillierte Angaben zu Alter, Geschlecht, Wohnort, Reiseziel, Ort der Exposition, Aufenthaltsdauer, Dauer und Art der Symptome, Begleiterkrankungen, Begleitmedikationen, Art der Diagnose und Behandlung vor.

Forschungsgruppen

Die *Arbeitsgruppe Malaria* am Institut für Tropenmedizin Berlin besteht seit 1997 und führt klinisch-epidemiologische Studien zur Malaria in den Endemiegebieten durch. Mit zwei Außenstellen in Nord- bzw. Süd-Ghana besteht ein enger Kontakt zu den komplexen Aspekten dieser wichtigsten parasitären Infektionskrankheit des Menschen. Das Arbeitsgebiet lässt sich in die drei Bereiche Einfluss von genetischen Polymorphismen auf Infektionsanfälligkeit und Manifestation der Malaria, Therapiestudien und Resistenzmarker sowie Schwangerschafts-Malaria unterteilen.

Arbeitsgruppe Reiseimpfungen: Die Frühsommer-Meningoenzephalitis (FSME) ist eine der wichtigsten durch Arthropoden übertragbaren Krankheiten in Mittel- und Osteuropa, für die es bislang keine effektive Behandlung gibt. Die FSME kann jedoch durch eine Impfung verhindert werden. Dafür haben sich verschiedene Schemata bewährt. Das Schnellschema ist speziell für Reisende und Personen vorgesehen. Untersucht wurde, ob eine einzige Impfung, die nach einem verlängerten Zeitraum zur ersten Immunisierung verabreicht wurde, eine ausreichende, nachweisbare Immunantwort hervorruft. Die Ergebnisse zeigten deutlich, dass eine einzige Auffrischimpfung ausreicht, um einen hohen Antikörpertiter bei Erwachsenen zwischen 18 und 59 Jahre zu induzieren.

Arbeitsgruppe Vakzinierungsstrategien bei Immunsupprimierten: Patientinnen und Patienten, bei denen aufgrund einer Hepatitis B-Virus-assoziierten Erkrankung eine Lebertransplantation durchgeführt wurde, benötigen lebenslange Reinfektionsprophylaxe mit Hepatitis B-Hyperimmunglobulin (Kosten von schätzungsweise 20.000 EUR pro Jahr). Ein neuer Ansatz zur Lösung dieses Problems besteht im Einsatz adjuvierter Hepatitis B-Impfstoffe. Dazu wurden erfolgreiche Studien am Tropeninstitut durchgeführt.

Arbeitsgruppe Reduktion der HIV-Mutter-Kind-Übertragung und Antiretrovirale Therapie in Ostafrika: In Afrika stellt die Übertragung des HI-Virus von der Mutter auf ihr Kind während der Schwangerschaft, Geburt und während der Stillperiode die bei weitem häufigste Form der HIV-Infektion bei Kindern dar. Seit einiger Zeit stehen medikamentöse Interventionen zur Verfügung, die die Wahrscheinlichkeit einer prä- und perinatalen HIV-Übertragung stark senken können. Die Bundesregierung unterstützt über die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit ein Projekt zur Reduktion der Mutter-Kind-Übertragung von HIV in verschiedenen afrikanischen Ländern. Die Koordination und Implementierung des Projektes und der Forschungskomponenten erfolgt am Institut für Tropenmedizin Berlin.

Arbeitsgruppe Importierte Infektionen: Die Initiative „TropNetEurop“ (European Network on Imported Infectious Disease Surveillance) dient der Erfassung und Erforschung nach Europa importierter Tropen- und Infektionskrankheiten. Es handelt sich um einen Zusammenschluss klinischer Zentren mit infektiologischem und tropenmedizinischem Schwerpunkt. Spezialisierte infektiologische Zentren haben ein beträchtliches Potential zur frühen Erfassung neuer Trends bei importierten Infektionen mit potentieller regionaler, nationaler oder globaler Bedeutung. TropNetEurop besteht aus 47 Mitgliedern, die sich aus den führenden infektiologischen und tropenmedizinischen Institutionen Europas rekrutieren. Die teilnehmenden Kliniken überblicken gemeinsam eine Zahl von 62.000 Patientinnen/Patienten, deren anonymisierte und standardisierte Erfassung durch jeden Partner von TropNetEurop erfolgt. Die Daten werden kontinuierlich ausgewertet und die Ergebnisse den beteiligten Zentren zur Verfügung gestellt.

Lehrtätigkeit

Der *Master of Science Studiengang „International Health“* der Charité Universitätsmedizin Berlin wird seit 1999 am Tropeninstitut Berlin durchgeführt. Der Studiengang ist eingebunden in das europäische tropEd Netzwerk (European Network for Education in International Health). Die Unterrichtssprache ist Englisch. Das Leitbild ist die weltweite Verbesserung der Gesundheitsversorgung benachteiligter Bevölkerungsgruppen. Eine wesentliche Charakteristik des Studiengangs ist die Mobilität der Studierenden und die europäische Vereinheitlichung der postgradualen Lehre (nach ECTS - European Credit Transfer System - Richtlinien anerkannt). Im Rahmen des tropEd Netzwerks gibt es derzeit fünf „home institutions“, in denen das Studium mit dem Grundstudium („core course“, 3 Monate) begonnen werden kann. Diese Institutionen verleihen nach erfolgreich abgeschlossenem Studium den Titel „Master of Science in International Health“. Neben der Charité Berlin sind dies derzeit die Universitäten von Basel, Bergen, Bordeaux und Kopenhagen. Nach erfolgreichem Abschluss des Grundstudiums können die Studierenden an 20 weiteren europäischen Universitäten weiterführende Kurse und Module belegen und schließlich in Berlin ihre Abschlussarbeit verfassen und die Abschlussprüfung bzw. das öffentliche Abschluss-Kolloquium ablegen.

Der „core course“ wird in Berlin gleichzeitig als DTMPH-Kurs (Diploma in Tropical Medicine und Public Health) durchgeführt und ist von den Ärztekammern anerkannt.

Die verfügbaren Studienplätze sind sowohl in Deutschland als auch von Interessierten aus dem Ausland stark nachgefragt.

Das tropEd Netzwerk, in dem 28 der wichtigsten International Health-relevanten Universitäts-institute in Europa vertreten sind, wird seit 1997 in Berlin koordiniert. Es wurde von der European University Association (EUA) als eines von elf beispielhaften europäischen Netzwerken ausgewählt und im Rahmen des EUA Joint Masters Project im Jahr 2003 durch das Socrates/Erasmus Programm der Europäischen Kommission teilgefördert. Das Netzwerk und damit auch der Studiengang International Health der Charité wurde als eines der ersten Netzwerke ab 2004 in die Förderung des neuen Erasmus Mundus Programmes der Europäischen Kommission aufgenommen.

6.1.5 Landesinstitut für gerichtliche und soziale Medizin Berlin

Am 13. Dezember 2004 wurden die neuen Räumlichkeiten des Landesinstituts für gerichtliche und soziale Medizin Berlin (GerMed) in der Turmstraße 21 im Haus L des ehemaligen und jetzt unter Denkmalschutz stehenden Krankenhauses Moabit eingeweiht und offiziell an den Leiter des Instituts übergeben. Das ehemalige Krankenhaus Moabit, das von 1871 bis 1873 auf dem heutigen Terrain zwischen Turmstraße und Birkenstraße errichtet wurde, ging aus einem Barackenlazarett hervor und galt als Musterbeispiel des damaligen Krankenhausbaus. Das Haus L wurde erst 1910 im neoklassizistischen Stil errichtet und ursprünglich als Verwaltungsgebäude und psychiatrische Ambulanz genutzt. Insgesamt verfügt es über eine Fläche von rund 5.000 m², das Landesinstitut für gerichtliche und soziale Medizin Berlin nutzt davon etwa 800 m².

Tabelle 6.4:
Ausgewählte Leistungen des Landesinstituts für gerichtliche und soziale Medizin Berlin 2004

Leistung	Anzahl
Bereich für Gerichtliche Medizin (Somatik)	
gerichtliche Obduktionen	1.081
2. Leichenschau	11.013
Präparate	481
Gutachten zur Haftfähigkeit	66
Gutachten zur Verhandlungsfähigkeit	63
Gutachten zu Verletzungen der ärztlichen Sorgfaltspflicht (Kunstfehler)	23
ärztliche Stellungnahmen	24
mündliche Gutachten im Gerichtstermin	96
Untersuchungen für die Kriminalpolizei	260
Bereich Forensische Psychiatrie und Psychologie	
Gutachten zur Schuldfähigkeit	255
Gutachten zur Haftfähigkeit	44
Gutachten zur Verhandlungsfähigkeit	64
Gutachten zur Berufsfähigkeit/Glaubwürdigkeit	11
ärztliche Stellungnahmen	9
mündliche Gutachten im Gerichtstermin	173
Bereich Forensische Toxikologie	
toxikologisch untersuchte Leichenfälle	851
Einzelanalysen in Leichenfällen	15.333
Untersuchungen in Begutachtungsfällen/in Amtshilfe	16
Teilnahme an Ringversuchen (Qualitätskontrolle)	23
Bereich Leichenschauhaus	
Abholung und Bergung von Leichen	2.330
Seminare/Führungen für Polizei, Staatsanwaltschaft (Referendare), Bundesgrenzschutz	43

(Datenquelle: GerMed)

Damit kehrt das Landesinstitut, das 1935 gegründet wurde und seinen ersten Dienstsitz auf dem Gelände des Krankenhauses Moabit hatte, nach über 60 Jahren an seinen Ursprungsort zurück. Durch den neuen Standort im Gesundheits- und Sozialzentrum Moabit ist eine schnellere Erreichbarkeit des nahe gelegenen Kriminalgerichts gegeben, noch nicht in unmittelbarer Nähe sind Sektionsbereich und Toxikologie sowie das Leichenschauhaus. Diese Bereiche bleiben zunächst weiterhin in der Invalidenstraße angesiedelt. Teile des Instituts waren in den vergangenen zweieinhalb Jahren vorübergehend in der Oranienstraße 106 in Berlin-Kreuzberg untergebracht.

Landesinstitut für gerichtliche und soziale Medizin Berlin kehrt an historischen Standort zurück

Ein kurzer Überblick über die Aufgaben des Landesinstitutes für gerichtliche und soziale Medizin ist im Schwerpunkt 6.1.5 des Basisberichts 2003/2004 gegeben. Die vom Institut im Jahr 2004 für die rechtsmedizinische Versorgung des Landes Berlin erbrachten Leistungen sind in Tabelle 6.4 aufgelistet.

6.1.6 Rettungsdienst

Das Land Berlin und das Land Brandenburg haben am 24. Februar 2003 einen *Staatsvertrag* abgeschlossen mit dem Ziel, die *grenzüberschreitende Notfallrettung* zu Lande, zu Wasser und in der Luft zu regeln. Der Staatsvertrag ist am 29. Juli 2004 in Kraft getreten.

Auf dieser rechtlichen Grundlage wurde am 28. Juli 2004 eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit in der Luftrettung geschlossen. Vereinbarungen zwischen den an Berlin grenzenden Landkreisen und der Stadt Potsdam über die Zusammenarbeit in der bodengebundenen Notfallrettung befinden sich im Abstimmungsverfahren. Ziel der genannten Regelungen ist es, die Versorgung von Notfallpatienten im Grenzbereich beider Länder zu verbessern, d. h. es wird jeweils das Rettungsmittel zum Einsatz kommen, das den Notfallpatienten am schnellsten erreicht.

Staatsvertrag zwischen Berlin und Brandenburg regelt grenzüberschreitende Notfallrettung seit Juli 2004

Das *Gesetz über den Rettungsdienst* für das Land Berlin vom 8. Juli 1993 wurde durch das 1. Gesetz zur Änderung des Rettungsdienstgesetzes vom 24. Juni 2004 novelliert. Die Neuerungen betreffen zum einen die Frage der Kostentragung. Zum anderen beschränkt das novellierte Rettungsdienstgesetz den Einsatz der Behörden auf die staatlichen Kernaufgaben. Durch die Schaffung eines Beirates wird die fachliche Beratung der für den Rettungsdienst zuständigen Senatsverwaltung durch externen Sachverstand verstärkt.

Anfang Januar 2004 wurde der Betrieb der beiden *Geburtshilfewagen* im Land Berlin wegen fehlender Finanzierung eingestellt. Ab diesem Zeitpunkt musste die Berliner Feuerwehr die Aufgabenwahrnehmung ohne den Einsatz von Hebammen sicherstellen (vgl. Tabelle 6.2.8).

6.1.7 Stationäre medizinische Versorgung - Krankenhausplanung

6.1.7.1 Krankenhausplan und Versorgungsangebot der Krankenhäuser

Umsetzung des Krankenhausplanes 1999 und seine erneute Fortschreibung

Der Planungshorizont des aktuellen, im Jahr 2003 fortgeschriebenen Krankenhausplans war zum Ende des Jahres 2005 erreicht. Zum Stichtag 31.12.2005 wurde das geplante Krankenhausversorgungsangebot nahezu vollständig umgesetzt (vgl. Tab. 6.2.12).

Veränderungen in der Hochschulmedizin eingearbeitet in die Krankenhausplanung

Das derzeit erkennbare Veränderungspotenzial in der Berliner Krankenhauslandschaft und Weiterentwicklungen in der Medizin begründen die Notwendigkeit, den Krankenhausplan erneut fortzuschreiben. Zu nennen sind hier beispielsweise die anstehenden Veränderungen in der Hochschulmedizin in Richtung stärkerer Konzentration der Kapazitäten auf die Erfordernisse von Forschung und Lehre und die zunehmende Berücksichtigung stationersetzender Maßnahmen.

Die krankenhauserische Umsetzung des jetzt erkennbaren Veränderungspotenzials soll bis zum Jahr 2008 erfolgen. Bis zu diesem Zeitpunkt wird das DRG (Diagnosis Related Groups)-Fallpauschalensystem zur Vergütung von Krankenhausleistungen nahezu seine volle Wirksamkeit entfaltet haben. Der Übergangszeitraum bis zum Abschluss der DRG-Konvergenzphase im Jahr 2009 erforderte eine Anpassung der inhaltlichen und methodischen Vorgehensweise bei der Krankenhausplanung.

Dieser Prozess wird gemeinsam mit den an der Krankenhausplanung Beteiligten gestaltet. Zu diesem Zweck hat die Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz einen planungsbegleitenden Ausschuss eingerichtet, in dem Krankenhausträger, Krankenkassen und die Planungsbehörde vertreten sind.

Grundsätzlich soll bezüglich der allgemeinen Planungsgrundsätze der schon mit der Fortschreibung 2003 des Krankenhausplans eingeschlagene Weg fortgeführt werden. Die *direkte Verantwortung von Krankenhäusern und Krankenkassen wird weiter gestärkt* werden. Festlegungen zur Ausgestaltung des Versorgungsauftrages unterhalb der Regelungsebene des Krankenhausplans bleiben zunehmend den Vertragsparteien vorbehalten und werden an Bedeutung gewinnen. Es wird das Ziel verfolgt, die Regelungstiefe des Krankenhausplans weiter zurückzunehmen (verringertes Ausmaß von Subdisziplinen).

Die künftige Krankenhausplanung wird zunehmend eine *Steuerungswirkung auch unter Qualitätsaspekten* entfalten. Die Qualität der medizinischen Leistungsangebote muss dabei im Interesse der Patientinnen und Patienten transparenter werden.

Das Versorgungsangebot der Krankenhäuser Berlins am 31.12.2005

Versorgungsangebot Berliner Krankenhäuser im Juni 2005: 6,54 Betten je 1.000 Einwohner

Zum Stichtag 31.12.2005 wurden im Land Berlin 85 Krankenhäuser (bzw. Einrichtungen) mit insgesamt 22.147 *Betten* betrieben (vgl. Tabellen 6.2.10 und 6.2.11). Das entspricht einem Versorgungsangebot von 6,54 Betten je 1.000 Einwohner. In der Einrichtungszahl enthalten sind Doppelzählungen des Deutschen Herzzentrums Berlin, der Augenklinik Marzahn, der Diabetes Tages- und Nachtambulanz, der Klinik für Minimal Invasive Chirurgie (MIC), des Parksanatoriums Dahlem und der Westambulanz Dahlem mit jeweils einem in den Krankenhausplan sowie einem nicht in den Krankenhausplan aufgenommenen Teil.

In den Krankenhausplan aufgenommen sind 48 Krankenhäuser. Die Zahl der außerhalb des Krankenhausplanes betriebenen Krankenhäuser erhöhte sich um 7 auf insgesamt 37 Einrichtungen (einschließlich 2 Sonderkrankenhäuser).

Auf Einrichtungen, die nicht in den Krankenhausplan aufgenommen sind, entfielen zum Stichtag 31.12.2005 452 Betten (ohne Sonderkrankenhäuser).

Die Zahl der in den Krankenhausplan aufgenommenen Betten wurde im Berichtszeitraum um 1.112 von 22.275 auf 21.163 Betten reduziert (Stand 30.6.2003 bzw. 31.12.2005) (vgl. Tabelle 6.2.12).

Tabelle 6.5:
In den Krankenhausplan aufgenommene Betten in Berlin
am 30.06.2003 und 31.12.2005 nach Trägerbereichen

Trägerbereich	Krankenhausplanbetten			
	am 30.06.2003		am 30.06.2005	
	absolut	%	absolut	%
freigemeinnützig	10.202	45,8	8.815	41,7
öffentlich (ohne universitär)	6.402	28,7	5.859	27,7
privat	2.198	9,9	3.249	15,4
universitär	3.473	15,6	3.240	15,3
insgesamt	22.275	100,0	21.163	100,0

(Datenquelle: SenGesSozV - II F -)

Die in den Krankenhausplan aufgenommenen Betten - gegliedert nach *Trägerbereichen* - stellten sich am 30.06.2003 und 31.12.2005 wie aus Tabelle 6.5 ersichtlich dar.

Die anteiligen Verschiebungen vom freigemeinnützigen zum privaten Sektor sind zum großen Teil bedingt durch die Übernahme der Trägerschaft der Zentralklinik Emil von Behring durch die Helios Kliniken GmbH und dem Wechsel der Zuordnung des Sana Klinikums Lichtenberg.

6.1.7.2 Steuerung der Krankenhausversorgung über Bedarfs- und Qualitätskriterien Beispiel Kardiologie: Neugestaltung der kardiologischen Versorgung

Neue Wege der Berliner Krankenhausplanung - wachsende Bedeutung von Transparenz und Qualität

Die Berliner Krankenhausplanung erfolgte im Vergleich der Bundesländer seit 1993 sehr feingliedrig. Diese *hohe Regelungsdichte* wurde im Verfahren der Fortschreibung des Krankenhausplans 1999 im Jahre 2003 einer *kritischen Überprüfung* unterzogen. Insbesondere in methodischer Hinsicht wurden mit dieser Fortschreibung neue Akzente gesetzt, die als eine erste Reaktion auf die veränderten Rahmenbedingungen und die verbesserte Datengrundlage infolge der Einführung des DRG-Vergütungssystems verstanden werden können.

Mit der Einführung der fallpauschalierten Vergütung kommen *Wettbewerbselemente in der Krankenhausversorgung* stärker zum Tragen. In diesem Zusammenhang wird zunehmend die Forderung nach Rückzug des Staates erhoben. Mit dem GKV-Modernisierungsgesetz wurde dies jedoch noch nicht in die Wege geleitet - die duale Finanzierung und damit auch die Planungszuständigkeit der Länder - wurde beibehalten. Deshalb wird für eine Beschränkung der Krankenhausplanung auf eine noch näher zu bestimmende Rahmenplanung plädiert, die jedoch unverändert gewährleisten muss, dass die Länder ihren *Auftrag zur Sicherstellung der Krankenhausversorgung* erfüllen können.

Bei der Neuorientierung der Berliner Krankenhausplanung wurde zunächst als Einstieg in diese Problematik die Regelungstiefe des Krankenhausplans verringert. Für die Fachgebiete Innere Medizin und Chirurgie wurde auf den Ausweis der Subdisziplinen Kardiologie, Gastroenterologie und Viszeralchirurgie verzichtet. Mit der Rücknahme der Regelungstiefe der Planungen wurde die Verantwortung für eine Binnendifferenzierung innerhalb der großen Fachgebiete Chirurgie und Innere Medizin in Berlin zu einem Großteil den Vertragsparteien übertragen.

Verringerung der
Regelungstiefe des
Berliner Kranken-
hausplans im Zuge der
Neuorientierung

Die in diesem Zusammenhang geführten Diskussionen haben gezeigt, dass der Verzicht auf staatliche Planungsvorgaben kein Vakuum entstehen lassen darf. An Stelle der Planung müssen *andere Instrumente* greifen, die die erforderliche *Steuerungswirkung für die qualitätsgesicherte und wirtschaftliche Versorgung* entfalten.

Einer *höheren Transparenz im Leistungsgeschehen der Krankenhäuser* sowohl für Patientinnen/Patienten als auch für einweisende Ärztinnen/Ärzte kommt hierbei besondere Bedeutung zu. Sie wird letztlich zu einem rationaleren Inanspruchnahmeverhalten beitragen.

Daneben sieht der Gesetzgeber vor, dass *Krankenhäuser und Kostenträger ergänzende Vereinbarungen* treffen können, wenn der Krankenhausplan keine oder keine abschließende Festlegung der Leistungsstruktur des Krankenhauses enthält (§ 109 Abs. 1 Satz 5 SGB V). Der Vorteil derartiger Vereinbarungen wird darin gesehen, dass dieses Instrumentarium

- flexibler gehandhabt werden kann, da die Vertragsparteien näher am Versorgungsgeschehen sind und
- eine differenzierte Bindung von Versorgungsentscheidungen an qualitative Voraussetzungen und Bedarfskriterien ermöglicht.

Nach der beschriebenen Verringerung der Regelungstiefe des Berliner Krankenhausplans im Jahr 2003 wurden gemeinsam mit den Kostenträgern - beispielhaft für die Kardiologie - Verfahrensschritte erprobt, die den Abschluss ergänzender Vereinbarungen vorbereiten und begleiten sollen.

Versorgungssituation in der Kardiologie

Die Analyse der kardiologischen Versorgungssituation ergab einige Hinweise auf die Notwendigkeit zur Neugestaltung der kardiologischen Versorgung.

Große Unterschiede im Angebot kardiologischer Krankenhausbetten in den Bundesländern

Insgesamt gab es in Berlin im Jahr 2003 rund 1.400 ordnungsbehördlich genehmigte kardiologische Krankenhausbetten. Das entspricht einer Bettendichte von 4,3 Betten je 10.000 Einwohner (Bundesdurchschnitt 2,1 je 10.000 Einwohner). Zwischen den einzelnen Bundesländern fällt eine außerordentlich hohe Schwankungsbreite von 0,9 bis 4,3 Betten je 10.000 Einwohner auf. Offensichtlich gibt es unterschiedliche Herangehensweisen bei der Zuordnung der internistischen Betten zum Teilgebiet Kardiologie.

Kardiologische Abteilungen dienen der qualifizierten Behandlung von Herz-Kreislauf-Krankheiten (HKK; Kapitel IX der ICD 10). Deshalb konzentrierte sich die Analyse auf die Versorgungssituation der Patientinnen/Patienten mit HKK.

Es war insbesondere zu klären, welche Bettenkapazität tatsächlich für die Krankenhausbehandlung von diesen Patientinnen/Patienten benötigt wird und in welchen Fachabteilungen Betten für die Behandlung von HKK in Anspruch genommen werden. Darüber hinaus interessierte die Frage, wie sich die Versorgungsaufgaben bzw. die Diagnose- und Behandlungsspektren zwischen den kardiologischen und den übrigen internistischen Abteilungen unterscheiden.

Für entsprechende Analysen steht seit dem Jahre 2003 - wie oben bereits erwähnt - den Bundesländern eine *umfangreiche Datenbasis, die Leistungsumfang und Leistungsart jeder Krankenhausabteilung* differenziert abbildet, zur Verfügung. Diese Daten werden jährlich gemäß § 21 Absatz 3 Nr. 3 KHEntgG vom Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus (InEK) den Ländern für Planungszwecke übermittelt.

Behandlungssituation bei HKK in Berliner Krankenhäusern: 1.700 belegte Betten täglich

Insgesamt wurden im Jahre 2003 rund 73.700 Krankenhausfälle mit HKK in zugelassenen Berliner Krankenhäusern registriert. Die durchschnittliche Verweildauer betrug 8,4 Tage. Es waren damit durchschnittlich täglich rund 1.700 Krankenhausbetten mit Herz-Kreislauf-Fällen belegt. Bei einer Normauslastung von 85 % wären also rund 2.000 Betten für die Versorgung erforderlich.

Rund 55.000 Krankenhausfälle mit einer durchschnittlichen Verweildauer von 7,4 Tagen wurden in *Krankenhäusern* beobachtet, die gemäß ordnungsbehördlicher Genehmigung eine Kardiologie be-

trieben. Nicht alle diese Fälle wurden ausschließlich in der kardiologischen Abteilung des jeweiligen Krankenhauses behandelt, sondern auch in allgemeininternistischen, intensivmedizinischen und z. T. auch herzchirurgischen Abteilungen. Insgesamt waren durch diese Fälle rund 1.100 Betten gebunden. 18.700 Krankenhausfälle wurden in *Krankenhäusern ohne Kardiologien* registriert (allgemeine Innere Medizin) mit einer durchschnittlichen Verweildauer von 11,4 Tagen. Das entsprach rund 600 täglich belegten Betten.

Im Verfahren der Konzepterarbeitung war zu klären, ob die vorgefundene Behandlungssituation bei HKK in Berliner Krankenhäusern bedarfs- und qualitätsgerecht ist. Die Analyse ergab auffällige Versorgungsaspekte:

Kardiologische Notfallversorgung

Im Jahre 2003 wurden in Berliner Krankenhäusern 16.200 Fälle mit *akutem Koronarsyndrom* (Herzinfarkt und instabile Angina pectoris) festgestellt. 3.000 dieser Patientinnen und Patienten wurden in Krankenhäusern ohne Kardiologie, d. h. ohne Herzkatheterlabor behandelt. Dabei wurden hier nur diejenigen gezählt, die ausschließlich im jeweiligen Krankenhaus behandelt, also nicht von oder in ein anderes Krankenhaus verlegt wurden.

Nach den Leitlinien der Deutschen Gesellschaft für Kardiologie ist beim akuten Koronarsyndrom die *Sofortintervention im Herzkatheterlabor* innerhalb der ersten 12 (bis maximal 18) Stunden nach Symptombeginn die Therapie der Wahl. Insbesondere nach Ablauf der ersten drei Stunden ist sie der Auflösung von Blutgerinnseln (Fibrinolyse) überlegen¹.

Die Daten signalisieren einen offensichtlichen Handlungsbedarf, da es Patientinnen/Patienten mit akutem Koronarsyndrom gibt, die vor allem deshalb keine akute perkutane koronare Intervention (Akut-PCI) erhalten, weil sie primär in ein Krankenhaus aufgenommen wurden, das über keine kardiologische Abteilung und somit kein Herzkatheterlabor verfügt. Die Sicherstellung der Akut- und Notfallversorgung bei akutem Koronarsyndrom verlangt ein ausreichendes Versorgungsangebot für Akut-PCI rund um die Uhr. Auf Basis der vorliegenden Daten kann das in Berlin als gesichert angesehen werden.

Ausreichendes
Versorgungsangebot
für Akut-PCI
rund um die Uhr ist
in Berlin gesichert

Der Vergleich mit den anderen Bundesländern zeigt, dass die Zahl der Herzkatheterlabore bezogen auf die Einwohnerzahl in Berlin im Bundesdurchschnitt liegt. Insgesamt werden in Berlin 19 Herzkatheterlabore (mit 27 Linksherzkathetermessplätzen) betrieben. 18 davon befinden sich direkt an Krankenhäusern und werden von diesen selbst oder über verschiedene Kooperationsmodelle durch niedergelassene Kardiologen betrieben.

In den im Jahr 2003 an der kardiologischen Versorgung beteiligten Krankenhäusern variierte der Anteil der Patientinnen/Patienten mit akutem Herzinfarkt, der während des Aufenthaltes katheterisiert wurde, erheblich. Je nach Krankenhaus lag der Anteil zwischen 81 und 30 %. Die große Schwankungsbreite macht deutlich, dass nicht alle Patienten mit akutem Herzinfarkt von der Aufnahme in ein Krankenhaus mit kardiologischer Abteilung profitieren (vgl. Abbildung 6.6).

Elektive Herzkatheterintervention

Im Gegensatz zur Situation bei der notfallmäßigen Behandlung des akuten Koronarsyndroms, die eher durch eine zu geringe Zahl von durchgeführten Akut-PCI gekennzeichnet ist, gibt es Hinweise, dass elektive Katheterinterventionen zu häufig durchgeführt werden.

¹ Hamm, C.W. (2004): Leitlinie: Akutes Koronarsyndrom (ACS). Z. Kardiol. 93, S. 72-90 und 324-341.

Hohe Zahl elektiver Herzkatheterinterventionen in Berlin wirft Frage nach korrekter Indikationsstellung auf

Die Zahl invasiver kardiovaskulärer Prozeduren in Deutschland ist im Vergleich zu seinen europäischen Nachbarländern insgesamt hoch bei vergleichbarer oder sogar höherer Mortalität bei kardialen Erkrankungen. In Berlin liegt die Häufigkeit durchgeführter Katheterinterventionen insgesamt über dem Bundesdurchschnitt. In Fachkreisen wird immer wieder die Frage nach der korrekten Indikationsstellung aufgeworfen². Neben der zu fordernden hohen fachlichen Kompetenz wird auch eine *Bündelung des Versorgungsangebotes zur Verbesserung der Indikationsstellung* diskutiert. Diese Fragen sind auch in Hinblick auf das Berliner Angebot zu stellen.

Seltene kardiologische Behandlungsindikationen

Neben der Notfallversorgung stellt sich auch für seltene, hochspezialisierte Behandlungsverfahren bei HKK die Frage nach einer sinnvollen Konzentration dieser Leistungen. Im Jahre 2003 verteilten sich z. B. fünf seltene kardiologische Behandlungsindikationen über viele internistische Abteilungen, wie aus Tabelle 6.6 ersichtlich. 188 Fälle mit kardiogenem Schock verteilten sich über 30 Krankenhäuser, darunter waren drei Krankenhäuser, die insgesamt 101 Fälle versorgten. In diesen drei Krankenhäusern starben 64 Patientinnen und Patienten. 27 Krankenhäuser versorgten die übrigen 87 Fälle, von denen 68 verstarben! Die *Notwendigkeit einer möglichst umfassenden Konzentration dieser Fälle* steht außer Frage.

Aus diesen Erkenntnissen wurde gefolgert, dass übergeordnete Gesichtspunkte - insbesondere der kardiologischen Notfallversorgung - nur sinnvoll in die konkrete Gestaltung der Krankenhausversorgung z. B. über ergänzende Vereinbarungen zwischen Krankenhaus- und Kostenträgern einfließen können, wenn ein abgestimmtes kardiologisches Versorgungskonzept zu Grunde gelegt werden kann.

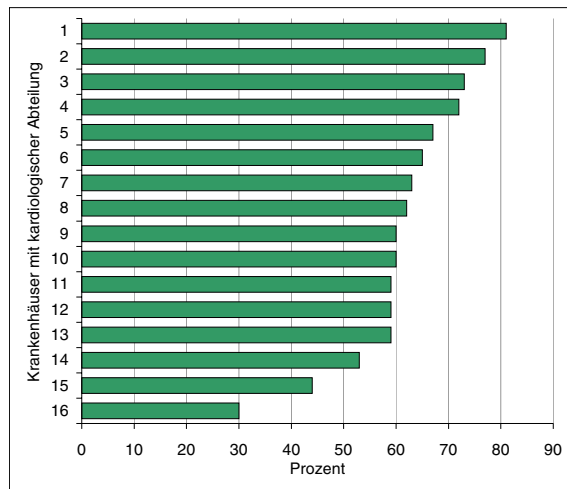
Kardiologisches Versorgungskonzept

Arbeitsgruppe entwickelt Grundsätze für ein bedarfsgerechtes Versorgungskonzept in der Kardiologie

Auf Initiative und unter Leitung der Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz wurde eine Facharbeitsgruppe gegründet, zu der zwei bundesweit anerkannte Experten für das Fachgebiet sowie Vertreter/innen der Ärztekammer Berlin, der Arbeitsgemeinschaft der Krankenkassenverbände Berlins, der Kassenärztlichen Vereinigung Berlins sowie der Selbsthilfekontaktstelle SEKIS eingeladen wurden. Eine direkte

Abbildung 6.6:

Anteil der Herzinfarktpatientinnen und -patienten mit PCI in den 16 Krankenhäusern mit kardiologischer Abteilung in Berlin 2003



(Datenquelle und Darstellung: SenGesSozV - II F -)

Tabelle 6.6:

Seltene kardiologische Indikationen in Berlin 2003 nach Fällen und Standorten der Krankenhausbehandlung

Indikation	Fälle	Zahl der Standorte	
		insgesamt	dar. mit über 10% der Fälle
maligne Hypertonie	111	21	3
Aortendissektion	148	28	2
kardiogener Schock	188	30	3
Endokarditis	265	37	5
Defibrillatoren	738	14	3

(Datenquelle: SenGesSozV - II F -)

² Schwartz, F.W.; Wille, E. et al. (2001): Gutachten 2000/2001 des Sachverständigenrates für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen: Bedarfsgerechtigkeit und Wirtschaftlichkeit. Band III: Über-, Unter- und Fehlversorgung. Bonn.

Einbindung der stationär tätigen Berliner Kardiologinnen/Kardiologen erfolgte in der Arbeitsgruppe bewusst nicht. Ziel war die gemeinsame Erarbeitung von Grundsätzen eines Versorgungskonzeptes, das die Entwicklung zukunftsweisender und bedarfsgerechter Strukturen in der Kardiologie unterstützt.

Folgende Fragen und Thesen wurden diskutiert:

- Gibt es Kriterien, die die *Aufgabenteilung* zwischen kardiologischen und übrigen internistischen Abteilungen festlegen? Welche *Voraussetzungen* muss eine Abteilung für Kardiologie für ihre spezialisierte Aufgabe in der Patientenversorgung erfüllen?
- Wie ist eine optimale *Notfallbehandlung* definiert? Welche Organisationsmodelle hierfür sind denkbar und insbesondere für einen Stadtstaat wie Berlin zu fordern?
- Ist aus Qualitätssicherungsgründen in Berlin für *Herzkatheterlabore*, die im stationären Bereich tätig sind, das von den amerikanischen Fachgesellschaften (AHA/ACC) empfohlene Optimum von 400 PTCA pro Labor und Jahr³ zu fordern, dies auch in Hinblick auf das wirtschaftliche Betreiben der Einrichtung in 24-Stunden-Bereitschaft für die Notfallversorgung?
- Welche diagnostischen und therapeutischen Indikationen in der Kardiologie sollten unabhängig von der Zahl der kardiologischen Abteilungen *auf wenige Standorte der Maximalversorgung konzentriert* werden?
- Welche Versorgungsaufgaben haben internistische Abteilungen ohne kardiologische Subspezialisierung bei der Behandlung von Patientinnen/Patienten mit Herz-Kreislauf-Krankheiten? Wo ist die *Zusammenarbeit mit kardiologischen Abteilungen* besonders einzufordern?

Grundzüge des Konzeptes für die kardiologische Krankenhausversorgung

Das Konzept für die kardiologische Krankenhausversorgung in Berlin wurde im Oktober 2004 verabschiedet und ist unter <http://www.berlin.de/sengsv/gesundheit/dokumente.html> im Internet veröffentlicht. Die Ziele des erarbeiteten Konzeptes bestehen in

- der Regelung der Notfallversorgung,
- der Regelung für hochspezialisierte Behandlungsverfahren bei ausgewählten seltenen Erkrankungen und
- der Festlegung einheitlicher Qualitätsparameter für alle an der Versorgung Beteiligten.

Im Zentrum des Versorgungsmodells stehen *zwei kardiologische Versorgungsstufen*:

- Krankenhäuser mit kardiologischer Abteilung und
- Krankenhäuser mit kardiologischer Maximalversorgung.

Für diese beiden Versorgungsstufen werden durch das vorliegende Konzept *Behandlungsindikationen festgelegt und Qualitätsanforderungen gestellt*. Insbesondere die Zuführung aller Notfallpatienten in ein Krankenhaus der beiden kardiologischen Versorgungsstufen soll zunehmend sichergestellt werden. Für Krankenhäuser der kardiologischen Maximalversorgung werden darüber hinaus ausgewählte seltene Indikationen bestimmt, die hochqualifizierter Behandlungsverfahren bedürfen und deshalb auf eine geringe Zahl von Krankenhäusern konzentriert werden sollen.

HK-Notfallpatienten sollen ausschließlich in Krankenhäusern mit kardiologischer Abteilung versorgt werden

Patientinnen und Patienten mit Herz-Kreislauf-Erkrankungen ohne Besonderheiten werden weiterhin auch in allgemeininternistischen Abteilungen behandelt. Dort kann ebenfalls die geregelte Weiter-

³ Smith, S.C et al. (2001): ACC/AHA Guidelines for Percutaneous Coronary Intervention. Journal of the American College of Cardiology, Vol. 37, No. 8.

behandlung von Patientinnen und Patienten aus den beiden kardiologischen Versorgungsstufen erfolgen.

Die im Konzept festgelegten Qualitätskriterien für Krankenhäuser mit kardiologischer Abteilung bzw. kardiologischer Maximalversorgung umfassen *Forderungen zur Personal- und medizinisch-technischen Ausstattung (Strukturqualität) sowie zur Prozess- und Ergebnisqualität*. An diesen Krankenhäusern wird ein Herzkatheterlabor mit 24-Stunden-Bereitschaft gefordert, in dem mindestens 4 PTCA-erfahrene Kardiologen den Dienstplan teilen. Von den beteiligten Häusern müssen klinische Behandlungspfade für wichtige Behandlungsindikationen unter Anwendung anerkannter Leitlinien (z. B. der Deutschen Gesellschaft für Kardiologie) befolgt und dokumentiert werden. Es wird eine Veröffentlichung abgestimmter Eckdaten zur kardiologischen Versorgung des Krankenhauses im strukturierten Qualitätsbericht nach § 137 Abs. 1 Satz 3 Nr. 6 SGB V gefordert. Ebenso ist die Teilnahme an eingeführten Evaluationsmethoden verpflichtend.

Umsetzung und Evaluierung des Konzeptes - Analyse der Veränderungen in der kardiologischen Versorgung

Die Umsetzung des Konzeptes soll - wie eingangs erwähnt - auf der Basis von Vereinbarungen gemäß § 109 Abs. 1 Satz 5 SGB V zwischen Kostenträgern und Krankenhäusern erfolgen. Die Vereinbarungen werden von den Kostenträgern geeigneten Krankenhäusern angeboten. Auf der Grundlage des Konzeptes kann ein transparentes Auswahlverfahren garantiert werden. Alle Kriterien zur Auswahl geeigneter Krankenhäuser sind im Konzept veröffentlicht. Mit Umsetzung des kardiologischen Versorgungskonzeptes soll die Angebotssteuerung vor allem dadurch erreicht werden, dass

- die Leistungserbringung und Vergütung verstärkt an qualitative Anforderungen gebunden und
- durch verbesserte Verbraucherinformationen eine höhere Transparenz zum Leistungsgeschehen der Krankenhäuser für alle Bürger/innen und einweisende Ärztinnen/Ärzte hergestellt wird.

Evaluation mithilfe der InEK-Daten

Der Krankenhausplanung steht mit den bereits erwähnten InEK-Daten nach § 21 KHEntgG (InEK = Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus) ein geeignetes Instrument zur Verfügung, mit dem Veränderungen der Patientenströme sowie der Häufigkeit von Diagnosen und medizinischen Prozeduren kontinuierlich untersucht werden können. Dies ermöglicht es, die Umsetzung des kardiologischen Versorgungskonzeptes zu überprüfen und krankenhauplanerisch weiter zu begleiten. Die wichtigsten Instrumentarien zur Evaluierung der Prozess- und Ergebnisqualität sind im Konzept selbst festgelegt.

Die kontinuierliche Beobachtung der geforderten Leistungs- und Qualitätsdaten wird eine Einschätzung darüber ermöglichen, *welchen Beitrag die Umsetzung des kardiologischen Versorgungskonzeptes für die Verbesserung der Versorgungsqualität in Berlin zu leisten imstande ist* und wo ggf. erforderliche Korrekturen ansetzen müssen. So sollen die Evaluationsergebnisse gleichzeitig die Grundlage für eine regelmäßige Überprüfung und Aktualisierung der ergänzenden Vereinbarungen nach § 109 SGB V bieten.

Sobald positive Erfahrungen bei der Umsetzung des kardiologischen Versorgungskonzeptes erkennbar werden, ist eine *Übertragung des Vorgehens auch auf andere Subdisziplinen* geplant.

Insgesamt wird hinsichtlich der Möglichkeiten und Methoden zur Strukturierung und Dimensionierung der Krankenhausversorgungsangebote unter den DRG-Vergütungsbedingungen noch erheblicher Diskussionsbedarf gesehen.

Die Erfahrungen Berlins bei der Umsetzung des kardiologischen Versorgungskonzeptes werden diese Diskussion bereichern können. Dabei wird sich zeigen, ob es gelingt, eine Krankenhausplanung um transparente Bedarfs- und Qualitätskriterien zu ergänzen und damit eine weitere Verbesserung der Angebotsstruktur und der Versorgung zu erreichen.

6.1.7.3 Versorgungskonzept und Evaluierung der stationären psychosomatischen Medizin und Psychotherapie

Ein Großteil der Patientinnen und Patienten in Hausarztpraxen und in somatischen Krankenhausabteilungen leidet an Störungen, die psychisch bedingt oder mitbedingt sind und psychotherapeutisch behandelt werden müssen. Diese Störungen werden oft weder von den Betroffenen noch von den behandelnden Ärztinnen und Ärzten wahrgenommen. Die Erkrankten erleben sich nicht als psychisch krank.

Bei mindestens einem Drittel aller wegen somatischer Beschwerden im Krankenhaus Behandelten bestehen definierte psychische Störungen, die häufig nicht erkannt und nicht angemessen berücksichtigt werden. Dies führt zu

- vermehrter (inadäquater) Inanspruchnahme somatischer Diagnostik und Therapie,
- längeren und wiederholten Krankenhausaufenthalten,
- Unterversorgung, Chronifizierung und Sekundärkomplikationen⁴.

In jedem 3. Krankenhausfall wegen somatischer Beschwerden bleiben psychische Störungen unerkannt

Im *ambulanten Bereich* zeigt sich zunächst ein anderes Bild: Legt man die Angaben der Kassenärztlichen Vereinigung Berlin zugrunde, ergibt sich im ambulanten psychotherapeutischen Bereich rechnerisch eine deutliche Überversorgung (vgl. Tabelle 6.2.3), die allerdings regional starken Schwankungen unterliegt. Die höchste Versorgungsdichte gibt es im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf, die niedrigste in Marzahn-Hellersdorf (vgl. Tabelle 8.2.13). Trotz der hohen Quantität des Angebots halten die an der Versorgung unmittelbar Beteiligten den Zugang zu einer qualitativ angemessenen Behandlung für verbesserungswürdig (vgl. auch Schwerpunkt 7.1.10).

Um die Versorgungssituation in der Psychosomatik/Psychotherapie in Berlin transparent zu machen, um die Qualität der stationären Angebote zu evaluieren, um zu prüfen, in welchem Umfang Psychotherapie stationäre Behandlung beinhalten muss und um die Entwicklung eines bestmöglichen Versorgungskonzeptes zu fördern, wurden im Mai 2003 zwei Arbeitsgruppen zu den Themen „Evaluierung“ und „Versorgungskonzept“ in der psychosomatischen Medizin/Psychotherapie in Berlin gebildet.

An den Arbeitsgruppen beteiligten sich die Chefärztinnen/-ärzte der entsprechenden Krankenhausabteilungen in Berlin und die Leiter/innen von drei psychosomatischen Abteilungen von Rehabilitationskliniken in Brandenburg, der Leiter des Instituts für Klinische Psychologie der Freien Universität Berlin, Vertreter/innen der Kassenärztlichen Vereinigung, der Ärztekammer, der Psychotherapeutenkammer und der Fachgesellschaften, der Krankenkassen und Rentenversicherungsträger, des Selbsthilfebereichs und der Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz. Das Ergebnis kann als PDF-Datei im Internet eingesehen werden unter <http://www.berlin.de/imperia/md/content/sengsv/gesundheit/Ergebnispapier.pdf>.

Es gibt Einschätzungen, nach denen etwa 4 % der psychotherapeutisch zu behandelnden Patientinnen und Patienten im Krankenhaus versorgt werden. In Berlin wurden mit der Fortschreibung 2003 des Krankenhausplans an folgenden 5 Krankenhäusern 208 Betten in Abteilungen für psychosomatische/psychotherapeutische Medizin ausgewiesen (vgl. Tabelle 6.2.12):

1. DRK-Kliniken Berlin - Wiegmann-Klinik,
2. Kliniken im Theodor-Wenzel-Werk,

⁴ Arbeitsgemeinschaft der Wissenschaftlichen Medizinischen Fachgesellschaften (2000): Leitlinien Psychotherapeutische Medizin und Psychosomatik. Universität Düsseldorf (www.uni-duesseldorf.de).

3. Helios Klinikum Emil v. Behring,
4. Gemeinschaftskrankenhaus Havelhöhe,
5. Charité, Campus Mitte.

Daneben hält die Charité am Campus Benjamin Franklin eine Klinik für Psychosomatik vor, die zehn eigene Betten als Pool-Betten führt und ihre Leistungen dem ganzen Haus zur Verfügung stellt.

Jedes Krankenhaus sollte über psychotherapeutische Kompetenz, ggf. durch Konsiliardienste, verfügen

Die Teilnehmer der Arbeitsgruppen waren sich einig, dass den Konsiliar- und Liasondiensten im Sinne einer integrativen Versorgung eine hohe Bedeutung zukommt. Es ist wünschenswert, jedem Krankenhaus einen Konsiliardienst mit psychotherapeutischer Kompetenz zuzuordnen, soweit diese nicht ohnehin vorhanden ist. Psychotherapeutische Kompetenz kann sowohl aus psychosomatisch/psychotherapeutischen oder psychiatrisch/psychotherapeutischen Abteilungen des eigenen Krankenhauses, aus kooperierenden Krankenhäusern als auch aus dem ambulanten Bereich heraus zu Rate gezogen werden.

Als besonderes Beispiel von Serviceleistungen psychosomatischer/psychotherapeutischer Medizin ist hier das *integrierte Konzept der Charité* zu nennen. An den Zentren der Charité, der Intensivstation, der Notaufnahme und in den Spezialsprechstunden (Schmerzambulanz, Tinnitusbehandlung, Brustzentrum, Stoffwechsel-Ambulanz mit Diabetesberatung) sind psychosomatisch ausgebildete Spezialisten tätig, die den psychischen Hintergrund einer Erkrankung erkennen und ggf. psychotherapeutisch behandeln können. Die *psychosoziale Kompetenz des ärztlichen Personals* wird in der Charité z. B. durch ein Rotationsmodell in der Inneren Medizin während der Facharztweiterbildung gefördert.

Zur Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität in den Krankenhausabteilungen für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie erfolgte ab Mai 2004 über ein Jahr lang eine von den Chefärzten abgestimmte, umfangreiche Datenanalyse. Dieses Ergebnis ist im Internet veröffentlicht unter http://www.berlin.de/imperia/md/content/sengsv/gesundheit/ending_ltigesevaluationergebnis.pdf.

Diese Evaluation hilft, das Leistungsgeschehen darzustellen und die Bemühungen um Qualitäts- und Ergebnisverbesserung sowie um Konzentration auf Leistungsschwerpunkte transparent und öffentlich zu machen. Die Informationen bieten auch eine zusätzliche Orientierungsmöglichkeit für Patientinnen und Patienten sowie einweisende Ärztinnen und Ärzte.

6.1.8 Pflegerische Versorgung und komplementäre Angebote

Das Schicksal der Pflegebedürftigkeit kann zwar grundsätzlich Menschen jeden Alters treffen, jedoch ist - wie die Daten zur Pflegebedürftigkeit zeigen - das Risiko, pflegebedürftig zu werden und damit auf die Hilfe anderer angewiesen zu sein, mit zunehmendem Alter ungleich größer.

Jede 3. Person der über 80-Jährigen in Berlin ist anerkannt pflegebedürftig

Seit 1999 stehen bundesweit Daten zur Pflegebedürftigkeit zur Verfügung. Ende 2003 lebten in Berlin 89.692 pflegebedürftige Menschen (63.389 weiblichen, 26.303 männlichen Geschlechts), Tendenz steigend. Gegenüber 1999 hat sich die Zahl der Pflegebedürftigen um 8.121 (10,9 %) erhöht. Die meisten Pflegebedürftigen sind wie 1999 Frauen (2003: 70,7 %; 1999: 71,4 %). Damit gilt im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes jede 40. in Berlin lebende Person als anerkannt pflegebedürftig. Innerhalb der über 80-jährigen Bevölkerung betrifft dies jedoch bereits 4 von 10 Frauen und etwa jeden vierten Mann. Insgesamt waren 55.163 pflegebedürftige Frauen über 65 Jahre alt, wobei 40.361 von ihnen bereits über 80 Jahre und älter waren. Bei den Männern belief sich die Zahl auf 16.967 bzw. 7.653 (vgl. Tabelle 7.2.48). Gegenüber 1999 stieg die Inanspruchnahme professioneller Pflege um 2.245 Fälle bzw. rund 12 % an. Mit 26.618 Pflegebedürftigen wurden im Jahr 2003 in stationären Einrichtungen mehr Menschen (+2.989 Personen bzw. 13 %) betreut als 1999. 35.928 in Berlin lebende pflegebedürftige über 65-Jährige erhielten im Jahr 2003 Leistun-

gen entsprechend der Pflegestufe I. Gemäß Pflegestufe II erhielten 26.816 Personen in dieser Altersgruppe Leistungen der Pflegeversicherung. Außerdem wurden in 9.245 Fällen Leistungen nach Pflegestufe III erbracht.

Erwartungsgemäß sind Personen, die zu Hause gepflegt werden, seltener schwerpflegebedürftig als solche, die stationäre Pflege in Anspruch nehmen. Zwei Drittel aller über 65-jährigen, der Stufe III zugeordneten pflegebedürftigen Berlinerinnen und Berliner (69 % der Frauen und 43 % der Männer) wurden 2003 in stationären Pflegeeinrichtungen versorgt.

Insgesamt gesehen fällt auf, dass Männer ab dem 80. Lebensjahr zwar mit einer geringeren Lebenserwartung als gleichaltrige Frauen zu rechnen haben, in der verbleibenden Restlebenszeit aber dann weniger als weibliche Personen von Pflegebedürftigkeit betroffen sind (vgl. Tabelle 3.2.9 a des Basisberichts 2003/2004).

Entwicklung der Versorgungsstruktur und Inanspruchnahme des pflegerischen Versorgungsangebots im ambulanten Bereich - ambulante Pflegedienste

Ende 2003 wurden mehr als zwei Drittel der Berliner Pflegebedürftigen zu Hause versorgt (63.074 von 89.692). Davon erhielt die überwiegende Mehrzahl (42.392 bzw. 67 %) ausschließlich Pflegegeld. Das bedeutet, sie wurden in der Regel zu Hause allein durch Mitglieder der privaten Netze, insbesondere durch (weibliche) Familienangehörige versorgt. Bei den anderen 20.682 Pflegebedürftigen (23 %), die ebenfalls zu Hause versorgt wurden, erfolgte die Pflege zum Teil oder vollständig durch ambulante Pflegedienste.

Mehr als 2/3 der Berliner Pflegebedürftigen werden zu Hause versorgt

Aus den vorliegenden Zahlen wird ersichtlich, dass Männer deutlich häufiger als Frauen von ihren (insbesondere weiblichen) Angehörigen im häuslichen Milieu gepflegt werden. So wurde beispielsweise bei über drei Viertel aller pflegebedürftigen über 65-jährigen Männer die Pflege von ihren Angehörigen bzw. von ambulanten Pflegediensten erbracht, während das nur bei zwei Drittel der pflegebedürftigen Frauen der Fall war.

Die Zahl der in Berlin lebenden alten bzw. alt werdenden Migrantinnen und Migranten wird sich in den nächsten Jahren deutlich erhöhen. Die *Bevölkerungsprognose* für Berlin sagt voraus, dass sich bis zum Jahr 2020 allein die Zahl der in Berlin lebenden melderechtlich registrierten Ausländerinnen und Ausländer über 65 Jahre von ca. 23.000 im Jahr 2002 um das Eineinhalbfache auf dann ca. 57.000 erhöhen wird. Ihnen sind noch die Deutschen mit Migrationshintergrund (Aussiedler/innen und Eingebürgerte) hinzuzurechnen. Migrantinnen und Migranten werden zunehmend auf die Angebote und Dienste der ambulanten und der offenen und stationären Altenhilfe angewiesen sein. Um die *Ausrichtung auf eine kultursensible Pflege* zu unterstützen und die interkulturelle Öffnung der Dienste und Einrichtungen der Altenhilfe zu befördern, wurde eine Reihe von Maßnahmen ergriffen. Dem ambulanten Bereich kam hierbei gesteigerte Bedeutung zu. Viele ambulante Pflegedienste beschäftigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund und/oder versorgen Migrantinnen und Migranten. Um die Transparenz zu erhöhen und noch bestehende Zugangsbarrieren weiter abzubauen, hat die Alice-Salomon-Fachhochschule mit Unterstützung der Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz im Sommer 2004 eine Befragung zur Versorgung von Migrantinnen und Migranten durch ambulante Pflegedienste in Berlin durchgeführt. Die Befragung bietet einen Überblick, welche ambulanten Pflegedienste in Berlin in welchem Umfang und mit welchen Maßnahmen beanspruchen, interkulturell oder ethnienpezifisch zu arbeiten.

Migrantinnen und Migranten werden zunehmend auf Angebote der Altenhilfe angewiesen sein

Ambulante Pflegedienste leisten einen zentralen Beitrag zur pflegerischen Versorgung der Berliner Bevölkerung. Die absolute Zahl der Einrichtungen, die einen Versorgungsvertrag für den Bereich der

Berlin verfügt über ein quantitativ umfangreiches Angebot ambulanter Pflegedienste

Pflegeversicherung (SGB XI) abgeschlossen haben, schwankt durch Zu- und Abgänge laufend und bewegte sich im Berichtszeitraum nahezu bei 390 Diensten. Bei den Neugründungen von Pflegediensten zeichnet sich auch weiterhin ab, dass zunächst Versorgungsverträge mit den Pflegekassen und erst nach Etablierung des Pflegebetriebes im Marktgeschehen auch entsprechende Verträge mit den Krankenkassen geschlossen werden. Durch Neugründungen insbesondere im privaten Bereich hat sich die Zahl der Betriebe in den vergangenen Jahren rechnerisch zugunsten der privaten Träger verschoben. 2003 entfielen von 374 ambulanten Pflegeeinrichtungen 262 auf private Anbieter. Der sich hieraus rechnerisch ergebende prozentuale Anteil von 70 % kann allerdings aufgrund unterschiedlicher Betriebsgrößen nicht auf die Zahl der Beschäftigten und der von den Diensten versorgten Menschen übertragen werden. Insgesamt verfügt Berlin damit über ein quantitativ umfangreiches Angebot. Die Anzeichen sprechen sogar eher für ein Überangebot in Berlin (vgl. Tabellen 6.2.21 und 6.2.22).

Niedrigschwellige Betreuungsangebote nach dem Pflegeleistungsergänzungsgesetz

Zusätzliche Angebote für Pflegebedürftige mit besonderem Beaufsichtigungs- und Betreuungsbedarf

Mit dem Pflegeleistungs-Ergänzungsgesetz (PflEG) wurde ab dem 01. Januar 2002 ein zusätzlicher Leistungsanspruch in Höhe von 460 EUR je Kalenderjahr für Pflegebedürftige in häuslicher Pflege mit demenzbedingten Fähigkeitsstörungen, einer geistigen Behinderung oder einer psychischen Erkrankung eingeführt, wenn diese der besonderen Beaufsichtigung und Betreuung bedürfen. Der Leistungsbetrag wird nur bei Inanspruchnahme zusätzlicher qualitätsgesicherter Betreuungsleistungen von der Pflegekasse erstattet; reine Pflegeleistungen werden hierdurch nicht finanziert. Diese speziellen Betreuungsleistungen können von Einrichtungen der Tages- oder Nachtpflege, von Einrichtungen der Kurzzeitpflege und von ambulanten Pflegediensten mit einem spezifischen Leistungsangebot erbracht werden. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit der Inanspruchnahme von so genannten „niedrigschwelligen Betreuungsangeboten“, die allerdings eine Anerkennung im Sinne der Berliner Pflege-Betreuungsverordnung (PBetreuVO) vom 22. Juli 2003 nachweisen müssen. Niedrigschwellige Betreuungsangebote zeichnen sich dadurch aus, dass *ehrenamtliche Helferinnen und Helfer unter pflegfachlicher Anleitung* die Betreuung von Pflegebedürftigen mit erheblichem Bedarf an allgemeiner Beaufsichtigung und Betreuung übernehmen sowie pflegende Angehörige entlasten und beratend unterstützen. Niedrigschwellige Betreuungsangebote können beispielsweise Betreuungsgruppen für demenzkranke Menschen, Helferkreise zur stundenweisen Entlastung pflegender Angehöriger im häuslichen Bereich oder Tagesbetreuung in Kleingruppen oder Einzelbetreuung sowie familienentlastende Dienste oder Vermittlungsagenturen sein.

In Berlin wurden mit Stand 01.01.2006 insgesamt 77 niedrigschwellige Betreuungsangebote anerkannt. Der überwiegende Teil ist auf die *Betreuung Demenzkranker* ausgerichtet. Weitere Anträge liegen vor bzw. wurden angekündigt.

Darüber hinaus bieten ca. 170 ambulante Pflegedienste zusätzliche Betreuungsangebote im Rahmen des PflEG an. Hierzu können nur die Pflegekassen nähere Auskünfte erteilen.

Im Jahr 2004 wurde der Aufbau von sechs anerkannten niedrigschwelligen Betreuungsangeboten durch das Land Berlin und die Pflegeversicherung gefördert. Mit Stand 01.01.2006 konnte die Versorgungsstruktur durch insgesamt 23 geförderte Projekte erweitert werden. Weitere Anträge auf Anerkennung und/oder Förderung für 2006 liegen vor bzw. wurden angekündigt.

Detaillierte Informationen zum PflEG und die Liste aller anerkannten niedrigschwelligen Betreuungsangebote sind im Internet (<http://www.berlin.de/sengsv/soziales/anererkennung.html>) abrufbar.

Darüber hinaus bieten ca. 170 ambulante Pflegedienste zusätzliche Betreuungsleistungen im Rahmen des PflEG an. Hierzu können nur die Pflegekassen nähere Auskünfte erteilen.

Stationäre und teilstationäre pflegerische Versorgung - Landespflegeplanung

Landespflegeplan 2002

Der auf der Grundlage des neu gefassten Gesetzes zur Planung und Finanzierung von Pflegeeinrichtungen (Landespflegeeinrichtungsgesetz - LPflegEG) vom 19. Juli 2002 als Fachplanung der für die Pflegeversicherung zuständigen Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz erstellte Landespflegeplan 2002 weist eine detaillierte Bestandsaufnahme zum Stichtag 30. Juni 2002, den voraussichtlichen Bedarf bis 2005, erkennbare Versorgungsdefizite und die bekannten Planungen verschiedener Träger aus.

Der Landespflegeplan wird auf der Grundlage des aktuellen Versorgungsangebotes und einer neuen Bedarfsermittlung im Jahr 2006 fortgeschrieben, die Planung war jedoch bei Redaktionsschluss dieses Berichts noch nicht abgeschlossen (vgl. Tabelle 6.2.20).

Im Platzangebot sind die Belange folgender spezifischer Bewohnergruppen berücksichtigt:

- Mobile, erheblich verhaltensauffällige Menschen mit einer medizinisch-therapeutisch nicht beeinflussbaren Demenz,
- Menschen im Wachkoma, Personenkreis der Phase F,
- langzeitbeatmete Menschen,
- geistig behinderte oder geistig und mehrfach behinderte Menschen,
- Menschen mit psychischen Erkrankungen oder seelischen Behinderungen,
- blinde, schwerst mehrfachbehinderte Menschen.

Nähere Informationen stehen unter <http://www.berlin.de/sengsv/soziales/langzeitpflege.html> im Internet zur Verfügung.

Tagespflege

Am 01.01.2005 waren 51 Tagespflegeeinrichtungen in Betrieb, mit denen Versorgungsverträge über ein Angebot von insgesamt 873 Plätzen abgeschlossen waren. Seit der Bestandsaufnahme zum Landespflegeplan 2002 (Stand 30.06.2002) bis zum 31.12.2004 wurden zwischenzeitlich 8 Einrichtungen mit insgesamt 129 Plätzen eröffnet; 2 Einrichtungen haben ihre Platzzahl um insgesamt 19 Plätze erweitert, eine Einrichtung reduzierte ihre Platzzahl um 4 Plätze, während 2 Einrichtungen mit insgesamt 26 Plätzen im Berichtszeitraum geschlossen wurden (vgl. auch Tabelle 6.2.23).

Zum gleichen Zeitpunkt lagen Informationen vor, dass Anbieter 5 weitere Einrichtungen mit insgesamt 61 Plätzen planen.

Kurzzeitpflege

Am 01.01.2005 waren 33 Kurzzeitpflegeeinrichtungen in Betrieb, mit denen Versorgungsverträge über ein Angebot von insgesamt 504 Plätzen abgeschlossen waren. Gegenüber dem Landespflegeplan 2002 wurden zwischenzeitlich (bis zum 31.12.2004) 8 Einrichtungen mit insgesamt 139 Plätzen eröffnet; 2 Einrichtungen haben ihre Platzzahl um insgesamt 9 Plätze erweitert, eine Einrichtung reduzierte ihre Platzzahl um 7 Plätze, während 3 Einrichtungen mit insgesamt 35 Plätzen im Berichtszeitraum geschlossen wurden (vgl. auch Tabelle 6.2.23).

Zum gleichen Zeitpunkt lagen Informationen vor, dass Anbieter 7 weitere Einrichtungen mit insgesamt 122 Plätzen planen.

Vollstationäre Langzeitpflege

Am 01.01.2005 waren 273 Einrichtungen in Betrieb, mit denen Versorgungsverträge über ein Angebot von insgesamt 29.065 Plätzen abgeschlossen waren. Zum gleichen Zeitpunkt lagen Informatio-

nen darüber vor, dass Anbieter planen, weitere 12 Einrichtungen mit insgesamt rund 1.500 Plätzen in Betrieb zu nehmen (vgl. Tabelle 6.2.20).

Im Laufe der letzten Jahre wurde ein Teil des Platzangebotes auf Bewohnergruppen mit spezifischen Pflegeerfordernissen ausgerichtet. Zu diesen Gruppen zählen

- beatmungspflichtige Bewohner,
- Bewohner im Wachkoma,
- behinderte, pflegebedürftige Bewohner,
- blinde, schwerstmehrfachbehinderte Bewohner und
- Bewohner mit schwerer Demenz.

Detaillierte Informationen sind im Internet (<http://www.berlin.de/sengsv/soziales/down.html#pflege>) abrufbar.

Entwicklung pflegeflankierender Angebote - ambulante Altenhilfestrukturen

Zur Umsetzung der Grundsätze „Prävention und Rehabilitation vor Pflege“ und „ambulant vor stationär“ ist ein breites und ausdifferenziertes Angebot an Diensten und Einrichtungen erforderlich, das zur Unterstützung bei Überwindung von Krisen, Einschränkungen und Beeinträchtigungen zur Verfügung steht. Mobilitätsbeeinträchtigungen und insbesondere Pflegebedürftigkeit sind nicht altersspezifisch, treten im Alter aber verstärkt auf. In den letzten Jahren hat sich ein Paradigmenwechsel vollzogen. Standen lange Zeit die mit dem Alter verbundenen Beeinträchtigungen im Vordergrund, geht der Blick jetzt auf die Ressourcen. Das schließt nicht aus, dass vorhandene Handicaps gleichwohl kompensiert werden.

Die *sozialen Netzwerke der informellen Hilfe* (Partnerschaft, Familie, Verwandtschaft, Nachbarschaft, Freundeskreis) leisten nach wie vor den *Hauptteil der sozialen und gesundheitlichen Unterstützung im Alter*. Die sozialen Netzwerke sehen sich in Verbindung mit der Übernahme von Pflege- und Versorgungsleistungen mit vielfältigen und individuell höchst unterschiedlichen Belastungen konfrontiert. Hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang neben den mit der Pflege verbundenen körperlichen Belastungen psychische Belastungen, Einschränkungen in der Realisierung eigener Lebenspläne, Gefährdungen der eigenen Berufstätigkeit und soziale Isolation. Überforderung in der Pflege und Mangel an Unterstützung von außen bergen zudem die Gefahr unzureichender Pflege und des Auftretens von Gewalt.

Soziale Netzwerke müssen bei Pflegebereitschaft unterstützt und entlastet werden

Sozialpolitisch ergibt sich hieraus die Notwendigkeit, durch geeignete Hilfen von außen insbesondere dazu beizutragen, dass die sozialen Netzwerke bei ihrer schweren und gesellschaftlich bedeutsamen Arbeit entlastet werden, ihre Pflegefähigkeit gestärkt und nicht überfordert wird und Bedingungen geschaffen werden, die die Pflegebereitschaft aufrechterhalten und fördern.

Hierzu gehören insbesondere:

- sie zu Leistungsansprüchen, Leistungsangeboten, zur Versorgung Demenzkranker, zu Entlastungsangeboten für pflegende Angehörige, zu weiteren Fragen „Rund ums Alter“ mit Information und Beratung, ggf. Koordinierungshilfen, zu unterstützen,
- die Kundenposition im Rahmen des Verbraucherschutzes zu stärken,
- Mängel in der pflegerischen Versorgungsstruktur zu identifizieren und zu beseitigen,
- die öffentliche und private Aufmerksamkeit für die Problematik von Gewalt im Kontext Pflege zu schärfen,
- entlastende und unterstützende Angebote wie Rollstuhlschiebe- und Begleitangebote (Mobilitätshilfedienste) oder Besuchsdienste zu gewährleisten.

Das Land Berlin unterstützt die *Versorgung im ambulanten Bereich durch die Vorhaltung und konzeptionelle Weiterentwicklung pflegeflankierender Angebote* (Mobilitätshilfedienste, Koordinierungsstellen „Rund ums Alter“, Beratungstelefon „Pflege in Not“, Berliner Service- und Informationszentrum für Angehörigenarbeit (BeSIZ), Alzheimer-Angehörigen-Initiative (AAI), Alzheimer Gesellschaft Berlin). Zum Teil wird die häusliche Versorgung erst durch diese Unterstützungsangebote möglich. Es trägt mit der Finanzierung und Weiterentwicklung dieser pflegeflankierenden Angebote zum einen dem individuell gewünschten und sozialpolitisch gewollten Vorrang der häuslichen Versorgung sowie der Umsetzung des Grundsatzes „Prävention und Rehabilitation vor Pflege“ Rechnung und kommt damit zum anderen der den Ländern zugewiesenen Aufgabe gemäß § 9 SGB XI nach, im Land Berlin eine leistungsfähige, zahlenmäßig ausreichende wirtschaftliche pflegerische Versorgungsstruktur vorzuhalten.

Unter dem Motto „Draußen spielt das Leben - wir bringen Sie hin“ bieten die Berliner Mobilitätshilfedienste in allen Bezirken Begleit- und Schiebehilfe für ältere und behinderte Menschen an, die ihre Wohnung nicht ohne fremde Hilfe verlassen können. Neben der Schiebe- und Begleitleistung bieten die Dienste Treppenhilfe, Ankleidehilfe, Blindenführung und Hilfestellungen bei der Beschaffung und Nutzung behindertengerechter Hilfsmittel an. Als Ansprech- und Kommunikationspartner tragen sie Bedürfnissen ihrer Klienten nach Nähe, Aufmerksamkeit und Kommunikation Rechnung und suchen sie gezielt zur Erweiterung ihres Handlungsspielraums zu motivieren. Ziel ist es, ihren Nutzern die Teilnahme am öffentlichen Leben zu ermöglichen, ihre Mobilität zu erhalten bzw. zu fördern, sie bei Bedarf gezielt an Leistungsangebote, insbesondere ambulante Pflegeeinrichtungen, heranzuführen und Übergänge in die vollstationäre Pflege bzw. in die Klinik möglichst zu verhindern. Durch ihren Aufgabenzuschnitt kommt ihnen auch eine präventive und rehabilitative Funktion zu. Die Einsatzzahlen konnten in den letzten Jahren kontinuierlich gesteigert werden. 2004 wurden vom Gesamtnetz ca. 295.000 Einsätze erbracht.

Teilnahme am öffentlichen Leben durch Mobilitätshilfedienste

Aufgabe der *Koordinierungsstellen „Rund ums Alter“* ist es, ältere Menschen, ihre Angehörigen und das soziale Umfeld mit Information und Beratung sowie ggf. Koordinierungshilfen zu unterstützen mit dem Ziel, den Verbleib hilfebedürftiger Menschen in ihrer Häuslichkeit zu unterstützen und zu ermöglichen. Sie informieren und beraten unabhängig und verbraucherorientiert auf der Basis einer gemeinsam aufgebauten umfangreichen Datenbank („*Hilfelotse*“) zu allen Fragen rund ums Alter wie z. B. Wohnen im Alter, Unterstützung und Entlastung für Angehörige, Pflegeversicherung, Hilfen im Alltag und zur Pflege. Seit September 2003 kann auf den Hilfelotsen online zugegriffen werden (<http://berlin.hilfelotse-online.de/cgi-bin/hilfelotse.pl>)

Berlin verfügt mit den Koordinierungsstellen über ein bundesweit beispielhaftes, flächendeckendes Netz an Beratungsstellen für ältere Menschen, deren Angehörige und andere Interessentinnen und Interessenten. Seit 1999 steht in jedem der 12 Berliner Bezirke ein entsprechendes Beratungsangebot zur Verfügung.

Berliner Koordinierungsstellen für ältere Menschen - bundesweit beispielhaft

Die Koordinierungsstellen sind Einrichtungen der Sozialarbeit. Die dort tätigen Fachkräfte verfügen über fundierte Kenntnisse im Sozialrecht und im methodischen Arbeiten. Ein Spezifikum ist die Anwendung der Methode des „*Case Managements*“. Damit sollen Ressourcen erschlossen werden, welche weit über den pflegerischen Aspekt hinaus gehen. Hierzu gehört etwa die Wohnungsanpassung, die Unterstützung von Angehörigen oder auch die Organisation von Hilfen im hauswirtschaftlichen Bereich und privaten Alltag oder zusätzliche finanzielle Unterstützung.

Mit der Einrichtung eines gemeinsamen Informations- und Beratungstelefons ergänzten die Koordinierungsstellen ab 01.09.2003 ihr Angebot der persönlichen und telefonischen Information und Beratung vor Ort. Hiermit wird insbesondere für die, die neu mit dieser Rolle konfrontiert werden, der Zugang zu entlastender und zielgenauer Beratung wesentlich erleichtert. Die Koordinierungsstellen verstärkten damit ihr Profil als Erst-Anlaufstellen.

Aufgabe des Projekts „*Pflege in Not*“ ist es, Betroffenen, die sich im Kontext Pflege mit Gewalt konfrontiert sehen oder diese wahrnehmen, als Anlauf-, Informations-, Beratungs- und Vermittlungsstelle Möglichkeiten der Entlastung, Konfliktbewältigung und weiterführenden Hilfe anzubieten. „*Pflege in Not*“ richtet sich an pflegende Angehörige, Angehörige von Heimbewohnern, pflegebedürftige alte Menschen, andere Bezugspersonen Pflegebedürftiger, Pflegepersonal, Institutionen und Initiativen der Altenhilfe und Medien/Multiplikatoren. Das Projekt arbeitet seit Mitte 1999 gesamtstädtisch verbands- und konfessionsübergreifend. Es betreibt ein *Krisentelefon*.

Das stadtweit arbeitende *Berliner Service- und Informationszentrum für Angehörigenarbeit (BeSIZ)* informiert Anbieter, Angehörige älterer Menschen und Professionelle über Anbieter und Angebote im Bereich der Angehörigenarbeit, vermittelt Kontakte und vernetzt sie gegebenenfalls miteinander. Aufgaben des Projekts sind vor allem die Steuerung und Unterstützung der Organisation und Umsetzung von Entlastungsangeboten für pflegende Angehörige (insbesondere Pflegekurse, Gesprächsgruppen, Informationsveranstaltungen) sowie der Verleih von Literatur und Videos zu Themen „*Rund um die Pflege*“.

Ehrenamtlicher Besuchsdienst mit Landesmitteln gefördert

Im Rahmen der ehrenamtlichen Besuchsdienste besuchen engagierte Menschen (meist Frauen) allein stehende, meist alte und kranke Menschen zu Hause, in Krankenhäusern und Heimen, um *Isolation und Vereinsamung entgegenzuwirken*. Ihr Engagement wird mit Landesmitteln gefördert. Die

Besuche finden vielfach mit erstaunlicher Regelmäßigkeit statt. In vielen Fällen haben sich dabei inzwischen dauerhafte, oft freundschaftliche Beziehungen entwickelt. Wie bei den Mobilitätshilfediensten sind die Besucherinnen und Besucher für viele Besuchte der einzige oder einer der wenigen Kontakte zur Außenwelt.

Mit der Unterstützung der *Alzheimer-Angehörigen-Initiative (AAI)* und der *Alzheimer Gesellschaft Berlin* reagiert das Land auf die prognostizierte Zunahme der an Demenz erkrankten Menschen im Sinne von Infrastrukturentwicklung. Die Projekte arbeiten mit dem Ziel, die Versorgung Demenzkranker und die Unterstützung ihrer Angehörigen zu verbessern, pflegenden Angehörigen Hilfen zur Selbsthilfe zu bieten sowie Betroffene, Angehörige von Demenzkranken, professionelle Helferinnen und Helfer und interessierte Laien zum Thema Demenz zu informieren und zu beraten.

Hospizversorgung

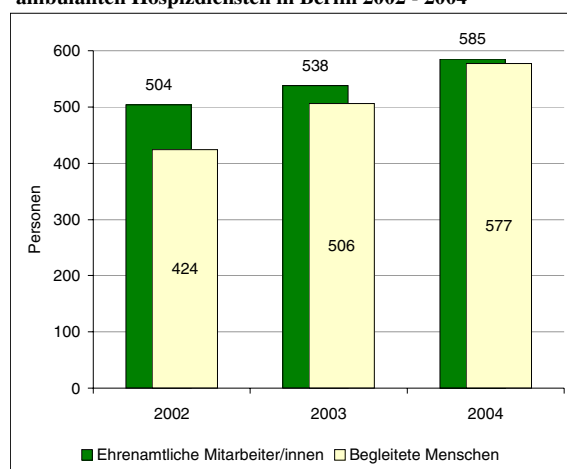
Seit der Förderung *ambulanter Hospizdienste* durch die Krankenkassen gemäß § 39a SGB V ist eine positive Entwicklung im Rahmen ambulanter Hospizarbeit zu verzeichnen. Im Jahr 2004 konnten 14 Hospizdienste eine Förderung erhalten. Mit einer jährlich steigenden Zahl von Ehrenamtlichen konnte auch die Zahl der begleiteten, schwerstkranken und sterbenden Menschen erhöht werden (vgl. Abbildung 6.7).

Darüber hinaus hat das Diakonie-Hospiz Lichtenberg (ambulant) / Diakonie-Hospiz Lichtenberg gGmbH im Jahr 2005 einen Förderantrag gestellt.

Weitere 5 Hospizdienste haben keinen Anspruch auf eine Kassenförderung:

- Ambulanter Theodorus-Hospizdienst, Theodorus e.V.,
- Hospizdienst im St. Gertrauden-Krankenhaus,
- Hospizdienst im St. Joseph-Krankenhaus,

Abbildung 6.7:
Ehrenamtlich Tätige und begleitete Menschen in ambulanten Hospizdiensten in Berlin 2002 - 2004



(Datenquelle: SenGesSozV - I D - / Darstellung: SenGesSozV - II A -)

- Hospizdienst in der Sozialstiftung Köpenick und
- Hospizdienst der Stephanus-Stiftung im Ev. Altenpflegeheim „Daniel Vergara“ in Köpenick.

Die Anzahl der Ehrenamtlichen sowie die Zahl der erbrachten Sterbebegleitungen dieser Hospizdienste werden nicht erfasst.

Die Anzahl der *stationären Hospize* hat sich im Berichtszeitraum um 3 Hospize erhöht, so dass derzeit in 8 Hospizen 113 Plätze zur Verfügung stehen.

Nachfolgend genannte 3 Hospize sind neu eröffnet worden:

- Hospiz Schöneberg-Steglitz, Nachbarschaftsheim Schöneberg Pflegerische Dienste gGmbH, mit 16 Plätzen im April 2004,
- Gemeinschaftshospiz Christophorus, Gemeinnütziger Verein zur Förderung der Entwicklung anthroposophisch erweiterter Heilkunst e.V. Berlin, mit 15 Plätzen im Juli 2004,
- Diakonie-Hospiz Lichtenberg, Diakonie-Hospiz Lichtenberg gGmbH, mit 10 Plätzen im März 2005.

Die aktuelle Adressliste einschließlich Telefon- und Fax-Nummern sowie E-Mail-Adressen kann unter Telefon (030) 90 28 27 82 oder E-Mail christel.geier@sengsv.verwalt-berlin.de angefordert werden.

6.1.9 Versorgung psychisch kranker Menschen

Aspekte der Versorgungssituation psychisch erkrankter älterer Migrantinnen und Migranten im Land Berlin

Im Rahmen der im Jahr 2003 begonnenen landesweiten Initiative zur interkulturellen Öffnung des Gesundheits- und Sozialwesens wurde im Psychiatriereferat der Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz die Notwendigkeit gesehen, die Versorgungssituation für psychisch erkrankte ältere Migrantinnen und Migranten zu verbessern. Hierzu hatte sich eine abteilungsübergreifende Facharbeitsgruppe gebildet, in der die Senatsverwaltung (Fachbereiche: Psychiatrie, Altenhilfe, Integration/Migration) und die Bezirke (Psychiatriekoordination) vertreten waren. Der Auftrag war, Lücken und Defizite in und zwischen den Versorgungssystemen „Psychiatrie“ und „Altenhilfe“ im Land Berlin zu beschreiben und Handlungsempfehlungen zu deren Beseitigung zu entwickeln.

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass insbesondere psychisch erkrankte ältere Migrantinnen und Migranten die im Land Berlin für alle Bürger offen stehenden sozialpsychiatrischen und pflegerischen Angebote nicht in der zu erwartenden Anzahl wahrnehmen und nutzen. Die Gründe hierfür sind sehr komplex und vielschichtig.

Sozialpsychiatrische Angebote werden von älteren Migrantinnen und Migranten häufig nicht genutzt

Die meisten Angebote der ambulanten, teilstationären und stationären Altenhilfe und Psychiatrie sind ausländischen Seniorinnen und Senioren nicht bekannt. Hier besteht ein erheblicher Informations- und Beratungsbedarf im Land Berlin. Nach wie vor erscheint es sehr wichtig, die interkulturelle und sprachliche Kompetenz in den Einrichtungen und Institutionen zu erhöhen, um die bekannten Barrieren zu überwinden und die Erreichbarkeit von Migrantinnen und Migranten zu verbessern.

Die *Erhöhung des Fachkräfteanteils mit interkulturellen und sprachlichen Kompetenzen*, besonders auch solchen mit Migrationshintergrund, ist der richtige Weg, um z. B. Fehlinterpretationen von Krankheitsdarstellungen und –bewertungen abzubauen oder zu vermeiden. Deshalb ist bei der Neubesetzung von Stellen auf interkulturelle Kompetenzen besonders zu achten. Bei der Aus-, Fort und Weiterbildung des Fachpersonals müssen ebenfalls migrantenspezifische Aspekte stärker berücksichtigt werden.

Darüber hinaus ist eine geeignete Öffentlichkeitsarbeit für diesen Personenkreis zu empfehlen. Mehrsprachige und verständliche Informationsmaterialien für Betroffene und Angehörige können dazu beitragen, die Erreichbarkeit von Migrantinnen und Migranten zu verbessern.

Bei der Behandlung und Betreuung von Menschen mit Migrationshintergrund, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, kann der Einsatz von Dolmetscherinnen/Dolmetschern notwendig werden. Der *Aufbau von Dolmetschdiensten*, die fachlich kompetente Personen für den Einsatz in sozialen und gesundheitlichen Einrichtungen schulen und vermitteln, ist zwischenzeitlich in Berlin weit vorangeschritten. Seit einiger Zeit bietet beispielsweise der Verein Gesundheit Berlin e.V. einen Gemeindedolmetschdienst an, auf den die jeweiligen Institutionen zurückgreifen können.

Die Einbeziehung von geschulten externen Sprachmittlerinnen und -mittlern ist besonders bei psychischen Erkrankungen von zentraler Bedeutung, wenn in den Einrichtungen und Diensten nicht auf eigenes Personal zurückgegriffen werden kann. Gelungene Ansätze der Sprach- und Kulturmittlung sind bereits im Land Berlin vorhanden.

Vernetzung aller Leistungsanbieter kann Heimaufenthalte verzögern oder vermeiden

Eine gelungene Integration setzt die gleiche Teilhabe in allen wichtigen gesellschaftlichen Bereichen und somit auch im Gesundheits- und Sozialwesen voraus. Dieses erfordert ein Bewusstsein für die Problematik dieses Personenkreises sowie eine enge Kooperation von Altenhilfe, Psychiatrie und Migrantenbereich, unter Einbeziehung der Leistungsanbieter und

Betroffenenorganisationen. Eine gute Vernetzung aller Leistungsanbieter kann Klinikaufenthalte deutlich verbessern und Heimaufenthalte verzögern oder sogar vermeiden.

Der Bericht „*Verbesserung der Versorgungssituation für psychisch erkrankte ältere Migrantinnen und Migranten im Land Berlin*“ der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe der Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz wurde im ersten Quartal 2005 veröffentlicht (www.berlin.de/sengessozv/psych/veroeff.html). Er dokumentiert die gemeinsame Arbeit, stellt die Ergebnisse der zusammen mit Experten aus den drei Praxisfeldern durchgeführten Problemanalyse dar und gibt entsprechende Hinweise bzw. Empfehlungen zur praktischen Umsetzung. Die vom Landespflegeausschuss eingesetzte Arbeitsgruppe „Ältere Migrantinnen/Migranten und Pflege“ erarbeitet gegenwärtig auf der Basis dieser Handlungsempfehlungen Ergänzungsvorschläge.

Zuverdienstmöglichkeiten für psychisch kranke Menschen in Berlin - Ergebnis einer Bezirksumfrage für die Jahre 2001 bis 2003

Zuverdienstangebote für psychisch Kranke leisten Beitrag zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben

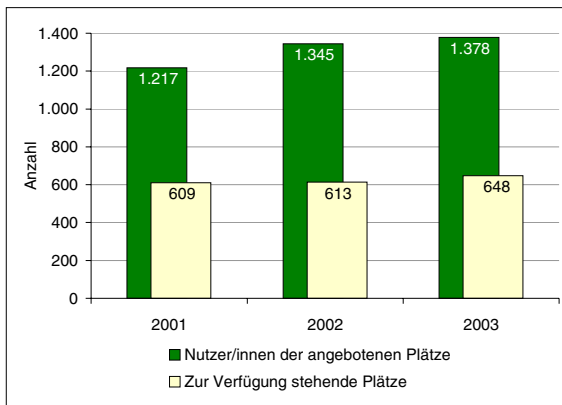
Im Folgenden werden Informationen über die Nutzung von Zuverdienstangeboten dargestellt. Aus der Erhebung wird deutlich, dass die Zuverdienstangebote ein wichtiges Element des Versorgungssystems für psychisch kranke Menschen sind und einen bedeutenden Beitrag zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben leisten. Zuverdienste bieten insbesondere chronisch psychisch kranken Menschen eine niedrigschwellige Beschäftigungs- oder Arbeitsmöglichkeit. Sie berücksichtigen das Leistungsvermögen dieses Personenkreises in besonderer Weise.

Die Ergebnisse der Umfrage erfassen die Träger und Projekte, die aus bezirklichen Mitteln finanziert werden bzw. wurden.

Zuverdienstangebote gibt es in einer vielfältigen Variationsbreite, so werden u. a. Tätigkeiten im handwerklichen und kreativen Bereich, der industriellen Fertigung, in der Gastronomie und Küche, in der Garten- und Landschaftspflege, bei Reinigungsarbeiten, in der Verwaltung oder in Botendiensten angeboten.

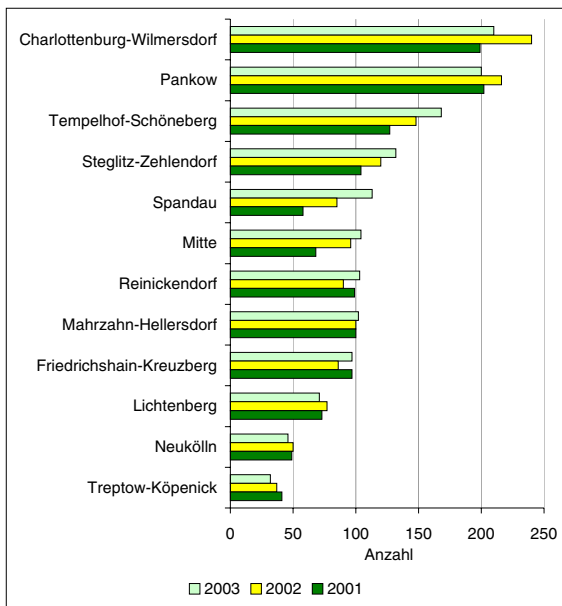
Insgesamt gab es im Jahr 2001 609 Plätze in geförderten Zuverdienstangeboten. 2002 wurden 613 Plätze und 2003 648 Plätze gezählt. Die zur Verfügung stehenden Plätze wurden im Zeitraum 2003 von

Abbildung 6.8:
Plätze, Nutzerinnen und Nutzer der geförderten Zuverdienstmöglichkeiten für psychisch kranke Menschen in Berlin 2001 - 2003



(Datenquelle und Darstellung: SenGesSozV - II B -)

Abbildung 6.9:
Nutzerinnen und Nutzer der von den Bezirken geförderten Zuverdienstmöglichkeiten für psychisch kranke Menschen in Berlin 2001 - 2003 nach Bezirken



(Datenquelle und Darstellung: SenGesSozV - II B -)

knapp 1.400 Menschen genutzt. Es ist anzumerken, dass sich teilweise mehrere Nutzer wie angestrebt gleichzeitig einen Platz teilten. Deren Zahl erhöhte sich gegenüber dem Jahr 2001 um rund 14 %. In Abbildung 6.8 ist die Entwicklung dargestellt.

In allen drei Jahren gab es regelmäßig mehr Neuzugänge an Nutzerinnen und Nutzern als Abgänge. Diese Entwicklung korrespondierte mit den gestiegenen Platzzahlen. Die *Betreuung und Anleitung der Beschäftigten im psychiatrischen Zuverdienst* erfolgte durch 42,5 Personalvollzeitstellen, viele davon in Teilzeitarbeit.

Die Inanspruchnahme variiert zwischen den Bezirken und auch über die Jahre hinweg erheblich, so dass es Differenzen von 32 bis zu 240 Nutzerinnen und Nutzern pro Bezirk und Jahr gab (vgl. Abbildung 6.9).

Insgesamt lässt sich eine leicht steigende Tendenz hinsichtlich der absoluten Nutzerzahlen auch für kommende Jahre vorhersehen.

Der Bericht über die Zuverdienstmöglichkeiten für psychisch kranke Menschen kann im Referat „Psychiatrie“ der Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz (Telefon: (030) 9028 - 2996) angefordert werden.

6.1.10 Sport-Gesundheitspark Berlin e.V. - Synthese von Gesundheitssport und Sportmedizin

Regelmäßige Bewegung und Sport sind heute anerkannte Bestandteile einer gesundheitsfördernden

Leistungs- und Breitensport werden vom Land Berlin unterstützt und gefördert

Lebensweise und werden den Wirkungen von Fehlernährung und Bewegungsarmut aktiv entgegen-

gesetzt. Aus diesem Grund werden sowohl der Leistungs- als auch der Breitensport als gesundheits- und sportpolitische Anliegen des Landes Berlin unterstützt und gefördert.

Zur Aufgabe der staatlichen Sportförderung gehört die Prävention gegen potentielle Risiken unkontrollierten Sporttreibens in Form von qualifizierten sportmedizinischen Untersuchungen und ergänzender sportmedizinischer Begleitung sportlich Begabter, ohne die insbesondere Nachwuchsleistungssport nicht verantwortlich betrieben werden kann.

Die *sportärztliche Beratung und Untersuchung* ist vor allem bei Kindern und Jugendlichen, aber auch bei besonderen Risikogruppen und behinderten Menschen, Bestandteil einer sportgestützten gesunden Lebensweise.

Im Land Berlin wurde auf Grund eines Hauptausschussbeschlusses im Dezember 2002 das Landesinstitut für Sportmedizin geschlossen und im Jahr 2003 der Wechsel von der staatlichen Aufgabewahrnehmung durch eine nachgeordnete Einrichtung hin zur staatlichen Förderung eines gemeinnützigen Trägers vollzogen.

Es handelt sich um den 1989 mit Unterstützung der Senatsverwaltung für Gesundheit, der Berliner Ärztekammer und des Landessportbundes Berlin u. a. gegründeten Sport-Gesundheitspark Berlin e.V., eine gemeinnützige Einrichtung, die auf der Grundlage gesicherter sportmedizinischer und sportwissenschaftlicher Erkenntnisse *gesundheitsbezogene Sport- und Bewegungsangebote für Menschen mit Bewegungsmangelkrankheiten* anbietet. Der Hauptsitz, der sich in der Forckenbeckstr. (Berlin-Wilmersdorf) und eine Zweigstelle, die sich in der Reinickendorfer Strasse (Wedding) befinden, entstammen dem ehemaligen Institut für Sportmedizin, wo die enge Zusammenarbeit von Medizin und Sport eine jahrzehntelange Tradition hat.

Seit 2003 im Sport-Gesundheitspark:
Zusätzliches Angebot sportmedizinischer Untersuchungen

Seit Anfang 2003 werden vom Sport-Gesundheitspark e.V. in einer neu geschaffenen Abteilung, dem Zentrum für Sportmedizin, zusätzlich sportmedizinische Untersuchungen angeboten und damit die Aufgaben des Landesinstituts für Sportmedizin fortgeführt. Hier werden einerseits auf Veranlassung des Landessportbundes und des Bundesausschusses Leistungssport wichtige Gesundheitsuntersuchungen im Leistungssport (Kadersportler) durchgeführt, um gesundheitliche Risiken bei hoher Trainings- und Wettkampfbelastung auszuschließen. Andererseits werden Sport-Einsteiger, Freizeit-, Behinderten- und Gesundheitssportler unterschiedlichen Alters und unterschiedlicher Leistungsfähigkeit sportmedizinisch betreut. Dazu gehören neben speziellen sportmedizinischen Check-ups und eingehenden funktions- und leistungsdiagnostischen Untersuchungen auch die ausführliche Ernährungs- und Trainingsberatung im Hinblick auf eine gesunde Lebensführung.

Das *Zentrum für Sportmedizin* mit den beiden Standorten

- Clayallee 225 C (am Oskar-Helene-Heim)
14195 Berlin-Zehlendorf
Telefon: (030) 81 81 20 und
- Fritz-Lesch-Str. 29 (im Sportforum)
13053 Berlin-Hohenschönhausen
Telefon: (030) 72 62 67 2-0

hat - wie das ehemalige Landesinstitut für Sportmedizin - die Lizenz als *„Sportmedizinisches Untersuchungszentrum des DSB“* erhalten, die Voraussetzung ist für die Durchführung der Gesundheitsuntersuchungen der Bundes- und Olympiakader.

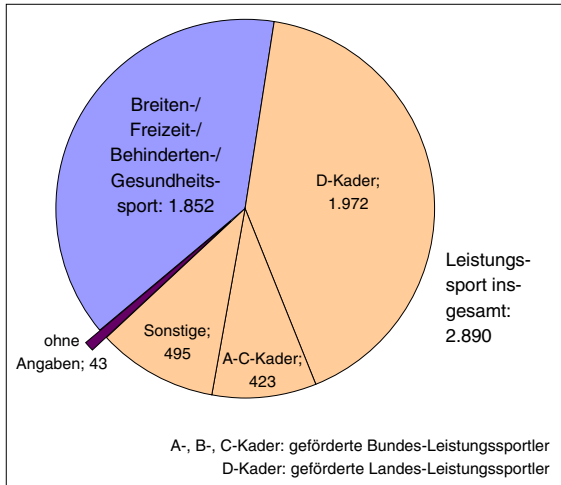
Die *Finanzierung der sportärztlichen Betreuung* der geförderten Berliner Leistungssportler (Landeskader, Schüler der Elitesportschulen) wird seit Januar 2003 über eine jährliche Zuwendung der Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz und durch die Eigenbeteiligung der Sportler in Höhe von je 35 EUR gesichert. Die Untersuchungen der Freizeit-, Breiten- und Gesundheitssportler erfolgt über die Bezuschussung durch eine jährlich degressive Anschubförderung bis Ende 2007. Ab Anfang 2008 ist eine vollständige Eigenfinanzierung vorgesehen.

Höhere Untersuchungsgebühren infolge geringerer Förderung für viele Eltern schwer zu verkraften

Nach dem Übergang in die neue Trägerschaft hat das Land Berlin im Jahr 2005 nur noch 34 % der Aufwendungen des ehemaligen Landesinstituts für Sportmedizin finanziert. Die Differenz gegenüber den Vorjahren musste zwangsläufig durch höhere Untersuchungsgebühren für die Nutzer ausgeglichen werden. Hierdurch wurde insbesondere die Nachfrage im Kinder- und Jugendbereich deutlich beeinflusst. Es zeigte sich, dass selbst sehr moderat kalkulierte Untersuchungskosten von 30 bis 45 EUR (früher 5 EUR) für Kinder bzw. Jugendliche und der Eigenanteil von 35 EUR für Nachwuchs-Leistungssportler vor dem Hintergrund

der allgemeinen wirtschaftlichen Situation für viele Eltern nur schwer zu verkraften sind. Im Jahr 2005 sanken die Untersuchungszahlen gegenüber 2004 um 21 %.

Abbildung 6.10:
Anzahl der Nutzerinnen und Nutzer sportärztlicher Untersuchungs- und Betreuungsangebote des Zentrums für Sportmedizin in Berlin 2005 nach Sportart



(Datenquelle und Darstellung: SenGesSozV - II B -)

Grundsätzlich ist die Dynamik in der wirtschaftlichen Entwicklung dieses Projekts über die nächsten Jahre zu beobachten. Trotz der schwierigen Bedingungen hat sich die Nachfrage im Breitensportbereich recht erfreulich entwickelt. Insgesamt nahmen 2005 ca. 4.800 Sportlerinnen und Sportler die sportärztlichen Untersuchungs- und Betreuungsangebote wahr (vgl. Abbildung 6.10). Es wurden insgesamt 11.139 Untersuchungen (ohne Labor) durchgeführt, davon waren 38 % Gesundheitsuntersuchungen, 48 % Funktions- und Leistungsdiagnostiken und jeweils 7 % internistisch-kardiologische bzw. orthopädische Spezialuntersuchungen. Fachlich bemerkenswert ist, dass bei 68 % der Sportler und Sportlerinnen Auffälligkeiten festgestellt wurden, die spezielle Empfehlungen wie z. B. weiterführende ärztliche Abklärung, Trainingsänderung oder Physioprophyaxe erforderten.

6.2 Tabellen

Ambulante medizinische Einrichtungen

● Ärztliche und psychotherapeutische Praxen

Tabelle 6.2.1:
Versorgungsstruktur der Kassenärztlichen Vereinigung Berlin 1997 - 2005 (Stichtag: 01.01.)

Jahr	An der vertragsärztlichen Versorgung teilnehmende Ärzte und Psychotherapeuten ¹⁾	Zugelassene		Zur vertragsärztlichen Versorgung ermächtigte	
		Ärzte ²⁾	Psychologische/ Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten ³⁾	Krankenhaus-ärzte	Psychologische/ Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten ⁴⁾
1997	6.389	6.044	-	345	-
1998	6.408	6.074	-	334	-
1999	6.371	6.092	-	279	-
2000	7.643	6.171	1.148	323	1
2001	7.740	6.192	1.244	303	1
2002	7.827	6.216	1.331	278	2
2003	7.964	6.246	1.445	272	1
2004	8.206	6.330	1.605	270	1
2005	8.277	6.409	1.602	265	1

¹⁾ Einschließlich der ermächtigten Krankenhausärzte und der Ärzte in Gesundheitlich-Sozialen Zentren (ehemalige Polikliniken) sowie der nach dem 01.01.1999 nach dem PsychThG zugelassenen Psychologischen Psychotherapeuten / Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten.

²⁾ Zulassung nach § 24 Ärzte-Zulassungsverordnung (in freier Praxis niedergelassene Ärzte), nach § 311 SGB V (ehemalige Polikliniken) und § 95 Abs. 2, Satz 6 (Medizinische Versorgungszentren); es sind nur Ärzte mit eigenem Kassenarztsitz aufgeführt, also ohne die nach § 101 Abs. 1, Satz 1, Nr. 4 SGB V Zugelassenen.

³⁾ Lt. PsychThG nach dem 01.01.1999 zugelassene Psychologische Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten (bedarfsunabhängig nach § 95 Abs. 10 u. 11 Satz 4 SGB V und bedarfsabhängig nach § 95 Abs. 2 SGB V sowie nach § 311 Abs. 2 SGB V), einschließlich bedarfsunabhängig ermächtigter zum Zwecke der Nachqualifikation nach § 95 Abs. 11 SGB V.

⁴⁾ Lt. PsychThG nach dem 01.01.1999 ermächtigte Psychologische Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten (bedarfsabhängig).

(Datenquelle: KV Berlin)

Tabelle 6.2.2:

An der kassenärztlichen Versorgung teilnehmende Ärztinnen und Ärzte in Berlin 1995 - 2005 nach Teilnahmeform und Bezirken

Jahr (Stichtag) / Bezirk	Ärzte insgesamt	Art der Teilnahme					Einwohner ⁴⁾	
		nieder- gelassene Ärzte	angestellte Ärzte in			ermäch- tigte Ärzte	in 1.000	je Arzt
			Praxen ¹⁾	Einrich- tungen ²⁾	MVZs ³⁾			
Berlin								
1995 (15.07.)	6.335	5.669	80,5	241	-	344	3.470,4	548
1996 (05.10.)	6.450	5.833	51,5	214	-	351	3.464,6	537
1997 (20.08.)	6.430	5.896	68,5	155	-	310	3.438,9	535
1998 (26.08.)	6.450	5.950	53,5	144	-	302	3.409,9	529
1999 (11.08.)	6.473	5.990	53,5	143	-	286	3.391,8	524
2001 (30.04.)	6.563	6.047	72,0	137	-	307	3.383,7	516
2002 (21.06.)	6.560	6.074	42,0	161	-	283	3.389,5	517
2003 (18.09.)	6.618	6.143	30,5	159	-	285	3.390,2	512
davon:								
Mitte	707	617	3,5	28	-	58	320,8	454
Friedrichshain-Kreuzberg	489	451	3,0	17	-	18	255,4	522
Pankow	705	587	2,0	76	-	40	347,2	492
Charlottenburg-Wilmersdorf	826	794	3,0	-	-	29	315,2	382
Spandau	388	369	5,5	-	-	13	226,2	584
Steglitz-Zehlendorf	631	590	3,5	-	-	37	288,4	457
Tempelhof-Schöneberg	674	659	3,0	-	-	12	336,1	499
Neukölln	491	470	0,5	-	-	20	307,3	626
Treptow-Köpenick	382	359	-	13	-	10	233,9	612
Marzahn-Hellersdorf	454	418	2,5	12	-	21	253,7	560
Lichtenberg	473	438	2,0	13	-	20	260,1	550
Reinickendorf	400	391	2,0	-	-	7	246,0	615
2004 (01.01.)	6.609	6.153	28,5	157	-	270	3.388,5	513
davon:								
Mitte	702	615	3,5	27	-	56	320,7	457
Friedrichshain-Kreuzberg	490	451	3,0	20	-	16	256,0	522
Pankow	703	590	1,5	73	-	38	347,7	495
Charlottenburg-Wilmersdorf	839	811	3,0	-	-	25	315,3	376
Spandau	382	362	5,0	-	-	15	226,1	592
Steglitz-Zehlendorf	633	593	3,5	-	-	36	288,4	456
Tempelhof-Schöneberg	684	670	3,0	-	-	11	335,8	491
Neukölln	484	464	0,5	-	-	19	306,8	635
Treptow-Köpenick	377	357	-	13	-	7	233,8	620
Marzahn-Hellersdorf	459	423	2,5	13	-	20	252,9	552
Lichtenberg	462	430	1,0	11	-	20	258,9	560
Reinickendorf	396	387	2,0	-	-	7	246,1	621
2005 (01.01.)	6.650	6.191	24,5	164	5	265	3.387,8	509
davon:								
Mitte	718	622	3,5	32	2	58	320,8	447
Friedrichshain-Kreuzberg	499	458	1,5	21	-	18	258,5	519
Pankow	686	577	0,5	75	-	33	350,5	511
Charlottenburg-Wilmersdorf	875	853	2,0	-	1	19	314,7	360
Spandau	381	361	5,0	-	-	15	225,7	592
Steglitz-Zehlendorf	655	610	3,5	-	-	41	288,5	441
Tempelhof-Schöneberg	683	668	3,0	-	1	11	334,4	490
Neukölln	479	457	0,5	-	-	21	305,7	639
Treptow-Köpenick	368	347	-	13	1	7	234,7	638
Marzahn-Hellersdorf	448	417	2,0	12	-	17	251,4	561
Lichtenberg	455	425	1,0	11	-	18	257,5	566
Reinickendorf	405	396	2,0	-	-	7	245,5	606

¹⁾ Angestellte nach § 32 b der Zulassungsordnung und § 101 SGB V; halbtags angestellte Ärzte sind mit 0,5 berücksichtigt.

²⁾ Einrichtungen nach § 311 SGB V, Fachambulanzen, Dispensaires.

³⁾ Medizinische Versorgungszentren nach § 95 Abs. 2, Satz 6 (seit 2004).

⁴⁾ Fortgeschriebene Bevölkerung.

(Datenquelle: KV Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Indikator 6.2

Tabelle 6.2.3:

Versorgungsgrade mit an der vertragsärztlichen Versorgung teilnehmenden Ärztinnen/Ärzten und Psychotherapeutinnen/-therapeuten sowie Zulassungsbeschränkungen in Berlin 1997 - 2005 nach Fachgebieten

Jahr	Fachgebiet											Urologe		
	Hausarzt ¹⁾	Anästhesist	Augenarzt	Chirurg	Gynäkologe	HNO-Arzt	Hautarzt	Internist fachärztlich tätig ²⁾	Kinderarzt	Nervenarzt	Orthopäde		Psychotherapeuten ³⁾ PPT / KJPT ⁵⁾ Ärzte ⁴⁾	Röntgenologe
	Versorgungsgrad ⁶⁾ in %													
1997 (07.08.)	129,0	.	120,8	137,5	105,3	123,4	127,5	134,7	139,7	123,5	104,3	-	122,4	113,0
1998 (10.07.)	129,1	.	120,4	132,7	106,3	125,6	125,3	136,2	140,0	124,8	105,9	-	128,4	114,1
1999 (12.07.)	126,1	72,6	120,9	137,3	108,6	125,1	126,3	133,9	140,8	126,0	109,4	-	130,1	118,9
2002 (01.01.)	117,7	84,6	120,1	147,9	111,0	123,5	125,5	135,4	139,8	127,3	116,9	141,5	133,6	118,5
2003 (01.06.)	115,4	91,1	119,8	147,5	111,7	123,7	126,4	138,6	136,0	122,2	117,9	154,8	131,7	122,1
2004 (01.01.)	115,5	116,0	119,0	146,1	113,6	122,0	124,0	137,7	135,3	122,8	121,4	162,6	131,8	121,4
2005 (01.01.)	114,4	107,7	116,8	139,8	112,4	122,6	123,5	136,3	133,1	121,8	120,6	159,2	130,8	123,9

Zulassungsbeschränkung^{6/7)}

(ab 01.06.2003 nur noch ein Planungsbereich "Berlin Bundeshauptstadt" im Zulassungsbezirk Berlin)

2005 (01.01.)	X	3	X	X	X	X	X	X	X	X	X	173	X	X	X
---------------	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	-----	---	---	---

X	= Fachgruppen, für die eine Zulassungssperre für Neuniederlassungen besteht.
Zahl	= Anzahl der Neuniederlassungen bis (Wieder-) Erreichen der Niederlassungssperre für die Fachgruppe (siehe auch ⁴⁾).

¹⁾ Hausarzt = Allgemeinmediziner/praktischer Arzt und hausärztlich tätiger Internist (§ 101 Abs. 5 SGB V); bis 1999 ist der Versorgungsgrad der Allgemeinmediziner/praktischen Ärzte ausgewiesen.

²⁾ Bis 1999 ist der Versorgungsgrad der Internisten insgesamt ausgewiesen.

³⁾ Der Versorgungsgrad wird für die Psychotherapeuten insgesamt errechnet; mit dem - trotz der sich aus diesem Wert ergebenden Überversorgung - noch möglichen Neuniederlassungen psychotherapeutisch weitergebildeter Ärzte wird der Anspruch auf den Mindestversorgungsanteil jeder Fachgruppe berücksichtigt (§ 101 Abs. 4 SGB V).

⁴⁾ Psychotherapeutisch weitergebildete Ärzte.

⁵⁾ PPT = Psychologische Psychotherapeuten / KJPT = Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten.

⁶⁾ Berechnung des Versorgungsgrades anhand der Verhältniszahlen (Einwohner je Arzt/Psychotherapeut) der Bedarfsplanung der Kassenärztlichen Vereinigungen (Grundlage §§ 99 - 105 SGB V) nach definierten Raumgliederungen. Der Versorgungsgrad dient als Ausgangsbasis zur Feststellung von Unter- oder Überversorgung.

⁷⁾ Zulassungsbeschränkungen werden angeordnet, wenn der allgemeine bedarfsgerechte Versorgungsgrad um zehn von Hundert überschritten ist. (Datenquelle: KV Berlin)

● Zahnarztpraxen

Tabelle 6.2.4:
Zahnärztlich geleitete ambulante Gesundheitseinrichtungen in Berlin 2000 - 2004

Indikator 6.4

Jahr	Einzelpraxen		Gemeinschafts- praxen	Praxis- gemein- schaften	Notfall- praxen
	Zahnärzte	Kiefer- orthopäden			
2000	2.120	93	381	268	2
2001	2.152	86	375	283	2
2002	2.167	85	366	271	2
2003	2.152	83	377	305	2
2004	2.167	81	393	322	2

(Datenquelle: KZV Berlin)

Tabelle 6.2.5:
Versorgungsgrad mit an der vertragszahnärztlichen Tätigkeit teilnehmenden Zahnärztinnen/-ärzten sowie Zulassungsbeschränkungen in Berlin 2000 - 2005 (Stichtag: 01.01.)

Indikator 6.5

Jahr	Zahnärztinnen/-ärzte	Kieferorthopädinnen/-orthopäden
Versorgungsgrad ^{1) 2)} in %		
2000	110,3	94,9
2001	111,1	97,7
2002	110,7	99,1
2003	113,1	82,5
2004	114,1	83,0
2005	116,3	85,0
Zulassungsbeschränkung ^{1) 3)}		
2005	X	53

¹⁾ Am 13.04.2005 wurden die bis dahin bestehenden 12 zahnärztlichen und 6 kieferorthopädischen Planungsbereiche zu je einem Planungsbereich "Berlin, Bundeshauptstadt" im Zulassungsbezirk Berlin zusammengelegt.

²⁾ Berechnung anhand der Verhältniszahlen (Einwohner je Zahnarzt bzw. Kieferorthopäde) der Bedarfsplanung der Kassenzahnärztlichen Vereinigungen (Grundlage §§ 99 - 105 SGB V) nach definierten Raumgliederungen. Der Versorgungsgrad dient als Ausgangsbasis zur Feststellung von Unter- oder Überversorgung.

³⁾ Zulassungsbeschränkungen werden angeordnet, wenn der allgemeine bedarfsgerechte Versorgungsgrad um zehn von Hundert überschritten ist.

X = bestehende Zulassungssperre.

Zahl = Anzahl der Neuniederlassungen bis (Wieder-)Erreichen der Niederlassungssperre.

(Datenquelle: KZV Berlin)

Sonstige medizinische Einrichtungen

Tabelle 6.2.6:
Dialyseeinrichtungen und -plätze (Hämodialyse) in Berlin 2000 - 2004
(Stichtag: 31.12.)

Indikator 6.6

Jahr	Stationäre/teilstationäre Dialyseeinrichtungen ¹⁾		Ambulante Dialyseeinrichtungen ¹⁾		Dialyseeinrichtungen insgesamt			Rücklaufquote ¹⁾ in %
	Anzahl	mit ... Plätzen	Anzahl	mit ... Plätzen	Anzahl	mit ... Plätzen		
						absolut	je 100.000 Einwohner	
2000	9	99	29	666	38	765	22,6	100
2001	10	106	35	809	45	915	27,0	100
2002	10	106	35	846	45	952	28,1	100
2003	10	107	35	828	45	935	27,6	100
2004	10	108	36	793	46	901	26,6	100

¹⁾ Die Zahl enthält die Einrichtungen, die sich an der einmal jährlich durchgeführten Befragung beteiligt haben.
(Datenquelle: QuaSi-Niere gGmbH)

Tabelle 6.2.7:
Patientinnen und Patienten im Dialyseprogramm in Berlin 2001 - 2004
(Berichtszeitraum: letzte Dezemberwoche)

Indikator 6.7

Jahr	Patientinnen/Patienten ¹⁾							
	in (teil-)stationären Dialyseeinrichtungen		in ambulanten Dialyseeinrichtungen				insgesamt in (teil-)stationären/ambulanten Dialyseeinrichtungen	
	Hämodialyse-Patienten		Hämodialyse-Patienten	Peritonealdialyse-Patienten	zusammen		absolut	je 100.000 Einwohner
	absolut	je 100.000 Einwohner			absolut	je 100.000 Einwohner		
2001	256	7,6	2.150	134	2.284	67,4	2.540	75,0
2002	214	6,3	2.222	142	2.364	69,7	2.578	76,0
2003	270	8,0	2.258	118	2.376	70,1	2.646	78,1
2004	333	9,8	2.306	143	2.449	72,3	2.782	82,1

¹⁾ Erfasst sind alle Patienten, die eine Dialyse in einer der Einrichtungen in Anspruch nahmen, welche sich an der jährlich durchgeführten Befragung beteiligten (Rücklaufquote siehe Tabelle 6.2.6), unabhängig vom Dialyseverfahren (Hämo- oder Peritonealdialyse).
(Datenquelle: QuaSi-Niere gGmbH)

Tabelle 6.2.8:
Rettingsleitstellen, Rettungswachen und Rettungshubschrauber in Berlin 1994 - 2004
 (Stichtag: 31.12.)

Indikator 6.9

Jahr	Rettingsleitstelle ¹⁾	Rettingswachen	Rettungswagen		Notarztwagen ²⁾		Notarzteinsatzfahrzeuge ²⁾		Geburts-hilfe-wagen ³⁾	Rettings-hub-schrauber ⁴⁾
			Anzahl	auf ... Stationen	Anzahl	auf ... Stationen	Anzahl	auf ... Stationen		
1994	1	49	98	49	15	15	-	-	1	1
1995	1	47	97	47	15	15	-	-	2	1
1996	1	47	97	47	15	15	-	-	2	1
1997	1	48	98	48	15	15	-	-	2	1
1998	1	48	98	48	15	15	-	-	2	1
1999	1	48	98	48	15	15	-	-	2	1
2000	1	48	98	48	15	15	-	-	2	1
2001	1	49	98	49	15	15	-	-	2	1
2002	1	50	98	50	14	14	1	1	2	1
2003	1	50	98	50	14	14	1	1	2	1
2004	1	50	98	50	13	13	2	2	-	1

¹⁾ Nikolaus-Gross-Weg 2, 13627 Berlin.

²⁾ Ab 2002 schrittweise Umstellung von einem Großteil der Notarztwagen auf Notarzteinsatzfahrzeuge.

³⁾ Der Betrieb der Geburtshilfewagen wurde im Januar 2004 eingestellt.

⁴⁾ ADAC - Christoph 31, stationiert an der Charité - Universitätsmedizin Berlin, Campus Benjamin Franklin.

(Datenquelle: SenInn Berlin)

Tabelle 6.2.9:
Gesundheitseinrichtungen für Suchtkranke in Berlin 2003 und 2004 (Stichtag: 31.12.)

Indikator 6.10

Ambulante Einrichtungen	2003			2004		
	insgesamt	Plätze	Personal ¹⁾	insgesamt	Plätze	Personal ¹⁾
Ambulante Einrichtungen						
Beratungs-/Behandlungsstellen für Suchtkranke ²⁾	28	.	119,6	28	.	117,3
Drogenberatungsstellen
Fachdienste für Suchtkranke beim ÖGD
Notschlafstellen für Suchtkranke	1	17	0,8 ³⁾	1	17	0,8 ³⁾
Tagestreffs	15	.	.	15	.	.
Drogenkonsumräume	3	17	2,5 ³⁾	3	17	2,7 ³⁾
Entwöhnungsbehandlung						
ambulant	21	.	.	21	.	.
Institutsambulanz (m.Schwerpkt.Sucht)
Substitutionsbehandlung (Klienten) ⁴⁾	3.477	.	.	3.461	.	.
Stationäre Einrichtungen						
Stationäre Einrichtungen	2003			2004		
	Stationen	Betten / Plätze	Betten je 100.000 Einwohner ⁵⁾	Stationen	Betten / Plätze	Betten je 100.000 Einwohner ⁵⁾
Entzug mit Motivationsanteilen						
vollstationär spezialisierte Stationen (nur Einrichtungen für Drogenkranke) ⁶⁾	1	12	x	2	.	x
Betten außerhalb spezialisierter Stationen (Entzugshaus für Drogenkranke)	1	12	x	1	12	x
teilstationär, Tages-/Nachtkliniken	.	.	x	.	.	x
Entwöhnungsbehandlung						
stationär	20	580	x	20	529	x
teilstationär ⁷⁾	3	44	x	3	44	x
Maßregelvollzugsbetten für Suchtkranke	1	84	x	1	70	x
Sonstige Einrichtungen						
Sonstige Einrichtungen	2003		2004			
	insgesamt	Betten / Plätze	insgesamt	Betten / Plätze		
Selbsthilfegruppen im Bereich Sucht	ca. 550	.	ca. 550	.		
Komplementäre Einrichtungen für Suchtkranke		

¹⁾ Zahl der Vollkräfte. Als Vollkräfte werden die auf die volle tarifliche Arbeitszeit umgerechneten Beschäftigten bezeichnet.

²⁾ Umfassen Alkohol-, Drogen- und integrierte Suchtberatungsstellen (betreuen Alkohol-, Drogen- und Medikamentenabhängige).

³⁾ Und bei Bedarf zusätzliche Honorarkräfte.

⁴⁾ Klienten, die sich am 31.12. in der Substitution befanden.

⁵⁾ Umrechnung der Betten/Plätze auf Einwohner ergäbe ein verzerrtes Bild, da in anderen Einrichtungen zusätzlich Betten für Suchtkranke genutzt werden, die nicht differenziert erfasst werden können.

⁶⁾ Versorgung Suchtkranker erfolgt überwiegend in den psychiatrischen Fachabteilungen bzw. auch in geringerem Maße in den Fachabteilungen für Innere Medizin der Krankenhäuser. Eine differenzierte Auswertung der Plätze für Suchtkranke insgesamt ist nicht möglich.

⁷⁾ Zwei Stationsbereiche für Suchtkranke und ein separates Tagesangebot für Drogenabhängige. Zusätzlich teilstationäre Betten nach Berliner LKG, Differenzierung nicht möglich.

(Datenquelle: SenGesSozV Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II H -)

Stationäre/teilstationäre medizinische Einrichtungen

● **Krankenhäuser**

Tabelle 6.2.10:
Krankenhäuser und Krankenhausbetten in Berlin am 31.12.2005
nach Status (Krankenhausplan), Trägerbereichen und Fachgebieten

Status nach Krankenhausplan / Träger	Krankenhäuser insgesamt ¹⁾	Krankenhausbetten insgesamt	Davon in den Fachabteilungen													Darunter in der Basisversorgung										
			Au- gen- heil- kunde	Chirur- gie	Gynäko- logie u. HNO Geburts- hilfe	Haut/Ge- schlechts- krank- heiten	Herz- chur- gie ²⁾	Innere Medizin	Kinder- chur- gie ²⁾	Kin- der- heil- kunde ³⁾ u. ³⁾ chur- gie	Kin- der- Jugend- psychia- trie u. ³⁾ chur- gie	Mund-/ Kiefer-/ Gesichts- chur- gie	Neuro- chur- gie	Neuro- logie	Nu- clear- mediz- in	Ortho- pädie	Chirur- gie ²⁾	Psy- chia- trie u. Psycho- therapie ⁴⁾	Psy- cho- therapeut- Mediz- in ⁵⁾	Strahl- len- the- rapie	Uro- sons- logie	Chirur- gie ⁶⁾	Innere Medizin ⁷⁾			
in den Krankenhausplan	48	21.163	276	4.105	1.350	415	223	165	7.501	106	842	270	104	308	827	29	824	84	2.555	182	173	548	276	3.550	5.566	
aufgenommene Krankenhäuser																										
davon:																										
freigemeinnützig	32	8.815	40	1.820	482	80	-	116	3.781	-	203	120	-	40	273	-	320	25	1.157	155	-	153	50	1.650	3.206	
privat	12	3.249	98	706	253	115	-	-	1.018	44	248	-	8	59	115	8	285	19	94	27	62	43	47	603	694	
öffentlich	3	5.859	20	1.109	347	109	125	-	1.763	20	135	120	26	96	299	5	1.60	40	1.126	-	39	238	82	1.077	1.394	
darunter:																										
Bundeswehr/ziviler Bereich	1	170	-	63	-	15	5	-	52	-	-	-	-	-	5	-	20	-	-	-	-	10	-	63	52	
Universitätskrankenhäuser	1	3.240	118	470	268	111	98	49	939	42	256	30	70	113	140	16	59	-	178	-	72	114	97	220	272	
nicht in den Krankenhausplan	35	452	33	64	25	21	6	20	60	3	-	-	32	28	2	-	81	29	30	-	2	4	12	51	18	
aufgenommene Krankenhäuser																										
davon:																										
freigemeinnützig	4	76	-	5	3	5	3	17	-	3	-	-	3	-	-	-	8	-	29	-	-	-	-	5	-	
privat	31	376	33	59	22	16	3	3	60	-	-	-	29	28	2	-	73	29	1	-	2	4	12	46	18	
Sonderkrankenhäuser (außerhalb des Krankenhausplans)																										
öffentlich	2	532	-	-	-	-	-	-	56	-	-	6	-	-	-	-	-	-	470	-	-	-	-	-	56	
insgesamt	31.12.2005	85	22.147	309	4.169	1.375	436	229	185	7.617	109	842	276	136	336	829	29	905	113	3.055	182	175	552	288	3.601	5.640
31.12.2004	83	22.579	336	4.265	1.467	452	260	185	7.712	108	867	276	133	360	842	45	933	112	3.078	155	185	567	241	3.674	5.737	
31.12.2003	79	22.913	336	4.395	1.541	450	260	183	8.009	104	886	276	133	362	843	45	930	85	3.054	50	185	567	229	3.832	6.018	
31.12.2002	72	23.288	351	4.491	1.611	448	261	165	8.305	101	924	249	130	358	808	45	911	97	2.998	50	185	579	221	4.034	6.366	
31.12.2001	73	23.799	358	4.978	1.639	452	261	-	8.530	-	956	288	130	353	806	45	928	-	3.012	50	185	589	239	4.137	6.423	

1) Einrichtungen.
 2) Bis 2001 als Subdisziplin der Chirurgie nicht gesondert ausgewiesen; ab 2002 neu als Hauptdisziplin aufgenommen entsprechend der veränderten Fachabteilungsgliederung der KHStatV vom 01.01.2002.
 3) Bis 2001 Kinder- und Jugendpsychiatrie, ab 2002 zusätzlich Kinder- und Jugendpsychotherapie.
 4) Bis 2001 Psychiatrie, ab 2002 Psychiatrie und Psychotherapie.
 5) Bis 2001 Psychosomatik, ab 2002 Psychotherapeutische Medizin.
 6) Allgemeine Chirurgie, Visceralchirurgie und Unfallchirurgie; im universitären Bereich 50 % davon.
 7) Allgemeine Innere Medizin, Gastroenterologie, Kardiologie und Geriatrie; im universitären Bereich 50 % davon, ohne Kardiologie des DHZB.
 (Datenquelle: SenGesSozV Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II F -)

Tabelle 6.2.11:

Das Bettenangebot der Krankenhäuser in Berlin am 31.12.2005 nach Versorgungsregionen und Fachabteilungen - absolut und je 1.000 Einwohner

Indikator 6.15

Versorgungsregion ¹⁾ / Betten	Davon in den Fachabteilungen													Darunter in der Basisversorgung											
	Krankenhausbetten insgesamt	Augenheilkunde	Chirurgie	Gynäkologie u. Geburtshilfe	HNO	Haut-/Geschlechtskrankheiten	Herzchirurgie ²⁾	Innere Medizin	Kinderchirurgie ²⁾	Kinderheilkunde	Kinder-/Jugendpsychiatrie u. ³⁾	Mund-/Kiefer-/Gesichts-chirurgie	Neurochirurgie	Neurologie	Nuklearmedizin	Orthopädie	Plastische Chirurgie ²⁾	Psychiatrie u. ⁴⁾	Psychotherapeut. Medizin	Strahlentherapie	Urologie	Sonstige	Chirurgie ⁵⁾	Innere Medizin ⁶⁾	
Berlin insgesamt																									
Betten absolut	21.163	276	4.105	1.350	415	223	165	7.501	106	842	270	104	308	827	29	824	84	2.555	182	173	548	276	3.549	5.566	
je 1.000 Einw. ⁷⁾	6,34	0,08	1,23	0,40	0,12	0,07	0,05	2,25	0,03	0,25	0,08	0,03	0,09	0,25	0,01	0,25	0,03	0,77	0,05	0,05	0,16	0,08	1,06	1,67	
Mitte																									
Betten absolut	5.341	66	995	299	109	108	165	1.865	42	298	30	36	86	196	16	139	-	488	-	58	270	75	762	1.183	
je 1.000 Einw. ⁷⁾	9,31	0,12	1,74	0,52	0,19	0,19	0,29	3,25	0,07	0,52	0,05	0,06	0,15	0,34	0,03	0,24	-	0,85	-	0,10	0,47	0,13	1,33	2,06	
Nord																									
Betten absolut	3.380	38	652	222	81	-	-	1.260	44	80	80	-	43	165	8	132	-	393	-	62	73	47	571	915	
je 1.000 Einw. ⁷⁾	5,72	0,06	1,10	0,38	0,14	-	-	2,13	0,07	0,14	0,14	-	0,07	0,28	0,01	0,22	-	0,66	-	0,10	0,12	0,08	0,97	1,55	
Ost																									
Betten absolut	2.159	30	462	163	27	-	-	476	-	148	80	26	28	159	-	-	40	405	-	-	53	62	434	451	
je 1.000 Einw. ⁷⁾	4,32	0,06	0,92	0,33	0,05	-	-	0,95	-	0,30	0,16	0,05	0,06	0,32	-	-	0,08	0,81	-	-	0,11	0,12	0,87	0,90	
Südost																									
Betten absolut	2.006	20	368	134	32	35	-	717	20	79	-	-	38	75	-	-	-	360	-	20	38	70	335	539	
je 1.000 Einw. ⁷⁾	3,75	0,04	0,69	0,25	0,06	0,07	-	1,34	0,04	0,15	-	-	0,07	0,14	-	-	-	0,67	-	0,04	0,07	0,13	0,63	1,01	
Südwest																									
Betten absolut	4.679	58	958	242	74	30	-	1.792	-	132	40	34	58	133	-	391	19	459	97	33	107	22	785	1.259	
je 1.000 Einw. ⁷⁾	7,63	0,09	1,56	0,39	0,12	0,05	-	2,92	-	0,22	0,07	0,06	0,09	0,22	-	0,64	0,03	0,75	0,16	0,05	0,17	0,04	1,28	2,05	
West																									
Betten absolut	3.598	64	670	290	92	50	-	1.391	-	105	40	8	55	99	5	162	25	450	85	-	7	-	662	1.219	
je 1.000 Einw. ⁷⁾	6,84	0,12	1,27	0,55	0,17	0,09	-	2,64	-	0,20	0,08	0,02	0,10	0,19	0,01	0,31	0,05	0,85	0,16	-	0,01	-	1,26	2,32	

¹⁾ Region Mitte: Friedrichshain-Kreuzberg, Mitte / Region Nord: Pankow, Reinickendorf / Region Ost: Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf / Region Südost: Neukölln, Treptow-Köpenick / Region Südwest: Steglitz-Zehlendorf, Tempelhof-Schöneberg

²⁾ Neu als Hauptdisziplin aufgenommen entsprechend der veränderten Fachabteilungsgliederung der KHSStatV vom 01.01.2002.

³⁾ -psychotherapie.

⁴⁾ Psychotherapie.

⁵⁾ Allgemeine Chirurgie, Viscerachirurgie und Unfallchirurgie; im universitären Bereich 50 % davon.

⁶⁾ Allgemeine Innere Medizin, Gastroenterologie, Kardiologie und Geriatrie; im universitären Bereich 50 % davon, ohne Kardiologie des DHZB.

⁷⁾ Melderechtlich registrierte Einwohner mit Hauptwohnung in Berlin am 30.06.2003.

(Datenquelle: StaLa Berlin / SenGesSozV Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II F -)

Tabelle 6.2.12:
Versorgungsangebot in Plankrankenhäusern des Landes Berlin 1999 - 2005 und geplantes Bettenangebot nach der Fortschreibung des Krankenhausplans 1999 nach Fachabteilungen

Fachabteilung	Krankenhausbetten					Soll Fortschreibung 2003 Krankenhausplan 1999	Differenz Spalte 7 zu 6
	Ist 31.12.1999	Ist 31.12.2000	Ist 01.01.2002	Ist 30.06.2003	Ist 31.12.2005		
1	2	3	4	5	6	7	8
Augenheilkunde	353	353	325	308	276	269	-7
Chirurgie	5.486	5.222	4.850	4.429	4.105	4.070	-35
Frauenheilkunde und Geburtshilfe	1.873	1.786	1.631	1.602	1.350	1.326	-24
Hals-Nasen-Ohren-Heilkunde	516	480	441	425	415	408	-7
Dermatologie	286	282	259	254	223	218	-5
Herzchirurgie ¹⁾	-	-	-	165	165	165	-
Innere Medizin	9.034	8.818	8.397	8.110	7.501	7.616	115
Kinderchirurgie ¹⁾	-	-	-	101	106	108	2
Kinderheilkunde	1.006	1.027	956	906	842	800	-42
Kinder- und Jugendpsychiatrie ²⁾	305	270	251	216	270	290	20
Mund-Kiefer-Gesichtschirurgie	134	134	104	104	104	104	-
Neurochirurgie	346	336	323	324	308	330	22
Neurologie	908	855	809	810	827	901	74
Nuklearmedizin	45	45	45	45	29	49	20
Orthopädie	940	951	853	839	824	797	-27
Plastische Chirurgie ¹⁾	-	-	-	60	84	85	1
Psychiatrie ³⁾	2.967	2.833	2.585	2.551	2.555	2.549	-6
Psychosomatik ⁴⁾	56	36	50	50	182	208	26
Strahlentherapie	206	198	183	183	173	152	-21
Urologie	623	623	580	567	548	528	-20
sonstige Fachbereiche	242	276	229	226	276	162	-114
insgesamt	25.326	24.525	22.871 ⁵⁾	22.275	21.163	21.135	-28

¹⁾ Bis 2001 als Subdisziplin der Chirurgie nicht gesondert ausgewiesen; ab 2002 neu als Hauptdisziplin aufgenommen entsprechend der veränderten Fachabteilungsgliederung der KHStatV vom 01.01.2002.

²⁾ Bis 2001 Kinder- und Jugendpsychiatrie, ab 2002 zusätzlich Kinder- und Jugendpsychotherapie.

³⁾ Bis 2001 Psychiatrie, ab 2002 Psychiatrie und Psychotherapie. Angabe ohne Forensische Psychiatrie.

⁴⁾ Bis 2001 Psychosomatik, ab 2002 Psychotherapeutische Medizin.

⁵⁾ Die im Basisbericht 2002 angegebene Zahl von 22.907 Betten musste wegen rückwirkend erteilter ordnungsbehördlicher Genehmigungen korrigiert werden.

(Datenquelle: SenGesSozV Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II F -)

Tabelle 6.2.13:
Krankenhäuser und Bettenzahl in Berlin 1990 - 2004

Indikator 6.11

Jahr	Krankenhäuser			Krankenhausbetten ¹⁾			
	allgemeine	sonstige	insgesamt	in allgemeinen	in sonstigen	in Krankenhäusern insgesamt	
				Kranken- häusern ²⁾	Kranken- häusern ²⁾	absolut	je 10.000 Einwohner ³⁾
1990	93	17	110	36.322	4.533	40.855	119,5
1991	90	14	104	36.521	3.374	39.895	116,0
1992	84	14	98	35.142	2.754	37.896	109,7
1993	84	14	98	34.072	2.711	36.783	106,0
1994	82	14	96	33.100	2.512	35.612	102,4
1995	81	16	97	32.072	1.713	33.785	97,3
1996 ⁴⁾	61	7	68	27.758	1.065	28.823	83,1
1997	62	6	68	26.124	345	26.469	76,8
1998	67	6	73	24.778	332	25.110	73,5
1999	69	5	74	23.833	337	24.170	71,2
2000	71	5	76	22.937	350	23.287	68,8
2001	65	5	70	22.302	318	22.620	66,8
2002	61	6	67	21.036	368	21.404	63,1
2003	62	7	69	20.611	380	20.991	61,9
2004	61	10	71	19.869	662	20.531	60,6

¹⁾ Im Jahresdurchschnitt aufgestellte Betten.

²⁾ Zu den allgemeinen Krankenhäusern zählen nicht die als sonstige Krankenhäuser bezeichneten Einrichtungen mit ausschließlich psychiatrischen/neurologischen Betten sowie Tages- und Nachtkliniken.

³⁾ Durchschnittliche Bevölkerung.

⁴⁾ Die Umwidmung der Betten zur Langzeitpflege chronisch Kranker aus dem stationären in den Pflegebereich hatte einen erheblichen Rückgang der Krankenhaus- und Bettenzahlen zur Folge.

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil I: Grunddaten / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 6.2.14:
**Bettenkapazität der Berliner Krankenhäuser 1990 - 2004
nach Trägerbereichen**

Jahr	Aufgestellte Betten									
	ins- gesamt	davon im Trägerbereich					darunter in allgemeinen Krankenhäusern ¹⁾			
		öffentlich			frei- gemein- nützig	privat	davon im Trägerbereich			
		zus.	ohne uni- versitär	univer- sitär			ins- gesamt	öffent- lich	frei- gemein- nützig	privat
1990	40.855	26.975	21.660	5.315	11.771	2.109	36.322	23.475	10.988	1.859
1991	39.895	26.132	20.911	5.221	11.804	1.959	36.521	23.569	11.157	1.795
1992	37.896	21.503	16.317	5.186	14.427	1.966	35.142	19.802	13.538	1.802
1993	36.783	21.023	16.253	4.770	13.791	1.969	34.072	19.372	12.895	1.805
1994	35.612	20.033	15.416	4.617	13.773	1.806	33.100	18.440	12.854	1.806
1995	33.785	18.318	13.950	4.368	13.699	1.768	32.072	17.518	12.786	1.768
1996	28.823	16.720	12.650	4.070	11.112	991	27.758	16.048	10.719	991
1997	26.469	14.684	10.804	3.880	10.483	1.302	26.124	14.684	10.138	1.302
1998	25.110	13.527	9.714	3.813	10.246	1.337	24.778	13.527	9.914	1.337
1999	24.170	12.657	8.891	3.766	10.146	1.367	23.833	12.657	9.809	1.367
2000	23.287	11.921	8.268	3.653	9.968	1.398	22.937	11.921	9.618	1.398
2001	22.620	10.201	6.704	3.497	9.879	2.540	22.302	10.201	9.561	2.540
2002	21.404	9.311	5.822	3.489	9.680	2.413	21.036	9.311	9.362	2.363
2003	20.991	8.829	5.529	3.300	9.763	2.399	20.611	8.829	9.433	2.349
2004	20.531	8.511	5.266	3.245	9.074	2.946	19.869	8.511	8.412	2.946

¹⁾ Krankenhäuser mit ausschließlich psychiatrischen und neurologischen Betten sowie Tages- und Nachtkliniken zählen nicht dazu.

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil I: Grunddaten / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 6.2.15:
Krankenhäuser in Berlin 2003 und 2004
nach Größenklassen, Bettenzahl und Personal (Jahresdurchschnittswerte bezogen auf Vollkräfte)

Indikator 6.12

Jahr / Größenklassen von ... bis ... Betten	Kranken- häuser	Aufgestellte Betten			Personal (Vollkräfte)					
					insgesamt		darunter:			
		insgesamt	%	% kum.	absolut	je Bett	ärztliches Personal ¹⁾		Pflege- personal	
						absolut	je Bett	absolut	je Bett	
1998	73	25.110	x	x	49.258	1,96	6.892	0,27	17.055	0,68
1999	74	24.170	x	x	47.423	1,96	6.882	0,28	16.410	0,68
2000	76	23.287	x	x	45.085	1,94	6.685	0,29	15.523	0,67
2001	70	22.620	x	x	43.202	1,91	6.379	0,28	15.070	0,67
2002	67	21.404	x	x	42.052	1,96	6.373	0,30	14.347	0,67
2003	69	20.991	100,0	x	41.113	1,96	6.550	0,31	13.927	0,66
davon in der Größenklasse:										
0 - 49	24	249	1,2	1,2	360	1,45	58	0,23	113	0,45
50 - 99	8	614	2,9	4,1	603	0,98	51	0,08	282	0,46
100 - 149	3	352	1,7	5,8	395	1,12	38	0,11	197	0,56
50 - 149	11	966	4,6	5,8	998	1,03	89	0,09	479	0,50
150 - 199	4	682	3,2	9,0	1.432	2,10	257	0,38	638	0,94
200 - 249	6	1.362	6,5	15,5	1.784	1,31	255	0,19	726	0,53
250 - 299	5	1.396	6,7	22,2	1.691	1,21	233	0,17	687	0,49
150 - 299	15	3.440	16,4	22,2	4.907	1,43	745	0,22	2.051	0,60
300 - 399	5	1.693	8,1	30,2	2.415	1,43	366	0,22	955	0,56
400 - 499	3	1.334	6,4	36,6	2.380	1,78	376	0,28	914	0,69
300 - 499	8	3.027	14,4	36,6	4.795	1,58	742	0,25	1.869	0,62
500 - 799	7	3.948	18,8	55,4	6.180	1,57	979	0,25	2.508	0,64
800 u. mehr	4	9.361	44,6	100,0	23.873	2,55	3.937	0,42	6.909	0,74
2004	71	20.531	100,0	x	39.793	1,94	6.608	0,32	13.445	0,65
davon in der Größenklasse:										
0 - 49	27	262	1,3	1,3	387	1,48	60	0,23	122	0,46
50 - 99	8	610	3,0	4,2	604	0,99	50	0,08	279	0,46
100 - 149	3	352	1,7	6,0	382	1,08	36	0,10	202	0,58
50 - 149	11	962	4,7	6,0	986	1,03	86	0,09	481	0,50
150 - 199	4	674	3,3	9,2	1.386	2,06	268	0,40	593	0,88
200 - 249	6	1.345	6,6	15,8	1.729	1,29	258	0,19	715	0,53
250 - 299	5	1.375	6,7	22,5	1.563	1,14	239	0,17	645	0,47
150 - 299	15	3.394	16,5	22,5	4.679	1,38	765	0,23	1.953	0,58
300 - 399	5	1.668	8,1	30,6	2.347	1,41	369	0,22	935	0,56
400 - 499	3	1.330	6,5	37,1	2.442	1,84	405	0,30	954	0,72
300 - 499	8	2.998	14,6	37,1	4.789	1,60	773	0,26	1.889	0,63
500 - 799	7	3.872	18,9	56,0	6.025	1,56	892	0,23	2.466	0,64
800 u. mehr	3	9.043	44,0	100,0	22.928	2,54	4.032	0,45	6.535	0,72

¹⁾ Einschließlich Ärzte im Praktikum. Seit 01.10.2004 ist die Ausbildungsphase "Arzt im Praktikum" weggefallen (vgl. Erläuterungen: Ärztinnen/Ärzte im Praktikum).

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil I: Grunddaten / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 6.2.16:
Personal der Krankenhäuser (Vollkräfte im Jahresdurchschnitt) in Berlin 1994 - 2004
nach Personalgruppen und Trägerbereichen

Indikator 8.17

Jahr	Vollkräfte in Krankenhäusern										
	insgesamt	zusammen	darunter in allgemeinen Krankenhäusern ¹⁾								
			öffentlich			freigemeinnützig			privat		
		absolut	je 10.000 Einw. ²⁾	je Bett ³⁾	absolut	je 10.000 Einw. ²⁾	je Bett ³⁾	absolut	je 10.000 Einw. ²⁾	je Bett ³⁾	
insgesamt											
1994	57.361	54.405	36.970	106,3	2,00	15.839	45,6	1,23	1.596	4,6	0,88
1995	57.658	55.509	37.454	107,9	2,14	16.434	47,3	1,29	1.622	4,7	0,92
1996	53.462	51.796	35.626	102,8	2,22	15.138	43,7	1,41	1.032	3,0	1,04
1997	50.891	50.353	33.905	98,4	2,31	14.902	43,3	1,47	1.546	4,5	1,19
1998	49.258	48.707	32.231	94,4	2,38	14.861	43,5	1,50	1.615	4,7	1,21
1999	47.423	46.903	30.522	89,9	2,41	14.702	43,3	1,50	1.679	4,9	1,23
2000	45.085	44.544	28.634	84,6	2,40	14.216	42,0	1,48	1.694	5,0	1,21
2001	43.202	42.716	24.716	73,0	2,42	13.674	40,4	1,43	4.326	12,8	1,70
2002	42.052	41.513	23.561	69,5	2,53	13.800	40,7	1,47	4.152	12,2	1,76
2003	41.113	40.536	22.592	66,6	2,56	13.982	41,2	1,48	3.961	11,7	1,69
2004	39.793	38.867	21.965	64,8	2,58	12.264	36,2	1,46	4.637	13,7	1,57
ärztliches Personal ⁴⁾											
1994	6.458	6.275	4.566	13,1	0,25	1.610	4,6	0,13	99	0,3	0,05
1995	6.958	6.834	4.930	14,2	0,28	1.803	5,2	0,14	101	0,3	0,06
1996	6.835	6.710	4.718	13,6	0,29	1.899	5,5	0,18	93	0,3	0,09
1997	6.844	6.787	4.615	13,4	0,31	1.995	5,8	0,20	177	0,5	0,14
1998	6.892	6.829	4.592	13,4	0,34	2.039	6,0	0,21	198	0,6	0,15
1999	6.882	6.824	4.535	13,4	0,36	2.083	6,1	0,21	205	0,6	0,15
2000	6.685	6.624	4.373	12,9	0,37	2.042	6,0	0,21	209	0,6	0,15
2001	6.379	6.320	3.666	10,8	0,36	2.036	6,0	0,21	618	1,8	0,24
2002	6.373	6.300	3.650	10,8	0,39	2.056	6,1	0,22	594	1,8	0,25
2003	6.550	6.474	3.745	11,0	0,42	2.131	6,3	0,23	598	1,8	0,25
2004	6.608	6.489	3.845	11,4	0,45	1.896	5,6	0,23	748	2,2	0,25
Pflegepersonal											
1994	20.357	19.023	11.549	33,2	0,63	6.677	19,2	0,52	797	2,3	0,44
1995	20.453	19.479	11.720	33,8	0,67	6.955	20,0	0,54	804	2,3	0,45
1996	18.749	17.975	11.311	32,6	0,70	6.240	18,0	0,58	423	1,2	0,43
1997	17.695	17.459	10.839	31,5	0,74	5.988	17,4	0,59	632	1,8	0,49
1998	17.055	16.815	10.176	29,8	0,75	5.985	17,5	0,60	654	1,9	0,49
1999	16.410	16.176	9.509	28,0	0,75	5.982	17,6	0,61	685	2,0	0,50
2000	15.523	15.278	8.706	25,7	0,73	5.886	17,4	0,61	687	2,0	0,49
2001	15.070	14.825	7.697	22,7	0,75	5.620	16,6	0,59	1.509	4,5	0,59
2002	14.347	14.089	7.147	21,1	0,77	5.550	16,4	0,59	1.392	4,1	0,59
2003	13.927	13.660	6.631	19,6	0,75	5.672	16,7	0,60	1.357	4,0	0,58
2004	13.445	13.023	6.313	18,6	0,74	5.076	15,0	0,60	1.634	4,8	0,55
Verwaltungsdienst											
1994	4.492	4.302	3.019	8,7	0,16	1.153	3,3	0,09	130	0,4	0,07
1995	4.461	4.335	3.008	8,7	0,17	1.196	3,4	0,09	130	0,4	0,07
1996	4.347	4.229	2.966	8,6	0,18	1.158	3,3	0,11	105	0,3	0,11
1997	4.299	4.254	2.949	8,6	0,20	1.158	3,4	0,11	148	0,4	0,11
1998	4.157	4.112	2.798	8,2	0,21	1.156	3,4	0,12	158	0,5	0,12
1999	3.984	3.939	2.659	7,8	0,21	1.138	3,4	0,12	142	0,4	0,10
2000	3.836	3.776	2.546	7,5	0,21	1.083	3,2	0,11	147	0,4	0,11
2001	3.618	3.580	2.152	6,4	0,21	1.053	3,1	0,11	375	1,1	0,15
2002	3.493	3.455	2.054	6,1	0,22	1.066	3,1	0,11	334	1,0	0,14
2003	3.420	3.377	1.961	5,8	0,22	1.099	3,2	0,12	317	0,9	0,13
2004	3.246	3.178	1.842	5,4	0,22	956	2,8	0,11	380	1,1	0,13

¹⁾ Krankenhäuser mit ausschließlich psychiatrischen und neurologischen Betten sowie Tages- und Nachtkliniken zählen nicht dazu.

²⁾ Durchschnittliche Bevölkerung.

³⁾ Aufgestellte Betten.

⁴⁾ Ab 1995 wurden die Ärztinnen/Ärzte im Praktikum (AiP) bei der Ermittlung der Zahl der ärztlichen Vollkräfte einbezogen. Seit 01.10.2004 ist die Ausbildungsphase "Arzt im Praktikum" weggefallen (vgl. Erläuterungen: Ärztinnen/Ärzte im Praktikum).

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil I: Grunddaten / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 6.2.17 a:
Krankenhäuser in Berlin 2003
nach Fachabteilungen und Bettenzahl

Indikator 6.13

Fachabteilung	Fach- abtei- lungen ¹⁾ Anzahl	Aufgestellte Betten				
		insgesamt			darunter:	
		absolut	%	je 100.000 Einwohner	Intensiv- betten	Beleg- betten
Augenheilkunde	14	334	1,6	9,8	1	18
Chirurgie	39	4.258	20,3	125,5	323	50
dar.: Gefäßchirurgie	8	150	0,7	4,4	5	4
Thoraxchirurgie	2	122	0,6	3,6	13	-
Unfallchirurgie	12	990	4,7	29,2	38	-
Viszeralchirurgie	6	762	3,6	22,5	45	-
Frauenheilkunde und Geburtshilfe ²⁾	20	1.473	7,0	96,2	23	37
dar.: Frauenheilkunde ²⁾	18	686	3,3	44,8	18	37
Geburtshilfe ³⁾	12	417	2,0	56,0	1	-
Hals-Nasen-Ohrenheilkunde	15	427	2,0	12,6	8	61
Haut- und Geschlechtskrankheiten	6	210	1,0	6,2	-	1
Herzchirurgie	3	177	0,8	5,2	49	3
Innere Medizin	42	7.647	36,4	225,5	464	9
dar.: Angiologie	.	32	0,2	0,9	1	-
Endokrinologie	2	21	0,1	0,6	-	1
Gastroenterologie	14	1.227	5,8	36,2	32	1
Hämatologie und internistische Onkologie	4	397	1,9	11,7	30	-
Kardiologie	16	1.549	7,4	45,7	192	2
Klinische Geriatrie ⁴⁾	13	1.060	5,0	198,8	4	-
Nephrologie	8	413	2,0	12,2	49	1
Pneumologie	5	429	2,0	12,6	7	-
Rheumatologie	2	144	0,7	4,2	-	-
Kinderchirurgie ⁵⁾	3	90	0,4	16,8	11	-
Kinderheilkunde ⁵⁾	10	856	4,1	159,8	291	-
dar.: Kinderkardiologie ⁵⁾	2	42	0,2	7,8	16	-
Neonatalogie ⁶⁾	6	174	0,8	607,9	146	-
Mund-Kiefer-Gesichtschirurgie	12	134	0,6	4,0	6	2
Neurochirurgie	12	357	1,7	10,5	41	24
Neurologie	13	815	3,9	24,0	47	1
Nuklearmedizin	4	50	0,2	1,5	-	-
Orthopädie	17	898	4,3	26,5	20	128
dar.: Rheumatologie	1	100	0,5	2,9	-	-
Plastische Chirurgie	7	80	0,4	2,4	2	9
Strahlentherapie	4	173	0,8	5,1	-	9
Urologie	14	534	2,5	15,7	16	17
Sonstige Fachbereiche/Allgemeinbetten	6	209	1,0	6,2	3	52
zusammen	241	18.722	89,2	552,0	1.305	421
Kinder- u. Jugendpsychiatrie u. -psychotherapie ⁵⁾	5	142	0,7	26,5	-	-
Psychiatrie und Psychotherapie einschl.						
Psychotherapeutische Medizin	12	2.127	10,1	62,7	2	1
insgesamt	258	20.991	100,0	618,9	1.307	422

¹⁾ In Krankenhäusern ohne reine Tages- und Nachtkliniken (insgesamt 66 Krankenhäuser).

²⁾ Bevölkerungsbezug auf Frauen im Alter von 15 und mehr Jahren.

³⁾ Bevölkerungsbezug auf Frauen im Alter von 15 bis 44 Jahren.

⁴⁾ Bevölkerungsbezug auf 65-Jährige und Ältere.

⁵⁾ Bevölkerungsbezug auf Kinder und Jugendliche im Alter bis 17 Jahre.

⁶⁾ Bevölkerungsbezug auf Kinder unter einem Jahr.

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil I: Grunddaten / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 6.2.17 b:
Krankenhäuser in Berlin 2004
nach Fachabteilungen und Bettenzahl

Indikator 6.13

Fachabteilung	Fach- abtei- lungen ¹⁾	Aufgestellte Betten				
		insgesamt			darunter:	
		absolut	%	je 100.000 Einwohner	Intensiv- betten	Beleg- betten
Anzahl						
Augenheilkunde	13	318	1,5	9,4	1	18
Chirurgie	38	4.207	20,5	124,2	330	58
dar.: Gefäßchirurgie	9	173	0,8	5,1	7	4
Thoraxchirurgie	3	127	0,6	3,7	13	-
Unfallchirurgie	11	972	4,7	28,7	42	-
Viszeralchirurgie	6	741	3,6	21,9	43	-
Frauenheilkunde und Geburtshilfe ²⁾	20	1.387	6,8	90,5	18	16
dar.: Frauenheilkunde ²⁾	17	635	3,1	41,4	14	15
Geburtshilfe ³⁾	11	402	2,0	54,2	1	1
Hals-Nasen-Ohrenheilkunde	13	414	2,0	12,2	7	59
Haut- und Geschlechtskrankheiten	3	200	1,0	5,9	-	-
Herzchirurgie	3	183	0,9	5,4	49	3
Innere Medizin	40	7.359	35,8	217,2	455	11
dar.: Angiologie	3	49	0,2	1,4	1	1
Endokrinologie	2	21	0,1	0,6	-	1
Gastroenterologie	13	1.160	5,6	34,2	32	1
Hämatologie und internistische Onkologie	4	390	1,9	11,5	29	2
Kardiologie	14	1.484	7,2	43,8	213	1
Klinische Geriatrie ⁴⁾	13	1.049	5,1	190,1	3	-
Nephrologie	7	418	2,0	12,3	60	1
Pneumologie	6	451	2,2	13,3	6	-
Rheumatologie	3	166	0,8	4,9	-	-
Kinderchirurgie ⁵⁾	5	109	0,5	20,8	10	-
Kinderheilkunde ⁵⁾	9	815	4,0	155,3	288	-
dar.: Kinderkardiologie ⁵⁾	2	42	0,2	8,0	16	-
Neonatologie ⁶⁾	6	193	0,9	666,9	146	-
Mund-Kiefer-Gesichtschirurgie	11	135	0,7	4,0	4	2
Neurochirurgie	12	361	1,8	10,7	39	34
Neurologie	13	797	3,9	23,5	49	2
Nuklearmedizin	3	49	0,2	1,4	-	-
Orthopädie	17	888	4,3	26,2	24	132
dar.: Rheumatologie	1	100	0,5	3,0	-	-
Plastische Chirurgie	8	83	0,4	2,5	2	9
Strahlentherapie	3	167	0,8	4,9	-	9
Urologie	13	519	2,5	15,3	14	18
Sonstige Fachbereiche/Allgemeinbetten	5	207	1,0	6,1	3	52
zusammen	229	18.198	88,6	537,2	1.293	423
Kinder- u. Jugendpsychiatrie u. -psychotherapie ⁵⁾	5	155	0,8	29,5	-	-
Psychiatrie und Psychotherapie	11	2.016	9,8	59,5	4	1
Psychotherapeutische Medizin	4	162	0,8	4,8	-	-
insgesamt	249	20.531	100,0	606,1	1.297	424

¹⁾ In Krankenhäusern ohne reine Tages- und Nachtkliniken (insgesamt 66 Krankenhäuser).

²⁾ Bevölkerungsbezug auf Frauen im Alter von 15 und mehr Jahren.

³⁾ Bevölkerungsbezug auf Frauen im Alter von 15 bis 44 Jahren.

⁴⁾ Bevölkerungsbezug auf 65-Jährige und Ältere.

⁵⁾ Bevölkerungsbezug auf Kinder und Jugendliche im Alter bis 17 Jahre.

⁶⁾ Bevölkerungsbezug auf Kinder unter einem Jahr.

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil I: Grunddaten / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 6.2.18:
Krankenhäuser mit Tages- und Nachtambulanzplätzen in Berlin 2003 und 2004
nach Fachabteilungen

Indikator 6.14

Jahr / Fachabteilung	Fach- abteilungen	Plätze
2003		
Fachabteilungen nach Gebiets-/Schwerpunktbezeichnung des leitenden Arztes/der leitenden Ärztin		
Augenheilkunde	1	14
Frauenheilkunde und Geburtshilfe	1	9
Haut- und Geschlechtskrankheiten	2	44
Innere Medizin	10	291
darunter:		
Endokrinologie	1	31
Gastroenterologie	2	10
Hämatologie und internistische Onkologie	2	23
Klinische Geriatrie	7	140
Nephrologie	3	58
Rheumatologie	1	18
Kinderheilkunde	2	29
Kinder-/Jugendpsychiatrie und -psychotherapie	5	138
Neurologie	2	23
Psychiatrie und Psychotherapie	10	497
Strahlentherapie	1	5
insgesamt	34	1.050
Fachabteilungen und Besondere Einrichtungen mit gesonderten Abteilungspflegesätzen nach § 13 Abs. 2 BPfIV		
Fachabteilung Geriatrie	.	70
Einrichtungen zur Behandlung von Dialyse-Patienten	.	41
2004		
Fachabteilungen nach Gebiets-/Schwerpunktbezeichnung des leitenden Arztes/der leitenden Ärztin		
Augenheilkunde	1	8
Frauenheilkunde und Geburtshilfe	1	12
Haut- und Geschlechtskrankheiten	2	44
Innere Medizin	10	266
darunter:		
Endokrinologie	1	31
Gastroenterologie	1	8
Hämatologie und internistische Onkologie	2	23
Klinische Geriatrie	7	140
Nephrologie	2	35
Rheumatologie	1	18
Kinderheilkunde	3	38
Kinder-/Jugendpsychiatrie und -psychotherapie	5	125
Neurologie	2	22
Psychiatrie und Psychotherapie	9	512
Psychotherapeutische Medizin	1	15
Strahlentherapie	1	5
insgesamt	35	1.047
Fachabteilungen und Besondere Einrichtungen mit gesonderten Abteilungspflegesätzen nach § 13 Abs. 2 BPfIV		
Fachabteilung Geriatrie	3	72
Einrichtungen zur Behandlung von		
AIDS-Patienten	2	11
Dialyse-Patienten	3	64
onkologisch zu behandelnden Patienten	2	28

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil I: Grunddaten / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

● Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen

Tabelle 6.2.19:
Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen in Berlin 1998 - 2004
nach Bettenzahl und Personal (Vollkräfte im Jahresdurchschnitt)

Indikatoren 6.16/8.23

Jahr	Anzahl der Einrichtungen	Aufgestellte Betten				
		insgesamt	davon für:			Neurologie
			Innere Medizin		Orthopädie	
		insgesamt	dar. Klin. Geriatrie			
1998	3	307	77	.	115	115
1999	3	307	77	.	115	115
2000	3	307	77	.	115	115
2001	3	307	77	.	115	115
2002	3	307	77	64	115	115
2003	3	307	77	64	115	115
2004	3	307	77	64	115	115

Jahr	Personal (Vollkräfte)								
	insgesamt		ärztlich			nichtärztlich		Pflegedienst	
	absolut	je Bett	absolut	je Bett	Einw. je Arzt	absolut	je Bett	absolut	je Bett
1998	234	1,2	28	0,1	121.939	206	1,1	98	0,5
1999	245	1,3	27	0,1	125.679	218	1,1	108	0,6
2000	213	1,1	27	0,1	125.339	186	1,0	95	0,5
2001	225	1,2	31	0,2	109.198	193	1,0	95	0,5
2002	243	1,3	31	0,2	109.364	212	1,1	99	0,5
2003	238	0,8	30	0,1	113.050	208	0,7	101	0,3
2004	241	0,8	30	0,1	112.918	211	0,7	98	0,3

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil I: Grunddaten / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Pflegeeinrichtungen

Tabelle 6.2.20:
Langzeitpflegeplätze in Pflegeeinrichtungen - Bedarf 2005 nach Landespflegeplan, Bestand und bekannte Planungen am 01.01.2006 in Berlin nach Bezirken

Indikator 6.18

Bezirk	Langzeitpflegeeinrichtungen					
	ermittelter Gesamtbedarf 2005 ¹⁾	mit Versorgungsvertrag am 01.01.2006			bekannte Planungen am 01.01.2006	
		Plätze		Einrichtungen	Plätze	Einrichtungen
	insgesamt	Differenz zum Bedarf				
Mitte	1.987	2.580	593	24	381	3
Friedrichshain-Kreuzberg	1.208	1.490	282	12	363	2
Pankow	2.183	3.135	952	28	407	4
Charlottenburg-Wilmersdorf	3.021	2.999	-22	38	383	3
Spandau	1.826	2.483	657	18	126	1
Steglitz-Zehlendorf	2.907	4.507	1.600	55	243	2
Tempelhof-Schöneberg	2.749	2.294	-455	23	108	1
Neukölln	2.152	1.911	-241	13	244	2
Treptow-Köpenick	1.900	1.868	-32	14	442	3
Marzahn-Hellersdorf	1.286	1.887	601	13	80	1
Lichtenberg	1.542	2.654	1.112	22	406	4
Reinickendorf	2.149	1.642	-507	12	398	3
Berlin	24.910	29.450	4.540	272	3.581	29

¹⁾ Die Fortschreibung des Landespflegeplans erfolgt im Jahr 2006 auf der Grundlage des aktuellen Versorgungsangebotes und einer neuen Bedarfsermittlung, war jedoch bei Redaktionsschluss noch nicht abgeschlossen.

(Datenquelle: SenGesSozV Berlin / Berechnung: SenGesSozV - I D -)

Tabelle 6.2.21:
Ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen in Berlin 1999 - 2003 (Stichtag 15.12.) nach Art der Pflegeeinrichtung und verfügbaren Plätzen

Indikator 6.17

Jahr	Ambulante Pflegeeinrichtungen			Stationäre Pflegeeinrichtungen						
	insgesamt	darunter eingliedrig		insgesamt	verfügbare Plätze					
		mit	ohne		insgesamt		für vollstationäre			für teilstationäre Pflege
					absolut	je 100.000 Einw. 65 J. u. m.	Langzeitpflege		Kurzzeitpflege	
andere(n) Sozialleistungen		absolut	je 100.000 Einw. 65 J. u. m.	absolut	je 100.000 Einw. 65 J. u. m.					
1999	310	298	4	316	26.755	5.574,9	25.810	5.378,0	320	625
2001	351	321	21	327	28.470	5.595,7	27.330	5.371,7	357	783
2003	374	354	16	342	29.569	5.462,0	28.199	5.208,9	514	856

Die seit 1999 bestehende Pflegestatistik wird zweijährlich erhoben.

(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 6.2.22:
Ambulante Pflegeeinrichtungen in Berlin 2001 - 2003 (Stichtag: 15.12.)
nach Art, Zahl der Pflegebedürftigen (Größenklassen) und Trägerschaft

Indikator 6.19

Zahl der Pflegebedürftigen / Art der Pflegeeinrichtung	Insgesamt		Trägerschaft					
	absolut	%	privat		freigemeinnützig		öffentlich	
			absolut	%	absolut	%	absolut	%
2001								
Einrichtungen								
insgesamt	351	100,0	226	64,4	125	35,6	-	-
		100,0		100,0		100,0		
davon mit ... Pflegebedürftigen:								
1 - 10	36	10,3	31	13,7	5	4,0	-	-
11 - 15	18	5,1	15	6,6	3	2,4	-	-
16 - 20	14	4,0	10	4,4	4	3,2	-	-
21 - 25	18	5,1	15	6,6	3	2,4	-	-
26 - 35	34	9,7	28	12,4	6	4,8	-	-
36 - 50	63	17,9	42	18,6	21	16,8	-	-
51 - 70	66	18,8	40	17,7	26	20,8	-	-
71 - 100	59	16,8	30	13,3	29	23,2	-	-
101 - 150	31	8,8	11	4,9	20	16,0	-	-
151 und mehr	12	3,4	4	1,8	8	6,4	-	-
darunter:								
mit anderen Sozialleistungen	330	94,0	208	92,0	122	97,6	-	-
häusliche Krankenpflege/Haushalts- hilfe nach SGB V	275	78,3	164	72,6	111	88,8	-	-
Hilfe zur Pflege nach BSHG	311	88,6	194	85,8	117	93,6	-	-
eingliedrige Pflegeeinrichtungen	342	97,4	219	96,9	123	98,4	-	-
Pflegebedürftige								
insgesamt	19.787	x	10.576	x	9.211	x	-	x
durchschnittlich je Einrichtung	56	x	47	x	74	x	-	x
2003								
Einrichtungen								
insgesamt	374	100,0	262	70,1	112	29,9	-	-
		100,0		100,0		100,0		
davon mit ... Pflegebedürftigen:								
1 - 10	29	7,8	27	10,3	2	1,8	-	-
11 - 15	28	7,5	24	9,2	4	3,6	-	-
16 - 20	21	5,6	19	7,3	2	1,8	-	-
21 - 25	23	6,1	18	6,9	5	4,5	-	-
26 - 35	38	10,2	34	13,0	4	3,6	-	-
36 - 50	66	17,6	53	20,2	13	11,6	-	-
51 - 70	62	16,6	37	14,1	25	22,3	-	-
71 - 100	59	15,8	28	10,7	31	27,7	-	-
101 - 150	35	9,4	16	6,1	19	17,0	-	-
151 und mehr	13	3,5	6	2,3	7	6,3	-	-
darunter:								
mit anderen Sozialleistungen	358	95,7	246	93,9	112	100,0	-	-
häusliche Krankenpflege/Haushalts- hilfe nach SGB V	282	75,4	183	69,8	99	88,4	-	-
Hilfe zur Pflege nach BSHG	340	90,9	235	89,7	105	93,8	-	-
eingliedrige Pflegeeinrichtungen	370	98,9	260	99,2	110	98,2	-	-
Pflegebedürftige								
insgesamt	20.682		12.056		8.626		-	-
durchschnittlich je Einrichtung	55	x	46	x	77	x	-	x

Die seit 1999 bestehende Pflegestatistik wird zweijährlich erhoben.

(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 6.2.23:
(Teil-)stationäre Pflegeeinrichtungen in Berlin 2001 - 2003 (Stichtag: 15.12.)
nach Art, verfügbaren Plätzen und Trägerschaft

Indikator 6.20

Jahr / Art der Pflegeeinrichtung / Plätze	Insgesamt		Trägerschaft					
			privat		freigemeinnützig		öffentlich	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
2001								
Einrichtungen insgesamt	327	100,0	126	38,5	175	53,5	26	8,0
		100,0		100,0		100,0		100,0
davon für:								
ältere Menschen	302	92,4	114	90,5	163	93,1	25	96,2
Behinderte	6	1,8	1	0,8	5	2,9	-	-
psychisch Kranke	19	5,8	11	8,7	7	4,0	1	3,8
Plätze insgesamt	28.470	100,0	10.285	36,1	14.686	51,6	3.499	12,3
		100,0		100,0		100,0		100,0
je 100.000 Einw.	840,2	x	303,5	x	433,4	x	103,3	x
je 100.000 Einw. 65 Jahre u. älter	5.595,7	x	2.021,5	x	2.886,5	x	687,7	x
je 100.000 Einw. 85 Jahre u. älter	40.470,2	x	14.620,2	x	20.876,2	x	4.973,8	x
davon für:								
vollstationäre Langzeitpflege	27.330	96,0	9.950	96,7	13.901	94,7	3.479	99,4
je 100.000 Einw.	806,6	x	293,6	x	410,2	x	102,7	x
je 100.000 Einw. 65 Jahre u. älter	5.371,7	x	1.955,7	x	2.732,2	x	683,8	x
je 100.000 Einw. 85 Jahre u. älter	38.849,7	x	14.144,0	x	19.760,3	x	4.945,4	x
Kurzzeitpflege	357	1,3	160	1,6	177	1,2	20	0,6
Tagespflege	781	2,7	175	1,7	606	4,1	-	-
Nachtpflege	2	0,0	-	-	2	0,0	-	-
2003								
Einrichtungen insgesamt	342	100,0	143	41,8	176	51,5	23	6,7
		100,0		100,0		100,0		100,0
davon für:								
ältere Menschen	322	94,2	134	93,7	166	94,3	22	95,7
Behinderte	4	1,2	-	-	4	2,3	-	-
psychisch Kranke	16	4,7	9	6,3	6	3,4	1	4,3
Plätze insgesamt	29.569	100,0	11.768	39,8	14.882	50,3	2.919	9,9
		100,0		100,0		100,0		100,0
je 100.000 Einw.	872,6	x	347,3	x	439,2	x	86,1	x
je 100.000 Einw. 65 Jahre u. älter	5.462,0	x	2.173,8	x	2.749,0	x	539,2	x
je 100.000 Einw. 85 Jahre u. älter	48.228,7	x	19.194,3	x	24.273,4	x	4.761,1	x
davon für:								
vollstationäre Langzeitpflege	28.199	95,4	11.280	95,9	14.020	94,2	2.899	99,3
je 100.000 Einw.	832,2	x	332,9	x	413,8	x	85,6	x
je 100.000 Einw. 65 Jahre u. älter	5.208,9	x	2.083,6	x	2.589,8	x	535,5	x
je 100.000 Einw. 85 Jahre u. älter	45.994,1	x	18.398,3	x	22.867,4	x	4.728,4	x
Kurzzeitpflege	514	1,7	238	2,0	256	1,7	20	0,7
Tagespflege	856	2,9	250	2,1	606	4,1	-	-
Nachtpflege	-	-	-	-	-	-	-	-

Die seit 1999 bestehende Pflegestatistik wird zweijährlich erhoben.

(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Weitere Einrichtungen des Gesundheitswesens

Tabelle 6.2.24:
Apotheken in Berlin 1995 - 2005 und in den Bezirken 2005
nach Bezirken in neuer und alter Struktur

Indikator 6.21

Jahr / Bezirk (alte und neue Struktur)	Öffentliche Apotheken ¹⁾					Kranken- haus- apotheken, Bestand am 31.12.
	Bestand am 31.12.			im Jahr		
	insgesamt	melderechtlich registrierte Einwohner je Apotheke		Schließungen	Eröffnungen	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr			
Berlin						
1995	826	4.172	-143	10	36	30 ²⁾
1996	826	4.151	-21	14	14	29 ²⁾
1997	848	3.995	-156	17	39	27 ²⁾
1998	863	3.891	-104	21	36	24 ²⁾
1999	872	3.831	-60	14	23	23 ²⁾
2000	878	3.794	-37	17	23	22 ²⁾
2001	880	3.792	-2	17	19	20 ²⁾
2002	874	3.817	25	28	22	18 ²⁾
2003	866	3.846	28	22	14	18 ²⁾
2004	869	3.836	-10	17	20	18 ²⁾
2005 ³⁾	874	3.814	-21	16	21	16 ²⁾
davon:						
Mitte	36	2.136	20	4	4	1
Tiergarten	26	3.358	-135	-	1	-
Wedding	40	3.817	-94	-	1	2
Mitte	102	3.107	-53	4	6	3
Friedrichshain	27	3.956	56	-	-	1
Kreuzberg	43	3.402	-11	1	1	-
Friedrichshain-Kreuzberg	70	3.616	15	1	1	1
Prenzlauer Berg	35	3.989	254	2	-	-
Weißensee	16	4.689	-17	1	1	-
Pankow	30	4.318	4	-	-	1
Pankow	81	4.249	118	3	1	1
Charlottenburg	70	2.455	-74	-	2	2
Wilmersdorf	51	2.681	-107	-	2	1
Charlottenburg-Wilmersdorf	121	2.550	-87	-	4	3
Spandau	49	4.443	-99	-	1	1
Zehlendorf	26	3.734	-5	-	-	-
Steglitz	48	3.918	152	3	1	-
Steglitz-Zehlendorf	74	3.853	97	3	1	-
Schöneberg	49	2.909	-5	-	-	-
Tempelhof	46	4.040	-9	1	1	1
Tempelhof-Schöneberg	95	3.457	-7	1	1	1
Neukölln	67	4.504	61	2	1	1
Treptow	29	3.980	8	1	1	-
Köpenick	26	4.510	-187	-	1	-
Treptow-Köpenick	55	4.230	-77	1	2	-
Marzahn	25	5.114	-447	-	2	1
Hellersdorf	24	5.017	2	-	-	-
Marzahn-Hellersdorf	49	5.067	-222	-	2	1
Lichtenberg	38	3.933	-91	-	1	2
Hohenschönhausen	21	4.853	202	1	-	-
Lichtenberg	59	4.261	3	1	1	2
Reinickendorf	52	4.723	-18	-	-	1

¹⁾ Das LAGeSi erteilt die Betriebserlaubnisse. Mit Datum der Eröffnung bzw. Schließung werden die Apotheken erfasst. Differenzen zu den von der Apothekerkammer veröffentlichten Zahlen ergeben sich aus der zeitversetzten Meldung durch die Kammermitglieder.

²⁾ Einschließlich einer Bundeswehrkrankenhausapotheke.

³⁾ Bevölkerung vom 30.06.2005.

(Datenquelle: LAGeSi Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 6.2.25:
Bestand an medizinisch-technischen Großgeräten in den Berliner Krankenhäusern 1995 - 2004

Indikator 6.22

Art des Gerätes	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001 ¹⁾	2002 ¹⁾	2003 ¹⁾	2004 ¹⁾	
										abs.	Einw. je Gerät
Computer-Tomographen (CT)	39	40	41	42	42	46	47	52	50	50	67.757
Dialysegeräte	173	181	201	16.855
Digitale Subtraktions-Angiographiegeräte	27	27	32	105.870
Gammakameras	36	33	30	112.928
Herz-Lungen-Maschinen	19	19	20	169.391
Kernspin-Tomographen	9	13	14	18	20	20	25	24	24	25	135.513
Koronarangiographische Arbeitsplätze (Linksherzkatheter-Messplätze)	20	22	23	24	22	24	24	24	25	26	130.301
Linearbeschleuniger (Kreisbeschleuniger)	17	16	17	16	17	17	18	15	15	16	211.739
Positronen-Emissions-Computer- Tomographen (PET)	1	1	1	1	1	2	2	1	2	2	1.693.914
Stoßwellenlithotripter	11	11	11	307.984
Tele-Kobalt-Therapiegeräte	4	4	1	2	1	1	2	1	2	1	3.387.828

¹⁾ Ab 2001 in allgemeinen Krankenhäusern.

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil I: Grunddaten / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

7. Inanspruchnahme von Leistungen der Gesundheitsförderung und der Gesundheitsversorgung

7.1 Ausgewählte Schwerpunkte

7.1.1 Das Gesunde-Städte-Netzwerk - Regionalverbund Berlin / Leitlinien für eine „Gesunde Stadt“ Berlin

Auf der Grundlage einer Studie der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zur besonderen Rolle der Städte in der Gesundheitspolitik und einer zeitgleich mit der Ottawa-Charta 1986 ins Leben gerufenen internationalen Initiative, das „Gesunde Städte-Projekt“, wurde im Juni 1989 von 11 bundesdeutschen Städten das deutsche *Gesunde-Städte-Netzwerk* gegründet.

Dieses Netzwerk ist ein freiwilliger Zusammenschluss von heute über 60 Kommunen mit insgesamt rd. 20 Millionen Bürgerinnen und Bürgern im gesamten Bundesgebiet. Grundlage für das Gesunde-Städte-Netzwerk bilden die von der WHO formulierten Prinzipien zur Gesundheitsförderung. Gesundheitsförderung will Selbstbestimmungs-, Ermutigungs- und Aktivierungsprozesse in Gang setzen, um eigene Potentiale zur Gestaltung des Lebens wie des Zusammenlebens zu entdecken, aufmerksam wahrzunehmen, zu nutzen und zu entwickeln. Dieses Verständnis schließt Einzelne, Gruppen und das Gemeinwesen ein (Verhaltens- und Verhältnisprävention).

Von der WHO formulierte Prinzipien zur Gesundheitsförderung bilden Grundlage des Netzwerks

„Eine gesunde Stadt“, so definiert die WHO, „verbessert kontinuierlich die physischen und sozialen Lebensbedingungen und fördert die Entfaltung gemeinschaftlicher Aktions- und Unterstützungsformen; beides mit dem Ziel, die Menschen zu wechselseitiger Unterstützung in allen Lebenslagen zu befähigen und ihnen damit maximale Entfaltung ihrer Anlagen zu ermöglichen.“

Die deutschen Gesunden Städte erkennen ihre besondere Verantwortung für die Entwicklung gesundheitsverträglicher Rahmenbedingungen an und arbeiten engagiert für die Förderung der Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger. Ergebnisse gesundheitsfördernder Maßnahmen in den Gesunden Städten belegen, dass die lokalen Lebensräume der Bürgerinnen und Bürger die wesentlichen Umsetzungsebenen für Gesundheitsförderung und Prävention sind.

Seit 1991 sind die meisten Berliner Bezirke (z. Z. 8) Mitglied des Gesunde-Städte-Netzwerks geworden. Auch das Land Berlin ist dem Netzwerk inzwischen beigetreten (Febr. 2003). Mit seinem Beitritt hatte sich Berlin verpflichtet, ein neues Selbstverständnis des Regionalverbundes Berlin zu erarbeiten und in Abstimmung mit den beteiligten Bezirken Leitlinien einer gesundheitsfördernden Stadt vorzulegen. Diese *Leitlinien für eine „Gesunde Stadt“ Berlin* (http://www.berlin.de/imperia/md/content/sengsv/gesundheit/gesunde-stadt/leitlinien_gesunde_stadt.pdf) wurden nach einem längeren Diskussionsprozess von den Vertreterinnen und Vertretern der acht Mitgliedsbezirke des Gesunde-Städte-Netzwerks und der Initiativgruppen im März 2005 beschlossen.

Leitlinien für eine „Gesunde Stadt“ Berlin im März 2005 beschlossen

Auch das Arbeitsprogramm des Senats enthält die Zielsetzung, Leitlinien für eine Gesunde Stadt im Rahmen des Regionalverbundes Gesunde-Städte-Netzwerk zu entwickeln und entsprechend wurden diese Leitlinien im Juni 2005 vom Senat zustimmend zur Kenntnis genommen.

Mit diesen Leitlinien wird ein Handlungsrahmen für eine umfassende Politik und Gestaltung der Gesundheitsförderung in Berlin vorgelegt. Sie richten sich an alle Personen und Institutionen, die auf den verschiedenen Ebenen mit der Gestaltung der Rahmenbedingungen befasst sind, die Gesundheit beeinflussen können: an Vertreterinnen und Vertreter der Politik, öffentlicher und privater Einrich-

tungen, Unternehmen, Interessenverbände, Bürger- und Selbsthilfeorganisationen, aber auch an die Bürgerinnen und Bürger direkt.

**Gesundheitsförderung
als Querschnitts-
aufgabe und Element
kommunaler Politik**

Ziel der Berliner Leitlinien ist es, Gesundheitsförderung als Querschnittsaufgabe und wichtiges Element kommunaler Politik zu etablieren. Mit den vom Netzwerk Gesunder Städte verfolgten Zielen, wie einer vorsorgenden Politik, einer ressortübergreifenden Zusammenarbeit und lebhafter Bürgerbeteiligung, soll es gelingen, wirksame Beiträge für eine soziale Stadtentwicklung und die Verbesserung der Lebenslagen vieler Menschen zu leisten. Die relevanten politischen Fachressorts - insbesondere Gesundheits-, Sozial-, Umwelt-, Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bildungspolitik - werden Informations- und Kooperationsverfahren vereinbaren, um ein zielorientiertes, abgestimmtes Vorgehen hinsichtlich gesundheitsrelevanter Planungen und Entscheidungen umzusetzen.

Jetzt gilt es, in den kommenden Jahren Schritte zur *Umsetzung dieser Leitlinien* zu unternehmen, d. h. diese Querschnittsaufgabe als wichtiges Element kommunaler Politik zu etablieren. Die Mitgliedschaft des Landes Berlin im Netzwerk Gesunde Städte bedeutet nicht nur eine deutliche Unterstützung der bezirklichen Netzwerkarbeit auf gesamtstädtischer Ebene. Mit den vom Netzwerk verfolgten Zielen wie z. B. einer vorsorgenden Politik, einer ressortübergreifenden Zusammenarbeit und lebhafter Bürgerbeteiligung kann es gelingen, wirksame Beiträge für eine soziale Stadtentwicklung und die Verbesserung der Lebenslagen vieler Menschen, auch von Benachteiligten, zu leisten.

Der Senat kann insgesamt Hilfestellungen leisten und Anstöße geben. Mit der gesamtstädtischen Mitgliedschaft im Gesunde-Städte-Netzwerk kann allerdings auch die Koordination bezirks- und ressortübergreifender Maßnahmen verbessert und die Resonanz der zahlreichen bezirklichen Aktivitäten verstärkt werden. Dies kann gerade dann auch inhaltlich begründet sein, wenn gesundheitsfördernde Projekte geplant werden sollen, die eine Kooperation unterschiedlicher Senatsverwaltungen zwingend erforderlich machen (z. B. „Soziale Stadt“, Lärm und Gesundheit).

Sowohl epidemiologische als auch ökonomische Gründe sprechen dafür, die Anstrengungen auf dem Gebiet der Gesundheitsförderung und Prävention zu verstärken. Die ausgebaute Gesundheits- und Sozialberichterstattung des Landes Berlin und der Bezirke zeigt, dass es große Unterschiede im Gesundheits- und Sozialstatus der Bevölkerung gibt, deren Kompensation allerdings zunächst Aufgabe der Bezirke ist. Im Hinblick auf den Zugang, die Erreichung der Ziel- und Problemgruppen und der regionalen kiezbezogenen Problemgebiete muss das auch sein. Es ist inzwischen überdeutlich geworden, dass der Gesundheitszustand und gerade die sozialen Unterschiede im Gesundheitszustand der Bevölkerung allein durch wachsende medizinisch-kurative Maßnahmen und Leistungen nicht verbessert bzw. ausgeglichen werden können.

**Gesundheitsförderung
in alltäglichen Lebens-
zusammenhängen**

Die Verbesserung der gesundheitlichen und sozialen Situation der Berlinerinnen und Berliner ist ein Prozess, der nicht administrativ verordnet werden kann. Projekte und Maßnahmen der Gesundheitsförderung sollen in alltägliche Lebenszusammenhänge eingebettet sein und möglichst frühzeitig ansetzen. Auch künftig werden die Bezirke die originären Orte von Maßnahmen der Gesundheitsförderung sein. Dafür schafft das Land Berlin die entsprechenden Rahmenbedingungen und Foren.

Als Instrument und zentrales Koordinationsforum hat der Senat die Berliner *Landesgesundheitskonferenz* ins Leben gerufen, eine regelmäßige Durchführung von Landesgesundheitskonferenzen mit breiter intersektoraler und ressortübergreifender Konsensbildung über festzulegende Gesundheitsziele und daraus folgender Ableitung gemeinsam zu bearbeitender Handlungsfelder und Maßnahmen.

Selbstverständlich bedürfen Maßnahmen der Gesundheitsförderung einer lokalen Realisierung und Umsetzung. Ein abgestimmtes Gesundheitsförderungsprogramm wird aber nur dann zu erreichen sein, wenn es zu einem entsprechenden Verständigungs- und Abstimmungsprozess zwischen der für Ge-

sundheit zuständigen Senatsverwaltung und auch den einzelnen Bezirken kommt. Denn Gesundheitsförderung und Prävention müssen dort ansetzen, wo die Menschen leben, wohnen und arbeiten, in der Schule, im Betrieb und in der unmittelbaren Wohnumgebung, im „Kiez“. *Gesundheitsförderung und Prävention sind damit kommunale, ja sogar stadtteilbezogene Maßnahmen.* Aus diesem Grund sind im Land Berlin die Bezirke auf diesem Gebiet die primären Akteure und die meisten der (neu gestalteten) Bezirke sind ja Mitglied im Netzwerk.

Gegenwärtige Problemlagen der Kommunen im Gesundheits-, Sozial- und Umweltbereich erfordern ressortübergreifende Problemlösungen und kooperative Planung. Hinsichtlich der Verzahnung bzw. Vernetzung dieser Handlungsfelder sind die Landesbehörden, aber auch die bezirklichen Verwaltungen gefordert. Ein Meinungs- und Erfahrungsaustausch zwischen den Fachebenen des Landes und der Bezirke über Voraussetzungen und Möglichkeiten erfolgreicher Gesundheitsförderungsstrategien ist bereits in Gang gesetzt. Dabei wurde Konsens dahingehend erzielt, dass die Durchführung entsprechender Projekte und Maßnahmen in enger Abstimmung mit den in den Bezirken vorhandenen Institutionen, insbesondere den Plan- und Leitstellen, erfolgen muss.

Gegenwärtige Problemlagen erfordern ressortübergreifende Problemlösungen und kooperative Planung

7.1.2 Landesgesundheitskonferenz

Nachdem im November 2004 auf der ersten Berliner Landesgesundheitskonferenz (LGK) die Aufgaben, Strukturen und Themenfelder kommender Konferenzen beraten wurden, stand die LGK am 12.09.2005 unter dem Motto „*Prävention in Berlin*“.

Die Berliner Landesgesundheitskonferenz ist eine Plattform, die über geregelte Zusammenarbeitsformen die örtlichen Akteure aus dem Gesundheitswesen, der Politik, der Verwaltung, dem Bildungswesen und weiteren relevanten Bereichen in den Dienst gemeinsam entwickelter Gesundheitsziele mit sozialräumlicher Orientierung stellt.

In der LGK sind Leistungserbringer, Sozialleistungsträger, Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege, Institutionen der Wirtschaft und der Arbeitnehmer, die Selbsthilfe, Einrichtungen der Gesundheitsvorsorge und des Patientenschutzes, Institutionen der Wissenschaft sowie die politische Senats- und Bezirksebene vertreten.

Die Mitglieder der Berliner Landesgesundheitskonferenz streben eine Verbesserung der gesundheitlichen Lebensbedingungen in Berlin sowie der gesundheitlichen Versorgung und der gesundheitlichen Lage der Bevölkerung an.

Mit der Zustimmung zu den Entschlüssen der LGK verpflichten sich die Mitglieder, im Rahmen ihrer Kompetenzen auf die Umsetzung der Empfehlung hinzuwirken und hierfür alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zu nutzen.

Die 2005 formulierten Empfehlungen aus den drei von der LGK eingesetzten *themenspezifischen Arbeitsgruppen*

- Gesundheitsziele und -monitoring, Qualitätssicherung und Evaluation
- Migration und Gesundheit
- Prävention bei Kindern und Jugendlichen

bilden die Grundlage für die Arbeitsplanung 2006.

Im öffentlichen ersten Teil der Konferenz am 12.09.05 wurde aus den Arbeitsgruppen berichtet und Ergebnisse von den jeweiligen Sprecherinnen und Sprechern vorgestellt.

Im nicht öffentlichen zweiten Teil der Konferenz wurden dementsprechend konkret formulierte Beschlüsse (z. B. für Gesundheitsförderungs-Projekte im „Setting“) gefasst, die handlungsleitend für die Arbeitsgruppen und die in ihnen vertretenen Institutionen sein werden.

In praktischer Konsequenz bedeutet die Umsetzung der Beschlüsse und Aufträge durch die LGK, dass Zielsetzungen, Zielgruppen, Verfahrensgrundsätze sowie Handlungsfelder festgelegt werden, nach denen sich Maßnahmen und regionale Projekte künftig ausrichten und koordinieren lassen:

Formulierung von Gesundheitszielen

1. Bis zur nächsten Landesgesundheitskonferenz sollen konkrete Gesundheitsziele für Berlin ausgearbeitet und der Landesgesundheitskonferenz zur Orientierung der zukünftigen Arbeit zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Grundlage dafür sind Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation, der Gesellschaft für Versicherungswissenschaften und -gestaltung e.V. (www.gesundheitsziele.de) sowie bereits vorhandene Gesundheitsziele auf Landesebene.

Migrationsrelevante Datenerhebung

2. Bis zur nächsten Landesgesundheitskonferenz sollen Vorschläge zu einer migrationsrelevanten Datenerhebung und Berichterstattung sowie ein Konzept zur Institutionalisierung und Finanzierung von Sprach- und Kulturmittlung vorgelegt werden.

Förderung der Sprachentwicklung und Motorik von 3- bis 6-jährigen Kindern

3. Für die Landesgesundheitskonferenz soll eine Übersicht über alle in Berlin bereits bestehenden Projekte zur Unterstützung von Sprachentwicklung, Motorik und Ernährung im Setting Kindertagesstätten erstellt werden. Dabei geht es darum, insbesondere die Wirksamkeit und die Umsetzbarkeit einzelner Maßnahmen für Kinder aus schwierigen sozialen Verhältnissen und bildungsfernen Schichten zu bewerten und daraus Vorschläge für konkrete Projekte zur Förderung der Sprachentwicklung und Motorik für die Altersgruppe der 3- bis 6-Jährigen zu entwickeln.

Zum Abschluss der Tagung erklärte die Senatorin für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz Dr. Heidi Knake-Werner:

„Mit diesen Beschlüssen hat die Landesgesundheitskonferenz eine solide Grundlage gelegt, um zukünftig koordiniert und in gemeinsamer Anstrengung Wirksamkeit und Reichweite von gesundheitsfördernden und präventiven Projekten zu verbessern. Sie wird sich darüber hinaus zukünftig aber auch mit anderen gesundheitspolitisch relevanten Themen befassen. Dabei wird es auch um die verbesserte Versorgung und Betreuung älterer Menschen gehen müssen. Bis zur nächsten Sitzung im ersten Halbjahr des nächsten Jahres liegt ein großes Stück Arbeit vor uns allen. Um unser wichtiges Anliegen von Prävention und Gesundheitsförderung voranzubringen, erwarte ich von der Bundespolitik, dass endlich das seit vielen Jahren diskutierte und eigentlich konsentiertere Präventionsgesetz auf den Weg gebracht und nicht länger blockiert wird.“

7.1.3 Gesundheitsnetzwerk Berlin - Der Integrierte Gesundheitsvertrag (IGV) als Weiterentwicklung der Zuwendungspraxis im Bereich Gesundheit in Berlin

Mit Ende des Jahres 2005 laufen drei öffentlich-rechtliche Verträge zur Förderung gesundheitlicher Projekte aus:

- a) Vertrag zur Förderung und Weiterentwicklung von überbezirklichen Projekten der sozialen und gesundheitlichen Versorgung in Berlin (LIGA-Vertrag¹).
- b) Vertrag zur Finanzierung und Förderung von Aids-Selbsthilfeprojekten in Berlin (LaBAS-Vertrag).
- c) Vertrag über die Finanzierung und Weiterentwicklung der ambulanten Drogenhilfe.

¹ Der LIGA-Vertrag wurde zwischen der Senatsverwaltung und der LIGA der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege in Berlin geschlossen.

Das gleichzeitige Ende der Verträge bietet die Möglichkeit einer Neuordnung der geförderten Projekte im Gesundheitsbereich.

Neuordnung der
geförderten Projekte
im Gesundheitsbereich

Zunächst wurde eine Ausgliederung der Gesundheitsprojekte aus dem „großen LIGA-Vertrag“ für sinnvoll erachtet. Des Weiteren wurde entschieden, die in den auslaufenden Verträgen geförderten Gesundheitsprojekte sowie auch verschiedene bisher direkt vergebene Zuwendungen im Gesundheitsbereich zu bündeln und ab 2006 durch einen gemeinsamen Vertrag zu fördern. Für die Zusammenführung der Projekte aus den verschiedenen Bereichen sprechen folgende Argumente:

- Chance zu einer integrierten Strukturierung der Projektförderungen/Hilfebereiche, d. h. keine Versäulung mehr,
- Entwicklung einer gemeinsamen zukunftsorientierten gesundheitsfachpolitischen Ausrichtung der Projektförderung unter Beachtung der Bezüge und Schnittstellen zum Sozialvertrag, zum öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD), zum Stadtteilzentrenvertrag, Quartiersmanagement, zur Jugendhilfeplanung und zur Landesgesundheitskonferenz,
- durchgängige Sozialraumorientierung aller Projektbereiche - sofern möglich und sinnvoll (für psychiatrisches Versorgungssystem, ÖGD und Drogenberatung bereits umgesetzt bzw. in der Umsetzung befindlich),
- Umschichtung von Fördermitteln zur Einrichtung eines Innovationsfonds für sozialraum-orientierte Projekte in neu zu definierenden Schwerpunktbereichen eines gemeinsamen Gesundheitsvertrages, dadurch erhöhte Chancen zur Gewinnung von Kofinanzierungspartnern,
- Förderung stärkerer Vernetzungen und Kooperationsvereinbarungen in Bezirk, Region und Kiez; Aufbau einer transparenten Organisationsstruktur und
- Möglichkeit zu durchgängigem gender mainstreaming in allen Projektbereichen.

Sozialraumorientierung aller Projektbereiche des IGV

Der so entstehende *Integrierte Gesundheitsvertrag (IGV)* soll als öffentlich-rechtlicher Vertrag abgeschlossen werden. Im Rahmen dieses Vertrages soll der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband, Landesverband Berlin e.V. (DPW) gemäß § 44 Abs. 3 LHO mit der Befugnis beliehen werden, Aufgaben bei der Gewährung von Zuwendungen in den Handlungsformen des öffentlichen Rechts wahrzunehmen.

Der IGV betraut den
DPW mit Aufgaben
der Zuwendungs-
gewährung

Der DPW hat in der Vergangenheit sowohl die Gesundheits- als auch die Suchthilfeprojekte über mehrere Jahre vertraglich betreut und verfügt darüber hinaus über die zur Umsetzung und Steuerung des IGV erforderlichen Kapazitäten sowie qualifiziertes Fachwissen auf diesem Sektor. Aus diesem Grunde hat sich die Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz entschieden, den IGV mit dem DPW abzuschließen.

Der Bereich „HIV/Aids“, der bisher durch den Vertrag mit dem Landesverband der Berliner Aids-Selbsthilfegruppen e.V. (LaBAS e.V.) gefördert wurde, soll im IGV - erweitert um sexuell übertragbare Erkrankungen und Hepatitiden - weiterhin inhaltlich durch die Fachkompetenz des LaBAS e.V. abgedeckt werden, d. h. der LaBAS e.V. wird hier beratend und unterstützend tätig. Sämtliche zwendungstechnischen Angelegenheiten obliegen aber auch in diesem Bereich dem DPW.

Folgende Handlungsfelder sollen im Rahmen des IGV gefördert werden:

- Chronische Erkrankungen und besondere gesundheitliche Bedarfslagen,
- HIV/Aids, sexuell übertragbare Erkrankungen, Hepatitiden,
- Verbundsystem Drogen und Sucht.

Des weiteren soll ein Innovationsfonds für neue thematische Schwerpunkte, die in den bestehenden Handlungsfeldern nicht vertreten waren, eingerichtet werden. Als erster Förderschwerpunkt ist im Vertrag die „Gesundheitsförderung und Prävention für Kinder und Jugendliche“ festgelegt.

114 Projekte werden nach derzeitigem Stand in den IGV einfließen. Die zahlenmäßige Zuordnung zu den Handlungsfeldern ist aus Tabelle 7.1 abzulesen.

Handlungsfeldübergreifende und handlungsfeldbezogene Aufgaben im IGV

1) Handlungsfeldübergreifende Aufgaben

- Entwicklung eines übergreifenden Gesamtkonzepts zur Förderung von Maßnahmen und Projekten im Bereich Gesundheit bis hin zur Strukturierung der Projekte zu einem Gesundheitsnetzwerk Berlin,
- Entwicklung und Einsatz einer handlungsfeldübergreifenden Dokumentation,
- Schaffung von Standards für einheitliche Erfolgsbewertungen und die Vergleichbarkeit von Leistungen,
- jährlicher Abschluss von Ziel-/Leistungsvereinbarungen zwischen den Vertragsparteien,
- sukzessiver Abschluss von Ziel-/Leistungsvereinbarungen zwischen dem DPW und einzelnen Projekten.

2) Handlungsfeldbezogene Aufgaben im Vertrag

Chronische Erkrankungen und besondere gesundheitliche Bedarfslagen (Gesundheitsprojekte):

- Weiterentwicklung der Projekte als ergänzende Angebote zur Behandlung, Rehabilitation und Pflege,
- Weiterentwicklung der Leitziele der Projekte (Prävention von Erkrankungen, Verhütung krankheitsbedingter Folgen, Stärkung der Patientenautonomie etc.),
- Realisierung modellhafter und innovativer Projekte mit Ausstrahlungskraft.

HIV/Aids, Sexuell übertragbare Erkrankungen, Hepatitiden (LaBAS e.V.):

- Fortführung der eingeleiteten Entwicklung zu Zielvereinbarungen zur Qualitätsentwicklung,
- interkulturelle Öffnung: Verbesserung der Versorgung von Migrantinnen und Migranten insbesondere aus dem türkisch-arabischen Kulturkreis,
- Erstellung von Konzepten und Maßnahmen der STD- und Hepatitisprävention einschließlich Prüfung einer Ausweitung der Aufgaben für bestehende Projekte/Maßnahmen,
- Erarbeitung von Rahmenvorgaben für das Handlungsfeld,
- Schwerpunktsetzung auf Primärprävention,
- Erarbeitung einer Konzeption für das Handlungsfeld und einer Entwicklungsstrategie im Hinblick auf das anzustrebende Gesundheitsnetz Berlin.

Verbundsystem Drogen und Sucht:

- Das Verbundsystem orientiert sich weiterhin an den Zielen der Europäischen Drogenstrategie, des Europäischen Aktionsplans 2005 - 2008 sowie des Aktionsplans „Drogen und Sucht“ der Bun-

Tabelle 7.1:
Anzahl der im Rahmen des Integrierten Gesundheitsvertrages (IGV) vorgesehenen Projekte in Berlin

<i>Handlungsfelder</i>	<i>Anzahl der Projekte</i>
chronische Erkrankungen und besondere gesundheitliche Bedarfslagen	62
davon:	
chronische Erkrankungen	27
Besondere gesundheitliche Bedarfslagen	31
therapeutische Versorgung behinderter Schulkinder in freigemeinnützigen privaten Schulen	4
HIV/Aids, sexuell übertragbare Erkrankungen und Hepatitiden	13
Verbundsystem Drogen und Sucht	39
davon:	
ambulante Grundversorgung	20
komplementäre Versorgung	5
Integration	8
Selbsthilfe	6

(Datenquelle: SenGesSozV - II J -)

desregierung. Darüber hinaus werden folgende Entwicklungsziele vereinbart, die der Umsetzung fachpolitischer Vorgaben des Landes für die bedarfsgerechte Weiterentwicklung des Verbundsystems im Land Berlin dienen:

- Kontinuierliche Qualifizierung der Projekte des Verbundsystems im Sinne der Qualitätsentwicklung und unter Berücksichtigung des flexiblen Handlungsbedarfs,
- Optimierung des Leistungsgeschehens auf der Basis von Erfolgsindikatoren,
- Weiterentwicklung der regionalen Strukturen und des Aufbaus integrierter Suchthilfedienste, die flexibel auf neue Missbrauchsformen reagieren und spezifische Bedarfslagen der unterschiedlichen Zielgruppen adäquat berücksichtigen,
- Entwicklung und Umsetzung einer Gesamtkonzeption zum Aufbau eines „Netzwerks Frühintervention“ für die Zielgruppe jugendlicher/heranwachsender Konsumenten,
- stärkere Verankerung des Leistungsrechts der Sozialgesetzbücher in das Verbundsystem Drogen und Sucht,
- Entwicklung und Einführung strukturierter Sachberichte (Klienten- und Leistungsdokumentation) auf der Basis jährlich erhobener Planzahlen und kontinuierlich fortgeschriebener Soll-Ist-Vergleiche (Erfolgskontrolle).

Vertragslaufzeit

Die Vertragsparteien sind übereingekommen, einen Vertragszeitraum von 5 Jahren anzustreben. Der Vertrag ist am 01.01.2006 in Kraft getreten. Er wird beendet durch Fristablauf zum 31.12.2010.

7.1.4 Reform des öffentlichen Gesundheitsdienstes

Die Novellierung des Gesundheitsdienstgesetzes (GDG) ist Ergebnis des im Rahmen der „Neuordnungsagenda 2006“ eingerichteten Projektes zur Neustrukturierung des öffentlichen Gesundheitsdienstes in Berlin (ÖGD)².

Seit dem Inkrafttreten des Gesundheitsdienstgesetzes 1994 sind unter anderem durch die Einführung der Pflegeversicherung, des Sozialgesetzbuch Neuntes Buch, des Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch sowie die Bezirksgebietsreform und die Berliner Verwaltungsreform veränderte Rahmenbedingungen entstanden. Der Umbau der Gesundheitsämter in den Bezirken zu Leistungs- und Verantwortungszentren hatte zur Folge, dass ein einheitlicher öffentlicher Gesundheitsdienst im Land für den Bürger nicht mehr erkennbar ist. Zudem fehlt dem öffentlichen Gesundheitsdienst ein eigenständiges Profil im Sinne eines Leitbildes, dem durch die Reform des öffentlichen Gesundheitsdienstes Rechnung getragen wird.

Seit 1994 entstandene Veränderungen der Rahmenbedingungen erfordern Neustrukturierung des ÖGD

In Anlehnung an die Grundsätze der Verwaltungsreform wurden Aufgaben in drei große Bereiche aufgeteilt:

1. Staatliche Erfüllungsverantwortung
Diese *Leistungen müssen weiterhin vom ÖGD erbracht* werden, da entsprechende gesetzliche Vorgaben dies festlegen und/oder ein verwaltungsexternes Leistungsangebot/-vermögen nicht vorhanden und auch absehbar nicht aktivierbar ist. Für diese Leistungsbereiche gilt die Zuordnung zu den Kernaufgaben des künftigen ÖGD.
2. Gewährleistungsverantwortung
Ein *verwaltungsexternes Leistungsangebot/-vermögen* ist vorhanden oder kann aktiviert werden. Die Aufgabe kann kurzfristig, bzw. voraussichtlich mittelfristig bis langfristig ausgelagert wer-

² Das neue GDG tritt am 1. Juli 2006 in Kraft (Gesundheitsdienstreformgesetz vom 25. Mai 2006 (GVBl. S. 450)).

den. Letztlich verbleibt aber die subsidiäre Verpflichtung, immer dann im Sinne einer Ersatzvornahme zur Verfügung zu stehen, wenn dem Bürger die Inanspruchnahme externer Dienstleistungen nicht möglich ist. Auch dieser Gewährleistungsanspruch konstituiert Personalbedarf - allerdings in geringerem Umfang.

Die Aufgabenbereiche 1 und 2 sind Leistungen, die auf Bundes- oder EU-Recht basieren und/oder darüber hinaus zur Erreichung der impliziten Ziele beitragen müssen, für die ein gesellschaftspolitischer Grundkonsens vorhanden ist.

3. Durchführungsaufgaben

Diese Aufgaben können ausgelagert werden, vor allem dann, wenn eine fachgerechte und sachangemessene *Leistungserbringung auch im privatwirtschaftlichen Rahmen* möglich ist und Dienstleister bereits etabliert sind. Es ist keine staatliche Verantwortungsübernahme mehr notwendig (Aufgabenverlagerung).

Diese Aufgabenbeschreibung für einen modernen ÖGD ist das Ergebnis einer aufgabenkritischen Überprüfung aller bisher wahrgenommenen Aufgaben. In den Richtlinien der Regierungspolitik ist bis zum Jahr 2006 ein Abbau des Primärdefizits des Berliner Haushalts in Verbindung mit einer flächendeckenden Neuordnung von Aufgaben und Prozessen der Berliner Verwaltung vorgesehen. Im Rahmen dieser Gesamtkonzeption wurde in der Phase I des ÖGD-Reformprojektes im Jahre 2004 eine kleinteilige aufgabenkritische Betrachtung der Produkte bis hin zu den Leistungen bisher vom ÖGD wahrgenommener Aufgaben vorgenommen.

Im Gesetzentwurf wird der neue, zukunftsorientierte ÖGD wie folgt beschrieben:

„Der ÖGD hat die Aufgabe der Sicherung, Erhaltung und Förderung der Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger und übernimmt alle hierzu notwendigen Planungs-, Steuerungs- und Qualitätssicherungsmaßnahmen. Der ÖGD reagiert flexibel und zeitnah auf veränderte Gesundheitslagen. Er berücksichtigt insbesondere die Bevölkerungsentwicklung mit ihrer sozialen und kulturellen Vielfalt. Leitbild, Aufgaben, Struktur und Ausstattung des ÖGD orientieren sich an den jeweiligen sozio-strukturellen Gegebenheiten und der Bevölkerungsentwicklung. Auf dieser Grundlage erfolgt eine regelmäßige Fortschreibung und Anpassung. Der ÖGD orientiert seine Arbeit am Programm des Gesunde-Städte-Netzwerkes und an den Grundsätzen von New Public Health.

Der ÖGD nimmt Planungsaufgaben zur Erhaltung und Förderung der Gesundheit der Bevölkerung wahr

Im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge nimmt er Planungsaufgaben zur Erhaltung und Förderung der Gesundheit der Bevölkerung und besonderer Zielgruppen wahr. Dazu hat er die *gesundheitlichen Verhältnisse der Bevölkerung umfassend zu beobachten, zu dokumentieren und zu bewerten*, auf dieser Grundlage Maßnahmen zu planen, Angebote zu initiieren und bei Vorhaben und Maßnahmen anderer Behörden und Dienststellen, die sich auf die Gesundheit der Bevölkerung auswirken können, mitzuwirken.

In einer Großstadt wie Berlin ist die Offenheit für andere Vorstellungen von Gesundheit und Krankheit unerlässlich. Insbesondere auch *Menschen und Familien mit Migrationshintergrund sollen durch die Angebote des öffentlichen Gesundheitsdienstes erreicht werden*. Dafür ist die Offenheit für die Vorstellungen anderer Kulturen unerlässlich. Darüber hinaus müssen Zugangsbarrieren (u. a. aus sprachlichen oder kulturellen Gründen) identifiziert werden und z. B. mit Hilfe von Sprachmittlern und Sprachmittlerinnen bzw. Kulturmittlern und Kulturmittlerinnen überwunden werden. Die interkulturelle Öffnung des öffentlichen Gesundheitsdienstes wird im Rahmen seiner Organisationsentwicklung und bei der Qualitätssicherung seiner Angebote einen wichtigen Platz einnehmen.

Der ÖGD wirkt bei der *Entwicklung gesundheitsfördernder Lebenswelten* mit, bemüht sich um Ausgleich gesundheitlicher Benachteiligungen und fördert die persönlichen Kompetenzen der Menschen im Umgang mit Gesundheit und Krankheit. Er unterstützt den Auf- und Ausbau sozialer und

gesundheitsbezogener Netzwerke und eine ressort-, träger- und institutionsübergreifende Zusammenarbeit. Der ÖGD achtet auf die Stärkung von Eigenverantwortung sowie bürgerschaftliches Engagement und berücksichtigt geschlechtsspezifische und ethnisch-kulturelle Aspekte. Der ÖGD gestaltet seine Angebote möglichst wohnortnah, niedrighschwellig und barrierefrei (im Sinne des Vierten Behindertengleichstellungsgesetz). Er setzt seine Schwerpunkte auf die Prävention von psychischen und psychosomatischen Erkrankungen sowie von Süchten und die Bekämpfung von Zivilisationskrankheiten. Dabei konzentriert er sich auf benachteiligte Menschen in ausgewählten Sozialräumen (u. a. Kinder, Jugendliche, alte Menschen, Migrantinnen und Migranten).

Der ÖGD arbeitet grundsätzlich subsidiär und sozialkompensatorisch. Er kooperiert mit den anderen Anbietern und Trägern der gesundheitlichen Versorgung, um adäquate Hilfsangebote machen zu können, Doppelbetreuungen zu vermeiden und *gesundheitsfördernde Maßnahmen zu koordinieren*. Er hat hierbei Steuerungsfunktion und sichert die operative Umsetzung durch den Abschluss von Kooperationsvereinbarungen oder durch Leistungsverträge mit Dritten ab, denen die Durchführung der Aufgabe im Sinne einer Dienstleistungserbringung übertragen wird. Dies stellt er durch ein differenziertes Qualitätsmanagement sicher. Er behält die Gesamtverantwortung.

Die Arbeit des ÖGD ist grundsätzlich subsidiär und sozialkompensatorisch

Zum Ausgleich gesundheitlicher Folgen von sozialer Benachteiligung *konzentriert der ÖGD seine Arbeit vorrangig auf besonders problematische Sozialräume*. Unter sozialkompensatorischen Kriterien richtet er seine Angebote speziell an Menschen, die aus gesundheitlichen, sozialen, sprachlichen, kulturellen und finanziellen Gründen keinen ausreichenden oder rechtzeitigen Zugang zu den Hilfesystemen finden oder deren komplexer Hilfebedarf besondere Koordinierung und Betreuung erforderlich macht.

Bei der Planung und Initiierung seiner Angebote *berücksichtigt der ÖGD geschlechtsspezifische Aspekte*. Er wirkt im Rahmen seiner Fortbildungspflicht für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter darauf hin, dass diese für Anzeichen der Gewalt gegen Frauen sensibilisiert werden und auch über das nicht-medizinische Hilfesystem für Frauen, die Gewalt erfahren haben, informiert sind. Hierzu gehören auch die besondere Problematik der häuslichen und sexuellen Gewalt an Frauen und Kindern sowie der Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung.“

7.1.5 Therapeutische Versorgung von Kindern in Kitas und Schulen

Zentrale Ziele der Reform des öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) sind die inhaltliche und organisatorische Neuorientierung mit der Konzentration auf die Kernaufgaben sowie die Straffung und strukturelle Neubestimmung seiner Dienstleistungen, wie im vorangegangenen Schwerpunkt dargelegt. Im Rahmen dieser Gesamtkonzeption werden bisher vom ÖGD wahrgenommene Aufgaben in andere Zuständigkeitsbereiche abgegeben. Ihre zweckdienliche Einbindung in die Aufgabenstellung dieser Institutionen ist dann ggf. auch wirkungsvoller zu konzipieren.

In diesem Zusammenhang ist auch die Frage der künftigen Sicherstellung der therapeutischen Versorgung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Kitas und Schulen zu regeln.

Sicherstellung der therapeutischen Versorgung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf

Im Ergebnis der aufgabenkritischen Bewertungen der bisherigen Leistungserbringung im ÖGD fällt die therapeutische Versorgung von Kindern und Jugendlichen/Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen nicht in den Bereich der Kernaufgaben. Es handelt sich um Durchführungsaufgaben - allerdings war dabei zu prüfen, inwieweit sich diese medizinisch-therapeutischen Aufgaben tatsächlich sach- und fachgerecht auf externe Dienstleister übertragen lassen. Dazu ist es erforderlich, die spezielle Zielgruppe zu charakterisieren und eine sachangemessene Einbindung dieser Aufgaben in die Förderkonzepte dieser Institutionen zu prüfen.

Kinder und Jugendliche mit Behinderungen benötigen aufgrund unterschiedlicher Krankheits- und Behinderungsbilder oftmals eine langfristige medizinisch-therapeutische Hilfe. Insbesondere für schwer- und schwerstmehrfachbehinderte Kinder und Jugendliche schafft die *medizinisch-therapeutische Versorgung die Voraussetzung für eine integrative Teilhabe* an den Lebenswelten in Kita und Schule.

Medizinisch-therapeutische Versorgung in pädagogischen Institutionen führt zu einer *Vernetzung von besonderen pädagogischen und therapeutischen Kompetenzen* und ermöglicht die Erarbeitung und Weiterentwicklung des erforderlichen ganzheitlichen, individuellen Förder- und Behandlungskonzepts.

Die grundlegende Bedeutung, die der Senat von Berlin der therapeutischen Versorgung in Kindertageseinrichtungen und Schulen beimisst, ist ausführlich dargelegt in einer Mitteilung an das Abgeordnetenhaus über „Therapeutische Versorgung schwerstmehrfach behinderter Kinder in den Schulen sicherstellen“, nachzulesen in der Drucksache Nr. 15/2012 vom 28.08.2003.

Therapie begleitet, unterstützt und ergänzt die pädagogische Förderung

Die Therapie begleitet, unterstützt und ergänzt die pädagogische Förderung. Die besondere Situation des Einsatzes der Therapeutinnen und Therapeuten besteht darin, dass sie in der Schule aufgrund ihrer medizinisch-therapeutischen Sachkompetenz eine schnelle Intervention bei situationsbedingten oder akuten gesundheitlichen Veränderungen leisten können.

Durch eine hohe Kontinuität der Therapie, eine flexible Anpassung der Therapietermine an die organisatorischen Gegebenheiten der Einrichtung und den aktuellen Gesundheitszustand der Kinder und Jugendlichen können die Therapien optimal durchgeführt werden.

Aber auch die *baulichen Bedingungen* sind für den Therapieerfolg von großer Bedeutung. Daher muss die Schule zur ordnungsgemäßen und regelgerechten Durchführung der Therapie im Sinne des SGB V über eine geeignete räumlich-sächliche Ausstattung verfügen und adäquate organisatorische Voraussetzungen gewährleisten.

Die Leiterinnen und Leiter der sonderpädagogischen Förderzentren sind gemeinsam mit den Therapeutinnen und Therapeuten für die korrekte Abgabe der medizinisch-therapeutischen und der interdisziplinären Leistungen verantwortlich.

Lösungsansätze im Rahmen des Reformprojektes

Ausgangslage für den Bereich der Kindertagesstätten

Therapeutische Versorgung behinderter Kinder im Vorschulalter in KJA/SPZ

Bereits seit Mitte der 90er Jahre wurde die mobile und ambulante medizinisch-therapeutische Versorgung behinderter Kinder im vorschulischen Alter in Kinder- und Jugendambulanzen/Sozialpädiatrische Zentren (KJA/SPZ) verlagert. Auskunft über diese von der Gesundheitspolitik getroffene Entscheidung gibt u. a. die Drucksache Nr.15/2012 vom 28. August

2003; darin wird die Situation der medizinisch-therapeutischen Versorgung von Kindern mit Behinderungen in Kindertagesstätten beschrieben und noch einmal bekräftigt, dass behinderte und von Behinderung bedrohte Kinder im Vorschulalter, die einen komplexen Behandlungsbedarf im Sinne von § 30 SGB IX haben, grundsätzlich und mit kooperativer Unterstützung der Gesundheitsämter über die niedergelassenen Kinderärzte in die wohnortnah arbeitenden KJA/SPZ zu überweisen sind.

Diese Aufgabe ist *in den östlichen Bezirken seit Jahren vollständig umgesetzt*, während in den westlichen Bezirken bis zur Gegenwart Therapeuten des öffentlichen Gesundheitsdienstes in kommunalen Kindertagesstätten tätig sind.

Im Rahmen der Umsetzung des ÖGD-Reformprozesses und der Konzentration auf Kernaufgaben des ÖGD sowie der Umsetzung des Schulgesetzes (vorgezogene Schulpflicht, Wegfall von Zurückstellungen, Übertragung der Zuständigkeit für die ehemaligen Horte bei Jugend an den Bereich Schule)

nehmen die mobilen Versorgungsaufgaben der KJA/SPZ quantitativ insgesamt tatsächlich ab, so dass der Wegfall der durch den ÖGD bisher zur Verfügung gestellten Kapazitäten durch die KJA/SPZ auf Dauer ausgeglichen werden kann und muss. Dies bezieht sich auf die Situation des Landes insgesamt. Dabei muss aber selbstverständlich berücksichtigt werden, dass sich die Situation in den einzelnen Bezirken unterschiedlich darstellt und daher auch unterschiedliche Übergangslösungen gefunden werden müssen.

Mit den bestehenden personellen Kapazitäten der KJA/SPZ ist eine Erweiterung der Versorgung nach Übertragung der bisher in kommunaler Trägerschaft geführten Einrichtungen an freie Träger nicht ohne weiteres möglich. Die bisher für diesen Versorgungsbereich durch den ÖGD in den bezirklichen Gesundheitsämtern bereitgestellte Kapazität muss, gegebenenfalls in anderer Anbindung, zunächst weiterhin vorgehalten werden. Dazu sind mit ausgewiesenen Bezirken *Übergangslösungen* zu vereinbaren.

Ausgangslage im Bereich der Schulen

Auf der Grundlage des Schulgesetzes für Berlin in Verbindung mit der Verordnung über die sonderpädagogische Förderung werden Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Schulen mit sonderpädagogischem Förderschwerpunkt oder in integrativen Maßnahmen unterrichtet und gefördert.

Durch eine interdisziplinäre Zusammenarbeit im schulischen Rahmen werden *pädagogische und medizinisch-therapeutische Kompetenzen zusammengeführt* und ein wesentlicher Beitrag zur umfassenden Förderung der Gesundheits- und Lebenssituation der Schülerinnen und Schüler mit schwersten bzw. schwerstmehrfachen Behinderungen geleistet.

Im Sinne dieser fachlichen Kooperation kann im Lebensumfeld Schule die Behandlung gemäß § 27 Abs. 1 SGB V dazu beitragen, „eine Krankheit zu erkennen, zu heilen, ihre Verschlimmerung zu verhüten oder Krankheitsbeschwerden zu lindern“.

Bisher werden die Therapien am Ort Schule von Therapeutinnen und Therapeuten des öffentlichen Gesundheitsdienstes durchgeführt. In § 1 Absatz 3 Nr. 2 Buchstabe f GDG (neu) „Aufgabenstellung“ wurde folgende Leistung aufgenommen: „ambulante therapeutische Versorgung behinderter und schwerbehinderter Kinder und Jugendlicher insbesondere im Schulbereich, soweit diese nicht anders gewährleistet wird“.

Therapeutische
Versorgung
in Sonderschulen ist
Kernaufgabe des ÖGD

Damit ist die therapeutische Versorgung in den entsprechenden Sonderschulen erstmals als Kernaufgabe des Öffentlichen Gesundheitsdienstes gesetzlich definiert.

Perspektivisch soll sich der ÖGD in Berlin auch in diesem Bereich durch noch vorzunehmende Umsteuerungsmaßnahmen nach dem Prinzip: „hin zu Gewährleistung durch Dritte - weg von originärer Aufgabenwahrnehmung“ entwickeln. Unter Berücksichtigung unterschiedlicher Strukturen soll eine zu anderen Bundesländern bzw. Kommunen vergleichbare Personalausstattung erreicht werden.

Die *Finanzierung der therapeutischen Leistungen im öffentlichen Bereich* basiert auf einer Mischfinanzierung. Ein Teil ist in den Bezirkshaushalten eingestellt, ein anderer Teil erfolgt über die Rückerstattung durch die Krankenkassen auf der Grundlage einer Vereinbarung aus dem Jahr 1995.

7.1.6 Impfvereinbarung

Im Dezember 2004 wurde im Land Berlin ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der Gesundheitsprophylaxe getan. Nach langen Verhandlungen mit in Berlin ansässigen Krankenkassen wurde eine Impfvereinbarung abgeschlossen. Laut Vereinbarung beteiligen sich die Kassen an den Kosten für Impfstoffe, die in den Gesundheitsämtern bei der *Durchführung*

Verbesserung
der Gesundheits-
prophylaxe durch
Impfvereinbarung

unentgeltlicher Schutzimpfungen bei Kindern und Jugendlichen der beteiligten Krankenkassen entstehen. Die Beteiligung hat ein finanzielles Volumen von maximal 400.000 EUR pro Jahr.

Vertragspartner des Landes Berlin sind die AOK Berlin, der Verband der Angestellten-Krankenkassen und Arbeiter-Ersatzkassen-Verband (VdAK/AEV) Landesvertretung Berlin und die IKK Brandenburg und Berlin. Der *öffentliche Gesundheitsdienst* stellt die ärztlichen und organisatorischen Leistungen zur Verfügung, während die *Krankenkassen* durch ihre Beteiligung an den Impfstoffkosten ebenfalls noch stärkere Verantwortung für Präventionsleistungen für ihre Versicherten übernehmen.

Schutzimpfungen gehören zu den effektivsten und kostengünstigsten Präventionsmaßnahmen überhaupt. Dennoch ist das Potential längst noch nicht ausgeschöpft. Je höher die Durchimpfungsrate ist, desto besser kann die Weiterverbreitung von Infektionskrankheiten verhindert werden. Es gibt Krankheiten, vor denen eine Impfung wirksamen Schutz bietet, die Impfraten aber noch nicht zufrieden stellen, wie z. B. bei Hepatitis B.

Die o. g. Vereinbarung trägt dazu bei, den Impfstatus bei Kindern und Jugendlichen weiter zu verbessern. Durch die Erstattung der Impfstoffkosten für die Kinder und Jugendlichen, die bei den beteiligten Krankenkassen versichert sind, wird der öffentliche Gesundheitsdienst entlastet. Damit kann er sich in noch größerem Maße sozialkompensatorischen und subsidiären Aufgaben widmen, so wie es mit der Reform des öffentlichen Gesundheitsdienstes vorgesehen ist. Augenmerk kann dann noch mehr auf Impfungen von Kindern sozial benachteiligter Familien oder auch von nicht Versicherten gelegt werden.

Das Ziel, schließlich auch die Betriebskrankenkassen und die privaten Krankenkassen zu motivieren, sich ebenfalls an den Impfstoffkosten des öffentlichen Gesundheitsdienstes zu beteiligen und sich so der gemeinsamen Verantwortung zu stellen, konnte leider nicht erreicht werden.

Die Betriebskrankenkassen wurden bereits zu Beginn der Verhandlungen einbezogen. Dabei ergaben die Gespräche, dass die BKKn aufgrund ihrer Organisationsstruktur nicht in der Lage waren, die Abrechnungsvoraussetzungen, wie sie mit den anderen Krankenkassenverbänden vereinbart wurden, zu erfüllen.

Der Landesverband der BKK konnte nicht in Vertretung der zusammengeschlossenen Krankenkassen als Abrechnungs- und Zahlungspartner auftreten. Im Frühjahr 2006 konnte der BKK-Landesverband Ost diese Probleme lösen und hat nunmehr einen Vereinbarungsentwurf - analog zu der mit den übrigen Kassenverbänden geschlossenen Vereinbarung - vorgelegt, der sich derzeit im Unterschriftenverfahren befindet.

Auch eine Anfrage beim Verband der privaten Krankenversicherung (PKV) brachte leider kein positives Ergebnis. Nach Auskunft des PKV-Verbandes ist eine Direktabrechnung mit Leistungserbringern dem PKV-System grundsätzlich fremd und ließe gegebenenfalls einen Verwaltungsaufwand entstehen, der jeden Kostenvorteil zunichte machen würde. Darüber hinaus käme die Abrechnung mit dem Verband oder einem angeschlossenen Versicherungsunternehmen als Repräsentant der übrigen Unternehmen nicht in Betracht.

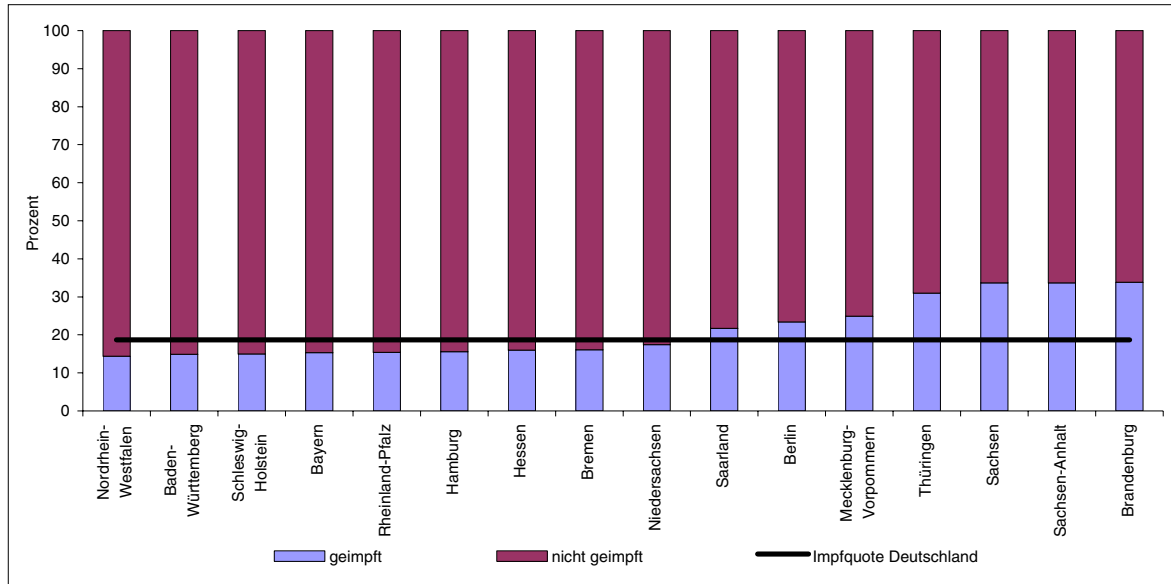
7.1.7 Impfschutz gegen Grippe

Die Influenza, die „echte Grippe“ (ICD 10-Nrn. J10, J11), wird in ihrer Gefährlichkeit bis heute von vielen Menschen unterschätzt. Das liegt unter anderem daran, dass unter „Grippe“ meist harmlose so genannte „grippale Infekte“ verstanden werden. Die Influenza hat jedoch meist einen schwereren Verlauf, der nicht selten tödlich endet - betroffen sind meist die unten genannten Risikogruppen (siehe auch Themenfeld 3: Tabelle 3.2.47 bzw. Indikator 3.59).

Die ständige Impfkommision (STIKO) am Robert Koch-Institut (RKI) empfiehlt eine jährliche Influenza-Impfung für bestimmte Ziel- und Risikogruppen:

- Personen über 60 Jahre,
- Personen mit chronischen Erkrankungen (dies schließt Kinder und Jugendliche ein),
- Menschen, die in ihrem Beruf starkem Publikumsverkehr ausgesetzt sind, z. B. medizinisches Personal oder Personen, die in die Kundenbetreuung einbezogen sind.

Abbildung 7.1:
Anteil der seit April 2002 gegen Grippe Geimpften an der Bevölkerung in Deutschland 2003 nach Bundesländern



(Datenquelle: StaLa Berlin, Ergebnisse des Mikrozensus / Berechnung und Darstellung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 7.2:
Anteil der seit April 2002 gegen Grippe Geimpften in Deutschland 2003 nach Alter

Alter in Jahren	Bevölkerung mit Angaben über Impfung gegen Grippe in 1.000	Seit Ende April 2002 gegen Grippe (Influenza) geimpft			
		ja in 1.000	nein in 1.000	ja in % ¹⁾	nein in % ¹⁾
unter 5	3.108	172	2.936	5,5	94,5
5 - 9	3.323	246	3.077	7,4	92,6
10 - 14	3.771	303	3.468	8,0	92,0
unter 15	10.201	721	9.481	7,1	92,9
15 - 19	3.896	347	3.549	8,9	91,1
20 - 24	3.911	414	3.497	10,6	89,4
25 - 29	3.742	355	3.388	9,5	90,5
30 - 34	4.771	445	4.326	9,3	90,7
35 - 39	5.761	592	5.169	10,3	89,7
15 - 40	22.082	2.153	19.928	9,8	90,2
40 - 44	5.593	660	4.932	11,8	88,2
45 - 49	5.018	687	4.332	13,7	86,3
50 - 54	4.790	830	3.961	17,3	82,7
55 - 59	4.022	916	3.106	22,8	77,2
60 - 64	5.254	1.602	3.652	30,5	69,5
40 - 64	24.677	4.695	19.983	19,0	81,0
65 - 69	4.515	1.676	2.839	37,1	62,9
70 - 74	3.342	1.442	1.900	43,1	56,9
75 u. mehr	5.410	2.413	2.997	44,6	55,4
65 u. mehr	13.266	5.530	7.736	41,7	58,3
insgesamt	70.227	13.099	57.128	18,7	81,3

¹⁾ Bezogen auf die Bevölkerung mit Angaben über Impfung gegen Grippe (Influenza).

(Datenquelle: StaLa Berlin, Ergebnisse des Mikrozensus)

Nach Auswertung der Daten des Mikrozensus 2003 sind in Deutschland 18,7 % der Bevölkerung gegen Grippe geimpft (vgl. Abbildung 7.1).

Im Stadtstaatenvergleich liegt Berlin mit einem Anteil von 23,4 % geimpfter Personen in der Bevölkerung an erster Stelle. Danach folgt Bremen mit 16,1 % und schließlich Hamburg mit 15,6 %. Insgesamt hat Brandenburg die höchste Impfquote mit 33,8 %; am seltensten sind die Bürgerinnen und Bürger aus Nordrhein-Westfalen (14,4 %) gegen Grippe geimpft. In allen ostdeutschen Bundesländern liegt der Durchimpfungsgrad über dem Bundesdurchschnitt.

Die höchsten Impfquoten gegen Grippe weisen die neuen Bundesländer auf

Impfschutz gegen Grippe nach Alter

Die geringste Impfquote von 9,8 % findet sich in Deutschland in der Altersgruppe der 15- bis unter 40-Jährigen. Die der 40- bis unter 65-Jährigen ist mit 19,0 % doppelt so hoch. Die meisten geimpften Personen (mit einer Quote von 41,7 %) sind 65 Jahre und älter. In der Altersgruppe der über 60-Jährigen, bei denen eine Impfung durch die STIKO empfohlen wird, liegt die Impfquote

immerhin bei 38,5 %, das bedeutet, dass mehr als jede dritte über 60-jährige Person in Deutschland das Angebot der Grippeimpfung in Anspruch genommen hat. Im Impfverhalten ist hier kein Unterschied zwischen Frauen und Männern zu erkennen (vgl. Tabelle 7.2).

7.1.8 Inanspruchnahme von Früherkennungsuntersuchungen und Impfungen im Kindesalter

Die ersten Lebensjahre sind für die Entwicklung eines Kindes prägend. In diesen Jahren macht es nicht nur die wichtigsten körperlichen und geistigen Entwicklungen durch, sondern es werden essentielle Grundsteine für seine Gesundheit in der Jugend und im Erwachsenenalter gelegt.

Inanspruchnahme von Früherkennungsuntersuchungen

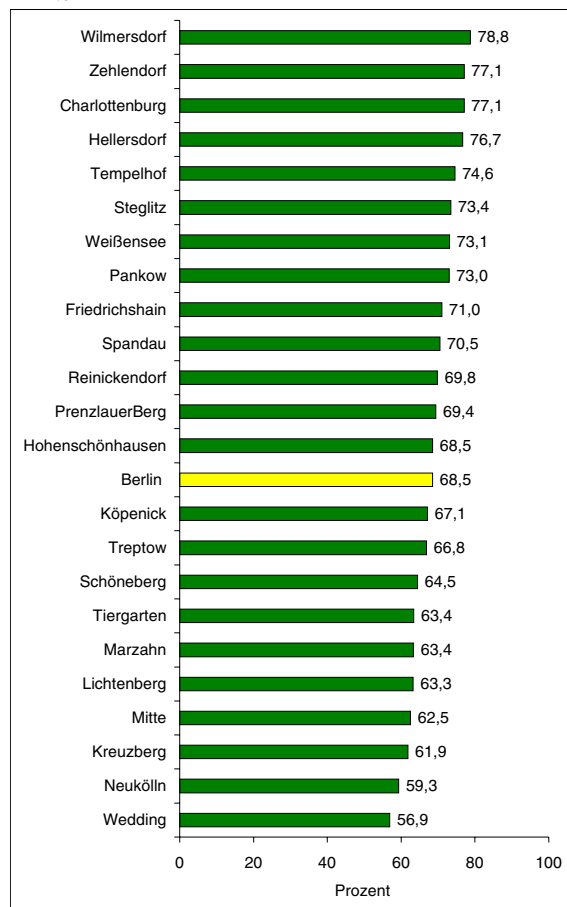
Um Krankheiten oder Entwicklungsstörungen bereits im frühesten Kindesalter zu erkennen und sie eventuell rechtzeitig behandeln zu können, gibt es seit 1976 in der Bundesrepublik Deutschland (freiwillige) Früherkennungsuntersuchungen (bis zum sechsten Lebensjahr die U1 - U9, zusätzlich seit 1998 die J1, eine Jugendgesundheitsuntersuchung).

Inanspruchnahme der Früherkennungsuntersuchungen ab U7 defizitär

Leider werden hierzulande die angebotenen Untersuchungen noch nicht von allen Kindern wahrgenommen. Ausgehend von nahezu 100 % bei der U1 und U2 fällt die Beteiligungsquote bis zur U6 um jeweils einen Prozentpunkt ab. Wie die Auswertungen der im Jahr 2004 in Berlin durchgeführten Einschulungsuntersuchungen zeigten, hatten aber immerhin noch 95 % der untersuchten Kinder an der U6 teilgenommen. Bei 90 % der Kinder war die U7 im „gelben“ Untersuchungsheft dokumentiert. Die U8 nahmen jedoch nur noch 84 % in Anspruch. Die Akzeptanz der im Jahr 1990 eingeführten U9 lag mit 80 % noch niedriger. Berlin liegt bei allen Untersuchungen im Bundesdurchschnitt. Zuverlässige Angaben über Teilnahme-raten an der J1 (auch U10 genannt) liegen nicht vor. Schätzungen gehen jedoch nur von einer Beteiligungsrate von etwa 35 % aus.

Die Inanspruchnahme der angebotenen Früherkennungsuntersuchungen unterliegt in den Berliner Bezirken einer erheblichen Schwankungsbreite. Bei einem Vergleich nach der alten Bezirksstruktur (siehe Erläuterungen) zeigte sich, dass bei Kindern, die in Bezirken mit sehr guten sozialen Bedingungen leben (z. B. in Zehlendorf und Wilmersdorf), deutlich häufiger alle zur Verfügung stehenden Untersuchungen in Anspruch genommen wurden als das bei Kindern, deren Umfeld negative Sozialindizes aufweisen, der Fall war. Die geringste Inanspruchnahme wurde in den Bezirken Wedding, Neukölln und Kreuzberg beobachtet; alles Bezirke mit den berlinweit ungünstigsten Sozialindizes (vgl. Tabellen 7.2.11 - 7.2.12 und Abbildung 7.2).

Abbildung 7.2:
Anteil der in Deutschland geborenen untersuchten Einschülerinnen und -schüler mit vollständigen Vorsorgeuntersuchungen (U1 - U9) in Berlin 2004 nach der alten Bezirksstruktur - in %

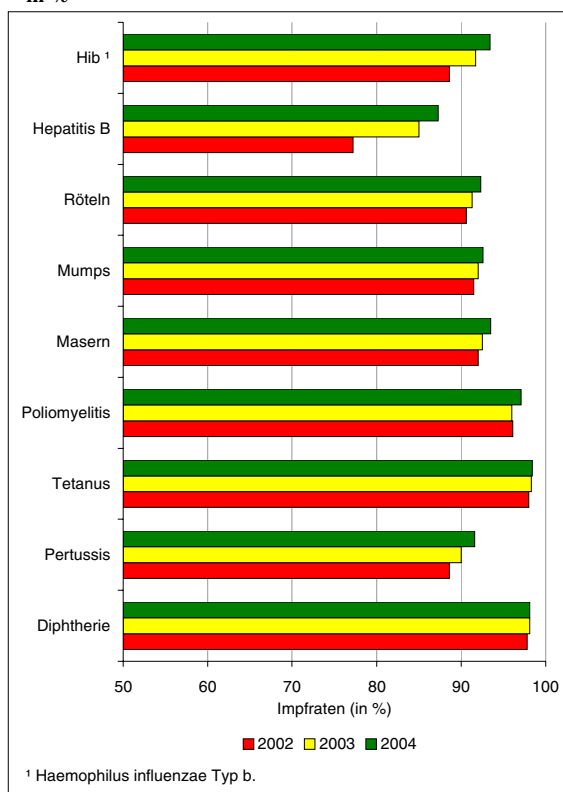


(Datenquelle, Berechnung und Darstellung: SenGesSozV - II A -)

Impfstatus

Aktive Impfungen gehören zu den präventiven Maßnahmen der Medizin mit einer hohen Effektivität und Wirksamkeit. Sie haben einen hohen Kosten-Nutzen-Effekt und tragen zu einer Senkung der Ausgaben im Gesundheitswesen nachhaltig bei. In der Bundesrepublik Deutschland besteht keine Impfpflicht. Die regelmäßig nach den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen aktualisierten Impfempfehlungen erfolgen durch die Ständige Impfkommission (STIKO) am Robert Koch-Institut in Berlin.

Abbildung 7.3:
Durchimpfungsraten gegen impfpräventable Krankheiten bei den untersuchten Einschülerinnen und -schülern anlässlich der Einschulungsuntersuchungen in Berlin 2002 - 2004
- in %



(Datenquelle, Berechnung und Darstellung: SenGesSozV - II A -)

etwa 18.000 Berliner Zehntklässler untersucht) ergaben, dass 15-jährige Mädchen und Jungen bereits erhebliche Impfdefizite aufweisen bzw. Auffrischungsbedarf haben. Im Untersuchungszeitraum 2002 bis 2004 wurde bei keiner impfpräventablen Krankheit ein wünschenswerter Durchimpfungsgrad von über 90 % erreicht. Die besten Impfquoten wurden noch bei Masern (85,3 %), Poliomyelitis (83,4 %), Diphtherie (83,1 %) und Tetanus (83,0 %) ermittelt. Als vollkommen unakzeptabel muss dagegen die Impfbeteiligung bei Hepatitis B (56,3 %) und Pertussis (50,2 %) eingeschätzt werden.

Insgesamt ist hinsichtlich des Impfschutzes der Berliner Jugendlichen seit Mitte der neunziger Jahre eine starke Erhöhung der Durchimpfungsraten gegen Mumps, Röteln und in den letzten Jahren auch gegen Masern zu beobachten, während der Anteil derjenigen, die einen umfassenden Impfschutz gegen Diphtherie, Tetanus und Kinderlähmung haben, eher rückläufig ist (vgl. Tabelle 7.2.22 und Abbildung 7.4).

Der Impfstatus der Kinder, insbesondere der unter 6-jährigen, ist in Deutschland insgesamt als gut zu

Berliner Einschülerinnen und -schüler verfügen über einen relativ guten Impfstatus

bezeichnen. Die Durchimpfungsraten der Berliner Kinder liegen bundesweit über dem Durchschnitt. Die Impfquoten gegen Diphtherie und Tetanus lagen z. B. 2004 bei über 98 %. Weiterhin waren 97 % gegen Poliomyelitis impfgeschützt. Als unbefriedigend sind in Berlin aber noch die Teilnahmeraten der Impfungen gegen Hepatitis B und teilweise gegen Mumps, Masern und Röteln zu bezeichnen. Bei den Impfungen gegen Mumps, Masern und Röteln weisen insbesondere Kinder aus Bevölkerungsschichten mit vergleichsweise günstigen Sozialindizes Impfdefizite auf. Insgesamt gesehen hat sich aber der Durchimpfungsgrad der Berliner Erstklässler in den letzten Jahren stetig verbessert. Und das trifft auf alle empfohlenen Impfungen zu (vgl. Tabellen 7.2.18 - 7.2.21 und Abbildung 7.3).

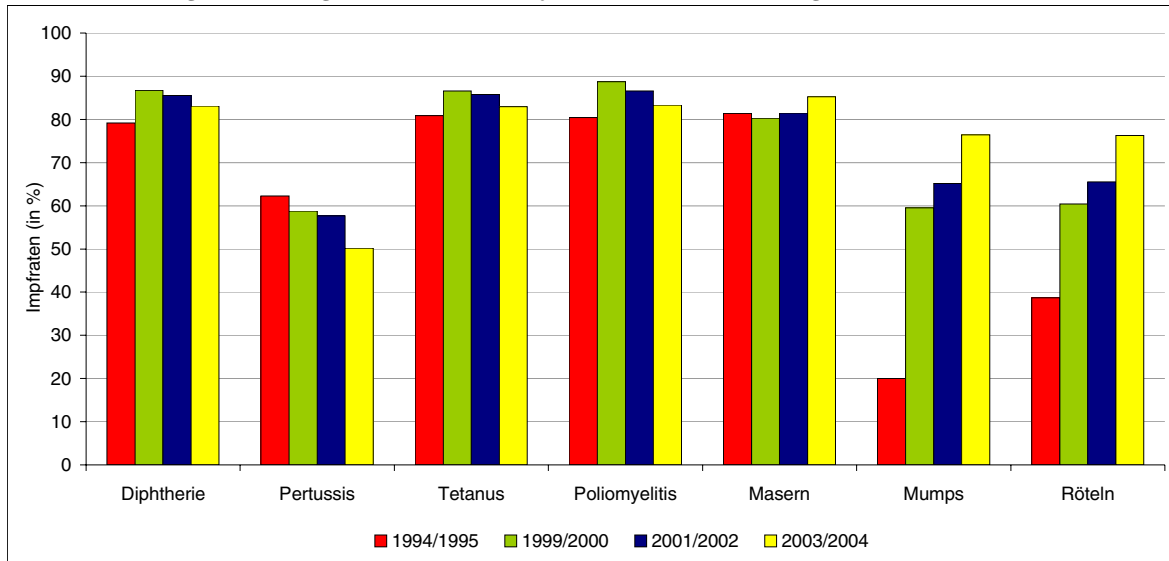
Mit zunehmenden Alter lässt die Impfbeteiligung allerdings

Zehntklässler haben bereits erhebliche Impflücken

nach. Und das ist bereits bei den Jugendlichen der Fall. Auswertungen der in Berlin vom KJGD gemäß Jugendarbeitsschutzgesetz durchgeführte Schulentlassungsuntersuchungen (derzeit werden jährlich

Abbildung 7.4:

Durchimpfungsraten (in %) gegen ausgewählte impfpräventable Krankheiten bei den untersuchten Jugendlichen anlässlich der Schulentlassungsuntersuchung in Berlin 1994 - 2004 (jeweils zwei Jahre zusammengefasst)



(Datenquelle, Berechnung und Darstellung: SenGesSozV - II A -)

7.1.9 Suchtprävention und Aktionsprogramm „Berlin qualmfrei“

Suchtprävention

Suchtprävention stellt - neben Behandlung, Schadensbegrenzung und Repression - einen wesentlichen Grundpfeiler der Drogen- und Suchtpolitik dar.

Ziel der Suchtprävention ist es, den schädlichen Konsum von Suchtmitteln zu verhindern oder zumindest deutlich zu reduzieren, um psychosozialen Problemen und Abhängigkeit vorzubeugen.

Die Berliner Suchtprävention erfolgt auf der Grundlage der Drogenstrategie der Europäischen Union und dem von Bund und Ländern gemeinsam getragenen Aktionsplan Drogen und Sucht.

Eröffnung einer zentralen Fachstelle für Suchtprävention im Dezember 2005

Um die Suchtprävention wirksamer zu gestalten, wurde im Arbeitsprogramm des Senats die Umstrukturierung der Suchtprävention in Berlin festgelegt. Kernpunkt der Umstrukturierung ist der Aufbau einer zentralen Fachstelle für Suchtprävention (Eröffnung im Dezember 2005, Mainzer Str. 23, 10247 Berlin, Tel.: 29 35 26 15). Ziel ist es, die *gesamtsädtische*

Wirkung suchtpräventiver Arbeit zu intensivieren. Bestehende präventive Ressourcen sollen enger vernetzt werden. Insbesondere sollen die Maßnahmen einer frühzeitigen Intervention verstärkt ausgebaut werden.

Die Fachstelle für Suchtprävention hält u. a. folgende Angebote vor:

- Eine Informationsstelle, in der Präventionsmaterialien wie Fachliteratur, Informationsbroschüren, methodische Materialien, Filme etc. bereit gestellt werden,
- Fortbildungsangebote, Fachtagungen,
- Unterstützung bei der Planung und Durchführung von Maßnahmen in allen relevanten Feldern von Suchtprävention; Beratung und Unterstützungsangebote für Multiplikatoren,
- Projektentwicklung und -durchführung.

Die Angebote des *Karuna e.V.* für „Straßenkinder“ und Jugendliche mit sehr riskantem Drogenkonsum sowie des *way&sun e.V.* für Drogenkonsumenten aus der Techno-Szene ergänzen die Arbeit der Fachstelle für diese speziellen Zielgruppen.

Derzeit nimmt das Land Berlin am Bundesmodell „*HaLT - Hart am Limit*“ teil - einem Projekt zur Frühintervention im Rahmen der Alkoholprävention bei Kindern und Jugendlichen, um Missbrauch zu vermeiden.

Weiterhin beteiligt sich das Land Berlin am Internetportal zur Suchtprävention „*Prev-Net*“ und am bundesweiten Dokumentationssystem der Suchtprävention „*DotSys*“.

Das erfolgreiche Bundesmodellprojekt *FreD* - Frühintervention für polizeilich erstauffällige Drogenkonsumenten, speziell Cannabis, ist als ein ständiges Angebot der Drogenberatungsstellen in allen Suchthilferegionen implementiert worden. *FreD* wird künftig ein Element des *neu entwickelten Netzwerkes Frühintervention* darstellen.

Aktionsprogramm Berlin qualmfrei

Die Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz führt zur Zeit gemeinsam mit den 12 Berliner Bezirken und mit Unterstützung der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport sowie vielen anderen Bündnispartnern das dreijährige Aktionsprogramm „Berlin qualmfrei“ durch.

Seit 2004 läuft das dreijährige Aktionsprogramm „Berlin qualmfrei“

Ziel dieses Aktionsprogramms ist es, das Nichtrauchen als Element einer modernen, gesunden Lebensführung in Berlin zu fördern.

Es werden hierbei bereits bestehende Maßnahmen zur *Tabakprävention* und *Raucherentwöhnung* forciert und durch neue innovative Projekte ergänzt und ausgebaut.

Durch Maßnahmen der Verhaltens- und Verhältnisprävention sollen zunehmend mehr Berlinerinnen und Berliner zu einem Leben ohne Tabakqualm motiviert werden und gleichermaßen die *rauchfreien Bereiche in der Stadt* erweitert werden.

Für die Umsetzung des Aktionsprogramms „Berlin qualmfrei“ wird ein *breiter Konsens aller Akteure* aus unterschiedlichen Fachbereichen, aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft sowie den Verantwortlichen des Gesundheitswesens, der Krankenversicherungen, Sozialpartner, der Nichtraucherinitiativen, freier Träger und der Medien angestrebt.

Durch die Unterstützung der Techniker Krankenkasse, der Berliner Krebsgesellschaft e.V., der HOWOGE Wohnungsbaugesellschaft mbH und der Betriebskrankenkasse Verkehrsbau Union (BKK VBU) konnte im September 2004 mit der Umsetzung des Programms „Berlin qualmfrei“ begonnen werden.

Es wurden seitdem bereits mehrere Projekte umgesetzt.

Im März 2005 fand als Abschluss des Videowettbewerbes „Berlin qualmfrei“ - an dem sich über 360 Berlinerinnen und Berliner im Alter von 11 bis 60 Jahren beteiligt hatten - eine Auszeichnungsveranstaltung im Berliner Rathaus statt. Die kurzen Spots, die eindrucksvoll die Vorteile des Nichtrauchens vermitteln, werden zielgruppenspezifisch im Rahmen von Weiterbildungen, Raucherentwöhnungsprogrammen und Gesundheitsveranstaltungen eingesetzt. Zwei Monate später wurde das Projekt „Rauchfreie Autos für Kinder“ erfolgreich auf dem Berliner Alexanderplatz gestartet. Mit einer öffentlichen Messung in einem Fahrzeug und anhand eines Flyers wurden die Bevölkerung und die Medien über die hohe Feinstaubpartikelbelastung durch Passivrauchen im Auto informiert und ganz besonders vor den schädlichen Auswirkungen bei Kindern gewarnt. Mit besonderer Unterstützung der Berliner Krebsgesellschaft e.V. und dem Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg sowie vielen weiteren Partnern, z. B. Plan- und Leitstellen für Gesundheit in den Bezirken, dem Fahrlehrerverband, Tankstellen bzw. Mineralölgesellschaften, Kinderarztpraxen, Kinderläden und Autohäuser bzw. Autowerkstätten konnte der Flyer viele Berlinerinnen und Berliner erreichen. Entsprechend der Nachfrage wird der Flyer inzwischen auch in türkischer Sprache angeboten.

Im Sommer 2005 wurde zum Thema Nichtraucherchutz in der Gastronomie mit einer umfassenden schriftlichen Befragung begonnen. Die vorliegenden Ergebnisse werden derzeit stichprobenartig überprüft und für die Auswertungs- bzw. Auszeichnungsveranstaltung als kleine Publikation aufbereitet. Projektpartner hierbei sind die Industrie- und Handelskammer (IHK), der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA) und die Nichtraucherorganisationen Forum rauchfrei und Nichtraucherbund Berlin e.V.

Derzeit wird auch in anderen Bereichen, wie z. B. in den Berliner Krankenhäusern und in der Berliner Verwaltung, auf der Grundlage von Befragungen der aktuelle Sachstand erfasst, anschließend öffentlich dargestellt und gemeinsam mit unterschiedlichen Akteuren daran gearbeitet, eine Erweiterung rauchfreier Zonen in Berlin zu schaffen.

2006 wird mit der Erprobung eines völlig neuen Raucherentwöhnungsprogramms für Jugendliche begonnen. Die Ergebnisse werden mit Hilfe der Charité evaluiert.

Im Rahmen eines Modellversuchs wird 2006 in einem Nachbarschaftsheim im Bezirk Neukölln versucht, kiez- und familiennah die Problematik des Rauchens und Passivrauchens zu thematisieren. Nach erfolgreicher Umsetzung und anhand der dabei erstellten Dokumentation soll dieser völlig neue Tabakpräventionsansatz in anderen Bezirken Anwendung finden.

Die Projekte werden durch eine breite Öffentlichkeitsarbeit in den Medien (z. B. Plakatkampagne mit jugendlichen Exrauchern unter dem Motto „Rauchen ist out - Freisein ist in“, Aktion „Raucherentwöhnung als Weihnachtsgeschenk“) sowie durch Aktionen auf vielfältigen Veranstaltungen (z. B. WHO Gesundheitskonferenz, Jugendverbraucherschutztag im Kinder-, Jugend- und Familienzentrum FEZ-Berlin) ergänzt. Dadurch stieg der Bekanntheitsgrad des Aktionsprogramms „Berlin qualmfrei“ in den Medien und die positive Resonanz in der Bevölkerung.

Erstmalig wird im Mai 2006 unter dem Motto „Berlin qualmfrei- ich bin dabei“ ein mit vielen unterschiedlichen Partnern gemeinsam durchgeführtes Event im Vorfeld des WHO-Weltnichtrauchertages (jedes Jahr am 31.05.) stattfinden. Ziel ist es, das gemeinsame Anliegen für mehr Rauchfreiheit in Berlin klar und eindringlich zu verdeutlichen. Durch vielfältige Aktionen und Veranstaltungen innerhalb einer Woche werden Berlinerinnen und Berliner besonders auf die Probleme des Passivrauchens aufmerksam gemacht und vor allem jugendliche Raucher zum Rauchstopp motiviert. Die Berliner Bevölkerung soll als Mitstreiter für mehr frische Luft in Berlin gewonnen werden.

Weitere Informationen dazu finden Sie unter: www.berlin.de/qualmfrei

7.1.10 Inanspruchnahme der Beratungseinrichtungen für Suchtkranke

Das Spektrum der ambulanten Suchthilfe in Berlin umfasst eine *Vielfalt an Beratungs- und Betreuungsangeboten für Suchtkranke und deren Angehörige*.

Dazu gehören Integrierte Suchtberatungsstellen (Betreuung von Drogen- und Alkoholpatienten), Drogenberatungsstellen einschließlich des 24 Stunden erreichbaren Drogennotdienstes, Beratungsstellen für Alkohol- und Medikamentenabhängige, Angebote für Substituierte (Ambulanzen und psychosoziale Beratungsangebote) sowie eine spezifische Beratungsstelle für Spielsüchtige und für Essgestörte.

Steigende Zahl der sich an der seit 1999 bestehenden Suchthilfestatistik beteiligten Einrichtungen

Im Jahr 1999 wurde mit der EDV-gestützten klientenbezogenen Statistik auf der Grundlage des *Deutschen Kerndatensatzes der Suchthilfe* begonnen. Seit dem konnten immer mehr Drogen- und Suchthilfeeinrichtungen in die Datenerhebung einbezogen werden.

Grundlage für die Suchthilfestatistik 2004 bilden die Daten aus 35 Einrichtungen der ambulanten Suchthilfe in Berlin. Es ist zu beachten, dass die Datenerhebung nicht nur Beratungsangebote für Alkohol-, Drogen- und Spielsüchtige, sondern auch niedrigschwellige Kontaktangebote, die Drogen-notfallprophylaxe sowie vielfältige ambulante Hilfen für Substituierte umfasst.

Die Daten beziehen sich ausschließlich auf Beratungs- und Betreuungsfälle, für die mindestens zwei Kontakte und eine Hauptsuchtdiagnose nach ICD-10 vorliegen.

2004 wurden insgesamt 10.793 Klienten und Klientinnen, bei denen eine Suchtdiagnose vorlag, in den o. g. 35 Einrichtungen betreut.

Eigenen Angaben zufolge nehmen 41 % der betreuten Klienten und Klientinnen die Hilfeangebote aufgrund von Problemen mit legalen Drogen in Anspruch; 53 % aufgrund von Problemen mit illegalen Drogen.

Der *Erstkonsum* beginnt durchschnittlich im Alter von 15 Jahren mit Cannabis und Alkohol.

Substanzbezogene Störungen betreffen überwiegend die Männer. Der Frauenanteil liegt durchschnittlich bei 25 %.

Überwiegend suchen die Klienten und Klientinnen die ambulanten Einrichtungen *freiwillig* auf. Der höchste Prozentanteil ist bei den Alkoholklienten und -klientinnen (95 %), der niedrigste bei den Kokainklienten (61 %) festzustellen.

Bei den Klienten und Klientinnen mit opiatbezogener Hauptsuchtdiagnose kommen 26 % der Männer und 16 % der Frauen aufgrund juristischer Auflagen zum ambulanten Betreuungsangebot. Bei den Klienten und Klientinnen mit einem Alkoholproblem sind es nur 4,5% bzw. 0,9%.

Alkohol- und Opiatklienten und -klientinnen werden, abgesehen von Bezugspersonen und Behörden, häufig durch niedergelassene Ärzte, Psychotherapeuten und Krankenhäuser vermittelt.

Angesichts der schwierigen Lebenssituation der Klienten und Klientinnen überrascht es nicht, dass 75 % der Opiatabhängigen *arbeits- bzw. erwerbslos* sind. Nur 7 % von ihnen verfügen über einen Arbeitsplatz.

Bei den Alkoholklienten und -klientinnen haben 43 % einen Arbeitsplatz; 32 % von ihnen sind arbeitslos.

Der höchste *Wohnungslosenanteil* ist unter den Klienten und Klientinnen mit Opiatproblemen festzustellen (7,1 %).

Bis auf den Alkoholklientenbereich (83,2 %) wohnen durchschnittlich die Hälfte aller betreuten Klienten und Klientinnen selbständig.

7.1.11 Ambulante psychotherapeutische Versorgung von psychosekranken Menschen sowie älteren Menschen in Berlin

Die Kammer für Psychologische Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten im Land Berlin gab 2005 die Studie „Ambulante psychotherapeutische Versorgung von psychosekranken Menschen sowie älteren Menschen in Berlin“ heraus; sie wurde erstellt von der damit beauftragten FOGS (Gesellschaft für Forschung und Beratung im Gesundheits- und Sozialbereich, Köln). Die gesamte Studie ist abrufbar unter <http://www.psychotherapeutenkammer-berlin.de>. Der folgende Beitrag fasst Ergebnisse dieser Studie zusammen.

Psychotherapeutische Versorgung von psychosekranken Menschen in Berlin

Zur Prävalenz psychischer Störungen und zum Psychotherapiebedarf im Allgemeinen sowie zur Prävalenz und zum Psychotherapiebedarf bei psychosekranken Menschen im Besonderen liegen für das

Land Berlin keine spezifischen Daten vor. Anhaltspunkte bieten jedoch Hochrechnungen zum Umfang des Auftretens psychotischer Störungen auf Basis der Prävalenzzahlen des Bundes-Gesundheitssurveys³ sowie die Analyse vorliegender Daten zur Inanspruchnahme ambulanter und stationärer Hilfen. Tabelle 7.3 zeigt die Anzahl der Personen mit psychischen sowie psychotischen Störungen in Berlin auf der Grundlage bundesweiter Prävalenzraten.

Legt man die *im Rahmen des Bundes-Gesundheitssurveys ermittelte Prävalenzrate* von 32,1 % zugrunde, so kann man für das Jahr 2003 in Berlin eine Zahl von rd. 750.000 Personen mit einer psychischen Störung hochrechnen. An einer psychotischen Störung waren nach dem Berechnungsmodus im 12-Monats-Zeitraum rd. 60.000 Personen erkrankt, von denen schätzungsweise immerhin rd. 34.000 Personen einen spezifischen oder unspezifischen (*Behandlungs-*)*Kontakt* (im Sinne des Bundes-Gesundheitssurveys) zu irgendeiner Institution des Gesundheitswesens hatten.

In den *Berliner Krankenhäusern* wurden im Jahr 2002 41.417 Behandlungsfälle wegen psychischer und Verhaltensstörungen vollstationär behandelt und entlassen. Von diesen entfielen 8.195 Fälle (4.339 Männer, 3.856 Frauen) auf die Diagnosegruppe Schizophrenie (vgl. Basisbericht 2003/2004). Betrachtet man die Einzeldiagnosen der entlassenen vollstationären Behandlungsfälle im Zeitverlauf, zeigt sich, dass die Anzahl der Behandlungsfälle mit der Diagnose schizophrene Psychosen in den Jahren 1994 (7.427 Fälle) bis 1999 (7.179 Fälle) vergleichsweise konstant war.

Die durchschnittliche Verweildauer aller Behandlungsfälle in den Fachabteilungen der Psychiatrie und Psychotherapie ist dabei in den Jahren 1998 bis 2002 von durchschnittlich 26,3 auf 20,0 Tage zurückgegangen. In den Fachabteilungen der Psychotherapeutischen Medizin nahm sie in den Jahren 1998 bis 2001 von 39,2 auf 34,2 Tage ab. Ohne unmittelbare Rückschlüsse auf Behandlungsfälle ziehen zu können, kann dennoch vermutet werden, dass aufgrund der verminderten stationären Verweildauern ein erhöhter ambulanter Behandlungsbedarf vorhanden ist.

Die vorliegenden Daten zeigen, dass die Behandlungsquote bei psychotischen Störungen im Rahmen der medizinischen und psychiatrischen (Grund-)Versorgung vergleichsweise hoch ist, da viele psychosekranke Menschen durch Krankenhäuser und Sozialpsychiatrische Dienste erreicht werden⁴. Dagegen werden diese Patientinnen und Patienten nur in geringem Umfang in Praxen von ärztlichen und Psychologischen Psychotherapeuten behandelt, wie Daten der AOK Berlin bestätigen.

Wie Tabelle 7.4 zeigt, wird das Gros (78,2 %) der *Diagnosen bei psychischen Störungen von ärztlichen Fachgruppen gestellt, die i.d.R. über keine psychotherapeutische Qualifikation verfügen*. Demgegenüber tragen Psychologische Psychotherapeuten/Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten (0,8 %) und Ärzte für Psychotherapeutische Medizin (0,04 %) auffällig wenig zu den Diagnosen psychischer Störungen bei. Hier könnte ein Hinweis darauf zu sehen sein, dass viele Patientinnen und Patienten in der somatischen Versorgung mit psychiatrischen Komorbiditäten behandelt werden und dass ggf. eine Reihe von Menschen mit psychischen Störungen nicht in die fachärztliche Behandlung kommt.

Tabelle 7.3:
Prävalenz psychischer und psychotischer Störungen sowie Behandlungsquote bei psychotischen Störungen in Deutschland 1998 sowie deren Anzahl in Berlin 2003¹⁾ in der Altersgruppe der 18- bis 64-Jährigen

Ort / Maßeinheit	12-Monats-Prävalenz		Wegen psychotischer Störungen Behandelte
	psychische Störungen	psychotische Störungen	
Deutschland in %	32,1	2,6	56,0
Berlin absolut ¹⁾	743.748	60.241	33.735

¹⁾ Berechnet aus den Werten des Bundes-Gesundheitssurveys und der Berliner Bevölkerung am 31.12.2003.

(Datenquelle: RKI, Bundes-Gesundheitssurvey 1998 / Berechnung: Psychotherapeutenkammer Berlin)

³ Wittchen und Jacobi (2001): Bedarfsgerechte Versorgung psychischer Störungen in Deutschland. Eine klinisch-epidemiologische Abschätzung anhand des Bundes-Gesundheitssurveys 1998. Bundesgesundheitsblatt - Gesundheitsforschung - Gesundheitsschutz, 44, 2001.

⁴ Wittchen. (o.J.): Bedarfsgerechte Versorgung psychischer Störungen. Stellungnahme im Zusammenhang mit der Befragung von Fachgesellschaften durch den Sachverständigenrat für die Konzentrierte Aktion im Gesundheitswesen.

Tabelle 7.4:
Wegen psychischer Störungen ambulant behandelte AOK-Patientinnen/Patienten in Berlin im 1. Halbjahr 2004 nach Diagnosen (ICD-10) und behandelnden Fachgruppen

Fachgruppe	Schizophrenie, schizotype und wahnhaftige Störungen		Sonstige psychische Störungen		Psychische Störungen insgesamt	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Psychologische/Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten	162	0,3	9.877	0,8	10.039	0,8
Ärzte für psychotherapeutische Medizin	21	0,04	1.577	0,1	1.598	0,1
Nervenärzte, Kinder- und Jugendpsychiater	26.527	47,2	256.387	19,8	282.914	20,9
sonstige Fachgruppen (z. B. Innere Medizin, Allgemein- ärzte, Orthopädie, Augenärzte)	29.479	52,4	1.028.112	79,3	1.057.591	78,2
insgesamt	56.189	100,0	1.295.953	100,0	1.352.142	100,0

(Datenquelle: AOK Berlin / Berechnung: Psychotherapeutenkammer Berlin)

Die Ergebnisse der Befragung von ausgewählten ambulanten und komplementären Einrichtungen und Diensten in der Kammerstudie bestätigen diese Annahme. In 23 Berliner Einrichtungen wurden demnach im Jahr 2004 insgesamt 5.719 psychosekranke Menschen betreut. Von diesen hatten 1.399 einen psychotherapeutischen Behandlungsbedarf. Bei ca. der Hälfte dieser Patientinnen und Patienten (669) sahen die befragten Einrichtungen eine *ambulante psychotherapeutische Behandlung indiziert*.

21 Einrichtungen gaben an, dass bei den Patientinnen und Patienten, bei denen eine ambulante Psychotherapie bei einem niedergelassenen (ärztlichen oder Psychologischen) Psychotherapeuten angezeigt war, diese aus unterschiedlichen Gründen nicht durchgeführt wurde bzw. werden konnte. In 15 Einrichtungen traf dies auf insgesamt 257 Fälle zu. Aus Sicht von drei Viertel der Einrichtungen wurden die indizierten ambulanten Psychotherapien vor allem *deshalb nicht durchgeführt, weil Patientinnen und Patienten nicht bereit und/oder nicht in der Lage waren an der Behandlung teilzunehmen* (z. B. unrealistische Krankheitstheorie, krankheitsbedingte Beeinträchtigungen). Ebenso viele Einrichtungen gaben aber auch *angebotsbezogene Ursachen* wie bspw. zu lange Wartezeiten sowie die geringe Eignung des ambulanten Settings (z. B. Komm-Struktur, Terminvereinbarung) an. Etwa die Hälfte der Einrichtungen wies - mit Blick auf die konkreten Fälle - darauf hin, dass zur Behandlung von psychosekranken Menschen *qualifizierte Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten fehlen*.

Menschen mit psychotherapeutischem Behandlungsbedarf bleiben häufig unversorgt

Psychotherapeutische Versorgung älterer Menschen in Berlin

Zur Verbreitung psychischer Erkrankungen bei älteren Menschen liegen keine repräsentativen Untersuchungen vor. Dennoch kommt eine Reihe regionaler/lokaler Feldstudien zu dem übereinstimmenden Ergebnis, dass ca. ein Viertel der älteren Bevölkerung an einer psychischen Krankheit leidet⁵. Die *Berliner Altersstudie von 1990* stellt einen Anteil an behandlungsbedürftigen psychischen Erkrankungen von 23,5 % bei den über 70-Jährigen fest, wobei bei 18,3 % der Erkrankungen eine mittelgradige bzw. schwerwiegende psychische Störung vorliegt. Nimmt man alle Formen der Demenz heraus, ergibt sich ein Anteil von 11,3 % an *behandlungsbedürftigen psychischen Erkrankungen bei älteren Menschen*⁶.

⁵ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2004): Vierter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland: Risiken, Lebensqualität und Versorgung Hochaltriger - unter besonderer Berücksichtigung demenzieller Erkrankungen. Berlin.

⁶ Wernike et al. (2000): Ranges of psychiatric morbidity in the old and very old - results of the Berlin Aging Study (BASE). *Eu Arch Psychiatry Clin Neurosci* 250, 111-119.

Legt man die Ergebnisse der Berliner Altersstudie entsprechenden Berechnungen zugrunde, so treten in Berlin in der Personengruppe der 70-Jährigen und Älteren behandlungsbedürftige psychische Störungen bei ca. 81.048 Personen (ohne Demenz: 38.972 Personen) auf.

Mit Blick auf psychische Erkrankungen bedürfen alte Menschen in Heimen einer besonderen Betrachtung. Im Mittel liegen psychische Störungen bei rund 67 % der Heimbewohner vor, wobei zwischen 30 und 71 % der Störungen auf Demenz entfallen⁷.

Ältere Menschen nehmen psychotherapeutische Hilfen kaum in Anspruch

Obgleich psychische Erkrankungen bei älteren Menschen also häufig vorkommen, nehmen diese kaum (ambulante) psychotherapeutische Hilfen in Anspruch. Den geringen Versorgungsgrad älterer Menschen mit Psychotherapie bestätigt eine Untersuchung aus den 90er Jahren, in der von 737 Psychotherapiepatientinnen und -patienten nur 6,7 % älter als 55

Jahre waren⁸. In einer 1993 durchgeführten Befragung unter Westberliner Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten ergab sich, dass von 151 Befragten zwar 101 über Therapieerfahrungen mit älteren Menschen verfügten, jedoch insgesamt nur von 175 Psychotherapien berichten konnten⁹.

In der Studie der Psychotherapeutenkammer Berlin gaben gut zwei Drittel der befragten 210 Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten an, im Jahr 2004 insgesamt 424 ältere Menschen psychotherapeutisch behandelt zu haben (Tabelle 7.5). Lediglich 185 niedergelassene Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten (13 % der Befragten) gaben „alte Menschen“ als spezielle Zielgruppe an.

Vermittlung älterer Menschen in ambulante Psychotherapie meist über Neurologen und Psychiater

Ältere Menschen finden dabei zumeist über Neurologen und Psychiater den Zugang zur ambulanten psychotherapeutischen Behandlung. Ambulante Pflegedienste und stationäre Einrichtungen der Altenhilfe spielen dagegen keine Rolle für die Vermittlung älterer Patientinnen und Patienten (Tabelle 7.6). Dass diese ihren Kunden bzw. Bewohnern keine Zugangswege in psychotherapeutische Behandlung bahnen, ist umso bedenklicher, als bspw. Studien zur psychischen Situation von älteren Menschen in Heimen den psychotherapeutischen Behandlungsbedarf vieler Bewohner belegen¹⁰. *Systematische Vermittlungshemmnisse in ambulante Psychotherapie* dürften zudem auch bei Krankenhäusern und dem öffentlichen Gesundheitsdienst bestehen.

Mit Blick auf das Inanspruchnahmeverhalten von Hilfen im Zusammenhang mit psychischen Störungen sind auch die Ergebnisse der Berliner Altersstudie von Interesse. Danach haben 85 % der über 70-Jährigen regelmäßigen Kontakt zu Ärzten¹¹. Zwar konnte kein Zusammenhang zwischen (höherer) psychopathologischer Auffälligkeit und einem Ansteigen von Arztbesuchen, jedoch ein mit hö-

Tabelle 7.5:

Psychotherapeutisch behandelte ältere Menschen¹⁾ in Berlin 2004 nach Altersgruppen und Geschlecht

Alter in Jahren	Frauen		Männer		Insgesamt	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
60 - 69	259	76,6	65	75,6	324	76,5
70 - 74	46	13,6	15	17,4	61	14,4
75 - 79	27	8,0	6	7,0	33	7,8
80 - 84	6	1,8	-	-	6	1,4
insgesamt	338	100,0	86	100,0	424	100,0

¹⁾ Anzahl der Therapeutinnen/Therapeuten: 139

(Datenquelle und Berechnung: Psychotherapeutenkammer Berlin)

⁷ Hirsch (2004): Erste Studie zur Situation psychisch schwer kranker alter Menschen in deutschen Pflegeheimen. Kuratorium Deutsche Altershilfe. PRO ALTER 2, 59-63.

⁸ Heuft, Rudolf & Öri. (1992): Ältere Patienten in psychosomatisch-psychotherapeutischen Institutionen. Zeitschrift für Psychosomatische Medizin und Psychoanalyse, 38, 358-370.

⁹ Zank & Niemann-Mirmehdi (1998): Psychotherapie im Alter - Ergebnisse einer Befragung von Psychotherapeuten. Zeitschrift für Klinische Psychologie, 27, 125-129.

¹⁰ Hirsch & Kastner (2004): Heimbewohner mit psychischen Störungen - Expertise. Kuratorium der Deutschen Altershilfe (Hrsg.), Forum, 38.

¹¹ siehe Fußnote 5.

Tabelle 7.6:
Zugangsweg der psychotherapeutisch behandelten älteren Menschen¹⁾ zur Therapie in Berlin 2004

Zugangsweg	Fälle	
	absolut	%
Selbstmeldung (ohne formale Überweisung)	72	17,0
Empfehlung von Bezugspersonen (z. B. Angehörige, Freunde, Bekannte, Kollegen)	74	17,5
psychiatrische Krankenhäuser	14	3,3
Institutsambulanzen	5	1,2
Krisendienste	2	0,5
Allgemeinkrankenhäuser	3	0,6
Facharztpraxen (Neurologie, Psychiatrie und Psychotherapie, psychotherapeutische Medizin)	148	34,9
allgemeinpraxen und andere Facharztpraxen	89	21,0
ambulante Pflegedienste	2	0,5
sonstige (z. B. Beratungsstellen, Rehabilitationskliniken)	15	3,5
insgesamt	424	100,0

¹⁾ Anzahl der Therapeutinnen/Therapeuten: 139

(Datenquelle und Berechnung: Psychotherapeutenkammer Berlin)

herer Auffälligkeit einhergehender Anstieg des Medikamentengebrauchs festgestellt werden¹². 67 % der über 70-Jährigen

Lösung psychischer Probleme von Älteren eher durch Medikamente als durch Psychotherapie erwartet

nahmen psychoaktive Pharmaka, davon 24,6 % Psychopharmaka (im engeren Sinne), keiner von ihnen erhielt jedoch Psychotherapie¹³. In der Kammerstudie bestätigen 85 Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten, dass 205 über 60-Jährige während der psychotherapeutischen Behandlung begleitend mit Psychopharmaka behandelt werden. Diese Befunde liefern Hinweise darauf, dass viele ältere Menschen bei sich verstärkenden psychischen Störungen vom Arztbesuch (einschließlich Psychotherapeuten) eine Lösung ihrer psychischen Probleme weniger durch psychotherapeutische Intervention als durch die Verordnung und Einnahme von Medikamenten erwarten.

Hemmnisse einer Psychotherapie mit älteren Menschen

Aus Sicht niedergelassener Therapeutinnen und Therapeuten ist die *fehlende Nachfrage der hauptsächlichlichen Grund für den vergleichsweise geringen Besuch alter Menschen in ambulanten psychotherapeutischen Praxen*. In deutlich geringerem Maße werden Therapeutenvariablen wie bspw. ein zu großer Altersunterschied als Ursache gesehen¹⁴. In diesem Kontext werden eher beziehungs- bzw. therapiebezogene Aspekte diskutiert, die sich u. a. aus einem zu großen Altersunterschied zwischen Klient und Therapeut ergeben können wie bspw. eine veränderte Übertragungssituation oder eine Bedrohung des Narzissmus des Therapeuten durch Grenzerfahrungen¹⁵. Die Bereitschaft zur Behandlungsübernahme von Menschen, die älter als 65 Jahre sind, hängt weder vom Alter der Therapeutinnen und Therapeuten noch von deren gerontologischem Vorwissen ab. Bedeutsam ist vielmehr die bereits vorhandene *Behandlungserfahrung mit älteren Menschen*.

Ausschlaggebend ist zudem, dass die *Bereitschaft, Probleme mit anderen Menschen zu besprechen, bei älteren Menschen nicht sehr ausgeprägt ist*. Dabei haben „jüngere“ Alte (bis 73 Jahre) in deutlich geringerem Maße Vorurteile gegenüber Psychotherapie und weniger Ängste mit Blick auf eine (angenommene) eigene Psychotherapie als „ältere“ Alte (ab 74 Jahre)¹⁶.

Hemmende Rahmenbedingungen für die geringe Inanspruchnahme von Psychotherapie durch Ältere stellen aber auch die *negativ gefärbten gesellschaftlichen Einstellungen zum alten Menschen* dar¹⁷:

¹² Linden et al. (1993): Verhaltenstherapie in der kassenärztlichen Versorgung - Eine versorgungsepidemiologische Untersuchung. Verhaltenstherapie, 3, 101-111.

¹³ Barnow & Linden (2001): Wollen alte Menschen sterben? Suizidalität und Lebensüberdruß im hohen Alter. Fortschritte der Medizin, 119, Nr. 1, 33-36.

¹⁴ siehe Fußnote 8.

¹⁵ Radebold (1992): Psychodynamik und Psychotherapie. Springer, Berlin; sowie: Heuft, Kruse & Radebold. (2000): Lehrbuch der Gerontopsychosomatik und Alterspsychotherapie. Ernst Reinhardt, München.

¹⁶ Zank (2002): Einstellungen alter Menschen zur Psychotherapie und Prädiktoren der Behandlungsbereitschaft bei Psychotherapeuten. Verhaltenstherapie und Verhaltensmedizin, 23, 181-193.

¹⁷ Hirsch et al. (1999): Leitfaden für die ambulante und teilstationäre gerontopsychiatrische Versorgung. Die Bundesministerin für Gesundheit (Hrsg.). Schriftenreihe des Bundesministeriums für Gesundheit. Band 114. Nomos, Baden-Baden.

- das defizitorientierte Verständnis vom Alter in der Medizin,
- das Fehlen fundierter theoretischer Konzepte für die Alterspsychotherapie,
- die mangelnden Kenntnisse der Psychotherapeuten und Ärzte über den derzeitigen Wissensstand der Gerontologie einschließlich der Alterspsychotherapie,
- die „Gerontophobie“ der Ärzte und Psychotherapeuten und das negative Selbstbild des alten Menschen.

Die befragten Einrichtungen der Kammerstudie weisen vor allem darauf hin, dass das ambulante Behandlungssetting mit Wartezeiten und verbindlichen Terminen für viele ältere Menschen wenig geeignet ist. Zudem herrsche oftmals eine Sichtweise vor, nach der sich bei älteren Menschen eine psychotherapeutische Behandlung „nicht mehr lohnt“. Schließlich wird auf die oft eingeschränkte Mobilität älterer Menschen verwiesen.

Ergebnisse

Sowohl die *Ergebnisse der Sekundäranalyse* als auch die *Ergebnisse der durchgeführten Befragungen* zeigen, dass beide Personengruppen, psychosekranke Menschen und ältere Menschen, in nur geringem Maße Zugang zur (ambulanten) psychotherapeutischen Behandlung bei Psychologischen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten finden bzw. psychotherapeutische Behandlungsleistungen in Anspruch nehmen.

Die Daten zur Prävalenz psychotischer Störungen und psychischer Störungen bei älteren Menschen sowie die Anzahl der in der medizinischen Grundversorgung gestellten Diagnosen psychischer Störungen belegen auch für Berlin einen vergleichsweise *hohen psychotherapeutischen Behandlungsbedarf bei psychosekranken Menschen und älteren Menschen*. Mit Blick auf die Inanspruchnahme psychotherapeutischer Leistungen im Allgemeinen und bei niedergelassenen Psychologischen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten im Besonderen sind folgende übergreifende Aspekte beachtenswert:

- Der Zugang zur ambulanten psychotherapeutischen Behandlung ist nicht nur für psychosekranke und ältere Menschen erschwert. Auch andere Patientengruppen wie bspw. suchtkranke Personen und Menschen mit geistiger Behinderung finden nur selten in die psychotherapeutische Praxis. Gemeinsam ist all diesen Patientengruppen eine *Mehrfachbelastung*, oft eine verstärkte Abhängigkeit von anderen Menschen bei der Lebensbewältigung sowie *patientenbezogene Hemmnisse* hinsichtlich einer Inanspruchnahme ambulanter Psychotherapie.
- Komplexe Problemlagen erfordern vor dem Hintergrund der Segmentierung medizinischer und psychosozialer Versorgungsstrukturen in der Bundesrepublik die Abstimmung und Kooperation unterschiedlicher Leistungserbringer. Wo diese Kooperationsbeziehungen (sektorintern und -übergreifend) nicht oder nur unzureichend entwickelt sind, kann eine fehlende Abstimmung von notwendigen unterschiedlichen Hilfen zu einer *strukturellen Barriere* bei der Inanspruchnahme einzelner Leistungen bzw. Angebote führen (z. B. fehlende Begleitung zur ambulanten Psychotherapie, fehlender Konsiliardienst).
- Die Inanspruchnahme von Psychotherapie ist stark kulturell überformt und beeinflusst von gesellschaftlichen Werthaltungen bzw. Einstellungen. Dies wird besonders mit Blick auf ältere Menschen deutlich. Deutlich mehr als bei somatischen Behandlungen wird die Inanspruchnahme von Psychotherapie durch *problematische (negative) gesellschaftliche Einstellungen zu älteren Menschen bzw. zum Alter* mitbestimmt (z. B. Defizitorientierung, Fehleinschätzungen von Entwicklungspotenzialen, Kosten-Nutzen-Erwägungen). „Beeinflusst“ von diesen Einstellungen und Haltungen sind sowohl die betroffenen Patientinnen und Patienten als auch (potenzielle) Behandelnde.
- Der Zusammenhang von Alter und Psychotherapie wird öffentlich kaum wahrgenommen und eine *Bereitschaft zur psychotherapeutischen Behandlung ist bei älteren Menschen nur selten vorhanden*.

den. Bei vielen Menschen der gegenwärtigen Altengenerationen besteht eine Skepsis gegenüber Psychotherapie, wobei dies i.d.R. mit fehlenden eigenen Behandlungserfahrungen einhergeht. Zudem spielen gesellschaftliche und individuelle Bewertungen psychischer Probleme und Störungen eine Rolle. Psychotherapie wird oft nicht als Möglichkeit zur Bewältigung psychischer Konflikte und Störungen gesehen.

- Qualifizierte Angebote ambulanter psychotherapeutischer Behandlung älterer Menschen fehlen weitgehend bzw. bestehende Angebote sind wenig bekannt. Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten, die bereit und in der Lage sind, ältere Menschen mit ihren spezifischen Problemen psychotherapeutisch zu behandeln, sind oft selbst den professionellen Helferinnen und Helfern im Bereich der Altenhilfe und Gerontopsychiatrie nicht bekannt.

Qualifizierte Angebote ambulanter Psychotherapie für Ältere fehlen bzw. sind wenig bekannt

7.1.12 Gesundheitliche Versorgung von Migrantinnen und Migranten - Umfrage zur Verständigung mit nicht deutschsprachigen Patientinnen und Patienten an Berliner Krankenhäusern

In Berlin leben 13,5 % Menschen, die nicht im Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit sind (Stand Dezember 2004). Hinzu kommen diejenigen, die zwar den deutschen Pass besitzen, jedoch nichtdeutscher Herkunft sind und Spätaussiedler. Nicht alle von ihnen verfügen über genügend Deutschkenntnisse, um sich in der Kommunikation bei ärztlichem, pflegerischem und therapeutischem Personal in ausreichendem Maße verständlich zu machen. Kommunikation spielt jedoch im Zusammenhang mit Gesundheit und Krankheit eine wichtige Rolle: ohne die Möglichkeit, sich verständlich zu machen, sind Anamneseerhebung, Diagnostik und Therapie nur unter erschwerten Bedingungen durchzuführen und immer mit der Gefahr von Missverständnissen und Irrtümern behaftet. Auch der unterschiedliche kulturelle Hintergrund kann zu Verständigungsschwierigkeiten führen. In der Migrationsforschung wird vielfach auf die Gefahr einer Fehl-, Unter- oder Überversorgung von Migrantinnen und Migranten als Folge dieser Verständigungsschwierigkeiten hingewiesen.

Verständigungsschwierigkeiten bei stationärer Behandlung können zu Fehlversorgung führen

Über die Größenordnung des Problems in Berliner Krankenhäusern und die bereits dagegen ergriffenen Maßnahmen gab es bis jetzt nur vereinzelt Erkenntnisse. Die Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz führte daher im ersten Quartal 2005 eine *Umfrage zur Verständigung mit nicht deutschsprachigen Patientinnen und Patienten an Berliner Krankenhäusern* durch, deren Ergebnisse hier vorgestellt werden.

Es wurden die Leitungen aller Häuser mit mehr als 10 Betten angeschrieben. Von der Befragung ausgeschlossen waren Tageskliniken und private Fachkliniken für Schönheitsoperationen. Unternehmen mit mehreren Standorten bzw. Kliniken (wie z. B. Vivantes) wurden nur einmal angeschrieben.

In dem zweieinhalbseitigen *Fragebogen* sollten Fragen nach der Art der Erfassung migrationsbezogener Daten, nach der sprachlichen Verständigung mit nicht deutschsprachigen Patientinnen und Patienten, den wichtigsten Sprachen und den Fachabteilungen mit dem größten Sprachmittlungsbedarf beantwortet werden. Außerdem konnten die teilnehmenden Krankenhäuser Auskunft über bereits ergriffene bzw. geplante Maßnahmen zur besseren Verständigung mit ihren nicht deutschsprachigen Patientinnen und Patienten geben.

Von insgesamt 49 angeschriebenen Häusern schickten 39 den Fragebogen zurück, das entspricht einer Rücklaufquote von knapp 80 %. Von diesen Einrichtungen sind 8 in öffentlicher, 5 in privater und 26 in freigemeinnütziger *Trägerschaft*.

Die Rücklaufquote betrug knapp 80 %

Knapp 70 % (n = 27) der teilnehmenden Häuser erfassen nach eigenen Angaben migrationsbezogene Daten, vier davon sowohl die Staatsangehörigkeit als auch die Sprache.

Patientinnen und Patienten nicht deutscher Herkunft

Für die folgenden Angaben lieferten fast alle Krankenhäuser nur Schätzwerte. Demzufolge liegt der Anteil an Patientinnen und Patienten mit ausländischem Pass durchschnittlich bei 9,5 % bei einer Streuung von 0 bis 30 %. Jeweils 28 % der Krankenhäuser versorgen 1 bis 5, 6 bis 10 bzw. über 10 % ausländische Patientinnen und Patienten, bei weiteren 8 % beträgt der Anteil weniger als 1 % (vgl. Abbildung 7.1).

Dieser geschätzte Ausländeranteil liegt deutlich unter dem Anteil der Einwohner Berlins ohne deutsche Staatsangehörigkeit (13,5 %¹⁸). Ohne die Möglichkeit einer Unterschätzung des Problems auszuschließen, könnte eine Ursache für diesen Unterschied die von der deutschen Bevölkerung abweichende Altersstruktur von Migrantinnen und Migranten sein, die in der Folge zu weniger stationären Aufenthalten führt. (vgl. Tabelle 7.7).

7 % der Patientinnen und Patienten bevorzugten eine andere Sprache als Deutsch

Staatsangehörigkeit bzw. Herkunft allein lassen keine Rückschlüsse auf den Bedarf an Sprach- und

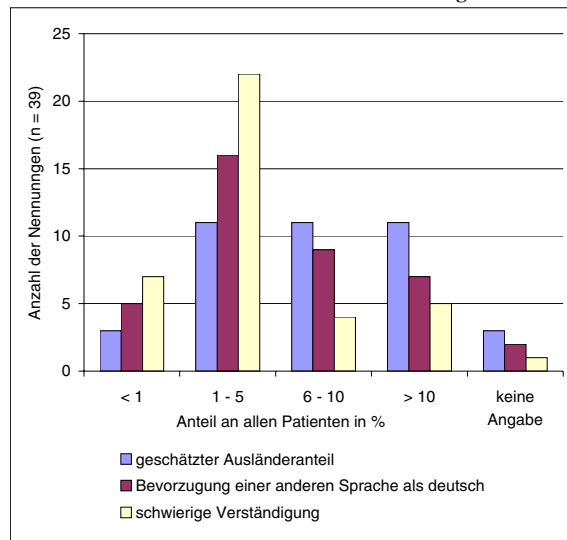
Kulturmittlung zu, da sowohl bei Eingebürgerten als auch bei Spätaussiedlern keineswegs immer ausreichende Deutschkenntnisse vorausgesetzt werden können¹⁹. Für diese Fragestellung besonders wichtige Hinweise geben die Angaben zur Bevorzugung einer anderen Sprache als Deutsch und zum Anteil der Patientinnen und Patienten, bei denen es große Verständigungsschwierigkeiten gibt: Durchschnittlich bevorzugten 7,1 % der Patientinnen und Patienten eine andere Sprache als Deutsch (die Angaben streuen von 0 bis 25 %). Fast ein Viertel der Krankenhäuser versorgt dabei zwischen 5 und 10 % Frauen und Männer, die lieber in einer anderen Sprache als Deutsch kommunizieren würden, in jedem 5. Krankenhaus lag der Anteil dieser Patientinnen und Patienten bei über 10 % (vgl. Abbildung 7.5).

Tabelle 7.7:
Altersstruktur von deutscher und nicht deutscher Bevölkerung in Berlin 2003

Staatsangehörigkeit	Alter in Jahren			
	0 - 20	21 - 45	46 - 65	65 u. älter
deutsch	18,6 %	36,2 %	29,0 %	16,2 %
nicht deutsch	20,3 %	53,8 %	20,6 %	5,3 %

(Datenquelle: SenGesSozV - II J -)

Abbildung 7.5:
Anteil der Patientinnen und Patienten nicht deutscher Herkunft, mit Bevorzugung einer anderen Sprache als deutsch und mit Verständigungsproblemen in 39 Berliner Krankenhäusern 2005 nach Anzahl der Nennungen



(Datenquelle und Darstellung: SenGesSozV - II J -)

¹⁸ Stand 2003, vgl. Rainer Ohliger und Ulrich Raiser (2005): Integration und Migration in Berlin. Zahlen - Daten - Fakten. Im Internet abrufbar unter http://www.berlin.de/imperia/md/content/sengsv/intmig/doku/zahlen_daten_fakten.pdf

¹⁹ vgl. auch: Dietrich Delekat (2003): Zur gesundheitlichen Lage von Kindern in Berlin - Ergebnisse und Handlungsempfehlungen auf Basis der Einschulungsuntersuchungen 2001. Gesundheitsberichterstattung Berlin, Spezialbericht 2003-2. Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz, Berlin.

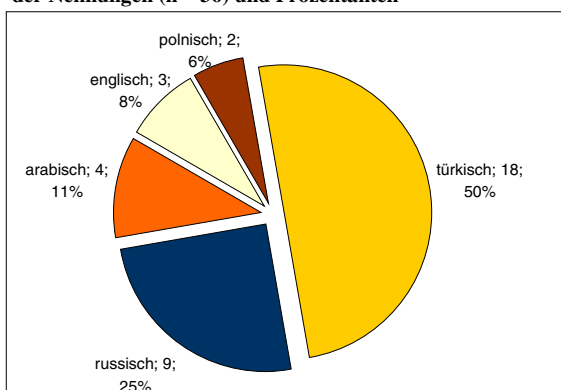
Bei durchschnittlich 5 % der behandelten Frauen und Männer ist nach Einschätzung der an der Umfrage beteiligten Häuser eine Verständigung auf Deutsch nicht oder nur sehr eingeschränkt möglich. Knapp 60 % der Befragten berichten von bis zu 5 % und immerhin noch ca. 10 % von 6 bis 10 % ihrer Patientinnen und Patienten mit derart großen Verständigungsproblemen (vgl. Abbildung 7.5). Ein Krankenhaus berichtete, dass bei 5 bis 10 % seiner Patientinnen und Patienten überhaupt keine Verständigung möglich sei. Dies bedeutet, dass bei ca. 694.000 stationären Fällen pro Jahr in Berlin über 34.000 Patientinnen und Patienten im Umgang mit Krankenhauspersonal auf Sprachmittlung angewiesen sind!

In jedem 20. Fall keine oder nur sehr eingeschränkte Verständigung möglich

Bedarf an Sprachmittlung bezogen auf Fremdsprachen

Um zu ermitteln, für welche Sprachen der größte Bedarf an Sprachmittlung/Übersetzung besteht, wurden die Teilnehmer gebeten, mittels einer Rangordnung von 1 - 6 die Sprachen, für welche sie den größten Bedarf sahen, zu benennen.

Abbildung 7.6:
Sprachmittlungsbedarf von an erster Stelle genannten Sprachen in 36 Berliner Krankenhäusern 2005 nach Anzahl der Nennungen (n = 36) und Prozentanteil



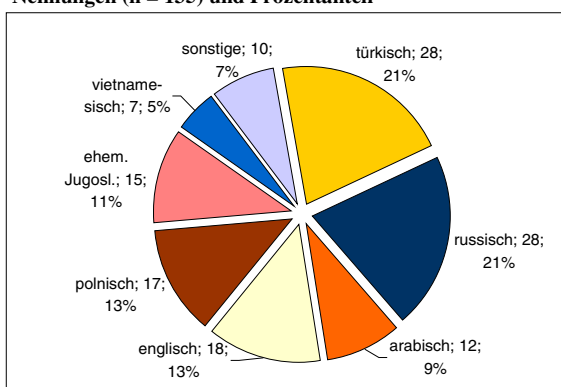
(Datenquelle und Darstellung: SenGesSozV - II J -)

Als wichtigste Sprache nannte die Hälfte der Krankenhäuser, die diese Frage beantwortet haben, *Türkisch* (18 Nennungen), ein Viertel *Russisch* (9 Nennungen). Als weitere wichtige Sprachen auf dem ersten Rangplatz waren Arabisch (4 Nennungen) und Englisch (3 Nennungen) genannt (vgl. Abbildung 7.6).

Als zweitwichtigste Sprache wurden je 7-mal Türkisch, Russisch und die Sprachen des ehemaligen Jugoslawien (zusammen ca. 80 % der Nennungen für den 2. Rangplatz) genannt, gefolgt von Englisch mit 5 Nennungen und Arabisch mit 4 Nennungen.

Den 3. Rangplatz nehmen Russisch mit 9 (23 % der Nennungen), Englisch und Polnisch mit je 6 und die Sprachen des ehemaligen Jugoslawien mit 5 Nennungen ein. Neun der teilnehmenden Häuser (23 %) machten zum 3. Rangplatz keine Angaben. Da für den 4. bis 6. Rangplatz nur wenige Krankenhäuser Angaben machten, erfolgten für diese keine Auswertungen.

Abbildung 7.7:
Sprachmittlungsbedarf an allen genannten Sprachen in 36 Berliner Krankenhäusern 2005 nach Anzahl der Nennungen (n = 135) und Prozentanteil



(Datenquelle und Darstellung: SenGesSozV - II J -)

Insgesamt, bei *Berücksichtigung aller Nennungen*, also ohne Priorisierung, stellt sich der *Bedarf an Sprachmittlung* für alle genannten Sprachen folgendermaßen dar: Fast gleich häufig wurden Türkisch und Russisch genannt (zusammen ca. 40 % der Nennungen), gefolgt von Englisch (13 %), Polnisch (13 %), den Sprachen des ehemaligen Jugoslawien (11 %), Arabisch (9 %) und Vietnamesisch (5 %). Andere Sprachen, wie Japanisch, Rumänisch, Tschechisch, Persisch, Albanisch, und Griechisch wurden nur jeweils einmal genannt und machen insgesamt 7 % aller Nennungen aus (vgl. Abbildung 7.7).

Offensichtlich spielen bei Verständigungsproblemen westeuropäische Sprachen bis auf Englisch, das in diesem Zusammenhang als weitverbreitete Kommunikationssprache gelten kann, keine große Rolle. Für die Hälfte der Krankenhäuser ist Türkisch die Sprache mit dem größten Übersetzungsbedarf, für ein Viertel Russisch. Die Rangfolge aller Nennungen (ohne Englisch) entspricht bis auf Russisch und die Sprachen des ehemaligen Jugoslawien der Rangfolge der Verteilung der Staatsangehörigkeiten in der ausländischen Bevölkerung in Berlin (vgl. Tabelle 7.8).

Bedarf an Sprachmittlung in den Fachabteilungen

Um den Bedarf an Sprachmittlung in den einzelnen Fachabteilungen zu ermitteln, wurde dasselbe Verfahren angewandt wie bei der Abfrage der am häufigsten benötigten Sprachen. Die fehlenden Angaben lagen bei dieser Frage deutlich höher als bei der vorhergehenden (fünf Teilnehmer an der Umfrage machten nur Angaben ohne Priorisierung, 6 überhaupt keine Angaben zu diesem Punkt). Für die Auswertung wurden die Fachabteilungen Psychiatrie und Psychotherapie, Neurologie und Neurochirurgie sowie Gynäkologie und Geburtshilfe jeweils zusammengefasst.

Da nicht ausgeschlossen werden konnte, dass die Beteiligung von Fachkliniken (insbesondere Kliniken für Psychiatrie) an der Umfrage die Ergebnisse verzerren würden, wurden die Auswertungen sowohl ohne diese Kliniken (n = 33) als auch mit allen durchgeführt. Bei der Einbeziehung der Fachkliniken ergaben sich zwar quantitative Verschiebungen zugunsten der Fachabteilungen für Psychiatrie bzw. Psychotherapie, die Rangfolge des Bedarfs blieb davon jedoch unberührt.

Sprachmittlungsbedarf in den Abteilungen Chirurgie und Innere Medizin am höchsten

Berücksichtigt man alle Nennungen der Fachabteilungen mit dem höchsten Sprachmittlungsbedarf unabhängig vom Rangplatz, werden Chirurgie und Innere Medizin in knapp der Hälfte der Fälle genannt, gefolgt von Gynäkologie/Geburtshilfe, Neurologie/Neurochirurgie, Psychiatrie/Psychotherapie und Pädiatrie (vgl. Abbildung 7.8).

Maßnahmen zur Behebung der Verständnisschwierigkeiten und zur Erhöhung der interkulturellen Kompetenz

Berliner Krankenhäuser bedienen sich nach eigenen Angaben mehrerer Möglichkeiten, um ihre Patientinnen und Patienten, die sich auf Deutsch nur schwer verständigen können, mit den notwendigen Informationen zu versehen (vgl. Abbildung 7.9).

Tabelle 7.8:
Verteilung der Staatsangehörigkeiten in der ausländischen Bevölkerung und Sprachmittlungsbedarf in 36 Krankenhäusern in Berlin 2005 nach ausgewählten Sprachen

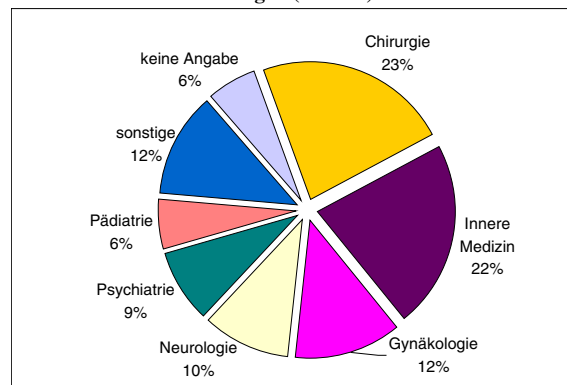
Sprache (ohne englisch)	Anteil nach Staatsangehörigkeiten		Sprachmittlungsbedarf			
			an erster Stelle genannte Sprachen		alle genannten Sprachen	
	%	Rang	%	Rang	%	Rang
türkisch	27,2	1	50	1	21	1
Sprachen aus Ex-Jugoslawien	12,1	2	-	-	11	4
polnisch	7,3	3	6	4	12	3
russisch	6,4 ¹⁾	4	25	2	20	2
arabisch	4,4 ²⁾	5	11	3	9	5
vietnamesisch	2,3	6	-	-	5	6

¹⁾ Umfasst alle russischsprachigen Bevölkerungsgruppen (nach Ohliger und Raisser).

²⁾ Angehörige aus arabisch sprechenden Staaten wurden zusammengefasst.

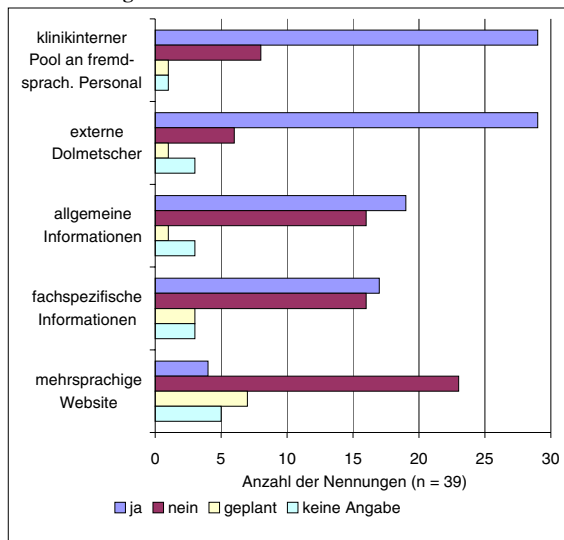
(Datenquelle: SenGesSozV - II J -)

Abbildung 7.8:
Alle genannten Fachabteilungen mit hohem Sprachmittlungsbedarf in 39 Berliner Krankenhäusern 2005 nach Prozentanteil der Nennungen (n = 105)



(Datenquelle und Darstellung: SenGesSozV - II J -)

Abbildung 7.9:
Maßnahmen zur Verbesserung der sprachlichen Verständigung an 39 Berliner Krankenhäusern 2005 nach Anzahl der Nennungen



(Datenquelle und Darstellung: SenGesSozV - II J -)

Dabei greifen über 70 % (29 von 39) der an der Umfrage teilnehmenden Häuser auf einen klinikinternen Pool an fremdsprachigem Personal zurück, genauso viele setzen auch externe Dolmetscher ein. Anlässe, Häufigkeit der Einsätze sowie die berufliche Qualifikation des zu Sprachmittlungszwecken eingesetzten Personals wurden nicht abgefragt, Aussagen dazu können daher nicht getroffen werden. Unter Berücksichtigung der Angaben zum Bedarf in einzelnen Fachabteilungen ist jedoch davon auszugehen, dass Sprachmittler vor allem im Zusammenhang mit chirurgischen Eingriffen angefordert werden. Darauf lassen auch mündliche Mitteilungen einiger teilnehmender Krankenhäuser schließen, wonach externe Dolmetscher vor allem dann eingesetzt werden, wenn es um Haftungsfragen geht. In diesen Fällen handelt es sich meist um attestierte Dolmetscher, die jedoch nicht notwendigerweise über besondere medizinische Kenntnisse oder gar interkulturelle Kompetenzen verfügen. Erfahrungen aus anderen Städten, z. B. München, weisen außerdem einen hohen Bedarf in der Onkologie aus.

70 % der Krankenhäuser nutzen fremdsprachiges Personal sowie externe Dolmetscher

Der Einsatz von allgemeinen und fachspezifischen Informationen wurde in 19 bzw. 17 Fällen genannt, d. h. knapp 50 % der Häuser bedienen sich dieser Möglichkeit. Mit vier Nennungen am seltensten wurde angegeben, eine mehrsprachige Website aufgebaut zu haben. Über weitere Maßnahmen wie Arbeitsgruppen, besondere Sprechstunden, Aufbau eines Konsiliardienstes, Einsatz von Kommunikationsmaterialien (KOM-MA) und von Piktogrammen sowie die Teilnahme an den EU-Projekten „Health Promoting Hospital“ bzw. „Migrant Friendly Hospital“ wurde nur in einzelnen Fällen berichtet.

Interkulturelle Kompetenz als Thema von Fortbildungen und in der Zielplanung

Tabelle 7.9:
Fortbildungen zu interkultureller Kompetenz für das Krankenhauspersonal in 39 Krankenhäusern in Berlin 2005 nach Anzahl der Nennungen

Personal	Fortbildung im Krankenhaus			
	ja	nein	geplant	keine Angabe
ärztliches	11	22	4	2
Pflegekräfte	17	19	2	1
therapeutisches	12	23	3	1
sonstiges	6	23	3	1

(Datenquelle: SenGesSozV - II J -)

Verständigungsschwierigkeiten mit Patientinnen und Patienten nicht deutscher Herkunft beruhen nicht nur auf sprachlichen Problemen, sondern auch auf unterschiedlichen Kulturen. Es ist daher sinnvoll, für das Krankenhauspersonal Möglichkeiten der interkulturellen Fortbildung anzubieten. Die an der Umfrage teilnehmenden Krankenhäuser haben dies für die einzelnen Gruppen ihres Personals in unterschiedlichem Ausmaß getan. Alle diese Fortbildungen fanden nur in Häusern statt, in denen auch ein Pool aus klinikeigenem fremdsprachigem Personal zusammengestellt worden war (vgl. Tabelle 7.9).

Ausblick

Das Problem der schwierigen Verständigung mit nicht deutschsprachigen Patientinnen und Patienten ist in Berlin nicht nur in den meisten Krankenhäusern allgegenwärtig, sondern rückt auch zunehmend

ins Bewusstsein der Verantwortlichen. Viele Häuser begegnen den damit verbundenen Herausforderungen mit pragmatischen Lösungen wie dem Rückgriff auf eigenes Personal und - wo unbedingt erforderlich - auf externe Dolmetscher.

Interkulturelle Kompetenz nicht unbedingt mit Zweisprachigkeit gleichzusetzen

Die Erfahrungen im Zusammenhang mit Sprachmitteln im Gesundheitswesen haben gezeigt, dass u. a. das Bewusstsein der eigenen Rolle während des Übersetzens, das Wissen um und das Gespür für kulturell bedingte Unterschiede in der Wahrnehmung von Krankheit und der Präsentation von Beschwerden für eine erfolgreich vermittelte Kommunikation unerlässlich sind. Diese interkulturelle Kompetenz ist nicht ohne weiteres mit Zweisprachigkeit gleichzusetzen.

Dies sind einige der Gründe, warum inzwischen Modelle wie das *Ethnomedizinische Zentrum* in Hannover oder der *Gemeindedolmetschdienst* in Berlin entwickelt wurden, deren Ausbildungscurricula sowohl Sprach- als auch Kulturmittlung - zugeschnitten auf die Erfordernisse im Gesundheits- und Sozialbereich - beinhalten. Bedauerlicherweise war der Gemeindedolmetschdienst zum Zeitpunkt der Umfrage nur wenigen Krankenhausleitungen bekannt (17 von 39) und wird auch von denjenigen, die ihn kennen, nur selten eingesetzt. Die Gründe hierfür waren unterschiedlicher Natur und können an dieser Stelle nicht diskutiert werden. Inzwischen wurde das Ausbildungsprojekt, das Teil einer EQUAL-Entwicklungspartnerschaft war, beendet. Im Rahmen eines ebenfalls durch EU-Mittel finanzierten Anschlussprojektes sollen Instrumente für die nachhaltige Implementierung des Gemeindedolmetschdienstes als Dienstleister im Gesundheits- und Sozialbereich einschließlich Qualitätssicherung eingeführt werden.

Problembewusstsein im Umgang mit Migrantinnen und Migranten schärfen

Angesichts der großen Zahl von Patientinnen und Patienten mit Verständigungsproblemen dürfte für Berlin wahrscheinlich ein sich ergänzender Einsatz von Gemeindedolmetschdienst und krankenhauseigenen „Pools“ sinnvoll sein. Erfreulicherweise bieten Krankenhäuser mit einem klinikinternen „Pool“ interkulturelle Fortbildungen nach eigenen Angaben immerhin zu 60 % für ihr Pflegepersonal und zu fast 40 % auch für ärztliches Personal an. Auch wenn es über Umfang und Inhalt dieser Fortbildungen keine Informationen gibt, können diese Angaben als Hinweis für ein größeres Problembewusstsein im Umgang mit Patientinnen und Patienten mit Migrationshintergrund gedeutet werden. Es gilt, solche Ansätze zu stärken und gemeinsam mit den Krankenhäusern Standards für den Einsatz des eigenen Personals zu erarbeiten. Dabei sollten die Erfahrungen aus anderen Städten (z. B. Krankenhaus Schwabing, München) insbesondere auch im Hinblick auf die Notwendigkeit klarer Aufgaben- und Organisationsstrukturen für das Sprachmittel²⁰ genutzt, sowie die vom Gemeindedolmetschdienst und ähnlichen Modellen entwickelten *Qualitätsanforderungen an ein bedarfsgerechtes Sprach- und Kulturmittel* berücksichtigt werden.

²⁰ E. Wesselmann et al. (2004): Wenn wir uns nicht verstehen, verstehen wir nichts. Übersetzen im Krankenhaus. Der klinikinterne Dolmetscherdienst. Marbuse, Frankfurt am Main.

7.2 Tabellen

Inanspruchnahme/Leistungen der Gesundheitsförderung und Früherkennung von Krankheiten

● Schwangerenbetreuung, Geburten und Schwangerschaftsabbrüche

Tabelle 7.2.1:
Inanspruchnahme von Beratungen nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz (SchKG)
vom 21.08.1995 (BGBl. I S. 1050) in Berlin 2002 - 2004
nach Trägerbereich der Beratungsstellen

Indikator 7.1

Beratungsstelle / Träger	Beratungs- stellen insgesamt	Personal (Vollkräfte ¹⁾ zum 31.12.2003	Beratungen			
			Beratungen nach § 2 SchKG ^{2) 3)}	Schwangerschaftskonfliktberatungen (§§ 5 - 6 SchKG) ⁴⁾		
				absolut	Anteil in %	je 100.000 Frauen (15 - 44 Jahre)
2002						
freigemeinnützig	16	30,6	16.477	4.688	31,9	630,0
davon: Pro Familia	1	9,1	5.666	1.887	12,8	253,6
kirchlich	9	9,4	4.035	663	4,5	89,1
sonstige	6	12,1	6.776	2.138	14,6	287,3
kommunal	11	47,4	36.972	5.843	39,8	785,3
beratende Ärztinnen/Ärzte ⁵⁾	189	2,0	.	4.162	28,3	559,3
insgesamt	216	80,0	53.449	14.693	100	1.974,6
2003						
freigemeinnützig	15	30,0	16.554	4.628	33,5	621,2
davon: Pro Familia	1	9,7	5.638	1.885	13,6	253,0
kirchlich	9	9,4	4.053	581	4,2	78,0
sonstige	5	10,9	6.863	2.162	15,6	290,2
kommunal	11	46,2	37.014	5.610	40,6	753,0
beratende Ärztinnen/Ärzte ⁵⁾	192	2,0	.	3.581	25,9	480,7
insgesamt	218	78,2	53.568	13.819	100	1.854,9
2004						
freigemeinnützig	15	30,1	16.313	4.641	33,9	625,9
davon: Pro Familia	1	8,5	5.700	1.820	13,3	245,4
kirchlich	9	10,3	4.689	551	4,0	56,6
sonstige	5	11,4	5.924	2.270	16,6	323,8
kommunal	11	46,2	34.951	5.530	40,4	745,8
beratende Ärztinnen/Ärzte ⁵⁾	188	2,0	.	3.525	25,7	475,4
insgesamt	214	78,3	51.264	13.696	100	1.847,0

¹⁾ Zahl der während des Berichtsjahres Beschäftigten, umgerechnet auf die volle tarifliche Arbeitszeit; nur Beratungskräfte nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz (SchKG).

²⁾ § 2 SchKG beinhaltet Beratungen zu Sexualaufklärung, Verhütung, Familienplanung und Schwangerschaft.

³⁾ In der Zahl der Beratungen durch freigemeinnützige Beratungsstellen sind nur die der geförderten Beratungsstellen enthalten.

⁴⁾ Nur staatlich anerkannte Beratungsstellen.

⁵⁾ Für die Vollkräfte wurde ein Stellenanteil von 2 vollen Stellen in den Beratungsschlüssel eingerechnet.

(Datenquelle: SenGesSozV Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A und II B -)

Tabelle 7.2.2:

Indikator 7.2

**Schwangerschaftsabbrüche von Berlinerinnen 2002 - 2005 (Wohnortprinzip)
nach Altersgruppen und ambulant/stationär vorgenommenen Eingriffen**

Jahr / Alter in Jahren	Schwangerschaftsabbrüche						
	ambulant			stationär	insgesamt		
	zusammen	davon:			absolut	je 100.000 Frauen ¹⁾	je 1.000 Lebend- geborene
im Kranken- haus		in gynäkolog. Praxis					
2002							
10 - 14	43	11	32	4	47	58,4	5.222,2
15 - 17	491	80	411	25	516	988,4	1.211,3
18 - 19	739	85	654	28	767	2.099,9	789,1
20 - 24	2.579	291	2.288	68	2.647	2.362,1	491,1
25 - 29	2.509	248	2.261	68	2.577	2.241,6	330,2
30 - 34	2.327	262	2.065	72	2.399	1.763,0	280,7
35 - 39	1.720	209	1.511	68	1.788	1.133,3	373,7
40 - 44	544	61	483	16	560	416,4	671,5
45 - 54	40	6	34	3	43	18,6	1.264,7
insgesamt	10.992	1.253	9.739	352	11.344	1.074,3	393,9
dar.: 15 - 44	10.909	1.236	9.673	345	11.254	1.512,5	391,3
2003							
10 - 14	49	6	43	6	55	73,2	5.500,0
15 - 17	477	55	422	29	506	960,4	1.342,2
18 - 19	739	69	670	27	766	2.117,0	834,4
20 - 24	2.529	192	2.337	57	2.586	2.257,3	491,9
25 - 29	2.301	150	2.151	56	2.357	2.007,8	300,9
30 - 34	2.133	149	1.984	51	2.184	1.694,7	258,6
35 - 39	1.643	138	1.505	62	1.705	1.105,1	349,4
40 - 44	641	53	588	29	670	475,1	691,4
45 - 54	48	5	43	4	52	22,3	1.677,4
insgesamt	10.560	817	9.743	321	10.881	1.032,8	378,8
dar.: 15 - 44	10.463	806	9.657	311	10.774	1.446,2	375,6
2004							
10 - 14	48	11	37	2	50	71,6	3.571,4
15 - 17	440	73	367	16	456	868,1	1.151,5
18 - 19	797	86	711	22	819	2.267,1	910,0
20 - 24	2.720	276	2.444	44	2.764	2.405,3	534,0
25 - 29	2.360	184	2.176	33	2.393	1.990,0	293,2
30 - 34	2.094	194	1.900	48	2.142	1.751,2	253,0
35 - 39	1.654	174	1.480	46	1.700	1.143,2	325,9
40 - 44	613	74	539	18	631	430,2	585,3
45 - 54	38	7	31	1	39	16,6	1.054,1
insgesamt	10.764	1.079	9.685	230	10.994	1.050,7	373,4
dar.: 15 - 44	10.678	1.061	9.617	227	10.905	1.470,6	371,0
2005							
10 - 14	38	5	33	1	39	55,8 p	...
15 - 17	454	54	400	9	463	881,4 p	...
18 - 19	774	78	696	16	790	2.186,8 p	...
20 - 24	2.509	207	2.302	32	2.541	2.211,2 p	...
25 - 29	2.365	197	2.168	38	2.403	1.998,3 p	...
30 - 34	1.993	166	1.827	42	2.035	1.663,7 p	...
35 - 39	1.608	169	1.439	46	1.654	1.112,2 p	...
40 - 44	651	82	569	15	666	454,0 p	...
45 - 54	43	3	40	3	46	19,6 p	...
insgesamt	10.435	961	9.474	202	10.637	1.016,6 p	...
dar.: 15 - 44	10.354	953	9.401	198	10.552	1.423,0 p	...

p = Vorläufige Zahlen: Berechnung auf Bevölkerung 2004.

¹⁾ Je 100.000 der jeweiligen Altersgruppe; insgesamt: bezogen auf die Altersgruppe 10 - 54 Jahre.

(Datenquelle: StBA / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 7.2.3:
Entbindungen in Berlin 1990 - 2004 (Ereignisprinzip)

Jahr	Entbindungen insgesamt	Davon:											an anderem Ort									
		in Krankenhäusern						außerklinisch														
		zusammen		darunter ambulant ¹⁾		öffentlich/universitär		freigemeinnützig		privat		davon:										
		absolut	% von Sp. 2	ab-solut	% von Sp. 3	ab-solut	% von Sp. 3	ab-solut	% von Sp. 3	ab-solut	% von Sp. 3	in der Wohnung		ärztliche Praxis	Hebammenpraxis	Geburts-haus						
		Sp. 2	Sp. 3	Sp. 3	Sp. 3	Sp. 3	Sp. 3	Sp. 3	Sp. 3	Sp. 3	Sp. 3	ab-solut		% von Sp. 13	ab-solut	% von Sp. 13	ab-solut	% von Sp. 13				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
1990	37.103	36.208 ²⁾	97,6	1.224	3,4	26.618	73,5	9.094	25,1	496	1,4	895 ³⁾	2,4	242	27,0	193	21,6	4)	4)	4)	4)	293
1991	30.502	29.715 ⁵⁾	97,4	1.413	4,8	20.948	70,5	8.309	28,0	458	1,5	787 ⁶⁾	2,6	272	34,6	150	19,1	4)	4)	4)	4)	276
1992	29.537	28.770	97,4	1.291	4,5	19.819	68,9	8.509	29,6	442	1,5	767	2,6	276	36,0	219	28,6	4)	4)	4)	4)	272
1993	28.661	27.779	96,9	1.359	4,9	18.163	65,4	9.139	32,9	477	1,7	882	3,1	294	33,3	258	29,3	4)	4)	4)	4)	330
1994	28.812	27.854	96,7	1.449	5,2	17.643	63,3	9.816	35,2	395	1,4	958	3,3	324	33,8	169	17,6	4)	4)	4)	4)	465
1995	29.170	28.093	96,3	1.773	6,3	17.587	62,6	10.128	36,1	378	1,3	1.077	3,7	403	37,4	174	16,2	4)	4)	4)	4)	500
1996	30.814	29.750	96,5	1.906	6,4	17.450	58,7	11.875	39,9	425	1,4	1.064	3,5	365	34,3	84	7,9	4)	4)	4)	4)	615
1997	31.672	30.425	96,1	2.075	6,8	17.776	58,4	12.165	40,0	484	1,6	1.247	3,9	370	29,7	28	2,2	4)	4)	4)	4)	849
1998	31.462	30.327	96,4	2.113	7,0	17.646	58,2	12.261	40,4	420	1,4	1.135	3,6	410	36,1	-	-	4)	4)	4)	4)	725
1999	31.428	30.233	96,2	2.493	8,2	17.522	58,0	12.348	40,8	363	1,2	1.195	3,8	391	32,7	-	-	83	6,9	720	60,3	1
2000	31.926	30.664	96,0	3.041	9,9	17.351	56,6	12.990	42,4	323	1,1	1.262	3,9	333	26,4	-	-	235	18,6	693	54,9	1
2001	31.047	29.711	95,7	2.481	8,4	16.650	56,0	12.767	43,0	294	1,0	1.336	4,3	354	26,5	235	17,6	27	2,0	719	53,8	1
2002	31.077	29.794	95,9	2.519	8,5	15.819 ⁷⁾	53,1	12.754	42,8	1.221 ⁷⁾	4,1	1.283	4,1	316	24,6	244	19,0	25	1,9	697	54,3	1
2003	30.867	29.756	96,4	2.204	7,4	15.861	53,3	12.624	42,4	1.271	4,3	1.111	3,6	265	23,9	241	21,7	27	2,4	577	51,9	1
2004	31.770	30.520	96,1	1.983	6,5	15.887	52,1	13.303	43,6	1.330	4,4	1.250	3,9	321	25,7	231	18,5	27	2,2	671	53,7	-

¹⁾ Die Mutter hat die Klinik innerhalb von 24 Stunden nach der Entbindung wieder verlassen.

²⁾ Ohne die 167 von Krankenhäusern in Berlin-Ost gemeldeten Hausgeburten.

³⁾ Einschließlich der 167 von Krankenhäusern in Berlin-Ost gemeldeten Hausgeburten (in Spalte 3 nicht enthalten).

⁴⁾ Meldungen von Hebammenpraxen und Geburtshäusern wurden bis 1998 nicht gesondert erfasst; die Zahl der Entbindungen dieser Einrichtungen ist in Spalte 22 (an anderem Ort) enthalten.

⁵⁾ Ohne die 89 von Krankenhäusern in Berlin-Ost gemeldeten Hausgeburten.

⁶⁾ Einschließlich der 89 von Krankenhäusern in Berlin-Ost gemeldeten Hausgeburten (in Spalte 3 nicht enthalten).

⁷⁾ Rückgang (öffentlicher Träger) bzw. Anstieg (privater Träger) 2002 durch Trägerschaftswechsel des Klinikums Buch.

(Datenquelle: SenGesSozV Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 7.2.4:
Entbindungen und Lebendgeborene in Berlin 1990 - 2004 (Ereignis- und Wohnortprinzip)

Jahr	Entbindungen (Ereignisprinzip)	Lebend- geborene	Lebendgeborene (Wohnortprinzip)		
			insgesamt	Differenz zu Lebend- geborenen (Ereignis- prinzip)	je 1.000 15- bis unter 45-jährige Frauen
1990	37.103	37.384	37.596	212	50,3
1991	30.502	30.779	30.562	-217	40,4
1992	29.537	29.845	29.667	-178	38,8
1993	28.661	28.964	28.724	-240	37,4
1994	28.812	29.104	28.503	-601	37,1
1995	29.170	29.431	28.648	-783	37,4
1996	30.814	31.119	29.905	-1.214	39,3
1997	31.672	31.956	30.369	-1.587	40,3
1998	31.462	31.793	29.612	-2.181	39,7
1999	31.428	31.804	29.856	-1.948	40,3
2000	31.926	32.247	29.695	-2.552	40,2
2001	31.047	31.418	28.624	-2.794	38,6
2002	31.077	31.515	28.801	-2.714	38,7
2003	30.867	31.280	28.724	-2.556	38,6
2004	31.770	32.192	29.446	-2.746	39,7

(Datenquelle: StaLa Berlin / SenGesSozV Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 7.2.5:
Entbindungen und Geborene in Berlin 2003 und 2004 (Ereignisprinzip)
nach Entbindungsort

Entbindungen, Geborene, Sterbefälle	ins- gesamt	In Krankenhäusern				Außerklinisch					
		zusam- men	öffent- lich ¹⁾	freige- mein- nützig	privat	zusam- men	in der Woh- nung	in ärztl. Praxis	Heb.- praxis	Ge- burts- haus	an an- derem Ort
2003											
<i>Entbindungen</i>	30.867	29.756	15.861	12.624	1.271	1.111	265	241	27	577	1
%	100	96,4	51,4	40,9	4,1	3,6	0,9	0,8	0,1	1,9	-
%		100	53,3	42,4	4,3	100	23,9	21,7	2,4	51,9	0,1
darunter Ausländerinnen	7.804	7.738	5.578	2.065	95	66	7	35	-	24	-
<i>Geborene</i>	31.458	30.346	16.267	12.778	1.301	1.112	266	241	27	577	1
%	100	96,5	51,7	40,6	4,1	3,5	0,8	0,8	0,1	1,8	-
davon:											
Lebendgeborene	31.280	30.168	16.129	12.740	1.299	1.112	266	241	27	577	1
Totgeborene	178	178	138	38	2	-	-	-	-	-	-
darunter aus Zwillingsgeburten:											
Lebendgeborene	1.116	1.114	747	307	60	2	2	-	-	-	-
Totgeborene	10	10	9	1	-	-	-	-	-	-	-
aus sonstigen Mehrlingsgeburten:											
Lebendgeborene	41	41	41	-	-	-	-	-	-	-	-
Totgeborene	1	1	1	-	-	-	-	-	-	-	-
<i>Müttersterbefälle</i>	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
darunter Ausländerinnen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
<i>Perinatalsterbefälle</i>	231	230	185	43	2	1	-	-	-	-	-
2004											
<i>Entbindungen</i>	31.770	30.520	15.887	13.303	1.330	1.250	321	231	27	671	-
%	100,0	96,1	50,0	41,9	4,2	3,9	1,0	0,7	0,1	2,1	-
%		100,0	52,1	43,6	4,4	100,0	25,7	18,5	2,2	53,7	-
darunter Ausländerinnen	8.014	7.953	5.573	2.299	81	61	15	22	-	24	-
<i>Geborene</i>	32.401	31.151	16.294	13.495	1.362	1.250	321	231	27	671	-
%	100	96,5	50,3	41,6	4,2	3,9	1,0	0,7	0,1	2,1	-
davon:											
Lebendgeborene	32.192	30.942	16.131	13.452	1.359	1.250	321	231	27	671	-
Totgeborene	209	209	163	43	3	-	-	-	-	-	-
darunter aus Zwillingsgeburten:											
Lebendgeborene	1.180	1.180	740	380	60	-	-	-	-	-	-
Totgeborene	18	18	14	4	-	-	-	-	-	-	-
aus sonstigen Mehrlingsgeburten:											
Lebendgeborene	45	45	43	-	2	-	-	-	-	-	-
Totgeborene	3	3	2	-	1	-	-	-	-	-	-
<i>Müttersterbefälle</i>	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
darunter Ausländerinnen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
<i>Perinatalsterbefälle</i>	265	265	215	45	5	-	-	-	-	-	-

¹⁾ Einschließlich universitär.

(Datenquelle: SenGesSozV Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 7.2.6:
Entbindungen in Krankenhäusern in Berlin 2003 und 2004 (Ereignisprinzip)
nach ausgewählten Merkmalen

Merkmal	2003				2004			
	Entbindungen und Komplikationen							
	insgesamt		darunter Ausländerinnen		insgesamt		darunter Ausländerinnen	
	absolut	%	absolut	% ¹⁾	absolut	%	absolut	% ¹⁾
insgesamt	29.756	100,0	7.738	26,0	30.520	100,0	7.953	26,1
davon:								
Erstgebärende	14.254	47,9	2.689	18,9	14.663	48,0	2.838	19,4
Zweit- und Mehrgebärende	15.502	52,1	5.049	32,6	15.857	52,0	5.115	32,3
darunter:								
sog. ambulante Entbindungen ²⁾	2.204	7,4	.	.	1.983	6,5	.	.
Mehrlingsentbindungen	576	1,9	.	.	615	2,0	.	.
Müttersterbefälle	-	-
darunter Ausländerinnen	-	-	.	.	-	-	.	.
mit fieberhaftem Wochenbettverlauf								
nach spontaner Geburt	48	0,2	.	.	49	0,2	.	.
nach operativer Entbindung	141	0,5	.	.	123	0,4	.	.
Querlagen	148	0,5	.	.	174	0,6	.	.
sonstige gebärunfähige Lagen	920	3,1	.	.	893	2,9	.	.
Beckenendlagen	1.593	5,4	.	.	1.678	5,5	.	.
			dar. mit Fieber				dar. mit Fieber	
			septisch	sonst.			septisch	sonst.
Sectio	6.187	20,8	-	101	6.680	21,9	2	83
manuelle Lösungen / Nachtastungen	999	3,4	1	11	863	2,8	-	8
Blutungen über 1.000 ml	311	1,0	-	5	395	1,3	-	8
Vakuum	1.874	6,3	-	10	2.124	7,0	-	9
Forceps	377	1,3	-	1	291	1,0	-	-
innere Wendungen / Extraktionen	4	0,0	-	-	13	0,0	-	-
vaginale Beckenendlagegeburt	146	0,5	-	-	191	0,6	-	1

¹⁾ Prozentualer Anteil jeweils an der Spalte "insgesamt" / Rubrik "dar. mit Fieber": absolute Zahlen.

²⁾ Die Mutter hat die Klinik innerhalb von 24 Stunden nach der Entbindung wieder verlassen.

(Datenquelle: SenGesSozV Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 7.2.7 a:
Außerklinische Entbindungen in Berlin 2003 (Ereignisprinzip)
nach Bezirken und ausgewählten Merkmalen

Merkmal	Insgesamt		In der Wohnung			In ärztl. Praxis	In Hebammenpraxis	Im Geburtshaus	An anderem Ort
			abs.	%	je 10.000 Frauen ¹⁾				
	abs.	%	abs.	%	je 10.000 Frauen ¹⁾				
insgesamt	1.111	100	265	100	3,6	241	27	577	1
darunter Ausländerinnen	66	5,9	7	2,6	x	35	-	24	-
davon:									
Erstgebärende	543	48,9	71	26,8	x	136	16	320	-
darunter Ausländerinnen	41	7,6 ²⁾	3	4,2 ²⁾	x	20	-	18	-
Zweit- und Mehrgebärende	568	51,1	194	73,2	x	105	11	257	1
darunter Ausländerinnen	25	4,4 ²⁾	4	2,1 ²⁾	x	15	-	6	-
davon im Bezirk (alte und neue Struktur):									
Mitte	17	1,5	17	6,4	.	-	-	-	-
Tiergarten	4	0,4	4	1,5	.	-	-	-	-
Wedding	7	0,6	7	2,6	.	-	-	-	-
Mitte	28	2,5	28	10,6	3,7	-	-	-	-
Friedrichshain	22	2,0	22	8,3	.	-	-	-	-
Kreuzberg	181	16,3	30	11,3	.	-	-	151	-
Friedrichshain-Kreuzberg	203	18,3	52	19,6	7,5	-	-	151	-
Prenzlauer Berg	150	13,5	49	18,5	.	-	27	74	-
Pankow	15	1,4	15	5,7	.	-	-	-	-
Weißensee	10	0,9	10	3,8	.	-	-	-	-
Pankow	175	15,8	74	27,9	8,4	-	27	74	-
Charlottenburg	151	13,6	9	3,4	.	-	-	142	-
Wilmersdorf	12	1,1	12	4,5	.	-	-	-	-
Charlottenburg-Wilmersdorf	163	14,7	21	7,9	3,2	-	-	142	-
Spandau	1	0,1	1	0,4	0,2	-	-	-	-
Steglitz	105	9,5	11	4,2	.	-	-	94	-
Zehlendorf	11	1,0	11	4,2	.	-	-	-	-
Steglitz-Zehlendorf	116	10,4	22	8,3	3,9	-	-	94	-
Tempelhof	245	22,1	4	1,5	.	241	-	-	-
Schöneberg	12	1,1	12	4,5	.	-	-	-	-
Tempelhof-Schöneberg	257	23,1	16	6,0	2,3	241	-	-	-
Neukölln	19	1,7	18	6,8	2,8	-	-	-	1
Treptow	9	0,8	9	3,4	.	-	-	-	-
Köpenick	8	0,7	8	3,0	.	-	-	-	-
Treptow-Köpenick	17	1,5	17	6,4	3,6	-	-	-	-
Marzahn	3	0,3	3	1,1	.	-	-	-	-
Hellersdorf	-	-	-	-	.	-	-	-	-
Marzahn-Hellersdorf	3	0,3	3	1,1	0,5	-	-	-	-
Lichtenberg	8	0,7	8	3,0	.	-	-	-	-
Hohenschönhausen	116	10,4	-	-	.	-	-	116	-
Lichtenberg	124	11,2	8	3,0	1,4	-	-	116	-
Reinickendorf	5	0,5	5	1,9	1,1	-	-	-	-
darunter:									
Mehrlingsentbindungen	1	0,1	1	0,4	x	-	-	-	-
von 2 Hebammen gemeinsam durchgeführte Entbind.	765	68,9	87	32,8	x	120	22	536	-
ungeplante außerklinische Entbindungen	42	3,8	36	13,6	x	3	-	2	1
Müttersterbefälle	-	-	-	-	x	-	-	-	-
darunter Ausländerinnen	-	-	-	-	x	-	-	-	-
mit fieberhaftem Wochenbettverlauf	41	3,7	5	1,9	x	15	-	21	-
nach spontaner Geburt	-	-	-	-	x	-	-	-	-
Entbindungen, die außerhalb eines Krankenhauses begonnen und wegen drohender bzw. zu erwartender Komplikationen im Krankenhaus beendet wurden									136
darunter von der Hebamme/dem Entbindungspfleger im Belegsystem selbst entbundene Frauen									26
Beleggeburten im Krankenhaus									2.733

¹⁾ Im Alter von 15 bis 44 Jahren.

²⁾ Anteil Ausländerinnen an Erst- bzw. Zweit- und Mehrgebärenden.

(Datenquelle: SenGesSozV Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 7.2.7 b:
Außerklinische Entbindungen in Berlin 2004 (Ereignisprinzip)
nach Bezirken und ausgewählten Merkmalen

Merkmal	Insgesamt		In der Wohnung			In ärztl. Praxis	In Hebammenpraxis	Im Geburtshaus	An anderem Ort
			abs.	%	je 10.000 Frauen ¹⁾				
	abs.	%	abs.	%					
insgesamt	1.250	100,0	321	100,0	4,3	231	27	671	-
darunter Ausländerinnen	61	4,9	15	4,7	x	22	-	24	-
davon:									
Erstgebärende	600	48,0	89	27,7	x	147	15	349	-
darunter Ausländerinnen	35	5,8 ²⁾	6	6,7 ²⁾	x	15	-	14	-
Zweit- und Mehrgebärende	650	52,0	232	72,3	x	84	12	322	-
darunter Ausländerinnen	26	4,0 ²⁾	9	3,9 ²⁾	x	7	-	10	-
davon im Bezirk (alte und neue Struktur):									
Mitte	15	1,2	15	4,7	.	-	-	-	-
Tiergarten	4	0,3	4	1,2	.	-	-	-	-
Wedding	6	0,5	6	1,9	.	-	-	-	-
Mitte	25	2,0	25	7,8	3,3	-	-	-	-
Friedrichshain	34	2,7	31	9,7	.	-	-	3	-
Kreuzberg	219	17,5	42	13,1	.	-	-	177	-
Friedrichshain-Kreuzberg	253	20,2	73	22,7	10,4	-	-	180	-
Prenzlauer Berg	194	15,5	65	20,2	.	-	24	105	-
Pankow	30	2,4	27	8,4	.	-	3	-	-
Weißensee	4	0,3	4	1,2	.	-	-	-	-
Pankow	228	18,2	96	29,9	10,7	-	27	105	-
Charlottenburg	159	12,7	9	2,8	.	-	-	150	-
Wilmerdorf	5	0,4	5	1,6	.	-	-	-	-
Charlottenburg-Wilmerdorf	164	13,1	14	4,4	2,2	-	-	150	-
Spandau	7	0,6	7	2,2	1,6	-	-	-	-
Steglitz	145	11,6	12	3,7	.	-	-	133	-
Zehlendorf	14	1,1	14	4,4	.	-	-	-	-
Steglitz-Zehlendorf	159	12,7	26	8,1	4,6	-	-	133	-
Tempelhof	237	19,0	6	1,9	.	231	-	-	-
Schöneberg	13	1,0	13	4,0	.	-	-	-	-
Tempelhof-Schöneberg	250	20,0	19	5,9	2,7	231	-	-	-
Neukölln	18	1,4	18	5,6	2,8	-	-	-	-
Treptow	10	0,8	10	3,1	.	-	-	-	-
Köpenick	8	0,6	8	2,5	.	-	-	-	-
Treptow-Köpenick	18	1,4	18	5,6	3,8	-	-	-	-
Marzahn	3	0,2	3	0,9	.	-	-	-	-
Hellersdorf	21	1,7	5	1,6	.	-	-	16	-
Marzahn-Hellersdorf	24	1,9	8	2,5	1,4	-	-	16	-
Lichtenberg	8	0,6	8	2,5	.	-	-	-	-
Hohenschönhausen	89	7,1	2	0,6	.	-	-	87	-
Lichtenberg	97	7,8	10	3,1	1,8	-	-	87	-
Reinickendorf	7	0,6	7	2,2	1,5	-	-	-	-
darunter:									
Mehrlingsentbindungen	-	-	-	-	x	-	-	-	-
von 2 Hebammen gemeinsam durchgeführte Entbind.	874	69,9	117	36,4	x	120	26	611	-
ungeplante außerklinische Entbindungen	57	4,6	52	16,2	x	1	-	4	-
Müttersterbefälle	-	-	-	-	x	-	-	-	-
darunter Ausländerinnen	-	-	-	-	x	-	-	-	-
mit fieberhaftem Wochenbettverlauf	8	0,6	2	0,6	x	-	-	6	-
nach spontaner Geburt	-	-	-	-	x	-	-	-	-
Entbindungen, die außerhalb eines Krankenhauses begonnen und wegen drohender bzw. zu erwartender Komplikationen im Krankenhaus beendet wurden									164
darunter von der Hebamme/dem Entbindungspfleger im Belegsystem selbst entbundene Frauen									48
Beleggeburten im Krankenhaus									2.521

¹⁾ Im Alter von 15 bis 44 Jahren.

²⁾ Anteil Ausländerinnen an Erst- bzw. Zweit- und Mehrgebärenden.

(Datenquelle: SenGesSozV Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 7.2.8 a:
Geborene in Berlin 2003 (Ereignisprinzip)
nach Geschlecht, Geburtsgewicht, Geburtsort und Sterbefällen

Ort der Geburt / Geburtsgewicht in Gramm	Lebendgeborene			Totgeborene ¹⁾		
	ins- gesamt	davon:		ins- gesamt	davon:	
		männlich	weiblich		männlich	weiblich
in Krankenhäusern						
unter 500	21	8	13	Fehlgeburten ²⁾		
500 - 999	143	81	62	86	46	34
1.000 - 1.499	237	124	113	25	16	11
1.500 - 2.499	1.790	812	978	36	15	19
2.500 u. mehr	27.977	14.425	13.552	29	20	17
insgesamt	30.168	15.450	14.718	178	97	81
außerklinisch						
unter 500	-	-	-	Fehlgeburten ²⁾		
500 - 999	-	-	-	-	-	-
1.000 - 1.499	-	-	-	-	-	-
1.500 - 2.499	4	2	2	-	-	-
2.500 u. mehr	1.108	563	545	-	-	-
insgesamt	1.112	565	547	-	-	-
Geborene aus Mehrlingsgeburten / Sterbefälle von Kindern						
			In Krankenhäusern	Außerklinisch		
Geborene aus						
Zwillingsgeburten	Lebendgeborene		1.114	2		
	Totgeborene		10	-		
sonstigen Mehrlingsgeburten	Lebendgeborene		41	-		
	Totgeborene		1	-		
Sterbefälle						
ante partum (unter "Totgeborene" enthalten)			165	-		
sub partu (unter "Totgeborene" enthalten)			13	-		
post partum (bis zum 7. Lebenstag)			52	1		
insgesamt			230	1		

¹⁾ Geborene, bei denen sich keines der drei Lebenszeichen gezeigt und deren Geburtsgewicht mindestens 500 Gramm betragen hat.

²⁾ Leibesfrüchte, bei denen sich nach der Trennung vom Mutterleib keines der drei Lebenszeichen gezeigt und deren Gewicht weniger als 500 g betragen hat.

(Datenquelle: SenGesSozV Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 7.2.8 b:
Geborene in Berlin 2004 (Ereignisprinzip)
nach Geschlecht, Geburtsgewicht, Geburtsort und Sterbefällen

Ort der Geburt / Geburtsgewicht in Gramm	Lebendgeborene			Totgeborene ¹⁾		
	ins- gesamt	davon:		ins- gesamt	davon:	
		männlich	weiblich		männlich	weiblich
in Krankenhäusern						
unter 500	21	12	9	Fehlgeburten ²⁾		
500 - 999	181	98	83	100	60	40
1.000 - 1.499	205	104	101	26	14	12
1.500 - 2.499	1.789	849	940	36	23	13
2.500 u. mehr	28.739	14.851	13.888	47	24	23
ohne Gewichtsangabe	7	4	3	-	-	-
insgesamt	30.942	15.918	15.024	209	121	88
außerklinisch						
unter 500	-	-	-	Fehlgeburten ²⁾		
500 - 999	-	-	-	-	-	-
1.000 - 1.499	-	-	-	-	-	-
1.500 - 2.499	2	1	1	-	-	-
2.500 u. mehr	1.248	643	605	-	-	-
insgesamt	1.250	644	606	-	-	-
Geborene aus Mehrlingsgeburten / Sterbefälle von Kindern						
			In Krankenhäusern		Außerklinisch	
Geborene aus						
Zwillingsgeburten	Lebendgeborene		1.180		-	
	Totgeborene		18		-	
sonstigen Mehrlingsgeburten	Lebendgeborene		45		-	
	Totgeborene		3		-	
Sterbefälle						
ante partum (unter "Totgeborene" enthalten)			194		-	
sub partu (unter "Totgeborene" enthalten)			15		-	
post partum (bis zum 7. Lebenstag)			56		-	
insgesamt			265		-	

¹⁾ Geborene, bei denen sich keines der drei Lebenszeichen gezeigt und deren Geburtsgewicht mindestens 500 Gramm betragen hat.

²⁾ Leibesfrüchte, bei denen sich nach der Trennung vom Mutterleib keines der drei Lebenszeichen gezeigt und deren Gewicht weniger als 500 g betragen hat.

(Datenquelle: SenGesSozV Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 7.2.9:
Inanspruchnahme und Leistungen des Sozialmedizinischen Dienstes für Eheberatung, Familienplanung und Schwangerschaft in Berlin 1999 - 2005
nach Bereichen und Standorten

Bereich / Bezirk		Zugänge										Untersuchungen / Beratungen durch			
		insgesamt			davon:						darunter: ausländisch		Ärztin- nen/ Ärzte	Sozial- arbeits- rinnen/ Sozial- arbeiter	Psycho- login- nen/ Psycho- logen
		absolut	%	in % zum Vor- jahr	Frauen		Männer		Paare						
					abs.	in % zum Vor- jahr	abs.	in % zum Vor- jahr	abs.	in % zum Vor- jahr	abs.	% ¹⁾			
Schwan- geren- beratung	1999	10.824	24,2	-10,3	9.255	-9,3	1.569	-16,0	2)	2)	2.930	27,1	3.668	15.570	88
	2000	9.989	22,9	-7,7	8.308	-10,2	1.681	7,1	2)	2)	3.034	30,4	3.237	14.280	30
	2001	9.011	21,7	-9,8	7.652	-7,9	1.359	-19,2	2)	2)	2.711	30,1	2.915	12.644	161
	2002	8.969	20,9	-0,5	7.439	-2,8	1.530	12,6	2)	2)	2.654	29,6	3.266	12.755	326
	2003	6.887	16,4	-23,2	5.616	-24,5	1.271	-16,9	2)	2)	2.218	32,2	2.690	11.225	86
	2004	6.713	16,6	-2,5	5.470	-2,6	1.243	-2,2	2)	2)	2.132	31,8	2.808	11.440	18
	2005	6.459	15,0	-3,8	5.399	-1,3	1.060	-14,7	2)	2)	1.912	29,6	2.649	11.363	15
Familien- planungs- beratung	1999	24.813	55,5	2,4	24.169	3,8	298	-42,5	346	-19,0	5.084	20,5	14.021	46.374	157
	2000	24.966	57,2	0,6	24.263	0,4	253	-15,1	450	30,1	5.207	20,9	14.239	48.279	62
	2001	24.529	59,0	-1,8	23.920	-1,4	216	-14,6	393	-12,7	5.136	20,9	10.527	48.172	91
	2002	26.424	61,7	7,7	25.722	7,5	333	54,2	369	-6,1	5.120	19,4	11.543	51.281	58
	2003	28.160	67,1	6,6	27.643	7,5	156	-53,2	361	-2,2	5.217	18,5	8.266	61.303	96
	2004	26.935	66,5	-4,4	26.347	-4,7	148	-5,1	440	21,9	5.409	20,1	8.180	58.656	83
	2005	30.573	71,0	13,5	29.637	12,5	182	23,0	754	71,4	6.574	21,5	9.860	56.088	64
Schwan- gerschafts- konflikt- beratung	1999	7.306	16,3	-5,5	6.013	-4,0	12	-47,8	1.281	-11,5	1.715	23,5	2.005	5.192	609
	2000	6.958	15,9	-4,8	5.541	-7,8	16	33,3	1.401	9,4	1.653	23,8	1.936	4.915	616
	2001	6.450	15,5	-7,3	5.266	-5,0	13	-18,8	1.171	-16,4	1.497	23,2	1.568	4.919	562
	2002	5.859	13,7	-9,2	4.832	-8,2	5	-61,5	1.022	-12,7	1.462	25,0	1.506	4.373	590
	2003	5.675	13,5	-3,1	4.569	-5,4	4	-20,0	1.102	7,8	1.405	24,8	914	4.565	447
	2004	5.592	13,8	-1,5	4.506	-1,4	10	150,0	1.076	-2,4	1.236	22,1	939	4.483	466
	2005	4.940	11,5	-11,7	4.021	-10,8	5	-50,0	914	-15,1	1.071	21,7	1.247	3.643	402
Ehe-, Sexual- und Partner-	1999	1.745	3,9	-1,4	959	4,1	344	-9,0	442	-6,0	79	4,5	642	2.113	5.419
	2000	1.771	4,1	1,5	976	1,8	311	-9,6	484	9,5	128	7,2	429	1.716	5.423
	2001	1.563	3,8	-11,7	910	-6,8	248	-20,3	405	-16,3	78	5,0	447	1.484	5.135
	2002	1.579	3,7	1,0	905	-0,5	263	6,0	411	1,5	96	6,1	529	1.235	5.539
	2003	1.254	3,0	-20,6	684	-24,4	195	-25,9	375	-8,8	68	5,4	257	812	5.388
	2004	1.241	3,1	-1,0	640	-6,4	203	4,1	398	6,1	77	6,2	277	829	5.198
	2005	1.116	2,6	-10,1	560	-12,5	187	-7,9	369	-7,3	101	9,1	395	650	4.044
insgesamt	1999	44.688	100,0	-2,4	40.396	-0,7	2.223	-20,2	2.069	-11,7	9.808	21,9	20.336	69.249	6.273
	2000	43.684	100,0	-2,2	39.088	-3,2	2.261	1,7	2.335	12,9	10.022	22,9	19.841	69.190	6.131
	2001	41.553	100,0	-4,9	37.748	-3,4	1.836	-18,8	1.969	-15,7	9.422	22,7	15.457	67.219	5.949
	2002	42.831	100,0	3,1	38.898	3,0	2.131	16,1	1.802	-8,5	9.332	21,8	16.844	69.644	6.513
	2003	41.976	100,0	-2,0	38.512	-1,0	1.626	-23,7	1.838	2,0	8.908	21,2	12.127	77.905	6.017
	2004	40.481	100,0	-3,6	36.963	-4,0	1.604	-1,4	1.914	4,1	8.854	21,9	12.204	75.408	5.765
	2005	43.088	100,0	6,4	39.617	7,2	1.434	-10,6	2.037	6,4	9.658	22,4	14.151	71.744	4.525
2005 in:															
Mitte		6.121	14,2	-2,7	5.832	-1,4	158	-23,7	131	-21,6	3.159	51,6	2.404	7.219	-
Friedrichshain-Kreuzberg		4.494	10,4	4,4	3.770	-2,2	149	8,0	575	84,9	1.057	23,5	1.643	10.788	815
Pankow		4.889	11,3	13,7	4.666	14,0	138	38,0	85	-19,8	179	3,7	1.413	8.247	833
Charlottenburg-Wilmersdorf		5.372	12,5	45,6	5.030	51,7	226	8,1	116	-29,7	2.256	42,0	2.219	7.219	-
Spandau		2.164	5,0	8,7	1.830	7,9	102	10,9	232	14,9	246	11,4	-	3.490	965
Steglitz-Zehlendorf		4.668	10,8	3,3	4.173	2,2	170	-12,4	325	34,3	852	18,3	3.161	6.779	787
Neukölln ³⁾		2.281	5,3	-25,4	2.117	-21,4	64	-67,8	100	-39,4	578	25,3	-	3.725	-
Treptow-Köpenick		2.465	5,7	4,6	2.322	6,4	51	-21,5	92	-15,6	140	5,7	588	4.324	126
Marzahn-Hellersdorf		5.532	12,8	9,4	5.153	12,3	194	-7,2	185	-28,6	491	8,9	1.352	11.044	484
Lichtenberg		2.411	5,6	4,7	2.263	5,6	55	-14,1	93	-2,1	276	11,4	1.371	3.718	-
Reinickendorf		2.691	6,2	2,7	2.461	2,5	127	-	103	10,8	424	15,8	-	5.191	515

¹⁾ Anteil an allen Zugängen des Bereichs/Standortes.

²⁾ Bis 1994 wurden in der Schwangerenberatung nur Frauen, ab 1995 Frauen und Männer getrennt, nicht jedoch als Paare erfasst.

³⁾ Der Standort Neukölln wurde zum 01.07.2005 geschlossen.

(Datenquelle: SenGesSozV Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 7.2.10:
Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen und beratene Frauen in Berlin 2000 - 2005
nach Staatsangehörigkeit und Träger

Beratungsstelle / Trägerschaft ¹⁾ / Jahr	Beratene Frauen ¹⁾							
	insgesamt		deutsch		ausländisch		unbekannt	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
insgesamt								
2000	14.909	100	11.043	100	3.676	100	190	100
2001	14.754	100	11.117	100	3.578	100	59	100
2002	14.693	100	10.803	100	3.849	100	41	100
2003	13.819	100	10.347	100	3.439	100	33	100
2004	13.696	100	10.297	100	3.321	100	78	100
2005	13.775	100	10.265	100	3.218	100	292	100
davon:	<i>Anteil nach Staatsangehörigkeit</i>		100		74,5		23,4	
städtisch (Sozialmedizinischer Dienst)								
2000	6.921	46,4	5.162	46,7	1.682	45,8	77	40,5
2001	6.426	43,6	4.867	43,8	1.546	43,2	13	22,0
2002	5.843	39,8	4.350	40,3	1.486	38,6	7	17,1
2003	5.610	40,6	4.201	40,6	1.403	40,8	6	18,2
2004	5.530	40,4	4.256	41,3	1.267	38,2	7	9,0
2005	4.866	35,3	3.772	36,7	1.069	33,2	25	8,6
davon:	<i>Anteil nach Staatsangehörigkeit</i>		100		77,5		22,0	
Mitte	658	4,8	340	3,3	315	9,8	3	1,0
Friedrichshain-Kreuzberg	552	4,0	370	3,6	182	5,7	-	-
Pankow	402	2,9	346	3,4	50	1,6	6	2,1
Charlottenburg-Wilmersdorf	384	2,8	277	2,7	105	3,3	2	0,7
Spandau	366	2,7	304	3,0	61	1,9	1	0,3
Steglitz-Zehlendorf	437	3,2	355	3,5	80	2,5	2	0,7
Neukölln	179	1,3	130	1,3	48	1,5	1	0,3
Treptow-Köpenick	498	3,6	467	4,5	31	1,0	-	-
Marzahn-Hellersdorf	661	4,8	598	5,8	58	1,8	5	1,7
Lichtenberg	403	2,9	314	3,1	84	2,6	5	1,7
Reinickendorf	326	2,4	271	2,6	55	1,7	-	-
nichtstädtisch								
2000	4.237	28,4	3.397	30,8	779	21,2	61	32,1
2001	4.517	30,6	3.704	33,3	788	22,0	25	42,4
2002	4.688	31,9	3.762	34,8	919	23,9	7	17,1
2003	4.628	33,5	3.754	36,3	856	24,9	18	54,5
2004	4.641	33,9	3.709	36,0	897	27,0	35	44,9
2005	4.650	33,8	3.670	35,8	843	26,2	137	46,9
davon:	<i>Anteil nach Staatsangehörigkeit</i>		100		78,9		18,1	
Donum vitae	152	1,1	142	1,4	10	0,3	-	-
Diakonisches Werk / Bund Evangelischer Freikirchlicher Gemeinden	526	3,8	407	4,0	103	3,2	16	5,5
Pro Familia	1.937	14,1	1.423	13,9	409	12,7	105	36,0
LebensNetz Anna-Ebermann-Str.	278	2,0	248	2,4	29	0,9	1	0,3
LebensNetz Petersburger Str.	666	4,8	574	5,6	90	2,8	2	0,7
Frau und Familie	577	4,2	430	4,2	143	4,4	4	1,4
Humanistischer Verband	511	3,7	443	4,3	59	1,8	9	3,1
Studentenwerk Berlin	3	0,0	3	0,0	-	-	-	-
beratende Ärztinnen/Ärzte								
2000	3.751	25,2	2.484	22,5	1.215	33,1	52	27,4
2001	3.811	25,8	2.546	22,9	1.244	34,8	21	35,6
2002	4.162	28,3	2.691	24,9	1.444	37,5	27	65,9
2003	3.581	25,9	2.392	23,1	1.180	34,3	9	27,3
2004	3.525	25,7	2.332	22,6	1.157	34,8	36	46,2
2005	4.259	30,9	2.823	27,5	1.306	40,6	130	44,5
davon:	<i>Anteil nach Staatsangehörigkeit</i>		100		66,3		30,7	

¹⁾ Beratungen nach § 219 StGB und §§ 5 - 7 des Schwangerschaftskonfliktgesetzes vom 21.08.1995 (BGBl. I S. 1050).

Statistische Angaben nach § 9 Schwangerenberatungsstellengesetz (SchwBG) vom 25. Februar 2004 (GVBl. S. 96).

(Datenquelle: SenGesSozV Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

● Krankheitsfrüherkennung für Kinder

Tabelle 7.2.11:
Inanspruchnahme des Krankheitsfrüherkennungsprogramms für Kinder in Berlin 2001 - 2004

Indikator 7.5

Jahr	Untersuchte Schulanfänger/-anfängerinnen insgesamt	Inanspruchnahme der Früherkennungsuntersuchungen					keine Dokumentation vorhanden
		Dokumentationen vorhanden	darunter: ... wahrgenommen (in %)				
			U3 - U6 ¹⁾	U7	U8	U9	
2001	20.092	17.021	87,0	89,2	81,3	77,5	3.071
2002	20.917	18.025	88,6	90,0	82,2	79,3	2.892
2003	21.845	19.021	90,1	90,0	83,1	79,0	2.824
2004	21.816	19.256	90,4	89,9	83,5	79,5	2.560

¹⁾ Anteil der Kinder mit allen vier wahrgenommenen Vorsorgeuntersuchungen U3 - U6.
(Datenquelle: SenGesSozV Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 7.2.12:
Inanspruchnahme des Krankheitsfrüherkennungsprogramms für Kinder in Berlin 2004 nach Bezirken

Indikator 7.6

Jahr	Untersuchte Schulanfänger/-anfängerinnen insgesamt	Inanspruchnahme der Früherkennungsuntersuchungen					keine Dokumentation vorhanden
		Dokumentationen vorhanden	darunter: ... wahrgenommen (in %)				
			U3 - U6 ¹⁾	U7	U8	U9	
Mitte	2.132	1.710	84,8	84,9	77,9	77,0	422
Friedrichshain-Kreuzberg	1.727	1.480	88,0	87,5	81,1	78,1	247
Pankow	2.385	2.168	93,0	91,8	85,6	83,3	217
Charlottenburg-Wilmersdorf	1.429	1.279	93,0	91,6	89,3	83,4	150
Spandau	1.492	1.337	92,3	90,9	85,7	81,1	155
Steglitz-Zehlendorf	1.772	1.637	92,4	93,6	87,4	79,4	135
Tempelhof-Schöneberg	1.945	1.770	89,9	91,2	83,8	77,9	175
Neukölln	2.303	1.832	86,1	85,5	76,4	73,5	471
Treptow-Köpenick	1.590	1.489	91,9	90,8	82,5	79,6	101
Marzahn-Hellersdorf	1.687	1.546	92,0	90,3	85,4	84,0	141
Lichtenberg	1.630	1.450	90,3	89,4	82,6	79,9	180
Reinickendorf	1.724	1.558	91,5	92,0	86,2	78,0	166
Berlin	21.816	19.256	90,4	89,9	83,5	79,5	2.560

¹⁾ Anteil der Kinder mit allen vier wahrgenommenen Vorsorgeuntersuchungen U3 - U6.
(Datenquelle: SenGesSozV Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

● Kariesprävalenz und Kariesprophylaxe bei Kindern

Tabelle 7.2.13:
Kariesprävalenz und Kariesrisiko (DMF-T-Index) bei 12-Jährigen in Deutschland 2000 und 2004
nach Geschlecht und Bundesländern

Indikator 3.102

Jahr / Bundesland	Weiblich					Männlich				
	Stichproben- größe	Parameter				Stichproben- größe	Parameter			
		DMF-T	D-T	F-T	M-T		DMF-T	D-T	F-T	M-T
2000										
Baden-Württemberg	883	1,06	0,18	0,86	0,02	870	1,00	0,19	0,78	0,03
Bayern
Berlin	770	1,17	0,17	0,98	0,02	726	1,06	0,21	0,83	0,02
Brandenburg	739	1,51	0,23	1,23	0,05	820	1,30	0,24	1,02	0,04
Bremen	164	1,16	0,41	0,73	0,02	171	1,41	0,45	0,95	0,01
Hamburg	213	1,44	0,13	1,27	0,04	206	1,31	0,17	1,12	0,03
Hessen	1.165	1,13	0,23	0,86	0,04	1.092	1,02	0,26	0,74	0,02
Mecklenburg-Vorpommern	1.218	2,03	0,25	1,72	0,05	1.167	1,88	0,29	1,54	0,04
Niedersachsen	1.103	1,27	0,27	0,98	0,02	1.154	1,04	0,22	0,80	0,02
Nordrhein-Westfalen	4.261	1,22	0,24	0,95	0,03	4.203	1,13	0,26	0,83	0,03
Rheinland-Pfalz	909	1,27	0,21	1,03	0,03	876	1,17	0,30	0,85	0,02
Saarland
Sachsen
Sachsen-Anhalt	888	1,83	0,23	1,57	0,03	867	1,52	0,29	1,19	0,03
Schleswig-Holstein	900	1,33	0,21	1,07	0,04	865	1,18	0,22	0,93	0,03
Thüringen	650	1,59	0,21	1,36	0,01	590	1,22	0,19	0,99	0,04
2004										
Baden-Württemberg	908	0,77	0,22	0,54	0,01	997	0,65	0,18	0,46	0,01
Bayern	822	1,18	0,50	0,68	0,01	834	1,23	0,53	0,69	0,01
Berlin	853	1,04	0,28	0,72	0,04	857	0,98	0,32	0,62	0,04
Brandenburg	577	1,24	0,20	1,00	0,04	563	1,11	0,20	0,84	0,07
Bremen	198	1,15	0,37	0,72	0,06	232	0,94	0,39	0,53	0,02
Hamburg	176	0,83	0,26	0,56	0,01	197	0,93	0,28	0,64	0,01
Hessen	1.242	0,94	0,18	0,73	0,03	1.303	0,85	0,17	0,66	0,01
Mecklenburg-Vorpommern	831	1,56	0,23	1,28	0,05	785	1,26	0,18	1,05	0,03
Niedersachsen	1.469	0,93	0,24	0,66	0,03	1.408	0,88	0,26	0,60	0,02
Nordrhein-Westfalen	4.802	1,02	0,30	0,68	0,04	4.722	0,93	0,31	0,60	0,03
Rheinland-Pfalz	1.141	1,15	0,19	0,93	0,03	1.219	0,94	0,21	0,71	0,02
Saarland	284	0,71	0,19	0,52	0,00	286	0,70	0,27	0,41	0,02
Sachsen	7.311	1,13	0,26	0,94	0,03	7.350	0,93	0,19	0,72	0,02
Sachsen-Anhalt	597	1,41	0,26	1,10	0,05	484	1,08	0,19	0,82	0,07
Schleswig-Holstein	624	0,97	0,16	0,80	0,02	682	0,88	0,20	0,65	0,03
Thüringen	338	1,34	0,34	0,94	0,06	268	0,98	0,18	0,79	0,01

D = kariös zerstört (decayed).

M = fehlend (missing).

F = gefüllt (filled).

T = bleibende Zähne (teeth).

(Datenquelle: DAJ / LAG)

Tabelle 7.2.14:
Von den Zahnärztlichen Diensten durchgeführte Karies-Prophylaxe bei Kindern: Gebisszustand der Kinder bei Erstuntersuchungen in Berlin in den Schuljahren 2000/2001 - 2004/2005

Indikator 7.7

Schuljahr	Gebisszustand bei Erstuntersuchungen (in %)					
	Vorschulkinder (3 - 6 Jahre)			Schüler/innen allgemeinbildender Schulen ¹⁾		
	naturgesund	behandlungs- bedürftig	saniert	naturgesund	behandlungs- bedürftig	saniert
2000/2001	66,9	26,5	6,6	38,6	28,2	33,2
2001/2002	66,3	26,4	7,3	39,8	30,7	29,5
2002/2003	66,4	26,9	6,7	40,6	29,5	29,9
2003/2004	66,9	25,8	7,3	40,7	31,1	28,2
2004/2005	67,4	25,6	7,0	41,3	31,2	27,5

¹⁾ Ohne Alterseinschränkung.

(Datenquelle: SenGesSozV Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 7.2.15:

Indikator 7.8

Von den Zahnärztlichen Diensten durchgeführte Karies-Prophylaxe bei Kindern: Gebisszustand der Kinder bei Erstuntersuchungen in Berlin in den Schuljahren 2002/2003 - 2004/2005 nach Bezirken

Bezirk	Gebisszustand bei Erstuntersuchungen (in %)					
	Vorschulkinder (3 - 6 Jahre)			Schüler/innen allgemeinbildender Schulen ¹⁾		
	natur-gesund	behandlungs-bedürftig	saniert	natur-gesund	behandlungs-bedürftig	saniert
Schuljahr 2002/2003						
Mitte	53,0	42,2	4,8	25,0	55,0	20,0
Friedrichshain-Kreuzberg	67,2	26,9	5,9	33,3	42,3	24,4
Pankow	75,0	19,8	5,2	47,6	26,6	25,8
Charlottenburg-Wilmersdorf	70,7	23,9	5,4	42,4	29,4	28,2
Spandau	60,9	31,5	7,6	41,8	35,7	22,5
Steglitz-Zehlendorf	75,4	19,2	5,4	52,8	21,5	25,7
Tempelhof-Schöneberg	56,6	28,8	14,6	32,9	36,8	30,3
Neukölln	70,6	25,8	3,6	35,2	20,5	44,3
Treptow-Köpenick	71,5	21,0	7,5	46,5	26,1	27,4
Marzahn-Hellersdorf	60,5	30,1	9,4	39,3	19,7	41,0
Lichtenberg	63,0	29,2	7,8	42,7	26,9	30,4
Reinickendorf	64,3	29,5	6,2	44,9	32,8	22,3
Berlin	66,4	26,9	6,7	40,6	29,5	29,9
Schuljahr 2003/2004						
Mitte	58,6	35,4	6,0	27,4	50,6	22,0
Friedrichshain-Kreuzberg	66,0	28,3	5,8	33,3	39,5	27,1
Pankow	74,4	19,6	6,0	46,1	25,0	29,0
Charlottenburg-Wilmersdorf	70,2	24,4	5,4	44,5	29,4	26,1
Spandau	62,3	30,9	6,8	39,1	37,7	23,2
Steglitz-Zehlendorf	75,9	18,6	5,5	53,2	20,8	26,1
Tempelhof-Schöneberg	59,2	26,8	14,0	31,2	38,4	30,4
Neukölln	-	-	-	34,6	39,3	26,1
Treptow-Köpenick	72,2	18,3	9,5	46,3	29,3	24,5
Marzahn-Hellersdorf	59,1	30,9	10,0	40,0	22,0	38,0
Lichtenberg	64,0	28,2	7,8	43,3	24,2	32,6
Reinickendorf	62,2	30,4	7,5	41,2	38,2	20,6
Berlin	66,9	25,8	7,3	40,7	31,1	28,2
Schuljahr 2004/2005						
Mitte	61,3	33,5	5,3	30,1	47,2	22,7
Friedrichshain-Kreuzberg	68,4	27,0	4,6	34,4	37,8	27,7
Pankow	76,0	18,2	5,9	45,2	25,8	29,0
Charlottenburg-Wilmersdorf	68,5	26,3	5,2	39,3	37,8	22,9
Spandau	62,2	28,9	8,9	45,2	32,3	22,5
Steglitz-Zehlendorf	77,4	17,2	5,3	53,4	21,5	25,1
Tempelhof-Schöneberg	66,0	19,3	14,7	36,2	30,4	33,4
Neukölln	58,6	33,9	7,5	37,0	37,0	26,0
Treptow-Köpenick	72,7	20,1	7,2	50,5	23,0	26,5
Marzahn-Hellersdorf	60,5	29,5	10,0	42,2	22,0	35,8
Lichtenberg	62,4	29,5	8,1	44,6	26,4	29,0
Reinickendorf	62,4	32,1	5,6	33,2	42,4	23,9
Berlin	67,4	25,6	7,0	41,3	31,2	27,5

¹⁾ Ohne Alterseinschränkung.

(Datenquelle: SenGesSozV Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 7.2.16:

Indikator 7.9

Von den Zahnärztlichen Diensten durchgeführte Karies-Prophylaxemaßnahmen, Anteil der erreichten Kinder, Schülerinnen und Schüler sowie Anzahl der Informationsveranstaltungen in Berlin in den Schuljahren 1996/1997 - 2004/2005 nach Einrichtungstyp

Schuljahr / Art der Maßnahme/Veranstaltung	Kindertagesstätten		Grundschulen		Weiterführende Schulen		Sonderschulen	
	insges.	% ¹⁾	insges.	% ¹⁾	insges.	% ¹⁾	insges.	% ¹⁾
durch Reihenuntersuchungen/individuelle Maßnahmen erreichte Kinder/Schüler								
1996/1997	49.328	76,9	176.421	82,0	54.296	29,3	10.548	78,6
1997/1998	47.240	76,3	184.741	88,4	66.276	35,2	10.531	78,1
1998/1999	47.897	75,7	170.150	86,4	65.161	34,6	10.697	78,5
1999/2000	46.121	76,0	156.371	83,7	49.672	26,3	10.671	79,2
2000/2001	46.023	77,4	147.081	86,9	46.257	25,9	10.499	78,9
2001/2002	42.953	²⁾	132.864	81,5	46.195	24,5	10.507	76,3
2002/2003	45.138	²⁾	121.758	79,2	38.484	21,8	10.152	74,9
2003/2004	45.152	²⁾	119.168	79,9	44.811	24,2	10.248	74,6
2004/2005	48.808	²⁾	127.357	85,7	51.039	28,6	11.204	82,6
darunter Fluoridierung mit:								
Tabletten	-	²⁾	-	-	-	-	-	-
Fluorid-Gelee/-Lösung	3.805	²⁾	46.548	31,3	671	0,4	5.389	39,7
Fluor-Lacke	137	²⁾	5.071	3,4	381	0,2	861	6,4
2003/2004 Anzahl der durchgeführten Informationsveranstaltungen ³⁾								
Elternabende	27		51		⁴⁾		5	
Praxisbesuche ⁵⁾	1.145		8.282		⁴⁾		489	
Fortbildungen der Erzieher / Lehrer	23		13		⁴⁾		4	

¹⁾ Anteil der tatsächlich erreichten Kinder/Schüler an der Gesamtzahl der in den jeweiligen Einrichtungen gemeldeten Kinder/Schüler.

²⁾ Daten zur Berechnung nicht mehr verfügbar.

³⁾ Aus der "Dokumentation der Maßnahmen der Gruppenprophylaxe" der Deutschen Arbeitsgemeinschaft für Jugendzahnpflege e.V. (DAJ).

⁴⁾ Angaben zu den Klassen 5 und 6 sind in der Rubrik "Grundschulen" enthalten.

⁵⁾ Erreichte Kinder/Jugendliche.

(Datenquelle: SenGesSozV Berlin / DAJ / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 7.2.17:

Indikator 7.10

Von den Zahnärztlichen Diensten durchgeführte Karies-Prophylaxemaßnahmen bei Kindern, Schülerinnen und Schülern in Berlin in den Schuljahren 2002/2003 - 2004/2005 nach Bezirken und Einrichtungstyp

Schuljahr / Bezirk	Erreichte Kinder / Schüler/innen in ...							
	Kindergärten		Grundschulen		weiterführenden Schulen		Sonderschulen	
	insges.	% ¹⁾	insges.	% ¹⁾	insges.	% ¹⁾	insges.	% ¹⁾
2002/2003								
Mitte	4.489	²⁾	11.847	76,8	185	1,3	595	56,4
Friedrichshain-Kreuzberg	1.965	²⁾	11.337	96,8	-	-	861	82,2
Pankow	7.195	²⁾	11.180	88,8	2.963	16,4	955	76,6
Charlottenburg-Wilmersdorf	3.905	²⁾	10.345	80,1	4.431	28,8	741	75,5
Spandau	3.781	²⁾	10.803	91,1	585	5,1	307	65,3
Steglitz-Zehlendorf	4.406	²⁾	12.764	92,1	2.454	13,0	739	78,2
Tempelhof-Schöneberg	1.155	²⁾	9.499	56,9	-	-	476	75,6
Neukölln	388	²⁾	11.160	69,1	883	6,1	1.009	63,9
Treptow-Köpenick	4.261	²⁾	8.404	93,4	1.045	7,6	745	91,6
Marzahn-Hellersdorf	4.159	²⁾	10.052	91,1	15.157	70,7	1.928	85,6
Lichtenberg	4.842	²⁾	8.683	95,4	10.781	59,3	1.655	86,0
Reinickendorf	4.592	²⁾	5.684	41,3	-	-	141	17,6
Berlin	45.138	²⁾	121.758	79,0	38.484	20,4	10.152	73,9
2003/2004								
Mitte	3.340	²⁾	12.108	80,4	1.396	9,5	203	18,9
Friedrichshain-Kreuzberg	2.952	²⁾	11.152	96,6	2.226	19,2	639	63,5
Pankow	7.218	²⁾	10.639	88,5	6.199	35,3	1.113	93,6
Charlottenburg-Wilmersdorf	4.017	²⁾	12.106	94,9	4.904	31,6	1.021	100,9
Spandau	3.707	²⁾	8.876	76,2	1.134	9,6	360	81,8
Steglitz-Zehlendorf	4.921	²⁾	14.430	103,3	2.345	12,3	779	82,5
Tempelhof-Schöneberg	2.495	²⁾	8.889	54,3	2.828	18,8	411	67,4
Neukölln	-	²⁾	9.464	59,9	-	-	870	54,4
Treptow-Köpenick	3.632	²⁾	8.346	100,1	2.070	15,4	746	91,2
Marzahn-Hellersdorf	3.933	²⁾	8.332	87,8	11.495	58,4	2.054	90,4
Lichtenberg	5.185	²⁾	7.905	93,3	10.214	61,2	1.751	88,9
Reinickendorf	3.752	²⁾	6.921	50,6	-	-	301	37,5
Berlin	45.152	²⁾	119.168	79,9	44.811	24,2	10.248	74,6
2004/2005								
Mitte	3.173	²⁾	14.323	96,5	2.507	17,4	662	60,8
Friedrichshain-Kreuzberg	3.665	²⁾	11.146	97,2	1.597	14,3	822	84,2
Pankow	7.502	²⁾	11.096	90,3	5.223	32,0	1.127	91,9
Charlottenburg-Wilmersdorf	4.036	²⁾	9.080	71,2	5.322	34,2	968	95,8
Spandau	3.834	²⁾	10.338	90,4	2.016	16,8	298	72,5
Steglitz-Zehlendorf	4.983	²⁾	14.144	99,6	4.338	22,5	823	88,4
Tempelhof-Schöneberg	1.820	²⁾	12.954	79,5	4.516	29,9	518	88,5
Neukölln	4.611	²⁾	15.433	99,6	2.091	14,4	1.305	84,2
Treptow-Köpenick	4.280	²⁾	7.868	92,2	3.335	26,9	772	94,7
Marzahn-Hellersdorf	4.352	²⁾	8.533	92,3	9.631	56,6	2.005	90,8
Lichtenberg	4.861	²⁾	7.751	92,5	8.695	58,0	1.736	86,9
Reinickendorf	1.691	²⁾	4.691	34,2	1.768	11,3	168	22,0
Berlin	48.808	²⁾	127.357	85,7	51.039	28,6	11.204	82,6

¹⁾ Anteil der tatsächlich erreichten Kinder/Schüler an der Gesamtzahl der in den jeweiligen Einrichtungen gemeldeten Kinder/Schüler.

²⁾ Daten zur Berechnung nicht mehr verfügbar.

(Datenquelle: SenGesSozV Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

● Impfungen

Tabelle 7.2.18:

Indikator 7.11

Impfquote bezüglich Poliomyelitis, Tetanus, Diphtherie, Hepatitis B, Haemophilus influenzae b und Pertussis bei den untersuchten Schulanfängerinnen und Schulanfängern in Berlin 2001 - 2004

Jahr	Untersuchte Schulanfänger/-anfängerinnen insgesamt	Dokumentierte Impfungen							Kinder ohne dokumentierte Impfungen ⁵⁾
		Kinder mit dokumentierten Impfungen ¹⁾	Impfquote ²⁾ bei abgeschlossener Grundimmunisierung (in %)						
			Polio-myelitis ³⁾	Tetanus ³⁾	Diphtherie ³⁾	Hepatitis B	Hib ⁴⁾	Pertussis	
2001	20.092	18.096	94,2	97,5	97,3	47,2	84,6	85,7	1.996
2002	20.917	18.855	94,5	98,0	97,7	74,2	86,8	88,3	2.062
2003	21.845	19.544	93,6	98,3	98,0	84,8	90,6	89,5	2.301
2004	21.816	19.818	94,1	98,4	98,2	87,5	92,6	91,4	1.998

¹⁾ Impfausweis vorgelegt.

²⁾ Bezogen auf die Kinder mit vorgelegtem Impfdokument.

³⁾ Grundimmunisierung gilt als vollständig bei ≥ 3 dokumentierten Impfungen.

⁴⁾ Haemophilus influenzae Typ b.

⁵⁾ Impfausweis nicht vorgelegt.

(Datenquelle: SenGesSozV Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 7.2.19:

Indikator 7.12

Impfquote bezüglich Masern, Mumps und Röteln bei den untersuchten Schulanfängerinnen und Schulanfängern in Berlin 2001 - 2004

Jahr	Untersuchte Schulanfänger/-anfängerinnen insgesamt	Dokumentierte Impfungen							Kinder ohne dokumentierte Impfungen ³⁾
		Kinder mit dokumentierten Impfungen ¹⁾	Impfquote ²⁾ bei abgeschlossener Grundimmunisierung (in %)						
			Masern		Mumps		Röteln		
			≥ 1 Impf.	darunter: ≥ 2 Impf.	≥ 1 Impf.	darunter: ≥ 2 Impf.	≥ 1 Impf.	darunter: ≥ 2 Impf.	
2001	20.092	18.096	91,7	27,5	91,4	27,0	89,9	26,6	1.996
2002	20.917	18.855	92,4	39,5	91,8	39,0	91,1	38,6	2.062
2003	21.845	19.544	92,5	54,7	92,0	54,4	91,4	54,0	2.301
2004	21.816	19.818	93,4	71,1	92,9	71,2	92,5	70,8	1.998

¹⁾ Impfausweis vorgelegt.

²⁾ Bezogen auf die Kinder mit vorgelegtem Impfdokument.

³⁾ Impfausweis nicht vorgelegt.

(Datenquelle: SenGesSozV Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 7.2.20:
Impfquote bezüglich Poliomyelitis, Tetanus, Diphtherie, Hepatitis B, Haemophilus influenza b und Pertussis bei den untersuchten Schulanfängerinnen und Schulanfängern in Berlin 2004 nach Bezirken

Indikator 7.13

Bezirk	Unter- suchte Kinder insgesamt	Dokumentierte Impfungen							Kinder ohne dokumen- tierte Imp- fungen ⁵⁾
		Kinder mit dokumen- tierten Imp- fungen ¹⁾	Impfquote ²⁾ bei abgeschlossener Grundimmunisierung (in %)						
			Polio- myelitis ³⁾	Tetanus ³⁾	Diphthe- rie ³⁾	Hepatitis B	Hib ⁴⁾	Pertussis	
Mitte	2.132	1.846	95,2	98,3	98,2	87,8	91,9	90,1	286
Friedrichshain-Kreuzberg	1.727	1.498	94,1	98,6	98,1	82,6	92,6	89,3	229
Pankow	2.385	2.218	91,2	97,6	97,1	86,2	90,6	90,7	167
Charlottenburg-Wilmersdorf	1.429	1.253	94,8	97,4	97,6	83,4	92,1	90,3	176
Spandau	1.492	1.369	96,3	99,0	98,8	93,8	94,8	95,3	123
Steglitz-Zehlendorf	1.772	1.661	91,6	98,2	97,8	80,6	91,6	89,5	111
Tempelhof-Schöneberg	1.945	1.820	94,9	98,6	98,2	86,5	93,4	91,5	125
Neukölln	2.303	1.954	94,6	98,4	98,1	89,0	92,8	92,4	349
Treptow-Köpenick	1.590	1.512	93,5	99,3	98,8	88,2	91,7	92,6	78
Marzahn-Hellersdorf	1.687	1.587	94,4	99,1	99,0	91,7	92,9	91,7	100
Lichtenberg	1.630	1.494	94,0	99,1	98,8	91,7	94,2	94,0	136
Reinickendorf	1.724	1.606	95,3	98,1	97,9	89,0	94,2	89,9	118
Berlin	21.816	19.818	94,1	98,4	98,2	87,5	92,6	91,4	1.998

¹⁾ Impfausweis vorgelegt.

²⁾ Bezogen auf die Kinder mit vorgelegtem Impfdokument.

³⁾ Grundimmunisierung gilt als vollständig bei ≥ 3 dokumentierten Impfungen.

⁴⁾ Haemophilus influenzae Typ b.

⁵⁾ Impfausweis nicht vorgelegt.

(Datenquelle: SenGesSozV Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 7.2.21:
Impfquote bezüglich Masern, Mumps und Röteln bei den untersuchten Schulanfängerinnen und Schulanfängern in Berlin 2004 nach Bezirken

Indikator 7.14

Bezirk	Unter- suchte Kinder insgesamt	Dokumentierte Impfungen						Kinder ohne dokumen- tierte Imp- fungen ³⁾	
		Kinder mit dokumen- tierten Imp- fungen ¹⁾	Impfquote ²⁾						
			bei abgeschlossener Grundimmunisierung (in %)						
			Masern		Mumps		Röteln		
		≥ 1 Impf.	darunter: ≥ 2 Impf.	≥ 1 Impf.	darunter: ≥ 2 Impf.	≥ 1 Impf.	darunter: ≥ 2 Impf.		
Mitte	2.132	1.846	94,3	76,4	93,3	75,6	93,2	75,5	286
Friedrichshain-Kreuzberg	1.727	1.498	87,2	68,0	87,0	67,6	86,7	67,3	229
Pankow	2.385	2.218	90,8	69,6	90,2	69,0	90,1	68,7	167
Charlottenburg-Wilmersdorf	1.429	1.253	92,7	65,2	92,0	64,8	91,2	64,6	176
Spandau	1.492	1.369	97,0	79,8	96,6	79,3	95,9	78,1	123
Steglitz-Zehlendorf	1.772	1.661	91,8	64,8	91,1	64,1	90,4	63,2	111
Tempelhof-Schöneberg	1.945	1.820	92,5	70,7	92,2	70,2	91,4	69,6	125
Neukölln	2.303	1.954	94,1	75,8	93,7	75,3	93,7	75,2	349
Treptow-Köpenick	1.590	1.512	93,8	75,0	93,4	74,7	92,5	74,4	78
Marzahn-Hellersdorf	1.687	1.587	96,9	71,6	96,9	71,3	96,5	70,9	100
Lichtenberg	1.630	1.494	96,0	74,6	96,0	74,4	95,9	74,0	136
Reinickendorf	1.724	1.606	94,4	68,1	94,1	67,8	93,9	67,4	118
Berlin	21.816	19.818	93,4	71,1	92,9	71,2	92,5	70,8	1.998

¹⁾ Impfausweis vorgelegt.

²⁾ Bezogen auf die Kinder mit vorgelegtem Impfdokument.

³⁾ Impfausweis nicht vorgelegt.

(Datenquelle: SenGesSozV Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

● Inanspruchnahme von Beratungs- und Behandlungsangeboten des öffentlichen Gesundheitsdienstes für Kinder und Jugendliche

Tabelle 7.2.23:
Erstkontakte des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes (KJGD) bei Familien mit Säuglingen in Berlin 2003 und 2004
nach Bezirken

Jahr / Bezirk	Familien mit Säuglingen ¹⁾	Darunter beratene Familien (Erstkontakte)											
		insgesamt		Darunter Beratene in schwierigen Lebenslagen mit weiterem Beratungsbedarf									
				insgesamt		aufgrund der ... Lage ²⁾							
		absolut	%			absolut	% ³⁾	gesundheitlichen ⁴⁾		wirtschaftlichen ⁵⁾		rechtlichen ⁶⁾	
abs.	% ⁸⁾			abs.	% ⁸⁾			abs.	% ⁸⁾	abs.	% ⁸⁾	abs.	% ⁸⁾
2003													
Mitte	3.728	3.097	83,1	483	15,6	415	85,9	471	97,5	248	51,3	258	53,4
Friedrichshain-Kreuzberg	2.996	1.482	49,5	477	32,2	341	71,5	309	64,8	167	35,0	245	51,4
Pankow	3.352	2.849	85,0	239	8,4	77	32,2	144	60,3	79	33,1	53	22,2
Charlottenburg-Wilmersdorf	2.503	1.004	40,1	311	31,0	126	40,5	170	54,7	74	23,8	178	57,2
Spandau	1.765	999	56,6	245	24,5	110	44,9	245	100,0	64	26,1	157	64,1
Steglitz-Zehlendorf	2.310	1.741	75,4	457	26,2	211	46,2	320	70,0	152	33,3	255	55,8
Tempelhof-Schöneberg	2.733	1.940	71,0	423	21,8	200	47,3	238	56,3	109	25,8	177	41,8
Neukölln	3.060	995	32,5	195	19,6	93	47,7	178	91,3	92	47,2	88	45,1
Treptow-Köpenick	1.736	1.581	91,1	336	21,3	165	49,1	258	76,8	136	40,5	74	22,0
Marzahn-Hellersdorf	1.934	1.698	87,8	316	18,6	98	31,0	166	52,5	133	42,1	91	28,8
Lichtenberg	2.032	1.815	89,3	520	28,7	381	73,3	437	84,0	257	49,4	209	40,2
Reinickendorf	1.770	1.113	62,9	258	23,2	64	24,8	119	46,1	42	16,3	111	43,0
Berlin	29.919	20.314	67,9	4.260	21,0	2.281	53,5	3.055	71,7	1.553	36,5	1.896	44,5
2004													
Mitte	3.355	3.051	90,9	1.396	45,8	489	35,0	802	57,4	221	15,8	382	27,4
Friedrichshain-Kreuzberg	2.940	1.797	61,1	479	26,7	272	56,8	310	64,7	158	33,0	267	55,7
Pankow	4.122	2.799	67,9	172	6,1	58	33,7	68	39,5	42	24,4	62	36,0
Charlottenburg-Wilmersdorf	2.338	1.193	51,0	370	31,0	157	42,4	195	52,7	113	30,5	200	54,1
Spandau	1.719	1.010	58,8	278	27,5	108	38,8	230	82,7	51	18,3	154	55,4
Steglitz-Zehlendorf	2.177	1.613	74,1	479	29,7	217	45,3	306	63,9	151	31,5	278	58,0
Tempelhof-Schöneberg	2.707	1.926	71,1	481	25,0	191	39,7	224	46,6	70	14,6	150	31,2
Neukölln	2.936	945	32,2	306	32,4	170	55,6	200	65,4	115	37,6	121	39,5
Treptow-Köpenick	1.637	1.473	90,0	397	27,0	173	43,6	272	68,5	161	40,6	158	39,8
Marzahn-Hellersdorf	2.008	1.781	88,7	288	16,2	127	44,1	165	57,3	98	34,0	92	31,9
Lichtenberg	1.955	1.687	86,3	346	20,5	222	64,2	264	76,3	162	46,8	97	28,0
Reinickendorf	1.915	1.096	57,2	392	35,8	88	22,4	124	31,6	56	14,3	136	34,7
Berlin	29.809	20.371	68,3	5.384	26,4	2.272	42,2	3.160	58,7	1.398	26,0	2.097	38,9

¹⁾ Geburtenmeldungen des Landesamtes für Bürger- und Ordnungsfragen (bis 31.12.2004: Landeseinwohneramt) und Zuzüge im Bezirk.

²⁾ Mehrfachnennungen möglich.

³⁾ Anteil an den Erstkontakten.

⁴⁾ Dazu zählen: Frühgeburt, Krankheit, Behinderung von Mutter oder Kind, alle Arten von Gedeihstörungen.

⁵⁾ Dazu zählen: arbeitslose Eltern, Schulden, Eltern ohne Einkommen, illegal Lebende, keine Krankenversicherung.

⁶⁾ Dazu zählen: nicht geklärte Vaterschaft, Vormundschaften/Beistandsschaften, Aufenthaltsstatus/Flüchtlinge, ungeklärter Kindesstatus, Trennung der Eltern.

⁷⁾ Dazu zählen: Sucht, psychisch krank, geistig behindert, Wochenbettdepressionen, wenig soziale Netzwerke.

⁸⁾ Anteil an den Beratenden in schwierigen Lebenslagen mit weiterem Beratungsbedarf.

(Datenquelle: SenGesSozV Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 7.2.24:

Inanspruchnahme und Leistungen des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes (KJGD) in Berlin 2003 und 2004 nach Bezirken

Jahr / Bezirk	Untersuchungen anlässlich Kindertagesstätten-/Tagespflege-/Heim- aufnahme				Schulentscheidungsunter- suchungen / 1. Unter- suchung nach JA/RSchG				Gesetzliche Früher- kennungsuntersuchungen (U2 -U9/J1)				KITA-Untersuchungen (Anzahl der Kinder)				Untersuchungen von Sonderschülern ¹⁾					
	insgesamt		darunter ²⁾		insgesamt		darunter ³⁾		insgesamt		darunter ³⁾		insgesamt		Früför- derung ⁴⁾		ins- gesamt		darunter ³⁾			
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%		
2003																						
Mitte	1.477	653	44,2	87	5,9	2.010	766	38,1	276	39	14,1	3.098	123	315	120	38,1						
Friedrichshain-Kreuzberg	192	22	11,5	13	6,8	965	286	29,6	43	4	9,3	909	18	140	45	32,1						
Pankow	681	9	1,3	31	4,6	939	307	32,7	5	1	20,0	1.174	114	362	81	22,4						
Charlottenburg-Wilmersdorf	230	9	3,9	1	0,4	973	224	23,0	10	-	-	27	-	-	-	-						
Spandau	1.210	35	2,9	44	3,6	1.428	423	29,6	42	3	7,1	675	2	-	-	-						
Steglitz-Zehlendorf	447	36	8,1	14	3,1	1.647	290	17,6	66	6	9,1	2.831	154	625	137	21,9						
Tempelhof-Schöneberg	574	142	24,7	20	3,5	1.357	325	23,9	102	6	5,9	792	31	57	20	35,1						
Neukölln	867	48	5,5	22	2,5	1.908	425	22,3	234	22	9,4	106	-	375	49	13,1						
Treptow-Köpenick	315	6	1,9	6	1,9	1.529	403	26,4	163	2	1,2	1.686	295	329	103	31,3						
Marzahn-Hellersdorf	218	29	13,3	4	1,8	2.947	901	30,6	86	17	19,8	1.035	421	360	122	33,9						
Lichtenberg	329	18	5,5	14	4,3	3.069	694	22,6	30	-	-	1.162	1.116	242	46	19,0						
Reinickendorf	686	31	4,5	17	2,5	1.124	254	22,6	11	1	9,1	122	12	14	-	-						
Berlin	7.226	1.038	14,4	273	3,8	19.896	5.298	26,6	1.068	101	9,5	13.617	2.286	2.819	723	25,6						
2004																						
Mitte	1.513	375	24,8	81	5,4	1.672	692	41,4	273	35	12,8	2.911	39	156	46	29,5						
Friedrichshain-Kreuzberg	193	42	21,8	6	3,1	1.363	514	37,7	50	1	2,0	313	24	149	59	39,6						
Pankow	359	6	1,7	13	3,6	1.248	410	32,9	8	4	50,0	1.402	199	684	122	17,8						
Charlottenburg-Wilmersdorf	211	14	6,6	8	3,8	683	150	22,0	15	-	-	-	-	2	-	-						
Spandau	1.321	32	2,4	40	3,0	1.576	534	33,9	24	4	16,7	686	6	-	-	-						
Steglitz-Zehlendorf	340	25	7,4	13	3,8	1.519	280	18,4	48	-	-	3.192	214	755	148	19,6						
Tempelhof-Schöneberg	521	90	17,3	4	0,8	1.215	230	18,9	132	5	3,8	710	66	-	-	-						
Neukölln	1.123	42	3,7	26	2,3	1.113	251	22,6	220	17	7,7	40	-	519	87	16,8						
Treptow-Köpenick	275	4	1,5	4	1,5	1.736	431	24,8	153	2	1,3	1.072	43	213	38	17,8						
Marzahn-Hellersdorf	210	25	11,9	2	1,0	3.314	943	28,5	46	7	15,2	639	156	215	26	12,1						
Lichtenberg	276	23	8,3	8	2,9	2.635	609	23,1	27	1	3,7	946	936	264	61	23,1						
Reinickendorf	1.392	25	1,8	8	0,6	577	80	13,9	9	1	11,1	126	29	16	1	6,3						
Berlin	7.734	703	9,1	213	2,8	18.651	5.124	27,5	1.005	77	7,7	12.037	1.712	2.973	588	19,8						

1) Als Sonderschulen gelten alle Schulen besonderer Prägung in den einzelnen Bezirken.

2) Schwierige sprachliche Verständigung mit der Begleitperson.

3) Kinder/Jugendliche mit bisher nicht bekannten/behandelten Befunden, die einer weitere Diagnostik/Behandlung bedürfen.

4) Frühförderung gemäß Hilfen nach SGB VIII und IX, BSHG, KJHG.

(Datenquelle: SenGesSozV Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 7.2.25:
In den Beratungsstellen für Risikokinder des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes (KJGD) betreute Kinder in Berlin 1995 - 2004
nach Altersgruppen und Staatsangehörigkeit

Betreute, Beratungsstelle, Staatsangehörigkeit / Erstvorstellungen, überweisende Stelle, aufwendige Untersuchungen / Wiedervorstellungen	Kinder									
	insgesamt		im Alter von ... Jahren							
			0		1 - 2		3 - 4		5 u. älter	
abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	
betreute Kinder				¹⁾		¹⁾		¹⁾		¹⁾
1995	4.615	100	1.016	22,0	956	20,7	1.270	27,5	1.373	29,8
1997	3.528	100	1.065	30,2	849	24,1	771	21,9	843	23,9
1999	2.872	100	943	32,8	700	24,4	598	20,8	631	22,0
2001	2.434	100	698	28,7	678	27,9	551	22,6	507	20,8
2003	2.139	100	465	21,7	531	24,8	593	27,7	550	25,7
2004	1.788	100	474	26,5	435	24,3	473	26,5	406	22,7
davon in der Beratungsstelle		²⁾		¹⁾		¹⁾		¹⁾		¹⁾
Mitte	580	32,4	96	16,6	137	23,6	230	39,7	117	20,2
Steglitz-Zehlendorf	504	28,2	109	21,6	143	28,4	101	20,0	151	30,0
Tempelhof-Schöneberg	260	14,5	138	53,1	57	21,9	51	19,6	14	5,4
Neukölln	297	16,6	61	20,5	69	23,2	64	21,5	103	34,7
Lichtenberg	147	8,2	70	47,6	29	19,7	27	18,4	21	14,3
darunter betreute ausländische Kinder		²⁾		²⁾		²⁾		²⁾		²⁾
1995	552	12,0	259	25,5	161	16,8	87	6,9	45	3,3
1997	654	18,5	249	23,4	156	18,4	153	19,8	96	11,4
1999	594	20,7	231	24,5	148	21,1	122	20,4	93	14,7
2001	546	22,4	156	22,3	144	21,2	134	24,3	112	22,1
2003	488	22,8	104	22,4	97	18,3	181	30,5	106	19,3
2004	439	24,6	91	19,2	100	23,0	157	33,2	91	22,4
Erstvorstellungen				¹⁾		¹⁾		¹⁾		¹⁾
1995	1.527	100	770	50,4	220	14,4	207	13,6	330	21,6
1997	1.344	100	754	56,1	211	15,7	180	13,4	199	14,8
1999	1.149	100	722	62,8	166	14,4	145	12,6	116	10,1
2001	994	100	546	54,9	159	16,0	153	15,4	136	13,7
2003	824	100	359	43,6	140	17,0	182	22,1	143	17,4
2004	815	100	382	46,9	128	15,7	180	22,1	125	15,3
davon überwiesen vom/aus:		²⁾		¹⁾		¹⁾		¹⁾		¹⁾
Kinder- und Jugendgesundheitsdienst	110	13,5	40	36,4	17	15,5	28	25,5	25	22,7
anderen Einrichtungen der Gesundheitsämter stationärer Behandlung	15	1,8	4	26,7	7	46,7	4	26,7	-	-
ambulantes - freipraktizierenden Ärzten	221	27,1	214	96,8	-	-	5	2,3	2	0,9
Bereich - anderen	135	16,6	71	52,6	26	19,3	28	20,7	10	7,4
Selbstmelder	206	25,3	7	3,4	45	21,8	92	44,7	62	30,1
	128	15,7	46	35,9	33	25,8	23	18,0	26	20,3
darunter zeitlich aufwendige Erstvorstellungen		²⁾		²⁾		²⁾		²⁾		²⁾
1995	608	39,8	203	26,4	116	52,7	114	55,1	175	53,0
1997	516	38,4	148	19,6	130	61,6	123	68,3	115	57,8
1999	394	34,3	130	18,0	98	59,0	93	64,1	73	62,9
2001	259	26,1	60	11,0	81	50,9	80	52,3	38	27,9
2003	239	29,0	33	9,2	68	48,6	74	40,7	64	44,8
2004	200	24,5	32	8,4	60	46,9	51	28,3	57	45,6
Wiedervorstellungen				¹⁾		¹⁾		¹⁾		¹⁾
1995	6.114	100	1.073	17,5	1.453	23,8	1.723	28,2	1.865	30,5
1997	4.289	100	1.096	25,6	1.388	32,4	856	20,0	949	22,1
1998	3.923	100	1.060	27,0	1.182	30,1	754	19,2	927	23,6
2001	2.863	100	713	24,9	1.134	39,6	567	19,8	449	15,7
2003	1.824	100	276	15,1	589	32,3	500	27,4	459	25,2
2004	1.511	100	269	17,8	490	32,4	382	25,3	370	24,5

¹⁾ Altersverteilung (Prozentrechnung in der Zeile).

²⁾ Anteile von insgesamt (Prozentrechnung in der Spalte).

³⁾ Untersuchungsaufwand von 2 Stunden oder mehr.

(Datenquelle: SenGesSozV Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 7.2.26:

Im Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst (KJpD) neu vorgestellte Kinder und Jugendliche in Berlin 1998 - 2004
nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Altersgruppen und Bezirken

Jahr / Bezirk	Insgesamt		Darunter:		Alter in Jahren												18 u. älter		
			weiblich		ausländisch		0-2		3-5		6-8		9-11		12-14		15-17		18 u. älter
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	
1998	5.488	2.110	38,4	.	.	190	3,5	789	14,4	1.284	23,4	1.227	22,4	943	17,2	833	15,2	222	4,0
1999	5.670	2.202	38,8	.	.	257	4,5	867	15,3	1.213	21,4	1.375	24,3	952	16,8	793	14,0	213	3,8
2000	5.936	2.335	39,3	.	.	280	4,7	828	13,9	1.198	20,2	1.375	23,2	1.070	18,0	946	15,9	239	4,0
2001	5.769	2.382	41,3	761	13,2	731	14,0	927	16,1	1.137	19,7	1.181	20,5	1.049	18,2	993	17,2	209	3,6
2002	5.209	2.156	41,4	731	14,0	210	4,0	842	16,2	955	18,3	970	18,6	1.025	19,7	965	18,5	242	4,6
2003	5.191	2.063	39,7	680	13,1	205	3,9	797	15,4	955	18,4	874	16,8	998	19,2	1.139	21,9	223	4,3
davon in: Mitte	400	146	36,5	103	25,8	12	3,0	102	25,5	98	24,5	61	15,3	43	10,8	74	18,5	10	2,5
Friedrichshain-Kreuzberg	377	161	42,7	133	35,3	12	3,2	51	13,5	67	17,8	59	15,6	66	17,5	89	23,6	33	8,8
Pankow	474	197	41,6	6	1,3	14	3,0	36	7,6	81	17,1	79	16,7	109	23,0	132	27,8	23	4,9
Charlottenburg-Wilmersdorf	314	146	46,5	63	20,1	8	2,5	30	9,6	45	14,3	56	17,8	63	20,1	87	27,7	25	8,0
Spandau	213	84	39,4	19	8,9	4	1,9	13	6,1	38	17,8	54	25,4	47	22,1	43	20,2	14	6,6
Steglitz-Zehlendorf	433	157	36,3	47	10,9	2	0,5	34	7,9	90	20,8	78	18,0	87	20,1	114	26,3	28	6,5
Tempelhof-Schöneberg	445	182	40,9	77	17,3	16	3,6	76	17,1	93	20,9	91	20,4	78	17,5	76	17,1	15	3,4
Neukölln	757	292	38,6	164	21,7	53	7,0	120	15,9	134	17,7	160	21,1	141	18,6	129	17,0	20	2,6
Treptow-Köpenick	327	129	39,4	12	3,7	20	6,1	69	21,1	61	18,7	43	13,1	63	19,3	70	21,4	1	0,3
Marzahn-Hellersdorf	595	243	40,8	4	0,7	17	2,9	86	14,5	87	14,6	87	14,6	144	24,2	152	25,5	22	3,7
Lichtenberg	467	182	39,0	30	6,4	41	8,8	130	27,8	90	19,3	49	10,5	73	15,6	77	16,5	7	1,5
Reinickendorf	389	144	37,0	22	5,7	6	1,5	50	12,9	71	18,3	57	14,7	84	21,6	96	24,7	25	6,4
2004	4.926	2.014	40,9	657	13,3	243	4,9	771	15,7	917	18,6	794	16,1	959	19,5	1.059	21,5	183	3,7
davon in: Mitte	473	180	38,1	153	32,3	12	2,5	127	26,8	106	22,4	72	15,2	66	14,0	84	17,8	6	1,3
Friedrichshain-Kreuzberg	292	107	36,6	107	36,6	3	1,0	39	13,4	57	19,5	40	13,7	54	18,5	66	22,6	33	11,3
Pankow	476	222	46,6	3	0,6	20	4,2	35	7,4	62	13,0	69	14,5	96	20,2	168	35,3	26	5,5
Charlottenburg-Wilmersdorf	298	128	43,0	43	14,4	14	4,7	32	10,7	44	14,8	45	15,1	71	23,8	75	25,2	17	5,7
Spandau	173	60	34,7	11	6,4	4	2,3	7	4,0	24	13,9	57	32,9	46	26,6	20	11,6	15	8,7
Steglitz-Zehlendorf	486	188	38,7	49	10,1	10	2,1	34	7,0	100	20,6	76	15,6	113	23,3	135	27,8	18	3,7
Tempelhof-Schöneberg	394	158	40,1	59	15,0	14	3,6	62	15,7	91	23,1	87	22,1	78	19,8	53	13,5	9	2,3
Neukölln	682	285	41,8	165	24,2	60	8,8	104	15,2	140	20,5	130	19,1	131	19,2	96	14,1	21	3,1
Treptow-Köpenick	281	113	40,2	12	4,3	24	8,5	72	25,6	39	13,9	32	11,4	53	18,9	55	19,6	6	2,1
Marzahn-Hellersdorf	511	216	42,3	1	0,2	34	6,7	96	18,8	72	14,1	78	15,3	94	18,4	130	25,4	7	1,4
Lichtenberg	471	201	42,7	17	3,6	45	9,6	113	24,0	99	21,0	50	10,6	66	14,0	91	19,3	7	1,5
Reinickendorf	389	156	40,1	37	9,5	3	0,8	50	12,9	83	21,3	58	14,9	91	23,4	86	22,1	18	4,6

(Datenquelle: SenGesSozV Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

● Vorsorgeuntersuchungen

Tabelle 7.2.27:
Beteiligung von GKV-Versicherten an Krebsfrüherkennungsuntersuchungen in Berlin 1996 - 2005
nach Geschlecht

Indikator 7.16

Jahr	Krebsfrüherkennungsuntersuchungen					
	Frauen			Männer		
	Anspruchsberechtigte (ab 20 Jahre, jährliche Untersuchung)	Inanspruchnahme		Anspruchsberechtigte (ab 45 Jahre, jährliche Untersuchung)	Inanspruchnahme	
		absolut	%		absolut	%
1996	.	709.224	.	.	112.122	.
1997	.	688.997	.	.	78.871	.
1998	1.232.754	652.543	52,9	517.280	81.772	15,8
1999	1.239.285	674.263	54,4	509.938	85.214	16,7
2000	1.228.964	702.023	57,1	509.382	91.441	18,0
2001	1.217.749	706.981	58,1	509.312	95.552	18,8
2002	1.215.081	711.950	58,6	511.866	105.791	20,7
2003	1.212.122	729.426	60,2	516.502	119.818	23,2
2004	1.209.932	694.813	57,4	522.613	115.068	22,0
2005 1. Halbjahr ¹⁾	1.224.138	374.047	61,1	535.710	61.756	23,1

¹⁾ Berechnung der Quote unter der Annahme, dass die Inanspruchnahme im zweiten Halbjahr ebenso hoch liegt wie die im ersten.

(Datenquelle: BMG / KV Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 7.2.28:
Beteiligung von GKV-Versicherten am Gesundheits-Check-up in Berlin 1996 - 2005

Indikator 7.17

Jahr	Teilnahme am Gesundheits-Check-up		
	Frauen und Männer		
	Anspruchsberechtigte (ab 35 Jahre, Untersuchung alle 2 Jahre)	Inanspruchnahme	
		absolut	% ¹⁾
1996	.	348.176	.
1997	.	269.176	.
1998	1.656.049	153.601	18,6
1999	1.664.273	294.695	35,4
2000	1.662.701	298.883	36,0
2001	1.658.333	327.641	39,5
2002	1.661.414	326.863	39,3
2003	1.666.071	379.717	45,6
2004	1.669.748	360.918	43,2
2005 1. Halbjahr ²⁾	1.691.051	226.446	53,6

¹⁾ Bezogen auf die Hälfte der Anspruchsberechtigten.

²⁾ Berechnung der Quote unter der Annahme, dass die Inanspruchnahme im zweiten Halbjahr ebenso hoch liegt wie die im ersten.

(Datenquelle: BMG / KV Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Inanspruchnahme/Leistungen der ambulanten Versorgung

● Ambulante Inanspruchnahme ärztlicher, psychotherapeutischer und sozial-psychiatrischer Leistungen

Tabelle 7.2.29:

Inanspruchnahme ambulanter ärztlicher und psychotherapeutischer Versorgung
(nach § 72 SGB V und PsychThG) in Berlin 2001 - 2004

Indikator 7.19

Jahr	Ambulante ärztliche Behandlungsfälle				Ambulante psychotherapeutische Behandlungsfälle			
	absolut	je Arzt	je 1.000 Einwohner ¹⁾	je 1.000 Versicherte der GKV ²⁾	absolut	je Psychotherapeut ³⁾	je 1.000 Einwohner ¹⁾	je 1.000 Versicherte der GKV ²⁾
2001	23.566.643	3.169	6.962	8.725	156.236	118	46	58
2002	24.149.497	3.846	7.123	9.000	187.173	128	55	70
2003	24.295.443	3.933	7.164	9.089	206.708	129	61	77
2004	21.903.250	3.533	6.466	8.226	216.188	129	64	81

¹⁾ Durchschnittliche Bevölkerung.

²⁾ Gesetzlich Krankenversicherte zum Stichtag 01.07.

³⁾ Psychologische Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten.

(Datenquelle: KV Berlin / Berechnung: KV Berlin)

Tabelle 7.2.30:
Inanspruchnahme ambulanter vertragsärztlicher Versorgung (nach § 72 SGB V)
in Berlin 2003 und 2004
nach Fachgruppen

Indikator 7.20

Fachgruppe	Ambulante ärztliche Behandlungsfälle ¹⁾									
	2003					2004				
	absolut	je Arzt	je 1.000 Einw. ²⁾	je 1.000 Versicherte ³⁾	Anteil in %	absolut	je Arzt	je 1.000 Einw. ²⁾	je 1.000 Versicherte ³⁾	Anteil in %
Hausärztinnen/Hausärzte	8.049.972	3.182	2.374	3.011	33,1	7.261.715	2.980	2.144	2.727	33,2
davon:										
Allgemeinmediziner/Praktiker	4.799.776	2.932	1.415	1.796	19,8	4.266.971	2.650	1.260	1.603	19,5
hausärztliche Internisten	2.269.039	3.166	669	849	9,3	2.041.359	2.924	603	767	9,3
haus- und fachärztliche Kinderärzte	981.157	3.449	289	367	4,0	953.385	3.366	281	358	4,4
Gebietsärztinnen/Gebietsärzte	16.245.471	4.728	4.790	6.077	66,9	14.641.535	4.193	4.322	5.499	66,8
davon:										
Augenärzte	1.736.087	5.692	512	649	7,1	1.446.262	4.742	427	543	6,6
Chirurgen	641.454	3.902	189	240	2,6	524.505	2.676	155	197	2,4
Dermatologen	1.142.879	5.868	337	428	4,7	920.108	4.888	272	346	4,2
Gynäkologen	2.581.757	4.783	761	966	10,6	2.222.626	4.080	656	835	10,1
HNO-Ärzte	1.130.378	4.540	333	423	4,7	946.118	3.834	279	355	4,3
fachärztliche Internisten	861.203	3.391	254	322	3,5	791.140	3.063	234	297	3,6
Nervenärzte und Psychiater	825.037	2.398	243	309	3,4	759.311	2.272	224	285	3,5
Orthopäden	1.495.965	4.901	441	560	6,2	1.314.889	4.201	388	494	6,0
Radiologen	972.143	6.019	287	364	4,0	837.208	5.136	247	314	3,8
Urologen	654.236	4.269	193	245	2,7	575.688	3.726	170	216	2,6
sonstige ³⁾	4.204.332	7.497	1.240	1.573	17,3	4.303.680	7.507	1.270	1.616	19,6
Ärztinnen/Ärzte insgesamt	24.295.443	3.933	7.164	9.089	100,0	21.903.250	3.533	6.466	8.226	100,0

¹⁾ Behandlungsfälle von Psychologischen Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten zählen nicht dazu.

²⁾ Durchschnittliche Bevölkerung.

³⁾ Gesetzlich Krankenversicherte zum Stichtag 01.07.

⁴⁾ Zusammengefasst wurden: Anästhesisten, Laborärzte, Lungenärzte, MKG-Ärzte, Kinder- und Jugendpsychiater, Neurochirurgen, Pathologen, psychotherapeutisch tätige Ärzte, Nuklearmedizin, Ärzte für Physiotherapie und fachübergreifende Gemeinschaftspraxen.

(Datenquelle: KV Berlin / Berechnung: KV Berlin)

Tabelle 7.2.31:
Struktur der abgerechneten ärztlichen Leistungsbereiche (ambulant) der Vertragsärztinnen/-ärzte
in Berlin 2002 - 2004

Indikator 7.21

Leistungsgruppe ¹⁾	Abgerechnete Leistungen ¹⁾ in Punktzahlen					
	2002		2003		2004	
	in Mio.	Anteil in %	in Mio.	Anteil in %	in Mio.	Anteil in %
Grundleistungen EBM-Kap. B	14.831	80,9	15.618	82,3	14.544	83,4
darunter:						
Beratung / Betreuung / Ganzkörper-Status EBM-Kap. B II	3.476	19,0	3.536	18,6	3.415	19,6
Besuche / Visiten EBM-Kap. B III	1.314	7,2	1.318	6,9	1.208	6,9
Sonderleistungen EBM-Kap. C	1.405	7,7	1.371	7,2	1.210	6,9
Physik. Med. Leistungen EBM-Kap. E	420	2,3	376	2,0	270	1,5
Strahlendiagnostik EBM-Kap. Q	1.678	9,2	1.615	8,5	1.405	8,1
insgesamt	18.334	100,0	18.980	100,0	17.429	100,0

¹⁾ Ohne Laborleistungen, da es sich bei diesen Werten um Euro-Beträge handelt.
(Datenquelle: KV Berlin / Berechnung: KV Berlin)

Tabelle 7.2.32:

Indikator 7.22

Inanspruchnahme ambulanter psychotherapeutischer Versorgung durch Psychotherapeutinnen/
Psychotherapeuten (PT) und Ärztinnen/Ärzte (nach § 72 SGB V und PsychThG) in Berlin 2000 - 2004

Jahr	Ambulante Behandlungsfälle																				
	insgesamt							davon in der Fachgruppe Psychologische Psychotherapeuten (PPT) und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten (KJPT)													
	ärztliche Psychotherapeuten							zusammen													
	absolut	je Arzt	je 1.000 Einw. ¹⁾	je 1.000 Versi- cherte ²⁾	Anteil in %	absolut	je Arzt	je 1.000 Einw. ¹⁾	je 1.000 Versi- cherte ²⁾	Anteil in %	absolut	je PT	je 1.000 Einw. ¹⁾	je 1.000 Versi- cherte ²⁾	Anteil in %						
2000	160.306	110	47	58	100,0	22.795	188	7	8	14,2	137.511	102	41	50	85,8	121.565	92	75,8	15.946	797	9,9
2001	176.100	122	52	65	100,0	19.864	155	6	7	11,3	156.236	118	46	58	88,7	136.538	105	77,5	19.689	838	11,2
2002	209.038	129	62	78	100,0	21.865	148	6	8	10,5	187.173	128	55	70	89,5	164.300	114	78,6	22.873	953	10,9
2003	233.484	131	69	87	100,0	26.756	151	8	10	11,5	206.708	129	61	77	88,5	181.783	115	77,9	24.925	959	10,7
2004	240.755	128	71	90	100,0	24.567	127	7	9	10,2	216.188	129	64	81	89,8	191.008	115	79,3	25.180	899	10,5

¹⁾ Durchschnittliche Bevölkerung.²⁾ Gesetzlich Krankenversicherte zum Stichtag 01.07.

(Datenquelle: KV Berlin / Berechnung: KV Berlin / SenGesSozV - II A -)

Tabelle 7.2.33:

**Im Sozialpsychiatrischen Dienst (SpD) untersuchte Personen in Berlin 2004
nach Geschlecht, ausgewählten Altersgruppen und Diagnosen**

Untersuchte / Diagnose	ICD-10 Nrn.	Insgesamt	Davon:		Darunter im Alter von ... bis ... Jahren											
			männl.	weibl.	18 - 19		20 - 24		25-44		45 - 64		65 u. älter			
					m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.		
Untersuchte insgesamt¹⁾	x	19.671	10.586	9.085	415	311	1.271	845	4.462	2.979	3.140	2.432	1.269	2.499		
je 10.000 Einwohner ²⁾	x	68,5	76,4	61,3	112,6	86,1	114,5	73,5	78,2	55,4	69,8	53,6	59,2	74,1		
davon mit der Diagnose:					in %											
nicht psychisch krank	000	2,0	1,8	2,1	2,4	3,9	1,6	2,2	1,4	1,4	1,5	1,6	3,8	3,3		
organische einschl. symptomatischer psychischer Störungen	F0	13,3	8,9	18,3	1,4	1,6	1,9	2,4	3,0	2,7	8,1	7,1	41,2	55,4		
dar.: Demenz bei Alzheimer-Krankheit	F00	3,3	1,8	5,1	0,2	0,6	0,2	0,2	0,3	0,5	1,1	1,3	11,0	16,4		
vaskuläre Demenz	F01	2,6	1,4	4,1	-	-	0,2	0,2	0,0	0,1	0,9	1,0	9,1	13,8		
nicht näher bezeichnete Demenz	F03	0,6	0,4	0,9	-	-	-	-	0,2	0,1	0,4	0,6	1,4	2,4		
psychische u. Verhaltensstörungen durch psychotrope Substanzen	F1	21,2	28,6	12,6	13,7	5,8	20,1	9,8	28,4	14,2	37,1	17,8	22,6	7,5		
dar.: Störungen durch Alkohol	F10	14,6	19,7	8,7	1,9	0,3	3,9	3,3	15,9	7,6	33,2	14,9	21,7	6,7		
Störungen durch multiplen Substanzgebrauch und Konsum anderer psychotroper Substanzen	F19	3,6	4,6	2,3	4,6	2,9	6,9	3,0	6,9	3,7	2,3	2,3	0,5	0,3		
Schizophrenie, schizotypen und wahnhafte Störungen	F2	17,8	17,2	18,5	10,1	5,1	20,5	12,3	20,5	23,0	15,6	22,7	8,3	13,0		
dar.: Schizophrenie	F20	13,0	13,1	12,8	8,0	4,2	15,4	9,0	16,2	16,9	11,4	15,0	5,8	8,2		
affektive Störungen	F3	9,7	8,5	11,0	2,9	6,8	4,5	7,2	8,9	11,8	11,2	17,2	7,0	5,9		
neurotische, Belastungs- und somatoforme Störungen	F4	8,6	6,7	10,8	6,3	13,8	7,8	13,1	7,4	14,4	6,7	13,5	2,8	2,8		
Verhaltensauffälligkeiten mit körperlichen Störungen und Faktoren	F5	0,7	0,5	1,0	1,0	3,5	0,9	2,2	0,5	1,4	0,4	0,7	0,2	-		
Persönlichkeits- und Verhaltensstörungen	F6	7,2	7,2	7,3	9,2	18,3	10,9	16,4	8,4	9,7	5,4	5,6	3,0	1,6		
Intelligenzminderung	F7	13,0	14,2	11,5	35,4	30,2	25,3	26,5	16,0	15,5	8,8	8,3	2,5	2,2		
dar.: leichte Intelligenzminderung	F70	7,5	8,2	6,7	22,7	17,4	16,0	17,3	8,6	8,4	5,3	5,0	1,3	1,5		
mittelgradige Intelligenzminderung	F71	3,4	3,9	2,9	8,0	7,4	6,6	5,4	4,9	4,4	2,1	1,8	0,8	0,5		
schwere Intelligenzminderung	F72	1,4	1,4	1,4	2,9	3,2	1,7	2,4	1,8	2,1	0,9	1,1	0,4	0,2		
schwerste Intelligenzminderung	F73	0,4	0,4	0,4	1,2	1,3	0,6	0,9	0,5	0,5	0,2	0,3	0,1	0,0		
nicht näher bezeichnete psychische Störungen	F99	6,6	6,4	6,9	17,6	10,9	6,7	7,7	5,5	6,0	5,2	5,4	8,6	8,4		
insgesamt	x	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0		

¹⁾ Umfasst nur die Untersuchten, für die eine Diagnose erstellt wurde.

²⁾ Spalten "insgesamt", "männlich" und "weiblich": Untersuchte ab 18 Jahren bezogen auf die entsprechende Bevölkerung ab 18 Jahren.
(Datenquelle: SenGesSozV Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 7.2.34:
Struktur der abgerechneten vertragszahnärztlichen Leistungsbereiche (ambulant)
in Berlin 2002 - 2004

Indikator 7.24

Behandlungsart	Abrechnungs-/Leistungsfälle								
	2002			2003			2004		
	absolut	je 1.000 Versi- cherte 1)	Anteil in %	absolut	je 1.000 Versi- cherte 1)	Anteil in %	absolut	je 1.000 Versi- cherte 1)	Anteil in %
konservierend-chirurgische Leistung	4.126.217	1.538	81,7	4.244.783	1.588	82,0	3.693.816	1.387	80,9
kieferorthopädische Behandlung	298.662	111	5,9	267.027	100	5,2	234.711	88	5,1
Zahnersatz-Behandlung	529.520	197	10,5	557.737	209	10,8	545.549	205	12,0
Parodontose-Behandlung	29.475	11	0,6	30.382	11	0,6	29.948	11	0,7
kieferchirurgische Behandlung	69.001	26	1,4	78.190	29	1,5	61.132	23	1,3
insgesamt	5.052.875	1.883	100,0	5.178.119	1.937	100,0	4.565.156	1.715	100,0

¹⁾ Gesetzlich Krankenversicherte zum Stichtag 01.07.

(Datenquelle: KZV Berlin / Berechnung: KZV Berlin / SenGesSozV - II A -)

● **Inanspruchnahme von Rettungsfahrten und Krankentransporten sowie Leistungen und Inanspruchnahme des Ärztlichen Bereitschaftsdienstes und der Erste-Hilfe-Stellen der KV Berlin**

Tabelle 7.2.35:

Einsätze von Krankentransportwagen, Rettungswagen, Notarzteinsatzfahrzeugen und Notarztwagen in Berlin 2002 - 2004

Indikator 7.25

Jahr	Krankentransportwagen (KTW)		Rettungswagen (RTW) ¹⁾		Notarzteinsatzfahrzeuge (NEF)		Notarztwagen (NAW)		Rettungshubschrauber	
	Anzahl	Einsätze	Anzahl	Einsätze	Anzahl	Einsätze	Anzahl	Einsätze	Anzahl	Einsätze
2002	540	924.141	120	259.067	1	466	14	48.418	1	2.176
2003	650	826.787	120	262.584	1	2.912	14	49.703	1	2.454
2004	609	620.933	124	257.536	2	5.982	13	49.198	1	2.342

¹⁾ Einschließlich Rettungswagen, die nicht auf den Stationen der Feuerwehr stationiert sind.

(Datenquelle: SenInn Berlin)

Tabelle 7.2.36:

Leistungen des Ärztlichen Bereitschaftsdienstes der Kassenärztlichen Vereinigung Berlin 1995 - 2004

Jahr	Hausbesuche ¹⁾	Telefonische ärztliche Beratungen	Krankenhaus-einweisungen und Vorstellungen ²⁾	Häusliche Krankenpflege	Leichenschau ³⁾
1995	222.681	20.361	22.140	181	-
1996	212.443	20.188	20.400	215	-
1997	214.682	20.712	20.764	249	-
1998	209.141	22.228	20.545	170	-
1999	199.716	21.546	18.731	140	-
2000	186.244	20.272	17.945	89	-
2001	180.801	20.859	17.860	69	-
2002	179.444	23.767	17.044	40	-
2003	172.805	23.020	16.852	39	-
2004	144.606	19.679	16.394	16	2.885

¹⁾ Die Anzahl der Anrufe ist ca. dreimal so hoch wie die Zahl der Hausbesuche.

²⁾ Vorstellung zur weiteren Diagnostik und Krankenhauseinweisung.

³⁾ Eigenständiger Leichenschauendienst durch den Ärztlichen Bereitschaftsdienst seit 01.05.2004; zuvor waren die Leichenschauen in den Hausbesuchen enthalten.

(Datenquelle: KV Berlin)

Tabelle 7.2.37:
Fallzahlen in den Erste-Hilfe-Stellen der Kassenärztlichen Vereinigung Berlin 1995 - 2004

Jahr	Insgesamt	Kreuzberg	Wedding ¹⁾	Lichtenberg ²⁾	Wilmersdorf ¹⁾
1995	66.281	26.723	20.490	4.553	14.515
1996	52.411	24.338	19.794	3.944	4.335
1997	50.682	25.451	20.718	4.513	-
1998	51.278	24.855	21.540	4.883	-
1999	52.029	25.020	20.791	6.218	-
2000	52.549	25.517	19.939	7.093	-
2001	32.419	24.926	-	7.493	-
2002	34.100	25.829	-	8.271	-
2003	32.361	24.412	-	7.949	-
2004	27.939	20.281	-	7.658	-

¹⁾ Schließung der Erste-Hilfe-Stellen in Wedding am 18.12.2000, in Wilmersdorf am 02.05.1996.

²⁾ Kinderärztlicher Bereitschaftsdienst im Krankenhaus Lindenhof (nur Kinder).

(Datenquelle: KV Berlin)

Tabelle 7.2.38:
Durch Vertragsärztinnen/-ärzte versorgte Patienten (Fallzahlen) in den Erste-Hilfe-Stellen / Rettungsstellen in Krankenhäusern in Berlin 1997 - 2004 (Kooperationsverträge zwischen der Kassenärztlichen Vereinigung Berlin und Berliner Krankenhäusern)

Jahr	DRK-Kliniken Westend / Kinder ¹⁾	DRK-Kliniken Westend ²⁾	DRK-Krankenhaus Köpenick / Kinder ³⁾	DRK-Krankenhaus Köpenick ⁴⁾	St. Joseph-Krankenhaus (Tempelhof) / Kinder ⁵⁾	DRK-Kliniken Mark Brandenburg / Kinder ⁶⁾	DRK-Kliniken Mark Brandenburg ⁶⁾
1997	1.292	-	-	-	-	-	-
1998	6.150	-	233	-	-	-	-
1999	5.906	1.369	2.967	-	1.150	-	-
2000	6.210	2.357	3.394	1.491	8.012	390	395
2001	6.936	2.726	3.721	3.116	8.229	5.882	6.808
2002	7.559	3.072	3.970	3.357	8.609	6.441	6.754
2003	7.252	796	3.719	718	8.415	6.515	6.367
2004	6.500	-	3.234	-	7.882	5.947	5.113

¹⁾ Seit 01.11.1997: Kinderärztlicher Bereitschaftsdienst durch niedergelassene Kinderärzte.

²⁾ Vom 01.04.1999 bis 31.03.2003: Allgemeinmedizinisch/internistische Versorgung durch niedergelassene Ärzte.

³⁾ Seit 01.12.1998: Kinderärztlicher Bereitschaftsdienst durch niedergelassene Kinderärzte in der Rettungsstelle.

⁴⁾ Vom 01.07.2000 bis 31.03.2003: Präsenzzeiten von niedergelassenen Ärzten in der Rettungsstelle zur allgemeinmedizinisch/internistischen Versorgung.

⁵⁾ Seit 01.11.1999: Kinderärztlicher Bereitschaftsdienst durch niedergelassene Kinderärzte in der Erste-Hilfe-Stelle.

⁶⁾ Seit 18.11.2000: Allgemeinmedizinisch/internistische Versorgung durch niedergelassene Ärzte in der Erste-Hilfe-Stelle.

(Datenquelle: KV Berlin)

Inanspruchnahme und Leistungen der stationären/teilstationären Versorgung

● Inanspruchnahme und Leistungen von Krankenhäusern

Tabelle 7.2.39:
Behandlungsfälle (einschließlich Stundenfälle) sowie Berechnungs- und Belegungstage
in Krankenhäusern in Berlin 1990 - 2004
nach Art des Krankenhauses

Indikator 7.26

Jahr	In Krankenhäusern insgesamt		Davon:	
	absolut	je 1.000 Einw.	in allgemeinen Krankenhäusern	in sonstigen Krankenhäusern
Krankenhausfälle ¹⁾				
1990	631.589	184,7	617.108	14.481
1991	630.084	183,2	619.423	10.661
1992	642.217	185,9	633.072	9.145
1993	637.698	183,7	628.221	9.477
1994	640.684	184,3	631.039	9.645
1995	632.886	182,3	626.704	6.183
1996	639.187	184,4	632.733	6.454
1997	649.244	188,5	645.798	3.446
1998	677.818	198,5	673.591	4.227
1999	692.263	204,0	687.358	4.905
2000	697.609	206,1	692.289	5.321
2001	690.244	203,9	684.536	5.708
2002	694.028	204,7	687.899	6.129
2003	691.115	203,8	684.861	6.254
2004	694.724	205,1	684.027	10.697
Belegungs- und Berechnungstage ²⁾				
1990	13.120.046	3.836,1	11.657.871	1.462.175
1991	12.540.081	3.646,6	11.437.041	1.103.040
1992	12.237.501	3.542,4	11.283.215	954.286
1993	11.797.379	3.399,3	10.882.620	914.759
1994	11.272.871	3.241,9	10.459.898	812.973
1995	10.724.916	3.089,9	10.153.946	570.970
1996	8.840.106	2.550,1	8.476.440	363.666
1997	7.876.036	2.286,2	7.764.609	111.427
1998	7.726.931	2.263,1	7.616.457	110.474
1999	7.400.450	2.180,9	7.287.857	112.593
2000	7.084.923	2.093,6	6.972.579	112.344
2001	6.695.802	1.978,0	6.581.741	114.061
2002	6.456.707	1.904,5	6.330.371	126.336
2003	6.220.621	1.834,2	6.095.345	125.276
2004	6.064.587	1.790,3	5.838.181	226.406

¹⁾ Nach Novellierung der Krankenhausstatistik-Verordnung (vom 13.08.2001) einschließlich Stundenfälle.

²⁾ Bis 2001 Pflgeetage.

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil I: Grunddaten / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 7.2.40:

Indikator 7.27

Bettenauslastung und durchschnittliche Verweildauer in den Krankenhäusern in Berlin 1990 - 2004 nach Art des Krankenhauses

Jahr	Bettenauslastung (in %)			Verweildauer (in Tagen)		
	insgesamt	in allgemeinen Krankenhäusern	in sonstigen Krankenhäusern	insgesamt	in allgemeinen Krankenhäusern	in sonstigen Krankenhäusern
1990	88,0	87,9	88,4	20,8	18,9	101,0
1991	86,1	85,8	89,6	19,9	18,5	103,5
1992	88,2	87,7	94,7	19,1	17,8	104,4
1993	87,9	87,5	92,4	18,5	17,3	96,5
1994	86,7	86,6	88,7	17,6	16,6	84,3
1995	87,0	86,7	91,3	16,9	16,2	92,4
1996	83,8	83,4	93,3	13,8	13,4	56,4
1997	81,5	81,4	88,5	12,1	12,0	32,3
1998	84,3	84,2	91,2	11,4	11,3	26,1
1999	83,9	83,8	91,5	10,7	10,6	23,0
2000	83,1	83,1	87,7	10,2	10,1	21,1
2001	81,1	80,9	98,3	9,7	9,6	20,0
2002	82,6	82,4	94,1	9,3	9,2	20,6
2003	81,2	81,0	90,3	9,0	8,9	20,0
2004	80,7	80,3	93,4	8,7	8,5	21,2

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil I: Grunddaten / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 7.2.41:
Behandlungsfälle (einschließlich Stundenfälle), durchschnittliche Verweildauer und Bettenauslastung
in allgemeinen Krankenhäusern in Berlin 1990 - 2004
nach Trägerbereichen

Jahr	In allgemeinen Krankenhäusern			
	insgesamt	davon:		
		öffentlich	freigemein- nützig	privat
Behandlungsfälle ¹⁾				
1990	617.108	448.566	141.991	26.551
1991	619.423	450.992	141.815	26.617
1992	633.072	419.685	185.876	27.512
1993	628.221	404.015	195.466	28.740
1994	631.039	402.957	204.007	24.076
1995	626.704	387.547	215.046	24.111
1996	632.733	380.487	228.341	23.906
1997	645.798	372.001	237.906	35.892
1998	673.591	374.824	259.548	39.220
1999	687.358	378.708	265.443	43.208
2000	692.289	371.725	273.440	47.124
2001	684.536	319.683	274.733	90.120
2002	687.899	316.047	282.390	89.463
2003	684.861	310.962	286.474	87.425
2004	684.027	309.210	267.744	107.073
Verweildauer in Tagen				
1990	18,9	16,5	25,6	23,2
1991	18,5	16,0	25,6	22,4
1992	17,8	14,8	24,1	21,5
1993	17,3	15,2	21,4	20,2
1994	16,6	14,3	20,3	23,2
1995	16,2	14,3	18,8	22,6
1996 ²⁾	13,4	13,1	14,2	10,0
1997	12,0	12,0	12,5	9,3
1998	11,3	11,2	11,8	9,0
1999	10,6	10,4	11,3	8,2
2000	10,1	9,9	10,8	7,5
2001	9,6	9,6	10,3	7,6
2002	9,2	9,1	9,9	7,3
2003	8,9	8,7	9,6	7,3
2004	8,5	8,5	9,1	7,3
Bettenauslastung in %				
1990	87,9	86,4	90,7	90,8
1991	85,8	83,8	89,2	91,0
1992	87,7	85,8	90,2	89,8
1993	87,5	86,7	88,7	88,3
1994	86,6	85,7	88,1	84,6
1995	86,7	87,0	86,8	84,4
1996	83,4	85,1	82,6	65,6
1997	81,4	83,2	80,4	70,1
1998	84,2	85,2	84,5	72,0
1999	83,8	85,2	83,7	71,3
2000	83,1	84,1	83,8	68,9
2001	80,9	82,3	81,2	73,5
2002	82,4	84,5	82,0	76,1
2003	81,0	83,6	80,3	74,2
2004	80,3	84,4	78,7	72,8

¹⁾ Nach Novellierung der Krankenhausstatistik-Verordnung (vom 13.08.2001) einschließlich Stundenfälle.

²⁾ Der starke Rückgang der Verweildauer 1996 gegenüber den Vorjahren wurde verursacht durch den Wegfall der Chronikerbetten.

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil I: Grunddaten / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 7.2.42:
Personaleinsatz in Krankenhäusern in Berlin 1991 - 2004

Indikator 7.28

Jahr	Vollkräfte je 100 belegte Betten ¹⁾					
	Ärztliches Personal			Personal im Pflegedienst		
	insgesamt	in allgemeinen Krankenhäusern	in sonstigen Krankenhäusern	insgesamt	in allgemeinen Krankenhäusern	in sonstigen Krankenhäusern
1991	18,8	19,9	7,1	57,2	58,1	47,4
1992	19,7	20,8	7,0	58,5	59,0	52,0
1993	19,5	20,6	7,4	61,6	62,3	53,6
1994	20,9	21,9	8,2	65,9	66,4	59,9
1995	23,7	24,6	7,9	69,6	70,0	62,3
1996	28,3	29,0	12,6	77,6	77,6	77,9
1997	31,7	31,9	18,7	82,0	82,1	77,3
1998	32,6	32,7	20,8	80,6	80,6	79,3
1999	33,9	34,2	18,8	80,9	81,0	75,9
2000	34,5	34,8	19,9	80,2	80,2	79,8
2001	34,8	35,0	18,9	82,1	82,2	78,1
2002	36,0	36,3	21,1	81,1	81,2	74,5
2003	38,4	38,8	22,1	81,7	81,8	77,8
2004	39,9	40,7	19,2	81,1	81,6	68,1

¹⁾ Vollkräfte x Kalendertage x 100 / Berechnungs- und Belegungstage.

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil I: Grunddaten / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 7.2.43:
Krankenhaustätigkeit und durchschnittliche Verweildauer in Berlin 1998 - 2004
nach Fachabteilungen

Indikator 7.29

Fachabteilung ¹⁾	Krankenhausfälle ²⁾ je 1.000 Einwohner							Verweildauer (in Tagen)						
	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Augenheilkunde	6,4	6,9	6,9	6,8	6,4	6,1	5,5	4,6	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,0
Chirurgie ³⁾	53,5	51,4	53,1	51,9	48,2	47,6	47,4	9,2	9,3	8,7	8,5	8,1	7,8	7,7
dar.: Gefäßchirurgie	1,8	1,7	1,4	2,6	3,1	2,0	2,2	8,5	8,9	8,2	7,8	8,2	6,9	7,7
Thoraxchirurgie ⁴⁾	2,0	3,1	2,7	2,7	0,8	.	0,7	9,2	9,5	10,2	10,4	13,3	.	13,1
Unfallchirurgie	11,1	10,6	11,0	10,8	11,5	11,3	11,4	10,4	10,6	9,4	9,1	8,6	8,6	8,5
Viszeralchirurgie ⁵⁾	2,9	8,6	8,6	8,2	7,4	7,4
Frauenheilkunde und Geburtshilfe ⁶⁾	58,2	58,4	57,2	54,8	54,2	51,8	47,9	5,8	5,4	5,2	5,0	4,8	4,6	4,6
dar.: Frauenheilkunde ⁶⁾	31,0	31,5	30,4	27,5	25,9	20,7	17,5	6,2	5,7	5,4	5,2	5,0	4,8	5,0
Geburtshilfe ⁶⁾	47,8	47,6	47,9	44,2	41,3	36,1	36,5	4,6	4,4	4,4	4,4	4,4	4,3	4,2
Hals-, Nasen-, Ohrenheilkunde	7,2	7,3	7,2	7,0	6,9	6,8	6,5	6,6	6,2	5,9	5,6	5,3	5,0	5,0
Haut- u. Geschlechtskrankheiten	2,1	2,0	2,0	2,0	2,0	2,2	2,3	12,8	11,4	10,8	10,3	9,7	8,8	8,2
Herzchirurgie ^{7) 8)}	2,1	2,1	7,7	8,0
Innere Medizin	74,9	74,3	77,0	76,8	77,1	76,0	76,6	11,3	10,9	10,2	9,6	9,3	9,1	8,8
dar.: Endokrinologie	1,2	0,8	2,5	2,3	0,4	.	.	11,6	10,1	4,4	4,0	13,1	.	.
Gastroenterologie	11,7	12,4	13,2	14,3	14,7	14,5	14,4	10,2	9,8	8,6	8,4	8,2	7,7	7,2
Hämatologie u. internist. Onkologie	3,5	3,6	3,6	3,3	3,8	4,7	4,7	8,5	8,2	8,1	8,5	8,8	8,5	8,7
Kardiologie	16,0	17,6	18,1	19,6	19,8	21,0	21,4	8,4	7,8	7,3	6,6	6,8	6,7	6,4
Klinische Geriatrie ⁹⁾	32,9	39,9	39,2	40,2	39,0	37,0	37,4	22,1	21,1	20,3	19,1	18,0	17,9	17,1
Nephrologie	4,3	3,5	4,5	4,1	3,2	3,8	3,9	8,8	11,2	8,9	9,3	10,2	9,5	9,7
Pneumologie	6,0	5,8	3,7	3,7	5,1	5,3	5,8	7,0	6,6	9,2	8,9	7,9	7,4	6,7
Rheumatologie ¹⁾	1,3	1,0	1,0	1,0	.	.	1,3	18,5	18,0	16,5	15,4	.	.	12,2
Kinderchirurgie ^{8) 10)}	14,2	16,0	15,3	12,1	.	9,1	18,2	5,3	5,0	4,8	4,9	.	4,9	3,1
Kinderheilkunde ¹¹⁾	77,8	80,6	85,2	87,0	88,9	71,1	69,4	6,8	6,8	6,4	6,1	6,0	5,8	5,6
dar.: Neonatologie ¹²⁾	156,8	181,2	207,2	11,1	9,8	9,0
Kinder- u. Jugendpsychiatrie und Kinder- u. Jugendpsychotherapie ¹³⁾	2,0	2,6	2,5	2,4	2,7	3,1	3,1	50,9	38,0	33,1	33,7	27,7	27,9	29,0
Mund-, Kiefer-, Gesichtschirurgie	1,8	1,9	1,8	1,8	1,8	1,8	1,8	6,8	6,4	5,9	5,4	5,2	5,1	5,0
Neurochirurgie	2,9	3,1	3,3	3,4	3,3	3,2	3,2	10,9	10,9	9,8	9,8	9,8	9,5	9,3
Neurologie	6,5	6,9	7,1	7,4	7,5	7,8	8,2	13,5	12,2	11,3	10,7	10,2	9,1	8,7
Nuklearmedizin	0,7	0,8	0,8	0,6	0,7	0,7	0,7	6,7	5,7	5,9	6,1	5,7	5,6	5,5
Orthopädie	7,3	7,5	7,6	7,5	7,8	7,7	7,6	12,4	12,1	11,2	10,7	10,2	10,1	9,1
dar.: Rheumatologie ¹⁾	0,5	0,5	0,6	0,6	.	.	.	20,6	19,5	17,7	16,4	.	.	.
Plastische Chirurgie ¹⁴⁾	1,2	1,0	1,2	1,1	1,1	1,0	1,0	8,4	8,1	7,5	7,5	5,4	6,1	6,5
Psychiatrie u. Psychotherapie ¹⁵⁾	9,4	10,1	10,1	10,0	10,2	10,4	10,9	26,3	23,1	22,0	21,0	20,0	19,7	18,8
Psychotherapeutische Medizin ¹⁶⁾	0,2	0,3	0,2	0,3	.	.	0,5	39,2	33,2	39,9	34,2	.	.	32,6
Strahlentherapie	1,2	1,3	1,4	1,3	1,2	1,2	1,3	14,5	13,4	11,9	12,8	13,4	12,7	11,6
Urologie	7,3	7,5	7,8	7,8	8,4	7,6	7,8	7,8	7,2	6,8	6,4	5,6	5,8	5,4
sonstige Fachbereiche / Krankenhaus ohne abgegrenzte Fachabteilungen	4,6	3,2	1,7	1,8	1,8	1,7	1,5	4,6	6,3	10,2	9,7	9,1	9,7	10,1
insgesamt ¹⁷⁾	198,5	204,0	206,1	203,9	204,7	203,8	205,1	11,4	10,7	10,2	9,7	9,3	9,0	8,7

¹⁾ Angaben zu den Fachabteilungen Rheumatologie und Kinderkardiologie sind aus Gründen der statistischen Geheimhaltung ab 2002 nicht veröffentlicht.

²⁾ Nach Novellierung der Krankenhausstatistik-Verordnung einschließlich Stundenfälle.

³⁾ Chirurgie ab 2002 ohne Kinderchirurgie, Herzchirurgie und Plastische Chirurgie.

⁴⁾ Bis 2001 Thorax- und Kardiovaskularchirurgie.

⁵⁾ Bis 2001 in allgemeine Chirurgie enthalten.

⁶⁾ Bevölkerungsbezug: Frauen 15 Jahre und älter, Fachabteilung Geburtshilfe: Frauen von 15 bis 44 Jahren.

⁷⁾ Bis 2001 in Chirurgie/Subdisziplin Thorax- und Kardiovaskularchirurgie enthalten, seit 2002 eigenständige Fachabteilung.

⁸⁾ 2002 aus Gründen statistischer Geheimhaltung keine Angabe.

⁹⁾ Bis 2001: Geriatrie. Bevölkerungsbezug: Ältere ab 65 Jahren.

¹⁰⁾ Bis 2001 Subdisziplin der Chirurgie, seit 2002 eigenständige Fachabteilung. Bevölkerungsbezug: Kinder/Jugendliche bis 17 Jahre.

¹¹⁾ Bevölkerungsbezug: Kinder/Jugendliche bis 17 Jahre.

¹²⁾ Ab 2002 als Subdisziplin der Kinderheilkunde gesondert ausgewiesen. Bevölkerungsbezug: Kinder unter 1 Jahr.

¹³⁾ Bis 2001 Kinder- und Jugendpsychiatrie, ab 2002 zusätzlich Kinder- und Jugendpsychotherapie; Bevölkerungsbezug: Kinder/Jugendliche bis 17 Jahre.

¹⁴⁾ Bis 2001 Subdisziplin der Chirurgie, seit 2002 eigenständige Fachabteilung.

¹⁵⁾ Bis 2001 Psychiatrie; ab 2002 Psychiatrie u. Psychotherapie, in dieser Tabelle für 2002 mit Psychotherapeutischer Medizin zusammengefasst.

¹⁶⁾ Bis 2001 Psychosomatik; ab 2002 Psychotherapeutische Medizin, 2002 und 2003 aus Gründen der statistischen Geheimhaltung nicht veröffentlicht; für 2002 in dieser Tabelle mit Fachabteilung Psychiatrie und Psychotherapie zusammengefasst.

¹⁷⁾ Die Fallzahl insgesamt (einrichtungsbezogen) wird im Gegensatz zur fachabteilungsbezogenen Fallzahl ohne die internen Verlegungen berechnet.

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil I: Grunddaten / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 7.2.44:
Bettenauslastung und durchschnittliche Verweildauer in Krankenhäusern in Berlin 1998 - 2004
nach Fachabteilungen

Fachabteilung	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	Veränderung 2004 zu 1998	
Bettenauslastung (in %)									
									%-Pkt.
Augenheilkunde	76,2	75,1	75,5	71,9	71,0	70,2	64,2		-12,1
Chirurgie ¹⁾	82,4	82,6	81,9	80,9	83,2	80,8	80,0		-2,4
Frauenheilkunde und Geburtshilfe	75,0	72,8	71,5	70,6	70,8	67,7	66,1		-8,9
dar.: Geburtshilfe	76,0	75,1	73,1	74,4	74,9	76,2	77,2		
Hals-Nasen-Ohrenheilkunde	86,0	85,1	83,4	83,8	81,4	75,0	72,5		-13,5
Haut- u. Geschlechtskrankheiten	88,1	87,2	83,9	81,4	81,0	84,7	86,7		-1,4
Herzchirurgie ²⁾	³⁾	84,4	85,4		
Innere Medizin	87,1	86,4	85,8	82,0	85,7	84,2	84,6		-2,6
Kinderchirurgie ⁴⁾	³⁾	73,2	74,0		
Kinderheilkunde	72,2	73,2	73,6	72,4	71,4	71,2	68,5		-3,7
Kinder- und Jugendpsychiatrie u. -psychotherapie ⁵⁾	80,0	75,0	85,8	81,6	83,3	89,3	82,8		2,8
Mund-Kiefer-Gesichts Chirurgie	75,6	71,3	70,2	69,8	66,6	64,0	62,8		-12,8
Neurochirurgie	85,7	82,5	83,4	82,0	82,5	80,5	76,5		-9,3
Neurologie	90,2	88,6	88,6	84,4	85,2	80,8	82,6		-7,5
Nuklearmedizin	87,8	79,9	78,1	70,5	76,0	72,4	70,3		-17,5
Orthopädie	86,4	86,8	82,6	83,2	80,4	80,0	72,1		-14,4
Plastische Chirurgie ⁶⁾	66,1	58,9	73,6	70,9	66,2	72,4	73,2		7,1
Psychiatrie u. Psychotherapie ⁷⁾	88,4	90,5	89,2	90,1	88,6	91,3	93,7		5,4
Psychotherapeutische Medizin ⁸⁾	91,0	95,0	92,2	102,9	³⁾	³⁾	90,9		-0,1
Strahlentherapie	85,6	85,2	83,7	79,0	83,7	82,7	84,1		-1,5
Urologie	81,8	81,3	79,3	75,4	78,9	75,9	75,3		-6,5
sonstige/Allgemeinbetten	81,3	81,4	83,2	82,3	83,0	72,7	68,3		-13,0
insgesamt	84,3	83,9	83,1	81,1	82,6	81,2	80,7		-3,6
Verweildauer in Tagen									
								abs.	in %
Augenheilkunde	4,6	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,0	-0,5	-11,5
Chirurgie ¹⁾	9,2	9,3	8,7	8,5	8,1	7,8	7,7	-1,5	-16,1
Frauenheilkunde und Geburtshilfe	5,8	5,4	5,2	5,0	4,8	4,6	4,6	-1,2	-20,8
dar.: Geburtshilfe	4,6	4,4	4,4	4,4	4,4	4,3	4,2	-0,4	-8,7
Hals-Nasen-Ohrenheilkunde	6,6	6,2	5,9	5,6	5,3	5,0	5,0	-1,6	-24,8
Haut- u. Geschlechtskrankheiten	12,8	11,4	10,8	10,3	9,7	8,8	8,2	-4,7	-36,5
Herzchirurgie ²⁾	³⁾	7,7	8,0		
Innere Medizin	11,3	10,9	10,2	9,6	9,3	9,1	8,8	-2,6	-22,5
Kinderchirurgie ³⁾	³⁾	4,9	3,1		
Kinderheilkunde	6,8	6,8	6,4	6,1	6,0	5,8	5,6	-1,2	-17,4
Kinder- und Jugendpsychiatrie u. -psychotherapie ⁴⁾	50,9	38,0	33,1	33,7	27,7	27,9	29,0	-21,9	-43,1
Mund-Kiefer-Gesichts Chirurgie	6,8	6,4	5,9	5,4	5,2	5,1	5,0	-1,9	-27,5
Neurochirurgie	10,9	10,9	9,8	9,8	9,8	9,5	9,3	-1,6	-14,5
Neurologie	13,5	12,2	11,3	10,7	10,2	9,1	8,7	-4,9	-36,1
Nuklearmedizin	6,7	5,7	5,9	6,1	5,7	5,6	5,5	-1,2	-17,4
Orthopädie	12,4	12,1	11,2	10,7	10,2	10,1	9,1	-3,3	-26,6
Plastische Chirurgie ⁵⁾	8,4	8,1	7,5	7,5	5,4	6,1	6,5	-1,9	-22,6
Psychiatrie u. Psychotherapie ⁶⁾	26,3	23,1	22,0	21,0	20,0	19,7	18,8	-7,5	-28,5
Psychotherapeutische Medizin ⁷⁾	39,2	33,2	39,9	34,2	³⁾	³⁾	32,6	-6,6	-16,9
Strahlentherapie	14,5	13,4	11,9	12,8	13,4	12,7	11,6	-2,9	-20,1
Urologie	7,8	7,2	6,8	6,4	5,6	5,8	5,4	-2,3	-30,0
sonstige/Allgemeinbetten	4,6	6,3	10,2	9,7	9,1	9,7	10,1	5,5	120,7
insgesamt	11,4	10,7	10,2	9,7	9,3	9,0	8,7	-2,7	-23,4

¹⁾ Chirurgie ab 2002 ohne Kinderchirurgie, Herzchirurgie und Plastische Chirurgie.

²⁾ Bis 2001 in Chirurgie/Subdisziplin Thorax- und Kardiovaskularchirurgie enthalten, seit 2002 eigenständige Fachabteilung.

³⁾ Aus Gründen statistischer Geheimhaltung keine Angabe.

⁴⁾ Bis 2001 Subdisziplin der Chirurgie, seit 2002 eigenständige Fachabteilung. Bevölkerungsbezug: Kinder/Jugendliche bis 17 Jahre.

⁵⁾ Bis 2001 Kinder- und Jugendpsychiatrie, ab 2002 zusätzlich Kinder- und Jugendpsychotherapie.

⁶⁾ Bis 2001 Subdisziplin der Chirurgie, seit 2002 eigenständige Fachabteilung.

⁷⁾ Bis 2001 Psychiatrie, ab 2002 Psychiatrie und Psychotherapie, hier für 2002 zusammengefasst mit Fachabteilung Psychotherapeutische Medizin.

⁸⁾ Bis 2001 Psychosomatik, ab 2002 Psychotherapeutische Medizin; für 2002 hier mit Fachabt. Psychiatrie/Psychotherapie zusammengefasst.

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil I: Grunddaten / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 7.2.45:
Vor- und nachstationäre sowie teilstationäre Behandlungsfälle und teilstationäre Berechnungstage in Krankenhäusern in Berlin 2003 und 2004 nach Fachabteilungen

Fachabteilung	Behandlungsfälle			Teilstationäre Berechnungstage	Behandlungsfälle			Teilstationäre Berechnungstage
	vorstationär	nachstationär	teilstationär		vorstationär	nachstationär	teilstationär	
	2003				2004			
Fachabteilungen nach Gebiets-/Schwerpunktbezeichnung des leitenden Arztes/der leitenden Ärztin								
Augenheilkunde	1.289	2.374	461	461	2.015	2.356	273	273
Chirurgie ¹⁾	20.490	7.625	-	-	25.781	6.505	-	-
dar: Gefäßchirurgie	1.179	689	-	-	1.192	638	-	-
Thoraxchirurgie ¹⁾	28	134	-	-	22	42	-	-
Unfallchirurgie	4.764	745	-	-	6.338	329	-	-
Viszeralchirurgie	4.224	832	-	-	6.371	1.325	-	-
Frauenheilkunde und Geburtshilfe	6.255	2.496	443	805	7.596	2.715	402	1.804
dar: Frauenheilkunde	3.189	1.427	443	805	5.204	2.043	256	1.516
Geburtshilfe	225	374	-	-	138	190	-	-
Hals-Nasen-Ohrenheilkunde	4.619	4.406	-	-	5.310	3.701	-	-
Haut- und Geschlechtskrankheiten	1.776	2.073	1.844	12.465	-	-	-	-
Innere Medizin	13.413	7.484	10.220	69.047	16.378	6.088	13.985	62.822
dar: Endokrinologie	-	-	-	-	-	-	-	-
Gastroenterologie	5.066	984	965	4.452	5.492	878	1.039	3.464
Hämatologie u. internistische Onkologie	524	1.343	1.566	4.959	657	1.211	1.875	5.348
Kardiologie	4.793	1.315	355	355	5.069	1.078	323	325
Klinische Geriatrie	9	22	1.977	28.381	16	24	1.734	22.573
Nephrologie	178	662	853	13.130	312	644	4.372	13.813
Pneumologie	210	177	-	-	625	154	-	-
Rheumatologie	-	-	-	-	-	-	-	-
Kinderchirurgie	412	444	-	-	558	503	-	-
Kinderheilkunde	1.819	3.656	948	6.351	2.268	3.222	1.484	10.250
dar: Kinderkardiologie	-	-	-	-	-	-	-	-
Neonatologie	-	84	-	-	-	135	-	-
Kinder- u. Jugendpsychiatrie und Kinder- und Jugendpsychotherapie	5	20	1.224	29.737	6	12	1.129	27.601
Mund-Kiefer-Gesichtschirurgie	431	1.967	-	-	687	1.677	-	-
Neurochirurgie	916	239	-	-	975	317	-	-
Neurologie	350	1.060	261	1.464	735	868	211	779
Nuklearmedizin	691	525	-	-	634	359	-	-
Orthopädie	3.334	794	211	3.534	4.525	399	-	-
Plastische Chirurgie	119	253	-	-	490	634	-	-
Psychiatrie und Psychotherapie	614	1.158	4.527	123.737	867	1.010	4.850	131.807
Psychotherapeutische Medizin	-	-	-	-	130	60	239	3.808
Strahlentherapie	104	326	87	1.094	104	184	128	1.536
Urologie	4.846	1.947	-	-	5.206	1.807	-	-
sonstige Fachbereiche/Allgemeinbetten	91	507	-	-	104	420	-	-
insgesamt	61.574	39.354	20.226	248.695	76.261	34.182	24.794	255.474
Fachabteilungen und Besondere Einrichtungen mit gesonderten Abteilungspflegesätzen nach § 13 Abs. 2 BpflV								
Fachabteilung Geriatrie	-	-	865	13.347	-	2	696	10.798
Einrichtungen zur Behandlung von ...								
Aids- Patienten	-	-	-	-	-	-	-	-
Dialysepatienten	-	-	359	6.184	2	-	3.815	10.902
mukoviszidosekranken Patienten	-	-	-	-	-	-	-	-
onkologisch zu behandelnden Patienten	-	-	-	-	-	-	-	-
Einrichtungen zur neonatologischen Intensivbehandlung von Säuglingen	-	72	-	-	-	-	-	-

¹⁾ Einschließlich Herzchirurgie.

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil I: Grunddaten)

● Inanspruchnahme und Leistungen von Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen

Tabelle 7.2.46:
Behandlungsfälle und durchschnittliche Verweildauer in Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen in Berlin 1998 - 2004 nach Fachabteilungen

Indikator 7.31

Jahr	Insgesamt			Davon in der Fachabteilung									
	Fälle	darunter Direkt- aufnahme aus dem Kranken- haus	durch- schnittl. Verweil- dauer in Tagen (VWD)	Innere Medizin		Orthopädie		Neurologie		Sucht		Psycho-somatik	
				Fälle	VWD	Fälle	VWD	Fälle	VWD	Fälle	VWD	Fälle	VWD
1998	2.891	573	36,9	735	31,9	1.440	28,7	716	58,5	1)	1)	1)	1)
1999	3.226	658	30,2	882	28,4	1.584	23,2	761	46,9	1)	1)	1)	1)
2000	3.244	663	27,2	849	27,4	1.660	19,0	735	45,5	1)	1)	1)	1)
2001	3.162	606	29,2	815	26,6	1.517	22,4	831	44,6	1)	1)	1)	1)
2002	3.226	601	26,4	800	26,4	1.620	16,5	807	46,3	1)	1)	1)	1)
2003	2.988	537	26,5	1)	1)	1)	1)
2004	2.888	554	27,0	1)	1)	1)	1)

¹⁾ Fachabteilungen werden in Berlin nicht vorgehalten.
(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil I: Grunddaten)

Tabelle 7.2.47:
Personaleinsatz in Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen in Berlin 1998 - 2004

Indikator 7.32

Jahr	Vollkräfte je 100 belegte Betten ¹⁾			
	insgesamt	ärztliches Personal	nichtärztliches Personal	Pflege- personal
1998	80,1	9,6	70,5	33,6
1999	91,8	10,1	81,7	40,5
2000	88,3	11,2	77,1	39,4
2001	88,9	12,2	76,3	37,5
2002	104,3	13,3	91,0	42,5
2003	109,8	13,8	96,0	46,6
2004	113,2	14,1	99,1	46,0

¹⁾ Berechnung: Vollkräfte x Kalendertage x 100 / Berechnungs- und Belegungstage.
(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil I: Grunddaten / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Inanspruchnahme und Leistungen der Versorgung in Pflegeeinrichtungen

Tabelle 7.2.48:
Pflegebedürftige in Berlin am 15.12./31.12.2003
nach Art der Leistungen und Geschlecht

Indikator 7.33

Pflegebedürftige / Art der Leistung	Weiblich		Männlich		Insgesamt	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Pflegebedürftige insgesamt	63.389	70,7	26.303	29,3	89.692	100,0
je 100.000 der Bevölkerungsgruppe	3.649		1.593		2.647	
davon:		100,0		100,0		
durch ambulante Pflegeeinrichtungen betreut	15.608	24,6	5.074	19,3	20.682	23,1
in stationären Pflegeeinrichtungen betreut	21.124	33,3	5.494	20,9	26.618	29,7
darunter:						
vollstationäre Dauerpflege	20.093	31,7	5.016	19,1	25.109	28,0
Kurzzeitpflege	253	0,4	104	0,4	357	0,4
Tagespflege	778	1,2	374	1,4	1.152	1,3
Pflegegeldempfänger/innen ^{1) 2)}	26.657	42,1	15.735	59,8	42.392	47,3
Pflegebedürftige 65 Jahre und älter	55.163	76,5	16.967	23,5	72.130	100,0
je 100.000 der Bevölkerungsgruppe	16.549		8.156		13.324	
davon:		100,0		100,0		
durch ambulante Pflegeeinrichtungen betreut	14.297	25,9	3.716	21,9	18.013	25,0
in stationären Pflegeeinrichtungen betreut	20.184	36,6	4.187	24,7	24.371	33,8
darunter:						
vollstationäre Dauerpflege	19.256	34,9	3.824	22,5	23.080	32,0
Kurzzeitpflege	242	0,4	86	0,5	328	0,5
Tagespflege	686	1,2	277	1,6	963	1,3
Pflegegeldempfänger/innen ^{1) 2)}	20.682	37,5	9.064	53,4	29.746	41,2
Pflegebedürftige 80 Jahre und älter	40.361	84,1	7.653	15,9	48.014	100,0
je 100.000 der Bevölkerungsgruppe	40.444		25.189		36.884	
davon:		100,0		100,0		
durch ambulante Pflegeeinrichtungen betreut	10.469	25,9	1.922	25,1	12.391	25,8
in stationären Pflegeeinrichtungen betreut	16.618	41,2	2.187	28,6	18.805	39,2
darunter:						
vollstationäre Dauerpflege	16.013	39,7	2.038	26,6	18.051	37,6
Kurzzeitpflege	183	0,5	56	0,7	239	0,5
Tagespflege	422	1,0	93	1,2	515	1,1
Pflegegeldempfänger/innen ^{1) 2)}	13.274	32,9	3.544	46,3	16.818	35,0

¹⁾ Stichtag für die Statistik der Pflegegeldempfänger/innen ist der 31.12.

²⁾ Ohne Empfänger von Kombinationsleistungen, die bereits bei der ambulanten oder stationären Pflege berücksichtigt sind.
 (Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Sonstige(r) Leistungen/Bedarf

Tabelle 7.2.49:

Gewinnung von Blut und Blutbestandteilen in Deutschland 2000 - 2002

Indikator 7.37

Jahr	Spenden und Eigenblutentnahmen insgesamt		Davon:								
			Fremdblutspenden						Eigenblutentnahmen		
			Vollblutspenden			Apheresespenden					
			absolut	%	absolut	%	je 100.000 Einw. ¹⁾	absolut	%	je 100.000 Einw. ¹⁾	absolut
2000	5.263.835	100,0	4.361.040	82,8	5.306,2	686.617	13,0	835,4	216.178	4,1	263,0
2001	6.093.882	100,0	4.529.545	74,3	5.501,1	1.344.870	22,1	1.633,3	219.467	3,6	266,5
2002	6.754.056	100,0	4.661.860	69,0	5.652,0	1.888.153	28,0	2.289,2	204.043	3,0	247,4

¹⁾ Durchschnittliche Bevölkerung.

(Datenquelle: PEI, Bericht zur Meldung nach § 21 Transfusionsgesetz / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 7.2.50:
Verbrauch von Blutprodukten in Deutschland 2000 - 2002

Indikator 7.38

Jahr / Blutprodukte	Verbrauch	
	Zahl der Transfusions- einheiten (Beutel)	je 100.000 Einwohner ¹⁾
2000	Eigenblut und Komponenten daraus	
	Belassen als Vollblut zur Transfusion	27.705
	Erythrozytenkonzentrate ²⁾	119.025
	Thrombozytenkonzentrate ²⁾	467
	Plasma ²⁾	105.479
	Fremdblut und Komponenten daraus	
	Vollblut zur Transfusion	524
	Erythrozytenkonzentrate ²⁾	3.201.589
	Thrombozytenkonzentrate (TK)	288.365
	aus Vollbluteinzelspende	141.300
	Pool-TK aus mehreren Vollblutspenden ³⁾	73.666
	aus Apherese	181.452
	Gefrorenes Frischplasma ²⁾	984.647
2001	Eigenblut und Komponenten daraus	
	Belassen als Vollblut zur Transfusion	19.204
	Erythrozytenkonzentrate ²⁾	110.275
	Thrombozytenkonzentrate ²⁾	787
	Plasma ²⁾	100.051
	Fremdblut und Komponenten daraus	
	Vollblut zur Transfusion	77
	Erythrozytenkonzentrate ²⁾	3.160.556
	Thrombozytenkonzentrate (TK)	265.643
	aus Vollbluteinzelspende	43.468
	Pool-TK aus mehreren Vollblutspenden ³⁾	75.596
	aus Apherese	179.819
	Gefrorenes Frischplasma ²⁾	1.067.043
2002	Eigenblut und Komponenten daraus	
	Belassen als Vollblut zur Transfusion	23.091
	Erythrozytenkonzentrate ²⁾	107.486
	Thrombozytenkonzentrate ²⁾	918
	Plasma ²⁾	92.035
	Fremdblut und Komponenten daraus	
	Vollblut zur Transfusion	3.603
	Erythrozytenkonzentrate ²⁾	3.520.044
	Thrombozytenkonzentrate (TK)	300.636
	aus Apherese	191.458
	Pool-TK aus mehreren Vollblutspenden ³⁾	109.178
	Gefrorenes Frischplasma ²⁾	1.052.483

¹⁾ Durchschnittliche Bevölkerung.

²⁾ Summe der Transfusionseinheiten aus Vollblut und aus Apherese.

³⁾ Aus durchschnittlich 5 Vollblutspenden hergestellt.

(Datenquelle: PEI, Bericht zur Meldung nach § 21 Transfusionsgesetz / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

8. Beschäftigte im Gesundheitswesen

8.1 Ausgewählte Schwerpunkte

8.1.1 Personal im ambulanten, stationären und sonstigen Bereich des Berliner Gesundheitswesens

Laut Erwerbstätigenrechnung (ETR) des Statistischen Landesamtes Berlin gab es 2004 in der deutschen Hauptstadt 1.537.846 Erwerbstätige, von denen rund 180.700, das sind fast 12 %, im Wirtschaftsabschnitt Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen arbeiteten. Während rund 21.400 Personen selbstständig waren, gingen rund 159.200 Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen einer abhängigen Beschäftigung nach, von denen wiederum 143.107 sozialversicherungspflichtig tätig waren.

Der Statistische Bericht „Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort Berlin 31.12.2004“ weist entsprechend der Klassifizierung der Berufe des Statistischen Bundesamtes 91.465 Angehörige der Gesundheitsdienstberufe aus. Zu diesen Berufen zählen Ärzte/Ärztinnen, Zahnärzte/-ärztinnen, Tierärzte/-ärztinnen und Apotheker/innen sowie die übrigen Gesundheitsdienstberufe, zu denen Heilpraktiker/innen, Masseur/Masseurinnen, Medizinische Bademeister/innen, Krankengymnasten/-gymnastinnen, Krankenschwestern/-pfleger, Hebammen/Entbindungshelfer, Helfer/innen der Krankenpflege, Diätassistenten/-assistentinnen, Ernährungsfachleute, Sprechstundenhelfer/innen, Arztsekretäre/-sekretärinnen, Medizinisch-Technische sowie Pharmazeutisch-Technische Assistenten/Assistentinnen und Angehörige therapeutischer Berufe gehören.

Diese Zahl enthält allerdings noch nicht alle im Berliner Gesundheitswesen Arbeitenden. Verschiedene andere Statistiken wie Krankenhausstatistik, Pflegestatistik, Mitgliederstatistik der Ärzte-, Zahnärzte-, Psychotherapeuten- und Apothekerkammer, Statistik des Personals der Gesundheitsämter, der ambulanten Gesundheitseinrichtungen sowie des selbstständigen Medizinalfachpersonals liefern den Nachweis für die insgesamt 136.184 Beschäftigten in den drei Bereichen des Gesundheitswesens in Berlin. 8,9 % der Berliner Erwerbstätigen sind im Gesundheitswesen beschäftigt.

Ende 2004: 136.184
Personen – 8,9 % der
Berliner Erwerbs-
tätigen - im Gesund-
heitswesen beschäftigt

Entwicklung der Beschäftigtenzahlen und Arbeitslosigkeit

Im Vergleich zu 2003 sind 1.315 Personen (1,0 %) weniger in Berlin im gesundheitlichen Bereich beschäftigt. Der *Personalabbau* fand wie in den Jahren zuvor hauptsächlich in den Krankenhäusern, aber auch in den Gesundheitsämtern und Apotheken statt. Von Stellenreduzierungen betroffen waren auch Ärzte und Ärztinnen in Behörden, öffentlich-rechtlichen Körperschaften oder in sonstiger ärztlicher Tätigkeit (vgl. Tabelle 8.2.1).

Die Reduzierung des *Krankenhauspersonals* betrifft alle Berufsgruppen gleichermaßen (vgl. Tabellen 8.2.7, 8.2.16 und 8.2.18). Zahlenmäßig am stärksten betroffen ist die Berufsgruppe der Gesundheits- und Krankenpfleger/innen mit 579 Arbeitskräften weniger als 2003 (das entspricht einem Minus von 3,7 %). Der größte prozentuale Rückgang ist allerdings bei Masseuren/Masseurinnen und medizinischen Bademeistern/Bademeisterinnen mit 11,9 % bzw. 16 Personen zu beobachten.

Veränderte Rahmenbedingungen erfordern eine Neuordnung des *öffentlichen Gesundheitsdienstes* (ÖGD) (vgl. Schwerpunkt 7.1.4). Unter Beachtung der Herausforderungen an einen zukünftigen ÖGD wurde eine einheitliche Grundstruktur für die künftige Aufgabenwahrnehmung in den Leistungs- und Verantwortungszentren Gesundheit (LuV Ges) in allen 12 Bezirken beschlossen. Neben der einheitlichen Grundstruktur sollen Kernaufgaben des ÖGD auch bezirksübergreifend von Zentren bzw.

regionalisierten Diensten wahrgenommen werden. Im Zeitraum von 1991 bis 2004 haben sich die Personalzahlen der *Gesundheitsämter* nahezu halbiert. Gab es 1991 noch 3.571 Mitarbeiter, so waren es 2004 mit 1.887 Hauptamtlichen 47,2 % weniger, die für die Aufgaben der Gesundheitsämter bzw. Leistungs- und Verantwortungszentren Gesundheit der Berliner Bevölkerung zur Verfügung standen (vgl. Tabelle 8.2.21).

Auch die *Apotheken* und andere Einrichtungen des Gesundheitswesens wie *Behörden oder öffentlich-rechtliche Körperschaften* boten weniger Beschäftigungsmöglichkeiten als im Vorjahr. Im Apothekenbereich wurden 247 Personen (3,7 %) weniger beschäftigt, bei den anderen Einrichtungen waren 79 Personen bzw. 3,2 % davon betroffen (vgl. Tabellen 8.2.21 und 8.2.22).

Januar 2006:
8.779 Angehörige
der Gesundheits-
dienstberufe in Berlin
arbeitslos

Korrespondierend zum Abbau von Arbeitsplätzen weist die von der Bundesagentur für Arbeit für Berlin veröffentlichte *Arbeitslosenstatistik nach Berufskennzeichen* im Januar 2005 327.870 Arbeitslose aus. Davon zählten 2,6 % (8.412 Personen) zu den klassischen, d. h. durch unmittelbare Patientenversorgung charakterisierten Gesundheitsdienstberufen. Das entsprach etwa dem Bundesdurchschnitt, der für diese Beschäftigten bei 2,5 % bzw. 125.800 lag. Im Januar 2006 war in Berlin eine geringfügige Zunahme auf 2,8 % zu verzeichnen. Das sind 8.779 Angehörige der Gesundheitsdienstberufe, die in Berlin arbeitslos gemeldet waren. Deutschlandweit lag der Anteil dieser Beschäftigtengruppe an allen von Arbeitslosigkeit Betroffenen weiterhin bei rund 2,5 % bzw. 108.314 wie in Tabelle 8.1 erkennbar.

Tabelle 8.1:

Arbeitslose nach Berufsgruppen in Berlin und Deutschland im Januar 2005 und Januar 2006

Berufsgruppe (Klassifizierung der Berufe, Ausgabe 1992)	Arbeitslose in Deutschland					
	Januar 2005			Januar 2006		
	insgesamt abs.	darunter in Berlin abs.	%	insgesamt abs.	darunter in Berlin abs.	%
84 Ärzte/Ärztinnen, Apotheker/Apothekerinnen	9.240	979	10,6	8.450	1.034	12,2
841 Ärzte/Ärztinnen	6.876	716	10,4	6.495	777	12,0
842 Zahnärzte/-ärztinnen	1.074	96	8,9	977	107	11,0
844 Apotheker/innen	1.290	167	12,9	978	150	15,3
85 übrige Gesundheitsdienstberufe	116.560	7.433	6,4	99.864	7.745	7,8
851 Heilpraktiker/-praktikerinnen	965	108	11,2	964	185	19,2
852 Masseur/Masseurinnen, verwandte Berufe	15.793	1.025	6,5	13.693	1.087	7,9
853 Krankenschwestern, -pfleger / Hebammen/Entbindungspfleger	26.895	1.447	5,4	19.073	1.320	6,9
854 Helfer/innen in der Krankenpflege	22.803	1.976	8,7	19.544	1.997	10,2
855 Diätassistenten/-assistentinnen, Ernährungs- fachleute	3.915	135	3,4	3.266	153	4,7
856 Sprechstundenhelfer/innen	41.901	2.445	5,8	39.632	2.716	6,9
857 Medizinallaboranten/-laborantinnen	4.288	297	6,9	3.692	287	7,8
84 - 85 Gesundheitsdienstberufe	125.800	8.412	6,7	108.314	8.779	8,1
Arbeitslose insgesamt	5.037.142	327.870	6,5	4.291.710	312.169	7,3
Anteil der arbeitslosen Gesundheitsdienstberuf- er an allen Arbeitslosen in %	2,5	2,6		2,5	2,8	

(Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit Nürnberg / Berechnung und Darstellung: SenGesSozV - II A -)

Steigende
Beschäftigtenzahlen
im ambulanten Sektor

Neue Arbeitsplätze entstehen kontinuierlich seit Jahren nur im ambulanten Sektor. Waren 2003 im ambulanten Bereich (ohne Pflegeeinrichtungen) 48.898 Ärzte/Ärztinnen, Zahnärzte/-ärztinnen, Psychotherapeuten/-therapeutinnen, Physiotherapeutinnen/-therapeuten, Sprechstundenhelfer/innen, geringfügig entlohnte Angestellte und selbständiges Medizinalfachpersonal wie z. B. Heilpraktiker/innen und Hebammen tätig, so stieg 2004 die Zahl um 1.147, also um 2,3 %. Eine Zunahme der Beschäftigtenzahlen ist in fast allen Berufsgruppen zu beobachten. Den größten Zuwachs ver-

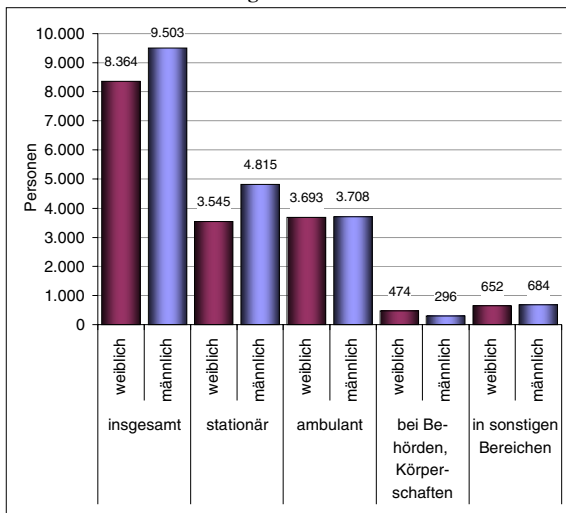
zeichnete das selbstständige Medizinalfachpersonal: Gab es im Jahr 2003 5.820 niedergelassene bzw. freiberuflich tätige Personen in den so genannten übrigen Gesundheitsdienstberufen, lag ihre Zahl 2004 mit 6.123 Personen um 303 bzw. 5 % höher. Die einzigen Berufsgruppen, die auf dem Gebiet der selbständig Tätigen seit 1992 sinkende bzw. stagnierende Beschäftigungszahlen aufweisen, sind wie beim Krankenhauspersonal zum einen die Masseur/Masseurinnen sowie Masseur/Masseurinnen und medizinischen Bademeister/innen, zum anderen die sehr kleine Gruppe der Gesundheits- und Krankenpfleger/innen (vgl. Tabellen 8.2.1 und 8.2.14).

Geschlechts- und Altersverteilung des ärztlichen Personals

Im Jahr 2004 waren 77,0 % aller Beschäftigten im Berliner Gesundheitswesen weiblich. Das stimmt in etwa mit der Frauenquote deutschlandweit von 78,9 % überein. Der prozentuale Anteil schwankt allerdings in den

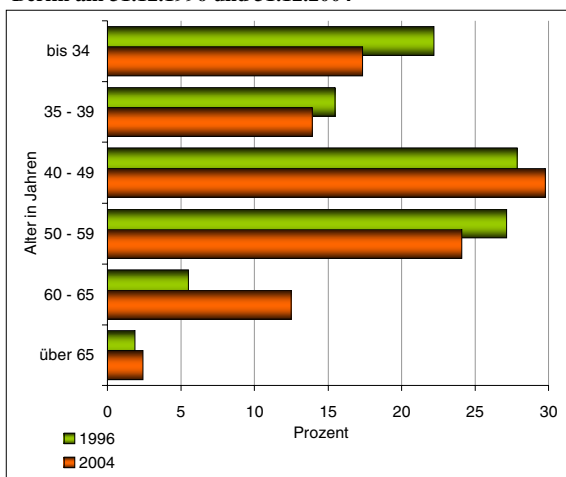
77 % der im Berliner Gesundheitswesen Beschäftigten sind weiblich

Abbildung 8.1:
Berufstätige Ärzte und Ärztinnen in Berlin am 31.12.2004 nach Geschlecht und Tätigkeitsbereichen



(Datenquelle: Ärztekammer Berlin / Berechnung und Darstellung: SenGesSozV - II A -)

Abbildung 8.2:
Altersverteilung der berufstätigen Ärzte und Ärztinnen in Berlin am 31.12.1996 und 31.12.2004



(Datenquelle: Ärztekammer Berlin / Berechnung und Darstellung: SenGesSozV - II A -)

verschiedenen Berufsgruppen. So wird zum Beispiel die Arbeit der Sprechstundenhilfe fast hundertprozentig (98,5 %) von Frauen erledigt. Ebenfalls vorrangig von weiblichen Mitarbeitern werden die Aufgaben in Gesundheitsämtern und Pflegeeinrichtungen ausgeübt (86,6 % bzw. 82,1 %). Von 100 in Apotheken Tätigen sind 80 Frauen. Eine gleichmäßige Verteilung von Männern und Frauen im Beruf ist lediglich beim ärztlichen Personal zu registrieren. In ambulanten Einrichtungen und in als sonstige deklarierten Bereichen sind Ärzte und Ärztinnen etwa in gleicher Zahl beschäftigt. In Krankenhäusern jedoch arbeiteten 4.350 Ärzte und 3.114 Ärztinnen, das entspricht einem Verhältnis von 58 % zu 42 %. Die Tatsache, dass mehr Männer als Frauen in Kliniken arbeiten, ist möglicherweise den vermehrten Nacht- bzw. Bereitschaftsdiensten und Überstunden geschuldet. Entsprechend könnte der höhere Frauenanteil in Behörden (z. B. Gesundheitsämter) und Körperschaften u. a. auf die geregelten Arbeitszeiten zurückzuführen sein. Das Verhältnis Männer zu Frauen beträgt hier 38 % zu 62 % (vgl. Abbildung 8.1, Tabellen 8.2.1 und 8.2.2).

Abbildung 8.2 zeigt die altersmäßige Zusammensetzung der Berliner Mediziner und Medizinerinnen. Im Jahr 1996 gab es in Berlin 17.020 berufstätige Ärzte und Ärztinnen. 2004 stieg die Zahl um 847 auf 17.867. Während dieser Zeit kam es zu Verschiebungen in der Altersstruktur. Machten vor neun Jahren die unter 35-Jährigen einen Anteil von 22,2 % (3.776) aus, sind es 2004 nur noch 17,3 % (3.098). Die Generation der 35- bis 39-Jährigen ist ebenfalls nicht mehr ganz so stark vertreten wie 1996 (2.486 zu 2.631), präsentiert sich nun aber im gleichen prozentualen Anteil wie die 60- bis 65-Jährigen, da sich diese Altersgruppe

seit 1996 von 943 auf 2.228 im Jahr 2004 mehr als verdoppelt hat. Die meisten berufstätigen Ärzte gehörten 2004 wie 1996 den Altersgruppen 40 - 49 Jahre (5.323 Personen) und 50 - 59 Jahre (4.302 Personen) an. Nur wenige Mediziner (430) sind jenseits der 65 noch in ihrem Beruf aktiv tätig, allerdings sind es mehr als vor neun Jahren. Dabei handelt es sich vorrangig um ambulant bzw. niedergelassen tätige Ärztinnen und Ärzte wie aus Abbildung 8.3 ersichtlich ist.

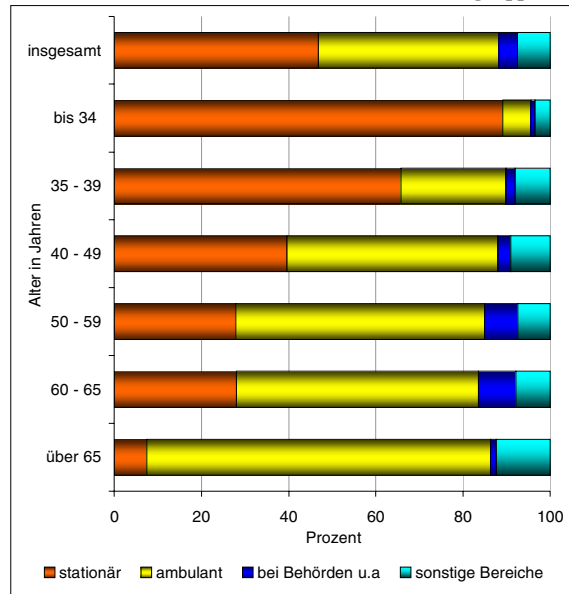
Tätigkeitsbereich junger Ärzte und Ärztinnen fast zu 90 % im Krankenhaus

Abbildung 8.3 zeigt am Beispiel des Jahres 2004, dass bei der altersmäßigen Zusammensetzung des ärztlichen Personals innerhalb der verschiedenen Tätigkeitsbereiche außerordentliche Diskrepanzen vorhanden sind. 17,3 % der Mediziner und Medizinerinnen gehören der Altersklasse unter 35 Jahre an. Davon arbeiten fast 90 % (2.761) im stationären Bereich. Hervorgerufen wurde der hohe Tätigkeitsanteil von jüngeren Ärztinnen und Ärzten in Krankenhäusern hauptsächlich durch die nach dem Studium durchzuführende Ausbildung als Arzt im Praktikum (AiP). Seit 01. Oktober 2004 ist für Studierende der Medizin die Ausbildungsphase „Arzt im Praktikum“ weggefallen. Nach erfolgreicher Ablegung der Ärztlichen Prüfung kann die Approbation als Ärztin oder Arzt beantragt werden. Vor dem 01. Oktober 2004 erteilte AiP-Erlaubnisse sind gegenstandslos geworden. Die Betroffenen konnten ihre Tätigkeit in den Kliniken nach Erhalt der Approbation als Assistenzärzte und -ärztinnen oder in ärztlicher Weiterbildung fortsetzen (vgl. Schwerpunkt 9.1.2).

Von den restlichen 10 % des jungen ärztlichen Personals arbeiten 200 in ambulanten Einrichtungen, 30 in Behörden und Körperschaften und 107 in sonstiger ärztlicher Tätigkeit wie z. B. bei Pharmakonzernen.

Ein völlig anderes Bild vermittelt die Altersgruppe über 65 Jahre. Die Ärzte und Ärztinnen, die jenseits ihres 65. Lebensjahres noch in ihrem Beruf arbeiten, machen 2,4 % der berufstätigen Mediziner und Medizinerinnen aus. Durch das gesetzlich vorgegebene Renteneintrittsalter von 65 Jahren sind Ärzte und Ärztinnen nur in Ausnahmefällen noch im stationären, behördlichen oder sonstigen Bereich als Interimslösung tätig. Die meisten dieser Altersgruppe, 78,8 % bzw. 339 Personen, sind vertrags- und/oder privatärztlich Tätige. Mit steigendem Alter verringert sich der prozentuale Anteil der berufstätigen Ärzte und Ärztinnen in den Krankenhäusern zugunsten der ambulant bzw. niedergelassen Tätigen (vgl. Tabelle 8.2.3).

Abbildung 8.3:
Verteilung der berufstätigen Ärzte und Ärztinnen auf Tätigkeitsbereiche am 31.12.2004 in Berlin nach Altersgruppen



(Datenquelle: Ärztekammer Berlin / Berechnung und Darstellung: SenGesSozV - II A -)

8.2 Tabellen

Beschäftigte im Überblick

Tabelle 8.2.1:
Beschäftigte im Gesundheitswesen (soweit statistisch erfasst) in Berlin 2003 und 2004
nach Berufsgruppen, Tätigkeitsbereich und Geschlecht

Indikatoren 8.1/8.2

Tätigkeitsbereich / Berufsgruppe	2003					2004					
	insgesamt		weibl.		männl.	insgesamt			weibl.		männl.
	abs.	%	abs.	%		abs.	%	Ver- änd. ¹⁾	abs.	%	
ambulanter Bereich	48.898	35,6	38.616	79,0	10.282	50.045	36,7	2,3	39.321	78,6	10.724
Ärztinnen/Ärzte in ambulanten Einrichtungen ²⁾	7.307	5,3	3.669	50,2	3.638	7.401	5,4	1,3	3.693	49,9	3.708
Zahnärztinnen/-ärzte in ambulanten Einrichtungen ³⁾	3.561	2,6	1.772	49,8	1.789	3.570	2,6	0,3	1.789	50,1	1.781
Psychotherapeutinnen/-therapeuten selbst. Medizinalfachpersonal ⁴⁾	3.206	2,3	2.178	67,9	1.028	3.211	2,4	0,2	2.180	67,9	1.031
Physiotherapeutinnen/-therapeuten, Masseurinnen/Masseure, med. Bademeister/innen ⁵⁾	5.820	4,2	4.471	76,8	1.349	6.123	4,5	5,2	4.696	76,7	1.427
Masseurinnen/Masseure, med. Bademeister/innen ⁵⁾	3.224	2,3	2.695	83,6	529	3.213	2,4	-0,3	2.697	83,9	516
Sprechstundenhelfer/innen ⁶⁾	18.316	13,3	18.034	98,5	282	18.319	13,5	0,0	18.044	98,5	275
geringfügig entlohnte Beschäftigte ⁷⁾	7.464	5,4	5.797	77,7	1.667	8.208	6,0	10,0	6.222	75,8	1.986
stationärer Bereich	47.698	34,7	34.546	72,4	13.152	45.626	33,5	-4,3	33.209	72,8	12.417
Krankenhauspersonal ⁸⁾	47.439	34,5	34.345	72,4	13.094	45.360	33,3	-4,4	33.008	72,8	12.352
Personal in Vorsorge- o. Rehaeinr.	259	0,2	201	77,6	58	266	0,2	2,7	201	75,6	65
sonstige Bereiche	40.903	29,7	32.810	80,2	8.093	40.513	29,7	-1,0	32.283	79,7	8.230
Ärztinnen/Ärzte außer in genannten Einrichtungen ⁹⁾	2.506	1,8	1.190	47,5	1.316	2.427	1,8	-3,2	1.121	46,2	1.306
Personal in Pflegeeinrichtungen ¹⁰⁾	29.791	21,7	24.447	82,1	5.344	29.791	21,9	x	24.447	82,1	5.344
stationärer Bereich	16.840	12,2	13.731	81,5	3.109	16.840	12,4	x	13.731	81,5	3.109
ambulanter Bereich	12.951	9,4	10.716	82,7	2.235	12.951	9,5	x	10.716	82,7	2.235
Personal in Gesundheitsämtern	1.951	1,4	1.680	86,1	271	1.887	1,4	-3,3	1.634	86,6	253
Apothekenpersonal	6.655	4,8	5.493	82,5	1.162	6.408	4,7	-3,7	5.081	79,3	1.327
insgesamt¹¹⁾	137.499	100,0	105.972	77,1	31.527	136.184	100,0	-1,0	104.813	77,0	31.371
Anteil an allen Erwerbstätigen und Veränderung der Erwerbstätigenzahlen in %											
Erwerbstätigenrechnung	9,0	8,9	.	0,8	.	.	.
Mikrozensus	9,7	.	15,9	.	4,2	9,7	.	-0,6	15,6	.	4,3

¹⁾ Veränderung zum Vorjahr in %. Bezug in den beiden letzten Zeilen: Veränderung der Erwerbstätigenzahlen insgesamt.

²⁾ Praxisinhaber/innen, -vertreter/innen, -assistentinnen/-assistenten und in Praxen/Einrichtungen nach § 311 SGB V Angestellte; einschließlich Ärztinnen/Ärzte im Praktikum (AiP, seit 01.10.2004 ist die Ausbildungsphase AiP eingestellt).

³⁾ Praxisinhaberinnen, Praxisvertreter/innen, Praxisassistentinnen/-assistenten.

⁴⁾ Niedergelassene Heilpraktiker/innen, Krankenschwestern/-pfleger (seit 2004 Berufsbezeichnung geändert in Gesundheits- und Krankenpfleger), Hebammen/Entbindungspfleger, Logopädinnen/Logopäden, Ergotherapeutinnen/-therapeuten, Physiotherapeutinnen/-therapeuten, Masseurinnen/Masseure und medizinische Bademeister/innen u.a.

⁵⁾ Außer in Gesundheitsämtern sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Im Bereich der Pflegeeinrichtungen können Doppelzählungen enthalten sein.

⁶⁾ Sprechstundenhelfer/innen o.n.A., Arzthelfer/innen, Zahnmedizinische Fachangestellte, Arztsekretärinnen/-sekretäre. Außer in Gesundheitsämtern Beschäftigte.

⁷⁾ Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte in Arzt-, Zahnarzt-, Psychotherapeuten-, Massage-, Heilpraktiker- u. sonstigen Praxen, in Krankentransport- und Rettungsdiensten und in anderen Einrichtungen des Gesundheitswesens, z. B. Labore.

⁸⁾ Personal in Krankenhäusern gemäß KHStatV (ohne Krankenhäuser im Straf- und Maßregelvollzug und Polizeikrankenhäuser) inklusive geringfügig entlohnter Beschäftigter.

⁹⁾ Ärztinnen/Ärzte im stationären Bereich (außer Krankenhäuser gemäß KHStatV und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen), in Behörden (außer Gesundheitsamt) oder öffentlich-rechtlichen Körperschaften und in sonstiger ärztlicher Tätigkeit.

¹⁰⁾ Zweijährliche Erfassung (Beginn 1999), für 2004 sind die Daten des Vorjahres angegeben. Inklusive geringfügig entlohnter Beschäftigter.

¹¹⁾ Seit 2003 veränderte Zusammenstellung, daher ist die Gesamtzahl nicht mit der vorangegangener Jahre vergleichbar.

(Datenquelle: Ärztekammer Berlin / Zahnärztekammer Berlin / Psychotherapeutenkammer Berlin / StaLa Berlin / Bundesagentur für Arbeit - Regionaldirektion Berlin-Brandenburg / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Ausgewählte, im ambulanten und stationären Bereich tätige Berufsgruppen**Tabelle 8.2.2:**
Ärztinnen und Ärzte in Berlin 2001 - 2004 (Stand: 31.12.)
nach Art der Tätigkeit und Geschlecht

Indikator 8.5

Art der Tätigkeit / Geschlecht	Ärztinnen / Ärzte ¹⁾											
	2001			2002			2003			2004		
	abs.	%	dar. AiP	abs.	%	dar. AiP	abs.	%	dar. AiP	abs.	%	dar. AiP ²⁾
insgesamt	24.294	100	1.699	24.555	100	1.728	24.940	100	1.656	25.116	100	-
mit ärztlicher Tätigkeit	17.533	72,2	1.066	17.743	72,3	1.066	17.936	71,9	1.134	17.867	71,1	-
stationär/teilstationär	8.438	34,7	979	8.447	34,4	977	8.565	34,3	1.042	8.360	33,3	-
ambulant (niedergel.+ angestellt) ³⁾	7.104	29,2	51	7.229	29,4	46	7.307	29,3	53	7.401	29,5	-
in sonstiger ärztlicher Tätigkeit	1.991	8,2	36	2.067	8,4	43	2.064	8,3	39	2.106	8,4	-
in Behörden, Körperschaften u.a.	808	3,3	2	792	3,2	3	772	3,1	1	770	3,1	-
in sonstigen Bereichen	1.183	4,9	34	1.275	5,2	40	1.292	5,2	38	1.336	5,3	-
ohne ärztliche Tätigkeit ⁴⁾	6.761	27,8	633	6.812	27,7	662	7.004	28,1	522	7.249	28,9	-
weiblich	11.757	100	833	11.995	100	883	12.174	100	844	12.308	100	-
mit ärztlicher Tätigkeit	8.135	69,2	510	8.291	69,1	526	8.353	68,6	568	8.364	68,0	-
stationär/teilstationär	3.485	29,6	466	3.554	29,6	489	3.593	29,5	521	3.545	28,8	-
ambulant (niedergel.+ angestellt) ³⁾	3.557	30,3	32	3.624	30,2	29	3.669	30,1	39	3.693	30,0	-
in sonstiger ärztlicher Tätigkeit	1.093	9,3	12	1.113	9,3	8	1.091	9,0	8	1.126	9,1	-
in Behörden, Körperschaften u.a.	518	4,4	-	500	4,2	1	488	4,0	-	474	3,9	-
in sonstigen Bereichen	575	4,9	12	613	5,1	7	603	5,0	8	652	5,3	-
ohne ärztliche Tätigkeit ⁴⁾	3.622	30,8	323	3.704	30,9	357	3.821	31,4	276	3.944	32,0	-
Frauenanteil in %	48,4		49,0	48,8		51,1	48,8		51,0	49,0		-
mit ärztlicher Tätigkeit	46,4		47,8	46,7		49,3	46,6		50,1	46,8		-
stationär/teilstationär	41,3		47,6	42,1		50,1	41,9		50,0	42,4		-
ambulant (niedergel.+ angestellt) ³⁾	50,1		62,7	50,1		63,0	50,2		73,6	49,9		-
in sonstiger ärztlicher Tätigkeit	54,9		33,3	53,8		18,6	52,9		20,5	53,5		-
in Behörden, Körperschaften u.a.	64,1		-	63,1		33,3	63,2		-	61,6		-
in sonstigen Bereichen	48,6		35,3	48,1		17,5	46,7		21,1	48,8		-
ohne ärztliche Tätigkeit ⁴⁾	53,6		51,0	54,4		53,9	54,6		52,9	54,4		-
männlich	12.537	100	866	12.560	100	845	12.766	100	812	12.808	100	-
mit ärztlicher Tätigkeit	9.398	75,0	556	9.452	75,3	540	9.583	75,1	566	9.503	74,2	-
stationär/teilstationär	4.953	39,5	513	4.893	39,0	488	4.972	38,9	521	4.815	37,6	-
ambulant (niedergel.+ angestellt) ³⁾	3.547	28,3	19	3.605	28,7	17	3.638	28,5	14	3.708	29,0	-
in sonstiger ärztlicher Tätigkeit	898	7,2	24	954	7,6	35	973	7,6	31	980	7,7	-
in Behörden, Körperschaften u.a.	290	2,3	2	292	2,3	2	284	2,2	1	296	2,3	-
in sonstigen Bereichen	608	4,8	22	662	5,3	33	689	5,4	30	684	5,3	-
ohne ärztliche Tätigkeit ⁴⁾	3.139	25,0	310	3.108	24,7	305	3.183	24,9	246	3.305	25,8	-

¹⁾ Einschließlich Ärztinnen/Ärzte im Praktikum (AiP).²⁾ Ausbildungsphase "Arzt im Praktikum (AiP)" ist zum 01.10.2004 eingestellt (vgl. Erläuterungen: Ärztinnen/Ärzte im Praktikum).³⁾ Einschließlich Ärztinnen/Ärzte in Einrichtungen gemäß § 311 SGB V.⁴⁾ Ruhestand, Arbeitslosigkeit, Erziehungsurlaub, berufsfremde Tätigkeit u. a.

(Datenquelle: Ärztekammer Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 8.2.3:
Berufstätige Ärztinnen und Ärzte in Berlin 1997 - 2004 (Stand: 31.12.)
nach Altersgruppen und ausgewählten Tätigkeitsbereichen

Indikator 8.6

Alter in Jahren	Ärztinnen/Ärzte ¹⁾															
	1997		1998		1999		2000		2001		2002		2003		2004 ²⁾	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
insgesamt	17.167	100	17.344	100	17.441	100	17.481	100	17.533	100	17.743	100	17.936	100	17.867	100
davon:																
unter 35	3.650	21,3	3.551	20,5	3.299	18,9	3.191	18,3	3.130	17,9	3.147	17,7	3.237	18,0	3.098	17,3
35 - 39	2.740	16,0	2.832	16,3	2.964	17,0	2.976	17,0	2.838	16,2	2.802	15,8	2.698	15,0	2.486	13,9
40 - 49	4.826	28,1	4.849	28,0	4.878	28,0	4.763	27,2	4.921	28,1	5.031	28,4	5.145	28,7	5.323	29,8
50 - 59	4.614	26,9	4.620	26,6	4.651	26,7	4.701	26,9	4.556	26,0	4.454	25,1	4.306	24,0	4.302	24,1
60 - 65	961	5,6	1.095	6,3	1.374	7,9	1.567	9,0	1.792	10,2	1.969	11,1	2.173	12,1	2.228	12,5
über 65	376	2,2	397	2,3	275	1,6	283	1,6	296	1,7	340	1,9	377	2,1	430	2,4
darunter:																
in ambulanten Einrichtungen																
insgesamt	6.327	100	6.786	100	6.917	100	7.015	100	7.104	100	7.229	100	7.307	100	7.401	100
davon:																
unter 35	143	2,3	319	4,7	282	4,1	276	3,9	245	3,4	224	3,1	229	3,1	200	2,7
35 - 39	720	11,4	819	12,1	828	12,0	803	11,4	752	10,6	737	10,2	676	9,3	597	8,1
40 - 49	2.321	36,7	2.392	35,2	2.421	35,0	2.350	33,5	2.397	33,7	2.435	33,7	2.480	33,9	2.576	34,8
50 - 59	2.398	37,9	2.420	35,7	2.481	35,9	2.536	36,2	2.510	35,3	2.520	34,9	2.434	33,3	2.453	33,1
60 - 65	466	7,4	552	8,1	708	10,2	847	12,1	980	13,8	1.054	14,6	1.200	16,4	1.236	16,7
über 65	279	4,4	284	4,2	197	2,8	203	2,9	220	3,1	259	3,6	288	3,9	339	4,6
in stationären/teilstationären Einrichtungen																
insgesamt	8.582	100	8.548	100	8.601	100	8.510	100	8.438	100	8.447	100	8.565	100	8.360	100
davon:																
unter 35	3.191	37,2	3.036	35,5	2.911	33,8	2.806	33,0	2.761	32,7	2.781	32,9	2.877	33,6	2.761	33,0
35 - 39	1.729	20,1	1.794	21,0	1.915	22,3	1.925	22,6	1.836	21,8	1.821	21,6	1.768	20,6	1.636	19,6
40 - 49	1.887	22,0	1.891	22,1	1.909	22,2	1.876	22,0	1.971	23,4	1.986	23,5	2.060	24,1	2.108	25,2
50 - 59	1.425	16,6	1.444	16,9	1.419	16,5	1.424	16,7	1.343	15,9	1.271	15,0	1.232	14,4	1.199	14,3
60 - 65	301	3,5	327	3,8	415	4,8	449	5,3	506	6,0	562	6,7	595	6,9	624	7,5
über 65	49	0,6	56	0,7	32	0,4	30	0,4	21	0,2	26	0,3	33	0,4	32	0,4

¹⁾ Einschließlich Ärztinnen/Ärzte im Praktikum (AiP).

²⁾ Ausbildungsphase "Arzt im Praktikum (AiP)" ist zum 01.10.2004 eingestellt (vgl. Erläuterungen: Ärztinnen/Ärzte im Praktikum).

(Datenquelle: Ärztekammer Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 8.2.4:
Ärztinnen und Ärzte in Berlin 2001 - 2004 (Stand: 31.12.)
nach Tätigkeitsbereich und ausgewählten Fachgebieten

Jahr / Fachgebiet	Ins- gesamt	In eigener Praxis ¹⁾		Im stationären Bereich ²⁾		Sonstiger Bereich ³⁾	
		absolut	%	absolut	%	absolut	%
2001 insgesamt	17.533	6.545	37,3	8.438	48,1	2.550	14,5
mit Gebietsbezeichnung	11.590	5.843	50,4	4.410	38,1	1.337	11,5
ohne Gebietsbezeichnung ⁴⁾	4.877	702	14,39	3.049	62,52	1.126	23,1
Arzt im Praktikum (AiP)	1.066	-	-	979	91,8	87	8,2
2002 insgesamt	17.743	6.640	37,4	8.447	47,6	2.656	15,0
mit Gebietsbezeichnung	11.691	5.939	50,8	4.374	37,4	1.378	11,8
ohne Gebietsbezeichnung ⁴⁾	4.986	701	14,1	3.096	62,1	1.189	23,8
Arzt im Praktikum (AiP)	1.066	-	-	977	91,7	89	8,3
2003 insgesamt	17.936	6.737	37,6	8.565	47,8	2.634	14,7
mit Gebietsbezeichnung	11.862	6.029	50,8	4.423	37,3	1.410	11,9
Allgemeinmedizin	1.468	1.192	81,2	82	5,6	194	13,2
Anästhesiologie	867	132	15,2	689	79,5	46	5,3
Chirurgie ⁵⁾	1.140	313	27,5	745	65,4	82	7,2
Frauenheilkunde und Geburtshilfe	823	561	68,2	214	26,0	48	5,8
Innere Medizin	2.409	1.169	48,5	1.016	42,2	224	9,3
Kinderheilkunde	715	336	47,0	274	38,3	105	14,7
Neurologie und Psychiatrie ⁶⁾	1.118	652	58,3	442	39,5	164	14,7
Orthopädie	435	329	75,6	82	18,9	24	5,5
Radiologie u. Strahlentherapie ⁷⁾	467	178	38,1	259	55,5	30	6,4
Urologie	248	153	61,7	83	33,5	12	4,8
Augenheilkunde	386	319	82,6	55	14,2	12	3,1
Hals-Nasen-Ohrenheilkunde	334	260	77,8	55	16,5	19	5,7
Haut- und Geschlechtskrankheiten	301	217	72,1	58	19,3	26	8,6
sonstige	1.011	218	21,6	369	36,5	424	41,9
ohne Gebietsbezeichnung ⁴⁾	4.940	708	14,3	3.100	62,8	1.132	22,9
Arzt im Praktikum (AiP)	1.134	-	-	1.042	91,9	92	8,1
2004 insgesamt	17.867	6.918	38,7	8.360	46,8	2.589	14,5
mit Gebietsbezeichnung	11.982	6.218	51,9	4.398	36,7	1.366	11,4
Allgemeinmedizin	1.486	1.229	82,7	89	6,0	168	11,3
Anästhesiologie	903	156	17,3	701	77,6	46	5,1
Chirurgie ⁵⁾	1.156	323	27,9	749	64,8	84	7,3
Frauenheilkunde und Geburtshilfe	832	569	68,4	215	25,8	48	5,8
Innere Medizin	2.423	1.189	49,1	1.012	41,8	222	9,2
Kinderheilkunde	716	342	47,8	272	38,0	102	14,2
Neurologie und Psychiatrie ⁶⁾	1.149	680	59,2	448	39,0	168	14,6
Orthopädie	437	339	77,6	77	17,6	21	4,8
Radiologie u. Strahlentherapie ⁷⁾	469	186	39,7	255	54,4	28	6,0
Urologie	248	160	64,5	78	31,5	10	4,0
Augenheilkunde	379	319	84,2	49	12,9	11	2,9
Hals-Nasen-Ohrenheilkunde	342	271	79,2	55	16,1	16	4,7
Haut- und Geschlechtskrankheiten	300	221	73,7	53	17,7	26	8,7
sonstige	995	234	23,5	345	34,7	416	41,8
ohne Gebietsbezeichnung ⁴⁾	5.885	700	11,9	3.962	67,3	1.223	20,8
Arzt im Praktikum (AiP) ⁸⁾	-	-	-	-	-	-	-

¹⁾ Praxisinhaber/innen und Praxisvertreter/innen; in Praxen Angestellte und Praxisassistentinnen/-assistenten sind in der Spalte "sonstiger Bereich" erfasst.

²⁾ Bis 2000 Krankenhäuser nach KHStatV und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen, seit 2001 auch Krankenhäuser im Straf- und Maßregelvollzug.

³⁾ In Praxen Angestellte/Praxisassistentinnen/-assistenten, hauptamtlich bei Behörden oder öffentlich-rechtlichen Körperschaften, in wissenschaftlich-theoretischen Instituten, in der Industrie und Privatwirtschaft.

⁴⁾ Einschließlich Praktische Ärztinnen/Ärzte.

⁵⁾ Einschließlich Herzchirurgie, Kinderchirurgie, Mund-Kiefer-Gesichtschirurgie, Neurochirurgie und Plastische Chirurgie.

⁶⁾ Einschließlich Nervenheilkunde, Psychotherapie, psychotherapeutische Medizin, Kinder-/Jugendpsychiatrie und -psychotherapie.

⁷⁾ Einschließlich diagnostische Radiologie und radiologische Diagnostik.

⁸⁾ Ausbildungsphase "Arzt im Praktikum (AiP)" ist zum 01.10.2004 eingestellt (vgl. Erläuterungen: Ärztinnen/Ärzte im Praktikum).

(Datenquelle: StaLa Berlin / Ärztekammer Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 8.2.5:
Zahnärztinnen und Zahnärzte in Berlin 1995 - 2004 (Stand: 31.12.)
nach Tätigkeitsbereich, Geschlecht und Staatsangehörigkeit

Indikator 8.10

Jahr / Geschlecht	Insgesamt ¹⁾				Davon:								Darunter:	
	absolut	%	mit ausländischer Staatsange- hörigkeit		niedergelassen bzw. ambulant tätig		Praxis- assistenten, Praxis- vertreter		in wissen- schaftlich- theoretischen Instituten		in sonstiger zahnärztlicher Tätigkeit		Oral- chirur- gen	Kiefer- ortho- päden
			absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%		
insgesamt														
1995	3.602	100	.	.	2.813	78,1	550	15,3	175	4,9	64	1,8	67	165
1996	3.637	100	148	4,1	2.848	78,3	559	15,4	163	4,5	67	1,8	79	174
1997	3.686	100	156	4,2	2.887	78,3	571	15,5	162	4,4	66	1,8	82	183
1998	3.692	100	148	4,0	2.944	79,7	532	14,4	151	4,1	65	1,8	76	180
1999	3.713	100	146	3,9	2.983	80,3	536	14,4	137	3,7	57	1,5	79	184
2000	3.728	100	142	3,8	3.040	81,5	505	13,5	130	3,5	53	1,4	86	196
2001	3.760	100	146	3,9	3.067	81,6	513	13,6	133	3,5	47	1,3	92	200
2002	3.726	100	70	1,9	3.077	82,6	481	12,9	122	3,3	46	1,2	98	197
2003	3.716	100	79	2,1	3.108	83,6	453	12,2	109	2,9	46	1,2	104	193
2004	3.726	100	80	2,1	3.124	83,8	446	12,0	114	3,1	42	1,1	115	198
weiblich														
1995	1.752	100	.	.	1.348	76,9	284	16,2	67	3,8	53	3,0	18	92
1996	1.771	100	65	3,7	1.362	76,9	292	16,5	68	3,8	49	2,8	23	98
1997	1.805	100	70	3,9	1.383	76,6	296	16,4	77	4,3	49	2,7	21	110
1998	1.808	100	68	3,8	1.412	78,1	287	15,9	65	3,6	44	2,4	18	110
1999	1.827	100	68	3,7	1.437	78,7	284	15,5	60	3,3	46	2,5	19	113
2000	1.845	100	69	3,7	1.465	79,4	278	15,1	58	3,1	44	2,4	20	118
2001	1.848	100	68	3,7	1.475	79,8	276	14,9	59	3,2	38	2,1	22	120
2002	1.846	100	35	1,9	1.487	80,6	269	14,6	52	2,8	38	2,1	26	122
2003	1.851	100	40	2,2	1.506	81,4	266	14,4	43	2,3	36	1,9	29	120
2004	1.867	100	40	2,1	1.538	82,4	251	13,4	44	2,4	34	1,8	34	124
Frauenanteil in %														
1995	48,6		.	.	47,9		51,6		38,3		82,8		26,9	55,8
1996	48,7		43,9		47,8		52,2		41,7		73,1		29,1	56,3
1997	49,0		44,9		47,9		51,8		47,5		74,2		25,6	60,1
1998	49,0		45,9		48,0		53,9		43,0		67,7		23,7	61,1
1999	49,2		46,6		48,2		53,0		43,8		80,7		24,1	61,4
2000	49,5		48,6		48,2		55,0		44,6		83,0		23,3	60,2
2001	49,1		46,6		48,1		53,8		44,4		80,9		23,9	60,0
2002	49,5		50,0		48,3		55,9		42,6		82,6		26,5	61,9
2003	49,8		50,6		48,5		58,7		39,4		78,3		27,9	62,2
2004	50,1		50,0		49,2		56,3		38,6		81,0		29,6	62,6
männlich														
1995	1.850	100	.	.	1.465	79,2	266	14,4	108	5,8	11	0,6	49	73
1996	1.866	100	83	4,4	1.486	79,6	267	14,3	95	5,1	18	1,0	56	76
1997	1.881	100	86	4,6	1.504	80,0	275	14,6	85	4,5	17	0,9	61	73
1998	1.884	100	80	4,2	1.532	81,3	245	13,0	86	4,6	21	1,1	58	70
1999	1.886	100	78	4,1	1.546	82,0	252	13,4	77	4,1	11	0,6	60	71
2000	1.883	100	73	3,9	1.575	83,6	227	12,1	72	3,8	9	0,5	66	78
2001	1.912	100	78	4,1	1.592	83,3	237	12,4	74	3,9	9	0,5	70	80
2002	1.880	100	35	1,9	1.590	84,6	212	11,3	70	3,7	8	0,4	72	75
2003	1.865	101	39	2,1	1.602	85,9	187	10,0	66	3,5	10	0,5	75	73
2004	1.859	102	40	2,2	1.586	85,3	195	10,5	70	3,8	8	0,4	81	74

¹⁾ Einschließlich Kieferorthopädinnen/-orthopäden und Oralchirurginnen/-chirurgen.

(Datenquelle: Zahnärztekammer Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 8.2.6:
Psychotherapeutinnen/-therapeuten in Berlin 2001 - 2004 (Stand: 31.12.)
nach Geschlecht

Indikator 8.12

Jahr	Ins- gesamt	Psycho- thera- peutisch weiter- gebildete Ärzte ¹⁾	PPT und KJPT zusammen ²⁾			Psychologische Psychotherapeuten (PPT)			Kinder- und Jugendlichen- psychotherapeuten (KJPT)					
			insge- samt	weiblich		männ- lich	insge- samt	weiblich		insge- samt	weiblich			
				abs.	%			abs.	%		abs.	%		
2001	3.297	307 ³⁾	2.990	2.036	68,1	954	2.515	1.699	67,6	816	475	337	70,9	138
2002	3.430	321 ⁴⁾	3.109	2.111	67,9	998	2.730	1.838	67,3	892	444	329	74,1	115
2003	3.528	322 ⁵⁾	3.206	2.178	67,9	1.028	2.802	1.877	67,0	925	468	337	72,0	131
2004	3.550	339 ⁶⁾	3.211	2.180	67,9	1.031	2.796	1.867	66,8	929	478	346	72,4	132

¹⁾ Mit vertragsärztlichem Versorgungsauftrag in ambulanten Einrichtungen.

²⁾ Stimmt nicht überein mit der Summe der Zahlen von PPT und KJPT, da einige Psychotherapeuten eine Approbation als PPT sowie als KJPT besitzen.

³⁾ Stand: 01.01.2002.

⁴⁾ Stand: 30.06.2003.

⁵⁾ Stand: 01.01.2004.

⁶⁾ Stand: 01.01.2005.

(Datenquelle: Psychotherapeutenkammer Berlin / KV Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 8.2.7:

Indikator 8.22

Im Krankenhaus, in Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen, in Pflegeeinrichtungen bzw. freiberuflich tätige Personen im Gesundheitswesen in Berlin 1995 - 2004 (Stand: 31.12.) nach Tätigkeitsbereich und ausgewählten Berufsgruppen

Berufsbezeichnung / im Krankenhaus, in Vorsorge- oder Rehabilitations- einrichtungen, in Pflegeeinrichtungen oder freiberuflich tätig	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004		
										abs.	Veränderung in % zu	
											2003	1995
Ärztinnen/Ärzte (einschließl. AiP ¹⁾)												
im Krankenhaus ²⁾	7.699	7.465	7.464	7.702	7.560	7.549	7.309	7.410	7.771	7.464	-4,0	-3,1
in Vorsorge- oder Reha-Einricht.	32	35	27	31	30	32	36	31	31	31	-	-3,1
freiberuflich ³⁾	6.143	6.178	6.245	6.234	6.471	6.505	6.545	6.640	6.737	6.918	2,7	12,6
Gesundheits- und Krankenpfleger/innen ⁴⁾												
im Krankenhaus ²⁾	17.531	16.683	16.441	16.139	15.578	15.175	14.628	14.243	13.941	13.432	-3,7	-23,4
in Vorsorge- oder Reha-Einricht.	98	95	78	88	94	82	87	93	79	78	-1,3	-20,4
in ambulanten Pflegediensten ⁵⁾	3.012	.	3.019	.	3.333	.	.	.
in (teil-)stationären Pflegeeinricht. ⁵⁾	2.823	.	3.065	.	3.276	.	.	.
freiberuflich	79	64	47	53	30	34	34	33	37	33	-10,8	-58,2
Hebammen/ Entbindungspfleger												
im Krankenhaus festangestellt ²⁾	325	352	358	369	289	359	353	368	354	345	-2,5	6,2
freiberuflich	431	479	488	502	528	577	578	602	609	626	2,8	45,2
Ergotherapeutinnen/-therapeuten												
im Krankenhaus ²⁾	543	442	400	372	360	362	338	329	350	344	-1,7	-36,6
in Vorsorge- oder Reha-Einricht.	14	14	14	15	16	14	17	16	17	15	-11,8	7,1
in ambulanten Pflegeeinrichtungen ⁵⁾	1	.	2	.	7	.	.	.
in (teil-)stationären Pflegeeinricht. ⁵⁾	137	.	172	.	190	.	.	.
freiberuflich	33	37	44	59	60	76	81	88	93	107	15,1	224,2
Logopädinnen/Logopäden												
im Krankenhaus ²⁾	65	72	65	65	71	62	65	62	59	58	-1,7	-10,8
in Vorsorge- oder Reha-Einricht.	5	6	6	6	8	5	7	6	6	6	-	20,0
freiberuflich	78	84	90	113	125	120	125	130	145	166	14,5	112,8
Physiotherapeutinnen/ -therapeuten												
im Krankenhaus ²⁾	1.096	1.022	1.012	1.019	966	971	933	853	875	860	-1,7	-21,5
in Vorsorge- oder Reha-Einricht.	37	42	35	37	39	32	36	35	35	34	-2,9	-8,1
freiberuflich	867	922	967	1.009	1.135	1.201	1.241	1.330	1.395	1.486	6,5	71,4
Masseurinnen/Masseure und medizinische Bademeister/innen ⁶⁾												
im Krankenhaus ²⁾	269	249	247	223	218	205	189	216	135	119	-11,9	-55,8
in Vorsorge- oder Reha-Einricht.	12	12	10	10	8	8	9	9	.	8	.	-33,3
freiberuflich	308	311	307	323	324	332	305	309	314	325	3,5	5,5

¹⁾ Arzt im Praktikum. Seit 01.10.2004 ist die Ausbildungsphase "Arzt im Praktikum (AiP)" eingestellt (vgl. Erläuterungen: Ärztinnen/Ärzte im Praktikum).

²⁾ Krankenhäuser nach KHStV-Teil I: Grunddaten.

³⁾ Praxisinhaber und Praxisvertreter.

⁴⁾ Seit 01.01.2004 sind die Berufsbezeichnungen Krankenschwester/-pfleger bzw. Kinderkrankenschwester/-pfleger in Gesundheits- und Krankenpfleger/in bzw. Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger/in geändert (Krankenpflegegesetz vom 16.07.2003).

⁵⁾ Erhebung 2-jährlich zum 15.12., erstmalig 1999.

⁶⁾ Einschließlich der Berufsgruppe Masseurinnen/Masseure.

(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Personal in ambulanten medizinischen Einrichtungen

● Ärztinnen/Ärzte, Psychotherapeutinnen/-therapeuten und Zahnärztinnen/-ärzte

Tabelle 8.2.8:

Mit vertragsärztlichem Versorgungsauftrag in ambulanten Einrichtungen tätige Ärztinnen/Ärzte und Psychotherapeutinnen/Psychotherapeuten in Berlin 2003 - 2005 (Stand: 01.01.)

Indikator 8.7

Jahr	Ärzte / Psychotherapeuten (PT) ¹⁾		Davon:				Relation Hausärzte : Fachärzte Richtwert ³⁾ in % 60 : 40
			Hausärzte ²⁾		Fachärzte / PT ¹⁾		
	absolut	Einwohner je Arzt / PT	absolut	Einwohner je Arzt	absolut	Einwohner je Arzt / PT	
2003	7.283	466	2.810	1.207	4.473	758	38,6 : 61,4
2004	7.884	430	2.794	1.213	5.090	666	35,4 : 64,6
2005	7.885	430	2.778	1.220	5.107	663	35,2 : 64,8

¹⁾ Niedergelassene Ärzte (ohne angestellte und ermächtigte Ärzte, ohne Ärzte im Praktikum), Psychologische Psychotherapeuten (PPT) und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten (KJPT), jedoch ohne die zur Nachqualifikation ermächtigten PPT / KJPT.

²⁾ Nach § 73 (1) SGB V, ohne angestellte Ärzte.

³⁾ Entsprechend Bedarfsplanungs-Richtlinie vom 09.03.1993, zuletzt geändert am 24.03.2003, in Kraft getreten am 01.06.2003.

(Datenquelle: KV Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 8.2.9:
Ärztinnen und Ärzte in ambulanten Einrichtungen in Berlin 1992 - 2004 (Stand: 31.12.)
nach ausgewählten Gebietsbezeichnungen und Geschlecht

Indikator 8.9

Jahr	Insgesamt ¹⁾	Allgemein- medizin ^{2) 3)}	Innere Medizin ³⁾	Frauenheilkunde u. Geburtshilfe ⁴⁾	Kinder- heilkunde ⁵⁾
Anzahl					
1992	5.480	1.784	1.004	453	327
1993	6.058	2.039	1.096	487	352
1994	6.080	2.006	1.096	495	339
1995	6.143	2.023	1.097	505	336
1996	6.141	1.962	1.086	466	331
1997	6.327	1.976	1.111	525	338
1998	6.786	2.226	1.131	526	348
1999	6.917	2.209	1.146	539	341
2000	7.015	2.256	1.156	541	344
2001	7.104	2.285	1.158	549	343
2002	7.229	2.320	1.186	562	349
2003	7.307	2.309	1.188	575	344
2004	7.401	2.333	1.198	584	348
Einwohner je Arzt					
1992	632	1.637	2.908	3.408	1.669
1993	574	1.439	2.676	3.176	1.540
1994	571	1.465	2.682	3.119	1.571
1995	565	1.458	2.689	3.056	1.552
1996	563	1.503	2.716	3.300	1.540
1997	541	1.484	2.639	2.907	1.461
1998	501	1.312	2.583	2.886	1.371
1999	490	1.322	2.549	2.811	1.367
2000	482	1.298	2.533	2.805	1.321
2001	477	1.289	2.543	2.776	1.295
2002	469	1.275	2.495	2.722	1.242
2003	464	1.285	2.497	2.664	1.226
2004	458	1.275	2.484	2.626	1.185
weiblich					
2000	3.511	1.335	476	301	230
2001	3.557	1.363	478	308	233
2002	3.624	1.376	489	324	235
2003	3.669	1.371	490	342	229
2004	3.693	1.385	488	355	226
Frauenanteil in %					
2000	50,0	59,2	41,2	55,6	66,9
2001	50,1	59,6	41,3	56,1	67,9
2002	50,1	59,3	41,2	57,7	67,3
2003	50,2	59,4	41,2	59,5	66,6
2004	49,9	59,4	40,7	60,8	64,9
männlich					
2000	3.504	921	680	240	114
2001	3.547	922	680	241	110
2002	3.605	944	697	238	114
2003	3.638	938	698	233	115
2004	3.708	948	710	229	122

¹⁾ Einschließlich Ärzte im Praktikum (AiP). Ausbildungsphase "Arzt im Praktikum (AiP)" ist zum 01.10.2004 eingestellt (vgl. Erläuterungen: Ärztinnen/Ärzte im Praktikum).

²⁾ Einschließlich Praktische Ärzte und Ärzte ohne Gebietsbezeichnung.

³⁾ Einwohner: 15 Jahre und älter.

⁴⁾ Einwohner: Frauen 15 Jahre und älter.

⁵⁾ Einwohner: Kinder 0 bis 14 Jahre.

(Datenquelle: Ärztekammer Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 8.2.10:

Indikator 8.8

Mit vertragsärztlichem Versorgungsauftrag in ambulanten Einrichtungen tätige Ärztinnen/Ärzte, Psychotherapeutinnen/Psychotherapeuten und Zahnärztinnen/Zahnärzte in Berlin 2003 - 2005 (Stand 01.01. bzw. 31.12.) nach Bezirken

Bezirk	Ärzte und Psychotherapeuten (PT) ¹⁾		Davon:				Zahnärzte ³⁾	
			Hausärzte ²⁾		Fachärzte und Psychotherapeuten ¹⁾			
	absolut	Einw. ⁴⁾ je Arzt/PT	absolut	Einw. ⁴⁾ je Arzt	absolut	Einw. ⁴⁾ je Arzt/PT	absolut	Einw. ⁴⁾ je Zahnarzt
	Stand: 01.01.2004				Stand: 31.12.2003			
Mitte	770	416	275	1.166	495	648	313	1.025
Friedrichshain-Kreuzberg	563	455	221	1.158	342	748	232	1.103
Pankow	753	462	281	1.238	472	737	311	1.118
Charlottenburg-Wilmersdorf	1.145	275	310	1.017	835	378	364	866
Spandau	436	518	166	1.362	270	837	191	1.184
Steglitz-Zehlendorf	773	373	248	1.163	525	549	267	1.080
Tempelhof-Schöneberg	933	360	297	1.131	636	528	317	1.059
Neukölln	576	533	232	1.322	344	892	258	1.189
Treptow-Köpenick	499	469	182	1.285	317	738	195	1.199
Marzahn-Hellersdorf	464	545	199	1.271	265	954	196	1.291
Lichtenberg	519	499	195	1.328	324	799	210	1.233
Reinickendorf	453	543	188	1.309	265	929	214	1.150
Berlin	7.884	430	2.794	1.213	5.090	666	3.068	1.104
	Stand: 01.01.2005				Stand: 31.12.2004			
Mitte	773	415	277	1.158	496	647	314	1.022
Friedrichshain-Kreuzberg	577	448	224	1.154	353	732	231	1.119
Pankow	752	466	272	1.289	480	730	311	1.127
Charlottenburg-Wilmersdorf	1.182	266	317	993	865	364	363	867
Spandau	428	527	164	1.376	264	855	195	1.157
Steglitz-Zehlendorf	797	362	249	1.159	548	526	267	1.081
Tempelhof-Schöneberg	936	357	291	1.149	645	518	317	1.055
Neukölln	552	554	233	1.312	319	958	274	1.116
Treptow-Köpenick	471	498	176	1.334	295	796	195	1.204
Marzahn-Hellersdorf	457	550	196	1.283	261	963	196	1.283
Lichtenberg	504	511	190	1.355	314	820	209	1.232
Reinickendorf	456	538	189	1.299	267	920	218	1.126
Berlin	7.885	430	2.778	1.220	5.107	663	3.090	1.096

¹⁾ Niedergelassene Ärzte (ohne angestellte und ermächtigte Ärzte, ohne Ärzte im Praktikum), Psychologische Psychotherapeuten (PPT) und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten (KJPT), jedoch ohne die zur Nachqualifikation ermächtigten PPT / KJPT.

²⁾ Nach § 73 (1) SGB V, ohne angestellte Ärzte.

³⁾ Einschließlich Kieferorthopäden (2003: 127, 2004: 129) und Oralchirurgen.

⁴⁾ Fortgeschriebene Bevölkerung zum 31.12. (des Vorjahres bei Stand 01.01.).

(Datenquelle: KV Berlin / KZV Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 8.2.11:
Niedergelassene Ärztinnen/Ärzte und Zahnärztinnen/Zahnärzte in Berlin 2003 - 2004 (Stand: 31.12.)
nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Bezirken

Jahr / Bezirk	Ärztinnen/Ärzte ¹⁾					Zahnärztinnen/Zahnärzte ²⁾				
	insgesamt	davon:		dar.: ausländisch	Einwohner je Arzt	insgesamt	davon:		dar.: ausländisch	Einwohner je Arzt
		weiblich	männlich				weiblich	männlich		
2003										
Mitte	714	304	410	16	449	316	143	173	1	1.015
Friedrichshain-Kreuzberg	485	231	254	15	528	227	114	113	-	1.128
Pankow	626	377	249	10	556	314	192	122	1	1.107
Charlottenburg-Wilmersdorf	948	399	549	18	333	392	147	245	1	804
Spandau	375	142	233	4	603	190	81	109	1	1.190
Steglitz-Zehlendorf	682	335	347	13	423	291	106	185	1	991
Tempelhof-Schöneberg	712	301	411	12	472	307	129	178	-	1.094
Neukölln	478	154	324	13	642	249	95	154	1	1.232
Treptow-Köpenick	366	251	115	3	639	194	138	56	-	1.205
Marzahn-Hellersdorf	432	277	155	6	586	197	134	63	-	1.284
Lichtenberg	438	269	169	1	591	211	127	84	1	1.227
Reinickendorf	410	172	238	3	600	220	100	120	-	1.119
keinem Bezirk zuzuordnen	71	49	22	-	x	-	-	-	-	x
Berlin	6.737	3.261	3.476	114	503	3.108	1.506	1.602	7	1.090
2004										
Mitte	692	297	395	11	464	316	145	171	2	1.015
Friedrichshain-Kreuzberg	483	226	257	14	535	222	111	111	-	1.164
Pankow	653	386	267	10	537	313	190	123	-	1.120
Charlottenburg-Wilmersdorf	1.029	430	599	20	306	387	152	235	1	813
Spandau	380	151	229	4	594	196	89	107	1	1.151
Steglitz-Zehlendorf	718	351	367	19	402	291	109	182	1	991
Tempelhof-Schöneberg	745	313	432	15	449	307	131	176	-	1.089
Neukölln	467	148	319	11	655	269	114	155	2	1.136
Treptow-Köpenick	368	247	121	2	638	194	138	56	-	1.210
Marzahn-Hellersdorf	429	278	151	5	586	198	131	67	-	1.270
Lichtenberg	451	275	176	1	571	210	125	85	1	1.226
Reinickendorf	421	183	238	5	583	221	103	118	-	1.111
keinem Bezirk zuzuordnen	82	57	25	1	x	-	-	-	-	x
Berlin	6.918	3.342	3.576	118	490	3.124	1.538	1.586	8	1.084

¹⁾ Praxisinhaber/innen und Praxisvertreter/innen.

²⁾ Ohne Assistentinnen/Assistenten und Praxisvertreter/innen, einschließlich Kieferorthopädinnen/-orthopäden und Oralchirurginnen/-chirurgen.
(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 8.2.12:

Indikator 8.11

Zahnärztinnen/Zahnärzte und Kieferorthopädinnen/Kieferorthopäden in ambulanten Einrichtungen in Berlin 1995 - 2004 (Stand: 31.12.)
nach Geschlecht

Jahr	Zahnärztinnen/Zahnärzte								
	ins- gesamt ¹⁾	davon:			darunter: Kieferorthopäden			Einwohner ²⁾ je	
		weiblich		männlich	zusammen	weiblich	männlich	Zahnarzt	Kiefer- ortho- päde
		abs.	%						
1995	3.363	1.632	48,5	1.731	139	83	56	1.032	24.974
1996	3.407	1.654	48,5	1.753	157	91	66	1.015	22.030
1997	3.458	1.679	48,6	1.779	163	97	66	991	21.017
1998	3.476	1.699	48,9	1.777	164	101	63	978	20.725
1999	3.519	1.721	48,9	1.798	174	107	67	962	19.464
2000	3.545	1.743	49,2	1.802	181	109	72	954	18.686
2001	3.580	1.751	48,9	1.829	183	110	73	946	18.516
2002	3.558	1.756	49,4	1.802	183	113	70	953	18.538
2003	3.561	1.772	49,8	1.789	182	113	69	952	18.618
2004	3.570	1.789	50,1	1.781	186	117	69	949	18.214

¹⁾ Einschließlich Kieferorthopädinnen/-orthopäden und Oralchirurginnen/-chirurgen.

²⁾ Fortgeschriebene Bevölkerung.

(Datenquelle: Zahnärztekammer Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 8.2.13:
Mit vertragsärztlichem Versorgungsauftrag in ambulanten Einrichtungen tätige Psychotherapeutinnen/Psychotherapeuten in Berlin 2004 und 2005 (Stand: 01.01.)
nach Bezirken

Indikator 8.13

Jahr / Bezirk	Psychotherapeuten insgesamt		Davon:		Relation Ärzte : PPT / KJPT Richtwert ¹⁾ in % 40 : 60
	absolut	Einw. ²⁾ je Psychotherapeut	psychotherapeutisch weitergebildete Ärzte	Psychologische Psychotherapeuten (PPT) / Kinder- und Jugendlichen- psychotherapeuten (KJPT)	
2004					
Mitte	163	1.963	31	132	19,2 : 80,8
Friedrichshain-Kreuzberg	109	2.359	15	94	13,4 : 86,6
Pankow	109	3.187	16	93	14,8 : 85,2
Charlottenburg-Wilmersdorf	432	729	91	341	21,1 : 78,9
Spandau	81	2.781	6	75	7,7 : 92,3
Steglitz-Zehlendorf	257	1.121	76	181	29,6 : 70,4
Tempelhof-Schöneberg	319	1.052	55	264	17,3 : 82,7
Neukölln	119	2.576	6	113	5,1 : 94,9
Treptow-Köpenick	138	1.698	7	131	4,9 : 95,1
Marzahn-Hellersdorf	32	7.979	1	31	2,2 : 97,8
Lichtenberg	81	3.192	3	78	3,8 : 96,2
Reinickendorf	81	3.053	15	66	18,1 : 81,9
Berlin	1.921	1.764	322	1.599	16,8 : 83,2
2005					
Mitte	158	2.026	35	123	22,3 : 77,7
Friedrichshain-Kreuzberg	120	2.158	19	101	15,7 : 84,3
Pankow	120	2.930	17	103	13,9 : 86,1
Charlottenburg-Wilmersdorf	434	724	97	337	22,4 : 77,6
Spandau	72	3.121	4	68	5,9 : 94,1
Steglitz-Zehlendorf	268	1.076	78	190	29,2 : 70,8
Tempelhof-Schöneberg	324	1.033	56	268	17,2 : 82,8
Neukölln	104	2.937	7	97	6,8 : 93,2
Treptow-Köpenick	119	1.977	5	114	4,0 : 96,0
Marzahn-Hellersdorf	31	8.188	1	30	2,3 : 97,7
Lichtenberg	70	3.673	2	68	3,0 : 97,0
Reinickendorf	81	3.046	18	63	21,8 : 78,2
Berlin	1.901	1.783	339	1.562	17,8 : 82,2

¹⁾ Nach § 101 (4) SGB V.

²⁾ Fortgeschriebene Bevölkerung zum 31.12. des Vorjahres.
(Datenquelle: KV Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

● Pflegeberufe und sonstige Gesundheitsdienstberufe

Tabelle 8.2.14:
Ausgewählte niedergelassene bzw. freiberuflich tätige Personen im Gesundheitswesen
in Berlin 1992 - 2004 (Stand: 31.12.)
nach Geschlecht, Bezirken und Berufsgruppen

Indikatoren 8.16/8.22

Jahr / Geschlecht / Bezirk	Heil- prak- tiker/ innen	Heilprakti- ker/innen mit einge- schränkter Erlaubnis f. Psycho- therapie ¹⁾	Gesund- heits- und Kranken- pfleger/ - innen ²⁾	Heb- ammen/ Entbin- dungs- pfleger	Ergo- therapeu- tinnen/ -thera- peuten ³⁾	Logopä- dinnen/ Logopä- den	Physio- therapeu- tinnen/ thera- peuten ⁴⁾	Masseu- rinnen/ Masseur	Masseu- rinnen/ Masseur und med. Bade- meister/ innen	Son- stige
1992	528	707	46	308	24	52	623	54	298	8
1993	664	753	71	378	24	66	730	58	315	4
1994	822	796	170	416	32	65	765	30	288	6
1995	985	826	79	431	33	78	867	20	288	14
1996	1.122	844	64	479	37	84	922	20	291	16
1997	1.230	907	47	488	44	90	967	21	286	18
1998	1.331	1.068	53	502	59	113	1.009	23	300	22
1999	1.471	1.146	30	528	60	125	1.135	23	301	30
2000	1.566	1.201	34	577	76	120	1.201	23	309	32
2001	1.604	1.227	34	578	81	125	1.241	23	282	38
2002	1.677	1.284	33	602	88	130	1.330	23	286	43
2003	1.826	1.332	37	609	93	145	1.395	23	291	69
2004	1.946	1.391	33	626	107	166	1.486	26	299	43
Veränderung in %										
2004 zu 2003	6,6	4,4	-10,8	2,8	15,1	14,5	6,5	13,0	2,7	-37,7
2004 zu 1992	268,6	96,7	-28,3	103,2	345,8	219,2	138,5	-51,9	0,3	437,5
Einwohner/innen⁵⁾										
je Berufsangehörigen	1.741	2.436	102.661	1.181	31.662	20.409	2.280	130.301	11.331	78.787
davon:										
weiblich	1.537	920	20	626	96	147	1.208	17	91	34
Frauenanteil in %	79,0	66,1	60,6	100,0	89,7	88,6	81,3	65,4	30,4	79,1
männlich	409	471	13	-	11	19	278	9	208	9
tätig in:										
Mitte	149	127	1	45	6	12	130	2	5	1
Friedrichshain- Kreuzberg	243	129	-	76	8	14	128	1	12	1
Pankow	93	39	2	72	11	21	146	1	8	4
Charlottenburg- Wilmersdorf	418	375	5	79	16	21	216	5	83	10
Spandau	62	41	4	31	2	13	70	1	29	2
Steglitz-Zehlendorf	375	224	4	92	21	21	195	7	37	11
Tempelhof- Schöneberg	276	235	4	63	12	13	166	5	57	3
Neukölln	153	63	5	55	10	8	101	-	27	2
Treptow-Köpenick	19	28	3	36	3	8	79	-	4	3
Marzahn-Hellersdorf	17	23	2	22	5	11	86	1	1	-
Lichtenberg	18	20	-	25	4	9	69	2	1	2
Reinickendorf	123	87	3	30	9	15	100	1	35	4

¹⁾ Seit 1999 ist die Berufsbezeichnung "Psychotherapeuten mit Heilpraktikererlaubnis" in "Heilpraktiker mit eingeschränkter Erlaubnis für Psychotherapie" geändert.

²⁾ Seit 01.01.2004 ist die Berufsbezeichnung Krankenschwester/-pfleger in Gesundheits- und Krankenpfleger/in geändert (Krankenpflegegesetz vom 16.07.2003).

³⁾ Seit 1999 ist die Berufsbezeichnung Beschäftigungs-/Arbeitstherapeut/in in Ergotherapeut/in geändert.

⁴⁾ Einschließlich Krankengymnastinnen/-gymnasten.

⁵⁾ Bezogen auf die gesamte Bevölkerung, bei den Hebammen auf die 15- bis 44-jährigen Frauen, am 31.12.2004.

(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 8.2.15:
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ausgewählter Gesundheitsberufe im Berliner Gesundheits- und Sozialwesen 1999 - 2004 (Stand: 31.12.)
 nach Klassifizierung der Berufe und der Wirtschaftszweige

Indikatoren 8.14/8.15

Jahr	Gesundheits- und (Kinder-) Krankenpfleger/innen, Hebammen und Entbindungshelfer ^{1) 2)}			Helferinnen und Helfer der Krankenpflege ¹⁾			Sprechstundenhelferinnen und -helfer ^{1) 3)}			Physiotherapeutinnen /-therapeuten, Masseurinnen/Masseure, med. Bademeister/innen ¹⁾		
	<i>Berufsordnung 853</i>			<i>Berufsordnung 854</i>			<i>Berufsordnung 856</i>			<i>Berufsordnung 852</i>		
	Gesundheitswesen ⁴⁾	Sozialwesen ⁵⁾	Gesund- u. Sozialwesen	Gesundheitswesen	Sozialwesen	Gesund- u. Sozialwesen	Gesundheitswesen	Sozialwesen	Gesund- u. Sozialwesen	Gesundheitswesen	Sozialwesen	Gesund- u. Sozialwesen
1999	27.883	5.702	33.585	4.302	4.373	8.675	18.462	116	18.578	4.686	715	5.401
2000	27.739	5.620	33.359	4.260	4.528	8.788	18.802	147	18.949	4.834	773	5.607
2001	26.797	5.744	32.541	4.150	5.110	9.260	19.000	228	19.228	4.874	924	5.798
2002	25.953	5.840	31.793	4.536	5.640	10.176	19.471	236	19.707	5.061	943	6.004
2003	24.278	6.125	30.403	4.016	5.865	9.881	19.552	237	19.789	4.972	925	5.897
2004	23.499	6.407	29.906	3.772	6.313	10.085	19.561	213	19.774	4.852	1.013	5.865

¹⁾ Die Zahlen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gelten für einen Zeitraum von 3 Jahren (ab dem jeweiligen Berichtstag) als vorläufig und beruhen auf Auswertungen der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit.

²⁾ Seit 01.01.2004 sind die Berufsbezeichnungen Krankenschwester/-pfleger bzw. Kinderkrankenschwester/-pfleger in Gesundheits- und Krankenpfleger/in bzw. Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger/in geändert (Krankenpflegegesetz vom 16.07.2003).

³⁾ Die Zahl enthält Sprechstundenhelfer/innen a.n.g., Arzt- und Zahnarzhelfer/innen und Arztsekretärinnen/-sekretäre.

⁴⁾ Krankenhäuser, Arzt-/Zahnarztpraxen, Gesundheitswesen a.n.g. wie Praxen von Psychotherapeutinnen/-therapeuten, Krankengymnastinnen/-gymnasten, Heilpraktikerinnen/-praktikern, Hebammen/Entbindungshelfern und anderen paramedizinischen Berufen.

⁵⁾ Heime einschl. Alten- und Altenpflegeheime, Kinderkrippen, Jugend-, Beratungszentren, ambulante soziale Dienste u. a.

(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Personal in (teil-)stationären medizinischen Einrichtungen

● Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen

Tabelle 8.2.16:
Beschäftigte in Krankenhäusern und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen
in Berlin 1998 - 2004 (Stichtag: 31.12.)

Indikatoren 8.17/8.23

Lfd. Nr.	Beschäftigte	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004		
								abs.	Anteil an insgesamt ¹⁾ bzw. männl. weibl. in %	Veränderung zum Vorjahr in %
1	insgesamt in									
2	Krankenhäusern	54.471	52.413	50.857	48.662	48.029	47.303	45.229	100	-4,4
3	davon:									
4	nichtärztliches Personal	46.769	44.853	43.308	41.353	40.619	39.532	37.765	83,5	-4,5
5	weiblich	36.823	35.316	34.215	32.788	31.794	31.064	29.843	79,0	-3,9
6	männlich	9.946	9.537	9.093	8.565	8.825	8.468	7.922	21,0	-6,4
7	dar.: teilzeitbeschäftigt	11.396	11.511	11.695	11.627	11.754	12.021	11.987	31,7	-0,3
8	weiblich (% von Zeile 5)	10.390	10.490	10.632	10.557	10.572	10.804	10.942	36,7	1,3
9	männlich (% von Zeile 6)	1.006	1.021	1.063	1.070	1.182	1.217	1.045	13,2	-14,1
10	Pflegedienst	19.124	18.418	17.789	17.074	16.775	16.372	15.773	41,8	-3,7
11	weiblich	16.671	16.076	15.453	14.892	14.563	14.211	13.755	87,2	-3,2
12	männlich	2.453	2.342	2.336	2.182	2.212	2.161	2.018	12,8	-6,6
13	dar.: Ges.- u. Krankenpfleger/innen ²⁾	16.139	15.578	15.175	14.628	14.243	13.941	13.432	35,6	-3,7
14	Med.-techn. Dienst	9.102	8.807	8.645	8.483	8.374	8.238	8.012	21,2	-2,7
15	Funktionsdienst	6.154	6.002	6.043	5.727	5.561	5.435	5.207	13,8	-4,2
16	Wirtschafts-/Versorgungsdienst	3.913	3.641	3.324	3.014	2.557	2.419	2.232	5,9	-7,7
17	Verwaltungsdienst	4.399	4.219	4.203	3.893	3.840	3.743	3.550	9,4	-5,2
18	sonstiges Personal	4.077	3.766	3.304	3.162	3.512	3.325	2.991	7,9	-10,0
19	ärztliches Personal³⁾	7.702	7.560	7.549	7.309	7.410	7.771	7.464	16,5	-4,0
20	hauptamtlich	6.949	6.846	6.800	6.530	6.620	6.973	7.464	100,0	7,0
21	weiblich	2.669	2.634	2.616	2.532	2.549	2.822	3.114	41,7	10,3
22	männlich	4.280	4.212	4.184	3.998	4.071	4.151	4.350	58,3	4,8
23	dar.: teilzeitbeschäftigt	783	883	876	924	1.025	1.167	1.028	13,8	-11,9
24	weiblich (% von Zeile 21)	515	589	567	595	710	804	699	22,4	-13,1
25	männlich (% von Zeile 22)	268	294	309	329	315	363	329	7,6	-9,4
26	dar.: in allgemeinen Krankenh.	6.887	6.787	6.734	6.469	6.543	6.892	7.327	98,2	6,3
27	Ärztinnen/Ärzte im Praktikum (AiP) ⁴⁾	753	714	749	779	790	798	-	-	-100,0
28	insgesamt in Vorsorge- oder									
29	Rehabilitationseinrichtungen	255	260	232	253	268	259	266	100	2,7
30	davon:									
31	nichtärztliches Personal	224	230	200	217	237	228	235	88,3	3,1
32	weiblich	198	198	172	188	192	186	185	78,7	-0,5
33	männlich	26	32	28	29	45	42	50	21,3	19,0
34	Pflegedienst	108	110	99	105	119	110	113	48,1	2,7
35	weiblich	98	100	88	94	105	97	93	82,3	-4,1
36	männlich	10	10	11	11	14	13	20	17,7	53,8
37	ärztliches Personal	31	30	32	36	31	31	31	11,7	-
38	hauptamtlich	28	27	26	32	30	31	31	100,0	-
39	weiblich	5	10	10	14	15	15	16	51,6	6,7
40	männlich	23	17	16	18	15	16	15	48,4	-6,3
41	Ärztinnen/Ärzte im Praktikum (AiP) ⁴⁾	3	3	6	4	1	-	-	-	-

¹⁾ Anteile des nichtärztlichen und ärztlichen Personals am gesamten Personal, Anteile der Teilzeitbeschäftigten und der Berufsgruppen jeweils an der Gesamtzahl des nichtärztlichen bzw. des ärztlichen Personals.

²⁾ Seit 01.01.2004 sind die Berufsbezeichnungen Krankenschwester/-pfleger bzw. Kinderkrankenschwester/-pfleger in Gesundheits- und Krankenpfleger/in bzw. Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger/in geändert (Krankenpflegegesetz vom 16.07.2003).

³⁾ Ohne Belegärzte (jeweils zum Jahresende seit 1998: 163, 168, 224, 216, 244, 254, 290) und ohne Zahnärzte (jeweils zum Jahresende seit 1998: 120, 119, 124, 140, 129, 136, 131).

⁴⁾ Seit 01.10.2004 ist die Ausbildungshase "Arzt im Praktikum (AiP)" eingestellt (vgl. Erläuterungen: Ärztinnen/Ärzte im Praktikum).
(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil I: Grunddaten / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 8.2.17:
Ärztliches Personal der Krankenhäuser in Berlin am 31.12.2004
nach Gebietsbezeichnungen, Geschlecht, funktioneller Stellung und Teilzeitbeschäftigung

Gebiets-/Teilgebietsbezeichnung	Hauptamtliche Ärztinnen/Ärzte												
	insgesamt			darunter:									
				Ltd. Ärzte		Oberärzte		teilzeitbeschäftigt					
	abs.	% ¹⁾	dar. weibl. in %	abs.	dar. weibl. in %	abs.	dar. weibl. in %	abs.	% an insg.	männlich		weiblich	
									abs.	% an männl. insg.	abs.	% an weibl. insg.	
mit abgeschlossener Weiterbildung	3.767	50,5	35,1	593	12,8	966	24,5	518	13,8	179	7,3	339	25,6
davon:													
Allgemeinmedizin	53	1,4	52,8	13	38,5	6	16,7	23	43,4	11	44,0	12	42,9
Anästhesiologie	623	16,5	47,4	45	22,2	127	29,1	161	25,8	47	14,3	114	38,6
Anatomie	15	0,4	26,7	6	16,7	3	-	2	13,3	-	-	2	50,0
Arbeitsmedizin	8	0,2	37,5	1	-	-	-	2	25,0	1	20,0	1	33,3
Augenheilkunde	53	1,4	49,1	13	15,4	20	50,0	13	24,5	4	14,8	9	34,6
Biochemie	9	0,2	22,2	6	-	-	-	1	11,1	1	14,3	-	-
Chirurgie	573	15,2	17,5	75	5,3	175	10,3	38	6,6	18	3,8	20	20,0
Diagnostische Radiologie	218	5,8	45,0	32	18,8	60	45,0	21	9,6	3	2,5	18	18,4
Frauenheilkunde und Geburtshilfe	195	5,2	50,3	31	16,1	57	33,3	36	18,5	5	5,2	31	31,6
Hals-Nasen-Ohrenheilkunde	47	1,2	25,5	8	-	16	18,8	1	2,1	-	-	1	8,3
Haut- und Geschlechtskrankheiten	32	0,8	43,8	6	50,0	9	44,4	3	9,4	-	-	3	21,4
Herzchirurgie	12	0,3	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Humangenetik	6	0,2	33,3	3	-	1	-	-	-	-	-	-	-
Hygiene und Umweltmedizin	8	0,2	75,0	3	33,3	1	-	-	-	-	-	-	-
Innere Medizin	872	23,1	30,4	130	10,8	238	21,0	106	12,2	47	7,7	59	22,3
Kinderchirurgie	26	0,7	34,6	5	-	3	-	-	-	-	-	-	-
Kinderheilkunde	207	5,5	46,9	24	16,7	38	34,2	38	18,4	10	9,1	28	28,9
Kinder-/Jugendpsychiatrie,-psychother.	23	0,6	56,5	5	20,0	7	57,1	3	13,0	1	10,0	2	15,4
Klinische Pharmakologie	3	0,1	33,3	2	50,0	1	-	-	-	-	-	-	-
Laboratoriumsmedizin	33	0,9	42,4	11	18,2	9	33,3	2	6,1	1	5,3	1	7,1
Mikrobiologie/Infektionsepidemiologie	26	0,7	42,3	7	-	3	33,3	4	15,4	2	13,3	2	18,2
Mund-Kiefer-Gesichtschirurgie	25	0,7	12,0	15	-	4	-	-	-	-	-	-	-
Nervenheilkunde	17	0,5	52,9	3	33,3	4	50,0	3	17,6	-	-	3	33,3
Neurochirurgie	39	1,0	12,8	9	-	11	18,2	2	5,1	2	5,9	-	-
Neurologie	110	2,9	27,3	25	12,0	40	27,5	8	7,3	4	5,0	4	13,3
Neuropathologie	4	0,1	75,0	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Nuklearmedizin	19	0,5	15,8	3	-	6	-	3	15,8	2	12,5	1	33,3
Orthopädie	69	1,8	23,2	10	10,0	28	7,1	4	5,8	1	1,9	3	18,8
Pathologie	66	1,8	39,4	17	11,8	9	44,4	7	10,6	1	2,5	6	23,1
Pharmakologie und Toxikologie	16	0,4	31,3	7	14,3	-	-	2	12,5	1	9,1	1	20,0
Phoniatrie und Pädaudiologie	1	0,0	-	-	-	-	1,0	-	-	-	-	-	-
Physikalische u. Rehabilitative Medizin	12	0,3	66,7	3	33,3	2	-	-	-	-	-	-	-
Physiologie	19	0,5	26,3	10	20,0	1	-	-	-	-	-	-	-
Plastische Chirurgie	25	0,7	20,0	8	-	5	-	1	4,0	1	5,0	-	-
Psychiatrie und Psychotherapie	149	4,0	43,6	23	17,4	41	36,6	19	12,8	8	9,5	11	16,9
Psychotherapeutische Medizin	18	0,5	27,8	5	20,0	4	25,0	5	27,8	4	30,8	1	20,0
Rechtsmedizin	9	0,2	33,3	3	-	1	-	1	11,1	-	-	1	33,3
Strahlentherapie	52	1,4	48,1	11	9,1	16	43,8	5	9,6	1	3,7	4	16,0
Transfusionsmedizin	10	0,3	20,0	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-
Urologie	65	1,7	9,2	13	-	19	-	4	6,2	3	5,1	1	16,7
ohne abgeschlossene Weiterbildung ²⁾	3.697	49,5	48,5	1	-	6	33,3	510	13,8	150	7,9	360	20,1
insgesamt²⁾	7.464	100	41,7	594	12,8	972	24,6	1.028	13,8	329	7,6	699	22,4
2003	6.973		40,5	604	12,3	958	26,2	1.167	16,7	363	8,7	804	28,5
2002	6.620		38,5	623	11,7	929	24,9	1.025	15,5	315	7,7	710	27,9
2001	6.530		38,8	633	11,4	931	23,5	924	14,2	329	8,2	595	23,5

¹⁾ Anteile der Gebietsbezeichnungen an "mit abgeschlossener Weiterbildung".

²⁾ Ohne Ärztinnen/Ärzte im Praktikum (zum 01.10.2004 ist die Ausbildungsphase "Arzt im Praktikum (AiP)" eingestellt, vgl. Erläuterungen: Ärztinnen/Ärzte im Praktikum).

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil I: Grunddaten / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 8.2.18:
Nichtärztliches Personal der Krankenhäuser in Berlin 1992 - 2004 (Stichtag: 31.12.)
nach Personalgruppen, Berufsbezeichnungen und Geschlecht

Indikatoren 8.18/8.20/8.21/8.22

Personalgruppe / Berufsbezeichnung	1992	1995	2000	2001	2002	2003	2004		2004 zu 1992 in % bzw. %-Pkt.
							insge- samt	dar. weibl. in %	
Pflegedienst (Pflegebereich)	23.027	23.342	17.789	17.074	16.775	16.372	15.773	87,2	-31,5
Anteil in %	39,6	40,7	41,1	41,3	41,3	41,4	41,8	x	2,2
dar.: in der Psychiatrie tätig	2.827	2.811	1.888	1.634	1.628	1.676	1.659	-	-41,3
dav.: Gesundheits- u. Krankenpfleger/innen ¹⁾	15.515	17.531	15.175	14.628	14.243	13.941	13.432	86,5	-13,4
Krankenpflegehelfer/innen	2.558	2.340	824	742	711	673	635	85,4	-75,2
Gesundheits- u. Kinderkrankenpfleger/innen ¹⁾	1.740	1.583	1.274	1.255	1.369	1.298	1.295	98,8	-25,6
sonstige Pflegepersonen	3.214	1.888	516	449	452	460	411	75,2	-87,2
Med.-techn. Dienst	9.899	9.970	8.645	8.483	8.374	8.238	8.012	85,3	-19,1
Anteil in %	17,0	17,4	20,0	20,5	20,6	20,8	21,2	x	4,2
dav.: Med.-techn. Assistentinnen/Assistenten	430	414	248	262	229	256	266	97,4	-38,1
Zytologieassistentinnen/-assistenten	15	16	12	9	26	5	1	100,0	-93,3
Med.-techn. Radiologieass.	1.096	1.106	969	945	954	941	902	89,0	-17,7
Med.-techn. Laboratoriumsass.	1.933	1.956	1.700	1.591	1.523	1.500	1.381	96,4	-28,6
Apothekenpersonal	411	398	339	329	303	299	286	81,1	-30,4
Physiotherapeutinnen/-therapeuten ²⁾	1.077	1.096	971	933	853	875	860	84,8	-20,1
Masseurinnen/Masseure u. med. Bade- meister/innen ³⁾	288	269	205	189	216	135	119	57,1	-58,7
Logopädinnen/Logopäden	64	65	62	65	62	59	58	94,8	-9,4
Heilpädagoginnen/-pädagogen	.	13	6	5	12	11	12	100,0	.
Psychologinnen/Psychologen und Psychotherapeutinnen/-therapeuten	283	284	243	236	237	242	251	75,3	-11,3
Diätassistentinnen/-assistenten	150	140	105	89	80	63	62	96,8	-58,7
Sozialarbeiter/innen	448	355	448	358	369	422	408	85,5	-8,9
Funktionsdienst (einschl. dort tätiges Pflegepersonal)	6.297	6.506	6.043	5.727	5.561	5.435	5.207	84,1	-17,3
Anteil in %	10,8	11,4	14,0	13,8	13,7	13,7	13,8	x	3,0
dar.: Personal im Operationsdienst	1.490	1.457	1.396	1.367	1.345	1.318	1.248	87,7	-16,2
Personal in der Anästhesie	611	683	737	724	702	719	705	79,6	15,4
Personal in der Funktionsdiagnostik	317	332	298	313	316	310	305	96,4	-3,8
Personal in der Endoskopie	189	197	207	195	186	185	179	93,9	-5,3
Personal in Amulanzen u. Polikliniken	910	898	1.049	1.014	995	967	946	87,3	4,0
Hebammen/Entbindungspfleger	357	379	373	374	368	354	345	100,0	-3,4
Ergotherapeutinnen/-therapeuten ⁴⁾	505	543	362	338	329	350	344	86,6	-31,9
Personal im Krankentransportdienst	434	391	310	272	256	209	213	13,1	-50,9
Klinisches Hauspersonal	2.191	1.736	740	687	705	601	552	95,5	-74,8
Anteil in %	3,8	3,0	1,7	1,7	1,7	1,5	1,5	x	-2,3
Wirtschafts- u. Versorgungsdienst	6.542	5.589	3.324	3.014	2.557	2.419	2.232	58,9	-65,9
Anteil in %	11,2	9,8	7,7	7,3	6,3	6,1	5,9	x	-5,3
Technischer Dienst	1.702	1.743	1.453	1.327	1.236	1.179	1.054	8,3	-38,1
Anteil in %	2,9	3,0	3,4	3,2	3,0	3,0	2,8	x	-0,1
Verwaltungsdienst	5.173	4.961	4.203	3.893	3.840	3.743	3.550	73,9	-31,4
Anteil in %	8,9	8,7	9,7	9,4	9,5	9,5	9,4	x	0,5
Sonderdienste	829	923	469	451	388	387	232	68,5	-72,0
Anteil in %	1,4	1,6	1,1	1,1	1,0	1,0	0,6	x	-0,8
sonstiges Personal	2.517	2.533	642	697	1.183	1.158	1.153	14,0	-54,2
Anteil in %	4,3	4,4	1,5	1,7	2,9	2,9	3,1	x	-1,3
insgesamt	58.177	57.303	43.308	41.353	40.619	39.532	37.765	79,0	-35,1
Anteil in %	100	100	100	100	100	100	100	x	-

¹⁾ Seit 01.01.2004 sind die Berufsbezeichnungen Krankenschwester/-pfleger bzw. Kinderkrankenschwester/-pfleger in Gesundheits- und Krankenpfleger/in bzw. Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger/in geändert (Krankenpflegegesetz vom 16.07.2003).

²⁾ Einschließlich Krankengymnastinnen/-gymnasten.

³⁾ Einschließlich Masseurinnen/Masseure.

⁴⁾ Seit 1999 ist die Berufsbezeichnung Beschäftigungs-/Arbeitstherapeut/in in Ergotherapeut/in geändert.

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil I: Grunddaten / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Personal in Pflegeeinrichtungen

Tabelle 8.2.19:

Personal in Pflegeeinrichtungen in Berlin 1999 - 2003 (Stichtag: 15.12.)

nach Geschlecht, Beschäftigungsverhältnis, Berufsabschluss sowie Trägerbereich der Einrichtung

Indikatoren 8.24/8.25

Jahr ¹⁾ / Träger / Beschäftigungsverhältnis / Berufsabschluss	Personal		Davon in:									
			ambulanten Pflegeeinrichtungen						(teil-)stationären Pflegeeinrichtungen			
	insge- samt	dar. w. in %	insgesamt		weiblich		männ- lich	insgesamt		weiblich		männ- lich
			abs.	%	abs.	%	abs.	abs.	%	abs.	%	abs.
1999	26.229	82,0	11.648	100	9.805	84,2	1.843	14.581	100	11.696	80,2	2.885
2001	27.931	82,1	11.904	100	10.032	84,3	1.872	16.027	100	12.900	80,5	3.127
2003	29.791	82,1	12.951	100	10.716	82,7	2.235	16.840	100	13.731	81,5	3.109
davon:												
Träger												
privat	13.516	81,7	7.096	54,8	5.763	81,2	1.333	6.420	38,1	5.281	82,3	1.139
freigemeinnützig	14.885	82,4	5.855	45,2	4.953	84,6	902	9.030	53,6	7.316	81,0	1.714
öffentlich	1.390	-	-	-	-	-	-	1.390	8,3	1.134	81,6	256
Beschäftigungsverhältnis												
vollzeitbeschäftigt	14.014	82,5	4.210	32,5	3.506	83,3	704	9.804	58,2	8.062	82,2	1.742
teilzeitbeschäftigt	14.866	84,2	8.544	66,0	7.132	83,5	1.412	6.322	37,5	5.387	85,2	935
über 50 %	9.692	87,7	5.308	41,0	4.659	87,8	649	4.384	26,0	3.844	87,7	540
50 % u. weniger, aber nicht geringfügig	3.153	78,8	1.854	14,3	1.403	75,7	451	1.299	7,7	1.081	83,2	218
geringfügig beschäftigt	2.021	75,8	1.382	10,7	1.070	77,4	312	639	3,8	462	72,3	177
Praktikant/in, Schüler/in, Auszubildende/r	287	69,7	65	0,5	42	64,6	23	222	1,3	158	71,2	64
Helfer/in, freiwilliges soziales Jahr	188	85,1	42	0,3	36	85,7	6	146	0,9	124	84,9	22
Zivildienstleistender	436	x	90	0,7	x	x	90	346	2,1	x	x	346
Berufsabschluss												
staatlich anerkannte Altenpflegerin/ anerkannter Altenpfleger	3.986	83,1	607	4,7	496	81,7	111	3.379	20,1	2.815	83,3	564
staatlich anerkannte Altenpflegehelfer/in/ anerkannter Altenpflegehelfer	382	84,6	69	0,5	59	85,5	10	313	1,9	264	84,3	49
Krankenschwester/-pfleger	6.609	87,3	3.333	25,7	2.761	82,8	572	3.276	19,5	3.011	91,9	265
Krankenpflegehelfer/in	1.681	88,6	558	4,3	494	88,5	64	1.123	6,7	995	88,6	128
Kinderkrankenschwester/-pfleger	354	98,0	219	1,7	215	98,2	4	135	0,8	132	97,8	3
Heilerziehungspfleger/in, Heilerzieher/in	54	90,7	16	0,1	14	87,5	2	38	0,2	35	92,1	3
Heilerziehungspflegehelfer/in	28	50,0	7	0,1	5	71,4	2	21	0,1	9	42,9	12
Heilpädagogin/-pädagoge	18	88,9	7	0,1	6	85,7	1	11	0,1	10	90,9	1
Ergotherapeut/in	197	89,8	7	0,1	7	100,0	-	190	1,1	170	89,5	20
sonstiger nichtärztl. Heilberuf	388	87,4	183	1,4	168	91,8	15	205	1,2	171	83,4	34
Sozialpädagogin/-pädagoge, -arbeiter/in	374	82,1	142	1,1	118	83,1	24	232	1,4	189	81,5	43
Familienpfleger/in	55	89,1	41	0,3	36	87,8	5	14	0,1	13	92,9	1
Dorfhelfer/in	10	60,0	4	0,0	4	-	-	6	0,0	2	33,3	4
pflegewiss. Ausbildung an FHS oder Uni.	161	70,2	50	0,4	33	66,0	17	111	0,7	80	72,1	31
sonstiger pflegerischer Beruf	4.891	84,6	3.373	26,0	2.844	84,3	529	1.518	9,0	1.293	85,2	225
Fachhauswirtschafter/in für ältere Menschen	29	93,1	19	0,1	18	94,7	1	10	0,1	9	90,0	1
sonstiger hauswirtsch. Berufsabschluss	598	85,5	234	1,8	214	91,5	20	364	2,2	297	81,6	67
sonstiger Berufsabschluss	6.133	77,8	2.882	22,3	2.404	83,4	478	3.251	19,3	2.365	72,7	886
ohne Berufsabschluss / in Ausbildung	3.843	70,0	1.200	9,3	820	68,3	380	2.643	15,7	1.871	70,8	772

¹⁾ Die Pflegestatistik wird zweijährlich erhoben, erstmals 1999.
(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 8.2.20:
Personal in Pflegeeinrichtungen in Berlin 2003 (Stichtag: 15.12.)
nach Geschlecht und Tätigkeitsbereich

Indikator 8.25

Pflegeeinrichtung / überwiegender Tätigkeitsbereich	Personal insgesamt		Davon:			
			weiblich		männlich	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Pflegeeinrichtungen insgesamt						
Personal insgesamt	29.791	100	24.447	82,1	5.344	17,9
davon im Tätigkeitsbereich:						
Pflegedienstleitung, Grundpflege, Pflege und Betreuung, soziale Betreuung	20.746	69,6	17.450	84,1	3.296	15,9
hauswirtschaftliche Versorgung, Haus- wirtschaftsbereich	5.781	19,4	4.819	83,4	962	16,6
hautechnischer Bereich	395	1,3	29	7,3	366	92,7
Verwaltung, Geschäftsführung	1.790	6,0	1.398	78,1	392	21,9
sonstiger Bereich	1.079	3,6	751	69,6	328	30,4
davon:						
ambulante Pflegeeinrichtungen						
Personal insgesamt	12.951	100	10.716	82,7	2.235	17,3
davon im Tätigkeitsbereich:						
Pflegedienstleitung	637	4,9	543	85,2	94	14,8
Grundpflege	6.956	53,7	5.850	84,1	1.106	15,9
hauswirtschaftliche Versorgung	3.822	29,5	3.147	82,3	675	17,7
Verwaltung, Geschäftsführung	796	6,1	635	79,8	161	20,2
sonstiger Bereich	740	5,7	541	73,1	199	26,9
stationäre/teilstationäre Pflegeeinrichtungen						
Personal insgesamt	16.840	100	13.731	81,5	3.109	18,5
davon im Tätigkeitsbereich:						
Pflege und Betreuung	12.598	74,8	10.605	84,2	1.993	15,8
soziale Betreuung	555	3,3	452	81,4	103	18,6
Hauswirtschaftsbereich	1.959	11,6	1.672	85,3	287	14,7
hautechnischer Bereich	395	2,3	29	7,3	366	92,7
Verwaltung, Geschäftsführung	994	5,9	763	76,8	231	23,2
sonstiger Bereich	339	2,0	210	61,9	129	38,1

(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Personal im öffentlichen Gesundheitsdienst

Tabelle 8.2.21:
Personal in den Gesundheitsämtern in Berlin 1995 - 2004 (Stand: 31.12.)
nach Berufsgruppen, Beschäftigungsumfang und Geschlecht

Indikator 8.26

Beschäftigungsumfang / Beruf	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	
										insgesamt	Frauenanteil ²⁾ bzw. Anteil ^{3) 4)} in %
Personen insgesamt	2.947	2.615	2.514	2.296	2.200	2.138	2.157	2.054	1.951	1.887	86,6 ²⁾
hauptamtlich Tätige insgesamt	.	.	2.509	2.291	2.193	2.130	2.156	2.049	1.951	1.887	86,6 ²⁾
davon:											
Vollzeitbeschäftigung	1.407	1.338	1.305	83,6 ²⁾
Frauen	1.154	1.112	1.091	66,8 ³⁾
Männer	253	226	214	84,6 ⁴⁾
Teilzeitbeschäftigung	642	613	582	93,3 ²⁾
Frauen	602	568	543	33,2 ³⁾
Männer	40	45	39	15,4 ⁴⁾
Ärztinnen/Ärzte	484	442	425	381	368	364	331	342	321	309	76,1 ²⁾
mit Gebietsbezeichnung	266	237	248	75,0 ²⁾
mit Amtsarztbefähigung	19	29	30	27	74,1 ²⁾
ohne Gebietsbez./in Weiterbildung	76	84	61	80,3 ²⁾
Zahnärztinnen/-ärzte	84	72	70	66	64	60	55	53	48	41	87,8 ²⁾
Psychologinnen/Psychologen	100	97	94	97	91	86	83	102	90	72	68,1 ²⁾
Arzt- und Zahnarzhelfer/innen	305	277	266	238	233	230	237	210	203	196	100,0 ²⁾
Gesundheits- u.Krankenpfleger/innen ⁵⁾ /Helfer/innen	.	16	16	15	16	15	17	18	18	18	88,9 ²⁾
Krankengymnastinnen/-gymnasten/ Physiotherapeutinnen/-therapeuten	202	194	191	155	153	138	179	155	149	136	95,6 ²⁾
Med.-techn. Assistentinnen/Assistenten	23	24	23	29	17	16	17	16	12	13	100,0 ²⁾
Logopädinnen/Logopäden, Ergotherapeutinnen/-therapeuten u.a.	.	107	96	89	79	82	101	81	86	98	99,0 ²⁾
Sozialarbeiter/innen/ Sozialpädagoginnen/-pädagogen	730	660	621	577	549	541	503	516	474	465	85,6 ²⁾
Gesundheitsaufseher/innen	131	130	128	119	112	110	106	114	106	101	73,3 ²⁾
Verwaltungspersonal/Schreibkräfte	636	494	463	435	430	403	457	385	370	378	92,3 ²⁾
sonstige	.	.	116	90	81	85	70	57	74	60	68,3 ²⁾
nebenamtlich Tätige	.	.	5	5	7	8	1	5	-	-	- ²⁾

¹⁾ Ohne Veterinär- und Lebensmittelaufsichtsämter.

²⁾ Anteil der Frauen innerhalb einer Berufsgruppe / an Voll- bzw. Teilzeitbeschäftigten.

³⁾ Anteil der Vollzeit bzw. Teilzeit tätigen Frauen an allen beschäftigten Frauen.

⁴⁾ Anteil der Vollzeit bzw. Teilzeit tätigen Männer an allen beschäftigten Männern.

⁵⁾ Seit 01.01.2004 ist die Berufsbezeichnung Krankenschwester/-pfleger in Gesundheits- und Krankenpfleger/in geändert (Krankenpflegegesetz vom 16.07.2003).

(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Personal in Apotheken

Tabelle 8.2.22:
Apothekerinnen und Apotheker sowie weitere in Apotheken tätige Berufsgruppen
in Berlin 1993 - 2004 (Stand: 31.12.)
nach Geschlecht und Tätigkeitsbereich

Indikatoren 8.28/8.29

Beruf / Geschlecht / Tätigkeitsbereich	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
In Apotheken Tätige insgesamt	6.105	6.018	6.195	6.493	6.498	6.289	6.731	5.577	5.644	6.712	6.655	6.408
weiblich	4.794	4.922	5.082	5.368	5.369	5.238	5.600	4.520 ¹⁾	4.567 ¹⁾	5.542	5.493	5.081
in %	78,5	81,8	82,0	82,7	82,6	83,3	83,2	81,0 ¹⁾	80,9 ¹⁾	82,6	82,5	79,3
männlich	1.311	1.096	1.113	1.125	1.129	1.051	1.131	1.057 ¹⁾	1.077 ¹⁾	1.170	1.162	1.327
in öffentlichen Apotheken	5.163	5.099	5.238	5.534	5.554	5.410	5.853	5.748	5.859	5.903	5.793	5.533
in Krankenhausapotheken	375	373	380	405	385	355	351	343	335	309	305	281
in sonstigen Bereichen	567	546	577	554	559	524	527	489	520	500	558	594
Apotheker	2.817	2.826	2.979	2.959	3.014	2.857	3.149	2.984	3.022	3.076	3.048	3.038
weiblich	1.715	1.878	2.003	1.999	2.028	1.939	2.182	2.077	2.114	2.144	2.120	2.009
in %	60,9	66,5	67,2	67,6	67,3	67,9	69,3	69,6	70,0	69,7	69,6	66,1
männlich	1.102	948	976	960	986	918	967	907	908	932	928	1.029
in öffentlichen Apotheken	2.130	2.149	2.276	2.276	2.345	2.230	2.538	2.406	2.444	2.485	2.441	2.382
in Krankenhausapotheken	135	131	131	129	127	115	108	100	94	92	89	84
in sonstigen Bereichen	552	546	572	554	542	512	503	478	484	499	519	572
Berufsgruppen außer Apotheker/in	3.288	3.192	3.216	3.534	3.484	3.432	3.582	3.596	3.692	3.636	3.607	3.370
weiblich	3.079	3.044	3.079	3.369	3.341	3.299	3.418	2.443 ¹⁾	2.453 ¹⁾	3.398	3.373	3.072
in %	93,6	95,4	95,7	95,3	95,9	96,1	95,4	94,2 ¹⁾	93,6 ¹⁾	93,5	93,5	91,2
männlich	209	148	137	165	143	133	164	150 ¹⁾	169 ¹⁾	238	234	298
in öffentlichen Apotheken	3.033	2.950	2.962	3.258	3.209	3.180	3.315	3.342	3.415	3.418	3.352	3.151
in Krankenhausapotheken	240	242	249	276	258	240	243	243	241	217	216	197
in sonstigen Bereichen	15	-	5	-	17	12	24	11	36	1	39	22
Apothekerassistent/in	152	146	144	143	131	123	122	122	120	120	115	104
darunter weiblich in %	82,2	81,5	79,9	80,4	78,6	78,9	77,9	77,9	77,5	77,5	78,3	77,9
Pharm.-techn. Assistent/in	677	728	746	812	816	847	911	962	993	1.056	1.082	1.053
darunter weiblich in %	95,6	95,9	95,7	94,6	95,5	95,5	95,7	96,2	95,4	95,4	95,2	93,3
Pharm.-kaufmännische Angest. ^{2) 3)}	904	944	1.053	986	965	886	1.011	1.003	1.070	1.061	1.014	996
darunter weiblich in %	89,2	98,5	98,8	98,8	98,8	98,8	98,4	.	.	93,9	95,8	93,0
Pharmazie-Ingenieur/in	688	704	672	661	664	649	634	628	612	604	587	568
darunter weiblich in %	99,0	97,6	98,7	98,5	98,8	98,9	98,9	99,0	99,0	99,0	98,8	98,6
Apothekenfacharbeiter/in ³⁾	129	114	119	115	88	82	³⁾	³⁾	³⁾	³⁾	³⁾	³⁾
darunter weiblich in %	99,2	100,0	99,2	99,1	97,7	97,6	³⁾	³⁾	³⁾	³⁾	³⁾	³⁾
Apotheken-Assistent/in	101	100	96	87	84	78	76	70	68	61	59	58
darunter weiblich in %	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Pharmazeutische Assistent/in	133	119	114	107	97	93	91	88	86	83	76	67
darunter weiblich in %	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	97,0
Pharmaziepraktikant/in	189	200	155	193	220	243	301	284	301	240	260	185
darunter weiblich in %	78,8	73,0	68,4	72,0	77,7	82,3	77,7	75,7	72,4	71,3	69,2	56,8
PTA-Praktikant/in ⁴⁾	45	43	60	61	59	80	77	100	45	54	90	75
darunter weiblich in %	97,8	93,0	96,7	88,5	100,0	96,3	98,7	99,0	95,6	94,4	91,1	73,3
Auszubildende/r z. pharmazeutisch- kaufmännischen Angestellten ²⁾	270	94	57	369	360	351	359	339	397	357	324	264
darunter weiblich in %	98,1	96,8	96,5	97,6	98,1	99,1	98,1	97,1	98,7	94,7	94,1	90,9

¹⁾ Ohne Pharmazeutisch-kaufmännische Angestellte.

²⁾ Die Berufsbezeichnung "Apothekenhelfer/in" wurde mit der Verordnung über die Berufsausbildung zum pharmazeutisch-kaufmännischen Angestellten vom 3. März 1993 (BGBl. I S. 292) geändert in "Pharmazeutisch-kaufmännische Angestellte".

³⁾ Ab 1999 ist die Zahl der Apotheken-Facharbeiter/innen in der der Pharmazeutisch-kaufmännischen Angestellten enthalten.

⁴⁾ Praktikant/in zum pharmazeutisch-technischen Assistenten.

(Datenquelle: StaLa Berlin / Apothekerkammer Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

9. Ausbildung im Gesundheitswesen

9.1 Ausgewählte Schwerpunkte

9.1.1 Neue Grundlagen für die Ausbildungen in der Krankenpflege

Seit dem 1. Januar 2004 gilt das neue Krankenpflegegesetz vom 16. Juli 2003 mit der dazugehörigen Ausbildungs- und Prüfungsverordnung vom 10. November 2003. Damit sind die seit 1985 geltenden Ausbildungsvorschriften abgelöst worden.

Die Reform der Ausbildung war angesichts der gewandelten Rahmenbedingungen im Berufsfeld der professionellen Pflege, insbesondere wegen der Änderungen sozialrechtlicher Vorschriften und der Entwicklung der Pflegewissenschaften, aber auch angesichts des demographischen Wandels, der gesellschaftlichen Veränderungen und neuer medizinischer Möglichkeiten notwendig geworden.

Im Interesse einer höheren Qualität und Attraktivität der Ausbildung wurde das alte Krankenpflegegesetz in folgenden Punkten verändert:

- Einführung neuer Berufsbezeichnungen: statt „Krankenschwester“ und „Krankenpfleger“ jetzt „Gesundheits- und Krankenpflegerin“ und „Gesundheits- und Krankenpfleger“, statt „Kinderkrankenschwester“ und „Kinderkrankenpfleger“ jetzt „Gesundheits- und Kinderkrankenpflegerin“ und „Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger“;
- neue Formulierung der Ausbildungsziele verbunden mit der Unterscheidung in Aufgaben, die Pflegekräfte eigenverantwortlich ausführen, und solchen, die sie im Rahmen der Mitwirkung ausüben;
- die separaten Ausbildungsgänge Krankenpflege und Kinderkrankenpflege wurden durch umfangreiche gemeinsame Ausbildungsanteile in eine integrierte Ausbildung mit einer Differenzierungsphase von 1.200 Stunden übergeleitet;
- der außerklinische Ausbildungsanteil wurde erweitert, insbesondere zu Gunsten der Pflege im ambulanten Bereich und in voll- und teilstationären Pflegeeinrichtungen; außerdem wurden präventive, rehabilitative sowie palliative Pflegemaßnahmen ausdrücklich in das Ausbildungsziel einbezogen, um die Schülerinnen und Schüler umfassend auf die gewandelten Handlungsfelder für die professionelle Pflege vorzubereiten;
- die Mindeststundenzahl für den Unterricht wurde um 500 Stunden auf 2.100 Stunden erhöht, die praktische Ausbildung im gleichen Umfang verkürzt;
- Neustrukturierung der Unterrichtsinhalte in fächerübergreifende Themenbereiche;
- bessere Vernetzung zwischen schulischer und praktischer Ausbildung durch vorgeschriebene Praxisbegleitung seitens der Lehrkräfte sowie Einsatz von berufspädagogisch qualifizierten Praxisanleiterinnen und Praxisanleitern während der praktischen Ausbildung;
- neue Anforderungen (Hochschulqualifikation) für die Tätigkeit als Lehrkraft sowie als Schulleiterin und Schulleiter.

Einführung neuer Berufsbezeichnungen: Gesundheits- und (Kinder-)Krankenpfleger/in

Mit Aufnahme der Ausbildung nach den neuen Ausbildungsvorschriften arbeiten die Berliner Krankenpflegeschulen erstmalig nach einem gemeinsamen verbindlichen Rahmenlehrplan. Dieser Lehrplan belässt den einzelnen Schulen ausreichend Handlungsspielraum für eine eigene Profilbildung entsprechend den unterschiedlichen Schulträgern und den Besonderheiten der jeweiligen Krankenhäuser sowie ihrer Kooperationspartner.

Berliner Krankenpflegeschulen arbeiten erstmalig nach gemeinsamem verbindlichen Rahmenlehrplan

Weitere Veränderungen für die Krankenpflegeschulen ergeben sich durch die Änderung des § 17 a Krankenhausfinanzierungsgesetz durch das zweite Fallpauschalenänderungsgesetz. Sie sieht eine Neugestaltung der Finanzierung der Ausbildungskosten (Schulkosten und Ausbildungsvergütung der Schülerinnen und Schüler) an Krankenhäusern unter Einbeziehung der Landeskrankengesellschaften vor. Die Ausbildungskosten werden ab 2005 aus den Gesamtbudgets der Krankenhäuser ausgegliedert und krankenhaushausindividuelle zweckgebundene Ausbildungsbudgets auf Grundlage der Kosten im Jahr 2004 vereinbart. Voraussichtlich ab 2007 wird bei der Landeskrankengesellschaft ein Ausgleichsfonds gebildet, der von allen Krankenhäusern, den ausbildenden und den nicht ausbildenden, durch einen einheitlichen Zuschlag je Behandlungsfall gespeist wird. Die Summe aller Zuschläge bildet die Höhe des Ausgleichsfonds, aus dem die Landeskrankengesellschaft an die ausbildenden Krankenhäuser die diesen zustehenden Beträge zur Finanzierung der Ausbildungskosten zahlt. Damit werden erstmals auch nicht ausbildende Krankenhäuser zur Finanzierung herangezogen.

9.1.2 Wegfall der Ausbildungsphase „Arzt im Praktikum“ (AiP)

Mit der Approbationsordnung für Ärzte vom 27. Juni 2002 wurde insbesondere die praktische Ausbildung verbessert und die Vermittlung sozialer Kompetenz der Ärzte gefördert. Die notwendige ganzheitliche Situation der Patienten, die interdisziplinäre Gestaltung der Behandlungsprozesse werden stärker berücksichtigt. Die Bedürfnisse des kranken Menschen geraten von Beginn an in das Blickfeld der zukünftigen Ärztinnen und Ärzte. Die Prävention und die Gesundheitsförderung werden ebenso einbezogen wie die Schmerztherapie. Das Studium passt sich an die veränderten Anforderungen in der medizinischen Versorgung an und verzahnt den theoretischen und klinischen Unterricht. Diese Verknüpfung erfolgt fortlaufend während des Studiums auch durch eine Verbesserung des Unterrichts am Krankenbett.

Verbesserte praktische Ausbildung während des Studiums erübrigt nachgelagerte AiP-Ausbildung

Auf eine nachgelagerte Ausbildung als AiP (Arzt im Praktikum) kann jetzt verzichtet werden, da neben der verbesserten Ausbildung zu beachten ist, dass eine vertragsärztliche Tätigkeit heute einen Weiterbildungsabschluss erfordert.

Durch das Gesetz zur Änderung der Bundesärzteordnung und anderer Gesetze vom 21. Juli 2004 ist ab 1. Oktober 2004 für Studierende der Medizin die Ausbildungsphase „Arzt im Praktikum“ weggefallen. Nunmehr kann nach erfolgreicher Ablegung der Ärztlichen Prüfung die Approbation als Ärztin oder Arzt beantragt werden.

Vor dem 1. Oktober 2004 erteilte AiP-Erlaubnisse sind gegenstandslos geworden.

Zur Umsetzung der rechtlichen Neuregelung wurde ab 1. August 2004 beim Landesamt für Gesundheit und Soziales Berlin eine Sonderarbeitsgruppe gebildet. Bis zum 1. Oktober 2004 wurden dort rund 1.540 Approbationsanträge bearbeitet.

9.2 Tabellen

Auszubildende an Schulen des Gesundheitswesens, Berufsfachschulen und Fachschulen sowie im dualen Ausbildungssystem

Tabelle 9.2.1:
Plätze und Lehrgangsteilnehmer/innen der Ausbildungsstätten für Berufe des Gesundheitswesens in Berlin 2004 und 2005 (Stand: 1. November)

Indikator 9.1

Medizinalfachberuf	Ausbildungsdauer in Jahren	2004												2005											
		genehmigt				besetzt				genehmigt				besetzt				genehmigt				besetzt			
		insgesamt	darunter	abs.	% ¹⁾	weibl.	männlich	abs.	% ³⁾	insgesamt	darunter	abs.	% ¹⁾	weibl.	männlich	abs.	% ³⁾	insgesamt	darunter	abs.	% ¹⁾	weibl.	männlich	abs.	% ³⁾
pflegerische Berufe		4.559	629	4.257	57,5	3.234	76,0	1.023	221	5,2	3.955	360	4.000	64,6	71,1	3.021	75,5	979	196	4,9					
Hebamme/Entbindungspfleger	3	100	20	60	60,0	75,0	60	100,0	-	1,7	100	20	61	61,0	76,3	61	100,0	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesundheits- u. Kinderkrankenpfleger(in) ⁴⁾	3	265	20	189	71,3	77,1	178	94,2	11	4,1	255	20	175	68,6	74,5	163	93,1	12	2	1,1					
Krankenpflegehelfer/in	1	349	269																						
Gesundheits- und Krankenpfleger(in) ⁴⁾	3	3.845	320	2.373	61,7	1.855	78,2	518	93	3,9	3.600	320	2.320	64,4	70,7	1.800	77,6	520	89	3,8					
Altenpfleger(in) ⁵⁾	3			1.635		1.141	69,8	494	123	7,5			1.444			997	69,0	447	105	7,3					
med.-techn. / therapeut. Berufe		3.240	240	2.529	78,1	1.826	72,2	703	93	3,7	2.892	240	2.549	88,1	96,1	1.803	70,7	746	90	3,5					
Diätassistent/in	3	85	-	46	54,1	54,1	45	97,8	1	2,2	40	-	18	45,0	45,0	18	100,0	-	-	-	-	-	-	-	-
Ergotherapeut/in	3	343	-	294	85,7	85,7	234	79,6	60	8,7	308	-	312	101,3	101,3	255	81,7	57	10	3,2					
Kardiotechniker/in	2	40	-	38	95,0	95,0	10	26,3	28	-	40	-	35	87,5	87,5	12	34,3	23	1	2,9					
Logopädin/Logopäde	3	174	-	174	100,0	100,0	159	91,4	15	1,6	179	-	187	104,5	104,5	174	93,0	13	1	0,5					
Masseur/in u. med. Bademeister/in	2 1/2	240	120	94	39,2	78,3	53	56,4	41	2,1	240	120	98	40,8	81,7	50	51,0	48	3	3,1					
Operationstechn. Assistent/in	3	66	-	107	162,1	162,1	72	67,3	35	-	66	-	119	x	x	85	71,4	34	-	-					
Physiotherapeut/in	3	1.662	100	1.442	86,8	92,3	972	67,4	470	55	3,8	1.683	100	1.492	88,7	94,3	974	65,3	518	52	3,5				
Podologin/Podologe	2	72	20	39	54,2	75,0	34	87,2	5	-	72	20	43	59,7	82,7	35	81,4	8	-	-					
Techn. Assistent/in in der Medizin	3	558	-	295	52,9	52,9	247	83,7	48	26	8,8	264	-	245	92,8	92,8	200	81,6	45	23	9,4				
MTA für Funktionsdiagnostik (MTF)	3	42	-	15	35,7	35,7	15	100,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-					
Med.-techn. Laboratoriumsass. (MTL)	3	324	-	160	49,4	49,4	145	90,6	15	18	11,3	156	-	146	93,6	93,6	135	92,5	11	15	10,3				
Med.-techn. Radiologieass. (MTR)	3	192	-	120	62,5	62,5	87	72,5	33	6,7	108	-	99	91,7	91,7	65	65,7	34	8	8,1					
gesundheitssichernde u. sonstige Berufe		498	-	517	103,8	103,8	315	60,9	202	39	7,5	573	-	577	100,7	100,7	306	53,0	271	46	8,0				
Gesundheitsaufseher/in	2	37	-	37	100,0	100,0	19	51,4	18	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-					
Lebensmittelkontrolleur/in	2	22	-																						
Med. Sektions-/Reparationsass.	1	25	-	26	104,0	104,0	17	65,4	9	-	25	-	-	-	-	-	-	-	-	-					
Pharmazeutisch-techn. Assistent/in	2 1/2	300	-	287	95,7	95,7	254	88,5	33	13,6	300	-	284	94,7	94,7	240	84,5	44	36	12,7					
Rettungsassistent/in	2	114	-	167	146,5	146,5	25	15,0	142	-	226	-	236	104,4	104,4	42	17,8	194	9	3,8					
insgesamt		8.297	869	7.303	68,3	76,3	5.375	73,6	1.928	353	4,8	7.420	600	7.126	76,6	83,3	5.130	72,0	1.996	332	4,7				

1) Anteil an den genehmigten Plätzen (ohne Berücksichtigung der Altenpflege).
 2) Anteil an den genehmigten Plätzen ohne ruhende Plätze (ohne Berücksichtigung der Altenpflege).
 3) Anteil an den besetzten Plätzen.
 4) Seit 01.01.2004 ist die Berufsbezeichnung (Kinder-)Krankenpfleger in Gesundheits- und (Kinder-)Krankenpflegerin geändert (Krankenpflegegesetz vom 16.07.2003).
 5) Seit 01.08.2003 bundesrechtlich geregelter Gesundheitsfachberuf (Altenpflegegesetz in der seit dem 01.08.2003 geltenden Neufassung). In Berlin liegen die Ausbildungsstätten im Zuständigkeitsbereich der SenBJS. Die praktische Ausbildung obliegt der Senatsgesundheitsverwaltung. Die Anzahl der genehmigten Plätze ist z.Zt. nicht verfügbar.
 (Datenquelle: LaGeSo Berlin)

Tabelle 9.2.2:

Anträge auf Zulassung zum Staatsexamen in den Gesundheitsfachberufen (einschließlich Wiederholungsanträge) in Berlin 1995 - 2004

Beruf	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Gesundheits- u. Krankenpfleger/in ¹⁾	1.226	1.270	1.271	1.399	1.333	1.142	1.080	1.256	1.020	915
Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger/in ¹⁾	186	136	120	82	81	64	71	76	49	51
Krankenpflegehelfer/in	343	240	100	63	38	20	18	1	41	55
Hebamme/Entbindungspfleger	35	42	19	37	19	20	37	16	21	41
Podologin/Podologe ²⁾	-	-	-	-	-	-	-	32	63	52
Physiotherapeut/in ³⁾	.	28	409	555	597	585	498	475	402	479
Krankengymnast/in	586	162	2	-	-	-	-	-	-	-
Masseur/in, Masseur/in und medizinische/r Bademeister/in	57	44	63	61	55	47	41	50	40	50
Med.-techn. Laboratoriumsassistent/in (MTL)	94	44	49	57	73	83	84	80	73	73
Med.-techn. Radiologieassistent/in (MTR)	67	37	41	45	45	35	46	43	42	33
Med.-techn. Assistent/in für Funktionsdiagnostik (MTF)	-	-	1	15	15	11	13	13	17	19
Pharmazeutisch-techn. Assistent/in (PTA)	86	80	148	93	222	190
Logopädin/Logopäde	55	20	37	62	14	36	38	38	50	56
Ergotherapeut/in ⁴⁾	77	79	82	95	121	112	56	80	73	72
Diätassistent/in	15	-	24	10	31	18	29	16	13	13
Desinfektor/in	-	15	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesundheitsaufseher/in ⁵⁾	14	-	-	-	-	-	18	-	-	-
Kardiotechniker/in	13	10	10	16	12	13	19	9	14	19
Med. Sektions- und Präparationsassistent/in	28	14	23	21	18	22	24	32	31	33
Rettungsassistent/in	-	52	40	69	81	83	66	111	127	194
Hufbeschlagschmied/in	12	12	12
Lebensmittelkontrolleur/in ⁵⁾	2	2	2	11
insgesamt ³⁾	2.796	2.193	2.291	2.587	2.619	2.371	2.288	2.435	2.312	2.368

¹⁾ Durch das Krankenpflegegesetz vom 16. Juli 2003 ist seit dem 1. Januar 2004 ist die Berufsbezeichnung der Krankenschwester und des Krankenpflegers in Gesundheits- und Krankenpfleger/in geändert sowie die Berufsbezeichnung der Kinderkrankenschwester und des Kinderkrankenpflegers in Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger/in.

²⁾ Medizinische Fußpflege. Mit Podologengesetz vom 4. Dezember 2001 bundesrechtlich geregelter Gesundheitsfachberuf.

³⁾ Die 1996 durch das Auslaufen der Ausbildung der Krankengymnasten verursachte rückläufige Absolventenzahl stieg ab 1997 mit ersten vergleichbaren Prüfungszahlen im Ausbildungsgang zum Physiotherapeuten wieder an.

⁴⁾ Seit 1999 ist die Berufsbezeichnung Beschäftigungs-/Arbeitstherapeut/in in Ergotherapeut/in geändert.

⁵⁾ Ausbildung und Einsatz erfolgt in den bezirklichen Veterinär- und Lebensmittelaufsichtsämtern.

(Datenquelle: LAGeSo Berlin)

Tabelle 9.2.3:
Staatliche Anerkennungen in den sozialpflegerischen Berufen Altenpflege, Heilerziehungspflege und Familienpflege in Berlin 1991 - 2004 nach Geschlecht und Alter

Anerkennung in der ... / Jahr ¹⁾	Insgesamt	Weiblich		Männ- lich	Alter von ... bis ... Jahre				
		abs.	%		bis 20	21 - 30	31 - 40	41 - 50	51 - 60
Altenpflege ²⁾									
1991	126	106	84,1	20	-	45	39	37	5
1992	155	126	81,3	29	-	37	59	50	9
1993	144	116	80,6	28	-	33	63	41	7
1994	332	266	80,1	66	-	59	117	109	47
1995	355	296	83,4	59	-	67	133	115	40
1996	434	358	82,5	76	-	56	170	145	63
1997	391	326	83,4	65	-	57	157	146	31
1998	497	390	78,5	107	-	108	214	140	35
1999	563	481	85,4	82	-	92	236	196	39
2000	525	430	81,9	95	3	85	211	191	35
2001	427	358	83,8	69	10	102	158	135	22
2002	388	326	84,0	62	9	85	138	126	30
2003	411	309	75,2	68	7	85	151	143	25
2004	385	309	80,3	76	2	97	139	133	14
Heilerziehungspflege									
1997	57	38	66,7	19	-	16	30	11	-
1998	99	74	74,7	25	-	31	50	15	3
1999	106	78	73,6	28	-	26	58	18	4
2000	152	128	84,2	24	7	39	70	33	3
2001	178	134	75,3	44	10	74	63	29	2
2002	147	117	79,6	30	9	80	36	21	1
2003	191	146	76,4	45	12	85	57	30	7
2004	222	159	71,6	63	19	87	68	45	3
Familienpflege									
1995	22	20	90,9	2	-	2	10	6	4
1996	15	15	100,0	-	-	4	6	4	1
1997	23	17	73,9	6	-	1	14	6	2
1998	22	20	90,9	2	-	7	6	7	2
1999	25	20	80,0	5	1	3	16	4	1
2000	13	12	92,3	1	-	1	7	5	-
2001	17	17	100,0	-	-	2	10	5	-
2002	5	5	100,0	-	-	-	3	2	-
2003	8	5	62,5	3	-	-	2	6	-
2004	7	6	85,7	1	-	-	-	7	-

¹⁾ Staatliche Anerkennung wurde in der Heilerziehungspflege erst ab 1997 und in der Familienpflege ab 1995 erteilt.

²⁾ Mit dem Gesetz über die Berufe in der Altenpflege vom 17. November 2000, das die landesrechtlichen Regelungen außer Kraft setzt, wurde die Altenpflege ein bundesrechtlich geregelter Gesundheitsfachberuf; die bis zum In-Kraft-Treten des Gesetzes am 1. August 2003 begonnenen Ausbildungen dürfen nach altem Modus zu Ende geführt werden.

(Datenquelle: LAGeSo Berlin / Berechnung: SenGeSozV - II A -)

Tabelle 9.2.4:
Auszubildende Arzthelferinnen/-helfer und Zahnmedizinische Fachangestellte in Berlin 1991 bzw. 1993 - 2004

Jahr	Ausbildungsverträge von Arzthelferinnen/-helfern												
	am 31.12. bestehend						neu abgeschlossen und am 31.12. noch bestehend						
	insgesamt		davon:			davon:		insgesamt		davon:			
	abs.	zum Vorjahr in %	weiblich abs.	weiblich %	männlich	Berlin-West	Berlin-Ost	abs.	zum Vorjahr in %	weiblich	männlich	Berlin-West	Berlin-Ost
1991	1.253	.	1.251	99,8	2	1.223	30	567	.	.	.	537	30
1992	1.288	2,8	1.286	99,8	2	1.124	164	583	2,8	.	.	449	134
1993	1.481	15,0	1.476	99,7	5	1.336	145	569	-2,4	.	.	452	117
1994	1.648	11,3	1.644	99,8	4	1.340	308	702	23,4	.	.	557	145
1995	1.797	9,0	1.794	99,8	3	1.434	363	763	8,7	.	.	591	172
1996	1.865	3,8	1.858	99,6	7	1.459	406	746	-2,2	.	.	583	163
1997	1.755	-5,9	1.740	99,1	15	.	.	603	-19,2	595	8	.	.
1998	1.682	-4,2	1.669	99,2	13	.	.	656	8,8	651	5	.	.
1999	1.671	-0,7	1.663	99,5	8	.	.	723	10,2	721	2	.	.
2000	1.773	6,1	1.762	99,4	11	.	.	713	-1,4	707	6	.	.
2001	1.751	-1,2	1.732	98,9	19	.	.	695	-2,5	683	12	.	.
2002	1.794	2,5	1.770	98,7	24	.	.	752	8,2	739	13	.	.
2003	1.775	-1,1	1.744	98,3	31	.	.	651	-13,4	639	12	.	.
2004	1.706	-3,9	1.675	98,2	31	.	.	598	-8,1	585	13	.	.

Jahr	Ausbildungsverträge von Zahnmedizinischen Fachangestellten ¹⁾															
	am 31.12. bestehend					vorzeitige Lösungen							Prüfungsteilnehmer/innen			
	insgesamt		davon:			insgesamt		davon:					insgesamt	darunter bestanden		
	abs.	zum Vorjahr in %	weiblich abs.	weiblich %	männlich	abs.	%	in Probezeit		im ... Ausbildungsjahr						
					abs.	%	abs.	%	1.	2.	3.	2. u. 3.	abs.	%		
1993	1.947	
1994	1.928	-1,0	1.923	99,7	5	542	477	88,0	
1995	1.848	-4,1	1.845	99,8	3	393	17,5	174	44,3	55	.	.	164	619	519	83,8
1996	1.800	-2,6	1.797	99,8	3	392	17,9	219	55,9	68	.	.	105	602	507	84,2
1997	1.721	-4,4	1.717	99,8	4	334	16,3	170	50,9	71	.	.	93	604	578	95,7
1998	1.526	-11,3	1.522	99,7	4	310	16,9	165	53,2	51	.	.	94	615	540	87,8
1999	1.394	-8,7	1.385	99,4	9	306	18,0	152	49,7	53	.	.	101	596	529	88,8
2000	1.427	2,4	1.419	99,4	8	293	17,0	159	54,3	65	.	.	69	575	510	88,7
2001	1.476	3,4	1.464	99,2	12	390	20,9	198	50,8	105	.	.	87	474	400	84,4
2002	1.535	4,0	1.521	99,1	14	361	19,0	189	52,4	92	64	16	80	446	380	85,2
2003	1.454	-5,3	1.440	99,0	14	285	16,4	131	46,0	71	59	24	83	514	453	88,1
2004	1.456	0,1	1.445	99,2	11	309	17,5	157	50,8	55	67	30	97	520	439	84,4

¹⁾ Die Berufsbezeichnung Zahnarztthelfer/in wurde ab 01.08.2001 in Zahnmedizinische/r Fachangestellte/r geändert.
(Datenquelle: Ärztekammer Berlin / Zahnärztekammer Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Erteilte Erlaubnisse zum Führen einer Berufsbezeichnung ausgewählter Gesundheitsfachberufe

Tabelle 9.2.5:

Erteilte Erlaubnisse zum Führen der Berufsbezeichnung ausgewählter Gesundheitsfachberufe an Personen, die die entsprechende Berufsausbildung nicht in Deutschland absolviert haben, in Berlin 2003 und 2004

Indikator 9.2

Beruf / Berufsgruppe	2003			2004		
	insgesamt	mit Ausbildung		insgesamt	mit Ausbildung	
		in der EU ^{1) 2)}	außerhalb der EU ^{1) 3)}		in der EU ^{1) 2)}	außerhalb der EU ^{1) 3)}
Altenpfleger/in ⁴⁾	-	-	-	-	-	-
Diätassistent/in	-	-	-	-	-	-
Ergotherapeut/in	1	1	-	1	-	1
Hebamme/Entbindungspfleger	1	1	-	3	1	2
Krankenpflegehelfer/in	35	-	35	43	-	43
Gesundheits- und Krankenpfleger/in und Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger/in ⁵⁾	16	1	15	34	2	32
Logopädin/Logopäde	1	-	1	1	1	-
Masseur/in, Masseur/in und med. Bademeister/in	-	-	-	-	-	-
Med.-techn. Assistent/in für Funktionsdiagnostik (MTF)	-	-	-	-	-	-
Med.-techn. Laboratoriumsassistent/in (MTL)	-	-	-	-	-	-
Med.-techn. Radiologieassistent/in (MTR)	1	1	-	-	-	-
Physiotherapeut/in	4	2	2	8	2	6
Podologin/Podologe ⁶⁾	-	-	-	-	-	-
Lebensmittelkontrolleur/in	-	-	-	-	-	-
Rettungsassistent/in	-	-	-	-	-	-
Pharmazeutisch-techn. Assistent/in (PTA)	1	-	1	1	-	1
insgesamt	60	6	54	91	6	85

¹⁾ Europäische Union.

²⁾ Anerkennung nach EU-Richtlinien.

³⁾ Anerkennung über den Nachweis der Gleichwertigkeit (im Vergleich zur deutschen Ausbildung), des Ausbildungsstandes oder des Kenntnisstandes.

⁴⁾ Seit August 2003 bundesrechtlich geregelte Ausbildung.

⁵⁾ Seit 01.01.2004 sind die Berufsbezeichnungen Krankenschwester/Krankenpfleger in Gesundheits- und Krankenpfleger/in sowie Kinderkrankenschwester/-pfleger in Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger/in geändert (Krankenpflegegesetz vom 16.07.2003).

⁶⁾ Seit Januar 2002 bundesrechtlich geregelte Ausbildung.

(Datenquelle: LAGeSo Berlin)

Erteilte Approbationen und Berufserlaubnisse**Tabelle 9.2.6:**
Erteilte Approbationen in Berlin 1995 - 2004
nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit**Indikator 9.3**

Jahr	Ärzte		Zahnärzte		Apotheker		Psychologische Psychotherapeuten		Kinder- u. Jugendlichenpsychotherapeuten	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Frauen										
1995	565	49,9	83	41,7	163	75,8	-	-	-	-
1996	505	47,6	104	51,2	111	69,8	-	-	-	-
1997	481	47,3	90	52,6	127	69,0	-	-	-	-
1998	473	46,4	62	47,3	129	77,2	-	-	-	-
1999	430	45,5	71	51,1	134	77,0	1.695	66,1	259	71,5
2000	503	48,0	66	48,2	140	80,5	29	69,0	12	63,2
2001	468	49,7	77	53,1	153	73,9	32	68,1	21	91,3
2002	470	47,0	76	62,3	119	68,8	38	61,3	14	93,3
2003	440	46,5	88	55,3	159	74,3	67	65,0	21	70,0
2004	1.413 ¹⁾	55,0	101	67,3	123	70,7	55	75,3	10	90,9
Männer										
1995	567	50,1	116	58,3	52	24,2	-	-	-	-
1996	556	52,4	99	48,8	48	30,2	-	-	-	-
1997	535	52,7	81	47,4	57	31,0	-	-	-	-
1998	546	53,6	69	52,7	38	22,8	-	-	-	-
1999	515	54,5	68	48,9	40	23,0	871	33,9	103	28,5
2000	546	52,0	71	51,8	34	19,5	13	31,0	7	36,8
2001	473	50,3	68	46,9	54	26,1	15	31,9	2	8,7
2002	529	53,0	46	37,7	54	31,2	24	38,7	1	6,7
2003	507	53,5	71	44,7	55	25,7	36	35,0	9	30,0
2004	1.155 ¹⁾	45,0	49	32,7	51	29,3	18	24,7	1	9,1
insgesamt										
1995	1.132	100	199	100	215	100	-	-	-	-
1996	1.061	100	203	100	159	100	-	-	-	-
1997	1.016	100	171	100	184	100	-	-	-	-
1998	1.019	100	131	100	167	100	-	-	-	-
1999	945	100	139	100	174	100	2.566	100	362	100
2000	1.049	100	137	100	174	100	42	100	19	100
2001	941	100	145	100	207	100	47	100	23	100
2002	999	100	122	100	173	100	62	100	15	100
2003	947	100	159	100	214	100	103	100	30	100
2004	2.568 ¹⁾	100	150	100	174	100	73	100	11	100
darunter: ausländisch										
1995	11	1,0	2	1,0	.	.	-	-	-	-
1996	25	2,4	9	4,4	1	0,6	-	-	-	-
1997	18	1,8	1	0,6	2	1,1	-	-	-	-
1998	17	1,7	-	-	-	-	-	-	-	-
1999	8	0,8	1	0,7	1	0,6	34	1,3	3	0,8
2000	11	1,0	2	1,5	1	0,6	-	-	-	-
2001	4	0,4	-	-	-	-	3	6,4	-	-
2002	23	2,3	6	4,9	-	-	-	-	-	-
2003	9	1,0	12	7,5	-	-	1	1,0	-	-
2004	34 ¹⁾	1,3	5	3,3	1	0,6	2	2,7	-	-

¹⁾ Ursache für die hohe Zahl von Approbationen war die Neuregelung, mit der ab 1. Oktober 2004 die Ausbildungsphase "Arzt im Praktikum" weggefallen ist und nach erfolgreicher Ablegung der Ärztlichen Prüfung die Approbation als Ärztin oder Arzt beantragt werden kann (vgl. Erläuterungen: Ärztinnen/Ärzte im Praktikum).

(Datenquelle: LAGeSo Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 9.2.7:
Erteilte Berufserlaubnisse in Berlin 1993 - 2004
nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit

Indikator 9.4

Jahr	Ärzte			Zahnärzte		Apotheker		Psychologische Psychotherapeuten		Kinder- u. Jugendlichenpsychotherapeuten	
	insgesamt		dar.: AIP ¹⁾	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
	absolut	%									
Frauen											
1993	667	48,6	587	22	62,9	.	.	-	-	-	-
1994	594	46,8	490	40	54,8	.	.	-	-	-	-
1995	558	45,2	435	28	44,4	.	.	-	-	-	-
1996	584	47,0	438	38	45,2	.	.	-	-	-	-
1997	495	49,0	464	22	47,8	9	52,9	-	-	-	-
1998	541	46,6	470	18	52,9	4	18,2	-	-	-	-
1999	488	48,0	421	12	36,4	11	64,7	-	-	-	-
2000	508	47,6	457	16	41,0	10	66,7	-	-	-	-
2001	579	49,1	443	36	58,1	38	66,7	-	-	-	-
2002	678	51,5	555	41	54,7	29	61,7	-	-	-	-
2003	608	52,1	481	31	46,3	15	50,0	76	66,1	9	30,0
2004	287	49,2	161	35	50,0	16	48,5	53	74,6	10	90,9
Männer											
1993	706	51,4	613	13	37,1	.	.	-	-	-	-
1994	675	53,2	507	33	45,2	.	.	-	-	-	-
1995	677	54,8	506	35	55,6	.	.	-	-	-	-
1996	658	53,0	486	46	54,8	.	.	-	-	-	-
1997	516	51,0	484	24	52,2	8	47,1	-	-	-	-
1998	621	53,4	556	16	47,1	18	81,8	-	-	-	-
1999	529	52,0	459	21	63,6	6	35,3	-	-	-	-
2000	559	52,4	483	23	59,0	5	33,3	-	-	-	-
2001	601	50,9	454	26	41,9	19	33,3	-	-	-	-
2002	638	48,5	498	34	45,3	18	38,3	-	-	-	-
2003	560	47,9	415	36	53,7	15	50,0	39	33,9	21	70,0
2004	296	50,8	158	35	50,0	17	51,5	18	25,4	1	9,1
insgesamt											
1993	1.373	100,0	1.200	35	100,0	.	.	-	-	-	-
1994	1.269	100,0	997	73	100,0	.	.	-	-	-	-
1995	1.235	100,0	941	63	100,0	.	.	-	-	-	-
1996	1.242	100,0	924	84	100,0	.	.	-	-	-	-
1997	1.011	100,0	948	46	100,0	17	100,0	-	-	-	-
1998	1.162	100,0	1.026	34	100,0	22	100,0	-	-	-	-
1999	1.017	100,0	880	33	100,0	17	100,0	-	-	-	-
2000	1.067	100,0	940	39	100,0	15	100,0	-	-	-	-
2001	1.180	100,0	897	62	100,0	57	100,0	-	-	-	-
2002	1.316	100,0	1.053	75	100,0	47	100,0	-	-	-	-
2003	1.168	100,0	896	67	100,0	30	100,0	115	100,0	30	100,0
2004	583	100,0	319	70	100,0	33	100,0	71	100,0	11	100,0
darunter: ausländisch²⁾											
2002	237	90,1	²⁾	70	93,3	44	93,6	-	-	-	-
2003	218	80,1	²⁾	56	83,6	27	90,0	-	-	-	-
2004	220	83,3	²⁾	58	82,9	27	81,8	-	-	-	-

¹⁾ Ärzte im Praktikum. Im Oktober 2004 wurde die Verpflichtung zum AIP abgeschafft (vgl. Erläuterungen: Ärztinnen/Ärzte im Praktikum).

²⁾ Angabe für Ärzte: ohne Ärzte im Praktikum.

(Datenquelle: LAGeSo Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Weiterbildung

Tabelle 9.2.8:
Erteilte Erlaubnisse zur Führung von Weiterbildungsbezeichnungen in Pflege- und Medizinalfachberufen in Berlin 1996 - 2004

Weiterbildungsbezeichnung / Fachrichtung	Weiter- bildungs- stätten	erteilte Erlaubnisse								Weiter- bildungs- stätten	erteilte Erlaub- nisse
		1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003		
Lehrkräfte in Pflegeberufen	1	29	221	126	13	23	3	2	4	1	-
Pflegefachkräfte											
Leitende Funktionen	13	307	605	303	229	194	181	154	162	15	163
Ambulante Pflege	1	1	15	-	-	-	-	-	-	3	-
Onkologie	1	18	15	12	27	10	1	22	-	2	10
Hygiene	1	29	14	4	22	-	18	-	15	1	1
Psychiatrie	3	-	4	18	21	29	23	33	7	7	52
Operationsdienst	2	22	20	1	14	17	1	29	2	3	14
Rehabilitation und Langzeitpflege	5	14	20	-	12	1	2	-	-	1	-
Intensivmedizin und Anästhesie	9	78	87	73	58	102	35	61	81	5	47
Pädiatrische Intensivpflege	1	4	21	2	13	4	-	-	-	-	-
Lehrkräfte in Medizinalfachberufen	¹⁾	¹⁾	34	4	27	8	17	-	17	1	-
Medizinalfachpersonen											
Leitende Funktionen	¹⁾	¹⁾	44	50	23	5	1	7	30	3	24
Klinische Chemie	1	-	1	1	17	-	-	-	-	-	-
Morphologie	1	-	4	7	4	-	-	-	-	-	-
Nuklearmedizin	1	-	5	1	2	4	5	-	-	-	-
insgesamt	40	502	1.110	602	482	397	287	308	318	42	311

¹⁾ Ab 1997.

(Datenquelle: LAGeSo Berlin)

10. Ausgaben und Finanzierung

10.1 Ausgewählte Schwerpunkte

10.1.1 Umsetzung des Gesundheitsmodernisierungsgesetzes (GMG) - Erste Bilanz für die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) in Berlin

Gesetzliche Neuregelungen für die gesetzlichen Krankenkassen und ihre Versicherten

Das *Gesundheitsmodernisierungsgesetz (GMG)* trat zum 01. Januar 2004 mit dem Ziel in Kraft, den solidarischen Charakter der gesetzlichen Krankenversicherung auch in Zukunft zu erhalten und zu stabilisieren. Das GMG umfasst strukturelle Reformen, um Effektivität und Qualität der medizinischen Versorgung zu verbessern und Anreize zu schaffen, das Gesundheits- und Kostenbewusstsein auf allen Seiten zu fördern. Gleichzeitig werden die Eigenverantwortung und die Beteiligungsrechte der gesetzlich Versicherten gestärkt. Durch die Neuordnung der Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) soll das Versorgungsniveau bei angemessenen Beitragssätzen auch weiterhin gesichert werden. Die Krankenkassen werden mit einem Bündel von Maßnahmen entlastet, zu dem die Kassen selbst und ihre Versicherten sowie die Leistungserbringer und der Bund ihren Beitrag leisten müssen. Hier die wichtigsten Neuregelungen:

Modernisierung der Strukturen des Gesundheitssystems

Einführung von medizinischen Versorgungszentren: Mit der Gesundheitsreform wird bundesweit die Gründung medizinischer Versorgungszentren (MVZ) ermöglicht. In den MVZ arbeiten Ärztinnen und Ärzte vertragsärztlich oder angestellt in unterschiedlichen Fachrichtungen und andere Leistungserbringer - wie z. B. Physiotherapiepraxen und andere nichtärztliche Heilberufe - unter einem Dach eng zusammen. Die Patientinnen und Patienten sowie die Leistungserbringer profitieren von dieser Versorgungsform. So werden z. B. Medikamente besser abgestimmt und Doppeluntersuchungen vermieden. Der Weg zur Gesundheit ist kürzer. Bis Ende 2004 waren bereits bundesweit 70 MVZ rechtskräftig zugelassen (vgl. auch Schwerpunkt 6.1.1).

Strukturierte Behandlungsprogramme: Seit der Gesundheitsreform können die Krankenkassen chronisch Kranken einen Bonus gewähren, wenn diese in einem strukturierten Behandlungsprogramm (Disease-Management-Programm - DMP) für bestimmte chronische Krankheiten wie u. a.

Disease-Management-
Programm für chronische
Krankheiten

Diabetes mellitus, Brustkrebs, koronare Herzkrankheiten eingeschrieben sind. Zur Verbesserung des Behandlungsablaufs und der Qualität der medizinischen Versorgung arbeiten in diesen Programmen Ärztinnen/Ärzte verschiedener Fachrichtungen und Vertreter/innen anderer Gesundheitsberufe koordiniert zusammen. Dadurch wird den chronisch Kranken die bestmögliche medizinische Versorgung gewährt. Nach Aussagen der gesetzlichen Krankenkassen waren bis Ende 2004 insgesamt über 1,3 Millionen Versicherte in zugelassenen strukturierten Behandlungsprogrammen eingeschrieben. Um diese Disease-Management-Programme finanzieren zu können, erhalten die Krankenkassen einen Finanzausgleich im Rahmen des bundesweiten Risikostrukturausgleichs.

Integrierte Versorgung: Mit dem GMG soll der Abschluss neuer Verträge zur integrierten Versorgung vorangetrieben werden. Die engmaschige Kooperation von Klinik- und niedergelassenen Ärztinnen/Ärzten sowie weiteren Gesundheitsberufen ist ein Schritt zur besseren und effizienteren Versorgung von Patientinnen und Patienten. Mit dem GMG werden finanzielle Anreize geschaffen, die der patientenorientierten und sektorenübergreifenden integrierten Versorgung den Weg ebnen. Am Jahresende 2004 waren insgesamt bundesweit 342 Verträge gemeldet mit einem Finanzvolumen von rd. 157 Millionen Euro.

Finanzierung der GKV

Beitragssatzsenkungen und Schuldenabbau: Das GMG verpflichtet die gesetzlichen Krankenkassen aufgrund der finanziellen Entlastungseffekte, die sich durch eine Reihe von Maßnahmen ergeben, zur Senkung der Beitragsätze. Sie haben damit auch zur Senkung der Lohnnebenkosten ihren Beitrag zu leisten. Zugleich besteht für sie die gesetzliche Verpflichtung zum stufenweisen Abbau der Verschuldung sowie zur Auffüllung der Rücklagen bis Ende 2007. Im Jahr 2004 hat es bereits Beitragssatzsenkungen für rund 28 Millionen Versicherte gegeben. Anfang 2005 haben Kassen mit rund 3,5 Millionen Versicherten ihre Beitragssätze gesenkt.

Begrenzung der Verwaltungskosten 2004 - 2007: Mit dem GMG ist die gesetzliche Verpflichtung der Krankenkassen und ihrer Verbände zur Begrenzung der Verwaltungskosten weiter modifiziert worden, um dem überdurchschnittlichen Anstieg der Verwaltungsausgaben der letzten Jahre entgegenzusteuern. Das bedeutet, dass die Verwaltungskosten je Versicherten in den Jahren 2004 - 2007 nicht stärker steigen dürfen als die durchschnittliche Veränderungsrate der beitragspflichtigen Einnahmen aller Mitglieder der gesetzlichen Krankenkassen. Liegen die Verwaltungskosten einer Krankenkasse je Versicherten mehr als zehn Prozent über dem Durchschnitt, dann werden sie auf dem gegebenen Niveau eingefroren.

Herstellung von Finanztransparenz: Das GMG verpflichtet die Krankenkassen, ihre Mitglieder in der Mitgliederzeitschrift über die Verwendung der Mittel im Vorjahr zu unterrichten, dabei sind die Verwaltungsausgaben gesondert auszuweisen, und zwar auch bezogen auf den Beitragssatz. Ebenfalls besteht die Pflicht zur Veröffentlichung der Vorstandsgehälter für Krankenkassen und ihre Verbände.

Kassen erhalten Ausgleich der Ausgaben für gesamtgesellschaftliche Leistungen

Bundeszuschuss zur Finanzierung versicherungsfremder Leistungen: Der Bund zahlt ab 01.01.2004 aus Steuermitteln einen Zuschuss an die Krankenkassen zur pauschalen Abgeltung der Aufwendungen für versicherungsfremde Leistungen wie Mutterschaftsgeld, Krankengeld bei Erkrankung eines Kindes und die beitragsfreie Versicherung während der Elternzeit. Damit erhalten die Kassen erstmals einen Ausgleich der Ausgaben für gesamtgesellschaftliche Leistungen zum Wohle der Allgemeinheit. Die Gegenfinanzierung des Bundeszuschusses erfolgt durch eine stufenweise Erhöhung der Tabaksteuer.

Was ändert sich für die gesetzlich Versicherten ab 01.01.2004

Praxisgebühr

Die Einführung der Praxisgebühr soll zu einem bewussteren Umgang mit dem Gesundheitssystem führen und zugleich die Rolle des Hausarztes als Partner stärken. Seit 01.01.2004 müssen alle gesetzlich Versicherten - außer Kinder und Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr - eine Praxisgebühr von zehn Euro pro Quartal für die Inanspruchnahme der ärztlichen und zahnärztlichen Leistungen zahlen. Bei Überweisungen wird keine weitere Praxisgebühr für das jeweilige Quartal fällig. Ausnahmen: Kontrollbesuche beim Zahnarzt (2-jährlich), Vorsorge- und Früherkennungsuntersuchungen und Schutzimpfungen sind von der Praxisgebühr ausgenommen (vgl. auch Schwerpunkt 11.1.2 - Teilindex Gesundheitspflege).

Zuzahlungsregelungen

Die Zuzahlungsregelungen seit dem 01.01.2004 gelten für nahezu alle Leistungsbereiche der gesetzlichen Krankenversicherung. Hierunter fallen Zuzahlungen für verschreibungspflichtige Arznei- und Verbandmittel, Heil- und Hilfsmittel, Krankenhausaufenthalte, Vorsorge- und Rehabilitationsmaßnahmen, häusliche Krankenpflege und Haushaltshilfe. Grundsätzlich leisten die Versicherten Zuzahlungen in Höhe von zehn Prozent, mindestens jedoch 5 Euro und höchstens 10 Euro. Es sind jedoch nie mehr als die jeweiligen Kosten des Mittels zu entrichten. Bei Krankenhausbehandlung und bei stationären Vorsorge- und Rehabilitationsmaßnahmen sind 10 EUR pro Tag, jedoch begrenzt

auf maximal 28 Tage pro Kalenderjahr zu entrichten. Bei Heilmitteln und häuslicher Krankenpflege beträgt die Zuzahlung zehn Prozent der Kosten sowie 10 Euro je Verordnung. Kinder sind bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres grundsätzlich zuzahlungsfrei.

Zuzahlungsbefreiung

Frühere Zuzahlungsbefreiungen in Form von Befreiungskarten haben zum 01.01.2004 ihre Gültigkeit verloren. Damit bei den Zuzahlungen die soziale Balance gewahrt bleibt, wurden Belastungsgrenzen festgelegt. Kein Versicherter muss in einem Kalenderjahr mehr als zwei Prozent der Bruttoeinnahmen zum Lebensunterhalt als Zuzahlung leisten. Für schwerwiegend chronisch kranke Menschen gilt eine Belastungsgrenze von einem Prozent. Diese Grenze gilt für den gesamten Familienhaushalt. Sobald die Belastungsgrenzen aufgrund der erfolgten Zuzahlungen im Laufe des Jahres erreicht sind, stellt die Krankenkasse nach Prüfung der Voraussetzungen einen Befreiungsausweis aus, der den Versicherten und die mitversicherten Familienmitglieder für den Rest des Kalenderjahres von allen weiteren Zuzahlungen befreit.

Leistungseinschränkungen

Fahrkosten zur ambulanten Behandlung werden grundsätzlich nicht mehr von den gesetzlichen Krankenkassen übernommen. In besonderen Fällen - wenn es medizinisch zwingende Gründe gibt - kann die Krankenkasse eine Genehmigung zur Übernahme der Fahrkosten erteilen. In diesen Fällen müssen die Versicherten zehn Prozent der Fahrkosten, aber mindestens 5 Euro und maximal 10 Euro zuzahlen. Dies gilt auch für die Fahrkosten von Kindern und Jugendlichen.

Für *Sehhilfen und Brillen* wird grundsätzlich kein Zuschuss mehr von den Krankenkassen gewährt. Eine Leistungsanspruchnahme besteht jedoch weiterhin für Kinder und Jugendliche bis zum vollendeten 18. Lebensjahr sowie für schwer sehbeeinträchtigte Menschen.

Sterbegeld und Entbindungsgeld sind seit dem 01.01.2004 aus dem Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung herausgenommen. Die Finanzierung muss zukünftig von den Versicherten selbst übernommen werden, wie zum Beispiel durch eine privat finanzierte Sterbegeldversicherung. *Weitere Leistungseinschränkungen* bestehen für künstliche Befruchtung, Sterilisation, nicht verschreibungspflichtige Arzneimittel und Lifestyle Präparate. Hier gibt es zum Teil Ausnahmeregelungen zur Kostenübernahme, über die sich die Versicherten bei den Krankenkassen informieren können.

Stärkung der Patientenrechte

Die Stärkung der Rechte und Einflussmöglichkeiten der Patientinnen und Patienten ist ein zentrales Anliegen der Gesundheitsreform.

Patientenbeauftragte der Bundesregierung: Mit der neu geschaffenen Funktion werden die Interessen der Versicherten gestärkt. Sie vertritt die Belange der Versicherten im ständigen Dialog mit Patientenverbänden, den Krankenkassen und den Leistungserbringern. Die Patientinnen und Patienten können sich mit Anfragen und Beschwerden direkt an sie wenden (vgl. auch Schwerpunkt 5.1.10).

Patientenquittung: Mit der Einführung der Patientenquittung hat jeder Versicherte das Recht und die Möglichkeit sich vom behandelnden Arzt bescheinigen zu lassen, welche Leistungen dieser erbracht hat und welche Kosten hierdurch für die Krankenkasse entstehen. Dies bedeutet mehr Transparenz für die Versicherten und fördert den bewussteren Umgang mit der Inanspruchnahme von Leistungen.

Förderung eines bewussteren Umgangs mit der Leistungsanspruchnahme

Patienteninteressen: Die organisierten Patienteninteressen, d. h. Patienten- und Behindertenverbände sowie Selbsthilfeorganisationen, werden durch die Stärkung der Mitspracherechte in die Entscheidungsprozesse der verschiedenen Leistungssektoren des Gesundheitswesens eingebunden.

Die wichtigsten Änderungen im Jahr 2005

Festzuschüsse beim Zahnersatz

Ab 01.01.2005 erhalten alle gesetzlich Versicherten einen Festzuschuss bei Zahnersatz (für Brücken, Kronen und Prothesen), der sich an dem jeweiligen Befund orientiert. Die Zuschüsse decken mindestens 50 Prozent der vorher festgelegten, medizinisch notwendigen Regelversorgung. Weiterhin gilt die Bonusregelung bei regelmäßiger Zahn-Vorsorge, d. h. einen Bonus auf den Festzuschuss von bis zu 15 Prozent erhalten die Patientinnen und Patienten, die in den letzten fünf bzw. zehn Jahren mindestens einmal jährlich beim Zahnarzt waren.

Versicherte, die sich für eine höherwertige Versorgung (z. B. Implantat statt Brücke) entscheiden, müssen für die Mehrkosten gegenüber dem Festzuschuss aufkommen.

Arzneimittel-Festbeträge

Für bestimmte patentgeschützte Arzneimittel gelten ab 01.01.2005 Festbeträge, soweit sie nicht einen therapeutischen Zusatznutzen beinhalten. Die Krankenkassen übernehmen für diese Medikamente die Kosten jeweils nur bis zu den dafür festgelegten Beträgen. Verschreibt der Arzt/die Ärztin ein Arzneimittel, dessen Preis über diesem Festbetrag liegt, bezahlt der Versicherte die Differenz. Die Ärzte/Ärztinnen sind verpflichtet, den Patienten/die Patientin vorab über diese Kosten aufzuklären. Die gesetzlichen Vorgaben sehen vor, dass eine ausreichende Auswahl von vergleichbaren Arzneimitteln unter oder zum Festbetrag zur Verfügung steht.

Sonderbeitrag von 0,9 Beitragssatzpunkten

Alle gesetzlich Krankenversicherten müssen ab 1. Juli 2005 einen Sonderbeitrag in Höhe von 0,9 Prozent ihres beitragspflichtigen Einkommens zahlen. Daran beteiligen sich die Arbeitgeber nicht. Die Krankenkassen sind per Gesetz dazu verpflichtet, gleichzeitig eine Beitragssatzsenkung um 0,9 Beitragssatzpunkte vorzunehmen. Der Beitrag der Versicherten steigt dadurch letztlich um 0,45 Prozentpunkte, die Arbeitgeber werden um 0,45 Prozentpunkte entlastet.

Elektronische Gesundheitskarte

Das GMG hat die rechtliche Grundlage für die schrittweise Einführung der elektronischen Gesundheitskarte im Jahr 2006 geschaffen. Sie wird die bisherige Krankenversicherungskarte ablösen und technisch so entwickelt sein, dass neben ihren administrativen Daten auch Gesundheitsdaten gespeichert werden können. Der medizinische Teil darf nur auf freiwilliger Basis genutzt werden. Ziele der elektronischen Gesundheitskarte sind:

- Verbesserung der Qualität der medizinischen Versorgung, insbesondere der Arzneimittelsicherheit,
- Verbesserung patientenorientierter Dienstleistungen (z. B. elektronisches Rezept),
- Stärkung der Eigenverantwortung und Mitwirkungsbereitschaft der Patientinnen und Patienten,
- Steigerung der Wirtschaftlichkeit und Leistungstransparenz im Gesundheitswesen.

Bisherige Bilanz der Gesundheitsreform: Nach kurzer Atempause im Jahr 2004 erneute Beschleunigung der Ausgabedynamik

Trotz positiver Finanzentwicklung nur geringe Spielräume für Beitragssatzsenkungen

GKV-Einnahmen zu
97 % aus Beiträgen

Einnahmeentwicklung: Die Einnahmen der Kassen werden zu rd. 97 % aus Beiträgen und zu 3 % aus sonstigen Einnahmen aufgebracht. Der mit dem GMG eingeführte Bundeszuschuss zur pauschalen Abgeltung von versicherungsfremden Leistungen betrug im Jahr 2004 1 Mrd. Euro - dies entsprach einem Viertel der sonstigen Einnahmen - und im Jahr 2005 2,5 Mrd. Euro - dies entsprach rund der Hälfte der sons-

tigen Einnahmen. Im Jahr 2004 erzielten die Kassen gegenüber dem Vorjahr Mehreinnahmen in Höhe von 2,6 Mrd. Euro. Diese sind insbesondere auf die Erhöhung der Beiträge für Versorgungsbezüge und Alterseinkünfte aus selbständiger Tätigkeit sowie auf die Einführung des Bundeszuschusses zurückzuführen.

Im Jahr 2005 stiegen die Einnahmen zwar erneut, blieben aber hinter den Erwartungen zurück, weil u. a. der Anteil beitragsfreier Mitglieder sowie Versicherter mit niedrigen Beiträgen zunahm und die Anzahl der Versicherten sank.

Ausgabenentwicklung: Im Jahr 2004 war ein Ausgabenrückgang um 4,9 Mrd. Euro zu verzeichnen, der insbesondere auf geringere Leistungs- und Verwaltungsausgaben zurückzuführen war.

Die Leistungsausgaben je Mitglied konnten insgesamt um 3,5 % abgesenkt werden, wobei insbesondere in den Leistungsbereichen ärztliche und zahnärztliche Behandlung, Zahnersatz, Arzneimittel, Heil- und Hilfsmittel, Krankengeld und Fahrkosten GMG-Entlastungseffekte erzielt werden konnten.

Die AOK Berlin liegt mit einem Rückgang der Leistungsausgaben um 3,2 % je Mitglied im Bundes-trend, wobei die Mitgliedsausgaben mit 3.406 Euro noch weit über dem GKV-Bundesdurchschnittswert von 2.591 Euro liegen (vgl. Tabellen 10.2.1 und 10.2.3).

Im Jahr 2005 nahmen bundesweit die Ausgaben wieder zu. Mit ca. 3,3 % Steigerung je Mitglied liegt die Ausgabendynamik 2005 nach der Atempause im Jahr 2004 wieder über dem Durchschnitt der Jahre 1995 bis 2003 und konnte trotz der strukturellen Reformen nicht nachhaltig gebremst werden.

Rechnungsergebnisse: Die Kassen hatten das Jahr 2003 mit einem Defizit in Höhe von 3,4 Mrd. Euro abgeschlossen. Aufgrund der Mehreinnahmen und der Minderausgaben erreichten sie im Jahr 2004 einen Überschuss von rund 4,02 Mrd. Euro (alte Bundesländer 2,88 Mrd. Euro, neue Bundesländer 1,14 Mrd. Euro). Mit diesem Finanzergebnis konnte ein erheblicher Teil des zum Jahresende 2003 saldierten Schuldenstandes in der GKV von knapp 6 Mrd. Euro auf 1,8 Mrd. Euro zurückgeführt werden.

Im Jahr 2005 haben die Kassen nach den vorliegenden vorläufigen Finanzergebnissen mit einem Überschuss von rd. 1,8 Mrd. Euro abgeschlossen (alte Bundesländer rd. 1,1 Mrd. Euro, neue Bundesländer rd. 700 Mio. Euro). Ohne den Bundeszuschuss zur pauschalen Abgeltung von versicherungsfremden Leistungen in Höhe von 2,5 Mrd. Euro hätte die GKV das Jahr 2005 jedoch mit einem negativen Finanzsaldo abgeschlossen (vgl. Tabelle 10.2.17).

Positiver Finanzsaldo
2005 aufgrund des
Bundeszuschusses für
versicherungsfremde
Leistungen

Beitragssatzentwicklung in der GKV: Der durchschnittliche allgemeine Beitragssatz in der GKV von 14,31 % Ende des Jahres 2003 konnte im Folgejahr auf 14,22 % zurückgeführt werden. Anstatt der vom Gesetzgeber prognostizierten 0,7 Beitragssatzpunkte sank der Beitragssatz im Jahresdurchschnitt 2004 damit lediglich um 0,09. Ohne die Einsparungen aus der Gesundheitsreform wäre der Durchschnittsbeitragssatz jedoch auf 15 Prozent gestiegen. Auch im zweiten Jahr nach dem Inkrafttreten des GKV-Modernisierungsgesetzes sind die ursprünglich angestrebten Beitragssatzsenkungen ausgeblieben. Bis zum Ende 2005 sank der durchschnittliche Beitragssatz nur um 0,17 Beitragssatzpunkte von 14,31 % im Jahre 2003 auf 14,14 %¹ im Jahresdurchschnitt 2005 anstatt um die vom Gesetzgeber prognostizierten 1,0 Beitragssatzpunkte (vgl. Tabelle 10.2.16).

Die Ursache für diese Entwicklung ist vor allem in der weiteren Verschlechterung der Einnahmesituation der GKV zu sehen, bedingt durch anhaltende Konjunkturschwäche und Verschiebung von Leistungen zwischen den Sozialversicherungen zu Lasten der GKV. Zudem hat die Gesundheitsreform zwar eine Reduktion des Ausgabenniveaus, aber keine nachhaltige Verlangsamung der Ausgabendynamik bewirkt.

¹ Summe des allgemeinen Beitragssatzes und des zusätzlichen Beitragssatzes von 0,9 % zum 01.07.2005.

Auswirkungen der Gesundheitsreform auf die AOK Berlin

Die AOK Berlin liegt mit ihrem Beitragssatz von 15,5 % weiterhin erheblich über dem GKV-Bundesdurchschnitt und den Beitragssätzen der Barmer Ersatzkasse mit 14,7 %, der Technikerkrankenkasse mit 13,7 % und der BKK Verkehrsbau-Union mit 13,6 %, die den Wettbewerb in der Kassenlandschaft von Berlin maßgebend mitbestimmen (vgl. Tabelle 10.2.19).

Obwohl die Jahresbilanz 2004 der AOK Berlin unter Berücksichtigung der Strukturhilfefzahlungen aus dem AOK-System in Höhe von rd. 63 Mio. Euro ein positives Ergebnis ausweist und auch 2005 ein Überschuss erzielt werden konnte, besteht für eine Beitragssatzsenkung angesichts der weiterhin angespannten Finanzlage und des laut GMG verpflichtenden Schuldenabbaus - schrittweise Entschuldung bis Ende 2007 - kein Spielraum.

Geringe Entlastungseffekte durch das GMG bei der AOK Berlin

Die Entlastungseffekte der Gesundheitsreform wirken bei der AOK Berlin weitaus geringer als bei anderen gesetzlichen Krankenkassen. So sind die Zuzahlungen der AOK-Versicherten (darunter ein hoher Anteil Rentner) im stärkeren Umfang als bei anderen Krankenkassen durch die gewährten Zuzahlungsbefreiungen begrenzt. Weiterhin ist die AOK Berlin durch den hohen Anteil an kranken - vor allem chronisch und schwerkranken - Versicherten belastet. Diese Morbiditätsrisiken werden im Risikostrukturausgleich bisher nicht berücksichtigt und führen zu überdurchschnittlich hohen Ausgaben für diesen Versichertenkreis.

Infolge des weiter anhaltenden Mitgliederrückgangs (2004: -3,6 % zum Vorjahr) und des steigenden Rentneranteils, der bei rd. 52 % liegt, sowie der gesamtwirtschaftlichen schwierigen Rahmenbedingungen in Berlin hat die Kasse gegenüber 2003 Beitragsmindereinnahmen von 22,1 Mio. Euro zu verzeichnen, die nicht durch die Einspareffekte der Gesundheitsreform kompensiert werden konnten (vgl. Tabellen 10.2.12 und 10.2.15).

Ausgabenentwicklung in ausgewählten Leistungsbereichen

Praxisgebühr entfaltet Steuerungsfunktion: Im ambulanten Bereich der ärztlichen und zahnärztlichen Behandlung sind im GKV-Bundesdurchschnitt Ausgabenrückgänge je Mitglied von 6,0 % bzw. 5,3 % gegenüber 2003 zu verzeichnen.

Bei der AOK Berlin konnten die Ausgaben je Mitglied für ärztliche Behandlung um 2,5 % und für zahnärztliche Behandlung um 3,7 % reduziert werden (vgl. Tabelle 10.2.1). Die vereinnahmte Praxisgebühr für Versicherte der AOK Berlin wird mit rd. 22,4 Mio. Euro beziffert. Bundesweit ist aufgrund der Einführung der Praxisgebühr im Vergleich zum Vorjahr ein Rückgang der Behandlungsfälle 2004 um 8,7 % zu verzeichnen. Bei den Fachärzten gab es teilweise zweistellige Fallzahlrückgänge. In Berlin suchten im ersten Quartal 2004 rund 9 % weniger Patientinnen und Patienten eine Arztpraxis auf. Dieser Trend hielt das gesamte Jahr 2004 an und führte im 4. Quartal 2004 über alle Fachgruppen hinweg zu einem Rückgang der Behandlungsfälle um 9,5 % und im fachärztlichen Bereich sogar um 10,5 % (vgl. auch Tabellen 7.2.29 und 7.2.30).

Arzneimittelausgaben: Im Arzneimittelbereich, der ca. 20 % der gesamten Leistungsausgaben abdeckt, lagen die Ausgaben der Krankenkassen je Mitglied im Jahr 2004 um 9,7 % bzw. um insgesamt rd. 2,4 Mrd. Euro unter denen des Jahres 2003.

Hier liegt die AOK Berlin mit einem Ausgabenrückgang von 11,7 % je Mitglied noch über dem Bundestrend. Die Ausgaben je Mitglied in Höhe von 570 Euro betragen jedoch deutlich mehr als im GKV-Bundesdurchschnitt, der 2004 bei 431 Euro je Mitglied lag. Zurückzuführen ist dies vor allem auf die ungünstige Versichertenstruktur und höhere Inanspruchnahme (vgl. Tabellen 10.2.1 und 10.2.3). Entscheidenden Anteil an der Ausgabenreduzierung haben die Neuregelungen für Zuzahlungen bei Arznei- und Verbandsmitteln, die Wiedereinführung der Festbetragsregelungen und die Streichung der Finanzierung nicht verschreibungspflichtiger Arzneimittel durch die Kassen. Diese führten zu einem Mengenrückgang sowie zu Preis- und Struktureffekten.

Ein weiteres Einsparpotential brachte die Zusammenarbeit mit Versandhandelsapotheken. Bundesweit wurde im Jahr 2004 über 1.000 Apotheken die Genehmigung zum Versandhandel mit apothekenpflichtigen Arzneimitteln erteilt.

Bei der positiven Ausgabenentwicklung im Jahr 2004 ist jedoch der hohe Vorzieheffekt zum Jahresende 2003 zu berücksichtigen. Hier wurden im Vorgriff auf die zusätzlichen Belastungen der Versicherten im Jahr 2004 bundesweit für rd. 600 Mio. Euro zusätzlich Arzneimittel durch die Ärztinnen und Ärzte im vierten Quartal 2003 verordnet.

Im Jahr 2005 kehrte sich die Entwicklung im Arzneimittelbereich um. Die Ausgabensteigerung betrug knapp 17 %. Damit liegen die Arzneimittelausgaben über denen des Jahres 2003. Dies hat zu Mehraufwendungen von rd. 3,5 Mrd. Euro bei den Krankenkassen geführt.

Ausgabenexplosion
bei Arzneimitteln 2005

Hauptursachen hierfür waren zum einen die Absenkung des gesetzlich vorgeschriebenen Herstellerabatts von 16 auf 6 %, was - entgegen der Zielsetzung des GMG - nicht durch Einsparungen aufgrund der Ausweitung der Festbetragsregelung kompensiert werden konnte, zum anderen die starke Zunahme von Verordnungen neu eingeführter und in der Regel teurerer Arzneimittel (Strukturkomponente).

Die AOK Berlin liegt mit einer Steigerungsrate von 16,8 % je Mitglied voll im Bundestrend, was zu Mehrausgaben im Arzneimittelbereich von rd. 53 Mio. Euro gegenüber 2004 führte.

Ausgaben für Krankengeld weiterhin stark rückläufig: Im Jahr 2004 wurde bundesweit der niedrigste Krankenstand bei den gesetzlich pflichtversicherten Mitgliedern mit rund 2,9 % seit der Wiedervereinigung erreicht. Dies hat zu einem Ausgabenrückgang um 8,5 % je Mitglied geführt. Im Jahr 2005 ist ein weiterer Rückgang um 7,4 % zu verzeichnen.

Ursächlich hierfür dürfte die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt und die damit verbundene Angst vor dem Arbeitsplatzverlust im Krankheitsfall sein.

Die AOK Berlin hat einen überdurchschnittlichen Rückgang der Krankengeldausgaben je Mitglied von 19,7 % zu verzeichnen und liegt auch mit den Je-Mitgliedsausgaben von 77,74 Euro weit unter dem GKV-Bundesdurchschnitt von 126 Euro (vgl. Tabellen 10.2.1 und 10.2.3). Der Krankenstand lag dagegen bei den pflichtversicherten Mitgliedern der AOK Berlin im Jahresdurchschnitt mit 4,4 % über dem Bundestrend.

Kosten für Heil- und Hilfsmittel sowie Fahrkosten 1005 erneut angestiegen: Bundesweit waren im Jahr 2004 Ausgabenreduzierungen je Mitglied bei den Hilfsmitteln um 15,9 % und bei Heilmitteln um 5,8 % gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Auch die AOK Berlin konnte in diesen Leistungsbereichen die Ausgaben je Mitglied bei Hilfsmitteln um 17,6 % und bei Heilmitteln um 8,4 % reduzieren. Hier wirken die durch das GMG bedingten Leistungseinschränkungen bei Sehhilfen und die Zuzahlungen bei Verordnungen, z. B. von Massagen und Krankengymnastik kostenreduzierend.

Neuregelungen des
GMG zu Heil- und
Hilfsmitteln und Fahr-
kosten senken nur
kurzfristig die Kosten

Dieser Trend hat sich allerdings nach den vorläufigen Finanzergebnissen im Jahr 2005 nicht fortgesetzt. So ist im Hilfsmittelbereich nur noch ein geringer Ausgabenrückgang um -0,4 % je Mitglied, im Heilmittelbereich sogar eine Steigerung um 3,4 % je Mitglied zu verzeichnen.

Die Neuregelungen der Leistungsbegrenzungen und Zuzahlungen im Fahrkostenbereich haben auch in diesem Bereich zunächst zu spürbaren Rückgängen der Kosten geführt. Sowohl im GKV-Bundesdurchschnitt als auch bei der AOK Berlin konnten im Jahr 2004 die Ausgaben je Mitglied um 8,5 % gesenkt werden, wobei die Fahrkosten je Mitglied mit 79,72 Euro bei der AOK Berlin noch weit über dem GKV-Bundeswert von 52,00 Euro liegen.

Im Jahr 2005 sind jedoch die Ausgaben auch in diesem Bereich wieder um 7,9 % je Mitglied gestiegen (vgl. Tabellen 10.2.1 und 10.2.3).

Ausgabenanstieg im Krankenhausbereich: Die Krankenhausausgaben, die in den letzten Jahren im GKV-Bereich eher moderat verliefen, sind im Jahr 2005 um 3,3 % je Mitglied gestiegen. Dies hat in

diesem Bereich, der ca. ein Drittel der gesamten Ausgaben der GKV ausmacht, zu Mehraufwendungen in Höhe von rd. 1,4 Mrd. Euro geführt.

Dagegen hat die AOK Berlin einen vergleichsweise niedrigen Kostenanstieg von 0,4 % bei den Je-Mitgliedswerten zu verzeichnen, was aufgrund der Mitgliederrückgänge zu einer Ausgabenreduzierung von rd. 3,55 Mio. Euro führte. Dennoch ist die Kasse gemessen an den Leistungsausgaben insgesamt mit rd. 44,7 % der Kosten für den Krankenhausbereich überproportional belastet (vgl. auch Tabelle 10.2.2).

Geringere Inanspruchnahme von Zahnersatz

Ausgabenrückgänge beim Zahnersatz: Einen markanten Ausgabenrückgang im Jahr 2005 gab es bei Leistungen für Zahnersatz mit einer GKV-bundesweiten Veränderungsrate von -32,3 % je Mitglied, was zu Minderausgaben von knapp 1,2 Mrd. Euro führte.

Die AOK Berlin kann einen Rückgang von rd. 24,2 % bei den Je-Mitgliedswerten und damit eine Ausgabenreduzierung von rd. 15,3 Mio. Euro für Zahnersatzleistungen gegenüber dem Vorjahr verzeichnen. Für den hohen Kostenrückgang ist in erster Linie die mit der Umstellung auf die befundorientierten Festzuschüsse - Festbetragsregelung - einhergehende Mehrbelastung der Versicherten und damit verbundene Zurückhaltung bei der Inanspruchnahme von Zahnersatz ausschlaggebend.

Fazit: Weiterer Reformbedarf in der GKV

Das GMG hat der GKV zu einer kurzfristigen Stabilisierung und raschen Entschuldung verholfen. Die Hauptlast dabei trug die Versichertengemeinschaft. Bereits zum Zeitpunkt der Verabschiedung des GMG war klar, dass eine mittel- bzw. langfristige Stabilisierung der GKV einer grundlegenden Finanzierungsreform bedarf. Diese will die Regierungskoalition noch im Jahr 2006 in Angriff nehmen.

Bis dahin soll durch kurzfristige gesetzliche Maßnahmen verhindert werden, dass es zu einer erneuten Defizitentwicklung mit damit verbundenen Beitragssatzerhöhungen in der GKV kommt.

So soll das im April 2006 verabschiedete Gesetz zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit in der Arzneimittelversorgung zu einem Entlastungseffekt in der GKV im Jahr 2006 in Höhe von ca. 1 Mrd. Euro führen. Außerdem erhalten die gesetzlichen Krankenkassen gem. § 221 Abs. 1 SGB V in der Folge des GMG einen Bundeszuschuss für versicherungsfremde Leistungen in Höhe von 4,2 Mrd. Euro. Damit hat sich die Regierungskoalition die notwendige Atempause verschafft, um die finanzielle Konsolidierung fortzuführen und die notwendigen gesetzlichen Rahmenbedingungen für die anstehende Finanzierungsreform in der GKV auf den Weg zu bringen.

Dem Beitrag zugrunde liegende Quellen sind in der Fußnote² aufgeführt.

² AOK Berlin (2005): Jahresrechnung 2004 der AOK Berlin - Die Gesundheitskasse.

AOK-Bundesverband (2005): Geschäftsbericht zur Bilanz 2004/2005. Stand: Juni 2005.

BMG (2005): Statistische Daten der GKV - Kennzahlen und Faustformeln 2005.

BMGS (2005): Pressemitteilung vom 02.03.2005.

BMGS (2005): Artikel „Ein Jahr Gesundheitsreform“ vom 07.04.2005.

BMGS (2005): Pressemitteilung vom 29.06.2005.

BMG (2006): Pressemitteilung vom 03.03.2006.

BMGS (2004): Broschüre - Ratgeber zur gesetzlichen Krankenversicherung.

Die Ersatzkasse, Nr. 3/2006.

Kruse, Hänlein (Hrsg.) (2004): Das neue Krankenversicherungsrecht. 1. Auflage. Nomos-Verlagsgesellschaft, Baden-Baden.

Bundesrat (2006): Jahreswirtschaftsbericht 2006 der Bundesregierung. Drucksache 59/06 vom 25.01.06.

10.1.2 Gesundheitsleistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz/ Sozialgesetzbuch XII, dem Bundesversorgungsgesetz-Kriegsopferfürsorge und dem Landespflegegeldgesetz

Krankenhilfe nach dem Bundessozialhilfegesetz / Hilfen zur Gesundheit nach dem SGB XII

Die Krankenbehandlung für nicht krankenversicherte Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger sowie Anspruchsberechtigte nach § 2 Asylbewerberleistungsgesetz hat sich mit Inkrafttreten des Gesundheitsmodernisierungsgesetzes zum 01.01.2004 grundsätzlich geändert. Seit diesem Zeitpunkt wird die Versorgung dieses Personenkreises gemäß § 264 Abs. 2 - 7 SGB V von den Krankenkassen wahrgenommen.

Einbindung der Krankenkassen in die Versorgung nicht krankenversicherter Sozialhilfeempfänger

Der Träger der Sozialhilfe erstattet den Krankenkassen die entstandenen Aufwendungen und zahlt Verwaltungskosten in Höhe von bis zu 5 v. H. der Gesamtaufwendungen. Von dieser Regelung sind lediglich diejenigen nicht krankenversicherten Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger ausgenommen, die nicht mindestens vier Wochen Hilfe zum Lebensunterhalt oder eingeschränkte Hilfe beziehen.

Die vorgenommene Gesetzesänderung erfasst alle Hilfen, die nach dem Unterabschnitt 4 des Bundessozialhilfegesetzes bis zum 31.12.2004 und nach dem Fünften Kapitel des SGB XII ab dem 01.01.2005 zu erbringen sind. Durch die Einbindung der Krankenkassen in die Versorgung nicht krankenversicherter Sozialhilfeempfänger sollen alle Instrumentarien der gesetzlichen Krankenversicherung auch den Trägern der Sozialhilfe nutzen und Einsparungen auf dem Gebiet der Kranken- bzw. Gesundheitsversorgung erzielt werden.

Hilfe zur Pflege nach dem Bundesversorgungsgesetz-Kriegsopferfürsorge³

Auf der Grundlage des Bundesversorgungsgesetzes wird *Hilfe zur Pflege* im Rahmen der Kriegsopferfürsorge (KOF) an Beschädigte, Hinterbliebene (Witwen und Waisen) und Eltern gewährt.

Durch die Pflegeversicherungsleistungen, die vorrangig gegenüber den Leistungen der Hilfe zur Pflege nach dem Bundesversorgungsgesetz sind, wurden die auf den Träger der KOF entfallenden Kosten sowohl im stationären Bereich (Heime) als auch im ambulanten Bereich (häusliche Pflege) erheblich reduziert. Allerdings müssen in beiden Bereichen aufgrund der Kostenintensität der zu erbringenden Leistungen in der überwiegenden Zahl der Fälle aufstockende Leistungen durch den KOF-Träger erbracht werden, weil der Bedarf durch die Pflegeversicherungsleistungen nicht gedeckt wird.

Kostenintensität im Pflegebereich erfordert aufstockende finanzielle Leistungen durch den KOF-Träger

Die Zahl der zu betreuenden Versorgungsberechtigten hat sich im Bereich der häuslichen Pflege aufgrund der Altersstruktur der Leistungsberechtigten erhöht, während der Bereich der stationären Pflege leicht rückläufig ist.

Die gegenüber der gesetzlichen Krankenversicherung nachrangigen Leistungen der *Krankenhilfe* sind weiter rückläufig.

Insgesamt ist angesichts des hohen Lebensalters der Kriegsopferfürsorgeberechtigten in den kommenden Jahren mit einem stärkeren Rückgang der Fallzahlen zu rechnen. Die Entwicklung der Ausgaben für Krankenhilfe bzw. für Hilfe zur Pflege im Rahmen der KOF von 1994 bis 2004 ist Tabelle 10.2.6 zu entnehmen.

³ Einschließlich der entsprechenden Leistungen des übrigen sozialen Entschädigungsrechts.

Gesundheitsleistungen nach dem Landespflegegeldgesetz

Das LPfGG trägt zum Ausgleich der aufgrund von Behinderung entstehenden Mehrkosten bei

Trotz Pflegeversicherung leisten die pauschalen Pflegegelder nach dem Landespflegegeldgesetz (LPfGG) noch immer einen unverzichtbaren Beitrag zum Ausgleich der finanziellen Mehraufwendungen, die blinde, hochgradig sehbehinderte und gehörlose Menschen im täglichen Leben aufgrund ihrer Behinderung haben. Die Leistungen werden daher nach wie vor einkommens- und vermögensunabhängig gezahlt.

Die Pflegegelder nach dem Landesgesetz tragen vorrangig dazu bei, dass die Betroffenen trotz ihrer Behinderung in ihrer Häuslichkeit verbleiben können, und unterstützen diese bei einer selbständigen und selbstbestimmten Lebensführung. Sie tragen damit in hohem Maße zur *Verwirklichung des Prinzips "ambulant vor stationär"* bei.

Im häuslichen Bereich werden dabei die umfassenderen Leistungen der Pflegeversicherung teilweise auf die Leistungsansprüche nach dem Landesgesetz angerechnet. Die Anrechnung erfolgt auf der Grundlage der Geldleistung nach § 37 SGB XI in Höhe eines bestimmten behinderungsspezifischen Anteils.

Die Anrechnung der Pflegeversicherungsleistungen und die Tatsache, dass der Personenkreis der sog. Hilflosen nur noch im Rahmen einer Bestandsschutzregelung leistungsberechtigt ist, Neufälle somit ausgeschlossen sind, haben seit 1995 zu einer *ständig sinkenden Zahl leistungsberechtigter Personen* geführt.

Der Kreis der Berechtigten umfasste im Jahresdurchschnitt (ohne die bezirklichen Jugendämter) folgende Anzahl an Personen:

1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
19.783	18.931	13.731	12.828	11.845	11.619	10.330	9.079	9.043	8.212

Aber auch die *Leistungsausgaben sind weiter rückläufig*. Mit dem Inkrafttreten des LPfGG zum 01.01.2004 waren vor dem Hintergrund der schwierigen Haushaltslage und des Bemühens des Landes Berlin um Sanierungsbeihilfen für den Landeshaushalt Leistungsabsenkungen und damit Anpassungen an das Leistungsniveau der anderen Länder unumgänglich. Somit sind die jährlichen Gesamtausgaben im Jahr 2004 auf insgesamt 27,3 Mio. EUR gesunken. Davon entfielen auf die Bestandsschutzleistungen 5,0 Mio. EUR. Blinde Leistungsempfängerinnen und -empfänger erhielten 16,2 Mio. EUR, hochgradig Sehbehinderte 2,9 Mio. EUR und Gehörlose 3,1 Mio. EUR. Rentenversicherungsbeiträge für Pflegepersonen wurden im Rahmen einer Auslaufregelung nochmals in Höhe von 0,1 Mio. EUR gezahlt. Die Entwicklung der Ausgabenkomponenten von 1991 bis 2004 zeigt Tabelle 10.2.7.

10.1.3 Krankenhausfinanzierung

Die wirtschaftliche Sicherung der Krankenhäuser im Rahmen des dualen Finanzierungssystems bleibt unverändert das Ziel des Krankenhausfinanzierungsgesetzes (KHG) des Bundes, nach dem die Investitionskosten der Krankenhäuser über den Landeshaushalt öffentlich gefördert und die Kosten des laufenden Betriebs der Krankenhäuser von den Krankenkassen finanziert werden.

Der Bund hat für die *Finanzierung der laufenden Betriebskosten* der Krankenhäuser, die sich zuvor über tagesgleiche Pflegesätze abbildeten, ein Fallpauschalensystem (DRG = Diagnosis Related Groups) eingeführt, das sich über Leistungen und Preise definiert (ausgenommen Psychiatrie und Psychosomatik). Verbindlich ab 2005 rechnen die Krankenhäuser nahezu alle ihre Leistungen über Einnahmen aus verschiedenen Fallpauschalen ab und sollen dann schrittweise bis einschließlich 2009

ihr Betriebskostenbudget vollständig und über landesweit einheitlich festgesetzte Preise erwirtschaften. Das neue Krankenhausentgeltrecht wird die Krankenhausstruktur weiter maßgeblich verändern und in seiner Folge auch den Bedarf der für die Versorgung der Bevölkerung noch benötigten Betten neu definieren.

Künftig werden in jährlichen Qualitätsberichten das Leistungsprofil und die Leistungsfähigkeit der Krankenhäuser für alle Patienten transparent. Der Bericht ist erstmals im Jahr 2005 für 2004 erstellt worden. Die Berichte werden den Wettbewerb der Häuser untereinander verstärken. Es ist bereits jetzt absehbar, dass das System der Fallpauschalenvergütung die Kosten- und Leistungstransparenz verbessert, Anreize zur Erschließung wirtschaftlicher Reserven schafft und so die Effizienz der künftig einzusetzenden Mittel erhöht werden kann.

System der Fallpauschalenvergütung verbessert Kosten- und Leistungstransparenz von Krankenhäusern

Voraussetzung für die *Gewährung von Investitionszuschüssen des Landes Berlin* an die Krankenhäuser ist deren Aufnahme in den jeweiligen Krankenhausplan des Landes Berlin. Der Landeskrankenhausplan wird gegenwärtig mit einem Planungshorizont bis 2008 fortgeschrieben.

Das insbesondere die einzelnen *Förderungsarten regelnde Landeskrankenhausgesetz* (LKG) wird den neuen Entwicklungen angepasst.

Die 2003, 2004 und 2005 zum Stichtag 31.12. gewährten Zuschüsse nach KHG/LKG sind nach Trägerverbänden differenziert in den Tabellen 10.2.8 a bis 10.2.8 c dargestellt.

Der Ausweis des vom Land Berlin übernommenen Schuldendienstes betrifft die im Rahmen eines Darlehenprogramms den Krankenhäusern zur Verfügung gestellten *Kredite für Baumaßnahmen*. Der Schuldendienst wird bis 2015 geleistet und beträgt 2005 36,4 Mio. EUR.

Aufgrund von Art. 14 des Gesundheitsstrukturgesetzes erhält das Land noch bis zum Jahr 2014 zur Angleichung des Niveaus der stationären Versorgung im Ostteil Berlins *von den Krankenkassen aufzubringende Investitionszuschläge*. Die Verwendung dieser zweckbestimmten Einnahmen in Höhe von jährlich rd. 10 Mio. EUR erfolgt im Einvernehmen mit der Berliner Krankenhausgesellschaft und den Berliner Krankenkassen/-verbänden.

Das Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung vom 14.11.2003 führt derzeit neben der Implementierung der Fallpauschalenvergütung ebenfalls zu strukturellen Änderungen im Krankenhaussystem.

Die umfangreichen Reformen bewirken auch, dass sich neue Formen der Kooperation zwischen stationären und ambulanten Versorgungsangeboten bilden, die zu einer Neuorientierung der Krankenhäuser führen. Eine Weiterentwicklung des Krankenhausfinanzierungsrechts wird erwartet.

10.2 Tabellen

Gesundheitsausgaben nach Ausgabenträgern und Leistungsarten

● Gesetzliche Krankenversicherung (GKV)

Tabelle 10.2.1:
Ausgewählte Leistungsausgaben je Mitglied bei AOK Berlin im Vergleich zu Bundesdurchschnittswerten 2003 und 2004

Kto.	Leistungs-/Ausgabenart	2003					2004				
		GKV		AOK			GKV		AOK		
		West	Ost	AOK Berlin	West	Ost	West	Ost	AOK Berlin	West	Ost
in EUR											
40	ärztliche Behandlung	504,47	367,64	498,98	498,28	370,20	478,57	344,54	486,27	475,94	351,02
41	zahnärztliche Behandlung	162,97	137,99	118,56	143,79	108,04	155,03	128,03	114,20	137,94	101,49
42	Zahnersatz	76,49	66,34	105,92	78,30	64,97	74,08	65,74	104,23	73,53	64,82
43	Arznei-, Verbands-, Hilfsmittel aus Apotheken	476,15	481,56	645,80	524,28	593,60	430,86	431,45	570,55	475,37	526,32
44/45	Heil- und Hilfsmittel	191,19	160,21	239,95	196,53	184,76	169,61	137,48	197,72	174,16	159,15
46	Krankenhausbehandlung (ohne Anschlussheilbehandlung)	899,16	863,31	1.483,91	1.046,50	1.109,25	912,00	881,29	1.527,77	1.061,06	1.104,63
47	Krankengeld	143,78	109,76	96,86	147,28	72,36	131,46	101,10	77,74	130,38	67,60
48	Leistungen im Ausland	9,23	1,11	5,34	12,58	1,03	10,63	1,28	5,49	13,52	1,20
49	Fahrtkosten	55,42	60,08	87,16	69,37	82,99	50,76	54,79	79,72	62,79	74,40
50	Kuren einschl. Anschlussrehabilitation	52,86	41,00	40,86	55,03	46,44	49,16	39,81	38,80	51,50	46,71
51	Soziale Dienste, Prävention, Selbsthilfe	21,04	17,60	20,30	25,20	19,29	22,04	18,83	19,95	24,43	19,75
52	Früherkennungsmaßnahmen	22,58	13,82	22,16	23,27	14,09	26,05	18,09	20,86	23,89	15,96
53	Empfängnisverhütung	3,20	3,66	1,36	2,35	2,11	3,12	2,73	1,46	2,36	1,55
54	ergänzende Leistungen zur Rehabilitation	10,71	6,94	11,98	13,88	7,85	12,21	7,83	13,88	14,50	8,56
55	Leistungen Schwangerschaft / Mutterschaft	59,84	38,72	33,63	51,16	26,48	63,75	44,08	39,01	58,14	34,78
56	häusliche Krankenpflege und Haushaltshilfe	38,19	37,20	75,11	47,32	63,82	39,28	37,85	81,98	47,84	63,54
58	Sterbegeld	8,24	8,63	18,14	10,91	14,55	0,44	0,42	0,02	0,49	0,60
59	sonstige Leistungen / Medizin. Dienst d. Krankenk. / Hospize	7,43	6,16	11,21	6,98	6,13	17,41	19,55	26,42	18,73	25,00
4/5	Leistungsausgaben insges.	2.744,30	2.422,86	3.517,21	2.953,31	2.787,97	2.649,79	2.335,24	3.406,07	2.847,95	2.667,24
70	Nettoverwaltungskosten	166,38	141,31	184,47	170,30	169,75	165,83	136,23	189,36	169,78	169,81
Veränderung zum Vorjahr in %											
40	ärztliche Behandlung	8,8	12,9	1,7	9,8	15,3	-5,1	-6,3	-2,5	-4,5	-5,2
41	zahnärztliche Behandlung	1,5	-0,0	-4,6	2,2	-0,0	-4,9	-7,2	-3,7	-4,1	-6,1
42	Zahnersatz	7,2	11,2	3,0	7,6	7,2	-3,2	-0,9	-1,6	-6,1	-0,2
43	Arznei-, Verbands-, Hilfsmittel aus Apotheken	3,7	3,7	3,4	4,3	2,8	-9,5	-10,4	-11,7	-9,3	-11,3
44/45	Heil- und Hilfsmittel	0,7	5,9	2,9	-0,1	8,9	-11,3	-14,2	-17,6	-11,4	-13,9
46	Krankenhausbehandlung (ohne Anschlussheilbehandlung)	1,0	4,1	-3,3	2,0	1,4	1,4	2,1	3,0	1,4	-0,4
47	Krankengeld	-53,5	-50,5	-16,2	-54,9	-52,6	-8,6	-7,9	-19,7	-11,5	-6,6
48	Leistungen im Ausland	-7,4	-2,6	11,0	2,9	4,0	15,2	15,3	2,8	7,5	16,5
49	Fahrtkosten	3,7	4,5	7,3	3,3	3,6	-8,4	-8,8	-8,5	-9,5	-10,4
50	Kuren einschl. Anschlussrehabilitation	-3,8	0,8	3,9	-5,4	-0,3	-7,0	-2,9	-5,0	-6,4	0,6
51	Soziale Dienste, Prävention, Selbsthilfe	13,7	6,5	13,9	7,1	6,5	4,8	7,0	-1,7	-3,1	2,4
52	Früherkennungsmaßnahmen	48,8	19,7	28,7	67,7	56,0	15,4	30,9	-5,9	2,7	13,3
53	Empfängnisverhütung	10,0	28,4	6,3	2,2	23,4	-2,5	-25,4	7,4	0,4	-26,5
54	ergänzende Leistungen zur Rehabilitation	5,2	17,8	-14,0	9,6	12,8	14,0	12,8	15,9	4,5	9,0
55	Leistungen Schwangerschaft / Mutterschaft	4,7	12,8	14,2	7,8	18,3	6,5	13,8	16,0	13,6	31,3
56	häusliche Krankenpflege und Haushaltshilfe	-0,3	4,8	5,2	1,2	3,1	2,9	1,7	9,1	1,1	-0,4
58	Sterbegeld	-44,7	-44,1	-40,0	-45,3	-45,3	-94,7	-95,1	-99,9	-95,5	-95,9
59	sonstige Leistungen / Medizin. Dienst d. Krankenk. / Hospize	5,8	7,1	22,0	9,2	11,3	134,3	217,4	135,7	168,3	307,8
4/5	Leistungsausgaben insges.	1,5	3,4	-0,7	1,7	1,8	-3,4	-3,6	-3,2	-3,6	-4,3
70	Nettoverwaltungskosten	2,9	1,7	1,9	3,2	-0,3	-0,3	-3,6	2,7	-0,3	0,0

(Datenquelle: BMG / AOK Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II C -)

Tabelle 10.2.2:
Anteil ausgewählter Leistungsausgaben an den Gesamtleistungsausgaben der AOK Berlin im Vergleich zu Bundesdurchschnittswerten 2003 und 2004

Kto.	Leistungs-/Ausgabenart	2003					2004				
		GKV		AOK			GKV		AOK		
		West	Ost	AOK Berlin	West	Ost	West	Ost	AOK Berlin	West	Ost
40	ärztliche Behandlung	18,4	15,2	14,2	16,9	13,3	18,1	14,8	14,3	16,7	13,2
41	zahnärztliche Behandlung	5,9	5,7	3,4	4,9	3,9	5,9	5,5	3,4	4,8	3,8
42	Zahnersatz	2,8	2,7	3,0	2,7	2,3	2,8	2,8	3,1	2,6	2,4
43	Arznei-, Verbands-, Hilfsmittel aus Apotheken	17,4	19,9	18,4	17,8	21,3	16,3	18,5	16,8	16,7	19,7
44/45	Heil- und Hilfsmittel	7,0	6,6	6,8	6,7	6,6	6,4	5,9	5,8	6,1	6,0
46	Krankenhausbehandlung (ohne Anschlussheilbehandlung)	32,8	35,6	42,2	35,4	39,8	34,4	37,7	44,9	37,3	41,4
47	Krankengeld	5,2	4,5	2,8	5,0	2,6	5,0	4,3	2,3	4,6	2,5
48	Leistungen im Ausland	0,3	0,0	0,2	0,4	0,0	0,4	0,1	0,2	0,5	0,0
49	Fahrtkosten	2,0	2,5	2,5	2,3	3,0	1,9	2,3	2,3	2,2	2,8
50	Kuren einschl. Anschlussrehabilitation	1,9	1,7	1,2	1,9	1,7	1,9	1,7	1,1	1,8	1,8
51	Soziale Dienste, Prävention, Selbsthilfe	0,8	0,7	0,6	0,9	0,7	0,8	0,8	0,6	0,9	0,7
52	Früherkennungsmaßnahmen	0,8	0,6	0,6	0,8	0,5	1,0	0,8	0,6	0,8	0,6
53	Empfängnisverhütung	0,1	0,2	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,1	0,1
54	ergänzende Leistungen zur Rehabilitation	0,4	0,3	0,3	0,5	0,3	0,5	0,3	0,4	0,5	0,3
55	Leistungen Schwangerschaft / Mutterschaft	2,2	1,6	1,0	1,7	0,9	2,4	1,9	1,1	2,0	1,3
56	häusliche Krankenpflege und Haushaltshilfe	1,4	1,5	2,1	1,6	2,3	1,5	1,6	2,4	1,7	2,4
58	Sterbegeld	0,3	0,4	0,5	0,4	0,5	0,02	0,02	0,00	0,02	0,02
59	sonstige Leistungen / Medizin. Dienst d. Krankenk. / Hospize	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2	0,7	0,8	0,8	0,7	0,9
4/5	insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

(Datenquelle: BMG / AOK Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II C -)

Tabelle 10.2.3:

Ausgewählte Leistungsausgaben je Mitglied im Verhältnis von GKV Ost 1) zu GKV West 2) sowie der AOK Berlin zu den Durchschnittswerten aller AOK'n der alten Bundesländer 2003 und 2004

Leistungsart	Leistungsausgaben je Mitglied 2003		Leistungsausgaben je Mitglied 2004	
	GKV Ost in % von GKV West	AOK Berlin in % von AOK West	GKV Ost in % von GKV West	AOK Berlin in % von AOK West
ärztliche Behandlung	72,9	100,1	72,0	102,2
zahnärztliche Behandlung	84,7	82,5	82,6	82,8
Zahnersatz	86,7	135,3	88,7	141,8
Arzneimittel	101,1	123,2	100,1	120,0
Heil- und Hilfsmittel	83,8	122,1	81,1	113,5
Krankenhausbehandlungen	96,0	141,8	96,6	144,0
Krankengeld	76,3	65,8	76,9	59,6
Fahrkosten	108,4	125,6	107,9	127,0
häusliche Krankenpflege und Haushaltshilfe	97,4	158,7	96,4	171,4
Leistungsausgaben insgesamt	88,3	119,1	88,1	119,6

¹⁾ Gesetzliche Krankenversicherung in den neuen Bundesländern.

²⁾ Gesetzliche Krankenversicherung in den alten Bundesländern.

(Datenquelle: BMG / AOK Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II C -)

● BSHG, BVG-KOF und LPfIGG

Tabelle 10.2.4:
Ausgaben für Gesundheits- und Pflegeleistungen nach dem BSHG in Berlin 1995 - 2004
nach Hilfearten

Hilfeart	1996		1997		1998		1999		2000		2001		2002		2003		2004		Veränd. zu 2003 in Tsd. EUR
	Tsd. EUR	%	Tsd. EUR	%	Tsd. EUR	%	Tsd. EUR	%	Tsd. EUR	%	Tsd. EUR	%	Tsd. EUR	%	Tsd. EUR	%	Tsd. EUR	%	
vorbeugende Gesundheitshilfe	154,0	0,02	164,9	0,02	230,5	0,03	152,1	0,02	78,2	0,01	72,4	0,01	57,9	0,01	68,5	0,01	57,9	0,01	-10,6
- außerhalb von Einrichtungen	102,7	0,01	97,3	0,01	230,5	0,03	122,7	0,01	64,3	0,01	66,7	0,01	51,4	0,01	59,6	0,01	41,6	0,00	-18,0
- in Einrichtungen	51,3	0,01	67,6	0,01	-	-	29,4	0,00	13,9	0,00	5,7	0,00	6,5	0,00	8,9	0,00	16,3	0,00	7,4
Krankenhilfe	139.088,6	13,69	145.103,2	16,89	159.574,3	19,65	170.878,5	19,97	174.165,7	20,13	171.383,9	19,19	176.205,9	18,99	174.686,8	18,16	179.960,0	17,86	5.273,2
- außerhalb von Einrichtungen	56.876,4	5,60	61.552,2	7,17	79.585,4	9,80	81.117,1	9,48	92.870,7	10,73	89.236,1	9,99	95.705,5	10,31	100.138,2	10,41	96.265,3	9,55	-3.872,9
- in Einrichtungen	82.212,2	8,09	83.550,9	9,73	79.988,9	9,85	89.761,4	10,49	81.295,0	9,39	82.147,8	9,20	80.500,4	8,67	74.548,6	7,75	83.694,7	8,31	9.146,1
Hilfe bei Schwangerschaft und Mutterschaft¹⁾	780,1	0,08	739,3	0,09	743,2	0,09	377,6	0,04	499,0	0,06	520,2	0,06	498,0	0,05	112,0	0,01	120,2	0,01	8,2
- außerhalb von Einrichtungen	113,8	0,01	89,3	0,01	318,1	0,04	167,2	0,02	168,3	0,02	117,2	0,01	130,3	0,01	111,6	0,01	32,4	0,00	-79,2
- in Einrichtungen	666,3	0,07	650,1	0,08	425,0	0,05	210,5	0,02	330,7	0,04	403,0	0,05	367,7	0,04	0,4	0,00	87,8	0,01	87,4
Eingliederungshilfe für Behinderte	296.045,5	29,1	337.105,6	39,2	351.202,1	43,2	409.463,6	47,8	428.634,7	49,5	463.678,8	51,9	495.883,7	53,4	512.297,2	53,3	544.995,7	54,1	32.696,5
darunter:																			
Leistungen zur medizinischen Rehabilitation ²⁾	4.874,8	0,48	4.201,9	0,49	3.728,2	0,46	5.566,1	0,65	5.221,9	0,60	5.042,1	0,56	5.022,1	0,54	3.748,2	0,39	2.139,0	0,21	-1.609,2
- außerhalb von Einrichtungen	1.426,4	0,14	883,8	0,10	697,1	0,09	1.022,2	0,12	1.043,5	0,12	1.196,5	0,13	1.472,8	0,16	986,7	0,10	448,2	0,04	-538,5
- in Einrichtungen	3.448,5	0,34	3.318,1	0,39	3.031,1	0,37	4.544,0	0,53	4.178,4	0,48	3.843,6	0,43	3.549,3	0,38	2.761,5	0,29	1.690,8	0,17	-1.070,7
heilpädagogische Maßnahmen für Kinder	4.194,2	0,41	4.060,9	0,47	1.731,1	0,21	2.931,1	0,34	2.729,6	0,32	2.727,6	0,31	3.629,2	0,39	2.652,3	0,28	2.464,3	0,24	-188,0
- außerhalb von Einrichtungen	358,8	0,04	555,4	0,06	756,5	0,09	2.018,0	0,24	1.772,5	0,20	2.284,5	0,26	3.300,5	0,36	2.227,0	0,23	2.051,3	0,20	-175,7
- in Einrichtungen	3.835,4	0,38	3.505,5	0,41	974,6	0,12	913,1	0,11	957,1	0,11	443,1	0,05	328,7	0,04	425,3	0,04	413,0	0,04	-12,3
Hilfe zur Pflege	580.048,4	57,1	375.797,8	43,8	300.367,5	37,0	274.860,9	32,1	261.988,1	30,3	257.539,6	28,8	255.371,6	27,5	274.875,7	28,6	282.605,8	28,0	7.730,1
- außerhalb von Einrichtungen	90.567,3	8,9	94.796,9	11,0	105.329,6	13,0	107.736,8	12,6	109.747,1	12,7	115.099,5	12,9	116.725,9	12,6	125.169,1	13,0	131.364,6	13,0	6.195,5
- in Einrichtungen	489.481,0	48,2	281.000,9	32,7	195.037,9	24,0	167.124,1	19,5	152.241,0	17,6	142.440,1	15,9	138.645,7	14,9	149.706,6	15,6	151.241,2	15,0	1.534,6
insgesamt	1.016.116,5	100	858.910,8	100	812.117,5	100	855.732,8	100	865.365,7	100	893.194,9	100	928.017,1	100	962.040,2	100	1.007.739,6	100	45.699,4
Index, Basis 1996																			
Gesamtausgaben	100		84,5		79,9		84,2		85,2		87,9		91,3		94,7		99,2		
Eingliederungshilfe für Behinderte	100		113,9		118,6		138,3		144,8		156,6		167,5		173,0		184,1		

¹⁾ Bis 2003: Hilfe für werdende Mütter.

²⁾ Bis 2003: Ärztliche Behandlung.

(Datenquelle: SenGesSozV Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 10.2.5:
Empfänger/innen von Gesundheits- und Pflegeleistungen nach dem BSHG in Berlin 1996 - 2004 (Stand: 31.12.)
nach Hilfearten

Hilfeart	Empfänger/innen ¹⁾²⁾								
	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Vorbeugende Gesundheitshilfe	478	259	221	263	168	140	188	117	...
- außerhalb von Einrichtungen	458	246	212	256	165	139	181	117	...
- in Einrichtungen	20	13	9	7	3	1	7	-	...
Krankenhilfe	20.643	34.186	35.392	17.804	36.504	35.447	41.838	51.781	...
- außerhalb von Einrichtungen	20.562	34.067	35.292	17.592	34.478	35.437	41.835	51.772	...
- in Einrichtungen	111	176	216	245	35	17	3	9	...
Hilfe bei Schwangerschaft und Mutterschaft ³⁾	23	28	35	29	-	1	-	-	...
- außerhalb von Einrichtungen	22	27	33	28	-	1	-	-	...
- in Einrichtungen	1	1	2	1	-	-	-	-	...
Eingliederungshilfe für Behinderte	9.772	8.891	9.982	10.030	9.968	9.883	9.860	11.809	13.818
darunter:									
Leistungen zur medizinischen Rehabilitation ⁴⁾	545	511	477	323	236	208	119	73	50
- außerhalb von Einrichtungen	364	384	335	170	128	45	44	29	25
- in Einrichtungen	181	127	142	153	108	163	75	44	25
heilpädagogische Maßnahmen für Kinder	399	354	352	263	301	119	179	116	83
- außerhalb von Einrichtungen	382	337	333	251	291	111	171	113	82
- in Einrichtungen	17	17	19	12	10	8	8	3	1
Hilfe zur Pflege	21.212	18.719	17.615	16.934	15.135	15.460	14.508	15.984	16.249
- außerhalb von Einrichtungen	6.623	6.467	5.764	5.632	5.015	3.702	4.351	4.946	4.879
- in Einrichtungen ⁵⁾	14.603	12.278	11.886	11.332	10.132	11.781	10.178	11.068	11.422

¹⁾ Hilfeempfänger mit mehreren Leistungen werden bei jeder Hilfeart gezählt, deswegen kann die Summe der Empfänger nicht durch Addition über alle Hilfearten ermittelt werden.

²⁾ Mehrfachmeldungen innerhalb einer Hilfeart sind nur insoweit ausgeschlossen, als sie aufgrund der Meldungen erkennbar waren.

³⁾ Bis 2003: Hilfe für werdende Mütter.

⁴⁾ Bis 2003: Ärztliche Behandlung.

⁵⁾ Voll- und teilstationäre Pflege.

... Aufgrund der durch das Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GMG) vom 14.11.2003 geänderten und seit 01.01.2004 geltenden Erfassungsmodalitäten konnten die Daten bis Redaktionsschluss nicht zur Verfügung gestellt werden.

(Datenquelle: StaLa Berlin)

Tabelle 10.2.6:
Krankenhilfe und Hilfe zur Pflege nach dem Bundesversorgungsgesetz-Kriegsopferfürsorge (BVG-KOF)
in Berlin 1994 - 2004

Hilfeart	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2004 ¹⁾
Aufwand in Tsd. EUR										
Krankenhilfe (§ 26 b)	176,9	52,7	48,1	35,1	34,2	30,2	49,6	23,5	25,1	12,2
davon:										
Beihilfen	176,9	52,7	48,1	35,1	34,2	30,2	49,6	23,5	25,1	12,2
Beihilfen an Beschädigte	5,1	2,1	1,0	0,5	12,0	7,6	8,7	6,1	6,5	3,9
Beihilfen an Hinterbliebene	171,8	50,6	47,0	34,6	22,2	22,6	40,9	17,4	18,6	8,3
Darlehen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Hilfe zur Pflege (§ 26 c)	53.112,5	53.753,7	56.278,4	34.449,3	28.181,1	19.693,4	17.313,4	16.020,8	14.171,2	13.725,9
davon:										
Beihilfen	53.112,5	53.707,6	55.833,1	34.372,8	28.149,4	19.662,3	17.313,4	15.995,3	14.123,7	13.698,4
Beihilfen an Beschädigte	914,2	867,7	505,7	225,5	2.611,4	2.921,6	1.371,3	1.209,2	1.228,6	836,9
für häusliche Pflege (einschließlich Pflegegeld)	63,9	70,6	60,3	101,8	872,8	702,9	798,1	687,7	559,0	424,8
für sonstige Hilfe zur Pflege	850,3	797,1	445,3	123,7	1.738,6	2.218,8	573,2	521,5	669,6	412,1
Beihilfen an Hinterbliebene	52.198,3	52.840,0	55.327,4	34.147,3	25.538,0	16.740,7	15.942,1	14.786,1	12.895,1	12.861,5
für häusliche Pflege (einschließlich Pflegegeld)	7.175,5	6.127,3	5.339,9	5.698,5	5.209,4	5.376,1	5.468,3	5.253,5	3.644,3	4.081,2
für sonstige Hilfe zur Pflege	45.022,8	46.712,7	49.987,5	28.448,9	20.328,7	11.364,6	10.473,8	9.532,5	9.250,8	8.780,3
Darlehen	-	46,0	445,3	76,5	31,7	31,1	-	25,6	47,5	27,5
Empfänger/innen²⁾										
Krankenhilfe (§ 26 b)	141	152	104	15	178	194	203	102	143	53
einmalige Leistung im Laufe des Berichtsjahres										
Hilfe zur Pflege (§ 26 c)	118	125	101	-	22	47	25	30	30	15
einmalige Leistung im Laufe des Berichtsjahres										
Beihilfen am Ende des Berichtsjahres	2.908	3.248	2.558	2.970	2.097	2.081	1.613	1.511	1.461	1.634
für häusliche Pflege (einschließlich Pflegegeld)	1.362	1.178	802	1.148	949	896	650	595	575	795
für sonstige Hilfe zur Pflege	1.546	2.070	1.756	1.822	1.148	1.185	963	916	886	839

¹⁾ Ab 2003 werden die Daten zur Kriegsopferfürsorge nur noch zweijährlich erfasst.

²⁾ Hilfeempfänger mit mehreren Leistungen werden bei jeder Hilfeart gezählt.
 (Datenquelle: StaLa Berlin / SenGesSozV Berlin)

Tabelle 10.2.7:

Pflegegelder, Sachleistungen und Rentenversicherungsbeiträge nach dem Landespflegegeldgesetz (LPfIGG) (bis 2003: Gesetz über Pflegeleistungen (PflegeG)) in Berlin 1991 bis 2004

Jahr	Aufwand in Mio. EUR						
	insgesamt ¹⁾	Pflegegelder an ...				Sachleistungen ¹⁾	RV-Beiträge an Pflegepersonen
		Hilflose	Zivilblinde	Gehörlose	hochgradig Sehbehinderte		
1991	83,0	65,7	15,0	.	.	1,2	1,1
1992	106,9	82,5	22,6	.	.	0,6	1,2
1993	105,2	78,6	24,9	.	.	1,4	0,3
1994	105,1	79,1	25,1	.	.	0,2	0,8
1995	79,6	53,4	25,6	.	.	0,1	0,4
1996	49,0	18,9	19,7	3,8	6,4	-	0,3
1997	40,4	10,8	17,8	4,3	7,1	-	0,4
1998	38,4	9,4	17,8	4,1	6,8	-	0,4
1999	36,6	8,6	18,2	4,0	5,6	-	0,2
2000	34,8	7,6	17,5	4,0	5,4	-	0,3
2001	34,7	6,8	18,2	4,0	5,4	-	0,3
2002	34,1	6,0	18,1	4,0	5,7	-	0,3
2003	33,2	5,5	18,4	4,1	5,0	-	0,2
2004	27,3	5,0	16,2	3,1	2,9	-	0,1

¹⁾ Sachleistungen nach dem PflegeG wurden im Zuge der Einführung der Pflegeversicherung eingestellt.
(Datenquelle: SenGesSozV Berlin / Berechnung: SenGesSozV - I G -)

● Weitere Ausgabenträger

Tabelle 10.2.8 a:
Gewährte Fördermittel (in EUR) nach KHG/LKG und sonstige Zuschüsse für Krankenhäuser im Land Berlin zum
Stichtag 31.12.2003
nachrichtlich: Betriebskostenzuschuss bzw. -zuwendungen für Ausbildungsstätten

Träger / Verband	Einzelförderung				Pauschalförderung		Mieten an Stelle einer Einzel- förderung	Anlauf-, Umstellungs- und Schließungs- kosten	Übernahme von Kapitaldienst- verpflichtungen vor Aufnahme in den Kranken- hausplan	Rückzahlung von Investi- tionszulagen in Höhe der gewährten Fördermittel	Fördermittel KHG/LKG insgesamt	Anteil an der Gesamt- förderung in %	Betriebs- kosten- zuschuss für Aus- bildungs- stätten
	Errichtungs- maßnahmen	mittel- und langfristige Anlagegüter	Zuschüsse für Bauvor- bereitungs- mittel	Schulden- dienst	Betten- pauschale	Aus- bildungs- platz- zuschlag ab 2000 ¹⁾							
Land ²⁾	17.095.678	814.521	-	-	10.998.431	158.912	153.045	1.318.000	-	-	30.538.587	28,2	33.400
freigemeinnützige, sonstige und private Träger													
zusammen	14.640.143	10.228	355.660	39.072.884	19.183.291	207.383	1.812.668	2.116.292	174.397	-	77.572.947	71,8	258.094
Caritas	3.551.100	-	200.000	-	4.874.827	58.800	28.334	-	68.244	-	8.781.306	8,1	-
Diakonie	4.687.436	-	-	-	4.692.731	34.768	685.793	943.152	1.511	-	11.045.391	10,2	-
DRK	1.742.623	-	-	-	2.399.034	28.633	375.921	-	-	-	4.546.210	4,2	-
DPWV	250.000	10.228	155.660	-	2.964.243	13.294	-	1.173.139	-	-	4.566.565	4,2	-
AWO	-	-	-	-	117.579	-	35.722	-	-	-	153.301	0,1	-
sonstige private	4.408.985	-	-	-	3.810.712	71.889	441.263	-	104.642	-	4.428.505	4,1	258.094
					324.164	-	245.636	-	-	-	4.978.785	4,6	-
insgesamt													
2003	31.735.821	824.749	355.660	39.072.884	30.181.722	366.295	1.965.713	3.434.292	174.397	-	108.111.534	100,0	291.494
2002	46.267.538	4.442.959	1.186.000	49.595.480	35.005.690	377.953	1.511.902	5.468.950	176.151	252.062	144.284.685		648.612
2001	39.020.471	8.166.857	2.718.878	60.306.149	36.411.718	317.921	1.670.123	10.940.508	189.647	-	159.742.274		331.630
2000	35.648.935	9.267.149	1.941.810	42.444.608	39.564.944	159.267	1.757.455	5.304.249	225.756	326.716	136.641.180		1.228.967

¹⁾ Bis 1999: einmalige Zuschläge.

²⁾ Die Krankenhäuser der Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH sind unter "Land" erfasst, da der 100%ige Gesellschaftsanteil beim Land Berlin liegt.
Anmerkung: Die Darlehensfinanzierung von Krankenhausinvestitionen endete 2002.
(Datenquelle: SenGesSozV Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II F -)

Tabelle 10.2.8 b:

Gewährte Fördermittel (in EUR) nach KHG/LKG und sonstige Zuschüsse für Krankenhäuser im Land Berlin zum Stichtag 31.12.2004

nachrichtlich: Betriebskostenzuschuss bzw. -zuwendungen für Ausbildungsstätten

Träger / Verband	Einzelförderung				Pauschalförderung		Mieten an Stelle einer Einzel- förderung	Anlauf-, Umstellungs und Schließungs kosten	Übernahme von Kapitaldienst- verpflichtungen vor Aufnahme in den Kranken- hausplan	Rückzahlung von Investi- tionszulagen in Höhe der gewährten Fördermittel	Fördermittel KHG/LKG insgesamt	Anteil an der Gesamt- förderung in %	Betriebs- kosten- zuschuss für Aus- bildungs- stätten ²⁾
	Errichtungs- maßnahmen	mittel- und langfristige Anlagegüter	Zuschüsse für Bauvor- bereitungs- mittel	Schulden- dienst	Betten- pauschale	Aus- bildungs- platz- zuschlag ab 2000 ¹⁾							
Land ³⁾	12.152.072	42.959	46.892	-	10.557.173	149.709	595.933	7.357.034	-	-	30.901.772	25,4	33.336
freigemeinnützige, sonstige, private und universitäre Träger													
zusammen	26.914.010	-	814.160	39.086.382	20.126.117	225.779	3.163.575	36.000	204.855	-	90.570.878	74,6	137.000
Caritas	9.876.129	-	-	-	5.343.957	58.800	1.191.366	36.000	66.491	-	16.572.742	13,6	-
Diakonie	8.292.000	-	-	-	4.908.902	28.633	662.451	-	33.722	-	13.925.708	11,5	-
DRK	511.184	-	-	-	2.471.708	28.633	375.921	-	-	-	3.387.446	2,8	-
DPWW	8.117.000	-	314.160	-	3.262.614	13.294	-	-	-	-	11.707.068	9,6	-
AWO	-	-	-	-	122.055	-	97.754	-	-	-	219.809	0,2	-
sonstige	-	-	-	-	1.767.188	75.366	579.943	-	104.642	-	2.527.139	2,1	137.000
private	117.697	-	-	-	2.249.694	21.054	256.140	-	-	-	2.644.585	2,2	-
universitär	-	-	500.000	-	-	-	-	-	-	-	500.000	0,4	-
insgesamt	39.066.082	42.959	861.052	39.086.382	30.683.290	375.488	3.759.508	7.393.034	204.855	-	121.472.650	100,0	170.336
2004	31.735.821	824.749	355.660	39.072.884	30.181.722	366.295	1.965.713	3.434.292	174.397	-	108.111.534		291.494
2002	46.267.538	4.442.959	1.186.000	49.595.480	35.005.690	377.953	1.511.902	5.468.950	176.151	252.062	144.284.685		648.612
2001	39.020.471	8.166.857	2.718.878	60.306.149	36.411.718	317.921	1.670.123	10.940.508	189.647	-	159.742.274		331.630
2000	35.648.935	9.267.149	1.941.810	42.444.608	39.564.944	159.267	1.757.455	5.304.249	225.756	326.716	136.641.180		1.228.967

¹⁾ Bis 1999: einmalige Zuschläge.

²⁾ Gemäß Beschluss von SenGesSozV sind die Betriebskostenzuschüsse für die Ausbildungsstätten von Masseuren und medizinischen Bademeistern mit Stichtag 01.10.2003 weggefallen. Vor dem Stichtag begonnene und bis 31.03.2005 beendete Ausbildungen wurden vom Land noch gefördert. Ab 2006 werden keine Landesmittel mehr gezahlt.

Die Lehranstalt zur Ausbildung von Sektions- und Präparationsassistenten wurde 2004 letztmalig vom Land Berlin bezuschusst, seit 2005 erfolgen keine Zahlungen mehr.

³⁾ Die Krankenhäuser der Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH sind unter "Land" erfasst, da der 100 %ige Gesellschaftsanteil beim Land Berlin liegt.

Anmerkung: Die Darlehensfinanzierung von Krankenhausinvestitionen endete 2002.

(Datenquelle: SenGesSozV Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II F -)

Tabelle 10.2.8 c:
Gewährte Fördermittel (in EUR) nach KHG/LKG und sonstige Zuschüsse für Krankenhäuser im Land Berlin zum Stichtag 31.12.2005
nachrichtlich: Betriebskostenzuschuss bzw. -zuwendungen für Ausbildungsstätten

Träger / Verband	Einzelförderung				Pauschalförderung		Mieten an Stelle einer Einzelförderung	Anlauf-, Umstellungs- und Schließungskosten	Übernahme von Kapitaleinstellungsverpflichtungen vor Aufnahme in den Krankenhausplan	Rückzahlung von Investitionszulagen in Höhe der gewährten Fördermittel	Fördermittel KHG/LKG insgesamt	Anteil an der Gesamtförderung in %	Betriebskostenzuschuss für Ausbildungsstätten ²⁾
	Errichtungsmaßnahmen	mittel- und langfristige Anlagegüter	Zuschüsse für Bauvorbereitungsmittel	Schuldendienst	Bettenpauschale	Ausbildungszuschlag ab 2000 ¹⁾							
Land ³⁾	3.405.314	1.553	93.195	-	10.651.165	66.162	320.711	31.970.063	-	-	46.508.163	35,9	-
freigemeinnützige, sonstige, private und universitäre Träger													
zusammen	22.665.155	-	-	36.525.316	20.353.262	172.103	3.274.136	69.686	101.605	-	83.161.283	64,1	17.451
Caritas	14.032.695	-	-	-	5.478.741	47.449	1.045.886	15.127	64.737	-	20.684.635	16,0	-
Diakonie	2.522.461	-	-	-	4.780.501	26.383	632.917	-	1.511	-	7.963.773	6,1	-
DRK	-	-	-	-	2.525.317	23.009	375.921	-	-	-	2.924.247	2,3	-
DPWW	5.610.000	-	-	-	3.375.728	10.124	140.692	-	-	-	9.136.543	7,0	-
AWO	-	-	-	-	128.340	-	63.716	-	-	-	192.056	0,1	-
sonstige private universitär	-	-	-	-	1.763.472	65.139	579.902	-	35.357	-	2.443.870	1,9	17.451
	500.000	-	-	-	2.301.183	-	435.102	54.560	-	-	2.790.844	2,2	-
											500.000	0,4	-
insgesamt	26.070.469	1.553	93.195	36.525.316	31.004.447	238.265	3.594.847	32.039.749	101.605	-	129.669.446	100,0	17.451
2005	39.066.082	42.959	861.052	39.086.382	30.683.290	375.488	3.759.508	7.393.034	204.855	-	121.472.650	100,0	170.336
2003	31.735.821	824.749	355.660	39.072.884	30.181.722	366.295	1.965.713	3.434.292	174.397	-	108.111.534	100,0	291.494
2002	46.267.538	4.442.959	1.186.000	49.595.480	35.005.690	377.953	1.511.902	5.468.950	176.151	252.062	144.284.685	100,0	648.612
2001	39.020.471	8.166.857	2.718.878	60.306.149	36.411.718	317.921	1.670.123	10.940.508	189.647	-	159.742.274	100,0	331.630
2000	35.648.935	9.267.149	1.941.810	42.444.608	39.564.944	159.267	1.757.455	5.304.249	225.756	326.716	136.641.180	100,0	1.228.967

¹⁾ Bis 1999: einmalige Zuschläge.
²⁾ Gemäß Beschluss von SenGesSozV sind die Betriebskostenzuschüsse für die Ausbildungsstätten von Masseuren und medizinischen Bademeistern mit Stichtag 01.10.2003 weggefallen. Vor dem Stichtag begonnene und bis 31.03.2005 beendete Ausbildungen wurden vom Land noch gefördert. Ab 2006 werden keine Landesmittel mehr gezahlt. Die Lehranstalt zur Ausbildung von Sektions- und Präparationsassistenten wurde 2004 letztmalig vom Land Berlin bezuschusst, seit 2005 erfolgen keine Zahlungen mehr.
³⁾ Die Krankenhäuser der Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH sind unter "Land" erfasst, da der 100 %ige Gesellschaftsanteil beim Land Berlin liegt.
 Anmerkung: Die Darlehensfinanzierung von Krankenhausinvestitionen endete 2002.
 (Datenquelle: SenGesSozV Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II F -)

Indikatoren zur Sozialversicherung

● Krankenversicherte

Tabelle 10.2.9:

Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und mitversicherte Familienangehörige in Berlin 2004 und 2005 (Stichtag: 1. Juli)
nach Alter und Geschlecht

Indikator 10.18

Alter in Jahren	Versicherte Mitglieder und Familienangehörige								
	Mitglieder ¹⁾			Familienangehörige			Versicherte insgesamt		
	Frauen	Männer	zusammen	Frauen	Männer	zusammen	Frauen	Männer	insgesamt
2004									
0 - 14	2.427	2.521	4.948	154.277	162.822	317.099	156.704	165.343	322.047
15 - 19	10.538	11.710	22.248	61.794	63.345	125.139	72.332	75.055	147.387
20 - 24	53.678	50.812	104.490	34.107	29.001	63.108	87.785	79.813	167.598
25 - 29	84.084	78.575	162.659	10.783	6.265	17.048	94.867	84.840	179.707
30 - 34	80.430	80.603	161.033	12.003	3.067	15.070	92.433	83.670	176.103
35 - 39	100.455	101.188	201.643	13.710	2.834	16.544	114.165	104.022	218.187
40 - 44	105.011	105.432	210.443	12.907	2.834	15.741	117.918	108.266	226.184
45 - 49	85.174	84.533	169.707	10.762	2.598	13.360	95.936	87.131	183.067
50 - 54	84.104	78.009	162.113	11.083	2.614	13.697	95.187	80.623	175.810
55 - 59	68.733	66.491	135.224	11.287	2.596	13.883	80.020	69.087	149.107
60 - 64	96.506	91.748	188.254	10.695	1.957	12.652	107.201	93.705	200.906
65 - 69	97.039	81.112	178.151	3.122	679	3.801	100.161	81.791	181.952
70 - 74	64.910	50.015	114.925	2.275	368	2.643	67.185	50.383	117.568
75 - 79	57.527	32.354	89.881	969	185	1.154	58.496	32.539	91.035
80 - 84	48.977	16.370	65.347	390	72	462	49.367	16.442	65.809
85 - 89	23.925	6.233	30.158	186	21	207	24.111	6.254	30.365
90 und mehr	24.980	4.645	29.625	120	13	133	25.100	4.658	29.758
insgesamt	1.088.498	942.351	2.030.849	350.470	281.271	631.741	1.438.968	1.223.622	2.662.590
2005									
0 - 14	2.132	2.214	4.346	157.590	165.973	323.563	159.722	168.187	327.909
15 - 19	10.370	11.205	21.575	62.560	64.858	127.418	72.930	76.063	148.993
20 - 24	53.533	49.617	103.150	35.193	30.683	65.876	88.726	80.300	169.026
25 - 29	89.239	83.985	173.224	11.970	6.952	18.922	101.209	90.937	192.146
30 - 34	78.731	79.931	158.662	13.150	3.851	17.001	91.881	83.782	175.663
35 - 39	95.735	96.518	192.253	15.375	4.141	19.516	111.110	100.659	211.769
40 - 44	106.172	107.435	213.607	15.423	4.925	20.348	121.595	112.360	233.955
45 - 49	86.943	87.566	174.509	12.982	4.770	17.752	99.925	92.336	192.261
50 - 54	81.150	76.915	158.065	12.624	4.700	17.324	93.774	81.615	175.389
55 - 59	72.239	68.845	141.084	13.489	4.881	18.370	85.728	73.726	159.454
60 - 64	88.532	83.245	171.777	10.138	2.651	12.789	98.670	85.896	184.566
65 - 69	100.266	84.037	184.303	2.979	880	3.859	103.245	84.917	188.162
70 - 74	69.483	53.759	123.242	2.317	442	2.759	71.800	54.201	126.001
75 - 79	56.830	34.582	91.412	1.174	218	1.392	58.004	34.800	92.804
80 - 84	47.405	16.476	63.881	342	82	424	47.747	16.558	64.305
85 - 89	26.623	7.350	33.973	192	25	217	26.815	7.375	34.190
90 und mehr	23.809	4.278	28.087	100	8	108	23.909	4.286	28.195
insgesamt	1.089.192	947.958	2.037.150	367.598	300.040	667.638	1.456.790	1.247.998	2.704.788

¹⁾ Pflichtversicherte (einschließlich Rentner) und freiwillig Versicherte.
(Datenquelle: BMG, KM 6-Statistik)

Tabelle 10.2.10:

Indikator 10.19

Versichertenstruktur in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) 2003 - 2005 (Stichtag 1. Juli)
und der privaten Krankenversicherung mit Stand April 2003 (Mikrozensus) in Berlin
nach Krankenkassen/Krankenversicherungen

Versicherten- struktur	GKV-Versicherte insgesamt		Davon bei Krankenkasse/Krankenversicherung ...										Private Versicherung insgesamt	
			AOK		BKK		IKK		LKK, SeeKK u. BuKn		EK			
	absolut	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	absolut	%
2003														
Pflichtmitglieder	1.169.637	43,8	248.363	32,4	330.024	51,0	47.796	49,8	1.575	15,8	541.879	46,9	-	-
freiwillige Mitglieder	211.422	7,9	42.248	5,5	42.497	6,6	6.854	7,1	510	5,1	119.313	10,3	362.000	97,8
zusammen	1.381.059	51,7	290.611	38,0	372.521	57,6	54.650	57,0	2.085	20,9	661.192	57,3	362.000	97,8
Rentner/innen	657.451	24,6	305.136	39,9	118.956	18,4	17.106	17,8	6.832	68,4	209.421	18,1	.	.
Mitglieder zus.	2.038.510	76,3	595.747	77,8	491.477	76,0	71.756	74,8	8.917	89,3	870.613	75,4	362.000	97,8
Familienangehörige	634.603	23,7	169.958	22,2	155.510	24,0	24.140	25,2	1.072	10,7	283.923	24,6	8.000	2,2
insgesamt	2.673.113	100	765.705	100	646.987	100	95.896	100	9.989	100	1.154.536	100	370.000	100
2004														
Pflichtmitglieder	1.158.547	43,5	239.089	32,1	327.251	50,6	49.908	50,0	1.937	17,3	540.362	46,6		
freiwillige Mitglieder	210.841	7,9	41.793	5,6	42.963	6,6	7.363	7,4	577	5,2	118.145	10,2		
zusammen	1.369.388	51,4	280.882	37,7	370.214	57,3	57.271	57,3	2.514	22,5	658.507	56,7		
Rentner/innen	661.461	24,8	295.746	39,7	121.216	18,7	17.784	17,8	7.415	66,4	219.300	18,9	1)	
Mitglieder zus.	2.030.849	76,3	576.628	77,5	491.430	76,0	75.055	75,1	9.929	88,9	877.807	75,6		
Familienangehörige	631.741	23,7	167.618	22,5	155.088	24,0	24.842	24,9	1.237	11,1	282.956	24,4		
insgesamt	2.662.590	100	744.246	100	646.518	100	99.897	100	11.166	100	1.160.763	100		
2005														
Pflichtmitglieder	1.184.421	43,8	258.767	34,0	322.663	50,0	53.945	50,8	2.077	17,4	546.969	46,3		
freiwillige Mitglieder	191.585	7,1	32.105	4,2	40.567	6,3	6.865	6,5	598	5,0	111.450	9,4		
zusammen	1.376.006	50,9	290.872	38,2	363.230	56,3	60.810	57,2	2.675	22,4	658.419	55,8		
Rentner/innen	661.144	24,4	284.274	37,4	122.601	19,0	18.355	17,3	7.874	65,9	228.040	19,3	1)	
Mitglieder zus.	2.037.150	75,3	575.146	75,6	485.831	75,3	79.165	74,5	10.549	88,4	886.459	75,1		
Familienangehörige	667.638	24,7	185.939	24,4	159.392	24,7	27.103	25,5	1.391	11,6	293.813	24,9		
insgesamt	2.704.788	100	761.085	100	645.223	100	106.268	100	11.940	100	1.180.272	100		

AOK = Allgemeine Ortskrankenkasse

BKK = Betriebskrankenkasse

IKK = Innungskrankenkasse

LKK = Landwirtschaftliche Krankenkasse

SeeKK = See-Krankenkasse

BuKn = Bundesknappschaft

EK = Ersatzkasse

1) Keine Daten, da die Mikrozensusdaten 4-jährlich erhoben werden.

(Datenquelle: BMG, KM 6-Statistik / StaLa Berlin, Ergebnisse des Mikrozensus / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 10.2.11:

Versicherte in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) in Deutschland 2004 und 2005 (Stand 01.01.)
nach Mitgliedern, Familienversicherten, alten und neuen Bundesländern sowie Krankenkassenarten

Jahr / Bundesländer / Versicherte		GKV-Versicherte insgesamt	Davon versichert bei ...					Sonstigen ³⁾
			AOK	BKK	IKK	VdAK ¹⁾	AEV ²⁾	
2004		in Tsd.						
alte BL	Mitglieder	41.092	14.512	8.871	2.340	13.097	843	1.429
	Familienversicherte	17.392	5.990	3.962	1.134	5.288	421	595
	Versicherte insgesamt	58.484	20.502	12.833	3.475	18.385	1.265	2.024
neue BL	Mitglieder	9.506	4.092	1.501	745	2.676	136	355
	Familienversicherte	2.214	745	422	176	793	42	37
	Versicherte insgesamt	11.720	4.837	1.923	921	3.469	178	392
Deutschland	Mitglieder	50.598	18.604	10.372	3.085	15.773	980	1.784
	Familienversicherte	19.607	6.735	4.384	1.311	6.081	463	632
	Versicherte insgesamt	70.205	25.339	14.756	4.396	21.854	1.443	2.416
		Verteilung der Versicherten auf alte und neue Bundesländer in %						
alte BL	Mitglieder	81,2	78,0	85,5	75,8	83,0	86,1	80,1
	Familienversicherte	88,7	88,9	90,4	86,6	87,0	91,0	94,2
	Versicherte insgesamt	83,3	80,9	87,0	79,0	84,1	87,7	83,8
neue BL	Mitglieder	18,8	22,0	14,5	24,2	17,0	13,9	19,9
	Familienversicherte	11,3	11,1	9,6	13,4	13,0	9,0	5,8
	Versicherte insgesamt	16,7	19,1	13,0	21,0	15,9	12,3	16,2
		Verhältnis von Mitgliedern und Familienversicherten in %						
alte BL	Mitglieder	70,3	70,8	69,1	67,4	71,2	66,7	70,6
	Familienversicherte	29,7	29,2	30,9	32,6	28,8	33,3	29,4
neue BL	Mitglieder	81,1	84,6	78,1	80,9	77,1	76,5	90,6
	Familienversicherte	18,9	15,4	21,9	19,1	22,9	23,5	9,4
Deutschland	Mitglieder	72,1	73,4	70,3	70,2	72,2	67,9	73,8
	Familienversicherte	27,9	26,6	29,7	29,8	27,8	32,1	26,2
2005		in Tsd.						
alte BL	Mitglieder	41.176	14.433	8.888	2.400	13.121	896	1.439
	Familienversicherte	17.665	6.155	4.035	1.178	5.267	443	587
	Versicherte insgesamt	58.841	20.588	12.923	3.578	18.388	1.339	2.026
neue BL	Mitglieder	9.310	4.045	1.368	809	2.578	140	371
	Familienversicherte	2.367	854	409	233	777	47	48
	Versicherte insgesamt	11.678	4.899	1.777	1.041	3.354	187	419
Deutschland	Mitglieder	50.486	18.478	10.255	3.208	15.698	1.036	1.810
	Familienversicherte	20.032	7.009	4.444	1.411	6.044	489	635
	Versicherte insgesamt	70.518	25.487	14.700	4.619	21.742	1.526	2.445
		Verteilung der Versicherten auf alte und neue Bundesländer in %						
alte BL	Mitglieder	81,6	78,1	86,7	74,8	83,6	86,5	79,5
	Familienversicherte	88,2	87,8	90,8	83,5	87,2	90,5	92,4
	Versicherte insgesamt	83,4	80,8	87,9	77,5	84,6	87,8	82,9
neue BL	Mitglieder	18,4	21,9	13,3	25,2	16,4	13,5	20,5
	Familienversicherte	11,8	12,2	9,2	16,5	12,8	9,5	7,6
	Versicherte insgesamt	16,6	19,2	12,1	22,5	15,4	12,2	17,1
		Verhältnis von Mitgliedern und Familienversicherten in %						
alte BL	Mitglieder	70,0	70,1	68,8	67,1	71,4	66,9	71,0
	Familienversicherte	30,0	29,9	31,2	32,9	28,6	33,1	29,0
neue BL	Mitglieder	79,7	82,6	77,0	77,7	76,8	75,0	88,4
	Familienversicherte	20,3	17,4	23,0	22,3	23,2	25,0	11,6
Deutschland	Mitglieder	71,6	72,5	69,8	69,5	72,2	67,9	74,0
	Familienversicherte	28,4	27,5	30,2	30,5	27,8	32,1	26,0

¹⁾ Verband der Angestellten-Krankenkassen (Ersatzkassen).

²⁾ Arbeiter-Ersatzkassen-Verband.

³⁾ Landwirtschaftliche Krankenkassen, Seekrankenkasse, Bundesknappschaft.

(Datenquelle: BMG / Berechnung: SenGesSozV - II C -)

Tabelle 10.2.12:
Anteile der Rentner/innen (KVdR-Mitglieder) an den Mitgliedern der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV)
in Deutschland 2000 - 2005 (Stichtag 01.01.)
nach Kassenarten

Kassenart ¹⁾ / Bundesländer	Rentneranteil in %						
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	
GKV	Deutschland	29,9	30,1	30,1	32,6	31,8	32,2
	alte Bundesländer	28,8	28,8	28,7	31,0	30,8	31,0
	neue Bundesländer	34,7	35,4	35,9	37,1	36,3	37,4
AOK	Deutschland	39,4	40,1	40,4	41,5	41,8	41,6
	alte Bundesländer	35,9	36,5	36,7	38,3	38,8	38,7
	neue Bundesländer	51,3	53,1	53,5	53,3	52,3	52,1
	AOK Berlin	47,6	49,9	50,5	51,6	52,3	51,3
BKK	Deutschland	26,8	24,0	22,0	22,8	21,8	22,3
	alte Bundesländer	27,0	23,7	22,4	23,5	22,4	22,6
	neue Bundesländer	25,6	20,5	19,5	19,0	18,3	20,3
	BKK Land Berlin	42,6	45,7	46,9	50,8	²⁾	²⁾
IKK	Deutschland	16,2	17,3	18,2	20,6	21,6	21,7
	alte Bundesländer	19,0	19,7	20,4	23,0	24,0	24,1
	neue Bundesländer	7,8	9,4	11,0	12,8	14,1	14,8
EAR ³⁾	Deutschland	14,4	15,7	16,4	19,9	20,5	20,6
	alte Bundesländer	16,0	17,2	17,7	21,5	22,0	21,8
	neue Bundesländer	5,9	7,5	8,5	10,2	11,3	12,8
EAN ⁴⁾	Deutschland	19,8	21,0	21,5	27,3	29,3	30,4
	alte Bundesländer	20,3	21,2	21,5	27,6	29,3	30,1
	neue Bundesländer	17,8	20,1	21,6	25,8	29,2	31,7

¹⁾ Ohne landwirtschaftliche Krankenkasse, See-Krankenkasse und Bundesknappschaft.

²⁾ Fusion mit BKK Hamburg ab 01.01.2004, deswegen getrennte Datenerhebung für Berlin nicht mehr möglich.

³⁾ Arbeiter-Ersatzkassen.

⁴⁾ Angestellten-Krankenkassen.

(Datenquelle: BMG / AOK Berlin / BKK Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II C -)

Tabelle 10.2.13:
Verteilung der Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und der GKV-Versicherten insgesamt auf die Kassenarten in Deutschland 2003 - 2005 (Stand: 01.01.)
nach alten und neuen Bundesländern
- Marktanteile in %

Jahr / Versicherte / Bundesländer	GKV insgesamt	Davon:					
		AOK	BKK	IKK	VdAK ¹⁾	AEV ²⁾	sonstige ³⁾
2003							
Mitglieder							
alte Bundesländer	100,0	35,9	20,1	5,7	32,8	2,0	3,5
neue Bundesländer	100,0	42,7	14,4	7,7	30,3	1,4	3,6
Deutschland	100,0	37,1	19,1	6,1	32,3	1,9	3,5
Versicherte insgesamt							
alte Bundesländer	100,0	35,5	20,4	6,0	32,5	2,1	3,5
neue Bundesländer	100,0	40,7	14,9	7,7	32,1	1,5	3,2
Deutschland	100,0	36,4	19,5	6,3	32,4	2,0	3,4
2004							
Mitglieder							
alte Bundesländer	100,0	35,3	21,6	5,7	31,9	2,1	3,5
neue Bundesländer	100,0	43,0	15,8	7,8	28,2	1,4	3,7
Deutschland	100,0	36,8	20,5	6,1	31,2	1,9	3,5
Versicherte insgesamt							
alte Bundesländer	100,0	35,1	21,9	5,9	31,4	2,2	3,5
neue Bundesländer	100,0	41,3	16,4	7,9	29,6	1,5	3,3
Deutschland	100,0	36,1	21,0	6,3	31,1	2,1	3,4
2005							
Mitglieder							
alte Bundesländer	100,0	35,1	21,6	5,8	31,9	2,2	3,5
neue Bundesländer	100,0	43,5	14,7	8,7	27,7	1,5	4,0
Deutschland	100,0	36,6	20,3	6,4	31,1	2,1	3,6
Versicherte insgesamt							
alte Bundesländer	100,0	35,0	22,0	6,1	31,3	2,3	3,4
neue Bundesländer	100,0	42,0	15,2	8,9	28,7	1,6	3,6
Deutschland	100,0	36,1	20,8	6,5	30,8	2,2	3,5

¹⁾ Verband der Angestellten-Krankenkassen (Ersatzkassen).

²⁾ Arbeiter-Ersatzkassen-Verband.

³⁾ Landwirtschaftliche Krankenkassen, See-Krankenkasse, Bundesknappschaft.

(Datenquelle: BMG / Berechnung: SenGesSozV - II C -)

Tabelle 10.2.14:
Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und GKV-Versicherte insgesamt mit Wohnort in Berlin
1999 - 2005 (Stichtag: 01.07.)
nach Kassenarten

Versicherte / Jahr	GKV ¹⁾ insgesamt	Darunter:				
		AOK	BKK	IKK	VdAK ²⁾	AEV ³⁾
Mitglieder ⁴⁾						
in 1.000						
1999	2.099,000	733,000	352,000	82,000	871,000	61,000
2000	2.074,167	682,985	410,307	74,868	853,042	52,965
2001	2.052,175	636,811	461,490	69,943	833,603	50,328
2002	2.041,338	614,311	478,340	70,252	828,358	50,077
2003	2.029,593	595,747	491,477	71,756	820,206	50,407
2004	2.020,920	576,628	491,430	75,055	824,897	52,910
2005	2.026,601	575,146	485,831	79,165	831,766	54,693
Anteil in %						
1999	100	34,9	16,8	3,9	41,5	2,9
2000	100	32,9	19,8	3,6	41,1	2,6
2001	100	31,0	22,5	3,4	40,6	2,5
2002	100	30,1	23,4	3,4	40,6	2,5
2003	100	29,4	24,2	3,5	40,4	2,5
2004	100	28,5	24,3	3,7	40,8	2,6
2005	100	28,4	24,0	3,9	41,0	2,7
Veränderung zum Vorjahr in %						
2000	-1,2	-6,8	16,6	-8,7	-2,1	-13,2
2001	-1,1	-6,8	12,5	-6,6	-2,3	-5,0
2002	-0,5	-3,5	3,7	0,4	-0,6	-0,5
2003	-0,6	-3,0	2,7	2,1	-1,0	0,7
2004	-0,4	-3,2	-0,0	4,6	0,6	5,0
2005	0,3	-0,3	-1,1	5,5	0,8	3,4
Versicherte insgesamt ⁵⁾						
in 1.000						
1999	2.768,000	939,000	470,000	108,000	1.168,000	83,000
2000	2.732,228	876,534	544,192	99,654	1.139,584	72,264
2001	2.692,032	814,240	607,149	93,256	1.108,431	68,956
2002	2.674,221	784,963	629,061	93,739	1.097,735	68,723
2003	2.663,124	765,705	646,987	95,896	1.085,395	69,141
2004	2.651,424	744,246	646,518	99,897	1.088,242	72,521
2005	2.692,848	761,085	645,223	106,268	1.104,389	75,883
Anteil in %						
1999	100	33,9	17,0	3,9	42,2	3,0
2000	100	32,1	19,9	3,6	41,7	2,6
2001	100	30,2	22,6	3,5	41,2	2,6
2002	100	29,4	23,5	3,5	41,0	2,6
2003	100	28,8	24,3	3,6	40,8	2,6
2004	100	28,1	24,4	3,8	41,0	2,7
2005	100	28,3	24,0	3,9	41,0	2,8
Veränderung zum Vorjahr in %						
2000	-1,3	-6,7	15,8	-7,7	-2,4	-12,9
2001	-1,3	-7,1	11,6	-6,4	-2,7	-4,6
2002	-0,7	-3,6	3,6	0,5	-1,0	-0,3
2003	-0,4	-2,5	2,8	2,3	-1,1	0,6
2004	-0,4	-2,8	-0,1	4,2	0,3	4,9
2005	1,6	2,3	-0,2	6,4	1,5	4,6

¹⁾ GKV ohne sonstige gesetzliche Krankenkassen (See-Krankenkasse, Landwirtschaftliche Krankenkasse, Bundesknäp)

²⁾ Verband der Angestellten-Krankenkassen (Ersatzkassen).

³⁾ Arbeiter-Ersatzkassen-Verband.

⁴⁾ Pflichtmitglieder, freiwillig versicherte Mitglieder und beitragszahlende Rentner.

⁵⁾ Beitragszahlende Mitglieder (einschließlich Rentner) und mitversicherte Familienangehörige.

(Datenquelle: BMG / Berechnung: SenGesSozV - II C -)

Tabelle 10.2.15:
Versichertenentwicklung bei AOK Berlin 1995 - 2005 und BKK Berlin 1995 - 2003 ((Halb-)Jahresdurchschnitt)

AOK / BKK / Jahr	Mitglieder			Mitversicherte Familienangehörige			Versicherte insgesamt		
	AKV ¹⁾	KVdR ²⁾	zus.	AKV ¹⁾	KVdR ²⁾	zus.	AKV ¹⁾	KVdR ²⁾	insges.
AOK Berlin									
	absolut								
1995	576.151	373.799	949.950	246.224	16.084	262.308	822.375	389.883	1.212.258
1996	538.536	373.623	912.159	240.506	17.190	257.696	778.298	391.557	1.169.855
1997	480.953	367.786	848.739	225.603	17.290	242.893	706.556	385.076	1.091.632
1998	438.264	358.625	796.889	208.715	17.231	225.946	646.979	375.856	1.022.835
1999	403.043	349.315	752.358	192.217	16.652	208.869	595.260	365.967	961.227
2000	365.567	340.721	706.288	178.163	16.035	194.198	543.730	356.756	900.486
2001	328.056	330.798	658.854	162.255	15.524	177.779	490.311	346.322	836.633
2002	308.629	326.707	635.336	154.120	15.728	169.848	462.749	342.435	805.184
2003	294.145	318.764	612.909	152.629	15.542	168.170	446.774	334.306	781.079
2004	281.149	309.450	590.599	150.506	15.150	165.656	431.655	324.600	756.255
2005, 1. Hj.	288.276	301.133	589.409	164.531	15.184	179.715	452.807	316.317	769.124
	Veränderung zum Vorjahr in %								
1996	-6,5	-0,0	-4,0	-2,3	6,9	-1,8	-5,4	0,4	-3,5
1997	-10,7	-1,6	-7,0	-6,2	0,6	-5,7	-9,2	-1,7	-6,7
1998	-8,9	-2,5	-6,1	-7,5	-0,3	-7,0	-8,4	-2,4	-6,3
1999	-8,0	-2,6	-5,6	-7,9	-3,4	-7,6	-8,0	-2,6	-6,0
2000	-9,3	-2,5	-6,1	-7,3	-3,7	-7,0	-8,7	-2,5	-6,3
2001	-10,3	-2,9	-6,7	-8,9	-3,2	-8,5	-9,8	-2,9	-7,1
2002	-5,9	-1,2	-3,6	-5,0	1,3	-4,5	-5,6	-1,1	-3,8
2003	-4,7	-2,4	-3,5	-1,0	-1,2	-1,0	-3,5	-2,4	-3,0
2004	-4,4	-2,9	-3,6	-1,4	-2,5	-1,5	-3,4	-2,9	-3,2
2005, 1. Hj.	2,5	-2,7	-0,2	9,3	0,2	8,5	4,9	-2,6	1,7
	Anteil in %								
1995	60,7	39,3	100,0	93,9	6,1	100,0	67,8	32,2	100,0
1996	59,0	41,0	100,0	93,3	6,7	100,0	66,5	33,5	100,0
1997	56,7	43,3	100,0	92,9	7,1	100,0	64,7	35,3	100,0
1998	55,0	45,0	100,0	92,4	7,6	100,0	63,3	36,7	100,0
1999	53,6	46,4	100,0	92,0	8,0	100,0	61,9	38,1	100,0
2000	51,8	48,2	100,0	91,7	8,3	100,0	60,4	39,6	100,0
2001	49,8	50,2	100,0	91,3	8,7	100,0	58,6	41,4	100,0
2002	48,6	51,4	100,0	90,7	9,3	100,0	57,5	42,5	100,0
2003	48,0	52,0	100,0	90,8	9,2	100,0	57,2	42,8	100,0
2004	47,6	52,4	100,0	90,9	9,1	100,0	57,1	42,9	100,0
2005, 1. Hj.	48,9	51,1	100,0	91,6	8,4	100,0	58,9	41,1	100,0
BKK Berlin ³⁾									
	absolut								
1995	115.858	49.670	165.528	59.994	3.247	63.241	175.852	52.917	228.769
1996	110.767	51.336	162.103	58.376	3.609	61.985	169.143	54.945	224.088
1997	101.137	53.244	154.381	52.976	3.639	56.615	154.113	56.883	210.996
1998	91.850	54.635	146.485	45.117	3.693	48.810	136.967	58.328	195.295
1999	82.265	54.997	137.262	40.038	3.683	43.721	122.303	58.679	180.982
2000	71.799	55.610	127.409	34.732	3.637	38.369	106.531	59.247	165.778
2001	64.904	55.914	120.818	30.045	3.314	33.359	94.948	59.229	154.177
2002	60.510	57.450	117.960	27.558	3.347	30.905	88.068	60.797	148.865
2003	54.372	57.743	112.115	24.801	3.278	28.079	79.173	61.021	140.194
	Veränderung zum Vorjahr in %								
1996	-4,4	3,4	-2,1	-2,7	11,1	-2,0	-3,8	3,8	-2,0
1997	-8,7	3,7	-4,8	-9,3	0,8	-8,7	-8,9	3,5	-5,8
1998	-9,2	2,6	-5,1	-14,8	1,5	-13,8	-11,1	2,5	-7,4
1999	-10,4	0,7	-6,3	-11,3	-0,3	-10,4	-10,7	0,6	-7,3
2000	-12,7	1,1	-7,2	-13,3	-1,2	-12,2	-12,9	1,0	-8,4
2001	-9,6	0,5	-5,2	-13,5	-8,9	-13,1	-10,9	-0,0	-7,0
2002	-6,8	2,7	-2,4	-8,3	1,0	-7,4	-7,2	2,6	-3,4
2003	-10,1	0,5	-5,0	-10,0	-2,1	-9,1	-10,1	0,4	-5,8
	Anteil in %								
1995	70,0	30,0	100,0	94,9	5,1	100,0	76,9	23,1	100,0
1996	68,3	31,7	100,0	94,2	5,8	100,0	75,5	24,5	100,0
1997	65,5	34,5	100,0	93,6	6,4	100,0	73,0	27,0	100,0
1998	62,7	37,3	100,0	92,4	7,6	100,0	70,1	29,9	100,0
1999	59,9	40,1	100,0	91,6	8,4	100,0	67,6	32,4	100,0
2000	56,4	43,6	100,0	90,5	9,5	100,0	64,3	35,7	100,0
2001	53,7	46,3	100,0	90,1	9,9	100,0	61,6	38,4	100,0
2002	51,3	48,7	100,0	89,2	10,8	100,0	59,2	40,8	100,0
2003	48,5	51,5	100,0	88,3	11,7	100,0	56,5	43,5	100,0

¹⁾ Allgemeine Krankenversicherung (Pflichtmitglieder und freiwillige Mitglieder). ²⁾ Krankenversicherung der Rentner.

³⁾ Seit 01.01.2004 Fusion mit BKK Hamburg zur CITYBKK; Hauptsitz der fusionierten Kasse ist Hamburg. Kein regionalisierter Datenzugriff für Berlin ab 2004 möglich (Datenquelle: BMG / Berechnung: SenGesSozV - II C -)

● Beitragssätze, Grundlohnsummen und RSA

Tabelle 10.2.16:
Beitragsbemessungsgrenzen und Beitragssätze in der Sozialversicherung
in Deutschland 1990 - 2005
nach alten und neuen Bundesländern

Indikator 10.20

Jahr	Krankenversicherung ¹⁾		Rentenversicherung				Pflegerversicherung	Arbeitslosenversicherung	
			Arbeiter/Angestellte		Knappschaft				
monatliche Beitragsbemessungsgrenze in EUR									
	alte Bundesländer	neue Bundesländer	alte Bundesländer	neue Bundesländer	alte Bundesländer	neue Bundesländer		alte Bundesländer	neue Bundesländer
01.01.1990	2.416	1.035 ²⁾	3.221	1.380 ²⁾	3.988	1.380 ²⁾		3.221	1.380
01.01.1995	2.991	2.454	3.988	3.272	4.908	3.988	1996 in Kraft	3.988	3.272
01.01.2000	3.298	2.723	4.397	3.630	5.420	4.448	getreten, Beitrags-	4.397	3.630
	Deutschland						bemessungs-		
01.01.2001	3.336		4.448	3.732	5.471	4.602	grenzen	4.448	3.732
01.01.2002	3.375		4.500	3.750	5.550	4.650	identisch mit	4.500	3.750
01.01.2003	3.450		5.100	4.250	6.250	5.250	denen der	5.100	4.250
01.01.2004	3.488		5.150	4.350	6.350	5.350	Kranken-	5.150	4.350
01.01.2005	3.525		5.200	4.400	6.400	5.400	versicherung	5.200	4.400
durchschnittlicher monatlicher Beitragssatz in Deutschland in %									
1990	12,6		18,7		24,5		seit 1996		4,3
1995	13,2		18,6		24,7		in Kraft		6,5
2000	13,5		19,3		25,6		1,7		6,5
2001	13,6		19,1		25,4		1,7		6,5
2002	14,0		19,1		25,4		1,7		6,5
2003	14,3		19,5		25,9		1,7		6,5
2004	14,2		19,5		25,9		1,7		6,5
2005	14,2 ^{3)/} 13,3 ⁴⁾		19,5		25,9		1,7 ⁵⁾		6,5

¹⁾ Beitragsbemessungsgrenzen bis 2000 unterschiedlich in den alten und neuen Bundesländern, seit 2001 einheitlich in allen Bundesländern.

²⁾ Ab 1. Juli 1990.

³⁾ Krankenversicherungsbeitragssatz 1. Halbjahr 2005.

⁴⁾ Ab 01.07.2005 wird ein zusätzlicher Sonderbeitrag von 0,9 Prozent für alle versicherten Mitglieder ohne Beteiligung der Arbeitgeber erhoben. Gleichzeitig sind die Krankenkassen per Gesetz zu einer Beitragssatzsenkung um 0,9 Beitragssatzpunkte verpflichtet. Das bedeutet: Der Beitragssatz der versicherten Mitglieder steigt dadurch letztlich um 0,45 Prozentpunkte, der Arbeitgeberanteil sinkt um 0,45 Prozentpunkte.

⁵⁾ Ab 01.01.2005 gilt ein zusätzlicher Beitragssatz von 0,25 Beitragssatzpunkten für alle kinderlosen Mitglieder, die älter als 22 Jahre sind. Kinderlose Rentner, die vor dem 01.01.1940 geboren sind, werden von der Zuschlagspflicht ausgenommen.

(Datenquelle: BMG / BMAS)

Tabelle 10.2.17:
Einnahmen und Ausgaben der gesetzlichen Sozialversicherung in Deutschland 1990, 1995
und 2000 - 2005

Indikator 10.21

Jahr	Einnahmen und Ausgaben in Mrd. EUR								
	gesetzliche Krankenversicherung (GKV)			soziale Pflegeversicherung			gesetzliche Rentenversicherung (GRV)		
	Ein- nahmen ¹⁾	Aus- gaben ¹⁾	Saldo	Ein- nahmen	Aus- gaben	Saldo	Ein- nahmen	Aus- gaben	Saldo
1990 ²⁾	75,5	72,4	3,1	-	-	-	115,0	110,1	4,9
1995	120,4	124,0	-3,7	8,4	5,0	3,4	179,3	184,4	-5,1
2000	133,8	133,7	0,1	16,6	16,7	-0,1	214,6	214,0	0,6
2001	135,8	138,8	-3,0	16,8	16,9	-0,1	220,3	220,3	0,0
2002	139,7	143,0	-3,3	17,0	17,4	-0,4	223,6	227,7	-4,1
2003	141,7	145,1	-3,4	16,9	17,6	-0,7	231,9	233,9	-2,0
2004 ³⁾	144,3	140,2	4,0	16,9	17,7	-0,8	232,5	235,5	-3,0
2005 ⁴⁾	145,5	143,6	1,8	17,5	17,9	-0,4

¹⁾ Unter Berücksichtigung des Risikostrukturausgleichs (RSA).

²⁾ Nur alte Bundesländer.

³⁾ Für GRV vorläufige Werte.

⁴⁾ Vorläufige Werte.

(Datenquelle: BMG / VDR)

Tabelle 10.2.18:
Zahl der Krankenkassen und Beitragsentwicklung in der gesetzlichen Krankenversicherung
(GKV) 1999 - 2005
nach Kassenarten sowie alten und neuen Bundesländern

Indikator 10.23

Bundesländer / Jahr (Jahresdurchschnitt, ab 2002 Stichtag 01.01.)	Kassenart				
	AOK	BKK	IKK	VdAK ¹⁾	AEV ²⁾
Zahl der Krankenkassen ³⁾ (mit Erstreckungskassen ⁴⁾)					
alte Bundesländer					
2000	12	314	24	7	5
2001	12	305	22	7	5
01.01.2002	12	275	19	7	5
01.01.2003	12	251	17	7	5
01.01.2004	12	225	16	7	3
01.01.2005	12	202	15	7	3
neue Bundesländer					
2000	5	13	7	6	2
2001	5	13	6	6	2
01.01.2002	5	12	6	6	2
01.01.2003	5	16	5	6	3
01.01.2004	5	13	5	6	3
01.01.2005	5	8	5	6	3
Beitragssatz in %					
alte Bundesländer					
1999	13,65	12,72	13,39	13,76	13,39
2000	13,74	12,55	13,69	13,71	13,64
2001	14,00	12,60	13,80	13,70	13,70
01.01.2002	14,30	13,00	14,30	14,30	14,00
01.01.2003	14,62	13,60	14,45	14,67	13,96
01.01.2004	14,60	13,88	14,43	14,45	13,95
01.01.2005	14,49	13,89	14,25	14,34	13,72
neue Bundesländer					
1999	14,27	12,97	13,73	13,83	13,42
2000	14,17	12,68	13,87	13,79	13,66
2001	14,06	12,54	13,87	13,78	13,65
01.01.2002	14,10	12,99	13,98	14,40	13,95
01.01.2003	13,88	13,69	13,95	14,82	13,95
01.01.2004	13,82	13,80	13,78	14,58	13,94
01.01.2005	13,77	13,96	13,47	14,44	13,73

¹⁾ Verband der Angestellten-Krankenkassen (Ersatzkassen).

²⁾ Arbeiter-Ersatzkassen-Verband.

³⁾ Nicht enthalten sind die Landwirtschaftliche und See-Krankenkasse sowie die Bundesknappschaft, die als bundesweite Krankenkassen alle bei ihnen Versicherten der alten und neuen Bundesländer betreuen, den GKV-Bereichen (GKV West bzw. GKV Ost) aber nicht zugeordnet werden können.

⁴⁾ Krankenkassen, die Versicherte und Niederlassungen sowohl in den alten (GKV West) als auch in den neuen (GKV Ost) Bundesländern haben. Sie werden in jedem GKV-Bereich gezählt.

(Datenquelle: VdAK / BMG)

Tabelle 10.2.19:

Indikator 10.23

Entwicklung der Beitragssätze und der beitragspflichtigen Einnahmen (jährliche Grundlohsummen) je AKV-Mitglied in ausgewählten Krankenversicherungen in Berlin 1990 - 2004

Jahr	AOK Berlin			BKK Berlin			IKK Berlin		
	durchschnittlicher Beitragssatz in %	Einnahmen je AKV-Mitglied ¹⁾		durchschnittlicher Beitragssatz in %	Einnahmen je AKV-Mitglied ¹⁾		durchschnittlicher Beitragssatz in %	Einnahmen je AKV-Mitglied ¹⁾	
		in EUR	Veränderung zum Vorjahr in %		in EUR	Veränderung zum Vorjahr in %		in EUR	Veränderung zum Vorjahr in %
1990	14,7	17.271	.	12,6	18.322	.	13,6	15.872	.
1995	14,5	17.775	.	13,5	21.720	.	12,9	16.351	.
1996	14,5	17.879	0,6	14,4	22.836	5,1	14,3	16.403	0,3
1997	14,9	17.854	-0,1	15,3	23.180	1,5	13,9	16.620	1,3
1998	14,9	17.619	-1,3	15,3	23.425	1,1	13,9	16.603	-0,1
1999	14,9	17.301	-1,8	15,3	23.759	1,4	³⁾	³⁾	³⁾
2000	14,9	17.105	-1,1	14,8	23.659	-0,4	³⁾	³⁾	³⁾
2001	14,9	16.320	-4,6	14,4	23.454	-0,9	³⁾	³⁾	³⁾
2002	14,9	16.169	-0,9	14,4	23.368	-0,4	³⁾	³⁾	³⁾
2003	15,5	14.672	-9,3	15,7	²⁾	²⁾	³⁾	³⁾	³⁾
2004	15,5	14.995	2,2	²⁾	²⁾	²⁾	³⁾	³⁾	³⁾

¹⁾ Allgemeine Krankenversicherung (Pflichtmitglieder und freiwillige Mitglieder).

²⁾ Wegen der Fusion von BKK Berlin und BKK Hamburg am 01.01.2004 zur CITYBKK stehen seit 2003/2004 keine regionalisierten Daten mehr zur Verfügung.

³⁾ Seit der Fusion von IKK Berlin und IKK Brandenburg 1999 stehen keine regionalisierten Daten mehr zur Verfügung. (Datenquelle: AOK Berlin / BKK Berlin / IKK Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II C -)

Tabelle 10.2.20:
Jährliche Grundlohnsummen der Berliner Krankenkassen je Mitglied im Vergleich zu Bundeswerten 1998 - 2004

Indikator 10.22

Jahr	Grundlohnsumme ¹⁾ je Mitglied (AKV ²⁾ und KVdR ³⁾							
	GKV		AOK			BKK		
	alte Bundesländer	neue Bundesländer	AOK Berlin	alte Bundesländer	neue Bundesländer	BKK Berlin	alte Bundesländer	neue Bundesländer
Grundlohnsumme³⁾ in EUR								
1998	18.887	14.827	14.740	16.456	12.771	19.300	21.858	17.757
1999	19.209	14.974	14.527	16.667	12.851	19.030	22.370	17.929
2000	19.574	15.131	14.399	16.833	12.972	18.585	23.080	18.464
2001	19.793	15.563	13.975	16.751	12.903	18.252	23.534	19.533
2002	19.864	15.730	13.995	16.774	13.073	18.092	23.667	19.803
2003	19.833	15.657	13.336	16.543	12.970	⁴⁾	24.052	20.181
2004	20.133	15.673	13.494	16.693	13.182	⁴⁾	24.253	19.664
Veränderung zum Vorjahr in %								
1999	1,7	1,0	-1,4	1,3	0,6	-1,4	2,3	1,0
2000	1,9	1,0	-0,9	1,0	0,9	-2,3	3,2	3,0
2001	1,1	2,9	-2,9	-0,5	-0,5	-1,8	2,0	5,8
2002	0,4	1,1	0,1	0,1	1,3	-0,9	0,6	1,4
2003	-0,2	-0,5	-4,7	-1,4	-0,8	⁴⁾	1,6	1,9
2004	1,5	0,1	1,2	0,9	1,6	⁴⁾	0,8	-2,6

¹⁾ Summe der beitragspflichtigen Bruttolöhne je Mitglied und Jahr.

²⁾ Allgemeine Krankenversicherung (Pflichtmitglieder und freiwillige Mitglieder).

³⁾ Krankenversicherung der Rentner.

⁴⁾ Seit der Fusion von IKK Berlin und IKK Brandenburg 1999 stehen keine regionalisierten Daten mehr zur Verfügung.
 (Datenquelle: BMG / AOK Berlin / BKK Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II C -)

Tabelle 10.2.21:
Risikostrukturausgleich (RSA) in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) in den alten und neuen Bundesländern 1996 - 2004
nach Kassenarten
- Transfersummen in Millionen EUR

Bundesländer / Jahr	Risikostrukturausgleich ¹⁾ in Mio. EUR nach Kassenart				
	AOK	BKK	IKK	Ersatzkassen	sonstige
alte Bundesländer					
1996	+6.087	-567	-208	-6.297	+984
1997	+6.692	-867	-377	-6.560	+1.114
1998	+7.011	-1.382	-509	-6.310	+1.205
1999	+7.071	-2.195	-545	-6.171	+1.234
2000	+7.077	-3.652	-429	-5.626	+1.221
2001	+7.869	-5.518	-334	-5.233	+1.219
2002 ²⁾	+8.081	-6.652	-296	-4.748	+1.205
2003	+8.639	-7.995	-168	-3.789	+1.167
2004 ³⁾	+8.631	-7.888	-95	-3.587	+1.125
neue Bundesländer					
1996	+2.288	-196	-437	-1.839	+184
1997	+2.468	-237	-494	-1.920	+184
1998	+2.570	-335	-511	-1.940	+221
1999	+3.023	-393	-484	-1.794	+264
2000	+3.418	-530	-378	-1.400	+308
2001	+4.080	-862	-285	-1.252	+349
2002 ²⁾	+4.279	-1.018	-248	-961	+364
2003	+4.484	-1.090	-192	-545	+374
2004 ³⁾	+4.360	-926	-176	-219	+391

¹⁾ "-" Zahlerkassen / "+" Nehmerkassen.

²⁾ Ab 2002 inkl. Risikopool.

³⁾ Abschlagszahlungen, da der Schlussausgleich für 2004 erst nach Redaktionsschluss erfolgte.
(Datenquelle: BMG, KJ1-Statistik / VdAK / AEV)

11. Kosten

11.1 Ausgewählte Schwerpunkte

11.1.1 Vergütungen für Leistungen stationärer Pflegeeinrichtungen

Die Pflegestatistik enthält neben Angaben zu Einrichtungen, Personal und Pflegebedürftigen auch Daten zu Aufwendungen, die Pflegeheime den Pflegebedürftigen bzw. deren Kostenträgern in Rechnung stellen. Rechtsgrundlage ist die „Verordnung zur Durchführung einer Bundesstatistik über Pflegeeinrichtungen sowie über die häusliche Pflege (*Pflegestatistik-Verordnung* - PflegeStatV)“ vom 24. November 1999. Danach umfassen die Erhebungsmerkmale „an die Pflegeeinrichtung nach Art und Höhe der Pflegeleistung zu zahlende Entgelte für allgemeine Pflegeleistungen nach Pflegeklassen und Unterkunft und Verpflegung“. Aufwendungen für Leistungen der ambulanten Dienste gehören nicht zum Merkmalskatalog der Pflegestatistik. Die Erhebung wird seit 1999 zweijährlich jeweils zum Stand vom 15.12. durchgeführt.

Die Pflegestatistik erfasst die an Pflegeheime zu zahlenden Entgelte für Pflege und Unterkunft

Zur Finanzierung der Leistungen werden einrichtungsindividuell *Pflegesätze und Entgelte für Unterkunft und Verpflegung* zwischen den Vertragsparteien (Pflegeheim und Kostenträger) ausgehandelt, die es einem Pflegeheim bei wirtschaftlicher Betriebsführung ermöglichen, seinen Versorgungsauftrag zu erfüllen.

Von den stationären Berliner Pflegeeinrichtungen wurden drei verschiedene Pflegearten angeboten, die vollstationäre Langzeitpflege, die Kurzzeitpflege und die teilstationäre Tagespflege (vgl. Abbildung 11.1 und Tabelle 11.2.7).

Auf *Tages- oder Nachtpflege* haben Pflegebedürftige Anspruch, „wenn häusliche Pflege nicht in ausreichendem Umfang sichergestellt werden kann oder wenn dies zur Ergänzung oder Stärkung der häuslichen Pflege erforderlich ist“ (§ 41 SGB XI). Ende 2003 ließen sich 1.152 Pflegebedürftige tagsüber in einer Pflegeeinrichtung betreuen. Der durchschnittliche Pflegesatz aller Pflegeklassen betrug 61 EUR pro Tag, er war damit einen Euro teurer als 1999. Die Spanne zwischen den drei Pflegeklassen war für die Tagespflege mit 59 EUR (Klasse 1), 61 EUR (Klasse 2) und 64 EUR (Klasse 3) gering.

Tagespflege kostete in einem Berliner Pflegeheim 2003 durchschnittlich 61 EUR je Person und Tag

Anspruch auf *Kurzzeitpflege* besteht nach § 42 SGB XI, wenn die häusliche Pflege zeitweise nicht oder noch nicht erbracht werden kann und auch teilstationäre Pflege nicht ausreicht, z. B. für eine Übergangszeit im Anschluss an eine stationäre Behandlung, bei kurzfristiger (zeitweiliger) Abwesenheit der Pflegeperson oder in sonstigen Krisensituationen; er ist auf 4 Wochen im Kalenderjahr beschränkt. Am 15.12.2003 befanden sich 357 Personen in Kurzzeitpflege. Ein Pflegebedürftiger musste für einen Pfelegetag durchschnittlich 76 EUR aufbringen, das waren 5 EUR oder 7 % mehr als 1999, aber ein Euro weniger als 2001. Die Vergütungen in den drei Pflegeklassen reichten 2003 von 73 EUR in Klasse 1 über 76 bis zu 79 EUR in Klasse 3. Die Kurzzeitpflege war damit die teuerste der drei in stationären Pflegeeinrichtungen angebotenen Pflegearten.

Kurzzeitpflege ist mit 76 EUR die teuerste der drei in Berliner Pflegeheimen angebotenen Pflegearten

Das am weitaus häufigsten genutzte Angebot war die *vollstationäre Langzeitpflege*, auf die Pflegebedürftige Anspruch haben, „wenn häusliche oder teilstationäre Pflege nicht möglich ist oder wegen der Besonderheit des einzelnen Falles nicht in Betracht kommt“ (§ 43 SGB XI). Sie wurde im Dezember 2003 von 94 % der 26.618 in stationären Einrichtungen Betreuten in Anspruch genommen.

Große Unterschiede zwischen den Pflegeklassen bei Vergütung der Langzeitpflege

Der für diese Leistung berechnete Pflegesatz betrug im Durchschnitt aller Pflegeheime und

Pflegeklassen 60 EUR pro Person und Tag, das bedeutete eine Erhöhung von 3,4 % gegenüber 2001 und von 7,1 % gegenüber 1999. Für die Leistungen in den Pflegeklassen wurden 2003 - beginnend mit Klasse 1 - durchschnittlich Entgelte von 45, 62 und 74 EUR gezahlt, 4 Jahre zuvor waren es noch 41, 57 und 69 EUR. Es gab also - im Gegensatz zur Tages- und Kurzzeitpflege - bei der vollstationären Langzeitpflege große Vergütungsunterschiede in den Pflegeklassen, die Kosten für die Pflegeklasse 3 lagen um zwei Drittel höher als die der Pflegeklasse 1.

Die Pflegestatistik weist außer den Pflegesätzen auch die durchschnittlichen *Entgelte für Unterkunft und Verpflegung* aus. Die Beträge lagen seit 2001 unverändert bei 16 EUR am Tag für Pflegebedürftige in vollstationärer Langzeitpflege und 17 EUR bei Kurzzeitpflege. Analog zur kürzeren täglichen Pflegezeit wurden für in Tagespflege Betreute 2001 und 2003 mit durchschnittlich 11 bzw. 9 EUR deutlich niedrigere Sätze berechnet (vgl. Abbildung 11.1 und Tabelle 11.2.7).

Wegen des geringen Anteils an Tages- und Kurzzeitpflege bei der Inanspruchnahme von stationären Pflegeleistungen in Berlin wird die Betrachtung im Folgenden auf die vollstationäre Langzeitpflege beschränkt.

Jeder zweite Langzeitpflegeplatz wird in Berlin von freigemeinnützigen Trägern bereitgestellt

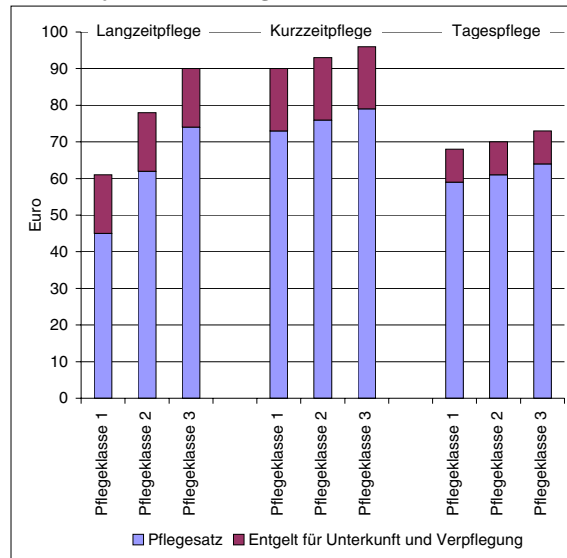
Der Blick auf die *Trägerschaft* der Einrichtungen zeigt, dass die Durchschnittssätze für vollstationäre Langzeitpflege in jeder Pflegeklasse in freigemeinnützigen Pflegeheimen geringfügig über denen der öffentlichen und privaten lagen (vgl. Tabelle 11.2.7). Dabei ist zu beachten, dass das Angebot der freigemeinnützigen Träger weitaus umfangreicher ist als das der anderen beiden. In Einrichtungen mit Langzeitpflege standen im Dezember

2003 in Berlin insgesamt 28.379 Plätze zur Verfügung (das umfasst alle Plätze, also auch die für Kurzzeit- oder Tagespflege, wenn diese Leistungsarten außer der Langzeitpflege angeboten wurden). Jeder zweite dieser Plätze (50 %) wurde von freigemeinnützigen Trägern bereitgestellt, von öffentlichen hingegen nur jeder zehnte (10 %); private Anbieter hatten einen Anteil von 40 %.

Die Einteilung der stationären Einrichtungen nach *Kapazitätsgrößenklassen* lässt erkennen, dass vor allem kleine Häuser mit bis zu 10 und solche mit 41 - 50 Plätzen die *Durchschnittspflegesätze* für vollstationäre Langzeitpflege überschritten; die erstgenannten waren zu drei Viertel in der höheren Preiskategorie zu finden, bei den anderen waren es je nach Pflegeklasse 4 bzw. 5 von 17 Einrichtungen. Auch bei einem Fünftel der Heime in der Größenordnung von 21 - 30 Plätzen und der Hälfte der großen Einrichtungen mit über 300 Plätzen wurden über dem Durchschnitt liegende Pflegesätze berechnet. Unter dem Durchschnitt blieben die Vergütungen in Häusern mit 11 - 20 und 51 - 60 verfügbaren Plätzen (vgl. Abbildung 11.2 sowie Tabellen 11.2.8 und 11.2.9).

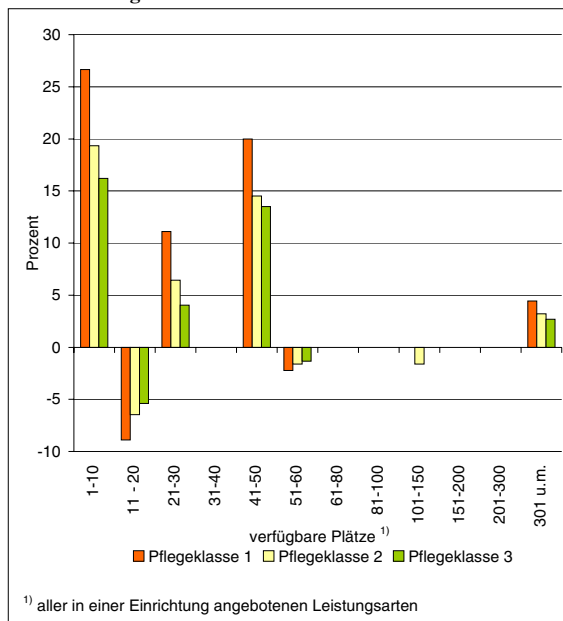
Der für vollstationäre Langzeitpflege durchschnittlich berechnete *Tagessatz*, also Pflegesatz und Entgelt für Unterkunft und Verpflegung zusammen, betrug Ende Dezember in Berlin in den drei Pflegeklassen 61, 78 und 90 EUR pro Person. Damit belegte Berlin auf der Rangskala der Bundesländer den 6. Platz

Abbildung 11.1: Durchschnittliche Vergütungen für vollstationäre Langzeitpflege, Kurzzeitpflege und Tagespflege in Pflegeeinrichtungen in Berlin am 15.12. 2003 nach Pflegeklassen - in EUR je Person und Tag



(Datenquelle: StaLa Berlin / Darstellung: SenGesSozV - II A -)

Abbildung 11.2:
Durchschnittliche Vergütungen für vollstationäre Langzeitpflege in Berlin am 15.12.2003 nach Kapazitätsgrößenklassen der Einrichtung und Pflegeklassen
 - Abweichung vom Berliner Durchschnitt in %



(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung und Darstellung: SenGesSozV - II A -)

Sie trägt aber mit ihrem Leistungsangebot dazu bei, die mit der Pflegebedürftigkeit verbundenen persönlichen und finanziellen Belastungen der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen zu tragen. Über die damit verbundene Verringerung der pflegebedingten Inanspruchnahme der Sozialhilfe wurde regelmäßig in den letzten Jahresgesundheits-/Basisberichten (Kapitel 8 - Ausgaben, Finanzierung und Kosten im Gesundheitswesen / Kapitel 11 - Kosten) berichtet.

Nach der bis zum 30.06.2007 gültigen Regelung nach § 43 SGB XI beinhalten die Leistungen der Pflegeversicherung bei stationärer Pflege die Kostenübernahme für pflegebedingte Aufwendungen, für Aufwendungen der medizinischen Behandlungspflege und der sozialen Betreuung. Sie werden über pauschale Leistungsbeträge in Höhe von maximal 1.023 EUR in der Pflegeklasse 1, 1.279 EUR in der Pflegeklasse 2, 1.432 EUR in der Pflegeklasse 3 und 1.688 EUR für Pflegebedürftige, die als Härtefall anerkannt waren, abgerechnet. Der Anteil des Pflegesatzes, der die leistungsrechtlichen Grenzen der Pflegeklassen übersteigt, das Entgelt für Unterkunft und Verpflegung sowie gesondert berechenbare Kosten für Zusatzleistungen und Investitionsaufwand werden den Pflegebedürftigen in Rechnung gestellt. Zur Finanzierung dieser Pflegeheimkosten, die über den von der Pflegeversicherung übernommenen Betrag hinausgehen, müssen die Pflegebedürftigen bzw. deren Angehörige eigene finanzielle Mittel aufwenden oder entsprechend dem Nachranggrundsatz (§ 2 SGB XII) im Bedarfsfall auf Sozialleistungen wie die Hilfe zur Pflege im Rahmen der Sozialhilfe oder die Grundversicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII) zurückgreifen.

In Tabelle 11.1 sind die Leistungsbeträge der Pflegeversicherung den Vergütungssätzen gegenübergestellt, die die Pflegeheime durchschnittlich je vollstationären Langzeitpflegefall berechnet haben. Dabei enthält der von der Pflegestatistik ausgewiesene Betrag den Pflegesatz und das Entgelt für Unterkunft und Verpflegung, nicht aber die gesondert berechenbaren Kosten für Zusatzleistungen und Investitionsaufwand, die ggf. noch zusätzlich von den Pflegebedürftigen zu tragen sind. Im Dezember 2003 verlangte ein Pflegeheim für die Langzeitpflege in der Pflegeklasse 3 monatlich im Durchschnitt 2.738 EUR (berechnet auf

in Pflegeklasse 1, gemeinsam mit Bremen den 3. Platz in Klasse 2 und mit Hessen und Rheinland-Pfalz den

5. Platz in Klasse 3. Die höchsten Tagessätze der Pflegeklasse 1 wurden in Baden-Württemberg, Bayern und Nordrhein-Westfalen (jeweils 65 EUR) verlangt, das auch in den Pflegeklassen 2 (81 EUR) und 3 (99 EUR) an der Spitze stand. In Einrichtungen der neuen Bundesländer kostete die Langzeitpflege einschließlich Unterkunft und Verpflegung durchweg weniger als im früheren Bundesgebiet. Die niedrigsten Tagessätze in allen drei Pflegeklassen hatte Sachsen mit 47, 56 und 71 EUR zu verzeichnen (vgl. Tabelle 11.2.10).

Zur Finanzierung der Pflegekosten können Pflegebedürftige seit dem 1. Juli 1996 auf die *Leistungen der Pflegeversicherung* zurückgreifen; die Leistungsvoraussetzungen sind geregelt in § 33 SGB XI. Die Pflegeversicherung ist jedoch keine Vollversicherung, die alle Kosten im Zusammenhang mit der Pflegebedürftigkeit übernimmt.

Kosten für die Langzeitpflege in den neuen Bundesländern am niedrigsten

Leistungen der Pflegeversicherung decken etwa die Hälfte der Kosten für Langzeitpflege und Unterkunft

Tabelle 11.1:
Durchschnittliche Vergütungen in Pflegeheimen und Leistungssätze der Pflegeversicherung für vollstationäre Dauerpflege in Berlin 1999 - 2003 (Stichtag: 15.12.) nach Pflegeklassen

Jahr / Pflegeklasse	Durchschnittliche monatliche Vergütung in EUR ¹⁾				Leistung der Pflege- versicherung ³⁾	Von den Pflegebedürftigen zu tragen (Differenz zwischen Versicherungsleistung und Pflegesatz + UuV) ⁴⁾	
	Pflegesatz	Entgelt für Unterkunft und Verpflegung (UuV)	Vergütung (Pflegesatz + UuV)			abs.	%
			abs.	Veränderung ²⁾ in %			
1999							
I	1.247	456	1.703	.	1.023	681	40,0
II	1.734	456	2.190	.	1.278	912	41,6
III	2.099	456	2.555	.	1.432	1.123	44,0
2001							
I	1.308	487	1.795	5,4	1.023	772	43,0
II	1.825	487	2.312	5,6	1.279	1.033	44,7
III	2.190	487	2.677	4,8	1.432	1.245	46,5
2003							
I	1.369	487	1.855	3,4	1.023	832	44,9
II	1.886	487	2.373	2,6	1.279	1.094	46,1
III	2.251	487	2.738	2,3	1.432	1.306	47,7

¹⁾ Berechnet auf 30,417 Tagessätze im Monat.

²⁾ Veränderung zur vorangegangenen Erhebung; die Pflegestatistik wird zweijährlich durchgeführt.

³⁾ Die Kostenübernahme enthielt Aufwendungen für Grundpflege, soziale Betreuung und Leistungen der medizinischen Behandlungspflege; die Abrechnung erfolgte über die pauschalen Leistungsbeträge. Diese Regelungen waren bis zum 31.12.2004 gültig (§ 43 SGB XI).

⁴⁾ Gesondert berechenbare Investitionskosten und Zusatzleistungen (nicht in den von der Pflegestatistik erfassten durchschnittlichen Vergütungssätzen enthalten) müssen ggf. zusätzlich von den Pflegebedürftigen aufgebracht werden.

(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

30,417 Tagessätze im Monat); etwa die Hälfte der Kosten wurde durch die Versicherungsleistung abgedeckt, den restlichen Betrag (1.306 EUR / 48 %) musste die pflegebedürftige Person aus eigenen Mitteln aufbringen. Von den in Pflegeklasse 2 anfallenden Kosten (2.373 EUR) waren 1.094 EUR (46 %) von den Pflegebedürftigen zu finanzieren, der Eigenanteil an der monatlichen Vergütung in Pflegeklasse 1 (1.855 EUR) betrug 832 EUR (45 %).

11.1.2 Verbraucherpreise für die Gesundheitspflege

Verbraucherpreisindex

Mit dem Verbraucherpreisindex (VPI) werden die Preisveränderungen der von den privaten Haushalten erworbenen Güter und Dienstleistungen gemessen und die Teuerungsrate ermittelt. Der Index dient als Maßstab für die Veränderungen der Kaufkraft des Geldes.

Der Warenkorb repräsentiert den durchschnittlichen Verbrauch eines privaten Haushalts

Der VPI erfasst diejenigen Güter, für die die Haushalte den verfügbaren Teil ihres Einkommens aufwenden. Die Berechnung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte basiert auf Nettolöhnen/-gehältern, sie berücksichtigt also z. B. keine Sozialabgaben wie Krankenversicherungsbeiträge, über die die Haushalte nicht frei verfügen können (vgl. Tabelle 2.2.16). Die Güter, die aus dem verfügbaren Einkommen bezahlt und deren Preisentwicklung beobachtet wird, sind in einem Warenkorb mit 750 Waren und Dienstleistungen festgelegt, für die monatlich insgesamt 350.000 Preise in Deutschlands Geschäften und Dienstleistungsbetrieben notiert werden. Die einbezogenen Güter sind so ausgewählt, dass sie den durchschnittlichen Verbrauchsgewohnheiten der Haushalte entsprechen. Sie repräsentieren in Deutschland ungefähr 55 % des Bruttoinlandsprodukts¹.

¹ Buchwald, W. (2004): Vom Preisindex für die Lebenshaltung zum Verbraucherpreisindex. Wirtschaft und Statistik, S. 11 ff.

Die Preisveränderungen einer Warengruppe fließen in den Index entsprechend dem Anteil, den die Ausgaben für diese Güter am Budget eines durchschnittlichen Haushalts ausmachen, ein. Die Anteile oder Gewichte sind für alle Bundesländer einheitlich im Wägungsschema festgelegt, für das die Klassifikation des Privaten Verbrauchs nach Verwendungszweck (Classification of Individual

Consumption by Purpose) in der für den VPI geltenden Fassung (COICOP-VPI) verwendet wird. Die COICOP-VPI ist in 12 Hauptgruppen unterteilt.

Tabelle 11.2:
Wägungsschema des Verbraucherpreisindex Deutschland
Basisjahre 1995 und 2000

COICOP- VPI ¹⁾	Bezeichnung	Gewicht in Promille	
		1995	2000
	Gesamtlebenshaltung	1.000	1.000
01	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	131,26	103,35
02	Alkoholische Getränke, Tabakwaren	41,67	36,73
03	Bekleidung und Schuhe	68,76	55,09
04	Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	274,77	302,66
05	Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	70,56	68,54
06	Gesundheitspflege	34,39	35,46
061	Medizinische Erzeugnisse, Geräte und Ausrüstungen	12,59	16,33
0611	Pharmazeutische Erzeugnisse (ohne solche für Tiere) (z. B. Medikamente (einschl. Rezeptgebühr), Melissengeist, Vitamin-C-Bräusetabletten)	10,00	10,31
0612	Andere medizinische Erzeugnisse (z.B. Wundpflaster, Fieberthermometer)	0,32	0,56
0613	Therapeutische Geräte und Ausrüstungen (z.B. Blutdruckmessgerät, Brillengläser)	2,27	5,46
062	Ambulante Gesundheitsdienstleistungen	16,84	13,50
0621	Ärztliche Dienstleistungen	5,55	3,62
0622	Zahnärztliche Dienstleistungen	8,07	5,28
0623	Dienstleistungen nichtärztlicher Gesundheitsdienstberufe	3,22	1,60
063	Stationäre Gesundheitsdienstleistungen	4,96	5,63
0630	Stationäre Gesundheitsdienstleistungen	4,96	5,63
07	Verkehr	138,82	138,65
08	Nachrichtenübermittlung	22,66	25,21
09	Freizeit, Unterhaltung und Kultur	103,57	110,85
10	Bildungswesen	6,51	6,66
11	Beherbergungs- und Gaststätdienstleistungen	46,08	46,57
12	Andere Waren und Dienstleistungen	60,95	70,23
124	Dienstleistungen sozialer Einrichtungen (Kinderkrippen, Altenwohnheime, häusliche Alten- und Behindertenpflege, Essen auf Rädern)	-	10,29
125	Versicherungsdienstleistungen	20,90	24,58
1253	... im Zusammenhang mit der Gesundheit (Unfallversicherung, freiwillige Beiträge zur Krankenversicherung)	5,10	8,91

¹⁾ Klassifikation des privaten Gebrauchs nach Verwendungszweck (Classification of Individual Consumption by Purpose) in der für den Verbraucherpreisindex geltenden Fassung

(Datenquelle: StBA)

Verbrauchsstruktur und Gewichte werden im Wesentlichen mithilfe der 5-jährlich

5-jährliche Aktualisierung von Warenkorb und Wägungsschema

durchgeführten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (Haushaltsbefragungen) und der laufenden Wirtschaftsrechnungen ermittelt. Bei den alle fünf Jahre stattfindenden Revisionen der Preisstatistik werden neben der Berücksichtigung veränderter Verbrauchsgewohnheiten im Wägungsschema auch der Warenkorb aktualisiert und notwendige methodische Änderungen vorgenommen. Der VPI ist ein Festbasisindex, d. h. für die in der Regel 5 Jahre dauernden Perioden bleiben die Festlegungen zu Warenkorbstruktur und -gewichten unverändert.

Mit der letzten im Februar 2003 vorgestellten Revision wurden die Verbrauchsgewohnheiten des Jahres 2000 zugrunde gelegt und der VPI auf dieser Basis neu berechnet. Ein Beispiel für die bei der Revision vorgenommene erweiterte Einbeziehung des Bereichs Gesundheitspflege (Hauptgruppe 6), die dessen Wägungsanteil nur unwesentlich erhöhte (+ 1,07 Promillepunkte), ist die Aufnahme von Blutdruckmessgeräten für das Handgelenk. Völlig neu aufgenommen wurden in der Hauptgruppe 12 (Andere Waren und Dienstleistungen) Dienstleistungen des Sozialschutzes, die im bisherigen VPI überhaupt nicht berücksichtigt waren und nun mit einem Gewicht von 10,29 Promille in den Index einfließen. Das erforderten die Eigenbeiträge, die in den Ausgaben der privaten Haushalte in wachsendem Maße zu Buche schlagen. Zahlungen der Sozialhilfe oder der gesetzlichen Pflege- oder Krankenversicherung für diese Dienstleistungen gehören, da sie nicht aus dem verfügbaren Einkommen der Haushalte geleistet werden, nicht zum Erfassungskatalog des Warenkorbs. Eine Übersicht über das Wägungsschema für den Verbraucherpreisindex mit Basisjahr 2000 im Vergleich zur Verbrauchsstruktur des Basisjahres 1995 ist in Tabelle 11.2 dargestellt (vgl. auch Abbildungen 11.3 und 11.4).

Gleichzeitig mit der Revision erhielt der Index, der vorher „Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte“ hieß, den neuen Namen „Verbraucherpreisindex“. Diese Änderung hat keine inhaltliche Relevanz für Erhebungswege oder Rechenmethoden, betont aber, dass der Index Preisniveau und -veränderung eines festen Warenkorbs abbildet, nicht jedoch die realen Ausgaben zu beziffern sucht, die im Zeitablauf für den Erhalt des Lebensstandards aufgewendet werden müssen („Lebenshaltungskostenindex“).

Der Verbraucherpreisindex zeigt die „reine“ Preisbewegung an

Da Warenauswahl und Gewichte auf dem Niveau des Basisjahres konstant gehalten und Preisveränderungen, die auf verbesserte Qualität und dgl. zurückzuführen sind, herausgerechnet werden, zeigt der VPI die „reine“ Preisbewegung an. Die Teuerungsrate wird

als prozentuale Veränderung des VPI zum entsprechenden Vorjahres- bzw. Vormonatsergebnis ausgewiesen. Neben dem Verbraucherpreisindex für die Gesamtlebenshaltung werden für jede Haupt- oder Untergruppe die entsprechenden Indexwerte und Teuerungsraten ermittelt. Die Berechnungsmethode erlaubt zudem, den Gesamtindex in unterschiedlichen Gruppierungen zusammensetzen und so die Entwicklung der Teuerungsraten nach bestimmten Abgrenzungen zu betrachten. Das Statistische Landesamt Berlin veröffentlicht z. B. monatlich außer dem VPI für die Gesamtlebenshaltung auch die Werte für den Gesamtindex ohne saisonabhängige Nahrungsmittel, den Gesamtindex ohne Heizöl und Kraftstoffe, den Gesamtindex ohne Wohnungsnettomieten und Wohnungsnebenkosten sowie den Gesamtindex ohne administrierte (staatlich festgesetzte) Preise.

Die für jedes Bundesland errechneten Verbraucherpreisindizes werden zusammengefasst zum VPI für Deutschland. Dabei werden die Indizes berücksichtigt mit dem Gewicht, das dem Anteil des Bundeslandes an den gesamten Privaten Konsumausgaben der Haushalte in Deutschland entspricht (vgl. Texttabelle 11.3 und Tabelle 2.2.15). Einzelheiten zur Erhebung und Gewichtung können in der Monatsschrift des Statistischen Bundesamtes nachgelesen werden ².

Tabelle 11.3:
Ländergewichte im Verbraucherpreisindex mit Basisjahr 2000

Bundesland	Gewicht in %
Nordrhein-Westfalen	23,5
Bayern	15,4
Baden-Württemberg	13,5
Niedersachsen	9,5
Hessen	7,3
Rheinland-Pfalz	4,8
Sachsen	4,6
Berlin	3,8
Schleswig-Holstein	3,3
Brandenburg	2,7
Sachsen-Anhalt	2,7
Thüringen	2,5
Hamburg	2,3
Mecklenburg-Vorpommern	1,8
Saarland	1,3
Bremen	1,0

(Datenquelle: StBA)

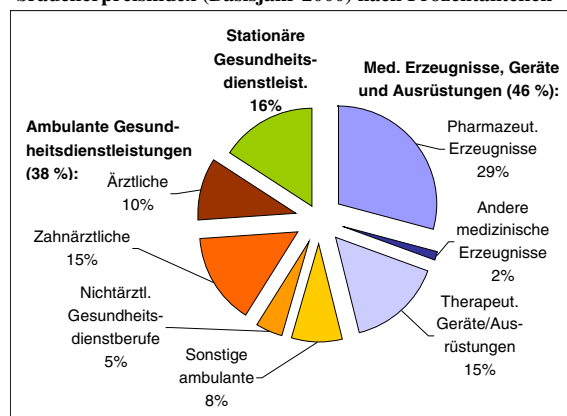
Teilindex Gesundheitspflege

Private Haushalte geben 3,6 % des verfügbaren Einkommens für Gesundheit aus

Die Preise für Güter und Angebote, die private Haushalte für die Gesundheit kaufen oder in Anspruch

nehmen, werden in der Hauptgruppe Gesundheitspflege erfasst. Sie ist unterteilt in die Bereiche 061 - Medizinische Erzeugnisse, Geräte und Ausrüstungen, 062 - Ambulante Gesundheitsdienstleistungen und 063 - Stationäre Gesundheitsdienstleistungen. Die Preisentwicklung der Waren und Dienstleistungen der Gesundheitspflege fließt - wie aus Tabelle 11.2 zu ersehen - mit einem Wägungsanteil von 35,46 Promille in den Gesamtindex ein, d. h. bei den für das Jahr 2000

Abbildung 11.3:
Zusammensetzung des Teilindex Gesundheitspflege mit einem Wägungsanteil von 35,46 Promille am Gesamtverbraucherpreisindex (Basisjahr 2000) nach Prozentanteilen



(Datenquelle: StaLa Berlin / Darstellung: SenGesSozV - II A -)

² Behrmann, T. (2003): Preise im August 2003 / Zur Gewichtung im Verbraucherpreisindex. Wirtschaft und Statistik, S. 862.

festgestellten Verbrauchsgewohnheiten der privaten Haushalte machten Ausgaben für Gesundheit im Durchschnitt 3,6 % des verfügbaren Einkommens aus. Das größte Gewicht innerhalb dieser Gruppe haben die medizinischen Erzeugnisse, Geräte und Ausrüstungen, die fast die Hälfte (46 %) des Wägungsanteils ausmachen. Ausgaben für ambulante Gesundheitsdienstleistungen werden mit 38 %, die für stationäre mit 16 % berücksichtigt (vgl. Abbildung 11.3).

Der Teilindex Gesundheitspflege (2000 = 100) wurde im Durchschnitt des Jahres 2004 für Berlin mit 124,3 und für Deutschland mit 122,1 beziffert. Der gewaltige Anstieg gegenüber den Vorjahreswerten von 100,8 in Berlin bzw. 102,4 in Deutschland ist der ab 01.01.2004 in Kraft getretenen Gesundheitsreform geschuldet, die mit der Umverteilung von Finanzierungsbeiträgen von den gesetzlichen Krankenversicherungen auf die privaten Haushalte deutliche Auswirkungen zeigte (vgl. auch Schwerpunkt 10.1.1). Zu den durch die Maßnahmen der Gesundheitsreform verursachten Zahlungen, die die gesetzlich Krankenversicherten bisher gar nicht oder in geringerem Maße aus ihrem verfügbaren Einkommen leisten mussten, gehören u. a.

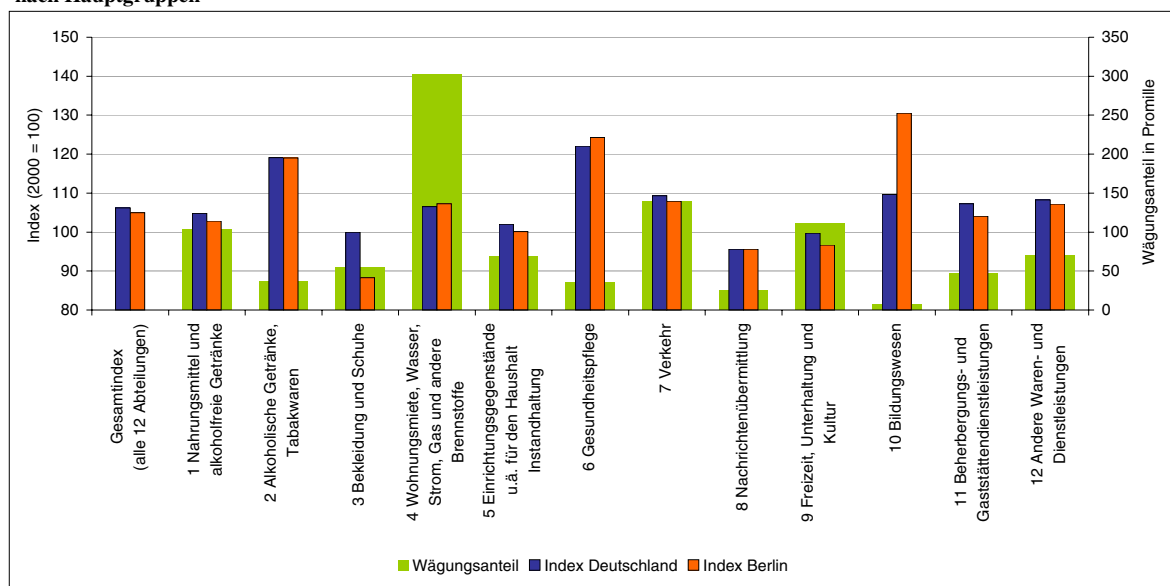
Gesundheitsreform verursacht hohe Preissteigerungen für die privaten Haushalte

- die Praxisgebühr, die jeweils für Arzt- bzw. Zahnarztbesuche einmal im Quartal anfällt,
- Kosten für Brillengläser, für die die gesetzlich Krankenversicherten seit 01.01.2004 keine Zuschüsse mehr von der Krankenkasse erhalten,
- höhere Eigenbeiträge bei Krankenhausaufenthalten,
- höhere Zuzahlungen für verschreibungspflichtige Arzneimittel (Rezeptgebühr) und höhere Belastungen aufgrund der neuen Liste erstattungsfähiger Medikamente,
- Verteuerung der Inanspruchnahme von Krankengymnastik und häuslicher Krankenpflege.

Im VPI der Gesundheitspflege sind ausschließlich die Preiserhöhungen enthalten, die bei den zum Warenkorb gehörenden Gütern und Dienstleistungen registriert wurden. Der VPI wird hingegen nicht beeinflusst durch eventuell gesenkte Krankenkassenbeiträge, die zwar das Gesamtvolumen des verfügbaren Einkommens vergrößern, aber nicht Teil des Warenkorbs sind. Auch bildet er nicht ab, ob die Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen wegen der gestiegenen Kosten zurückgegangen ist, da die für das Jahr 2000 festgestellten und im Wägungsschema festgeschriebenen Verbrauchsgewohnheiten der privaten Haushalte bis zur nächsten Revision konstant gehalten werden. Die Höhe

Abbildung 11.4:

Wägungsanteile und Verbraucherpreisindizes 2004 (Jahresdurchschnitt) in Berlin und Deutschland (Basis 2000 = 100) nach Hauptgruppen



(Datenquelle: StaLa Berlin / Darstellung: SenGesSozV - II A -)

der Teilindizes und der Wägungsanteil, mit dem sie im Index der Gesamtlebenshaltung Berücksichtigung finden, ist in Abbildung 11.4 dargestellt. Die für 2004 errechneten hohen Berliner Teilindizes für Gesundheitspflege (124,3) sowie für Alkoholische Getränke und Tabakwaren (119,0) waren am Ergebnis des Gesamtindex (105) mit Gewichten von 3,5 bzw. 3,7 % beteiligt. Der Teilindex Bildungswesen, der im Jahresdurchschnitt 2004 mit 130,5 den aufgrund von angehobenen Kitagebühren höchsten Wert aufweist, hatte mit einem Wägungsanteil von weniger als einem Prozent kaum Auswirkungen auf den Gesamtindex.

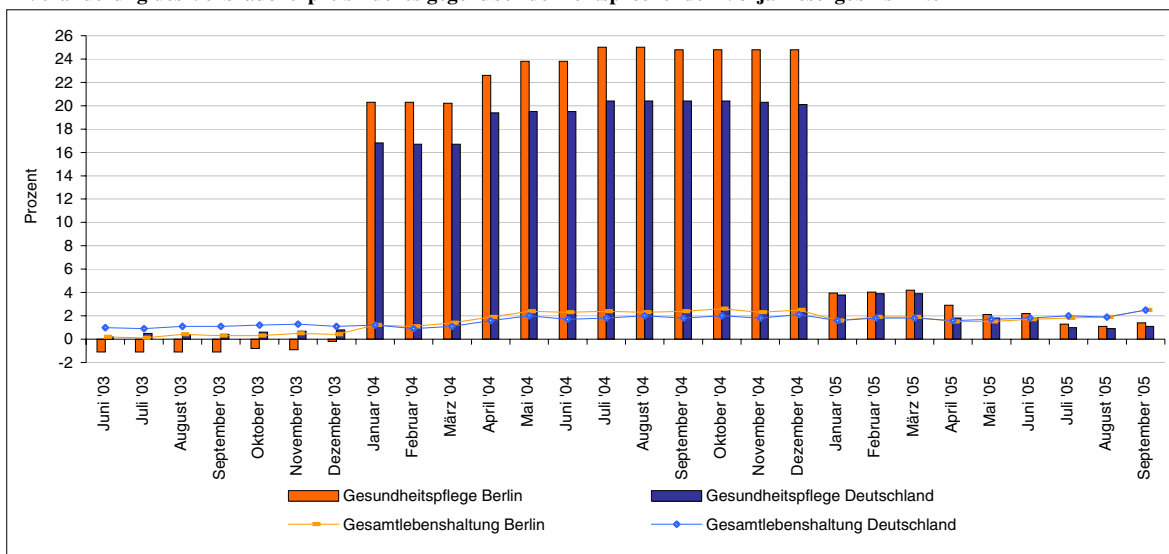
Kosten für die Gesundheitspflege 2004 fast um ein Viertel höher als im Vorjahr

Die Entwicklung der Verbraucherpreise wird mit der Teuerungsrate ausgedrückt, die die Veränderung des aktuellen Indexwertes gegenüber dem entsprechenden Vorjahreswert in Prozent angibt. In den Jahren 2001 und 2002 mussten Berliner Haushalte 1,4 bzw. 0,3 % mehr für die Gesundheitspflege aufwenden als ein Jahr zuvor; für das Jahr 2003 wurden sogar Preissenkungen um 0,9 % registriert. Die Gesundheitsreform brachte jedoch eine erhebliche Mehrbelastung für die Haushalte: Die seit Januar 2004 gemessenen hohen Indexwerte der Gesundheitspflege ergaben im Jahresdurchschnitt 2004 eine Teuerungsrate von 23,3 %. Dabei waren, entsprechend den Maßnahmen der Gesundheitsreform, drei Stufen zu beobachten: Mit der Einführung der Gesundheitsreform im Januar 2004 verteuerten sich die Preise um 20,3 %; die neue Liste erstattungsfähiger Medikamente, die im April gültig wurde, brachte einen weiteren Preisanstieg, mit dem die Teuerungsrate 22,6 % erreichte; mit der zum 01.07.2004 in Kraft getretenen Neufassung der Heilmittelrichtlinien schließlich lagen die Preise für die Gesundheitspflege um ein Viertel höher als ein Jahr zuvor.

Obwohl die Preise 2005 auf unverändert hohem Niveau bestehen blieben, gingen die Teuerungsraten - da gegenüber dem bereits hohen Vorjahreswert gemessen - stark zurück (sogenannter statistischer Basiseffekt). Wegen des Basiseffekts lassen auch die 2005 errechneten Teuerungsraten die verschiedenen Preissteigerungsstufen des Jahres 2004 erkennen: Im ersten Vierteljahr noch bei 4,0 bzw. 4,2 % sanken die Raten im April, Mai und Juni auf 2,9 bzw. 2,1 und 2,2 % und pendelten sich seit Juli, dem Monat, in dem die Vorjahresergebnisse ihren höchsten Stand erreicht hatten, wieder auf „normale“ Werte ein (Juli bis September: 1,3 / 1,1 / 1,4 %) (vgl. Abbildung 11.5).

Abbildung 11.5:

Teuerungsrate für die Gesamtlebenshaltung und die Gesundheitspflege in Berlin und Deutschland Juni 2003 - September 2005 nach Monaten
- Veränderung des Verbraucherpreisindex gegenüber dem entsprechenden Vorjahresergebnis in %



(Datenquelle: StaLa Berlin / Darstellung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 11.4:
Verbraucherpreisindizes, Teuerungsraten und Gewichte in Berlin 2004 nach Hauptgruppen

Gruppe	Bezeichnung	Gewicht in Promille	Index (Basis 2000 = 100)	Rate in % 1)
	Gesamtindex (alle 12 Gruppen)	1.000	105,0	2,1
10	Bildungswesen	6,66	130,5	27,6
6	Gesundheitspflege	35,46	124,3	23,3
2	Alkoholische Getränke, Tabakwaren	36,73	119,0	6,7
7	Verkehr	138,65	107,9	3,5
4	Wohnungsmiete, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	302,66	107,3	2,6
12	Andere Waren und Dienstleistungen	70,23	107,2	0,8
5	Einrichtungsgegenstände u. ä. für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	68,54	100,1	-0,3
11	Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	46,57	104,1	-0,7
8	Nachrichtenübermittlung	25,21	95,6	-0,8
9	Freizeit, Unterhaltung und Kultur	110,85	96,7	-1,3
1	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	103,35	102,8	-1,6
3	Bekleidung und Schuhe	55,09	88,3	-2,8

1) Veränderung gegenüber dem Vorjahresergebnis.
 (Datenquelle: StaLa Berlin)

Die Gesamtlebenshaltung verteuerte sich im Jahr 2004 in Berlin um 2,1 %; damit lag die Rate etwas über der Stabilitätsgrenze von 2 %, die die Europäische Zentralbank im Mai 2003 als Ziel (Teuerungsraten unter, aber nahe 2 % auf mittlere Sicht³) definiert hat. 2001 - 2003 hingegen waren die Teuerungsraten mit 1,3 / 1,2 und 0,3 % weit unter der postulierten Stabilitätsgrenze geblieben. Wie aus Tabelle 11.4 zu ersehen, wurden die gestiegenen Lebenshaltungskosten in der Reihenfolge ihrer Teuerungsraten durch Preissteigerungen in den Bereichen 10 - Bildungswesen, 6 - Gesundheitspflege, 2 - Alkoholische Getränke, Tabakwaren, 7 - Verkehr, 4 - Wohnungsmiete, Wasser, Strom, Gas, andere Brennstoffe und 12 - Andere Waren und Dienstleistungen verursacht, während die übrigen Bereiche preisdämpfend wirkten.

Die Preissteigerungen der Gesundheitspflege hatten trotz der relativ niedrigen Gewichtung von 35,46

Gesundheitsreform ließ den Gesamtindex um 0,7 Prozentpunkte ansteigen

Promille einen erheblichen Einfluss auf die Gesamtteuerungsrate. Ohne die Gesundheitspflege hätte die Teuerungsrate in Deutschland im Jahresdurchschnitt 2004 nicht 1,6 %, sondern 0,9 % betragen, d. h. die Maßnahmen der Gesundheitsreform verteuerten die Lebenshaltungskosten um 0,7 Prozentpunkte. Im Januar 2004 war die Gesamtpreisenerhöhung von 1,2 % gegenüber dem Vorjahresmonat sogar zur Hälfte durch die Gesundheitspflege bedingt. Dabei hatte die Praxisgebühr einen Anteil von 0,16 Prozentpunkten, der Wegfall der Kassenzuschüsse für Brillengläser ließ den Gesamtindex um 0,15 Prozentpunkte steigen, Zuzahlungen bei Krankenhausaufenthalten verursachten einen Anstieg des VPI von 0,12, die geänderten Rezeptgebühren von 0,11 und schließlich die Zuzahlungen für nicht-ärztliche Dienstleistungen wie Krankengymnastik und häusliche Krankenpflege von 0,08 Prozentpunkten⁴.

Versicherungsleistungen für die Gesundheit

Zur Hauptgruppe 12 - andere Waren und Dienstleistungen gehören u. a. Versicherungsdienstleistungen, die auch Leistungen im Zusammenhang mit der Gesundheit enthalten, in der Klassifikation verschlüsselt unter 1253. Hier werden von den Haushalten geleistete freiwillige Beiträge zur Krankenversicherung und Prämien für Unfallversicherungen registriert. Dabei sind die Verbrauchsgewohnheiten der Haushalte des Basisjahres 2000 zugrundegelegt; die Frage, ob seitdem mehr oder weniger Versicherungen abgeschlossen wurden, beantwortet der VPI nicht. Gegenüber 1995 hat der aufgrund von Haushaltsbefragungen festgestellte Anteil der Versicherungsbeiträge am Budget der privaten Haushalte zwar zugenommen, betrug 2000 jedoch immer noch etwas weniger als ein Prozent (1995: 5,10 / 2000: 8,91 Promille im Wägungsschema).

³ Europäische Zentralbank (2003): Monatsbericht Juni, S. 6.

⁴ Eckert, G. (2004): Preise im Januar 2004. Wirtschaft und Statistik S.232.

Preissteigerungen bei freiwilligen Beiträgen zur Krankenversicherung um mehr als 3 %

Auch bei den Beiträgen zu Kranken- und Unfallversicherungen, die die Haushalte aus ihrem verfügbaren Einkommen bezahlen, waren Preissteigerungen gegenüber 2000 festzustellen. Für 2001 - 2004 wurden für Berlin wie für Deutschland durchschnittliche Indexwerte von 103,5 / 107,2 / 110,7 / 114 errechnet. Die jährlichen Teuerungsraten bewegten sich um 3 % (3,5 / 3,6 / 3,3 und 3,0 %).

Dienstleistungen sozialer Einrichtungen

Neu im Warenkorb: Dienstleistungen sozialer Einrichtungen

Die Dienstleistungen sozialer Einrichtungen sind, wie bereits erwähnt, neu in den auf der Basis des Jahres 2000 aktualisierten Warenkorb aufgenommen worden und fließen mit einem Anteil von 10,29 Promille in den VPI ein. Für den Teilindex werden die Preise für Dienstleistungen der Kinderkrippen, Essen auf Rädern, Aufwendungen für Wohnen, Unterbringung, medizinische Betreuung und Pflege in Altenwohnheimen sowie ambulante Pflege für privat und gesetzlich Pflegeversicherte erfasst. Seit die Höhe der Eigenbeiträge für diese Leistungen eine Berücksichtigung im Budget der Haushalte erforderlich machte, sind die Aufwendungen bereits weiter gestiegen: Der für das Basisjahr auf 100 festgelegte Index erreichte seitdem im jeweiligen Jahresdurchschnitt Werte von 99,1 / 107,1 / 112 und 113,6 % in Berlin sowie 103 / 106,3 / 111,1 und 115,1 in Deutschland; nach einem Preisrückgang von 0,9 % im Jahr 2001 verteuerten sich die Preise gegenüber dem Vorjahr jeweils um 8,1 / 4,6 und 1,4 % in Berlin bzw. um 3,0 / 3,2 / 4,5 und 3,6 % in Deutschland.

11.2 Tabellen

Kostenstruktur von ambulanten Gesundheitseinrichtungen

Tabelle 11.2.1:
Kostenstrukturanalyse je Praxisinhaber einer Zahnarztpraxis in den alten und neuen Bundesländern 2001 und 2002

Indikator 11.2

Kostenart	Kosten in EUR			
	alte Bundesländer		neue Bundesländer	
	2001	2002	2001	2002
Einnahmen aus selbständiger zahnärztlicher Tätigkeit ¹⁾	361.522	365.746	259.393	259.993
davon:				
über KZV ²⁾ vereinnahmt	208.665	210.482	195.891	193.806
nicht über KZV ²⁾ vereinnahmt	152.857	155.264	63.502	66.187
Betriebsausgaben				
ingesamt	254.291	256.853	170.324	171.531
in % der Einnahmen	70,3	70,2	65,7	66,0
Einnahmen-Überschuss	107.231	108.893	89.069	88.462
Median ³⁾ des Einnahmen-Überschusses	95.110	97.080	79.980	79.300
Zahlungen für Vorsorge und Einkommensteuer, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag ⁴⁾	40.590	41.320	31.050	30.870
Monatlich verfügbares Einkommen aus vertrags- und privatzahnärztlicher Tätigkeit ⁴⁾	4.190	4.290	3.760	3.730
Honorarumsatz pro Behandlungsstunde	187	193	134	135

¹⁾ Einnahmen aus vertrags- und privatzahnärztlicher Tätigkeit.

²⁾ Kassenzahnärztliche Vereinigung.

³⁾ Je 50 % liegen unter und über diesem Wert.

⁴⁾ Bezogen auf den Median des Einnahmen-Überschusses.

(Datenquelle: KZBV)

Kostenstruktur von Krankenhäusern

Tabelle 11.2.2:
Bereinigte Kosten und Kostenkennziffern der Berliner Krankenhäuser 1991 - 2004
nach Art und Träger des Krankenhauses

Kosten / Kostenkennziffer / Art des Krankenhauses / Trägerbereich	1991	1993	1995	1997	1999	2001	2002	2003	2004
bereinigte Kosten ¹⁾									
insgesamt									
in 1.000 EUR									
Krankenhäuser insgesamt	2.280.999	2.748.514	3.049.523	2.880.376	2.910.035	2.853.596	2.719.765	2.772.177	2.729.280
allgemeine Krankenhäuser ²⁾	2.155.010	2.615.162	2.949.212	2.852.352	2.881.440	2.822.004	2.685.975	2.737.667	2.672.389
öffentlich	1.476.384	1.692.332	1.872.966	1.810.166	1.750.832	1.472.532	1.348.623	1.395.196	1.345.803
freigemeinnützig	550.827	772.363	985.334	945.937	1.023.251	1.020.718	1.050.718	1.070.323	975.232
privat	127.798	150.467	90.912	96.250	107.357	328.754	286.634	272.148	351.354
sonstige Krankenhäuser ³⁾	125.989	133.352	100.311	23.983	28.595	31.592	33.790	34.509	56.890
in EUR									
je aufgestelltes Bett									
Krankenhäuser insgesamt	57.175	74.722	90.263	108.821	120.399	126.154	127.068	132.065	132.935
allgemeine Krankenhäuser ²⁾	59.007	76.754	91.956	109.185	120.901	126.536	127.685	132.826	134.500
öffentlich	62.641	87.360	106.917	123.275	138.329	144.352	144.842	158.024	158.125
freigemeinnützig	49.371	59.896	77.064	93.306	104.318	106.758	112.232	113.466	115.933
privat	71.197	83.361	51.421	73.924	78.535	129.431	121.301	115.857	119.265
sonstige Krankenhäuser ³⁾	37.341	49.189	58.559	81.231	84.851	99.346	91.820	90.814	85.937
je Berechnungs-/Belegungstag ⁴⁾									
Krankenhäuser insgesamt	182	233	284	366	393	426	421	446	450
allgemeine Krankenhäuser ²⁾	188	240	290	367	395	429	424	449	458
öffentlich	205	276	337	406	445	480	470	518	512
freigemeinnützig	152	185	243	318	342	360	375	387	402
privat	214	259	167	289	302	483	437	428	448
sonstige Krankenhäuser ³⁾	114	146	176	252	254	277	267	275	251
je Behandlungsfall									
Krankenhäuser insgesamt	3.620	4.310	4.818	4.437	4.204	4.134	3.919	4.011	3.929
allgemeine Krankenhäuser ²⁾	3.479	4.163	4.706	4.417	4.192	4.123	3.905	3.997	3.907
öffentlich	3.274	4.189	4.833	4.866	4.623	4.606	4.267	4.487	4.352
freigemeinnützig	3.884	3.951	4.582	3.976	3.855	3.715	3.721	3.736	3.642
privat	4.801	5.235	3.771	2.682	2.485	3.648	3.204	3.113	3.281
sonstige Krankenhäuser ³⁾	11.818	14.071	16.225	6.960	5.830	5.535	5.513	5.518	5.319
1991 = 100									
je aufgestelltes Bett									
Krankenhäuser insgesamt	100	130,7	157,9	190,3	210,6	220,6	222,2	231,0	232,5
allgemeine Krankenhäuser ²⁾	100	130,1	155,8	185,0	204,9	214,4	216,4	225,1	227,9
öffentlich	100	139,5	170,7	196,8	220,8	230,4	231,2	252,3	252,4
freigemeinnützig	100	121,3	156,1	189,0	211,3	216,2	227,3	229,8	234,8
privat	100	117,1	72,2	103,8	110,3	181,8	170,4	162,7	167,5
sonstige Krankenhäuser ³⁾	100	131,7	156,8	217,5	227,2	266,0	245,9	243,2	230,1
je Berechnungs-/Belegungstag ⁴⁾									
Krankenhäuser insgesamt	100	128,1	156,3	201,1	216,2	234,3	231,6	245,0	247,4
allgemeine Krankenhäuser ²⁾	100	127,5	154,1	195,0	209,8	227,6	225,2	238,4	242,9
öffentlich	100	134,8	164,4	198,2	217,1	234,5	229,2	252,7	249,9
freigemeinnützig	100	122,1	160,6	209,9	225,3	237,5	247,4	255,5	265,5
privat	100	120,7	77,9	134,7	140,7	225,1	203,8	199,5	208,8
sonstige Krankenhäuser ³⁾	100	127,6	153,8	220,2	222,3	242,5	234,2	241,2	220,0
je Behandlungsfall									
Krankenhäuser insgesamt	100	119,1	133,1	122,6	116,1	114,2	108,2	110,8	108,5
allgemeine Krankenhäuser ²⁾	100	119,7	135,3	127,0	120,5	118,5	112,2	114,9	112,3
öffentlich	100	128,0	147,6	148,6	141,2	140,7	130,3	137,1	133,0
freigemeinnützig	100	101,7	118,0	102,4	99,2	95,7	95,8	96,2	93,8
privat	100	109,0	78,5	55,9	51,7	76,0	66,7	64,8	68,3
sonstige Krankenhäuser ³⁾	100	119,1	137,3	58,9	49,3	46,8	46,7	46,7	45,0

¹⁾ Pflegesatzfähige Kosten der allgemeinen voll- und teilstationären Krankenhausleistungen (Gesamtkosten minus Abzüge).

²⁾ Ohne sonstige Krankenhäuser (siehe ³⁾).

³⁾ Krankenhäuser mit ausschließlich psychiatrischen, psychotherapeutischen und/oder neurologischen (bis 2001: mit ausschließlich psychiatrischen oder psychiatrischen und neurologischen) Betten sowie reine Tages- und Nachtkliniken.

⁴⁾ Bis 2001: Pflagestage.

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil III: Kostennachweis / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 11.2.3 a:
Kosten und Kostenkennziffern der Krankenhäuser in Berlin 2003
nach Kostenarten sowie Art und Träger des Krankenhauses

Ausgewählte Kostenarten	Insgesamt		Darunter: reine Beleg- häuser	Davon:				sonstige Kranken- häuser ²⁾
				allge- meine Kranken- häuser ¹⁾	davon in ... Trägerschaft			
	absolut	%			öffent- licher	frei- gemein- nütziger	privater	
Grunddaten								
Krankenhäuser	69	.	8	62	4	31	27	7
aufgestellte Betten	20.991	.	331	20.611	8.829	9.433	2.349	380
Bettenauslastung in %	81,2	.	48,6	81,0	83,6	80,3	74,2	90,3
durchschnittliche Verweildauer in Tagen	9,0	.	4,3	8,9	8,7	9,6	7,3	20,0
Tages- und Nacht klinikplätze	1.050	.	-	899	568	313	18	151
Kosten in 1.000 EUR								
Brutto-Gesamtkosten ³⁾	3.278.891	100	24.679	3.242.622	1.822.469	1.115.766	304.387	36.269
<i>Kosten der Krankenhäuser</i>	3.253.923	99,2	24.679	3.217.654	1.810.518	1.104.013	303.124	36.269
Personalkosten	2.079.330	63,4	12.390	2.052.759	1.178.330	691.243	183.186	26.571
ärztlicher Dienst	524.641	16,0	361	519.178	304.273	169.821	45.083	5.464
Pflegedienst	631.628	19,3	5.284	620.241	307.840	255.111	57.289	11.387
medizinisch-technischer Dienst	327.188	10,0	461	324.035	215.174	84.086	24.774	3.153
Funktionsdienst	216.044	6,6	2.967	214.584	124.183	69.358	21.042	1.460
Verwaltungsdienst	161.263	4,9	1.468	158.817	94.690	49.720	14.407	2.445
Sachkosten	1.162.547	35,5	11.838	1.152.872	627.859	407.893	117.120	9.675
Materialaufwand	806.592	24,6	7.484	801.913	439.754	281.249	80.910	4.679
sonstiger betrieblicher Aufwand	355.955	10,9	4.354	350.959	188.105	126.645	36.209	4.996
<i>Kosten der Ausbildungsstätten</i>	24.968	0,8	-	24.968	11.952	11.753	1.263	-
Abzüge für wissenschaftl. Forschung u. Lehre	261.580	10,8	-	261.580	258.633	2.763	184	-
bereinigte Kosten ⁴⁾	2.772.177	84,5	24.633	2.737.667	1.395.196	1.070.323	272.148	34.509
Kosten je Berechnungs-/Belegungstag in EUR								
Brutto-Gesamtkosten ³⁾	527	100	420	532	676	404	478	290
<i>Kosten der Krankenhäuser</i>	523	99,2	419,9	528	672	399	476	290
Personalkosten	334	63,4	210,8	337	437	250	288	212
ärztlicher Dienst	84	16,0	6,1	85	113	61	71	44
Pflegedienst	102	19,3	89,9	102	114	92	90	91
medizinisch-technischer Dienst	53	10,0	7,8	53	80	30	39	25
Funktionsdienst	35	6,6	50,5	35	46	25	33	12
Verwaltungsdienst	26	4,9	25,0	26	35	18	23	20
Sachkosten	187	35,5	201,4	189	233	148	184	77
Materialaufwand	130	24,6	127,3	132	163	102	127	37
sonstiger betrieblicher Aufwand	57	10,9	74,1	58	70	46	57	40
<i>Kosten der Ausbildungsstätten</i>	4	0,8	-	4	4	4	2	-
Abzüge für wissenschaftl. Forschung u. Lehre	42	10,8	-	43	96	1	0	-
bereinigte Kosten ⁴⁾	446	84,5	419,1	449	518	387	428	275
Kosten je Behandlungsfall in EUR								
Brutto-Gesamtkosten ³⁾	4.744	100	1.793	4.735	5.861	3.895	3.482	5.799
<i>Kosten der Krankenhäuser</i>	4.708	99,2	1792,9	4.698	5.822	3.854	3.467	5.799
Personalkosten	3.009	63,4	900,1	2.997	3.789	2.413	2.095	4.249
ärztlicher Dienst	759	16,0	26,2	758	978	593	516	874
Pflegedienst	914	19,3	383,9	906	990	891	655	1.821
medizinisch-technischer Dienst	473	10,0	33,5	473	692	294	283	504
Funktionsdienst	313	6,6	215,5	313	399	242	241	233
Verwaltungsdienst	233	4,9	106,6	232	305	174	165	391
Sachkosten	1.682	35,5	860,0	1.683	2.019	1.424	1.340	1.547
Materialaufwand	1.167	24,6	543,7	1.171	1.414	982	925	748
sonstiger betrieblicher Aufwand	515	10,9	316,3	512	605	442	414	799
<i>Kosten der Ausbildungsstätten</i>	36	0,8	-	36	38	41	14	-
Abzüge für wissenschaftl. Forschung u. Lehre	378	10,8	-	382	832	10	2	-
bereinigte Kosten ⁴⁾	4.011	84,5	1789,5	3.997	4.487	3.736	3.113	5.518

¹⁾ Ohne sonstige Krankenhäuser (siehe ²⁾).

²⁾ Mit ausschließlich psychiatrischen, psychotherapeutischen und/oder neurologischen Betten sowie reine Tages- und Nachtkliniken.

³⁾ Aufwendungen des Krankenhauses einschließlich nichtstationäre Kosten gemäß Krankenhaus-Buchführungsverordnung (KHBV).

⁴⁾ Pflegesatzfähige Kosten der allgemeinen voll- und teilstationären Krankenhausleistungen (Gesamtkosten minus Abzüge).

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil III: Kostennachweis / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 11.2.3 b:
Kosten und Kostenkennziffern der Krankenhäuser in Berlin 2004
nach Kostenarten sowie Art und Träger des Krankenhauses

Ausgewählte Kostenarten	Insgesamt		Darunter: reine Beleg- häuser	Davon:				sonstige Kranken- häuser ²⁾
				allge- meine Kranken- häuser ¹⁾	davon in ... Trägerschaft			
	absolut	%			öffent- licher	frei- gemein- nütziger	privater	
Grunddaten								
Krankenhäuser	71	.	8	61	3	29	29	10
aufgestellte Betten	20.531	.	327	19.869	8.511	8.412	2.946	662
Bettenauslastung in %	80,7	.	41,8	80,3	84,4	78,7	72,8	93,4
durchschnittliche Verweildauer in Tagen	8,7	.	3,8	8,5	8,5	9,1	7,3	21,2
Tages- und Nachtambulanzplätze	1.047	.	-	881	553	305	23	166
Kosten in 1.000 EUR								
Brutto-Gesamtkosten ³⁾	3.243.364	100	26.195	3.183.967	1.784.340	1.018.097	381.530	59.397
<i>Kosten der Krankenhäuser</i>	3.219.976	99,3	26.195	3.161.110	1.774.130	1.009.291	377.689	58.865
Personalkosten	2.009.959	62,0	12.504	1.966.642	1.127.169	616.529	222.944	43.318
ärztlicher Dienst	526.708	16,2	375	518.098	299.055	159.423	59.620	8.610
Pflegedienst	598.965	18,5	4.952	580.701	284.912	226.389	69.401	18.264
medizinisch-technischer Dienst	320.797	9,9	334	315.604	214.821	72.304	28.479	5.193
Funktionsdienst	209.198	6,5	3.087	206.741	117.547	63.639	25.555	2.457
Verwaltungsdienst	154.522	4,8	1.948	151.082	88.063	44.813	18.206	3.440
Sachkosten	1.202.249	37,1	13.329	1.186.738	646.474	388.464	151.800	15.511
Materialaufwand	821.638	25,3	8.705	813.428	436.961	268.813	107.653	8.211
sonstiger betrieblicher Aufwand	380.611	11,7	4.624	373.310	209.513	119.651	44.146	7.301
<i>Kosten der Ausbildungsstätten</i>	23.388	0,7	-	22.856	10.210	8.806	3.841	532
Abzüge für wissenschaftl. Forschung u. Lehre	254.222	7,8	-	254.222	250.973	3.206	44	-
bereinigte Kosten ⁴⁾	2.729.280	84,1	26.150	2.672.389	1.345.803	975.232	351.354	56.890
Kosten je Berechnungs-/Belegungstag in EUR								
Brutto-Gesamtkosten ³⁾	535	100	523	545	679	420	486	262
<i>Kosten der Krankenhäuser</i>	531	99,3	523,0	541	675	416	481	260
Personalkosten	331	62,0	249,7	337	429	254	284	191
ärztlicher Dienst	87	16,2	7,5	89	114	66	76	38
Pflegedienst	99	18,5	98,9	99	108	93	88	81
medizinisch-technischer Dienst	53	9,9	6,7	54	82	30	36	23
Funktionsdienst	34	6,5	61,6	35	45	26	33	11
Verwaltungsdienst	25	4,8	38,9	26	33	18	23	15
Sachkosten	198	37,1	266,1	203	246	160	193	69
Materialaufwand	135	25,3	173,8	139	166	111	137	36
sonstiger betrieblicher Aufwand	63	11,7	92,3	64	80	49	56	32
<i>Kosten der Ausbildungsstätten</i>	4	0,7	-	4	4	4	5	2
Abzüge für wissenschaftl. Forschung u. Lehre	42	7,8	-	44	95	1	0	-
bereinigte Kosten ⁴⁾	450	84,1	522,1	458	512	402	448	251
Kosten je Behandlungsfall in EUR								
Brutto-Gesamtkosten ³⁾	4.669	100	1.967	4.655	5.771	3.803	3.563	5.553
<i>Kosten der Krankenhäuser</i>	4.635	99,3	1966,9	4.621	5.738	3.770	3.527	5.503
Personalkosten	2.893	62,0	938,9	2.875	3.645	2.303	2.082	4.050
ärztlicher Dienst	758	16,2	28,1	757	967	595	557	805
Pflegedienst	862	18,5	371,8	849	921	846	648	1.707
medizinisch-technischer Dienst	462	9,9	25,1	461	695	270	266	485
Funktionsdienst	301	6,5	231,8	302	380	238	239	230
Verwaltungsdienst	222	4,8	146,3	221	285	167	170	322
Sachkosten	1.731	37,1	1000,8	1.735	2.091	1.451	1.418	1.450
Materialaufwand	1.183	25,3	653,6	1.189	1.413	1.004	1.005	768
sonstiger betrieblicher Aufwand	548	11,7	347,2	546	678	447	412	683
<i>Kosten der Ausbildungsstätten</i>	34	0,7	-	33	33	33	36	50
Abzüge für wissenschaftl. Forschung u. Lehre	366	7,8	-	372	812	12	0	-
bereinigte Kosten ⁴⁾	3.929	84,1	1963,5	3.907	4.352	3.642	3.281	5.319

¹⁾ Ohne sonstige Krankenhäuser (siehe ²⁾).

²⁾ Mit ausschließlich psychiatrischen, psychotherapeutischen und/oder neurologischen Betten sowie reine Tages- und Nachtkliniken.

³⁾ Aufwendungen des Krankenhauses einschließlich nichtstationäre Kosten gemäß Krankenhaus-Buchführungsverordnung (KHBV).

⁴⁾ Pflegesatzfähige Kosten der allgemeinen voll- und teilstationären Krankenhausleistungen (Gesamtkosten minus Abzüge).

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil III: Kostennachweis / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 11.2.4:
Personalkosten der Krankenhäuser in Berlin 2003 und 2004
nach Personalgruppen sowie Art und Träger des Krankenhauses

Jahr / Personalgruppen	Insgesamt		Davon:				sonstige Krankenhäuser ²⁾
	absolut	Anteile / Veränderung zum Vorjahr in %	allgemeine Krankenhäuser ¹⁾	davon in ... Trägerschaft			
				öffentlicher	frei-gemeinnütziger	privater	
2003							
Grunddaten: Vollkräfte im Jahresdurchschnitt							
Vollkräfte³⁾ insgesamt	41.113	100	40.536	22.592	13.982	3.961	577
darunter: ärztlicher Dienst ⁴⁾	6.550	16,5	6.474	3.745	2.131	598	76
Pflegedienst	13.927	35,0	13.660	6.631	5.672	1.357	267
medizinisch-technischer Dienst	7.038	17,7	6.968	4.492	1.870	606	70
Funktionsdienst	4.708	11,8	4.674	2.645	1.533	495	34
Klinisches Hauspersonal	481	1,2	471	137	264	70	10
Wirtschafts- und Versorgungsdienst	2.224	5,6	2.183	1.353	594	236	41
technischer Dienst	1.142	2,9	1.140	701	313	126	2
Verwaltungsdienst	3.420	8,6	3.377	1.961	1.099	317	43
Sonderdienste	222	0,6	218	144	60	14	4
Kosten je Vollkraft in EUR							
Personalkosten³⁾ insgesamt	50.576	-0,8	50.641	52.156	49.437	46.249	46.034
darunter: ärztlicher Dienst ⁴⁾	80.099	1,6	80.195	81.244	79.706	75.377	71.891
Pflegedienst	45.353	-0,8	45.407	46.425	44.980	42.218	42.583
medizinisch-technischer Dienst	46.487	-1,3	46.502	47.897	44.978	40.862	45.047
Funktionsdienst	45.889	-0,7	45.912	46.943	45.244	42.476	42.698
Klinisches Hauspersonal	24.826	-30,1	24.602	27.457	23.958	21.446	35.164
Wirtschafts- und Versorgungsdienst	36.204	-2,5	36.224	36.682	37.280	30.954	35.145
technischer Dienst	44.368	-6,0	44.407	45.701	43.166	40.284	19.262
Verwaltungsdienst	47.158	-2,5	47.029	48.286	45.229	45.493	57.402
Sonderdienste	67.279	6,2	67.972	73.473	56.971	58.347	32.978
2004							
Grunddaten: Vollkräfte im Jahresdurchschnitt							
Vollkräfte³⁾ insgesamt	39.792	100	38.867	21.965	12.264	4.637	926
darunter: ärztlicher Dienst ⁴⁾	6.608	16,6	6.489	3.845	1.896	748	119
Pflegedienst	13.445	33,8	13.023	6.313	5.076	1.634	422
medizinisch-technischer Dienst	6.869	17,3	6.755	4.450	1.607	699	114
Funktionsdienst	4.545	11,4	4.497	2.580	1.340	577	48
Klinisches Hauspersonal	458	1,2	443	120	192	131	15
Wirtschafts- und Versorgungsdienst	2.024	5,1	1.929	1.279	456	194	95
technischer Dienst	1.072	2,7	1.064	671	270	123	8
Verwaltungsdienst	3.246	8,2	3.178	1.842	956	380	68
Sonderdienste	173	0,4	168	105	46	17	5
Kosten je Vollkraft in EUR							
Personalkosten³⁾ insgesamt	50.511	-0,1	50.600	51.316	50.271	48.077	46.789
darunter: ärztlicher Dienst ⁴⁾	79.704	-0,5	79.839	77.772	84.093	79.684	72.354
Pflegedienst	44.548	-1,8	44.588	45.130	44.595	42.475	43.310
medizinisch-technischer Dienst	46.701	0,5	46.719	48.279	44.985	40.772	45.633
Funktionsdienst	46.029	0,3	45.976	45.570	47.478	44.304	50.967
Klinisches Hauspersonal	22.105	-11,0	21.708	19.539	30.701	10.525	33.833
Wirtschafts- und Versorgungsdienst	34.410	-5,0	34.595	33.470	36.090	38.501	30.653
technischer Dienst	44.438	0,2	44.367	44.970	43.344	43.318	53.597
Verwaltungsdienst	47.599	0,9	47.534	47.803	46.866	47.910	50.659
Sonderdienste	77.961	15,9	79.160	90.827	65.810	44.155	42.075

¹⁾ Ohne sonstige Krankenhäuser (siehe ²⁾).

²⁾ Mit ausschließlich psychiatrischen, psychotherapeutischen und/oder neurologischen Betten sowie reine Tages- und Nachtkliniken.

³⁾ In den Summen der Vollkräfte und Personalkosten sind Schüler/innen der (Kinder-)Krankenpflege im Verhältnis 7 zu 1 enthalten. Sie sind den Kosten der Personalgruppen zugeordnet, in deren Stellenplan sie berücksichtigt sind.

⁴⁾ Bis zur Einstellung der Ausbildungsphase "Arzt im Praktikum" (AiP) zum 01.10.2004 einschließlich Ärztinnen/Ärzte im Praktikum (vgl. Erläuterungen: Ärztinnen/Ärzte im Praktikum).

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil III: Kostennachweis / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 11.2.5 a:
Grunddaten, Kosten und Kostenkennziffern der Krankenhäuser in Berlin 2003
nach Kostenarten und Krankenhausgrößenklassen

Indikatoren 11.4/11.5

Betten / Auslastung / Verweildauer / ausgewählte Kostenarten	Allgemeine Krankenhäuser ¹⁾					Sonstige Krankenhäuser ²⁾		
	ins-gesamt	davon mit ... Betten				ins-gesamt	davon mit ... Betten	
		0 - 49	50 - 249	250 - 499	500 u. m.		0 - 49	50 - 249
Krankenhausgrunddaten								
Krankenhäuser	62	20	18	13	11	7	4	3
aufgestellte Betten ³⁾	20.611	237	2.642	4.423	13.309	380	12	368
Bettenauslastung in %	81,0	32,0	78,7	80,1	82,7	90,3	34,4	92,1
durchschnittliche Verweildauer in Tagen	8,9	3,2	9,7	9,1	8,8	20,0	6,8	20,5
Vollkräfte im ärztlichen Dienst	6.473,9	40,0	542,5	974,5	4.916,9	76,2	17,3	58,9
Vollkräfte im Pflegedienst	13.659,5	84,9	1.603,9	2.555,2	9.415,5	267,4	27,6	239,8
Kosten in 1.000 EUR								
Brutto-Gesamtkosten ⁴⁾	3.242.622	24.874	325.936	484.693	2.407.119	36.269	4.109	32.160
<i>Kosten der Krankenhäuser</i>	<i>3.217.654</i>	<i>24.874</i>	<i>322.618</i>	<i>479.842</i>	<i>2.390.320</i>	<i>36.269</i>	<i>4.109</i>	<i>32.160</i>
Personalkosten	2.052.759	10.356	180.555	314.748	1.547.100	26.571	2.996	23.575
ärztlicher Dienst	519.178	2.475	43.371	77.044	396.287	5.464	1.188	4.276
Pflegedienst	620.241	2.785	69.050	114.336	434.070	11.387	806	10.581
medizinisch-technischer Dienst	324.035	299	20.627	35.976	267.134	3.153	345	2.808
Funktionsdienst	214.584	1.462	19.238	33.337	160.547	1.460	170	1.290
Wirtschafts- und Versorgungsdienst	79.074	358	3.792	11.999	62.924	1.427	82	1.345
technischer Dienst	50.629	144	2.933	7.455	40.097	35	3	31
Verwaltungsdienst	158.817	1.802	14.029	22.858	120.128	2.445	307	2.138
Sachkosten	1.152.872	13.507	139.059	163.731	836.576	9.675	1.093	8.582
Materialaufwand	801.913	5.993	100.433	112.683	582.804	4.679	445	4.234
Lebensmittel u. bezogene Leistungen	66.444	616	8.295	12.852	44.680	1.088	126	963
medizinischer Bedarf	500.221	3.306	67.889	67.372	361.654	1.738	169	1.569
Arzneimittel ⁵⁾	108.710	473	10.758	12.499	84.979	629	27	602
Ärztliches und pflegerisches Verbrauchsmaterial, Instrumente	59.741	999	9.089	8.109	41.543	37	2	35
Narkose und sonst. OP-Bedarf	50.590	510	7.316	10.159	32.605	5	-	5
Laborbedarf	56.120	39	3.223	4.284	48.574	163	75	89
Implantate	66.591	373	13.804	8.239	44.175	-	-	-
Wasser, Energie, Brennstoffe	86.572	434	6.726	11.277	68.136	754	52	702
Wirtschaftsbedarf	146.768	1.446	17.187	20.890	107.245	1.090	96	994
sonstiger betrieblicher Aufwand	350.959	7.514	38.626	51.047	253.772	4.996	648	4.348
Verwaltungsbedarf	102.988	3.081	8.735	13.085	78.086	1.183	191	992
Pflegesatzfähige Instandhaltung	143.567	167	13.621	22.400	107.379	573	40	533
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	10.476	405	2.695	1.316	6.060	21	21	-
Steuern	1.547	606	310	47	584	2	-	2
<i>Kosten der Ausbildungsstätten</i>	<i>24.968</i>	<i>-</i>	<i>3.318</i>	<i>4.851</i>	<i>16.799</i>	<i>-</i>	<i>-</i>	<i>-</i>
Personal der Ausbildungsstätten	13.939	-	1.795	2.253	9.890	-	-	-
Abzüge	504.955	-	13.309	20.416	471.230	1.760	27	1.732
Ambulanzen	138.922	-	3.539	7.960	127.423	638	21	617
wissenschaftliche Forschung und Lehre	261.580	-	2.573	185	258.821	-	-	-
sonstige Abzüge	104.453	-	7.197	12.272	84.985	1.122	6	1.115
Bereinigte Kosten ⁶⁾ insgesamt	2.737.667	24.874	312.627	464.277	1.935.890	34.509	4.082	30.427
je Berechnungs-/Belegungstag	0,449	0,900	0,412	0,359	0,482	0,275	2,711	0,246
je Behandlungsfall	3,997	2,844	3,980	3,259	4,254	5,518	18,388	5,044
je Bett	132,826	104,954	118,330	104,969	145,457	90,814	340,174	82,683
Personalkosten je Vollkraft								
ärztlicher Dienst	80,195	61,884	79,947	79,060	80,597	71,703	68,678	72,591
Pflegedienst	45,407	32,803	43,051	44,746	46,102	42,583	29,208	44,123

¹⁾ Ohne sonstige Krankenhäuser (siehe ²⁾).

²⁾ Mit ausschließlich psychiatrischen, psychotherapeutischen und/oder neurologischen Betten sowie reine Tages- und Nachtkliniken.

³⁾ Für die teilstationäre Versorgung wurden außerdem in 21 Krankenhäusern 1.050 Tages- und Nacht klinikplätze vorgehalten.

⁴⁾ Aufwendungen des Krankenhauses einschließlich nichtstationäre Kosten gemäß Krankenhaus-Buchführungsverordnung (KHBV).

⁵⁾ Außer Implantate und Dialysebedarf.

⁶⁾ Pflegesatzfähige Kosten der allgemeinen voll- und teilstationären Krankenhausleistungen (Gesamtkosten minus Abzüge).

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil III: Kostennachweis / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 11.2.5 b:
Grunddaten, Kosten und Kostenkennziffern der Krankenhäuser in Berlin 2004
nach Kostenarten und Krankenhausgrößenklassen

Indikatoren 11.4/11.5

Betten / Auslastung / Verweildauer / ausgewählte Kostenarten	Allgemeine Krankenhäuser ¹⁾					Sonstige Krankenhäuser ²⁾		
	ins- gesamt	davon mit ... Betten				ins- gesamt	davon mit ... Betten	
		0 - 49	50 - 249	250 - 499	500 u. m.		0 - 49	50 - 499
Krankenhausgrunddaten								
Krankenhäuser	61	21	18	12	10	10	6	4
aufgestellte Betten ³⁾	19.869	250	2.606	4.098	12.915	662	12	650
Bettenauslastung in %	80,3	28,3	77,9	77,9	82,5	93,4	82,2	93,7
durchschnittliche Verweildauer in Tagen	8,5	2,6	9,4	8,5	8,5	21,2	6,8	21,9
Vollkräfte im ärztlichen Dienst	6.489,3	42,0	551,8	971,7	4.923,8	119,0	18,0	101,0
Vollkräfte im Pflegedienst	13.023,6	93,4	1.545,9	2.384,1	9.000,2	421,7	28,4	393,3
Kosten in 1.000 EUR								
Brutto-Gesamtkosten ⁴⁾	3.183.967	26.682	331.001	467.152	2.359.132	59.397	4.288	55.109
<i>Kosten der Krankenhäuser</i>	<i>3.161.110</i>	<i>26.682</i>	<i>327.835</i>	<i>462.936</i>	<i>2.343.657</i>	<i>58.865</i>	<i>4.288</i>	<i>54.577</i>
Personalkosten	1.966.642	11.273	178.630	295.908	1.480.831	43.318	3.327	39.990
ärztlicher Dienst	518.098	2.809	44.459	77.029	393.801	8.610	1.253	7.357
Pflegedienst	580.701	3.010	67.681	104.763	405.248	18.264	958	17.306
medizinisch-technischer Dienst	315.604	282	19.838	32.918	262.565	5.193	394	4.800
Funktionsdienst	206.741	1.385	18.353	32.911	154.092	2.457	216	2.240
Wirtschafts- und Versorgungsdienst	66.731	476	3.543	8.797	53.914	2.924	89	2.836
technischer Dienst	47.198	308	2.867	6.986	37.036	439	6	434
Verwaltungsdienst	151.082	2.032	14.176	22.137	112.738	3.440	334	3.106
Sachkosten	1.186.738	14.160	146.456	165.736	860.385	15.511	937	14.574
Materialaufwand	813.428	6.616	102.939	120.514	583.358	8.211	561	7.650
Lebensmittel u. bezogene Leistungen	65.398	758	8.207	12.814	43.619	2.056	141	1.915
medizinischer Bedarf	520.251	3.643	69.609	76.455	370.543	2.852	208	2.644
Arzneimittel ⁵⁾	103.039	509	10.983	13.142	78.405	898	35	863
Ärztliches und pflegerisches Verbrauchsmaterial, Instrumente	60.943	1.226	9.038	8.081	42.598	91	6	85
Narkose und sonst. OP-Bedarf	51.955	411	7.571	10.785	33.188	5	-	5
Laborbedarf	55.832	57	3.131	4.070	48.574	201	113	88
Implantate	72.969	337	13.829	11.915	46.887	-	-	-
Wasser, Energie, Brennstoffe	83.043	494	6.895	10.851	64.803	1.373	107	1.266
Wirtschaftsbedarf	143.497	1.559	17.970	20.082	103.886	1.921	101	1.820
sonstiger betrieblicher Aufwand	373.310	7.543	43.518	45.222	277.027	7.301	377	6.924
Verwaltungsbedarf	94.071	3.822	8.739	12.349	69.161	1.634	224	1.410
Pflegesatzfähige Instandhaltung	145.522	319	14.591	18.471	112.141	1.464	36	1.429
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5.900	368	2.559	1.222	1.751	29	24	5
Steuern	1.831	881	190	70	691	7	-	7
Kosten der Ausbildungsstätten	22.856	-	3.166	4.215	15.475	532	-	532
Personal der Ausbildungsstätten	13.650	-	1.655	2.104	9.892	-	-	-
Abzüge	511.578	404	17.737	16.542	476.894	2.507	109	2.398
Ambulanzen	141.604	-	3.988	7.352	130.264	970	107	864
wissenschaftliche Forschung und Lehre	254.222	-	3.035	164	251.023	-	-	-
sonstige Abzüge	115.752	404	10.714	9.026	95.608	1.536	2	1.534
Bereinigte Kosten ⁶⁾ insgesamt	2.672.389	26.278	313.264	450.609	1.882.237	56.890	4.180	52.711
je Berechnungs-/Belegungstag	0,458	1,016	0,422	0,386	0,482	0,251	1,158	0,237
je Behandlungsfall	3,907	2,638	3,980	3,260	4,117	5,319	7,894	5,184
je Bett	134,500	105,113	120,209	109,958	145,740	85,937	348,314	81,093
Personalkosten je Vollkraft								
ärztlicher Dienst	79,839	66,882	80,570	79,273	79,979	72,354	69,635	72,838
Pflegedienst	44,588	32,224	43,781	43,942	45,027	43,310	33,738	44,002

¹⁾ Ohne sonstige Krankenhäuser (siehe ²⁾).

²⁾ Mit ausschließlich psychiatrischen, psychotherapeutischen und/oder neurologischen Betten sowie reine Tages- und Nachtkliniken.

³⁾ Für die teilstationäre Versorgung wurden außerdem in 35 Fachabteilungen 1.047 Tages- und Nachtambulanzplätze vorgehalten.

⁴⁾ Aufwendungen des Krankenhauses einschließlich nichtstationäre Kosten gemäß Krankenhaus-Buchführungsverordnung (KHBV).

⁵⁾ Außer Implantate und Dialysebedarf.

⁶⁾ Pflegesatzfähige Kosten der allgemeinen voll- und teilstationären Krankenhausleistungen (Gesamtkosten minus Abzüge).

(Datenquelle: StaLa Berlin, KHStatV-Teil III: Kostennachweis / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Aufwendungen für Rehabilitation und Pflege

Tabelle 11.2.6:
**Aufwendungen für Leistungen zur Teilhabe in der gesetzlichen Rentenversicherung
in Deutschland 2002 - 2004**

Indikator 11.7

Jahr / Aufwendungen für ...	Gesetzliche Rentenversicherung		Davon:		
	in Mio. EUR	EUR je Versicherte/n ¹⁾	Arbeiterrentenversicherung	Angestelltenversicherung	Knappschaftliche Rentenversicherung
				in Mio. EUR	
2002					
Medizinische und ergänzende Leistungen ²⁾	2.153,8	42,36	1.113,3	993,2	47,3
Abhängigkeitserkrankungen	493,5	9,71	370,7	111,7	11,1
Psychische Erkrankungen	524,0	10,31	191,9	326,2	5,9
Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben	1.113,3	21,90	771,6	315,6	26,1
AAÜG-Erstattungen (BfA) ³⁾	-34,5	-0,68	-	-34,5	-
Sonstige Leistungen	402,4	7,91	201,2	186,3	14,9
Sozialversicherungsbeiträge für Rehabilitanden	332,4	6,54	186,3	138,5	7,6
Bruttoaufwendungen zur Rehabilitation insgesamt	4.984,9	98,04	2.835,0	2.037,0	112,9
Einnahmen und Erstattungen für Rehabilitationsleistungen	146,8	2,89	98,0	45,6	3,2
Nettoaufwendungen zur Rehabilitation	4.838,1	95,15	2.737,0	1.991,4	109,7
2003					
Medizinische und ergänzende Leistungen ²⁾	2.062,4	40,11	1.056,1	952,8	53,5
Abhängigkeitserkrankungen	527,1	10,25	377,4	134,2	15,5
Psychische Erkrankungen	499,1	9,71	187,6	302,9	8,6
Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben	1.235,8	24,03	812,6	387,6	35,6
AAÜG-Erstattungen (BfA) ³⁾	-30,0	-0,58	-	-30,0	-
Sonstige Leistungen	426,3	8,29	195,0	212,0	19,3
Sozialversicherungsbeiträge für Rehabilitanden	340,1	6,61	196,5	134,7	8,9
Bruttoaufwendungen zur Rehabilitation insgesamt	5.060,8	98,41	2.825,2	2.094,2	141,4
Einnahmen und Erstattungen für Rehabilitationsleistungen	157,1	3,05	93,3	60,0	3,8
Nettoaufwendungen zur Rehabilitation	4.903,7	95,36	2.731,9	2.034,2	137,6
2004					
Medizinische und ergänzende Leistungen ²⁾	1.883,3	36,62	955,3	887,9	40,1
Abhängigkeitserkrankungen	524,6	10,20	376,0	136,7	11,9
Psychische Erkrankungen	479,4	9,32	181,7	291,2	6,5
Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben	1.287,6	25,04	821,7	431,6	34,3
AAÜG-Erstattungen (BfA) ³⁾	-29,8	-0,58	-	-29,8	-
Sonstige Leistungen	446,2	8,68	202,5	226,3	17,4
Sozialversicherungsbeiträge für Rehabilitanden	311,6	6,06	179,1	124,4	8,1
Bruttoaufwendungen zur Rehabilitation insgesamt	4.902,9	95,35	2.716,3	2.068,3	118,3
Einnahmen und Erstattungen für Rehabilitationsleistungen	137,7	2,68	91,4	42,6	3,7
Nettoaufwendungen zur Rehabilitation	4.765,2	92,67	2.624,9	2.025,7	114,6

¹⁾ Berechnungsbasis ist die Zahl der Versicherten ohne Rentenbezug jeweils zum Stichtag 31.12. des Vorjahres: Für 2002 50.844.812 Versicherte am 31.12.2001, für 2003 51.423.909 am 31.12.2002 und für 2004 51.422.085 am 31.12.2003.

²⁾ Ohne Leistungen wegen Abhängigkeitserkrankungen und psychischer Erkrankungen.

³⁾ AAÜG = Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz.

(Datenquelle: VDR)

Aufwendungen für Leistungen in Pflegeeinrichtungen

Tabelle 11.2.7:
Durchschnittliche Vergütung für vollstationäre Langzeitpflege, Kurzzeitpflege und Tagespflege in Pflegeeinrichtungen in Berlin 2001 und 2003 (Stand: 15.12.)
 nach Art der Vergütung und des Trägers

Indikator 11.8

Jahr / Art der Vergütung	Vergütung pro Person und Tag							
	Einrichtung in ... Trägerschaft						insgesamt	
	freigemeinnütziger		öffentlicher		privater			
	in EUR	% ¹⁾	in EUR	% ¹⁾	in EUR	% ¹⁾	in EUR	% ¹⁾
2001 Vollstationäre Langzeitpflege								
Pflegesatz								
Pflegeklasse 1	43	2,4	49	19,5	41	2,5	43	4,9
Pflegeklasse 2	60	3,4	67	15,5	58	3,6	60	5,3
Pflegeklasse 3	72	2,9	81	15,7	69	3,0	72	4,3
durchschnittlicher Pflegesatz aller Pflegeklassen	59	5,4	66	17,9	56	1,8	58	3,6
Entgelt für Unterkunft und Verpflegung	15	-	17	13,3	15	-	16	6,7
Kurzzeitpflege								
Pflegesatz								
Pflegeklasse 1	78	11,4	82	24,2	68	1,5	73	5,8
Pflegeklasse 2	80	11,1	85	23,2	72	4,3	77	8,5
Pflegeklasse 3	84	12,0	88	22,2	75	4,2	80	8,1
durchschnittlicher Pflegesatz aller Pflegeklassen	81	12,5	85	23,2	71	1,4	77	8,5
Entgelt für Unterkunft und Verpflegung	15	7,1	16	23,1	20	53,8	17	21,4
Tagespflege								
Pflegesatz								
Pflegeklasse 1	57	1,8	-	-	58	-4,9	57	-
Pflegeklasse 2	59	-1,7	-	-	59	-6,3	59	-1,7
Pflegeklasse 3	63	-	-	-	63	-4,5	63	-1,6
durchschnittlicher Pflegesatz aller Pflegeklassen	60	-	-	-	60	-6,3	60	-
Entgelt für Unterkunft und Verpflegung	11	10,0	-	-	10	25,0	11	22,2
2003 Vollstationäre Langzeitpflege								
Pflegesatz								
Pflegeklasse 1	46	7,0	44	-10,2	44	7,3	45	4,7
Pflegeklasse 2	63	5,0	61	-9,0	61	5,2	62	3,3
Pflegeklasse 3	75	4,2	74	-8,6	73	5,8	74	2,8
durchschnittlicher Pflegesatz aller Pflegeklassen	61	3,4	60	-9,1	59	5,4	60	3,4
Entgelt für Unterkunft und Verpflegung	16	6,7	16	-5,9	16	6,7	16	-
Kurzzeitpflege								
Pflegesatz								
Pflegeklasse 1	77	-1,3	70	-14,6	68	-	73	-
Pflegeklasse 2	80	-	73	-14,1	71	-1,4	76	-1,3
Pflegeklasse 3	84	-	76	-13,6	74	-1,3	79	-1,3
durchschnittlicher Pflegesatz aller Pflegeklassen	80	-1,2	73	-14,1	71	-	76	-1,3
Entgelt für Unterkunft und Verpflegung	17	13,3	14	-12,5	17	-15,0	17	-
Tagespflege								
Pflegesatz								
Pflegeklasse 1	57	-	-	-	62	6,9	59	3,5
Pflegeklasse 2	59	-	-	-	63	6,8	61	3,4
Pflegeklasse 3	63	-	-	-	67	6,3	64	1,6
durchschnittlicher Pflegesatz aller Pflegeklassen	60	-	-	-	64	6,7	61	1,7
Entgelt für Unterkunft und Verpflegung	10	-9,1	-	-	9	-10,0	9	-18,2

¹⁾ Veränderung gegenüber der vorangegangenen Erhebung; die Pflegestatistik wird zweijährlich durchgeführt.
 (Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 11.2.8:

Durchschnittliche Vergütung für Leistungen von stationären Pflegeeinrichtungen in Berlin am 15.12.2003 nach Art der Vergütung und Kapazitätsgrößenklassen (verfügbare Plätze) der Einrichtung

Art der Vergütung	Durchschnittliche Vergütung in EUR pro Person und Tag in stationären Pflegeeinrichtungen																									
	davon mit verfügbaren Plätzen ¹⁾																									
	1 - 10		11 - 20		21 - 30		31 - 40		41 - 50		51 - 60		61 - 80		81 - 100		101 - 150		151 - 200		201 - 300		301 u. m.			
abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%			
vollstationäre Langzeitpflege																										
Pflegeklasse 1	45	100	57	126,7	41	91,1	50	111,1	45	100,0	54	120,0	44	97,8	45	100,0	45	100,0	45	100,0	45	100,0	45	100,0	47	104,4
Pflegeklasse 2	62	100	74	119,4	58	93,5	66	106,5	62	100,0	71	114,5	61	98,4	62	100,0	61	98,4	62	100,0	62	100,0	62	100,0	64	103,2
Pflegeklasse 3	74	100	86	116,2	70	94,6	77	104,1	74	100,0	84	113,5	73	98,6	74	100,0	74	100,0	74	100,0	74	100,0	74	100,0	76	102,7
Entgelt für Unterkunft und Verpflegung	16	100	15	93,8	16	100,0	16	100,0	16	100,0	16	100,0	16	100,0	16	100,0	16	100,0	16	100,0	16	100,0	16	100,0	16	100,0
Kurzzeitpflege																										
Pflegeklasse 1	73	100	74	101,4	70	95,9	75	102,7	-	-	-	-	-	-	-	-	79	108,2	73	100,0	76	104,1	84	115,1	-	-
Pflegeklasse 2	76	100	77	101,3	74	97,4	78	102,6	-	-	-	-	-	-	-	-	82	107,9	76	100,0	78	102,6	86	113,2	-	-
Pflegeklasse 3	79	100	81	102,5	77	97,5	81	102,5	-	-	-	-	-	-	-	-	86	108,9	79	100,0	82	103,8	90	113,9	-	-
Entgelt für Unterkunft und Verpflegung	17	100	16	94,1	17	100,0	15	88,2	-	-	-	-	-	-	-	-	16	94,1	16	100,0	16	94,1	15	88,2	-	-
Tagespflege																										
Pflegeklasse 1	59	100	-	-	58	98,3	58	98,3	-	-	-	-	-	-	-	-	75	127,1	-	-	61	103,4	-	-	-	-
Pflegeklasse 2	61	100	-	-	60	98,4	60	98,4	-	-	-	-	-	-	-	-	77	126,2	-	-	63	103,3	-	-	-	-
Pflegeklasse 3	64	100	-	-	64	100,0	63	98,4	-	-	-	-	-	-	-	-	81	126,6	-	-	67	104,7	-	-	-	-
Entgelt für Unterkunft und Verpflegung	9	100	-	-	9	100,0	9	100,0	-	-	-	-	-	-	-	-	13	144,4	-	-	9	100,0	-	-	-	-

¹⁾ Die Größenklassen beinhalten die in einer Einrichtung verfügbaren Plätze für alle angebotenen stationären Leistungsarten mit den Pflegestufen I bis III. (Datenquelle: StLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 11.2.9:
Pflegeeinrichtungen mit vollstationärer Langzeitpflege in Berlin am 15.12.2003
nach Art und Höhe der Vergütung (Größenklassen) und Kapazitätsgrößenklassen (verfügbare Plätze)

Art der Vergütung in EUR pro Person und Tag	Stationäre Pflegeeinrichtungen																			
	insgesamt		davon mit verfügbaren Plätzen ¹⁾																	
			1 - 30		31 - 40		41 - 50		51 - 60		61 - 80		81 - 100		101 - 150		151 - 200		201 u. m.	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%		
insgesamt ²⁾	273	100	20	100	25	100	17	100	21	100	32	100	35	100	78	100	22	100	23	100
Pflegeklasse 1 (Durchschnitt: 45 EUR)																				
0 - 34	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
35 - 44	203	74,4	14	70,0	21	84,0	12	70,6	14	66,7	22	68,8	25	71,4	63	80,8	17	77,3	15	65,2
45 - 54	34	12,5	-	-	1	4,0	1	5,9	6	28,6	5	15,6	6	17,1	7	9,0	2	9,1	6	26,1
55 - 64	21	7,7	3	15,0	1	4,0	2	11,8	1	4,8	3	9,4	2	5,7	6	7,7	1	4,5	2	8,7
65 u. m.	15	5,5	3	15,0	2	8,0	2	11,8	-	-	2	6,3	2	5,7	2	2,6	2	9,1	-	-
Pflegeklasse 2 (Durchschnitt: 62 EUR)																				
0 - 54	5	1,8	-	-	1	4,0	-	-	-	-	1	3,1	1	2,9	-	-	1	4,5	1	4,3
55 - 64	206	75,5	14	70,0	20	80,0	13	76,5	16	76,2	24	75,0	25	71,4	63	80,8	16	72,7	15	65,2
65 - 74	40	14,7	1	5,0	1	4,0	2	11,8	5	23,8	4	12,5	6	17,1	12	15,4	3	13,6	6	26,1
75 u. m.	22	8,1	5	25,0	3	12,0	2	11,8	-	-	3	9,4	3	8,6	3	3,8	2	9,1	1	4,3
Pflegeklasse 3 (Durchschnitt: 74 EUR)																				
0 - 64	4	1,5	-	-	-	-	-	-	-	-	1	3,1	1	2,9	-	-	1	4,5	1	4,3
65 - 74	200	73,3	14	70,0	21	84,0	12	70,6	14	66,7	22	68,8	24	68,6	63	80,8	16	72,7	14	60,9
75 - 84	32	11,7	1	5,0	1	4,0	1	5,9	6	28,6	3	9,4	5	14,3	7	9,0	2	9,1	6	26,1
85 - 99	30	11,0	3	15,0	2	8,0	3	17,6	1	4,8	6	18,8	4	11,4	7	9,0	2	9,1	2	8,7
200 u. m.	7	2,6	2	10,0	1	4,0	1	5,9	-	-	-	-	1	2,9	1	1,3	1	4,5	-	-
Entgelt f. Unterkunft und Verpflegung (Durchschnitt: 16 EUR)																				
0 - 14	3	1,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	2,6	1	4,5	-	-
15 - 17	249	91,2	19	95,0	22	88,0	15	88,2	19	90,5	32	100,0	31	88,6	73	93,6	18	81,8	20	87,0
18 u. m.	21	7,7	1	5,0	3	12,0	2	11,8	2	9,5	-	-	4	11,4	3	3,8	3	13,6	3	13,0

¹⁾ Die Größenklassen beinhalten alle in einer Einrichtung verfügbaren Plätze, also auch die für Kurzzeit- oder teilstationäre Pflege, wenn diese Leistungsarten außer der Langzeitpflege angeboten werden.

²⁾ In den 273 Einrichtungen standen insgesamt 28.379 Plätze zur Verfügung, davon 28.199 für vollstationäre Langzeitpflege.
(Datenquelle: StaLa Berlin / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Tabelle 11.2.10:
Durchschnittliche Vergütung der vollstationären Langzeitpflege in Pflegeeinrichtungen in Deutschland 2001 und 2003 (Stand: 15.12.)
nach Bundesländern

Jahr / Bundesland	Vergütung pro Person und Tag												Entgelt für Unterkunft und Verpflegung	
	Pflegeklasse													
	I				II				III				in EUR	Rang
	Pflege- satz	Tagessatz ¹⁾			Pflege- satz	Tagessatz ¹⁾			Pflege- satz	Tagessatz ¹⁾				
		in EUR	Rang	Veränd. in % ²⁾		in EUR	Rang	Veränd. in % ²⁾		in EUR	Rang	Veränd. in % ²⁾		
2001														
Baden-Württemberg	45	63	1	3,3	55	73	5	2,8	70	88	4	3,5	18	7
Bayern	45	61	3	5,2	56	72	6	2,9	64	80	10	3,9	16	9
Berlin	43	59	6	5,4	60	76	3	5,6	72	88	4	4,8	16	9
Brandenburg	33	48	12	2,1	41	56	15	3,7	59	74	12	4,2	15	13
Bremen	34	55	8	3,8	54	75	4	2,7	67	88	4	2,3	21	2
Hamburg	40	61	3	-	56	77	2	-	74	95	2	1,1	21	2
Hessen	39	55	8	-6,8	54	70	9	-5,4	70	86	7	-3,4	16	9
Mecklenburg-Vorpommern	34	48	12	-	44	58	13	3,6	57	71	13	-	14	15
Niedersachsen	39	55	8	3,8	51	67	10	4,7	63	79	11	2,6	16	9
Nordrhein-Westfalen	38	63	1	1,6	54	79	1	3,9	71	96	1	-3,0	25	1
Rheinland-Pfalz	39	59	6	-	51	71	7	1,4	69	89	3	1,1	20	4
Saarland	35	54	11	-3,6	48	67	10	-4,3	65	84	8	-1,2	19	5
Sachsen	32	46	15	2,2	41	55	16	3,8	56	70	15	2,9	14	15
Sachsen-Anhalt	33	48	12	4,3	44	59	12	3,5	53	68	16	3,0	15	13
Schleswig-Holstein	41	60	5	11,1	52	71	7	10,9	63	82	9	9,3	19	5
Thüringen	29	46	15	7,0	40	57	14	7,5	54	71	13	7,6	17	8
Deutschland	39	58		3,6	52	71		4,4	66	85		2,4	19	
2003														
Baden-Württemberg	46	65	1	3,2	58	77	5	5,5	73	92	4	4,5	19	6
Bayern	48	65	1	6,6	60	77	5	6,9	69	86	10	7,5	17	9
Berlin	45	61	6	3,4	62	78	3	2,6	74	90	5	2,3	16	11
Brandenburg	36	51	13	6,3	45	60	13	7,1	62	77	12	4,1	15	14
Bremen	35	57	9	3,6	56	78	3	4,0	71	93	3	5,7	22	2
Hamburg	42	64	4	4,9	58	80	2	3,9	76	98	2	3,2	22	2
Hessen	41	58	8	5,5	57	74	8	5,7	73	90	5	4,7	17	9
Mecklenburg-Vorpommern	34	49	14	2,1	45	60	13	3,4	59	74	13	4,2	15	14
Niedersachsen	40	56	10	1,8	52	68	11	1,5	65	81	11	2,5	16	11
Nordrhein-Westfalen	40	65	1	3,2	56	81	1	2,5	74	99	1	3,1	25	1
Rheinland-Pfalz	39	59	7	-	51	71	9	-	70	90	5	1,1	20	4
Saarland	37	56	10	3,7	52	71	9	6,0	69	88	8	4,8	19	6
Sachsen	33	47	16	2,2	42	56	16	1,8	57	71	16	1,4	14	16
Sachsen-Anhalt	36	52	12	8,3	48	64	12	8,5	56	72	15	5,9	16	11
Schleswig-Holstein	44	64	4	6,7	55	75	7	5,6	67	87	9	6,1	20	4
Thüringen	31	49	14	6,5	42	60	13	5,3	56	74	13	4,2	18	8
Deutschland	41	60		3,4	55	74		4,2	69	88		3,5	19	6

¹⁾ Pflegesatz + Entgelt für Unterkunft und Verpflegung.

²⁾ Veränderung gegenüber dem Ergebnis der vorangegangenen Erhebung; die Pflegestatistik wird zweijährlich durchgeführt.
(Datenquelle: StBA / Berechnung: SenGesSozV - II A -)

Anhang

Tabellenverzeichnis

Kapitel 2

Tabelle 2.2.1:

Bevölkerung in Berlin 1992 - 2004
nach Bezirken, Geschlecht und Ausländeranteil

Tabelle 2.2.2:

Ausländische Bevölkerung in Berlin 1992 - 2004
nach Bezirken und Geschlecht

Tabelle 2.2.3:

Bevölkerung in Berlin 2004
nach Bezirken, Altersgruppen, Geschlecht und Ausländeranteil

Tabelle 2.2.4:

Ausländische Bevölkerung in Berlin 2004
nach Bezirken, Altersgruppen und Geschlecht

Tabelle 2.2.5:

Deutsche und ausländische Bevölkerung in Berlin 2004
nach Bezirken und Geschlecht

Tabelle 2.2.6:

Altersstruktur der Bevölkerung in Berlin 2004 (Stand: 31.12.)
nach Bezirken und Geschlecht

Tabelle 2.2.7:

Altersstruktur und Lastenquotienten in Berlin 1990 - 2004 (Stand: 31.12.)
nach Bezirken und Geschlecht

Tabelle 2.2.8:

Mädchen- und Frauenanteil an der Bevölkerung in Berlin am 31.12.2004
nach Bezirken und Altersgruppen

Tabelle 2.2.9:

Bevölkerungsentwicklung in Berlin 1991 - 2004
nach Staatsangehörigkeit

Tabelle 2.2.10:

Lebendgeborene, Geburtenziffer und Fruchtbarkeitsziffer in Berlin 1990 - 2004
nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Legitimität und Bezirken

Tabelle 2.2.11:

Totgeborene in Berlin 1991 - 2004
nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Legitimität sowie 2003 und 2004 nach Bezirken

Tabelle 2.2.12:

Wanderungen der Bevölkerung über die Bezirks- und Landesgrenzen von Berlin 2004
nach Bezirken

Tabelle 2.2.13:

Allgemeinbildender Schulabschluss der Bevölkerung und der Erwerbstätigen in Berlin 2004
nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit der Befragten

Tabelle 2.2.14:

Beruflicher Ausbildungsabschluss der Bevölkerung und der Erwerbstätigen in Berlin 2004
nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Alter der Befragten

Tabelle 2.2.15:

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck in Berlin 1991 - 2004 und in den Bundesländern 2004

Tabelle 2.2.16:

Privathaushalte, Ehepaare ohne Kinder und Familien mit Kindern unter 18 Jahren in Berlin 2004
nach monatlichem Haushalts-/Familiennettoeinkommen, Altersgruppen und Geschlecht der Bezugsperson

Tabelle 2.2.17:

Erwerbstätige und Erwerbstätigenquote in Berlin 2004
nach Alter, Geschlecht und Bezirken

Tabelle 2.2.18:

Alleinerziehende mit minderjährigen Kindern in Berlin 1992 bis 2004

Tabelle 2.2.19:

Arbeitslose und Arbeitslosenquote in Berlin im Jahresdurchschnitt 1991 - 2005

Tabelle 2.2.20:

Arbeitslose in Berlin Ende Dezember 2005
nach Agenturen für Arbeit Berlin und Bezirken

Tabelle 2.2.21:

Empfängerinnen und Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen in Berlin 2002 - 2004 (Stand: 31.12.)

nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Altersgruppen und Bezirken

Tabelle 2.2.22:

Empfängerinnen und Empfänger von Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in Berlin 2002 - 2004 (Stand: 31.12.)

nach Geschlecht, Altersgruppen und Bezirken

Tabelle 2.2.23:

Empfängerhaushalte von Wohngeld in Berlin 2002 - 2004 (Stand: 31.12.)

nach Bezirken

Kapitel 3

Tabelle 3.2.1:

Geschlechtsspezifische Gesamtsterblichkeit und vorzeitige Sterblichkeit in Berlin und in Deutschland 1991 - 2004

- absolut und je 100.000

Tabelle 3.2.2:

Geschlechtsspezifische Mortalitätsraten nach Hauptdiagnosegruppen in Berlin 2004

- absolut und je 100.000 / alle Altersgruppen

Tabelle 3.2.2 a:

Geschlechtsspezifische Mortalitätsraten nach Hauptdiagnosegruppen in Berlin 2004

- absolut und je 100.000 / Alter 0 - 64 Jahre

Tabelle 3.2.3:

Geschlechtsspezifische Mortalität in Berlin 1995 - 2004

nach Staatsangehörigkeit

- absolut und je 100.000

Tabelle 3.2.3 a:

Geschlechtsspezifische Mortalität in Berlin 2003 und 2004

nach Staatsangehörigkeit und Bezirken

- absolut

Tabelle 3.2.4:

Alters- und geschlechtsspezifische Mortalität in Berlin 1995 - 2004

- je 100.000 der entsprechenden Altersgruppe

Tabelle 3.2.4 a:

Alters- und geschlechtsspezifische Mortalität in Berlin 2003 und 2004

nach Staatsangehörigkeit

- je 100.000 der entsprechenden Altersgruppe

Tabelle 3.2.5:

Geschlechtsspezifische Mortalität in Berlin 1998 - 2004 (jeweils drei Jahre zusammengefasst)

nach Bezirken

- absolut und je 100.000

Tabelle 3.2.6:

Die häufigsten Sterbefälle in Berlin 2004

nach Einzeldiagnosen, Altersgruppen und Geschlecht

- absolut und Anteil in % / weiblich

Tabelle 3.2.6 a:

Die häufigsten Sterbefälle in Berlin 2004

nach Einzeldiagnosen, Altersgruppen und Geschlecht

- absolut und Anteil in % / männlich

Tabelle 3.2.7:

Alters- und geschlechtsspezifische Lebenserwartung (in Jahren) in Berlin 1992 - 1994 und 2002 - 2004 (zusammengefasst)

Tabelle 3.2.8:

Geschlechtsspezifische (mittlere) Lebenserwartung (in Jahren) in Berlin und in Deutschland 1998 - 2004 (jeweils drei Jahre zusammengefasst)

nach Bezirken

Tabelle 3.2.9:

Anzahl der durch Tod verlorenen Lebensjahre (PYLL) (Alter 1 - 64 Jahre) in Berlin 2004

nach Hauptdiagnosegruppen und Geschlecht

- absolut, je 100.000 / altersstand. Eurobev. alt und Anteil (in %)

Tabelle 3.2.10:

Vermeidbare Todesfälle in Berlin 1993 - 2004

nach Art der Vermeidbarkeit und prozentualer Anteil an der vorzeitigen und an der Gesamtsterblichkeit sowie an allen vermeidbaren Todesfällen

Tabelle 3.2.11:

Alters- und geschlechtsspezifische Mortalitätsraten für vermeidbare Todesfälle und für die Gesamtsterblichkeit in Berlin 2004

- je 100.000 der entsprechenden Altersgruppe und prozentualer Anteil der „vermeidbaren Todesfälle“ an der Gesamtsterblichkeit

Tabelle 3.2.12:

Vermeidbare Todesfälle in Berlin 2001 - 2004
nach Todesursachen und Geschlecht
- absolut und je 100.000 / altersstand. Eurobev. alt

Tabelle 3.2.13:

Vermeidbare Todesfälle in Berlin 2000 - 2004
nach Todesursachen und Art der Vermeidbarkeit
- absolut und prozentualer Anteil

Tabelle 3.2.14:

Ausgewählte vermeidbare Todesfälle in Berlin 2002 - 2004 (zusammengefasst)
nach Todesursachen, Bezirken und Geschlecht
- absolut, DMR und SMR

Tabelle 3.2.15:

Selbsteinschätzung des Gesundheitszustandes in Deutschland 2002/2003
nach ausgewählten Altersgruppen, Geschlecht und sozialer Schicht
- in % der Befragten

Tabelle 3.2.16:

Beeinträchtigung des Gesundheitszustandes innerhalb der letzten sechs Monate in Deutschland 2002/2003
nach ausgewählten Altersgruppen, Geschlecht und sozialer Schicht
- in % der Befragten

Tabelle 3.2.17:

Verteilung von häufigen Krankheiten und Befunden in Deutschland 2002/2003
nach ausgewählten Altersgruppen, Geschlecht und sozialer Schicht
- in % der Befragten

Tabelle 3.2.18:

Einschätzung von ausgewählten körperlichen Aktivitäten bei den über 65-Jährigen in Deutschland 2002/2003
nach Geschlecht
- in % der Befragten

Tabelle 3.2.19:

Die häufigsten Diagnosen in der allgemeinärztlichen Praxis in Berlin 2004 (I. Quartal)
- in % aller Behandlungsfälle (n = 1.081.972)

Tabelle 3.2.19 a

Die häufigsten Diagnosen in der Frauenarztpraxis in Berlin 2004 (I. Quartal)
- in % aller Behandlungsfälle (n = 575.086)

Tabelle 3.2.19 b:

Die häufigsten Diagnosen in der Kinderarztpraxis in Berlin 2004 (I. Quartal)
- in % aller Behandlungsfälle (n = 252.253)

Tabelle 3.2.19 c:

Die häufigsten Diagnosen in der orthopädischen Praxis in Berlin 2004 (I. Quartal)
- in % aller Behandlungsfälle (n = 325.270)

Tabelle 3.2.19 d:

Die häufigsten Diagnosen in der nervenärztlichen Praxis in Berlin 2004 (I. Quartal)
- in % aller Behandlungsfälle (n = 201.344)

Tabelle 3.2.20:

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle, ohne Stundenfälle) in Berlin 2001 - 2004
nach ausgewählten Merkmalen

Tabelle 3.2.20 a:

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle) in Berlin 2001 - 2004
nach ausgewählten Merkmalen

Tabelle 3.2.21:

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle, ohne Stundenfälle) in Berlin 1994 - 2004
nach Wohnort und Geschlecht
- absolut und je 100.000

Tabelle 3.2.21 a:

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle) in Berlin 2000 - 2004
nach Wohnort und Geschlecht
- absolut und je 100.000

Tabelle 3.2.21 b:

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle, ohne Stundenfälle) in Berlin (nur Berliner) 2003 und 2004
nach Bezirken und Geschlecht
- absolut und je 100.000

Tabelle 3.2.21 c:

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle) in Berlin (nur Berliner) 2003 und 2004 nach Bezirken und Geschlecht
- absolut und je 100.000

Tabelle 3.2.22:

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle) in Berlin 1994 - 2004 nach Altersgruppen
- Fälle absolut und Veränderung (in %)

Tabelle 3.2.22 a:

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle) in Berlin 2001 - 2004 nach Altersgruppen und Wohnort
- Fälle absolut und Anteil (in %)

Tabelle 3.2.22 b:

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle) in Berlin (nur Berliner) 2003 nach Altersgruppen und Geschlecht
- absolut und je 100.000 der Altersgruppe

Tabelle 3.2.22 c:

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle) in Berlin (nur Berliner) 2004 nach Altersgruppen und Geschlecht
- absolut und je 100.000 der Altersgruppe

Tabelle 3.2.22 d:

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle) in Berlin (nur Berliner) 1994 - 2004 nach Bezirken
- absolut und je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung

Tabelle 3.2.22 e:

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle) in Berlin (nur Berliner) 2003 nach Bezirken und Altersgruppen
- absolut und je 100.000 der Altersgruppe

Tabelle 3.2.22 f:

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle) in Berlin (nur Berliner) 2004 nach Bezirken und Altersgruppen
- absolut und je 100.000 der Altersgruppe

Tabelle 3.2.23:

Sterbefälle insgesamt sowie im Krankenhaus gestorbene vollstationäre Behandlungsfälle in Berlin (nur Berliner) 2002 - 2004 nach Altersgruppen

Tabelle 3.2.24:

Durchschnittliche Verweildauer der aus dem Krankenhaus entlassenen vollstationären Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle) in Berlin (nur Berliner) 2002 - 2004 nach Geschlecht und Altersgruppen

Tabelle 3.2.24 a:

Durchschnittliche Verweildauer der aus dem Krankenhaus entlassenen vollstationären Behandlungsfälle in Berlin (nur Berliner) 1994 - 2004 nach Bezirken

Tabelle 3.2.25:

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle) in Berlin 2003 nach Fachabteilungen und Wohnort
- absolut

Tabelle 3.2.25 a:

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle) in Berlin 2004 nach Fachabteilungen und Wohnort
- absolut

Tabelle 3.2.26:

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle) in Berlin (nur Berliner) 2003 nach Hauptdiagnosegruppen und Geschlecht
- absolut und je 100.000

Tabelle 3.2.26 a:

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle) in Berlin (nur Berliner) 2004 nach Hauptdiagnosegruppen und Geschlecht
- absolut und je 100.000

Tabelle 3.2.26 b:

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle) in Berlin (nur Berliner) 2000 - 2004 nach Hauptdiagnosegruppen
- absolut und je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung

Tabelle 3.2.26 c:

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle) in Berlin (nur Berliner) 2003 nach Geschlecht, Hauptdiagnosegruppen und durchschnittlicher Verweildauer (in Tagen)

Tabelle 3.2.26 d:

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle) in Berlin (nur Berliner) 2004 nach Geschlecht, Hauptdiagnosegruppen und durchschnittlicher Verweildauer (in Tagen)

Tabelle 3.2.26 e:

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle) in Berlin (nur Berliner) 2003 nach Hauptdiagnosegruppen, Altersgruppen, durchschnittlicher Verweildauer (Ø VWD) und durchschnittlich belegten Betten je Tag

Tabelle 3.2.26 f:

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle) in Berlin (nur Berliner) 2004 nach Hauptdiagnosegruppen, Altersgruppen, durchschnittlicher Verweildauer (Ø VWD) und durchschnittlich belegten Betten je Tag

Tabelle 3.2.27:

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle) in Berlin (nur Berliner) 2003 nach Rangfolge der 20 häufigsten Einzeldiagnosen und durchschnittlich belegten Betten je Tag
- weiblich

Tabelle 3.2.27 a:

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle) in Berlin (nur Berliner) 2004 nach Rangfolge der 20 häufigsten Einzeldiagnosen und durchschnittlich belegten Betten je Tag
- weiblich

Tabelle 3.2.27 b:

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle) in Berlin (nur Berliner) 2003 nach Rangfolge der 20 häufigsten Einzeldiagnosen und durchschnittlich belegten Betten je Tag
- männlich

Tabelle 3.2.27 c:

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle) in Berlin (nur Berliner) 2004 nach Rangfolge der 20 häufigsten Einzeldiagnosen und durchschnittlich belegten Betten je Tag
- männlich

Tabelle 3.2.27 d:

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle) in Berlin (nur Berliner) 2003 nach Rangfolge der 20 häufigsten Einzeldiagnosen und durchschnittlich belegten Betten je Tag
- insgesamt

Tabelle 3.2.27 e:

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle) in Berlin (nur Berliner) 2004 nach Rangfolge der 20 häufigsten Einzeldiagnosen und durchschnittlich belegten Betten je Tag
- insgesamt

Tabelle 3.2.28:

Arbeits- und Wegeunfälle in Berlin und in der Bundesrepublik Deutschland 2002 - 2004
- absolut

Tabelle 3.2.29:

Ausgewählte begutachtete Berufskrankheitenvorgänge in Berlin 1994 - 2004
- absolut und je 100.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Tabelle 3.2.30:

Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und sonstige Leistungen zur Teilhabe in Berlin 1994 - 2004 nach Geschlecht
- absolut und je 100.000

Tabelle 3.2.30 a:

Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und sonstige Leistungen zur Teilhabe (Alter 0 - 64 Jahre) in Berlin 1994 - 2004 nach Regionen und Geschlecht
- absolut und je 100.000

Tabelle 3.2.31:

Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und sonstige Leistungen zur Teilhabe (Alter 0 - 64 Jahre) in Berlin 2001 - 2004 nach ausgewählten Altersgruppen und Geschlecht
- absolut und je 100.000

Tabelle 3.2.32:

Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und sonstige Leistungen zur Teilhabe (Alter 0 - 64 Jahre) in Berlin 2003 und 2004 nach Geschlecht und Hauptdiagnosegruppen
- absolut und je 100.000 aktiv Versicherte

Tabelle 3.2.33:

Rentenzugänge und -bestand wegen verminderter Erwerbsfähigkeit in Berlin 1994 - 2004 nach Geschlecht
- absolut und je 100.000

Tabelle 3.2.33 a:

Rentenzugänge wegen verminderter Erwerbsfähigkeit in Berlin 1994 - 2004 nach Regionen und Geschlecht
- absolut und je 100.000 aktiv Versicherte

Tabelle 3.2.33 b:

Rentenbestand wegen verminderter Erwerbsfähigkeit in Berlin 1994 - 2004 nach Regionen und Geschlecht
- absolut und je 100.000 aktiv Versicherte

Tabelle 3.2.34:

Rentenzugänge wegen verminderter Erwerbsfähigkeit in Berlin 1994 - 2004
nach Altersgruppen und Geschlecht
- absolut und je 100.000 aktiv Versicherte

Tabelle 3.2.34 a:

Rentenbestand wegen verminderter Erwerbsfähigkeit in Berlin 1994 - 2004
nach Geschlecht und Altersgruppen
- absolut und je 100.000 aktiv Versicherte

Tabelle 3.2.35:

Rentenzugänge wegen verminderter Erwerbsfähigkeit in Berlin 2003 und 2004
nach Hauptdiagnosegruppen und Geschlecht
- absolut und je 100.000 aktiv Versicherte

Tabelle 3.2.36:

Lebendgeborene in Berlin 1999 - 2004
nach Geburtsgewicht
- absolut und je 1.000 Lebendgeborene

Tabelle 3.2.37:

Lebendgeborene in Berlin 2003 und 2004
nach Bezirken und Geburtsgewicht
- absolut und je 1.000 Lebendgeborene

Tabelle 3.2.38:

Bei Geborenen festgestellte Fehlbildungen (Ereignisprinzip) in Berlin 2003 und 2004
nach Art der Fehlbildung

Tabelle 3.2.39:

Säuglingssterblichkeit in Berlin 1991 - 2004
nach Früh-, Spät- und Postneonatalsterblichkeit sowie Neonatalsterblichkeit
- absolut und je 1.000 Lebendgeborene

Tabelle 3.2.40:

Gestorbene im 1. Lebensjahr in Berlin 1993 - 2004 (jeweils drei Jahre zusammengefasst)
nach Bezirken
- absolut und je 1.000 Lebendgeborene

Tabelle 3.2.41:

Perinatale Sterblichkeit in Berlin 1991 - 2004
- absolut und je 1.000 Geborene

Tabelle 3.2.42:

Perinatale Sterblichkeit in Berlin 1993 - 2004 (jeweils drei Jahre zusammengefasst)
nach Bezirken
- absolut und je 1.000 Geborene

Tabelle 3.2.43:

Säuglings- und Perinatalsterblichkeit in Deutschland 1994 - 2004
nach Ländern
- je 1.000 Lebendgeborene / Geborene

Tabelle 3.2.44:

Häufigste Todesursachen bei Säuglingen (darunter Plötzlicher Kindstod) in Berlin 2004
nach Geschlecht

Tabelle 3.2.44 a:

Plötzlicher Kindstod (Sudden infant death syndrome (SIDS)) in Berlin 1992 - 2004
nach Geschlecht
- absolut und je 1.000 Lebendgeborene

Tabelle 3.2.45:

Ausgewählte (gesundheitliche und soziale) Indikatoren bei den Einschulungsuntersuchungen (nur Einschüler/innen) in Berlin 2002 - 2004
nach Geschlecht

Tabelle 3.2.46:

Nach dem Infektionsschutzgesetz meldepflichtige Infektionskrankheiten in Berlin 2001 - 2004 (Stand: 01.03.2005)
nach Geschlecht
- absolut und je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung

Tabelle 3.2.47:

Ausgewählte, nach dem Infektionsschutzgesetz meldepflichtige Infektionskrankheiten in Berlin 2004 (Stand: 01.03.2005 / Fälle entsprechen der Referenzdefinition)
nach Geschlecht
- absolut und je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung

Tabelle 3.2.48:

Erkrankungen an ausgewählten meldepflichtigen übertragbaren Krankheiten in Berlin 1994 - 2004 (Stand: 01.03.2005)
- absolut und je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung

Tabelle 3.2.49:

Ausgewählte, nach dem Infektionsschutzgesetz meldepflichtige übertragbare Krankheiten in Berlin 2004 (Stand: 01.03.2005)
nach Bezirken
- absolut und je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung

Tabelle 3.2.50:

Ausgewählte, nach dem Infektionsschutzgesetz meldepflichtige übertragbare Krankheiten in Berlin 2004
nach Altersgruppen (Stand: 01.03.2005)
- absolut und je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung

Tabelle 3.2.51:

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle, ohne Stundenfälle) infolge infektiöser
und parasitärer Krankheiten in Berlin (nur Berliner) 2003 und 2004
nach Altersgruppen und Geschlecht
- absolut und je 100.000

Tabelle 3.2.51 a:

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle, ohne Stundenfälle) infolge infektiöser
und parasitärer Krankheiten in Berlin (nur Berliner) 2003 und 2004
nach Altersgruppen und Geschlecht
- absolut und je 100.000

Tabelle 3.2.52:

Gemeldete Tuberkulosefälle (alle Formen und offene Lungentuberkulose) in Berlin 1993 - 2004
nach Staatsangehörigkeit (Stand: 01.03.2005)
- absolut und je 100.000

Tabelle 3.2.52 a:

Gemeldete Tuberkulosefälle (alle Formen und offene Lungentuberkulose) in Berlin 1993 - 2004
nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit (Stand: 01.03.2005)
- absolut und je 100.000 / altersstand. Eurobev. alt

Tabelle 3.2.52 b:

Gemeldete Fälle an offener Lungentuberkulose in Berlin 2002 - 2004 (zusammengefasst)
nach Geschlecht und Bezirken (Stand: 01.03.2005)
- absolut und je 100.000

Tabelle 3.2.53:

Alters- und geschlechtsspezifische Inzidenz an Tuberkulose in Berlin 2002 - 2004 (zusammengefasst)
nach Staatsangehörigkeit (Stand: 01.03.2005)
- absolut und je 100.000 der Altersgruppe

Tabelle 3.2.54:

Gemeldete AIDS-Erkrankte in Berlin 1998 - 2004 (Stand: 30.06.2005, Nachmeldungen möglich)
nach Diagnosejahr, Betroffenengruppe und Geschlecht

Tabelle 3.2.55:

Gemeldete, gesicherte HIV-Erstdiagnosen in Berlin 1999 - 2005 (Stand: 30.06.2005, Nachmeldungen möglich)
nach Diagnosejahr, Betroffenengruppe und Geschlecht

Tabelle 3.2.56:

Geschlechtsspezifische Mortalität bei infektiösen und parasitären Krankheiten in Berlin 2003 und 2004
nach Altersgruppen und Geschlecht
- absolut und je 100.000

Tabelle 3.2.57:

Bösartige Neubildungen in Berlin (nur Berliner) 1995 - 2004
nach ausgewählten Indikatoren und Geschlecht
- absolut

Tabelle 3.2.57 a:

Bösartige Neubildungen in Berlin (nur Berliner) 1995 - 2004
nach ausgewählten Indikatoren und Geschlecht
- je 100.000

Tabelle 3.2.58:

Gemeldete Neuerkrankungen an bösartigen Neubildungen in Berlin (nur Berliner) 1995 - 2004
nach Geschlecht
- absolut und je 100.000

Tabelle 3.2.59:

Gemeldete Neuerkrankungen an bösartigen Neubildungen in Berlin (nur Berliner) 2000 - 2004
nach Altersgruppen und Geschlecht
- absolut und je 100.000 / ohne DCO-Fälle

Tabelle 3.2.59 a:

Gemeldete Neuerkrankungen an bösartigen Neubildungen in Berlin (nur Berliner) 2000 - 2004
nach Altersgruppen und Geschlecht
- absolut und je 100.000 / mit DCO-Fällen

Tabelle 3.2.60:

Gemeldete Neuerkrankungen an ausgewählten bösartigen Neubildungen in Berlin (nur Berliner) 2002 - 2004
nach Geschlecht
- absolut und je 100.000

Tabelle 3.2.61:

Gemeldete Neuerkrankungen an Lungenkrebs in Berlin (nur Berliner) 2000 - 2004
nach Altersgruppen und Geschlecht
- absolut und je 100.000 / ohne DCO-Fälle

Tabelle 3.2.61 a:

Gemeldete Neuerkrankungen an Lungenkrebs in Berlin (nur Berliner) 2000 - 2004
nach Altersgruppen und Geschlecht
- absolut und je 100.000 / mit DCO-Fällen

Tabelle 3.2.62:

Gemeldete Neuerkrankungen an Brustkrebs (weiblich) und an Prostatakrebs in Berlin (nur Berliner) 2000 - 2004
nach Altersgruppen
- absolut und je 100.000 / ohne DCO-Fälle

Tabelle 3.2.62 a:

Gemeldete Neuerkrankungen an Brustkrebs (weiblich) und an Prostatakrebs in Berlin (nur Berliner) 2000 - 2004
nach Altersgruppen
- absolut und je 100.000 / mit DCO-Fällen

Tabelle 3.2.63:

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle, ohne Stundenfälle) infolge bösartiger Neubildungen in Berlin (nur Berliner) 2003 und 2004
nach Altersgruppen und Geschlecht
- absolut und je 100.000

Tabelle 3.2.63 a:

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle) infolge bösartiger Neubildungen in Berlin (nur Berliner) 2003 und 2004
nach Altersgruppen und Geschlecht
- absolut und je 100.000

Tabelle 3.2.64:

Medizinische Rehabilitation und sonstige Leistungen zur Teilhabe wegen bösartiger Neubildungen in Berlin 2003 und 2004
nach ausgewählten Altersgruppen und Geschlecht
- absolut und je 100.000 aktiv Versicherte

Tabelle 3.2.65:

Rentenzugänge wegen verminderter Erwerbsfähigkeit infolge ausgewählter bösartiger Neubildungen Berlin 2002 - 2004
nach Geschlecht
- absolut und je 100.000 aktiv Versicherte

Tabelle 3.2.66:

Geschlechtsspezifische Mortalität bei ausgewählten bösartigen Neubildungen in Berlin 2001 - 2004
- absolut und je 100.000

Tabelle 3.2.67:

Alters- und geschlechtsspezifische Mortalität bei ausgewählten bösartigen Neubildungen in Berlin 2004
- absolut und je 100.000 der entsprechenden Altersgruppe

Tabelle 3.2.68:

Diabetes mellitus in Berlin (nur Berliner) 1994 - 2004
nach ausgewählten Indikatoren und Geschlecht
- absolut und je 100.000

Tabelle 3.2.69:

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle, ohne Stundenfälle) wegen Diabetes mellitus in Berlin (nur Berliner) 2003 und 2004
nach Altersgruppen und Geschlecht
- absolut und je 100.000

Tabelle 3.2.69 a:

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle) wegen Diabetes mellitus in Berlin (nur Berliner) 2003 und 2004
nach Altersgruppen und Geschlecht
- absolut und je 100.000

Tabelle 3.2.70:

Rentenzugänge wegen verminderter Erwerbsfähigkeit infolge von Diabetes mellitus in Berlin 1994 - 2004
nach Altersgruppen und Geschlecht
- absolut und je 100.000 aktiv Versicherte

Tabelle 3.2.71:

Psychische und Verhaltensstörungen in Berlin (nur Berliner) 1994 - 2004
nach ausgewählten Indikatoren und Geschlecht
- absolut

Tabelle 3.2.71 a:

Psychische und Verhaltensstörungen in Berlin (nur Berliner) 1994 - 2004
nach ausgewählten Indikatoren und Geschlecht
- je 100.000

Tabelle 3.2.72:

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle) wegen psychischer und Verhaltensstörungen in Berlin (nur Berliner) 2003
nach Altersgruppen
- absolut und je 100.000 / weiblich

Tabelle 3.2.72 a:

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle) wegen psychischer und Verhaltensstörungen in Berlin (nur Berliner) 2004
nach Altersgruppen
- absolut und je 100.000 / weiblich

Tabelle 3.2.72 b:

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle) wegen psychischer und Verhaltensstörungen in Berlin (nur Berliner) 2003
nach Altersgruppen
- absolut und je 100.000 / männlich

Tabelle 3.2.72 c:

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle) wegen psychischer und Verhaltensstörungen in Berlin (nur Berliner) 2004
nach Altersgruppen
- absolut und je 100.000 / männlich

Tabelle 3.2.73:

Medizinische Rehabilitation und sonstige Leistungen zur Teilhabe wegen psychischer und Verhaltensstörungen in Berlin 2002 - 2004
nach Altersgruppen und Geschlecht
- absolut

Tabelle 3.2.73 a:

Medizinische Rehabilitation und sonstige Leistungen zur Teilhabe wegen psychischer und Verhaltensstörungen in Berlin 2002 - 2004
nach Altersgruppen und Geschlecht
- je 100.000 aktiv Versicherte

Tabelle 3.2.74:

Rentenzugänge wegen verminderter Erwerbsfähigkeit infolge psychischer und Verhaltensstörungen in Berlin 2003 und 2004
nach Altersgruppen und Geschlecht
- absolut und je 100.000 aktiv Versicherte

Tabelle 3.2.75:

Alters- und geschlechtsspezifische Mortalität bei Suizid in Berlin 2003 und 2004
- absolut und je 100.000 der entsprechenden Altersgruppe

Tabelle 3.2.75 a:

Geschlechtsspezifische Mortalität bei Suizid in Berlin 2002 - 2004 (zusammengefasst)
nach Bezirken
- absolut und je 100.000

Tabelle 3.2.75 b:

Geschlechtsspezifische Mortalität bei Suizid in Berlin und in Deutschland 1991 - 2004
- absolut und je 100.000 / altersstand. Eurobev. alt

Tabelle 3.2.76:

Geschlechtsspezifische Mortalität bei ausgewählten alkoholbedingten Krankheiten in Berlin und Deutschland 1992 - 2004
- absolut und je 100.000 / altersstand. Eurobev. alt

Tabelle 3.2.76 a:

Todesfälle an psychischen und Verhaltensstörungen durch Alkohol (ICD-10 Nr. F 10 / Alter 0 - 64 Jahre) in Berlin 1998 - 2004
(jeweils drei Jahre zusammengefasst)
nach Bezirken und Geschlecht
- absolut, DMR und SMR

Tabelle 3.2.77:

Drogentote in Berlin und Deutschland 1991 - 2004
- absolut

Tabelle 3.2.77 a:

Drogentote in Berlin 1999 - 2004
nach dem letzten Wohnsitz
- absolut

Tabelle 3.2.77 b:

Drogentote in ausgewählten deutschen Großstädten und in Deutschland 1999 - 2004
- absolut, in % an allen Drogentoten und 2003 je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung

Tabelle 3.2.78:

Krankheiten des Kreislaufsystems in Berlin (nur Berliner) 1994 - 2004
nach ausgewählten Indikatoren und Geschlecht
- absolut

Tabelle 3.2.78 a:

Krankheiten des Kreislaufsystems in Berlin (nur Berliner) 1994 - 2004
nach ausgewählten Indikatoren und Geschlecht
- je 100.000

Tabelle 3.2.79:

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle, ohne Stundenfälle) wegen Krankheiten des Kreislaufsystems in Berlin (nur Berliner) 2003
nach Altersgruppen und Geschlecht
- absolut und je 100.000

Tabelle 3.2.79 a:

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle, ohne Stundenfälle) wegen Krankheiten des Kreislaufsystems in Berlin (nur Berliner) 2003
nach Altersgruppen und Geschlecht
- absolut und je 100.000

Tabelle 3.2.79 b:

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle) wegen Krankheiten des Kreislaufsystems in Berlin (nur Berliner) 2004
nach Altersgruppen und Geschlecht
- absolut und je 100.000

Tabelle 3.2.79 c:

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle) wegen Krankheiten des Kreislaufsystems in Berlin (nur Berliner) 2004
nach Altersgruppen und Geschlecht
- absolut und je 100.000

Tabelle 3.2.80:

Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und sonstige Leistungen zur Teilhabe wegen Krankheiten des Kreislaufsystems in Berlin 2003 und 2004
nach Altersgruppen und Geschlecht
- absolut und je 100.000 aktiv Versicherte

Tabelle 3.2.81:

Rentenzugänge wegen verminderter Erwerbsfähigkeit infolge von Krankheiten des Kreislaufsystems in Berlin 2003 und 2004
nach Altersgruppen und Geschlecht
- absolut und je 100.000 aktiv Versicherte

Tabelle 3.2.82:

Alters- und geschlechtsspezifische Mortalität bei Krankheiten des Kreislaufsystems in Berlin 2004
- absolut und je 100.000 der entsprechenden Altersgruppe

Tabelle 3.2.83:

Alters- und geschlechtsspezifische Mortalitätsraten bei bösartigen Neubildungen und Krankheiten des Kreislaufsystems in Berlin und Deutschland 1992 - 2004
- je 100.000 / altersstand. Eurobev. alt

Tabelle 3.2.84:

Krankheiten des Atmungssystems in Berlin (nur Berliner) 1994 - 2004
nach ausgewählten Indikatoren und Geschlecht
- absolut

Tabelle 3.2.84 a:

Krankheiten des Atmungssystems in Berlin (nur Berliner) 1994 - 2004
nach ausgewählten Indikatoren und Geschlecht
- je 100.000

Tabelle 3.2.85:

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle, ohne Stundenfälle) wegen Krankheiten des Atmungssystems in Berlin (nur Berliner) 2003 und 2004
nach Altersgruppen und Geschlecht
- absolut und je 100.000

Tabelle 3.2.85 a:

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle) wegen Krankheiten des Atmungssystems in Berlin (nur Berliner) 2003 und 2004
nach Altersgruppen und Geschlecht
- absolut und je 100.000

Tabelle 3.2.86:

Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und sonstige Leistungen zur Teilhabe wegen Krankheiten des Atmungssystems in Berlin 2003 und 2004
nach Altersgruppen und Geschlecht
- absolut und je 100.000 aktiv Versicherte

Tabelle 3.2.87:

Rentenzugänge wegen verminderter Erwerbsfähigkeit infolge von Krankheiten des Atmungssystems in Berlin 2003 und 2004
nach Altersgruppen und Geschlecht
- absolut und je 100.000 aktiv Versicherte

Tabelle 3.2.88:

Alters- und geschlechtsspezifische Mortalität bei Krankheiten des Atmungssystems in Berlin 2003 und 2004
- absolut und je 100.000

Tabelle 3.2.89:

Krankheiten des Verdauungssystems in Berlin (nur Berliner) 1994 - 2004
nach ausgewählten Indikatoren und Geschlecht
- absolut

Tabelle 3.2.89 a:

Krankheiten des Verdauungssystems in Berlin (nur Berliner) 1994 - 2004
nach ausgewählten Indikatoren und Geschlecht
- je 100.000

Tabelle 3.2.90:

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle, ohne Stundenfälle) wegen Krankheiten des Verdauungssystems in Berlin (nur Berliner) 2003
nach Geschlecht und Altersgruppen
- absolut und je 100.000

Tabelle 3.2.90 a:

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle, ohne Stundenfälle) wegen Krankheiten des Verdauungssystems in Berlin (nur Berliner) 2004
nach Geschlecht und Altersgruppen
- absolut und je 100.000

Tabelle 3.2.90 b:

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle) wegen Krankheiten des Verdauungssystems in Berlin (nur Berliner) 2003
nach Geschlecht und Altersgruppen
- absolut und je 100.000

Tabelle 3.2.90 c:

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle) wegen Krankheiten des Verdauungssystems in Berlin (nur Berliner) 2004
nach Geschlecht und Altersgruppen
- absolut und je 100.000

Tabelle 3.2.91:

Alters- und geschlechtsspezifische Mortalität bei Krankheiten des Verdauungssystems in Berlin 2004
- absolut und je 100.000

Tabelle 3.2.92:

Krankheiten des Muskel- und Skelettsystems und des Bindegewebes in Berlin (nur Berliner) 1994 - 2004
nach ausgewählten Indikatoren und Geschlecht
- absolut

Tabelle 3.2.92 a:

Krankheiten des Muskel- und Skelettsystems und des Bindegewebes in Berlin (nur Berliner) 1994 - 2004
nach ausgewählten Indikatoren und Geschlecht
- je 100.000

Tabelle 3.2.93:

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle, ohne Stundenfälle) wegen Krankheiten des Muskel- und Skelettsystems und des Bindegewebes in Berlin (nur Berliner) 2003 nach Geschlecht und Altersgruppen
- absolut und je 100.000

Tabelle 3.2.93 a:

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle, ohne Stundenfälle) wegen Krankheiten des Muskel- und Skelettsystems und des Bindegewebes in Berlin (nur Berliner) 2004
nach Geschlecht und Altersgruppen
- absolut und je 100.000

Tabelle 3.2.93 b:

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle) wegen Krankheiten des Muskel- und Skelettsystems und des Bindegewebes in Berlin (nur Berliner) 2003
nach Geschlecht und Altersgruppen
- absolut und je 100.000

Tabelle 3.2.93 c:

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle) wegen Krankheiten des Muskel- und Skelettsystems und des Bindegewebes in Berlin (nur Berliner) 2004
nach Geschlecht und Altersgruppen
- absolut und je 100.000

Tabelle 3.2.94:

Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und sonstige Leistungen zur Teilhabe wegen Krankheiten des Muskel- und Skelettsystems und des Bindegewebes in Berlin 2003 und 2004
nach ausgewählten Altersgruppen und Geschlecht
- absolut und je 100.000 aktiv Versicherte

Tabelle 3.2.95:

Rentenzugänge wegen verminderter Erwerbsfähigkeit infolge von Krankheiten des Muskel- und Skelettsystems und des Bindegewebes in Berlin 2003 und 2004
nach Altersgruppen und Geschlecht
- absolut und je 100.000 aktiv Versicherte

Tabelle 3.2.96:

Ausgewählte rheumatische Erkrankungen (Polyarthritiden) bei Patienten der rheumatischen Schwerpunkteinrichtungen in Berlin 2001 - 2003
nach ausgewählten Altersgruppen und Geschlecht

Tabelle 3.2.97:

Verletzungen und Vergiftungen in Berlin (nur Berliner) 1994 - 2004
nach ausgewählten Indikatoren und Geschlecht
- absolut

Tabelle 3.2.97 a:

Verletzungen und Vergiftungen in Berlin (nur Berliner) 1994 - 2004
nach ausgewählten Indikatoren und Geschlecht
- je 100.000

Tabelle 3.2.98:

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle, ohne Stundenfälle) wegen Verletzungen und Vergiftungen in Berlin (nur Berliner) 2003 und 2004
nach Altersgruppen und Geschlecht
- absolut und je 100.000

Tabelle 3.2.98 a:

Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Behandlungsfälle (einschließlich Sterbefälle) wegen Verletzungen und Vergiftungen in Berlin (nur Berliner) 2003 und 2004
nach Altersgruppen und Geschlecht
- absolut und je 100.000

Tabelle 3.2.99:

Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und sonstige Leistungen zur Teilhabe wegen Verletzungen und Vergiftungen in Berlin 2003 und 2004
nach ausgewählten Altersgruppen und Geschlecht
- absolut und je 100.000 aktiv Versicherte

Tabelle 3.2.100:

Rentenzugänge wegen verminderter Erwerbsfähigkeit infolge von Verletzungen und Vergiftungen in Berlin 2003 und 2004
nach Altersgruppen und Geschlecht
- absolut und je 100.000 aktiv Versicherte

Tabelle 3.2.101:

Gestorbene infolge äußerer Ursachen von Morbidität und Mortalität in Berlin 2004
nach Altersgruppen und Geschlecht
- absolut und je 100.000

Tabelle 3.2.102:

Im Straßenverkehr verunglückte Personen in Berlin 1991 - 2004
nach Geschlecht
- absolut und je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung

Tabelle 3.2.103:

Im Straßenverkehr verunglückte Personen in Berlin 2004
nach Altersgruppen und Geschlecht
- absolut

Tabelle 3.2.103 a:

Im Straßenverkehr verunglückte Personen in Berlin 2004
nach Altersgruppen und Geschlecht
- je 100.000

Tabelle 3.2.104:

Im Straßenverkehr verunglückte Personen in Berlin 2003 und 2004
nach Bezirken und Geschlecht
- absolut und je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung

Tabelle 3.2.104 a:

Im Straßenverkehr tödlich verunglückte Personen in Berlin 2003 und 2004
nach Bezirken und Geschlecht
- absolut und je 100.000 der durchschnittlichen Bevölkerung

Tabelle 3.2.105:

Straßenverkehrsunfälle, bei denen Alkohol eine verursachende Rolle gespielt hat, in Berlin 1992 - 2004

Kapitel 4

Tabelle 4.2.1:

Rauchverhalten in Deutschland 2003
nach Alter, Sozialschicht und Geschlecht

Tabelle 4.2.2:

Rauchverhalten in Berlin im Mai 2003
nach Alter und Geschlecht

Tabelle 4.2.3:

Rauchverhalten der täglichen Raucherinnen und Raucher in Deutschland 2003
nach Alter, Sozialschicht und Geschlecht

Tabelle 4.2.4:

Rauchverhalten der täglichen Raucherinnen und Raucher in Berlin im Mai 2003
nach Alter und Geschlecht

Tabelle 4.2.5:

Nichtraucherinnen und Nichtraucher in Deutschland 2003
nach Alter, Sozialschicht und Geschlecht

Tabelle 4.2.6:

Nichtraucherinnen und Nichtraucher in Berlin im Mai 2003
nach Alter und Geschlecht

Tabelle 4.2.7:

Durchschnittliches Alter der Raucherinnen und Raucher bei Rauchbeginn in Deutschland 2003
nach Alter und Geschlecht

Tabelle 4.2.8:

Durchschnittliches Alter der Raucherinnen und Raucher bei Rauchbeginn in Berlin im Mai 2003
nach Alter und Geschlecht

Tabelle 4.2.9:

Body Mass Index (BMI) der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland im Mai 2003
nach Alter und Geschlecht

Tabelle 4.2.10:

Body Mass Index (BMI) bei Kindern zum Zeitpunkt der Einschulungsuntersuchungen in Berlin 2004
nach Geschlecht

Tabelle 4.2.11:

Anteil der Bevölkerung mit sportlicher Betätigung in Deutschland 2003
nach Umfang pro Woche, Alter, Sozialschicht und Geschlecht

Kapitel 5

Tabelle 5.2.1:

Stickstoffdioxid in der Außenluft in Berlin 2003 und 2004
nach Messstationen

Tabelle 5.2.2:

Schwefelstoffdioxid in der Außenluft in Berlin 2003 und 2004
nach Messstationen

Tabelle 5.2.3:

Feinstaub in der Außenluft in Berlin 2003 und 2004
nach Messstationen

Tabelle 5.2.4:

Ozon in der Außenluft in Berlin 2003 und 2004
nach Messstationen

Tabelle 5.2.5:

Benzol und Ruß in der Außenluft in Berlin 2003 und 2004
nach Messstationen

Tabelle 5.2.6:

Belastung des Trinkwassers mit Nitrat, Pestiziden, Blei, Kupfer und Trihalogenmethan in Berlin 2004

Tabelle 5.2.7:

Belastung des Trinkwassers mit Escherichia coli und Enterokokken in Berlin 2004

Tabelle 5.2.8:

Dioxine und Polychlorierte Biphenyle (PCB) in der Kuhmilch in Deutschland 2002 - 2004

Tabelle 5.2.9:

Höchstmengentüberschreitungen in pflanzlichen Lebensmitteln in Berlin 2004
nach Richtlinie 90/642/EWG

Tabelle 5.2.10:

Im ILAT untersuchte Lebensmittel, Bedarfsgegenstände, kosmetische Mittel, Tabakerzeugnisse, Erzeugnisse des Weinrechtes und Hygieneprobe in Berlin 2004
nach Produktgruppen und Beanstandungsgründen

Tabelle 5.2.11:
Durch meldepflichtige Störfälle und Störungen in verfahrenstechnischen Anlagen verletzte und getötete Personen in Deutschland 2002, 2004 und 2005

Tabelle 5.2.12:
Ergebnisse der Badegewässerüberwachung in Berlin 2002 - 2004

Tabelle 5.2.13:
Jahresauswertung der während der jeweiligen Badesaison 14-tägig durchgeführten mikrobiologischen Untersuchungen von Berliner Badegewässern 1999 - 2004

Tabelle 5.2.14:
Jahresauswertung der während der Badesaison 14-tägig durchgeführten Sichttiefenmessungen in Berliner Badegewässern 2004

Kapitel 6

Tabelle 6.2.1:
Versorgungsstruktur der Kassenärztlichen Vereinigung Berlin 1997 - 2005 (Stichtag: 01.01.)

Tabelle 6.2.2:
An der kassenärztlichen Versorgung teilnehmende Ärztinnen und Ärzte in Berlin 1995 - 2005 nach Teilnahmeform und Bezirken

Tabelle 6.2.3:
Versorgungsgrade mit an der vertragsärztlichen Versorgung teilnehmenden Ärztinnen/Ärzten und Psychotherapeutinnen/-therapeuten sowie Zulassungsbeschränkungen in Berlin 1997 - 2005 nach Fachgebieten

Tabelle 6.2.4:
Zahnärztlich geleitete ambulante Gesundheitseinrichtungen in Berlin 2000 - 2004

Tabelle 6.2.5:
Versorgungsgrad mit an der vertragszahnärztlichen Tätigkeit teilnehmenden Zahnärztinnen/-ärzten sowie Zulassungsbeschränkungen in Berlin 2000 - 2005 (Stichtag: 01.01.)

Tabelle 6.2.6:
Dialyseeinrichtungen und -plätze (Hämodialyse) in Berlin 2000 - 2004 (Stichtag: 31.12.)

Tabelle 6.2.7:
Patientinnen und Patienten im Dialyseprogramm in Berlin 2001 - 2004 (Berichtszeitraum: letzte Dezemberwoche)

Tabelle 6.2.8:
Rettungsleitstellen, Rettungswachen und Rettungshubschrauber in Berlin 1994 - 2004 (Stichtag: 31.12.)

Tabelle 6.2.9:
Gesundheitseinrichtungen für Suchtkranke in Berlin 2003 und 2004 (Stichtag: 31.12.)

Tabelle 6.2.10:
Krankenhäuser und Krankenhausbetten in Berlin am 31.12.2005 nach Status (Krankenhausplan), Trägerbereichen und Fachgebieten

Tabelle 6.2.11:
Das Bettenangebot der Krankenhäuser in Berlin am 31.12.2005 nach Versorgungsregionen und Fachabteilungen - absolut und je 1.000 Einwohner

Tabelle 6.2.12:
Versorgungsangebot in Plankrankenhäusern des Landes Berlin 1999 - 2005 und geplantes Bettenangebot nach der Fortschreibung des Krankenhausplans 1999 nach Fachabteilungen

Tabelle 6.2.13:
Krankenhäuser und Bettenzahl in Berlin 1990 - 2004

Tabelle 6.2.14:
Bettenkapazität der Berliner Krankenhäuser 1990 - 2004 nach Trägerbereichen

Tabelle 6.2.15:
Krankenhäuser in Berlin 2003 und 2004 nach Größenklassen, Bettenzahl und Personal (Jahresdurchschnittswerte bezogen auf Vollkräfte)

Tabelle 6.2.16:
Personal der Krankenhäuser (Vollkräfte im Jahresdurchschnitt) in Berlin 1994 - 2004 nach Personalgruppen und Trägerbereichen

Tabelle 6.2.17 a:
Krankenhäuser in Berlin 2003 nach Fachabteilungen und Bettenzahl

Tabelle 6.2.17 b:
Krankenhäuser in Berlin 2004 nach Fachabteilungen und Bettenzahl

Tabelle 6.2.18:

Krankenhäuser mit Tages- und Nachtambulanzplätzen in Berlin 2003 und 2004
nach Fachabteilungen

Tabelle 6.2.19:

Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen in Berlin 1998 - 2004
nach Bettenzahl und Personal (Vollkräfte im Jahresdurchschnitt)

Tabelle 6.2.20:

Langzeitpflegeplätze in Pflegeeinrichtungen - Bedarf 2005 nach Landespflegeplan, Bestand und bekannte Planungen am 01.01.2006
in Berlin
nach Bezirken

Tabelle 6.2.21:

Ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen in Berlin 1999 - 2003 (Stichtag 15.12.)
nach Art der Pflegeeinrichtung und verfügbaren Plätzen

Tabelle 6.2.22:

Ambulante Pflegeeinrichtungen in Berlin 2001 - 2003 (Stichtag: 15.12.)
nach Art, Zahl der Pflegebedürftigen (Größenklassen) und Trägerschaft

Tabelle 6.2.23:

(Teil-)stationäre Pflegeeinrichtungen in Berlin 2001 - 2003 (Stichtag: 15.12.)
nach Art, verfügbaren Plätzen und Trägerschaft

Tabelle 6.2.24:

Apotheken in Berlin 1995 - 2005 und in den Bezirken 2005
nach Bezirken in neuer und alter Struktur

Tabelle 6.2.25:

Bestand an medizinisch-technischen Großgeräten in den Berliner Krankenhäusern 1995 - 2004

Kapitel 7

Tabelle 7.2.1:

Inanspruchnahme von Beratungen nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz (SchKG) vom 21.08.1995 (BGBl. I S. 1050) in Berlin
2002 - 2004
nach Trägerbereich der Beratungsstellen

Tabelle 7.2.2:

Schwangerschaftsabbrüche von Berlinerinnen 2002 - 2005 (Wohnortprinzip)
nach Altersgruppen und ambulant/stationär vorgenommenen Eingriffen

Tabelle 7.2.3:

Entbindungen in Berlin 1990 - 2004 (Ereignisprinzip)

Tabelle 7.2.4:

Entbindungen und Lebendgeborene in Berlin 1990 - 2004 (Ereignis- und Wohnortprinzip)

Tabelle 7.2.5:

Entbindungen und Geborene in Berlin 2003 und 2004 (Ereignisprinzip)
nach Entbindungsort

Tabelle 7.2.6:

Entbindungen in Krankenhäusern in Berlin 2003 und 2004 (Ereignisprinzip)
nach ausgewählten Merkmalen

Tabelle 7.2.7 a:

Außerklinische Entbindungen in Berlin 2003 (Ereignisprinzip)
nach Bezirken und ausgewählten Merkmalen

Tabelle 7.2.7 b:

Außerklinische Entbindungen in Berlin 2004 (Ereignisprinzip)
nach Bezirken und ausgewählten Merkmalen

Tabelle 7.2.8 a:

Geborene in Berlin 2003 (Ereignisprinzip)
nach Geschlecht, Geburtsgewicht, Geburtsort und Sterbefällen

Tabelle 7.2.8 b:

Geborene in Berlin 2004 (Ereignisprinzip)
nach Geschlecht, Geburtsgewicht, Geburtsort und Sterbefällen

Tabelle 7.2.9:

Inanspruchnahme und Leistungen des Sozialmedizinischen Dienstes für Eheberatung, Familienplanung und Schwangerschaft in
Berlin 1999 - 2005
nach Bereichen und Standorten

Tabelle 7.2.10:

Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen und beratene Frauen in Berlin 2000 - 2005
nach Staatsangehörigkeit und Träger

Tabelle 7.2.11:

Inanspruchnahme des Krankheitsfrüherkennungsprogramms für Kinder in Berlin 2001 - 2004

Tabelle 7.2.12:

Inanspruchnahme des Krankheitsfrüherkennungsprogramms für Kinder in Berlin 2004

nach Bezirken

Tabelle 7.2.13:

Kariesprävalenz und Kariesrisiko (DMF-T-Index) bei 12-Jährigen in Deutschland 2000 und 2004 nach Geschlecht und Bundesländern

Tabelle 7.2.14:

Von den Zahnärztlichen Diensten durchgeführte Karies-Prophylaxe bei Kindern: Gebisszustand der Kinder bei Erstuntersuchungen in Berlin in den Schuljahren 2000/2001 - 2004/2005

Tabelle 7.2.15:

Von den Zahnärztlichen Diensten durchgeführte Karies-Prophylaxe bei Kindern: Gebisszustand der Kinder bei Erstuntersuchungen in Berlin in den Schuljahren 2002/2003 - 2004/2005

nach Bezirken

Tabelle 7.2.16:

Von den Zahnärztlichen Diensten durchgeführte Karies-Prophylaxemaßnahmen, Anteil der erreichten Kinder, Schülerinnen und Schüler sowie Anzahl der Informationsveranstaltungen in Berlin in den Schuljahren 1996/1997 - 2004/2005 nach Einrichtungstyp

Tabelle 7.2.17:

Von den Zahnärztlichen Diensten durchgeführte Karies-Prophylaxemaßnahmen bei Kindern, Schülerinnen und Schülern in Berlin in den Schuljahren 2002/2003 - 2004/2005

nach Bezirken und Einrichtungstyp

Tabelle 7.2.18:

Impfquote bezüglich Poliomyelitis, Tetanus, Diphtherie, Hepatitis B, Haemophilus influenza b und Pertussis bei den untersuchten Schulanfängerinnen und Schulanfängern in Berlin 2001 - 2004

Tabelle 7.2.19:

Impfquote bezüglich Masern, Mumps und Röteln bei den untersuchten Schulanfängerinnen und Schulanfängern in Berlin 2001 - 2004

Tabelle 7.2.20:

Impfquote bezüglich Poliomyelitis, Tetanus, Diphtherie, Hepatitis B, Haemophilus influenza b und Pertussis bei den untersuchten Schulanfängerinnen und Schulanfängern in Berlin 2004

nach Bezirken

Tabelle 7.2.21:

Impfquote bezüglich Masern, Mumps und Röteln bei den untersuchten Schulanfängerinnen und Schulanfängern in Berlin 2004 nach Bezirken

Tabelle 7.2.22:

Durch den Kinder- und Jugendgesundheitsdienst (KJGD) festgestellter Durchimpfungsgrad bei den Schulentlassungsuntersuchungen in Berlin 2003 und 2004

nach Bezirken

Tabelle 7.2.23:

Erstkontakte des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes (KJGD) bei Familien mit Säuglingen in Berlin 2003 und 2004 nach Bezirken

Tabelle 7.2.24:

Inanspruchnahme und Leistungen des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes (KJGD) in Berlin 2003 und 2004

nach Bezirken

Tabelle 7.2.25:

In den Beratungsstellen für Risikokinder des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes (KJGD) betreute Kinder in Berlin 1995 - 2004 nach Altersgruppen und Staatsangehörigkeit

Tabelle 7.2.26:

Im Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst (KJpD) neu vorgestellte Kinder und Jugendliche in Berlin 1998 - 2004 nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Altersgruppen und Bezirken

Tabelle 7.2.27:

Beteiligung von GKV-Versicherten an Krebsfrüherkennungsuntersuchungen in Berlin 1996 - 2005

nach Geschlecht

Tabelle 7.2.28:

Beteiligung von GKV-Versicherten am Gesundheits-Check-up in Berlin 1996 - 2005

Tabelle 7.2.29:

Inanspruchnahme ambulanter ärztlicher und psychotherapeutischer Versorgung (nach § 72 SGB V und PsychThG) in Berlin 2001 - 2004

Tabelle 7.2.30:

Inanspruchnahme ambulanter vertragsärztlicher Versorgung (nach § 72 SGB V) in Berlin 2003 und 2004

nach Fachgruppen

Tabelle 7.2.31:

Struktur der abgerechneten ärztlichen Leistungsbereiche (ambulant) der Vertragsärztinnen/-ärzte in Berlin 2002 - 2004

Tabelle 7.2.32:

Inanspruchnahme ambulanter psychotherapeutischer Versorgung durch Psychotherapeutinnen/Psychotherapeuten (PT) und Ärztinnen/Ärzte (nach § 72 SGB V und PsychThG) in Berlin 2000 - 2004

Tabelle 7.2.33:

Im Sozialpsychiatrischen Dienst (SpD) untersuchte Personen in Berlin 2004
nach Geschlecht, ausgewählten Altersgruppen und Diagnosen

Tabelle 7.2.34:

Struktur der abgerechneten vertragszahnärztlichen Leistungsbereiche (ambulant) in Berlin 2002 - 2004

Tabelle 7.2.35:

Einsätze von Krankentransportwagen, Rettungswagen, Notarzteinsetzungsfahrzeugen und Notarztwagen in Berlin 2002 - 2004

Tabelle 7.2.36:

Leistungen des Ärztlichen Bereitschaftsdienstes der Kassenärztlichen Vereinigung Berlin 1995 - 2004

Tabelle 7.2.37:

Fallzahlen in den Erste-Hilfe-Stellen der Kassenärztlichen Vereinigung Berlin 1995 - 2004

Tabelle 7.2.38:

Durch Vertragsärztinnen/-ärzte versorgte Patienten (Fallzahlen) in den Erste-Hilfe-Stellen / Rettungsstellen in Krankenhäusern in Berlin 1997 - 2004 (Kooperationsverträge zwischen der Kassenärztlichen Vereinigung Berlin und Berliner Krankenhäusern)

Tabelle 7.2.39:

Behandlungsfälle (einschließlich Stundenfälle) sowie Berechnungs- und Belegungstage in Krankenhäusern in Berlin 1990 - 2004 nach Art des Krankenhauses

Tabelle 7.2.40:

Bettenauslastung und durchschnittliche Verweildauer in den Krankenhäusern in Berlin 1990 - 2004 nach Art des Krankenhauses

Tabelle 7.2.41:

Behandlungsfälle (einschließlich Stundenfälle), durchschnittliche Verweildauer und Bettenauslastung in allgemeinen Krankenhäusern in Berlin 1990 - 2004 nach Trägerbereichen

Tabelle 7.2.42:

Personaleinsatz in Krankenhäusern in Berlin 1991 - 2004

Tabelle 7.2.43:

Krankenhausthäufigkeit und durchschnittliche Verweildauer in Berlin 1998 - 2004 nach Fachabteilungen

Tabelle 7.2.44:

Bettenauslastung und durchschnittliche Verweildauer in Krankenhäusern in Berlin 1998 - 2004 nach Fachabteilungen

Tabelle 7.2.45:

Vor- und nachstationäre sowie teilstationäre Behandlungsfälle und teilstationäre Berechnungstage in Krankenhäusern in Berlin 2003 und 2004 nach Fachabteilungen

Tabelle 7.2.46:

Behandlungsfälle und durchschnittliche Verweildauer in Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen in Berlin 1998 - 2004 nach Fachabteilungen

Tabelle 7.2.47:

Personaleinsatz in Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen in Berlin 1998 - 2004

Tabelle 7.2.48:

Pflegebedürftige in Berlin am 15.12./31.12.2003 nach Art der Leistungen und Geschlecht

Tabelle 7.2.49:

Gewinnung von Blut und Blutbestandteilen in Deutschland 2000 - 2002

Tabelle 7.2.50:

Verbrauch von Blutprodukten in Deutschland 2000 - 2002

Kapitel 8

Tabelle 8.2.1:

Beschäftigte im Gesundheitswesen (soweit statistisch erfasst) in Berlin 2003 und 2004 nach Berufsgruppen, Tätigkeitsbereich und Geschlecht

Tabelle 8.2.2:

Ärztinnen und Ärzte in Berlin 2001 - 2004 (Stand: 31.12.) nach Art der Tätigkeit und Geschlecht

Tabelle 8.2.3:

Berufstätige Ärztinnen und Ärzte in Berlin 1997 - 2004 (Stand: 31.12.) nach Altersgruppen und ausgewählten Tätigkeitsbereichen

Tabelle 8.2.4:

Ärztinnen und Ärzte in Berlin 2001 - 2004 (Stand: 31.12.) nach Tätigkeitsbereich und ausgewählten Fachgebieten

Tabelle 8.2.5:

Zahnärztinnen und Zahnärzte in Berlin 1995 - 2004 (Stand: 31.12.) nach Tätigkeitsbereich, Geschlecht und Staatsangehörigkeit

Tabelle 8.2.6:

Psychotherapeutinnen/-therapeuten in Berlin 2001 - 2004 (Stand: 31.12.)
nach Geschlecht

Tabelle 8.2.7:

Im Krankenhaus, in Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen, in Pflegeeinrichtungen bzw. freiberuflich tätige Personen im Gesundheitswesen in Berlin 1995 - 2004 (Stand: 31.12.)
nach Tätigkeitsbereich und ausgewählten Berufsgruppen

Tabelle 8.2.8:

Mit vertragsärztlichem Versorgungsauftrag in ambulanten Einrichtungen tätige Ärztinnen/Ärzte und Psychotherapeutinnen/Psychotherapeuten in Berlin 2003 - 2005 (Stand: 01.01.)

Tabelle 8.2.9:

Ärztinnen und Ärzte in ambulanten Einrichtungen in Berlin 1992 - 2004 (Stand: 31.12.)
nach ausgewählten Gebietsbezeichnungen und Geschlecht

Tabelle 8.2.10:

Mit vertragsärztlichem Versorgungsauftrag in ambulanten Einrichtungen tätige Ärztinnen/Ärzte, Psychotherapeutinnen/Psychotherapeuten und Zahnärztinnen/Zahnärzte in Berlin 2003 - 2005 (Stand 01.01. bzw. 31.12.)
nach Bezirken

Tabelle 8.2.11:

Niedergelassene Ärztinnen/Ärzte und Zahnärztinnen/Zahnärzte in Berlin 2003 - 2004 (Stand: 31.12.)
nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Bezirken

Tabelle 8.2.12:

Zahnärztinnen/Zahnärzte und Kieferorthopädinnen/Kieferorthopäden in ambulanten Einrichtungen in Berlin 1995 - 2004 (Stand: 31.12.)
nach Geschlecht

Tabelle 8.2.13:

Mit vertragsärztlichem Versorgungsauftrag in ambulanten Einrichtungen tätige Psychotherapeutinnen/Psychotherapeuten in Berlin 2004 und 2005 (Stand: 01.01.)
nach Bezirken

Tabelle 8.2.14:

Ausgewählte niedergelassene bzw. freiberuflich tätige Personen im Gesundheitswesen in Berlin 1992 - 2004 (Stand: 31.12.)
nach Geschlecht, Bezirken und Berufsgruppen

Tabelle 8.2.15:

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ausgewählter Gesundheitsberufe im Berliner Gesundheits- und Sozialwesen 1999 - 2004 (Stand: 31.12.)
nach Klassifizierung der Berufe und der Wirtschaftszweige

Tabelle 8.2.16:

Beschäftigte in Krankenhäusern und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen in Berlin 1998 - 2004 (Stichtag: 31.12.)

Tabelle 8.2.17:

Ärztliches Personal der Krankenhäuser in Berlin am 31.12.2004
nach Gebietsbezeichnungen, Geschlecht, funktioneller Stellung und Teilzeitbeschäftigung

Tabelle 8.2.18:

Nichtärztliches Personal der Krankenhäuser in Berlin 1992 - 2004 (Stichtag: 31.12.)
nach Personalgruppen, Berufsbezeichnungen und Geschlecht

Tabelle 8.2.19:

Personal in Pflegeeinrichtungen in Berlin 1999 - 2003 (Stichtag: 15.12.)
nach Geschlecht, Beschäftigungsverhältnis, Berufsabschluss sowie Trägerbereich der Einrichtung

Tabelle 8.2.20:

Personal in Pflegeeinrichtungen in Berlin 2003 (Stichtag: 15.12.)
nach Geschlecht und Tätigkeitsbereich

Tabelle 8.2.21:

Personal in den Gesundheitsämtern in Berlin 1995 - 2004 (Stand: 31.12.)
nach Berufsgruppen, Beschäftigungsumfang und Geschlecht

Tabelle 8.2.22:

Apothekerinnen und Apotheker sowie weitere in Apotheken tätige Berufsgruppen in Berlin 1993 - 2004 (Stand: 31.12.)
nach Geschlecht und Tätigkeitsbereich

Kapitel 9

Tabelle 9.2.1:

Plätze und Lehrgangsteilnehmer/innen der Ausbildungsstätten für Berufe des Gesundheitswesens in Berlin 2004 und 2005 (Stand: 1. November)

Tabelle 9.2.2:

Anträge auf Zulassung zum Staatsexamen in den Gesundheitsfachberufen (einschließlich Wiederholungsanträge) in Berlin 1995 - 2004

Tabelle 9.2.3:

Staatliche Anerkennungen in den sozialpflegerischen Berufen Altenpflege, Heilerziehungspflege und Familienpflege in Berlin 1991 - 2004
nach Geschlecht und Alter

Tabelle 9.2.4:

Auszubildende Arzthelferinnen/-helfer und Zahnmedizinische Fachangestellte in Berlin 1991 bzw. 1993 - 2004

Tabelle 9.2.5:

Erteilte Erlaubnisse zum Führen der Berufsbezeichnung ausgewählter Gesundheitsfachberufe an Personen, die die entsprechende Berufsausbildung nicht in Deutschland absolviert haben, in Berlin 2003 und 2004

Tabelle 9.2.6:

Erteilte Approbationen in Berlin 1995 - 2004
nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit

Tabelle 9.2.7:

Erteilte Berufserlaubnisse in Berlin 1993 - 2004
nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit

Tabelle 9.2.8:

Erteilte Erlaubnisse zur Führung von Weiterbildungsbezeichnungen in Pflege- und Medizinalfachberufen in Berlin 1996 - 2004

Kapitel 10

Tabelle 10.2.1:

Ausgewählte Leistungsausgaben je Mitglied bei AOK Berlin im Vergleich zu Bundesdurchschnittswerten 2003 und 2004

Tabelle 10.2.2:

Anteil ausgewählter Leistungsausgaben an den Gesamtleistungsausgaben der AOK Berlin im Vergleich zu Bundesdurchschnittswerten 2003 und 2004

Tabelle 10.2.3:

Ausgewählte Leistungsausgaben je Mitglied im Verhältnis von GKV Ost 1) zu GKV West 2) sowie der AOK Berlin zu den Durchschnittswerten aller AOK'n der alten Bundesländer 2003 und 2004

Tabelle 10.2.4:

Ausgaben für Gesundheits- und Pflegeleistungen nach dem BSHG in Berlin 1995 - 2004
nach Hilfearten

Tabelle 10.2.5:

Empfänger/innen von Gesundheits- und Pflegeleistungen nach dem BSHG in Berlin 1996 - 2004 (Stand: 31.12.)
nach Hilfearten

Tabelle 10.2.6:

Krankenhilfe und Hilfe zur Pflege nach dem Bundesversorgungsgesetz-Kriegsopferfürsorge (BVG-KOF) in Berlin 1994 - 2004

Tabelle 10.2.7:

Pflegeelder, Sachleistungen und Rentenversicherungsbeiträge nach dem Landespflegegeldgesetz (LPfGG) (bis 2003: Gesetz über Pflegeleistungen (PflegeG)) in Berlin 1991 bis 2004

Tabelle 10.2.8 a:

Gewährte Fördermittel (in EUR) nach KHG/LKG und sonstige Zuschüsse für Krankenhäuser im Land Berlin zum Stichtag 31.12.2003

nachrichtlich: Betriebskostenzuschuss bzw. -zuwendungen für Ausbildungsstätten

Tabelle 10.2.8 b:

Gewährte Fördermittel (in EUR) nach KHG/LKG und sonstige Zuschüsse für Krankenhäuser im Land Berlin zum Stichtag 31.12.2004

nachrichtlich: Betriebskostenzuschuss bzw. -zuwendungen für Ausbildungsstätten

Tabelle 10.2.8 c:

Gewährte Fördermittel (in EUR) nach KHG/LKG und sonstige Zuschüsse für Krankenhäuser im Land Berlin zum Stichtag 31.12.2005

nachrichtlich: Betriebskostenzuschuss bzw. -zuwendungen für Ausbildungsstätten

Tabelle 10.2.9:

Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und mitversicherte Familienangehörige in Berlin 2004 und 2005 (Stichtag: 1. Juli)

nach Alter und Geschlecht

Tabelle 10.2.10:

Versichertenstruktur in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) 2003 - 2005 (Stichtag 1. Juli) und der privaten Krankenversicherung mit Stand April 2003 (Mikrozensus) in Berlin
nach Krankenkassen/Krankenversicherungen

Tabelle 10.2.11:

Versicherte in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) in Deutschland 2004 und 2005 (Stand 01.01.)
nach Mitgliedern, Familienversicherten, alten und neuen Bundesländern sowie Krankenkassenarten

Tabelle 10.2.12:

Anteile der Rentner/innen (KVdR-Mitglieder) an den Mitgliedern der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) in Deutschland 2000 - 2005 (Stichtag 01.01.)

nach Kassenarten

Tabelle 10.2.13:

Verteilung der Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und der GKV-Versicherten insgesamt auf die Kassenarten in Deutschland 2003 - 2005 (Stand: 01.01.)

nach alten und neuen Bundesländern

- Marktanteile in %

Tabelle 10.2.14:

Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und GKV-Versicherte insgesamt mit Wohnort in Berlin 1999 - 2005
(Stichtag: 01.07.)
nach Kassenarten

Tabelle 10.2.15:

Versichertenentwicklung bei AOK Berlin 1995 - 2005 und BKK Berlin 1995 - 2003 ((Halb-)Jahresdurchschnitt)

Tabelle 10.2.16:

Beitragsbemessungsgrenzen und Beitragssätze in der Sozialversicherung in Deutschland 1990 - 2005
nach alten und neuen Bundesländern

Tabelle 10.2.17:

Einnahmen und Ausgaben der gesetzlichen Sozialversicherung in Deutschland 1990, 1995 und 2000 - 2005

Tabelle 10.2.18:

Zahl der Krankenkassen und Beitragsentwicklung in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) 1999 - 2005
nach Kassenarten sowie alten und neuen Bundesländern

Tabelle 10.2.19:

Entwicklung der Beitragssätze und der beitragspflichtigen Einnahmen (jährliche Grundlohnnummen) je AKV-Mitglied in ausgewählten
Krankenversicherungen in Berlin 1990 - 2004

Tabelle 10.2.20:

Jährliche Grundlohnsummen der Berliner Krankenkassen je Mitglied im Vergleich zu Bundeswerten 1998 - 2004

Tabelle 10.2.21:

Risikostrukturausgleich (RSA) in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) in den alten und neuen Bundesländern 1996 - 2004
nach Kassenarten
- Transfersummen in Millionen EUR

Kapitel 11

Tabelle 11.2.1:

Kostenstrukturanalyse je Praxisinhaber einer Zahnarztpraxis in den alten und neuen Bundesländern 2001 und 2002

Tabelle 11.2.2:

Bereinigte Kosten und Kostenkennziffern der Berliner Krankenhäuser 1991 - 2004
nach Art und Träger des Krankenhauses

Tabelle 11.2.3 a:

Kosten und Kostenkennziffern der Krankenhäuser in Berlin 2003
nach Kostenarten sowie Art und Träger des Krankenhauses

Tabelle 11.2.3 b:

Kosten und Kostenkennziffern der Krankenhäuser in Berlin 2004
nach Kostenarten sowie Art und Träger des Krankenhauses

Tabelle 11.2.4:

Personalkosten der Krankenhäuser in Berlin 2003 und 2004
nach Personalgruppen sowie Art und Träger des Krankenhauses

Tabelle 11.2.5 a:

Grunddaten, Kosten und Kostenkennziffern der Krankenhäuser in Berlin 2003
nach Kostenarten und Krankenhausgrößenklassen

Tabelle 11.2.5 b:

Grunddaten, Kosten und Kostenkennziffern der Krankenhäuser in Berlin 2004
nach Kostenarten und Krankenhausgrößenklassen

Tabelle 11.2.6:

Aufwendungen für Leistungen zur Teilhabe in der gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland 2002 - 2004

Tabelle 11.2.7:

Durchschnittliche Vergütung für vollstationäre Langzeitpflege, Kurzzeitpflege und Tagespflege in Pflegeeinrichtungen in Berlin 2001
und 2003 (Stand: 15.12.)
nach Art der Vergütung und des Trägers

Tabelle 11.2.8:

Durchschnittliche Vergütung für Leistungen von stationären Pflegeeinrichtungen in Berlin am 15.12.2003
nach Art der Vergütung und Kapazitätsgrößenklassen (verfügbare Plätze) der Einrichtung

Tabelle 11.2.9:

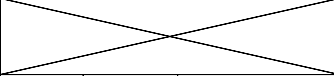
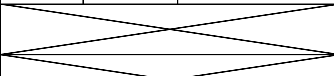
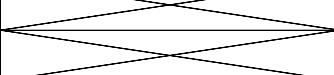
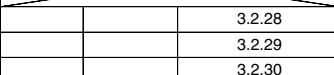
Pflegeeinrichtungen mit vollstationärer Langzeitpflege in Berlin am 15.12.2003
nach Art und Höhe der Vergütung (Größenklassen) und Kapazitätsgrößenklassen (verfügbare Plätze)

Tabelle 11.2.10:

Durchschnittliche Vergütung der vollstationären Langzeitpflege in Pflegeeinrichtungen in Deutschland 2001 und 2003 (Stand: 15.12.)
nach Bundesländern

Indikatorensetz für die Gesundheitsberichterstattung der Länder (dritte Fassung, 2003) in der Gesundheitsberichterstattung Berlin - Basisbericht 2005

Indikatorensetz für die Gesundheitsberichterstattung der Länder			Basisbericht 2005 ¹⁾			
Ind.-Nr.	Themenfeld / Abschnitt / Indikator	Ind.-art ²⁾	Schwerpunkt	Abb./Texttab.	Tabelle	Bemerkungen
2	Bevölkerung und bevölkerungsspezifische Rahmenbedingungen des Gesundheitssystems					
	<i>Bevölkerung</i>					
2.1	Bevölkerung nach Geschlecht, Land, im Zeitvergleich	K	2.1.1		2.2.1	
2.2	Ausländische Bevölkerung nach Geschlecht, Land, im Zeitvergleich	K			2.2.2	
2.3	Bevölkerung nach Alter und Geschlecht, Land, Jahr	K	2.1.1	Abb. 2.1	2.2.3	
2.4	Ausländische Bevölkerung nach Alter und Geschlecht, Land, Jahr	K	2.1.1	Abb. 2.2	2.2.4	
2.5	Bevölkerung nach Geschlecht, Land im Regionalvergleich, Jahr	L			2.2.3	
2.6	Ausländische Bevölkerung nach Geschlecht, Land im Regionalvergleich, Jahr	L	2.1.1		2.2.4	
2.7	Altersstruktur der Bevölkerung, Land im Regionalvergleich, Jahr	L	2.1.1	Abb. 2.3	2.2.6	
2.8	Mädchen- und Frauenanteil in der Bevölkerung nach Alter, Land im Regionalvergleich, Jahr	L			2.2.8	
2.9	Bevölkerungsentwicklung, Land, im Zeitvergleich	K			2.2.9	
2.10	Lebendgeborene, Land, im Zeitvergleich	K	2.1.1	Abb. 2.4, 2.8	2.2.10	
2.11	Wanderungen der Bevölkerung, Land im Regionalvergleich, Jahr	L			2.2.12	
2.12	Bevölkerung am 31.12.20.. und Prognose 20.. nach Staatsangehörigkeit und Lastenquotienten, Land im Regionalvergleich, Jahr	L	2.1.1	Abb. 2.5, 2.6	aktuelle Prognosedaten siehe Tab. 2.2.13, Basisbericht 2003/2004	
	<i>Wirtschaftliche und soziale Lage</i>					
2.13	Höchster allgemeiner Schulabschluss (Auswahl) der Bevölkerung nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit, Land, im Zeitvergleich	K			2.2.13	
2.14	Höchster berufsbildender Abschluss (Auswahl) der ab 25-jährigen Bevölkerung nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit, Land, im Zeitvergleich	K			2.2.14	
2.15	Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte, Land, im Zeitvergleich	K			2.2.15	
2.16	Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte, Land im Regionalvergleich, Jahr	L	X			auf Bezirksebene keine Daten verfügbar
2.17	Monatliches Nettoeinkommen von Familien, Land, Jahr	K			2.2.16	
2.18	Erwerbstätige nach Geschlecht, Land im Regionalvergleich, Jahr	L			2.2.17	
2.19	Alleinerziehende mit Kindern bis 17 Jahre, Land, im Zeitvergleich	K	2.1.2	Abb. 2.7, 2.9	2.2.18	
2.20	Arbeitslose (Jahresdurchschnitt) nach Geschlecht, Land, im Zeitvergleich	K	(8.1.1)	(Tab. 8.1)	2.2.19	
2.21	Arbeitslose (Jahresdurchschnitt) nach Geschlecht, Land im Regionalvergleich, Jahr	L			2.2.20	
2.22	Empfänger von ausgewählten öffentlichen Sozialleistungen nach Alter und Geschlecht, Land, Jahr	K			2.2.21, 2.2.22	
2.23	Empfänger von ausgewählten öffentlichen Sozialleistungen nach Geschlecht, Land im Regionalvergleich, Jahr	L			2.2.21, 2.2.22	
2.24	Wohngeldempfänger (Haushalte), Land im Regionalvergleich, Jahre	L			2.2.23	
3	Gesundheitszustand der Bevölkerung					
	Allgemeine Übersicht zur Mortalität und Morbidität					
	<i>Allgemeine Mortalität</i>					
3.1	Sterbefälle nach Geschlecht, Land, im Zeitvergleich	K	3.1.1.1		3.2.1	
3.2	Sterbefälle nach Hauptdiagnosegruppen und Geschlecht, Land, Jahr	L	3.1.1.1		3.2.2, 3.2.2 a	
3.3	Sterbefälle der deutschen Bevölkerung nach Geschlecht, Land, im Zeitvergleich	L			3.2.3, 3.2.3 a	
3.4	Sterbefälle der ausländischen Bevölkerung nach Geschlecht, Land, im Zeitvergleich	L			3.2.3, 3.2.3 a	
3.5	Vorzeitige Sterblichkeit (bis zum Alter von 64 Jahren) nach Geschlecht, Land, im Zeitvergleich	K			3.2.1	
3.6	Sterbefälle je 100 000 Einwohner nach Alter und Geschlecht, Land, Jahre	K	3.1.1.1	Abb. 3.5	3.2.4, 3.2.4 a	
3.7	Sterbefälle nach Geschlecht, Land im Regionalvergleich, Jahr	L			3.2.5	
3.8	Häufigste Todesursachen (ICD-Klassen) nach Alter und Geschlecht, Land, 3-Jahres-Mittelwert	K			3.2.6, 3.2.6a	Auswertung nach Einzeldiagnosen
	<i>Abgeleitete Indikatoren</i>					
3.9	Lebenserwartung nach Alter und Geschlecht, Land, Jahre	K			3.2.7	
3.10	Lebenserwartung nach Geschlecht, Land im Regionalvergleich, Jahr	L	3.1.1.1	Abb. 3.1	3.2.8	

Indikatorensetz für die Gesundheitsberichterstattung der Länder			Basisbericht 2005 ¹⁾			
Ind.-Nr.	Themenfeld / Abschnitt / Indikator	Ind.-art ²⁾	Schwerpunkt	Abb./Texttab.	Tabelle	Bemerkungen
3.11	Lebenserwartung ohne Behinderung nach Alter und Geschlecht, Land, Jahr	K				keine aktuellen Daten, da 2-jährliche Erhebung
3.12	Anzahl der durch Tod vor Vollendung des 65. Lebensjahres verlorenen Lebensjahre (PYLL) nach Todesursachen und Geschlecht, Land, Jahr	K			3.2.9	
3.13	Vermeidbare Sterbefälle nach ausgewählten Diagnosen und Geschlecht, Land, Jahr	L	3.1.1.1, (4.1.1)		3.2.10, 3.2.12, 3.2.13	
3.14	Vermeidbare Sterbefälle nach ausgewählten Diagnosen, Land im Regionalvergleich, 5-Jahres-Mittelwert	L	(4.1.1)		3.2.14	
<i>Allgemeine Morbidität</i>						
3.15	Selbsteinschätzung des Gesundheitszustandes nach Alter und Geschlecht, Deutschland/Land, 1998	B(L)			3.2.15	Telefonischer Gesundheitssurvey 2003/2004 des RKI
3.16	Einschätzung von Schwierigkeiten in den vergangenen vier Wochen aufgrund körperlicher bzw. seelischer Probleme nach Alter und Geschlecht, Deutschland/Land, 1998	B(L)			3.2.18	
3.17	Beeinträchtigung der sozialen Rollenfunktion durch eingeschränkte körperliche Gesundheit oder seelische Beschwerden innerhalb der letzten vier Wochen nach Alter und Geschlecht, Deutschland/Land, 1998	B(L)			3.2.16	
3.18	Verteilung der häufigsten genannten Krankheiten nach Alter und Geschlecht, Deutschland/Land, 1998	B(L)			3.2.17	
3.19	Die häufigsten Diagnosen in der allgemeinärztlichen Praxis nach Geschlecht, Deutschland/Land, Jahr	B(L)			3.2.19	
3.20	Die häufigsten Diagnosen in der Frauenarztpraxis, Deutschland/Land, Jahr	B(L)			3.2.19a	
3.21	Die häufigsten Diagnosen in der Kinderarztpraxis nach Geschlecht, Deutschland/Land, Jahr	B(L)	3.1.1.2	Abb. 3.6	3.2.19b	
3.22	Die häufigsten Diagnosen in der orthopädischen Praxis nach Geschlecht, Deutschland/Land, Jahr	B(L)			3.2.19c	
3.23	Die häufigsten Diagnosen in der nervenärztlichen Praxis nach Geschlecht, Deutschland/Land, Jahr	B(L)			3.2.19d	
3.24	Krankenhausfälle nach Geschlecht, Land, im Zeitvergleich	K			3.2.20; 3.2.20a, 3.2.21, 3.2.21a	
3.25	Krankenhausfälle nach Alter und Geschlecht, Land, Jahr	K	3.1.1.2	Abb. 3.7	3.2.22, 3.2.22a, 3.2.22b, 3.2.22c, 3.2.22e, 3.2.22f, 3.2.23, 3.2.24	
3.26	Krankenhausfälle nach Hauptdiagnosegruppen und Geschlecht, Land, Jahr	L			3.2.26, 3.2.26a	
3.27	Krankenhausfälle nach Geschlecht, Land im Regionalvergleich, Jahr	L	3.1.1.2	Abb. 3.8	3.2.21b, 3.2.21c	
3.28	Arbeitsunfähigkeitsfälle, Arbeitsunfähigkeitstage und Krankenstand der GKV-Pflichtmitglieder nach Geschlecht, Deutschland, im Zeitvergleich	B				für Berlin keine Daten verfügbar
3.29	Arbeitsunfähigkeitsfälle und Arbeitsunfähigkeitstage der GKV-Pflichtmitglieder nach Alter und Geschlecht, Deutschland, Jahr	B				
3.30	Arbeitsunfähigkeitsfälle der GKV-Pflichtmitglieder nach Hauptdiagnosegruppen und Geschlecht, Deutschland, Jahr	B				
3.31	Arbeits- und Wegeunfälle, Land, im Zeitvergleich	K			3.2.28	
3.32	Angezeigte und anerkannte Berufskrankheiten, Land, Jahr	K			3.2.29	
3.33	Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und sonstige Leistungen zur Teilhabe nach Geschlecht, Land, im Zeitvergleich	K			3.2.30	
3.34	Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und sonstige Leistungen zur Teilhabe nach Alter und Geschlecht, Land, Jahr	K			3.2.31	
3.35	Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und sonstige Leistungen zur Teilhabe nach Hauptdiagnosegruppen und Geschlecht, Land, Jahr	L			3.2.32	
3.36	Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und sonstige Leistungen zur Teilhabe nach Geschlecht, Land im Regionalvergleich, Jahr	L			3.2.30a	
3.37	Rentenzugänge und -bestand wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nach Geschlecht, Land, im Zeitvergleich	K			3.2.33	
3.38	Rentenzugänge und -bestand wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nach Alter und Geschlecht, Land, Jahr	K			3.2.34, 3.2.34a	
3.39	Rentenzugänge und -bestand wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nach Hauptdiagnosegruppen und Geschlecht, Land, Jahr	L			3.2.35	
3.40	Rentenzugänge und -bestand wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nach Geschlecht, Land im Regionalvergleich, Jahr	L			3.2.33a, 3.2.33b	

Indikatorensetz für die Gesundheitsberichterstattung der Länder			Basisbericht 2005 ¹⁾			
Ind.-Nr.	Themenfeld / Abschnitt / Indikator	Ind.-art ²⁾	Schwerpunkt	Abb./Texttab.	Tabelle	Bemerkungen
3.41	Schwerbehinderte (Grad der Behinderung von 50 und mehr) nach Geschlecht, Land, im Zeitvergleich	K	3.1.1.2	Abb. 3.9		keine aktuellen Daten, da 2-jährliche Erhebung (letzter Stand siehe Tab. 3.2.37 - 3.2.43, Basisbericht 2003/2004)
3.42	Schwerbehinderte (Grad der Behinderung von 50 und mehr) nach Alter und Geschlecht, Land, Jahr	K				
3.43	Schwerbehinderte (Grad der Behinderung von 50 und mehr) nach Art der schwersten Behinderung und Geschlecht, Land, Jahr	K				
3.44	Schwerbehinderte nach dem Grad der Behinderung und Geschlecht, Land, Jahr	K				
3.45	Schwerbehinderte (Grad der Behinderung von 50 und mehr) nach Geschlecht, Land im Regionalvergleich, Jahr	L				
3.46	Pflegebedürftige nach Geschlecht, Land, im Zeitvergleich	K	3.1.1.2			
3.47	Pflegebedürftige nach Alter und Geschlecht, Land, Jahr	K	3.1.1.2			
3.48	Pflegebedürftige nach Pflegestufen und Art der Pflege, Land, Jahr	K	3.1.1.2			
3.49	Pflegebedürftige nach Geschlecht, Land im Regionalvergleich, Jahr	L				
Krankheiten / Krankheitsgruppen						
<i>Gesundheitszustand von Säuglingen und Vorschulkindern</i>						
3.50	Lebendgeborene nach Geburtsgewicht, Land, im Zeitvergleich	K			3.2.36	
3.51	Lebendgeborene nach Geburtsgewicht, Land im Regionalvergleich, Jahr	L			3.2.37	
3.52	Angeborene Fehlbildungen, Land, im Zeitvergleich	K			3.2.38	keine Daten aus Perinatalerhebung verfügbar
3.53	Säuglingssterbefälle nach Neonatal- und Postneonatalsterblichkeit, Land, im Zeitvergleich	K	3.1.1.1	Abb. 3.3	3.2.39	
3.54	Säuglingssterblichkeit im ersten Lebensjahr je 1 000 Lebendgeborene, Land im Regionalvergleich, 3-Jahres-Mittelwerte	L	3.1.1.1	Abb. 3.4	3.2.40	
3.55	Perinatale Sterbefälle, Land, im Zeitvergleich	K	3.1.1.1		3.2.41, 3.2.42	
3.56	Häufigste Todesursachen von Säuglingen, darunter plötzlicher Kindstod, nach Geschlecht, Land, Jahr	L			3.2.44, 3.2.44a	
3.57	Befunde bei Einschulungsuntersuchungen nach Geschlecht, Land, Jahr	L	4.1.1.1		3.2.45	
<i>Infektionskrankheiten</i>						
3.58	Meldepflichtige Infektionserkrankungen nach dem Infektionsschutzgesetz, nach Geschlecht, Land, im Zeitvergleich	K	3.1.1.2	Tab. 3.1	3.2.46	
3.59	Meldepflichtige Infektionserkrankungen nach dem Infektionsschutzgesetz, nach Geschlecht, Land, Jahr	K			3.2.47	
3.60	Krankenhausfälle infolge von Infektionskrankheiten nach Alter und Geschlecht, Land, Jahr	L			3.2.51, 3.2.51a	
3.61	Neuerkrankungen an bakteriell gesicherter Lungentuberkulose, Deutsche und Ausländer, Land, im Zeitvergleich	L			3.2.52, 3.2.52a	
3.62	Neuerkrankungen an bakteriell gesicherter Lungentuberkulose, Land im Regionalvergleich, Jahr	L			3.2.52b	
3.63	AIDS-Erkrankte nach Betroffenenengruppen und Geschlecht, Land, Diagnosejahre	K			3.2.54	
3.64	Gemeldete gesicherte HIV-Erstdiagnosen nach Betroffenenengruppen und Geschlecht, Land, Diagnosejahre	L			3.2.55	
3.65	Gestorbene infolge von Infektionskrankheiten nach Alter und Geschlecht, Land, Jahr	L			3.2.56	
<i>Bösartige Neubildungen</i>						
3.66	Bösartige Neubildungen nach Geschlecht, Land, im Zeitvergleich	K	3.1.1.2		3.2.57, 3.2.57a	
3.67	Gemeldete Neuerkrankungen an bösartigen Neubildungen nach Geschlecht, Land, im Zeitvergleich	K			3.2.58	
3.68	Gemeldete Neuerkrankungen an bösartigen Neubildungen nach Alter und Geschlecht, Land, Jahr	K			3.2.59, 3.2.59a	
3.69	Gemeldete Neuerkrankungen an ausgewählten bösartigen Neubildungen nach Geschlecht, Land, Jahr	K			3.2.60	
3.70	Gemeldete Neuerkrankungen an bösartigen Neubildungen der Lunge nach Alter und Geschlecht, Land, Jahr	L			3.2.61, 3.2.61a	
3.71	Gemeldete Neuerkrankungen an bösartigen Neubildungen der weiblichen Brustdrüse nach Alter, Land, Jahre	L			3.2.62, 3.2.62a	
3.72	Gemeldete Neuerkrankungen an bösartigen Neubildungen der Prostata nach Alter, Land, Jahre	L			3.2.62, 3.2.62a	
3.73	Krankenhausfälle infolge bösartiger Neubildungen nach Alter und Geschlecht, Land, Jahr	L			3.2.63, 3.2.63a	
3.74	Arbeitsunfähigkeitsfälle infolge ausgewählter bösartiger Neubildungen bei den GKV-Pflichtmitgliedern nach Alter und Geschlecht, Land, Jahr	L				für Berlin keine Daten verfügbar
3.75	Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und sonstige Leistungen zur Teilhabe infolge von ausgewählten bösartigen Neubildungen nach Alter und Geschlecht, Land, Jahr	L			3.2.64	

Indikatorensetz für die Gesundheitsberichterstattung der Länder		Basisbericht 2005 ¹⁾				
Ind.-Nr.	Themenfeld / Abschnitt / Indikator	Ind.-art ²⁾	Schwerpunkt	Abb./Texttab.	Tabelle	Bemerkungen
6.19	Ambulante Pflegeeinrichtungen nach Art, Zahl der Pflegebedürftigen (Größenklassen) und Träger, Land, Jahr	L	(6.1.8)		6.2.22	
6.20	Stationäre Pflegeeinrichtungen nach Art, verfügbaren Plätzen und Träger, Land, Jahr	L	(6.1.8)		6.2.23	
<i>Weitere Einrichtungen des Gesundheitswesens</i>						
6.21	Apotheken, Land im Regionalvergleich, Jahr	L			6.2.24	
6.22	Bestand an medizinisch-technischen Großgeräten in Krankenhäusern und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen, Land, Jahr	L			6.2.25	
7 Inanspruchnahme von Leistungen der Gesundheitsförderung und der Gesundheitsversorgung						
<i>Inanspruchnahme/Leistungen der Gesundheitsförderung und Früherkennung von Krankheiten</i>						
7.1	Inanspruchnahme von Beratungen zur Familienplanung und bei Schwangerschaftskonflikten (§ 2 und §§ 5 – 6 des Schwangerschaftskonfliktgesetzes), Land, Jahr	L			7.2.1	
7.2	Schwangerschaftsabbrüche nach Alter, Land, Jahr	K			7.2.2	
7.3	Inanspruchnahme der Schwangeren-Vorsorgeuntersuchungen nach Teilnahmehäufigkeit, Land, im Zeitvergleich	K	X			für Berlin keine Daten verfügbar
7.4	Schwangeren-Vorsorgeuntersuchungen nach dem Zeitpunkt der ersten Inanspruchnahme, Land, im Zeitvergleich	K				
7.5	Inanspruchnahme des Krankheitsfrüherkennungsprogramms für Kinder, Land, im Zeitvergleich	K	7.1.8		7.2.11	
7.6	Inanspruchnahme des Krankheitsfrüherkennungsprogramms für Kinder, Land im Regionalvergleich, Jahr	L	7.1.8	Abb. 7.2	7.2.12	
7.7	Karies-Prophylaxe bei Kindern: Gebisszustand der Kinder bei Erstuntersuchungen, Land, im Zeitvergleich, Schuljahre	K			7.2.14	
7.8	Karies-Prophylaxe bei Kindern: Gebisszustand der Kinder bei Erstuntersuchungen, Land im Regionalvergleich, Schuljahr	L			7.2.15	
7.9	Art der Karies-Prophylaxemaßnahmen und Anteil der erreichten Kinder nach Einrichtungstyp sowie Anzahl der Informationsveranstaltungen, Land, Schuljahr	K			7.2.16	
7.10	Anteil der durch Karies-Prophylaxemaßnahmen erreichten Kinder nach Einrichtungstyp, Land im Regionalvergleich, Schuljahr	L			7.2.17	
7.11	Impfquote bezüglich Poliomyelitis, Tetanus, Diphtherie, Hepatitis B, Haemophilus influenzae b und Pertussis bei Schulanfängern, Land, im Zeitvergleich	K	7.1.8, (7.1.6)	Abb. 7.3	7.2.18	
7.12	Impfquote bezüglich Masern, Mumps und Röteln bei Schulanfängern, Land, im Zeitvergleich	K	7.1.8, (7.1.6)	Abb. 7.3	7.2.19	
7.13	Impfquote bezüglich Poliomyelitis, Tetanus, Diphtherie, Hepatitis B, Haemophilus influenzae b und Pertussis bei Schulanfängern, Land im Regionalvergleich, Schuljahr	L	(7.1.6)		7.2.20	
7.14	Impfquote bezüglich Masern, Mumps und Röteln bei Schulanfängern, Land im Regionalvergleich, Schuljahr	L	(7.1.6)		7.2.21	
7.15	Inanspruchnahme von Jugendarbeitsschutzuntersuchungen, Land, im Zeitvergleich	L	X			für Berlin keine Daten verfügbar
7.16	Beteiligung an Krebsfrüherkennungsuntersuchungen nach Geschlecht, Land, im Zeitvergleich	K			7.2.27	
7.17	Beteiligung am Gesundheits-Check-up bei Frauen und Männern nach Geschlecht, Land, im Zeitvergleich	L			7.2.28	
7.18	Arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen, Land, Jahr	L	X			für Berlin keine Daten verfügbar
<i>Inanspruchnahme/Leistungen der ambulanten Versorgung</i>						
7.19	Inanspruchnahme ambulanter ärztlicher und psychotherapeutischer Leistungen (Behandlungsfälle), Land, im Zeitvergleich	K	(6.1.1, 7.1.11, 10.1.1)	(Tab. 7.3 - 7.6)	7.2.29	
7.20	Ambulante vertragsärztliche Versorgung nach Fachgruppen, Land, Jahr	K	3.1.1.2, (10.1.1)	Abb. 3.6	7.2.30	
7.21	Struktur der abgerechneten ärztlichen Leistungsbereiche (ambulant) der Vertragsärzte, Land, Jahre	L			7.2.31	
7.22	Ambulante Behandlungsfälle der ärztlichen und psychologischen Psychotherapeuten, Land, Jahre	L	(7.1.11)	(Tab. 7.3 - 7.6)	7.2.32	
7.23	Leistungen für Klienten der sozialpsychiatrischen Dienste, Land, Jahr	L	(7.1.10)		(7.2.33)	
7.24	Struktur der abgerechneten zahnärztlichen Leistungsbereiche (ambulant) der Vertragszahnärzte, Land, Jahr	K			7.2.34	
7.25	Einsätze von Krankentransport-, Rettungswagen, Notarzteinsatzfahrzeugen und Notarztwagen, Land im Regionalvergleich, Jahr	L			7.2.35	

Indikatorensetz für die Gesundheitsberichterstattung der Länder			Basisbericht 2005 ¹⁾			
Ind.-Nr.	Themenfeld / Abschnitt / Indikator	Ind.-art ²⁾	Schwerpunkt	Abb./Texttab.	Tabelle	Bemerkungen
<i>Inanspruchnahme/Leistungen der stationären/teilstationären Versorgung</i>						
7.26	Krankenhausfälle (ohne Stundenfälle) sowie Belegungs- und Berechnungstage, Land, im Zeitvergleich	K			7.2.39	
7.27	Bettenauslastung und durchschnittliche Verweildauer in Krankenhäusern, Land, im Zeitvergleich	K			7.2.40	
7.28	Personaleinsatz in Krankenhäusern, Land, im Zeitvergleich	K	(7.1.12)	(Tab. 7.7 - 7.9, Abb. 7.5 - 7.9)	7.2.42	
7.29	Krankenhaushäufigkeit und durchschnittliche Verweildauer nach Fachabteilungen, Land, Jahre	K			7.2.43	
7.30	Herzchirurgische Eingriffe, Land, im Zeitvergleich	L				für Berlin keine Daten verfügbar
7.31	Behandlungsfälle und Verweildauer in Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen, Land, im Zeitvergleich	K			7.2.46	
7.32	Personaleinsatz in Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen, Land, im Zeitvergleich	L			7.2.47	
<i>Inanspruchnahme/Leistungen der Versorgung in Pflegeeinrichtungen</i>						
7.33	Pflegebedürftige nach Art der Leistungen und Geschlecht, Land, Jahr	K			7.2.48	
7.34	Pflegegeldempfänger nach Pflegestufen und Geschlecht, Land im Regionalvergleich, Jahr	L				auf Bezirksebene keine Daten nach PflegeStatV verfügbar
7.35	Von ambulanten Pflegeeinrichtungen betreute Pflegebedürftige nach Pflegestufen und Geschlecht, Land im Regionalvergleich, Jahr	L				
7.36	In stationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen betreute Pflegebedürftige nach Pflegestufen und Geschlecht, Land im Regionalvergleich, Jahr	L				
<i>Sonstiger medizinischer Bedarf</i>						
7.37	Gewinnung von Blut und Blutbestandteilen, Deutschland, im Zeitvergleich	B			7.2.49	
7.38	Verbrauch von Blutprodukten, Deutschland, Jahr	B			7.2.50	
8	Beschäftigte im Gesundheitswesen					
<i>Gesundheitspersonal</i>						
8.1	Beschäftigte im Gesundheitswesen in % der Beschäftigten insgesamt (Beschäftigungsquote), Deutschland/Land, im Zeitvergleich	B(L)	8.1.1		8.2.1	für Berlin keine Daten aus der Gesundheitspersonalrechnung verfügbar
8.2	Beschäftigte im Gesundheitswesen nach Einrichtungen und Art der Beschäftigung, Deutschland/Land, im Zeitvergleich	B(L)	8.1.1		8.2.1	
8.3	Beschäftigte im Gesundheitswesen nach Einrichtungen und Art der Beschäftigung, Deutschland/Land, Jahr	B(L)				
8.4	Beschäftigte im Gesundheitswesen nach Berufen und Einrichtungen, Deutschland/Land, Jahr	B(L)				
<i>Personal in ambulanten Einrichtungen</i>						
8.5	Ärztinnen und Ärzte nach Einrichtungen und Geschlecht, Land, im Zeitvergleich	K	8.1.1	Abb. 8.1	8.2.2	
8.6	Ärztinnen und Ärzte nach Alter und Einrichtungen, Land, Jahre	K	8.1.1	Abb. 8.2, 8.3	8.2.3	
8.7	Ärztinnen und Ärzte in ambulanten Einrichtungen, Land, im Zeitvergleich	K			8.2.8	
8.8	Ärztinnen/Ärzte und Zahnärztinnen/Zahnärzte in ambulanten Einrichtungen, Land im Regionalvergleich, Jahr	L			8.2.10	
8.9	Ärztinnen und Ärzte in ambulanten Einrichtungen nach ausgewählten Gebietsbezeichnungen und Geschlecht, Land, im Zeitvergleich	K			8.2.9	
8.10	Zahnärztinnen und Zahnärzte nach Einrichtungen und Geschlecht, Land, im Zeitvergleich	K			8.2.5	
8.11	Zahnärztinnen und Zahnärzte in ambulanten Einrichtungen nach Geschlecht, Land, im Zeitvergleich	K			8.2.12	
8.12	Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten nach Einrichtungen, Land, im Zeitvergleich	L			8.2.6	
8.13	Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten in ambulanten Einrichtungen, Land im Regionalvergleich, Jahr	L			8.2.13	
8.14	Ausgewählte Berufe der übrigen Gesundheitsdienstberufe in ambulanten Einrichtungen nach Geschlecht, Deutschland/Land, im Zeitvergleich	B(L)	8.1.1		8.2.15	
8.15	Physiotherapeutinnen/Physiotherapeuten, Masseurinnen/Masseur, med. Bademeisterinnen/Bademeister in ambulanten Einrichtungen nach Geschlecht, Land im Regionalvergleich, Jahr	L			8.2.15	
8.16	Heilpraktikerinnen und Heilpraktiker nach Geschlecht, Land im Regionalvergleich, im Zeitvergleich	L			8.2.14	
<i>Personal in stationären und teilstationären Einrichtungen</i>						
8.17	Ärztinnen und Ärzte in Krankenhäusern nach Geschlecht, Land, im Zeitvergleich	K			6.2.16, 8.2.16	
8.18	Personal im Pflegedienst in Krankenhäusern nach Berufen und Geschlecht, Land, im Zeitvergleich	K			8.2.18	

Indikatorensetz für die Gesundheitsberichterstattung der Länder		Basisbericht 2005 ¹⁾				
Ind.-Nr.	Themenfeld / Abschnitt / Indikator	Ind.-art ²⁾	Schwerpunkt	Abb./Texttab.	Tabelle	Bemerkungen
<i>Indikatoren zur Sozialversicherung</i>						
10.16	Zuzahlungen der privaten Haushalte nach Leistungsbereichen in der gesetzlichen Krankenversicherung, Land, Jahre	L				für Berlin keine Daten verfügbar
10.17	Krankenversicherungsschutz der Bevölkerung, Land, im Zeitvergleich	L				keine aktuellen Daten, da 4-jährliche Erhebung
10.18	Mitglieder und mitversicherte Familienangehörige der gesetzlichen Krankenversicherung nach Alter und Geschlecht, Land, Jahr	L	10.1.1		10.2.9	
10.19	Versichertenstruktur nach Krankenkassen/Krankenversicherungen, Land, Jahr	L	10.1.1		10.2.10 (10.2.11 - 10.2.15)	
10.20	Entwicklung der Beitragssätze in der Sozialversicherung, Deutschland/Land, im Zeitvergleich	B(L)	10.1.1		10.2.16	
10.21	Einnahmen und Ausgaben der gesetzlichen Sozialversicherung, Deutschland/Land, im Zeitvergleich	L	10.1.1		10.2.17	Daten auf Bundesebene, keine Daten für Berlin verfügbar
10.22	Entwicklung der Beitrags- und sonstigen Einnahmen in der gesetzlichen Krankenversicherung nach Versichertengruppen, Deutschland (alte und neue Bundesländer), im Zeitvergleich	B	10.1.1		(10.2.20)	
10.23	Entwicklung der Beitragssätze und der beitragspflichtigen Einnahmen in der GKV insgesamt und in ausgewählten Krankenversicherungen, Deutschland (alte und neue Bundesländer), im Zeitvergleich	B	10.1.1		10.2.18, 10.2.19	
<i>Gesundheitsökonomische Basisdaten</i>						
10.24	Import-/Export-Saldo im Gesundheitswesen nach Einrichtungen, Land, Jahr	L				für Berlin keine Daten aus der Gesundheitsausgabenrechnung verfügbar
10.25	Bruttowertschöpfung im Gesundheitswesen, Deutschland/Land, im Zeitvergleich	B(L)				
<i>Einkommensleistungen nach Ausgabenträgern</i>						
10.26	Einkommensleistungen nach Ausgabenträgern, Deutschland/Land, Jahre	B(L)				für Berlin keine Daten aus der Gesundheitsausgabenrechnung verfügbar
11	Kosten					
<i>Kostenstruktur von ambulanten Gesundheitseinrichtungen</i>						
11.1	Kostenstrukturanalyse in der Arztpraxis, ausgewählte Berufe, Deutschland (alte Bundesländer), Drei-Jahres-Mittelwerte	K				Daten auf Bundesebene, keine Daten für Berlin verfügbar
11.2	Kostenstrukturanalyse je Praxisinhaber einer Zahnarztpraxis, alte bzw. neue Bundesländer, Jahre	K			11.2.1	
11.3	Kostenstrukturanalyse ambulant tätiger Psychotherapeuten, Deutschland (alte Bundesländer), Jahr	K				
<i>Kostenstruktur von Krankenhäusern</i>						
11.4	Kosten der allgemeinen Krankenhäuser nach Kostenarten und Krankenhausgrößenklassen, Land, Jahr	K			11.2.5a, 11.2.5b, (11.2.2 - 11.2.4)	
11.5	Kosten der sonstigen Krankenhäuser nach Kostenarten und Krankenhausgrößenklassen, Land, Jahr	K			11.2.5a, 11.2.5b, (11.2.2 - 11.2.4)	
11.6	DRG-Fallpauschalen: Erlöse und Leistungen, Land, im Zeitvergleich	K				noch keine Daten verfügbar
<i>Aufwendungen für Rehabilitation u. Pflege</i>						
11.7	Aufwendungen für Leistungen zur Teilhabe in der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV), Deutschland, Jahr	B			11.2.6	Daten auf Bundesebene, keine Daten für Berlin verfügbar
<i>Aufwendungen für Pflegeleistungen</i>						
11.8	Durchschnittliche Vergütung für vollstationäre Dauer- und Kurzzeitpflege in Pflegeheimen nach Art der Vergütung und des Trägers, Land, Jahr	K	11.1.1	Abb. 11.1, 11.2, Tab. 11.1	11.2.7, (11.2.8 - 11.2.10)	

¹⁾ In Klammern gesetzte Schwerpunkte, Abbildungen oder (Text-)Tabellen behandeln das Thema, beinhalten jedoch nicht die Daten des Indikators.

²⁾ K = Kernindikator
L = Länderindikator
B = Bundesindikator

Erläuterungen

Ärztinnen/Ärzte im Praktikum (AiPs)

Die Ausbildungsphase „Arzt im Praktikum“ ist durch das Gesetz zur Änderung der Bundesärzterordnung und anderer Gesetze vom 21. Juli 2004 ab 1. Oktober 2004 für Studierende der Medizin weggefallen. Vor dem 1. Oktober 2004 waren AiPs Ärzte mit Berufserlaubnis, denen die Approbation erst erteilt wurde, wenn sie nach bestandenen Examen 18 Monate lang berufspraktisch gearbeitet hatten. Mit der Neuregelung kann nach erfolgreicher Ablegung der Ärztlichen Prüfung die Approbation als Ärztin oder Arzt beantragt werden (vgl. Themenfeld 9, Schwerpunkt 9.1.2 - Wegfall der Ausbildungsphase ‚Arzt im Praktikum‘).

Ärztinnen/Ärzte mit Gebietsbezeichnung

Ärzte mit abgeschlossener Fachausbildung, die auf einem anerkannten Fachgebiet tätig sind.

Ärztinnen/Ärzte ohne Gebietsbezeichnung

Praktische Ärzte, Ärzte in der Weiterbildung zum Facharzt sowie Ärzte, deren Fachgebiet bisher nicht anerkannt ist.

AIDS und HIV

Grundlage der Erfassung von AIDS sind die Daten des AIDS-Fallregisters am Robert Koch-Institut Berlin. An das (zentrale) Register werden seit 1982 die freiwilligen und anonymen Fallberichte der behandelnden Ärzte über AIDS-Erkrankungen und -Todesfälle in der Bundesrepublik Deutschland gemeldet und ausgewertet. In die Auswertung kommen nur Erkrankte, die ihren Wohnsitz in Deutschland haben und die der geltenden Falldefinition für die epidemiologische Überwachung von AIDS genügen.

Bis zum 31.12.2000 waren in der Bundesrepublik Deutschland gemäß Laborberichtsverordnung (LabVo) Laborärzte verpflichtet, jeden positiv bestätigten HIV-Antikörpertest in Form eines anonymen Berichtes an das RKI zu melden. Seit dem 01.01.2001 gilt nach § 7 Abs. 3 des Infektionsschutzgesetzes eine nicht namentliche Meldepflicht für den direkten oder indirekten (d. h. über Antikörper) Nachweis von HIV. Dieser muss innerhalb von zwei Wochen mittels eines Formblattes direkt an das RKI geschickt werden. Zur Meldung verpflichtet ist das Labor, welches den (positiven) Test durchgeführt hat.

Algenarten in Berliner Badegewässern

Aphanizomenon flosaquae
Microcystis aeruginosa und wesenbergii
Planktothrix agardhii
Pseudanabaena
Anabaea.

Ambulante Entbindung

Entbindungen im Krankenhaus werden „ambulante“ genannt, wenn die Frau innerhalb von 24 Stunden nach der Entbindung die Klinik wieder verlassen hat.

Ambulante Pflegedienste

Das Leistungsangebot ambulanter Pflegedienste umfasst Grundpflege, Behandlungspflege und hauswirtschaftliche Versorgung (Haushaltshilfen). Viele Pflegedienste bieten zudem pflegeergänzende Leistungen an (wie Angehörigengruppen, Beratung, fahrbaren Mittagstisch). Das Angebot zielt darauf, den Verbleib hilfe- bzw. pflegebedürftiger, insbesondere älterer Menschen in ihrer Häuslichkeit zu unterstützen bzw. zu sichern und Aufenthalte in stationären Einrichtungen zu vermeiden bzw. zu verkürzen. Neben Pflegediensten in freigemeinnütziger Trägerschaft leisten privatgewerbliche Pflegedienste ihren Beitrag zur Versorgung der Bevölkerung mit ambulanten Pflegedienstleistungen.

Arbeitslose

Personen ohne Arbeitsverhältnis - abgesehen von einer geringfügigen Beschäftigung - die sich als Arbeitsuchende beim Arbeitsamt gemeldet haben, eine Beschäftigung von mindestens 18 und mehr Stunden für mehr als drei Monate suchen, für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen, nicht arbeitsunfähig erkrankt sind und das 65. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

Arbeitslosenquote: Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen.

Ausländer/innen

Alle Personen, die nicht Deutsche im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes sind. Dazu zählen auch die Staatenlosen und die Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit. Deutsche, die zugleich eine fremde Staatsangehörigkeit besitzen, gehören nicht zu den Ausländern.

Außerklinische Entbindung

Entbindung unter Mitwirkung einer/s freiberuflich tätigen Hebamme/Entbindungspflegers in der Wohnung, in ärztlicher Praxis, im Geburtshaus, in der Hebammenpraxis oder an anderem Ort.

Basisversorgung

Der Begriff Basisversorgung wurde erstmals im Krankenhausplan 1999 verwendet. Unter Basisversorgung wird das Angebot an Behandlungskapazitäten der in den Berliner Krankenhäusern am häufigsten in Anspruch genommenen Fachgebiete (Innere Medizin, Chirurgie, Gynäkologie und Geburtshilfe, Kinderheilkunde, Kinder- und Jugendpsychiatrie, Erwachsenenpsychiatrie) zu jeweils unterschiedlichen Anteilen verstanden. Insgesamt zählen etwa 65 % der Krankenhausbetten zur Basisversorgung.

Berechnungs- und Belegungstage

Mit der Novellierung der Krankenhausstatistik-Verordnung (*siehe* dort) wurde ab 2002 für die Krankenhäuser die Bezeichnung „Pflegetage“ in „Berechnungs- und Belegungstage“ geändert; im Bereich der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen bleibt die Bezeichnung „Pflegetage“ bestehen.

Als Berechnungs- und Belegungstage gelten die Aufnahmetage - auch bei Stundenfällen - sowie alle weiteren Tage des *vollstationären Krankenhausaufenthaltes*, Entlassungs- und Verlegungstage werden nicht gezählt (Berechnung laut KHStatV). Bei den bis 2001 ermittelten Pfelegetagen (Summe der an den einzelnen Tagen des Berichtsjahres um 24.00 Uhr im Krankenhaus vollstationär untergebrachten Patientinnen/Patienten) blieben die Stundenfälle unberücksichtigt.

Berechnungstage für *teilstationäre Behandlung* (regelmäßige Verweildauer im Krankenhaus von weniger als 24 Stunden) sind in der Gesamtzahl nicht enthalten; seit 2002 werden sie in der Krankenhausstatistik gesondert ausgewiesen.

Berufskrankheiten

Die Meldungen basieren auf der Berufskrankheiten-Verordnung (BKV) vom 31.10.1997. Berufskrankheiten sind Krankheiten, die Versicherte infolge einer den Versicherungsschutz nach den §§ 2, 3 oder 6 des SGB VII begründenden Tätigkeit erleiden. In die BKV wurden 68 Krankheiten aufgenommen (Stand: 01.10.2002).

Bettenauslastung

Auslastung der im Berichtsjahr in den Krankenhäusern aufgestellten Betten in Prozent.

Bevölkerungsfortschreibung

Die Bevölkerungszahlen für Berlin sind das Ergebnis der Bevölkerungsfortschreibung, die für *Berlin-West* (ohne West-Staaken) auf der Basis der Ergebnisse der Volkszählung vom 25.05.1987 berechnet werden und für *Berlin-Ost* und West-Staaken auf einer Auszählung des Zentralen Einwohnerregisters der ehemaligen DDR zum Stand 03.10.1990 beruhen. Diese Auszählung ist einem Volkszählungsergebnis gleichzusetzen.

Die *Bevölkerungsfortschreibung* wird seit dem Tag der Herstellung der Einheit Deutschlands, dem 03.10.1990, in beiden Stadtteilen Berlins nach bundeseinheitlichen Methoden durchgeführt.

Für die Bevölkerungsfortschreibung werden *natürliche Bevölkerungsbewegungen und Wanderungen* berücksichtigt. Lebendgeborene und Zuzüge gelten als Bevölkerungszugang, Gestorbene und Fortzüge als Bevölkerungsabgang. Darüber hinaus werden die Änderungen einer ausländischen in eine deutsche Staatsangehörigkeit einbezogen.

Nach dem Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 1983 ist ein Abgleich der auf diese Weise gewonnenen Daten mit den Angaben des Einwohnerregisters des Landeseinwohneramtes nicht zulässig.

Die Bevölkerungsfortschreibung wird bundeseinheitlich am Ort der einzigen Wohnung des Einwohners, bei mehreren Wohnungen im Bundesgebiet am melderechtlichen „Ort der Hauptwohnung“ durchgeführt. Hauptwohnung ist die vorwiegend benutzte Wohnung des Einwohners. Hauptwohnung eines verheirateten Einwohners, der nicht dauernd von seiner Familie getrennt lebt, ist die vorwiegend benutzte Wohnung der Familie.

Zur Bevölkerung zählen auch die im Bundesgebiet gemeldeten *Ausländer* (*siehe* „ausländische Bevölkerung“) (einschließlich der Staatenlosen). Nicht zur Bevölkerung zählen die Angehörigen der ausländischen Streitkräfte sowie die ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen mit ihren Familienangehörigen.

Bezirksstruktur in Berlin

Bis zum 31.12.2000 war Berlin in 23 Bezirke eingeteilt („*alte Struktur*“); das Gebietsreformgesetz vom 10.06.1998 (GVBl. S. 131) legte die seit dem 01.01.2001 gültige „*neue Struktur*“ auf 12 Bezirke fest:

<i>alte Struktur</i> bis 31.12.2000 23 Bezirke	<i>neue Struktur seit 01.01.2001</i>	
	12 Bezirke	<i>vorher:</i>
1 Mitte	1 Mitte	Mitte, Tiergarten, Wedding
2 Tiergarten	2 Friedrichshain-Kreuzberg	Friedrichshain, Kreuzberg
3 Wedding	3 Pankow	Prenzlauer Berg, Weißensee, Pankow
4 Prenzlauer Berg	4 Charlottenburg-Wilmersdorf	Charlottenburg, Wilmersdorf
5 Friedrichshain	5 Spandau	Spandau
6 Kreuzberg	6 Steglitz-Zehlendorf	Steglitz, Zehlendorf
7 Charlottenburg	7 Tempelhof-Schöneberg	Tempelhof, Schöneberg
8 Spandau	8 Neukölln	Neukölln
9 Wilmersdorf	9 Treptow-Köpenick	Treptow, Köpenick
10 Zehlendorf	10 Marzahn-Hellersdorf	Marzahn, Hellersdorf
11 Schöneberg	11 Lichtenberg	Lichtenberg, Hohenschönhausen
12 Steglitz	12 Reinickendorf	Reinickendorf
13 Tempelhof		
14 Neukölln		
15 Treptow		
16 Köpenick		
17 Lichtenberg		
18 Weißensee		
19 Pankow		
20 Reinickendorf		
21 Marzahn		
22 Hohenschönhausen		
23 Hellersdorf		

DCO-Fälle (Death Certificate Only)

Damit bezeichnet man Fälle an bösartigen Neubildungen erkrankte Personen, die dem Gemeinsamen Krebsregister (GKR) der Länder ... in Berlin ausschließlich per Leichenschauschein bekannt wurden, und für die keine ärztliche Meldung zu Lebzeiten der Gestorbenen vorlag.

Diagnosedaten der Krankenhauspatientinnen/-patienten

Erhebungsprogramm Teil II: Diagnosen der Krankenhausstatistik (*siehe auch* Krankenhausstatistik-Verordnung - KHStatV). Gemäß § 6 der KHStatV besteht seit 1993 für die Träger der Krankenhäuser eine jährliche Auskunftspflicht.

Der für jeden Fall zu erhebende Datensatz enthält folgende Merkmale:

Geschlecht

Geburtsmonat, Geburtsjahr

Zugangsdatum

Abgangsdatum

Hauptdiagnose (1993 bis 1999 ICD 9, seit 2000 ICD-10)

Operation in Zusammenhang mit der Hauptdiagnose (ja / nein)

Fachabteilung, in der der Patient am längsten lag

Wohnort des Patienten (Postleitzahl, Gemeindefname, für Berlin: Bezirk).

Infolge von fehlerhaften oder nicht zuordenbaren Merkmalen (im Auswertungsjahr 2004 betraf das bei 391 Fällen den Patientenwohnort (nur Berliner), bei 198 Fällen fehlte eine der ICD-10 zuordenbare Entlassungsdiagnose, bei 47 Patienten fehlte die Zuordnung nach Fachabteilung, bei 15 Personen die Altersangabe) kommt es zu Differenzen zwischen Gesamtsummen und einzelnen Spalten.

Diagnosis Related Groups (DRGs)

Fallbezogene Zuordnung und Abrechnung der im Rahmen der stationären Krankenhausversorgung in Anspruch genommenen Leistungen (Fallpauschalen) mit Ausnahme von Abteilungen der Psychiatrie, Psychotherapie, Psychosomatik und psychotherapeutische Medizin.

Die Gesundheitsreform 2000 enthielt die Vorgabe, für alle Krankenhäuser, für die die Bundespflegesatzverordnung (BpflV) gilt, ein leistungsorientiertes, pauschaliertes Vergütungssystem einzuführen, mit dem die Refinanzierung von Krankenhausleistungen nicht länger retrospektiv auf Art und Dauer der erfolgten Behandlung, sondern prospektiv auf Art und Schweregrad der diagnostizierten Erkrankung erfolgt. Die Umsetzung erfolgte mit dem Gesetz zur Einführung des diagnose-orientierten Fallpauschalensystems für Krankenhäuser (Fallpauschalengesetz - FPG) vom 23. April 2002 (BGBl. I S. 1412), das wesentliche Teile des SGB V, des Krankenhausfinanzierungsgesetzes und der BpflV ändert und neu das Krankenhausentgeltgesetz enthält, und der Fallpauschalenverordnung. Auf dieser Grundlage werden seit 2004 die laufenden Betriebskosten der Krankenhäuser, die sich zuvor über tagesgleiche Pflegesätze finanzierten, nach dem Fallpauschalensystem abgerechnet. Nach einer Übergangsphase werden die Krankenhäuser ab 2009 ihr Betriebskostenbudget vollständig und über landesweit einheitlich festgesetzte Preise (Landesbasisfallwert) erwirtschaften müssen.

Dialyseplätze

Dialysen werden bei chronischer und akuter Niereninsuffizienz sowie bei Toxikationen durchgeführt. Unter Dialyse versteht man die Entfernung von Stoffwechselschlacken und Wasser aus dem Blut mit Hilfe eines Dialysators (z. B. Künstliche Niere). Die Dialyse erfolgt überwiegend nach Hämodialyseverfahren (HD) - d. h. Blutreinigung, die an besondere Geräte gebunden ist - die als Hämodialyseplätze erfasst werden und sich fast ausschließlich in stationären oder ambulanten Einrichtungen befinden.

DMF-T-Index

Der DMF-T-Index dient der Ermittlung der Zahngesundheit einer Person oder Bevölkerungsgruppe anhand der Kariesprävalenz und des Kariesrisikos; er gibt an, wie viele bleibende Zähne (T = teeth) bei einer untersuchten Person akut kariös (D = decayed), wegen Karies extrahiert (M = missing / fehlend) oder gefüllt (F = filled) worden sind. Die Höchstzahl ergibt 28 (höchstens 28 Zähne im bleibenden Gebiss ohne Weisheitszähne können bewertet werden). Der Durchschnitt der ermittelten DMF-T-Indices der untersuchten 12-jährigen Kinder ergibt den im Indikator 102 angegebenen DMF-T-Index, der nach Vorgaben der WHO (Präventionsziel bis zum Jahr 2020) für die europäische Region unter 1,5 liegen, nach den auf dieser Grundlage von der Bundeszahnärztekammer modifizierten Mundgesundheitszielen für Deutschland im Jahr 2020 einen Wert von unter 1 erreichen soll. Indexwerte, die ein hohes Kariesrisiko anzeigen, sind den Richtlinien des Bundesausschusses der Zahnärzte und Krankenkassen über Maßnahmen zur Verhütung von Zahnerkrankungen (Individualprophylaxe) in der Fassung vom 04. Juni 2003 zu entnehmen.

Durchschnittliche Bevölkerung

Arithmetisches Mittel aus den Durchschnitten der zwölf Monate des jeweiligen Jahres; die Durchschnitte werden aus dem Bevölkerungsstand am Anfang und Ende der Monate berechnet. Ausgewiesen wird die Durchschnittsbevölkerung nach der amtlichen Bevölkerungsfortschreibung. Abweichungen bei der Summierung von Teilmengen gegenüber der Gesamtsumme liegen in der Berechnungsmethode begründet.

Ereignisprinzip

Erfassung nach dem Ort, an dem sich das Berichtete (z. B. Entbindung, Schwangerschaftsabbruch) ereignet hat (*siehe auch* Wohnortprinzip).

Erwerbslose

Personen ohne Arbeitsverhältnis, die sich um eine Arbeitsstelle bemühen, unabhängig von einer Arbeitslosenmeldung beim Arbeitsamt. Der Begriff der Erwerbslosen ist daher umfassender als der der Arbeitslosen (*siehe auch* Arbeitslose).

Erwerbspersonen

Personen, die eine unmittelbar oder mittelbar auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben oder suchen (Selbständige, mithelfende Familienangehörige, Abhängige). Sie setzen sich zusammen aus den Erwerbstätigen und den Erwerbslosen (*siehe auch* Nichterwerbspersonen).

Erwerbstätige

Personen, die in einem oder mehreren Arbeitsverhältnissen stehen (einschließlich Soldaten und mithelfende Familienangehörige), selbständig ein Gewerbe oder eine Landwirtschaft betreiben oder einen freien Beruf ausüben. Abhängige Erwerbstätige sind Beamte, Angestellte, Arbeiter und Auszubildende.

Erwerbstätigenquote ist definiert als der Anteil der Erwerbstätigen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren an der Bevölkerung in der gleichen Alters- und Geschlechtsgruppe.

Europäische Standardbevölkerung

Bevölkerung mit vorgegebener (Alters-)Struktur. Sie bildet die Basis für den Vergleich der Ziffern ungleich zusammengesetzter Bevölkerungen. In der vorliegenden Veröffentlichung wurde - in Anlehnung an die Festlegung im Indikatorenset für die Gesundheitsberichterstattung der Länder - die Europabevölkerung alt (1966/1976) verwendet:

Alter in Jahren																		insgesamt	
0	1-4	5-9	10-14	15-19	20-24	25-29	30-34	35-39	40-44	45-49	50-54	55-59	60-64	65-69	70-74	75-79	80-84		85u.m.
1.600	6.400	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	6.000	5.000	4.000	3.000	2.000	1.000	1.000	100.000

Fachabteilungen in Krankenhäusern

Abgegrenzte, von Ärzten mit entsprechender Gebiets- oder Schwerpunktbezeichnung ständig verantwortlich geleitete Abteilungen mit besonderen Behandlungseinrichtungen.

Fallzahl

Zahl der im Krankenhaus im Berichtsjahr *vollstationär behandelten Patientinnen/Patienten* (Fälle) einschließlich Stundenfälle (Berechnung nach Novellierung der Krankenhausstatistik-Verordnung (*siehe dort*). Bis 2001 wurden die Stundenfälle bei der Ermittlung der Fallzahl nicht mitgezählt. Die Fallzahlen der Jahre bis 2001 wurden nach der seit 2002 gültigen Methode neu berechnet. Teilstationär oder ambulant Behandelte bleiben wie gesunde Neugeborene unberücksichtigt. Die KHStatV berechnet die Fallzahl auf zwei unterschiedliche Arten:

Die Fallzahl gemäß KHStatV Teil I - Grunddaten und Teil III - Kostennachweis errechnet sich aus Aufnahmen und Entlassungen (einschließlich Stundenfällen) sowie Sterbefällen (einrichtungsbezogene Fallzahl). Bei der fachabteilungsbezogenen Fallzahl werden zusätzlich die internen Verlegungen berücksichtigt.

Die Fallzahl gemäß KHStatV Teil II - Diagnosen bezieht sich auf die aus dem Krankenhaus entlassenen vollstationären Behandlungsfälle einschließlich Sterbefälle und Stundenfälle (*siehe auch* Diagnosedaten der Krankenhauspatienten).

Die aus vor-, nach- oder teilstationärer Behandlung entlassenen Fälle werden gesondert erfasst. Die *vor- und nachstationäre Behandlung* wird vom Krankenhaus in ambulanter Form erbracht, also ohne Unterkunft und Verpflegung. *Teilstationäre Patientinnen/Patienten*, die Leistungen nach § 13 Abs. 1 BPflV erhalten, verbringen regelmäßig einen Tagesabschnitt zur ärztlichen Behandlung im Krankenhaus (z. B. wöchentlich mehrmalige Dialysebehandlung).

Familien

Ehepaare ohne und mit Kind(ern) sowie *allein erziehende* ledige, verheiratet getrennt lebende, geschiedene und verwitwete Mütter und Väter, die mit ihren ledigen Kindern im selben Haushalt zusammen leben.

Fehlbildungen

Für den geburtshilflich tätigen Personenkreis bei genauer Untersuchung des Neugeborenen erkennbare (einschließlich der nicht äußerlich erkennbaren) Fehlbildungen. In der Fehlbildungsstatistik können auch Fehlbildungen enthalten sein, die noch während des Klinikaufenthaltes der Mutter und des Kindes festgestellt werden. Jede Fehlbildung wird für sich gezählt.

Fehlgeburten

Abbruch der Schwangerschaft durch natürliche Ursache ohne aktives Eingreifen der Schwangeren oder dritter Personen weder durch medikamentöse, chirurgische oder andere Maßnahmen.

Hat sich nach der Trennung der Leibesfrucht vom Mutterleib keines der drei Lebenszeichen (Herzschlag, Nabelschnurpulsation, natürliche Lungenatmung) gezeigt und beträgt das Gewicht der Leibesfrucht weniger als 500 g (vor dem 01.04.1994: weniger als 1.000 g), so ist die Frucht eine Fehlgeburt. Sie wird in den Personenstandsbüchern nicht beurkundet.

Berlin-Ost bis zum 02.10.1990: Leibesfrucht mit einem Gewicht von unter 1.000 g, bei der nach vollständigem Verlassen des Mutterleibes von den Lebenszeichen Herztätigkeit und Lungenatmung beide nicht oder nur eines vorhanden waren.

Fruchtbarkeitsziffer (Fertilitätsrate)

Die allgemeine Fruchtbarkeitsziffer ist definiert als die Anzahl der in einem Jahr Lebendgeborenen je 1.000 Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren der durchschnittlichen Bevölkerung.

Fruchtbarkeitsziffer *deutscher Frauen*: Anzahl der Lebendgeborenen, deren Mütter die deutsche Staatsangehörigkeit haben, je 1.000 15- bis unter 45-jährige Frauen der deutschen durchschnittlichen Bevölkerung.

Fruchtbarkeitsziffer von *Ausländerinnen*: Anzahl der Lebendgeborenen, deren Mütter eine ausländische Staatsangehörigkeit haben, je 1.000 15- bis unter 45-jährige Frauen der ausländischen durchschnittlichen Bevölkerung.

Frühberentungen

Eine Rente wegen Berufsunfähigkeit bzw. verminderter Erwerbsfähigkeit erhalten Versicherte auf Antrag, wenn die Anspruchsvoraussetzungen erfüllt sind. Die Anzahl der Frühberentungen wird krankheitsspezifisch in der Statistik der Rentenversicherer ausgewiesen. Erwerbsunfähig ist eine Person, die wegen Krankheit oder Behinderung nicht in der Lage ist, einer regelmäßigen Erwerbstätigkeit, die mehr als geringfügig ist, nachzugehen.

Berufsunfähigkeit liegt vor, wenn eine Person infolge von Krankheit bzw. Behinderung in ihrer Arbeitsfähigkeit zu mehr als 50 % im Vergleich zu Personen mit ähnlichen/gleichwertigen Ausbildungen/Kenntnissen/Fähigkeiten eingeschränkt ist. Voraussetzung ist, dass die/der Betroffene einen Beruf erlernt hat oder mehr als sechs Jahre in einem Beruf gearbeitet hat.

Früherkennungsuntersuchungen/Vorsorgeuntersuchungen

Wer in der gesetzlichen Krankenversicherung versichert ist, hat nach Erreichen bestimmter Altersgrenzen Anspruch auf regelmäßige Vorsorgeuntersuchungen. Grundlage für Vorsorgemaßnahmen in der vertragsärztlichen Versorgung sind die § 92 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 sowie § 23 Abs. 1 Nr. 3, § 25 und § 26 des fünften Sozialgesetzbuches (SGB V). Hierunter fallen die allgemeinen Vorsorgeuntersuchungen (Gesundheits-Check-Up) für alle Personen ab dem Alter von 35 Jahren sowie die Krebsfrüherkennungsuntersuchungen (synonym: Krebsvorsorgeuntersuchungen) für Frauen ab dem Alter von 20 Jahren und für Männer ab dem Alter von 45 Jahren.

Darüber hinaus haben Kinder bis zur Vollendung des 6. Lebensjahres sowie einmalig nach Vollendung des 10. Lebensjahres Anspruch auf „Untersuchungen zur Früherkennung von Krankheiten, die ihre körperliche oder geistige Entwicklung in nicht geringfügigem Maße gefährden“ (§ 26 (1) SGB V). Einen Überblick über die Zeitpunkte der Früherkennungsuntersuchungen (oft auch als Vorsorgeuntersuchungen oder U-Untersuchungen bezeichnet) gibt die nachfolgende Darstellung (Quelle: Gemeinsamer Bundesausschuss):

Untersuchungsstufe	Zeitgrenze	Toleranzgrenze	Untersuchungsstufe	Zeitgrenze	Toleranzgrenze
U1	nach der Geburt		U6	10. - 12. Lebensmonat	09. - 13. Lebensmonat
U2	03. - 10. Lebenstag	03. - 14. Lebenstag	U7	21. - 24. Lebensmonat	20. - 27. Lebensmonat
U3	04. - 06. Lebenswoche	03. - 08. Lebenswoche	U8	43. - 48. Lebensmonat	43. - 50. Lebensmonat
U4	03. - 04. Lebensmonat	02. - 04 ½. Lebensmonat	U9	60. - 64. Lebensmonat	58. - 66. Lebensmonat
U5	06. - 07. Lebensmonat	05. - 08. Lebensmonat	J1	13. - 14. Lebensjahr	12. - 15. Lebensjahr

Funktionsdienst (Krankenhauspersonal)

Dazu gehören u. a. das Krankenpflegepersonal für den Operationsdienst, für die Anästhesie, für die Ambulanz und Poliklinik, Hebammen und Entbindungspfleger, Ergotherapeutinnen/-therapeuten und der Krankentransportdienst.

Geborene

Die Unterscheidung zwischen *ehelich* und *nichtehelich* Geborenen richtet sich nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB). Ein Kind, das nach Eingehen der Ehe oder bis zu 302 Tagen nach Auflösung der Ehe geboren wird, galt, unbeschadet der Möglichkeit einer späteren Anfechtung, als ehelich. Mit dem Kindschaftsrechtsreformgesetz vom 16. Dezember 1997 kam es zu einer neuen Regelung, die zum 1. Juli 1998 in Kraft trat. Als *Kind miteinander verheirateter Eltern* gilt seit dem ein Kind von Eltern, die zum Zeitpunkt der Geburt miteinander verheiratet sind oder das bis 300 Tage nach Auflösung der Ehe durch Tod geboren wird. Ein Kind, das nach Auflösung der Ehe durch Scheidung geboren wird, gilt - unabhängig vom Abstand zwischen Scheidung und Geburt - als *Kind nicht miteinander verheirateter Eltern*.

Lebendgeborene sind Kinder, bei denen entweder das Herz geschlagen, die Nabelschnur pulsiert oder die natürliche Lungenatmung eingesetzt hat.

Berlin-Ost bis 02.10.1990: Als Lebendgeborene wurden alle Kinder gezählt, bei denen nach dem vollständigen Verlassen des Mutterleibes, unabhängig von der Durchtrennung der Nabelschnur oder von der Ausstoßung der Plazenta, Herztätigkeit und Lungenatmung vorhanden waren.

Totgeborene sind seit Änderung des Personenstandsgesetzes zum 01.04.1994 Geborene, bei denen die oben genannten Merkmale nicht zutreffen und deren Geburtsgewicht mindestens 500 g beträgt (davor seit dem 01.07.1979 mindestens 1.000 g, vorher mindestens 35 cm Körperlänge).

Fehlgeburten *siehe* dort.

Geburtenziffer

Die allgemeine Geburtenziffer ist definiert als Anzahl der in einem Jahr Lebendgeborenen je 1.000 Einwohner der durchschnittlichen Bevölkerung.

Geburtsgewicht

Das Geburtsgewicht stellt einen international üblichen Gesundheitsindikator dar, der vergleichsweise exakt bestimmt wird. Der Bereich von unterhalb 2.000 Gramm wird in 500 g-Gewichtsklassen dargestellt, weil diese den Versorgungsbedarf (z. B. neonatologische Intensivmedizin) genauer abbildet. Als extrem untergewichtig gelten Neugeborene mit einem Geburtsgewicht von unter 1.000 Gramm.

Gestorbene

Sterbefälle, die unabhängig vom Sterbeort am Wohnort der Gestorbenen gezählt werden. Nicht berücksichtigt werden Totgeborene, standesamtlich beurkundete Kriegsterbefälle und gerichtliche Todeserklärungen.

Gesundheitsförderung

Prozess, der Einzelne, Gruppen und Organisationen dabei unterstützt, ein höheres Maß an Selbstbestimmung über ihre Gesundheit zu ermöglichen, um den größtmöglichen Gesundheitsgewinn zu erzielen. *Ziele der Gesundheitsförderung* sind Schaffung gesundheits-

förderlicher Lebenswelten, Befähigung der Menschen, sich selbst für ihre Gesundheitsinteressen einzusetzen sowie Entwicklung persönlicher Kompetenzen.

Hauptamtliche Ärztinnen/Ärzte (Krankenhauspersonal)

In einer Einrichtung festangestellte Ärzte (ohne Gast-, Konsiliar-, hospitierende und Belegärzte).

Hausärztinnen/-ärzte

An der hausärztlichen Versorgung nehmen Allgemeinärzte, Kinderärzte, Internisten ohne Schwerpunktbezeichnung, die die Teilnahme an der hausärztlichen Versorgung gewählt haben, Ärzte, die nach § 95a Abs. 4 und 5 Satz 1 in das Arztregister eingetragen sind und Ärzte, die am 31.12.2000 an der hausärztlichen Versorgung teilgenommen haben, teil (§ 73 SGB V). Bei der Ermittlung des allgemeinen bedarfsgerechten Versorgungsgrades zählen Kinderärzte nicht zu den Hausärzten, sondern Hausärzte mit Ausnahme der Kinderärzte und Kinderärzte werden jeweils als eigene Arztgruppe gewertet (§ 101 Abs. 5 SGB V).

Hilfe zum Lebensunterhalt

Leistungen an Empfänger in und außerhalb von Einrichtungen gemäß Bundessozialhilfegesetz (BSHG). Mit der Änderung des BSHG vom 30. Juni 1993 wurde die Statistik der Sozialhilfe umfassend erneuert. Ab dem 01.01.1994 werden zusätzliche persönliche Merkmale der Leistungsempfänger und erstmals auch Leistungsansprüche und -dauer erfasst. Gleichzeitig wurde mit in Kraft treten des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) ein beträchtlicher Personenkreis aus der Sozialhilfestatistik herausgenommen und in die neue Asylbewerberleistungstatistik eingeordnet (*siehe auch* Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz).

Aus diesen Gründen sind die Ergebnisse der neugefassten Statistik nicht mehr mit den bislang vorliegenden Daten vergleichbar.

HIV

siehe AIDS und HIV

Hospizversorgung

Ganzheitliche Begleitung unheilbar Kranker und Sterbender, die Schmerztherapie, Symptomkontrolle sowie psychosoziale und seelsorgerliche Begleitung einschließt. Sie erfolgt in stationärer Versorgung oder - als vorrangiges Ziel der Hospizarbeit - in der Wohnung der Betroffenen.

Gemäß § 39a Abs. 2 SGB V sind *ambulante Hospizdienste* Einrichtungen, die für Menschen, die keiner Krankenhausbehandlung und keiner Versorgung in einem stationären Hospiz bedürfen, qualifizierte ehrenamtliche Sterbebegleitung in deren Haushalt oder der Familie erbringen. Dazu müssen sie mit palliativ-medizinisch erfahrenen Pflegediensten und Ärzten zusammenarbeiten und unter der fachlichen Verantwortung einer qualifizierten Pflegefachkraft stehen. Neben der Gewinnung, Schulung, Koordination und Unterstützung der ehrenamtlich tätigen Personen müssen sie palliativ-pflegerische Beratung durch entsprechend ausgebildete Fachkräfte erbringen.

Stationäre Hospize sind gemäß § 39a Abs. 1 SGB V selbstständige Einrichtungen mit dem eigenständigen Versorgungsauftrag, für Patienten mit unheilbaren Krankheiten in der letzten Lebensphase palliativ-medizinische Behandlung zu erbringen. Sie sind kleine Einrichtungen mit maximal 16 Plätzen, die in ihrer räumlichen Gestaltung und besonderen Ausstattung auf die besonderen Bedürfnissen schwerkranker und sterbender Menschen ausgerichtet sind und eine palliativ-medizinische, palliativ-pflegerische, soziale sowie geistig-seelische Versorgung gewährleisten.

Inzidenz

Anzahl der Neuerkrankungsfälle an einer Krankheit in einer Population in einem definierten Zeitraum (meist ein Jahr).

Klinische Entbindung

Entbindung im Krankenhaus.

Klinisches Hauspersonal (Krankenhauspersonal)

Haus- und Reinigungspersonal der Krankenhäuser und Stationen.

Koordinierungsstellen für ambulante Rehabilitation älterer Menschen

Es entspricht dem Wunsch der meisten älteren Menschen, so lange wie möglich selbstständig in der angestammten Wohnung und im vertrauten Wohnumfeld zu leben. Aufgabe der Koordinierungsstellen ist es, sie hierbei mit Information und Beratung zu Leistungsansprüchen und Leistungsangeboten sowie ggf. Koordinierungshilfen zu unterstützen. Seit Ende 1999 steht in jedem der 12 Berliner Bezirke ein entsprechendes Beratungsangebot „Rund ums Alter“ zur Verfügung. Die Koordinierungsstellen sind Einrichtungen der Sozialarbeit. Die dort tätigen Fachkräfte verfügen über fundierte Kenntnisse im Sozialrecht und im methodischen Arbeiten. Ein Spezifikum ist die Anwendung der Methode des Case Managements. Die Koordinierungsstellen haben zur Unterstützung ihrer Arbeit eine umfangreiche Datenbank („Hilfelotse“) aufgebaut.

Kosten der Krankenhäuser

Werden im Teil III: Kostennachweis der Krankenhausstatistik (*siehe* Krankenhausstatistik-Verordnung - KHStatV) erfasst. Sie werden auf der Grundlage der Krankenhaus-Buchführungsverordnung (KHBV) angegeben und enthalten mit der Änderung der KHStatV vom 13. August 2001 ab 2002 alle Aufwendungen des Krankenhauses des abgelaufenen Geschäftsjahres einschließlich der Aufwendungen für Leistungen, die nicht zu den allgemeinen voll- und teilstationären Krankenhausleistungen gehören (Brutto-Gesamtkosten). 1996 - 2001 wurden die Kosten nach dem sogenannten Nettoprinzip der Bundespflegesatzverordnung (BPfIV) angegeben, nach der eine Vielzahl nichtstationärer Kosten unberücksichtigt blieb. Aus diesem Grund sind ab 2002 die nach Kostenarten gegliederten Daten nicht mehr mit den Ergebnissen der Jahre 1996 - 2001 vergleichbar. Lediglich auf der Ebene der bereinigten Kosten ist eine Vergleichbarkeit gegeben.

Die *Brutto-Gesamtkosten* errechnen sich aus der Summe der Kosten des Krankenhauses (Personal- und Sachkosten einschließlich der Zinsen und ähnlicher Aufwendungen sowie der Steuern) und der Kosten der Ausbildungsstätten (Personal- und Sachkosten sowie die Aufwendungen aus der Ausbildungsstätten-Umlage nach § 9 Abs. 3 BPfIV). In den einzelnen Kostenarten sind auch *nichtpflegesatz-*

fähige Kosten enthalten; sie sind definiert nach § 17 Abs. 3 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes (KHG) sowie § 7 Abs. 2 BpflV (Kosten für wissenschaftliche Forschung und Lehre, Ambulanz, vor- und nachstationäre Behandlung, ärztliche und nichtärztliche Wahlleistungen, belegärztliche Leistungen, ambulantes Operieren u. a.).

Bei den *bereinigten Kosten* handelt es sich um die *pflugesatzfähigen Kosten*. Sie ergeben sich aus den Brutto-Gesamtkosten abzüglich der nichtpflugesatzfähigen Kosten (*Abzüge*).

Kosten der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen

werden nach der Krankenhausstatistik-Verordnung (*siehe dort*) nicht erhoben.

Krankenhaus

Begriffsbestimmung:

Im Sinne von § 3 des *Landeskrankenhausgesetzes* (LKG von Berlin) in der Fassung vom 1. März 2001, zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Dezember 2003 (GVBl. S. 608), sind Krankenhäuser Einrichtungen, in denen durch ärztliche und pflegerische Hilfeleistungen Krankheiten, Leiden oder Körperschäden festgestellt, geheilt oder gelindert werden sollen, Geburtshilfe geleistet wird oder weitere medizinische Leistungen für Personen, die der stationären Behandlung bedürfen, erbracht werden und in denen die zu versorgenden Personen untergebracht und gepflegt werden können.

Im Sinne von § 1 Abs. 3 Nr. 1 der *Krankenhausstatistik-Verordnung* (KHStatV) vom 10. April 1990 (BGBl. I S. 730) sind Krankenhäuser solche nach § 2 Nr. 1 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes (KHG) einschließlich der in den §§ 3 und 5 des KHG genannten Einrichtungen, soweit sie zu den Krankenhäusern nach § 107 Abs. 1 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (SGB V) gehören.

§ 2 Nr. 1 KHG: Krankenhäuser sind Einrichtungen, in denen durch ärztliche und pflegerische Hilfeleistung Krankheiten, Leiden oder Körperschäden festgestellt, geheilt oder gelindert werden sollen oder Geburtshilfe geleistet wird und in denen die zu versorgenden Personen untergebracht und gepflegt werden können.

§ 107 Abs. 1 SGB V: Krankenhäuser sind Einrichtungen, die

1. der Krankenhausbehandlung oder Geburtshilfe dienen,
2. fachlich-medizinisch unter ständiger ärztlicher Leitung stehen, über ausreichende, ihrem Versorgungsauftrag entsprechende diagnostische und therapeutische Möglichkeiten verfügen und nach wissenschaftlich anerkannten Methoden arbeiten,
3. mit Hilfe von jederzeit verfügbarem ärztlichen, Pflege-, Funktions- und medizinisch-technischen Personal darauf eingerichtet sind, vorwiegend durch ärztliche und pflegerische Hilfeleistung Krankheiten der Patienten zu erkennen, zu heilen, ihre Verschlimmerung zu verhüten, Krankheitsbeschwerden zu lindern oder Geburtshilfe zu leisten, und in denen
4. die Patienten untergebracht und gepflegt werden können.

Die Erhebungen zur Krankenhausstatistik erstrecken sich gemäß § 1 Abs. 2 KHStatV nicht auf *Krankenhäuser im Straf- oder Maßregelvollzug* und *Polizeikrankenhäuser*.

Krankenhäuser werden laut § 3 Nr. 1 und 2 KHStatV folgenden Kategorien zugeordnet:

Krankenhausart:

Allgemeine Krankenhäuser sind Krankenhäuser mit Fachabteilungen der medizinischen Grundversorgung. Krankenhäuser mit ausschließlich psychiatrischen, psychotherapeutischen und/oder neurologischen Fachabteilungen sowie Tages- und Nachtkliniken zählen nicht zu den allgemeinen Krankenhäusern.

Sonstige Krankenhäuser sind solche mit ausschließlich psychiatrischen, psychotherapeutischen und/oder neurologischen (bis 2001: mit ausschließlich psychiatrischen oder psychiatrischen und neurologischen) Betten. Zu den sonstigen Krankenhäusern zählen außerdem *reine Tages- oder Nachtkliniken*, in denen ausschließlich teilstationäre Behandlungen durchgeführt werden und in denen Patienten nur eine begrenzte Zeit des Tages oder der Nacht untergebracht sind.

Zulassung nach § 108 SGB V:

Hochschulkliniken im Sinne des Hochschulförderungsgesetzes (HBFVG).

Plankrankenhäuser, die in den Krankenhausplan eines Landes aufgenommen sind (nach der Definition in § 108 SGB V werden Hochschulkliniken nicht den Plankrankenhäusern zugeordnet).

Krankenhäuser, die einen *Versorgungsvertrag* mit den Landesverbänden der Krankenkassen und den Verbänden der Ersatzkassen abgeschlossen haben.

Krankenhäuser ohne Zulassung, die nicht in die oben genannten Kategorien und somit nicht zu den zugelassenen Krankenhäusern gemäß § 108 SGB V gehören.

Trägerschaft:

Öffentliche Krankenhäuser, die von Gebietskörperschaften oder von Zusammenschlüssen solcher Körperschaften oder von Trägern der Sozialversicherung betrieben oder unterhalten werden. Träger in rechtlich selbständiger Form (z. B. als GmbH) gehören zu den öffentlichen Trägern, wenn Gebietskörperschaften oder Zusammenschlüsse solcher Körperschaften unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50 vom Hundert des Nennkapitals oder des Stimmrechts beteiligt sind.

Freigemeinnützige Krankenhäuser, die von Trägern der kirchlichen oder freien Wohlfahrtspflege, Kirchengemeinden, Stiftungen oder Vereinen unterhalten werden.

Private Krankenhäuser, die als gewerbliche Unternehmen einer Konzession gemäß § 30 Gewerbeordnung (GewO) bedürfen.

Krankenhäuser mit unterschiedlichen Trägern sind dem Träger zugeordnet, der überwiegend beteiligt ist oder überwiegend Geldlasten trägt.

Belegkrankenhäuser:

Krankenhäuser, die ausschließlich über Belegbetten verfügen, d. h. über Betten, die niedergelassene Ärztinnen/Ärzten für die stationäre Behandlung ihrer Patientinnen/Patienten nutzen.

Krankenhausbett

Einheit, nach der die Kapazität eines Krankenhauses oder einer klinischen Fachabteilung berechnet wird. Die Bettenzahl wird zu bestimmten Stichtagen von der zuständigen Behörde festgesetzt und umfasst vollstationäre und teilstationäre Kapazitäten. *Aufgestellte Betten* umfassen alle Betten, die im Krankenhaus betriebsbereit aufgestellt sind, unabhängig von der Förderung und der Aufnahme in den Krankenhausplan eines Landes, ausgenommen Betten in Untersuchungs- und Funktionsräumen sowie Betten für gesunde Neugeborene.

Bei der gemäß Krankenhausstatistik-Verordnung (*siehe* dort) angegebenen Bettenzahl handelt es sich um die *im Jahresdurchschnitt aufgestellten vollstationären Betten*; Betten zur teilstationären Unterbringung von Patientinnen/Patienten bleiben unberücksichtigt (*siehe* Tages- und Nachtambulanzplätze).

Die KHStatV unterscheidet nach:

Betten, für die Fördermittel nach § 8 Abs. 1 *Krankenhausfinanzierungsgesetz* (KHG) bewilligt und gewährt werden,
Betten, für die Fördermittel nach § 1 *Hochschulbauförderungsgesetz* (HBFG) bewilligt und gewährt werden,
Vertragsbetten, die nicht gefördert werden und für die Verträge mit den Krankenkassen über die Gewährung von Krankenhausbehandlungen nach § 108 Nr. 3 SGB V vorliegen,
sonstigen Betten, die weder im Krankenhausplan aufgeführt noch gefördert werden und für die auch keine Verträge nach § 108 Nr. 3 SGB V abgeschlossen worden sind.

Krankenhausstatistik-Verordnung (KHStatV)

Vom 10. April 1990, zuletzt geändert durch die Erste Verordnung zur Änderung der Krankenhausstatistik-Verordnung vom 13. August 2001 (BGBl. I S. 2135), ist die Rechtsgrundlage für die Berichterstattung über Ausstattung und Inanspruchnahme des stationären Versorgungsangebotes. Die Erhebungen zur Krankenhausstatistik erstrecken sich gemäß § 1 Abs. 2 KHStatV nicht auf *Krankenhäuser im Straf- oder Maßregelvollzug und Polizeikrankenhäuser*.

Die gemäß KHStatV jährlich bundesweit erhobenen Daten zu personeller und sachlicher Ausstattung sowie Kosten, den in Anspruch genommenen stationären und ambulanten Leistungen sowie allgemeinen Angaben über die Patienten und ihre Erkrankungen der Krankenhäuser und - mit einem eingeschränkten Merkmalskatalog der Grunddaten - der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen sind untergliedert in *Teil I - Grunddaten*, *Teil II - Diagnosen* (*siehe* auch Diagnosedaten der Krankenhauspatienten) und *Teil III - Kostennachweis*.

Kurzzeitpflege

Kurzzeitpflege im Sinne des § 42 SGB XI wird in selbstständig wirtschaftenden Einrichtungen erbracht, in denen unter ständiger Verantwortung einer ausgebildeten Pflegefachkraft Pflegebedürftige vorübergehend gepflegt, untergebracht und verpflegt werden können.

Lärmwirkungen

Extra-aurale (außerhalb des Ohres) Lärmwirkungen können physiologische und biochemische Regelungsvorgänge und Körperfunktionen im gesamten Organismus betreffen und unterliegen keiner unmittelbaren, sondern einer chronisch verlaufenden Pathogenese. Die Art und das Ausmaß möglicher gesundheitlicher Reaktionen auf Umweltlärm hängen im Wesentlichen ab von der Einwirkungszeit des Lärms, der Höhe des Lärmpegels, insbesondere des Maximalpegels, dem Frequenzbereich des Schallreizes und nicht zuletzt von der Dauer der Erholungsphase in lärmfreier Zeit.

Die psychische und physische Verarbeitung von Geräuschen durch den Betroffenen ist zudem sehr subjektiv geprägt. Als Risikogruppen gelten vor allem Schwangere, Kinder, alte Menschen, Kranke, wobei Hypertoniker überdurchschnittlich gefährdet sind.

Lastenquotient

Jugend- und Altenquotient: Kinder/Jugendliche bzw. ältere Menschen je 100 Personen im erwerbsfähigen Alter. Die Altersgrenzen werden unterschiedlich festgelegt, z. B. unter 18-Jährige bzw. Personen im Alter von 65 und mehr Jahren je 100 18- bis unter 65-Jährige.

Lebendgeborene

siehe Geborene

Lebenserwartung

Die Kennziffer Lebenserwartung gibt an, wie viele Jahre ein Mensch in einem definierten Alter bei unveränderten gegenwärtigen Sterberisiken im Durchschnitt noch leben würde. Die fernere Lebenserwartung der Nulljährigen wird hierbei auch als *mittlere Lebenserwartung* bezeichnet. Berechnungsgrundlage für die Lebenserwartung ist die so genannte Sterbetafel, die modellhaft anhand der alters- und geschlechtsspezifischen Sterberaten des untersuchten Kalenderzeitraums (ein oder mehrere zusammengefasste Jahre) berechnet wird. Im Prinzip entspricht die so berechnete Lebenserwartung der (bezüglich der Altersstruktur) bereinigten Sterblichkeit und ist somit besonders geeignet für Zeitreihenanalysen und regionale Vergleiche. Im vorliegenden Bericht erfolgte die Berechnung der Lebenserwartung anhand einer verkürzten Sterbetafel nach Chiang.

Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

Asylbewerber und abgelehnte Bewerber, die zur Ausreise verpflichtet sind, sowie geduldete Ausländer erhalten seit dem 01.11.1993 anstelle von Sozialhilfe Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Zur Deckung des täglichen Bedarfs an Ernährung, Kleidung, Unterkunft usw. werden den Leistungsberechtigten Regelleistungen in Form von Grundleistungen oder in besonderen Fällen in Form von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt analog zu den Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz gewährt.

Leitende Ärztinnen/Ärzte

Hauptamtlich in der Einrichtung (Krankenhaus / Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtung) tätige Ärzte mit Chefarztverträgen sowie Ärzte als Inhaber konzessionierter Privatkliniken.

Letalität

Tödlichkeit.

Letalitätsziffer

Zahl der an einer bestimmten Krankheit Gestorbenen bezogen auf 100 / 1.000 / 10.000 oder 100.000 an derselben Krankheit Erkrankte.

Luftqualitätsstandards

Die Europäische Union regelt europaweit einheitlich die Rechtsgrundlagen des Immissionsschutzes. In der Richtlinie 96/62/EG sind relevante Luftschadstoffe benannt, für die Grenzwerte festzulegen sind, welche mit bestimmten Übergangsfristen bis 2010 eingehalten

werden müssen. Die Festlegung der EU-Grenzwerte erfolgt schrittweise über sogenannte Tochterrichtlinien. Es existieren bereits Grenzwerte für Schwefeldioxid, Stickstoffdioxid, Stickstoffoxide, Feinstaub-Partikel PM 10, Blei, Benzol, Kohlenmonoxid und Ozon.

Medizinisch-technischer Dienst (Krankenhauspersonal)

Dazu gehören Mitarbeiter/innen der Berufsgruppen Apothekenpersonal, Chemiker, Diätassistenten, Logopäden, Masseur, Medizinisch-technische Assistenten, Orthoptisten, Physiotherapeuten, Psychologen, Sozialarbeiter, Schreibkräfte im ärztlichen und medizinischen Bereich.

Meldepflichtige Krankheiten

Die Angaben über meldepflichtige Krankheiten erfolgten bis zum 31.12.2000 nach dem Bundes-Seuchengesetz (BSeuchG) und wurden durch die Gesundheitsämter an das Statistische Landesamt gemeldet.

Anfang des Jahres 2001 trat bundesweit das Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz - IfSG) in Kraft. Die Meldungen erfolgen seit 01.01.2001 durch die Gesundheitsämter an das Robert Koch-Institut (RKI).

Melderechtlich registrierte Einwohner/innen

Angaben aus dem Einwohnerregister des Landeseinwohneramtes an das Statistische Landesamt. Zu den melderechtlich registrierten Einwohnern zählen alle in Berlin gemeldeten Einwohner, unabhängig davon, ob sie nur in einer Wohnung (alleinige Wohnung) in Berlin oder neben dieser noch in einer weiteren oder mehreren Wohnungen in einem anderen Bundesland gemeldet sind. Personen, die in mehreren Bezirken von Berlin gemeldet sind, werden nur einmal, und zwar im Bezirk der Hauptwohnung nachgewiesen. Es sind auch die ausschließlich in Nebenwohnung in Berlin gemeldeten Einwohner enthalten, die in diesem Bericht verwendeten Zahlen betreffen aber nur die am Ort der Hauptwohnung (in alleiniger Wohnung und in Hauptwohnung) melderechtlich registrierten Einwohner.

Die Bevölkerungszahlen aus der Bevölkerungsfortschreibung und aus dem Einwohnermelderegister weichen voneinander ab.

Microcystine

Gesundheitsschädliche Stoffe, die durch bestimmte Blaualgen gebildet und an das Wasser abgegeben werden. Sie können zu Magen-Darm-Beschwerden sowie zu Reizungen der Atemwege, der Haut und der Schleimhäute führen.

Migrantinnen/Migranten

Die unter dem Begriff „Migrantinnen/Migranten“ zusammengefassten Angehörigen ethnischer Gruppen - Ausländer/innen, (Spät-)Aussiedler/innen, Eingebürgerte nichtdeutscher Muttersprache - haben einen erheblichen Anteil an der Gesamtbevölkerung Berlin, der den Prognosen zufolge noch weiter zunehmen wird und regional massiv uneinheitlich verteilt ist. Ihr Anteil an den Altersgruppen älterer Menschen wird sich ebenfalls deutlich erhöhen, u. a. deshalb, weil viele Angehörige der ersten Generation angeworbener Arbeitnehmer/innen (sog. „erste Gastarbeitergeneration“) ihren Lebensabend entgegen ihrer ursprünglichen Lebensplanung nicht in ihrer Heimat, sondern ganz oder teilweise in Berlin verbringen werden.

Mikrozensus

Repräsentativstatistik über die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung und den Arbeitsmarkt auf der Grundlage der jährlich durchgeführten amtlichen Haushaltsbefragung bei ein Prozent aller Haushalte, deren Auswahl durch eine repräsentative Zufallsstichprobe zuverlässige Hochrechnungen auf die Gesamtheit aller Bundesbürger ermöglicht. Ausgewählte Merkmale zur Gesundheit werden im Abstand von 4 Jahren erfragt, zuletzt 2005.

Mobilitätshilfedienste

Unter dem Motto „Draußen spielt das Leben – wir bringen Sie hin“ bieten die „Berliner Mobilitätshilfedienste“ in allen Bezirken Begleit- und Schiebehilfe für ältere und behinderte Menschen an, die ihre Wohnung nicht ohne fremde Hilfe verlassen können. Neben der Schiebehilfe- und Begleitleistung bieten die Dienste Treppenhilfe, Ankleidehilfe, Hilfestellungen bei der Beschaffung und Nutzung behindertengerechter Hilfsmittel und psychosoziale Unterstützung an. Ziel ist es, ihren Nutzern und Nutzerinnen die Teilnahme am öffentlichen Leben zu ermöglichen, ihre Mobilität zu erhalten bzw. zu fördern, sie bei Bedarf gezielt an Leistungsangebote insbesondere ambulanter Pflegeeinrichtungen heranzuführen und vermeidbare Übergänge in die vollstationäre Pflege bzw. in die Klinik möglichst zu verhindern. Die Dienste setzen in beträchtlichem Umfang zusätzliche Helfergruppen (wie ehrenamtliche Helfer, Zivildienstleistende, Praktikanten, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger) ein.

Morbiditätsraten

Berechnung der Erkrankungsfälle in einem bestimmten Zeitraum (meist ein Jahr) auf 1.000, 10.000 oder 100.000 der (durchschnittlichen) Bevölkerung, auf 1.000, 10.000 oder 100.000 von jeweilig definierten Altersgruppen und altersstandardisiert auf 1.000, 10.000 oder 100.000.

Die Berechnung erfolgt bezogen auf die jeweilige durchschnittliche Bevölkerung (*siehe auch* Mortalitätsraten).

Mortalitätsraten

Berechnung der Sterbefälle in einem bestimmten Zeitraum (meist ein Jahr) auf 1.000, 10.000 oder 100.000 der (durchschnittlichen) Bevölkerung, auf 1.000, 10.000 oder 100.000 von jeweilig definierten Altersgruppen und altersstandardisiert auf 1.000, 10.000 oder 100.000.

Die Berechnung erfolgt bezogen auf die jeweilige durchschnittliche Bevölkerung.

Allgemeine (rohe) Sterbeziffern oder Mortalitätsraten

Sie geben die Anzahl der Sterbefälle je 1.000, 10.000 bzw. 100.000 Einwohner der durchschnittlichen Bevölkerung an. Sie sind aber aufgrund ihrer Abhängigkeit von der Altersstruktur für regionale und zeitliche Vergleiche kaum geeignet. Um den Vergleich altersabhängiger Sterberaten von Bevölkerungsgruppen mit unterschiedlicher Altersstruktur zu ermöglichen, bezieht man die Sterbehäufigkeiten auf eine Referenzbevölkerung (*siehe unten* altersstandardisierte Mortalitätsraten).

Altersspezifische Mortalitätsraten

Sie geben die Anzahl der Gestorbenen einer Altersgruppe je 1.000, 10.000 bzw. 100.000 Einwohner der gleichen Altersgruppe an. Durch sie wird der Einfluss des Alters auf die Gesamtsterblichkeit deutlich. Aufgrund der verwendeten 5-Jahres-Altersgruppen ist eine zusätzliche Standardisierung nicht erforderlich.

Altersstandardisierte Mortalitätsraten

Die Altersstandardisierung macht die Sterbeziffern unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen, Regionen oder Zeiträume vergleichbar, indem sie den Einfluss eines unterschiedlichen Altersaufbaus der Bevölkerung durch Gewichtungen ausschaltet. Demzufolge zeigen altersstandardisierte Sterbeziffern an, wie die Sterblichkeit in der Bevölkerung wäre, wenn die Altersstruktur einer Standardbevölkerung zu Grunde läge. Die standardisierten Ziffern sind wegen des Bezugs auf die gleiche Altersstruktur vergleichbar. Das bezieht sich sowohl auf Zeitreihen als auch auf Vergleiche zwischen den Regionen und auf Vergleiche zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen. In vorliegendem Bericht wurden direkte Altersstandardisierungen (anhand der alten Europastandardbevölkerung (1966/1976)) und indirekte Standardisierungen (nach dem Standardized-Mortality-Ratio-Konzept (SMR)) durchgeführt. Bei der SMR werden die beobachteten Fälle der Region in Beziehung gesetzt zu den erwarteten Fällen, die sich aus den altersspezifischen Sterberaten der Bezugsbevölkerung ergeben.

Müttersterblichkeit

Als Müttersterblichkeit gilt der Tod jeder Frau während der Schwangerschaft oder innerhalb von 42 Tagen nach Beendigung der Schwangerschaft. Ein Tod durch Unfall oder zufällige Ereignisse wird nicht einbezogen. Es wird zwischen direkten und indirekten Müttersterbefällen unterschieden.

Nettoeinkommen

Ermittlung im Mikrozensus durch eine Selbsteinstufung der Befragten in vorgegebene Einkommensgruppen. Haushalts- und Familiennettoeinkommen werden aus der Summe der jeweils zur Verfügung stehenden Individualeinkommen ermittelt.

Nichterwerbspersonen

Personen, die keinerlei auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben oder suchen (*siehe auch* Erwerbspersonen, Erwerbstätige, Erwerbslose).

Niedergelassene (freipraktizierende) bzw. ambulant tätige Ärztinnen/Ärzte

Ärzte in freier Praxis einschließlich der Ärzte mit nebenamtlicher Krankenhaus­tätigkeit (Belegärzte) und Assistenzärzte bei niedergelassenen Ärzten sowie ambulant tätige Ärzte einschließlich Ärzte in Einrichtungen gemäß § 311 Sozialgesetzbuch V (SGB V).

Perinatale Sterblichkeit

Totgeborene (*siehe dort*) und im Alter von 0 bis unter 7 Tagen Gestorbene (*siehe* Säuglingssterblichkeit - Frühsterblichkeit) bezogen auf 1.000 Geborene.

Personalkosten der Krankenhäuser

Umfassen alle Kosten, die dem Krankenhaus durch die Beschäftigung von ärztlichem und nichtärztlichem Personal zur Erstellung von Krankenhausleistungen entstehen. Nachgewiesen werden sämtliche Kosten für die Mitarbeiter/innen des Krankenhauses, unabhängig davon, ob es sich um ein Arbeitnehmer- oder arbeitnehmerähnliches Verhältnis, um eine nebenberufliche Tätigkeit oder um eine nur vorübergehende oder aushilfsweise Tätigkeit handelt. Die Angaben zum Personalbestand der Krankenhäuser (Krankenhausstatistik Teil I - Grunddaten) werden für die Kostangaben der einzelnen Funktionsbereiche abgestimmt.

Pflegebedürftige

Mit der im Dezember 1999 erstmals durchgeführten Erhebung (*siehe* Pflegestatistik-Verordnung) über die ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen sowie über Pflegegeldempfänger werden umfassende Informationen zur pflegerischen Versorgung der Pflegebedürftigen bereitgestellt. Auf Basis zuverlässiger statistischer Daten über die personelle Ausstattung in den Pflegeeinrichtungen und über die Struktur der Leistungsempfänger sollen Entwicklungstendenzen im Bereich der pflegerischen Versorgung, insbesondere unter Berücksichtigung bedarfsorientierter pflegerischer Angebote und Nachfragen, erkannt werden. Die Ergebnisse dienen als Grundlage für Planungsentscheidungen und ggf. für Anpassungen im Pflegeversicherungsgesetz.

Pflegedienst

- a) Krankenhauspersonal: Pflege- und Pflegehilfspersonal im stationären Bereich (Dienst am Krankenbett). Dazu gehören auch Pflegekräfte in Intensivpflege- und Intensivbehandlungseinrichtungen sowie Dialysestationen.
- b) Ambulante Pflegeeinrichtung, die als selbständiges Unternehmen mit mindestens einer verantwortlichen und ausgebildeten Pflegefachkraft aufgrund eines Versorgungsvertrages nach dem Elften Sozialgesetzbuch (SGB XI) Pflegebedürftige in ihren Wohnungen pflegt und hauswirtschaftlich versorgt.

Pflegeeinrichtungen

PflegeStatV: ambulante Pflegeeinrichtungen (Pflegedienste, *siehe dort*), teilstationäre und vollstationäre Pflegeeinrichtungen (Pflegeheime), mit denen ein Vertrag nach dem Elften Sozialgesetzbuch (SGB XI) besteht (zugelassene Einrichtungen). Als Pflegeheime werden laut § 71 Abs. 2 SGB XI selbständig wirtschaftende stationäre Pflegeeinrichtungen bezeichnet, in denen Pflegebedürftige unter ständiger Verantwortung einer ausgebildeten Pflegefachkraft gepflegt werden und ganztätig (vollstationär) oder nur tagsüber oder nur nachts (teilstationär) untergebracht und verpflegt werden können.

Pflegestatistik-Verordnung (PflegeStatV)

Die Rechtsgrundlage der Pflegestatistik ist die „Verordnung zur Durchführung einer Bundesstatistik über Pflegeeinrichtungen sowie über häusliche Pflege (Pflegestatistik-Verordnung - PflegeStatV)“ vom 29. November 1999 gemäß § 109 Abs. 1 Pflege-Versicherungsgesetz (PflegeVG) des Elften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XI) vom 26. Mai 1994.

Die Statistik wird nach bundeseinheitlichem Konzept als Bestandserhebung (Totalerhebung) alle zwei Jahre jeweils zum Stichtag 15.

bzw. 31. Dezember eines Berichtsjahres, erstmals 1999, durchgeführt. Sie erfasst die Pflegegeldleistungen, das Angebot, die Inanspruchnahme und die personelle Ausstattung der Pflegeeinrichtungen, die Struktur der Leistungsempfänger sowie die an die Pflegeeinrichtung zu zahlenden Entgelte.

Pflegetage

siehe Berechnungs- und Belegungstage

Plankrankenhäuser

In den Krankenhausplan eines Landes aufgenommene Krankenhäuser.

Prävalenz

Anzahl der Erkrankungsfälle an einer bestimmten Krankheit in einer Population zu einem definierten Zeitpunkt oder in einem bestimmten Zeitraum.

Prävention

Verhüten oder Vermeiden von Krankheiten bzw. Ausschalten von krankmachenden Faktoren. Es werden drei Formen der Prävention beschrieben:

Primäre Prävention

Vermeidung von Erkrankungen durch Ausschaltung von Risikofaktoren (z. B. Rauchen, Übergewicht).

Sekundäre Prävention

Früherkennung einer vorhandenen Erkrankung und frühzeitige Behandlung.

Tertiäre Prävention

Minimierung bzw. Bewältigung von Krankheitsfolgen, z. B. durch Rehabilitation.

Ziele der Prävention sind Verhütung und Vermeidung von Krankheiten, Milderung vorhandener Krankheiten sowie Gewährleistung einer bedarfsgerechten Gesundheitsversorgung.

Privathaushalte

Jede zusammenwohnende und eine wirtschaftliche Einheit bildende Personengemeinschaft sowie Personen, die allein wohnen und wirtschaften. Zum Haushalt können verwandte und familienfremde Personen gehören. Gemeinschafts- und Anstaltsunterkünfte gelten nicht als Privathaushalte.

Bezugsperson des Haushalts ist die Person, die überwiegend zum Unterhalt des Haushalts beiträgt. Dabei wird davon ausgegangen, dass diese Person in der Regel auch diejenige ist, die den sozialen Status und die Lebensverhältnisse des Haushalts bzw. der Haushaltsmitglieder bestimmt und sich daher als Bezugsperson für die sozioökonomische Zuordnung der Haushalte eignet.

Rehabilitationsmaßnahmen

Die medizinische Rehabilitation ist ein wichtiger Bestandteil der medizinischen Versorgung. Ihr Ziel ist es, eine Schwächung der Gesundheit, die in absehbarer Zeit voraussichtlich zu einer Krankheit führen würde, zu beseitigen oder einer Gefährdung der gesundheitlichen Entwicklung eines Kindes entgegenzuwirken (Vorsorge) oder eine Krankheit zu heilen, ihre Verschlimmerung zu verhüten und Krankheitsbeschwerden zu lindern oder im Anschluss an eine Krankenhausbehandlung den dabei erzielten Behandlungserfolg zu sichern. Dabei soll auch eine drohende Behinderung oder Pflegebedürftigkeit abgewendet, beseitigt, gemindert oder ausgeglichen werden, um eine Verschlimmerung zu verhüten oder ihre Folgen zu mildern. Die medizinischen Rehabilitationsmaßnahmen werden als stationäre, ambulante oder gemischt stationär/ambulante Behandlungen durchgeführt.

Risikokinder

Kinder, deren Entwicklung durch besondere Risikofaktoren aus Schwangerschaft und Perinatalperiode gefährdet ist oder die in der Zeit vom Säuglings- bis zum Einschulungsalter als entwicklungsrückständig oder auffällig bekannt werden.

Säuglingssterblichkeit

Im ersten Lebensjahr Gestorbene, bezogen auf 1.000 Lebendgeborene. Um Verzerrungen zu vermeiden, die dadurch eintreten können, dass ein Teil der Gestorbenen bereits im Vorjahr geboren wurde und ein Teil der Lebendgeborenen erst im folgenden Kalenderjahr stirbt, wird die Säuglingssterblichkeit nach der Methode Rahts für Berlin insgesamt, nicht jedoch für die einzelnen Bezirke unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung des Berichtszeitraumes und des Vorjahres berechnet.

Einteilung erfolgt in:

Frühe Neonatalsterblichkeit

Gestorbene von 0 - 6 Tagen je 1.000 Lebendgeborene.

Späte Neonatalsterblichkeit

Gestorbene von 7 - 27 Tagen je 1.000 Lebendgeborene.

Postneonatalsterblichkeit

Gestorbene von 28 - 364 Tagen je 1.000 Lebendgeborene.

Schwangerschaftsabbruch

Beendigung einer intakten Schwangerschaft durch chirurgische oder medikamentöse Einwirkung. Die gesetzlichen Bestimmungen zum Schwangerschaftsabbruch sind im Schwangerschaftsabbruchgesetz vom 21. August 1995 geregelt. Danach ist ein Schwangerschaftsabbruch grundsätzlich für alle Beteiligten strafbar. Ausnahmen gelten im Falle einer medizinischen oder kriminologischen Indikation, bei der ein Abbruch nicht rechtswidrig ist (§ 218a Abs. 2 und 3 StGB), oder nach der so genannten Beratungsregelung, nach der ein Schwangerschaftsabbruch bei Einhaltung der Fristen und nach erfolgter Schwangerschaftskonfliktberatung straflos bleibt (§ 218a Abs. 1 und § 219 StGB).

Schwerbehinderte

Rechtsgrundlage der Erfassung ist § 53 des Gesetzes zur Sicherung der Eingliederung Schwerbehinderter in Arbeit, Beruf und Gesellschaft (Schwerbehindertengesetz - SchwBG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. August 1986 (BGBl I S. 1421, 1550), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Dezember 1997 in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz - BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl I S. 462, 465), geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 17. Dezember 1990 (BGBl I S. 2837).

Unter Behinderung im Sinne des Schwerbehindertengesetzes ist die Auswirkung einer nicht nur vorübergehenden Funktionsbeeinträchtigung zu verstehen, die auf einem regelwidrigen körperlichen, geistigen oder seelischen Zustand beruht. Regelwidrig ist dabei der Gesundheitszustand, der von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweicht. Normale Alterserscheinungen sind daher keine Behinderungen im Sinne des Schwerbehindertengesetzes. Als nicht nur vorübergehend gilt ein Zeitraum von mehr als sechs Monaten.

Der Begriff *Grad der Behinderung* (GdB) bezieht sich auf die Auswirkung einer Behinderung oder Schädigungsfolge in allen Lebensbereichen und nicht nur auf Einschränkungen im allgemeinen Erwerbsleben. Der GdB ist ein Maß für die Auswirkungen eines Mangels an funktioneller Intaktheit, also für einen Mangel an körperlichem, geistigem und seelischem Vermögen. Der in Prozenten ausgedrückte GdB ist ein allgemeiner Maßstab für den Schweregrad einer Behinderung.

Die Statistik wird nach bundeseinheitlichem Konzept als Bestandserhebung (Totalerhebung) alle zwei Jahre jeweils zum Stichtag 31. Dezember eines Berichtsjahres durchgeführt.

Starkes Rauchen

Die WHO definiert Rauchen als stark, wenn mehr als 20 Zigaretten täglich geraucht werden.

Staatsangehörigkeitsgesetz

Seit dem 01.01.2000 gilt ein neues Staatsangehörigkeitsrecht in Deutschland. Das in den Grundzügen seit 1913 bestehende „Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz“ leitete die Eigenschaft, Deutscher zu sein, von der Abstammung ab. Ausländer konnten nur Deutsche werden, wenn sie die eng formulierten Voraussetzungen der Einbürgerung erfüllten.

Die entscheidende Reform des neuen Staatsangehörigkeitsrechts ist die Ergänzung des Abstammungsprinzips um das *Geburtsrecht*. In Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern, von denen mindestens ein Elternteil seit wenigstens acht Jahren dauerhaft und rechtmäßig in Deutschland lebt und eine Aufenthaltsberechtigung oder seit mindestens drei Jahren eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis hat, erhalten die deutsche Staatsbürgerschaft, meistens zusätzlich zu der ihrer Eltern.

Auch die Kinder, die am 01.01.2000 das 10. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten und ihren gewöhnlichen Aufenthalt rechtmäßig in Deutschland hatten, konnten auf Antrag ihrer Eltern eingebürgert werden. Das neue Staatsangehörigkeitsgesetz lässt die Mehrstaatigkeit für diese Kinder bis zur Volljährigkeit zu. Dieser Antrag konnte jedoch nur bis zum 31.12.2000 gestellt werden.

Standardbevölkerung

siehe Europäische Standardbevölkerung

Straßenverkehrsunfälle

Nach dem Straßenverkehrsunfallstatistikgesetz (StVUnfStatG) werden Unfälle erfasst, die sich infolge des Fahrverkehrs auf öffentlichen Wegen und Plätzen ereignet haben und polizeilich aufgenommen worden sind; das sind vor allem solche mit größeren Sach- und Personenschäden. Jeder Unfall wird nur einmal ausgewiesen. Das Zuordnungskriterium ist die jeweils schwerste Unfallfolge. Da nicht alle Unfälle erfasst werden, muss von einer nicht unerheblichen Dunkelziffer ausgegangen werden.

Stundenfälle

Patientinnen/Patienten, die in ein Krankenhaus aufgenommen und noch am gleichen Tag wieder entlassen bzw. in ein anderes Krankenhaus verlegt werden, sowie Patienten, die am Aufnahmetag verstorben sind. Stundenfälle innerhalb eines Tages werden mit der Novellierung der Krankenhausstatistik-Verordnung (*siehe dort*) für die Grunddaten der KHStatV seit 2002 nicht mehr gesondert nachgewiesen.

Tages- und Nachtambulanzplätze

Kapazitäten zur teilstationären Versorgung (regelmäßige Verweildauer im Krankenhaus von weniger als 24 Stunden) werden nach der Krankenhausstatistik-Verordnung (*siehe dort*) in Plätzen, nicht in Betten, angegeben.

Technischer Dienst (Krankenhauspersonal)

Betriebsingenieure, Personal für Einrichtungen zur Versorgung mit Heizwärme, Warm- und Kaltwasser, Frischluft, medizinischen Gasen und Strom sowie für die Instandhaltung.

Teilstationäre Pflege

Teilstationäre Pflege im Sinne des § 41 SGB XI wird in Tages- bzw. Nachtpflegeeinrichtungen erbracht, in denen Pflegebedürftige unter ständiger Verantwortung einer ausgebildeten Pflegefachkraft nur tagsüber oder nur nachts gepflegt, untergebracht und gepflegt werden können. Zum Leistungsspektrum gehört auch die Beförderung der Pflegebedürftigen von der Wohnung in die Pflegeeinrichtung und zurück.

Todesfälle an meldepflichtigen übertragbaren Krankheiten

Sterbefälle an bestimmten durch das Infektionsschutzgesetz festgelegten Krankheiten werden von den Berichtspflichtigen an die Gesundheitsämter gemeldet und vom RKI ausgewertet.

Todesursachenspezifische Sterblichkeit

berücksichtigt den Einfluss einzelner Todesursachen oder Todesursachengruppen auf die Mortalität.

Todesursachenstatistik

Angaben des Arztes auf dem Leichenschauchein über die Todesart (natürlicher bzw. nicht natürlicher Tod) und Todesursache. Da die Todesursachenstatistik unikausal aufbereitet wird, geht nur eine Krankheit, das Grundleiden (die Krankheit oder Verletzung, die direkt

zum Tode führende Krankheitszustände auslöste oder die Umstände des Unfalls oder der Gewalteinwirkung, die den tödlichen Ausgang verursachten), in die Statistik ein.

Seit 1998 werden die Daten nach der „Internationalen statistischen Klassifikation der Krankheiten und verwandten Gesundheitsproblemen“ (ICD-10) der WHO aufbereitet. Ein Vergleich mit der vom Januar 1979 bis Dezember 1997 vorliegenden Daten der „Internationalen Klassifikation der Krankheiten (ICD 9) ist bei zahlreichen Todesursachen nur mit Einschränkungen möglich.

Totgeborene

Siehe Geborene.

Totgeburtensziffer

Anzahl der Totgeborenen je 1.000 Geborene (Lebend- und Totgeborene).

Trinkwasserschutzonen

Im Einzugsgebiet eines Wasserwerkes im Interesse der öffentlichen Wasserversorgung festgelegtes Schutzgebiet, gegliedert in Fassungszone, engere Schutzzone und weitere Schutzzone; der Festlegung der Trinkwasserschutzonen gehen hydrogeologische Untersuchungen des Einzugsgebietes voraus, aus denen ein regionales Grundwasserströmungsmodell entwickelt wird.

Umweltlärm

Der Begriff bezeichnet unerwünschte oder gesundheitsschädliche Geräusche im Freien, die vom Straßen-, Luft- und Eisenbahnverkehr sowie durch Aktivitäten von Menschen verursacht werden. Umweltlärm kann extra-aurale (außerhalb der Ohren) Lärmwirkungen auslösen.

Vergütungen in Pflegeeinrichtungen

An stationäre Pflegeeinrichtungen zu zahlende Entgelte für allgemeine Pflegeleistungen nach Art der Pflegeleistung und Pflegeklassen sowie für Unterkunft und Verpflegung. Sie werden zweijährlich erhoben und in der Pflegestatistik (siehe Pflegestatistik-Verordnung) ausgewiesen.

Verlorene Lebensjahre

Der Gesundheitsindikator „Verlorene Lebensjahre“ - Potential Years of Life Lost (PYLL) - ermöglicht die Identifizierung derjenigen Erkrankungsgruppen, die einen besonders großen Anteil zum vorzeitigen Versterben (Vorwegnahmestorblichkeit) in der Bevölkerung beitragen. Ausgehend von einer vorgegebenen Altersgrenze - hier 65 Jahre - werden für alle vor Erreichung der Altersgrenze Verstorbenen die nicht gelebten Jahre, das verlorene Potenzial, aufsummiert sowie als Rate je 100.000 Einwohner gebildet. Bei Bezug auf eine Standardbevölkerung (z. B. Europastandardbevölkerung) entsteht die entsprechende standardisierte Maßzahl.

Vermeidbare Todesfälle

Gegenwärtig zählen 29 Todesursachen und -gruppen (im Auftrag der Europäischen Gemeinschaft von einer Arbeitsgruppe definiert) zu den vermeidbaren Todesfällen.

Nach heutigem medizinischen Kenntnisstand ist es möglich, die definierten Krankheitsdiagnosen erfolgreich zu behandeln oder sie durch gezielte Prävention gar nicht erst entstehen zu lassen.

Die Vermeidbarkeit von Todesfällen wird nur innerhalb definierter Altersgruppen gesehen. Bei den meisten „vermeidbaren“ Todesursachen ist die obere Grenze das 65. Lebensjahr, da sich durch zunehmendes Lebensalter und durch zunehmende Multimorbidität bei älteren Personen Todesfälle weniger „vermeiden“ lassen.

Vertragsärztliche Versorgung

Im folgenden genannte rechtliche Grundlagen der vertragsärztlichen Versorgung sind in den §§ 72 - 105 und § 311 SGB V geregelt:

Ärztinnen/Ärzte, Zahnärztinnen/-ärzte, Psychotherapeutinnen/-therapeuten und Krankenkassen wirken zur *Sicherstellung* der vertragsärztlichen Versorgung der Versicherten zusammen.

Die vertragsärztliche Versorgung ist durch Verträge der Kassenärztlichen Vereinigungen mit den Verbänden der Krankenkassen so zu regeln, dass eine ausreichende, zweckmäßige und wirtschaftliche Versorgung der Versicherten unter Berücksichtigung des allgemein anerkannten Standes der medizinischen Erkenntnisse gewährleistet ist. Die Kassenärztlichen Vereinigungen und die Kassenärztlichen Bundesvereinigungen haben die vertragsärztliche Versorgung den gesetzlichen und vertraglichen Erfordernissen entsprechend sicherzustellen.

Die vertragsärztliche Versorgung gliedert sich in die *hausärztliche* und die *fachärztliche* Versorgung (siehe auch Hausärzte).

An der vertragsärztlichen Versorgung nehmen *zugelassene und ermächtigte Ärztinnen/Ärzte und Psychotherapeutinnen/-therapeuten* sowie ermächtigte ärztlich geleitete Einrichtungen teil.

Anhand der in den Bedarfsplanungs-Richtlinien-Ärzte (vom 09.03.1993, zuletzt geändert am 19.02.2001) festgelegten allgemeinen Verhältniszahlen - Einwohner je Ärztin/Arzt nach definierten Raumgliederungen - wird der *Versorgungsgrad* je Planungsbereich (in Berlin sind ab dem 01.06.2003 die bisherigen Planungsbereiche, die den Verwaltungsbezirken entsprachen, zu einem einzigen zusammengelegt worden: Planungsbereich Berlin Bundeshauptstadt im Zulassungsbezirk Berlin) und Arztgruppe errechnet. Dabei bilden u. a. psychotherapeutisch tätige Ärztinnen/Ärzte und Psychotherapeutinnen/-therapeuten zusammen sowie Hausärztinnen/-ärzte mit Ausnahme der Kinderärztinnen/-ärzte jeweils eine Arztgruppe. Wird eine *Überversorgung* (Überschreiten des allgemeinen bedarfsgerechten Versorgungsgrades um 10 vom Hundert) festgestellt, ist eine *Zulassungsbeschränkung* anzuordnen.

Verwaltungsdienst (Krankenhauspersonal)

Personal der engeren und weiteren Verwaltung, der Registratur, der technischen Verwaltung (sofern nicht beim Wirtschafts- und Versorgungsdienst erfasst).

Verweildauer

Gibt an, wie lange der Aufenthalt eines Patienten im Krankenhaus bzw. in einer Fachabteilung im Berichtsjahr durchschnittlich gedauert hat. Sie wird gebildet aus dem Quotienten von Berechnungs- und Belegungstagen (bis 2001: Pflagetagen) und der entsprechenden Fallzahl (der Einrichtung bzw. der Fachabteilung). Die durchschnittliche Verweildauer wird sowohl in den Teilen I - Grunddaten und III - Kostennachweis als auch im Teil II - Diagnosen der Krankenhausstatistik-Verordnung (*siehe dort*) berechnet. Da der Berechnung jeweils unterschiedliche Fallzahlen (*siehe dort*) zugrunde liegen, können die Verweildauerwerte voneinander abweichen.

Vollkräfte

Zahl der während des Berichtsjahres Beschäftigten, umgerechnet auf die volle tarifliche Arbeitszeit.

Krankenhauspersonal:

Ärztliches Personal umfasst hauptamtlich Tätige (in der Einrichtung fest angestellt), bis 30. September 2004 einschließlich Ärzte im Praktikum (*siehe dort*), Zahnärzte sind nicht einbezogen.

Beim *nichtärztlichen Personal* sind für die Ermittlung der Zahl der Vollkräfte Personen, die in der Krankenpflege oder Kinderkrankenpflege ausgebildet werden, im Verhältnis 7 zu 1 auf die Stelle einer in diesen Berufen voll ausgebildeten Person anzurechnen; ab dem 1. Januar 2005 gilt das Verhältnis von 9,5 zu 1. Krankenpflegehilfeschüler und -schülerinnen werden im Verhältnis 6 zu 1 berücksichtigt.

Vollstationäre Langzeitpflege

Pflegebedürftige haben gemäß § 43 SGB XI Anspruch auf vollstationäre Pflege, wenn häusliche (ambulante) oder teilstationäre Pflege nicht möglich sind oder wegen der Besonderheit des einzelnen Falles nicht in Betracht kommen.

Vollstationäre Pflege wird in Langzeitpflegeeinrichtungen (Pflegeheime) erbracht, in denen Pflegebedürftige unter ständiger Verantwortung einer ausgebildeten Pflegefachkraft auf Dauer ganztägig gepflegt, untergebracht und verpflegt werden können.

Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen

Im Sinne von § 1 Abs. 3 Nr. 2 der *Krankenhausstatistik-Verordnung* (KHStatV) vom 10. April 1990 (BGBl. I S. 730) sind Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen die Krankenhäuser nach § 2 Nr. 1 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes (KHG) einschließlich der in den §§ 3 und 5 des KHG genannten Krankenhäuser und Einrichtungen, soweit sie zu den Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen nach § 107 Abs. 2 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (SGB V) gehören.

§ 2 Nr. 1 *KHG*: Krankenhäuser sind Einrichtungen, in denen durch ärztliche und pflegerische Hilfeleistung Krankheiten, Leiden oder Körperschäden festgestellt, geheilt oder gelindert werden sollen oder Geburtshilfe geleistet wird und in denen die zu versorgenden Personen untergebracht und verpflegt werden können.

§ 107 Abs. 2 *SGB V*: Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen im Sinne dieses Gesetzbuches sind Einrichtungen, die

1. der stationären Behandlung der Patienten dienen, um

a) eine Schwächung der Gesundheit, die in absehbarer Zeit voraussichtlich zu einer Krankheit führen würde, zu beseitigen oder einer Gefährdung der gesundheitlichen Entwicklung eines Kindes entgegenzuwirken (Vorsorge) oder

b) eine Krankheit zu heilen, ihre Verschlimmerung zu verhüten oder Krankheitsbeschwerden zu lindern oder im Anschluss an eine Krankenhausbehandlung den dabei erzielten Behandlungserfolg zu sichern oder zu festigen, auch mit dem Ziel, einer drohenden Behinderung oder Pflegebedürftigkeit vorzubeugen, sie nach Eintritt zu beseitigen, zu bessern oder eine Verschlimmerung zu verhüten (Rehabilitation), wobei Leistungen der aktivierenden Pflege nicht von den Krankenkassen übernommen werden dürfen,

2. fachlich-medizinisch unter ständiger ärztlicher Verantwortung und unter Mitwirkung von besonders geschultem Personal darauf eingerichtet sind, den Gesundheitszustand der Patienten nach einem ärztlichen Behandlungsplan vorwiegend durch Anwendung von Heilmitteln einschließlich Krankengymnastik, Bewegungstherapie, Sprachtherapie oder Arbeits- und Beschäftigungstherapie, ferner durch andere geeignete Hilfen, auch durch geistige und seelische Einwirkungen, zu verbessern und den Patienten bei der Entwicklung eigener Abwehr- und Heilungskräfte zu helfen

und in denen

3. die Patienten untergebracht und verpflegt werden können.

Vorzeitige Sterblichkeit

Gestorbene von 0 bis 64 Jahren. Die vorzeitige Sterblichkeit ist von besonderem Interesse, um Gesundheitsrisiken festzustellen. Aus der Sicht von Entscheidungsträgern scheinen hier am ehesten Interventionen, sei es in der Prävention oder in der medizinischen Versorgung, möglich und notwendig.

Wirtschafts- und Versorgungsdienst (Krankenhauspersonal)

Küchen- und Diätküchenpersonal, Personal in Wirtschaftsbetrieben (Metzgerei, Bäckerei, Wäscherei, Nähstuben u. ä.), Sonstige.

Wohngeld

Wohngeld wird zur wirtschaftlichen Sicherung angemessenen und familiengerechten Wohnens gezahlt: auf Antrag bei den Wohngeldämtern als Zuschuss zu den Aufwendungen für den Wohnraum oder für Empfänger von Leistungen der Sozialhilfe und Kriegsopferfürsorge ohne Antrag pauschal mit den laufenden Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt (Regelung im Achten Gesetz zur Änderung des Wohngeldgesetzes vom 10.08.1990, in den neuen Ländern und Berlin-Ost ist das Wohngeldgesetz zum 01.01.1991 in Kraft getreten).

Wohnortprinzip

Erfassung nach dem Wohnort der von dem erhobenen Tatbestand betroffenen Person (*siehe auch Ereignisprinzip*).

Zahnärztinnen/-ärzte

Einschließlich kieferorthopädisch und oralchirurgisch weitergebildete Zahnärztinnen/-ärzte.

Abkürzungen

ACC	American College of Cardiology
AEV	Arbeiter-Ersatzkassen-Verband e.V.
AHA	American Heart Association
AIDS	erworbenes Immundefektsyndrom
AiP	Arzt im Praktikum
a.n.g.	anderweitig nicht genannt
AOK	Allgemeine Ortskrankenkasse
ASR	Arbeitsstättenrichtlinie
Ä-ZV	Ärztzulassungsverordnung
BBGes	Berliner Betriebe für Zentrale Gesundheitliche Aufgaben
BeSIZ	Berliner Service- und Informationszentrum für Angehörigenarbeit
BGBI I	Bundesgesetzblatt Teil I
BImSchG	Bundes-Immissionsschutzgesetz
BKK	Betriebskrankenkasse
BL	Bundesland
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BMG	Bundesministerium für Gesundheit
BMI	Body Mass Index
BSHG	Bundessozialhilfegesetz
BSR	Berliner Stadtreinigungsbetriebe
BVG	Berliner Verkehrsbetriebe
BVG	Bundesversorgungsgesetz
COICOP	Classification of Individual Consumption by Purpose
DAJ	Deutsche Arbeitsgemeinschaft für Jugendzahnpflege e.V.
DCO	Death Certificate Only
DDT	Dichlordiphenyltrichlorethan
DHZB	Deutsches Herzzentrum Berlin
DIN	Deutsches Institut für Normung e.V.
DMP	Disease Management Programm
DPW	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
DRG	Diagnosis Related Groups
DSB	Deutscher Sportbund
DTP	Diphtherie, Tetanus, Pertussis
Eurobev.	Europäische Standardbevölkerung
FSME	Frühsommer-Meningoenzephalitis
g	Gramm
GerMed	Landesinstitut für gerichtliche und soziale Medizin Berlin
GKR	Gemeinsames Krebsregister der Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und der Freistaaten Sachsen und Thüringen
GKV	gesetzliche Krankenversicherung
GMG	Gesundheitsmodernisierungsgesetz
GRV	gesetzliche Rentenversicherung
GST	Gesamtsterblichkeit
GVBl	Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin
HIV	Humane Immundefizienz-Viruskrankheit
HPL	Hochprävalenzländer
i.v.	intravenös
ICD 9	Internationale Klassifikation der Krankheiten, 9. Revision
ICD-10	Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme, 10. Revision
IfSG	Infektionsschutzgesetz
IGV	Integrierter Gesundheitsvertrag
IKK	Innungskrankenkasse
ILAT	Institut für Lebensmittel, Arzneimittel und Tierseuchen, Berlin

InEK	Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus
KH	Krankheiten
KHEntgG	Krankenhausentgeltgesetz
KHG	Krankenhausfinanzierungsgesetz
KHStatV	Krankenhaus-Statistik-Verordnung
Kita	Kindertagesstätte
KJGD	Kinder- und Jugendgesundheitsdienst
KJHG	Kinder- und Jugendhilfegesetz
KJpD	Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst
KJPT	Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut/in
KOF	Kriegsopferfürsorge
KV Berlin	Kassenärztliche Vereinigung Berlin
KVdR	Krankenversicherung der Rentner
KZBV	Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung
LaBas	Landesverband der Berliner Aids-Selbsthilfegruppen e.V.
LAG	Landesarbeitsgemeinschaften für Jugendzahnpflege
LAGeSo	Landesamt für Gesundheit und Soziales Berlin
LAGetSi	Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit Berlin
LGK	Landesgesundheitskonferenz
LHO	Landeshaushaltsordnung
LKG	Landeskrankenhausgesetz
LMBG	Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetz
LPfGG	Landespflegegeldgesetz
LPP	Landespflegeplan
MVZ	Medizinische Versorgungszentren
n.n.bez.	nicht näher bezeichnet
NRW	Nordrhein-Westfalen
ÖGD	öffentlicher Gesundheitsdienst
o.n.A.	ohne nähere Angaben
PCB	Polychlorierte Biphenyle
PCI	percutaneous coronary intervention (percutane koronare Intervention)
PEI	Paul-Ehrlich-Institut
PflegeStatV	Pflegestatistik-Verordnung
PM	particular matter
PolPräs	Polizeipräsident
PPT	Psychologische/r Psychotherapeut/in
PsychThG	Psychotherapeutengesetz
PTCA	percutane transluminale Koronarangioplastie (= PCI percutane koronare Intervention)
PYLL	verlorene Lebensjahre
RKI	Robert Koch-Institut
SchKG	Gesetz zur Vermeidung und Bewältigung von Schwangerschaftskonflikten (Schwangerschaftskonfliktgesetz)
SenGesSozV	Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz Berlin
SenInn	Senatsverwaltung für Inneres Berlin
SenStadt	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin
SGB	Sozialgesetzbuch
SIDS	Sudden infant death syndrome
SMD	Sozialmedizinischer Dienst für Eheberatung, Familienplanung und Schwangerschaft
SpD	Sozialpsychiatrischer Dienst
StaLa Berlin	Statistisches Landesamt Berlin
StBA	Statistisches Bundesamt
STD	Sexually transmitted diseases
StGB	Strafgesetzbuch
STIKO	Ständige Impfkommision
StPO	Strafprozessordnung
TELLUS	Transport and Environment alliance for Urban Sustainability

TUT	Tausend Umwelt-Taxi für Berlin
UKB	Unfallkrankenhaus Berlin
VdAK	Verband der Angestellten-Krankenkassen e.V.
VDI	Verein Deutscher Ingenieure
VDR	Verband Deutscher Rentenversicherungsträger
VPI	Verbraucherpreisindex
VST	vorzeitige Sterblichkeit
VTF	vermeidbare Todesfälle
VWD	Verweildauer
WHO	World Health Organization
ZI	Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung
ZNS	Zentralnervensystem

Sachwortregister

A

Acrylamid in Lebensmitteln	311
Adipositas	108, 109, 169, 277
AIDS	97, 395, 589
AIDS-Erstdiagnosen	183
Aids-Selbsthilfeprojekte - Finanzierung	394
AiP - Ausbildungsphase	470, 494
akuter Myokardinfarkt	102, 142
Argentoxine	315, 589
Alkoholabhängige - Beratungsstelle	408
alkoholbedingte Krankheiten	218, 452
alkoholbedingte Straßenverkehrsunfälle	267
alkoholische Leberkrankheit	93, 102, 218, 241
Alkoholprävention	407
Alleinerziehende	24, 64, 66
Altenhilfe	357, 360, 363
Altenquotient	22, 47, 596
Altersstruktur	35, 46, 416
ambulante Morbidität	79, 108
angeborene Fehlbildungen des Kreislaufsystems	86, 97, 131, 153, 159, 162 101
AOK Berlin	507, 514, 525, 527, 529, 534
Apotheken	388
Apothekenpersonal	468, 469, 471, 488, 492
Apotheker/innen	271, 492, 500
Approbationen	500
Äquivalenzeinkommen	275
Arbeitslosigkeit	26, 67, 468, 589
Arbeitsunfälle	148, 330
Armutrisikogrenze	275
Arzneimittelüberwachung	312
Ärztinnen/Ärzte	271, 335, 368, 379, 384, 459, 463, 467, 469, 471, 472, 478, 486, 491, 494, 500, 589, 594, 596, 598, 601
Ärztlicher Bereitschaftsdienst der KV Berlin	454
ärztlicher Bereitschaftsdienst der KV Berlin	335
asbestbedingte Erkrankungen	149
Asthma	77, 100
Asthma bronchiale	79, 106, 108, 110
Asylbewerberleistungsgesetz Anspruchsberechtigte	594, 596
Asylbewerberleistungsgesetz - Anspruchsberechtigte Krankenbehandlung	70 511
Athropathien	248
Ausbildungsabschluss	<i>Siehe beruflicher Ausbildungsabschluss</i>
Ausbildungskosten Krankenpflege	494
Ausbildungsstätten des Gesundheitswesens	495
ausländische Bevölkerung	27, 416, 589
Außenluftqualität	298, 318
äußere Ursachen von Morbidität und Mortalität	261
B	
Badegewässer	314, 331, 589
Bedarfsgegenstände/Gesundheitsgefährdung	312, 327

Behandlungsfälle	592
ambulant	79, 108, 335, 448
stationär	80, 113, 177, 186, 196, 202, 203, 206, 208, 222, 224, 232, 234, 239, 241, 246, 248, 255, 257, 410, 415, 456, 458, 460, 463, 548
vor-/nach-/teilstationär	462
behinderte Menschen	399
Benzol in der Außenluft	322
Berechnungs- und Belegungstage	456, 548, 590
teilstationär	462
Berlin qualmfrei - Aktionsprogramm	269, 407
Berliner Luftgüte-Messnetz (Blume)	299
beruflicher Ausbildungsabschluss	62
Berufserlaubnisse	501
Berufskrankheiten	149, 590
Beschäftigte im Gesundheitswesen	467, 471
Bestrahlung von Lebensmitteln	310
Bettenauslastung	457, 461, 590
Bevölkerung	19, 27, 590, 591, 597
Bevölkerungsprognose	23
Bewegungsmangel	73, 277
Bezirksstruktur	590
Bioterrorismus	<i>Siehe Rückstands-Höchstmengenverordnung</i>
Blualgen	314
Blut	
Gewinnung	465
Verbrauch von Blutprodukten	466
Body Mass Index	169, 284
bösartige Neubildungen	78, 86, 97, 131, 153, 159, 186, 231
der Bronchien und der Lunge	93, 142
der Brustdrüse	93, 100, 109, 142, 191, 194, 198
der Lunge	100, 191, 192, 198
der Prostata	194
des Dickdarms/Mastdarms	191, 199
Brustkrebs	<i>Siehe bösartige Neubildung der Brustdrüse</i>
Bundesimmissionsschutz-Verordnung	298
Bundessozialhilfegesetz (BSHG)	511, 517
Bundesversorgungsgesetz-Kriegsopferfürsorge	511, 519
C	
chronische ischämische Herzkrankheit	93
chronische Krankheiten der unteren Atemwege	234
chronische Polyarthritits	254
D	
DCO-Fälle	186
Death Certificate Only	591
demenzranke Menschen, Betreuungsangebote	358, 360, 362
Diabetes mellitus	106, 108, 142, 202, 503
Diagnosedaten der Krankenhauspatienten	591
Diagnosen	<i>Siehe Behandlungsfälle</i>
Diagnosis Related Groups	348, 349, 512, 591
Dialysepatientinnen/-patienten	372
Dialyseplätze	372
Dieselfußimmissionen	299
Diphtherie	405, 439
Disease-Management-Programm (DMP)	503

DMF-T-Index	434, 591
Drogen und Sucht Verbundsystem/Aktionsplan	395, 406
drogenabhängige AIDS-Erkrankte	183
Drogenberatungsstellen	408
Drogenhilfefinanzierung	394
Drogenkontrolluntersuchungen	338
Drogentote	220
Durchimpfungsgrad	<i>Siehe Impfquote</i>
E	
Eheberatung	431
Eingliederungshilfe für Behinderte (nach BSHG)	517
Einkommen	63, 275, 540, 598
Einschulungsuntersuchungen	169, 277, 284, 404, 433, 439
Einwohnerregister	<i>Siehe melderechtlich registrierte Einwohner/innen</i>
elektromagnetische Felder	302
embryonaltoxikologische Beratung im BBGes	340
Empfänger/innen öffentlicher Sozialleistungen	69, 511, 518
Entbindungen	423, 594
ambulante Entbindungen	423, 426, 589
außerklinische Entbindungen	423, 427, 428, 589
Epilepsie	93, 112
Ereignisprinzip	591
Erste-Hilfe-Stellen	336, 455
Erstgebärende	426
Erwerbstätigkeit	65, 467, 471, 592
Europäische Standardbevölkerung	592
F	
Fallpauschalensystem	<i>Siehe Diagnosis Related Groups</i>
Fallzahl	<i>Siehe Behandlungsfälle</i>
Familien	23, 64, 592
Familienplanungsberatung	421, 431
Familienstand	274
Farbstoff Sudanrot in Lebensmitteln	311
Fehlbildungen	592, <i>Siehe auch</i> angeborene Fehlbildungen
Feinstaub	288, 299, 320, 407
Fische aus Berliner Gewässern	304
Förderung gesundheitlicher Projekte	394
Fortzüge	<i>Siehe Wanderungen; Wanderungen</i>
Fruchtbarkeitsziffer	22, 54, 592
Früherkennungsuntersuchungen für Kinder	404, 433, 593
Frühsommer-Meningoenzephalitis	345
Frühsterblichkeit	75, 163
G	
Gebisszustand von Kindern	435
Geborene	<i>Siehe Lebendgeborene und Totgeborene</i>
Geburtenüberschuss	53
Geburtenziffer	22, 54, 593
Geburtsgewicht	75, 81, 160, 429, 430, 593
Geburtshaus	423, 427, 428
Geburtshilfewagen	347
Gemeindedolmetschdienst	420
gentechnisch veränderte Lebensmittel	305

Gerichtsmedizin (GerMed)	346
gerontopsychiatrische Krankheiten	208
Gesetz über Pflegeleistungen (PflegeG)	520
gesetzliche Krankenversicherung	<i>Siehe Krankenversicherung</i>
Gestorbene	590, 593
Gesunde-Städte-Netzwerk	391, 398
Gesundheits-Check-up	447
Gesundheitsämter	401, 468, 469, 471, 491
Gesundheitsausgaben privater Haushalte	542
Gesundheitsberichterstattung	392
Gesundheitsdienstberufe	468
Gesundheitsdienstgesetz (GDG)	397
Gesundheitsfachberufe	477, 484, 491, 493, 495, 499, 502
Gesundheitsförderung	391, 393, 396, 398, 401, 407, 494, 593
Gesundheitskosten	494, 503, 511, 514, 537, 542, 547
Gesundheitslotsendienst	336
Gesundheitsmodernisierungsgesetz (GMG)	503, 511, 513, 518
Gesundheitsplanung	398
Gesundheitspolitik	391, 394, 395, 398
Gesundheitsprojekte	395
Gesundheitsreform	503, 543
Gesundheitsrisiken	73, 76, 269, 277, 279, 287, 299, 301, 302, 304, 308, 314, 316, 318
Gesundheitsschutz	287, 298, 302, 303, 314, 318, 330
Gesundheitsziele	392, 394
Giftnotruf Berlin	338
Gripeschutzimpfung	402
H	
Haemophilus influenza b	439
Hausärztinnen/-ärzte	480
Haushalte	<i>Siehe Privathaushalte</i>
häusliche Unfälle	261
Hebammenpraxis	423, 427, 428
Heimtierausweis	316
Hepatitis B	171
Hepatitis B	345, 405, 439
Hepatitisprävention	396
Herz-Kreislaufkrankungen	350
Herzinsuffizienz	93, 108, 142
Hilfe zum Lebensunterhalt	
Empfänger/innen	594
Hilfe zum Lebensunterhalt - Empfänger/innen	69
Hilfe zur Pflege	
nach BSHG	517
nach BVG-KOF	511, 519
Hirntoddiagnostik	337
HIV	395, 589
HIV-Beratungsambulanz	342
HIV-Erstdiagnosen	184
HIV-Krankheit	185
HIV-Mutter-Kind-Übertragung	345
Hospizversorgung	362, 594
Hypertonie	93, 106, 108, 112
Hypertonie und Schlaganfall	100

I

Immissionsgrenzwerte	298, 596
Impfquote	402, 403, 405, 439
Impfvereinbarung	401
Indikatorenatz für die GBE der Länder	579
Infektionskrankheiten	346
Infektionsschutzgesetz	77, 170
infektiöse Darmerkrankungen	78, 81, 171
Influenza	171
Ingestionsunfälle	339
Innenraumlufthygiene in Schulgebäuden	288
Institut für Tropenmedizin	342
integrierte Versorgung	503
Integrierter Gesundheitsvertrag (IGV)	395
Inzidenz	594
ischämische Herzkrankheiten	100, 108, 142, 224

J

Jodgehalte in Lebensmitteln	311
Jugendquotient	22, 47, 596

K

kardiologische Versorgung im Krankenhaus	350
Karies-Prophylaxe	435
Kariesprävalenz 12-Jähriger	434
kassenärztliche Versorgung	<i>Siehe vertragsärztliche Versorgung</i>
Kieferorthopädinnen/-orthopäden	371, 482
Kinder- und Jugendambulanzen	400
Kinder- und Jugendgesundheitsdienst (KJGD)	405, 442
Erstkontakte bei Familien mit Säuglingen	443
Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst (KJpD)	446
Kinderkrebsregister in Mainz	78
Kindersterblichkeit	76
Kita-Kinder-Unfälle	78
kognitive Entwicklungsauffälligkeiten	169
Kohlendioxid in Innenräumen	288
Koordinierungsstellen ‚Rund ums Alter‘	361
koronare Herzkrankheiten	503
körperliche Aktivitäten	107, 277
Kosmetiküberwachung	311, 327
Bleichcremes	311
Krankenhausaussgaben (GKV)	509
Krankenhausbehandlungen	<i>Siehe Behandlungsfälle: stationär</i>
Krankenhausbetten	113, 348, 350, 375, 457, 461, 548, 595
Krankenhäuser	348, 383, 459, 590, 591, 592, 595, 599, 600, 602
allgemeine und/oder sonstige	378, 380, 456, 548, 595
Basisversorgung	375, 589
Fachabteilungen	129, 460
Größenklassen	379, 552
Trägerschaft	349, 375, 378, 380, 521, 548, 595
Versorgungsregion	376
Krankenhausfälle	<i>Siehe Behandlungsfälle</i>
Krankenhausfinanzierung	348, 349, 512, 521
Krankenhaushäufigkeit	460
Krankenhauskosten	494, 548, 594, 598

Krankenhauspersonal	379, 419, 459, 467, 471, 477, 486, 593, 594, 596, 597, 598, 600, 601, 602	
Kosten		549
Krankenhausplan		348, 349, 375, 599
Krankenhausstatistik-Verordnung		596
Krankenhilfe		
nach BSHG		517
nach BVG-KOF		511, 519
Krankenkassen		402
Krankenpflegeausbildung		493, 495
Krankentransportwagen		454
Krankenversicherung		503
Beitragsbemessungsgrenze		531
Beitragssätze	504, 507, 531, 533	
Einnahmen		506
Finanzierung		504
Finanzierung versicherungsfremder Leistungen		504
Grundlohnsummen		534
Leistungsausgaben	507, 508, 514	
Risikostrukturausgleich (RSA)		536
Versicherte	447, 508, 524	
Verwaltungskosten		504
Zuzahlungsregelungen		504, 543
Krankheiten d. Muskel-Skelett-Systems/Bindegewebes	86, 97, 131, 153, 159, 246	
Krankheiten der Leber		241
Krankheiten der Wirbelsäule/des Rückens		248
Krankheiten des Atmungssystems	86, 97, 131, 153, 159, 232	
Krankheiten des Kreislaufsystems	86, 97, 131, 153, 159, 222	
Krankheiten des Verdauungssystems	86, 97, 131, 153, 159, 239	
Krankheitsfrüherkennungsprogramm für Kinder		404, 433
Krebsfrüherkennungsuntersuchungen		447, 593
Krebsregister		591
Kriegsopferfürsorge		<i>Siehe Bundesversorgungsgesetz-Kriegsopferfürsorge</i>
Kuhmilch		325
Kulturmittlung	357, 363, 394, 398, 416	
Kurzzeitpflege	359, 385, 387, 464, 537, 555, 596	
L		
LaBAS-Vertrag		394
Landes-Immissionsschutzgesetz		302
Landesgesundheitskonferenz (LGK)	392, 393, 395	
Landespflegegeldgesetz (LPFIGG)		512, 520
Landespflegeplan		359, 385
Langzeitpflege	359, 385, 387, 464, 537, 555, 602	
Lärmbelastung		301, 601
Lärminderungspläne		302
Lärmschwerhörigkeit		149
Lärmwirkungen		301, 596
Lastenquotient		22, 47, 596
Lebendgeborene	22, 54, 160, 165, 424, 429, 430, 590, 593	
Lebenserwartung		21, 73, 95, 596
Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetz (LMBG)		308, 327
Lebensmittelüberwachung		304, 307, 326
Lebensmittelvergiftungen		308
Leberzirrhose		100
Leichenschauendienst des ÄBD		336

Leitlinien für eine ‚Gesunde Stadt‘ Berlin	391
Letalität	596
LIGA-Vertrag	394, 397
Luftqualität in Innenräumen	287
Messprogramm	287
Schulstudie	287
Luftschadstoffe	287, 298, 318, 596
Lungenkrebs	<i>Siehe</i> bösartige Neubildungen der Lunge
M	
Malaria	345
männliche Bevölkerung	27
Masern	171, 405, 439
Medizinalfachberufe	495, 502
medizinisch-technische Großgeräte	389
medizinische Rehabilitation	150, 186, 198, 202, 206, 212, 222, 228, 232, 236, 239, 246, 252, 255, 259, 599
Medizinische Versorgungszentren (MVZ)	335, 503
meldepflichtige Infektionskrankheiten	77, 170
meldepflichtige Krankheiten	597, 600
melderechtlich registrierte Einwohner/innen	597
Meningokokkeninfektion	171
Microcystine	314, 597
Migrationsbezug	357, 363, 393, 396, 398, 415, 597
Mikrozensus	597
Mobilfunksendestationen	302
Mobilitätshilfedienste	361, 597
Morbiditätsraten	597
Mortalität	<i>Siehe</i> Sterbefälle
Mortalitätsraten	597
Mumps	405, 439
Müttersterbefälle	425, 598
Müttersterblichkeit	100
Mykotoxine in Lebensmitteln	309
N	
Nachtpflege	387, 600
Neonatalsterblichkeit	163
Nettoeinkommen	<i>Siehe</i> Einkommen
nichtnatürliche Sterbefälle	77
Nichtrauchen	269, 279, 407
Nichtraucherschutz	408
niedrigschwellige Betreuungsangebote	358
Nitrat in Lebensmitteln	310
Notarztwagen/-einsatzfahrzeuge	454
Notfallrettung	347
Notfallversorgung	335, 351
O	
offene Lungentuberkulose	179
öffentlicher Gesundheitsdienst	467, 471, 491
öffentlicher Gesundheitsdienst (ÖGD)	395, 397, 399, 402
ÖGD-Reformprojekt	398, 399, 402
Operationen (vollstationär)	113
Ozon in der Außenluft	301, 321

P

Passivrauchen	407
Patientenautonomie	396
Patientenbeauftragte	317, 505
Perinatalsterbefälle	75, 100, 165, 425, 429, 430, 598
Pertussis	405, 439
Pflanzenschutzmittel	304
Pflege in Not	362
Pflegebedürftige	356, 464, 598
pflegebedürftige Kinder	82
Pflegeberufe	272, 469, 477, 484, 488, 491, 495, 499, 502
Pflegedienste	<i>Siehe Pflegeeinrichtungen</i>
Pflegeeinrichtungen	357, 385, 464, 469, 471, 477, 489, 537, 589, 598
Größenklassen	538, 556
Trägerschaft	386, 538, 555
pflegeflankierende Angebote	360
Pflegegeldempfänger/innen	464
Pflegegelder nach Landesgesetz	512, 520
Pflegeheime	<i>Siehe Pflegeeinrichtungen</i>
Pflegeklassen	537, 555
Pflegekosten	511, 517
Pflegeleistungs-Ergänzungsgesetz	358
pflegende Angehörige	357, 358, 360, 361
BeSIZ	362
Pflegepersonal	463, 471, 477, 486, 593, 598
Pflegepersonen - Alterssicherung	512, 520
pflegerische Versorgung	83, 356, 464
Pflegestatistik	537, 598
Pflegestufe	83
Pflegetag	<i>Siehe Berechnungs- und Belegungstage</i>
Pflegevergütungen	537, 555, 601
Pflegeversicherung	539
Pharmakovigilanzzentrum im BBGes	340
Plankrankenhäuser	377
Plötzlicher Kindstod	75, 93, 168
Poliomyelitis	405, 439
Postneonatalsterblichkeit	163
Prävalenz	599
Prävention	343, 365, 391, 393, 396, 399, 401, 402, 404, 405, 406, 494, 599
Praxisgebühr	504, 543
Privathaushalte	24, 64, 275, 599
mit minderjährigen Kindern	26, 64
Pro Familia	421, 432
Projektförderung	395
Prostatakrebs	<i>Siehe bösartige Neubildungen der Prostata</i>
psychisch kranke Menschen	363, 364
psychische und Verhaltensstörungen	86, 97, 131, 153, 159, 206
durch Alkohol	94, 145, 208, 219, 452
psychosekranken Menschen	409
Psychosomatik/-therapie	
stationäre Versorgung	355
Psychotherapeutinnen/-therapeuten	335, 368, 370, 468, 471, 476, 478, 480, 483, 488, 500, 601
psychotherapeutische Versorgung	355, 409, 448, 451
Psychotherapiebedarf	355, 409

Q

qualitätsgesicherte Leistungen	336
Qualitätsmanagement	393, 396, 397, 399

R

Rauchbeginn	282
Raucher im Haushalt	169, 276
Raucherentwöhnung	407
rauchfreie Betriebe	273
Rauchgewohnheiten	76, 269, 279
Rehabilitationsleistungen der GRV	554
reisemedizinische Einrichtung	342
Rentenbestand wegen verminderter Erwerbsfähigkeit	154
Rentenzugänge wegen verminderter Erwerbsfähigkeit	154, 186, 199, 205, 206, 214, 222, 229, 232, 237, 239, 246, 253, 255, 260
Rettungsdienst	347, 373
Rettungswagen	454
rheumatische Erkrankungen (Polyarthritis)	254
Risikokinder	445, 599
Röteln	405, 439
Rückstände in Lebensmitteln	304, 309, 326
Rückstands-Höchstmengenverordnung	304
Ruß in der Außenluft	299, 322

S

Salmonellen in Kindertee	308
Salmonellose	171
Säuglingssterblichkeit	74, 163, 167, 599
Schadstoffe in Lebensmitteln	304, 307, 325
Schizophrenie	142, 208, 452
Schnellwarnsystem der EG im Lebensmittelbereich	306
Schulabschluss	61, 273
Schulentlassungsuntersuchungen	405, 442
Schülerunfälle	79
Schwangerenberatung	431
Schwangerschaftsabbrüche	422, 599
Schwangerschaftskonfliktberatung	421, 431
Schwangerschaftsrisiko durch Medikamente	<i>Siehe embryonaltoxikologische Beratung im BBGes</i>
Schwebstaubpartikel	296
Schwebstoffe	288
Schwefelstoffdioxid in der Außenluft	319
schwer behinderte Kinder	82
Schwerbehinderte	600
Sectio	426
selbständiges Medizinalfachpersonal	468, 471, 477, 484
Seuchenbekämpfung nach bioterrorist. Anschlägen	344
Sexuell übertragbare Erkrankungen - Prävention	396
Silikose	149
soziale Transferleistungen	<i>Siehe Sozialleistungen</i>
Sozialhilfeempfänger/innen	69, 594
Krankenbehandlung	511
Sozialindex	76, 405
Sozialmedizinischer Dienst (SMD)	431
Sozialpädiatrische Zentren	400
sozialpflegerische Berufe	497
Sozialpsychiatrischer Dienst (SpD)	452

Sozialraumorientierung	391, 393, 399, 402
Sozialstruktur	61, 73, 76, 104, 272, 273, 279
Sozialversicherung	531
Spätsterblichkeit	163
Spielwaren/Gesundheitsgefährdung	312, 327
Sport-Gesundheitspark Berlin e.V.	365
sportliche Betätigung	277, 285
sportmedizinische Untersuchungen	366
Sportvereine	277
Sprachentwicklung 3- bis 6-Jähriger	394
Sprachmittlung	364, 394, 398, 416
Sprechstundenhelfer/innen	468, 469, 471, 485, 491, 498
Staatsangehörigkeitsänderungen	53, 590
Staatsangehörigkeitsgesetz	20, 600
stationäre Morbidität	80, 113
stationäre Mortalität	<i>Siehe Sterbefälle im Krankenhaus</i>
Sterbefälle	74, 84, 163, 185, 186, 200, 202, 206, 215, 222, 230, 232, 238, 239, 245, 246, 255, 266, 600
Sterbeüberschuss	53
Stickstoffdioxid in der Außenluft	301, 318
Straßenverkehrsunfälle	79, 262, 600
Studie der Psychotherapeutenkammer Berlin	409
Studiengang International Health	346
Stundenfälle	600
subjektive Morbidität	104
Suchthilfe	408
Suchtkranke / Gesundheitseinrichtungen	374
Suchtprävention	396, 406
Suizid	97, 215, 340
Syphilis	171
T	
Tabakkonsum	269, 280
Tabakprävention	407
Tages- und Nachtambulanzplätze	383
Tagespflege	359, 387, 464, 537, 555, 600
Transportmittelunfälle	97
teilstationäre Pflege	359, 385, 387, 464, 600
Tetanus	405, 439
Teuerungsrate	540
therapeutische Versorgung von Kindern/Schülern	399
Therapeutisches Drug Monitoring	337
Tierseuchenbekämpfung	316
Todesursachen	75, 77, 86, 93, 100, 168, 600
Tollwut	316
Tollwutsprechstunde	344
Totgeborene	59, 75, 165, 425, 429, 430, 593, 601
Toxikologie und Pharmakologie im BBGes	337
Transportmittelunfälle	78, 100, 261
Trinkwasser	323
Trinkwasserschutzzonen	303, 601
tropenmedizinische Ambulanz	343
Tuberkulose	100, 171, 179
U	
Übergewicht	277
Umfrage zur Verständigung in Krankenhäusern	415

unehelich geborene Kinder	24, 54
Unfälle	77
V	
Verbraucherpreisindex (VPI)	540
Verbraucherschutz	304, 307, 316, 317, 325
Vergiftungen	337
Vergütungen in Pflegeeinrichtungen	<i>Siehe Pflegevergütungen</i>
Verkehrslärm	301
Verkehrsunfälle	79
Verletzungen und Vergiftungen	78, 86, 97, 131, 153, 159, 255
verlorene Lebensjahre	97, 601
vermeidbare Todesfälle	77, 98, 601
verminderte Erwerbsfähigkeit	<i>Siehe Rentenzugänge/Rentenbestand</i>
Versorgungskonzept	
Kardiologie im Krankenhaus	352
Psychosomatik/-therapie im Krankenhaus	355
Verständigungsschwierigkeiten	415
vertragsärztliche Versorgung	79, 335, 368, 448, 455, 478, 601
vertragszahnärztliche Versorgung	371, 453
verunglückte Personen	262, 265
Leichtverletzte	263
Schwerverletzte	263
Verweildauer	113, 127, 350, 457, 460, 602
Vollkräfte	379, 384, 602
vollstationäre Behandlungsfälle	<i>Siehe Behandlungsfälle: stationär</i>
vorbeugender Gesundheitsschutz	287
vorsätzliche Selbstbeschädigung	<i>Siehe Suizid</i>
Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen	384, 463, 471, 477, 486, 602
vorzeitige Sterblichkeit	84, 602
W	
Wanderungen	53, 60, 590
Warenkorb	540
Wegeunfälle	148 <i>Siehe auch</i> Arbeits- und Wegeunfälle
weibliche Bevölkerung	27
Wohnen im Alter	594
Wohngeldempfängerhaushalte	71, 602
Wohnortprinzip	602
Z	
Zahnärztinnen/-ärzte	371, 468, 471, 475, 480, 491, 500, 601, 602
Zahnärztlicher Dienst	435
Zahnarztpraxen - Kostenstruktur	547
zerebrovaskuläre Krankheiten	224
Zulassungsbeschränkungen	<i>Siehe vertrags-(zahn-)ärztliche Versorgung</i>
Zuverschiedenangebote für psychisch Kranke	364
Zuwendungspraxis im Bereich Gesundheit	394
Zuzüge	<i>Siehe Wanderungen</i>
Zwillingsgeburten	425, 429, 430

Publikationsverzeichnis

Im Rahmen der *Gesundheitsberichterstattung* und des *Sozialstatistischen Berichtswesens* wurden vom Referat Gesundheitsberichterstattung, Epidemiologie, Gemeinsames Krebsregister, Sozialstatistisches Berichtswesen, Gesundheits- und Sozialinformationssysteme der Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz folgende Veröffentlichungen herausgegeben:

Gesundheitsberichterstattung (GBE)

Basisberichte

Diese Berichtsform enthält Tabellen, die sich am Indikatorensatz der Länder orientieren, Erläuterungen sowie kurze Ergebnisbeschreibungen zu verschiedenen Themenfeldern. Der Bericht erscheint jährlich:

- Jahresgesundheitsbericht 1961
- .
- .
- .
- Basisbericht 2005 (2006). ISSN 1617-9242.
 - Druckfassung. Schutzgebühr 15,- Euro zzgl. Porto
 - PDF-Datei abrufbar unter <http://www.berlin.de/sen/gsv/statistik/index.html>

Spezialberichte - GBE

Diese Berichtsform wird zu Schwerpunktthemen erarbeitet; sie enthält Analysen, Zusammenhänge und Handlungsempfehlungen.

- Meinschmidt, Gerhard; Imme, Uwe; Kramer, Ramona (1990):
Sozialstrukturatlas Berlin (West). Eine statistisch-methodische Analyse mit Hilfe der Faktorenanalyse.
- Hermann, Sabine; Meinschmidt, Gerhard (1995):
Sozialstrukturatlas Berlin. Erste gemeinsame Berechnung für alle Bezirke.
- Hermann, Sabine; Meinschmidt, Gerhard (1997):
Sozialstrukturatlas Berlin - Fortschreibung 1997 -.
- Hermann, Sabine; Imme, Uwe; Meinschmidt, Gerhard (1997):
Sozialstrukturatlas 1997 - Eine disaggregierte statistische Sozialraumanalyse -
Schutzgebühr: 15,- Euro zzgl. Porto
- Meinschmidt, Gerhard (Herausgeber) / SenGesSoz; Brenner, M. H. (Herausgeber) / TU Berlin (1. Ausgabe 1999):
Sozialstrukturatlas Berlin 1999 - Eine soziale Diagnose für Berlin -.
Schutzgebühr: 15,- Euro zzgl. Porto
- Delekat, Dietrich; Kis, Anita (2001):
Zur gesundheitlichen Lage von Kindern in Berlin - Ergebnisse und Handlungsempfehlungen auf Basis der Einschulungs-
untersuchungen 1999. Spezialbericht 2001-1, ISSN 1617-9250
Schutzgebühr 10,- Euro zzgl. Porto
- Kis, Anita; Bömermann, Hartmut; Hermann, Sabine; Schieritz, Frank; Unger, Gisela (2002):
Diagnosedaten der Berliner Krankenhauspatienten 1994-1999. Spezialbericht 2002-1, ISSN 1617-9250
Schutzgebühr 10,- Euro zzgl. Porto
- Meinschmidt, Gerhard; Imme, Uwe; Seeger, Michael (2003):
Sozialhilfeempfängerprognoseverfahren in Berlin. Spezialbericht 2003-1, ISSN 1617-9250
Schutzgebühr 10,- Euro zzgl. Porto
- Delekat, Dietrich (2003):
Zur gesundheitlichen Lage von Kindern in Berlin - Ergebnisse und Handlungsempfehlungen auf Basis der Einschulungs-
untersuchungen 2001. Spezialbericht 2003-2, ISSN 1617-9250
Schutzgebühr 10,- Euro zzgl. Porto

- Meinschmidt, Gerhard (Herausgeber) (2004):
Sozialstrukturatlas Berlin 2003 - Ein Instrument der quantitativen, interregionalen und intertemporalen Sozialraumanalyse und -planung.
- Langfassung. Spezialbericht 2004-1, ISSN 1617-9250. Schutzgebühr 15,- Euro zzgl. Porto
- Kurzfassung mit CD-ROM der Langfassung des Berichts
- Bettge, Susanne; Oberwöhrmann, Sylke et al. (2006):
Zur gesundheitlichen und sozialen Lage von Kindern in Berlin. Ergebnisse und Handlungsempfehlungen auf der Basis der Einschulungsuntersuchungen 2004. Spezialbericht 2006-1, ISSN 1617-9250.
- Druckfassung. Schutzgebühr 10,- Euro zzgl. Porto
- PDF-Datei abrufbar unter <http://www.berlin.de/sen/gsv/statistik/index.html>

Diskussionspapiere zur Gesundheits- und Sozialforschung

In dieser Reihe werden Themen von besonderer gesundheitspolitischer Bedeutung diskutiert sowie strittige oder widersprüchliche Aspekte des Themas aufgezeigt. Die Diskussionspapiere erscheinen in unregelmäßiger zeitlicher Folge.

1. Meinschmidt, Gerhard (1986):
Ärzte beurteilen Sozialstationen. Eine statistisch empirische Diagnose.
2. Imme, Uwe; Meinschmidt, Gerhard; Wanjura, Marlies (1986):
Der Krankenpflegenotfalldienst durch Sozialstationen. Eine Zwischenbilanz aus empirischer Sicht.
3. Imme, Uwe; Meinschmidt, Gerhard (1986):
Strukturanalyse arbeitsloser Sozialhilfeempfänger. Eine statistische Analyse.
4. Meinschmidt, Gerhard; Völker-Oswald, Ingrid (1988):
Zum Bedarf an Unterstützung in Hilfssituationen älterer Menschen in Berlin. Eine statistische Analyse.
5. Meinschmidt, Gerhard (1988):
Strukturanalyse pflegebedürftiger Menschen in Berlin. Eine statistische Analyse.
6. Referat Sozial- und Medizinalstatistik, EDV-gestützte Fachinformationssysteme; Mader, Sylvia (1988):
Die Jugendzahnpflege 1986. Eine Untersuchung über den Zahnstatus bei Kindern und Jugendlichen in Berlin (West).
7. Referat Sozial- und Medizinalstatistik, EDV-gestützte Fachinformationssysteme (1988):
Ergebnisse der Schulentlassungsuntersuchungen 1985/86 in Berlin (West) nach Kriterien des Jugendarbeitsschutzgesetzes.
8. Referat Sozial- und Medizinalstatistik, EDV-gestützte Fachinformationssysteme (1988):
Sozialhilfeempfänger in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Statistischer Erfahrungsbericht zum 500er Programm.
9. Meinschmidt, Gerhard (1988):
Sozialhilfeempfänger auf dem Weg zurück ins Berufsleben. Grundgedanken zum Berliner Modell der Beschäftigung von arbeitslosen Sozialhilfeempfängern. Eine empirische Einstiegsstudie, die zu diesem Problemkomplex bei den Berliner Arbeitgebern durchgeführt wurde.
10. Liedtke, Dieter (1988):
Projekt: Beratungspfleger (Teil 1).
11. Baum, Christiane; Koch-Malunat, Norbert; Seeger, Michael (1989):
Vergleichbare Strukturdaten des Sozial- und Gesundheitswesens ausgewählter Großstädte der Bundesrepublik.
12. Becker, Barbara; Kramer, Ramona; Meinschmidt, Gerhard (1989):
Zur subjektiven Morbidität der Berliner Bevölkerung.
13. Liedtke, Dieter; Wanjura, Marlies (1989):
Projekt: Beratungspfleger (Teil 2).
14. Haecker, Gero; Kirschner, Wolf; Meinschmidt, Gerhard (1990):
Zur „Lebenssituation von Sozialhilfeempfängern“ in Berlin (West).
15. Koch-Malunat, Norbert; Klausning, Michael (1990):
Ergebnisse der Einschulungsuntersuchungen 1987 in Berlin (West).
16. Kiss, Anita (1992):
Ergebnisse der Schulentlassungsuntersuchungen 1988/89 in Berlin (West).
17. Kirschner, Wolf; Radoschewski, Michael (1993):
Gesundheits- und Sozialsurvey in Berlin.

18. Hermann, Sabine; Imme, Uwe; Meinschmidt, Gerhard (1993):
Zur Sozialstruktur in den östlichen und westlichen Bezirken Berlins auf der Basis des Mikrozensus 1991.- Erste methodische Berechnungen mit Hilfe der Faktorenanalyse -.
19. Thielke, Henning; Meusel, Katharina (1994):
Zur Überlebensdauer von Typ-II-Diabetikern. Ergebnisse einer 20jährigen Follow-up-Studie in Berlin-Ost.
20. Koch-Malunat, Norbert (1994):
Ergebnisse der Einschulungsuntersuchungen 1990 in Berlin-West - eine statistische Analyse -.
21. Radoschewski, Michael; Kirschner, Wolf; Kirschner, Renate; Heydt, Kerstin (1994):
Entwicklung eines Präventionskonzeptes für das Land Berlin.
22. Kiss, Anita (1995):
Zur gesundheitlichen Lage von Jugendlichen in Berlin unter besonderer Berücksichtigung der Ergebnisse der Schulentlassungsuntersuchungen 1991/1992 - eine statistische Analyse -.
23. Kiss, Anita; Hermann, Sabine; Thielke, Henning (1995):
Vermeidbare Sterbefälle in Berlin 1983-1992.
24. Rothe, Kerstin u.a. (1995):
Vergleichbare Strukturdaten des Sozial- und Gesundheitswesens ausgewählter Großstädte der Bundesrepublik Deutschland 1992.
25. Beblo, Miriam (1995):
Zur Dimension der sozialen und gesundheitlichen Lage älterer Menschen in Berlin. Eine statistisch-empirische Diagnose.
26. Hermann, Sabine; Hiestermann, Angelika (1995):
Zur gesundheitlichen und sozialen Lage von Frauen in Berlin. - Eine erste geschlechtsspezifische empirische Diagnose -.
27. Dohnke-Hohmann, Sylvia; Reich, Renate (1995):
Der Mund- und Zahngesundheitszustand von Kindern und Jugendlichen 1992/93 in Berlin.
28. Hiestermann, Angelika; Hillen, Thomas (1996):
Zur psychosozialen Befindlichkeit der Berliner Bevölkerung. - Eine statistische Analyse -.
29. Scholz, Rembrandt D.; Thielke, Henning (1997):
Lebenserwartung in Berlin 1986-1994. - Trends und regionale Unterschiede -.
30. Kiss, Anita (1997):
Gesundheit und Gesundheitsverhalten von Jugendlichen in Berlin unter besonderer Berücksichtigung der Ergebnisse der Schulentlassungsuntersuchungen 1994/95.
31. Wiesner-Balcke, Waltraud; Angerman, Regina (1997):
Allergische Erkrankungen und Beschwerden bei Berliner Einschülern im Vergleich mit dem Land Brandenburg - Analyse, Bezirksvergleiche, bezirkliches Vorsorgeprogramm -.
32. Hauschild, Beate; Baum, Christiane (1998):
Dokumentation zur Strukturentwicklung des gemeindeintegrierten psychiatrischen Versorgungssystems. Erster Basisdatenbericht (1997) zur Versorgung im ambulant/komplementären Bereich (Betreutes Wohnen und Tagesstätten). Schutzgebühr: 7,50 Euro zzgl. Porto
33. Hauschild, Beate; Baum, Christiane (2000):
Dokumentation zur Strukturentwicklung des gemeindeintegrierten psychiatrischen Versorgungssystems. Zweiter Basisdatenbericht (1998) zur Versorgung im ambulant/komplementären Bereich (Betreutes Wohnen und Tagesstätten). Schutzgebühr: 7,50 Euro zzgl. Porto

Gesundheitsbarometer

- Hermann, Sabine; Meinschmidt, Gerhard (1991):
Eine repräsentative Erhebung zur Gesundheitspolitik, der Politik im allgemeinen und zur Pflegeproblematik. - Gesundheitsbarometer 1 -.
- Hermann, Sabine; Meinschmidt, Gerhard; Thielke, Henning (1994):
Eine repräsentative Erhebung zu Fragen der Gesundheit, der Prävention und ihrer Gestaltung.- Gesundheitsbarometer 2 -.
- Hermann, Sabine; Imme, Uwe (1996):
Erhebung zu den zusätzlichen Öffnungszeiten anlässlich der „Schaustelle Berlin“ vom 29. Juni bis 25. August 1996. - Gesundheitsbarometer 3 -.

Statistische Kurzinformationen

- 2002 - 1 Neueste Lebenserwartungsberechnungen für die Berliner Bezirke - Deutliche Zusammenhänge zwischen Lebenserwartung, vermeidbaren Sterbefällen und sozialer Lage -
- 2002 - 2 Die Diagnosedaten der Berliner Krankenhauspatienten 1994 - 1999.
- 2002 - 3 Beschäftigte im Berliner Gesundheitswesen.
- 2002 - 4 Stationäre Behandlung von Erkrankungen des rheumatischen Formenkreises in den Berliner Krankenhäusern 2000.
- 2005 - 1 Pflegebedürftigkeit in Berlin unter besonderer Berücksichtigung der Lebenserwartung.

Sozialstatistisches Berichtswesen (SBW)

Spezialberichte - SBW

- Schmidtke, Kerstin (2005):
Konzepte und Methoden zur Abbildung von Lebenslagen - Bildung von Lebenslagen-Indices am Beispiel der Berliner Sozialhilfestatistik 2005. Spezialbericht 2005-1, ISSN 1861-9444.
- Druckfassung. Schutzgebühr 15,- Euro zzgl. Porto
- PDF-Datei abrufbar unter <http://www.berlin.de/sen/gsv/statistik/index.html>

Quartalsberichte - SBW

Die Berichtsreihe, in der die aktuelle Entwicklung der Leistungen und Empfängerart auf den Sozialleistungsgebieten BSHG, AsylbLG und PflegeG in Tabellenform mit kurzen Interpretationen sowie Schwerpunktthemen angeboten wurde, erschien quartalsweise seit 1988, letztmalig in dieser Form im IV. Quartal 2003.

- IV. Quartal 2003 (letzte Ausgabe)
ISSN 1618-033X

Der statistische Tabellensatz des Berichtes mit unterjährigen Empfänger- und Leistungsdaten für Berlin insgesamt sowie in bezirklicher Gliederung wird weiterhin im Internet unter <http://www.berlin.de/sen/gsv/statistik/sozial/quartalsberichte.html> bereitgestellt.

Bezug über die

Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz
Oranienstraße 106, 10969 Berlin

Telefon: (030) 9028 2848
Telefax: (030) 9028 2056

Internet: <http://www.berlin.de/sen/gsv/statistik/index.html>
e-mail: Carola.Glaeser@sengsv.verwalt-berlin.de

Fachliche Auskünfte:

Referat Gesundheitsberichterstattung, Epidemiologie, Gemeinsames Krebsregister,
Sozialstatistisches Berichtswesen, Gesundheits- und Sozialinformationssysteme
Oranienstraße 106, 10969 Berlin

Telefon: (030) 9028 2660
Telefax: (030) 9028 2067

e-mail: Gerhard.Meinlschmidt@sengsv.verwalt-berlin.de